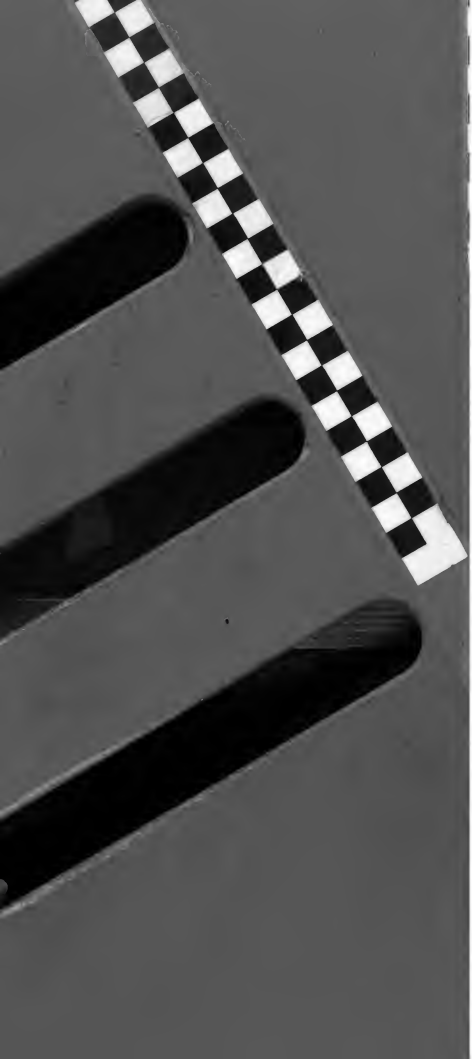
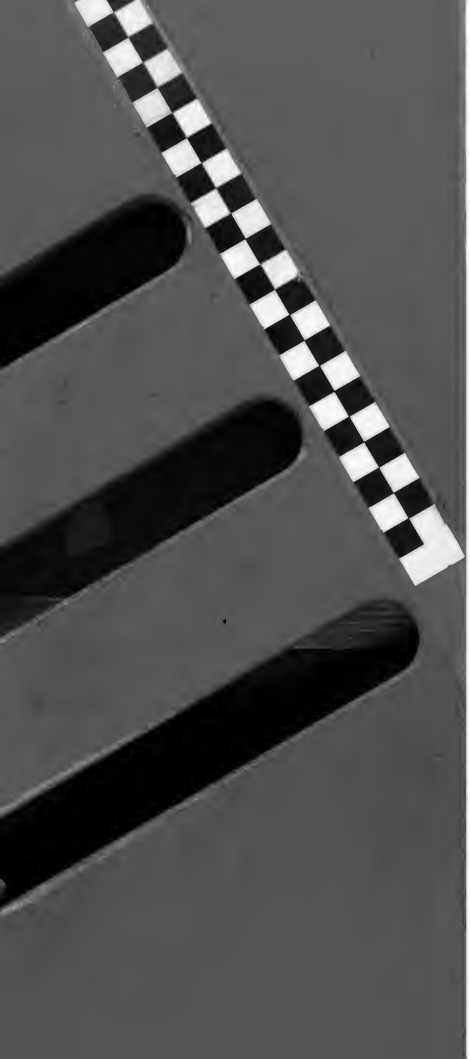
image
not
available



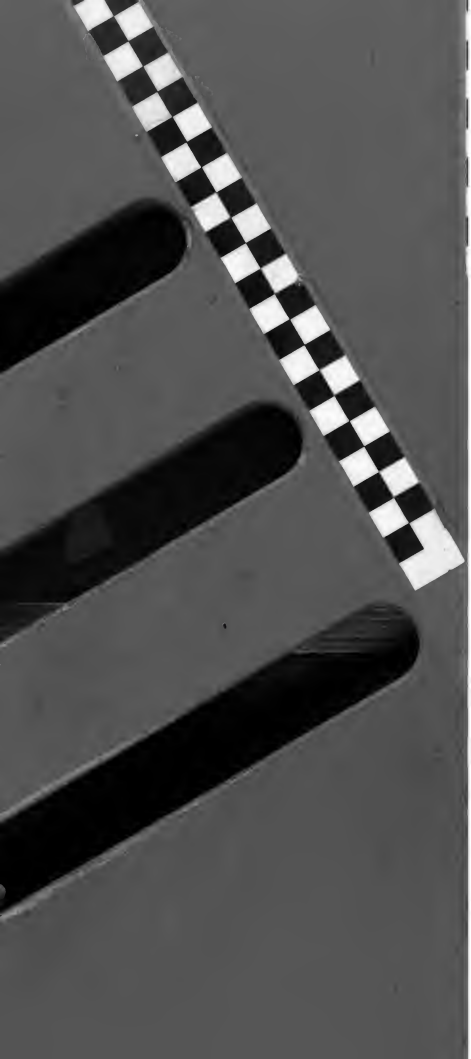
Digitized by Google

Digitized by Google



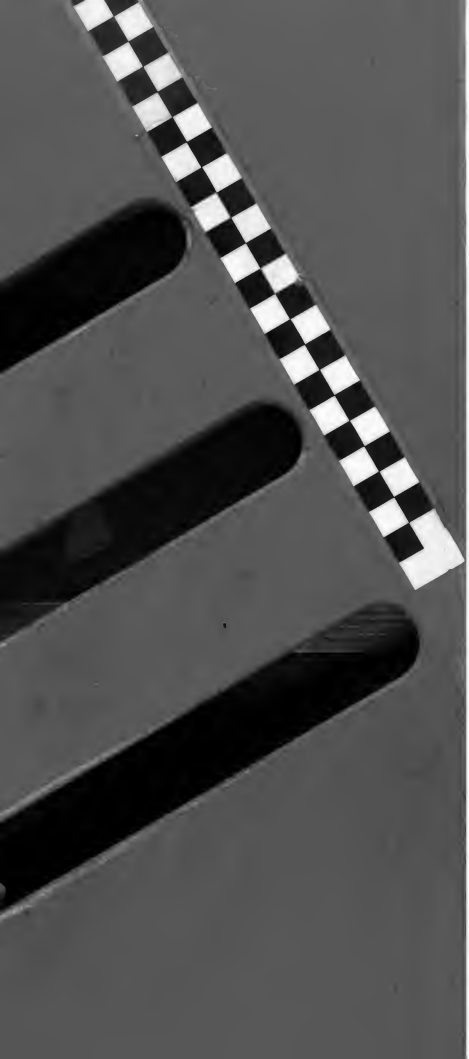
Digitized by Google

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google

PROPERTY OF
University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

Digitized by Google

Generalregiſter

zu den

ſtenographiſchen Protokollen der Delegation.

I.—XL. Seſſion.

1868—1904.

Wien 1906.
Aus der kaiſ. kön. Hof- und Staatsdruckerei.

Digitized by Google

J
311
.L3
Index
Sess. 1-40

Digitized by Google

Vorwort.

Das vorliegende Generalregister verdankt sein Entstehen einer Anregung des Herrn Reichsratsabgeordneten Dr. Sylvester, welche vom Delegationspräsidenten der 38. Session, Exzellenz Dr. Baernreither, befürwortet, vom Präsidenten der 39. Session, Exzellenz Freiherrn von Gautsch, tatkräftigst gefördert und mit Zustimmung des hohen Ministeriums des Innern zur Ausführung gebracht wurde.

Die Fertigstellung des Registers erforderte lange und mühevolle Arbeit, weil verschiedene Versuche unternommen werden mußten, in welcher Weise die ganze Anlage und die Anordnung des Stoffes, insbesondere im Sachregister, zu erfolgen hätte.

Mit einer bloßen Zusammenstellung der Verhandlungsgegenstände, wie sie sich zum Beispiel beim Index zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses bewährt hat, war hier das anzustrebende Ziel wohl nicht zu erreichen. Während im Abgeordnetenhause die Zahl der Verhandlungsgegenstände verschiedensten Inhalts, wie Regierungsvorlagen, Interpellationen, Anträge u. s. w., überaus groß ist, so daß ihre entsprechende Einreihung den Index bereits zu einem erschöpfenden Nachschlagewerk macht, ist die Zahl derselben in der Delegation — wenigstens formell — auf die Budgets der gemeinsamen Ministerien und deren einzelne Posten beschränkt, unter welche der größte Teil der im Register behandelten Materien gar nicht hätte eingereiht werden können. Wollte man also die Verhandlungen der Delegation materiell erfassen, so erschien es notwendig, neben der gedachten Zusammenstellung auch auf den wesentlichen Inhalt der in der Delegation gehaltenen Reden einzugehen und die wichtigsten Momente derselben zusammenzufassen, wie auch, um das ganz besonders wichtige Kapitel der äußeren Politik möglichst zu erschöpfen, die markantesten Punkte aus den Ausführungen der Herren Minister des Äußern im Budgetausschusse und aus den Rotbüchern herauszugreifen.

Minder wesentliche Vorkommnisse in den Delegationsverhandlungen und geringfügige Details sind, um den Umfang des Werkes nicht übermäßig auszudehnen, ganz unberücksichtigt geblieben.

Bei der Anordnung des Stoffes für das Register konnten mehrere Gesichtspunkte verwertet werden, die in dem Plane zu der wiederholt in Diskussion gestellten Ausarbeitung des Werkes „Der Reichsrat“ enthalten sind, welches — allerdings in viel ausführlicherer Weise, als das vorliegende Register — als Generalindex ein erschöpfendes Bild über die gesamten Verhandlungen des Reichsrates vom Jahre 1861 an geben soll.

Eine weitere Ausgestaltung des Registers könnte noch durch die Anfügung einer Chronik der einzelnen Delegationssessionen erfolgen.

Digitized by Google

Den Gegenstand reiflichster Erwägungen bildete die Auswahl der einzelnen Schlagwörter, unter welchen die betreffenden Materien eingereiht sind. Sollten beim Aufsuchen irgend einer Materie sich trotzdem Schwierigkeiten ergeben, so bietet das auf Seite VII befindliche Schlagwörterverzeichnis eine Handhabe.

Das Register ist gewiß nicht frei von Mängeln: es ist eben erst ein Versuch. Da aber nach Ablauf einiger Delegationssessionen eine jeweilige Ergänzung in Aussicht genommen wird, ist die Möglichkeit geboten, jene Verbesserungen, die sich im praktischen Gebrauche als notwendig erweisen sollten, durchzuführen. Anregungen in dieser Richtung können nur dankbar aufgenommen werden.

In dem Augenblicke, in dem das Generalregister zum erstenmale der Benützung übergeben wird, kann nur um freundliche Nachsicht bei der Beurteilung dieser Arbeit gebeten werden.

Wien, im Mai 1906.

Josef J. Fleischner,
k. k. Regierungsrat und Direktor des reichsrätlichen Stenographenbureaus.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Alphabetisches Schlagwörterverzeichnis VII
Delegationssessionen 1
Präsidien der Delegation 5
Präsidien der Delegationsausschüsse 9

I. Teil. Personenregister.

Minister, alphabetisch geordnet 13
Regierungsvertreter, alphabetisch geordnet 25
Verzeichnis der in den Delegationssitzungen vorgestellten Regierungsvertreter 27
Mitglieder und Ersatzmänner der Delegation, alphabetisch geordnet 35
Mitglieder und Ersatzmänner der Delegation, nach Sessionen geordnet 139

II. Teil. Sachregister 189

Erklärung der gebrauchten Abkürzungen.

Im Personenregister 35
Im Sachregister 189

Digitized by Google

Alphabetisches Verzeichnis der Schlagwörter mit Ausschluß jener, welche bloß Hinweise auf andere Schlagwörter enthalten.

	Seite
Abrichtungszeit	191
Abstimmungen	191
Abstriche	192
Ägypten	194
Äußere Politik (auch Dreibund)	195
Äußeres, Ministerium des Äußern	207
Akademie	210
Albanien	211
Alldeutscher Verband	211
Amerika	211
Analphabeten	211
Ansprache an den Kaiser	212
Anträge	212
Apotheken	213
Archiv	213
Armee, Armeeinspektor, Armeesparkasse	213
Arsenal	213
Artillerie	214
Asbest	214
Assentierung	214
Attachés	214
Ausrüstung	215
Außerordentliches Erfordernis	215
Außerordentliche Kredite	215
Auswanderung	216
Ausweisungen	216
Avancementsverhältnisse	217
Bauernbund, Kärntnerischer	218
Baumwollberichte	218
Beamte und Diener, gemeinsame	218
Befreiung vom Militärdienst	219
Belgien	219
Benatek	219
Berittenmachung	219
Berliner Kongreß, Berliner Vertrag	219
Bettenmagazine	220
Beurlaubungen	220
Blick	221
Börsenpanik	221
Bolivia	221
Bosnien und Hercegovina	221
Brasilien	239
Brioniinseln	240
Brotpreise	240
Brückenbau	240
Büchsenmacher	240
Budget	240
Budgetprovisorium	241
Budgetrecht der Delegation	242
Bukarest	242
Bulgarien	242
Chile	245
China	245
Cholera	246
Curzola	246
Czernowitz	246
Dalmatien	246
Dardanellen	247
Delegation	247
Delegationssessionen, a. o.	248
Deutschland-Preußen	248
Deutsch-französischer Krieg	250
Differenzen zwischen den Beschlüssen der Delegationen	250

Digitized by Google

	Seite
Diplomatische Auslagen (Vertretungen)	256
Diplomatisches Korps	258
Dislokationen	259
Dispositionsfonds	259
Donau, Donaufürstentümer	259
Donaukanäle	260
Donaukommission	260
Donaumonitor	260
Donauschiffahrt, Eisernes Tor	260
Dringlichkeitsanträge	260
Duellwesen	261
Einberufungen	262
Einheit der Armee	264
Einjährig-Freiwillige	265
Einkommensteuer	265
Eisenbahnen	265
Eisenkartell	266
Elementarereignisse	267
En bloc-Annahme	267
England	267
Epidemien	267
Erbschaft	267
Ergänzungsbezirke	267
Ersatzreserve	267
Ersparungen	268
Existenzminimum	268
Expeditionen	268
Export	269
Exportmuseum	269
Exterritorialität	269
Feldschäden	270
Festungskommanden	270
Festungswerke	270
Finanzlage	272
Finanzministerium	273
Finanzplan	274
Flagge	274
Fleischpreise	274
Flottenmaterial	275
Flußregulierungen	278
Frankreich	278
Friedensbewegung	279
Friedensbudget	281
Friedensstand	281
Fuhrwesen	281
Gagen	281
Galerie	282
Geistliche	283
Generalarmeeinspektor	283
Generalregister der Delegation	283
Generalstab	283
Genfer Konvention	283
Geniewesen	283
Geschäftsordnung	283
Geschäftsordnungsfragen	284
Getreidepreise	291
Graz	291
Griechenland	291
Handelskammern	291
Handelsmarine	291
Handelspolitische Fragen	292
Handelsverträge	295
Handschuhe	299
Hannover	299
Heeresauslagen	299
Heeresvermögen	299
Heiratskautionen	299
Hernalser Offizierstöchterinstitut	299
Herrenhaus	299
Hof, Hofstaat, Allerhöchster	299
Hofkammerarchiv	300
Hoheitsrechte	300
Hopfen	300
Impfwesen	300
Indemnität	301
Innere Politik	301
Interkalarien	305
Interpellationen	305
Invalidenfonds	312
Inventar	312
Irredenta	312
Italien	312
Japan	314
Jaroslau	314
Jerusalem	314

Digitized by Google

	Seite
Josephinum	314
Josefstadt	314
Juden	314
Kabinettskanzlei	315
Kaperei	315
Katholische Kirche	315
Kavallerie	315
Kilianarm	316
Kohle	316
Kohlenkriegsvorrat	316
Kohlenmagazine	316
Kohn, Erzbischof	316
Kolonialfrage	316
Kommanden	316
Kommission	317
Konstantinopel	317
Konsularwesen	317
Konsulate	320
Kontrollversammlungen	324
Kredite	324
Kreditbriefe	324
Kreditforderung	324
Kriegsentschädigung	325
Kriegskommissariate	325
Kriegskonterbande	325
Kriegsministerium	325
Kroatien	331
Krönungsfeierlichkeiten	331
Kronstadt	331
Kupferbergbau	332
Landwehr	332
Landwirtschaft	332
Leinenstoffe	333
Lieferungswesen	333
Literarisches Eigentum	341
Lloyd, österreichischer	341
Löhnung	342
Lokalanstellungen	342
London	342
„Los von Rom“-Bewegung	342
Luxemburg	342
Mädchenhandel	343
Mannschaftsbehandlung	343
Mannschaftskost	344
Marine	346
Maße und Gewichte	350
Meteorologie	351
Mexiko	351
Militärbauwesen, Militärgebäude	351
Militärbeamte	351
Militärbildungswesen	352
Militärdepositenamt	353
Militärexzesse	353
Militärfonds	353
Militär-geographisches Institut	353
Militärgrenze	354
Militärinvalidenhaus	354
Militärjustiz	354
Militärkassenwesen	358
Militärkomitee	358
Militärmusik	358
Militärrechnungswesen	358
Militärreglement	358
Militärsanitätswesen	358
Militärseelsorge	360
Militärstatistik	361
Militärstipendien	361
Militärstiftungen	361
Militärtaxe	361
Militärtierärzte	361
Militär-Tierarzneiinstitut	361
Militärunterkünfte	363
Militärverpflegswesen	363
Militärversorgungswesen	364
Militärverwaltung	366
Militärzentralbuchhaltung	367
Militärzinstarife	367
Minister, Ministerium	367
Minoritätsvoten	368
Missionsschiffe	368
Montenegro	369
Montnerwesen	369
Nachruf	370
Nachtragskredite	370
Neutralität	370
Norddeutscher Bund	371
Nordschleswig	371

Digitized by Google

	Seite
Oberndorf	371
Oel	371
Offiziere	371
Organisation	371
Orientalische Frage	376
Oſtaſien	376
Oſtaſiatiſcher Krieg	376
Panſlawismus	377
Papſt	377
Paris	378
Paßweſen	378
Pellagra	378
Penſionen	378
Perſien	379
Perſonalſtatus	379
Peru	379
Petitionen	380
Pferdeweſen	380
Pola	381
Politiſche Korreſpondenz	382
Pontebba	383
Portobegünſtigungen	383
Poſtſparkaſſe	383
Poſtweſen	383
Präſenzdauer	383
Präſenzſtand	384
Präſidien	387
Prag	388
Preſſe	389
Preßbureau	389
Preßfreiheit	389
Prisren	390
Privatdiener	390
Protokoll, ſtenographiſches	390
Przemyſl	390
Pulverweſen	390
Qualifikationstabellen	391
Radfahrer	391
Ragusa	391
Rechnungshof, Oberſter	391
Refundierung	393
Reichsrat	394
Reichstadt	394
Rekrutenkontingent	394
Religiöſe Fragen	394
Reſervebataillone	395
Reſerveoffiziere	395
Reſolutionen	396
Rothuch	396
Rotes Kreuz	396
Rumänien	396
Rußland	398
Salinen- und Saalforſtkonvention	402
Salz	402
San Girolamo	402
Sanitätsweſen	402
Schalttag	403
Schießplätze	403
Schießübungen	403
Schießwolle	404
Schiffahrtsverträge	404
Schiffahrts- und Hafenordnung	404
Schiffsverbindung	404
Schiffsvermeſſung	404
Schlachtvieh	404
Schlußrechnungen	404
Schönborn	406
Schwarzes Meer	406
Schweiz	406
Seefiſcherei	406
Seemannsordnung	407
Seeminenweſen	407
Seekriegsrecht	407
Seerecht	407
Seitengewehr	407
Selbſtmorde	407
Seneca	407
Serbien	407
Siam	410
Smyrna	410
Soyka	410
Sozialdemokratie	410
Sozialpolitik	410
Spahič	411
Spanien	411
Sprachen- und Nationalitätsverhältniſſe	411
Staats- und verfaſſungsrechtliche Fragen	419
Staatsſchuld	419
Stabilimento tecnico	419

Digitized by Google

	Seite
Stabsoffiziere	419
Steinfeld	420
Stellungspflicht	420
Stellvertreterfonds	420
Stempel- und Taxgebühren	420
Sterblichkeit	420
Steuerfragen	420
Stiller Robert	420
Straßenbau	421
Stubenrauch	421
Subkomitee	421
Subsistenzzulagen	421
Südafrika	421
Süddeutscher Bund	422
Südmark	422
Suez	422
Superarbitrierung	422
Supernumeräre	422
Tegetthoff	423
Telegraphenwesen	423
Teodo	423
Territorialdivisionen	423
Teuerungszulagen	423
Thomann	423
Tirol	424
Tiroler Kaiserjäger	424
Trainwesen	424
Trient	424
Triest	424
Türkei	424
Uchatius	431
Überschreitungen	431
Ungarn	431
Uniformierung	440
Unteroffiziere	440
Valuta	440
Vereine	441
Vereins- und Versammlungsrecht	441
Verhandlungssprache	441
Verlassenschaften	441
Verpflegskosten	441
Verwaltung	442
Veterinärwesen	442
Virements	442
Vorarlberg	443
Vorräte	443
Vorschußgeschäft	444
Vorsichtsmaßregeln	444
Vorspannwesen	444
Wachdienst	444
Währung	444
Waffenwesen	444
Wappen und Siegel	447
Wartegelder	447
Wasserleitung	447
Wehrgesetz	448
Wehrpflicht	448
Wehrsteuer	448
Wein	448
Weinbau	448
Widdin	448
Wien	448
Zahlamt	449
Zementlieferungen	449
Zentralaktiven	449
Zollämter	450
Zollgefälle	450
Zollrestitution	450
Zollunion	452
Zollverein	452
Zuckerkonferenz	452
Zurückziehung einer Regierungsvorlage	453
Zweibund	453

Digitized by Google

Delegation

1868—1904.

Digitized by Google

Delegationssessionen.

Session	Zeit der Tagung	Ort der Tagung	Anzahl der Sitzungen
I.*)	19. Jänner bis 24. März 1868	Wien	12
I.	16. November bis 5. Dezember 1868	Budapest	8
II.	11. Juli bis 30. September 1869	Wien	18
III.	24. November 1870 bis 18. Februar 1871	Budapest (Schlußsitzung Wien)	25
IV.	22. Mai bis 19. Juli 1871	Wien	8
V.	16. September bis 24. Oktober 1872	Budapest	13
VI.	2. April bis 11. Mai 1873	Wien	12
VII.	20. April bis 22. Mai 1874	Budapest	9
VIII.	21. September bis 17. Oktober 1875	Wien	11
IX.	15. Mai bis 2. Juni 1876	Budapest	12
X.	5. Dezember 1877 bis 7. Juni 1878	Wien	14

*) In der ersten Session, welche aus zwei Sitzungsabschnitten bestand, wurden zwei Voranschläge, nämlich für die Jahre 1868 und 1869 erledigt.

Digitized by Google

Session	Zeit der Tagung	Ort der Tagung	Anzahl der Sitzungen
XI.	7. November 1878 bis 15. März 1879	Budapest	18
XII.	16. Dezember 1879 bis 15. Februar 1880	Wien	10
XIII.	19. Oktober bis 12. November 1880	Budapest	7
XIV.	27. Oktober bis 18. November 1881	Wien	6
XV. (a. o.) *)	28. Jänner bis 5. Februar 1882	Wien	2
XVI. (a. o.) *)	15. April bis 26. April 1882	Wien	6
XVII.	25. Oktober bis 18. November 1882	Budapest	5
XVIII.	23. Oktober bis 14. November 1883	Wien	5
XIX.	27. Oktober bis 18. November 1884	Budapest	5
XX.	22. Oktober bis 17. November 1885	Wien	5
XXI.	4. November bis 30. November 1886	Budapest	6
XXII. (a. o.) *)	1. März bis 7. März 1887	Budapest	3
XXIII.	27. Oktober bis 20. November 1887	Wien	4
XXIV.	9. Juni bis 28. Juni 1888	Budapest	6
XXV.	22. Juni bis 12. Juli 1889	Wien	4

*) Außerordentliche.

Digitized by Google

Session	Zeit der Tagung	Ort der Tagung	Anzahl der Sitzungen
XXVI.	4. Juni bis 27. Juni 1890	Budapest	6
XXVII.	9. November bis 3. Dezember 1891	Wien	5
XXVIII.	1. Oktober bis 27. Oktober 1892	Budapest	5
XXIX.	25. Mai bis 19. Juni 1893	Wien	5
XXX.	14. September bis 8. Oktober 1894	Budapest	5
XXXI.	6. Juni bis 26. Juni 1895	Wien	5
XXXII.	30. Mai bis 20. Juni 1896	Budapest	5
XXXIII.	16. November bis 22. Dezember 1897	Wien	6
XXXIV.	9. Mai bis 26. Mai 1898	Budapest	6
XXXV.	30. November 1899 bis 17. Februar 1900	Wien	10
XXXVI.	12. Mai bis 31. Mai 1900	Budapest	7
XXXVII.	20. Mai bis 11. Juni 1901	Wien	6
XXXVIII.	6. Mai bis 9. Juni 1902	Budapest	8
XXXIX.	15. Dezember 1903 bis 27. Februar 1904	Wien	14
XL.	14. Mai bis 8. Juni 1904	Budapest	6

Digitized by Google

Präsidien der Delegation.

Session	Alterspräsident	Präsident	Vizepräsident
I. 1868.	Kardinal Rauscher	Auersperg Anton	Kaiserfeld
II. 1869.	Pascotini	Auersperg Carlos	Hopfen
III. 1870/71.	Pascotini	Hopfen	Jablonowski
IV. 1871.	Pascotini	Schmerling Anton	Vidulich
V. 1872.	Pascotini	Hopfen	Falkenhayn
VI. 1873.	Pascotini	Schmerling Anton	Vidulich
VII. 1874.	Burg	Rechbauer	Potocki Alfred
VIII. 1875.	Burg	Schmerling Anton	Rechbauer
IX. 1876.	Burg	Rechbauer	Wrbna Rud. Eugen
X. 1877.	Burg	Trauttmansdorff Ferdinand	Vidulich
XI. 1878/79.	Abt Helferstorfer	Coronini Franz	Abt Helferstorfer
XII. 1879/80.	Schmerling Anton	Schmerling Anton	Wolfrum

Digitized by Google

Session	Alterspräsident	Präsident	Vizepräsident
XIII. 1880.	Schmerling Josef	Coronini Franz	Czartoryski Konst.
XIV. bis XVI. *) 1881/82.	Schmerling Anton	Schmerling Anton	Hohenwart
XVII. 1882.	Fluck	Smolka	Ceschi
XVIII. 1883.	Fluck	Czartoryski Konst.	Hohenwart
XIX. 1884.	Fluck	Smolka	Ceschi
XX. 1885.	Smolka	Falkenhayn	Chlumecký
XXI. und XXII. *) 1886/87.	Smolka	Smolka	Abt Hauswirth
XXIII. 1887.	Ölz	Revertera	Chlumecký
XXIV. 1888.	Smolka	Smolka	Abt Hauswirth
XXV. 1889.	Ölz	Windisch-Graetz	Chlumecký
XXVI. 1890.	Czartoryski Konstantin	Czartoryski Georg	Abt Hauswirth
XXVII. 1891.	Vischelwitzer	Schönburg Alexander	Peyn
XXVIII. 1892.	Abt Hauswirth	Chlumecký	Abt Hauswirth
XXIX. 1893.	Vischelwitzer	Windisch-Graetz	Jaworski
XXX. 1894.	Abt Hauswirth	Chlumecký	Abt Hauswirth

*) XV., XVI. u. XXII. waren außerordentliche Sessionen.

Digitized by Google

Session	Alterspräsident	Präsident	Vizepräsident
XXXI. 1895.	Abt Hauswirth	Lobkowitz Ferdinand	Jaleski
XXXII. 1896.	Zedlitz Kurt	Chlumecký	Petter Felix
XXXIII. 1897.	Helfert	Thun-Hohenstein Franz	Jaworski
XXXIV. 1898.	Helfert	Jaworski	Petter Felix
XXXV. 1899.	Helfert	Petter Felix	Jaworski
XXXVI. 1900.	Helfert	Jaworski	Petter Felix
XXXVII. 1901.	Helfert	Lobkowitz Ferdinand	Jaworski
XXXVIII. 1902.	Helfert	Baernreither	Petter Felix
XXXIX. 1903/4.	Jaworski	Gautsch	Jaworski
XL. 1904.	Jaworski	Jaworski	Gautsch

Digitized by Google

Präsidien der Delegationsausschüsse.

Session		Budgetausschuß	Geschäftsordnungsausschuß
1. 1868.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Kaiserfeld. Wrbna Rudolf.	Wrbna Rudolf. Taffer.
(Im 2. Sessionsabschnitt.)	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Wrbna Rudolf. Hoyos.	
2. 1869.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Hopfen. Wrbna Rudolf.	Petitionsausschuß Wickenburg. Czartoryski Konstantin.
3. 1870/71.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Jablonowski. Gablenz.	Sapieha Leo. Coudenhove Maximilian.
4. 1871.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Hasner. Herbst.	Wrbna Rudolf. Ruß.
5. 1872.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Pratobevera. Herbst.	Trauttmansdorff Ferdinand. Czerkawski.
6. 1873.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Herbst. Jablonowski.	Trauttmansdorff Ferdinand. Gablenz.
7. 1874.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Herbst. Czartoryski Konstantin.	Mercandin. Prato.

Digitized by Google

Session		Budgetausschuß	Petitionsausschuß
8. 1875.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Herbst. Pipitz.	Trauttmansdorff Ferdinand. Beer.
9. 1876.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Herbst. Czartoryski Konstantin.	Mercandin. Burg.
10. 1876/77.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Herbst. Rechberg.	Abt Helferstorfer. Schönburg Alexander.
11. 1878/79.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Herbst. Czartoryski Konstantin.	Scrinzi. Kochanowski.
12. 1879/80.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Rechbauer. Hübner Alexander.	Hein. Scharschmid.
13. 1880.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Hofmann Leopold. Sturm.	Czartoryski Konstantin. Kochanowski.
*) 14.—16. 1881/82.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Sturm. Falkenhayn.	Doblhoff Heinrich. Schönborn.
17. 1882.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Falkenhayn. Sturm.	Fluck. Schier.
18. 1883.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Hohenwart. Engerth.	Scrinzi. Schönborn.
19. 1884.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Falkenhayn. Dumba.	Ceschi. Heilern.
20. 1885.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Hohenwart. Lichnowsky.	Abt Hauswirth.

*) XV., XVI. u. XXII. waren außerordentliche Sessionen.

Digitized by Google

Session		Budgetausschuß	Petitionsausschuß
*) 21. und 22. 1886/87.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Falkenhayn. Chlumecký.	Rodich. Moscon.
23. 1887.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Kinsky Friedrich Karl. Bezecny.	Czartoryski Konstantin. Sueß Eduard.
24. 1888.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Falkenhayn. Chlumecký.	Abt Hauswirth. Czartoryski Konstantin.
25. 1889.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Jaworski. Dumba.	Abt Hauswirth. Pelz.
26. 1890.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Falkenhayn. Chlumecký.	Abt Hauswirth. Stöhr.
27. 1891.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Plener Ernst. Falkenhayn.	Abrahamowicz David. Thun Josef Oswald.
28. 1892.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Falkenhayn. Plener Ernst.	Thun Josef Oswald. Abt Baumgartner.
29. 1893.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Plener Ernst. Falkenhayn.	Wodzicki Anton. Helfert.
30. 1894.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Badeni. Ruß.	Abt Karl. Hompesch.
31. 1895.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Ruß. Badeni.	Fuchs. Helfert.
32. 1896.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Pekter Felix. Ruß.	Abt Karl. Jedrzejowicz.

*) XV., XVI. u. XXII. waren außerordentliche Sessionen.

Digitized by Google

Session		Budgetausschuß	Petitionsausschuß
33. 1897.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Jaworski. Dumba.	Šáček. de Fin.
34. 1898.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Chlumecký. Šáček.	Korčian. Janda.
35. 1899/1900.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Rathrein. Dumba.	Šáček. Korčian.
36. 1900.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Chlumecký. Pziedusyycki.	Korčian. Weigel.
37. 1901.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Baernreither. Chlumecký.	Šáček. Mauthner.
38. 1902.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Chlumecký. Pziedusyycki.	Korčian. Millanich.
39. 1903/04.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Baernreither. Chlumecký.	Praják. Merveldt.
40. 1904.	Obmann: Obmann-Stellvertreter:	Chlumecký. Tollinger.	Berger Wilhelm. Šáček.

Digitized by Google

I. Teil.

Personenregister.

Digitized by Google

I. Minister und Regierungsvertreter.

1. Minister.

Andrássy Julius, Graf. Minister des Äußern.
Vom 14. November 1871 bis 8. Oktober 1879.

Redner:

Überreicht das Budget. **5**, 5. *)
„ einen Nachtragskredit zum Budget der Kriegsmarine. **5**, 14.
Kriegsmarine. **5**, 44.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 125.
Überreicht einen Nachtragskredit für die Subvention an den Lloyd. **5**, 137.
Ansprache beim Schlusse der Session. **5**, 272.
Überreicht das Budget. **6**, 6.
Ansprache beim Schlusse der Session. **6**, 199.
Überreicht das Budget. **7**, 4.
Ansprache beim Schlusse der Session. **7**, 228.
Überreicht das Budget. **8**, 4.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **8**, 22; (Spezialdebatte — Zentralleitung). **8**, 25.
Ansprache beim Schlusse der Session. **8**, 225.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **9**, 49.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **9**, 118.
Ansprache beim Schlusse der Session. **9**, 234.
Überreicht das Budget. **10**, 3, 7, 35.
Budgetprovisorium für das I. Quartal. **10**, 20.
60 Millionen-Kredit. **10**, 161.
Mitteilung über die erfolgte Inanspruchnahme des 60 Millionen-Kredites. **10**, 220.
Ansprache beim Schlusse der Session. **10**, 365.
Überreicht das Budget. **11**, 4, 23.
Heeresextraordinarium. **11**, 72, 75.
Nachtragskredit zum 60 Millionen-Kredit. **11**, 110.
Antrag auf Unterbrechung der Sitzung. **11**, 270.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 274, 289.
Antrag auf Schluß der Sitzung. **11**, 290.
Überreicht neuerliche Vorlagen der gemeinsamen Regierung. **11**, 348.
Nachtragskredit zum Budget des Ministeriums des Äußern. **11**, 353.
Okkupationskredit. **11**, 385, 387.
Ansprache beim Schlusse der Session. **11**, 408.

Interpellationsbeantwortungen:

Sturm, betreffend die Vorlage des Friedensvertrages von San Stefano. **10**, 227.

Kuranda, betreffend die ungünstige Lage der Israeliten in Rumänien. **10**, 259.

Grocholski, betreffend den Spezialvertrag zwischen Rußland und der Türkei. **11**, 51.

Bauer Ferdinand, Freiherr v., Feldzeugmeister. Reichskriegsminister.
16. März 1888 bis 24. Juli 1893. (Gestorben.)

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **26**, 56, 60.
„ (Spezialdebatte). **26**, 64.
Ansprache beim Schlusse der Session. **26**, 214.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **27**, 45, 51, 53.
„ (Spezialdebatte). **27**, 59, 121, 127.
„ (Generaldebatte). **28**, 83.
„ (Spezialdebatte). **28**, 90.
„ (Generaldebatte). **29**, 98.
„ (Spezialdebatte). **29**, 104, 107, 111.
Petition, betreffend die Studentenverbindungen angehörenden Reserveoffiziere. **29**, 257.

Interpellationsbeantwortung: Kokoschineg, Heilsberg, betreffend das Verbot des Beitrittes von Reserveoffizieren und Einjährig-Freiwilligen zu Studentenverbindungen. **29**, 234.

Becke Franz Karl, Freiherr v. Gemeinsamer Finanzminister.
Vom 24. Dezember 1867 bis 15. Jänner 1870. (Gestorben.)

Redner:

Überreicht das Budget. **1**, 11.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Lloyd). **1**, 53.
Finanzministerium. **1**, 60, 64, 66.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **1**, 96.

*) Die fettgedruckten Zahlen bedeuten die Delegationssession, die anderen die Seiten des stenographischen Protokolles dieser Session.

Digitized by Google

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. 1, 206, 217, 230.
Finanzministerium. 1, 287.
Kriegsmarine. 2, 208.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). 2, 255.
Nachtragskredit für das Kriegsministerium. 2, 523.

Beust Friedrich Ferdinand, Freiherr v. (Seit 5. Dezember 1868 Graf).
Seit 30. Oktober 1866 Minister des Äußern, seit 23. Juni 1867 Reichskanzler, seit 24. Dezember 1867 Reichsminister, enthoben am 8. November 1871.

Redner:
Einführung des Alterspräsidenten. 1, 1.
Mitteilung über den Empfang beim Kaiser. 1, 3.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). 1, 30; (Diplomatische Auslagen). 1, 35, 42, 48.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. 1, 224.
Ansprache beim Schlusse der Session. 1, 236.
„ bei Wiedereröffnung der Session und Vorlage des Budgets. 1, 244.
Einbringung einer Vorlage, betreffend die Behandlung der Botschafter, Gesandten und Ministerresidenten bei ihrer Versetzung in den Ruhestand. 1, 248.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). 1, 250.
„ „ „ (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). 1, 256; (Diplomatische Auslagen). 1, 268.
Finanzministerium. 1, 282.
Denkschrift, betreffend die Umgestaltung des Personal- und Salariatstatus im Konsularwesen. 1, 310.
Ansprache beim Schlusse der Session. 1, 589.
„ beim Beginne der Session und Überreichung des gemeinsamen Budgets. 3, 3.
Heeresordinarium (Generaldebatte). 3, 79.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). 3, 246; (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). 3, 265; (Diplomatische Auslagen). 3, 276.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. 3, 416, 447, 470.
Schuld an die Nationalbank. 3, 538.
Ansprache beim Schlusse der Session. 3, 581.
Überreicht das Budget. 4, 3.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). 4, 17; (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). 4, 23.
Heeresordinarium (Generaldebatte). 4, 61; (Spezialdebatte). 4, 72, 146.
Ansprache beim Schlusse der Session. 4, 242.

Interpellationsbeantwortungen:
Schindler, betreffend die Erteilung von österreichischen Pässen an Hannoveraner. 1, 55.
Scrinzi, betreffend die ostasiatische Expedition. 1, 233.
Wolfrum, betreffend die Erhaltung des Friedens, und Gabelenz, betreffend den russisch türkischen Konflikt. 3, 8.

Burián Stephan, Freiherr v., Gemeinsamer Finanzminister. Seit 24. Juli 1903.

Redner:
Okkupationskredit. 39, 267.
Finanzministerium. 39, 289.
Okkupationskredit. 40, 362.

Interpellationsbeantwortungen:
Biankini, betreffend die Erhöhung der Gehalte der Volks- und Handelsschullehrer in Bosnien und der Hercegovina. 39, 217.
Biankini, betreffend die Regulierung des Wald- und Weiderechtes der dalmatinischen Grenzbevölkerung an den bosnisch-hercegovinischen Grenzen. 39, 218.
Biankini, betreffend die Mißbräuche der von der Regierung konzessionierten Konsortien für die Lebensmittellieferung an die Arbeiter beim Bau der Eisenbahnstrecke Sarajevo—Plevlje. 39, 219.
Biankini, betreffend Mißbräuche bei den Eisenbahnarbeiten auf der Strecke Sarajevo—Plevlje. 39, 220.
Biankini, betreffend die den Bewohnern Bosniens auferlegten Beschränkungen beim Bezug von Seesalz aus den ärarischen Salinen in Dalmatien. 39, 221.
Biankini, betreffend die Mineralquelle Sičara. 39, 221.
Biankini, betreffend die Verweigerung von Regierungsstipendien für mohamedanische Studierende zum Besuche der theologischen Fakultät in Kairo. 39, 726.
Biankini, betreffend den beim Bahnbau Sarajevo—Plevlje verunglückten Arbeiter Petar Pušić. 39, 727.
Biankini, betreffend einen Erlaß der bosnischen Landesregierung in Bezug auf die publizistische Tätigkeit der bosnisch-hercegovinischen Beamten. 39, 727.
Biankini, betreffend die infolge der Präventivzensur in den bosnischen Blättern fehlende Stelle der Antrittsrede des neuen Landeschefs Freiherrn v. Albori. 39, 727.
Biankini, betreffend die Nichtveröffentlichung der Delegationssitzungsberichte in den kroatischen Zeitungen Bosniens und der Hercegovina. 39, 728.
Nowak, betreffend die Förderung des Absatzes österreichischer Industrieprodukte in den okkupierten Provinzen durch Subventionsgewährung. 40, 532.
Zaffron, betreffend die Regulierung der Gewässer im Kesseltale von Imoschi und des Trebižattflusses. 40, 532.
Zaffron, betreffend die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen in Bosnien und der Hercegovina. 40, 533.

Bylandt-Rheidt Artur, Graf, Feldmarschalleutnant. Reichskriegsminister.
Vom 20. Juni 1876 bis 16. März 1888.

Redner:
Anforderung auf Rechnung des Extraordinariums des Heeres 10, 50, 59.
Heeresordinarium (Generaldebatte). 10, 298.
„ (Spezialdebatte). 10, 303, 305.
„ „ 11, 55.

Digitized by Google

Heeresextraordinarium. **11**, 70.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 272.
Okkupationskredit. **11**, 311.
Differenzen beim Budget des Kriegsministeriums (Ordinarium). **11**, 320.
Erteilung der Indemnität für das Kriegsministerium und einen Nachtragskredit anläßlich der Okkupation Bosniens. **11**, 372.
Okkupationskredit. **11**, 384.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **12**, 77.
„ (Spezialdebatte). **13**, 57, 60.
Heeresextraordinarium. **13**, 177, 181.
Überrecht das Budget. **14**, 4.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **14**, 34.
Heeresextraordinarium. **14**, 44, 51.
Ansprache beim Schlusse der Session. **14**, 238.
Differenz bei der Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 23,733.000 fl. **16**, 29, 37.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **17**, 10.
Okkupationskredit. **17**, 127.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **19**, 20.
Petitionen bezüglich Beschaffung der Naturalienerfordernisse für das Heer. **19**, 124.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **20**, 16.
„ (Spezialdebatte). **20**, 18, 20, 27.
„ „ **21**, 22.

Interpellationsbeantwortungen:

Thurnher, betreffend die Abhaltung von Kontrollversammlungen an Sonntagen. **10**, 43.

Foregger, betreffend die Demobilisierung der Reservepflegsbeamten. **11**, 312.

Winkler, betreffend die Verfrachtung ärarischer Güter in Bosnien durch den Unternehmer Abendroth. **12**, 88.

Kathrein, betreffend die von dem Kommandanten des Tiroler Kaiserjägerregiments in Innsbruck an die Einjährig-Freiwilligen mit dem Hinweis auf die prinzipielle Verwerfung des Duells seitens der katholischen Studentenverbindung „Austria" ergangene Warnung vor dem Verkehr mit den Mitgliedern dieser Verbindung. **21**, 24.

Goluchowski Agenor, Graf. Minister des Äußern. Seit 16. Mai 1895.

Redner:

Überrecht das Budget. **31**, 4.
Ansprache beim Schlusse der Session. **31**, 339.
Überrecht das Budget. **32**, 3.
Ansprache beim Schlusse der Session. **32**, 309.
Überrecht das Budget. **33**, 5.
Ansprache beim Schlusse der Session. **33**, 384.
Überrecht das Budget. **34**, 7.
Ansprache beim Schlusse der Session. **34**, 384.
Überrecht das Budget. **35**, 7.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 451.
„ „ „ (Spezialdebatte). **35**, 459, 461.
Ansprache beim Schlusse der Session. **35**, 506.
Überrecht das Budget. **36**, 7.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **36**, 81.
„ „ „ (Spezialdebatte). **36**, 96.
Ansprache beim Schlusse der Session. **36**, 387.
Überrecht das Budget. **37**, 7.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **37**, 309.
Ansprache beim Schlusse der Session. **37**, 520.
Überrecht das Budget. **38**, 11.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **38**, 158.
Ansprache beim Schlusse der Session. **38**, 559.
Überrecht ein Budgetprovisorium und das Budget. **39**, 21.
Ansprache beim Schlusse der Session. **39**, 728.
Überrecht das Budget. **40**, 9.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **40**, 67.
Ansprache beim Schlusse der Session. **40**, 546.

Interpellationsbeantwortungen:

Pacák, betreffend die Beschleunigung der Amnestie für die in Serbien verurteilten Politiker. **35**, 8.

Pacák, betreffend die Ausweisung österreichischer Staatsbürger böhmischer und polnischer Nationalität aus dem Deutschen Reiche. **35**, 370.

Pacák, betreffend die Ausweisung österreichischer Arbeiter aus Preußen. **35**, 370.

Gessmann, betreffend die Einteilung der Amtsdiener beim Ministerium des Äußern in Dienstesklassen. **35**, 371.

Stránský, betreffend die Information der österreichischen Öffentlichkeit über Beschlüsse der gemeinsamen Regierung. **35**, 371.

Sláma, betreffend die Behandlung des österreichischen Staatsangehörigen Nikolaus Prossen durch die türkischen Behörden in Smyrna. **36**, 387.

Iro, betreffend den Bruch der Neutralität der österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber den Buren. **37**, 311.

Iro, betreffend die Vermittlung zwischen England und den südafrikanischen Freistaaten. **37**, 312.

Iro, betreffend die Zurückziehung der bosnisch-hercegovinischen Truppen aus den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und Einverleibung Bosniens und der Hercegovina in Ungarn. **37**, 312.

Iro, betreffend die Handelsbeziehungen zu Persien. **37**, 513.

Ayman, betreffend die „Politische Korrespondenz". **37**, 513.

Kaftan, betreffend die Erbschaft eines in Quezaltenango (Guatemala) ermordeten österreichischen Staatsbürgers. **37**, 514.

Stránský, betreffend die Ausweisung böhmischer Arbeiter aus Deutschland. **37**, 514.

Bukovič, betreffend die Entschädigung der im Juli 1900 aus Transvaal ausgewiesenen österreichischen Staatsangehörigen. **38**, 16.

Bukovič, betreffend die Erteilung von Informationen seitens des österreichisch-ungarischen Konsuls in Buenos-Ayres über eine dortige Firma. **38**, 17.

Sylvester, betreffend Einflußnahme des österreichisch-ungarischen Konsulates in Konstantinopel auf den Austritt einiger Deutschösterreicher aus einem dortigen reichsdeutschen Vereine. **38**, 17.

Kleemein, betreffend die Pferdeankäufe Englands in Österreich-Ungarn, eventuell Erlassung eines Pferdeausfuhrverbotes. **38**, 17.

Digitized by Google

Dobernig, betreffend den Zustand des Bahnhofes in Pontebba. **38**, 18.

Sylvester, betreffend die Subventionierung der deutschen Schulen in Bukarest und Konstantinopel. **38**, 552.

Dobernig, Sylvester, betreffend die in der Schweiz erfolgende Verbreitung ungünstiger Nachrichten über den Gesundheitszustand in den österreichischen Alpenländern. **38**, 552.

Stein, betreffend die fortgesetzten Pferdetransporte nach Südafrika. **38**, 552.

Antonelli, betreffend Verhandlungen mit Italien behufs Regulierung von Gewässern an der Grenze der Provinz Görz. **38**, 552.

Sylvester, betreffend die Amtsführung der österreichisch-ungarischen Vertretungen im Auslande, insbesondere gegenüber österreichischen Gelehrten. **38**, 553.

Conci, betreffend die Entschädigung der Hinterbliebenen einiger bei dem Eisenbahnunglück von Seneca (Michigan) Verunglückten. **38**, 553.

Bukovič, betreffend die Verhinderung der Auswanderung von Dalmatinern nach Neuseeland. **38**, 553.

Bukovič, betreffend die Behandlung der sogenannten Affäre San Girolamo seitens der österreichisch-ungarischen Diplomatie in Rom. **38**, 553.

Biankini, betreffend die den kroatischen Emigranten in Transvaal verweigerte Entschädigung seitens der englischen Behörden. **39**, 82.

Biankini, betreffend Schaffung einer Dampferlinie von Triest, Split und Dubrovnik nach Südamerika, speziell nach Argentinien. **39**, 85.

Biankini, betreffend das Vorgehen des österreichisch-ungarischen Vertreters in Santiago, Grafen Starzeńskí, gegen den Verein „Slavjanska pripomoćno družtvo“ in Antofagasta anläßlich der Protestkundgebungen der kroatischen Emigranten wegen der magyarischen Tyrannei in Kroatien. **39**, 86.

Biankini, betreffend die Anstellung von der kroatischen Sprache mächtigen Beamten bei den größeren Konsulaten in Nordamerika. **39**, 87.

Biankini, betreffend die Schaffung neuer Konsulate in Südamerika. **39**, 208.

Biankini, betreffend den der Familie Florio aus Dalmatien von den Türken durch die Plünderung der Barke „Ovidio“ zugefügten und nicht vergüteten Schaden. **39**, 722.

Biankini, betreffend die Entschädigung des Roger Bučenović seitens der Kompagnie von Mozambique. **39**, 724.

Biankini, betreffend den provisorischen Zustand des Instituts San Girolamo in Rom. **39**, 724.

Zaffron, betreffend die Regelung der Weinzollfrage in den Handelsvertragsverhandlungen mit Italien. **40**, 534.

Zaffron, betreffend die Einführung und staatliche Subventionierung einer Dampferverbindung zwischen Triest—Spalato—Ragusa und der Republik Argentinien. **40**, 533.

Zaffron, betreffend den Schutz der Fischereiindustrie und der kleinen Küstenschiffahrt in dem künftigen Handelsvertrage mit Italien. **40**, 533.

Zaffron, betreffend den Schutz der einheimischen Olivenölproduktion gegen fremdländische Konkurrenz bei Abschluß der neuen Handelsverträge. **40**, 534.

Zaffron, betreffend die Weinzollfrage. **40**, 534.

Zaffron, betreffend die endgültige Regelung der Angelegenheit des Instituts San Girolamo in Rom. **40**, 534.

Schneider, betreffend die Errichtung einer in staatlicher Verwaltung stehenden Herberge und eines Informationsbureaus für Auswanderer in New-York. **40**, 534.

Zaffron, betreffend die Verwendung der Zinsen von den in der ehemaligen Republik Ragusa zum Loskaufe der Sklaven gestifteten Legaten. **40**, 534.

Nowak, betreffend die Erhöhung der Rohholztarife im Elbeumschlagverkehre und im Verbandsverkehre mit dem Königreiche Sachsen. **40**, 535.

Wassilkó Georg, in derselben Angelegenheit. **40**, 535.

Haymerle Heinrich Karl, Freiherr v.“ Minister des Äußern. Vom 8. Oktober 1879 bis 10. Oktober 1881. (Gestorben.)

Redner:

Überreicht das Budget. **12**, 6.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **12**, 33.
Ansprache beim Schlusse der Session. **12**, 227.
Überreicht das Budget. **13**, 3.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **13**, 35.
Okkupationskredit. **13**, 71.
Heeresextraordinarium. **13**, 173.
Ansprache beim Schlusse der Session. **13**, 233.

Hock Karl, Freiherr v., Dr., Staatsrat. Provisorischer Leiter des Obersten Rechnungshofes. Vom 9. April 1868 bis 2. Jänner 1869. (Gestorben.)

Hofmann Leopold Friedrich, Freiherr v., Gemeinsamer Finanzminister. Vom 14. August 1876 bis 8. April 1880.

Redner:

Budgetprovisorium. **10**, 11, 24.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 270.
Okkupationskredit. **11**, 389.

Holzgethan Ludwig, Freiherr v., Gemeinsamer Finanzminister. Vom 15. Jänner 1872 bis 11. Juni 1876. (Gestorben.)

Redner:

Finanzministerium. **7**, 14.
Schlußrechnung pro 1871 und Gebarung pro 1872. **7**, 48.
Überreicht das Budget. **9**, 4.
Finanzministerium. **9**, 11.
Ministerium des Äußern (Nachtragskredit). **9**, 54, 56.

Kállay Benjamin, v., Gemeinsamer Finanzminister. Vom 12. Oktober bis 20. November 1881 mit der Leitung des Ministeriums des Äußern betraut.
Vom 4. Juni 1882 bis 14. Juli 1903. (Gestorben.)

Digitized by Google

Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **14**. 15.
Okkupationskredit. **17**, 124.
„ „ **18**, 69.
„ „ **19**, 72, 73.
„ „ **20**, 174.
„ „ **21**, 95, 99.
Petition, betreffend eine Ausweisung aus Banjaluka. **25**, 146, 147.
Okkupationskredit. **26**, 125.
„ „ **27**, 134.
„ „ **28**, 167.
Petition des Savo und Nikola Pistelić in Banjaluka. **28**, 243.
Okkupationskredit. **29**, 197, 208.
„ „ **30**, 86.
„ „ **31**, 290.
„ „ **32**, 157.
„ „ **33**, 194.
Schlußrechnung pro 1895. **33**, 255.
Okkupationskredit. **34**, 98.
„ „ **35**, 470.
„ „ **36**, 268.
„ „ **37**, 475.
„ „ **38**, 178.
Finanzministerium. **38**, 382.

Interpellationsbeantwortungen:

Dobernig, betreffend das Vorgehen der bosnischen Regierung gegen den ehemaligen Ökonomiebeamten Wolf. **33**, 262, 383.

Tufek, betreffend die Sonderstellung und Verkürzung der alten bosnischen Staatsbahnangestellten. **34**, 54.

Azmann, betreffend Angriffe gegen die bosnische Landesregierung. **34**, 98.

Kiesmann, betreffend die Angelegenheit des gewesenen Ökonomiebeamten Wolf in Bosnien. **34**, 185.

Pergelt, betreffend die Vollziehung der Exekutionserkenntnisse österreichischer Gerichte in Bosnien und der Hercegovina. **34**, 358.

Bulat, betreffend die Einschränkung der Wald- und Weideservitute in Bosnien und der Hercegovina zum Nachteile der dalmatinischen Grenzbewohner. **35**, 472.

Tufek, betreffend die Gehaltsregulierung der Beamten der bosnisch-hercegovinischen Landesregierung sowie der dem gemeinsamen Ministerium in Wien zugeteilten Beamten. **35**, 474.

Benesaj, betreffend die Verweigerung der Konzession zum Verkaufe des Wassers der Sinčera-Heilquelle in Bosnien. **36**, 272.

Šuperšić, betreffend die Konkurrenz Bosniens und der Hercegovina gegenüber den Stammländern der Monarchie. **37**, 485.

Bukovič, betreffend die gegen die in Triest erscheinende Zeitung „La Pensée Slave“ verfügte Entziehung des Postdebits für Bosnien und die Hercegovina. **38**, 182.

Bukovič, betreffend den Besuch bosnischer Kaufleute in Budapest. **38**, 182.

Bukovič, betreffend den Bahnbau Bugojno—Arjano. **38**, 183.

Bukovič, betreffend die den Bewohnern des Kreises Bihač seitens der bosnischen Behörden auferlegten Beschränkungen hinsichtlich der Beschaffung von Seesalz aus den ärarischen Magazinen in Dalmatien. **38**, 183.

Sylvester, betreffend verschiedene Maßnahmen der bosnischen Landesregierung. **38**, 202.

Bukovič, betreffend die Vergebung der Arbeiten für den Bau der Bahn Sarajevo—Uvac. **38**, 277.

Šuperšić, betreffend die Holzverkäufe der bosnischen Landesregierung. **38**, 387.

Kálnoky Gustav Siegmund, Graf, General der Kavallerie. Minister des Äußern.

Vom 20. November 1881 bis 16. Mai 1895.

Redner:
Überreicht die Vorlage über das außerordentliche Heereserfordernis von 8 Millionen Gulden. **15**, 2.
Ansprache beim Schlusse der Session. **15**, 37.
Überreicht die Vorlage über das außerordentliche Heereserfordernis von 23,733.000 fl. **16**, 2.
Ansprache beim Schlusse der Session. **16**, 44.
Überreicht das Budget. **17**, 3.
Ansprache beim Schlusse der Session. **17**, 178.
Überreicht das Budget. **18**, 3.
Ansprache beim Schlusse der Session. **18**, 159.
Überreicht das Budget. **19**, 3.
Ansprache beim Schlusse der Session. **19**, 156.
Überreicht das Budget. **20**, 3.
Ansprache beim Schlusse der Session. **20**, 206.
Überreicht das Budget. **21**, 3.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Eisernes Tor). **21**, 92.
Ansprache beim Schlusse der Session. **21**, 213.
Überreicht in der außerordentlichen Session die Vorlage, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 52·5 Millionen Gulden. **22**, 1.
Ansprache beim Schlusse der außerordentlichen Session. **22**, 10.
Überreicht das Budget. **23**, 3.
Ansprache beim Schlusse der Session. **23**, 44.
Überreicht das Budget. **24**, 3.
Ansprache beim Schlusse der Session. **24**, 142.
Überreicht das Budget. **25**, 3.
Ansprache beim Schlusse der Session. **25**, 150.
Überreicht das Budget. **26**, 3.
„ **27**, 3.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **27**, 15.
Ansprache beim Schlusse der Session. **27**, 190.
Überreicht das Budget. **28**, 4.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **28**, 43.
„ „ „ (Spezialdebatte). **28**, 50.
Petition des gewesenen Generalkonsuls Reglia. **28**, 239.
Ansprache beim Schlusse der Session. **28**, 246.
Überreicht das Budget. **29**, 3.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **29**, 59.
„ „ „ (Spezialdebatte). **29**, 77.
Ansprache beim Schlusse der Session. **29**, 264.
Vorstellung des Kriegsministers Krieghammer. **30**, 4.
Überreicht das Budget. **30**, 4.

Digitized by Google

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **30**, 40.
„ „ „ (Spezialdebatte). **30**, 46, 49.
Ansprache beim Schlusse der Session. **30**, 307.

Interpellationsbeantwortung: Pacák, betreffend eine Konvention mit Serbien. **30**, 94.

Koller Alexander, Freiherr v., General der Kavallerie. Reichskriegsminister.

Vom 14. Juni 1874 bis 20. Juni 1876.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 42, 48, 50, 54, 91.
Heeresextraordinarium. **8**, 122, 124, 136.
Petition, betreffend eine Pferdelieferungsangelegenheit. **8**, 189.

Interpellationsbeantwortung: Stöhr, betreffend den Ankauf des ehemaligen Rosenthalschen Grundkomplexes auf der Landstraße in Wien zur Erbauung eines Militärspitales. **8**, 71.

Krieghammer Edmund, Edler v. (später Freiherr v.), General der Kavallerie. Reichskriegsminister.

Vom 22. September 1893 bis 17. Dezember 1902.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **30**, 216.
„ (Spezialdebatte). **30**, 221, 224.
„ (Generaldebatte). **31**, 259.
Petition in Angelegenheit der Militärkapellen. **31**, 303.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **32**, 82.
„ (Spezialdebatte). **32**, 141, 143.
„ (Generaldebatte). **33**, 166.
„ „ **34**, 203.
„ „ **35**, 199.
„ „ **36**, 194.
„ „ **37**, 192.
„ „ **38**, 204, 329.
Heeresextraordinarium. **38**, 375.

Interpellationsbeantwortungen:

Sláma, betreffend die Militärschießstätte bei Pehlin. **30**, 300.

Biankini, betreffend den mit der Firma Eisler & Co. in Wien abgeschlossenen Vertrag hinsichtlich der Proviantlieferungen für die Marine. **31**, 274.

Kienmann, betreffend die Militärlieferungen von Mehl. **33**, 260.

Azmann, betreffend das Vorgehen bei Lokalanstellungen. **33**, 260.

Scheicher, betreffend die Erzeugung und Lieferung der für den Bergbau unentbehrlichen Sprengstoffe. **33**, 261.

Hofmann, betreffend die gegen Reserveoffiziere in Graz, welche sich an einer politischen Kundgebung beteiligten, eingeleiteten Schritte. **33**, 382.

Scheicher, betreffend die Handhabung der Sprengmittelverordnung vom Jahre 1877. **33**, 383.

Stránský, betreffend die Verhaftung des Dr. Debal anläßlich seiner Einrückung zur Waffenübung in Przemyśl. **34**, 374.

Hochenburger, betreffend die Qualität des Militärbrotes. **34**, 374.

Wassilko Georg, betreffend Verhandlungen zwischen der Gemeinde Czernowitz und dem Militärärar wegen Ablösung von Gründen. **34**, 374.

Tschernigg, Hochenburger, betreffend die Belastung von Tarvis durch Einquartierungen und Vorspannsanforderungen. **34**, 374.

Schücker, betreffend das Verfahren hinsichtlich der Bewilligung zur Erzeugung von Sprengmitteln. **34**, 374.

Hochenburger, betreffend das Verhältnis zwischen der Garnison in Graz und der dortigen Bevölkerung. **34**, 375.

Bulat, betreffend den Vorgang bei Ansteckung des Festungsrayons in Teodo. **35**, 476.

Stránský, betreffend die Verurteilung von sieben Dragonern aus Prerau vor dem Kriegsgerichte in Olmütz. **35**, 476.

Tusel, betreffend Mißhandlung der Mannschaft des Infanterieregimentes Erzherzog Rainer Nr. 59. **35**, 476.

Conci, betreffend Offizierexzesse in Trient. **35**, 477.

Gefsmann, betreffend die Standesverhältnisse der Militärbauwerkmeister. **35**, 477.

Gefsmann, betreffend die Errichtung eines Schießplatzes in Altliebe, Bezirk Sternberg in Mähren. **35**, 477.

Gefsmann, betreffend eine Mitteilung der „Österreichisch-ungarischen Heereszeitung" bezüglich der Präterierung, Pensionierung und ehrenrätlichen Behandlung eines Militärarztes. **35**, 477.

Ferjančič, betreffend die Unterstützung der Marktgemeinde Adelsberg zum Behufe der Herstellung einer Wasserleitung. **35**, 477.

Gefsmann, betreffend den österreichisch-ungarischen Offiziers- und Militärbeamtenverein. **36**, 277.

Wachnianyn, betreffend die Vornahme von Märschen und Waffenübungen durch das k. u. k. Infanterieregiment Nr. 80 in der Umgebung von Böheim am Ostermontag und Osterdienstag des griechisch-katholischen Ritus 1900. **36**, 277.

Sylvester, betreffend den Erlaß des Reichskriegsministers in Angelegenheit des Vereines pensionierter Offiziere und Militärbeamten. **37**, 192.

Pommer, betreffend den Verein der pensionierten Offiziere und Militärbeamten. **37**, 192.

Iro, betreffend die Heranziehung eines absolvierten Oberrealschülers zur dreijährigen aktiven Dienstzeit. **37**, 193.

Vogler, betreffend das Militärstrafverfahren. **37**, 193.

Azmann, Pommer, betreffend die Bereithaltung von Sprengpulver im ärarischen Magazine zur Abgabe an die Wetterstationen. **37**, 194.

Iro, betreffend die Einberufung von Reservisten zu Waffenübungen in die nächstgelegene Garnison ihrer Truppengattung. **37**, 193.

Iro, Herzmanský, betreffend die Verlegung der Waffenübung in die Zeit nach der Ernte und Beurlaubung von Bauernsöhnen und landwirtschaftlichen Arbeitern zur Erntezeit. **37**, 194.

Digitized by Google

Iro, betreffend die Besetzung von Bezirksfeldwebelstellen bei den deutschen Bezirkshauptmannschaften. **37**, 195.

Vogler, betreffend den Fleischbedarf der Hainburger Pionierkadettenschule. **37**, 195.

Kozlowski, betreffend die Aufhebung der Demolierungsreverse. **37**, 195.

Iro, betreffend die Zurückziehung der bosnisch-hercegovinischen Truppen aus den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und Einverleibung Bosniens und der Hercegovina in Ungarn. **37**, 313.

Barwiński wegen Versorgung eines 65jährigen Militärinvaliden. **37**, 488.

Barwiński, betreffend die Mißachtung der griechisch-katholischen Feiertage beim Militär. **37**, 488.

Pommer, betreffend den Militärtaxfonds. **37**, 489.

Wolf, betreffend das Vorgehen der Militärbehörden gegen den Verein „Südmark". **37**, 489.

Wolf, betreffend die Verlegung der technischen Militärakademie nach Mödling. **37**, 489.

Iro, betreffend die Reorganisation der Truppenbüchsenmacherbranche. **37**, 490.

Iro, betreffend die direkte Lieferung landwirtschaftlicher Produkte an die Heeresverwaltung. **37**, 490.

Sylvester, betreffend das ehrenrätliche Verfahren. **37**, 490.

Iro, betreffend größere Berücksichtigung des Kleingewerbes bei Lieferungen. **37**, 490.

Dobernig, betreffend die Versetzung der in Wolfsberg stationierten Kavallerieeskadron in einen anderen Garnisonsort. **37**, 491.

Pommer, betreffend die Härten beim Wachdienste. **37**, 491.

Šustersič, betreffend den Bleibedarf der Kriegsverwaltung. **37**, 492.

Bukovič, betreffend die Nichtbeachtung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Kroatien und Ungarn und die Schreibung kroatischer Ortsnamen in Verfügungen des Kriegsministeriums. **38**, 388.

Bukovič, betreffend die Verlegung des Pulverturms von Glavati, eventuell Änderung der Bauverbotszone und Aufhebung des Bauverbotes für Teodo. **38**, 388.

Bukovič, betreffend die Reform des militärehrenrätlichen Verfahrens. **38**, 388.

Bukovič, betreffend das Vorgehen gegen den Verein der pensionierten Offiziere und Militärbeamten und dessen Präsidenten Feldzeugmeister Kober. **38**, 388.

Kleewein, betreffend die ehrenrätliche Untersuchung gegen den Feldzeugmeister Kober. **38**, 388.

Bukovič, betreffend die Verbesserung der Lage der Militärpensionisten. **38**, 389.

Bukovič, betreffend die Einteilung dalmatinischer, nur der kroatischen Sprache mächtiger Reservisten zum Infanterieregiment Nr. 27 in Graz. **38**, 390.

Kindermann, betreffend die Benützung von Hopfenmagazinen zu Einquartierungszwecken. **38**, 390.

Lutsch, betreffend die Erntelaube. **38**, 390.

Sylvester, Posch, betreffend die durch die Militär-Hufbeschlagschule in Graz den dortigen Schmieden bereitete Konkurrenz. **38**, 391.

Sylvester, Lutsch, betreffend die Ausschreibung des Mehlbedarfes der in Cisleithanien dislozierten Korps nach der ungarischen Type. **38**, 391.

Kleewein, betreffend die Fleischlieferung für die 4. Infanterie-Truppendivision bei den Manövern im Waldviertel im Jahre 1901. **38**, 392.

Kindermann, betreffend weitergehende Berücksichtigung des Kleingewerbes bei den Heereslieferungen. **38**, 392.

Sylvester, Kleewein, betreffend eine das Offizierskorps schädigende Verlautbarung der Wiener „Reichspost" vom 5. April 1902. **38**, 393.

Stein, betreffend die Ausfolgung von Bettzeug an die Mannschaft bei Waffenübungen nach Maßgabe der Witterungsverhältnisse. **38**, 393.

Dobernig, betreffend die ungünstigen Avancementverhältnisse und die Einschübe von Offizieren anderer Truppen bei der Artillerie. **38**, 394.

Kindermann, Dobernig, Kleewein, Lutsch, Posch, Sylvester, betreffend die Affäre Mattachich. **38**, 394.

Mayer, betreffend die Verlegung des aus Niederösterreichern zusammengesetzten Drangoonerregiments Nr. 3 aus Galizien nach Niederösterreich. **38**, 394.

Kozlowski, betreffend eine Revision der Bestimmungen über die Vergütung der durch die Schießübungen hervorgerufenen Schäden. **38**, 395.

Polesini, betreffend das Vorgehen der Militärbehörden gegenüber der Gemeinde Valle in Istrien bei Ankauf von Befestigungsterrains. **38**, 395.

Groß Gustav, betreffend die Bestimmungen über die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienste. **38**, 396.

Groß Gustav, betreffend die Verhältnisse der Militärkonservenfabrik in Bruck an der Leitha. **38**, 397.

Stein, betreffend die Militärschießstätte in Egelsee bei Krems. **38**, 519.

Kuhn Franz, Freiherr v., Feldzeugmeister. Reichskriegsminister.
Vom 18. Jänner 1868 bis 14. Juni 1874.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **1**, 94.
„ (Spezialdebatte). **1**, 111, 112, 115, 125, 133.
Kriegsmarine. **1**, 151.
Heeresergtraordinarium. **1**, 163, 168, 191.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 208, 220.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **1**, 321, 322.
„ (Spezialdebatte). **1**, 325, 328, 337, 344, 347.
Heeresergtraordinarium. **1**, 357, 359, 361, 366, 368.

Digitized by Google

Resolution, betreffend eine Reform des Militärgerichtswesens. **1**, 380.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **2**, 123.
„ (Spezialdebatte). **2**, 138, 146, 161, 168, 169, 178, 180, 191.
Heeresextraordinarium. **2**, 263, 265, 270, 272, 276, 284, 286.
Petitionen, das Lieferungswesen betreffend. **2**, 296.
Nachtragskredit des Kriegsministeriums. **2**, 323, 327.
Differenzen beim Budget des Kriegsministeriums (Extraordinarium). **2**, 355, 357.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **3**, 79, 85.
„ (Spezialdebatte). **3**, 89, 90, 102, 113, 145, 169, 173, 176, 177, 180, 181, 183.
Heeresextraordinarium. **3**, 371, 374, 380, 383, 499, 505.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 418, 422, 423, 435, 437, 451, 452, 453, 454, 457, 475, 478, 482, 485.
Schlußrechnung und die Nachtragskredite pro 1868. **3**, 335, 339.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **4**, 61.
„ (Spezialdebatte). **4**, 63, 67, 71, 74, 79, 80, 82, 83, 86, 89, 90, 129, 135, 139, 142, 143, 146, 148, 150, 152, 153, 155, 156.
Heeresextraordinarium. **4**, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 166, 168, 169, 170, 173, 176.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 114, 134, 135, 143, 145, 149, 151, 153, 156, 158, 167, 171, 175, 180.
Nachtragskredit. **5**, 200.
Petitionen, betreffend das Lieferungswesen. **5**, 204.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **6**, 50, 55, 58, 67, 68.
Heeresextraordinarium. **6**, 81, 82, 84.
Kriegsmarine. **6**, 119.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **7**, 90, 92.
Resolutionen, betreffend das Einquartierungsgesetz. **7**, 139.
Petitionen über das Lieferungswesen. **7**, 167, 176.

Interpellationsbeantwortungen:

Rechbauer, betreffend die Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Preßfreiheit beim Militär. **1**, 389.

Herbst, betreffend die gerichtliche Behandlung der pensionierten Offiziere. **3**, 580.

Roser, betreffend den Prozeß Karmelin in Stanislau. **5**, 255.

Tónyay Melchior v. (seit 3. August 1871 Graf). Gemeinsamer Finanzminister.
Vom 21. Mai 1870 bis 14. November 1871.

Redner:

Finanzministerium (Budget). **3**, 26.
Übereicht Vorlagen zum Budget. **4**, 7.
Finanzministerium. **4**, 32.

Pitreich Heinrich, Ritter v., Feldzeugmeister. Reichskriegsminister.
Seit 18. Dezember 1902.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 629.
„ (Generaldebatte). **40**, 113.
Heeresextraordinarium. **40**, 318.
Kriegsmarine. **40**, 396.

Interpellationsbeantwortungen:

Jaworski, betreffend die Disziplinarbehandlung des Militärbaubeamten Robert Stiller. **39**, 432.

Ehrenfels, betreffend die vom niederösterreichischen Landesausschusse eingeleitete Aktion zur Vermittlung von landwirtschaftlichen Dienstesposten an die Militärurlauber und Reservisten. **39**, 434.

Kliemann, betreffend die übermäßig ausgedehnte Arbeitszeit der Militärverpflegsmannschaft. **39**, 434.

Kliemann, betreffend die Verbesserung der Stellung der Militärverpflegsbeamten. **39**, 435.

Kliemann, betreffend die Behebung der zur Ausschließung des Bauernstandes führenden Übelstände bei Handkäufen und die notwendige Einführung von „Fliegenden Einkaufskommissionen". **39**, 435.

Wassilko Nikolaj, betreffend die Verlegung von Garnisonen nach Sereth und Suczawa und in andere Städte der Bukowina. **39**, 436.

Biankini, betreffend die Verlegung des Pulvermagazins von Glavati in Bota Kotoska in Dalmatien auf einen nicht gefährlichen Punkt. **39**, 436.

Delugan, betreffend die Aufhebung der Demolierungsreverse. **39**, 579.

Biankini, betreffend die Verwendung von Ölsardinen für die Verpflegung des Heeres und der Kriegsmarine. **39**, 579.

Biankini, betreffend die Präterierung von Militärgeistlichen. **39**, 583.

Marchet, betreffend Mißbräuche bei Militärlieferungen. **39**, 686.

Dobernig, betreffend die Untersuchung wegen der auf dem Marsche von Trebinje nach Bilek infolge Sonnenstiches erfolgten Todesfälle. **39**, 643.

Šusteršič, betreffend die Regelung der Stellung der Rechnungsunteroffiziere. **39**, 726.

Kliemann, betreffend die Erhöhung der Pension der im Ruhestande lebenden Büchsenmacher. **39**, 726.

Wassilko Georg, betreffend die der Quote entsprechende Berücksichtigung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft bei Lieferung land- und forstwirtschaftlicher Bedarfsartikel für die gemeinsamen Institutionen. **40**, 535.

Walz, betreffend die direkte Vergebung der Bauleistungen für den projektierten Neubau eines Monturdepots in Göfting bei Graz an die einzelnen Offerenten. **40**, 535.

Nowak, betreffend die Übelstände bei der Schießstätte in Stankowitz bei Leitmeritz in Böhmen. **40**, 536.

Dobernig, betreffend die Verleihung militärischer Rangsabzeichen an die Beamten der Militärverpflegsbranche. **40**, 536.

Zaffron, betreffend die Aufbesserung des Ruhegehaltes der pensionierten Offiziere und Witwen alten Stils. **40**, 536.

Digitized by Google

Plener Ernst, Edler v., Dr. Präsident des Obersten Rechnungshofes.

Seit 10. Juli 1895.

Pöck Friedrich, Freiherr v., Vizeadmiral. Marinekommandant.

Vom 26 April 1871 bis 20. November 1883.

Redner:

Kriegsmarine. **4**, 182, 184, 185, 187, 188, 189, 190, 192.
„ **5**, 46, 50, 52.
„ **6**, 118.
„ **7**, 33, 45.
„ **8**, 102.
„ **9**, 21.
„ **10**, 269, 276.
„ **11**, 24, 27, 29, 35.
„ **13**, 166, 168.

Prleuthner Josef, Ritter v. Präsident des Obersten Rechnungshofes.

Vom 20. April 1871 bis 3. November 1877. (Gestorben.)

Spaun Hermann, Freiherr v., Admiral. Marinekommandant.

Vom 5. Dezember 1897 bis 5. Oktober 1904.

Redner:

Kriegsmarine, **33**, 246. (Als Vertreter des Marinekommandanten).
Kriegsmarine, **34**, 217, 220, 222, 226, 231.
„ **35**, 234.
„ **36**, 221.
„ **37**, 133.
„ **38**, 539.
„ **39**, 399, 409.
„ **40**, 386.

Interpellationsbeantwortungen:

Tusel, betreffend die Lohnverhältnisse der Arbeiter des Seearsenals in Pola. **35**, 433.

Bulat, betreffend die Lieferung von dalmatinischem Wein an die Kriegsmarine. **35**, 433.

Iro, betreffend die Stellung der Marineingenieure. **37**, 338.

Iro, betreffend die Adjustierung und das Bedienungspauschale der Marinekommissäre. **37**, 338.

Bukovič, betreffend die Einführung von Fleischkonserven bei der Marine. **38**, 542.

Dobernig, betreffend die Schädigung der heimischen Landwirtschaft durch den Bezug von Molkereierzeugnissen für die Marine aus Italien. **38**, 545.

Biankini, betreffend die Verwendung von Ölsardinen für die Verpflegung der Marine. **39**, 580.

Sylvester, betreffend die Lage der Arbeiter des Seearsenals in Pola. **39**, 580.

Fort, betreffend die Vergebung der Dampfdynamomaschinen für die im Bau befindlichen Kriegsschiffe. **40**, 387.

Bartoli, betreffend die Erhöhung der Bezüge und Pensionen und die Vorrückung der Arbeiter des Seearsenals in Pola. **40**, 536.

Sterneck Maximilian, Freiherr v., Admiral. Marinekommandant.

Vom 20. November 1883 bis 5. Dezember 1897. (Gestorben.)

Redner:

Kriegsmarine **19**, 79.
„ **27**, 138.
„ **28**, 185.
„ **30**, 65, 68.
„ **31**, 66.

Szlávy Josef, v., Gemeinsamer Finanzminister.

Vom 10. bis 12. Oktober 1881 mit der Vertretung des Ministeriums des Äußern betraut.

Vom 8. April 1880 bis 4. Juni 1882. (Gestorben.)

Redner:

Okkupationskredit. **13**, 73, 78.

Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von acht Millionen Gulden. **15**, 27, **36**.

Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 23,733.000 fl. **16**, 16.

Tegetthoff Wilhelm, Freiherr v., Vizeadmiral. Marinekommandant.

Vom 25. Februar 1868 bis 7. April 1871. (Gestorben.)

Redner:

Kriegsmarine, **1**, 296, 300, 301, 304, 305.
„ **2**, 204, 205, 211, 222, 226, 228, 229.
„ **3**, 312, 317, 323, 324, 325

Tóth Wilhelm, v. Präsident des Obersten Rechnungshofes.

Vom 12. Oktober 1879 bis 4. Juli 1895.

Wiesner Leopold, Ritter v., Hofrat. Interimistischer Leiter des Obersten Rechnungshofes.

Vom 3. November 1877 bis 12. Oktober 1879.

Digitized by Google

2. Regierungsvertreter.*)

Barb Heinrich Alfred, Sektionsrat.

Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Konsularwesen). **3**, 287.

Becher Alfred, Edler v., Oberst (später Generalmajor).

Redner:

Heeresextraordinarium. **6**, 81.
„ **7**, 133.
„ **8**, 136, 137, 139.

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **9**, 156.

Interpellationsbeantwortung: Stöhr, betreffend den Ankauf der ehemaligen Rosenthalschen Gründe. **8**, 72.

Benedek Alexander, Feldmarschalleutnant, Sektionschef.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **9**, 137, 144.
„ (Spezialdebatte). **9**, 144, 146, 176.

Heeresextraordinarium. **9**, 181, 185.

Interpellationsbeantwortung: Steudel, betreffend die Verwundung eines Knaben durch einen Militärwachposten in Reichenberg. **9**, 215.

Calice Heinrich Freiherr v., Sektionschef.

Interpellationsbeantwortung: Klaić, betreffend Entschädigung für von türkischem Militär geraubtes, dalmatinischen Bauern gehöriges Vieh. **11**, 403.

Eberan Alexander, v., Schiffskapitän.

Redner: Kriegsmarine. **2**, 227.

Krieh August, v., General-Verpflegs-Kommissär (später Sektionschef).

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **1**, 97.

Heeresextraordinarium. **1**, 177, 197.

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 222.

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 139, 243, 248.

Vom Kriegsministerium angesuchte Indemnität und Nachtragskredit. **2**, 312.

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 107, 153, 155, 172, 173, 202, 203, 204, 205.

Heeresextraordinarium. **3**, 387, 388.

Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 463.

Petition, betreffend die Auflösung des Konsortiums Skene. **3**, 519.

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 166.
„ (Spezialdebatte). **7**, 95.

Heeresextraordinarium. **8**, 130.

Ghyczy Béla, v., Oberstleutnant.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 342, 343, 344.

Heeresextraordinarium. **1**, 352, 353, 354, 355, 356.

Haffinger Johann, Edler v., Dr., Generalstabsarzt.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 195, 198.

Heeresextraordinarium. **2**, 279.
„ **6**, 73.

Hofmann Leopold Friedrich, Freiherr v., Sektionschef.

Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **8**, 26.

Horst Julius, v., Oberstleutnant.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 149, 185, 187, 190.

Heeresextraordinarium. **3**, 371, 372, 376.

Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 436.

John Franz, Freiherr v., Feldmarschalleutnant, Chef des Generalstabes.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 46.

König Gustav, Oberst.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 253.
„ „ **3**, 178.

Körösy Arnold, v., Oberst.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 170, 177, 190, 261.

Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 477, 484.

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 160, 161, 179, 181.

*) Diese Rubrik enthält nur die Namen jener Regierungsvertreter, welche in den Plenarsitzungen der Delegation das Wort ergriffen haben.

Digitized by Google

Krobatin Alexander, Ritter v., Generalmajor.

Redner: Kriegsmarine. **40**, 397.

Merkl Rudolf, v., Oberstleutnant (später Feldmarschalleutnant). Vom 5. August 1893 bis 23. September 1893 interimistischer Leiter des Kriegsministeriums.

Redner:

Heeresextraordinarium. **8**, 124, 140.
„ **9**, 180, 183, 186.

Müller Friedrich, Ritter v., Major (später Oberst).

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 185, 187.
Heeresextraordinarium. **2**, 266.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 422, 424.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 82.
Heeresextraordinarium. **8**, 121, 122.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **9**, 155.

Pechmann Eduard, Ritter v., Oberst.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 173.

Röckenzaun Richard, Ritter v., Sektionschef.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **27**, 52.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **28**, 86.
„ (Spezialdebatte). **39**, 666.

Roßbacher Rudolf, Freiherr v., Feldmarschalleutnant.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 243, 260.

Stupka Josef, Major.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 55.

Szent-Györgyi Julius, Ritter v., Sektionschef.

Redner: Kriegsmarine. **38**, 545.

Szögyény-Marich jun., Ladislaus, v., Sektionschef.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **26**, 173.
„ „ „ (Spezialdebatte, Lloyd). **26**, 183.
Erklärung bezüglich der Erwerbung eines eigenen Hauses für die Delegation. **26**, 211.

Türkheim Rudolf, Freiherr v., Oberst.

Redner: Kriegsmarine. **1**, 145.

Tunkler Andreas, Freiherr v., Oberst.

Redner:

Heeresextraordinarium. **1**, 192.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 193.
Heeresextraordinarium. **2**, 268, 270, 275, 276, 278.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 174, 196, 197, 200.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 440, 441.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 165, 167.

Wurmb Adolf, v., Oberstleutnant.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 80.

Digitized by Google

3. Verzeichnis der in den Delegationssitzungen vorgestellten Regierungsvertreter.

I. Session, 1868.

Eitelberg, v., Marine-Generalintendant.
Fautz, v., Vizeadmiral.
Früh, v., General-Kriegskommissär.
Gagern, Freiherr v., Hof- und Ministerialrat.
Hofmann, v., Sektionschef.
Jüptner, v., Generalmajor.
Krauß, Freiherr v., Hofsekretär.
Köveß, v., Oberst.
Menßhengen, Freiherr v., Hof- und Ministerialrat.
Roßbacher, Freiherr v., Feldmarschalleutnant.
Tunkler, Freiherr v., Oberst.
Türkheim, Freiherr v., Oberst.
Wiplinger, Ritter v., Linienschiffskapitän.

II. Session, 1869.

Artmann, Major.
Auernhammer, v., Linienschiffskapitän.
Barb, Sektionsrat.
Derschatta, v., Oberstleutnant.
Eberan, Linienschiffskapitän.
Früh, v., Sektionschef.
Funk, Fregattenkapitän.
Hassinger, Dr., Generalstabsarzt.
Horst, Oberstleutnant.
Köveß, v., Oberst.
Krauß, Freiherr v., Hofsekretär.
Müller, Major.
Pechmann, Oberst.
Roßbacher, Freiherr v., Feldmarschalleutnant.
Schlosser, Oberintendant.
Tegetthoff, v., Vizeadmiral.
Tunkler, Freiherr v., Oberst.
Weiß, Hofsekretär.

III. Session, 1871.

Barb, Sektionsrat.
Falke, v., Hofrat.
Früh, v., Sektionschef.
Horst, v., Oberstleutnant.
Krauß, Freiherr v., Sektionsrat.
Petz, Hofsekretär.
Tunkler, Freiherr v., Oberst.

Digitized by Google

IV. Seſſion, 1871.

Früh, v., Generalintendant, Sektionschef.
Krauß, Freiherr v., Sektionsrat.
Peß, Ritter v., Hofrat.
Pöck, Freiherr v., Vizeadmiral.
Roßbacher, Freiherr v., Feldmarſchalleutnant.

V. Seſſion, 1872.

Krauß, Freiherr v., Sektionsrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.

VI. Seſſion, 1873.

Krauß, Freiherr v., Sektionsrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.

VII. Seſſion, 1874.

Krauß, Freiherr v., Sektionsrat.

VIII. Seſſion, 1875.

Becher, v., Oberſt.
Bouvard, Oberſt.
Früh, Ritter v., Sektionschef.
John, Freiherr v., Feldzeugmeiſter.
Krauß, Freiherr v., Sektionsrat.
Merkl, v., Oberſtleutnant.
Müller, v., Oberſt.
Stupka, Major.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Wurmb, v., Oberſtleutnant.

IX. Seſſion, 1876.

Becher, v., General.
Früh, Ritter v., Sektionschef.
Hruby, Ritter v., Miniſterialrat.
Komarek, Sektionsrat.
Kottik, Ritter v., Generalintendant.
Krauß, Freiherr v., Sektionsrat.
Merkl, Oberſt.
Müller, v., Oberſt.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.

Digitized by Google

X. Session, 1878.

Calice, Freiherr v., Sektionschef.
Früh, Ritter v., Sektionschef.
Kuh, Dr., Hof- und Ministerialsekretär.
Krauß, Freiherr v., Ministerialrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Wirsen, Ritter v., Hofrat.

XI. Session, 1878.

Calice, Freiherr v., Sektionschef.
Kuh, Dr., Hof- und Ministerialsekretär.
Komarek, Sektionsrat.
Krauß, Freiherr v., Ministerialrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.

XII. Session, 1879.

Calice, Freiherr v., Sektionschef.
Kuh, Dr., Sektionsrat.
Komarek, Sektionsrat.
Krauß, Freiherr v., Hof- und Ministerialrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.

XIII. Session, 1880.

Kállay, v., Sektionschef.
Kuh, Dr., Sektionsrat.
Komarek, Sektionsrat.
Mérey, v., Ministerialrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Teschenberg, Freiherr v., a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister.

XIV.—XVI. Session, 1881—1882.

Kállay, v., Sektionschef.
Kuh, Dr., Sektionsrat.
Komarek, Sektionsrat.
Kuczyński, v., Legationssekretär.
Mérey, v., Ministerialrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Wolkenstein, Graf v., Sektionschef.

Digitized by Google

XVII. Session, 1882.

Kun, Dr., Sektionsrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Méray, v., Sektionschef.
Mittag, Dr., Hof- und Ministerialsekretär.

Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Hegyényi-Marich, v., Sektionschef.
Teschenberg, Freiherr v., a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister.

XVIII. Session, 1883.

Kun, Ritter v., Dr., Sektionsrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Méray, v., Sektionschef.
Mittag, Dr., Hof- und Ministerialsekretär.

Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Hegyényi-Marich, v., Sektionschef.
Teschenberg, Freiherr v., a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister.

XIX. Session, 1884.

Kun, Ritter v., Dr., Sektionsrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Méray, v., Sektionschef.
Mittag, Dr., Hof- und Ministerialsekretär.

Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Hegyényi-Marich, v., Sektionschef.
Teschenberg, Freiherr v., a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister.

XX. Session, 1885.

Kun, Ritter v., Dr., Sektionsrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Méray, v., Sektionschef.
Mittag, Dr., Sektionsrat.

Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Hegyényi-Marich, v., Sektionschef.
Teschenberg, Freiherr v., a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister.

XXI. und XXII. Session, 1886—1887.

Kun, Ritter v., Dr., Hof- und Ministerialrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Méray, v., Sektionschef.

Mittag, Dr., Sektionsrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Hegyényi-Marich, v., Sektionschef.

Digitized by Google

XXIII. Session, 1887.

Jansekowitsch, v., Sektionschef.
Khn, Ritter v., Dr., Hof- und Ministerialrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Mittag, Dr., Sektionsrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Sjögyényi-Marich, v., Sektionschef.

XXIV. Session, 1888.

Jansekowitsch, v., Sektionschef.
Khn, Ritter v., Dr., Hof- und Ministerialrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Mittag, Edler v., Dr., Sektionsrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Sjögyényi-Marich, v., Sektionschef.

XXV. Session, 1889.

Jansekowitsch, v., Sektionschef.
Khn, Ritter v., Dr., Hof- und Ministerialrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Mittag, Edler v., Dr., Sektionsrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Hofrat.
Sjögyényi-Marich, v., Sektionschef.

XXVI. Session, 1890.

Jansekowitsch, v., Sektionschef.
Khn, Ritter v., Dr., Hof- und Ministerialrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Mittag, Edler v., Dr., Sektionsrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.
Sjögyényi-Marich, v., Sektionschef.

XXVII. Session, 1891.

Jansekowitsch, v., Sektionschef.
Khn, Ritter v., Dr., Hof- und Ministerialrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Mittag, Edler v., Dr., Hof- und Ministerialrat.
Pasetti, Freiherr v., Sektionschef.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.

XXVIII. Session, 1892.

Jansekowitsch, v., Sektionschef.
Khn, Ritter v., Dr., Hof- und Ministerialrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Mittag, Edler v., Dr., Hof- und Ministerialrat.
Pasetti, Freiherr v., Sektionschef.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.

Digitized by Google

XXIX. Session, 1893.

Janſekowitſch, v., Sektionschef.
Khu, Ritter v., Dr., Hof- und Miniſterialrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Mittag, Edler v., Dr., Hof- und Miniſterialrat.
Paſetti, Freiherr v., Sektionschef.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.

XXX. Session, 1894.

Janſekowitſch, v., Sektionschef.
Jettel, v., Dr., Sektionsrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Mittag, Edler v., Dr., Hof- und Miniſterialrat.
Paſetti, Freiherr v., Sektionschef.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.

XXXI. Session, 1895.

Janſekowitſch, v., Sektionschef.
Jettel, v., Dr., Sektionsrat.
Komarek, Ritter v., Hofrat.
Mittag, Edler v., Dr., Hof- und Miniſterialrat.
Paſetti, Freiherr v., Sektionschef.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.

XXXII. Session, 1896.

Erb, Freiherr v., Hof- und Miniſterialkonzipiſt.
Horowitz, Ritter v., Sektionschef.
Jettel, v., Dr., Hof- und Miniſterialrat.
Kenner, Ritter v., Sektionschef.
Koſtyál, v., Hofſekretär.
Salomon, Sektionsrat.
Széchen, Graf, Sektionschef.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.

XXXIII. Session, 1897.

Erb, Freiherr v., Hof- und Miniſterialkonzipiſt.
Horowitz, Ritter v., Sektionschef.
Jettel, v., Dr., Hof- und Miniſterialrat.
Kenner, Ritter v., Sektionschef.
Koſtyál, v., Hofſekretär.
Salomon, Sektionsrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.
Wellersheimb, Graf, Sektionschef.

Digitized by Google

XXXIV. Seſſion, 1898.

Erb, Freiherr v., Hof- und Miniſterialkonzipiſt.
Horowitz, Ritter v., Sektionschef.
Jettel, v., Dr., Hof- und Miniſterialrat.
Kenner, Ritter v., Sektionschef.
Kostyál, v., Hofſekretär.
Salomon, Sektionsrat.
Sérsen, Graf, Sektionschef.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.

XXXV. Seſſion, 1899.

Erb, Freiherr v., Hof- und Miniſterialkonzipiſt.
Horowitz, Ritter v., Sektionschef.
Jettel, v., Dr., Hof- und Miniſterialrat.
Kenner, Ritter v., Sektionschef.
Kostyál, v., Hofſekretär.
Kuh, Dr., Miniſterialkonzipiſt.
Salomon, Hofrat.
Sérsen, Graf, Sektionschef.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.

XXXVI. Seſſion, 1900.

Dobra, Miniſterialrat.
Erb, Freiherr v., Hof- und Miniſterialkonzipiſt.
Horowitz, Ritter v., Sektionschef.
Jettel, v., Dr., Hof- und Miniſterialrat.
Kostyál, v., Hofſekretär.
Kuh, Dr., Regierungsſekretär.
Salomon, Hofrat.
Sérsen, Graf, Sektionschef.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.

XXXVII. Seſſion, 1901.

Dobra, Miniſterialrat.
Erb, Freiherr v., Hof- und Miniſterialkonzipiſt.
Horowitz, Ritter v., Sektionschef.
Jettel, v., Dr., Hof- und Miniſterialrat.
Kostyál, v., Hofſekretär.
Kuh, Dr., Regierungsſekretär.
Salomon, Hofrat.
Sérsen, Graf, Sektionschef.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.

XXXVIII. Seſſion, 1902.

Dobra, Sektionschef.
Erb, Freiherr v., Hof- und Miniſterialſekretär.
Horowitz, Ritter v., Sektionschef.
Jettel, v., Dr., Hof- und Miniſterialrat.
Kostyál, v., Hofſekretär.
Kuh, Dr., Regierungsſekretär.
Mérey, v., Sektionschef.
Salomon, Hofrat.
Szent-Györgyi de Nagy Rápolt, Sektionschef.
Thallóczy, v., Dr., Sektionschef.

Digitized by Google

XXXIX. Session, 1903.

Pobra, Sektionschef.
Erb, Freiherr v., Hof- und Ministerialsekretär.
Horowitz, Ritter v., Sektionschef.
Jettel, v., Dr., Hof- und Ministerialrat.
Kostyál, v., Sektionsrat.
Kuh, Dr., Regierungssekretär.
Lützow, Graf, Sektionschef.
Saárossy, v., Sektionschef.
Thallóczy, v., Dr., Sektionschef.
Zavadil, Dr., Hofrat.

XL. Session, 1904.

Beigel, Ministerialkonzipist.
Pobra, Sektionschef.
Erb, Freiherr v., Hof- und Ministerialsekretär.
Horowitz, Ritter v., Sektionschef.
Jettel, v., Dr., Hof- und Ministerialrat.
Kostyál, v., Sektionsrat.
Kuh, Dr., Regierungssekretär.
Müller v. Benkgyörgy, Sektionschef.
Risner, Rechnungsrat.
Saárossy, v. Sektionschef.
Thallóczy, v., Dr., Sektionschef.
Zavadil, Dr., Hofrat.

Digitized by Google

II. Mitglieder und Ersatzmänner der Delegation.

1. Alphabetisch geordnet.

A.

Abrahamowicz David, Ritter v. A. H.[1]) — Galizien.[2])

27. 1891.[3])
Mitglied des Petitionsausschusses.
32. 1896.
34. 1898.
36. 1900.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:
Petitionen. **27.** 66.[4])
Finanzministerium. **39**, 286, 291, 711.
Oberster Rechnungshof. **39**, 292, 712.

Abrahamowicz Eugen, Ritter v. A. H. — Galizien.

30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).
35. 1899.
Mitglied des Petitionsausschusses.
37. 1901.
Schriftführer.
38. 1902.
Schriftführer.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:
Petitionen. **35**, 478.
Finanzministerium. **40**, 124, 537.
Oberster Rechnungshof. **40**, 126, 537.
Zollgefälle. **40**, 126, 537.

Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 66.
„ „ **38**, 215.
„ „ **40**, 96.

Aequavit Josef. A. H. — Triest.

37. 1901.
Mitglied des Petitionsausschusses.
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Erklärung der in diesem Teile gebrauchten Abkürzungen.

[1]) A. H. aus dem Abgeordnetenhause, H. H. aus dem Herrenhause gewählt.
[2]) Abgeordneter für Galizien.
[3]) Mitglied der Delegation in der XXVII. Session im Jahre 1891.
[4]) XXVII. Session, Seite 66 des stenographischen Protokolles dieser Session.

Adámek Karl. A. H. — Böhmen.

19. 1884.
20. 1885.
21. 1886.
22. 1887.
23. 1887.
24. 1888.
25. 1889.
Verifikator.
29. 1893.

Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **29**, 34.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **29**, 93.
„ (Spezialdebatte). **29**, 105, 108.
Petition, betreffend die Leinenindustrie. **29**, 259.

Adamek Karl. A. H. — Niederösterreich.

23. 1887 (Ersatzmann).

Ahrenthal Felix, Freiherr v. A. H. — Böhmen.

34. 1898.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Agopsowicz de **Hassu** Kajetan. A. H. — Galizien.

5. 1872 (Ersatzmann).
6. 1873 (Ersatzmann).
Mandat verloren. **6**, 10.

Aichelburg Karl, Graf. H. H.

31. 1895 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
32. 1896.
Delegiertenmandat niedergelegt. **32**, 7.
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).

Albrecht Hugo. A. H. — Mähren.

38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903.
Ordner.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **39**, 663.

Digitized by Google

Althann Karl, Graf. H. H.
1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
2. 1869 (Ersatzmann).
3. 1870 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Karl Trauttmansdorff als Delegierter einberufen.
4. 1871 (Ersatzmann).

Althann Robert, Graf. H. H.
35. 1899 (Ersatzmann).

Andriewicz Samuel. A. H. — Bukowina.
1. 1868 (Ersatzmann).

d'Angeli Guido, Dr. A. H. — Triest.
34. 1898.
36. 1900 (Ersatzmann).

Antonelli Jakob, Dr. A. H. — Görz.
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902.
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).
Interpellation: Betreffend Verhandlungen mit Italien behufs Regulierung von Gewässern an der Grenze der Provinz Görz. **38**, 143.

Antonietti Josef, Dr. A. H. — Dalmatien.
6. 1873 (Ersatzmann).

Apfaltrer v. **Apfaltrern** Ivan, Freiherr v. H. H.
5. 1872 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).

Apfaltrer v. **Apfaltrern** Otto, Freiherr. H. H.
21. 1886.
22. 1887.

Arsin-Jatton Josef. A. H. — Mähren.
11. 1878 (Ersatzmann).
25. 1889.
Verifikator.
28. 1892.
Ordner.

Arneth Alfred, Ritter v. H. H.
2. 1869.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Camillo Starhemberg als Delegierter einberufen.
14.—16. 1881/82 (Ersatzmann).
Berichterstatter: Grundsätze bezüglich der Versorgungsansprüche der Zivilstaatsbediensteten und ihrer Angehörigen. **2**, 306.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2**, 20, 31.

Attems Anton, Graf. A. H. — Niederösterreich.
4. 1871 (Ersatzmann).

Attems Edmund, Graf. A. H. — Steiermark.
33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.

Attems Franz, Graf. A. H. — Steiermark.
19. 1884.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

Attems Ignaz, Graf. H. H.
17. 1882.
Delegiertenmandat niedergelegt. **17**, 5.

Auersperg Adolf, Fürst. H. H.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
13. 1880.
Delegiertenmandat niedergelegt. **13**, 9.
Berichterstatter: Okkupationskredit. **12**, 161.
Formaler Antrag: Zuweisung des Budgets an einen zu wählenden Budgetausschuß **12**, 7.

Auersperg Anton, Graf. H. H.
1. 1868.
Präsident.
Redner:
Ansprache als Präsident bei Eröffnung der Session. **1**, 1.
Mitteilung über den Empfang beim Kaiser und über die Lokalitäten für die Abhaltung der Sitzungen. **1**, 3, 5.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **1**, 236.

Auersperg Carlos, Fürst. H. H.
2. 1869.
Präsident.
5. 1872.
Redner:
Ansprache als Präsident bei Eröffnung der Session. **2**, 1.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 96.
Formaler Antrag: Schluß der Sitzung. **5**, 95.

Auersperg Franz Josef, Prinz. H. H.
30. 1894 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Johann Karl Khevenhüller als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.

Auersperg Josef, Graf. H. H.
3. 1870.
Delegiertenmandat niedergelegt. **3**, 45.
6. 1873 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Auersperg Karl, Fürst. H. H.

29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.

32. 1896.
Delegiertenmandat niedergelegt. **32**, 7.

Auersperg Vinzenz Christian, Fürst. H. H.

7. 1874.
An Stelle des Delegierten Pipitz zum Delegierten gewählt, Mandat jedoch abgelehnt. **7**, 9.

Auspitz Rudolf. A. H. — Mähren.

18. 1883.

Aumann Julius. A. H. — Niederösterreich.

33. 1897.
Mitglied des Petitionsausschusses.

34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.

37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter: Petition. **33**, 260.

Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 31.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **33**, 94.
Okkupationskredit. **33**, 190.
Erklärung, betreffend die Beteiligung an den Delegationsverhandlungen. **34**, 3.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 37, 91.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **34**, 194.
„ „ „ **37**, 175.
Kriegsmarine. **37**, 331.

Interpellationen:
Betreffend das Vorgehen bei Lokalanstellungen. **33**, 60;
betreffend Angriffe gegen die bosnische Landesregierung. **34**, 14;
betreffend die Dienstverhältnisse des technischen Hilfspersonals im Militärbaudienste. **34**, 357;
betreffend die Bereithaltung von Sprengpulver im ärarischen Magazine zur Abgabe an die Wetterstationen. **37**, 14;
betreffend die „Politische Korrespondenz". **37**, 346.

Formaler Antrag: Mündliche Berichterstattung über Petitionen. **33**, 100.

B.

Barquehem, Olivier, Marquis. H. H.

35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.

36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.

37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.

Bacquehem Olivier, Marquis. H. H.

38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.

39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.

40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.

Generalberichterstatter:
Budget 1901. **36**, 384.
„ 1902. **37**, 515.
„ 1903. **38**, 554.
„ 1904. **39**, 712.
„ 1905. **40**, 538.

Berichterstatter:
Ministerium des Äußern. **36**, 13, 86, 383.
„ „ „ **37**, 215, 313, 514.
„ „ „ **38**, 18, 161, 172, 553.
Budgetprovisorium. **39**, 29, 59, 73.
Ministerium des Äußern. **39**, 87, 201, 211, 711.
„ „ „ **40**, 15, 56, 537.

Badeni Ladislaus, Graf. A. H. — Galizien.

3. 1870.
Ordner.

Badeni Stanislaus, Graf. H. H.

27. 1891.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.

29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.

30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.

31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.

Generalberichterstatter:
Budget 1895. **30**, 301.
„ 1896. **31**, 338.

Berichterstatter:
Heeresordinarium. **28**, 65, 86, 90, 95, 244.
„ **30**, 188, 219, 227, 300.
Nuntium. **30**, 300.
Heeresordinarium. **31**, 86, 261, 337.

Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte) **29**, 26.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **30**, 307.

Baernreither Josef Maria, Dr., A. H. — Böhmen.

26. 1890.
Mitglied des Petitionsausschusses.

28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.

30. 1894.

31. 1895.

Digitized by Google

Baernreither Josef Maria, Dr. A. H. — Böhmen.

32. 1896.

35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.

36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.

37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.

38. 1902.
Präsident.

39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.

40. 1904.

Berichterstatter: Petitionen. **26**, 137.

Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **26**, 168.
Okkupationskredit. **28**, 159.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **30**, 24.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **37**, 520.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **38**, 3.
Erklärung über die Beantwortung von Interpellationen. **38**, 16.
Erklärung über die Anfertigung eines Generalregisters zu den stenographischen Protokollen der Delegation. **38**, 519.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **38**, 559.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 96.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **39**, 658.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **40**, 28.

Formale Anträge:
Behandlung von Resolutionsanträgen. **37**, 512.
Dringliche Behandlung des Budgetprovisoriums. **39**, 29.

Baillet de **Latour** Vinzenz, Graf. H. H.

39. 1903.

Redner: Heeresextraordinarium. **39**, 672.

Baltazzi Aristides. A. H. — Mähren.

36. 1900.

Banhans Anton, Dr. A. H. — Böhmen.

1. 1868.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.

2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.

3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.

4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.

9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:
Heeresordinarium. **1**, 314.

Banhans Anton, Dr. A. H. — Böhmen.

Heeresextraordinarium. **1**, 351.
Heeresordinarium. **2**, 95, 128, 131, 170, 235; 343 (Differenzen).
Heeresextraordinarium. **2**, 263; 354 (Differenzen).
Petitionen, betreffend das Lieferungswesen. **2**, 288.
Indemnitätsansuchen und Nachtragskredit pro 1869 für das Kriegsministerium. **2**, 307; 342 (Differenzen).
Heeresordinarium. **3**, 46.
Heeresextraordinarium. **3**, 366.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 399.
Petitionen. **3**, 522.
Heeresordinarium und -extraordinarium. (Differenzen). **3**, 556.
Differenzen bei verschiedenen Budgets. **3**, 574.
Heeresordinarium und -extraordinarium. **4**, 50, 62, 73, 75, 79, 87, 90, 111, 131, 147, 152, 156, 159, 166; 209 (Differenzen).
Kriegsmarine. **4**, 190.
Heeresordinarium und -extraordinarium. (Differenzen). **4**, 210.
Kriegsmarine (Differenzen). **4**, 214.

Redner: Ministerium des Äußern (Differenzen bezüglich des Lloyd). **2**, 354, 361.

Formaler Antrag: Zuweisung des Budgetprovisoriums an den Budgetausschuß. **2**, 34.

Barbo Josef Emanuel, Graf. A. H. — Krain.

2. 1869 (Ersatzmann).

3. 1870 (Ersatzmann).

4. 1871 (Ersatzmann).

5. 1872 (Ersatzmann).

Bareuther Ernst, Dr. A. H. — Böhmen.

7. 1874 (Ersatzmann).

8. 1875.
Schriftführer.

10. 1877.
Verifikator.

11. 1878.
Verifikator.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

12. 1879.
Schriftführer.

13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.

14—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.

17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.

32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter: Kriegsmarine. **14**, 86, 92 und Differenzen darüber. **14**, 206.

Redner:
60 Millionen-Kredit. **10**, 117.

Digitized by Google

Bareuther Ernst, Dr. A. H. — Böhmen.

Vorlage, betreffend die Subventionierung der Flüchtlinge aus Bosnien und der Hercegovina. **10**, 180.
Nachtragskredit zu Unterstützungen für Flüchtlinge aus Bosnien und der Hercegovina. **11**, 167.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **12**, 17.
„ „ „ „ **32**, 26.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **32**, 82.

Formaler Antrag: Unterbrechung der Sitzung. **11**, 209.

Bartoli Matthäus, Dr. A. H. — Istrien.

27. 1891.
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894.
31. 1895 (Ersatzmann).
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898.
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902.
Delegiertenmandat niedergelegt. **38**, 7.
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:

Kriegsmarine. **27**, 139.
„ **34**, 220.

Interpellation: Betreffend die Erhöhung der Bezüge und Pensionen und die Vorrückung der Arbeiter des Seearsenals in Pola. **40**, 527.

Barwiński Alexander. A. H. — Galizien.

30. 1894.
Verifikator.
31. 1895.
Verifikator.
32. 1896.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Verifikator.
33. 1897.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter:

Petitionen. **32**, 304.
Okkupationskredit. **33**, 184, 202, 379.
„ **34**, 96, 104, 382.
„ **37**, 461, 486, 514.
Petitionen. **38**, 384.

Barwiński Alexander. A. H. — Galizien.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **30**, 34.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **30**, 214.
„ „ **31**, 257.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **32**, 36.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **32**, 75.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 37.
„ „ „ „ **34**, 48.
„ „ „ „ **37**, 305.
„ „ „ „ **38**, 53.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **38**, 290.

Interpellationen:

Betreffend die Versorgung eines 65jährigen Militärinvaliden. **37**, 105;
betreffend die Mißachtung der griechisch-katholischen Feiertage beim Militär. **37**, 105.

Formaler Antrag: Mündliche Berichterstattung über Petitionen. **38**, 322.

Basevi Giuseppe. A. H. — Triest.

33. 1897.
Mitglied des Petitionsausschusses.
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.

Baumgartner Cölestin. A. H. — Oberösterreich.

28. 1892.
Mitglied des Petitionsausschusses.
32. 1896.
Mitglied des Petitionsausschusses.
36. 1900.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petitionen. **32**, 307.

Bauriedl Christoph. A. H. — Böhmen.

5. 1872 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Huscher als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt. **5**, 35.

Bazzanella Emanuel, Dr. A. H. — Tirol.

24. 1888.
27. 1891.
28. 1892.
30. 1894.
34. 1898.
Delegiertenmandat niedergelegt. **34**, 7.
36. 1900.
40. 1904.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **30**, 208.

Beck Anton, Ritter v., Dr. H. H.

20. 1885.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petition. **20**, 84.

Digitized by Google

Beer Adolf, Dr. A. H. — Mähren.
7. 1874.
Mitglied des Petitionsausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Petitionsausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter: Zollgefälle. **13**, 11.
Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 77.

Beeß Georg, Freiherr v. A. H. — Schlesien.
7. 1874 (Ersatzmann).
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).
10. 1877 (Ersatzmann).
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
14—16. 1881/1883 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
20. 1885 (Ersatzmann).
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
An Stelle des verstorbenen Delegierten Johann Demel als Delegierter einberufen.

Begna-Possedaria Cosmus, Conte, Dr. A. H. — Dalmatien.
8. 1875.
Delegiertenmandat niedergelegt. **8**, 19.
10. 1877 (Ersatzmann).

Belcredi Ludwig, Graf, Dr. A. H. — Böhmen.
30. 1894.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **30**, 36.

Bellegarde Franz, Graf. H. H.
24. 1888.
Verifikator.

Belrupt-Tissac Karl, Graf. H. H.
6. 1873 (Ersatzmann).
8. 1875.
Schriftführer.
9. 1876.
Schriftführer.
10. 1877.
Schriftführer.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **10**, 296.

Bendel Josef. A. H. — Böhmen.
31. 1895 (Ersatzmann).

Bendella Theophil. A. H. — Bukowina.
6. 1873 (Ersatzmann für Galizien).
Bei der Nachwahl gewählt.

Bennati Felice, Dr. A. H. — Istrien.
39. 1903.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Kriegsmarine. **39**, 396.

Benvë Athanas, Ritter v. A. H. — Galizien.
27. 1891.
Ordner.

Berger Johann Nep., Dr. A. H. — Niederösterreich.
1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 243.
Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte—Dispositionsfonds). **1**, 29.

Berger Wilhelm, Freiherr v. H. H.
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **40**, 21.

Bertagnolli Kasimir. A. H. — Tirol.
4. 1871 (Ersatzmann).

Bertolini Karl, Edler v. **Monteplaneta**, Dr. A. H. — Tirol.
20. 1885.

Bezecny Josef, Freiherr v. H. H.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Bezecny Josef, Freiherr v. H. H.

24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.

25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.

26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.

27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.

28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:

Schlussrechnung pro 1881. **18**, 131.
„ „ 1882. **19**, 122.
„ „ 1883. **20**, 178.
„ „ 1884. **21**, 136.
„ „ 1885. **23**, 34, 41.
„ „ 1886. **24**, 86.
„ „ 1887. **25**, 74, 149.
„ „ 1888. **26**, 184, 212.
„ „ 1889. **27**, 66, 188.
„ „ 1890. **28**, 190, 245.

Redner: Petition, betreffend die Heranbildung von Militärmusikern **25**, 137.

Biankini Juraj. A. H. — Dalmatien.

31. 1895 (für Istrien.).

32. 1896 (Ersatzmann — für Istrien).

39. 1903.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **31**, 24.
Kriegsmarine. **31**, 54, 72.
Okkupationskredit. **31**, 281, 292.
Budgetprovisorium. **39**, 37.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 105.
„ „ „ (Spezialdebatte). **39**, 109.
Okkupationskredit. **39**, 223, 280.
Kriegsmarine. **39**, 392.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 451.

Interpellationen:

Betreffend den mit der Firma Eisler & Co. in Wien abgeschlossenen Vertrag hinsichtlich der Proviantlieferungen für die Marine. **31**, 94;

betreffend Schaffung einer Dampferlinie von Triest, Split und Dubrovnik nach Südamerika, speciell nach Argentinien. **39**, 14;

betreffend das Vorgehen des österreichisch-ungarischen Vertreters in Santiago, Grafen Starzenski, gegen den Verein „Slavjanska prijomoćno društvo" in Antofagasta anlässlich der Protestkundgebungen der kroatischen Emigranten wegen der magyarischen Tyrannei in Kroatien. **39**, 14;

betreffend die den kroatischen Emigranten in Transvaal verweigerte Entschädigung seitens der englischen Behörden. **39**, 15;

Biankini Juraj. A. H. — Dalmatien.

betreffend die Missbräuche der von der Regierung konzessionierten Konsortien für die Lebensmittellieferung an die Arbeiter beim Baue der Eisenbahnstrecke Sarajevo—Plevlje. **39**, 16;

betreffend die Erhöhung der Gehalte der Volks- und Handelsschullehrer in Bosnien und der Herzegovina. **39**, 17;

betreffend die Regulierung des Wald- und Weiderechtes der dalmatinischen Grenzbevölkerung an den bosnisch-herzegovinischen Grenzen. **39**, 18;

betreffend die Verbesserung der Ruhegehalte der Offiziere alten Stiles und ihrer Witwen und Waisen. **39**, 18;

betreffend die Verlegung des Pulvermagazins von Glavati in Boka Kotorska in Dalmatien auf einen nicht gefährlichen Punkt. **39**, 19;

betreffend die Regulierung der Gewässer im Kesseltale von Imotski sowie des Trebizatflusses bis zur Einmündung in die Narenta. **39**, 26;

betreffend die Anstellung von der kroatischen Sprache mächtigen Beamten bei den größeren Konsulaten in Nordamerika. **39**, 26;

betreffend den der Familie Florio aus Dalmatien von den Türken durch die Plünderung der Barke „Ovidio" zugefügten und nicht vergüteten Schaden. **39**, 121;

betreffend die Schaffung neuer Konsulate in Südamerika. **39**, 122;

betreffend die Entschädigung des Rugier Bučenović seitens der Kompagnie von Mozambique. **39**, 122;

betreffend die den Bewohnern Bosniens auferlegten Beschränkungen beim Bezuge von Seesalz aus den kroatischen Salinen in Dalmatien. **39**, 123;

betreffend Missbräuche bei den Eisenbahnarbeiten auf der Strecke Sarajevo—Plevlje. **39**, 123;

betreffend die Mineralquelle Sidara. **39**, 124;

betreffend den provisorischen Zustand des Justitutes San Girolamo in Rom. **39**, 467;

betreffend die Verwendung von Ölsardinen für die Verpflegung des Heeres und der Kriegsmarine. **39**, 468;

betreffend einen Erlass der bosnischen Landesregierung in Bezug auf die publizistische Tätigkeit der bosnisch-herzegovinischen Beamten. **39**, 469;

betreffend die Präterierung von Militärgeistlichen. **39**, 469;

betreffend den beim Bahnbau Sarajevo—Plevlje verunglückten Arbeiter Petar Pušić. **39**, 470;

betreffend die infolge der Präventivzensur in den bosnischen Blättern fehlende Stelle der Antrittsrede des neuen Landeschefs Freiherrn v. Albori. **39**, 471;

betreffend die Nichtveröffentlichung der Delegationssitzungsberichte in den kroatischen Zeitungen Bosniens und der Herzegovina. **39**, 573;

betreffend die Verweigerung von Regierungsstipendien für mohammedanische Studierende zum Besuche der theologischen Fakultät in Kairo. **39**, 573.

Bibus Peter Franz. A. H. — Böhmen.

1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.

2. 1869.
Schriftführer.

Digitized by Google

Bibus Peter Franz. A. H. — Böhmen.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 240.
Petitionen, betreffend das Lieferungswesen. **2**, 295.

Bielohlawek Hermann. A. H. — Niederösterreich.

34. 1898.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 15.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **34**, 106.

Antrag: Betreffend die Regulierung des Dienstverhältnisses der Amtsdiener im Ministerium des Äußern. **34**, 15, 186.

Formaler Antrag: Namentliche Abstimmung über den Nachtragskredit von 301 Millionen Gulden zum Heeresextraordinarium. **34**, 373.

Biliński Leon, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.

25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.

Generalberichterstatter: Budget 1892. **27**, 188.

Berichterstatter:

Heeresextraordinarium. **25**, 68, 149.
Okkupationskredit. **26**, 121, 130, 133, 212.
„ **27**, 132, 134, 188.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **26**, 54.

Billroth Theodor. H. H.

27. 1891.
Schriftführer.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **27**, 60.

Blaas Florian, Dr. A. H. — Tirol.

9. 1876 (Ersatzmann).
11. 1878.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 225.

Blitzfeld Rudolf, Dr. A. H. — Schlesien.

3. 1870 (Ersatzmann).
4. 1871 (Ersatzmann).
5. 1872 (Ersatzmann).
6. 1873 (Ersatzmann).

Blöchl Franz. A. H. — Oberösterreich.

39. 1903.

Redner: Heeresextraordinarium. **39**, 677.

Blome Gustav, Graf. H. H.

1. 1868 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Ignaz Attems als Delegierter einberufen.
18. 1883.
Delegiertenmandat niedergelegt. **18**, 6.

Bobrzyński Michael, Dr. A. H. — Galizien.

23. 1887.
Schriftführer.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter: Heeresextraordinarium. **24**, 87, 91.

Bochreński Alois, Ritter v. A. H. — Galizien.

1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
2. 1869.

Bodnar Iwan. A. H. — Galizien.

6. 1873.
Bei der Nachwahl gewählt.

Bohaty Adolf. A. H. — Böhmen.

31. 1895.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petitionen. **31**, 299, 303.

Bohosiewicz Zacharias. A. H. — Bukowina.

38. 1902 (Ersatzmann).

Bonda Marino, Graf. A. H. — Dalmatien.

7. 1874 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).

Borčić Lorenz. A. H. — Dalmatien.

32. 1896 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).

Borelli Manfred, Conte de Vrana. A. H. — Dalmatien.

12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Brandis Anton, Graf, H. H.

1. 1868.
Bei der Nachwahl gewählt.

Brandis Heinrich, Graf, A. H. — Oberösterreich.

12. 1879.
13. 1880.
Ordner.
14—16. 1881/1882.
Ordner.
17. 1882.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.

Brandstetter Friedrich, A. H. — Steiermark.

3. 1870 (Ersatzmann).
5. 1872 (Ersatzmann).
6. 1873 (Ersatzmann).

Brenner-Felsach Adolf, Freiherr v. H. H.

12. 1879.
27. 1891.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **27**, 57.
Okkupationskredit. **27**, 132.

Brestel Rudolf, Dr. A. H. — Niederösterreich.

1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 5.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.

Brestel Rudolf, Dr. A. H. — Niederösterreich.

Berichterstatter:

Budgetprovisorium. **3**, 39.
Schlußrechnung und Nachtragskredite pro 1868. **3**, 327, 366.
Schlußrechnung pro 1870. **5**, 212.
„ „ 1870 (Differenzen). **5**, 269.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 128, 188.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **3**, 262, 263.
Heeresextraordinarium. **3**, 378, 507.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 420, 432, 462.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **5**, 67, 100.
„ (Spezialdebatte). **5**, 167.
Kriegsmarine. **7**, 44.

Formaler Antrag: Schluß der Sitzung. **3**, 505.

Brzorád Eduard, Dr. A. H. — Böhmen.

30. 1894.

Redner:

Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Konsulate). **30**, 46.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **30**, 188.
„ (Spezialdebatte). **30**, 224.

Bulat Cajetan, Dr. A. H. — Dalmatien.

20. 1885 (Ersatzmann).
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896.
33. 1897.
34. 1898.
35. 1899.
Verifikator.
36. 1900.

Redner:

Okkupationskredit. **32**, 155.
„ **33**, 187.
„ **34**, 96.
„ **35**, 468.
„ **36**, 261.

Interpellationen:

Betreffend die Einschränkung der Wald- und Weideservitute in Bosnien und der Hercegovina zum Nachteile der dalmatinischen Grenzbewohner, **35**, 14;
betreffend die Lieferung von dalmatinischem Wein an die Kriegsmarine, **35**, 15;
betreffend den Vorgang bei Ausstellung des Festungsrayons in Teodo, **35**, 15.

Digitized by Google

Bibus Peter Franz, A. H. — Böhmen.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 240.
Petitionen, betreffend das Lieferungswesen. **2**, 295.

Bielohlawek Hermann, A. H. — Niederösterreich.

34. 1898.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 15.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **34**, 106.

Antrag: Betreffend die Regulierung des Dienstverhältnisses der Amtsdiener im Ministerium des Äußern. **34**, 15, 186.

Formaler Antrag: Namentliche Abstimmung über den Nachtragskredit von 30·1 Millionen Gulden zum Heereserfraordinarium. **34**, 373.

Bilinski Leon, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.

25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.

Generalberichterstatter: Budget 1892. **27**, 188.

Berichterstatter:

Heeresextraordinarium. **25**, 68, 149.
Okkupationskredit. **26**, 121, 130, 133, 212.
„ **27**, 132, 134, 188.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **26**, 54.

Billroth Theodor, H. H.

27. 1891.
Schriftführer.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **27**, 60.

Blaas Florian, Dr. A. H. — Tirol.

9. 1876 (Ersatzmann).
11. 1878.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 225.

Blikfeld Rudolf, Dr. A. H. — Schlesien.

3. 1870 (Ersatzmann).
4. 1871 (Ersatzmann).
5. 1872 (Ersatzmann).
6. 1873 (Ersatzmann).

Blöchl Franz, A. H. — Oberösterreich.

39. 1903.

Redner: Heeresextraordinarium. **39**, 677.

Blome Gustav, Graf, H. H.

1. 1868 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Ignaz Attems als Delegierter einberufen.
18. 1883.
Delegiertenmandat niedergelegt. **18**, 6.

Bobrzyński Michael, Dr. A. H. — Galizien.

23. 1887.
Schriftführer.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter: Heeresextraordinarium. **24**, 87, 91.

Bochenski Alois, Ritter v. A. H. — Galizien.

1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
2. 1869.

Bodnar Iwan, A. H. — Galizien.

6. 1873.
Bei der Nachwahl gewählt.

Bohaty Adolf, A. H. — Böhmen.

31. 1895.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petitionen. **31**, 299, 303.

Bohostewicz Zacharias, A. H. — Bukowina.

38. 1902 (Ersatzmann).

Bonda Marino, Graf, A. H. — Dalmatien.

7. 1874 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).

Borčić Lorenz, A. H. — Dalmatien.

32. 1896 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).

Borelli Manfred, Conte de Brana, A. H. — Dalmatien.

12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Brandis Anton, Graf. H. H.

1. 1868.
Bei der Nachwahl gewählt.

Brandis Heinrich, Graf. A. H. — Oberösterreich.

12. 1879.
13. 1880.
Ordner.
14—16. 1881/1882.
Ordner.
17. 1882.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.

Brandstetter Friedrich. A. H. — Steiermark.

3. 1870 (Ersatzmann).
5. 1872 (Ersatzmann).
6. 1873 (Ersatzmann).

Brenner-Felsach Adolf, Freiherr v. H. H.

12. 1879.
27. 1891.
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **27**, 57.
Okkupationskredit. **27**, 132.

Brestl Rudolf, Dr. A. H. — Niederösterreich.

1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 5.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.

Brestl Rudolf, Dr. A. H. — Niederösterreich.

Berichterstatter:
Budgetprovisorium. **3**, 39.
Schlußrechnung und Nachtragskredite pro 1868. **3**, 327, 366.
Schlußrechnung pro 1870. **5**, 212.
„ „ 1870 (Differenzen). **5**, 269.

Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 128, 188.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **3**, 262, 263.
Heeresextraordinarium. **3**, 378, 507.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 420, 432, 462.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **5**, 67, 100.
„ (Spezialdebatte). **5**, 167.
Kriegsmarine. **7**, 44.

Formaler Antrag: Schluß der Sitzung. **3**, 505.

Brzorád Eduard, Dr. A. H. — Böhmen.

30. 1894.

Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Konsulate). **30**, 46.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **30**, 188.
„ (Spezialdebatte). **30**, 224.

Bulat Cajetan, Dr. A. H. — Dalmatien.

20. 1885 (Ersatzmann).
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896.
33. 1897.
34. 1898.
35. 1899.
Verifikator.
36. 1900.

Redner:
Okkupationskredit. **32**, 155.
„ **33**, 187.
„ **34**, 96.
„ **35**, 468.
„ **36**, 261.

Interpellationen:
Betreffend die Einschränkung der Wald- und Weideservitute in Bosnien und der Hercegovina zum Nachteile der dalmatinischen Grenzbewohner. **35**, 14;
betreffend die Lieferung von dalmatinischem Wein an die Kriegsmarine. **35**, 15;
betreffend den Vorgang bei Ausstreckung des Festungsrayons in Teodo. **35**, 15.

Digitized by Google

Buquoy de Longueval Karl, Graf. H. H.

19. 1884 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Eduard Fürstenberg als Delegierter einberufen.
Schriftführer.

21. 1886.
Schriftführer.

22. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses. (Bei einer Nachwahl gewählt.)

24. 1888.
Delegiertenmandat niedergelegt. **24**, 5.

26. 1890.

27. 1891.
Delegiertenmandat niedergelegt. **27**, 6.

28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.

30. 1894.

34. 1898.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **28**, 26, 43.

Burg Adam, Freiherr v. H. H.

3. 1870 (Ersatzmann).

4. 1871.
Verifikator.

5. 1872.
Mitglied des Petitionsausschusses.

6. 1873.
Mitglied des Petitionsausschusses.

7. 1874.
Alterspräsident.

8. 1875.
Alterspräsident.

9. 1876.
Alterspräsident.
Mitglied des Petitionsausschusses.

10. 1877.
Alterspräsident.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petition. **6**, 137.

Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 172.
" **6**, 64.
Heeresextraordinarium. **6**, 84.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **7**, 2.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **7**, 230.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **8**, 1.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 51.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **9**, 1.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **9**, 147.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **9**, 235.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **10**, 1.

Burgstaller Josef, Edler v. **Bidischini.** A. H. — Triest.

17. 1882.

18. 1883 (Ersatzmann).

19. 1884 (Ersatzmann).

20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.

21. 1886 (Ersatzmann).

22. 1887 (Ersatzmann).

23. 1887 (Ersatzmann).

24. 1888.

25. 1889 (Ersatzmann).

26. 1890 (Ersatzmann).

27. 1891.

28. 1892 (Ersatzmann).

29. 1893 (Ersatzmann).

30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.

31. 1895 (Ersatzmann).

32. 1896 (Ersatzmann).

Berichterstatter:
Finanzministerium. **30**, 96, 301.
Zollgefälle (in Vertretung des verhinderten Delegierten Lupul). **30**, 96, 301.

Redner: Kriegsmarine. **30**, 64.

Buschmann Josef, Freiherr v. H. H.

19. 1884 (Ersatzmann).

Byk Emil, Dr. A. H. — Galizien.

38. 1902.
Mitglied des Petitionsausschusses.

39. 1903.
Schriftführer.

Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **38**, 300.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 200.

Bylandt-Rheidt Artur, Graf. H. H.

37. 1901.

C.

Cambon Alois, Dr. A. H. — Triest.

35. 1899.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 418.

Carneri Bartholomäus, Ritter v. A. H. — Steiermark.

3. 1870.
Mitglied des Petitionsausschusses.

4. 1871.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Digitized by Google

Carneri Bartholomäus, Ritter v. A. H. — Steiermark.

5. 1872.
Mitglied des Petitionsausschusses.

6. 1873.
Mitglied des Petitionsausschusses.

7. 1874.
Mitglied des Petitionsausschusses.

8. 1875 (Ersatzmann).

9. 1876 (Ersatzmann).

Redner:

Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **3**, 258.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **5**, 16.

Cally Adolf, Freiherr v., Feldzeugmeister. H. H.

29. 1893.
Delegiertenmandat niedergelegt. **29**, 7.

30. 1894 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Johann Karl Khevenhüller als Delegierter einberufen.

Černe Anton. A. H. — Görz.

1. 1868 (für Istrien).

2. 1869 (für Istrien).

3. 1870 (für Görz und Gradiska).
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.

4. 1871 (für Vorarlberg).

5. 1872 (für Istrien).
Mitglied des Budgetausschusses.

6. 1873 (Ersatzmann — für Görz und Gradiska).

Redner:

Kriegsmarine **3**, 301.
„ **4**, 185, 187, 191.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **5**, 65.

Ceschi a Santa Croce Alois, Freiherr v. H. H.

11. 1878.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.

13. 1880.
Verifikator.

14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).

17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Johann Siegmund Herberstein als Delegierter einberufen.
Vizepräsident.

18. 1883.
Mitglied des Petitionsausschusses.

19. 1884.
Vizepräsident.
Mitglied des Petitionsausschusses.

20. 1885.
Ordner.

23. 1887.
Ordner.

Ceschi a Santa Croce Alois, Freiherr v. H. H.

24. 1888.
Ordner.

25. 1889.
Ordner.

26. 1890.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.

27. 1891.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.

28. 1892.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **28**, 10.

30. 1894.
Ordner.

32. 1896.
Delegiertenmandat niedergelegt. **32**, 7.

33. 1897.

Berichterstatter: Oberster Rechnungshof. **11**, 15, 152.

Redner:

Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **17**, 3.
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **19**, 2.

Chamiec-Jaxa Anton, Ritter v. A. H. — Galizien.

25. 1889.

26. 1890.

Chiari Karl, Dr. A. H. — Mähren.

34. 1898.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 26.

Chlumecký Johann, Ritter v. A. H. — Mähren.

4. 1871.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **4**, 195.

17. 1882.

18. 1883.

19. 1884.

20. 1885.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.

21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.

22. 1887.

23. 1887.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.

24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Chlumecký Johann, Ritter v. A. H. — Mähren.

25. 1889.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.

26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.

27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.

28. 1892.
Präsident.

29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.

30. 1894.
Präsident.

32. 1896. — Freiherr v.
Präsident.

33. 1897. II. II.
Mitglied des Budgetausschusses.

34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.

35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.

36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.

37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.

38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.

39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.

40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:

Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **20**, 3.
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **23**, 3.
Vorlage, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 47·3 Millionen Gulden. **24**, 98.
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **25**, 3.
Petition, betreffend eine Ausweisung aus Banjaluka. **25**, 146.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **26**, 44.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **28**, 2.
Nachruf für den verstorbenen Delegierten Demel. **28**, 4.
Ansprache anläßlich des Namensfestes des Kaisers. **28**, 9.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **28**, 247.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **30**, 2.
Ansprache anläßlich des Namensfestes des Kaisers. **30**, 9.
Mitteilung, betreffend den Neubau des Delegationsgebäudes. **30**, 97.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **30**, 307.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **32**, 2.
Nachruf für den verstorbenen Delegierten Klun. **32**, 9.
Mitteilung, betreffend die Adaptierung des Delegationsgebäudes. **32**, 309.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **32**, 310.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **40**, 546.

Formale Anträge:

Schluß der Debatte. **29**, 11.
Behandlung von Resolutionen. **37**, 191, 512.

Chorinsky Gustav, Graf. II. II.

2. 1869 (Ersatzmann).
An Stelle des erkrankten Delegierten Hein als Delegierter einberufen.

4. 1871 (Ersatzmann).

5. 1872 (Ersatzmann).

Chotek Bohuslav, Graf. II. II.

32. 1896 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.

Chotek Emmerich, Graf. II. II.

32. 1896 (Ersatzmann).

33. 1897.

34. 1898.
Verifikator.

35. 1899.

36. 1900.

38. 1902 (Ersatzmann).

39. 1903 (Ersatzmann).

40. 1904 (Ersatzmann).

Chotek Otto, Graf. II. II.

1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Lichtenfels als Delegierter einberufen.
Schriftführer.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 243.

Chotek Rudolf, Graf. II. II.

21. 1886.

22. 1887.

23. 1887 (Ersatzmann).

Chrzanowski Leon, Ritter v. A. H. — Galizien.

1. 1868.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Wodzicki gewählt.

2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.

7. 1874 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Zyblikiewicz als Delegierter einberufen.

8. 1875.

9. 1876.

10. 1877.

11. 1878.

12. 1879.

13. 1880.

14—16. 1881/1882.
Mitglied des Petitionsausschusses.

17. 1882.

18. 1883.

19. 1884.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Digitized by Google

Chrzanowski Leon, Ritter v. A. H. — Galizien.
20. 1885.
Mitglied des Petitionsausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Petitionsausschusses.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.
34. 1898.

Berichterstatter:

Oberster Rechnungshof. **28**, 51.
„ „ **29**, 179, 262.
„ „ **30**, 96, 301.
„ „ **31**, 295, 338.
„ „ **32**, 166, 308.

Ciani Johann, Freiherr v. A. H. — Tirol.
8. 1875.
Mitglied des Petitionsausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Petitionsausschusses.
25. 1889.

Clam-Gallas Franz, Graf. H. H.
34. 1898 (Ersatzmann).

Clam-Martinic Heinrich Jaroslav, Graf. A. H. — Böhmen.
12. 1879.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884 (Ersatzmann).

Berichterstatter: Ministerium des Äußern. **18**, 11, 20 und Differenz hierüber. **18**, 66.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **12**, 23.

Clary Carlos, Fürst. H. H.
31. 1895.
Schriftführer.

Clary Edmund, Fürst. H. H.
3. 1870.

Cnobloch Karl, Freiherr v. A. H. — Kärnten.
6. 1873 (Ersatzmann).

Colloredo-Mansfeld Josef, Fürst. H. H.
1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 213.
Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 113, 115, 118, 126.
14—16. 1881/1882.
Delegiertenmandat niedergelegt. **14**, 6.

Colloredo-Mansfeld Josef, Fürst, jun. H. H.
34. 1898 (Ersatzmann).

Colombani Horaz, Dr. A. H. — Istrien.
1. 1868 (Ersatzmann für Triest).
2. 1869 (Ersatzmann für Triest).
3. 1870.
4. 1871 (Ersatzmann).
5. 1872 (für Triest).
Delegiertenmandat niedergelegt. **5**, 35.
6. 1873 (Ersatzmann).
Gestorben. **6**, 10.

Conci Enrico, Dr. A. H. — Tirol.
35. 1899.
38. 1902.
Verifikator.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 189.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 437.
„ „ „ „ **38**, 109.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **38**, 317.
Heeresextraordinarium. **38**, 364.
Kriegsmarine. **38**, 538.
Interpellationen:
Betreffend Offiziersexzesse in Trient. **35**, 48;
betreffend die Entschädigung der Hinterbliebenen einiger bei dem Eisenbahnunglück von Seneca (Michigan) Verunglückten. **38**, 69.

Conrad v. **Eybesfeld** Siegmund, Freiherr. H. H.
27. 1891.
29. 1893.
30. 1894.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Conti Stephan v. A. H. — Triest.
1. 1868 (Ersatzmann für Vorarlberg).
2. 1869 (Ersatzmann für Vorarlberg).

Coronini-Cronberg, Alfred, Graf. A. H. — Görz.
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894.
Delegiertenmandat niedergelegt. **30**, 7.

Digitized by Google

Coronini-Cronberg. Franz, Graf. A. H.

5. 1872 (Ersatzmann — für Istrien).

6. 1873 (für Görz und Gradiska).
Mitglied des Budgetausschusses.

7. 1874 (für Görz und Gradiska).
Mitglied des Budgetausschusses.

8. 1875 (für Triest).
Mitglied des Budgetausschusses.

9. 1876 (für Triest).
Mitglied des Budgetausschusses.

10. 1877 (für Triest).
Mitglied des Budgetausschusses.

11. 1878 (für Görz und Gradiska).
Präsident.

13. 1880.
Präsident.

18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.

19. 1884.
Delegiertenmandat niedergelegt. **19**, 6.

21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.

22. 1887.

24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.

26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.

28. 1892 (Ersatzmann).

29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:

Vorlage des Kriegsministeriums, betreffend die Übertragung eines Kreditrestes. **6**, 90.

Schlußrechnung pro 1871. **6**, 129 und
„ „ 1871 (Differenzen). **6**, 153, 159, 165.

Neuerliche Vorlage der Schlußrechnung pro 1871 und Gebarung pro 1872. **7**, 48.

Schlußrechnung pro 1871 (Differenzen). **7**, 160, 225.
„ „ 1873. **8**, 142.
„ „ 1873 (Differenzen). **8**, 190, 203.
„ „ 1874. **9**, 67 und über die Differenzen.
„ „ 1874 (Differenzen). **9**, 217.

Ausweis der Zentralkassen. **9**, 187.

Ministerium des Äußern (Differenzen). **9**, 210.

Schlußrechnung pro 1875. **10**, 228 und
„ „ 1875 (Differenzen). **10**, 360.

Kriegsmarine. **18**, 22 und Differenzen hierüber. **18**, 66.

Redner:

Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session **8**, 227.

Heeresordinarium (Bedeckung). **9**, 176.

Budgetprovisorium. **10**, 23.

Anforderung auf Rechnung des Extraordinariums des Heeres (Minoritätsberichterstatter). **10**, 55.

60 Millionen-Kredit. **10**, 86.

Nachtragskredite für das Ministerium des Äußern und das Kriegsministerium pro 1877. **10**, 182.

Coronini Franz, Graf. A. H.

Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **11**, 2.
„ anläßlich des Namensfestes der Kaiserin. **11**, 11.

Vorgang bei der Abstimmung beim Budget des Kriegsministeriums. **11**, 30.

Einzeichnung in die Rednerliste. **11**, 171.

Ansprache anläßlich des Ablebens des ungarischen Delegierten Zsedényi. **11**, 347.

Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **11**, 408, 409.
„ „ „ beim Beginne der Session. **13**, 2.
„ „ „ beim Schlusse der Session. **13**, 233.

Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **18**, 159.

Finanzministerium (Erwerbung eines eigenen Hauses für die Delegation). **26**, 13.

Schlußrechnung pro 1891. **29**, 235.

Costa Ethbin Heinrich, Dr. A. H. — Krain.

4. 1871.
Schriftführer.

Coudenhove Franz, Graf. H. H.

14—16. 1881/1882.
Ordner.

17. 1882.
Ordner.

18. 1883.
Ordner.

23. 1887 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.

24. 1888 (Ersatzmann).

25. 1889 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Joh. Sig. Herberstein als Delegierter einberufen, jedoch abgelehnt.
Verifikator.

Redner: Ministerium des Äußern, Generaldebatte. **18**, 12, 20.

Coudenhove Maximilian, Graf, Feldmarschalleutnant. H. H.

2. 1869.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Gablenz gewählt.

3. 1870.
Mitglied des Petitionsausschusses.

7. 1874 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Camillo Starhemberg als Delegierter einberufen. Mandat jedoch abgelehnt. **7**, 31.

8. 1875 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Richard Khevenhüller als Delegierter einberufen.

9. 1876 (Ersatzmann).

11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Thurn als Delegierter einberufen.

18. 1883 (Ersatzmann).

Crenneville Franz, Graf, Feldzeugmeister. H. H.

9. 1876.
Delegiertenmandat niedergelegt. **9**, 7.

Digitized by Google

Czartoryski Georg, Fürst. A. H. — Galizien.

7. 1874.
8. 1875.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
14—16. 1881/1883.
26. 1890.
Präsident.
Redner:
Vorlage des a. o. Heereserfordernisses von 8 Millionen Gulden. **15**, 14.
Ansprache als Präsident beim Beginn der Session. **26**, 2.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **26**, 214.

Czartoryski Konstantin, Fürst. H. H.

1. 1868.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
2. 1869.
Mitglied des Petitionsausschusses.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Schmerling Anton zum Delegierten gewählt.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879.
Mitglied des Petitionsausschusses.
13. 1880.
Vizepräsident.
Mitglied des Petitionsausschusses.
14—16. 1881/1882.
17. 1882.
18. 1883.
Präsident.
19. 1884.
20. 1885.
Verifikator.
21. 1886.
Verifikator.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Petitionsausschusses.
24. 1888.
Mitglied des Petitionsausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Petitionsausschusses.
26. 1890.
Alterspräsident.
27. 1891.
Gestorben. **27**, 6.
Berichterstatter: Petition. **25**, 148.

Czartoryski Konstantin, Fürst. H. H.

Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **1**, 320.
" (Spezialdebatte). **1**, 323.
" (Generaldebatte). **7**, 87.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 264.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **11**, 409.
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **13**, 2.
" " Präsident beim Beginne der Session. **18**, 2.
" " " " Schlusse der Session. **18**, 159, 160.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **26**, 2.
Formale Anträge:
Sofortige Vornahme der ersten Lesung der Vorlage über das außerordentliche Heereserfordernis von 8 Millionen Gulden. **15**, 2.
Wahl des Budget- und Petitionsausschusses. **17**, 4.

Czaykowski Alfons, Ritter v. A. H. — Galizien.

12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Dunajewski als Delegierter einberufen.
14—16. 1881/1882.
17. 1882.
18. 1883.
19. 1884.
20. 1885.
21. 1886.
22. 1887.
23. 1887.
24. 1888.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Czaykowski Johann, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.

1. 1868.
Ordner.
2. 1869.
Mitglied des Petitionsausschusses.
4. 1871.

Czaykowski Ladislaus, Ritter v. A. H. — Galizien.

25. 1889.
26. 1890.
Mitglied des Petitionsausschusses.
27. 1891.
Verifikator.
Berichterstatter: Petition. **26**, 135, 136.

Czerz-Lindenwald Hermann, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.

34. 1898 (Ersatzmann).

Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg**. A. H. — Niederösterreich.

6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg und Eysenberg.** H. H.

19. 1884. H. H.
21. 1886.
22. 1887.
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).
Mandat als Ersatzmann niedergelegt. **25**, 8.
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.
33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.
36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:

Schlußrechnung für das Jahr 1891. **29**, 235, 237, 263.
" " " " 1892. **30**, 94, 301.
" " " " 1893. **31**, 76, 338.
Subsistenzzulagen an die in Wien domizilierenden Beamten der IX. und X. Rangklasse der gemeinsamen Ministerien. **31**, 82, 84.
Schlußrechnung für das Jahr 1894. **32**, 166.
" " " " 1895. **33**, 253, 255, 379.
" " " " 1896. **34**, 239, 382.
" " " " 1897. **35**, 222, 504.
" " " " 1898. **36**, 259.
" " " " 1899. **37**, 323, 515.
" " " " 1900. **38**, 378, 554.

Redner: Heeresextraordinarium. **38**, 370.

Formale Anträge:

Schluß der Debatte. **30**, 37.
" " " **36**, 64.

Czerkawski Eusebius, Dr. A. H. — Galizien.

3. 1870.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
4. 1871.
Verifikator.
5. 1872.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Czerkawski Eusebius, Dr. A. H. — Galizien.

6. 1873.
Delegiertenmandat verloren. **6**, 10.
9. 1876.
Delegiertenmandat niedergelegt. **9**, 7.
10. 1877.
11. 1878.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 317.
12. 1879.
13. 1880.
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.

Generalberichterstatter:

Budget 1888. **23**, 42.

Berichterstatter:

Heeresextraordinarium. **17**, 76.
" **18**, 61.
" **19**, 75.
" **20**, 80.
" **21**, 132, 212.
" **23**, 28, 33, 42.

Redner:

Petitionen, betreffend die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes. **3**, 355.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 63, 81, 85, 87, 117, 139, 191.
Heeresextraordinarium. **14**, 37, 50.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **21**, 16.

Formale Anträge:

Namentliche Abstimmung. **4**, 79, 83.
Umgangnahme von der Verlesung des Berichtes über das Heeresordinarium. **19**, 14.
Wahl eines Budgetausschusses. **23**, 3.

Czernin Eugen, Graf, Dr. A. H. — Böhmen.

22. 1887.
An Stelle des ins Herrenhaus berufenen Delegierten Franz Deym zum Delegierten gewählt.

Czyperkowicz Arkadius, A. H. — Bukowina.

23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Czyhlarz Karl, Ritter v. H. H.

40. 1904.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petition. **40**, 532.

D.

Danilo Johann. A. H. — Dalmatien.

3. 1870 (Ersatzmann).
4. 1871 (Ersatzmann).
5. 1872 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Vojnović als Delegierter einberufen.
6. 1873 (Ersatzmann für Tirol).
Mandat niedergelegt. **6**, 10.

Daschl Leopold. A. H. — Niederösterreich.

38. 1902 (Ersatzmann).

Daubek Eduard, Dr. A. H. — Böhmen.

1. 1868.
2. 1869.
Ordner.
3. 1870.
Ordner.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 152.

Debiasi Johann, Dr. A. H. — Tirol.

26. 1890.

Degara Heliodor. A. H. — Tirol.

6. 1873.
Delegiertenmandat niedergelegt. **6**, 10.

Dehne August, Dr. A. H. — Oberösterreich.

2. 1869 (Ersatzmann).
11. 1878.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879 (Ersatzmann).

Delugan Balbassare, Don. A. H. — Tirol.

37. 1901.
Verifikator.
39. 1903.
Verifikator.

Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 73.
Budgetprovisorium. **39**, 48.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 119, 200.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 601.

Interpellation: Betreffend die Aufhebung der Demolierungsreverse. **39**, 20.

Delugan Balbassare, Don. A. H. — Tirol.

Antrag: Verabreichung eines entsprechenden täglichen Weinquantums an die Mannschaft des ständigen Heeres sowie an die Ersatzreserve für die ganze Dauer der großen Manöver. **39**, 28, 68.

Formaler Antrag: Verhandlung seines Antrages in erster Lesung und Zuweisung an den Budgetausschuß. **39**, 574, 684.

Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr. A. H. — Schlesien.

1. 1868.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
2. 1869.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
24. 1888.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr. A. H. — Schlesien.

27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.
28. 1892.
Gestorben. **28**, 7.

Generalberichterstatter:

Nuntien über Differenzen. **1**, 375.
Budget. **3**, 580, 600.
„ **4**, 216.
Differenzen zwischen den beiden Delegationen. **5**, 240, 241.
Budget. **5**, 253, 271.
„ **6**, 173.
„ **7**, 226.
Differenzen zwischen den beiden Delegationen. **8**, 197, 205.
Budget. **8**, 206.
„ **9**, 233.
„ **10**, 360.
„ **11**, 328.
„ **12**, 205.
„ **13**, 232.
„ **14**, 237.

Berichterstatter:

Heeresordinarium. **1**, 69, 107.
Kriegsmarine (an Stelle des erkrankten Berichterstatters Scrinzi). **1**, 137.
Heeresextraordinarium. **1**, 153, 181.
Über die vom Delegierten Gablenz gestellten Anträge. **3**, 344.
Schuld an die Nationalbank. **3**, 533.
Zollgefälle. **5**, 219.
Heeresordinarium. **6**, 42, 89.
Heeresextraordinarium. **6**, 72.
„ (Differenzen). **6**, 146, 160.
„ **7**, 125.
„ (Differenzen). **7**, 197, 209.
„ **8**, 117.
„ (Differenzen). **8**, 184.
„ **9**, 178.
„ (Differenzen). **9**, 219.
Anforderung auf Rechnung des Extraordinariums des Heeres. **10**, 44, 203.
Heeresextraordinarium. **10**, 312.
„ (Differenzen). **10**, 358.
„ **11**, 68.
„ (Differenzen). **11**, 177, 321.
„ **12**, 81.
„ (Differenzen). **12**, 190, 196.
„ **13**, 170, 173, 177, 183.
„ (Differenzen). **13**, 217, 231.
„ **14**, 37, 40, 46, 49, 51.

Redner:

Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **1**, 253.
Kriegsmarine. **1**, 299, 300.
Heeresextraordinarium. **1**, 360, 362.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 134, 143, 146, 153, 239, 254, 258.
Heeresextraordinarium. **2**, 264, 277.
Kriegsministerium (Nachtragskredit). **2**, 312.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 100, 134, 194.

Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr. A. H. — Schlesien.

Heeresextraordinarium. **3**, 374.
Kriegsmarine. **3**, 301, 304, 310.
Schlußrechnung und Nachtragskredite pro 1868. **3**, 334.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 411, 425, 428, 448.
Kriegsministerium (Generaldebatte). **4**, 59.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 122, 148.
Heeresextraordinarium. **4**, 164, 165.
Kriegsmarine. **4**, 190.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **5**, 26.
Kriegsmarine. **5**, 57.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 97, 150, 154, 165.
Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **5**, 195.
Tagesordnung. **6**, 42.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 83, 87.
Gemeinsames Finanzministerium. **9**, 10.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **9**, 41.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **9**, 109.
Budgetprovisorium. **10**, 12.
Nachtragskredite für das Ministerium des Äußern und Kriegsministerium pro 1877. **10**, 186.
Über die Frage der Vornahme der dritten Lesung der Beschlüsse. **10**, 318.
Kriegsmarine. **11**, 36.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 203.
Okkupationskredit. **11**, 388.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **12**, 31.
„ „ „ „ **13**, 21.
„ „ „ „ **18**, 19.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **20**, 13.
„ (Spezialdebatte). **20**, 19.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **23**, 14.
Heeresextraordinarium (Generaldebatte). **24**, 90.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **26**, 174.
„ „ „ „ **27**, 13.

Formale Anträge:

Behandlung von Petitionen. **2**, 12; **5**, 36.
Schluß der Debatte. **5**, 95.

Demel Leonhard, Ritter v. **Elswehr**, Dr. A. H. — Schlesien.

35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **36**, 27.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **36**, 207.

Demel Wladimir. A. H. — Schlesien.

32. 1896.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **32**, 63.

Derschatta Julius, v. **Standhalt**, Dr. A. H. — Steiermark.

20. 1885 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Derschatta Julius, v. **Standhalt**, Dr. A. H. — Steiermark.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
39. 1903 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Hanisch als Delegierter einberufen.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner: Antrag auf Erhöhung der Militärpensionen **39**, 705.
Antrag: Erhöhung der Pensionen der vor dem Jahre 1890 pensionierten Offiziere und Militärbeamten sowie deren Witwen und Waisen. **39**, 29, 69.
Formaler Antrag: Zuweisung seines Antrages an den Budgetausschuß. **39**, 684.

Deschmann Karl, A. H. — Krain.
11. 1878 (Ersatzmann).

Deym Ferdinand, Graf. A. H. — Böhmen.
27. 1891.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
33. 1897. H. H.
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Franz Josef Sylva-Taroucа gewählt.
Mitglied des Budgetausschusses.
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **27**, 3.
Protest der jungtschechischen Delegierten gegen ihre Nichtberücksichtigung bei der Wahl in den Budgetausschuß. **29**, 11.
Formale Anträge:
Wahl des Budget- und Petitionsausschusses **35**, 7.
Zuweisung des Budgetprovisoriums an den Budgetausschuß. **35**, 16.

Deym Franz, Graf. A. H. — Böhmen.
19. 1884.
20. 1885.
21. 1886.
22. 1887.
Infolge Berufung ins Herrenhaus Neuwahl eines Delegierten. **22**, 1.

Deym Friedrich, Graf, A. H. — Böhmen.
37. 1901 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Dietrich Karl Wilhelm, Dr. A. H. — Schlesien.
1. 1868 (Ersatzmann).
2. 1869 (Ersatzmann).

Dietrichstein-Mensdorff-Pouilly Alexander, Fürst, General der Kavallerie. H. H.
1. 1868.
2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 120, 127.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 215.
Kriegsmarine. **1**, 297.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **2**, 102.
„ (Spezialdebatte). **2**, 155, 259.
Heeresextraordinarium. **2**, 267.
Kriegsmarine. **2**, 230.

Dinstl Ferdinand, Dr. A. H. — Niederösterreich.
2. 1869 (Ersatzmann).
4. 1871.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873 (Ersatzmann für Vorarlberg).

Di Pauli Josef, Freiherr v. A. H. — Tirol.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.
36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **36**, 98.

Dinzański Johann, Dr., A. H. — Galizien.
39. 1903.
Verifikator.
40. 1904.
Verifikator.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 541.
„ „ **40**, 105.
Formaler Antrag: Dringliche Behandlung des Budgets der Kriegsmarine. **40**, 368.

Dobernig Josef Wolfgang. A. H. — Kärnten.
33. 1897.
36. 1900 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
37. 1901.
Mitglied des Petitionsausschusses.
38. 1902.
39. 1903.
Mitglied des Petitionsausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 40.
Heeresextraordinarium. **33**, 175.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **38**, 47.
Heeresextraordinarium. **38**, 369.
Kriegsmarine. **38**, 539.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 141.
Kriegsmarine. **39**, 407.

Digitized by Google

Dobernig Josef Wolfgang. A. H. — Kärnten.

Interpellationen:

Betreffend Einwirkung auf die italienische Regierung wegen Anstellung von der deutschen Sprache mächtigen Beamten in Pontebba und in den anderen gegen die österreichische Grenze gelegenen italienischen Zollämtern. **33**, 162;

betreffend das Vorgehen der bosnischen Regierung gegen den ehemaligen Ökonomiebeamten Wolf. **33**, 261, 383;

betreffend die Versetzung der in Wolfsberg stationierten Kavallerieeskadron in einen anderen Garnisonsort. **37**, 251;

betreffend den Zustand des Bahnhofes in Pontebba. **38**, 7;

betreffend die in der Schweiz erfolgende Verbreitung ungünstiger Nachrichten über den Gesundheitszustand in den österreichischen Alpenländern. **38**, 70;

betreffend die Schädigung der heimischen Landwirtschaft durch den Bezug von Molkereierzeugnissen für die Marine aus Italien. **38**, 81;

betreffend die ungünstigen Avancementverhältnisse und die Einschübe von Offizieren anderer Truppen bei der Artillerie. **38**, 276;

betreffend einen Reservaterlaß des Reichskriegsministeriums, nach welchem den Offizieren der deutschen Regimenter die Erlernung der tschechischen Sprache anbefohlen wird. **39**, 20;

betreffend die Untersuchung wegen der auf dem Marsche von Trebinje nach Bilek infolge Sonnenstiches erfolgten Todesfälle. **39**, 20;

betreffend die Verleihung militärischer Rangsabzeichen an die Beamten der Militärverpflegsbranche. **40**, 331.

Doblhamer Gregor. A. H. — Oberösterreich.

21. 1886.
Mitglied des Petitionsausschusses.
22. 1887.
26. 1890.
Mitglied des Petitionsausschusses.
31. 1895.
Verifikator.

Doblhoff-Dier Anton, Freiherr v. H. H.

1. 1868.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.

Doblhoff-Dier Heinrich, Freiherr v. A. H. — Niederösterreich.

8. 1875.
Schriftführer.
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Petitionsausschusses.
18. 1883.
23. 1887.
Verifikator.

Doblhofer Josef. A. H. — Oberösterreich.

36. 1900 (Ersatzmann).
38. 1902.

Dobrzensky Johann, Freiherr v. H. H.

32. 1896.
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902.
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904.

Dostal Karl, Dr. A. H. — Böhmen.

19. 1884.
23. 1887.
24. 1888.
Schriftführer.
25. 1889.
27. 1891.
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Herold zum Delegierten gewählt.

Dötz August. A. H. — Niederösterreich.

31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **32**, 77.

Dreher Anton. H. H.

40. 1904 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Alexander Brinz als Delegierter einberufen.
Ordner.

Dubsky Adolf, Graf. A. H. — Mähren.

18. 1883.
19. 1884.
20. 1885.
21. 1886.
22. 1887.
23. 1887.
24. 1888.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Redner: Okkupationskredit. **21**, 98.

Dubsky Emanuel, Graf. H. H.

2. 1869.

Duchatsch Ferdinand, Dr. A. H. — Steiermark.

10. 1877 (Ersatzmann).
An Stelle des zum Delegierten gewählten Ersatzmannes Hammer-Purgstall zum Ersatzmann gewählt.
11. 1878 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Dürckheim Georg Friedrich, Graf. A. H. — Oberösterreich.

38. 1902.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Dürrnberger Adolf, Dr. A. H. — Oberösterreich.

11. 1878 (Ersatzmann).

Dulęba Ladislaus, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.

39. 1903.
Mitglied des Petitionsausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petition. **40**, 531.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 562.
Heeresextraordinarium. **40**, 296.

Dumba Nikolaus. A. H. — Niederösterreich.

7. 1874.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876 (Ersatzmann).
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885. H. H.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.
33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.
36. 1900.
Gestorben. **36**, 6.

Dumba Nikolaus. H. H.

Generalberichterstatter:
Budget 1898. **33**, 379.
„ 1899. **34**, 382.
„ 1900. **35**, 504.

Berichterstatter:
Okkupationskredit. **20**, 172.
„ **21**, 93, 101, 212.
„ **24**, 89.
„ **25**, 71, 149.
Ministerium des Äußern. **28**, 11, 47, 244.
„ „ „ **29**, 15, 63, 74, 76.
„ „ „ **31**, 11, 42, 338.
„ „ „ **32**, 11, 39, 41, 43, 307.
„ „ „ **33**, 15, 45, 379.
Zollgefälle. **33**, 364, 376, 379.
Nuntium über das Finanzministerium. **33**, 379.
Ministerium des Äußern. **34**, 15, 92, 381.
Budgetprovisorium. **35**, 23, 46.
Ministerium des Äußern. **35**, 371, 455, 463, 503.
Nuntium über die Kriegsmarine. **35**, 503.

Redner:
Kriegsministerium (Resolution über das Einquartierungsgesetz). **7**, 136.
Heeresextraordinarium. **11**, 61, 73.
Über Wahlen in den Budgetausschuß. **11**, 349.
Petition, betreffend die Heranbildung von Militärmusikern. **25**, 138.
Nachtragskredit von 30·1 Millionen Gulden zum Heeresextraordinarium. **34**, 361.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **34**, 384.

Formaler Antrag: Umgangnahme von der Verlesung des Berichtes über die Kriegsmarine. **19**, 78.

Dumreicher Armand, Freiherr v. A. H. — Kärnten.

21. 1886.
Schriftführer.
22. 1887.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **21**, 11.

Dunajewski Julian, Dr. A. H. — Galizien.

7. 1874.
8. 1875.
9. 1876.
Delegiertenmandat niedergelegt. **9**, 19.
10. 1877.
Mitglied des Petitionsausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Petitionsausschusses und des Budgetausschusses.
12. 1879.
13. 1880.
Delegiertenmandat niedergelegt. **13**, 6.
28. 1892.
29. 1893.

Digitized by Google

Dunajewski Julian, Dr. A. H. — Galizien.

Redner:

Heeresextraordinarium. **8**, 134, 138.
Petition des Beamtenvereines. **10**, 205.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **10**, 259.
Heeresextraordinarium. **11**, 67.
Über die Einzeichnung in die Rednerliste. **11**, 170.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 190.

Dziedzyzcki Adalbert, Graf, Dr. A. H. — Galizien.

14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.
36. 1900.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:

Oberster Rechnungshof. **33**, 184, 379.
Finanzministerium. **34**, 237, 382.
Oberster Rechnungshof. **34**, 238, 382.
Finanzministerium. **35**, 220, 504.
Oberster Rechnungshof. **35**, 222, 504.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 34.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **33**, 384.
Nachtragskredit von 30·1 Millionen Gulden zum Heeresextraordinarium. **34**, 371.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 401.
" " " " **38**, 25.
" " " " **39**, 150.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 554.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **40**, 35.

E.

Ebenhoch Alfred, Dr. A. H. — Oberösterreich.

27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.

Ebenhoch Alfred, Dr. A. H. — Oberösterreich.

31. 1895.
Schriftführer.
35. 1899.
40. 1904.

Berichterstatter:

Finanzministerium. **27**, 18.
Oberster Rechnungshof. **27**, 19.

Redner: Heeresextraordinarium. **40**, 283.

Edenberger Matthias. A. H. — Oberösterreich.

3. 1870 (Ersatzmann).

Edlbacher Max, Dr. A. H. — Oberösterreich.

5. 1872 (Ersatzmann).
6. 1873 (Ersatzmann).

Egger Alois, Ritter v. **Möllwald**, Dr. A. H. — Kärnten.

8. 1875 (Ersatzmann).

Ehrenfels Bernhard, Freiherr v. A. H. — Niederösterreich.

39. 1903.
Schriftführer.

Interpellation: Betreffend die vom niederösterreichischen Landesausschusse eingeleitete Aktion zur Vermittlung von landwirtschaftlichen Dienstesposten an die Militärurlauber und Reservisten. **39**, 124.

Eichhoff Josef, Freiherr v. A. H. — Mähren.

1. 1868.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter: Ministerium des Äußern. **1**, 26, 249.

Redner:

Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **1**, 190, 371.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 327, 338.

Eim Gustav. A. H. — Böhmen.

28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **28**, 11, **34**.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **28**, 91.

Elbl Anton. A. H. — Kärnten.

27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895 (Ersatzmann).

Elk Alfred. A. H. — Niederösterreich.

25. 1889.
Schriftführer.
30. 1894.
Schriftführer.

Digitized by Google

Elz Alfred A. H. — Niederösterreich.
36. 1900.
Schriftführer.
38. 1902.
Schriftführer.
40. 1904.
Schriftführer.
Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **38**, 167.

d'Elvert Christian, Ritter. A. H. — Mähren.
5. 1872 (Ersatzmann).
6. 1873.
Redner:
Heeresextraordinarium. **6**, 73.
Petition der Gemeinde Königsfeld bei Brünn. **6**, 156.

Engel Emanuel, Dr. A. H. — Böhmen.
33. 1897.

Engel Josef, v. A. H. — Mähren.
32. 1896 (Ersatzmann).

Engerth Wilhelm, Ritter v. H. H.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Kellner zum Delegierten gewählt.
Mitglied des Budgetausschusses.
13. 1880 — Freiherr v.
Mitglied des Budgetausschusses.
14—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Finanzministerium. **18**, 10, 66.
Oberster Rechnungshof. **18**, 11, 66.
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 45.
Heeresextraordinarium. **8**, 123, 126.
Kriegsmarine. **8**, 98, 101.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **9**, 91.
„ (Spezialdebatte). **9**, 146, 150.
„ (Spezialdebatte). **10**, 301.
Indemnität und Nachtragskredit anläßlich der Okkupation Bosniens. **11**, 364.
Heeresextraordinarium. **13**, 171, 175, 180.
„ **14**, 40, 42.

Engerth Wilhelm, Freiherr v. H. H.
Antrag auf eine Dotation für die Witwe des Feldmarschalleutnants Uchatius. **14**, 212.
Okkupationskredit. **17**, 126, 127.
Antrag: Dotation für die Witwe des Feldmarschalleutnants Uchatius. **14**, 212.

Erz August. A. H. — Oberösterreich.
39. 1903.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **39**, 647.

Exner Wilhelm, Dr. A. H. — Niederösterreich.
21. 1886.
Verifikator.
22. 1887.
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892.
Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Eisernes Tor). **21**, 89.

F.

Falkenhayn Franz, Graf. H. H.
3. 1870.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Schriftführer.
5. 1872.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **5**, 10.
10. 1877.
Ordner.
11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Franz Salm als Delegierter einberufen.
Mitglied des Petitionsausschusses.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Präsident.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.

Digitized by Google

Falkenhayn Franz, Graf. H. H.

23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.

24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.

25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.

26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.

27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.

28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.

29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.

Generalberichterstatter:

Budget 1884. **18**, 157, 158.
„ 1894. **29**, 263.

Berichterstatter:

Neues Pensionsreglement. **3**, 27, 526 (Differenzen).
Schlußrechnung pro 1877. **12**, 85.
„ „ 1878. **13**, 81, 203.
Schlußrechnung pro 1879. **14**, 93.
„ „ 1880. **17**, 129.
Heeresordinarium. **18**, 55.
„ **19**, 14, 23.
Okkupationskredit. **23**, 31.
Vorlage, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 47·3 Millionen Gulden. **24**, 97, 105.
Nuntien über sämtliche Beschlüsse. **24**, 141.
Nuntium über das Ministerium des Äußern. **26**, 211.
Heeresordinarium. **27**, 44, 54, 126, 187.
Finanzministerium. **28**, 180.
Heeresordinarium. **29**, 78, 102, 262.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 93, 112.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 471, 480, 481, 483.
Differenz zwischen den beiden Delegationen, betreffend die Aufnahme der Worte „für die gemeinsame Armee". **3**, 578.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **4**, 59.
„ (Spezialdebatte). **4**, 147, 150, 152, 153, 155.
Heeresextraordinarium. **4**, 158, 159, 161, 163, 168, 169, 170, 172, 173.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **10**, 297.
Kriegsmarine. **14**, 90.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **17**, 179.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **20**, 2.
„ „ „ anläßlich des Namensfestes der Kaiserin. **20**, 171.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **20**, 207.
„ an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **21**, 214.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **24**, 143.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **25**, 58, 65.
„ (Generaldebatte). **26**, 56.

Falkenhayn Franz, Graf. H. H.

Petition, betreffend die Errichtung von Remontendepots. **26**, 136.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **26**, 215.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **27**, 14.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **28**, 247.

Formale Anträge:

Wahl des Budget- und Petitionsausschusses. **18**, 4.
„ „ „ „ „ **21**, 4.
Sofortige Vornahme der ersten Lesung einer Regierungsvorlage und Zuweisung derselben an den Budgetausschuß. **22**, 2.
Wahl des Budget- und Petitionsausschusses. **24**, 4.
Abgekürzte Behandlung der Vorlage, betreffend den außerordentlichen Kredit von 47·3 Millionen Gulden. **24**, 86.
Wahl des Budget- und Petitionsausschusses. **26**, 4.
„ „ „ „ „ **28**, 5.
Berichterstattung über Petitionen. **29**, 242.

Fanderlik Josef, Dr. A. H. — Mähren.

12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Verifikator.
23. 1887 (für Böhmen).
Ordner.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).

Generalberichterstatter: Budget 1883. **17**, 178.

Berichterstatter: Heeresordinarium. **17**, 10, 19, 120.

Fedrigotti Friedrich, Graf. A. H. — Tirol.

5. 1872.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 179.

Felder Kajetan, Freiherr v., Dr. H. H.

11. 1878 (Ersatzmann).
Mandat niedergelegt. **11**, 51.
12. 1879.
Mitglied des Petitionsausschusses.
14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).

Berichterstatter: Petition. **12**, 86.

Digitized by Google

Jerjančič Andreas, Dr. A. H. — Krain.
26. 1890 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter: Okkupationskredit. **35**, 466, 503.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 379.

Interpellation: Betreffend die Unterstützung der Marktgemeinde Adelsberg zum Behufe der Herstellung einer Wasserleitung. **35**, 433.

Jerz Andreas, Dr. A. H. — Vorarlberg.
1. 1868 (Ersatzmann für Görz).
An Stelle des aus dem Abgeordnetenhause ausgetretenen Ersatzmannes Seyffertitz gewählt.
2. 1869 (Ersatzmann für Salzburg).

Fiedler František, Dr. A. H. — Böhmen.
39. 1903.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 534.

Figuly v. Hlép Ignaz, Dr. A. H. — Oberösterreich.
1. 1868.
Mitglied des Budgetausschusses.
2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:

Petition. **3**, 524.
Schlußrechnung pro 1869. **4**, 196, 217.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **1**, 73, 94, 315.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **1**, 254 (Dispositionsfonds); 266 (Diplomatische Auslagen).
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 339, 343.
Heeresextraordinarium. **1**, 361, 363.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2**, 28.
„ „ „ (Spezialdebatte — Diplomatische Auslagen). **2**, 63.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **2**, 105.
„ (Spezialdebatte). **2**, 135, 137, 157, 171, 176, 182.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **3**, 64.
„ (Spezialdebatte). **3**, 94, 141, 166, 173.
Schlußrechnung und Nachtragskredite pro 1868. **3**, 340.

Figuly v. Hlép Ignaz, Dr. A. H. — Oberösterreich.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 455.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **4**, 60.
„ „ **5**, 70.
„ (Spezialdebatte). **5**, 140, 142, 148.
„ (Nachtragskredit). **5**, 198.
Petitionen, betreffend die Verbesserung der Lage der Militärpensionisten. **5**, 208.

Formaler Antrag: Zuweisung einer Petition. **3**, 12.

Fin dr Ferdinand, Freiherr, Generalmajor. H. H.
32. 1896.
33. 1897.
Mitglied des Petitionsausschusses.
34. 1898.
35. 1899.
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902.
39. 1903.

Fink Jakob. A. H. — Vorarlberg.
33. 1897.
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900.
Mitglied des Petitionsausschusses.
39. 1903.
Redner: Resolutionsanträge. **39**, 710.

Fischer Josef. A. H. — Niederösterreich.
23. 1887.
Ordner.
25. 1889 (Ersatzmann).

Fišera Wenzel. A. H. — Böhmen.
20. 1885 (Ersatzmann).

Flondor Theodor, Ritter v. A. H. — Bukowina.
39. 1903 (Ersatzmann).

Fluck v. Teidenkron Josef Bruno, Freiherr v. A. H. — Dalmatien.
10. 1877.
11. 1878 (Ersatzmann).

Redner:
Budgetprovisorium. **10**, 11.
60 Millionen-Kredit. **10**, 120.
17. 1882. H. H.
Alterspräsident.
Mitglied des Petitionsausschusses.
18. 1883 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Brinz als Delegierter einberufen.
Alterspräsident.
Verifikator.

Digitized by Google

Fluck v. **Leidenkron** Josef Bruno, Freiherr v. H. H.
19. 1884.
Alterspräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885 (Ersatzmann).
Berichterstatter: Kriegsmarine. **19**, 78.
Redner:
Ansprache als Alterspräsident. **17**, 2.
„ „ „ **18**, 2.
„ „ „ **19**, 2.

Forg Heinrich. A. H. — Tirol.
37. 1901 (Ersatzmann).

Fontana Josef Franz, Ritter v. **Valsalina.** A. H. — Tirol.
6. 1873.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Degara gewählt.

Forcher Konrad, v. A. H. — Steiermark.
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **32**, 80.

Forregger Richard, Dr. A. H. — Steiermark.
11. 1878.
Schriftführer.
12. 1879 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
26. 1890.
Redner:
Heeresgetraordinarium. **11**, 71.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 229.
Okkupationskredit. **11**, 303, 311.
Interpellation: Ausdehnung der Demobilisierung auf die als Reserveverpflegsbeamte in Bosnien in Verwendung stehenden Reservisten. **11**, 170.

Forster Emanuel, Ritter v., Dr. A. H. — Böhmen.
6. 1873.

Fort Josef, Dr. A. H. — Böhmen.
40, 1904.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **40**, 15.
„ „ „ (Spezialdebatte). **40**, 55.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **40**, 112.
Kriegsmarine. **40**, 373.
Interpellation: Betreffend die Vergebung der Dampfdynamomaschinen für die im Bau befindlichen Kriegsschiffe. **40**, 331.

Fournier August, Dr. A. H. — Böhmen.
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **30**, 38.

Francreschi Johann, de. A. H. — Istrien.
7. 1874.
8. 1875.
Delegiertenmandat niedergelegt. **8**, 9.
9. 1876.
12. 1879.
Ordner.
13. 1880 (Ersatzmann).
18. 1883 (Ersatzmann).
20. 1885 (Ersatzmann).
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).

Frankenstein Karl, Freiherr v. H. H.
26. 1890 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Krasicki als Delegierter einberufen.
27. 1891 (Ersatzmann).
29. 1893 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Catty als Delegierter einberufen.
Ordner.
30. 1894 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Kurt Zedtwitz als Delegierter einberufen.

Franz Rudolf, Dr. H. H.
35. 1899.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Fries August, Graf. A. H. — Mähren.
31. 1895.

Froschauer Sebastian, v. A. H. — Vorarlberg.
1. 1868 (für Görz).
Verifikator.
2. 1869 (für Salzburg).
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.
6. 1873 (für Vorarlberg).
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petitionen. **6**, 155.

Fuchs Viktor, Dr. A. H. — Salzburg.
14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
18. 1883 (Ersatzmann).
20. 1885 (Ersatzmann).
31. 1895. — von.
Mitglied des Petitionsausschusses.
33. 1897.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petitionen. **31**, 296; **33**, 257.

Digitized by Google

Fürstenberg Eduard, Landgraf. H. H.

13. 1880.
Schriftführer.
14—16. 1881/1882.
Schriftführer.
19. 1884.
Delegiertenmandat niedergelegt. **19**, 6.
20. 1885 (Ersatzmann).
21. 1886.
Schriftführer.
22. 1887.
23. 1887.
Schriftführer.
Delegiertenmandat niedergelegt. **23**, 8.
24. 1888.
Schriftführer.
25. 1889.
Schriftführer.
26. 1890.
Schriftführer.
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892.
Delegiertenmandat niedergelegt. **28**, 7.
30. 1894.
31. 1895.
Ordner.
32. 1896 (Ersatzmann).
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899.
Mitglied des Petitionsausschusses.
36. 1900.
Verifikator.
37. 1901.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.
Ordner.
Verifikator.
39. 1903.
Ordner.
Verifikator.

Fürstenberg Johann Egon, Landgraf. H. H.

1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
2. 1869 (Ersatzmann).
3. 1870.
Delegiertenmandat niedergelegt. **3**, 7.
4. 1871.
6. 1873.
Ordner.
7. 1874.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Ordner.

Fürstenberg Johann Egon, Landgraf. H. H.

10. 1877.
Verifikator.

Fürstenberg Max Egon, Fürst. H. H.

1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Ersatzwahl zum Delegierten gewählt.
2. 1869.
Delegiertenmandat niedergelegt. **2**, 6.

Funke Alois, Dr. A. H. — Böhmen.

35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Budgetprovisorium. **35**, 35.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 191.

Furtmüller Rudolf. A. H. — Niederösterreich.

11. 1878 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
21. 1886.
Ordner.
22. 1887.
26. 1890 (Ersatzmann).
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **21**, 14.

Fürth Josef. A. H. — Böhmen.

3. 1870.
Verifikator.
Schriftführer.
4. 1871.
6. 1873 (Ersatzmann für Istrien).
Bei der Nachwahl gewählt.
Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Konsularwesen). **3**, 285.

Fux Johann. A. H. — Mähren.

6. 1873 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).
12. 1879.
Bei der Nachwahl gewählt.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **12**, 19.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **12**, 72.

G.

Gablenz Ludwig, Freiherr v., General der Kavallerie. H. H.

1. 1868.
Bei der Nachwahl gewählt.
Mitglied des Budgetausschusses.
2. 1869.
Delegiertenmandat niedergelegt. **2**, 5.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.

Digitized by Google

Gablenz Ludwig, Freiherr v. H. H.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 333, 341, 346.
Heresextraordinarium. **1**, 369.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **3**, 54.
" " (Spezialdebatte). **3**, 183.
Kriegsmarine. **3**, 311.
Über die von ihm gestellten Anträge. **3**, 344, 346.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 481.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 78, 99, 153, 154.
" " **6**, 47.

Interpellation: Russisch-türkischer Konflikt. **3**, 8.

Anträge:

Pferdekonskription. **3**, 37.
Bestrafung wegen Säumigkeit bei Einberufungen. **3**, 87.
Versorgung freiwillig fortdienender Unteroffiziere. **3**, 87.

Formaler Antrag: Zuweisung mehrerer von ihm eingebrachter Anträge an den Budgetausschuß. **3**, 190.

Gagern Maximilian, Freiherr v. H. H.
14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Karl Schwarzenberg als Delegierter einberufen.
18. 1883 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Blome als Delegierter einberufen.
Ordner.
20. 1885 (Ersatzmann).

Gambini Pier' Antonio, Dr. A. H. — Istrien.
33. 1897.
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900.
Verifikator.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **36**, 77.

Garnhaft Karl. A. H. — Niederösterreich.
29. 1893.
Verifikator.

Gasser Vinzenz. A. H. — Tirol.
28. 1892 (Ersatzmann).

Gautsch v. **Frankenthurn** Paul, Freiherr, Dr. H. H.

Redner:

Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **39**, 5.
Nachruf anläßlich des Ablebens der Erzherzogin Klotilde Maria Raineria. **39**, 7.
Nachruf anläßlich des Ablebens des gemeinsamen Finanzministers Kállay. **39**, 7.
Erklärung, betreffend die Abfassung eines Generalregisters zu den stenographischen Protokollen der Delegation. **39**, 82.
Mitteilung, betreffend das Ableben der Gemalin des Marinekommandanten Spaun. **39**, 181.
Mitteilung, betreffend die Herstellung eines Generalregisters zu den stenographischen Protokollen der Delegation. **39**, 431.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **39**, 729
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **40**, 4.

Gessmann Albert, Dr. A. H. — Niederösterreich.
32. 1896.
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.
36. 1900.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **32**, 20.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **32**, 140.
" (Generaldebatte). **35**, 177.
Kriegsmarine. **35**, 232.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 419.
" " " (Spezialdebatte). **35**, 459.
" " " " **36**, 103, 104.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **36**, 188.

Interpellationen:

Betreffend die Einteilung der Amtsdiener beim Ministerium des Äußern in Dienstesklassen. **35**, 23;
betreffend die Standesverhältnisse der Militärbauwerkmeister. **35**, 58;
betreffend die Errichtung eines Schießplatzes in Altliebe, Bezirk Sternberg in Mähren. **35**, 213;
betreffend eine Mitteilung der „Österreichisch-ungarischen Heereszeitung" bezüglich der Präterierung, Pensionierung und ehrenrätlichen Behandlung eines Militärarztes. **35**, 369;
betreffend den österreichisch-ungarischen Offiziers- und Militärbeamtenverein. **36**, 12.

Ghon Karl. A. H. — Kärnten.
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895.

Ginzkey Wilhelm. H. H.
40. 1904 (Ersatzmann).

Giovanelli Ignaz, Freiherr v. A. H. — Tirol.
1. 1868.
2. 1869.
3. 1870.
4. 1871.
12. 1879.

Digitized by Google

Giovanelli Ignaz, Freiherr v. A. H. — Tirol.

Redner:

Kriegsmarine. **3**, 310.
Petitionen, betreffend die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes. **3**, 353.
Heeresextraordinarium. **3**, 375.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 434.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **4**, 23.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 150, 151 (formelle Abstimmungsfrage).

Giovanelli Johann, Freiherr v. A. H. — Tirol.

18. 1883. (Ersatzmann).

Giskra Karl, Dr. A. H. — Niederösterreich, von 1873 an Mähren.

1. 1868 (für Mähren).
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 5.
3. 1870 (für Niederösterreich).
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871 (für Niederösterreich).
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872 (für Niederösterreich).
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874 (für Mähren).
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876 (für Mähren).
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877 (für Mähren).
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878 (für Mähren).
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 348.

Berichterstatter:

Nuntium der ungarischen Delegation, betreffend die Entsendung einer Kommission zur Untersuchung der Bewaffnungs- und Ausrüstungsvorräte. **3**, 211.
Heeresextraordinarium. **3**, 488.
Heeresordinarium. **5**, 63, 103, 137.
Heeresextraordinarium. **5**, 183.
Nachtragskredit. **5**, 198.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **3**, 58.
„ (Spezialdebatte). **3**, 208.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 407.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 144.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **5**, 23.
Petitionen (Lieferungswesen). **7**, 164, 168, 170.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **9**, 45.
Heeresordinarium (Bedeckung). **9**, 174.
60 Millionen-Kredit. **10**, 90.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 181.

Giuliani Ernst, v. H. H.

29. 1893 (Ersatzmann).

Gleispach Karl, Graf. H. H.

1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Ersatzwahl zum Delegierten gewählt.

Glöckner Adolf. A. H. — Böhmen.

39. 1903.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 155.
Kriegsmarine. **39**, 397.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 556.
Antrag, betreffend Vergütung der Reisekosten bei Waffenübungen. **39**, 683.

Gmachl Johann. A. H. — Salzburg.

38. 1902 (Ersatzmann).

Gniewosz-Plexow Wladimir, Ritter v. A. H. — Galizien.

28. 1892 (Ersatzmann).
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896 (Ersatzmann).
33. 1897.
Ordner.
36. 1900 (Ersatzmann).

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 40.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **33**, 98.
Petition, betreffend das Lieferungswesen. **33**, 257.
Formaler Antrag: Wahl des Petitionsausschusses. **33**, 6.

Gödel-Lannoy Hermann, Dr., Freiherr v. A. H. — Triest.

15. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des aus dem Abgeordnetenhause ausgetretenen Nabl als Ersatzmann gewählt.

Gögl Johann. H. H.

11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Thurn als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880.
Mitglied des Petitionsausschusses.
18. 1883 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Karl Kuefstein als Delegierter einberufen.
19. 1884.
Verifikator.
20. 1885.
Mitglied des Petitionsausschusses.
23. 1887.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Joh. Sigm. Herberstein als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt. **25**, 8.

Digitized by Google

Greß Anton, Graf. H. H.
25. 1889.
Schriftführer.
26. 1890.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

Gorß Johann Anton, Graf. H. H.
1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 243.
11. 1878.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Joh. Karl Khevenhüller gewählt.
12. 1879.
Verifikator.
17. 1882 (Ersatzmann).
Mandat niedergelegt. **17**, 5.

Göß Josef. A. H. — Kärnten.
9. 1876 (Ersatzmann).

Göß Leopold, Dr. A. H. — Mähren.
28. 1892 (Ersatzmann).
29. 1893 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899.
Ordner.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 74.

Goldegg Hugo, Ritter v. A. H. — Tirol.
8. 1875 (Ersatzmann).

Gołejewski Anton, Graf. A. H. — Galizien.
2. 1869.

Goluchowski Agenor, Graf. H. H.
4. 1871.

Gompert Julius. A. H. — Mähren.
6. 1873. (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
14.—16. 1881/1882. — Ritter v.
29. 1893. H. H.
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896.
33. 1897.
Mitglied des Petitionsausschusses.
34. 1898.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **29**, 103.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 30. **34**, 17.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **34**, 203.

Gondola-Gherlaldi Franz, Freiherr. H. H.
19. 1884 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Otto Traun als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt. **19**, 6.

Gorayski von und zu **Goray** August, Ritter v. H. H.
32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.
Verifikator.
33. 1897.
Verifikator.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
35. 1899.
Verifikator.
36. 1900.
37. 1901.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 25.

Grabmayr Karl, v., Dr. A. H. — Tirol.
34. 1898.

Graf Friedrich, Dr. A. H. — Tirol.
10. 1877.

Graf Lubert, Dr. A. H. — Böhmen.
5. 1872 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Huscher als Delegierter einberufen.

Grafinger Franz, A. H. — Oberösterreich.
40. 1904 (Ersatzmann).

Granitsch Georg, Dr. A. H. — Niederösterreich.
13. 1880.

Grebner Eduard, v., Dr. A. H. — Tirol.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter: Oberster Rechnungshof. **7**, 19, 157 (Differenzen).

Gregorčič Anton, Dr. A. H. — Görz.
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896.
Verifikator.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **28.** 35.

Grégr Edvard, Dr. A. H. — Böhmen.
20. 1885.
21. 1886.
22. 1887.
35. 1899.

Digitized by Google

Grégr Edvard, Dr. A. H. — Böhmen.

36. 1900.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Budgetprovisorium. **35**, 24.

Grek Michael, Dr. A. H. — Galizien.

39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Greuter Josef, A. H. — Tirol.

1. 1868.
Für die Zeit seiner Erkrankung wird der Ersatzmann Jäger einberufen. **1**, 5, 26.
3. 1870.
4. 1871.
Delegiertenmandat niedergelegt. **4**, 12.
5. 1872.
10. 1877.
13. 1880.
14—16. 1881/1882.
17. 1882.
19. 1884.
20. 1885.

Redner:

Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **1**, 28 (Dispositionsfonds), **40**, 263, 273 (Diplomatische Auslagen).
Heeresordinarium (Generaldebatte). **3**, 73.
„ (Spezialdebatte). **3**, 99.
Heeresextraordinarium. **3**, 391.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **3**, 222.
„ „ „ (Spezialdebatte — Diplomatische Auslagen). **3**, 270.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 446, 449.
Kriegsmarine. **5**, 46.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **5**, 72, 95.
„ (Spezialdebatte). **5**, 140, 150.
60 Millionen-Kredit. **10**, 140, 171.
Heeresextraordinarium. **17**, 76.
Heeresordinarium (Spezialdebatte [Duellwesen]). **19**, 15, 22.

Grigorcia Nikolaus, Ritter v., Dr. A. H. — Bukowina.

18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884.
Schriftführer.
20. 1885.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Grocholski Kasimir, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.

1. 1868.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Peter Groß gewählt.
Mitglied des Budgetausschusses.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.

Grocholski Kasimir, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.

6. 1873.
Delegiertenmandat verloren. **6**, 10.
7. 1874.
8. 1875.
9. 1876.
10. 1877.
11. 1878.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Delegiertenmandat niedergelegt. **19**, 6.

Berichterstatter:

Finanzministerium und Zollgefälle. **3**, 22, 526 (Differenzen).
Finanzministerium. **5**, 36.
Okkupationskredit. **13**, 68, 79, 218 (Differenzen).
Okkupationskredit. **14**, 81, 83 und Differenzen hierüber. **14**, 209.
Okkupationskredit. **17**, 120, 125, 127 und Differenzen hierüber. **17**, 133, 177.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 327.
„ (Minoritätsberichterstatter). **3**, 54.
„ (Spezialdebatte). **3**, 101.
Heeresextraordinarium. **3**, 372, 384, 385, 386, 390, 497, 506.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **3**, 261, 263.
Kriegsmarine. **3**, 310.
Schlußrechnung und Nachtragskredite pro 1868. **3**, 338.
Heeresextraordinarium (Minoritätsberichterstatter). **3**, 377.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 420, 426, 447, 451, 457, 461, 483.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 150, 174.
Petition (Kavallerickaserne in Wels). **7**, 141.
Oberster Rechnungshof (Differenzen). **7**, 157.
Heeresordinarium (Resolutionen). **7**, 204, 206.
„ (Generaldebatte). **9**, 99.
Budgetprovisorium. **10**, 9.
60 Millionen-Kredit. **10**, 115.
Okkupationskredit. **11**, 304, 385, 387, 388.
Heeresextraordinarium (Differenzen). **12**, 196.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **13**, 29.
Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 8 Millionen Gulden. **15**, 25.

Interpellation: Separatvertrag zwischen Rußland und der Türkei und Einreihung russischer Offiziere und Soldaten in die bulgarische Miliz. **11**, 12.

Digitized by Google

Grocholski Kasimir, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.
Formale Anträge:
Mündliche Berichterstattung über eine in Aussicht stehende Regierungsvorlage. **12**, 9.
Vornahme der dritten Lesung eines Gesetzes. **16**, 43.

Groß Franz, Dr. A. H. — Oberösterreich.
1. 1868.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Schaup zum Delegierten gewählt.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Heeresordinarium. **7**, 85, 185 (Differenzen).
„ (Spezialdebatte — Spezialberichterstatter). **10**, 302.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Diplomatische Auslagen). **1**, 37, 44, 46, 261, 273.
Finanzministerium (Pensionen). **1**, 63.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **1**, 87.
„ (Spezialdebatte) **1**, 126.
Kriegsmarine (Spezialdebatte). **1**, 146.
Heeresextraordinarium (Generaldebatte). **1**, 155, 162.
„ (Spezialdebatte). **1**, 184.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 221.
Kriegsministerium (Resolutionen — Einquartierungsgesetz). **7**, 137.
Heeresextraordinarium. **8**, 137.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **9**, 101.
Formaler Antrag: Namentliche Abstimmung beim Budget des Kriegsministeriums (Bedeckung). **9**, 177.

Groß Gustav, Dr. A. H. — Mähren.
33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.
Redner:
Erklärung bezüglich Teilnahme an den Delegationsverhandlungen. **33**, 3.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 21, 44.
Zollgefälle. **33**, 365.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **38**, 40.
Heeresextraordinarium. **38**, 358.

Groß Gustav, Dr. A. H. — Mähren.
Interpellationen:
Betreffend die Bestimmungen über die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienste. **38**, 143;
betreffend die Verhältnisse der Militärkonservenfabrik in Bruck an der Leitha. **38**, 144.

Groß Gustav Robert, Dr. A. H. — Böhmen.
1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 244.
2. 1869.
Redner: Kriegsmarine (Spezialdebatte). **1**, 148.

Groß Peter. A. H. — Galizien.
1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 244.

Grünne Karl, Graf. H. H.
18. 1883.

Gschnitzer Matthias, A. H. — Salzburg.
2. 1869 (Ersatzmann für Görz).
3. 1870 (für Salzburg).
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **3**, 291.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **3**, 64.
„ (Spezialdebatte). **3**, 205.

Gudenau-Mirbach Ernst, Freiherr v. A. H. — Mähren.
13. 1880.
Mitglied des Petitionsausschusses.
14—16. 1881/1882.
Mitglied des Petitionsausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter: Oberster Rechnungshof. **17**, 80.

Gudenus Heinrich, Freiherr v. H. H.
27. 1891.
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Kurt Zedtwitz gewählt.
30. 1894.
Mitglied des Petitionsausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
32. 1896 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Lamberg zum Delegierten gewählt.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Gudenus Leopold, Freiherr v. A. H. — Niederösterreich.
24. 1888.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

Guetti Lorenzo, Don. A. H. — Tirol.
33. 1897.

Digitized by Google

H.

Haase Johann. A. H. — Mähren.
27. 1891 (Ersatzmann).

Haase Theodor, Dr. A. H. — Schlesien.
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 71.

Haber v. Linsberg Louis, Freiherr v. H. H.
6. 1873 (Ersatzmann).

Habermann Josef, Dr. A. H. — Böhmen.
31. 1895.

Habicher Franz, A. H. — Mähren.
30. 1894 (Ersatzmann).

Habietinek Karl, Dr. H. H.
12. 1879.
Verifikator.
14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
Mandat niedergelegt. **17**, 5.
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Viktor Widmann-Sedlnitzky als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt. **19**, 6.

Hackelberg-Landau Rudolf Anton, Freiherr v. H. H.
7. 1874.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
10. 1877 (Ersatzmann).
11. 1878.

Haerdtl Karl, Freiherr v. H. H.
3. 1870 (Ersatzmann).
4. 1871.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877 (Ersatzmann).
Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 149.

Haider Josef. A. H. — Salzburg.
39. 1903 (Ersatzmann).

Häfek Max. A. H. — Böhmen.
25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).

Hallwich Hermann, Dr. A. H. — Böhmen.
13. 1880.
Mitglied des Petitionsausschusses.
28. 1892.

Halter Josef, Dr. A. H. — Salzburg.
3. 1870 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Gschnitzer als Delegierter einberufen.
4. 1871 (Ersatzmann).
Redner: Petitionen, betreffend die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes. **3**, 358.

Hammer-Purgstall Karl, Freiherr v. A. H. — Steiermark.
10. 1877 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Kellersperg zum Delegierten gewählt.

Handel Heinrich, Freiherr v., Feldzeugmeister. H. H.
2. 1869.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **2**, 113.
„ (Spezialdebatte). **2**, 137, 161, 191, 197, 238.
Heeresextraordinarium. **2**, 273, 276, 283, 286.

Hanisch Friedrich. A. H. — Steiermark.
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903.
Delegiertenmandat niedergelegt. **39**, 10.

Hanisch Julius, Dr. A. H. — Böhmen.
7. 1874.
Redner:
Kriegsmarine. **7**, 32.
Schlußrechnung pro 1871 und Gebarungsrechnung pro 1872. **7**, 50.
Petitionen (Lieferungswesen). **7**, 172.

Hardegg Dominik, Graf. H. H.
40. 1904.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **40**, 92.

Hardegg Franz, Graf. H. H.
40. 1904 (Ersatzmann).

Hardegg Julius, Graf. H. H.
3. 1870 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt.
Schriftführer.
5. 1872 (Ersatzmann).

Harrach Johann, Graf. H. H.
20. 1885.
Ordner.
21. 1886 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Harrach Johann, Graf. H. H.

22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Johann Siegmund Herberstein als Delegierter einberufen. **25**, 53.
26. 1890.
27. 1891.

Hartel Wilhelm, Ritter v., Dr. H. H.

28. 1892.
Schriftführer.
29. 1893.
Schriftführer.
30. 1894.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:
Petition, betreffend die Studentenverbindungen angehörenden Reserveoffiziere. **29**, 256.
Okkupationskredit. **30**, 84.

Hartig Edmund, Graf v. H. H.

4. 1871.
Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **4**, 21.

Hartung Ernst, Feldzeugmeister. H. H.

5. 1872.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 83. 147, 155.
Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **5**, 186.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **6**, 54.
Kriegsmarine. **7**, 43.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **7**, 88, 90.
Petitionen (Lieferungswesen). **7**, 171.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 44, 52, 91.
Finanzministerium. **9**, 10.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **9**, 149.
Kriegsmarine. **10**, 268.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **10**, 294.

Haschek Adolf, A. H. — Böhmen.

9. 1876 (Ersatzmann).

Haslmayr zu Grassegg Vinzenz, Ritter. H. H.

27. 1891 (Ersatzmann).

Hasner Leopold, Ritter v. H. H.

4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.

Haßlwanter Anton, Dr. H. H.

33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1900 (Ersatzmann).

Hauris Alois. A. H. — Tirol.

38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Haugwitz Heinrich Wilhelm, Graf. H. H.

26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
Mandat niedergelegt. **28**, 7.
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896.
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Richelburg gewählt, Mandat jedoch niedergelegt. **32**, 10.

Hauslab Franz, Ritter v., Feldzeugmeister. H. H.

1. 1868 (Ersatzmann).
Mandat niedergelegt. **1**, 243.

Hausner Otto. A. H. — Galizien.

17. 1882.
18. 1883.
Mitglied des Petitionsausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner: Okkupationskredit. **17**, 124.

Digitized by Google

Hauswirth Ernst, Abt. II. H.

20. 1885.
Mitglied des Petitionsausschusses.
21. 1886.
Vizepräsident.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Petitionsausschusses.
24. 1888.
Vizepräsident.
Mitglied des Petitionsausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Petitionsausschusses.
26. 1890.
Vizepräsident.
Mitglied des Petitionsausschusses.
28. 1892.
Alterspräsident.
Vizepräsident.
29. 1893.
Mitglied des Petitionsausschusses.
30. 1894.
Alterspräsident.
Vizepräsident.
31. 1895.
Alterspräsident.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Redner:

Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **21**, 3.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **23**, 12, 16.
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **24**, 3.
„ „ Alterspräsident „ „ „ „ **28**, 2.
„ „ Vizepräsident „ „ „ „ **28**, 3.
„ „ Alterspräsident „ „ „ „ **30**, 2.
„ „ Vizepräsident „ „ „ „ **30**, 3.
„ „ Alterspräsident „ „ „ „ **31**, 2.
Formaler Antrag: Abgekürzte Behandlung einer Petition. **20**, 171.

Hayden Eduard, Ritter v. A. H. — Oberösterreich.

17. 1882 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
20. 1885.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887.
Mitglied des Petitionsausschusses.
25. 1888. — Freiherr v.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petition. **23**, 38.

Hayden von und zu **Dorff** Siegmund Christoph, Freiherr v. A. H. — Oberösterreich.

33. 1897.
Verifikator.
34. 1898.
Verifikator.

Heeger Viktor. A. H. — Schlesien.

36. 1900 (Ersatzmann).

Heilsberg Josef Alfred, Dr. A. H. — Steiermark.

13. 1880 (Ersatzmann).
14—16. 1881/1882.
Mitglied des Petitionsausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter: Petitionen. **14**, 210.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **14**, 33, 34.
Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 8 Millionen Gulden. **15**, 24.
Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 23,733.000 fl. **16**, 7, 12.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **20**, 28.
Petition bezüglich Lieferung von Naturalien für das Heer. **20**, 85.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **25**, 65.
Petition, betreffend die Heranbildung von Militärmusikern. **25**, 138.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **27**, 44.
„ „ (Spezialdebatte). **27**, 56.
Kriegsmarine. **27**, 137.

Heimrich Johann Nepomuk. A. H. — Mähren.

38. 1902 (Ersatzmann).

Hein Franz, Ritter v., Dr. H. H.

2. 1869.
Delegiertenmandat niedergelegt. **2**, 9.
7. 1874 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Camillo Starhemberg als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt. **7**, 31.
12. 1879.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Heinzel Tibor, Dr. A. H. — Mähren.

31. 1895 (Ersatzmann).

Helferstorfer Othmar, Abt. A. H. — Niederösterreich.

2. 1869.
10. 1877. H. H.
Mitglied des Petitionsausschusses.
11. 1878.
Alterspräsident und Vizepräsident.
12. 1879 (Ersatzmann).
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2**, 31.
„ „ „ (Spezialdebatte — Diplomatische Anlagen). **2**, 61.

Digitized by Google

Helferstorfer Othmar, Abt. H. H.

Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **11**, 2.
„ „ Vizepräsident „ „ „ „ **11**, 3.

Formaler Antrag: Sofortige Verhandlung über eine Petition. **10**, 201.

Helfert Josef, Freiherr v. H. H.

23. 1887.
24. 1888.
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Buquoy zum Delegierten gewählt.
Ordner.
25. 1889.
Ordner.
26. 1890.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
27. 1891.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
28. 1892.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Petitionsausschusses.
30. 1894.
31. 1895.
Mitglied des Petitionsausschusses.
33. 1897.
Alterspräsident.
34. 1898.
Alterspräsident.
35. 1899.
Alterspräsident.
36. 1900.
Alterspräsident.
37. 1901.
Alterspräsident.
38. 1902.
Alterspräsident.

Berichterstatter: Petitionen. **26**, 138; **27**, 67; **28**, 239; **29**, 242.

Redner:

Erklärung bezüglich Änderung der Geschäftsordnung. **30**, 5.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **33**, 3.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **34**, 3.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **35**, 3.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **36**, 3.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **37**, 3.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **38**, 3.

Helfert Josef, Freiherr v. H. H.

Formale Anträge:
Wahl eines Budget- und Petitionsausschusses. **30**, 5.
Umgangnahme von der Drucklegung des Petitionenberichtes. **31**, 93.

Henzel Severin, v. A. H. — Galizien.
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894.
Ordner.

Herberstein Johann Heinrich, Graf. H. H.
1. 1868.
Bei der Nachwahl gewählt.

Herberstein Johann Siegmund, Graf. H. H.
17. 1882.
Delegiertenmandat niedergelegt. **17**, 5.
19. 1884.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Schriftführer.
23. 1887.
Delegiertenmandat niedergelegt. **23**, 8.
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889.
Delegiertenmandat niedergelegt. **25**, 6.

Herbst Edvard, Dr. A. H. — Böhmen.
1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 5.
3. 1870.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 348.

Berichterstatter:
Nachtragskredit zur Deckung der Kosten des im Jahre 1870 abgeschlossenen Vorschußgeschäftes. **4**, 194.
Okkupationskredit. **11**, 293.

Digitized by Google

Herbst Eduard, Dr. A. H. — Böhmen.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 142, 186, 189, 203.
Heeresextraordinarium. **3**, 372, 374.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **3**, 228.
Schlußrechnung und Nachtragskredite pro 1868. **3**, 337, 341.
Petitionen, betreffend die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes. **3**, 359.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 432, 435, 480.
Schuld an die Nationalbank. **3**, 541.
Differenz zwischen beiden Delegationen, betreffend die Aufnahme der Worte „für die gemeinsame Armee". **3**, 576.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **4**, 23.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 76 (formelle Abstimmungsfragen), 82, 85.
Heeresextraordinarium. **4**, 161, 162, 172, 173.
Kriegsmarine. **5**, 47, 51, 57.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 85, 131, 141, 153, 173, 177.
Kriegsministerium (Nachtragskredit). **5**, 199.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **6**, 49.
Kriegsmarine. **6**, 109.
Finanzministerium. **7**, 15.
Kriegsmarine. **7**, 39.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **7**, 89, 96, 97.
Heeresextraordinarium. **7**, 132, 133.
Petitionen (Lieferungswesen). **7**, 168, 175.
Kriegsministerium (Resolutionen). **7**, 205, 209.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **8**, 39.
„ (Spezialdebatte). **8**, 54.
Heeresextraordinarium. **8**, 126.
Beantragt als Obmann des Budgetausschusses eine Änderung der Bireumentbestimmungen beim Budget des Kriegsministeriums. **8**, 94.
Kriegsmarine. **8**, 101.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **9**, 48.
„ „ „ (Nachtragskredit). **9**, 54, 56.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **9**, 148, 152.
„ (Bedeckung). **9**, 166, 177.
Heeresextraordinarium. **9**, 186.
Schlußrechnung pro 1874 (Differenzen). **9**, 218.
60 Millionen-Kredit. **10**, 146.
Nachtragskredite für das Ministerium des Äußern und Kriegsministerium pro 1877. **10**, 187.
Kriegsmarine. **10**, 273.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **10**, 365.
Kriegsmarine. **11**, 28, 33, 37.
Ministerium des Äußern. **11**, 255.
Heeresordinarium (Differenzen). **11**, 318.

Formale Anträge:

Anberaumung der nächsten Sitzung. **5**, 6.
Zuweisung des Budgets an einen zu wählenden Budgetausschuß. **5**, 9.
Tagesordnung. **6**, 42.
Abhaltung einer gemeinschaftlichen Sitzung. **6**, 168.
Zuweisung des Budgets an einen zu wählenden Budgetausschuß. **7**, 5.
Zuweisung des Budgets an einen zu wählenden Budgetausschuß und Wahl eines Petitionsausschusses. **9**, 4.

Herbst Eduard, Dr. A. H. — Böhmen.

Zuweisung des Budgets an einen zu wählenden Budgetausschuß. **11**, 4.
Unterbrechung der Sitzung. **11**, 209.
Interpellation: Kompetenz der Ehrengerichte über Offiziere des Ruhestandes und außer Dienst. **3**, 555.

Herold Josef, Dr. A. H. — Böhmen.

27. 1891.
Delegiertenmandat niedergelegt. **27**, 4.
28. 1892.
29. 1893.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
33. 1897.
35. 1899.
Delegiertenmandat niedergelegt. **35**, 7.
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.

Redner:

Protest der jungtschechischen Delegierten gegen ihre Nichtberücksichtigung bei der Wahl in den Budgetausschuß. **29**, 8, 9.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **29**, 46.
Okkupationskredit. **29**, 192, 208.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **31**, 38.
„ „ „ „ **33**, 25.
Zollgefälle. **33**, 374.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 38.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **38**, 31.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **38**, 295.

Formaler Antrag: Unterbrechung der Sitzung. **29**, 32.

Hermansky Richard. A. H. — Schlesien.

37. 1901.
Ordner.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 77.

Hevera Vinzenz. A. H. — Böhmen.

20. 1885 (Ersatzmann).

Hinterhuber Hermann. A. H. — Kärnten.

35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Lemisch zum Delegierten gewählt.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **36**, 191.

Hippoliti Alois, Freiherr v. A. H. — Tirol.

12. 1879.
Mitglied des Petitionsausschusses.
13. 1880.
Schriftführer.
Verifikator.

Digitized by Google

Hippoliti Alois, Freiherr v. A. H. — Tirol.
14. 1881.
Schriftführer.
14.—16. 1881/1882.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Zollgefälle. **18**, 10, 66.
„ **19**, 12.

Hirsch Gustav, Dr. A. H. — Schlesien.
32. 1896 (Ersatzmann).

Hlávka Josef. A. H. — Böhmen.
19. 1884.
20. 1885.
21. 1886.
Mitglied des Petitionsausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Petitionsausschusses.
28. 1892 (Ersatzmann). H. H.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Eduard Fürstenberg als Delegierter einberufen.
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).

Hochenburger Viktor, Ritter v., Dr. A. H. — Steiermark.
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 40.
Nachtragskredit von 301 Millionen Gulden zum Heereserfordernium. **34**, 360.
Interpellationen:
Betreffend das Verhältnis zwischen der Garnison in Graz und der dortigen Bevölkerung. **34**, 52;
betreffend die Qualität des Militärbrotes. **34**, 240.

Hock Gustav. A. H. — Kärnten.
25. 1889.
Ordner.

Hock Karl, Freiherr v. H. H.
1. 1868.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Finanzministerium, Rechnungskontrolle, Reserve, Zollgefälle. **1**, 58.
Finanzministerium, Zollgefälle. **1**, 277.

Hock Karl, Freiherr v. H. H.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **1**, 30, 254 (Dispositionsfonds); **1**, 51 (Lloyd).
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 120, 131, 132, 332, 340.
Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **1**, 168, 187.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 212, 229.
Kriegsmarine. **1**, 299.
Formaler Antrag: Zuweisung von Regierungsvorlagen an den zu wählenden Budgetausschuß. **1**, 24.

Hoefler Konstantin, Ritter v. H. H.
13. 1880.
Delegiertenmandat niedergelegt. **13**, 6.
17. 1882.
Delegiertenmandat niedergelegt. **17**, 5.

Hölzl Alois. A. H. — Salzburg.
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).

Hofer Hans. A. H. — Niederösterreich.
37. 1901 (Ersatzmann).

Hofmann Franz. A. H. — Schlesien.
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899.
Mitglied des Petitionsausschusses.
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 411.
Heeresextraordinarium. **40**, 278.

Hofmann Leopold, Freiherr v. H. H.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14—16. 1881/1882.
17. 1882 (Ersatzmann).
Mandat niedergelegt. **17**, 5.
18. 1883 (Ersatzmann).
Redner: Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **13**, 234.

Hofmann Vinzenz. A. H. — Böhmen.
32. 1896 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).

Hofmann v. Wellenhof Paul, Dr. A. H. — Steiermark.
28. 1892.
Schriftführer.
33. 1897.

Digitized by Google

Hofmann v. Wellenhof Paul, Dr. A. H. — Steiermark.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **28**, 74.
Erklärung bezüglich Teilnahme an den Delegationsverhandlungen. **33**, 3.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **33**, 65.
Okkupationskredit. **33**, 193.
Zollgefälle. **33**, 375.

Interpellation: Betreffend die gegen Reserveoffiziere in Graz, welche sich an einer politischen Kundgebung beteiligten, eingeleiteten Schritte. **33**, 382.

Hohenlohe-Schillingsfürst Konstantin, Fürst, General der Kavallerie. H. H.

1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 243.

Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst Egon, Prinz. A. H. — Görz.

21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).
32. 1896 (Ersatzmann).

Hohenwart Karl, Graf. A. H. — Krain.

12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14—16. 1881/1882.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Delegiertenmandat niedergelegt. **17**, 5.
18. 1883.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:

Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **14**, 3.
„ „ „ „ „ „ „ „ **18**, 3.
Petitionen bezüglich Beschaffung der Naturalienerfordernisse für das Heer. **19**, 124.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **20**, 207.

Formale Anträge:

Wahl eines Budget- und Petitionsausschusses. **19**, 3.
„ „ „ „ „ **20**, 4.
„ „ „ „ „ **25**, 3.

Hampersch Ferdinand, Graf. A. H. — Galizien.

30. 1894.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petitionen. **30**, 302.

Hopfen Franz, Ritter v. A. H. — Mähren.

1. 1868 (Ersatzmann).
2. 1869.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
Vorsitzender bei einer gemeinschaftlichen Sitzung der beiden Delegationen. **2**, 364.
3. 1870.
Präsident.
5. 1872.
Präsident.

Redner:

Ansprache bei der Wahl zum Vizepräsidenten. **2**, 3.
„ als Vorsitzender beim Schlusse der Session. **2**, 373.
„ bei der Wahl zum Präsidenten. **3**, 2.
„ anläßlich des Todes des Präsidenten der ungarischen Akademie der Wissenschaften. **3**, 511.
Ansprache beim Schlusse der Session. **3**, 581.
„ bei der Wahl zum Präsidenten. **5**, 2.
„ anläßlich des Namensfestes des Kaisers. **5**, 13.
„ beim Schlusse der Session. **5**, 272.

Hoyden Apollinar, Ritter v. A. H. — Galizien.

6. 1873 (Ersatzmann).
Mandat verloren. **6**, 10.

Hormuzaki Eudoxius, Ritter v. A. H. — Bukowina.

1. 1868.

Redner:

Finanzministerium. **1**, 279, 281.
Heeresextraordinarium. **1**, 358, 362, 367.
Nuntien. **1**, 376.

Hormuzaki Georg, v. A. H. — Bukowina.

12. 1879.

Horodyski Thomas, Ritter v. A. H. — Galizien.

2. 1869 (Ersatzmann).
Mandat als Abgeordneter niedergelegt. **2**, 9.
3. 1870.
4. 1871.
5. 1872.
6. 1873.
Delegiertenmandat verloren. **6**, 10.

Hortis Attilio, Dr. A. H. — Triest.

33. 1897 (Ersatzmann).
38. 1902 (Ersatzmann).

Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf. H. H.

1. 1868.
Bei der Nachwahl gewählt.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf. H. H.
2. 1869.
Mitglied des Petitionsausschusses.
4. 1871 (Ersatzmann).
5. 1872.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Schriftführer.
7. 1874.
Verifikator.
8. 1875.
Verifikator.
9. 1876 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Crenneville als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt. **9**, 7.
10. 1877 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Jablonowski als Delegierter einberufen.
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
20. 1885 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).

Huber Franz. A. H. — Niederösterreich.
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Hubicki Karl, Ritter v. A. H. — Galizien.
1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
2. 1869.

Huebner Anton. A. H. — Salzburg.
37. 1901 (Ersatzmann).
40. 1904.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **40**, 103.

Hübner Alexander, Freiherr v. H. H.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Delegiertenmandat niedergelegt. **18**, 7.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.

Hübner Alexander, Freiherr v. H. H.
Berichterstatter:
Ministerium des Äußern. **17**, 72, 74, 119.
„ „ „ **19**, 12.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **12**, 24.
„ „ „ „ **13**, 11.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **13**, 55.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **14**, 11.
Heeresextraordinarium. **14**, 41.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **19**, 157.

Hübner Viktor. A. H. — Mähren.
25. 1889 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).

Hufner Georg. A. H. — Böhmen.
3. 1870.
Mitglied des Petitionsausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Petitionsausschusses.
5. 1872.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **5**, 14.

Huyn Johann, Graf, Feldzeugmeister. H. H.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.

Hye Anton, Dr., Freiherr v. H. H.
3. 1870 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).
12. 1879 (Ersatzmann).

J.

Jablonowski Karl, Fürst. H. H.
1. 1868.
Mitglied des Budgetausschusses.
2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
3. 1870.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.

Digitized by Google

Jablonowski Karl, Fürst. H. H.

5. 1872.

6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.

8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.

11. 1878.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 7.

Redner:

Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Diplomatische Auslagen). **1**, 36.
Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **1**, 169, 174.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 204, 220, 223.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 344.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **2**, 63 (Diplomatische Auslagen); 84 (Lloyd).
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 260.
Heeresextraordinarium. **2**, 276.
Kriegsministerium (Nachtragskredit). **2**, 318.
Ansprache bei der Wahl zum Vizepräsidenten. **3**, 2.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **3**, 63.
Heeresextraordinarium. **3**, 379.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **3**, 264.
Kredite für einmalige Auslagen zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 481.
Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **4**, 164, 170.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 155.

Formaler Antrag: Mündliche Berichterstattung des Budgetausschusses über die Nuntien. **3**, 293.

Jäger Albert, Dr. A. H. — Tirol.

1. 1868 (Ersatzmann).
Für die Zeit der Erkrankung des Delegierten Greuter als Delegierter einberufen.

2. 1869 (Ersatzmann).

Jagić Bratoslav. H. H.

32. 1896 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Ceschi zum Delegierten gewählt.

33. 1897.

34. 1898.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Redner:

Okkupationskredit. **32**, 156.
Kriegsmarine. **34**, 229.

Jahn Egyd. A. H. — Böhmen.

26. 1890.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

Janda Hermann. A. H. — Böhmen.

32. 1896.

33. 1897.

Janda Hermann. A. H. — Böhmen.

34. 1898.
Schriftführer.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petition. **34**, 373.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **32**, 53.
„ (Spezialdebatte). **32**, 140.

Interpellation: Betreffend die ungerechtfertigte Assentierung des Anton Pahl zur Ersatzreserve. **32**, 169.

Janowski Ambros, Dr. A. H. — Galizien.

6. 1873.
Bei der Nachwahl gewählt.

Jaques Heinrich, Dr. A. H. — Niederösterreich.

21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.

22. 1887.

Jasiński Josef, Ritter v. A. H. — Galizien.

20. 1885 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Smolka als Delegierter einberufen.

21. 1886 (Ersatzmann).

22. 1887 (Ersatzmann).

Jaworski Apollinar, Ritter v. A. H. — Galizien.

5. 1872.

6. 1873.
Delegiertenmandat verloren. **6**, 10.

7. 1874 (Ersatzmann).

8. 1875 (Ersatzmann).

9. 1876 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Czerkawski als Delegierter einberufen.

10. 1877.

11. 1878.

12. 1879.

13. 1880.

14.—16. 1881/1883.

17. 1882.

18. 1883.
Verifikator.

19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.

20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.

21. 1886.

22. 1887.

23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.

24. 1888.

Digitized by Google

Jaworski Apollinar, Ritter v. A. H. — Galizien.

25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.

26. 1890.

27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.

28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.

29. 1893.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.

33. 1897.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.

34. 1898.
Präsident.

35. 1899.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.

36. 1900.
Präsident.

37. 1901.
Vizepräsident.

38. 1902.

39. 1903.
Alterspräsident.
Vizepräsident.

40. 1904.
Alterspräsident.
Präsident.

Berichterstatter: Heeresextraordinarium. **27**, 129, 188.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **20**, 11, 16.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **27**, 190.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **28**, 28.
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **29**, 2.
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **33**, 5.
Zollgefälle. **33**, 367.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **34**, 4.
Nachruf anläßlich des Ablebens des Erzherzogs Leopold. **34**, 185.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **34**, 384.
„ „ Vizepräsident beim Beginne der Session. **35**, 4.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **36**, 3.
„ „ „ „ Schlusse „ „ **36**, 387.
Nachruf für den verstorbenen Delegierten Dumba. **36**, 7.
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **37**, 4.
Heeresextraordinarium. **38**, 375.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **39**, 5.
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **39**, 6.

Jaworski Apollinar, Ritter v. A. H. — Galizien.

Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **40**, 3.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **40**, 3.
„ „ „ „ Schlusse „ „ **40**, 546.
Formale Anträge:
Wahl des Budget-, Petitions- und Verifikationsausschusses. **27**, 3.
Wahl des Budget- und Petitionsausschusses. **38**, 11.
Interpellation: Betreffend die Disziplinarbehandlung des Militärbeamten Robert Stiller. **39**, 27.

Jax Gottfried. A. H. — Niederösterreich.

33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).

Jędrzejowicz Adam, Ritter v. A. H. — Galizien.

28. 1892.
Verifikator.
31. 1895.
Ordner.
32. 1896.
Mitglied des Petitionsausschusses.
33. 1897.
Mitglied des Petitionsausschusses.
35. 1899.

Jesserniga Gabriel. A. H. — Kärnten.

1. 1868 (Ersatzmann).
2. 1869 (Ersatzmann).
3. 1870 (Ersatzmann).
4. 1871.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.
5. 1872 (Ersatzmann für Salzburg).
6. 1873.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Valerius Ritter zum Delegierten gewählt.
10. 1877 (Ersatzmann).
Berichterstatter: Petitionen. **4**, 241.

Jirčrk Josef. A. H. — Böhmen.

19. 1884.
Mitglied des Petitionsausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petitionen. **19**, 125.

Jordan Andreas. A. H. — Görz.

23. 1887 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).
27. 1891.
30. 1894 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Alfred Coronini als Delegierter einberufen.
31. 1895.

Digitized by Google

Iro Karl. A. H. — Böhmen.
37. 1901.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 94.
Okkupationskredit. **37**, 461.

Interpellationen:

Betreffend die Vermittlung zwischen England und den südafrikanischen Freistaaten. **37**, 8;
betreffend den Bruch der Neutralität der österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber den Buren. **37**, 9;
betreffend die Zurückziehung der bosnisch-hercegovinischen Truppen aus den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und Einverleibung Bosniens und der Hercegovina in Ungarn. **37**, 10;
betreffend die Einberufung von Reservisten zu Waffenübungen in die nächstgelegene Garnison ihrer Truppengattung. **37**, 11;
betreffend die Heranziehung eines absolvierten Oberrealschülers zur dreijährigen aktiven Dienstleistung. **37**, 12;
betreffend die Verlegung der Waffenübung in die Zeit nach der Ernte und Beurlaubung von Bauernsöhnen und landwirtschaftlichen Arbeitern zur Erntezeit. **37**, 12;
betreffend die Besetzung von Bezirksfeldwebelstellen bei den deutschen Bezirkshauptmannschaften. **37**, 15;
betreffend die Stellung der Marineingenieure. **37**, 108;
betreffend die Reorganisation der Truppenbüchsenmacherbranche. **37**, 110;
betreffend die direkte Lieferung landwirtschaftlicher Produkte an die Heeresverwaltung. **37**, 111;
betreffend die Adjustierung und das Bedienungspauschale der Marinekommissäre. **37**, 112;
betreffend Soldatenmißhandlungen. **37**, 244;
betreffend die Handelsbeziehungen zu Persien. **37**, 245;
betreffend größere Berücksichtigung des Kleingewerbes bei Lieferungen. **37**, 247;
betreffend die Einberufung der Technik studierenden Reserveadetten und Reserveoffiziere zur Waffenübung zur Zeit der Prüfungen. **37**, 460;

Anträge:

Verleihung des Eintrittsrechtes in die Kadettenschulen an die Absolventen der Bürgerschulen. **37**, 17.
Ergänzung des Wehrgesetzes in Richtung der Zuerkennung des Einjährig-Freiwilligenrechtes an die im letzten Jahrgange befindlichen Realschüler. **37**, 18.
Regelung der Reisespesen an die zur Waffenübung einrückenden Reservisten und Landwehrmänner. **37**, 20.
Erhöhung der Militärpensionen unter 1200 K. **37**, 21.
Einführung nur 13tägiger Waffenübungen bei der Landwehr und Auslassung der Waffenübungen im 11. und 12. Dienstjahre. **37**, 22.
Abänderung des Wehrgesetzes in der Richtung von Erleichterungen für Söhne kleiner Landwirte. **37**, 23.
Abänderung des Wehrgesetzes in der Richtung der möglichsten Einreihung von dem mittleren Bauernstande angehörigen Rekruten in die Ersatzreserve. **37**, 25.

Ivčević Vinzenz, Dr. A. H. — Dalmatien.
37. 1901.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Ivčević Vinzenz, Dr. A. H. — Dalmatien.

Berichterstatter: Petitionen. **37**, 493.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **37**, 241.
Okkupationskredit. **37**, 469.

Ivbary Fr. Rudolf. H. H.
26. 1890 (Ersatzmann).

K.

Kabat Moriz, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.
7. 1874.
8. 1875.
9. 1876.
10. 1877.
11. 1878.

Redner: Okkupationskredit. **11**, 299.

Kaftan Jan. A. H. — Böhmen.
27. 1891.
Delegiertenmandat niedergelegt. **27**, 4.
30. 1894.
31. 1895.
33. 1897.
34. 1898.
35. 1899.
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Herold gewählt.
Verifikator.
36. 1900.
37. 1901.
38. 1902.
Verifikator.
39. 1903.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **30**, 13.
Kriegsmarine. **30**, 62.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **30**, 203.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **31**, 12.
Kriegsmarine. **31**, 62.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **31**, 253.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 16.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **33**, 72.
Okkupationskredit. **33**, 185.
Kriegsmarine. **33**, 243.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 28.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **34**, 109.
Kriegsmarine. **34**, 222.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 70, 199.
Kriegsmarine. **35**, 225.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 372.
„ „ „ (Spezialdebatte). **35**, 457.
„ „ „ (Generaldebatte). **36**, 13.
„ „ „ (Spezialdebatte). **36**, 92.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **36**, 109.

Digitized by Google

Kaftan Jan. A. H. — Böhmen.

Kriegsmarine. 36, 216.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **37,** 47.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **37,** 216.
Kriegsmarine. 37, 325.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **38,** 18.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **38,** 221.
Kriegsmarine. **38,** 520.
Budgetprovisorium. **39,** 43.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39,** 87.
Kriegsmarine. **39,** 387.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39,** 438.

Interpellation: Betreffend die Erbschaft eines in Quezaltenango (Guatemala) ermordeten österreichischen Staatsbürgers. **37,** 251.

Kaiser August. A. H. — Schlesien.

33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903.

Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **33,** 77.
Zollgefälle. **33,** 368.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39,** 544.
„ (Spezialdebatte). **39,** 650, 652.

Kaiser Ignaz, Dr. A. H. — Niederösterreich.

2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873 (Ersatzmann für Krain).

Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2,** 26.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **2,** 119.
Kriegsmarine. **2,** 213.
Kriegsministerium (Nachtragskredit). **2,** 322.

Kaiserfeld Moriz, Edler v., Dr. A. H. — Steiermark.

1. 1868.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
2. 1869.
Delegiertenmandat niedergelegt. **2, 6.**

Redner:
Ansprache als Vizepräsident. **1,** 5.
Ansprache als Vorsitzender bei der Wiedereröffnung der Session. **1,** 243.
Ansprache als Vorsitzender beim Schlusse der Session. **1,** 390.

Kaizl Josef, Dr. A. H. — Böhmen.

27. 1891.
Delegiertenmandat niedergelegt. **27,** 4.

Kálnoky Béla, Graf. A. H. — Mähren.

3. 1870 (Ersatzmann).
5. 1872 (Ersatzmann).
6. 1873 (Ersatzmann).
Als Delegierter für Galizien gewählt.

Kálnoky Béla, Graf. A. H. — Mähren.

8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).
10. 1877 (Ersatzmann).

Kapferer Max, Dr. A. H. — Tirol.

35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).

Karajan Theodor, Ritter v. H. H.

5. 1872 (Ersatzmann).
Als Delegierter einberufen. **5,** 14.

Kardaſch Gregor. A. H. — Böhmen.

1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Gustav Robert Groß als Delegierter einberufen.
Schriftführer.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Delegiertenmandat niedergelegt.

Berichterstatter: Kriegsministerium (Nachtragskredit). **6,** 136.

Karl Alexander, Abt. H. H.

11. 1878 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
13. 1880. (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Hoefler als Delegierter einberufen.
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884.
Mitglied des Petitionsausschusses.
20. 1885.
Verifikator.
21. 1886.
Mitglied des Petitionsausschusses.
22. 1887.
Delegiertenmandat niedergelegt. **22,** 1.
24. 1887.
30. 1894.
Mitglied des Petitionsausschusses.
32. 1896.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Formaler Antrag: Wahl des Budget-, Petitions- und Verifikationsausschusses. **32,** 4.

Kathrein Theodor, Dr. A. H. — Tirol.

19. 1884 (Ersatzmann).
20. 1885 (Ersatzmann).
21. 1886.
Mitglied des Petitionsausschusses.
22. 1887.

Digitized by Google

Kathrein Theodor, Dr. A. H. — Tirol.
23. 1888.
Verifikator.
25. 1889.
Verifikator.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.
Generalberichterstatter:
Budget 1891. **26**, 212.
„ 1893. **28**, 245.
Berichterstatter:
Petitionen. **21**, 137.
Heeresordinarium. **26**, 41, 60, 65, 212.
Redner: Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **35**, 507.
Interpellation: Betreffend die von dem Kommandanten des Tiroler Kaiserjägerregiments in Innsbruck an die Einjährig-Freiwilligen mit dem Hinweise auf die prinzipielle Verwerfung des Duells seitens der katholischen Studentenverbindung „Austria" ergangene Warnung vor dem Verkehre mit den Mitgliedern dieser Verbindung. **21**, 10.

Keil Anton. A. H. — Salzburg.
33. 1897 (Ersatzmann).
36. 1900.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **36**, 193.

Keil Franz, Dr. A. H. — Salzburg.
5. 1872 (Ersatzmann für Kärnten).
6. 1873 (Ersatzmann).
7. 1874 (Ersatzmann).
8. 1875 (Ersatzmann).
10. 1877 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Lienbacher als Delegierter einberufen.
25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Lienbacher als Delegierter einberufen.

Kellersperg Ernst, Freiherr v. A. H. — Steiermark.
7. 1874 (Ersatzmann).
10. 1877.
Delegiertenmandat niedergelegt. **10**, 258.

Kellner v. Köllenstein Friedrich, Freiherr, Feldzeugmeister. H. H.
8. 1875.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Kellner v. Köllenstein Friedrich, Freiherr. H. H.
9. 1876.
Mitglied des Petitionsausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 348.
Redner:
Antrag, betreffend das Militärpensionsgesetz. **8**, 93.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **9**, 151.
Anträge:
Militärpensionsgesetz. **8**, 10.
Aufbesserung der Mannschaftskost. **9**, 137.

Kern Leopold, Dr. A. H. — Oberösterreich.
37. 1901.
39. 1903 (Ersatzmann).
Gestorben. **39**, 10.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 92.

Khevenhüller-Metsch Johann Karl, Fürst. H. H.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 348.
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
26. 1890 (Ersatzmann).
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.
30. 1894.
Delegiertenmandat niedergelegt. **30**, 8.
35. 1899.
36. 1900.
Delegiertenmandat niedergelegt. **36**, 6.
Redner:
Heeresextraordinarium. **11**, 69.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **25**, 151.
Formale Anträge:
Namentliche Abstimmung beim Budget des Kriegsministeriums. **11**, 75.
Schluß der Sitzung. **11**, 231.
Schluß der Debatte. **29**, 59.

Khevenhüller-Metsch Richard, Fürst. H. H.
5. 1872.
Ordner.
6. 1873.
Ordner.
7. 1874 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Khevenhüller Richard, Fürst. H. H.
8. 1875.
Ordner.
Delegiertenmandat niedergelegt. **8**, 9.

Kielmansegg Karl, Freiherr v. A. H. — Niederösterreich.
12. 1879 (Ersatzmann).

Kienmann Emmerich. A. H. — Niederösterreich.
33. 1897.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petitionen. **33**, 259; **40**, 528.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **33**, 92.
„ (Spezialdebatte). **33**, 172.
Schlußrechnung pro 1895. **33**, 254.
Erklärung, betreffend die Beteiligung an den Delegationsverhandlungen. **34**, 3.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **34**, 189.
Interpellationen:
Betreffend Militärlieferungen von Mehl. **33**, 59;
betreffend die Angelegenheit des gewesenen Ökonomiebeamten Wolf in Bosnien. **34**, 119.
Formaler Antrag: Konstatierung des Stimmenverhältnisses. **34**, 364.

Kindermann Franz, Dr. A. H. — Böhmen.
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **38**, 169.
Kriegsmarine. **38**, 536.
Interpellationen:
Betreffend die Benützung von Hopfenmagazinen zu Einquartierungszwecken. **38**, 79;
betreffend weitergehende Berücksichtigung des Kleingewerbes bei den Heereslieferungen. **38**, 81;
betreffend die Affäre Mattachich. **38**, 198.

Kinsky Ferdinand, Fürst. H. H.
1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
2. 1869 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Max Egon Fürstenberg als Delegierter einberufen.
3. 1870.
Verifikator.
8. 1875.

Kinsky Friedrich Karl, Graf. A. H. — Böhmen.
19. 1884.
Verifikator.

Kinsky Friedrich Karl, Graf. A. H. — Böhmen.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
24. 1888.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter:
Nuntium über den Okkupationskredit. **23**, 41.
Petition. **24**, 92.
Redner: Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **23**, 44.

Kinsky Oktavian, Graf. H. H.
1. 1868.
Bei der Nachwahl gewählt, Mandat jedoch niedergelegt. **1**, 243.
5. 1872.
Delegiertenmandat niedergelegt. **5**, 5.

Kirchmayer Julius. A. H. — Galizien.
4. 1871 (Ersatzmann).

Kirschner Franz. A. H. — Kärnten.
32. 1896 (Ersatzmann).

Kirschner Josef. A. H. — Böhmen.
27. 1891 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
28. 1892 (Ersatzmann).
29. 1893.

Klaczko Julian. A. H. — Galizien.
3. 1870.
Schriftführer.
4. 1871.
Redner:
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 399.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 151 (Formelle Abstimmungsfragen).
Heeresextraordinarium. **4**, 165.

Klaić Michael, Dr. A. H. — Dalmatien.
8. 1875 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Begna-Possedaria als Delegierter einberufen.
11. 1878.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
13. 1880.
14.—**16.** 1881/1883.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
20. 1885.

Digitized by Google

Klaić Michael, Dr. A. H. — Dalmatien.

21. 1886.
Verifikator.

22. 1887.

23. 1887.

24. 1888.

25. 1889.

26. 1890.

27. 1891.
Mitglied des Petitionsausschusses.

28. 1892.

29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.

30. 1894.

31. 1895.

Berichterstatter: Zollgefälle. **17**, 81.

Redner:

Kriegsmarine (Rede in italienischer Sprache). **11**, 24, 36.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 198.
Okkupationskredit. **11**, 382.
„ **13**, 68, 78.
Kriegsmarine. **13**, 165, 167.
Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 8 Millionen Gulden. **15**, 6, 25.
Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 23,733.000 fl. **16**, 8.
Okkupationskredit. **17**, 120.
„ **19**, 70, 72.
Kriegsmarine. **19**, 79.
Okkupationskredit. **20**, 173.
„ **21**, 95, 100.
Petition, betreffend eine Ausweisung aus Banjaluka. **25**, 144, 147.
Okkupationskredit. **26**, 121, 133.
„ **29**, 189, 191.
Kriegsmarine. **30**, 67.
Okkupationskredit. **30**, 86.

Interpellation: Entschädigung für von türkischem Militär genommenes, dalmatinischen Bauern gehöriges Vieh. **11**, 359.

Klerwein Simon Egon. A. H. — Niederösterreich.

38. 1902.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Redner: Heeresextraordinarium. **38**. 345.

Interpellationen:

Betreffend die Pferdeankäufe Englands in Österreich-Ungarn, eventuell Erlassung eines Pferdeausfuhrverbotes. **38**, 8;
betreffend die ehrenrätliche Untersuchung gegen den Feldzeugmeister Kober. **38**, 80;
betreffend die Fleischlieferung für die 4. Infanterie-Truppendivision bei den Manövern im Waldviertel im Jahre 1901. **38**, 144.

Klerwein Simon Egon. A. H. — Niederösterreich.

Anträge:
Erhöhung der Pensionen für die vor dem Jahre 1900 pensionierten Offiziere und Militärbeamten, sowie für deren Witwen und Waisen. **38**, 142, 147.
Verbesserung der Stellung der Feldapotheker im k. u. k. Heere. **38**, 323.

Klein v. Wisenberg Hubert, Freiherr v., Dr. A. H. — Mähren.

32. 1896.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.

Kleist Friedrich v. A. H. — Böhmen.

29. 1893.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.

31. 1895 (Ersatzmann).

32. 1896.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter: Petition. **29**, 245.

Kliemann Franz. A. H. — Böhmen.

39. 1903.

Redner:

Budgetprovisorium. **39**, 56.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 606.

Antrag: Vergütung der Reisekosten an zur Waffenübung einberufene Reservisten und Landwehrmänner. **39**, 29, 68.

Formaler Antrag: Behandlung seines Antrages. **39**, 527.

Interpellationen:
Betreffend die übermäßig ausgedehnte Arbeitszeit der Militärverpflegsmannschaft. **39**, 10;
betreffend die Behebung der zur Ausschließung des Bauernstandes führenden Übelstände bei Handkäufen und die notwendige Einführung von „Fliegenden Einkaufskommissionen". **39**, 11;
betreffend die Verbesserung der Stellung der Militärverpflegsbeamten. **39**, 12;
betreffend die Vorlage eines Militär-Witwen- und Waisenversorgungsgesetzes. **39**, 26;
betreffend die Verlegung der Waffenübungen in die Zeit nach der Ernte und die Beurlaubung der Bauernsöhne und landwirtschaftlichen Arbeiter während der Erntezeit. **39**, 28;
betreffend die Erhöhung der Pensionen der im Ruhestande lebenden Büchsenmacher. **39**, 624.

Klier Franz, Dr. A. H. — Böhmen.

1. 1868.
Mitglied des Geschäftsordnungsausschusses und des Budgetausschusses.

2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Kitter Franz, Dr. A. H. — Böhmen.

4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **4**, 46.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 9.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:

Oberster Rechnungshof. **1**, 290.
Petition (Wänzlgewehre). **6**, 141.
Heeresordinarium. **8**, 35, 182 (Differenzen).
Antrag Kellner, betreffend das Militärpensionsgesetz. **8**, 92.
Heeresordinarium. **9**, 91 und **9**, 209, 218 (Differenzen).
Differenzen über das Heeresordinarium. **13**, 219.

Redner:

Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **2**, 62 (Diplomatische Auslagen); 85 (Lloyd); 350 (Lloyd — Differenzen).
Petitionen (Lieferungswesen). **2**, 293.
Kriegsministerium (Nachtragskredit). **2**, 316.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **6**, 62, 66.
Differenz bei der Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 23,733.000 fl. **16**, 27.

Klucki Sobieslaus, Dr. A. H. — Schlesien.
31. 1895 (Ersatzmann).

Klucki Stanislaus, A. H. — Galizien.
28. 1892.
Schriftführer.
29. 1893.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petitionen. **29**, 246, 258.

Klun Karl, A. H. — Krain.
17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Hohenwart als Delegierter einberufen.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Klun Karl, A. H. — Krain.
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
20. 1885 (Ersatzmann).
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
26. 1890.
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
30. 1894.
Mitglied des Petitionsausschusses.
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.
Gestorben. **32**, 9.

Berichterstatter: Petition. **30**, 305.

Redner: Heeresextraordinarium. **30**, 229.

Knrjevic Stephan, Ritter v. A. H. — Dalmatien.
1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des verstorbenen Ersatzmannes Michieli-Vitturi gewählt.

Knoll Rudolf, Dr. A. H. — Böhmen.
36. 1900 (Ersatzmann).

Kochanowski Anton, Ritter v. **Stawczan**. A. H. — Bukowina.
5. 1872 (Ersatzmann).
6. 1873 (Ersatzmann).
Bei der Ersatzwahl zum Delegierten für Galizien gewählt. **6**, 10.
7. 1874 (Ersatzmann).
8. 1875.
Mandat niedergelegt. **8**, 7.
9. 1876.
11. 1878.
Mitglied des Petitionsausschusses.
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880.
Mitglied des Petitionsausschusses.
14. — **16.** 1881/1882 (Ersatzmann).

Berichterstatter: Petition. **11**, 404.

Redner: Okkupationskredit. **11**, 304, 311.

Königswarter Moriz, Freiherr v. H. H.
12. 1879.
Ordner.
13. 1880.
Ordner.

Digitized by Google

Königswarter Moriz, Freiherr v. H. H.
14. — **16.** 1881/1882.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
Mandat niedergelegt. **28**, 10.
29. 1893.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **29**, 75.

Kohler Johann. A. H. — Vorarlberg.
27. 1891.
28. 1892 (Ersatzmann).
29. 1893.
Verifikator.
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895.
32. 1896 (Ersatzmann).

Kokorjowa Karl, Graf. A. H. — Böhmen.
3. 1870 (Ersatzmann).

Kokoschinegg Gustav, Dr. A. H. — Steiermark.
26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891.
Mitglied des Petitionsausschusses.
29. 1893.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petition. **29**, 246.
Redner: Petitionen, betreffend die Studentenverbindungen angehörenden Reserveoffiziere. **29**, 251.
Interpellation: Betreffend das Verbot des Beitrittes von Reserveoffizieren und Einjährig-Freiwilligen zu Studentenverbindungen. **29**, 7.

Koller Alexander, Freiherr v., General der Kavallerie. H. H.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegationsmandat niedergelegt. **11**, 7.
12. 1879.
Redner:
Anforderung auf Rechnung des Extraordinariums des Heeres. **10**, 45, 56.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **10**, 307.
Petition (Erhöhung von Pensionsbezügen). **10**, 363.

Kolowrat-Krakowsky-Liebsteinsky Zdenko, Graf. H. H.
26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
Mandat niedergelegt. **28**, 10.

Kopp Josef, Dr. A. H. — Niederösterreich.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.

Korb-Weidenheim Karl, Freiherr v. A. H. — Böhmen.
4. 1871.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Klier zum Delegierten gewählt.
5. 1872.
Ordner.
6. 1873.
Ordner.
7. 1874.
Ordner.
10. 1877.

Korčian Benedikt, Abt. H. H.
31. 1895 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Stadnick bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt.
32. 1896 (Ersatzmann).
33. 1897.
Mitglied des Petitionsausschusses.
34. 1898.
Mitglied des Petitionsausschusses.
35. 1899.
Mitglied des Petitionsausschusses.
36. 1900.
Mitglied des Petitionsausschusses.
37. 1901.
Mitglied des Petitionsausschusses.
38. 1902.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Kossowicz Kornel. A. H. — Bukowina.
17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Styrcea als Delegierter eingetreten.
Mitglied des Petitionsausschusses.
19. 1884 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).

Kostersitz Ubald, Abt. H. H.
32. 1896.
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Franz Josef Sylva-Tarouca gewählt.

Kottulinsky Adalbert, Graf. A. H. — Steiermark.
26. 1890.
Verifikator.
32. 1896. H. H.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Kottulinsky Adalbert, Graf. H. H.

33. 1897.
Schriftführer.

34. 1898.
Schriftführer.

35. 1899.
Schriftführer.

36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.

37. 1901.
Ordner.
Delegiertenmandat niedergelegt. **37**, 37.

38. 1902.
Ordner.

39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:
Heeresordinarium. **36**, 108, 201, 210, 383.
Nuntium über die Schlußrechnung. **36**, 384.
Schlußrechnung für das Jahr 1901. **39**, 293, 712.

Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **34**, 193.
Okkupationskredit. **39**, 247.

Kuß Christian, Freiherr v. A. H. — Böhmen.

2. 1869.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Kuß-Dobrz Ferdinand, Freiherr v. A. H. — Böhmen.

4. 1871 (Ersatzmann).

5. 1872.
Schriftführer.

13. 1880.
Schriftführer.

14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).

17. 1882.
Gestorben. **17**, 5.

Kovács Anton, v. A. H. — Bukowina.

3. 1870 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Sturzza als Delegierter einberufen.
Mitglied des Budgetausschusses.

4. 1871 (Ersatzmann).

Redner:
Kriegsmarine. **3**, 300, 307.
Heeresextraordinarium. **3**, 368.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 406.

Kozlowski-Bolesta Wladimir, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.

36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.

37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.

38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.

Kozlowski-Bolesta Wladimir, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.

Berichterstatter:
Finanzministerium. **36**, 275, 383.
Oberster Rechnungshof. **36**, 276, 383.
Finanzministerium. **37**, 322, 514.
Oberster Rechnungshof. **37**, 323, 514.
Finanzministerium. **38**, 383, 554.
Oberster Rechnungshof. **38**, 384, 554.

Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **36**, 58.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **36**, 119.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **37**, 221.

Interpellationen:
Betreffend die Aufhebung der Demolierungsreverse. **37**, 30;
betreffend eine Revision der Bestimmungen über die Vergütung der durch die Schießübungen hervorgerufenen Schäden. **38**, 142.

Kramář Karel, Dr. A. H. — Böhmen.

32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.

33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.

34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.

35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.

37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.

38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.

39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.

40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **32**, 12, 34.
Anfrage an den Präsidenten, betreffend die Adaptierung des Delegationsgebäudes. **32**, 308.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 42.
„ „ „ „ **34**, 73.
Budgetprovisorium. **35**, 38.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 423, 449.
„ „ „ „ **37**, 297.
„ „ „ „ **38**, 97, 141.
Budgetprovisorium. **39**, 30, 58.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 173, 193.
Okkupationskredit. **39**, 242.
Heereserfordernis (Generaldebatte). **39**, 618.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **40**, 44, 65.
Heeresextraordinarium. **40**, 309, 318.
Kriegsmarine. **40**, 384.

Krasicki Johann, Graf. H. H.

20. 1885 (Ersatzmann).

21. 1886 (Ersatzmann).

22. 1887 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Krasicki Johann, Graf. H. H.
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888.
25. 1889.
26. 1890.
Delegiertenmandat niedergelegt. **26**, 5.
27. 1891.
28. 1892 (Ersatzmann).
Mandat niedergelegt. **28**, 10.

Kraus Viktor, Ritter v., Dr. A. H. — Steiermark.
19. 1884 (Ersatzmann).
20. 1885.
Mitglied des Petitionsausschusses.
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889.
Mitglied des Petitionsausschusses.
28. 1892 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petitionen: **20**, 86; **25**, 141.
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **20**, 21.
„ „ „ **25**, 60.
Petition eines Militärinvaliden um eine Verwundungszulage. **31**, 297.

Krek Johann Ev., Dr. A. H. — Krain.
36. 1900 (Ersatzmann).

Kronawetter Ferdinand, Dr. A. H. — Niederösterreich.
31. 1895.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **31**, 86.
„ (Spezialdebatte). **31**, 265, 267.
Petition in Angelegenheit der Militärkapellen. **31**, 299.

Krupp Artur. H. H.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.

Kübeck Max, Freiherr v. A. H. — Mähren.
1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des als Delegierter einberufenen Ersatzmannes Viktor Widmann gewählt.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Mandelblüh als Delegierter einberufen.
Schriftführer.
3. 1870 (Ersatzmann für Vorarlberg).
4. 1871 (Ersatzmann.)
5. 1872.
Schriftführer.
6. 1873.
Schriftführer.
7. 1874.
Schriftführer.

Kübeck Max, Freiherr v. A. H. — Mähren.
8. 1875.
9. 1876.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
10. 1877.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Petitionsausschusses.
34. 1898.
37. 1901.
Ordner.
40. 1904.
Berichterstatter:
Petition. **10**, 25.
Petition des Beamtenvereines. **10**, 205.
Petition. **11**, 150.
Redner:
Kriegsmarine. **1**, 297.
Denkschrift, betreffend die Umgestaltung des Personal- und Salarialstatus im Konsularwesen. **1**, 310.
Kriegsmarine. **6**, 108.
„ **7**, 36.
„ **34**, 217.
„ **37**, 329.
Formaler Antrag: Schluß der Debatte beim Budget des Kriegsministeriums. **9**, 116.

Kuefstein Franz, Graf. H. H.
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).

Kuefstein Karl, Graf. H. H.
18. 1883.
Delegiertenmandat niedergelegt. **18**, 6.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Latour zum Delegierten gewählt.
Mitglied des Budgetausschusses.
23. 1887 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Herberstein zum Delegierten gewählt.
24. 1888.
25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890.
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Teschi als Delegierter einberufen.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Kuh David. A. H. — Böhmen.
6. 1873 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Kulp Adalbert. A. H. — Mähren.
32. 1896 (Ersatzmann).

Kuranda Ignaz, Dr. A. H. — Niederösterreich.
1. 1868.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Joh. Nep. Berger zum Delegierten gewählt.
Mitglied des Budgetausschusses.
3. 1870.
4. 1871.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 317.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
14—16. 1881/1882.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Diplomatische Auslagen). **1**, 260.
Heeresextraordinarium. **1**, 363.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 140.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **3**, 218.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 413.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **9**, 39.
60 Millionen-Kredit. **10**, 138.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 195.
Formale Anträge:
Zuweisung einer Petition. **3**, 12.
Abhaltung der nächsten Sitzung. **10**, 114.
Interpellation: Ungünstige Lage der Israeliten in Rumänien. **10**, 258.

Kuß Wolfgang, Dr. A. H. — Mähren.
20. 1885 (Ersatzmann).

Kušar Josef. A. H. — Krain.
28. 1892.
Verifikator.
29. 1893 (Ersatzmann).
32. 1896 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **28**, 80.

Kutschker Johann Baptiste, Dr., Kardinal, Fürsterzbischof. H. H.
10. 1877.
Formale Anträge:
Sofortige erste Lesung einer Regierungsvorlage. **10**, 35.
Schluß der Debatte. **10**, 145.

Kvičala Johann, Dr. A. H. — Böhmen.
18. 1883 (Ersatzmann).

L.

Laginja Matthäus, Dr. A. H. — Istrien.
28. 1892 (Ersatzmann).

Lamberg Franz Emmerich, Graf. H. H.
32. 1896.
Delegiertenmandat niedergelegt. **32**, 7.

Lamnasch Heinrich. H. H.
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Lanckoroński-Brzezie Karl, Graf. H. H.
36. 1900 (Ersatzmann).

Langer-Podgoro Franz Viktor, Ritter v. A. H. — Krain.
9. 1876 (Ersatzmann).
10. 1877 (Ersatzmann).
An Stelle des verstorbenen Delegierten Thurn-Valsassina zum Delegierten gewählt.
11. 1878.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Laperna Alois, Dr. A. H. — Dalmatien.
1. 1868.
2. 1869.
Mitglied des Petitionsausschusses.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.

Lasser v. Zollheim Josef, Freiherr v., Dr. A. H. — Salzburg.
1. 1868.
Mitglied des Geschäftsordnungsausschusses und des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner: Antrag auf Beschließung einer Geschäftsordnung. **1**, 2.
Berichterstatter über dieselbe. **1**, 6.
Formaler Antrag: Zuweisung aller Regierungsvorlagen an den Budgetausschuß. **4**, 8.

Latour v. Thurnburg Josef, Feldmarschalleutnant. H. H.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Latour v. Churnburg Josef. H. H.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
Delegiertenmandat niedergelegt. **22**, 1.
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **11**, 54, 176 und 318 (Differenzen).
Heeresextraordinarium. **11**, 61,
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 254.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **19**, 21.

Lax Josef. A. H. — Kärnten.
2. 1869.

Lazzarini Jakob, Freiherr v. A. H. — Istrien.
14.—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882.
Delegiertenmandat niedergelegt. **17**, 5.

Lažanský Johann, Graf. A. H. — Böhmen.
38. 1902.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.

Lecher Otto, Dr. A. H. — Mähren.
37. 1901.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **37**, 287.

Ledebur-Wicheln Johann, Graf. H. H.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895 (Ersatzmann).
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **29**, 56.

Leeder Friedrich. A. H. — Böhmen.
1. 1868.

Leitenberger Friedrich, Ritter v. A. H. — Böhmen.
3. 1870.
Schriftführer.
4. 1871.
Ordner.
6. 1873.
Schriftführer.
Redner: Petition, betreffend die Auflösung des Konsortiums Skene. **3**, 518.

Lemisch Artur, Dr. A. H. — Kärnten.
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899.
Schriftführer.
36. 1900.
Delegiertenmandat niedergelegt. **36**, 7.
37. 1901 (Ersatzmann).

Lemisch Artur, Dr. A. H. — Kärnten.
Redner:
Budgetprovisorium. **35**, 34.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 167.
Petition des politischen Vereines in Horodenka wegen Erbauung einer Brücke auf Staatskosten. **35**, 479.

Lenassi Alfredo. A. H. — Görz.
33. 1897 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Berzegnassi als Delegierter einberufen.
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.
37. 1901.
40. 1904.
Verifikator.

Lenz Alfred. A. H. — Niederösterreich.
3. 1870 (Ersatzmann).
5. 1872 (Ersatzmann).
14.—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).

Leonardi Cölestin, Dr. A. H. — Tirol.
2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **2**, 45.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **2**, 114.

Leonhardi Adolf, Freiherr v. A. H. — Böhmen.
27. 1891 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.

Lewicki Witold, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.
34. 1898 (Ersatzmann).

Lichnowsky Othenio, Graf. H. H.
12. 1879 (Ersatzmann).
14.—16. 1881/1882.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.

Licht Stephan, Dr. A. H. — Mähren.
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **40**, 39.
Okkupationskredit. **40**, 358.
Kriegsmarine. **40**, 382.

Lichtenfels Thaddäus, Freiherr v., Dr. H. H.
1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 5.

Digitized by Google

Liechtenstein Alfred, Fürst. H. H.
25. 1889 (Ersatzmann).

Liechtenstein Friedrich, Fürst, General der Kavallerie. H. H.
6. 1873.
7. 1874.
Mitglied des Budget- und Petitionsausschusses.
8. 1875.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879.
13. 1880.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **6**, 55, 148 (Differenzen).
Heeresordinarium (Differenzen). **7**, 186, 187.
Heeresextraordinarium. **8**, 122.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **9**, 145.
Heeresextraordinarium. **9**, 182.
Subventionierung der Flüchtlinge aus Bosnien und der Hercegovina. **10**, 180.
Nachtragskredite für das Ministerium des Äußern und Kriegsministerium pro 1877. **10**, 185.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **11**, 53.
Okkupationskredit. **11**, 389.

Reden und Anträge zur formellen Geschäftsbehandlung: Abhaltung der nächsten Sitzung. **10**, 114.

Lienbacher Georg. A. H. — Salzburg.
9. 1876.
Mitglied des Petitionsausschusses.
11. 1878.
12. 1879.
Verifikator.
13. 1880.
14.—**16.** 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
18. 1883.
Mitglied des Petitionsausschusses.
19. 1884.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.
20. 1885.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.
21. 1886.

Lienbacher Georg. A. H. — Salzburg.
22. 1887.
23. 1887.
24. 1888.
Delegiertenmandat niedergelegt. **24**, 12.
25. 1889.
26. 1890.
Delegiertenmandat niedergelegt. **26**, 7.
Berichterstatter: Petition. **19**, 26.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **9**, 44, 47.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **9**, 114.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 210.
Okkupationskredit. **11**, 295.
Heeresordinarium (Differenzen). **11**, 320.
Petition, betreffend die Militärschießstätte in Salzburg. **23**, 38.

Limbeck Karl, Ritter v. A. H. — Böhmen.
1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 244.

Lipp Eduard, Dr. A. H. — Steiermark.
4. 1871 (Ersatzmann).

Litwinowicz Spiridion, Dr., Erzbischof. H. H.
1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 243.

Ljubiša Stephan, Ritter v. A. H. — Dalmatien.
9. 1876.
Redner (in italienischer Sprache):
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Nachtragskredit). **9**, 53.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **9**, 151.

Lobkowitz Ferdinand, Prinz v. H. H.
31. 1895.
Präsident.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
37. 1901.
Präsident.
39. 1903.
Redner:
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **31**, 2.
„ anläßlich des Ablebens des Erzherzogs Albrecht. **31**, 2.
Ansprache anläßlich des Rücktrittes des Ministers des Äußern Kálnoky und der Ernennung des Ministers des Äußern Goluchowski. **31**, 3.
Mitteilung, betreffend die Durchsicht der Stenogramme. **31**, 31.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **31**, 339.
„ „ „ „ Beginne „ „ **37**, 3.
Erklärung bezüglich der Ansprache des Delegationspräsidenten an den Kaiser. **37**, 240.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **37**, 520.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 527.

Digitized by Google

Lobkowicz (Georg, Fürst v. A. H. — Böhmen.
12. 1879.
Ordner.
18. 1883.

Lobmeyr Ludwig. H. H.
24. 1888 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896 (Ersatzmann).
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Kottulinsky zum Delegierten gewählt.
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Lodron-Laterano Konstantin, Graf. H. H.
1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Ersatzwahl zum Delegierten gewählt.
3. 1870.
Mitglied des Petitionsausschusses.
4. 1871.
Verifikator.
5. 1872.
6. 1873.
Verifikator.

Lohninger Matthias. A. H. — Steiermark.
13. 1880.
Verifikator.

Lorber Franz. A. H. — Steiermark.
31. 1895.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

Lorenzoni Peter, Dr. A. H. — Tirol.
21. 1886.
22. 1887.

Los August, Graf. A. H. — Galizien.
3. 1870 (Ersatzmann).

Loser Franz. A. H. — Vorarlberg.
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899.
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902.

Loser Franz. A. H. — Vorarlberg.
40. 1904 (Ersatzmann).
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 93.
„ „ **38**, 316.

London Ernst, Freiherr v. A. H. — Mähren.
12. 1879.
Schriftführer.

Lubomirski Andreas, Fürst. H. H.
32. 1896 (Ersatzmann).
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
Bei der Ersatzwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Zaleski zum Delegierten gewählt.
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Ludwig Ernst, Dr. H. H.
30. 1894.
31. 1895.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petitionen. **31**, 304.
Redner: Okkupationskredit. **30**, 82.

Ludwig Ferdinand. A. H. — Steiermark.
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **30**, 45.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **30**, 223.

Ludwigstorff Anton, Freiherr v. A. H. — Niederösterreich.
29. 1893.

Lukesch Josef, A. H. — Mähren.
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **38**, 205.
Interpellation: Betreffend die Ernteurlaube. **38**, 70.

Lumbe Josef, Edler v. **Wallonitz**, Dr. A. H. — Böhmen.
1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des als Delegierter einberufenen Ersatzmannes Karl Moritz Zedtwitz gewählt.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Limbeck als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Lumbe Josef, Edler v. **Mallonitz**, Dr. A. H. — Böhmen.
2. 1869.
4. 1871 (Ersatzmann).

Lupu Florian, Dr. A. H. — Bukowina.
37. 1901 (Ersatzmann).

Lupul Johann. A. H. — Bukowina.
20. 1885 (Ersatzmann).
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.
28. 1892.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.
33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:
Zollgefälle. **26**, 14, 212.
„ **27**, 20, 188.
Finanzministerium. **29**, 178, 262.
„ **31**, 294, 338.
Zollgefälle. **31**, 295, 338.
Finanzministerium. **32**, 163, 307.
Zollgefälle. **32**, 165, 307.
Finanzministerium. **33**, 183.

Formaler Antrag: Wahl des Budgetausschusses. **33**, 6.

Lustkandl Wenzel, Dr. A. H. — Niederösterreich.
13. 1880 (Ersatzmann).

Luzzatto Rafael. A. H. — Triest.
21. 1886.
22. 1887.
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892.
32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.

Luzzatto Rafael. A. H. — Triest.
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **21**, 21.
Kriegsmarine. **21**, 58.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **28**, 36.
Kriegsmarine. **28**, 184.
Petition des gewesenen Generalkonsuls Reglia. **28**, 239.

M.

Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.
13. 1880 (Ersatzmann).
14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Grocholski als Delegierter einberufen.
20. 1885.
Schriftführer.
21. 1886.
Mitglied des Petitionsausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
24. 1888.
Verifikator.
Delegiertenmandat niedergelegt. **24**, 12.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
36. 1900. H. H.
Bei der Nachwahl an Stelle des verstorbenen Delegierten Dumba gewählt.
37. 1901.
Verifikator.
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.
39. 1903.
40. 1904.

Berichterstatter:
Heeresextraordinarium. **34**, 211, 381.
Nachtragskredit von 30·1 Millionen Gulden zum Heeresextraordinarium. **34**, 359, 363, 371, 381.

Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **38**, 50.
Heeresextraordinarium. **40**, 316.

Formaler Antrag: Wahl des Budget- und Petitionsausschusses. **34**, 7.

Magg Julius, Dr. A. H. — Steiermark.
14—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
23. 1887.
Mitglied des Petitionsausschusses.
25. 1889 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Magg Julius, Dr. A. H. — Steiermark.
Berichterstatter: Petitionen. **23**, 39.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **14**, 12.
Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 23,733.000 fl. **16**, 10.

Malfatti Valerian, Freiherr v. A. H. — Tirol.
23. 1887.

Mandelblüh Franz, Dr. A. H. — Mähren.
1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Giskra als Delegierter einberufen.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 248.
2. 1869.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petitionen. **2**, 301, 305, 341.
Formeller Antrag: Zuweisung einer Petition an den Petitionsausschuß. **2**, 7.

Mandyczewski Kornel, A. H. — Galizien.
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891.
28. 1892.
Mitglied des Petitionsausschusses.
29. 1893.
Verifikator.

Marchet Gustav, Dr. A. H. — Niederösterreich.
29. 1893 (Ersatzmann).
39. 1903.
Ordner.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 110, 199.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 588.
Petitionen industrieller Körperschaften in Angelegenheit der Heereslieferungen. **39**, 719.
Interpellation: Betreffend Mißbräuche bei Militärlieferungen. **39**, 629.

Marchwicki Zdislaus, Dr. H. H.
31. 1895 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
32. 1896.

Masaryk Thomas Garrigue, Dr. A. H. — Böhmen.
28. 1892.
29. 1893.
Redner:
Okkupationskredit. **28**, 99, 151, 166.
Petition des Savo und Nikola Pistelić in Banjaluka. **28**, 241, 243.

Masaryk Thomas Garrague, Dr. A. H. — Böhmen.
Protest der jungtschechischen Delegierten gegen ihre Nichtberücksichtigung bei der Wahl in den Budgetausschuß. **29**, 8, 11.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **29**, 15, 59.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **29**, 98.
Okkupationskredit. **29**, 180, 204.
Abänderung der Geschäftsordnung. **29**, 215.
Petition, betreffend die Studentenverbindungen angehörenden Reserveoffizere. **29**, 251.
Formaler Antrag: Befragung der Delegation, ob ein Delegierter weiter sprechen dürfe oder nicht. **29**, 189, 190.

Mathon Franz, Dr. A. H. — Mähren.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).

Matscheko Michael, A. H. — Niederösterreich.
17. 1882.
20. 1885.
Mitglied des Petitionsausschusses.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzman).
Berichterstatter: Petitionen. **20**, 85, 179.

Mattuš Karl, Dr. A. H. — Böhmen.
12. 1879 (Ersatzmann).
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
39. 1903. H. H.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Generalberichterstatter:
Budget 1886. **20**, 180, 205.
„ 1887. **21**, 212.
„ 1889. **24**, 141.
„ 1890. **25**, 149.
Berichterstatter:
Okkupationskredit. **18**, 68, 71.
„ **19**, 69.
Heeresordinarium. **20**, 10, 17.
„ **21**, 11, 19, 212.

Digitized by Google

Mattuš Karl, Dr. A. H. — Böhmen.

Vorlage, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 52·5 Millionen Gulden für militärische Maßnahmen. **22**, 3, 9.
Heeresordinarium. **23**, 25.
„ **24**, 14.
„ **25**, 54, 149.
Petitionen. **39**, 717, 722.

Redner: Vorlage, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 47·3 Millionen Gulden. **24**, 103.

Formaler Antrag: Absetzung der Petitionsberichte von der Tagesordnung. **25**, 77.

Maurvner Leopold. A. H. — Triest.

34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900.
Mitglied des Petitionsausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Mauthner Max. A. H. — Niederösterreich.

25. 1889.
Mitglied des Petitionsausschusses.
36. 1900 (Ersatzmann). H. H.
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Johann Karl Chevenhüller zum Delegierten gewählt.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
37. 1901 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Philipp Schoeller zum Delegierten gewählt.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petitionen. **25**, 141, 147.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **36**, 45.

Mayer Ernst, Dr. A. H. — Böhmen.

5. 1872.
Mitglied des Petitionsausschusses.
6. 1873 (Ersatzmann).
7. 1874 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des als Delegierter einberufenen Ersatzmannes Seidemann zum Ersatzmann gewählt.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Nitsche zum Delegierten gewählt.

Berichterstatter: Petitionen. **5**, 208.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 139.

Mayer Johann A. H. — Niederösterreich.

36. 1900 (Ersatzmann).
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.

Mayer Johann A. H. — Niederösterreich.

Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **38**, 285.
Heeresextraordinarium. **38**, 360.

Interpellation: Betreffend die Verlegung des aus Niederösterreichern zusammengesetzten Dragonerregiments Nr. 3 aus Galizien nach Niederösterreich. **38**, 275.

Mayr Ambros, Dr. A. H. — Tirol.
33. 1897 (Ersatzmann).

Mayr Edler v. **Melnhof** Franz. H. H.
1. 1868 (Ersatzmann).
2. 1869 (Ersatzmann).
4. 1871 (Ersatzmann).
5. 1872 (Ersatzmann).
Als Delegierter einberufen.
6. 1873 (Ersatzmann).
7. 1874.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
13. 1880 (Ersatzmann). — Freiherr v.
17. 1882.
Mitglied des Petitionsausschusses.
19. 1884 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Otto Traun als Delegierter einberufen, jedoch Mandat abgelehnt. **19**, 6.
20. 1885 (Ersatzmann).
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).

Majorana Aloïs. A. H. — Triest.
39. 1903.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 197.

Meißler Anton. A. H. — Böhmen.
11. 1878 (Ersatzmann).

Mendelsburg Albert. A. H. — Galizien.
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Dunajewski als Delegierter einberufen.
10. 1877 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).

Menger Max, Dr. A. H. — Schlesien.
11. 1878 (Ersatzmann).
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **31**, 264.

Digitized by Google

Mensdorff-Pouilly Alfons, Graf. H. H.
3. 1870.
Delegiertenmandat niedergelegt. **3**, 7.
12. 1879 (Ersatzmann).

Meran Franz, Graf. H. H.
1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
2. 1869 (Ersatzmann).
3. 1870.
4. 1871 (Ersatzmann).
5. 1872 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).

Meran Johann, Graf. H. H.
31. 1895 (Ersatzmann).
33. 1897 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).

Mercandin Franz, Graf. H. H.
1. 1868.
Verifikator.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 243.
2. 1869 (Ersatzmann).
4. 1871.
Mitglied des Petitionsausschusses.
7. 1874.
Mitglied des Petitionsausschusses.
9. 1876.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Mertens Karl, Freiherr v., Feldmarschalleutnant. H. H.
1. 1868.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 243.
2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **2**, 110.
„ (Spezialdebatte). **2**, 142, 158, 168, 194.
Heeresextraordinarium. **2**, 282, 285.

Mertens Karl, Freiherr v., Feldmarschalleutnant. H. H.
Kriegsmarine. **2**, 211.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 77, 123 (formelle Abstimmungsfragen).
Heeresordinarium. **4**, 152.
„ (Spezialdebatte). **6**, 65.

Mertlitsch Hermann, Dr. A. H. — Kärnten.
1. 1868.

Merveldt Franz, Graf v. H. H.
38. 1902.
Mitglied des Petitionsausschusses.
39. 1903.
Mitglied des Petitionsausschusses.
40. 1904.

Metkal v. Frivald Otto, Dr. A. H. — Böhmen.
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898.
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 51.
„ „ „ „ **35**, 416.

Metternich Richard, Fürst. H. H.
5. 1872 (Ersatzmann).

Mezník Anton, Ritter v., Dr. A. H. — Mähren.
19. 1884 (für Böhmen).
20. 1885 (für Böhmen).
21. 1886.
Verifikator.
22. 1887.
23. 1887.
Verifikator.
24. 1888 (für Böhmen).
Verifikator.
25. 1889.
26. 1890.
Mitglied des Petitionsausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Petitionsausschusses.
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.
30. 1894.
31. 1895.

Berichterstatter:

Petitionen. **27**, 69.
Zollgefälle. **28**, 52.
„ **29**, 179.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **28**, 30.

Michieli-Vitturi Simeon v. A. H. — Dalmatien.
1. 1868 (Ersatzmann).
Gestorben. **1**, 243.

Digitized by Google

Miklosich Franz, Ritter v. H. H.
4. 1871 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Winterstein zum Delegierten gewählt.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
21. 1886.
Mitglied des Petitionsausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.

Mikyška Alois, Dr. A. H. — Mähren.
17. 1882 (Ersatzmann).
24. 1888.

Millanich Alois, Dr. H. H.
32. 1896 (Ersatzmann).
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Herrenextraordinarium. **38**, 350.

Millevoi Peter, Dr. A. H. — Istrien.
19. 1884.
20. 1885.
21. 1886.
22. 1887.
23. 1887.
24. 1888.

Miskolczy Emil. A. H. — Bukowina.
27. 1891 (Ersatzmann).

Mitrofanowicz Basil, Dr. A. H. — Bukowina.
18. 1883.
Verifikator.

Mittrowsky v. **Mittrowitz** Wladimir, Graf. H. H.
3. 1870.
Delegiertenmandat niedergelegt. **3**, 7.
14.—16. 1881/1882 (Ersatzmann).

Mladota v. **Solopisk** Franz, Freiherr. H. H.
11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Thurn als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.

Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf. H. H.
19. 1884.
Schriftführer.
Delegiertenmandat niedergelegt. **19**, 10.

Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf. H. H.
20. 1885.
Schriftführer.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl an Stelle des verstorbenen Delegierten Konstantin Czartoryski zum Delegierten gewählt.
28. 1892.
29. 1893.
Ordner.
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Kurt Zedlitz als Delegierter gewählt.
32. 1896.
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Haugwitz gewählt.
36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.
Mitglied des Bugetausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.
Formale Anträge:
Schluß der Debatte. **31**, 35.
Wahl des Budgetausschusses. **40**, 9.

Moro Leopold, Ritter v. A. H. — Kärnten.
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
28. 1892.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petition. **28**, 241.

Morpurgo Josef, Freiherr v. A. H. — Triest und Küstenland.
4. 1871 (Ersatzmann).
5. 1872 (Ersatzmann für Görz und Gradiska).
6. 1873 (Ersatzmann für Triest und Küstenland).

Morzin Rudolf, Graf. H. H.
3. 1870 (Ersatzmann).

Moscon Julius Franz Alfred, Freiherr v. A. H. — Steiermark.
21. 1886.
Mitglied des Petitionsausschusses.
22. 1887.
24. 1888.
Verifikator.

Digitized by Google

Mosconi Julius Franz Alfred, Freiherr v. A. H. — Steiermark.

Redner:

Okkupationskredit. **21**, 94.
Vorlage, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 47·3 Millionen Gulden. **24**, 104.

Mosdorfer Franz. A. H. — Steiermark.
35. 1899. (Ersatzmann).
36. 1900.

Moser Alois. H. H.
10. 1877 (Ersatzmann).
18. 1883.
Verifikator.
19. 1884.
20. 1885.
23. 1887.
25. 1889 (Ersatzmann).

Müller Josef (Tschöppern). A. H. — Böhmen.
17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Reschauer als Delegierter einberufen.
18. 1883 (Ersatzmann).

Mulzer Michael. A. H. — Oberösterreich.
33. 1897 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).

N.

Nabergoj Johann. A. H. — Triest.
15. 1882.
An Stelle des aus dem Abgeordnetenhause ausgetretenen Delegierten Teuschel zum Delegierten gewählt.
17. 1882. (Ersatzmann).

Nadherný v. Borutin Johann, Freiherr. A. H. — Böhmen.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:
Kriegsmarine. **20**, 30.
„ **21**, 55, 59, 137.
„ **24**, 43.
„ **25**, 10, 149.

Neipperg Erwin, Graf, General der Kavallerie. H. H.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.

Neuber Wilhelm. A. H. — Niederösterreich.
30. 1894 (Ersatzmann).

Neumann Leopold, Dr. H. H.
2. 1869.
Verifikator.
4. 1871 (Ersatzmann).
8. 1875 (Ersatzmann).
23. 1887. — Freiherr v.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Rodich zum Delegierten gewählt.

Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2**, 30.
„ „ „ (Spezialdebatte). **2**, 58 (Diplomatische Auslagen), 79 Konsularwesen.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **2**, 112.
Kriegsmarine. **2**, 219.

Neumann Wenzel. A. H. — Böhmen.
3. 1870.
6. 1873.
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876.
Verifikator.
10. 1877 (Ersatzmann).

Neumayer Matthias. A. H. — Salzburg.
9. 1876 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).

Neuner Josef, Dr. A. H. — Tirol.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888.
Mitglied des Petitionsausschusses.
25. 1889 (Ersatzmann).

Neuwirth Josef. A. H. — Mähren.
11. 1878.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter: Schlußrechnung pro 1875. **11**, 107, 156.
Redner: Nachtragskredit zum Ministerium des Äußern. **11**, 353.
Formaler Antrag: Schluß der Sitzung. **11**, 290.

Pischelwitzer Oswald. A. H. — Kärnten.
7. 1874 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Tschelwitzer Oswald. A. H. — Kärnten.
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
14.—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Valerius Ritter als Delegierter einberufen.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Petitionsausschusses.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891.
Alterspräsident.
29. 1893.
Alterspräsident.

Berichterstatter: Petitionen. **19**, 123.

Redner:
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **27**, 2.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **29**, 2.

Titsche Friedrich, Dr. A. H. — Böhmen.
11. 1878.
Schriftführer.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 317.
18. 1883.
34. 1898.
Ordner.

Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **34**, 208.
Nachtragskredit von 30·1 Millionen Gulden zum Heeresextraordinarium. **34**, 362.

Toska Franz. A. H. — Oberösterreich.
14.—16. 1881/1882 (Ersatzmann).

Tosnik-Rieneck Erwein, Graf. H. H.
37. 1901 (Ersatzmann).

Towak Gustav. A. H. — Böhmen.
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904.
Schriftführer.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **40**, 94.

Interpellationen:
Betreffend die Erhöhung der Rohholztarife im Elbeumschlagverkehre und im Verbandsverkehre mit dem Königreiche Sachsen. **40**, 83;

Towak Gustav. A. H. — Böhmen.
betreffend die Förderung des Absatzes österreichischer Industrieprodukte in den okkupierten Provinzen durch Subventionsgewährung. **40**, 83;
betreffend die Übelstände bei der Schießstätte in Stankowitz bei Leitmeritz in Böhmen. **40**, 83.

U.

Uhentrauk Adolf, v. A. H. — Böhmen.
11. 1878 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.

Uchrymowicz Xenophon. A. H. — Galizien.
35. 1899.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 175.
Verschiebung des Beginnes einer Sitzung wegen eines griechisch-katholischen Feiertages. **35**, 242.

Uelz Josef Anton, Dr. A. H. — Vorarlberg.
3. 1870 (für Triest und Küstenland).
4. 1871 (für Görz).
Schriftführer.
5. 1872.
Verifikator.
7. 1874.
8. 1875.
9. 1876.
10. 1877 (Ersatzmann).
11. 1878.
12. 1879.
13. 1880.
14.—16. 1881/1882.
17. 1882 (Ersatzmann).
18. 1883.
19. 1884 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Johann Thurnher als Delegierter einberufen.
20. 1885.
21. 1886.
22. 1887.
23. 1887.
Alterspräsident.
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889.
Alterspräsident.
Mitglied des Petitionsausschusses.
26. 1890 (Ersatzmann).

Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **3**, 261.
Kriegsmarine. **3**, 304.
Petitionen, betreffend die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes. **3**, **354**.

Digitized by Google

Orli Josef Anton, Dr. A. H. — Vorarlberg.

Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 412, 448, 450, 452, 475.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **4**, 15.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 73.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **5**, 17.
Heeresordinarium (Generaldebatte): **5**, 76.
„ (Spezialdebatte). **7**, 93.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Zentralleitung). **8**, 25.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **8**, 37, 41.
„ (Spezialdebatte). **8**, 46.
„ (Generaldebatte). **9**, 108.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 228.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **20**, 17.
Okkupationskredit. **20**, 172.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **23**, 1.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **25**, 2.

Ofner Johann, Dr. A. H. — Niederösterreich.

12. 1879.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.

19. 1884 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Eduard Sueß als Delegierter einberufen.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter: Petitionen. **12**, 88, 164.

Oppenheimer Ludwig John, Ritter v. A. H. — Böhmen.

8. 1875.
Ordner.

9. 1876.
Ordner.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.

11. 1878.

13. 1880. — Freiherr v.
Mitglied des Budgetausschusses.

14.—16. 1881/1882.

17. 1882.

27. 1891.
Ordner.

29. 1893.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.

31. 1895. II. II.
Schriftführer.

32. 1896.
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Karl Auersperg gewählt.
Schriftführer.

33. 1897.
Ordner.

34. 1898.
Ordner.

Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v. II. H.

35. 1899.
Ordner.

36. 1900.
Ordner.

37. 1901.
Schriftführer.

38. 1902.
Schriftführer.

39. 1903.
Schriftführer.
Ordner.

40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:
Petitionen. **29**, 259.
Schlußrechnung für das Jahr 1902. **40**, 127, 537.

Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 84.
Heeresextraordinarium. **8**, 139.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **9**, 44.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **9**, 103.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 177.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **27**, 123, 127.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 33.
„ „ „ „ **34**, 44.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 103.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **38**, 140.
„ „ „ **39**, 103.
Heeresextraordinarium. **40**, 317.

P.

Pabstmann Gustav Ludwig. A. H. — Böhmen.

27. 1891.
Schriftführer.

28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.

29. 1893 (Ersatzmann).

31. 1895.
Mitglied des Petitionsausschusses.

32. 1896 (Ersatzmann).

37. 1901.

Berichterstatter: Petitionen. **31**, 297.

Pacák Bedřich, Dr. A. H. — Böhmen.

28. 1892.

29. 1893.

30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.

31. 1895.

33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.

34. 1898.

35. 1899.

Digitized by Google

Parák Bedřich, Dr. A. H. — Böhmen.

36. 1900.

37. 1901.

38. 1902.

40. 1904.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **28**, 65, 82.
„ (Spezialdebatte). **28**, 87.
Protest der jungtschechischen Delegierten gegen ihre Nichtberücksichtigung bei der Wahl in den Budgetausschuß. **29**, 9.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **29**, 27. (Wortentziehung. **29**, 32.)
Heeresordinarium (Generaldebatte). **29**, 83.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **30**, 28.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **30**, 195.
„ (Spezialdebatte). **30**, 221.
Petition, betreffend die Schießstätte bei Voloska. **30**, 303.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **31**, 31.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **31**, 240, 263.
Heeresextraordinarium. **31**, 271.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 88.
Budgetprovisorium. **35**, 42.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 60, 196.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 434, 447.
„ „ „ „ **36**, 51, 76.
„ „ „ (Spezialdebatte). **36**, 102.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **36**, 116.

Interpellationen:

Betreffend eine Konvention mit Serbien. **30**, 62;
betreffend die Beschleunigung der Amnestie für die in Serbien verurteilten Politiker. **35**, 8;
betreffend die Ausweisung österreichischer Arbeiter aus Preußen. **35**, 19;
betreffend die Ausweisung österreichischer Staatsbürger böhmischer und polnischer Nationalität aus dem Deutschen Reiche. **35**, 57.

Pacher Gustav v. **Theinburg**, A. H. — Kärnten.

20. 1885.
Ordner.

Pajer v. **Mouriva** Alois, Ritter, Dr. A. H. — Görz.

1. 1868 (Ersatzmann für Istrien).

2. 1869 (Ersatzmann für Istrien).

12. 1879 (Ersatzmann).

13. 1880 (Ersatzmann).

18. 1883 (Ersatzmann).

Panizza August v., Dr. A. H. — Tirol.

34. 1898 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Bazzanella als Delegierter einberufen.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 39.

Panowsky Karl, A. H. — Mähren.

19. 1884 (Ersatzmann).

Pantůček Ferdinand, Dr. A. H. — Böhmen.

40. 1904.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **40**, 86.

Parish Oskar, A. H. — Böhmen.

33. 1897.
Schriftführer.

36. 1900. — Freiherr v. Senftenberg
Mitglied des Budgetausschusses.

38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.

40. 1904.

Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **36**, 72.
„ „ „ „ **38**, 36.
Heeresextraordinarium. **40**, 303.

Pasrotini Karl, Freiherr v., A. H. — Triest.

1. 1868 (für Vorarlberg).
An Stelle des aus dem Abgeordnetenhause ausgetretenen Delegierten Scrinzi gewählt.

2. 1869 (für Vorarlberg).
Alterspräsident.
Verifikator.

3. 1870 (für Vorarlberg).
Alterspräsident.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.

4. 1871.
Alterspräsident.

5. 1872 (für Görz und Gradiska).
Alterspräsident.
Ordner.

6. 1873.
Alterspräsident.
Ordner.

Redner:
Kriegsmarine. **1**, 303, 304, 306.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 345.
Heeresextraordinarium. **1**, 353, 354, 355.
Ansprache als Alterspräsident. **2**, 1.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 178, 192.
Kriegsmarine. **2**, 203, 217, 222, 229.
Ansprache an den Präsidenten und Vizepräsidenten beim Schlusse der Session. **2**, 374.
Ansprache als Alterspräsident. **3**, 2.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 139.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **3**, 239.
Kriegsmarine. **3**, 299.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **3**, 582.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **4**, 1.
Kriegsmarine. **4**, 182.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **4**, 245.

Digitized by Google

Pascotini Karl, Freiherr v. A. H. — Triest.

Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **5**, 2.
Kriegsmarine. **5**, 49, 50, 51, 56.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 155.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **6**, 2.
Kriegsmarine. **6**, 113.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **6**, 201.

Formale Anträge:

Zuweisung des Budgets an einen zu wählenden Budgetausschuß. **3**, 8.
Absetzung des Budgets der Kriegsmarine von der Tagesordnung. **3**, 292.
Schluß der Debatte. **5**, 100.

Pattai Robert Guido, Dr. A. H. — Niederösterreich.

31. 1895.

Redner:

Subsistenzzulagen an die in Wien domizilierenden Beamten der gemeinsamen Ministerien der IX. und X. Rangklasse. **31**, 83.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **31**, 246.
Heeresextraordinarium. **31**, 269.
Petition in Angelegenheit der Militärkapellen. **31**, 303.

Pauer Bernhard, Dr. A. H. — Böhmen.

2. 1869 (Ersatzmann).

Pauer Johann Paul. A. H. — Steiermark.

18. 1883.

Pergelt Anton, Dr. A. H. — Böhmen.

34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
35. 1899.
36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:

Kriegsmarine. **36**, 215, 224, 383.
„ **37**, 325, 340, 515.
Mitteilung als Referent über die Versorgung der Hinterbliebenen nach den in China gefallenen Marinepersonen. **37**, 494.
Kriegsmarine. **38**, 519, 545, 554.
„ **39**, 387, 404, 409.
„ **40**, 368, 389, 537.

Redner:

Erklärung, betreffend die Beteiligung an den Delegationsverhandlungen. **34**, 3.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 79, 92.

Pergelt Anton, Dr. A. H. — Böhmen.

Nachtragskredit von 30·1 Millionen Gulden zum Heeresextraordinarium. **34**, 360, 362, 364.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 198.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 438, 449.
„ „ „ „ **38**, 121.
Heeresextraordinarium. **38**, 372.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 185, 195.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **39**, 661.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **40**, 51.

Interpellation: Betreffend die Vollziehung der Exekutionserkenntnisse österreichischer Gerichte in Bosnien und der Hercegovina. **34**, 119.

Perger Heinrich Edler v. **Pergau**, Dr. A. H. — Niederösterreich.

1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des als Delegierter einberufenen Ersatzmannes Schindler gewählt.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.

Formaler Antrag: Zuweisung des Budgets an einen zu wählenden Budgetausschuß. **6**, 7.

Perić Josef Vergil. A. H. — Dalmatien.

33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).

Peschka Franz. A. H. — Böhmen.

30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895.
Verifikator.
34. 1898 (Ersatzmann).
36. 1900.
38. 1902 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Schalk als Delegierter einberufen.

Redner:

Heeresextraordinarium. **31**, 270.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **36**, 202.
„ (Generaldebatte). **40**, 108.

Petrinó Alexander, Freiherr v. A. H. — Bukowina.

2. 1869.
4. 1871.
Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte — Formelle Abstimmungsfragen). **4**, 58, 78.

Formaler Antrag: Formeller Vorgang bei der Beratung des Budgets des Kriegsministeriums. **4**, 58.

Pfeifer Wilhelm. A. H. — Krain.

29. 1893.
30. 1894 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Pfeifer Wilhelm. A. H. — Krain.

Redner:

Protest der jungtschechischen Delegierten gegen ihre Nichtberücksichtigung bei der Wahl in den Budgetausschuß. **29**, 11.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **29**, 34.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **29**, 91.
Petition, betreffend den Schießplatz bei Gurkfeld. **29**, 245.

Pflügl Albert, Edler v. A. H. — Oberösterreich.

13. 1880.
14.—16. 1881/1882.
17. 1882.
Verifikator.
18. 1883.
Mitglied des Petitionsausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Redner: Okkupationskredit. **18**, 68.

Piniński Leo, Graf, Dr. A. H. — Galizien.

31. 1895.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Pino-Friedenthal Felix, Freiherr v. A. H. — Bukowina.

5. 1872.
Verifikator.
6. 1873.
Verifikator.
7. 1874.
Verifikator.

Piotrowski Gustav, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.

5. 1872 (Ersatzmann).

Pipitz Josef, Ritter v. H. H.

1. 1868.
Mitglied des Budgetausschusses.
2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Petitionsausschusses.
5. 1872.
Mitglied des Budget- und Petitionsausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874.
Delegiertenmandat niedergelegt. **7**, 9.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 201, 234.
Feststellung des gemeinsamen Budgets. **1**, 234.
Antrag, betreffend Maßregeln zur Valutaregulierung. **2**, 345.
Gewährung von Teuerungsbeiträgen für die Beamten und Diener der gemeinsamen Ministerien. **5**, 41.

Pipitz Josef, Ritter v. H. H.

Gewährung von Zulagen für die in den Ruhestand gesetzten Mitglieder der Arcieren-Leibgarde und der bestandenen Generaladjutantur des Kaisers. **5**, 41.
Oberster Rechnungshof. **6**, 41.

Redner: Heeresextraordinarium. **1**, 363.

Anträge:

Maßregeln zur Valutaregulierung. **2**, 90, 95.
Glückwünsche der Delegation anläßlich des Namensfestes des Kaisers. **8**, 10.

Pirko Karl. A. H. — Niederösterreich.

20. 1885.
Verifikator.
24. 1888 (Ersatzmann).

Pirquet Peter, Freiherr v. A. H. — Niederösterreich.

7. 1874. (Ersatzmann).
11. 1878.
Ordner.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).

Redner:

Heeresextraordinarium. **11**, 63.
Ministerium des Äußern. **11**, 220.
Erteilung der Indemnität für das Kriegsministerium und Nachtragskredit anläßlich der Okkupation Bosniens. **11**, 360, 369.

Formaler Antrag: Antrag auf Unterbrechung der Sitzung. **11**, 209.

Pitry Michael. A. H. — Bukowina.

14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petitionen. **14**, 211.

Plaſs Johann. A. H. — Oberösterreich.

25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891.
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894.
Mitglied des Petitionsausschusses.
34. 1898 (Ersatzmann).
37. 1901.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petition. **37**, 494.

Redner:

Petition, betreffend Erleichterungen der Militärdienstpflicht. **30**, 305.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 189.

Digitized by Google

Plauck v. **Plauckburg** Eduard. A. H. — Oberösterreich.
7. 1874 (Ersatzmann).
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).
10. 1877 (Ersatzmann).

Plener Ernst, Edler v., Dr. A. H. — Böhmen.
10. 1877.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:
Petitionen. **10**, 62, 362.
Ministerium des Äußern. **12**, 17 und (Differenzen bei diesem Budget). **12**, 189, 195.
Kreditforderungen für Unterstützungen an die Flüchtlinge aus Bosnien und der Hercegovina. **12**, 163.
Ministerium des Äußern. **13**, 11, 31, 40 und Nuntium darüber. **13**, 217.
Ministerium des Äußern. **14**, 11, 15, 19, 21 und Differenzen darüber. **14**, 203.
Nuntium. **29**, 262.

Redner:
60 Millionen-Kredit. **10**, 104.
Differenzen beim Zollgefälle. **14**, 207.
Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 8 Millionen Gulden. **15**, 17.
Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 23,733.000 fl. **16**, 12, 17.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **17**, 72.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **26**, 58.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **26**, 164, 179.
28, 37.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **28**, 88.
Protest der jungtschechischen Delegierten gegen ihre Nichtberücksichtigung bei der Wahl in den Budgetausschuß. **29**, 8, 10.
Abänderung der Geschäftsordnung. **29**, 215.
Schlußrechnung pro 1891. **29**, 236.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **29**, 264.

Plener Ernst, Edler v., Dr. A. H. — Böhmen.
Formale Anträge:
Wahl des Budget- und Petitionsausschusses. **29**, 4.
Vertrauensvotum für den Präsidenten. **29**, 190.
Vornahme der dritten Lesung der Beschlüsse. **29**, 263.

Plener Ignaz, Edler v., Dr. A. H. — Böhmen.
1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 5.
3. 1870.
7. 1874.
Ordner.
Delegiertenmandat niedergelegt. **7**, 9.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **3**, 217.
Petition, betreffend die Auflösung des Konsortiums Skene. **3**, 517.
Schuld an die Nationalbank. **3**, 546.

Plevа Johann. A. H. — Böhmen.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888.
25. 1889.
26. 1890.
Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **26**, 65.

Pogačnik Josef. A. H. — Krain.
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Poklukar Josef, Dr. A. H. — Krain.
5. 1872.
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Finanzministerium. **21**, 23, 137.
Oberster Rechnungshof. **21**, 24, 137.
Zollgefälle. **21**, 105, 137.
Finanzministerium. **23**, 22, 38.
Oberster Rechnungshof. **23**, 22, 38.
Zollgefälle. **23**, 23, 38.
Finanzministerium. **24**, 37.
Oberster Rechnungshof. **24**, 38.
Zollgefälle. **24**, 39.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **5**, 25.
Kriegsministerium (Differenzen). **5**, 245.

Digitized by Google

Polanowski Stanislaus, Ritter v. A. H. — Galizien.
2. 1869 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Wężyk als Delegierter einberufen.

Polesini Benedetto, Marquis. A. H. — Istrien.
38. 1902 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Bartoli zum Delegierten gewählt.
Interpellation: Betreffend das Vorgehen der Militärbehörden gegenüber der Gemeinde Valle in Istrien bei Ankauf von Befestigungsterrains. **38**, 77.

Polesini Johann Paul, Freiherr v. A. H. — Istrien.
10. 1877 (Ersatzmann).

Pollak Leopold. A. H. — Böhmen.
27. 1891.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petition. **27**, 70.

Polzhofer Rudolf, A. H. — Niederösterreich.
32. 1896 (Ersatzmann).
36. 1900.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **36**, 180.

Pommer Josef, Dr. A. H. — Steiermark.
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 57.
„ (Spezialdebatte). **37**, 205, 209.
Okkupationskredit. **37**, 472.
Interpellationen:
Betreffend den Militärtaxfonds. **37**, 106;
betreffend den Verein der pensionierten Offiziere und Militärbeamten. **37**, 106;
betreffend die Härten beim Wachdienste. **37**, 321;
betreffend Gewährung eines Zuschusses seitens des Militärärars zum Baue einer Brücke. **37**, 460.
Anträge: Erhöhung der Militärpensionen und der Versorgungsgenüsse der Offizierswitwen und -Waisen. **37**, 105.

Popovici Georg, Dr. A. H. — Bukowina.
36. 1900.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **36**, 69.

Popowski Josef. A. H. — Galizien.
25. 1889.
Mitglied des Petitionsausschusses.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.

Popowski Josef. A. H. — Galizien.
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
32. 1896.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.
35. 1899.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
36. 1900.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Petitionen. **25**, 137, 139, 140.
Heeresextraordinarium. **26**, 69, 212.
„ **28**, 96, 244.
„ **29**, 112.
„ **30**, 227, 301.
„ **31**, 268, 338.
„ **32**, 146, 307.
„ **33**, 174, 176, 177, 379.
„ **35**, 214, 216, 503.
„ **36**, 211, 383.
„ **37**, 211, 514.
„ **38**, 343, 377, 553.
„ **39**, 679, 711.
Anträge und Resolutionen. **39**, 710, 711.
Heeresextraordinarium. **40**, 277, 537.
Redner:
Petition, betreffend die Demolierungsrevers. **29**, 247.
Petition um Errichtung einer Militärrealschule in Jaroslau. **40**, 531.
Formaler Antrag: Wahl des Budgetausschusses. **39**, 22.

Popper Heinrich. A. H. — Bukowina.
28. 1892 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).

Porcia Ferdinand, Fürst. H. H.
11. 1878 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Del. Hoefler als Delegierter einberufen.
Schriftführer.
Delegiertenmandat niedergelegt. **17**, 10.

Digitized by Google

Porenta Karl, Ritter v., Dr. A. H. — Triest und Küstenland.
7. 1874 (Ersatzmann).
8. 1875 (Ersatzmann für Görz und Gradiska).
9. 1876 (Ersatzmann für Görz und Gradiska).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Teuschl als Delegierter einberufen.

Portugall Ferdinand, Dr. A. H. — Steiermark.
14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Pusch Alois. A. H. — Steiermark.
19. 1884.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888.
38. 1902.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **38**, 278.

Potocki Adam, Graf. A. H. — Galizien.
1. 1868.

Potocki Alfred, Graf. H. H.
5. 1872 (Ersatzmann).
7. 1874.
Vizepräsident.
Redner: Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **7**, 3.

Potocki Roman, Graf. H. H.
30. 1894 (Ersatzmann).
32. 1896 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.

Prade Heinrich. A. H. — Böhmen.
36. 1900.

Prandau-Hilleprand Alfred, Freiherr v. H. H.
39. 1903.
Ordner.
40. 1904 (Ersatzmann).

Pratv Johann, Freiherr v. A. H. — Tirol.
7. 1874.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Pratobevera Adolf, Freiherr v., Dr. A. H. — Niederösterreich.
1. 1868.
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872. H. H.
Mitglied des Budgetausschusses.

Pratobevera Adolf, Freiherr v., Dr. H. H.
Redner:
Bezüglich der Lokalitäten für die Abhaltung der Sitzungen. **1**, 3.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **1**, 93.
„ (Spezialdebatte). **1**, 114, 130, 134, 333.
Kriegsmarine (Spezialdebatte). **1**, 151, 305.
Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **1**, 169, 183, 359.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **1**, 236.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 215, 229.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **1**, 253.
Finanzministerium. **1**, 280, 284.
Kriegsmarine. **5**, 43.
Formaler Antrag: Wahl eines Budgetausschusses. **1**, 245.

Prajak Otakar, Freiherr v., Dr. A. H. — Mähren.
39. 1903.

Pretis-Cagnodo Sisinio, Freiherr v. H. H.
26. 1890.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Prettner Veit. A. H. — Kärnten.
29. 1893 (Ersatzmann).

Primavesi Robert. A. H. — Mähren.
36. 1900 (Ersatzmann).

Prokopowicz Josef. A. H. — Bukowina.
2. 1869 (Ersatzmann).

Promber Adolf, Dr. A. H. — Mähren.
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).
10. 1877 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Giskra zum Delegierten gewählt.
Schriftführer.
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
14.—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
18. 1883 (Ersatzmann).
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Sturm als Delegierter einberufen.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
26. 1890.
27. 1891.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Digitized by Google

Promber Adolf, Dr. A. H. — Mähren.
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.
Generalberichterstatter: Budget 1897. **32**, 308.
Berichterstatter:
Petitionen. **27**, 67.
Okkupationskredit. **32**, 149, 160, 307.
Redner:
Okkupationskredit. **11**, 379.
Heeresextraordinarium (Generaldebatte). **24**, 87.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **25**, 54.
„ „ **26**, 62, 64.
„ „ **27**, 55.
Petition der Stadt Brünn um Verlegung der Pulvermagazine. **28**, 240.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **30**, 208.

R.

Raab Eduard, Ritter v. A. H. — Niederösterreich.
13. 1880.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
17. 1882.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Petitionen. **13**, 205, **207**, 219.
Petition. **17**, 81.

Rabl Josef, Dr. A. H. — Triest.
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
14.—**16.** 1881/1882 (Ersatzmann).
Infolge Niederlegung des Reichsratsmandates für die XV. (a. o.) Session die Neuwahl eines Ersatzmannes der Delegation notwendig. **15**, 2.

Radimský Johann. A. H. — Böhmen.
28. 1892 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).

Radmann Josef, Dr. A. H. — Dalmatien.
2. 1869 (Ersatzmann).

Rammer Matthias. A. H. — Oberösterreich.
28. 1892 (Ersatzmann).
30. 1894.
Verifikator.

Rapp Franz, Dr. A. H. — Tirol.
3. 1870 (Ersatzmann).
4. 1871 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Greuter zum Delegierten gewählt.

Rapp Johann, Dr. A. H. — Tirol.
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896 (Ersatzmann).

Rauscher Josef Othmar, Ritter v., Kardinal, Fürsterzbischof. H. H.
1. 1868.
Alterspräsident.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 243.
Redner: Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **1**, 1.

Razlag Radoslaw, Dr. A. H. — Krain.
7. 1874 (Ersatzmann).
8. 1875 (Ersatzmann).

Rechbauer Karl, Dr. A. H. — Steiermark.
1. 1868.
Mitglied des Geschäftsordnungsausschusses und Budgetausschusses.
2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874.
Präsident.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
Vizepräsident.
9. 1876.
Präsident.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Gebarungsresultate mit dem Heeresordinarium für 1868. **1**, 372.
Petitionen. **3**, 512.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Diplomatische Auslagen). **1**, 32, 258.

Digitized by Google

Rechbauer Karl, Dr. A. H. — Steiermark.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **1**, 83.
„ (Spezialdebatte). **1**, 118, 123, 128, 323; Minoritätsberichterstatter: 330, 336, 346, 347.
Kriegsmarine (Spezialdebatte). **1**, 149, 302, 304.
Heeresextraordinarium (Generaldebatte). **1**, 159.
„ (Spezialdebatte). **1**, 166, 175, 176, 189, 196, 352, 355, 369.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 209, 216, 220.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds — Minoritätsberichterstatter). **1**, 251, 258.
Finanzministerium. **1**, 281.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2**, 17.
„ „ „ (Spezialdebatte — diplomatische Auslagen). **2**, 55.
Heeresordinarium (Generaldebatte — Minoritätsberichterstatter). **2**, 99, 121.
Heeresordinarium (Spezialdebatte — Minoritätsberichterstatter). **2**, 132, 167, 236.
Kriegsmarine. **2**, 204, 221, 226.
Heeresextraordinarium. **2**, 274; Minoritätsberichterstatter: **2**, 284, 285; 356 (Differenzen).
Kriegsministerium (Nachtragskredit). **2**, 308, 317.
Petition, betreffend das Lieferungswesen. **2**, 331.
Ministerium des Äußern (Differenzen — Lloyd). **2**, 351.
Nachtragskredite zum Kriegsministerium. **3**, 14.
Heeresordinarium (Minoritätsberichterstatter). **3**, 50.
„ (Generaldebatte). **3**, 75.
„ (Spezialdebatte). **3**, 112, 155, 177, 203.
Heeresextraordinarium. **3**, 371, 389.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **3**, 244.
Schlußrechnung und Nachtragskredite pro 1868. **3**, 335.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 431, 449, 466.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 88, 113, 124.
Heeresextraordinarium. **4**, 165, 167.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **5**, 22.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 78, 100, 146, 175.
„ (Generaldebatte). **6**, 44.
„ (Spezialdebatte). **6**, 53, 55, 57, 64, 67.
Kriegsmarine. **6**, 114.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **7**, 2.
„ beim Schlusse der Session. **7**, 229.
„ als Vizepräsident beim Beginne der Session. **8**, 3.
„ als Präsident beim Beginne der Session. **9**, 2.
„ „ „ „ Schlusse der Session. **9**, 234, 236.

Interpellation: Aufhebung der das Vereins- und Versammlungsrecht und die Preßfreiheit beim Militär beschränkenden Verordnungen. **1**, 313.

Rechberg Bernhard, Graf. H. H.
1. 1868.
Bei der Nachwahl gewählt.
2. 1869.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.

Rechberg Bernhard, Graf. H. H.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879.
Redner:
Heeresextraordinarium. **1**, 362.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2**, 21, 38.
Kriegsmarine. **2**, 216.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **3**, 246.
Kriegsmarine. **3**, 311.
„ **6**, 117.

Reicher Heinrich, Dr. A. H. — Steiermark.
21. 1886.
Mitglied des Petitionsausschusses.
22. 1887.
Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **21**, 86.

Reinelt Karl, Freiherr v. H. H.
21. 1886.
Ordner.
22. 1887.
23. 1887.
Verifikator.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.
28. 1892.
32. 1896 (Ersatzmann).
Berichterstatter: Kriegsmarine. **26**, 9. 212.

Renney v. **Heraszény** Orestes. A. H. — Bukowina.
10. 1877 (Ersatzmann).

Reyer Konstantin, Freiherr v. H. H.
1. 1868 (Ersatzmann).

Reschauer Heinrich. A. H. — Böhmen.
17. 1882.
Delegiertenmandat niedergelegt. **17**, 6.

Revertera Friedrich, Graf. H. H.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887.
Präsident.

Digitized by Google

Revertera Friedrich, Graf. H. H.

24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **23**, 2.
Ansprache als Präsident anläßlich der Erkrankung des deutschen Kronprinzen. **23**, 9.
Ansprache als Präsident anläßlich des Namensfestes der Kaiserin. **23**, 24.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **23**, 44.
Heeresextraordinarium (Generaldebatte). **24**, 88.

Rhomberg Adolf. H. H.

38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904.
Ordner.

Redner: Heeresextraordinarium. **40**, 305.

Rhomberg August. A. H. — Vorarlberg.

3. 1870 (Ersatzmann für Triest und Küstenland).
4. 1871 (Ersatzmann für Görz).
5. 1872 (Ersatzmann).

Richter Franz. A. H. — Niederösterreich.

20. 1885.
Schriftführer.
24. 1888.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
27. 1891.
Schriftführer.
28. 1892.
Mitglied des Petitionsausschusses.
32. 1896.

Berichterstatter: Petition. **24**, 93, 96.

Redner:
Vorlage, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 47·3 Millionen Gulden. **24**, 100.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **27**, 48.
Petition des gewesenen Hauptmannes Normann um Erwirkung einer gerichtlichen Untersuchung. **27**, 68.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **28**, 35.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **32**, 72.
Petition wegen Entschädigung für Feldschäden. **32**, 304, 305.

Ricy Theobald, Freiherr v. H. H.

7. 1874.
12. 1879 (Ersatzmann).

Rieger Franz Ladislaus, Dr. A. H. — Böhmen.

12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.

Rieger Franz Ladislaus, Dr. A. H. — Böhmen.

21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
24. 1888.
25. 1889.
26. 1890.

Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **26**, 176.

Riese-Stallburg Anton, Freiherr v. A. H. — Böhmen.

11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Herbst zum Delegierten gewählt.

Rigler Franz. A. H. — Niederösterreich.

30. 1894.
Verifikator.
35. 1899.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **30**, 223.

Ritter Valerius. A. H. — Kärnten.

3. 1870.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.
4. 1871 (Ersatzmann).
5. 1872 (für Salzburg).
Mitglied des Petitionsausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **6**, 10.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879.
Mitglied des Petitionsausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Delegiertenmandat niedergelegt. **17**, 7.
20. 1885 (Ersatzmann).

Berichterstatter:
Finanzministerium. **7**, 13 und Differenzen hiebei. **7**, 155.
Zollgefälle. **7**, 32 und Differenzen hiebei. **7**, 156, 207.
Pensionierung des außerordentlichen Ministers Freiherrn v. Schwarz-Senborn. **11**, 12.

Digitized by Google

Ritter Valerius, A. H. — Kärnten.

Finanzministerium. **11**, 13, 151.
Zollgefälle. **11**, 149.
Oberster Rechnungshof. **13**, 10.
Finanzministerium. **13**, 10.
Nuntien über Finanzministerium, Rechnungshof und Zollgefälle. **13**, 203.
Rechnungshof. **14**, 10.
Finanzministerium. **14**, 11.
Zollgefälle. **14**, 53 und Differenzen darüber. **14**, 206.

Ritter-Zahony Hektor, Freiherr v. H. H.

1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Oktavian Klinsky zum Delegierten gewählt.
2. 1869.
5. 1872.
Verifikator.
6. 1873.
7. 1874 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Ignaz Plener als Delegierter einberufen.
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Creneville als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
10. 1877 (Ersatzmann).

Rizzi Ludwig, Dr. A. H. — Istrien.

25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890.
27. 1891 (Ersatzmann).
29. 1893.
30. 1894 (Ersatzmann).
32. 1896.
Verifikator.
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904 (Ersatzmann).

Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **35**, 208.
Kriegsmarine. **35**, 234.
„ **37**, 332.

Rodich Gabriel, Freiherr v., Feldzeugmeister. H. H.

21. 1886.
Mitglied des Petitionsausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Delegiertenmandat niedergelegt. **23**, 8.
24. 1888.
Mitglied des Petitionsausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Rodler Wilhelm, Dr. A. H. — Niederösterreich.

11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Kuranda zum Delegierten gewählt.
Schriftführer.

Rogl Johann. A. H. — Oberösterreich.

24. 1888 (Ersatzmann).
27. 1891 (Ersatzmann).
29. 1893.
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896 (Ersatzmann).
33. 1897.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **29**, 81.

Romaszkan Nikolaus, Freiherr v. H. H.

1. 1868 (Ersatzmann).
2. 1869 (Ersatzmann).

Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst. H. H.

7. 1874.
Mitglied des Petitionsausschusses.
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).
10. 1877 (Ersatzmann).
11. 1878.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
13. 1880 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Adolf Auersperg als Delegierter einberufen.
17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Porcia als Delegierter einberufen.
Delegiertenmandat niedergelegt. **17**, 71.
18. 1883.
Schriftführer.
19. 1884 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Viktor Widmann als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt. **19**, 6.
20. 1885 (Ersatzmann).
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Abt Karl zum Delegierten gewählt.
23. 1887 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Eduard Fürstenberg zum Delegierten gewählt.
Schriftführer.
24. 1888.
28. 1892 (Ersatzmann).
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).

Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Eisernes Tor). **13**, 40.

Digitized by Google

Roser Franz, Dr. A. H. — Böhmen.

5. 1872.
13. 1880 (Ersatzmann).

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). 5, 168.

Interpellation: Strafprozeß Karmelin in Stanislau wegen Assentierungsschwindel. 5, 15.

Roßbacher Rudolf, Freiherr v., Feldzeugmeister. H. H.

8. 1875.
9. 1876.
Verifikator.
13. 1880 (Ersatzmann).
14.—16. 1881/1882.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.

Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte) 8, 45.
Heeresextraordinarium. 8, 135.
„ 9, 182, 185, 186.
„ 14, 41, 51.

Roszkowski Gustav, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.

35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902 (Ersatzmann).

Rott Josef, Dr. A. H. — Bukowina.

31. 1895 (Ersatzmann).

Rotkmayr Jakob. A. H. — Salzburg.

27. 1891.
28. 1892 (Ersatzmann).
29. 1893.
30. 1894 (Ersatzmann).
32. 1896.

Redner:
Petition der Stadtgemeinde Oberndorf. 29, 244.
Petition wegen Entfernung einer Militärschießstätte bei Salzburg. 32, 307.

Ruczka Ludwig. A. H. — Galizien.

32. 1896 (Ersatzmann).

Ruß Viktor Wilhelm, Dr. A. H. — Böhmen.

4. 1871.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
8. 1875.
9. 1876.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.

Ruß Viktor Wilhelm, Dr. A. H. — Böhmen.

13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:
Kriegsmarine. 11, 24 und Differenzen. 11, 152, 322, 327.
Ministerium des Äußern (Nachtragskredit). 11, 351.
Differenzen. 11, 404.
Kriegsmarine. 12, 83, 164 und Differenzen. 12, 190.
„ 13, 163, 165, 166, 169 und Nuntium darüber. 13, 204.
Heeresordinarium. 14, 32, 33, 35 und Differenzen darüber. 14, 204.
Vorlage über das a. o. Heereserfordernis von 8 Millionen Gulden zur Unterdrückung der im Süden der Monarchie und im Okkupationsgebiete ausgebrochenen Bewegung. 15, 5, 33, 36, 37.
Vorlage über das a. v. Heereserfordernis von 23,733.000 fl. zu obigem Zwecke. 16, 5, 18 und Differenzen hierüber. 16, 25, 30, 31, 35, 39 (Antrag auf Vornahme einer gemeinsamen Abstimmung), 43.
Kriegsmarine. 27, 137, 139, 140, 188.
„ 28, 181, 186, 244.
„ 29, 115, 262.
„ 30, 62, 66, 68.
„ 31, 54, 70, 74, 338.
„ 32, 167, 307.
„ 35, 225, 239.

Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). 8, 49.
„ (Bedeckung). 9, 174.
Heeresextraordinarium. 9, 180.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). 11, 249.
Erteilung der Indemnität für das Kriegsministerium und einen Nachtragskredit anläßlich der Okkupation Bosniens. 11, 366, 369.
Okkupationskredit. 11, 387.
Petition. 13, 207.
Kriegsmarine. 14, 91.
Antrag auf eine Dotation für die Witwe des Feldmarschall-leutnants Uchatius. 14, 214.

Digitized by Google

Ruß Viktor Wilhelm, Dr. A. H. — Böhmen.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Lloyd). **26**, 180.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **28**, 81.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **31**, 28.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **31**, 339.
Budgetprovisorium. **35**, 32.
Formaler Antrag: Wahl des Budgetausschusses. **31**, 4.

Rutowski Tadeusz, Dr. A. H. — Galizien.
33. 1897.
Verifikator.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.

Ryba Vilém, Dr. A. H. — Böhmen.
39. 1903.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 464.
„ (Spezialdebatte). **39**, 665.

Rydzowski Andreas, Dr. A. H. — Galizien.
10. 1877 (Ersatzmann).
An Stelle des als Mitglied einberufenen Ersatzmannes Rylski zum Ersatzmann gewählt.
11. 1878 (Ersatzmann).
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880.

Rygar Anton, Dr. A. H. — Mähren.
2. 1869 (Ersatzmann).

Rylski Eustach, Ritter v. A. H. — Galizien.
5. 1872.
10. 1877 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Smarzewski zum Delegierten gewählt.
11. 1878.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Czerkawski zum Delegierten gewählt.

S.

Sajfert Franz, A. H. — Böhmen.
39. 1903.

Salm-Reifferscheid Franz, Altgraf. H. H.
1. 1868.
3. 1870.
4. 1871 (Ersatzmann).
6. 1873 (Ersatzmann).
7. 1874.
Delegiertenmandat niedergelegt. **7**, 9.

Salm-Reifferscheid Franz, Altgraf. H. H.
9. 1876 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Creneville als Delegierter einberufen.
10. 1877.
11. 1878.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 11.
17. 1882.

Salm-Reifferscheid Louis, Altgraf. A. H. — Böhmen.
3. 1870.
7. 1874.
Delegiertenmandat niedergelegt. **7**, 85.

Salvadori Johann. A. H. — Tirol.
29. 1893.
31. 1895.
32. 1896.
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **29**, 78.
„ (Generaldebatte). **31**, 238.
Okkupationskredit. **31**, 280.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **32**, 61.

Sanguszko-Lubartowicz Eustach, Fürst. H. H.
20. 1885.
26. 1890 (Ersatzmann).

Sapieha Adam, Fürst. H. H.
13. 1880 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Oswald Thun als Delegierter einberufen.
14.—16. 1881/1882.
Verifikator.
17. 1882.
Verifikator.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.

Sapieha Leo, Fürst. H. H.
3. 1870.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Sapieha Paul, Fürst. A. H. — Galizien.
35. 1899 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Sawczyński Sigismund. A. H. — Galizien.
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Madeyski als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Sawczyński Sigismund, A. H. — Galizien.
25. 1889.
Schriftführer.

Schachinger Georg, A. H. — Oberösterreich.
35. 1899.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Heeresordinarium. **35**, 214.

Schaffer Adolf, Dr. A. H. — Krain.
7. 1874.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
8. 1875.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
10. 1877 (Ersatzmann).
An Stelle des zum Mitgliede gewählten Ersatzmannes Langer-Podgorc gewählt.
Berichterstatter:
Petitionen. **7**, 191.
„ **8**, 185.
Redner: Petitionen (Lieferungswesen). **7**, 162.

Schalk Anton, Dr. A. H. — Böhmen.
40. 1904.
Delegiertenmandat niedergelegt. **40**, 81.

Scharschmid v. Adlertreu Max, Freiherr. A. H. — Böhmen.
6. 1873 (für Galizien).
Bei der Nachwahl gewählt.
7. 1874.
Mitglied des Petitionsausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Petitionsausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Petitionsausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879.
Mitglied des Petitionsausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Berichterstatter: Petitionen. **7**, 160, 189; **8**, 187; **9**, 187; **12**, 87, 165.
Redner:
Heeresextraordinarium. **6**, 75.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **9**, 116.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11**, 266.
Okkupationskredit. **11**, 387, 389.
„ **14**, 81.

Schaumburg-Lippe Wilhelm, Prinz, General der Kavallerie. H. H.
3. 1870.
Redner: Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 425.

Schaup Wilhelm, Dr. A. H. — Oberösterreich.
3. 1870.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

Schaup Wilhelm, Dr. A. H. — Oberösterreich.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 317.
Berichterstatter:
Ministerium des Äußern (Dispositionsfonds). **3**, 257.
Petitionen. **5**, 202.
Ministerium des Äußern. **6**, 91 und Differenzen bei diesem Budget. **6**, 145, 159.
Verhandlungen einer Enquetekommission, betreffend das Lieferungswesen. **6**, 133.
Ministerium des Äußern. **7**, 10, 208.
„ „ „ **8**, 20 und Differenzen bei diesem Budget. **8**, 76, 182.
Ministerium des Äußern. **9**, 38.
60 Millionen-Kredit. **10**, 77, 203.
Subventionierung der Flüchtlinge aus Bosnien und der Hercegovina. **10**, 179, 202, 317.
Ministerium des Äußern. **10**, 259 und Differenzen bei diesem Budget. **10**, 356.
Nachtragskredit zu Unterstützungen für Flüchtlinge aus Bosnien und der Hercegovina. **11**, 167.
Ministerium des Äußern. **11**, 177.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **3**, 70.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 442.
Kriegsmarine. **7**, 36.
Petition (Kavallerickaserne in Wels). **7**, 141.
Kriegsmarine. **8**, 99.
„ **10**, 271, 275.
„ **11**, 26, 27.
Heeresextraordinarium. **11**, 68.
Formaler Antrag: Namentliche Abstimmung beim Budget des Kriegsministeriums. **9**, 153.

Scheicher Josef, Dr. A. H. — Niederösterreich.
33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Erklärung bezüglich Teilnahme an den Delegationsverhandlungen. **33**, 3.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **33**, 84, 166.
Okkupationskredit. **33**, 191.
Zollgefälle. **33**, 371.

Digitized by Google

Scheicher Josef, Dr. A. H. — Niederösterreich.

Interpellationen:
Betreffend die Erzeugung und Lieferung der für den Bergbau unentbehrlichen Sprengstoffe. **33, 56;**
betreffend die Handhabung der Sprengmittelverordnung vom Jahre 1877. **33,** 382.

Schider Georg, A. H. — Salzburg.

27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892.
Verifikator.
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894.
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896 (Ersatzmann).

Schier Josef. A. H. — Böhmen.

2. 1869.
Verifikator.
5. 1872.
Verifikator.
6. 1873.
Verifikator.
7. 1874.
Verifikator.
8. 1875 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Kardasch als Delegierter einberufen.
9. 1876.
Verifikator.
10. 1877.
Verifikator.
11. 1878.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.
13. 1880.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Verifikator.
17. 1882.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.
18. 1883.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petition. **11,** 151.

Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **10,** 300.

Formaler Antrag: Namentliche Abstimmung über den 60 Millionen-Kredit. **10,** 172.

Schindler Alexander Julius. A. H. — Niederösterreich.

1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Breftel als Delegierter einberufen.
Mitglied des Budgetausschusses.

Schindler Alexander Julius. A. H. — Niederösterreich.

Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **1,** 29 (Dispositionsfonds); **1,** 41, 266 (Diplomatische Auslagen).
Heeresordinarium (Generaldebatte). **1,** 90.
„ (Spezialdebatte). **1,** 114, 117, 127, 128, 328, 335, 343.
Kriegsmarine (Spezialdebatte). **1,** 146, 147, 149, 303, 307.
Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **1,** 170, 186.
Finanzministerium. **1,** 281.

Interpellation: Erteilung von österreichischen Pässen an Hannoveraner. **1,** 55.

Schindler Karl. A. H. — Böhmen.

19. 1884 (Ersatzmann).
20. 1885.
21. 1886.
Ordner.
22. 1887.
23. 1887.
24. 1888.
Ordner.

Schlegel Josef. A. H. — Steiermark.

2. 1869 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Kaiserfeld als Delegierter einberufen.

Schlegel Josef, Dr. A. H. — Oberösterreich.

37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.

Schmerling Anton, Ritter v. H. H.

1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1,** 243.
4. 1871.
Präsident.
6. 1873.
Präsident.
8. 1875.
Präsident.
10. 1877.
Delegiertenmandat niedergelegt. **10,** 8.
12. 1879.
Alterspräsident.
Präsident.
Präsident bei einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Delegationen.
14.—16. 1881/1882.
Alterspräsident.
Präsident.

Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **1,** 29 (Dispositionsfonds); 39 (Diplomatische Auslagen).
Heeresordinarium (Generaldebatte). **1,** 70.

Digitized by Google

Schmerling Anton, Ritter v. H. H.
Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **1**, 175, 185.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 212.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **4**, 2.
„ beim Schlusse der Session. **4**, 243, 245.
„ als Präsident beim Beginne der Session. **6**, 2.
„ beim Schlusse der Session. **6**, 199.
„ als Präsident beim Beginne der Session. **8**, 2.
„ beim Schlusse der Session. **8**, 225, 228.
„ als Alterspräsident beim Beginne der Session. **12**, 1.
„ als Präsident beim Beginne der Session. **12**, 2.
„ „ „ „ Schlusse der Session. **12**, 227, 229.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **14**, 1.
„ „ Präsident beim Beginne der Session. **14**, 2.
„ „ „ „ Schlusse der Session. **14**, 238, 240.
Ansprache als Präsident beim Beginne der außerordentlichen Session. **15**, 1.
Ansprache als Präsident am Schlusse der außerordentlichen Session. **15**, **37**.
Ansprache als Präsident beim Beginne der außerordentlichen Session. **16**, 1.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der außerordentlichen Session. **16**, 44, 45.
Formale Anträge:
Vorschlag über die Arbeitseinteilung der Delegation. **4**, 48.
„ „ „ Beratung des Budgets des Kriegsministeriums. **4**, 58.

Schmerling Josef, Ritter v., Feldzeugmeister. H. H.
12. 1879.
13. 1880.
Alterspräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—**16.** 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Ansprache als Alterspräsident. **13**, 1.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **13**, 56, 59, 66.

Schmiderer Josef, Dr. A. H. — Steiermark.
17. 1882 (Ersatzmann).
18. 1883 (Ersatzmann).

Schmidt Anton, A. H. — Mähren.
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884 (Ersatzmann).
20. 1885 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).

Schmidt v. **Altenheim** Konrad, Freiherr. H. H.
14.—**16.** 1881/1882 (Ersatzmann).

Schneeburg Rudolf, Freiherr v. A. H. — Tirol.
26. 1890 (Ersatzmann.)

Schneid v. **Treuenfeld** Josef, Ritter. A. H. — Krain.
14.—**16.** 1881/1882 (Ersatzmann).

Schneider Ernst. A. H. — Niederösterreich.
35. 1899.
Verifikator.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 96, 198.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 414.
„ „ „ (Spezialdebatte). **35**, 463.
„ „ „ (Generaldebatte). **39**, 159, 198.
„ „ „ (Spezialdebatte). **39**, 209.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 624.
„ (Spezialdebatte). **39**, 654.
Heeresextraordinarium. **39**, 682.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **40**, 68.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **40**, 107.
Kriegsmarine. **40**, 377.
Interpellation: Betreffend die Errichtung einer in staatlicher Verwaltung stehenden Herberge und eines Informationsbureaus für Auswanderer in New-York. **40**, 275.

Schöffel Josef. A. H. — Niederösterreich.
7. 1874.
Schriftführer.
10. 1877.
18. 1883.
Schriftführer.
Redner: 60 Millionen-Kredit. **10**, 84.

Schoeller Alexander, Ritter v. H. H.
1. 1868 (Ersatzmann).
Mandat niedergelegt. **1**, 243.

Schoeller Paul, Ritter v., H. H.
39. 1903 (Ersatzmann.)
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Oswald Thun-Salm als Delegierter einberufen.
40. 1904.
Schriftführer.

Schoeller Philipp, Ritter v. H. H.
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900.
37. 1901.
Delegiertenmandat niedergelegt. **37**, 7.

Schönbach Anton. A. H. — Bukowina.
6. 1873 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.

Schönborn Friedrich, Graf. H. H.
14.—**16.** 1881/1882.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Digitized by Google

Schönborn Friedrich, Graf. H. H.
18. 1883.
Mitglied des Petitionsausschusses.
24. 1888 (Ersatzmann).
37. 1901.
38. 1902.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 187.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **37**, 280.
" " " " **38**, 151.
" " " (Spezialdebatte). **38**, 171.
Heeresextraordinarium. **38**, 361.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **38**, 560.
Budgetprovisorium. **39**, 63.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 171.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 567.
Heeresextraordinarium. **39**, 676.

Schönburg-Hartenstein Alexander, Fürst. H. H.
6. 1873.
7. 1874.
Verifikator.
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876.
10. 1877.
Mitglied des Petitionsausschusses.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
27. 1891.
Präsident.
Redner:
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **27**, 2.
Ansprache anläßlich des Ablebens des Erzherzogs Heinrich. **27**, 43.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **27**, 190.

Schönburg-Hartenstein Alois, Fürst. H. H.
36. 1900.
37. 1901.
Mitglied des Petitionsausschusses.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **36**, 193.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 191.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 560.

Schönburg-Hartenstein Heinrich Eduard, Fürst. H. H.
1. 1868.
Mandat niedergelegt. **1**, 248.
3. 1870 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Mensdorff Alfons als Delegierter einberufen.

Schorn Johann, Dr. A. H. — Tirol.
29. 1893.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Petitionen, betreffend die Studentenverbindungen angehörenden Reserveoffiziere. **29**, 248.

Schrank Johann Ferdinand, Dr. A. H. — Niederösterreich.
10. 1877 (Ersatzmann).

Schreiner Moriz, Ritter v. H. H.
37. 1901 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Schücker Zdenko, Dr. A. H. — Böhmen.
34. 1898.
Verifikator.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 18.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **34**, 200.
Nachtragskredit von 30·1 Millionen Gulden zum Heeresextraordinarium. **34**, 361.
Interpellation: Betreffend das Verfahren hinsichtlich der Bewilligung zur Erzeugung von Sprengmitteln. **34**, 12.

Schüller Friedrich Julius. H. H.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).

Schürer Franz. A. H. — Niederösterreich.
6. 1873 (Ersatzmann).

Schwarz Franz. A. H. — Böhmen.
32. 1896.
Mitglied des Petitionsausschusses.
33. 1897.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **32**, 29.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **32**, 144.

Schwarzenberg Johann Adolf, Fürst. H. H.
1. 1868.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 122.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **1**, 250.
Ansprache an den Vorsitzenden beim Schlusse der Session. **1**, 391.

Schwarzenberg Karl, Fürst. H. H.
13. 1880.
14.—16. 1881/1882.
Delegiertenmandat niedergelegt. **14**, 6.

Digitized by Google

Scrinzi Johann, Ritter v. **Monterrore**, Dr. A. H. — Triest.
1. 1868 (für Vorarlberg).
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
Mandat als Abgeordneter niedergelegt. **1**, 244.
5. 1872. H. H.
6. 1873.
7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876.
10. 1877.
Verifikator.
11. 1878.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.
17. 1882. — Freiherr v.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Mitglied des Petitionsausschusses.
19. 1884 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Otto Traun als Delegierter einberufen.

Redner:
Kriegsmarine. **5**, 51, 52.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 147.
Kriegsmarine. **6**, 106, 116.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **7**, 13.
Kriegsmarine. **7**, 38, 43.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **9**, 147.
Nachtragskredite für das Ministerium des Äußern und Kriegsministerium pro 1877. **10**, 183, 186.
Kriegsmarine. **10**, 272, 275.
Okkupationskredit. **11**, 311.

Formaler Antrag: Schluß der Debatte. **7**, 175.

Interpellation: Betreffend die Ostasiatische Expedition. **1**, 233.

Sedlnitzky Ernst, Freiherr v. A. H. — Schlesien.
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902.
Ordner.

Sehnal Václav. A. H. — Böhmen.
39. 1903 (Ersatzmann).

Seidl Anton. A. H. — Mähren.
33. 1897 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Seidemann Heinrich. A. H. — Böhmen.
5. 1872.
7. 1874.
9. 1876 (Ersatzmann).
10. 1877 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).
Bei der Ersatzwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Klier zum Delegierten gewählt.

Seilern und **Aspang** Karl, Graf. H. H.
19. 1884.
Mitglied des Petitionsausschusses.
20. 1885 (Ersatzmann).

Serényi Otto, Graf. A. H. — Mähren.
28. 1892 (für Böhmen).
35. 1899.
Schriftführer.

Seyffertitz Karl, Freiherr v. A. H. — Vorarlberg.
1. 1868 (Ersatzmann für Görz).
Mandat als Abgeordneter niedergelegt. **1**, 244.

Siegmund Adolf. A. H. — Böhmen.
26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891.

Siemieński-Trwicki Wilhelm, Graf. H. H.
9. 1876 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Trennenville als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
11. 1878 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892 (Ersatzmann).
29. 1893 (Ersatzmann).
31. 1895 (Ersatzmann).

Skala Hugo. A. H. — Steiermark.
32. 1896 (Ersatzmann).

Skene Alfred son. A. H. — Mähren.
1. 1868.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 244.

Redner:
Beschließung der Geschäftsordnung. **1**, 9.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **1**, 39 (Diplomatische Auslagen).
Heeresordinarium (Generaldebatte). **1**, 78.
„ (Spezialdebatte). **1**, 116, 119, 121, 126.
Kriegsmarine (Spezialdebatte). **1**, 147, 148.
Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **1**, 164, 169, 176, 188.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 205, 208, 213, 224.

Skene Alfred v. jun. A. H. — Mähren.
39. 1903.

Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 446.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **39**, 728.

Interpellation: Betreffend die Herstellung der neuen Feldgeschütze (Bronze- oder Stahlrohre). **39**, 64.

Digitized by Google

Skrbensky-Hrzyskie Anton, Freiherr v. A. H. — Niederösterreich.

37. 1901.
Schriftführer.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 103.

Sláma František, Dr. A. H. — Böhmen.

30. 1894.

31. 1895.

32. 1896.

36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:
Okkupationskredit. **30**, 70.
„ **31**, 275.
„ **32**, 149.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **36**, 29.
Okkupationskredit. **36**, 262.

Interpellationen:
Betreffend die Militärschießstätte bei Pehlin. **30**, 11;
betreffend die Behandlung des österreichischen Staatsangehörigen Nikolaus Prossen durch die türkischen Behörden in Smyrna. **36**, 33.

Slavik Josef, Dr. A. H. — Böhmen.

21. 1886.

22. 1887.

23. 1888.

24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.

25. 1889.
Ordner.

26. 1890.
Verifikator.

Smarzewski Severin, Ritter v. A. H. — Galizien.

6. 1873.
Delegiertenmandat verloren. **6**, 10.

7. 1874.

8. 1875.

9. 1876.

10. 1877.
Delegiertenmandat niedergelegt. **10**, 219.

11. 1878.

Smolka Franz, Dr. A. H. — Galizien.

3. 1870 (Ersatzmann).

4. 1871.

7. 1874.

8. 1875.

9. 1876.

12. 1879.

13. 1880.

14.—16. 1881/1882.

Smolka Franz, Dr. A. H. — Galizien.

17. 1882.
Präsident.

18. 1883.

19. 1884.
Präsident.

20. 1885.
Alterspräsident.
Delegiertenmandat niedergelegt. **20**, 9.

21 und **22.** 1886/1887.
Alterspräsident.
Präsident.

24. 1888.
Alterspräsident.
Präsident.

Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 68, 71, 78, 121.
Heeresextraordinarium. **4**, 151, 162.
„ **7**, 131, 133, 134.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 52.
Heeresextraordinarium. **8**, 133.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **17**, 2.
„ „ „ „ anläßlich des Namensfestes der Kaiserin. **17**, 119.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **17**, 178.
„ „ „ „ Beginne „ „ **19**, 2.
Glückwünsche anläßlich des Namensfestes der Kaiserin. **19**, 121.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **19**, 156.
Ansprache als Alterspräsident beim Beginne der Session. **20**, 1.
Ansprache als Alterspräsident und als Präsident beim Beginne der Session. **21**, 1, 2.
Ansprache als Präsident anläßlich des Namensfestes der Kaiserin. **21**, 9.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **21**, 213.
„ „ „ „ „ „ außerordentlichen Session. **22**, 10.
Ansprache als Alterspräsident und als Präsident beim Beginne der Session. **24**, 2.
Ansprache als Präsident anläßlich des Todes des Kaisers Friedrich. **24**, 7.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **24**, 142.
Formaler Antrag: Formelle Abstimmungsfragen beim Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 78, 151.

Sochor v. Friedrichsthal Eduard, Freiherr. H. H.

27. 1891.

28. 1892 (Ersatzmann).

31. 1895 (Ersatzmann).

33. 1897 (Ersatzmann).

Sokolowski August, Dr. A. H. — Galizien.

33. 1897 (Ersatzmann).

35. 1899.

Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 186.

Digitized by Google

Sommaruga Guido, Freiherr v., Dr. A. H. — Niederösterreich.
26. 1890.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **26**, 50.

Spaur Julius, Graf. A. H. — Tirol.
24. 1888 (Ersatzmann).

Sprens Emanuel, Freiherr v. A. H. — Schlesien.
29. 1893.
40. 1904 (Ersatzmann).

Spiegel Graf v. **Dieſemberg** Chriſtoph. A. H. — Niederösterreich.
2. 1869.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2**, 13.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **2**, 111.
Kriegsmarine. **2**, 221.

Spinčić Alois. A. H. — Istrien.
28. 1892.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **28**, 27.
Okkupationskredit. **28**, 163.
Kriegsmarine. **28**, 181.

Sprung Franz, Ritter v. A. H. — Steiermark.
18. 1883.

Stadnicki Eduard, Graf. H. H.
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).

Stadnicki Johann, Graf. H. H.
31. 1895.
Delegiertenmandat niedergelegt. **31**, 9.

Stalič-Valriſano Karl, Ritter v. A. H. — Triest.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
26. 1890.
29. 1893.
30. 1894 (Ersatzmann).
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte, Lloyd). **26**, 183.
" " " (Spezialdebatte). **29**, 74.
" " " (Generaldebatte). **31**, 21.
Kriegsmarine. **31**, 62.
Formaler Antrag: Schluß der Debatte. **29**, 208.

Starhemberg Camillo Heinrich, Fürſt. H. H.
6. 1873 (Ersatzmann).
7. 1874 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Franz Salm als Delegierter einberufen, Mandat jedoch niedergelegt. **7**, 31.
26. 1890.
Verifikator.
27. 1891.
Verifikator.
28. 1892.
Verifikator.
29. 1893.
Verifikator.
30. 1894.
Verifikator.
31. 1895.
Verifikator.
32. 1896.
Verifikator.
33. 1897.
Verifikator.
34. 1898.
35. 1899.
Verifikator.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **26**, 42.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 39.

Starhemberg Ernſt Rüdiger, Fürſt. H. H.
38. 1902.
Verifikator.
39. 1903.
Schriftführer.
40. 1904 (Ersatzmann).

Starck Anton, Edler v. H. H.
3. 1870 (Ersatzmann).
Bei der Ersatzwahl zum Delegierten gewählt.

Steffens Peter. A. H. — Böhmen.
1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des als Delegierter einberufenen Ersatzmannes Lumbe gewählt.
2. 1869.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter: Kriegsmarine. **2**, 201, 338 (Differenzen).
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 184, 187.
Petitionen (Lieferungswesen). **2**, 292, 296.

Steidl Anton, Dr. A. H. — Böhmen.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889.
26. 1890.
Ordner.

Digitized by Google

Strin Franz. A. H. — Böhmen.
38. 1902.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **38**, 111, 157.
Heeresertraordinarium. **38**, 353.
Interpellationen:
Betreffend die fortgesetzten Pferdetransporte nach Südafrika. **38**, 69,
betreffend die Ausfolgung von Bettzeug an die Mannschaft bei Waffenübungen nach Maßgabe der Witterungsverhältnisse. **38**, 199,
betreffend die Militärschießstätte in Egelsee bei Krems. **38**, 398.

Steinmair Johann. A. H. — Oberösterreich.
4. 1871 (Ersatzmann).

Steinwender Otto, Dr. A. H. — Kärnten.
23. 1887.
Schriftführer.
32. 1896.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **32**, 41.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **32**, 66.

Strphanowiez Stephan. A. H. — Bukowina.
32. 1896 (Ersatzmann).

Sternbach Ferdinand, Freiherr v. A. H. — Tirol.
11. 1878 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
18. 1883.

Sternberg Jaroslav, Graf. H. H.
3. 1870 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Alfons Mensdorff als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt. **3**, 21.

Sterneck Richard, Freiherr v., Dr. A. H. — Kärnten.
25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890.
Schriftführer.

Steudel Johann. A. H. — Niederösterreich.
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876.
Redner:
Kriegsmarine. **9**, 20.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Diplomatische Auslagen). **9**, 52.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **9**, 150.
Interpellation: Betreffend die Verwundung eines Knaben durch einen Militärwachposten in Reichenberg. **9**, 38.

Stiegr Josef Valentin, Dr. A. H. — Salzburg.
1. 1868 (Ersatzmann).
2. 1869 (für Görz).
Mitglied des Budgetausschusses.

Stockau Friedrich, Graf. A. H. — Mähren.
6. 1873 (Ersatzmann für Galizien).
Bei der Nachwahl gewählt.

Stöger Josef, Dr. H. H.
29. 1893 (Ersatzmann).

Stöhr Anton, Dr. A. H. — Böhmen.
7. 1874.
Mitglied des Petitionsausschusses.
8. 1875.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
9. 1876.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
10. 1877.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
11. 1878.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses und des Budgetausschusses.
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Ordner.
17. 1882.
Ordner.
18. 1883.
Ordner.
26. 1890.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
29. 1893 (Ersatzmann).
Berichterstatter: Petitionen. **11**, 149; **26**, 134.
Interpellation: Betreffend den Ankauf des ehemals Rosenthalschen Grundcomplexes auf der Landstraße in Wien zur Erbauung eines Militärspitales. **8**, 19.

Stradi Nazario, Dr. A. H. — Istrien.
11. 1878.

Stránský Adolf, Dr. A. H. — Mähren.
33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.
34. 1898.
Ordner.
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.
36. 1900.
37. 1901.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter: Kriegsmarine. **33**, 243, 249, 379.

Digitized by Google

Stránský Adolf, Dr. A. H. — Mähren.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 44.
Nachtragskredit von 30·1 Millionen Gulden zum Heeresextraordinarium. **34**, 360, 365.
In Angelegenheit der Abhaltung der Delegationssitzungen. **35**, 9.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **35**, 82.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 444.
" " " (Spezialdebatte). **35**, 461.
" " " (Generaldebatte). **36**, 23.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 85.
Budgetprovisorium. **39**, 62.
Heeresextraordinarium. **40**, 288.

Interpellationen:

Betreffend die Verhaftung des Dr. Drbal anläßlich seiner Einrückung zur Waffenübung in Przemysl. **34**, 373;
betreffend die Information der österreichischen Öffentlichkeit über Beschlüsse der gemeinsamen Regierung. **35**, 19;
betreffend die Verurteilung von sieben Dragonern aus Prerau vor dem Kriegsgerichte in Olmütz. **35**, 21;
betreffend die Ausweisung böhmischer Arbeiter aus Deutschland. **37**, 461.

Strasoldo Leopold, Graf. A. H. — Görz und Gradiska.

3. 1870 (Ersatzmann).
4. 1871 (Ersatzmann für Vorarlberg).

Straß Karl, van der, Dr. A. H. — Mähren.

1. 1868.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874 (Ersatzmann).

Berichterstatter:

Umgestaltung des Personal- und Salariatstatus der subalternen Beamten des diplomatischen Korps und im Konsularwesen. **1**, 308, 309.
Ministerium des Äußern. **2**, 13, 52, 86 und Differenzen. **2**, 332, 349, 353.
Ministerium des Äußern (mit Ausschluß der Posten „Dispositionsfonds" und „Konsularwesen"). **3**, 215 und Differenzen. **3**, 524.
Ministerium des Äußern. **4**, 14, 24, 193, 217 und Differenzen. **4**, 209.
Umwandlung der Gesandtschaften in Berlin und Wien in Botschaften. **4**, 49.
Gnadengehalt für die Witwe Tegetthoffs. **4**, 49.
Petition der Diener des Obersten Rechnungshofes. **4**, 50.
Finanzministerium (Differenzen). **4**, 209.
Ministerium des Äußern. **5**, 15.
Nachtragskredit zum Ministerium des Äußern (Lloyd). **5**, 205.

Straß Karl, van der, Dr. A. H. — Mähren.

Redner:

Kriegsministerium (Nachtragskredite). **3**, 14.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **3**, 268.
Resolutionen zur Schlußrechnung pro 1869. **4**, 217.

Antrag: Reform des Militärgerichtswesens (Resolution). **1**, 380.

Formaler Antrag: Zuweisung von Petitionen. **3**, 12.

Straucher Benno, Dr. A. H. — Bukowina.

36. 1900 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Streer Ritter v. **Streerowitz** Adolf. A. H. — Böhmen.

1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Herbst als Delegierter einberufen.
5. 1872.
6. 1873.
Verifikator.
7. 1874.
Verifikator.
8. 1875.
Verifikator.
9. 1876.
Verifikator.
10. 1877.
Verifikator.
11. 1878.
Verifikator.
13. 1880.
14.—16. 1881/1883.
17. 1882.
18. 1883.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petitionen. **18**, 135, 157.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 334.
Anforderung auf Rechnung des Extraordinariums des Heeres. **10**, 47, 56.
60 Millionen-Kredit. **10**, 131.

Stürgkh Karl, Graf. A. H. — Steiermark.

27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
30. 1894.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
35. 1899.
36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Stürgkh Karl, Graf A. H. — Steiermark.

37. 1901.
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.
39. 1903.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34,** 67.
„ „ „ **36,** 64.
Heeresextraordinarium. **38,** 365.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39,** 458.

Formaler Antrag: Dringliche Behandlung der Voranschläge des Finanzministeriums, Obersten Rechnungshofes, Zollgefälles und der Schlußrechnung. **40,** 124.

Sturm Eduard, Dr. A. H. — Mähren.

2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
24. 1888.
Delegiertenmandat niedergelegt. **24,** 5.

Berichterstatter:

Kriegsministerium (Nachtragskredite). **3,** 13.
Budgetprovisorium für das I. Quartal. **10,** 9.
„ „ „ II. Quartal. **10,** 43, 202.
Nachtragskredite für das Ministerium des Äußern und das Kriegsministerium pro 1877. **10,** 181.

Sturm Eduard, Dr. A. H. — Mähren.

Heeresordinarium. **10,** 294 und Differenzen. **10,** 356.
„ **11,** 52 und Differenzen. **11,** 175, 318, 327.
Erteilung der Indemnität für das Kriegsministerium und Nachtragskredit anläßlich der Okkupation Bosniens. **11,** 360.
Okkupationskredit. **11,** 378.
Budgetprovisorium für Jänner und Februar 1880. **12,** 12.
Heeresordinarium. **12,** 71, 197.
Kriegsmarine (Differenzen) — an Stelle des Delegierten Ruß. **12,** 198.
Heeresordinarium. **13,** 55, 58, 61, 67.

Minoritätsberichterstatter:

Heeresordinarium (Bedeckung). **9,** 162.
Anforderung auf Rechnung des Extraordinariums des Heeres. **10,** 58.
60 Millionen-Kredit. **10,** 78.
Kriegsmarine. **10,** 267, 269.
„ **11,** 26, 30.
Heeresextraordinarium. **11,** 65.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **11,** 215.
Heeresextraordinarium (Differenzen). **12,** 197.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **12,** 229.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2,** 22; (Spezialdebatte — Diplomatische Auslagen). **2,** 62.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **2,** 115; (Spezialdebatte). **2,** 146, 155, 241, 251.
Heeresextraordinarium. **2,** 267.
Kriegsmarine. **2,** 205, 228, 229, 231.
Petitionen, das Lieferungswesen betreffend. **2,** 296.
Petition der Stadt Olmütz, betreffend Auflassung der Festungswerke **2,** 304.
Kriegsministerium (Nachtragskredit). **2,** 310, 319.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3,** 131, 202.
Heeresextraordinarium. **3,** 372, 379, 385, 386, 391.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **3,** 240.
Kriegsmarine. **3,** 303, 309.
Schlußrechnung und Nachtragskredit pro 1868. **3,** 339.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3,** 412, 481, 483, 486.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4,** 64, 70, 75 (formelle Abstimmungsfrage), 82, 128, 152 (formelle Abstimmungsfragen).
Kriegsmarine. **4,** 187, 188.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8,** 43, 53, 90.
Finanzministerium, **9,** 9.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **9,** 43, 47.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **9,** 93.
Okkupationskredit. **13,** 72.
Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 8 Millionen Gulden. **15,** 9, 26.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **17,** 11.
„ „ **21,** 18.

Formale Anträge:

Abhaltung der nächsten Sitzung. **10,** 114.
Wahl eines Petitionsausschusses. **12,** 8.
Wahl eines Budget- und eines Petitionsausschusses. **13,** 3.
„ „ „ „ „ „ **14,** 4.

Digitized by Google

Sturm Eduard, Dr. A. H. — Mähren.
Sofortige Vornahme der ersten Lesung der Vorlage eines außerordentlichen Heereserfordernisses von 23,733.000 fl. und Zuweisung an den Budgetausschuß. **16**, 2, 3.
Wiederholung der Wahl eines Petitionsausschusses. **18**, 8.
Interpellation: Betreffend die Vorlage des Friedensvertrages von San Stefano. **10**, 227.

Styrra Viktor, Freiherr v. A. H. — Bukowina.
17. 1882.
Delegiertenmandat niedergelegt. **17**, 5.

Styrza Eugen, Ritter v. A. H. — Bukowina.
3. 1870.
Delegiertenmandat niedergelegt. **3**, 45.

Suß Eduard, Dr. A. H. — Niederösterreich.
10. 1877.
Mitglied des Petitionsausschusses.
12. 1879.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
18. 1883.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Delegiertenmandat niedergelegt. **19**, 6.
23. 1887.
Mitglied des Petitionsausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.
28. 1892.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Mitglied des Budgetausschusses.
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Petition. **23**, 40.
Okkupationskredit. **28**, 99, 175, 244.
„ **29**, 180, 210, 263.
Ministerium des Äußern (in Vertretung des Delegierten Dumba). **30**, 12, 42, 300.
Okkupationskredit. **30**, 70, 92, 300.
„ **31**, 275, 293, 338.
Redner:
Budgetprovisorium. **10**, 15.
60 Millionen-Kredit. **10**, 153.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **13**, 26.
„ „ „ „ **18**, 13.
„ „ „ „ **23**, 9.

Suß Eduard, Dr. A. H. — Niederösterreich.
Okkupationskredit. **26**, 128.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **27**, 12.
„ „ „ (Spezialdebatte). **28**, 47.
Petition, betreffend die Studentenverbindungen angehörenden Reserveoffiziere. **29**, 252.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **31**, 35.
Formaler Antrag: Zuweisung einer Mitteilung des Ministers des Äußern an den Budgetausschuß. **10**, 221.

Suß Friedrich. A. H. — Niederösterreich.
24. 1888.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Petitionen, betreffend Heereslieferungen. **24**, 93, 96.

Svetec Lukas. A. H. — Krain.
1. 1868 (Ersatzmann).
2. 1869.
Schriftführer.
3. 1870.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petition. **3**, 350.
Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **2**, 48.
Formaler Antrag: Behandlung von Petitionen. **2**, 12.

Svoboda Heinrich. A. H. — Böhmen.
32. 1896.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Sylva-Taroucca Ernst, Graf. A. H. — Böhmen.
27. 1891 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Kaftan zum Delegierten gewählt.
Verifikator.
30. 1894 (Ersatzmann).
35. 1899.

Sylva-Taroucca Franz Josef, Graf. H. H.
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
32. 1896.
Delegiertenmandat niedergelegt. **32**, 10.
33. 1897.
Delegiertenmandat niedergelegt. **33**, 7.

Sylvester Julius, Dr. A. H. — Salzburg.
37. 1901.
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Sylvester Julius, Dr. A. H. — Salzburg.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904 (Ersatzmann).

Redner:

Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **38**, 170.
Okkupationskredit. **38**, 175.
Finanzministerium. **38**, 379.
Anfrage wegen Anfertigung eines Generalregisters über die stenographischen Protokolle der Delegation. **38**, 519.
Okkupationskredit. **39**, 239.
Finanzministerium. **39**, 287.
Antrag, betreffend Erhöhung der Militärpensionen. **39**, 412.
Heeresextraordinarium. **39**, 669.
Anfrage, betreffend die Herstellung eines Generalregisters zu den stenographischen Protokollen der Delegation. **39**, 82.
Formaler Antrag: Vornahme der ersten Lesung eines eingebrachten Antrages. **38**, 323.

Interpellationen:

Betreffend den Erlaß des Reichskriegsministers in Angelegenheit des Vereines pensionierter Offiziere und Militärbeamten. **37**, 14;
betreffend das ehrenrätliche Verfahren. **37**, 246;
betreffend Einflußnahme des österreichisch-ungarischen Konsulates in Konstantinopel auf den Austritt einiger Deutschösterreicher aus einem dortigen reichsdeutschen Vereine. **38**, 8;
betreffend die Subventionierung der deutschen Schulen in Bukarest und Konstantinopel. **38**, 68;
betreffend die Amtsführung der österreichisch-ungarischen Vertretungen im Auslande, insbesondere gegenüber österreichischen Gelehrten. **38**, 69;
betreffend die Ausschreibung des Mehlbedarfes der in Cisleithanien dislozierten Korps nach der ungarischen Type. **38**, 73;
betreffend die durch die Militär-Hufbeschlagschule in Graz den dortigen Schmieden bereitete Konkurrenz. **38**, 73;
betreffend verschiedene Maßnahmen der bosnischen Landesregierung. **38**, 200;
betreffend eine das Offizierskorps schädigende Verlautbarung der Wiener „Reichspost" vom 5. April 1902. **38**, 275;
betreffend die Lage der Arbeiter des Seearsenals in Pola. **39**, 471.

Szczepanowski-Prus Stanislaus. A. H. — Galizien.
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892.
Mitglied des Petitionsausschusses.
29. 1893.
30. 1894.
Mitglied des Petitionsausschusses.
31. 1895.
Mitglied des Petitionsausschusses.
32. 1896.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petitionen. **28**, 237; **30**, 304; **31**, 296, 298.

Szymonowicz Ignaz, Freiherr v., Dr. H. H.
2. 1869 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Oswald Thun als Delegierter einberufen.

Šrom Franz, Ritter v., Dr. A. H. — Mähren.
12. 1879.
Mitglied des Petitionsausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
Generalberichterstatter: Budget 1885. **19**, 155.
Berichterstatter:
Finanzministerium. **19**, 10.
Oberster Rechnungshof. **19**, 11.

Šukljе Franz, A. H. — Krain.
25. 1889 (Ersatzmann).
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.

Šuk Wenzel. A. H. — Böhmen.
30. 1894.
36. 1900.
Schriftführer.
Verifikator.

Šusteršič Ivan, Dr. A. H. — Krain.
33. 1897.
Mitglied des Petitionsausschusses.
37. 1901.
38. 1902.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Petitionen. **33**, 258.
Okkupationskredit. **39**, 222, 276.
„ **40**, 358, 366.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **38**, 306.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 165.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 582.
Heeresextraordinarium. **40**, 298.
Interpellationen:
Betreffend die Konkurrenz Bosniens und der Herzegovina gegenüber den Stammländern der Monarchie. **37**, 249;
betreffend den Bleibedarf der Kriegsverwaltung. **37**, 250;
betreffend Entschädigung der durch Schießübungen geschädigten Bewohner des Dorfes Dober. **37**, 320;
betreffend die Holzverkäufe der bosnischen Landesregierung. **38**, 397;
betreffend die Regelung der Stellung der Rechnungsunteroffiziere. **39**, 574.

Digitized by Google

T.

Tarnowski Stanislaus, Graf. A. H. — Galizien.
1. 1868 (Ersatzmann).
Mandat als Ersatzmann niedergelegt. 1, 244.

Tauſche Anton. A. H. — Böhmen.
13. 1880 (Ersatzmann).
14.—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des verstorbenen Delegierten Koţ v. Dobrź als Delegierter einberufen.
27. 1891 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Kaizl zum Delegierten gewählt.
Verifikator.
30. 1894.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petitionen. 30, 305.
Redner:
Okkupationskredit. 17, 122.
Heeresordinarium (Generaldebatte). 27, 45.
" " 30, 205.
" (Spezialdebatte). 30, 222.

Terlago Robert, Graf. A. H. — Tirol.
11. 1878.
Schriftführer.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). 11, 245.

Terſch Emil, Ritter v. A. H. — Mähren.
30. 1894.
Ordner.

Teuſchl Josef Michael. A. H. — Triest und Küstenland.
7. 1874.
8. 1875 (für Görz und Gradiska).
9. 1876 (für Görz und Gradiska).
Delegiertenmandat niedergelegt. 9, 67.
10. 1877 (für Görz und Gradiska).
Mitglied des Petitionsausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Legt sein Reichsratmandat nieder, daher für die XV. (außerordentliche) Session die Neuwahl eines Delegierten notwendig. 15, 2.
Redner:
Kriegsmarine. 7, 32, 35.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). 8, 20.
Kriegsmarine. 8, 96.
Petition. 10, 26.
60 Millionen-Kredit. 10, 128.
Nachtragskredite für das Ministerium des Äußern und das Kriegsministerium pro 1877. 10, 184, 187.
Kriegsmarine. 10, 266, 274.
" 11, 31, 36.
" 14, 89.

Theumer Ernst. A. H. — Böhmen.
4. 1871.

Thun-Hohenstein Emanuel, Graf. A. H. — Tirol.
5. 1872 (Ersatzmann).

Thun-Hohenstein Franz, Graf. H. H.
17. 1882.
Schriftführer.
18. 1883.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885 (Ersatzmann).
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
Delegiertenmandat niedergelegt. 22, 1.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
26. 1890.
33. 1897.
Präsident.
Berichterstatter:
Ministerium des Äußern. 21, 85, 213.
" " " 23, 9, 38.
" " " 24, 12.
" " " 25, 8, 149.
Redner:
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. 33, 4.
Glückwünsche anläßlich des Namensfestes der Kaiserin. 33, 9.
Mitteilung, betreffend die Besichtigung des Felixdorfer Schießstandes. 33, 13.
Nachruf für den Marinekommandanten Sterneck. 33, 165.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. 33, 384.

Thun-Hohenstein Friedrich, Graf. H. H.
13. 1880 (Ersatzmann).

Thun-Hohenstein Guido, Graf. A. H. — Böhmen.
1. 1868.
6. 1873 (Ersatzmann). H. H.
7. 1874 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Pipitz als Delegierter gewählt, Mandat jedoch abgelehnt. 7, 9.
8. 1875.
Verifikator.
9. 1876.
Ordner.
10. 1877 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).

Thun-Hohenstein Ladislaus, Graf. H. H.
11. 1878.
Ordner.

Digitized by Google

Thun-Hohenstein Leo, Graf. H. H.
12. 1879.

Thun Josef Oswald, Graf. H. H.
1. 1868.
Bei der Nachwahl gewählt.
2. 1869.
Delegiertenmandat niedergelegt. **2**, 95.
5. 1872.
Ordner.
7. 1874.
9. 1876.
11. 1878.
13. 1880.
Delegiertenmandat niedergelegt. **13**, 9.

Thun-Hohenstein-Salm-Reifferscheidt Josef Oswald, Graf. H. H.
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
26. 1890.
27. 1891.
Mitglied des Petitionsausschusses.
28. 1892.
Mitglied des Petitionsausschusses.
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.
39. 1903.
Delegiertenmandat niedergelegt. **39**, 25.
Berichterstatter:
Petition. **27**, 67.
„ **28**, 238.

Thurnher Johann. A. H. — Vorarlberg.
7. 1874 (Ersatzmann).
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).
10. 1877.
11. 1878 (Ersatzmann).
12. 1879 (Ersatzmann).
13. 1880 (Ersatzmann).
14—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882.
Mitglied des Petitionsausschusses.
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884.
Delegiertenmandat niedergelegt. **19**, 69.
20. 1885 (Ersatzmann).
21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887 (Ersatzmann).
24. 1888.
Mitglied des Budgetausschusses.

Thurnher Johann. A. H. — Vorarlberg.
25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890.
Verifikator.
Redner:
Geschäftsordnung. **10**, 27.
Anforderung auf Rechnung des Extraordinariums des Heeres. **10**, 58.
Interpellation: Abhaltung von Kontrollversammlungen an Sonntagen. **10**, 42.

Thurnher Martin. A. H. — Vorarlberg.
27. 1891 (Ersatzmann).
28. 1892.
Mitglied des Petitionsausschusses.
29. 1893 (Ersatzmann).
30. 1894.
Ordner.
31. 1895 (Ersatzmann).
32. 1896.
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898.
37. 1901.
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **26**, 52, 58.
„ (Spezialdebatte). **28**, 88.
„ (Generaldebatte). **30**, 201.
„ „ **32**, 59.
„ „ **34**, 187.
„ „ **37**, 45.

Thurn und Taxis Hugo, Fürst. H. H.
9. 1876.
Ordner.
10. 1877.
Ordner.
11. 1878.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt.
14.—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
17. 1882.
19. 1884.

Thurn-Valsassina-Como-Vrrrrlli Georg, Graf. H. H.
1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
3. 1870.
Schriftführer.
4. 1871 (Ersatzmann).
7. 1874 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten **Pipitz** als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Thurn-Valsassina-Como-Vercelli Georg, Graf. H. H.
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).
10. 1877 (Ersatzmann).
11. 1878.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **11**, 11.
Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **3**, 264.

Thurn-Valsassina-Como-Vercelli Hyacinth, Graf. A. H. — Krain.
6. 1873.
9. 1876.
10. 1877.
Gestorben. **10**, 34.

Thurn-Valsassina-Como-Vercelli Vinzenz, Graf. H. H.
40. 1904.
Verifikator.

Tinti Karl, Freiherr v. A. H. — Niederösterreich.
6. 1873.
Mitglied des Petitionsausschusses.
13. 1880.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petitionen. **6**, 139.
Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **6**, 57, 58, 66, 69.

Tollinger Johann, Dr. A. H. — Tirol.
37. 1901.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses.
39. 1903.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 50.
„ „ **38**, 281.
Okkupationskredit. **39**, 249.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 610.
Antrag, betreffend die Verantwortlichkeit des gemeinsamen Ministeriums. **39**, 717.
Kriegsmarine. **40**, 379.
Antrag: Betreffend die Verantwortlichkeit des gemeinsamen Ministeriums. **39**, 121, 137.
Formaler Antrag: Zuweisung seines Antrages an den Budgetausschuß. **39**, 687.

Toman Lovro, Dr. A. H. — Krain.
1. 1868.
Schriftführer.
Redner: Beschließung der Geschäftsordnung. **1**, 10.

Tomaszczuk Konstantin, Dr. A. H. — Bukowina.
6. 1873 (für Galizien).
9. 1876 (Ersatzmann).
10. 1877.
Redner: 60 Millionen-Kredit. **10**, 123.

Tonkli Josef, Ritter v., Dr. A. H. — Triest.
14.—16. 1881/1882.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
17. 1882.
Schriftführer.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
23. 1887.
Mitglied des Budgetausschusses.
25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Kriegsmarine. **17**, 24 und Nuntien hierüber. **17**, 82.
Finanzministerium. **20**, 87.
Oberster Rechnungshof. **20**, 88.
Zollgefälle. **20**, 89.
Kriegsmarine. **24**, 18, 38.
Finanzministerium. **25**, 15, 77.
Oberster Rechnungshof. **25**, 16, 77.
Zollgefälle. **25**, 15, 77.

Traun-Abensperg Hugo, Graf. H. H.
1. 1868 (Ersatzmann).
Mandat niedergelegt. **1**, 244.
3. 1870 (Ersatzmann).
4. 1871 (Ersatzmann).
5. 1872.
Delegiertenmandat niedergelegt. **5**, 5.

Traun-Abensperg Otto, Graf. H. H.
7. 1874.
Schriftführer.
8. 1875 (Ersatzmann).
9. 1876 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Trenneville als Delegierter einberufen.
17. 1882.
19. 1884.
Delegiertenmandat niedergelegt. **19**, 6.
31. 1895.

Trauttmansdorff-Weinsberg Ferdinand, Graf. H. H.
5. 1872.
Mitglied des Petitionsausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Petitionsausschusses.
7. 1874.
8. 1875.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Digitized by Google

Trauttmansdorff-Weinsberg Ferdinand, Graf. H. H.
9. 1876.
10. 1877.
Präsident.
11. 1878.
13. 1880.
Redner:
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **5**, 272.
„ als Präsident beim Beginne der Session. **10**, 2.
„ anläßlich des Ablebens des Erzherzogs Franz Karl. **10**, 33.
Ansprache anläßlich des Attentates auf Kaiser Wilhelm. **10**, 258.
„ beim Schlusse der Session. **10**, 365.
Formaler Antrag: Unterbrechung der Sitzung. **11**, 269.

Trauttmansdorff-Weinsberg Karl, Fürst. H. H.
3. 1870.
Verifikator.
Delegiertenmandat niedergelegt. **3**, 83.
4. 1871 (Ersatzmann).
5. 1872 (Ersatzmann).
6. 1873 (Ersatzmann).
7. 1874 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Pipitz als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
8. 1875 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Thurn Georg als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
13. 1880.
32. 1896.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
34. 1898.
Verifikator.
36. 1900.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **36**, 388.

Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf. H. H.
17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Rosenberg als Delegierter einberufen.
18. 1883 (Ersatzmann).
21. 1886.
Ordner.
22. 1887.
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).
27. 1891 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl an Stelle des ausgetretenen Delegierten Buquoy zum Delegierten gewählt.
28. 1892.
29. 1893.
Verifikator.

Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf. H. H.
30. 1894.
Verifikator.
31. 1895.
Ordner.
32. 1896.
33. 1897.
Ordner.
34. 1898.
Ordner.
35. 1899.
Ordner.
36. 1900.
Ordner.
Verifikator.
40. 1904.

Treuinfels Leo Maria, Abt. A. H. — Tirol.
27. 1891 (Ersatzmann).
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
32. 1896.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **30**, 192.

Trojan Pravoslav Alois, Dr. A. H. — Böhmen.
18. 1883.

Tschabuschnigg Adolf, Ritter v. H. H.
5. 1872 (Ersatzmann).
Als Delegierter einberufen.

Tscharre Anton. A. H. — Kärnten.
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Tschernigg Johann. A. H. — Kärnten.
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **34**, 113.
Interpellation: Betreffend die Belastung von Tarvis durch Einquartierungen und Vorspannsanforderungen. **34**, 240.

Tusek Ferdinand. A. H. — Salzburg.
34. 1898.
Mitglied des Petitionsausschusses.
35. 1899.
36. 1900 (Ersatzmann).
Interpellationen:
Betreffend die Sonderstellung und Verkürzung der alten bosnischen Staatsbahnangestellten. **34**, 53;
betreffend Mißhandlung der Mannschaft des Infanterieregimentes Erzherzog Rainer Nr. 59. **35**, 21;
betreffend die Lohnverhältnisse der Arbeiter des Seearsenales in Pola. **35**, 22;

Digitized by Google

Tuſel Ferdinand, A. H. — Salzburg.
betreffend die Gehaltsregulierung der Beamten der bosniſch-hercegovinischen Landesregierung ſowie der dem gemeinſamen Miniſterium in Wien zugeteilten Beamten. **35**, 22.

U.

Udrſal František, A. H. — Böhmen.
33. 1897 (Erſatzmann).
34. 1898 (Erſatzmann).
35. 1899 (Erſatzmann).
36. 1900 (Erſatzmann).
38. 1902 (Erſatzmann).

Unger Joſef, Dr. H. H.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausſchuſſes.
Schriftführer.
13. 1880.
Redner: Kriegsmarine. **4**, 183.
Formaler Antrag: Schluß der Sitzung. **4**, 156.

Ungnad v. Weißenwolff Konrad, Graf. H. H.
38. 1902 (Erſatzmann).
39. 1903 (Erſatzmann).
40. 1904 (Erſatzmann).

V.

Valuſſi Eugen, Dr. A. H. — Görz.
14.—16. 1881/1882 (Erſatzmann).
17. 1882 (Erſatzmann).
19. 1884 (Erſatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Franz Coronini als Delegierter einberufen.
20. 1885 (Erſatzmann).

Vencajz Johann. A. H. — Krain.
35. 1899 (Erſatzmann).
36. 1900.
Mitglied des Budgetausſchuſſes.
Berichterſtatter Okkupationskredit. **36**, 261, 273, 383.
Redner:
Miniſterium des Äußern (Generaldebatte). **36**, 20.
Kriegsmarine. **36**, 219.
Interpellation: Betreffend die Verweigerung der Konzeſſion zum Verkaufe des Waſſers der Sinčera-Heilquelle in Bosnien. **36**, 12.

Vergottini Thomas, Dr. A. H. — Iſtrien.
25. 1889.

Verzegnaſſi Franz, Dr. A. H. — Görz.
33. 1897.
Delegiertenmandat niedergelegt. **33**, 8.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausſchuſſes.
36. 1900 (Erſatzmann).
38. 1902 (Erſatzmann).
39. 1903.
Mitglied des Budgetausſchuſſes.
Redner:
Kriegsmarine. **34**, 215.
Miniſterium des Äußern (Generaldebatte). **39**, 101.

Veſelý Franz Viktor. A. H. — Böhmen.
25. 1889 (Erſatzmann).

Vetter von der Lilie Felix, Graf. H. H.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausſchuſſes.
28. 1892.
Mitglied des Budgetausſchuſſes.
Ordner.
29. 1893 (Erſatzmann).
30. 1894.
Mitglied des Budgetausſchuſſes.
31. 1895.
Verifikator.
32. 1896.
Vizepräſident.
Mitglied des Budgetausſchuſſes.
33. 1897.
Mitglied des Budgetausſchuſſes.
34. 1898.
Vizepräſident.
Mitglied des Budgetausſchuſſes.
35. 1899.
Präſident.
36. 1900.
Vizepräſident.
37. 1901.
38. 1902.
Vizepräſident.
Berichterſtatter: Nuntium über die Schlußrechnung. **32**, 308.
Redner:
Kriegsmarine. **31**, 73.
Anſprache als Vizepräſident beim Beginne der Seſſion. **32**, 3.
Anſprache als Vizepräſident beim Beginne der Seſſion. **34**, 4.
Anſprache als Präſident beim Beginne der Seſſion. **35**, 3.
In Angelegenheit der Abhaltung der Delegationsſitzungen. **35**, 9.
Mißbilligung einiger in der Debatte gefallener Äußerungen. **35**, 57.
Erſuchen als Präſident, die innerpolitiſchen und nationalen Angelegenheiten der beiden Reichshälften nicht in die Debatte zu ziehen. **35**, 401.

Digitized by Google

Petter von der Lilie Felix, Graf. H. H.

Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **35**, 506.
„ „ Vizepräsident beim Beginne der Session. **36**, 4.
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **38**, 4.
Formaler Antrag: Wahl des Budgetausschusses. **37**, 7.

Petter von der Lilie Moriz, Graf. A. H. — Mähren.

33. 1897.

Pidulich Franz, Dr. A. H. — Istrien.

1. 1868 (für Triest).
Mitglied des Budgetausschusses.
2. 1869 (für Triest).
Mitglied des Budgetausschusses.
3. 1870 (Ersatzmann).
4. 1871.
Vizepräsident.
5. 1872 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten **Colombani** als Delegierter einberufen.
6. 1873.
Vizepräsident.
7. 1874 (Ersatzmann).
8. 1875 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten **Franceschi** als Delegierter einberufen.
9. 1876 (Ersatzmann).
10. 1877.
Vizepräsident.
11. 1878 (Ersatzmann).
13. 1880.
Verifikator.
14.—16. 1881/1882.
Verifikator.
18. 1883.
Mitglied des Petitionsausschusses.
19. 1884 (Ersatzmann).
Berichterstatter: Kriegsmarine. **1**, 294.
Redner:
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **4**, 2.
„ „ „ „ „ „ „ **6**, 3.
„ „ „ „ „ „ „ **10**, 2.

Pišnikar Franz. A. H. — Krain.

32. 1896 (Ersatzmann).
An Stelle des verstorbenen Delegierten **Klun** zum Delegierten gewählt.
Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **32**, 142.

Pitrić Dominik, Dr. A. H. — Istrien.

12. 1879 (Ersatzmann).
17. 1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten **Lazzarini** als Delegierter einberufen.

Pogler Ludwig, Dr. A. H. — Niederösterreich.

37. 1901.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 80.
Interpellationen:
Betreffend das Militärstrafverfahren. **37**, 13;
betreffend den Fleischbedarf der Hainburger Pionierkadettenschule. **37**, 36.

Pojnović-Hjickt Georg, Conte. A. H. — Dalmatien.

3. 1870.
4. 1871.
Schriftführer.
5. 1872.
Delegiertenmandat niedergelegt. **5**, 35.
6. 1873.
Mitglied des Petitionsausschusses.
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).

Prinz zu Falkenstein Alexander Maximilian, Graf. H. H.

37. 1901 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904.
Delegiertenmandat niedergelegt. **40**, 7.

Prinz zu Falkenstein Maximilian, Graf. H. H.

5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
7. 1874 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Camillo **Starhemberg** als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt. **7**, 31.
8. 1875.
Mitglied des Petitionsausschusses.
10. 1877 (Ersatzmann).
14.—16. 1881/1882.
Mitglied des Petitionsausschusses.
18. 1883.
Delegiertenmandat niedergelegt. **18**, 6.

Pucelich Johann, Ritter v. **Birlič.** A. H. — Triest.

18. 1883.
19. 1884.
20. 1885 (Ersatzmann).

Pukovič v. **Pučyidol** Anton, Ritter. A. H. — Dalmatien.

38. 1902.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904 (Ersatzmann).
Berichterstatter: Okkupationskredit. **38**, 174, 183, 554.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **38**, 126.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **38**, 312.

Digitized by Google

Puković v. Puzyidol Anton, Ritter v. A. H. — Dalmatien.

Kriegsmarine. **38**, 527.

Anfrage an den Präsidenten wegen der Beantwortung von Interpellationen. **38**, 16.

Interpellationen:

Betreffend die Entschädigung der im Juli 1900 aus Transvaal ausgewiesenen österreichischen Staatsangehörigen. **38**, 8;

betreffend die Erteilung von Informationen seitens des österreichisch-ungarischen Konsuls in Buenos-Ayres über eine dortige Firma. **38**, 9;

betreffend die gegen die in Triest erscheinende Zeitung „La Pensée Slave" verfügte Entziehung des Postdebits für Bosnien und die Hercegovina. **38**, 9;

betreffend den Besuch bosnischer Kaufleute in Budapest. **38**, 10;

betreffend die Behandlung der sogenannten Affäre San Girolamo seitens der österreichisch-ungarischen Diplomatie in Rom. **38**, 58;

betreffend die Verlegung des Pulverturms von Glavati, eventuell Änderung der Bauverbotszone und Aufhebung des Bauverbotes für Teodo. **38**, 71;

betreffend das Vorgehen gegen den Verein der pensionierten Offiziere und Militärbeamten und dessen Präsidenten Feldzeugmeister Kober. **38**, 73;

betreffend die Verbesserung der Lage der Militärpensionisten. **38**, 74;

betreffend die Reform des militärehrenrätlichen Verfahrens. **38**, 76;

betreffend die den Bewohnern des Kreises Bihać seitens der bosnischen Behörden auferlegten Beschränkungen hinsichtlich der Beschaffung von Seesalz aus den ärarischen Magazinen in Dalmatien. **38**, 81;

betreffend den Bahnbau Bugojno-Arzano. **38**, 82;

betreffend die Nichtbeachtung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Kroatien und Ungarn und die Schreibung kroatischer Ortsnamen in Verfügungen des Kriegsministeriums. **38**, 198;

betreffend die Einteilung dalmatinischer, nur der kroatischen Sprache mächtiger Reservisten zum Infanterieregiment Nr. 27 in Graz. **38**, 276;

betreffend die Verhinderung der Auswanderung von Dalmatinern nach Neuseeland. **38**, 276;

betreffend die Vergebung der Arbeiten für den Bau der Bahn Sarajevo-Ivac. **38**, 277;

betreffend die Einführung von Fleischkonserven bei der Marine. **38**, 277.

Pychodil Josef. A. H. — Mähren.

33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

R.

Rachmanowicz Anatol. A. H. — Galizien.

36. 1900.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **36**, 74.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **36**, 209.

Interpellation: Betreffend die Vornahme von Märschen und Waffenübungen durch das k. u. k. Infanterieregiment Nr. 80 in der Umgebung von Böbrka am Ostermontag und Osterdienstag griechisch-katholischen Ritus 1900. **36**, 12.

Wächter Otto, Freiherr v. A. H. — Böhmen.

2. 1869.
Schriftführer.
6. 1873 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **2**, 103.
„ (Spezialdebatte). **2**, 151.
Heeresextraordinarium. **2**, 282, 283, 285.

Wagner Heinrich. A. H. — Bukowina.

11. 1878 (Ersatzmann).
29. 1893 (Ersatzmann).

Waldert Anton, Dr. A. H. — Böhmen.

3. 1870 (Ersatzmann).
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.

Waldstein Ernst, Graf. H. H.

3. 1870 (Ersatzmann).

Waldstein-Wartenberg Josef, Graf, Feldmarschalleutenant. H. H.

6. 1873 (Ersatzmann).
8. 1875 (Ersatzmann).
11. 1878.

Waltenskirchen zu Wolfsthal Ernst Wilhelm, Freiherr. H. H.

19. 1884 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Viktor Widmann als Delegierter einberufen.
Ordner.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Franz Thun zum Delegierten gewählt.
Mitglied des Budgetausschusses (bei einer Nachwahl gewählt).
23. 1887.
Schriftführer.
24. 1888.
Schriftführer.

Digitized by Google

Walterskirchen zu Wolfsthal Ernst Wilhelm, Freiherr. H. H.

25. 1889.
Mitglied des Budgetausschusses.

26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.

Walterskirchen Franz, Freiherr v. H. H.

28. 1892.
Schriftführer.

29. 1893.
Schriftführer.

30. 1894.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

31. 1895.
Mitglied des Budgetausschusses.

32. 1896.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

33. 1897.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

34. 1898.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

35. 1899.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

36. 1900.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

37. 1901.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

38. 1902.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.

40. 1904.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:

Ministerium des Äußern. **26**, 163, 179.
Heeresordinarium. **32**, 53, 84, 307.
„ **33**, 65, 169, 379.
„ **34**, 106, 207, 381.
„ **35**, 59, 206, 503.
„ **37**, 37, 203, 211, 514.
„ **38**, 203, 334, 553.
„ **39**, 436, 645, 669, 711.

Antrag, betreffend Erhöhung der Militärpensionen. **39**, 684.
Heeresordinarium. **40**, 85, 418, 537.

Formale Anträge:

Schluß der Debatte. **36**, 180.
Wahl des Petitionsausschusses. **40**, 4.

Walterskirchen Robert, Freiherr v. A. H. — Steiermark.

8. 1875.
Mitglied des Petitionsausschusses.

9. 1876.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

10. 1877.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt und wiedergewählt. **10**, 39.

11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.

12. 1879.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **8**, 35.
„ (Spezialdebatte). **8**, 86.
„ (Generaldebatte). **9**, 105.
60 Millionen-Kredit. **10**, 98.

Walz Anton. A. H. — Steiermark.

37. 1901 (Ersatzmann).

40. 1904.
Ordner.

Interpellation: Betreffend die direkte Vergebung der Bauleistungen für den projektierten Neubau eines Monturdepots in Gösting bei Graz an die einzelnen Offerenten. **40**, 85.

Wanka Franz. A. H. — Böhmen.

10. 1877.
Schriftführer.

Waser Josef, Ritter v., Dr. A. H. — Steiermark.

1. 1868 (Ersatzmann).

13. 1880. (Ersatzmann). H. H.

Washington Mag. Freiherr v. H. H.

13. 1880. (Ersatzmann).

Wassilko-Serecki Georg, Freiherr v. A. H. — Bukowina.

34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.

38. 1902.

40. 1904.
Ordner.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **34**, 47.
„ „ „ „ **38**, 56.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **38**, 227.
Kriegsmarine. **38**, 534.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **40**, 102.

Interpellationen:

Betreffend Verhandlungen zwischen der Gemeinde Czernowitz und dem Militärärar wegen Ablösung von Gründen. **34**, 239;

betreffend die Erhöhung des Rohsalztarife im Elbeumschlagverkehre und im Verbandsverkehre mit dem Königreiche Sachsen. **40**, 84;

Digitized by Google

Wassilko-Serecki Georg, Freiherr v. A. H. — Bukowina.

betreffend die der Unote entsprechende Berücksichtigung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft bei Lieferung land- und forstwirtschaftlicher Bedarfsartikel für die gemeinsamen Institutionen. **40**, 355.

Wassilko Nikolaj, Ritter v. A. H. — Bukowina.

37. 1901.
Verifikator.

39. 1903.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **37**, 74.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **37**, 308.
Budgetprovisorium. **39**, 50.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **39**, 597.

Interpellationen:

Betreffend eine Mitteilung der „Bukowinaer Rundschau". **37**, 511;

betreffend die Verlegung von Garnisonen nach Sereth, Suczawa und anderen Städten der Bukowina. **39**, 19.

Weber August, Dr. A. H. — Mähren.

3. 1870.
Mitglied des Petitionsausschusses.

4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.

5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.

6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.

7. 1874.
Mitglied des Budgetausschusses.

8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.

9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.

10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.

Berichterstatter:

Petitionen. **3**, 350, 546.
Kriegsmarine. **5**, 42, 143.
„ **6**, 99 und Differenzen. **6**, 152, 161.
„ **7**, 32 „ „ **7**, 158.
„ **8**, 95 „ „ **8**, 185.
„ **9**, 19 „ „ **9**, 204.
„ (einzelne Posten). **10**, 61.

Redner:

Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 163.
Heeresextraordinarium. **3**, 378.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 430, 473.
Anforderung auf Rechnung des Extraordinariums des Heeres. **10**, 49.
60 Millionen-Kredit. **10**, 134.
Nachtragskredite für das Ministerium des Äußern und das Kriegsministerium pro 1877. **10**, 190.
Kriegsmarine. **10**, 266, 318 und Differenzen. **10**, 358.

Weigelsheimer Johann, Dr. A. H. — Kärnten.

5. 1872.
Verifikator.
Mitglied des Budgetausschusses.

6. 1873 (für Salzburg).
Mitglied des Budgetausschusses.

7. 1874 (für Salzburg).
Mitglied des Budgetausschusses.

8. 1875 (für Salzburg).
Mitglied des Budgetausschusses.

10. 1877.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

23. 1887 (Ersatzmann).

Wekly August, Freiherr v. H. H.

11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Thun Georg als Delegierter einbernien, Mandat jedoch abgelehnt.

12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.

23. 1887 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.

Weichs Friedrich, Freiherr zu. A. H. — Oberösterreich.

2. 1869.
Schriftführer.
Mitglied des Budgetausschusses.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2**, 16; (Spezialdebatte — Diplomatische Auslagen). **2**, 54, 58, 65, 71.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 142, 145, 159, 242.
Heeresextraordinarium. **2**, 265, 269, 270, 275.
Kriegsmarine. **2**, 216, 220.

Weigel Ferdinand, Dr. A. H. — Galizien.

5. 1872.
Schriftführer.

36. 1900.
Mitglied des Petitionsausschusses.

37. 1901.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Berichterstatter: Petitionen. **36**, 276.

Redner:

Heeresordinarium (Generaldebatte). **36**, 177.
„ (Spezialdebatte). **37**, 207.

Wenger Josef. A. H. — Oberösterreich.

23. 1887 (Ersatzmann).

24. 1888.

29. 1893.

36. 1900.

Redner:

Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **29**, 33.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **36**, 114.

Wereszczynski Josef, Dr. A. H. — Galizien.

4. 1871 (Ersatzmann).

Digitized by Google

Wejpk Leonhard, Ritter v. A. H. — Galizien.
1. 1868 (Ersatzmann).
Mandat als Ersatzmann niedergelegt. **1**, 244.
2. 1869.
Delegiertenmandat niedergelegt. **2**, 9.

Wickenburg Matthias Konstantin, Graf. H. H.
1. 1868.
Ordner.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 293.
2. 1869.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
5. 1872.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873 (Ersatzmann).

Berichterstatter: Ministerium des Äußern (Konsularwesen). **3**, 281.

Redner:

Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Diplomatische Auslagen). **1**, 45, 47.
Kriegsmarine (Generaldebatte). **1**, 138.
Heeresextraordinarium (Generaldebatte). **1**, 158.
„ (Spezialdebatte). **1**, 186.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2**, 15.
Kriegsmarine. **2**, 218.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **2**, 237.
Heeresextraordinarium. **2**, 279.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **3**, 88, 102.
Kriegsmarine. **3**, 307, 310, 316.
Anträge des Delegierten Gabl enz. **3**, 349.
Heeresextraordinarium. **3**, 379, 380, 390.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 439, 441.
Schuld an die Nationalbank. **3**, 537, 544.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **4**, 22.
Ansprache bei der Wahl zum Vizepräsidenten. **5**, 10.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **5**, 24.
Kriegsmarine. **5**, 45, 51.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **5**, 138, 139.

Formale Anträge:

Wahl eines Budgetausschusses. **1**, 53.
Zuweisung des Budgets an einen zu wählenden Budgetausschuß. **4**, 7.

Wickhoff Franz. A. H. — Oberösterreich.
1. 1868 (Ersatzmann).

Widmann-Sedlnitzky Anton, Graf. A. H. — Mähren.
38. 1902.

Widmann Viktor, Freiherr v.*) A. H. — Mähren.
1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des als Delegierter einberufenen Ersatzmannes Mandelblüh gewählt.
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Skene wen. zum Delegierten gewählt.

— Graf. H. H.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
11. 1878.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879 (Ersatzmann).
19. 1884.
Delegiertenmandat niedergelegt. **19**, 6.
Berichterstatter: Petition. **10**, 362.
Redner:
Ministerium des Äußern (Nachtragskredit). **9**, 55.
Heeresextraordinarium. **11**, 59.
Okkupationskredit (Minoritätsberichterstatter). **11**, 294.

Wiedersperg Gustav, Ritter v., Dr. A. H. — Böhmen.
33. 1897.

Wiesenburg Adolf. A. H. — Niederösterreich.
14.—16. 1881/1882.
Schriftführer.
18. 1883 (Ersatzmann).
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Konsulate). **14**, 16.
Differenz bei der Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses von 23,733.000 fl. **16**, 36.

Wilczek Johann, Graf. H. H.
1. 1868 (Ersatzmann).
Bei der Nachwahl gewählt.
3. 1870 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Josef Auersperg als Delegierter einberufen.
9. 1876 (Ersatzmann).
11. 1878 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Koller als Delegierter einberufen.
Schriftführer.
Formaler Antrag: Schluß der Debatte. **11**, 266.

Wildauer Tobias, Ritter v., Dr. A. H. — Tirol.
7. 1874 (Ersatzmann).
8. 1875.
9. 1876.

Wilhelm Otto. A. H. — Steiermark.
40. 1904 (Ersatzmann).

*) Später Widmann-Sedlnitzky, Graf.

Digitized by Google

Windisch-Graetz Alfred, Fürst. II. H.
13. 1880 (Ersatzmann).
17. 1882.
Mitglied des Budgetausschusses.
Schriftführer.
19. 1884.
Mitglied des Budgetausschusses.
20. 1885.
Mitglied des Budgetausschusses.
21. 1886.
Mitglied des Budgetausschusses.
22. 1887.
Delegiertenmandat niedergelegt. **22**, 1.
25. 1889.
Präsident.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
27. 1891.
Mitglied des Budgetausschusses.
29. 1893.
Präsident.
Berichterstatter:
Finanzministerium. **17**, 79.
Ministerium des Äußern. **20**, 78.
„ „ „ **27**, 11, 15, 187.
Redner:
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **25**, 2.
„ „ „ „ Schlusse der Session. **25**, 151.
Okkupationskredit. **26**, 130.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **26**, 173.
Ansprache als Präsident beim Beginne der Session. **29**, 2.
„ „ „ anläßlich einer Vermählung im Kaiserhause. **29**, 3.
Ansprache als Präsident anläßlich des Ablebens Schmerlings. **29**, 3.
Erklärung anläßlich der Niederlegung der Präsidentschaft. **29**, 189.
Erklärung anläßlich der Wiederannahme der Präsidentschaft. **29**, 191.
Abänderung der Geschäftsordnung. **29**, 215.
Ansprache als Präsident beim Schlusse der Session. **29**, 265

Winkler Andreas. A. H. — Görz und Gradiska.
7. 1874 (Ersatzmann).
8. 1877 (Ersatzmann für Triest und Küstenland).
9. 1876 (Ersatzmann für Triest und Küstenland).
10. 1877 (Ersatzmann für Triest und Küstenland).
11. 1878 (Ersatzmann).
12. 1879.
Ordner.
Interpellation: Verstachtung ärarischer Güter in Bosnien durch den Unternehmer Abendroth. **12**, 16.

Winnicki Isidor. A. H. — Bukowina.
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 385.

Winterholler Gustav. A. H. — Mähren.
19. 1884.

Winterstein Simon, Ritter v. H. H.
2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **4**, 46.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
9. 1876.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879.
Mitglied des Budgetausschusses.
Generalberichterstatter: Budget. **2**, 365.
Berichterstatter:
Finanzministerium, Pensionen, Zollgefälle und Rechnungskontrolle. **2**, 87; **2**, 336 (Differenzen).
Nachtragskredit für gemeinsame Ruhegenüsse. **2**, 331.
Finanzministerium. **4**, 31.
Oberster Rechnungshof. **4**, 34.
Nachtragskredit für Teuerungszulagen und Regulierung der Bezüge der Beamten und Diener der gemeinsamen Ministerien. **6**, 11, 14, 15.
Finanzministerium. **6**, 38 und Differenzen. **6**, 146, 159, 167.
Zollgefälle. **6**, 40.
Finanzministerium. **8**, 11 und Differenzen. **8**, 74.
Oberster Rechnungshof. **8**, 12.
Zollgefälle. **8**, 12 und Differenzen. **8**, 76, 181.
Finanzministerium. **9**, 8 und Differenzen. **9**, 203.
Oberster Rechnungshof. **9**, 13 und Differenzen. **9**, 203.
Zollgefälle. **9**, 13.
Finanzministerium. **10**, 221, 317.
Oberster Rechnungshof. **10**, 222, 317.
Zollgefälle. **10**, 317.
Beantwortung der Resolution in Betreff der Organisierung des Obersten Rechnungshofes. **10**, 356.
Finanzministerium. **12**, 40.
Oberster Rechnungshof. **12**, 41.
Zollgefälle. **12**, 164.
Differenzen bei diesen drei Budgets. **12**, 190, 199.
Heeresextraordinarium (Differenz). **12**, 203.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Konsularwesen). **2**, 75.
Petitionen (Lieferungswesen). **2**, 289.
Ministerium des Äußern (Lloyd — Differenzen). **2**, 352.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Dispositionsfonds). **4**, 23.
Kriegsministerium (Differenzen). **6**, 148.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Zentralleitung). **8**, 27.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **8**, 44.
Kriegsmarine. **8**, 102.
Heeresordinarium (Bedeckung). **9**, 164.

Digitized by Google

Winterstein Simon, Ritter v. H. H.
Formaler Antrag: Wahl eines Budgetausschusses und Zuweisung des Budgets an denselben. **2**, 7.

Wittmann Paul, Ritter v., Dr. A. H. — Görz und Gradiska.
10. 1877 (Ersatzmann für Triest und Küstenland).
11. 1878 (Ersatzmann für „ „).
12. 1879.
Verifikator.
13. 1880.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Kriegsmarine. **13**, 165.

Wlodek Matthias. A. H. — Galizien.
6. 1873.
Bei der Nachwahl gewählt.

Wodzicki Anton, Graf. A. H. — Galizien.
29. 1893.
Mitglied des Petitionsausschusses.
40. 1904.
Berichterstatter: Petition. **29**, 242.

Wodzicki Heinrich, Graf. A. H. — Galizien.
1. 1868.
Delegiertenmandat niedergelegt. **1**, 244.

Wodzicki Ludwig, Graf. A. H. — Galizien.
3. 1870.
4. 1871.
Ordner.
6. 1873.
Delegiertenmandat verloren. **6**, 10.
14.—16. 1881/1882 (Ersatzmann). H. H.
17. 1882 (Ersatzmann).
18. 1883 (Ersatzmann).
19. 1884.
Verifikator.

Wörz Josef, Ritter v. A. H. — Tirol.
10. 1877 (Ersatzmann).

Wohlmeyer Johann. A. H. — Niederösterreich.
35. 1899 (Ersatzmann).

Wolf Josef. A. H. — Böhmen.
2. 1869 (Ersatzmann).

Wolf Karl Hermann. A. H. — Böhmen.
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **37**, 227.
Interpellationen:
Betreffend das Vorgehen der Militärbehörden gegen den Verein „Südmark". **37**, 107;
betreffend die Verlegung der technischen Militärakademie nach Mödling. **37**, 108.

Wolfhardt Eduard, Dr. A. H. — Steiermark.
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **35**, 406.

Wolfrum Karl. A. H. — Böhmen.
1. 1868.
Mitglied des Budgetausschusses.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Mitglied des Budgetausschusses.
8. 1875.
Mitglied des Budgetausschusses.
10. 1877.
Mitglied des Budgetausschusses.
12. 1879.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
14.—16. 1881/1882.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Lloyd). **1**, 50, 52.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 123.
Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **1**, 167.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 205, 211, 227.
Nachtragskredite zum Kriegsministerium. **3**, 17.
Finanzministerium (Valuta). **3**, 26.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **3**, 77.
Schlußrechnung und Nachtragskredite per 1868. **3**, 339.
Schuld an die Nationalbank. **3**, 536, 545.
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Diplomatische Auslagen). **8**, 28.
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **12**, 4.
„ an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **14**, 240.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **16**, 44.
Interpellation: Betreffend die Erhaltung des Friedens. **3**, 4.
Formale Anträge:
Zuweisung des Budgets an einen zu wählenden Budgetausschuß und Wahl eines Petitionsausschusses. **8**, 7; **10**, 3.
Zuweisung der Vorlage über das außerordentliche Heereserfordernis von acht Millionen Gulden an den Budgetausschuß. **15**, 3.

Wolkenstein-Trostburg Wilhelm, Graf. A. H. — Böhmen.
24. 1888 (Ersatzmann).
25. 1889.
Mitglied des Petitionsausschusses.
26. 1890.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter:
Finanzministerium. **26**, 13, 212.
Oberster Rechnungshof. **26**, 14, 212.

Digitized by Google

Wojnarowicz Johann, Ritter v. A. H. — Bukowina.
8. 1875 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Kochanowski als Delegierter einberufen.
Verifikator.

Wrabetz Karl. A. H. — Niederösterreich.
26. 1890.
Redner: Heeresordinarium (Spezialdebatte). **26**, 67.

Wrbna und **Freudenthal** Rudolf jun., Graf. H. H.
1. 1868.
Ordner.
Mitglied des Geschäftsordnungsausschusses und des Budgetausschusses.
2. 1869.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Petitionsausschusses.
6. 1873.
Redner:
Kriegsmarine. **2**, 213.
Anläßlich des Geburtsfestes des Kaisers. **2**, 233.
Ministerium des Äußern (Differenzen — Lloyd). **2**, 349.
Formaler Antrag: Sofortige Beratung über Nuntien. **2**, 301.

Wrbna und **Freudenthal** Rudolf Eugen, Graf. H. H.
9. 1876.
Vizepräsident.
10. 1877.
12. 1879 (Ersatzmann).
14.—16. 1881/1882 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Josef Colloredo als Delegierter einberufen.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **9**, 3.

Wüllerstorf-Urbair Bernhard, Freiherr v., Vizeadmiral. H. H.
2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter: Kriegsmarine. **4**, 180, 184, 187.
Redner:
Ministerium des Äußern (Spezialdebatte — Konsularwesen). **2**, 76.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **2**, 118.
„ (Spezialdebatte). **2**, 184.
Heeresextraordinarium. **2**, 264, 265, 266, 286.
Kriegsmarine. **2**, 202, 214, 218, 231, 233.
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **4**, 154.
Heeresextraordinarium. **4**, 162.

Wurm Ignaz. A. H. — Mähren.
23. 1887 (Ersatzmann).

Wurmbrand Gundacker, Graf. A. H. — Steiermark.
13. 1880.
Schriftführer.
32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **32**, 16.

Wysocki Stanislaus, Ritter v. A. H. — Galizien.
23. 1887 (Ersatzmann).
25. 1889 (Ersatzmann).
26. 1890 (Ersatzmann).
33. 1897 (Ersatzmann).

Z.

Zaffron Josef, Dr. A. H. — Dalmatien.
38. 1902 (Ersatzmann).
40. 1904.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **40**, 25.
„ „ „ (Spezialdebatte). **40**, 62.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **40**, 100.
Okkupationskredit. **40**, 360.
Kriegsmarine. **40**, 375.
Interpellationen:
Betreffend die Regelung der Weinzollfrage in den Handelsvertragsverhandlungen mit Italien. **40**, 8;
betreffend die endgültige Regelung der Angelegenheit des Institutes San Girolamo in Rom. **40**, 8;
betreffend den Schutz der einheimischen Olivenölproduktion gegen fremdländische Konkurrenz bei Abschluß der neuen Handelsverträge. **40**, 14;
betreffend die Verwendung der Zinsen von den in der ehemaligen Republik Ragusa zum Loskaufe der Sklaven gestifteten Legaten. **40**, 14;
betreffend den Schutz der Fischereiindustrie und der kleinen Küstenschiffahrt in dem künftigen Handelsvertrage mit Italien. **40**, 81;
betreffend die Auslieferung des Ruhegehaltes der pensionierten Offiziere und der Witwen alten Stils. **40**, 82;
betreffend die Einführung und staatliche Subventionierung einer Dampferverbindung zwischen Triest—Spalato—Ragusa und der Republik Argentinien. **40**, 330;
betreffend die Regulierung der Gewässer im Kesseltale von Innerschi und des Terbiasflusses. **40**, 355;
betreffend die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen in Bosnien und der Herzegowina. **40**, 356.

Zaillner Innozenz, Dr. A. H. — Mähren.
2. 1869 (Ersatzmann).
3. 1870 (Ersatzmann).
4. 1871 (Ersatzmann).
An Stelle des ausgetretenen Delegierten Chlumecky als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Zaillner Innozenz, Dr. A. H. — Mähren.
5. 1872.
Mitglied des Petitionsausschusses.
6. 1873.
Schriftführer.
Mitglied des Petitionsausschusses.
7. 1874 (Ersatzmann).
Berichterstatter: Petitionen. **5**, 206; **6**, 137.
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **6**, 52, 56.
Heeresextraordinarium. **6**, 83.

Zaleski Philipp, Ritter v. A. H. — Galizien.
30. 1894.
Mitglied des Budgetausschusses.
31. 1895.
Vizepräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.
32. 1896.
Mitglied des Budgetausschusses.
33. 1897. H. H.
Mitglied des Budgetausschusses.
34. 1898.
Delegiertenmandat niedergelegt. **34**, 6.
35. 1899.
Mitglied des Budgetausschusses.
36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.
37. 1901.
Mitglied des Budgetausschusses.
38. 1902.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.
40. 1904.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Ansprache als Vizepräsident beim Beginne der Session. **31**, 3.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **32**, 32.
Formaler Antrag: Wahl des Budget- und Petitionsausschusses. **36**, 8.

Zallinger-Stillendorf Franz, v. A. H. — Tirol.
12. 1879 (Ersatzmann).
27. 1891.
Redner: Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **27**, 11.

Zamoyski Stephan, Graf, H. H.
29. 1893 (Ersatzmann).

Zanetti Adamo, Don. A. H. — Görz.
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Redner: Okkupationskredit. **35**, 466.

Zatorski Maximilian, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.
20. 1885 (Ersatzmann).

Zaunegger Josef, A. H. — Oberösterreich.
34. 1898.
Redner: Nachtragskredit von 30·1 Millionen Gulden zum Heeresextraordinarium. **34**, 369.

Zbyszewski Viktor, Ritter v., Dr. A. H. — Galizien.
1. 1868.

Zedlwitz Karl Max, Graf, A. H. — Böhmen.
32. 1896.
33. 1897.
Mitglied des Budgetausschusses.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.
39. 1903.
Mitglied des Budgetausschusses.
Berichterstatter: Kriegsmarine. **34**, 215, 232, 382.
Redner:
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **33**, 23.
„ „ „ „ **39**, 148.

Zedlwitz Karl Moritz, Graf, A. H. — Böhmen.
1. 1868 (Ersatzmann).
An Stelle des Delegierten Ignaz Plener als Delegierter einberufen.
Schriftführer.
4. 1871.
Ordner.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Zedlwitz Kurt, Graf, H. H.
19. 1884 (Ersatzmann).
20. 1885 (Ersatzmann).
21. 1886.
Verifikator.
22. 1887.
23. 1887.
Verifikator.
24. 1888.
Verifikator.
25. 1889.
Verifikator.
26. 1890.
Verifikator.
27. 1891.
Verifikator.
Delegiertenmandat niedergelegt. **27**, 10.
28. 1892.
Verifikator.
30. 1894.
Ordner.
Mitglied des Budgetausschusses.
Delegiertenmandat niedergelegt. **30**, 10.
31. 1895.
Delegiertenmandat niedergelegt. **31**, 7.
32. 1896.
Alterspräsident.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Zedtwitz Kurt, Graf. H. H.

Redner:

Vorlage, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 47·3 Millionen Gulden. **24**, 102.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **26**, 179.
Ansprache als Alterspräsident bei Beginn der Session. **32**, 2.
Heeresordinarium (Generaldebatte). **32**, 81.
Ansprache an den Präsidenten beim Schlusse der Session. **32**, 309.
Formaler Antrag: Schluß der Debatte. **32**, 34.

Zeheimayr Johann. A. H. — Oberösterreich.

18. 1883 (Ersatzmann).
20. 1885 (Ersatzmann).
24. 1888.
Mitglied des Petitionsausschusses.
28. 1892.
Ordner.
30. 1894 (Ersatzmann).
32. 1896.
40. 1904.
Verifikator.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Zeilberger Johann. A. H. — Oberösterreich.

13. 1880 (Ersatzmann).

Zeithammer Ottokar. A. H. — Böhmen.

12. 1879.
Schriftführer.

Zienialkowski Florian, Dr. A. H. — Galizien.

1. 1868.
Mitglied des Budgetausschusses.
2. 1869.
Mitglied des Budgetausschusses.
Redner:
Heeresordinarium (Spezialdebatte). **1**, 132, 133.
Heeresextraordinarium (Spezialdebatte). **1**, 166.
Ministerium des Äußern (Generaldebatte). **2**, 19.
Kriegsministerium (Nachtragskredit). **2**, 315.

Zierotin Karl, Graf. A. H. — Mähren.

26. 1890.

Zimmer Josef. A. H. — Mähren.

35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900.
Redner: Heeresordinarium (Generaldebatte). **36**, 188.

Zoll Friedrich, Dr. H. H.

32. 1896 (Ersatzmann).
33. 1897 (Ersatzmann).
34. 1898 (Ersatzmann).
35. 1899 (Ersatzmann).
36. 1900 (Ersatzmann).
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902 (Ersatzmann).

Zotta Johann, v., Dr. A. H. — Bukowina.

†: **13.** 1880 (Ersatzmann).

Zotta Isidor, Ritter v., A. H. — Bukowina.

21. 1886 (Ersatzmann).
22. 1887 (Ersatzmann).
23. 1887.
Mitglied des Petitionsausschusses.

Zschock Ludwig, Freiherr v. A. H. — Steiermark.

17. 1882.

Zschokke Hermann. H. H.

39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904.
Verifikator.
Redner: Ministerium des Äußern (Spezialdebatte). **40**, 62.

Zurkan Joan, Dr. A. H. — Bukowina.

35. 1899 (Ersatzmann).

Zyblikiewicz Nikolaus, Dr. A. H. — Galizien.

1. 1868.
Mitglied des Geschäftsordnungsausschusses und Budgetausschusses.
3. 1870.
Mitglied des Budgetausschusses.
4. 1871.
5. 1872.
Mitglied des Budgetausschusses.
6. 1873.
Delegiertenmandat verloren. **6**, 10.
7. 1874.
Delegiertenmandat niedergelegt. **7**, 9.
Berichterstatter:
Oberster Rechnungshof. **3**, 27 und Differenzen. **3**, 555.
„ „ „ **5**, 40.
Redner:
Kriegsmarine (Spezialdebatte). **1**, 145, 149.
Heeresextraordinarium (Generaldebatte). **1**, 159.
Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 214.
Heeresextraordinarium. **1**, 360, 367.
Schlußrechnung und Nachtragskredite pro 1868. **3**, 335, 339.
Kredite für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. **3**, 453, 454.
Heeresordinarium (Spezialdebatte — formelle Abstimmungsfragen). **4**, 77, 78, 151, 152.

Zátek Jan, Dr. A. H. — Mähren.

21. 1886.
Schriftführer.
22. 1887.
25. 1889 (Ersatzmann).
32. 1896.
33. 1897.
Mitglied des Petitionsausschusses.
34. 1898.
Mitglied des Budgetausschusses.

Digitized by Google

Žáček Jan, Dr. A. H. — Mähren.
35. 1899.
Mitglied des Petitionsausschusses.
36. 1900.
Mitglied des Budgetausschusses.
37. 1901.
Mitglied des Petitionsausschusses.
38. 1902.
Mitglied des Budgetausschusses und des Petitionsausschusses.

Žáček Jan, Dr. A. H. — Mähren.
40. 1904.
Mitglied des Petitionsausschusses.
Berichterstatter: Petition. **33**, 258.

Žák Johann, Dr. A. H. — Böhmen.
18. 1883.

Žitnik Ignaz, Dr. A. H. — Krain.
37. 1901 (Ersatzmann).
38. 1902 (Ersatzmann).
39. 1903 (Ersatzmann).
40. 1904 (Ersatzmann).

Digitized by Google

2. Nach Sessionen geordnet.

I. Session, 1868.

Mitglieder:

Auersperg Anton, Graf.
Banhans Anton, Dr.
Berger Johann Nep., Dr.
Bibus Peter Franz.
Brandis Heinrich, Graf.
Brestel Rudolf, Dr.
Černe Anton.
Chrzanowski Leon.
Collovedo-Mansfeld Josef, Fürst.*)
Czartoryski Konstantin, Fürst.
Czaykowski Johann, Ritter v., Dr.
Daubek Eduard, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Dietrichstein-Mensdorff-Pouilly Alexander, Fürst.
Doblhoff-Dier Anton, Freiherr v.
Eichhoff Josef, Freiherr v.
Figuly v. **Hétp** Ignaz, Dr.
Froschauer Sebastian, v.
Fürstenberg Max Egon, Fürst.
Gablenz Ludwig, Freiherr v., General der Kavallerie.
Giovanelli Ignaz, Freiherr v.
Giskra Karl, Dr.*)
Gleispach Karl, Graf.
Goëß Johann Anton, Graf.*)
Greuter Josef.
Grocholski Kasimir, Ritter v., Dr.
Groß Franz, Dr.
Groß Gustav Robert, Dr.*)
Groß Peter.*)
Herberstein Johann Heinrich, Graf.
Herbst Eduard, Dr.*)
Hock Karl, Freiherr v.
Hohenlohe-Schillingsfürst Konstantin, Fürst, General der Kavallerie.*)
Hormuzaki Endoxius, Ritter v.
Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf.
Jablonowski Karl, Fürst.
Kaiserfeld Moriz, Edler v., Dr.
Kinsky Oktavian, Graf.*)
Klier Franz, Dr.
Kuranda Ignaz, Dr.
Lapenna Alois, Dr.
Lasser v. **Zollheim** Josef, Freiherr v., Dr.
Leeder Friedrich.
Lichtenfels Thaddäus, Freiherr v., Dr.*)
Limbeck Karl, Ritter v., Dr.*)
Litwinowicz Spiridion, Dr., Erzbischof.*)
Mercandin Franz, Graf.*)
Mertens Karl, Freiherr v., Feldmarschalleutnant.*)
Merklitsch Hermann, Dr.
Pascolini Karl, Freiherr v.
Pipitz Josef, Ritter v.
Plener Ignaz, Edler v., Dr.*)
Potocki Adam, Graf.
Pratobevera Adolf, Freiherr v., Dr.
Rauscher Josef Othmar, Ritter v., Kardinal-Fürsterzbischof.*)
Rechbauer Karl, Dr.
Rechberg Bernhard, Graf.
Salm-Reifferscheid Franz, Altgraf.
Schmerling Anton, Ritter v.*)
Schönburg-Hartenstein Heinrich Eduard, Fürst.*)
Schwarzenberg Johann Adolf, Fürst.
Scrinzi Johann, Ritter v. **Monterrose**, Dr.**)
Skene Alfred, sen.*)
Straß Karl, van der, Dr.
Thun Josef Oswald, Graf.
Toman Lovro, Dr.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
**) Mandat als Abgeordneter niedergelegt.

Digitized by Google

Vidulich Franz, Dr.
Wickenburg Matthias Konstantin, Graf.*)
Wodzicki Ludwig, Graf.
Wolfrum Karl.
Wrbna u. Freudenthal Rudolf jun., Graf.
Zbyszewski Viktor, Ritter v., Dr.
Ziemialkowski Florian, Dr.
Zyblikiewicz Nikolaus, Dr.

Erſatzmänner:

Althann Karl, Graf.
Andriewicz Samuel.
Blome Guſtav, Graf.
Bochenski Alois, Ritter v.
Chotek Otto, Graf.[1])
Columbani Horaz, Dr.
Conti Stephan, v.
Dietrich Karl Wilhelm, Dr.
Fetz Andreas, Dr.[1])
Fürſtenberg Johann Egon, Landgraf.
Hauslab Franz, Ritter v., Feldzeugmeiſter.[2])
Hopfen Franz, Ritter v.
Hubicki Karl, Ritter v.
Jäger Albert, Dr.[2])
Jeſſernigg Gabriel.
Kardaſch Gregor.[2])
Kinsky Ferdinand, Fürſt.
Knejevič Stephan, Ritter v.
Kübeck Max, Freiherr v.[1])
Lodron-Laterano Konſtantin, Graf.[1])
Lumbe Joſef, Edler v. **Mallonitz**, Dr.[1])
Mandelblüh Franz, Dr.[2])
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.
Meran Franz, Graf.
Michieli-Vitturi Simeon, v.[2])
Pajer v. **Monriva** Alois, Ritter v., Dr.
Perger Heinrich, Edler v. **Pergnan**, Dr.[1])
Reyer Konſtantin, Freiherr v.
Ritter-Zahony Hektor, Freiherr v.[1])
Romaszkan Nikolaus, Freiherr v.
Schoeller Alexander, Ritter v.[2])
Schindler Alexander Julius.[1])
Seyffertitz Karl, Freiherr v.[2])
Steffens Peter.[1])
Stieger Joſef Valentin.
Streer Ritter v. **Streeruwitz** Adolf.[1])
Sveter Lukas.
Tarnowski Stanislaus, Graf.[2])
Thurn-Valſaſſina-Como-Perrelli Georg, Graf.
Traun-Abensperg Hugo, Graf.[2])
Vidulich Franz, Dr.
Waser Joſef, Ritter v., Dr.
Wejzyk Leonhard, Ritter v.[2])
Wickhoff Franz.
Widmann-Hedlnitzky Viktor, Freiherr v.[1])
Wilczek Johann, Graf.
Zedlitz Karl Moritz, Graf[1]).

II. Seſſion, 1869.

Mitglieder:

Arneth Alfred, Ritter v.
Auersperg Carlos, Fürſt.
Banhans Anton, Dr.
Bibus Peter Franz.
Bochenski Alois, Ritter v.
Černe Anton.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Coudenhove Maximilian, Graf, Feldmarſchalleutnant.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Mandat niedergelegt.
[1]) Für die Zeit der Erkrankung des Delegierten **Greuter** als Delegierter einberufen.
[2]) Als Delegierter einberufen, jedoch Mandat niedergelegt.
[3]) Geſtorben.
[4]) Abgeordnetenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Czartoryski Konstantin, Fürst.
Czaykowski Johann, Ritter v., Dr.
Daubek Eduard, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Dietrichstein-Mensdorff-Ponilly, Alexander, Fürst.
Dubsky Emanuel, Graf.
Figuly v. **Hyép** Ignaz, Dr.
Froschauer Sebastian, v.
Fürstenberg Max Egon, Fürst.*)
Gablenz Ludwig, Freiherr v., General der Kavallerie.*)
Giovanelli Ignaz, Freiherr v.
Gorjewski Anton, Graf.
Groß Gustav Robert, Dr.
Handel Heinrich, Freiherr v., Feldzeugmeister.
Hein Franz, Ritter v., Dr.*)
Helferstorfer Othmar, Abt.
Hoyos Franz, Ritter v.
Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf.
Hubicki Karl, Ritter v.
Jablonowski Karl, Fürst.
Kaiser Ignaz, Dr.
Kaiserfeld Moriz, Edler v., Dr.*)
Klier Franz, Dr.
Koß Christian, Freiherr v.
Laperna Alois, Dr.
Lax Josef.
Leonardi Cölestin, Dr.
Lumbe Edler v. **Wallonik** Josef, Dr.
Mandelblüh Franz, Dr.
Mertens Karl, Freiherr v., Feldmarschall-Leutnant.
Neumann Leopold, Dr.
Pascolini Karl, Freiherr v.
Petrini Alexander, Freiherr v.
Pipik Josef, Ritter v.
Rechbauer Karl, Dr.
Rechberg Bernhard, Graf.
Ritter-Zahony Hektor, Freiherr v.
Schier Josef.
Spiegel Graf v. **Diesenberg** Christoph.
Steffens Peter.
Stieger Josef Valentin, Dr.
Straß Karl, van der, Dr.
Sturm Eduard, Dr.
Svetec Lukas.
Thun Josef Oswald, Graf.*)
Vidulich Franz, Dr.
Wächter Otto, Freiherr v.
Weichs Friedrich, Freiherr v.
Weyl Leonhard, Ritter v.*)
Wickenburg Matthias Konstantin, Graf.
Winterstein Simon, Ritter v.
Wrbna u. **Freudenthal** Rudolf jun., Graf.
Wüllerstorf-Urbair Bernhard, Freiherr v., Vizeadmiral.
Ziemialkowski Florian, Dr.

Ersatzmänner:

Althann Karl, Graf.
Barbo Josef Emanuel, Graf.
Chorinsky Gustav, Graf.[1])
Colombani Horaz, Dr.
Conti Stephan, v.
Dehne August, Dr.
Dietrich Karl Wilhelm, Dr.
Dinstl Ferdinand, Dr.
Fekt Andreas, Dr.
Fürstenberg Johann Egon, Landgraf.
Gschnitzer Matthias.
Horodyski Thomas, Ritter v.[2])
Jäger Albert, Dr.
Jessernigg Gabriel.
Kinsky Ferdinand, Fürst.[1])
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.
Meran Franz, Graf.
Mercandin Franz, Graf.
Pajer v. **Monriva** Alois, Ritter v., Dr.
Paurr Bernhard, Dr.
Potanowski Stanislaus, Ritter v.[1])
Prokopowicz Josef.

---

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Abgeordnetenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Radmann Josef, Dr.
Romaszkan Nikolaus, Freiherr v.
Ryger Anton, Dr.
Schlegel Josef.[1])
Szymonowicz Ignaz, Freiherr v., Dr.[1])
Wolf Josef.
Zaillner Innozenz, Dr.

III. Session, 1870.

Mitglieder:

Auersperg Josef, Graf.*)
Badeni Ladislaus, Graf.
Banhans Anton, Dr.
Brestel Rudolf, Dr.
Carneri Bartholomäus, Ritter v.
Černe Anton.
Clary Edmund, Fürst.
Colombani Horaz, Dr.
Coudenhove Maximilian, Graf, Feldmarschalleutnant.
Czerkawski Eusebius, Dr.
Daubek Eduard, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Falkenhayn Franz, Graf.
Figuly v. **Szép** Ignaz, Dr.
Fürstenberg Johann Egon, Landgraf.*)
Fürth Josef.
Gablenz Ludwig, Freiherr v., General der Kavallerie.
Giovanelli Ignaz, Freiherr v.
Giskra Karl, Dr.
Greuter Josef.
Grocholski Kasimir, Ritter v., Dr.
Hschnitzer Matthias.*)
Herbst Eduard, Dr.
Hopfen Franz, Ritter v.
Horodyski Thomas, Ritter v.
Huscher Georg.
Jablonowski Karl, Fürst.
Kinsky Ferdinand, Fürst.
Klaczko Julian.
Kuranda Ignaz, Dr.
Leitenberger Friedrich, Ritter v.
Lodron-Laterano Konstantin, Graf.
Mensdorff-Pouilly Alfons, Graf.*)
Meran Franz, Graf.
Mittrowsky Wladimir, Graf.*)
Neumann Wenzel.
Pelz Josef Anton, Dr.
Pascotini Karl, Freiherr v.
Plener Ignaz, Edler v., Dr.
Rechbauer Karl, Dr.
Rechberg Bernhard, Graf.
Ritter Valerius.
Salm-Reifferscheid Franz, Altgraf.
Salm-Reifferscheid Louis, Altgraf.
Schaumburg-Lippe Wilhelm, Prinz, General der Kavallerie.
Schaup Wilhelm, Dr.
Schwarzenberg Johann Adolf, Fürst.
Straß Karl, van der, Dr.
Sturm Eduard, Dr.
Styrna Eugen, Ritter v.*)
Svoter Lukas.
Thurn-Valsassina-Como-Perrelli Georg, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Karl, Fürst.*)
Vojnović-Ujiški Georg, Conte.
Weeber August, Dr.
Wickenburg Matthias Konstantin, Graf.
Wodzicki Ludwig, Graf.
Wolfrum Karl.
Zyblikiewicz Nikolaus, Dr.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Ersatzmänner:

Rithann Karl, Graf. [1])
Barbo Josef Emanuel, Graf.
Blitzfeld Rudolf, Dr.
Brandstetter Friedrich.
Burg Adam.
Danilo Johann.
Edenberger Matthias.
Härdtl Karl, Freiherr v.
Halter Josef, Dr. [1])
Hardegg Julius, Graf. [1])
Hye Anton, Dr., Freiherr v.
Jesserniga Gabriel.
Kálnoky Béla, Graf.
Kokorjowa Karl, Graf.
Kovács Anton, v. [1])
Kübeck Max, Freiherr v.
Lenz Alfred.
Los August, Graf.
Morzin Rudolf, Graf.
Rapp Franz, Dr.
Rhomberg August.
Schönburg-Hartenstein Heinrich Eduard, Fürst. [1])
Smolka Franz, Dr.
Starck Anton, Edler v. [2])
Sternberg Jaroslav, Graf. [3])
Strasoldo Leopold, Graf.
Traun-Abensperg Hugo, Graf.
Vidulich Franz, Dr.
Waldert Anton, Dr.
Waldstein Ernst, Graf.
Wilczek Johann, Graf. [1])
Zaillner Innozenz, Dr.

IV. Session, 1871.

Mitglieder:

Banhans Anton, Dr.
Burg Adam, Freiherr v.
Carneri Bartholomäus, Ritter v.
Cerne Anton.
Chlumecký Johann, Ritter v.*)
Cossa Ethbin Heinrich, Dr.
Czaykowski Johann, Ritter v.
Czerkawski Eusebius, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Dinstl Ferdinand, Dr.
Doblhoff-Dier Anton, Freiherr v.
Falkenhayn Franz, Graf.
Figuly v. **Spýp** Ignaz, Dr.
Fürstenberg Johann Egon, Landgraf.
Fürth Josef.
Gablenz Ludwig, Freiherr v., General der Kavallerie.
Giovanelli Ignaz, Freiherr v.
Giskra Karl, Dr.
Goluchowski Agenor, Graf.
Greuter Josef.*)
Groß Franz, Dr.
Härdtl Karl, Freiherr v.
Hartig Edmund, Graf v.
Hasner Leopold, Ritter v.
Herbst Eduard, Dr.
Horodyski Thomas, Ritter v.
Huscher Georg.
Jablonowski Karl, Fürst.
Jesserniga Gabriel.
Klaczko Julian.
Klier Franz, Dr.*)
Korb-Weidenheim Karl, Freiherr v.**)
Kuranda, Ignaz, Dr.
Lasser v. **Zollheim** Josef, Freiherr v., Dr.
Leitenberger Friedrich, Ritter v.
Lodron-Laterano Konstantin, Graf.

[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Als Delegierter einberufen, Mandat jedoch niedergelegt.
[3]) Bei der Ersatzwahl zum Delegierten gewählt.
*) Delegiertenmandat niedergelegt.
**) Bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt.

Digitized by Google

Mercandin Franz, Graf.
Mertens Karl, Freiherr v., Feldmarschall-Leutnant.
Oelz Josef Anton, Dr.
Pasrotini Karl, Freiherr v.
Petrino Alexander, Freiherr v.
Pipitz Josef, Ritter v.
Rechbauer Karl, Dr.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Schmerling Anton, Ritter v.
Smolka Franz, Dr.
Straß Karl, van der, Dr.
Sturm Eduard, Dr.
Theumer Ernst.
Unger Josef, Dr.
Vidulich Franz, Dr.
Vojnović-Ujiški Georg, Conte.
Waldert Anton, Dr.
Werber August, Dr.
Wickenburg Matthias Konstantin, Graf.
Winterstein Simon, Ritter v.*)
Wodzicki Ludwig, Graf.
Wrbna und **Freudenthal** Rudolf Eugen, Graf.
Wüllerstorf-Urbair Bernhard, Freiherr v., Vizeadmiral.
Zedtwitz Karl Moriz, Graf.
Zyblikiewicz Nikolaus, Dr.

Ersatzmänner:

Althann Karl, Graf.
Attems Anton, Graf.
Barbo Josef Emanuel, Graf.
Bertagnolli Kasimir.
Blitzfeld Rudolf, Dr.
Chorinsky Gustav, Graf.
Colombani Horaz, Dr.
Danilo Johann.
Halter Josef, Dr.
Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf.
Kirchmayer Julius.
Kosz-Dobrz Ferdinand, Freiherr v.
Kubáls Anton, v.
Kübeck Max, Freiherr v.
Lipp Eduard, Dr.
Lumbe Josef, Edler v. **Mallonitz**, Dr.
Mayr Edler v. **Melnhof**, Franz.
Meran Franz, Graf.
Miklosich Franz, Ritter v.[1])
Morpurgo Josef, Freiherr v.
Neumann Leopold, Dr.
Rapp Franz, Dr.[1])
Rhomberg August.
Ritter Valerius.
Salm-Reifferscheid Franz, Altgraf.
Steinmair Johann.
Strasoldo Leopold, Graf.
Thurn-Valsassina-Como-Vercelli Georg, Graf.
Traun-Abensperg Hugo, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Karl, Fürst.
Wereszczyński Josef, Dr.
Zaillner Innozenz, Dr.[1])

V. Session, 1872.

Mitglieder:

Auersperg Carlos, Fürst.
Brestel Rudolf, Dr.
Burg Adam, Freiherr v.
Carneri Bartholomäus, Ritter v.
Černe Anton.
Colombani Horaz, Dr.*)
Czerkawski Eusebius, Dr.
Demel Ritter v. **Elswehr**, Johann, Dr.
Falkenhayn Franz, Graf.*)
Fedrigotti Friedrich, Graf.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Figuly v. **Szép** Ignaz, Dr.
Gablenz Ludwig, Freiherr v., General der Kavallerie.
Giskra Karl, Dr.
Greuter Josef.
Grocholski Kasimir, Ritter v., Dr.
Hartung Ernst, Feldzeugmeister.
Herbst Eduard, Dr.
Hopfen Franz, Ritter v.
Horodyski Thomas, Ritter v.
Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf.
Huscher Georg.*)
Jablonowski Karl, Fürst.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kardasch Gregor.
Khevenhüller-Metsch Richard, Fürst.
Kinsky Oktavian, Graf.*)
Korb-Weidenheim Karl, Freiherr v.
Koß-Dobry Ferdinand, Freiherr v.
Kübeck Max, Freiherr v.
Lodron-Laterano Konstantin, Graf.
Mayer Ernst, Dr.
Orlt Josef, Anton, Dr.
Pascolini Karl, Freiherr v.
Pino-Friedenthal Felix, Freiherr v.
Pipitz Josef, Ritter v.
Poklukar Josef, Dr.
Pratobevera Adolf, Freiherr v.
Rechbauer Karl, Dr.
Rechberg Bernhard, Graf.
Ritter Valerius.
Ritter-Zahony Hektor, Freiherr v.
Roser Franz, Dr.
Rylski Eustach, Ritter v.
Schaup Wilhelm, Dr.
Schier Josef.
Scrinzi Ritter v. **Monterrose** Johann, Dr.
Seidemann Heinrich.
Straß Karl, van der, Dr.
Streer Ritter v. **Streerwitz**, Adolf.
Thun Josef Oswald, Graf.
Traun-Abensperg Hugo, Graf.*)
Trauttmansdorff-Weinsberg Ferdinand, Graf.
Vojnović-Ljički Georg, Comte.*)
Prints zu **Talkenstein** Maximilian, Graf.
Weeber August, Dr.
Wegscheider Johann, Dr.
Weigel Ferdinand, Dr.
Wickenburg Matthias Konstantin, Graf.
Zaillner Innozenz, Dr.
Zyblikiewicz Nikolaus, Dr.

Ersatzmänner:

Kopytowicz de **Hasso** Kajetan.
Apfaltrer v. **Apfaltrern** Ivan, Freiherr v.
Barbo Josef Emanuel, Graf.
Bauriedl Christoph.[1])
Blihfeld Rudolf, Dr.
Brandstetter Friedrich.
Chorinsky Gustav, Graf.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Danilo Johann.[2])
Edlbacher Max, Dr.
d'Elvert Christian, Ritter.
Graf Lubert, Dr.[2])
Hardegg, Julius, Graf.
Jessernigg Gabriel.
Kálnoky Béla, Graf.
Karajan Theodor, Ritter v.[2])
Keil Franz, Dr.
Kuchanowski Ritter v. **Slawczan** Anton.
Lenz Alfred.
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.[2])
Meran Franz, Graf.
Metternich Richard, Fürst.
Morpurgo Josef, Freiherr v.
Piotrowski Gustav, Ritter v., Dr.
Potocki Alfred, Graf.
Rhomberg August.
Thun-Hohenstein Emanuel, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Karl, Fürst.
Tschabuschnigg Adolf, Ritter v.[2])
Vidulich Franz, Dr.[2])

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
[2]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

VI. Seſſion, 1873.

Mitglieder:

Bodnar Iwan.*)
Burg Adam, Freiherr v.
Carneri Bartholomäus, Ritter v.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eyſenberg.**
Czerkawski Euſebius, Dr.**)
Drgara Heliodor.***)
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr.**
d'Elvert Chriſtian, Ritter.
Fedrigotti Friedrich, Graf.
Figuly v. **Sipp** Ignaz, Dr.
Fontana Joſef Franz, Ritter v. **Palſalina.***)
Forſter Emanuel, Ritter v.
Froſchauer Sebaſtian, v.
Fürſtenberg Johann Egon, Landgraf.
Gableng Ludwig, Freiherr v., General der Kavallerie.
Grocholski Kaſimir, Ritter v., Dr.**)
Hartung Ernſt, Feldzeugmeiſter.
Hasner Leopold, Ritter v.
Herbſt Eduard, Dr.
Horodyski Thomas, Ritter v.**)
Hoyos-Sprinzenſtein Ernſt, Graf.
Jablonowski Karl, Fürſt.
Janowski Ambros, Dr.*)
Jaworski Apollinar, Ritter v.**)
Jeſſernigg Gabriel.*)
Kardaſch Gregor.
Khevenhüller-Metſch Richard, Fürſt.
Klier Franz, Dr.
Korb-Weidenheim Karl, Freiherr v.
Kübeck Max, Freiherr v.
Leitenberger Friedrich, Ritter v.
Liechtenſtein Friedrich, Fürſt, General der Kavallerie.
Lodron-Laterano Konſtantin, Graf.
Mertens Karl, Freiherr v., Feldmarſchalleutnant.
Neumann Wenzel.
Pascolini Karl, Freiherr v.
Perger Heinrich, Edler v. **Pergnan,** Dr.
Pino-Friedenthal Zelig, Freiherr v.
Pipitz Joſef, Ritter v.
Rechbauer Karl, Dr.
Rechberg Bernhard, Graf.
Ritter Valerius.***)
Ritter-Zahony Hektor, Freiherr v.
Scharſchmid v. **Adlertreu** Max, Freiherr.*)
Schaup Wilhelm, Dr.
Schier Joſef.
Schmerling Anton, Ritter v.
Schönburg-Hartenſtein Alexander, Fürſt.
Scrinzi Johann, Ritter v. **Montecrocc,** Dr.
Smarzewski Severin, Ritter v.**)
Streer Ritter v. **Streerwitz** Adolf.
Thurn-Valſaſſina-Como-Vercelli Hyacinth, Graf.
Tinti Karl, Freiherr v.
Tomaszczuk Konſtantin, Dr.*)
Trauttmansdorff-Weinsberg Ferdinand, Graf.
Vidulich Franz, Dr.
Vojnović-Ujiſki Georg, Comte.
Weber Auguſt, Dr.
Wegſcheider Johann, Dr.
Winterſtein Simon, Ritter v.
Wlodek Matthias.*)
Wodzicki Heinrich, Graf.**)
Wolfrum Karl.
Wrbna u. **Freudenthal** Rudolf jun., Graf.
Zaillner Innozenz, Dr.
Zyblikiewicz Nikolaus, Dr.**)

Erſatzmänner:

Agopſowicz de **Haſſo** Kajetan.[1])
Antonietti Joſef, Dr.
Auersperg Joſef, Graf.
Belrupt-Tiſſac Karl, Graf.
Bendella Theophil.[2])
Blittfeld Rudolf, Dr.

*) Bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt.
**) Delegiertenmandat verloren.
***) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Mandat verloren.
[2]) Bei der Nachwahl gewählt.

Digitized by Google

Brandſtetter Friedrich.
Černe Anton.
Cnobloch Karl, Freiherr v.
Colombani Horaz, Dr. [3])
Danilo Johann. [4])
Dinſtl Ferdinand, Dr.
Edlbacher Max, Dr.
Fürth Joſef. [3])
Fux Johann.
Gompertz Julius. [3])
Haber v. **Linsberg** Louis, Freiherr v.
Höppen Apollinar, Ritter v. [1])
Kaiſer Ignaz, Dr.
Kálnoky Béla, Graf. [5])
Keil Franz, Dr.
Kochanowski Anton, Ritter v. **Sławczan.** [5])
Kuh David.
Mayer Ernſt, Dr.
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.
Morpurgo Joſef, Freiherr v.
Salm-Reifferſcheid Franz, Altgraf.
Schönbach Anton. [2])
Schürer Franz.
Starhemberg Camillo, Heinrich, Fürſt.
Stockau Friedrich, Graf. [2])
Thun-Hohenſtein Guido, Graf.
Trautmansdorff-Weinsberg Karl, Fürſt.
Wächter Otto, Freiherr v.
Waldſtein-Wartenberg Joſef, Graf, Feldmarſchall-Leutnant.
Wickenburg Matthias, Konſtantin, Graf.

VII. Seſſion, 1874.

Mitglieder:

Auersperg Vinzenz Chriſtian, Fürſt. [*])
Beer Adolf, Dr.
Breſtel Rudolf, Dr.
Burg Adam, Freiherr v.
Carneri Bartholomäus, Ritter v.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Czartoryski Georg, Fürſt.
Czartoryski Konſtantin, Fürſt.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr,** Dr.
Dumba Nikolaus.
Dunajewski Julian, Dr.
Franceſchi Johann, de.
Fürſtenberg Johann Egon, Landgraf.
Giskra Karl, Dr.
Grebner Eduard, v., Dr.
Grocholski Kaſimir, Ritter v., Dr.
Groß Franz, Dr.
Hackelberg-Landau Rudolf Anton, Freiherr v.
Hanisch Julius, Dr.
Hartung Ernſt, Feldzeugmeiſter.
Herbſt Eduard, Dr.
Hoyos-Sprinzenſtein Ernſt, Graf.
Kabat Moriz, Ritter v., Dr.
Kardaſch Gregor.
Korb-Weidenheim Karl, Freiherr v.
Lübeck Max, Freiherr v.
Lapenna Aloiſ, Dr.
Liechtenſtein Friedrich, Fürſt, General der Kavallerie.
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.
Mercandin Franz, Graf.
Oelz Joſef Anton, Dr.
Pino-Friedenthal Felix, Freiherr v.
Pipitz Joſef, Ritter v. [**])
Plener Ignaz, Edler v., Dr. [**])
Potocki Alfred, Graf.
Prato Johann, Freiherr v.

---

[1]) Mandat verloren.
[2]) Bei der Nachwahl gewählt.
[3]) Geſtorben.
[4]) Mandat niedergelegt.
[5]) Bei der Erſatzwahl zum Delegierten gewählt.
[*]) Bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt, Mandat jedoch abgelehnt.
[**]) Delegiertenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Rechbauer Karl, Dr.
Rizy Theobald, Freiherr v.
Ritter Valerius.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.
Salm-Reifferscheid Franz, Altgraf.*)
Salm-Reifferscheid Louis, Altgraf.*)
Schaffer Adolf, Dr.
Scharschmid v. **Adlertreu** Max, Freiherr.
Schaup Wilhelm, Dr.
Schier Josef.
Schöffel Josef.
Schönburg-Hartenstein Alexander, Fürst.
Serinzi Johann, Ritter v. **Montecrore**, Dr.
Seidemann Heinrich.
Smarzewski Severin, Ritter v.
Smolka Franz, Dr.
Stähr Anton, Dr.
Streer Ritter v. **Streeruwitz** Adolf.
Teuschl Josef Michael.
Thun Josef Oswald, Graf.
Traun-Abensperg Otto, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Ferdinand, Graf.
Weeber August, Dr.
Wegscheider Johann, Dr.
Zyblikiewicz Nikolaus, Dr.*)

Ersatzmänner:

Arneth Alfred, Ritter v.[1])
Barenther Ernst, Dr.
Berk Georg, Freiherr v.
Bonda Marino, Graf.
Chrzanowski Leon, Ritter v.[1])
Coudenhove Maximilian, Graf, Feldmarschalleutnant.[2])
Hein Franz, Ritter v., Dr.[2])
Jaworski Appollinar, Ritter v.
Keil Franz, Dr.
Kellersperg Ernst, Freiherr v.
Khevenhüller-Metsch Richard, Fürst.
Kochanowski Anton, Ritter v. **Stawczan.**
Mayer Ernst, Dr.
Pischelwitzer Oswald.
Pirquet Peter, Freiherr v.
Planck v. **Planckburg** Eduard.
Porenta Karl, Ritter v., Dr.
Rajlag Radoslav, Dr.
Ritter-Zahony Hektor, Freiherr v.[1])
Starhemberg Camillo Heinrich, Fürst.[2])
Straß Karl, van der, Dr.
Thun-Hohenstein Guido, Graf.[2])
Thurn-Valsassina-Como-Verrelli Georg, Graf.[1])
Thurnher Johann.
Trauttmansdorff-Weinsberg Karl, Fürst.[2])
Vidulich Franz, Dr.
Prinz zu Falkenstein Maximilian, Graf.[2])
Wildauer Tobias, Ritter v., Dr.
Winkler Andreas.
Zaillner Innozenz, Dr.

VIII. Session, 1875.

Mitglieder:

Barenther Ernst, Dr.
Beer Adolf, Dr.
Begna-Possedaria Cosmus, Conte, Dr.*)
Belrupt-Tissac Karl, Graf.
Brestel Rudolf, Dr.
Burg Adam, Freiherr v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Ciani Johann, Freiherr v.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Czartoryski Georg, Fürst.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.

Digitized by Google

Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Doblhoff-Dier Heinrich, Freiherr v.
Dunajewski Julian, Dr.
Engerth Wilhelm, Ritter v.
Franceschi Johann, de.*)
Fürstenberg Johann Egon, Landgraf.
Grocholski Kasimir, Ritter v., Dr.
Groß Franz, Dr.
Hackelberg-Landau Rudolf Anton, Freiherr v.
Hartung Ernst, Feldzeugmeister.
Herbst Eduard, Dr.
Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf.
Jablonowski Karl, Fürst.
Kabat Moriz, Ritter v., Dr.
Kardasch Gregor.*)
Kellner v. **Köllenstein** Friedrich, Freiherr, Feldzeugmeister.
Khevenhüller-Metsch Richard, Fürst.*)
Kinsky Ferdinand, Fürst.
Klier Franz, Dr.
Kochanowski Anton, Ritter v. **Stawrzan**.*)
Kopp Josef, Dr.
Kübeck Max, Freiherr v.
Liechtenstein Friedrich, Fürst, General der Kavallerie.
Oelz Josef Anton, Dr.
Oppenheimer Ludwig John, Ritter v.
Pipitz Josef, Ritter v.
Rechbauer Karl, Dr.
Rechberg Bernhard, Graf.
Ritter Valerius.
Roßbacher Rudolf, Freiherr v., Feldzeugmeister.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Schaffer Adolf, Dr.
Scharschmid v. **Adlertreu** Max, Freiherr.
Schaup Wilhelm, Dr.
Schmerling Anton, Ritter v.
Smarzewski Severin, Ritter v.
Smolka Franz, Dr.
Stöhr Anton, Dr.
Streer Ritter v. **Streeruwitz** Adolf.
Sturm Eduard, Dr.
Teuschl Josef Michael.
Thun-Hohenstein Guido, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Ferdinand, Graf.
Prints zu **Falkenstein** Maximilian, Graf.
Walterskirchen Robert, Freiherr v.
Weeber August, Dr.
Wegscheider Johann, Dr.
Wildauer Tobias, Ritter v., Dr.
Winterstein Simon, Ritter v.
Wolfrum Karl.

Ersatzmänner:

Beeß Georg, Freiherr v.
Carneri Bartholomäus, Ritter v.
Coudenhove Maximilian, Graf, Feldmarschalleutnant.[1])
Egger Alois, Ritter v. **Möllwald**, Dr.
Goldegg Hugo, Ritter v.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kálnoky Béla, Graf.
Keil Franz, Dr.
Klaić Michael, Dr.[1])
Mendelsburg Albert.
Neumann Leopold, Dr.
Neumann Wenzel.
Planck v. **Planckburg** Eduard.
Porenta Karl, Ritter v.
Promber Adolf, Dr.
Razlag Radoslav, Dr.
Ritter-Zahony Hektor, Freiherr v.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.
Schier Josef.[1])
Schönburg-Hartenstein Alexander, Fürst.
Serinzi Johann, Ritter v. **Monterroce**, Dr.
Stendel Johann.
Thurn-Valsassina-Como-Perrelli Georg, Graf.
Thurnher Johann.
Traun-Abensperg Otto, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Karl, Fürst.
Vidulich Franz, Dr.[1])
Waldstein-Wartenberg Josef, Graf, Feldmarschalleutnant.
Winkler Andreas.
Woynarowicz Johann, Ritter v.[1])

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

IX. Session, 1876.

Mitglieder:

Banhans Anton, Dr.
Belrupt-Tissac Karl, Graf.
Brestel Rudolf, Dr.
Burg Adam, Freiherr v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Ciani Johann, Freiherr v.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Crenneville Franz, Graf, Feldzeugmeister.*)
Czartoryski Konstantin, Fürst.
Czerkawski Eusebius, Dr.*)
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Dunajewski Julian, Dr.*)
Engerth Wilhelm, Ritter v.
Franceschi Johann, de.
Giskra Karl, Dr.
Grocholski Kasimir, Ritter v., Dr.
Groß Franz, Dr.
Hartung Ernst, Feldzeugmeister.
Herbst Eduard, Dr.
Kabat Moriz, Ritter v., Dr.
Kellner v. Köllenstein Friedrich, Freiherr, Feldzeugmeister.
Klier Franz, Dr.
Kochanowski Anton, Ritter v. **Slawczan.**
Kübeck Max, Freiherr v.
Kuranda Ignaz, Dr.
Liechtenstein Friedrich, Fürst, General der Kavallerie.
Lienbacher Georg.
Ljubiša Stephan, Ritter v.
Mercandin Franz, Graf.
Neumann Wenzel.
Oelz Josef Anton, Dr.
Oppenheimer Ludwig John, Ritter v.
Rechbauer Karl, Dr.
Rechberg Bernhard, Graf.
Ritter Valerius.
Roßbacher Rudolf, Freiherr v., Feldzeugmeister.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Scharschmid v. Adlertreu Max, Freiherr.
Schaup Wilhelm, Dr.
Schier Josef.
Schönburg-Hartenstein Alexander, Fürst.
Scrinzi Johann, Ritter v. **Monterrore**, Dr.
Smarzewski Severin, Ritter v.
Smolka Franz, Dr.
Steudel Johann.
Stöhr Anton, Dr.
Streer Ritter v. **Streerowitz** Adolf.
Sturm Eduard, Dr.
Tenschl Josef Michael.*)
Thun-Hohenstein Guido, Graf.
Thun Josef Oswald, Graf.
Thurn und **Taxis** Hugo, Fürst.
Thurn-Valsassina-Como-Percelli Hyacinth, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Ferdinand, Graf.
Walterskirchen Robert, Freiherr v.
Weeber August, Dr.
Widmann-Sedlnitzky Viktor, Graf.
Wildauer Tobias, Ritter v., Dr.
Winterstein Simon, Ritter v.
Wrbna und **Freudenthal** Rudolf Eugen, Graf.

Ersatzmänner:

Breß Georg, Freiherr v.
Blaas Florian, Dr.
Bonda Marino, Graf.
Carneri Bartholomäus, Ritter v.
Coudenhove Maximilian, Graf, Feldmarschalleutnant.
Dumba Nikolaus.
Götz Josef.
Haschek Adolf.
Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf.[1])
Hye Anton, Dr., Freiherr v.
Jaworski Apollinar, Ritter v.[2])
Kálnoky Béla, Graf.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
[2]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Langer-Podgoro Franz Viktor, Ritter v.
Mendelsburg Albert.[2])
Neumayer Matthias.
Planck v. Planckburg Eduard.
Porenta Karl, Ritter v., Dr.[2])
Promber Adolf, Dr.
Ritter-Zahony Hektor, Freiherr v.[1])
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.
Salm-Reifferscheid Franz, Altgraf.[2])
Seidemann Heinrich.
Sirmierski-Lewicki Wilhelm, Graf.
Thurn-Valsassina-Como-Percelli Georg, Graf.
Thurnher Johann.
Tomaszczuk Konstantin, Dr.
Traun-Abensperg Otto, Graf.[1])
Vidulich Franz, Dr.
Wilczek Johann, Graf.
Winkler Andreas.

X. Session, 1877.

Mitglieder:

Bareuther Ernst, Dr.
Belcredi-Tissac Karl, Graf.
Burg Adam, Freiherr v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Czerkawski Eusebius, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Dunajewski Julian, Dr.
Engerth Wilhelm, Ritter v.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fluck v. Leidenkron Josef Bruno, Freiherr v.
Fürstenberg Johann Egon, Landgraf.
Giskra Karl, Dr.
Graf Friedrich, Dr.
Greuter Josef.
Grocholski Kasimir, Ritter v., Dr.
Groß Franz, Dr.
Hartung Ernst, Feldzeugmeister.
Helferstorfer Othmar, Abt.
Herbst Eduard, Dr.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kabat Moriz, Ritter v., Dr.
Kellersperg Ernst, Freiherr v.[*])
Klier Franz, Dr.
Koller Alexander, Freiherr v., General der Kavallerie.
Korb-Weidenheim Karl, Freiherr v.
Kübeck Max, Freiherr v.
Kuranda Ignaz, Dr.
Kutschker Johann Baptiste, Dr., Kardinal, Fürsterzbischof.
Liechtenstein Friedrich, Fürst, General der Kavallerie.
Plener Ernst, Edler v., Dr.
Rechberg Bernhard, Graf.
Ritter Valerius.
Salm-Reifferscheid Franz, Altgraf.
Schaup Wilhelm, Dr.
Schier Josef.
Schmerling Anton, Ritter v.[*])
Schöffel Josef.
Schönburg-Hartenstein Alexander, Fürst.
Scrinzi Johann, Ritter v. **Montecroce**, Dr.
Smarzewski Severin, Ritter v.[*])
Stöhr Anton, Dr.
Streer Ritter v. **Streerowitz** Adolf.
Sturm Eduard, Dr.
Sueß Eduard, Dr.
Teuschl Josef Michael.
Thurnher Johann.
Thurn und Taxis Hugo, Fürst.
Thurn-Valsassina-Como-Percelli Hyacinth, Graf.[**])
Tomaszczuk Konstantin, Dr.
Trauttmansdorff-Weinsberg Ferdinand, Graf.
Vidulich Franz, Dr.

---

[1]) Als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
[2]) Als Delegierter einberufen.
[*]) Delegiertenmandat niedergelegt.
[**]) Gestorben.

Digitized by Google

Walterskirchen Robert, Freiherr v.*)
Wanka Franz.
Werber Auguſt, Dr.
Wegſcheider Johann, Dr.
Widmann-Sedlnitzky Viktor, Graf.
Winterſtein Simon, Ritter v.
Wolfrum Karl.
Wrbna und **Freudenthal** Rudolf Eugen, Graf.

Erſatzmänner:

Breß Georg, Freiherr v.
Begna-Poſſedaria Cosmus, Conte, Dr.
Czartoryski Konſtantin, Fürſt. [1])
Duchatſch Ferdinand, Dr. [2])
Hackelberg-Landau Rudolf Anton, Freiherr v.
Haerdtl Karl, Freiherr v.
Hammer-Purgſtall Karl, Freiherr v. [1])
Hoyos-Sprinzenſtein Ernſt, Graf.
Jeſſernigg Gabriel.
Kálnoky Béla, Graf.
Kril Franz, Dr.
Langer-Podgoro Franz Viktor, Ritter v. [1])
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.
Mendelsburg Albert.
Moſer Alois.
Neumann Wenzel.
Orlt Joſef Anton, Dr.
Planck v. **Planckburg** Eduard.
Poleſini Johann Paul, Freiherr v.
Promber Adolf, Dr.
Renney v. **Herszény** Oreſtes.
Ritter-Zahony Hektor, Freiherr v.
Roſenberg-Orſini Heinrich, Fürſt.
Rylski Euſtach, Ritter v. [1])
Schaffer Adolf, Dr. [2])
Schrank Johann Ferdinand, Dr.
Heidemann Heinrich.
Thun-Hohenſtein Guido, Graf.
Thurn-Valſaſſina-Como-Vercelli Georg, Graf.
Trints zu **Falkenſtein** Maximilian, Graf.
Winkler Andreas.
Wittmann Paul, Ritter v., Dr.
Wörz Joſef, Ritter v.

XI. Seſſion, 1878.

Mitglieder:

Barenther Ernſt, Dr.
Blaas Florian, Dr.
Ceſchi a Santa Croce Alois, Freiherr v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Czartoryski Konſtantin, Fürſt.
Cyrkawski Euſebius, Dr.**)
Dehne Auguſt, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Dumba Nikolaus.
Dunajewski Julian, Dr.
Engerth Wilhelm, Ritter v.***)
Foregger Richard, Dr.
Giskra Karl, Dr.**)
Goëß Johann Anton, Graf.***)
Grocholski Kaſimir, Ritter v., Dr.
Groß Franz, Dr.***)
Hackelberg-Landau Rudolf Anton, Freiherr v.
Helferſtorfer Othmar, Abt.
Herbſt Eduard, Dr.**)

*) Delegiertenmandat niedergelegt und wiedergewählt.
1) Als Delegierter einberufen.
2) Bei der Nachwahl zum Erſatzmann gewählt.
**) Delegiertenmandat niedergelegt.
***) Bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt.

Digitized by Google

Jablonowski Karl, Fürst.*)
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kabat Moriz, Ritter v., Dr.
Kellner v. Köllenstein Friedrich, Freiherr, Feldzeugmeister.*)
Khevenhüller-Metsch Johann Karl, Fürst.*)
Klaić Michael, Dr.
Klier Franz, Dr.*)
Kochanowski Anton, Ritter v. **Stawczan.**
Koller Alexander, Freiherr v., General der Kavallerie.*)
Kübeck Max, Freiherr v.
Kuranda Ignaz, Dr.*)
Langer-Podgorz Franz Viktor, Ritter v.
Latour v. Thurnburg Josef, Feldmarschalleutnant.
Liechtenstein Friedrich, Fürst, General der Kavallerie.
Lienbacher Georg.
Lenwirth Josef.
Litschr Friedrich, Dr.*)
Lolz Josef Anton, Dr.
Oppenheimer Ludwig John, Ritter v.
Pirquet Peter, Freiherr v.
Ritter Valerius.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Rylski Eustach, Ritter v.**)
Salm-Reifferscheid Franz, Altgraf.*)
Scharschmid v. Adlertreu Max, Freiherr v.
Schaup Wilhelm, Dr.*)
Schier Josef.
Scrinzi Johann, Ritter v. **Montecroce,** Dr.
Smarzewski Severin, Ritter v.
Stöhr Anton, Dr.
Stradi Nazario, Dr.
Streer Ritter v. **Streerwitz** Adolf.
Sturm Eduard, Dr.
Terlago Robert, Graf.
Tonschl Josef Michael.
Thun-Hohenstein Ladislaus, Graf.
Thun Josef Oswald, Graf.
Thurn und **Taxis** Hugo, Fürst.
Thurn-Valsassina-Como-Vercelli Georg, Graf.*)
Trauttmansdorff-Weinsberg Ferdinand, Graf.
Waldstein-Wartenberg Josef, Graf, Feldmarschalleutnant.
Walterskirchen Robert, Freiherr v.
Widmann-Sedlnitzky Viktor, Graf.

Ersatzmänner:

Apfaltrer v. Apfaltrern Ivan, Freiherr v.
Kresin-Fatton Josef.
Kuenspera Josef, Graf.
Condenhove Maximilian, Graf, Feldmarschalleutnant.[1])
Deschmann Karl.
Duchatsch Ferdinand, Dr.
Dürnberger Adolf, Dr.
Falkenhayn Franz, Graf.[1])
Felder Kajetan, Freiherr v., Dr.[2])
Fluck v. Teidenkron Josef Bruno, Freiherr v.
Furtmüller Rudolf.[2])
Fux Johann.[2])
Gögl Johann.[2])
Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf.[1])
Kurl Alexander, Abt.[2])
Mayer Ernst, Dr.[2])
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.[2])
Meißler Anton.
Mendelsburg Albert.
Menger Max, Dr.
Meran Franz, Graf.[2])
Mladota v. Solopisk Franz, Freiherr.[2])
Neumayer Matthias.
Pischelwitzer Oswald.
Obentraut Adolf, v.[2])
Porria Ferdinand, Fürst.[2])
Promber Adolf, Dr.[1])
Riese-Stallburg Anton, Freiherr v.[1])
Rodler Wilhelm, Dr.[1])
Rydzowski Andreas, Dr.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
**) Bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt.
[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Mandat niedergelegt.
[3]) Bei der Nachwahl zum Ersatzmann gewählt.
[4]) Als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
[5]) Bei der Nachwahl zum Ersatzmann gewählt und als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Seidemann Heinrich. [1])
Siemienski-Lewicki Wilhelm, Graf. [2])
Sternbach Ferdinand, Freiherr v.
Thurnher Johann.
Trauttmansdorff-Weinberg Karl, Fürst. [3])
Vidulich Franz, Dr.
Wagner Heinrich.
Wehli Auguſt, Freiherr v. [2])
Wilczek Johann, Graf. [1])
Winkler Andreas.
Wittmann Paul, Ritter v., Dr.

XII. Seſſion, 1879—1880.

Mitglieder:

Auersperg Adolf, Fürſt.
Barcuther Ernſt, Dr.
Brandis Heinrich, Graf.
Brenner-Felsach Adolf, Freiherr v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Clam-Martinic Heinrich Jaroſlav, Graf.
Czartoryski Georg, Fürſt.
Czartoryski Konſtantin, Fürſt.
Czerkawski Euſebius, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Dunajewski Julian, Dr.
Falkenhayn Franz, Graf.
Felder Kajetan, Freiherr v., Dr.
Franceſchi Johann, de.
Fux Johann.
Giovanelli Ignaz, Freiherr v.
Goëß Johann Anton, Graf.
Grocholski Kaſimir, Ritter v., Dr.
Groß Franz, Dr.
Habietinek Karl, Dr.
Hein Franz, Ritter v., Dr.
Hippoliti Alois, Freiherr v.
Hohenwart Karl, Graf.
Hormuzaki Georg, v.
Hübner Alexander, Freiherr v.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Klaić Michael, Dr.
Klier Franz, Dr.
Königswarter Moriz, Freiherr v.
Koller Alexander, Freiherr v., General der Kavallerie.
Kuranda Ignaz, Dr.
Liechtenſtein Friedrich, Fürſt, General der Kavallerie.
Lienbacher Georg.
Lobkowicz Georg, Fürſt, v.
London Ernſt, Freiherr v.
Meippert Erwin, Graf, General der Kavallerie.
Orly Joſef Anton, Dr.
Pfurtſcheller Johann, Dr.
Plener Ernſt, Edler v., Dr.
Rechbauer Karl, Dr.
Rechberg Bernhard, Graf.
Rieger Franz Ladislaus, Dr.
Ritter Valerius.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Scharſchmid v. Adlertreu Max, Freiherr.
Schmerling Anton, Ritter v.
Schmerling Joſef, Ritter v., Feldzeugmeiſter.
Schönburg-Hartenſtein Alexander, Fürſt.
Smolka Franz, Dr.
Sturm Eduard, Dr.
Sueß Eduard, Dr.
Strom Franz, Ritter v., Dr.
Thun-Hohenſtein Leo, Graf.
Walterskirchen Robert, Freiherr v.
Wehli Auguſt, Freiherr v.
Winkler Andreas.
Winterſtein Simon, Ritter v.
Wittmann Paul, Ritter v., Dr.
Wolfrum Karl.
Zeithammer Ottokar.

---

[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Bei der Nachwahl zum Erſatzmann gewählt.
[3]) Als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.

Digitized by Google

Erſatzmänner:

Breß Georg, Freiherr v.
Borelli Manfred, Conte de Brana.
Czaykowski Alfons, Ritter v.
Dehne Auguſt, Dr.
Fanderlik Joſef, Dr.
Foregger Richard, Dr.
Gögl Johann.
Helferſtorfer Othmar, Abt.
Hoyos-Sprinzenſtein Ernſt, Graf.
Hye Anton, Dr., Freiherr v.
Khevenhüller-Metſch Johann Karl, Fürſt.
Kielmansegg Karl, Freiherr v.
Kochanowski Anton, Ritter v. **Stawczan.**
Lichnowsky Othenio, Graf.
Mattuš Karl, Dr.
Mensdorff-Pouilly Alfons, Graf.
Neumayer Matthias.
Piſchelwitzer Oswald.
Pajer v. Monriva Alois, Ritter v., Dr.
Poklukar Joſef, Dr.
Promber Adolf, Dr.
Rabl Joſef, Dr.
Ricy Theobald, Freiherr v.
Rydzowski Andreas, Dr.
Stöhr Anton, Dr.
Thurnher Johann.
Vitezić Dominik, Dr.
Widmann-Sedlnitzky Viktor, Graf.
Wrbna und **Freudenthal** Rudolf Eugen, Graf.
Zallinger-Stillendorf Franz v.

XIII. Seſſion, 1880.

Mitglieder:

Auersperg Adolf, Fürſt.*)
Bareuther Ernſt, Dr.
Berr Adolf, Dr.
Brandis Heinrich, Graf.
Ceſchi a Santa Croce Alois, Freiherr v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Czartoryski Konſtantin, Fürſt.
Czerkawski Euſebius, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr,** Dr.
Dunajewski Julian, Dr.*)
Engerth Wilhelm, Ritter v.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fürſtenberg Eduard, Landgraf.
Gögl Johann.
Granitſch Georg, Dr.
Greuter Joſef.
Grocholski Kaſimir, Ritter v., Dr.
Gudenau-Wirbach Ernſt.
Hallwich Hermann, Dr.
Hippoliti Alois, Freiherr v.
Horſter Konſtantin, Ritter v.*)
Hofmann Leopold, Freiherr v.
Hohenwart Karl, Graf.
Hübner Alexander, Freiherr v.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Khevenhüller-Metſch Johann Karl, Fürſt.
Klaić Michael, Dr.
Klier Franz, Dr.
Kochanowski Anton, Ritter v. **Stawczan.**
Königswarter Moriz, Freiherr v.
Kuſt-Dobrz Ferdinand, Freiherr v.
Liechtenſtein Friedrich, Fürſt, General der Kavallerie.
Lienbacher Georg.
Lohninger Matthias.
Orel Joſef Anton, Dr.
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Pfügl Albert, Edler v.
Plener Ernſt, Edler v., Dr.
Raab Eduard, Ritter v.
Ritter Valerius.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Rydzowski Andreas, Dr.
Schier Joſef.
Schmerling Joſef, Ritter v., Feldzeugmeiſter.
Schwarzenberg Karl, Fürſt.
Smolka Franz, Dr.
Stühr Anton, Dr.
Streer Ritter v. **Streerowitz** Adolf.
Sturm Eduard, Dr.
Sueß Eduard, Dr.
Strom Franz, Ritter v., Dr.
Thun-Hohenſtein-Salm-Reifferſcheidt Joſef Oswald, Graf.*)
Tinti Karl, Freiherr v.
Trauttmansdorff-Weinsberg Ferdinand, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Karl, Fürſt.
Unger Joſef, Dr.
Vidulich Franz, Dr.
Wittmann Paul, Ritter v., Dr.
Wurmbrand Gundacker, Graf.

Erſatzmänner:

Breſt Georg, Freiherr v.
Borelli Manfred, Conte de Brana.
Czaykowski Alfons, Ritter v.[1])
Fanderlik Joſef, Dr.
Franceſchi Johann, de.
Heilsberg Joſef Alfred, Dr.
Hoyos-Sprinzenſtein Ernſt, Graf.
Karl Alexander, Abt.[1])
Luſtkandl Wenzel, Dr.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.
Neumayer Matthias.
Piſchelwitzer Oswald.
Pajer v. **Monriva** Alois, Ritter v., Dr.
Poklukar Joſef, Dr.
Promber Adolf, Dr.
Rabl Joſef, Dr.
Rojenberg-Orſini Heinrich, Fürſt.[1])
Roſer Franz, Dr.
Roſthacher Rudolf, Freiherr v., Feldzeugmeiſter.
Sapieha Adam, Fürſt.[1])
Sternbach Ferdinand, Freiherr v.
Tauſche Anton.
Thun-Hohenſtein Friedrich, Graf.
Thurnher Johann.
Waſer Joſef, Ritter v., Dr.
Washington Max, Freiherr v.
Windiſch-Grätz Alfred, Fürſt.
Zeilberger Johann.
Zotta Iſidor, Ritter v.

XIV.—XVI. Seſſion, 1881—1882.

Mitglieder:

Bareuther Ernſt, Dr.
Brandis Heinrich, Graf.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Colloredo-Mansfeld Joſef, Fürſt.*)
Condenhove Franz, Graf.
Czartoryski Georg, Fürſt.
Czartoryski Konſtantin, Fürſt.
Czaykowski Alfons, Ritter v.
Czerkawski Euſebius, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Doblhoff-Dier Heinrich, Freiherr v.
Engerth Wilhelm, Ritter v.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fürſtenberg Eduard, Landgraf.
Gompery Julius, Ritter v.
Grenter Joſef.
Grocholski Kaſimir, Ritter v., Dr.
Gudenau-Mirbach Ernſt, Freiherr v.
Heilsberg Joſef Alfred, Dr.
Hippoliti Alois, Freiherr v.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Hofmann Leopold, Freiherr v.
Hohenwart Karl, Graf.
Hübner Alexander, Freiherr v.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Khevenhüller-Metsch Johann Karl, Fürst.
Klaić Michael, Dr.
Klier Franz, Dr.
Königswarter Moriz, Freiherr v.
Kuranda Ignaz.
Latour v. **Thurnburg** Josef, Feldmarschalleutnant.
Lichnowsky Othenio, Graf.
Lienbacher Georg.
Magg Julius, Dr.
Nabergoj Johann.**)
Oelz Josef Anton, Dr.
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Pflügl Albert, Edler v.
Pitey Michael.
Plener Ernst, Edler v., Dr.
Ritter Valerius.
Roßbacher Rudolf, Freiherr v., Feldzeugmeister.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Sapieha Adam, Fürst.
Scharschmid v. **Adlertreu** Max, Freiherr.
Schier Josef.
Schmerling Anton, Ritter v.
Schmerling Josef, Ritter v., Feldzeugmeister.
Schönborn Friedrich, Graf.
Schönburg-Hartenstein Alexander, Fürst.
Schwarzenberg Karl, Fürst.*)
Smolka Franz, Dr.
Stöhr Anton, Dr.
Streer Ritter v. **Streeruwitz** Adolf.
Sturm Eduard, Dr.
Šrom Franz, Ritter v., Dr.
Teuschl Josef Michael.***)
Tonkli Josef, Ritter v., Dr.
Vidulich Franz, Dr.
Prinz zu **Falkenstein** Maximilian, Graf.
Wiesenburg Adolf.
Wolfrum Karl.

Ersatzmänner:

Arneth Alfred, Ritter v.
Berß Georg, Freiherr v.
Borelli Manfred, Conte de Brana.
Ceschi a Santa Croce Alois, Freiherr v.
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Fandrlik Josef, Dr.
Felder Kajetan, Freiherr v., Dr.
Fuchs Viktor, Dr.
Gagern Maximilian, Freiherr v. [1])
Gödel-Tannoy Hermann, Dr., Freiherr v. [2])
Habietinek Karl, Dr.
Kochanowski Anton, Ritter v. **Stawczan.**
Koß-Dobrj Ferdinand, Freiherr v.
Lazarini Jakob, Freiherr v.
Lenz Alfred.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Mittrowsky Wladimir, Graf.
Mischelwitzer Oswald.
Voska Franz.
Portugall Ferdinand, Dr.
Promber Adolf, Dr.
Rabl Josef, Dr. [3])
Schmidt v. **Altenrhein** Konrad, Freiherr.
Schneid v. **Treuenfeld** Josef, Ritter.
Sternbach Ferdinand, Freiherr v.
Tauschе Anton.
Thurnher Johann.
Thurn und **Taxis** Hugo, Fürst.
Paluſſi Eugen, Dr.
Wodicki Ludwig, Graf.
Wrbna und **Freudenthal** Rudolf Eugen, Graf. [4])

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
**) Bei der Nachwahl zum Delegierten in der XV. Session gewählt.
***) Reichsratsmandat in der XV. Session niedergelegt.
1) Als Delegierter einberufen.
2) Bei der Nachwahl in der XV. Session gewählt.
3) Reichsratsmandat in der XV. Session niedergelegt.

Digitized by Google

XVII. Seſſion, 1882.

Mitglieder:

Attems Ignaz, Graf.*)
Barenther Ernſt, Dr.
Brandis Heinrich, Graf.
Burgſtaller Joſef, Edler v. **Bidiſchini.**
Chlumecky Johann, Ritter v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Coudenhove Franz, Graf.
Czartoryski Konſtantin, Fürſt.
Czaykowski Alfons, Ritter v.
Czerkawski Euſebius, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr,** Dr.
Engerth Wilhelm, Ritter v.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fandrlik Joſef, Dr.
Fluck v. **Leidenkron** Joſef Bruno, Freiherr v.
Greuter Joſef.
Grocholski Kaſimir, Ritter v., Dr.
Gudenau-Wirbach Ernſt, Freiherr v.
Hausner Otto.
Herberſtein Johann Siegmund, Graf.*)
Hippoliti Alois, Freiherr v.
Hoefler Konſtantin, Ritter v.*)
Hohenwart Karl, Graf.*)
Hübner Alexander, Freiherr v.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Klaić Michael, Dr.
Klier Franz, Dr.
Kuh-Dobrj Ferdinand, Freiherr v.**)
Latour v. **Thurnburg** Joſef, Feldmarſchalleutnant.
Lazzarini Jakob, Freiherr v.*)
Liechtenſtein Friedrich, Fürſt, General der Kavallerie.
Lienbacher Georg.
Matſchyko Michael.
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.
Pyrenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Pfügl Albert, Edler v.
Plener Ernſt, Edler v., Dr.
Portugall Ferdinand, Dr.
Raab Eduard, Ritter v.
Reſchauer Heinrich.*)
Ritter Valerius.*)
Ruß Viktor Wilhelm.
Salm-Reifferſcheid Franz, Altgraf.
Sapieha Adam, Fürſt.
Schier Joſef.
Schönborn Friedrich, Graf.
Serinji Johann, Ritter v. **Montecuccr,** Dr.
Smolka Franz, Dr.
Stöhr Anton, Dr.
Streer Ritter v. **Streeruwitz** Adolf.
Sturm Eduard, Dr.
Styrcea Viktor, Freiherr v.*)
Hueß Eduard, Dr.
Thun-Hohenſtein Franz, Graf.
Thurnher Johann.
Thurn und **Taxis** Hugo, Fürſt.
Tonkli Joſef, Ritter v., Dr.
Traun-Abensperg Otto, Graf.
Windiſch-Grach Alfred, Fürſt.
Zſchock Ludwig, Freiherr v.

Erſatzmänner:

Beeß Georg, Freiherr v.
Blome Guſtav, Graf.[1])
Borelli Manfred, Conte de Vrana.
Ceſchi a Santa Croce Alois, Freiherr v.[1])
Pjedruszycki Adalbert, Graf.
Goeß Johann Anton, Graf.[2])
Habietinek Karl, Dr.[2])
Hayden Eduard, Ritter v.
Hofmann Leopold, Freiherr v.[1])
Klun Karl.[1])
Koſſowicz Kornel.[1])
Leuz Alfred.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
**) Geſtorben.
[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Mandat niedergelegt.

Digitized by Google

Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Mikyška Alois, Dr.
Müller Josef (Tschöppern). [1])
Babergoj Johann.
Neumayer Matthias.
Pischelwitzer Oswald. [1])
Pelz Josef Anton, Dr.
Porria Ferdinand, Fürst. [2])
Promber Adolf, Dr.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst. [2])
Schmiderer Josef, Dr.
Sternbach Ferdinand, Freiherr v.
Tauschr Anton. [2])
Thun-Hohenstein Guido, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf. [1])
Paluffi Eugen, Dr.
Pitezić Dominik, Dr. [1])
Wodzicki Ludwig, Graf.

XVIII. Heffion, 1883.

Mitglieder:

Ruspik Rudolf.
Bejecny Josef, Freiherr v.
Blome Gustav, Graf. [*])
Brandis Heinrich, Graf.
Ceschi a Santa Croce Alois, Freiherr v.
Chlumecky Johann, Ritter v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Clam-Martinic Heinrich Jaroslav, Graf.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Condenhove Franz, Graf.
Czartoryski Konstantin, Fürst.
Czaykowski Alfons, Ritter v.
Czerkawski Eusebius, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Doblhoff-Dier Heinrich, Freiherr v.
Dubsky Adolf, Graf.
Engerth Wilhelm, Ritter v.
Falkenhayn Franz, Graf.
Grocholski Kasimir, Ritter v., Dr.
Grünne Karl, Graf.
Hausner Otto.
Hippoliti Alois, Freiherr v.
Hohenwart Karl, Graf.
Hübner Alexander, Freiherr v. [*])
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Klaić Michael, Dr.
Klier Franz, Dr.
Kuefstein Karl, Graf. [*])
Latour v. Thurnburg Josef, Feldmarschalleutnant.
Lichnowsky Othenio, Graf.
Lienbacher Georg.
Lobkowicz Georg, Fürst.
Matkuš Karl, Dr.
Mikrofanowicz Basil, Dr.
Moser Alois.
Pischelwitzer Oswald.
Pitsche Friedrich, Dr.
Pelz Josef Anton, Dr.
Pauer Johann Paul.
Pflügl Albert, Edler v.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.
Roßbacher Rudolf, Freiherr v., Feldzeugmeister.
Sapieha Adam, Fürst.
Schier Josef.
Schöffel Josef.
Schönborn Friedrich, Graf.
Scrinzi Johann, Ritter v. **Montecroce**, Dr.
Smolka Franz, Dr.
Sprung Franz, Ritter v.
Sternbach Ferdinand, Freiherr v.
Stühr Antou, Dr.
Streerowitz Adolf, Ritter v. **Streerowitz** Adolf.

---

[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
[*]) Delegiertenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Sturm Eduard, Dr.
Suess Eduard, Dr.
Thun-Hohenstein Franz, Graf.
Trojan Pravoslav Alois, Dr.
Vidulich Franz, Dr.
Vrints zu Falkenstein Maximilian, Graf.*)
Vucetich Johann, Ritter v. **Bielitz.**
Žák Johann, Dr.

Ersatzmänner:

Bress Georg, Freiherr v.
Borelli Manfred, Conte de Vrana.
Burgstaller Josef, Edler v. **Bidischini.**
Condenhove Maximilian, Graf, Feldmarschalleutnant.
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Fluck v. **Leidenkron** Josef Bruno, Freiherr v.[1])
Franceschi Johann, dc.
Fuchs Viktor, Dr.
Gagern Maximilian, Freiherr v.[1])
Giovanelli Johann, Freiherr v.
Gögl Johann.[1])
Grigorcia Nikolaus, Ritter v., Dr.
Habietinek Karl, Dr.
Hofmann Leopold, Freiherr v.
Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf.
Karl Alexander, Abt.
Klun Karl.
Kvičala Johann, Dr.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Moro Leopold, Ritter v.
Müller Josef (Tschöppern).
Pajer v. **Monriva** Alois, Ritter, Dr.
Promber Adolf, Dr.
Schmiderer Josef, Dr.
Schmidt Anton.
Thurnher Johann.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.
Wiesenburg Adolf.
Wodzicki Ludwig, Graf.
Zehetmayr Johann.

XIX. Session, 1884.

Mitglieder:

Adámek Karl.
Attems Franz, Graf.
Beer Adolf, Dr.
Bezecny Josef, Freiherr v.
Brandis Heinrich, Graf.
Ceschi a Santa Croce, Alois, Freiherr v.
Chlumecký Johann, Ritter v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.*)
Czartoryski Konstantin, Fürst.
Czayhowski Alfons, Ritter v.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg.**
Czerkawski Eusebius, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr,** Dr.
Deym Franz, Graf.
Dostal Karl, Dr.
Dubsky Adolf, Graf.
Dumba Nikolaus.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fluck v. **Leidenkron** Josef Bruno, Freiherr v.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.*)
Gögl Johann.
Grenter Josef.
Grigorcia Nikolaus, Ritter v., Dr.
Grocholski Kasimir, Ritter v., Dr.*)
Hausner Otto.
Herberstein Johann Siegmund, Graf.
Hippoliti Alois, Freiherr v.
Hlávka Josef.
Hohenwart Karl, Graf.

---

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Hübner Alexander, Freiherr v.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Jirečk Josef.
Karl Alexander, Abt.
Kinsky Friedrich Karl, Graf.
Klaić Michael, Dr.
Latour v. Thurnburg Josef, Feldmarschalleutnant.
Tienbacher Georg.
Mattuš Karl, Dr.
Mejnik Anton, Ritter v., Dr.
Millevoi Peter, Dr.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.*)
Moser Alois.
Pischelwitzer Oswald.
Pflügl Albert, Edler v.
Posch Alois.
Raab Eduard, Ritter v.
Rieger Franz Ladislaus, Dr.
Sromt Franz, Ritter v., Dr.
Seilern und **Aspang** Karl, Graf.
Smolka Franz, Dr.
Sueß Eduard, Dr.*)
Thurnher Johann.*)
Thurn und **Taxis** Hugo, Fürst.
Traun-Abensperg Otto, Graf.*)
Puretich Johann, Ritter v. **Bielitz.**
Widmann-Sedlnitzky Viktor, Graf.*)
Windisch-Graetz Alfred, Fürst.
Winterholler Gustav.
Wodzicki Ludwig, Graf.

Ersatzmänner:

Berks Georg, Freiherr v.
Borelli Manfred, Conte de **Prana.**
Buquoy de **Longueval** Karl, Graf.[1])
Burgstaller Josef, Edler v. **Bidischini.**
Buschmann Josef, Freiherr v.
Clam-Martinic Heinrich Jaroslav, Graf.
Dziedusycki Adalbert, Graf, Dr.
Gondola-Ghetaldi Franz, Freiherr.[2])
Habietinek Karl, Dr.[2])
Hayden Eduard, Ritter v.
Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf.
Kathrein Theodor, Dr.
Klun Karl.
Kossowicz Kornel.
Kraus Viktor, Ritter v., Dr.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.[1])
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.[2])
Moro Leopold, Ritter v.
Neumayer Matthias.
Pelz Josef Anton, Dr.[1])
Pfner Johann, Dr.[1])
Panowsky Karl.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.[2])
Schindler Karl.
Schmidt Anton.
Scrinzi Johann, Ritter v. **Monterrore,** Dr.[1])
Valussi Eugen, Dr.[1])
Vidulich Franz, Dr.
Walterskirchen zu **Wolfsthal** Ernst Wilhelm, Freiherr.[1])
Zedtwitz Kurt, Graf.

XX. Session, 1885.

Mitglieder:

Adámek Karl.
Beck Anton, Ritter v., Dr.
Bertolini Karl, Edler v. **Monteplaneta,** Dr.
Bezeny Josef, Freiherr v.
Brandis Heinrich, Graf.
Burgstaller Josef, Edler v. **Bidischini.**
Croschi a Santa Croce, Alois, Freiherr v.
Chlumecký Johann, Ritter v.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.

Digitized by Google

Chrzanowski Leon, Ritter v.
Czartoryski Konstantin, Fürst.
Czaykowski Alfons, Ritter v.
Czerkawski Eusebius, Dr.
Demel Johann, Ritter v. Elswehr, Dr.
Deym Franz, Graf.
Dubsky Adolf, Graf.
Dumba Nikolaus.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fanderlik Josef, Dr.
Gögl Johann.
Grégr Eduard, Dr.
Greuter Josef.
Grigorcia Nikolaus, Ritter v., Dr.
Harrach Johann, Graf.
Hausner Otto.
Hauswirth Ernest, Abt.
Haydn Eduard, Ritter v.
Heilsberg Josef Alfred, Dr.
Herberstein Johann Siegmund, Graf.
Hlávka Josef.
Hohenwart Karl, Graf.
Huyn Johann, Graf, Feldzeugmeister.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Jirèček Josef.
Karl Alexander, Abt.
Klaić Michael, Dr.
Kraus Viktor, Ritter v., Dr.
Latour v. Thurnburg Josef, Feldmarschalleutnant.
Lichnowsky Othenio, Graf.
Lienbacher Georg.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Matlschcko Michael.
Mattuš Karl.
Mezník Anton, Ritter v., Dr.
Miklošič Franz, Ritter v.
Millevoi Peter, Dr.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.
Moser Alois.
Nadherný v. Borutin Johann, Freiherr.
Pelz Josef Anton, Dr.
Pacher Gustav v. Theinburg.
Pirko Karl.
Richter Franz.
Rieger Franz Ladislaus, Dr.
Sanguszko-Lubartowicz Eustach, Fürst.
Schindler Karl.
Smolka Franz, Dr.*)
Sturm Eduard, Dr.
Tomkli Josef, Ritter v., Dr.
Walterskirchen zu Wolfsthal Ernst Wilhelm, Freiherr.
Windisch-Graetz Alfred, Fürst.

Ersatzmänner:

Berk Georg, Freiherr v.
Bulat Cajetan, Dr.
Derschatta Julius v. Standhalt, Dr.
Fišera Wenzel.
Fluck v. Leidenkron Josef Bruno, Freiherr v.
Francescki Johann, de.
Fuchs Viktor, Dr.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.
Gagern Maximilian, Freiherr v.
Hevera Vinzenz.
Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf.
Jasiński Josef, Ritter v.[1])
Kathrein Theodor, Dr.
Klun Karl.
Krasicki Johann, Graf.
Kusý Wolfgang, Dr.
Lupul Johann.
Mayr Edler v. Melnhof, Franz.
Pirquet Peter, Freiherr v.
Ritter Valerius.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.
Schmidt Anton.
Seilern und Aspang Karl, Graf.
Thun-Hohenstein Franz, Graf.
Thurnher Johann.
Valussi Eugen, Dr.
Vurtkich Johann, Ritter v. Bielik.
Jatorski Maximilian, Ritter v., Dr.
Jedlitzka Kurt, Graf.
Zehetmayr Johann.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

XXI. Session, 1886.

Mitglieder:

Rdámek Karl.
Apfaltrer v. **Apfaltrern** Otto, Freiherr.
Beyerny Josef, Freiherr v.
Brandis Heinrich, Graf.
Buquoy de **Longueval** Karl, Graf.
Chlumecký Johann, Ritter v.
Chotek Rudolf, Graf.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Corvinini-Cronberg Franz, Graf.
Czartoryski Konstantin, Fürst.
Czayhowski Alfons, Ritter v.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg**.
Czerhawski Eusebius, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Deym Franz, Graf.
Dobelhauer Gregor.
Dubsky Adolf, Graf.
Dumba Nikolaus.
Dumreicher Armand, Freiherr v.
Exner Wilhelm, Dr.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.
Furtmüller Rudolf.
Grégr Edvard, Dr.
Hausner Otto.
Hauswirth Ernest, Abt.
Hlávka Josef.
Huyn Johann, Graf, Feldzeugmeister.
Jaques Heinrich, Dr.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Karl Alexander, Abt.
Kathrein Theodor, Dr.
Klaić Michael, Dr.
Latour v. **Thurnburg** Josef, Feldmarschalleutnant.
Lienbacher Georg.
Lorenzoni Peter, Dr.
Lupul Johann.
Luzzatto Rafael.
Madeyský (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Makuš Karl, Dr.
Mejnik Anton, Ritter v., Dr.
Miklošich Franz, Ritter v.
Millevoi Peter, Dr.
Moscon Julius Franz Alfred, Freiherr v.
Nadherný v. **Borutin** Johann, Freiherr.
Pelz Josef Anton, Dr.
Poklukar Josef, Dr.
Reicher Heinrich, Dr.
Reinelt Karl, Freiherr v.
Rieger Franz Ladislaus, Dr.
Rodich Gabriel, Freiherr v., Feldzeugmeister.
Schindler Karl.
Slavik Josef, Dr.
Smolka Franz, Dr.
Sturm Eduard, Dr.
Thun-Hohenstein Franz, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.
Windisch-Graetz Alfred, Fürst.
Zedlitz Kurt, Graf.
Žáček Jan, Dr.

Ersatzmänner:

Berg Georg, Freiherr v.
Borelli Manfred, Conte de **Prana**.
Burgstaller Josef, Edler v. **Bidischini**.
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Franceschi Johann, de.
Harrach Johann, Graf.
Hayden Eduard, Ritter v.
Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst Egon, Prinz.
Jasiński Josef, Ritter v.
Klun Karl.
Kralicki Johann, Graf.
Kuefstein Karl, Graf.
Mathon Franz, Dr.
Matscheko Michael.
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.
Neumayer Matthias.
Nemec Josef, Dr.

Digitized by Google

Bischelwitzer Oswald.
Pleva Johann.
Posch Alois.
Promber Adolf, Dr.
Revertera Friedrich, Graf.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.
Sapieha Adam, Fürst.
Schüler Friedrich Julius.
Skrbl Anton, Dr.
Thun-Hohenstein-Salm-Reifferscheidt Josef Oswald, Graf.
Thurnher Johann.
Zotta Isidor, Ritter v.

XXII. Session, 1887.

Mitglieder:

Adámek Karl.
Apfaltrer v. **Apfaltrern** Otto, Freiherr.
Berény Josef, Freiherr v.
Brandis Heinrich, Graf.
Buquoy de **Longueval** Karl, Graf.
Chlumecký Johann, Ritter v.
Chotek Rudolf, Graf.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Czartoryski Konstantin, Fürst.
Czaykowski Alfons, Ritter v.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg**.
Czerkawski Eusebius, Dr.
Czernin Eugen, Graf.*)
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Depm Franz, Graf.**)
Doblhamer Gregor.
Dubsky Adolf, Graf.
Dumba Nikolaus.
Dumreicher Armond, Freiherr v.
Exner Wilhelm, Dr.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.
Furtmüller Rudolf.
Grégr Edvard, Dr.
Hausner Otto.
Hauswirth Ernest, Abt.
Hlávka Josef.
Huyn Johann, Graf, Feldzeugmeister.
Jaques Heinrich, Dr.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Karl Alexander, Abt.***)
Kathrein Theodor, Dr.
Klaić Michael, Dr.
Latour v. **Thurnburg** Josef, Feldmarschalleutnant.***)
Lienbacher Georg.
Lorenzoni Peter, Dr.
Lupul Johann.
Luzzatto Rafael.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Mattuš Karl, Dr.
Mrazik Anton, Ritter v., Dr.
Miklošich Franz, Ritter v.
Millevoi Peter, Dr.
Moscon Julius Franz Alfred, Freiherr v.
Nadherný v. **Borutin** Johann, Freiherr.
Nelz Josef Anton, Dr.
Poklukar Josef, Dr.
Reicher Heinrich, Dr.
Reinelt Karl, Freiherr v.
Rieger Franz Ladislaus, Dr.
Rodich Gabriel, Freiherr v., Feldzeugmeister.
Schindler Karl.
Slavik Josef, Dr.
Smolka Franz, Dr.
Sturm Eduard, Dr.
Thun-Hohenstein Franz, Graf.***)
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.
Waltershirchen zu **Wolfsthal** Ernst Wilhelm, Freiherr.*)
Windisch-Graetz Alfred, Fürst.***)
Jedtwitz Kurt, Graf.
Žáček Jan, Dr.

*) Bei der Nachwahl gewählt.
**) Infolge Berufung ins Herrenhaus Mandat verloren.
***) Delegiertenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Ersatzmänner:

Berß Georg, Freiherr v.
Borelli Manfred, Conte de **Prana.**
Burgstaller Josef, Edler v. **Bidischini.**
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Franceschi Johann, de.
Harrach Johann, Graf.
Hayden Eduard, Ritter v.
Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst Egon, Prinz.
Jastiski Josef, Ritter v.
Klun Karl.
Krasicki Johann, Graf.
Kuefstein Karl, Graf.[1])
Mathon Franz, Dr.
Matscheko Michael.
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.
Montecuculi-Laderchi Maximilian, Graf.
Neumayer Matthias.
Reuner Josef, Dr.
Pischelwitzer Oswald.
Pleva Johann.
Posch Alois.
Promber Adolf, Dr.
Revertera Friedrich, Graf.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.[1])
Sapieha Adam, Fürst.
Schüler Friedrich Julius.
Steidl Anton, Dr.
Thun-Hohenstein-Salm-Reifferscheidt Josef Oswald, Graf.
Thurnher Johann.
Totta Isidor, Ritter v.

XXIII. Session, 1887.

Mitglieder:

Rdánek Karl.
Bejecny Josef, Freiherr v.
Bobrzyniski Michael, Dr.
Brandis Heinrich, Graf.
Ceschi a Santa Croce Alois, Freiherr v.
Chlumecky Johann, Ritter v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Czarlorysky Konstantin, Fürst.
Czaykowski Alfons, Ritter v.
Czerkawski Eusebius, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr,** Dr.
Derschatta Julius v. **Standhalt,** Dr.
Doblhoff-Dier Heinrich, Freiherr v.
Doskal Karl, Dr.
Dubsky Adolf, Graf.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fauderlik Josef, Dr.
Fischer Josef.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.*)
Gögl Johann.
Hausner Otto,
Hauswirth Ernest, Abt.
Hayden Eduard, Ritter v.
Helfert Josef, Freiherr v.
Herberstein Johann Siegmund, Graf.*)
Hlávka Josef.
Huyn Johann, Graf, Feldzeugmeister.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kathrein Theodor, Dr.
Khevenhüller-Metsch Johann Karl, Fürst.
Kinsky Friedrich Karl, Graf.
Klaić Michael, Dr.
Lienbacher Georg.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Magg Julius, Dr.
Malfatti Valerian, Freiherr v.
Matkuš Karl, Dr.
Meznik Anton, Ritter v. Dr.
Miklosich Franz, Ritter v.
Millevoi Peter, Dr.

[1]) Als Delegierter einberufen.
*) Delegiertenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Moser Alois.
Nadherný v. Borutin Johann, Freiherr.
Neumann Leopold, Freiherr v., Dr.**)
Oelz Josef Anton, Dr.
Poklukar Josef, Dr.
Reinelt Karl, Freiherr v.
Revertera Friedrich, Graf.
Rieger Franz Ladislaus, Dr.
Rodich Gabriel, Freiherr v., Feldzeugmeister.*)
Sapieha Adam, Fürst.
Schindler Karl.
Slavik Josef, Dr.
Stalisz-Patrisanu Karl, Ritter v.
Steinwender Otto, Dr.
Sturm Eduard, Dr.
Suess Eduard, Dr.
Thun-Hohenstein Franz, Graf.
Tonkli Josef, Ritter v., Dr.
Waltenskirchen zu Wolfsthal Ernst Wilhelm, Freiherr.
Zedtwitz Kurt, Graf.
Zotta Isidor, Ritter v.

Ersatzmänner:

Adamek Karl.
Berg Georg, Freiherr v.
Borelli Manfred, Conte de **Prana.**
Burgstaller Josef, Edler v. **Bidischini.**
Chotek Rudolf, Graf.
Condenhove Franz, Graf.[1])
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eisenberg.**
Cyperkowicz Arkadius.
Forregger Richard, Dr.
Franceschi Johann, de.
Harrach Johann, Graf.
Hoyos-Sprinzenstein Ernst, Graf.
Jordan Andreas.
Klun Karl.
Krasicki Johann, Graf.
Kuefstein Karl, Graf.[2])
Mayr Edler v. **Melnhof** Franz.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.
Neuner Josef, Dr.
Pischelwitzer Oswald.
Pleva Johann.
Promber Adolf, Dr.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.[2])
Sawczyński Sigismund.
Steidl Anton, Dr.
Thun-Hohenstein-Salm-Reifferscheidt Josef Oswald, Graf.
Thurnher Johann.
Vogelsreider Johann, Dr.
Wehli August, Freiherr v.[1])
Wenger Josef.
Wurm Ignaz.
Wysocki Stanislaus, Ritter v.

XXIV. Session, 1888.

Mitglieder:

Adámek Karl.
Bazzanella Emanuel, Dr.
Bellegarde Franz, Graf.
Bezecny Josef, Freiherr v.
Bobrzyński Michael, Dr.
Buquoy de **Longueval** Karl, Graf.*)
Burgstaller Josef, Edler v. **Bidischini.**
Ceschi a Santa Croce Alois, Freiherr v.
Chlumecký Johann, Ritter v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Czartoryski Konstantin, Fürst.
Czaykowski Alfons, Ritter v.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr,** Dr.

*) Delegirtenmandat niedergelegt.
**) Bei der Nachwahl gewählt.
[1]) Bei der Nachwahl gewählt.
[2]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Postal Karl, Dr.
Dubsky Adolf, Graf.
Dumba Nikolaus.
Dumreicher Armand, Freiherr v.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.
Gudenus Leopold, Freiherr v.
Hausner Otto.
Hauswirth Ernest, Abt.
Helfert Josef, Freiherr v.**)
Huyn Johann, Graf, Feldzeugmeister.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Karl Alexander, Abt.
Kinsky Friedrich Karl, Graf.
Klaić Michael, Dr.
Krasicki Johann, Graf.
Kuefstein Karl, Graf.
Lienbacher Georg.*)
Lupul Johann.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.*)
Matkuš Karl, Dr.
Mejnik Anton, Ritter v., Dr.
Mikyška Alois, Dr.
Millevoi Peter, Dr.
Moscon Julius Franz Alfred, Freiherr v.
Radherný v. Borutin Johann, Freiherr.
Reuner Josef, Dr.
Pleva Johann.
Poklukar Josef, Dr.
Posch Alois.
Reinelt Karl, Freiherr v.
Revertera Friedrich, Graf.
Richter Franz.
Rieger Franz Ladislaus, Dr.
Rodich Gabriel, Freiherr v., Feldzeugmeister.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.
Schindler Karl.
Slavik Josef, Dr.
Smolka Franz, Dr.
Sturm Eduard, Dr.*)
Sueß Friedrich.
Thun-Hohenstein Franz, Graf.
Thurnher Johann.
Walterskirchen zu Wolfsthal Ernst Wilhelm, Freiherr.
Wenger Josef.
Zedtwitz Kurt, Graf.
Zeynetmayr Johann.

Ersatzmänner:

Berß Georg, Freiherr v.
Coudenhove Franz, Graf.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg.**
Czuperkowicz Arkadius.
Franceschi Johann, de.
Gögl Johann.
Harrach Johann, Graf.
Herberstein Johann Siegmund, Graf.
Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst Egon, Prinz.
Keil Franz, Dr.†)
Klun Karl.
Kraus Viktor, Ritter v., Dr.
Kuefstein Franz, Graf.
Lobmeyr Ludwig.
Luzatto Rafael.
Mandyczewski Kornel.
Mathon Franz, Dr.
Pischelwitzer Oswald.
Orel Josef Anton, Dr.
Pirko Karl.
Promber Adolf, Dr.†)
Rogl Johann.
Sawczyński Sigismund.†)
Schönborn Friedrich, Graf.
Spaur Julius, Graf.
Stadnicki Eduard, Graf.
Steidl Anton, Dr.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.
Vojnović-Ujčić Georg, Conte.
Wolkenstein-Trostburg Wilhelm, Graf.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
**) Bei der Nachwahl gewählt.
†) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

XXV. Session, 1889.

Mitglieder:

Adámek Karl.
Kresin-Fatton Josef.
Bezecny Josef, Freiherr v.
Bilinski Leon, Ritter v., Dr.
Brandis Heinrich, Graf.
Creschi a Santa Croce Alois, Freiherr v.
Chamier (Jaxa) Anton, Ritter v.
Chlumecky Johann, Ritter v.
Ciani Johann, Freiherr v.
Czartoryski Konstantin, Fürst.
Czaykowski Ladislaus, Ritter v.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Dostal Karl, Dr.
Dumba Nikolaus.
Elk Alfred.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fanderlik Josef, Dr.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.
Gößl Anton, Graf.
Hausner Otto.
Hauswirth Ernest, Abt.
Hayden Eduard, Freiherr v.
Heilsberg Josef Alfred, Dr.
Helfert Josef, Freiherr v.
Herberstein Johann Siegmund, Graf.*)
Hock Gustav.
Hohenwart Karl, Graf.
Huyn Johann, Graf, Feldzeugmeister.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kathrein Theodor, Dr.
Khevenhüller-Metsch Johann Karl, Fürst.
Klaic Michael, Dr.
Krasicki Johann, Graf.
Kraus Viktor, Ritter v., Dr.
Lienbacher Georg.
Lupul Johann.
Luzzatto Rafael.
Matkus Karl, Dr.
Mauthner Max.
Mezník Anton, Ritter v., Dr.
Miklosich Franz, Ritter v.
Nadherný v. Borutin Johann, Freiherr.
Oelz Josef Anton, Dr.
Pleva Johann.
Popowski Josef.
Promber Adolf, Dr.
Reinelt Karl, Freiherr v.
Rieger Franz Ladislaus, Dr.
Rodich Gabriel, Freiherr v., Feldzeugmeister.
Sawczyński Sigismund.
Slavik Josef, Dr.
Steidl Anton, Dr.
Surß Eduard, Dr.
Thun-Hohenstein Franz, Graf.
Tonkli Josef, Ritter v., Dr.
Pergottini Thomas, Dr.
Walterskirchen zu **Wolfsthal** Ernst Wilhelm, Freiherr.
Windisch-Graetz Alfred, Fürst.
Wolkenstein-Trostburg Wilhelm, Graf.
Zedtwitz Kurt, Graf.

Ersatzmänner:

Berß Georg, Freiherr v.
Burgstaller Josef, Edler v. **Bidischini.**
Condenhove Franz, Graf.[1])
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg.**[2])
Fischer Josef.
Gügl Johann.[1])
Häjek Max.
Harrach Johann, Graf.[3])
Hübner Viktor.
Jordan Andreas.
Krll Franz, Dr.
Rossowicz Kornel.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
[2]) Mandat niedergelegt.
[3]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Kuefstein Franz, Graf.
Kuefstein Karl, Graf.
Liechtenstein Alfred, Fürſt.
Magg Julius, Dr.
Mandyczewski Kornel.
Moſer Alois.
Neuner Joſef, Dr.
Plaß Johann.
Rizzi Ludwig, Dr.
Stadnicki Eduard, Graf.
Šuklje Franz.
Sterneck Richard, Freiherr v., Dr.
Thurnher Johann.
Trautmannsdorf-Weinsberg Maximilian, Graf.
Veſely Franz Viktor.
Vojnović-Ujiški Georg, Conte.
Wyſocki Stanislaus, Ritter v.
Žáček Jan, Dr.

XXVI. Seſſion, 1890.

Mitglieder:

Baernreither Joſef Maria, Dr.
Bezecny Joſef, Freiherr v.
Bilinski Leon, Ritter v., Dr.
Brandis Heinrich, Graf.
Buquoy de **Longueval** Karl, Graf.
Ceschi a Santa Croce Alois, Freiherr v.
Chamier (Jaxa) Anton, Ritter v.
Chlumecky Johann, Ritter v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Czartoryski Georg, Fürſt.
Czartoryski Konſtantin, Fürſt.
Czaykowski Ladislaus, Ritter v.
Debiaſi Johann, Dr.
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr**, Dr.
Doblhamer Gregor.
Falkenhayn Franz, Graf.
Foregger Richard, Dr.
Fürſtenberg Eduard, Landgraf.
Goëß Anton, Graf.
Harrach Johann, Graf.
Hauswirth Ernſt, Abt.
Helfert Joſef, Freiherr v.
Jahn Egyd.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kathrein Theodor, Dr.
Klaić Michael, Dr.
Klun Karl.
Kottulinsky Adalbert, Graf.
Krasicki Johann, Graf.*)
Kuefstein Karl, Graf.
Lienbacher Georg.*)
Lupul Johann.
Mezník Anton, Ritter v., Dr.
Plener Ernſt, Edler v., Dr.
Plewa Johann.
Popowski Joſef.
Pretis-Cagnodo Siſſinio, Freiherr.
Promber Adolf, Dr.
Reinelt Karl, Freiherr v.
Rieger Franz Ladislaus, Dr.
Rizzi Ludwig, Dr.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Slavik Joſef, Dr.
Sommaruga Guido, Freiherr v., Dr.
Stalič-Valrisano Karl, Ritter v.
Starhemberg Camillo Heinrich, Fürſt.
Steidl Anton, Dr.
Sterneck Richard, Freiherr v., Dr.
Stöhr Anton, Dr.
Sueß Eduard, Dr.
Thun-Hohenſtein Franz, Graf.
Thun-Hohenſtein-Salm-Reifferſcheidt Joſef Oswald, Graf.
Thurnher Johann.
Walterskirchen zu **Wolfsthal** Ernſt Wilhelm, Freiherr.
Windiſch-Grätz Alfred, Fürſt.
Wolkenſtein-Troſtburg Wilhelm, Graf.
Wrabetz Karl.
Zedtwitz Kurt, Graf.
Zierotin Karl, Graf.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Erſatzmänner:

Breß Georg, Freiherr v.
Burgſtaller Joſef, Edler v. **Bidiſchini.**
Czyperkowicz Akakius.
Fanderlik Joſef, Dr.
Ferjančić Andreas, Dr.
Franceſchi Johann, de.
Frankenſtein Karl, Freiherr v.[1])
Furtmüller Rudolf.
Hájek Max.
Hanguiz Heinrich Wilhelm, Graf.
Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürſt Egon, Prinz.
Isbary Fr. Rudolf.
Keil Franz, Dr.[2])
Khevenhüller-Metſch Johann Karl, Fürſt.
Kokoſchinegg Guſtav, Dr.
Kolowrat-Krakowsky-Liebſteinsky Zdenko, Graf.
Lobmayr Ludwig.
Mandyczewski Kornel.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.
Niſchelwitzer Oswald.
Oelz Joſef Anton, Dr.
Plaß Johann.
Sanguszko-Lubarkowicz Euſtach, Fürſt.
Schmidt Anton.
Schmerling Rudolf, Freiherr v.
Siegmund Adolf.
Siemieński-Lewicki Wilhelm, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.
Vojnović-Hjički Georg, Conte.
Wyſocki Stanislaus, Ritter v.

XXVII. Seſſion, 1891.

Mitglieder:

Abrahamowicz David, Ritter v.
Badeni Stanislaus, Graf.
Bartoli Matthäus, Dr.
Bazzanella Emanuel, Dr.
Benoë Athanas, Ritter v.
Bezerny Joſef, Freiherr v.
Biliński Leon, Ritter v., Dr.
Billroth Theodor, Dr.
Brenner-Felsach Adolf, Freiherr v.
Buquoy de **Longueval** Karl, Graf.*)
Burgſtaller Joſef, Edler v. **Bidiſchini.**
Ceſchi a Santa Croce Alois, Freiherr v.
Chlumecký Johann, Ritter v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Conrad v. **Eybesfeld** Siegmund, Freiherr.
Czartoryski Konſtantin, Fürſt.**)
Czaykowski Ladislaus, Ritter v.
Demel Johann, Ritter v. **Elsbehr,** Dr.
Deym Ferdinand, Graf.
Doſtal Karl, Dr.***)
Dubsky Adolf, Graf.
Dumba Nikolaus.
Ebenhoch Alfred, Dr.
Falkenhayn Franz, Graf.
Gudenus Heinrich, Freiherr v.***)
Harrach Johann, Graf.
Heilsberg Joſef Alfred, Dr.
Helfert Joſef, Freiherr v.
Herold Joſef, Dr.*)
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Jordan Andreas.
Kaftan Jan.*)
Kaizl Joſef, Dr.*)
Klaić Michael, Dr.
Kohler Johann.
Kokoſchinegg Guſtav, Dr.
Kraſicki Johann, Graf.
Luzzi Johann.

[1]) Als Delegierter einberufen.
*) Delegiertenmandat niedergelegt.
**) Geſtorben.
***) Bei der Nachwahl gewählt.

Digitized by Google

Mandyczewski Kornel.
Mezník Anton, Ritter v., Dr.
Mischelwitzer Oswald.
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Pabstmann Gustav Ludwig.
Plaß Johann.
Plener Ernst, Edler v., Dr.
Pollak Leopold.
Promber Adolf, Dr.
Reinelt Karl, Freiherr v.
Richter Franz.
Rottmayr Jakob.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Schönburg-Hartenstein Alexander, Fürst.
Siegmund Adolf.
Sochor v. **Friedrichsthal** Eduard, Freiherr.
Starhemberg Camillo Heinrich, Fürst.
Sueß Eduard, Dr.
Sukljе Franz.
Thun-Hohenstein-Salm-Reifferscheidt Josef Oswald, Graf.
Vetter von der Lilie Felix, Graf.
Windisch-Graetz Alfred, Fürst.
Zallinger-Stillendorf Franz v.
Zedtwitz Kurt, Graf.*)

Ersatzmänner:

Breß Georg, Freiherr v.
Bulat Cajetan, Dr.
Elbl Anton.
Exner Wilhelm, Dr.
Fauderlik Josef, Dr.
Franckenstein Karl, Freiherr v.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.
Gregorčič Anton, Dr.
Haase Johann.
Haslmayr zu Grasseggg Vinzenz, Ritter.
Haugwitz Heinrich Wilhelm, Graf.
Henzel Severin, v.
Hirschner Josef.[1])
Klun Karl.
Königswarter Moriz, Freiherr v.
Kolowrat-Krakowsky-Liebsteinsky Zdenko, Graf.
Kuefstein Karl, Graf.
Leonhardi Adolf, Freiherr v.[1])
Luzatto Rafael.
Miskolczy Emil.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.[2])
Rizzi Ludwig, Dr.
Rogl Johann.
Schider Georg.
Siemieński-Lewicki Wilhelm, Graf.
Stürgkh Karl, Graf.
Sylva-Tarouca Ernst, Graf.[2])
Szczepanowski-Prus Stanislaus.
Tauschе Anton.[2])
Thurnher Martin.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.[2])
Treuinfels Leo Maria, Abt.

XXVIII. Session, 1892.

Mitglieder:

Kresin-Fatton Josef.
Badeni Stanislaus, Graf.
Baernreither Josef Maria, Dr.
Baumgartner Cölestin.
Bazanella Emanuel, Dr.
Bezecny Josef, Freiherr v.
Bugnoy de Longueval Karl, Graf.
Ceschi a Santa Croce Alois, Freiherr v.*)

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Bei der Nachwahl gewählt.
[2]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Chlumecký Johann, Ritter v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg.**
Demel Johann, Ritter v. **Elswehr,** Dr.**)
Dumba Nikolaus.
Dunajewski Julian, Dr.
Eim Gustav.
Exner Wilhelm, Dr.
Falkenhayn Franz, Graf.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.*)
Gregorčič Anton, Dr.
Hallwich Hermann, Dr.
Hartel Wilhelm, Ritter v.
Hauswirth Ernest, Abt.
Helfert Josef, Freiherr v.
Herold Josef, Dr.
Hofmann v. **Wellenhof** Paul, Dr.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Jędrzejowicz Adam, Ritter v.
Kathrein Theodor, Dr.
Klaić Michael, Dr.
Klucki Stanislaus.
Kušar Josef.
Lupul Johann.
Luzzatto Rafael.
Mandycewski Kornel.
Masaryk Thomas Garrigue, Dr.
Mezník Anton, Ritter v., Dr.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.
Moro Leopold, Ritter v.
Pabstmann Gustav Ludwig.
Pacák Bedřich, Dr.
Plener Ernst, Edler v., Dr.
Popowski Josef.
Promber Adolf, Dr.
Reinelt Karl, Freiherr v.
Richter Franz.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Schöber Georg.
Serenyi Otto, Graf.
Spinčić Alois.
Starhemberg Camillo Heinrich, Fürst.
Stürgkh Karl, Graf.
Suess Eduard, Dr.
Szczepanowski-Prus Stanislaus.
Thun-Hohenstein-Salm-Reifferscheidt Josef Oswald, Graf.
Thurnher Martin.
Trautmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.
Vetter von der Lilie Felix, Graf.
Walterskirchen Franz, Freiherr v.
Zedtwitz Kurt, Graf.
Zeheltmayr Johann.

Ersatzmänner:

Berß Georg, Freiherr v.[1])
Bulat Cajetan, Dr.
Burgstaller Josef, Edler v. **Bidischini.**
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Elbl Anton.
Fanderlik Josef, Dr.
Gasser Vinzenz.
Gniewosz-Plexow Wladimir, Ritter v.
Göß Leopold, Dr.
Haugwitz Heinrich, Wilhelm, Graf.[2])
Henzel Severin, v.
Hlávka Josef.[2])
Kirschner Josef.
Klun Karl.
Königswarter Moriz, Freiherr v.[2])
Kohler Johann.
Kolowrat-Krakowsky-Liebsteinsky Zdenko, Graf.[2])
Krasicki Johann, Graf.[2])
Kraus Viktor, Ritter v., Dr.
Kuefstein Karl, Graf.[1])
Laginja Matthäus, Dr.
Lobmeyr Ludwig.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
**) Gestorben.
[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Mandat niedergelegt.

Digitized by Google

Pirquet Peter, Freiherr v.
Popper Heinrich.
Radimsky Johann.
Rammer Matthias.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.
Rotkmayr Jakob.
Siemieński-Lewicki Wilhelm, Graf.
Hochor v. Friedrichsthal Eduard, Freiherr.

XXIX. Session, 1893.

Mitglieder:

Adámek Karl.
Auersperg Karl, Fürst.
Badeni Stanislaus, Graf.
Canka Adolf, Freiherr v., Feldzeugmeister.*)
Chlumecky Johann, Ritter v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Conrad v. Eybesfeld Siegmund, Freiherr.
Coronini-Cronberg Franz, Graf.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg.**
Deym Ferdinand, Graf.
Dubsky Adolf, Graf.
Dumba Nikolaus.
Dunajewski Julian, Dr.
Falkenhayn Franz, Graf.
Garnhaft Karl.
Gompert Julius, Ritter v.
Hartel Wilhelm, Ritter v.
Hauswirth Ernest, Abt.
Heilsberg Josef Alfred, Dr.
Helfert Josef, Freiherr v.
Herold Josef, Dr.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Khevenhüller-Metsch Johann Karl, Fürst.
Kirschner Josef.
Klaić Michael, Dr.
Kleist Friedrich, v.
Klucki Stanislaus.
Königswarter Moriz, Freiherr v.
Kohler Johann.
Kokoschinegg Gustav, Dr.
Ledebur-Wicheln Johann, Graf.
Ludwigstorff Anton, Freiherr v.
Lupul Johann.
Mandyczewski Kornel.
Masaryk Thomas Garrigue.
Mejnik Anton, Ritter v., Dr.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.
Mischelwitzer Oswald.
Pyrenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Pacák Bedřich, Dr.
Pfeifer Wilhelm.
Plener Ernst, Edler v., Dr.
Popowski Josef.
Promber Adolf, Dr.
Rizzi Ludwig, Dr.
Rogl Johann.
Rotkmayr Jakob.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Salvadori Johann.
Schorn Johann, Dr.
Syrus Emanuel, Freiherr v.
Stalitz-Palrisano Karl, Ritter v.
Starhemberg Camillo Heinrich, Fürst.
Sueß Eduard, Dr.
Szczepanowski-Prus Stanislaus.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.
Walterskirchen Franz, Freiherr v.
Wenger Josef.
Windisch-Graetz Alfred, Fürst.
Wodzicki Anton, Graf.

---

*) Delegiertenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Erſatzmänner:

Bartoli Matthäus, Dr.
Bulat Cajetan, Dr.
Burgſtaller Joſef, Edler v. **Bidiſchini.**
Coronini-Cronberg, Alfred, Graf.
Fanderlik Joſef, Dr.
Franckenſtein Karl, Freiherr v. [1])
Giuliani Ernſt, v.
Gniewosz-Olexów Wladimir, Ritter v.
Göß Leopold, Dr.
Hangwitz Heinrich Wilhelm, Graf.
Henzel Severin, v.
Hlávka Joſef.
Kuſar Joſef.
Lohmeyer Ludwig.
Ludwig Ferdinand.
Marchet Guſtav, Dr.
Menger Max, Dr.
Pabſtmann Guſtav Ludwig.
Plaß Johann.
Prettner Veit.
Rapp Johann.
Schider Georg.
Siemieński-Lewicki Wilhelm, Graf.
Stöger Joſef, Dr.
Stöhr Anton, Dr.
Sylva-Tarouca Franz Joſef, Graf.
Thurnher Martin.
Petter von der Lilie Felix, Graf,
Wagner Heinrich.
Zamoyski Stephan, Graf.

XXX. Seſſion, 1894.

Mitglieder:

Badeni Stanislaus, Graf.
Baerenreither Joſef Maria, Dr.
Bartoli Matthäus, Dr.
Barwiński Alexander.
Bazzanella Emanuel, Dr.
Belcredi Ludwig, Graf, Dr.
Brzorád Eduard, Dr.
Bugnoy de **Longueval** Karl, Graf.
Burgſtaller Joſef, Edler v. **Bidiſchini.**
Czedik a **Hanka Creve** Alois, Freiherr v.
Chlumecký Johann, Ritter v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Conrad v. **Eybesfeld** Siegmund, Freiherr.
Coronini-Cronberg Alfred, Graf.*)
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eyſenberg.**
Dumba Nikolaus.
Elbl Anton.
Elß Alfred.
Fournier Auguſt, Dr.
Fürſtenberg Eduard, Landgraf.
Gudenus Heinrich, Freiherr v.
Haaſe Theodor, Dr.
Hartel Wilhelm, Ritter v.
Hanswirth Ernſt, Abt.
Helfert Joſef, Freiherr v.
Henzel Severin, v.
Hompeſch Ferdinand, Graf.
Kaftan Jan.
Karl Alexander, Abt.
Khevenhüller-Metſch Johann Karl, Fürſt.*)
Klaić Michael, Dr.
Klun Karl.
Ludwig Ernſt, Dr.
Ludwig Ferdinand.
Lupul Johann.
Mrazek Anton, Ritter v., Dr.
Parák Bedřich, Dr.
Plaß Johann.
Popowski Joſef.
Promber Adolf, Dr.

[1]) Als Delegierter einberufen.
*) Delegiertenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Rammer Matthias.
Rigler Franz.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Schider Georg.
Sláma František, Dr.
Starhemberg Camillo Heinrich, Fürst.
Stürgkh Karl, Graf.
Sueß Eduard, Dr.
Sylva-Taronca Franz Josef, Graf.
Szczepanowski-Prus Stanislaus.
Sulc Wenzel.
Tausche Anton.
Tersch Emil, Ritter v.
Thurnher Martin.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.
Treuinfels Leo Maria, Abt.
Vetter von der Lilie Felix, Graf.
Walterskirchen Franz, Freiherr v.
Zaleski Philipp, Ritter v.
Zedtwitz Kurt, Graf*)

Ersatzmänner:

Abrahamowicz Eugen, Ritter v.
Auersperg Franz Josef, Prinz.[1])
Bulat Cajetan, Dr.
Catty Adolf, Freiherr v., Feldzeugmeister.[2])
Fanderlik Josef, Dr.
Franckenstein Karl, Freiherr v.[2])
Ghon Karl.
Gniewosz-Plexów Wladimir, Ritter v.
Gomperz Julius, Ritter v.
Habicher Franz.
Haugwitz Heinrich Wilhelm, Graf.
Hlávka Josef.
Jordan Andreas.[2])
Kohler Johann.
Kraus Viktor, Ritter v., Dr.
Lobmayr Ludwig.
Menger Max, Dr.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.
Neuber Wilhelm.
Peschka Franz.
Pfeifer Wilhelm.
Popper Heinrich.
Potocki Roman, Graf.
Rapp Johann, Dr.
Rizzi Ludwig, Dr.
Rosenberg-Orsini Heinrich, Fürst.
Rottmayr Jakob.
Stalitz-Valrisano Karl, Ritter v.
Sylva-Taronca Ernst, Graf.
Zehetmayr Johann.

XXXI. Session, 1895.

Mitglieder:

Badeni Stanislaus, Graf.
Baernreither Josef Maria, Dr.
Barwiński Alexander.
Biankini Juraj.
Bohaty Adolf.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Clary Carlos, Fürst.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg**.
Deym Ferdinand, Graf.
Di Pauli Josef, Freiherr v.
Doblhamer Gregor.
Dumba Nikolaus.
Ebenhoch Alfred, Dr.
Fries August, Graf.
Fuchs Viktor, v., Dr.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen, Mandat jedoch abgelehnt.
[2]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Gautſch v. **Frankenthurn** Paul, Freiherr, Dr.
Ghon Karl.
Gudenus Heinrich, Freiherr v.
Habermann Joſef, Dr.
Hartel Wilhelm, Ritter v.
Hauswirth Erneſt, Abt.
Helfert Joſef, Freiherr v.
Herold Joſef, Dr.
Hohenwart Karl, Graf.
Jedrzejowicz Adam, Ritter v.
Jordan Andreas.
Kaftan Jan.
Klaić Michael, Dr.
Kohler Johann.
Kraus Viktor, Ritter v., Dr.
Kronawetter Ferdinand, Dr.
Lobkowitz Ferdinand, Prinz.
Lorber Franz.
Ludwig Ernſt, Dr.
Lupul Johann.
Wenger Max, Dr.
Wrzuik Anton, Ritter v., Dr.

Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Papſtmann Guſtav Ludwig.
Parák Bedřich, Dr.
Pattai Robert Guido, Dr.
Peſchka Franz.
Piniński Leo, Graf.
Popowski Joſef.
Prombor Adolf, Dr.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Salvadori Johann.
Sláma František.
Stadnicki Johann, Graf.*)
Stališ-Palrisaw Karl, Ritter v.
Starhemberg Camillo Heinrich, **Fürſt.**
Sueß Eduard, Dr.
Szczepanowski-Prus Stanislaus.
Traun-Abensperg Otto, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, **Graf.**
Vetter von der Lilie Felix, **Graf.**
Waltershirchen Franz, Freiherr v.
Zaleski Philipp, Ritter v.
Zedtwitz Kurt, Graf.*)

Erſatzmänner:

Abrahamowicz Eugen, Ritter v.
Richelburg Karl, Graf.[1])
Bartoli Matthäus, Dr.
Bendel Joſef.
Bulat Cajetan, Dr.
Burgſtaller Joſef, Edler v. **Bidischini.**
Döß Auguſt.
Elbl Anton.
Forcher Konrad, v.
Gniewosz-Olexów Wladimir, Ritter v.
Gompertz Julius, Ritter v.
Gregorčič Anton, Dr.
Haugwitz Heinrich Wilhelm, Graf.
Heicelet Citibor, Dr.
Hübner Viktor.
Kleiſl Friedrich, v.

Klucki Sobieslaus, Dr.
Klun Karl.
Korčian Benedikt, Abt.[2])
Lodebur-Wicheln Johann, Graf.
Lobmeyr Ludwig.
Marchwicki Zbislaus, Dr.[1])
Meran Johann, Graf.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.[2])
Rapp Johann, Dr.
Rogl Johann.
Roſenberg-Orſini Heinrich, Fürſt.
Rott Joſef, Dr.
Schider Georg.
Siwiński-Lewicki Wilhelm, Graf.
Sochor v. **Friedrichsthal** Eduard, Freiherr.
Thurnher Martin.

---

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Bei der Nachwahl gewählt.
[2]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

XXXII. Seſſion, 1896.

Mitglieder:

Abrahamowicz David, Ritter v.
Richelburg Karl, Graf.*)
Auersperg Karl, Fürſt.*)
Baernreither Joſef Maria, Dr.
Baeuther Ernſt, Dr.
Barwiński Alexander.
Baumgartner Cöleſtin.
Bulat Cajetan, Dr.
Creſchi a Santa Croce Alois, Freiherr v.*)
Chlumecký Johann, Freiherr v.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eyſenberg.**
Demel Wladimir.
Dobrſensky Johann, Freiherr v.
Döß Auguſt.
Dumba Nikolaus.
Fin de Ferdinand, Freiherr.
Forcher Konrad, v.
Geſsmann Albert, Dr.
Gompery Julius, Ritter v.
Gorayski von und zu **Goray** Auguſt, Ritter v.
Gregorčič Anton, Dr.
Hanqiviß Heinrich Wilhelm, Graf.**)
Janda Herman.
Jedrzejowicz Adam, Ritter v.
Karl Alexander, Abt.
Klein v. **Wiſenberg** Hubert, Freiherr v., Dr.
Kleiß Friedrich, v.
Klun Karl.***)
Koſterſitz Ubald, Abt.****)
Kottulinsky Adalbert, Graf.
Kramář Karel, Dr.
Lambergh Franz Emmerich, Graf.*)
Lupul Johann.
Luzzatto Rafael.
Marchwicki Zdiſlaus, Dr.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.****)
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.****)
Popowski Joſef.
Promber Adolf, Dr.
Richter Franz.
Rizzi Ludwig, Dr.
Rotmayr Jakob.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Salvadori Johann.
Schwarz Franz.
Sláma František, Dr.
Starhemberg Camillo Heinrich, Fürſt.
Steinwender Otto.
Swoboda Heinrich.
Sylva-Taroucca Franz Joſef, Graf.*)
Szczepanowski-Prus Stanislaus.
Thurnher Martin.
Trauttmansdorff-Weinsberg Karl, Fürſt.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Fürſt.
Treuinfels Leo Maria, Abt.
Vetter von der Lilie Felix, Graf.
Walterskirchen Franz, Freiherr v.
Wurmbrand Gundacker, Graf.
Zaleski Philipp, Ritter v.
Zedlitz Karl Max, Graf.
Zedlitz Kurt, Graf.
Zeyerlmayr Johann.
Žáček Jan, Dr.

Erſatzmänner:

Biankini Juraj.
Borčić Lorenz.
Burgſtaller Joſef, Edler v. **Bidischini.**
Chotek Bohuslav, Graf.†)
Chotek Emmerich, Graf.
Engel Joſef, v.
Fürſtenberg Eduard, Landgraf.
Gniewosz-Plexów Wladimir, Ritter v.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
**) Bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt, Mandat jedoch niedergelegt.
***) Geſtorben.
****) Bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt.
†) Bei der Nachwahl gewählt.

Digitized by Google

Gudenus Heinrich, Freiherr v. *)
Hirsch Gustav, Dr.
Hofmann Vinzenz.
Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst Egon, Prinz.
Jagić Bratoslav. *)
Kirschner Franz.
Kohler Johann.
Korčian Benedikt, Abt.
Kulp Adalbert.
Kušar Josef. *)
Lobmeyr Ludwig.
Lubomirski Andreas, Fürst.
Millanich Alois, Dr.
Pabstmann Gustav Ludwig.
Polthofer Rudolf.
Potocki Roman, Graf. *)
Rapp Johann, Dr.
Reinelt Karl, Freiherr v.
Rogl Johann.
Ruczka Ludwig.
Schidor Georg.
Skala Hugo.
Stephanowicz Stephan.
Pišnihar Franz. *)
Zoll Friedrich, Dr.

XXXIII. Session, 1897.

Mitglieder:

Attems Edmund, Graf.
Axmann Julius.
Barwiński Alexander.
Baševi Giuseppe.
Bulat Cajetan, Dr.
Ceschi a Santa Croce Alois, Freiherr v.
Chlumecký Johann, Freiherr v.
Chotek Emmerich, Graf.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg**.
Deym Ferdinand, Graf. *)
Di Pauli Josef, Freiherr v.
Doberniz Josef Wolfgang.
Dumba Nikolaus.
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Engel Emanuel, Dr.
Fin de Ferdinand, Freiherr.
Fink Jodok.
Fuchs Viktor, v., Dr.
Gambini Pier' Antonio, Dr.
Gniewosz-Olexów Wladimir, Ritter v.
Gomperz Julius, Ritter v.
Gorayski von und zu **Goray** August, Ritter v.
Groß Gustav, Dr.
Gurtti Lorenzo, Don.
Hayden von und zu **Dorff** Siegmund Christoph, Freiherr v.
Helfert Josef, Freiherr v.
Herold Josef, Dr.
Hofmann v. **Wellenhof** Paul, Dr.
Jagić Bratoslav.
Janda Herman.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Jedrzejowicz Adam, Ritter v.
Kaftan Jon.
Kaiser August.
Kienmann Emmerich.
Korčian Benedikt, Abt.
Kotkulinsky Adalbert, Graf.
Kramář Karel, Dr.
Lupul Johann.
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Parák Bedřich, Dr.
Parish v. **Senftenberg** Oskar, Freiherr.
Popowski Josef.
Rogl Johann.
Rukowski Tadeusz, Dr.
Schreicher Josef, Dr.
Schwarz Franz.
Starhemberg Camillo Heinrich, Fürst.

*) Bei der Nachwahl gewählt.
*) Als Delegierter einberufen.
*) Bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt.

Digitized by Google

Stránský Adolf, Dr.
Sylva-Tarouca Franz Joſef, Graf.*)
Suſteršič Ivan, Dr.
Thun-Hohenſtein Franz, Graf.
Trauttmansdorff-Weinsperg Maximilian, Graf.
Perzegnaſſi Franz, Dr.*)
Petter von der Lilie Felix, Graf.
Petter von der Lilie Moriz, Graf.
Walterskirchen Franz, Freiherr v.
Wiedersperg Guſtav, Ritter v., Dr.
Zaleski Philipp, Ritter v.
Zedlwiz Karl Max, Graf.
Žáček Jan, Dr.

Erſatzmänner:

Richelburg Karl, Graf.
Bartoli Matthäus, Dr.
Dobrſensky Johann, Freiherr v.
Fürſtenberg Eduard, Landgraf.
Haaſe Theodor, Dr.
Haßlwanter Anton, Dr.
Hochenburger Viktor, Ritter v., Dr.
Hortis Attilio, Dr.
Jax Gottfried.
Keil Anton.
Lenaſſi Alfredo.†)
Lobmeyr Ludwig.
Lubomirski Andreas, Fürſt.
Mayr Ambros, Dr.
Meran Johann, Graf.
Mettal v. Frivald Otto, Dr.
Millanich Alois, Dr.
Muhr Michael.
Perić Joſef Vergil.
Pogačnik Joſef.
Heidel Anton.
Sochor v. Friedrichsthal Eduard, Freiherr.
Sokolowski Auguſt, Dr.
Thurnher Martin.
Tſchernigg Johann.
Udrjal Franziſek.
Vychodil Joſef.
Winnicki Iſidor.
Wyſocki Stanislaus, Ritter v.
Zoll Friedrich, Dr.

XXXIV. Seſſion, 1898.

Mitglieder:

Abrahamowicz David, Ritter v.
Rehrenthal Felix, Freiherr v.
d'Angeli Guido, Dr.
Ramann Julius.
Bartoli Matthäus, Dr.
Barwiński Alexander.
Bazzanella Emanuel, Dr.*)
Bielohlawek Hermann
Bulat Cajetan, Dr.
Buquoy de Longueval Karl, Graf.
Chiari Karl, Dr.
Chlumecký Johann, Freiherr v.
Chotek Emmerich, Graf.
Chrzanowski Leon, Ritter v.
Czedik Alois, Freiherr v. Bründlsberg und Eyſenberg.
Dumba Nikolaus.
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Fin de Ferdinand, Freiherr.
Gomperz Julius, Ritter v.
Gorayski von und zu Goray Auguſt, Ritter.
Grabmayr Karl, v., Dr.
Haaſe Theodor, Dr.
Hayden von und zu Dorff Siegmund Chriſtoph, Freiherr v.
Helfert Joſef, Freiherr v.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
†) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Hochenburger Viktor, Ritter v., Dr.
Jagić Vratoslav.
Janda Herman.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kaſtan Jan.
Kienmann Emmerich.
Korčian Benedikt, Abt.
Kotkulinsky Adalbert, Graf.
Kramář Karel, Dr.
Kübeck Max, Freiherr v.
Lobkowitz Ferdinand, Prinz v.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v.
Mettal v. **Frivald** Otto, Dr.
Nitſche Friedrich, Dr.
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Pacák Bedřich, Dr.
Pergelt Anton, Dr.
Pogačnik Joſef.
Rukowski Tadeusz, Dr.
Schücker Zdenko, Dr.
Starhemberg Camillo Heinrich, Fürſt.
Stránský Adolf, Dr.
Stürgkh Karl, Graf.
Thurnher Martin.
Trauttmansdorff-Weinsberg Karl, Fürſt.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.
Tſchernigg Johann.
Tuſel Ferdinand.
Verzegnaſſi Franz, Dr.
Vetter von der Lilie Felix, Graf.
Walterskirchen Franz, Freiherr v.
Waſſilko-Serecki Georg, Freiherr v.
Zaleski Philipp, Ritter v.*)
Zanuegger Joſef.
Zedtwitz Karl Max, Graf.
Žáček Jan, Dr.

Erſatzmänner:

Richelburg Karl Graf.
Clam-Gallas Franz, Graf.
Colloredo-Mansfeld Joſef, Fürſt, jun.
Czerz-Lindenwald Hermann, Ritter v., Dr.
Dobrjensky Johann, Freiherr v.
Ferjančič Andreas, Dr.
Fürſtenberg Eduard, Landgraf.
Göß Leopold, Dr.
Haßlwanter Anton, Dr.
Höhl Alois.
Hofmann Franz.
Jax Gottfried.
Iemiſch Artur, Dr.
Iewicki Witold, Ritter v., Dr.
Lobmeyr Ludwig.
Loſer Franz.
Lubomirski Andreas, Fürſt. †)
Maurover Leopold.
Millanich Alois.
Panizza Auguſt v., Dr. †)
Perić Joſef Bergil.
Peſchka Franz.
Plaß Johann.
Rizzi Ludwig, Dr.
Udrjal František.
Vychodil Joſef.
Winnicki Iſidor.
Wolffhardt Eduard, Dr.
Zanetti Adamo, Don.
Zoll Friedrich, Dr.

XXXV. Seſſion, 1899.

Mitglieder:

Abrahamowicz Eugen, Ritter v.
Barquehem Olivier, Marquis.
Barrurreither Joſef Maria, Dr.
Bulat Cajetan, Dr.
Cambon Alois, Dr.
Chlumecky Johann, Freiherr v.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
†) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Chotek Emmerich, Graf.
Conci Enrico, Dr.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eyſenberg.**
Deym Ferdinand, Graf.
Dumba Nikolaus.
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Ebenhoch Alfred, Dr.
Ferjančič Andreas, Dr.
Fin de Ferdinand, Freiherr.
Franz Rudolf, Dr.
Fürſtenberg Eduard, Landgraf.
Funke Alois, Dr.
Geſsmann Albert, Dr.
Göß Leopold, Dr.
Gorayski von und zu **Goray** Auguſt, Ritter v.
Grégr Eduard, Dr.
Helfert Joſef, Freiherr v.
Herold Joſef, Dr.*)
Hofmann Franz.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Jedrzejowicz Adam, Ritter v.
Kaftan Jan**)
Kathrein Theodor, Dr.
Khevenhüller-Metſch Johann Karl, Fürſt.
Korčian Benedikt, Abt.
Kotkulinsky Adalbert, Graf.
Kramář Karel, Dr.
Lemiſch Artur, Dr.
Loſer Franz.
Mettal v. **Frivald** Otto, Dr.
Ochrymowicz Xenophon.
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Pacák Bedřich, Dr.
Pergelt Anton, Dr.
Popowski Joſef.
Rigler Franz.
Rizzi Ludwig, Dr.
Ruß Viktor Wilhelm, Dr.
Schachinger Georg.
Schneider Ernſt.
Serényi Otto, Graf.
Sokolowski Auguſt, Dr.
Starhemberg Camillo Heinrich, Fürſt.
Stránský Adolf, Dr.
Stürgkh Karl, Graf.
Sylva-Taroucа Ernſt, Graf.
Trautmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.
Tuſel Ferdinand.
Vetter von der Lilie Felix, Graf.
Walterskirchen Franz, Freiherr v.
Winnicki Iſidor.
Wolfhardt Eduard, Dr.
Zaleski Philipp, Ritter v.
Zanetti Adamo, Don.
Žáček Jan, Dr.

Erſatzmänner:

Richelburg Karl, Graf.
Althann Robert, Graf.
Borčić Lorenz.
Demel Leonhard, Ritter v. **Elswehr,** Dr.
Pobrſensky Johann, Freiherr v.
Fink Jodok.
Gambini Pier' Antonio, Dr.
Haßlwanter Anton, Dr.
Hinterhuber Hermann.
Hölzl Alois.
Kapferer Max, Dr.
Lenaſſi Alfredo.
Lohmeyr Ludwig.
Lubomirski Andreas, Fürſt.
Maurovr Leopold.
Meran Johann, Graf.
Millanich Alois, Dr.
Mosdorfer Franz.
Muhr Michael.
Radimský Johann.
Roszkowski Guſtav, Ritter v., Dr.
Sapieha Paul, Fürſt.
Schöller Philipp, Ritter v.
Ržrſal František.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
**) Bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt.

Digitized by Google

Pencajz Johann.
Pychodil Joſef.
Wohlmeyer Johann.

Zimmer Joſef.
Zoll Friedrich, Dr.
Zurkan Ivan, Dr.

XXXVI. Seſſion, 1900.

Mitglieder:

Abrahamowicz David, Ritter v.
Barquehem Olivier, Marquis.
Baernreither Joſef Maria, Dr.
Baltazzi Ariſtides.
Baumgartner Cöleſtin.
Bazzanella Emanuel, Dr.
Bulat Cajetan, Dr.
Chlumecký Johann, Freiherr v.
Chotek Emmerich, Graf.
Czedik Alois, Freiherr v. Bründelsberg und Eyſenberg.
Demel Leonhard, Ritter v. Elswehr, Dr.
Di Pauli Joſef, Freiherr v.
Dumba Nikolaus.*)
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Elz Alfred.
Fink Jodok.
Fürſtenberg Eduard, Landgraf.
Gambini Pier Antonio, Dr.
Geſsmann Albert, Dr.
Gorayski von und zu Goray Auguſt, Ritter v.
Grégr Edvard, Dr.
Helfert Joſef, Freiherr v.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kaſlan Jan.
Keil Anton.
Khevenhüller-Metſch Johann Karl, Fürſt.**)
Korbian Benedikt, Abt.
Kotkulinsky Adalbert, Graf.
Kozlowski-Bolesla Wladimir, Ritter v.
Lemiſch Artur, Dr.**)
Lenaſſi Alfredo.
Madeyski (Poray) Staniſlaus, Ritter v., Dr.***)
Mauroner Leopold.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.
Mosdorfer Franz.
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Parák Bedřich, Dr.
Parish v. Benkenberg Oskar, Freiherr.
Pergelt Anton, Dr.
Peſchka Franz.
Polhofer Rudolf.
Popovici Georg, Dr.
Popowski Joſef.
Prade Heinrich.
Schöller Philipp, Ritter v.
Schönburg-Hartenſtein Alois, Fürſt.
Sláma František, Dr.
Stránský Adolf, Dr.
Stürgkh Karl, Graf.
Sulc Wenzel.
Trauttmannsdorff-Weinsberg Karl, Fürſt.
Trauttmandorff-Weinsberg Maximilian, Graf.
Pencajz Johann.
Vetter von der Lilie Felix, Graf.
Wachmianyn Anatol.
Walterskirchen Franz, Freiherr v.
Weigel Ferdinand, Dr.
Wenger Joſef.
Zaleski Philipp, Ritter v.
Zimmer Joſef.
Žáček Jan, Dr.

*) Geſtorben.
**) Delegiertenmandat niedergelegt.
***) Bei der Nachwahl zum Delegierten gewählt.

Digitized by Google

Ersatzmänner:

Richelburg Karl, Graf.
d'Angeli Guido, Dr.
Borčić Lorenz.
Dobernig Josef Wolfgang.[1])
Doblhofer Josef.
Dobrjensky Johann, Freiherr v.
Gniewosz-Plexów Wladimir, Ritter v.
Haßlwanter Anton, Dr.
Hegar Viktor.
Hinterhuber Hermann.[2])
Kapferer Max, Dr.
Knoll Rudolf, Dr.
Krek Johann Ev., Dr.
Lanckoroński-Brzezie Karl, Graf.
Lobmeyr Ludwig.
Loser Franz.
Lubomirski Andreas, Fürst.
Manthner Max.[2])
Mayer Johann.
Meran Johann, Graf.
Millanich Alois, Dr.
Pommer Josef, Dr.
Primavesi Robert.
Rizzi Ludwig, Dr.
Roszkowski Gustav, Ritter v., Dr.
Strauchen Benno, Dr.
Tusel Ferdinand.
Urbsal František.
Verzegnassi Franz, Dr.
Vychodil Josef.
Zoll Friedrich, Dr.

XXXVII. Session, 1901.

Mitglieder:

Abrahamowicz Eugen, Ritter v.
Acquaroli Josef.
Axmann Julius.
Bacquehem Olivier, Marquis.
Baernreither Josef Maria, Dr.
Barwiński Alexander.
Belcredi Ludwig, Graf, Dr.
Bylandt-Rheidt Arthur, Graf.
Chlumecký Johann, Freiherr v.
Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg.**
Delugan Baldassare, Don.
Dobernig Josef Wolfgang.
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.
Gorayski von und zu **Goray** August, Ritter v.
Helfert Josef, Freiherr v.
Herold Josef, Dr.
Hermansky Richard.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Iro Karl.
Jvčević Vinzenz, Dr.
Kaftan Jan.
Kern Leopold, Dr.
Korčian Benedikt, Abt.
Kottulinsky Adalbert, Graf.[3])
Kozłowski-Boleſta Wladimir, Ritter v., Dr.
Kramář Karel, Dr.
Kübeck Max, Freiherr v.
Lecher Otto, Dr.
Lenaſſi Alfredo.
Lobkowitz Ferdinand, Prinz v.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Pabſtmann Gustav Ludwig.
Parák Bedřich, Dr.
Pergelt Anton, Dr.
Plaß Johann.

[1]) Bei der Nachwahl gewählt.
[2]) Als Delegierter einberufen.
[3]) Delegiertenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Pommer Josef, Dr.
Popowski Josef.
Rizzi Ludwig, Dr.
Schöller Philipp, Ritter v. *)
Schönborn Friedrich, Graf.
Schönburg-Hartenstein Alois, Fürst.
Skrbensky-Hrzyslie Anton, Freiherr v.
Stránský Adolf, Dr.
Stürgkh Karl, Graf.
Sylvester Julius, Dr.
Šustersič Ivan, Dr.
Thun-Hohenstein-Salm-Reifferscheidt Josef Oswald, Graf.
Thurnher Martin.
Tollinger Johann, Dr.
Vetter von der Lilie Felix, Graf.
Vogler Ludwig, Dr.
Walterskirchen Franz, Freiherr v.
Wassilko Nikolaj, Ritter v.
Weigel Ferdinand, Dr.
Wolf Karl Hermann.
Zaleski Philipp, Ritter v.
Žáček Jan, Dr.

Ersatzmänner:

Antonelli Jakob, Dr.
Bartoli Matthäus, Dr.
Basevi Giuseppe.
Berger Wilhelm, Freiherr v.
Borčić Lorenz.
Deym Friedrich, Graf.
Dobrzensky Johann, Freiherr v.
Fin de Ferdinand, Freiherr.
Foerg Heinrich.
Hasslwanter Anton, Dr.
Hofer Hans.
Hofmann Vinzenz.
Hueber Anton.
Lemisch Artur, Dr.
Lohmeyr Ludwig. [1])
Loser Franz.
Lubomirski Andreas, Fürst.
Lukesch Josef.
Lupu Florian, Dr.
Manthner Max. [1])
Millanich Alois, Dr.
Nostitz Erwein, Graf.
Roszkowski Gustav, Ritter v., Dr.
Sapieha Paul, Fürst.
Schlegel Josef, Dr.
Schreiner Moriz, Ritter v. [2])
Sedlnitzky Ernst, Freiherr v.
Prinz zu Falkenstein Alexander Maximilian, Graf. [2])
Pychodil Josef.
Walz Anton.
Zoll Friedrich, Dr.
Žitnik Ignaz, Dr.

XXXVIII. Session, 1902.

Mitglieder:

Abrahamowicz Eugen, Ritter v.
Antonelli Jakob, Dr.
Bacquehem Olivier, Marquis.
Baernreither Josef Maria, Dr.
Bartoli Matthäus, Dr.*)
Barwiński Alexander.
Basevi Giuseppe.
Byk Emil, Dr.
Chlumecký Johann, Freiherr v.
Conci Enrico, Dr.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Bei der Nachwahl gewählt.

Digitized by Google

Czedik Alois, Freiherr v. **Bründelsberg** und **Eysenberg.**
Dobernig Josef Wolfgang.
Doblhofer Josef.
Dobrjensky Johann, Freiherr v.
Dürckheim Georg Friedrich, Graf.
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Eltz Alfred.
Fin de Ferdinand, Freiherr.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.
Groß Gustav, Dr.
Helfert Josef, Freiherr v.
Herold Josef, Dr.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kaftan Jan.
Kindermann Franz, Dr.
Kleewein Simon Egon.
Korčian Benedikt, Abt.
Kottulinsky Adalbert, Graf.
Kozłowski-Bolesta Wladimir, Ritter v., Dr.
Kramář Karel, Dr.
Lajanský Johann, Graf.
Loser Franz.
Lukſch Josef.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Mayer Johann.
Merveldt Franz, Graf.
Millanich Alois, Dr.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Parák Bedřich, Dr.
Parish v. **Senftenberg** Oskar, Freiherr.
Pergelt Anton, Dr.
Popowski Josef.
Posch Alois.
Schönborn Friedrich, Graf.
Sedlnitzky Ernst, Freiherr v.
Starhemberg Ernst Rüdiger, Fürst.
Stein Franz.
Stürgkh Karl, Graf.
Sylvester Julius, Dr.
Šustersič Ivan, Dr.
Thun-Hohenstein-Salm-Reifferscheidt Josef Oswald, Graf.
Tollinger Johann, Dr.
Vetter von der Lilie Felix, Graf.
Vuković v. **Vučyidol** Anton, Ritter.
Walterskirchen Franz, Freiherr v.
Wassilko-Serecki Georg, Freiherr v.
Widmann-Sedlnitzky Anton, Graf.
Zaleski Philipp, Ritter v.
Žáček Jan, Dr.

Ersatzmänner:

Albrecht Hugo.
Berger Wilhelm, Freiherr v.
Bohostewicz Zacharias.
Chotek Emmerich, Graf.
Daschl Leopold.
Gmachl Johann.
Hanisch Friedrich.
Haueis Alois.
Heimrich Johann Nepomuk.
Hortis Attilio, Dr.
Kaiser August.
Lammasch Heinrich, Dr.
Lobmeyr Ludwig.
Lubomirski Andreas, Fürst.
Peschka Franz.
Polesini Benedetto, Marquis.[1])
Rhomberg Adolf.
Roszowski Gustav, Ritter v., Dr.
Sapieha Paul, Fürst.
Schlegel Josef, Dr.
Schreiner Moriz, Ritter v.
Thurnher Martin.
Tscharre Anton,
Udržal Frantisek.
Ungnad v. **Weißenwolff** Konrad, Graf.
Verzegnassi Franz, Dr.
Vrints zu **Falkenstein** Alexander Maximilian, Graf.
Zaffron Josef, Dr.
Zoll Friedrich, Dr.
Žitnik Ignaz, Dr.

[1]) Als Delegierter einberufen

Digitized by Google

XXXIX. Session, 1903.

Mitglieder:

Abrahamowicz David, Ritter v.
Albrecht Hugo.
Barquehem Olivier, Marquis.
Baernreither Josef Maria, Dr.
Baillet de Latour Vinzenz, Graf.
Bemaki Felice, Dr.
Biankini Juraj.
Blöchl Franz.
Byk Emil, Dr.
Chlumecký Johann, Freiherr v.
Delugan Baldassare, Don.
Dłuzański Johann, Dr.
Dobrznig Josef Wolfgang.
Dulęba Ladislaus, Ritter v., Dr.
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Ehrenfels Bernhard, Freiherr v.
Eß August.
Fiedler Franticek, Dr.
Fin de Ferdinand, Freiherr.
Fink Jodok.
Fürstenberg Eduard, Landgraf.
Gautsch v. Frankenthurn Paul, Freiherr, Dr.
Glöckner Adolf.
Hanisch Friedrich.*)
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kaftan Jan.
Kaiser August.
Kliemann Franz.
Kotkulinsky Adalbert, Graf.
Kramář Karel, Dr.
Lobkowitz Ferdinand, Prinz v.
Lobmeyr Ludwig.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Marchet Gustav, Dr.
Matkuš Karl, Dr.
Majorana Alois.
Mervoldt Franz, Graf, v.
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Pergelt Anton, Dr.
Popowski Josef.
Praudau-Hilleprand Alfred, Freiherr v.
Praják Otakar, Freiherr v., Dr.
Ryba Vilém, Dr.
Saffert Franz.
Schneider Ernst.
Schönborn Friedrich, Graf.
Schönburg-Hartenstein Alois, Fürst.
Skene Alfred, v.
Starhemberg Ernst Rüdiger, Fürst.
Stráusky Adolf, Dr.
Stürgkh Karl, Graf.
Sylvester Julius, Dr.
Šusteršič Ivan, Dr.
Thun-Hohenstein-Salm-Reifferscheidt Josef Oswald, Graf.*)
Tollinger Johann, Dr.
Verzegnassi Franz, Dr.
Waltershirchen Franz, Freiherr v.
Wassilko Nikolaj, Ritter v.
Zaleski Philipp, Ritter v.
Zedtwitz Karl Max, Graf.

Ersatzmänner:

Acquaroli Josef.
Antonelli Jakob, Dr.
Bartoli Matthäus, Dr.
Berger Wilhelm, Freiherr v.
Chotek Emmerich, Graf.
Derschatta Julius v. **Standhalt**, Dr.[1])
Dobrzensky Johann, Freiherr v.
Flondor Theodor, Ritter v.
Grek Michael, Dr.
Haider Josef.
Hauels Alois.
Hofmann Franz.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
[1]) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

Huber Franz (Bruck).
Kern Leopold, Dr. [1])
Laumaſch Heinrich, Dr.
Licht Stephan, Dr.
Nowak Guſtav.
Perić Joſef Vergil.
Rhomberg Adolf.
Sapieha Paul, Fürſt.
Schlegel Joſef, Dr. [2])
Schöller Paul, Ritter v. [1])
Schreiner Moriz, Ritter v.
Sehnal Václav.
Thurnher Martin.
Tſcharre Anton.
Hugnad v. Weißenwolff Konrad, Graf.
Prinis zu Falkenſtein Alexander Maximilian, Graf.
Pychodil Joſef.
Aſchpikke Hermann.
Žitnik Ignaz, Dr.

XL. Seſſion, 1904.

Mitglieder:

Abrahamowicz Eugen, Ritter v.
Bacquehem Olivier, Marquis.
Baernreither Joſef Maria, Dr.
Bartoli Matthäus, Dr.
Bazanella Emanuel, Dr.
Berger Wilhelm, Freiherr v.
Chlumecký Johann, Freiherr v.
Czyhlarz Karl, Ritter v., Dr.
Dzuzaiski Johann, Dr.
Dobernig Joſef Wolfgang.
Dobrſensky Johann, Freiherr v.
Dulcha Ladislaus, Ritter v., Dr.
Dzieduszycki Adalbert, Graf, Dr.
Ebenhoch Alfred, Dr.
Elz Alfred.
Fort Joſef, Dr.
Gautſch v. Frankenthurn Paul, Freiherr, Dr.
Hardegg Dominik, Graf.
Hofmann Franz.
Huemer Anton.
Jaworski Apollinar, Ritter v.
Kienmann Emmerich.
Kramář Karel, Dr.
Krupp Artur.
Kübeck Max, Freiherr v.
Lažanský Johann Graf.
Lenaſſi Alfredo.
Licht Stephan, Dr.
Madeyski (Poray) Stanislaus, Ritter v., Dr.
Mauroner Leopold.
Merveldt Franz, Graf.
Montecuccoli-Laderchi Maximilian, Graf.
Nowak Guſtav.
Oppenheimer Ludwig John, Freiherr v.
Pacák Bedřich, Dr.
Pantůček Ferdinand, Dr.
Parish v. Senftenberg Oskar, Freiherr.
Pergelt Anton, Dr.
Popowski Joſef.
Rhomberg Adolf.
Schalk Anton, Dr. [*])
Schneider Ernſt.
Schöller Paul, Ritter v.
Stránský Adolf, Dr.
Stürgkh Karl, Graf.
Šuſteršič Ivan, Dr.
Thurnher Martin.
Thurn-Valſaſſina-Como-Perrelli Vinzenz, Graf v.
Tollinger Johann, Dr.
Trauttmansdorff-Weinsberg Maximilian, Graf.

[1]) Als Delegierter einberufen.
[2]) Geſtorben.
[3]) Bei der Nachwahl gewählt.
[*]) Delegiertenmandat niedergelegt.

Digitized by Google

Prints zu Falkenſtein Alexander Maximilian, Graf. *)
Walterskirchen Franz, Freiherr v.
Walz Anton.
Waſſilko-Serecki Georg, Freiherr v.
Wodzicki Anton, Graf.
Zaffron Joſef, Dr.
Zaleski Philipp, Ritter v.
Zehetmayr Johann.
Zſchokke Hermann, Dr.
Žáček Jan, Dr.

Erſatzmänner:

Acquaroli Joſef.
Antonelli Jakob, Dr.
Chotek Emmerich, Graf.
Deym Friedrich, Graf.
Dreher Anton. †)
Ginzkey Wilhelm.
Grafinger Franz.
Grek Michael, Dr.
Hardegg Franz, Graf.
Haueis Alois.
Huber Franz (Bruck).
Lammaſch Heinrich, Dr.
Loſer Franz.
Lubomirski Andreas, Fürſt.
Peſchka Franz. †)
Prandau-Hilleprand Alfred, Freiherr v.
Rizzi Ludwig, Dr.
Sapieha Paul, Fürſt.
Schreiner Moriz, Ritter v.
Seidel Anton.
Spens Emanuel, Freiherr v.
Starhemberg Ernſt, Rüdiger, Fürſt.
Straucher Benno, Dr.
Sylveſter Julius, Dr.
Tſcharre Anton.
Kugnad v. Weißenwolff Konrad, Dr.
Vukovič v. Vukyidol Anton, Ritter.
Vychodil Joſef.
Wilhelm Otto.
Žitnik Ignaz, Dr.

*) Delegiertenmandat niedergelegt.
†) Als Delegierter einberufen.

Digitized by Google

II. Teil.

Sachregister.*)

*) Erklärung der gebrauchten Abkürzungen.

A. B.	=	Ausschußbericht.
B. A.	=	Budgetausschuß.
Km.	=	Kriegsminister.
M. Ae.	=	Minister des Aeußern.
Mk.	=	Marinekommandant.
Rfm.	=	Reichsfinanzminister.
Rv.	=	Regierungsvertreter.

Digitized by Google

A.

Kalborg, s. Konsulate.

Ablösung der Truppen, s. Dalmatien.

Abrichtungszeit. Rechbauer verlangt eine kürzere Abrichtungszeit. **2**, 150.*)

Abrüstung, s. Friedensbewegung.

Abstimmungen.

Gemeinschaftliche.

— Über die Frage, ob von der Subvention an den österreichischen Lloyd im Voranschlage des Ministeriums des Äußern die Einkommensteuer in Abzug zu bringen sei. **2**, 354, 360, 363. (Wird bejaht.)

— Über die Frage, ob für die Erbauung von zwei Donaukriegsdampfern ein Betrag in den Voranschlag einzustellen sei. **2**, 359, 362, 364. (Wird bejaht.)

— Über die Bewilligung einer bei der Anschaffung von Werndlgewehren bestehenden Differenz zwischen den von den beiden Delegationen genehmigten Beträgen. **6**, 168, 176. (Abgelehnt.)

— Über die Erteilung der Indemnität für beim Heereserfordernisse (Militärgrenze) vorgekommene Überschreitungen. **6**, 168, 177. (Abgelehnt.)

— Über die Einstellung eines Kredites zum Neubau einer Kaserne in Szegedin. **12**, 203, 208. (Abgelehnt.)

— Über die Differenz von 2,033.000 fl. zwischen den Beschlüssen beider Delegationen bei der Botierung des zur Unterdrückung der im Süden der Monarchie und im Okkupationsgebiet ausgebrochenen Bewegung angesprochenen außerordentlichen Heereskredites. **16**, 46. (Abgelehnt.)

Namentliche.

— Über den Antrag Ziemialkowski auf Einstellung von 7·875 Millionen Gulden — gegenüber den vom Ausschusse beantragten 5·250 Millionen Gulden — für die neuen Hinterladegewehre. **1**, 173. (Abgelehnt.)

— Über den Antrag Pratobevera auf Einstellung eines gegenüber dem Ausschußantrag erhöhten außerordentlichen Erfordernisses für Neubauten von Befestigungswerken. **1**, 194. (Angenommen.)

— Über den Antrag Wrbna auf Einstellung der Einkommensteuer des Lloyd in das gemeinsame Budget. **2**, 354. (Abgelehnt.)

*) Die fett gedruckten Zahlen bedeuten die Delegationssession, die anderen die Seite des stenographischen Protokolls der betreffenden Session.

Abstimmungen.

Namentliche.

— Über die Bewilligung eines Betrages für 13 Kadres von den 13. Batterien. **4**, 78. (Angenommen.)

— Über den Antrag Czerkawski auf Einstellung einer höheren Summe für die Kommanden und Stäbe. **4**, 92. (Abgelehnt.)

— Über den Antrag Auersperg Karl auf Schluß der Sitzung. **5**, 96. (Abgelehnt.)

— Über den Antrag Greuter auf Einstellung des ganzen von der Regierung geforderten Betrages für die Erhöhung der Gagen der Marinegeistlichen. **5**, 144. (Angenommen.)

— Über den Antrag Engerth gegen die Herabsetzung der Präsenzdauer. **9**, 153. (Angenommen.)

— Über den Minoritätsantrag auf Heranziehung von Kapitalien des Militärstellvertretersfonds zur Bestreitung von Auslagen der Kriegsverwaltung. **9**, 178. (Abgelehnt.)

— Über die Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 60 Millionen Gulden für unvorhergesehene Auslagen (Okkupationskredit). **10**, 172. (Angenommen.)

— Über den Antrag Widmann-Sedmikky Viktor auf Einstellung eines Betrages für die Adaptierung der Werndlgewehre für verstärkte Patronen. **11**, 76. (Angenommen.)

— Über den Antrag Pirquet auf Bewilligung eines Nachtragskredites von 5 Millionen Gulden zum außerordentlichen Heereserfordernisse in Bosnien und der Hercegovina für die Monate November und Dezember 1878, gegenüber dem Antrage des Ausschusses auf Übergang zur Tagesordnung. **11**, 378. (Angenommen.)

— Über die Bewilligung eines Nachtragskredites von 30,100.000 fl. für fortifikatorische Maßnahmen für das Jahr 1898. **34**, 373. (Angenommen.)

— Über den Kredit von 38 Millionen Kronen aus Anlaß der Schaffung eines Feldhaubitz- und eines neuen Gebirgsgeschützmaterials, sowie der damit verbundenen Aufstellung von Feldhaubitz-Batterie-Divisionen und der Reorganisation der Gebirgsartillerie. **38**, 378. (Angenommen.)

Allgemeines.

— Lemisch erklärt, daß er in der Abstimmung über das Heeresbudget weder eine Vertrauens- noch eine Mißtrauenskundgebung erblicke. **35**, 175.

— s. auch Geschäftsordnungsfragen 1.

Digitized by Google

Abstriche (im allgemeinen).

Berichterstatter Ruß bemerkt, daß ein Abstrich zur Herabminderung eines fixen Kredites zu bestimmten Zwecken für die Zeit eines Verwaltungsjahres bestimmt und daher ein Abstrich an einem bloßen Kassavorschusse nicht am Platze sei. **16**, 26.

Abstriche, respektive **Mehrbewilligungen**, welche von den Delegationen gegenüber den Voranschlägen der Regierung vorgenommen wurden.

Im Budget für das Jahr 1868.

	Anforderung	Abstrich	Mehrbewilligung
	fl.	fl.	fl.
Kabinetskanzlei Seiner Majestät	72.854	72.854	
Ministerium des Äußern	4,423.600	160.379	
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	72,500.000	3,800.360	
Kriegsministerium-Extraordinarium .	30,686.000	4,691.148	
Marine-Ordinarium .	7,500.000		8.477
Marine-Extraordinarium	1,000.000	132.000	
Finanzministerium	3,969.484	3,837.184	
Rechnungskontrolle	1,049.955	959.255	
Reserve für allfällige unvorhergesehene Auslagen	50.000	50.000	
Zollgefälle (Bedeckungsposten) . . .	6,482.191		717.809

Im Budget für das Jahr 1869.

Ministerium des Äußern	4,180.040		3.400
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	72,250.000	2,472.308	
Kriegsministerium-Extraordinarium .	6,593.798	1,854.117	
Marine-Ordinarium .	7,491.877	30.745	
Marine-Extraordinarium	1,980.604	691.576	
Finanzministerium	1,778.695	78.600	
Rechnungskontrolle	102.650	700	

(Nachtragskredit für das Kriegsministerium 3,790.000 fl.)

Im Budget für das Jahr 1870.

Ministerium des Äußern . . .	4,102.496		11.975
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	74,986.000	3,140.143	
Kriegsministerium-Extraordinarium .	4,761.000	942.500	
Marine-Ordinarium	7,400.852	27.540	
Marine-Extraordinarium	3,793.000	1,333.047	
Finanzministerium	1,750.360	6.853	
Zollgefälle . . .	10,944.000		1,056.000

(Nachtragskredit für das Kriegsministerium 19,715.760 fl.)

	Anforderung	Abstrich	Mehrbewilligung
	fl.	fl.	fl.

Im Budget für das Jahr 1871.

Ministerium des Äußern . . .	3,928.287	79.600	
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	75,832.439		2,035.026
Kriegsministerium-Extraordinarium .	6,800.724		15,350.085
Marine-Ordinarium	8,051.000	251.000	
Marine-Extraordinarium	3,882.700	699.000	
Rechnungskontrolle	103.259	2.095	

(Außerordentlicher Nachtragskredit für das Kriegsministerium 300.000 fl.)

Im Budget für das Jahr 1872.

Ministerium des Äußern	3,807.300	1,617.200	
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	83,622.926	4,388.740	
Kriegsministerium-Extraordinarium .	16,126.282	4,932.570	
Marine-Ordinarium	8,211.660	241.380	
Marine-Extraordinarium	3,382.410	428.000	
Finanzministerium	1,786.001		6.667
Zollgefälle . . .	11,843.400		156.600

(Nachtragskredite per 1,512.615 fl.)

Im Budget für das Jahr 1873.

Ministerium des Äußern	3,643.275		17.330
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	86,000.000	1,905.753	
Kriegsministerium-Extraordinarium .	11,205.075	1,983.647	
Marine-Ordinarium	8,388.170	176.000	
Marine-Extraordinarium	3,254.410	1,439.370	
Finanzministerium	1,820.262	5.907	

(Nachtragskredite per 794.793 fl.)

Im Budget für das Jahr 1874.

Ministerium des Äußern	3,742.690	9.310	
Kriegsministerium-Ordinarium . .	87,053.499	1,349.777	
Kriegsministerium-Extraordinarium .	11,017.164	2,646.057	
Marine-Ordinarium	8,735.740	190.000	
Marine-Extraordinarium	3,824.500	1,605.180	
Rechnungskontrolle	126.855	2.100	
Zollgefälle . . .	15,666.100	—	1,833.900

Digitized by Google

	Anforderung	Abstrich	Mehrbewilligung
	fl.	fl.	fl.
Im Budget für das Jahr 1875.			
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	88,732.860	583.177	
Kriegsministerium-Extraordinarium .	6,000.000	2,322.706	
Marine-Ordinarium	8,918.780	261.000	
Marine-Extraordinarium	2,212.184	876.000	
Finanzministerium .	1,855.458	3.118	
Rechnungskontrolle	126.400	2.282	
(Außerordentlicher Nachtragskredit für das Kriegsministerium 188.666 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1876.			
Ministerium des Äußern	3,649.460	20.500	
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	77,800.489	571.515	
Kriegsministerium-Extraordinarium . .	5,200.000		7,893.300
Marine-Ordinarium .	8,998.490	355.600	
Marine-Extraordinarium	1,866.948	596.964	
Finanzministerium.	1,861.859	8.170	
Zollgefälle	14,251.000	2,251.000	
(Nachtragskredite per 3,359.808 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1877.			
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	86,836.234	595.530	
Kriegsministerium-Extraordinarium . .	12,279.931	1,694.925	
Marine-Ordinarium .	8,643.254	594.844	
Marine-Extraordinarium	1,327.780	50.000	
Rechnungskontrolle	128.870	2.156	
Zollgefälle	11,099.000	99.000	
(Nachtragskredite per 6,624.848 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1878.			
Ministerium des Äußern . . .	4,496.580	1,068.900	
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	88,715.250	1,143.655	
Kriegsministerium-Extraordinarium . .	4.779.299	443.533	
Marine-Ordinarium .	8,088.264	234.294	
Marine-Extraordinarium	1,673.000		535.290
Rechnungskontrolle	124.422	7.672	
Zollgefälle	15,598.000	6,598.000	
(Nachtragskredite für das Ministerium des Äußern per 8,691.283 fl.; für unvorhergesehene Auslagen (Okkupationskredit) 60 Millionen und 46,720.000).			

	Anforderung	Abstrich	Mehrbewilligung
	fl.	fl.	fl.
Im Budget für das Jahr 1879.			
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	87,571.595	161.109	
Kriegsministerium-Extraordinarium . .	4,147.722	569.860	
Marine-Ordinarium .	7,853.970	492.450	
Marine-Extraordinarium	1,342.260	84.000	
Finanzministerium.	1,898.546	11.271	
(Nachtragskredite per 762.087 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1880.			
Kriegsministerium-Extraordinarium .	3,579.333	100.000	
Marine-Ordinarium .	7,717.852	353.300	
Zollgefälle . . .	5,942.000	942.000	
(Nachtragskredit 190.491 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1881.			
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	91,511.540	167.341	
Kriegsministerium-Extraordinarium .	6,957.833	503.517	
Marine-Ordinarium .	7,848.865	141.000	
Marine-Extraordinarium	1,593.398	133.925	
(Nachtragskredite 558.901 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1882.			
Ministerium des Äußern-Extraordinarium	33.000		110.000
Kriegsministerium-Extraordinarium .	6,987.000	300.000	
Marine-Ordinarium .	8,907.990	1,511.000	
Marine-Extraordinarium	580.838		1,080.000
Okkupationskredit	6,337.500	160.000	
(Nachtragskredite 723.731 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1883.			
Marine-Ordinarium .	7,795.760	80.000	
(Nachtragskredite 916.899 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1884.			
Kriegsministerium-Extraordinarium .	6,876.005	16.000	
Marine-Ordinarium .	8,126.310	22.500	
Marine-Extraordinarium	1,244.667	15.547	
Okkupationskredit	7,307.000	110.000	
(Nachtragskredite 10.060 fl.)			

Digitized by Google

	Anforderung	Abstrich	Mehrbewilligung
	fl.	fl.	fl.
Im Budget für das Jahr 1885.			
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	94,812.436	200.000	
Marine-Ordinarium .	8,660.500	20.000	
Okkupationskredit	6,360.000	35.000	
(Nachtragskredite 209.000 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1886.			
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	96,230.468	5.500	
Finanzministerium	1,985.990	9.250	
(Nachtragskredite 1,674.084 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1887.			
Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.			
(Nachtragskredite 479.000 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1888.			
Kriegsministerium-Ordinarium . . .	96,093.708		250.000
(Nachtragskredite 2,470.388 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1889.			
Ministerium des Äußern	79.300		8.000
(Nachtragskredite 2,941.386 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1890.			
Zollgefälle . . .	39,953.850	220.100	
(Nachtragskredite 1,389.000 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1891.			
Zollgefälle . . .	40,669.500	177.750	
(Nachtragskredite 1,904.818 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1892.			
Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.			
(Nachtragskredite 1,759.220 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1893.			
Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.			
Im Budget für das Jahr 1894.			
Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.			
(Nachtragskredite 48.300 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1895.			
Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.			
(Nachtragskredite 82.260 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1896.			
Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.			
(Nachtragskredite 1,102.950 fl.)			

	Anforderung	Abstrich	Mehrbewilligung
	fl.	fl.	fl.
Im Budget für das Jahr 1897.			
Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.			
(Nachtragskredite 8,216.400 fl.)			
Im Budget für das Jahr 1898.			
Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.			

(Nachtragskredite 30,455.030 fl., darunter 30,100.000 fl. für Beschaffung von Waffen und Kriegsmaterial, dann für fortifikatorische Maßnahmen.)

Im Budget für das Jahr 1899.

Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.

(Nachtragskredite 1,184.767 fl.)

Im Budget für das Jahr 1900.

Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.

(Nachtragskredite 3,282.727 K.)

Im Budget für das Jahr 1901.

Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.

(Nachtragskredite 2,213.500 K.)

Im Budget für das Jahr 1902.

Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.

(Nachtragskredite 5,863.000 K.)

Im Budget für das Jahr 1903.

Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.

(Nachtragskredite 2,124.150 K.)

Im Budget für das Jahr 1904.

Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.

(Nachtragskredite 228.000 K.)

Im Budget für das Jahr 1905.

Kein Abstrich und keine Mehrbewilligung.

Ada-Kale, s. Türkei 1.

Adelaide, s. Konsulate.

Adelsberg, s. Wasserleitung.

Administration der Militärverwaltung, s. Militärverwaltung.

Adrianopel, s. Konsulate.

Ägypten.

Konflikt zwischen der Türkei und Ägypten. Rothuch Nr. 4.

— Petition der Firma Heller & Goldschmidt in Triest um Unterstützung ihrer Forderung für an die ägyptische Regierung gelieferte Waren. **10,** 25.

— Petition zweier Exportfirmen in Wien um Entschädigung für die durch das Bombardement von Alexandrien erlittenen Schäden. **17,** 81.

— Bestellung eines Arztes zur Beaufsichtigung der in Ägypten bestehenden Quarantaine-Anstalten. Denkschrift zum Budget 1884.

Digitized by Google

Ägypten.

— Wassilko Georg bedauert, daß auf der Ausstellung zu Kairo im Jahre 1901 nicht ein einziger österreichischer Industrieller vertreten war. **38**, 57.

— s. auch England.

Äußere Politik.*)

(I. Allgemeines. — II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.)

I. Allgemeines.

Rechbauer erörtert die Notwendigkeit einer Friedenspolitik in Österreich. **1**, 32.

— Reichskanzler Beust betont, daß Österreich durchaus keine Ursache habe, auf seine Stellung als Großmacht zu verzichten. **1**, 35.

— Österreich hegt friedliebende und freundschaftliche Gesinnungen gegenüber Italien. Rotbuch Nr. 1.

— Möglichst freundschaftliche Beziehungen zwischen der Monarchie und der Türkei. Rotbuch Nr. 2.

— Beichs betont, daß die Politik des Friedens und der aufrichtigen Versöhnung gegenüber Rom und dem Norddeutschen Bunde erfolglos geblieben sei. Was letzteren betrifft, so glaubt er, daß es in unserem Interesse liegt, die vollkommene Konsolidation Deutschlands bis an unsere Grenzen nicht zu verhindern. Er empfiehlt deshalb eine nach Deutschland hin höchst versöhnliche Politik. **2**, 16.

— Rechbauer erklärt, er müßte die Absicht, mit Hilfe des cäsarischen Frankreich den verlorenen Einfluß in Deutschland für Österreich wieder zu erobern, als eine gänzlich unglückliche Politik bezeichnen. **2**, 18.

— Rechberg betont, das sicherste Mittel, zum Frieden zu gelangen, sei weder der Weg über die Spree noch über die Seine, sondern er müsse auf österreichischem Boden gesucht werden. **2**, 21.

— Spiegel wendet sich gegen eine Politik der freien Hand, welche nur den bewaffneten Frieden schaffe, und wünscht, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich mit Preußen Frieden zu machen und freundschaftliche Beziehungen zu dem gesamten Deutschland anzustreben. **2**, 14.

— Wickenburg spricht sich gegen förmliche Allianzen Österreichs aus. **2**, 15.

— Ziemialkowski ist gegen jede Allianz mit Preußen, denn diese würde den inneren Frieden stören, weil sie zur Suprematie der Deutschen in Österreich führen würde. **2**, 20.

— Reichskanzler Beust verweist auf das gute Verhältnis Frankreichs zu Österreich. **2**, 36.

— Reichskanzler Beust betont, Allianzen sind am besten in Österreich selbst zu suchen. **2**, 38.

Äußere Politik.

I. Allgemeines.

— Sturm meint, daß Österreich keine Kabinettspolitik, sondern Interessenpolitik treiben möge. Er wünscht ein freundschaftliches Verhältnis mit Deutschland, welches gerade den inneren Frieden der Monarchie herstellen würde. **2**, 23, 26.

— Helfertorfer befürwortet und Reichskanzler Beust verteidigt die Politik der freien Hand. **2**, 32, 36.

— Betonung der Notwendigkeit einer Friedenspolitik. **2**, 32—37.

— Plener Ignaz bezeichnet es als Aufgabe des auswärtigen Amtes, durch Festigung des äußeren Friedens die innere Arbeit zu schützen und zu sichern. **3**, 217.

— Herbst erkennt als das oberste Prinzip der österreichischen äußeren Politik das beitrittgliche Einvernehmen mit allen Nachbarn. **3**, 228.

— Pascolini bezeichnet als Hauptzweck der äußeren Politik die Bewahrung des Einflusses der Monarchie in Europa. **3**, 239.

— Rechberg bespricht den Krieg mit Dänemark und erklärt, daß der Regierung, um einem allgemeinen Kriege vorzubeugen, nichts übrig blieb, als gemeinsam mit Preußen den Feldzug gegen Dänemark zu eröffnen, wodurch die Ansprüche der drei großen Mitunterzeichner des Londoner Vertrages beseitigt wurden. **3**, 240.

— Sturm hält für Österreich eine Politik der freien Hand auf die Dauer für unmöglich und unhaltbar. Österreich-Ungarn müsse sich um Freunde und Bundesgenossen umsehen. **3**, 242.

— Reichskanzler Beust hält den Pessimismus für den größten Feind Österreichs. **3**, 252.

— Annäherung zwischen Italien und Österreich. Rotbuch Nr. 3.

— Reichskanzler Beust betont, daß Österreich Italien ein befreundeter Nachbar sein und bleiben werde. **4**, 19.

— Reichskanzler Beust führt aus, Frankreich werde in Österreich einen aufrichtigen Freund erkennen. **4**, 19.

— Reichskanzler Beust erklärt, daß die guten Beziehungen der Türkei zu Österreich-Ungarn zu den Traditionen der Monarchie gehören. **4**, 19.

— Rechbauer bedauert, daß die österreichische Politik es nicht verstanden habe, sich rechtzeitig dem deutschen Geiste der Nation zu assimilieren und den Platz zu behaupten, den ihr die Geschichte von Jahrhunderten angewiesen hat. **4**, 125.

— Carneri führt aus, daß ein fort und fort sich befestigender Anschluß Deutschlands an Österreich das einzige Mittel sei, Europa zu einer Entwaffnung zu bewegen. **5**, 17.

— M. Ke. Andrássy betont, der Friede müsse durch eigene Kraft sichergestellt werden. **5**, 44.

— Resolution des Berichterstatters Schaup: Die Delegation begrüßt mit Befriedigung die gegenwärtigen guten Beziehungen der Gesamtmonarchie zu den übrigen europäischen Mächten und erblickt in der konsequenten Durchführung der vom Ministerium seit dem letzten

*) Mit möglichstem Ausschluß der orientalischen Angelegenheiten; diese siehe unter „Orientalische Frage". Die Fragen der äußeren Politik sind in dieser Rubrik natürlich nicht erschöpft; Ergänzungen hiezu sind bei den einzelnen Staaten — insbesondere „Deutschland-Preußen" — zu finden.

Digitized by Google

Äußere Politik.

I. Allgemeines.

Kriege eingeschlagenen Politik die zuversichtliche Gewähr für den Fortbestand derselben. **6**, 92.

— Teuscht fragt den Minister des Äußern, ob unsere Beziehungen zu den Mächten Europas mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Ereignisse in den Nachbarstaaten an der südöstlichen Grenze des Reiches derart beschaffen seien, daß der allgemeine Friede nach menschlicher Voraussicht erhalten bleibe. **8**, 19.

— M. Ae. Andrássy sieht keinen Grund, den europäischen Frieden für gefährdet zu halten und hat die beste Hoffnung, ohne dafür gutstehen zu wollen, daß der Friede erhalten werden wird. **8**, 23.

— Debatte über die Absichten Rußlands und das Verhalten Österreich-Ungarns anläßlich des russisch-türkischen Krieges. **10**, 9—23, 259—264.

— Hübner tritt für die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit England ein. **12**, 25.

— Das Verhältnis zu Frankreich ist vollkommen ungetrübt. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. November 1882.

— Im Ausschußberichte wird konstatiert, daß die Beziehungen der Monarchie zu den anderen Mächten sehr befriedigende seien; die Zusammenkunft der Kaiser von Deutschland und Rußland in Danzig sei als ein Symptom der gegenwärtigen friedlichen Stimmung Rußlands zu betrachten. **14**, 26. (A. B.)

— Es gibt weder einen großen noch einen kleinen Staat, zu welchem die Beziehungen Österreich-Ungarns nicht durchaus freundschaftliche wären. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 29. Oktober 1883.

— Plener Ernst gibt dem nachdrücklichen Wunsche nach Erhaltung einer Friedenspolitik für Österreich-Ungarn Ausdruck. **17**, 72.

— Monarchenbegegnung zu Skiernewice. — Vollste Einmütigkeit der drei Kaiser und ihrer Regierungen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 4. November 1884.

— Sueß Eduard spricht namens seiner Partei der Friedensrichtung der äußeren Politik rückhaltlos die Zustimmung aus. **18**, 13.

— Die Beziehungen der Monarchie zu allen Staaten sind durchaus freundschaftliche und der innige Verband zwischen der Monarchie und Deutschland bietet nach keiner Richtung hin eine offensive Spitze. **18**, 35 (A. B.)

— Es liegt nicht in dem Charakter und der ganzen Natur der österreichisch-ungarischen Monarchie, eine aggressive Politik zu verfolgen. Sie hat es auch nie getan. Die ganze Beschaffenheit dieses Großstaates ist eine solche, die uns eine konservative, erhaltende Politik nach außen auferlegt. — Exposé des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Es ist keine Phrase, wenn die Regierung die Beziehungen zu den einzelnen Mächten als vortreffliche bezeichnet, sie sind es wirklich. — Exposé des M. Ae.

Äußere Politik.

I. Allgemeines.

Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Anschluß Italiens an das Bündnis Österreich-Ungarns mit Deutschland. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 8. November 1887.

— In der Begründung der in der außerordentlichen Session, März 1887, angesprochenen Militärkredite bemerkt der Minister des Äußern, es sei nicht die bulgarische Frage, auch nicht direkt die politische Situation der Monarchie, welche gegenwärtig zu so allgemeinen Besorgnissen Anlaß gebe, sondern es sei vielmehr die allgemeine europäische Lage mit ihren Wechselwirkungen zwischen Ost und West, welche so sehr den Stempel der Unsicherheit trage, daß fast alle Staaten sich veranlaßt sehen, ihre Wehrkraft durch rechtzeitige Vorsichtsmaßregeln zu stärken. Die Monarchie sei unmittelbar von keiner Kriegsgefahr bedroht. Es handle sich nicht um Kriegsrüstungen, sondern um administrative Vorsorgen und Maßnahmen defensiver Natur. Es soll nicht der Krieg vorbereitet, sondern der Friede gesichert werden. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 2. März 1887.

— Die fortdauernde Unsicherheit der politischen Lage zwinge alle Mächte zur Steigerung der Wehrkraft. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. Juni 1888.

— Sueß Eduard betont, daß die Aufrechterhaltung des Friedens auf dem mechanischen Gewichte der mitteleuropäischen Allianz beruhe. Er erwartet die definitive Rückkehr des Ministers Kálnoky zur Politik des Grafen Andrássy. **23**, 9.

— Wir halten den Frieden heute entschieden nicht für gefährdet, wenn wir uns auch nicht verhehlen dürfen, daß die Situation eine schwankende ist und man daher darauf gefaßt sein muß, daß sie sich — vielleicht zum Besseren, vielleicht aber auch zum Schlechteren — verändern kann. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 25. Juni 1889.

— Bei einigen Völkern ist eine gewisse Unzufriedenheit mit dem europäischen Rechtszustande großgezogen worden. Die Gefahr liegt darin, daß eingebildete Beschwerden durch eine systematische Verhetzung den Völkern so eingeredet werden, daß sie in einer fortwährenden leidenschaftlichen Erregung erhalten werden. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse 25. Juni 1889.

— M. Ae. Kálnoky verweist auf die Friedenspolitik Österreich-Ungarns und seiner Alliierten. — Budgetausschuß, 25. Juni 1889.

— Moscon regt die Frage an, ob das europäische Friedensbedürfnis allgemeinen Anklang finden und die Einbeziehung der übrigen Großmächte in den Friedensring des deutschösterreichischen Bündnisses zur Folge haben könnte. **24**, 104.

— Der Ausschußbericht bezeichnet das Bewußtsein eigener Kraft als die Stärke der Monarchie und diese zu erhalten und in enger Verbindung mit treuen Alliierten die guten Beziehungen zu allen Mächten zu pflegen als Aufgabe der Regierung. **25**, 19.

Digitized by Google

Äußere Politik.

I. Allgemeines.

— Nähere Erläuterung des in der Ansprache des Kaisers an die Delegationen hervorgehobenen Widerspruches zwischen den Friedenswünschen und Friedensversicherungen einerseits und dem bedenklichen Fortschreiten der militärischen Rüstungen andrerseits. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

— Biliński widerlegt die Ansicht, als ob die Polen Österreich-Ungarn zum Kriege mit Rußland drängen wollten. Die Polen würden ja, da der Krieg auf polnischem Boden und mit großenteils polnischer Mannschaft geführt werden müßte, am meisten leiden. **26**, 55.

— Auch von jungtschechischer Seite ist gegen die auswärtige Politik der Regierung noch nie in einem so absprechenden Sinne Stellung genommen worden, wie Delegierter Eim dies getan habe; sein Auftreten sei ein für die Interessen der Monarchie schädliches. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

— In der öffentlichen Meinung ist trotz der fortdauernden Kriegsrüstungen doch eine große Beruhigung eingetreten. Die europäische Konstellation ist im allgemeinen eine wachsend friedliche. — Hinweis auf die Kontinuität in der äußeren Politik trotz des Ministerwechsels in Rumänien, Serbien, Italien und England. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

— Sueß Eduard betont, es solle der Einfluß Österreichs in den südöstlichen Nachbarländern eine Erweiterung erfahren, aber nicht auf politischem oder militärischem, sondern auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete. Die Bestrebungen Amerikas machen die Einigung der europäischen Staaten zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit ersten Ranges. **27**, 12.

— Das Gefühl der Sicherheit und der Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens stärkt sich und es ist in dieser Beziehung schon seit einiger Zeit eine gewiß sehr erfreuliche Progression bemerkbar. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 3. Juni 1893.

— Das Vertrauen in die Fortdauer der friedlichen Lage ist in der Zunahme begriffen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 5. Juni 1893.

— Die Behauptung einiger deutscher Blätter, als ob Österreich-Ungarn in der Entfaltung und Ausbildung seiner Wehrkraft nicht im gleichen Maße mit Deutschland fortschreiten und seinen diesbezüglichen Bundesverpflichtungen nicht genügend nachkommen würde, ist eine ganz willkürliche und ungerechte. Mir ist nicht bekannt, daß von den kompetentesten militärischen Autoritäten in Berlin uns ein ähnlicher Einwurf gemacht worden wäre. Es ist bei der gegenseitigen Loyalität der Verbündeten selbstverständlich, daß jeder derselben es für seine Pflicht hält, in seinen militärischen Maßregeln so weit zu gehen, als seine Kräfte es eben zulassen, um in der Stärkung der Wehrmacht und deren Entwicklung und Schlagfertigkeit das Möglichste zu tun. Mehr wird von niemandem verlangt werden können. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. Juni 1893.

Äußere Politik.

I. Allgemeines.

— Es wurde von den alliierten Regierungen stets daran festgehalten, daß das Bündnis mit Deutschland und Italien gute Beziehungen zu den anderen Mächten durchaus nicht ausschließe. — Es ist also widersinnig, wenn deutsche Blätter in der Erklärung, daß unsere Beziehungen zu Rußland freundliche sind, etwas erblicken, was eine Entfernung von unserem Bundesverhältnisse bedeutet. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. Juni 1893.

— M. Ae. Kálnoky erklärt, daß niemand den Krieg mit Rußland wolle und niemand da sei, der nicht die besten Beziehungen zu Rußland wünsche. **28**, 44.

— Plener Ernst wendet sich gegen die von Eim befürwortete Allianz mit Frankreich und Rußland. **28**, 41.

— Unsere Beziehungen zur französischen Republik haben sich sehr freundlich gestaltet. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Ábámek erklärt, daß die Annäherung Österreich-Ungarns an Rußland das mächtigste Bollwerk des dauernden unbewaffneten Friedens wäre. **29**, 44.

— Graf Goluchowski stellt sich dem Ausschusse als neuernannter Minister des Äußern vor. Er sei fest entschlossen, von der durch seinen Vorgänger Grafen Kálnoky verfolgten Richtung in der auswärtigen Politik in keiner Weise abzuweichen. Der Dreibund als Grundlage mit der parallel laufenden Pflege freundschaftlicher Beziehungen nach allen Seiten hin ist und bleibt das Merkmal unserer Politik. Die gegenwärtige, sehr günstige auswärtige Lage, welche auch einen Zustand des dauernden Friedens gewärtigen läßt, werde er auszunützen bemüht sein, um im Einverständnis mit den beiderseitigen Regierungen unserer Handelspolitik kräftige Impulse zu geben. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 17. Juni 1895.

— Mit Frankreich fahren wir fort, auf dem freundschaftlichsten Fuße zu stehen. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Baernreither betont, für einen Staat wie Österreich bedeute Neutralität und Selbständigkeit Isolierung. **30**, 25.

— Konflikt zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn. Gewährung voller Genugtuung seitens der Pforte. Die grobe Verletzung unserer Konsularrechte, die Beschimpfung unserer Flagge und die systematische Ignorierung sehr gerechter Reklamationen, welche die unter unserem Schutze stehende Orient-Gesellschaft seit Jahr und Tag verfolgt, zwangen uns, mit rücksichtsloser Energie aufzutreten, um eine exklatante Satisfaktion zu erlangen. Es mußte der in der Türkei so beliebten Verschleppungstaktik einmal ein Ende gemacht und letzterer die Erkenntnis beigebracht werden, daß unsere Geduld und unsere Langmut gewisse Grenzen haben, über die hinaus nicht gesündigt werden darf. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

Digitized by Google

Äußere Politik.

I. Allgemeines.

— Kramář bezeichnet als die Mission Österreichs in der Weltpolitik die einer eminent konservativen Friedensmacht. Die Monarchie könne den sicheren Hort des Friedens bilden. Dies werde die Existenz Österreichs besser sichern, als ein problematischer Dreibund. Aber dazu sei notwendig die Verständigung mit Rußland über die Balkanfrage und zweitens Friede im Innern. Das wichtigste Problem sei die böhmische Frage, sie müsse im Interesse beider die böhmischen Länder bewohnenden Völker gelöst werden. **32**, 15.

— Schwarz betont, daß der Friede nur mit ungeheuren Opfern erhalten werde, die Völker sehnen sich aber nach einem anderen Frieden, sie verlangen allgemeine Abrüstung und internationale Schiedsgerichte. **32**, 30.

— Jaleski stimmt der von Goluchowski gepflegten Dreibundpolitik zu. Als weitere Friedensgarantie begrüßt er die Versicherung des Ministers von den freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten und besonders befriedigt ist Redner davon, daß die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Balkanländer auch weiterhin ein Programmpunkt unserer Orientpolitik bleiben werde. **32**, 33.

— Steinwender hält eine spezifisch polnisch angehauchte äußere Politik nicht nur dem deutschen, sondern auch dem österreichischen Interesse gefährlich. Er erklärt eine Begünstigung der tschechischen und der kleineren slavischen Nationalitäten auf Kosten der Deutschen für unmöglich, denn dann würden die Deutschen in Österreich so geschwächt, daß sie keine sichere Basis mehr für die okzidentale Politik bilden würden. **32**, 41.

— Der Ausschußbericht hebt hervor, die Versicherung des Ministers Goluchowski, daß wir hinsichtlich aller Fragen, die das internationale Gebiet berühren, mit dem deutschen Kabinette in starker Fühlung bleiben, habe auf den Budgetausschuß nur den günstigsten Eindruck hervorzubringen vermocht. **32**, 44. (A. B.)

— Der Ausschußbericht betont, daß der Minister Goluchowski der traditionellen Sympathien gedacht habe, welche Österreich mit England verbinden, sowie der freundschaftlichen Beziehungen Österreichs zu Frankreich, dessen auswärtige Politik von aufrichtiger Friedensliebe zeuge. **32**, 45. (A. B.)

— Berichterstatter Dumba gedenkt der Verdienste Kálnokys, der unter Festhaltung am Dreibunde bestrebt war, eine Annäherung an Rußland zu stande zu bringen. Goluchowski habe die Verständigung mit Rußland zu stande gebracht und dadurch friedliche Zustände am Balkan gesichert. **33**, 15.

— Oppenheimer ist ein überzeugter Anhänger der deutsch-österreichischen Allianz, die sich zu einer Tripelallianz ausgestaltet und auch eine Annäherung an Rußland gefunden hat; aber er ist ebenso überzeugt, daß es unmöglich ist, eine gute auswärtige Politik und die enge Verbindung mit dem Deutschen Reiche zu

Äußere Politik.

I. Allgemeines.

erhalten, wenn im Innern das deutsche Element zurückgedrängt und in seiner Existenz bedroht erscheint. **33**, 33.

— Barwiński erblickt in der Ausgestaltung des freundschaftlichen Verhältnisses zu Rußland eine sichere Gewähr des allgemeinen Friedens. Aus dem Einvernehmen mit Rußland sei keine Schwächung des Dreibundes zu befürchten, sondern dadurch würde es möglich sein, eine Gefährdung des Friedens durch Erschütterungen auf dem Balkan hintanzuhalten. **33**, 38.

— Starhemberg Camillo Heinrich sieht im Dreibunde einen Friedenshort, sowie in der Annäherung an Rußland ein neues Fundament des Friedens; er befürchtet aus dieser Annäherung keine Schädigung der deutschen Nationalität. **33**, 39.

— Dzieduszycki führt aus, daß die auswärtige Politik der Monarchie sowie die innere weder eine slawische noch eine deutsche sein darf, sondern eine österreichische sein muß. An dem Tage, wo ein einziges der österreichischen Völker aus Stammesgemeinschaftsgefühl mit einem der anderen Kompaziszenten sich verbinden und die übrigen Völker aus Parteiinteresse hineinschleppen würde, wäre der Dreibund gefährdet. **33**, 34.

— Dobernig erklärt die Erhaltung möglichst guter Beziehungen zu Deutschland als eine Herzenssache des deutschen Volkes in Österreich. Eine große Kluft bestehe zwischen der äußeren und inneren Politik. In der Änderung der Beziehungen zwischen Österreich und Rußland erblickt er eine weitere Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens. **33**, 40.

— Kramář protestiert dagegen, daß die auswärtige Politik als ein Privileg einer einzelnen Nationalität, die noch dazu eine große Minderheit aller österreichischen Völker sei, dargestellt werde. Diese Politik müsse alle Völker befriedigen. **33**, 42.

— Im Ausschußberichte wird ausgeführt, daß die Basis unserer Politik nach den Darlegungen des Ministers Goluchowski auch heute wie zuvor unser Bundesverhältnis zu Deutschland und Italien bilde, zu dessen Befestigung die persönlichen Begegnungen der verbündeten Monarchen und leitenden Staatsmänner nur beitragen konnten. Der Ausschuß nimmt Akt von der Ausgestaltung unseres freundschaftlichen Verhältnisses zu Rußland. Beide Reiche wünschen die Aufrechthaltung des Friedens in der Türkei, beide weisen jeden Eroberungsgedanken am Balkan zurück. **33**, 49. (A. B.)

— Allseitiges Friedensbedürfnis in Europa. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Schücker bezeichnet es als unhaltbaren Zustand, wenn zwischen der äußeren und inneren Politik ein solcher Widerspruch bestehe wie in Österreich. Das deutsch-österreichische Bündnis könne nicht dauernd bestehen, wenn gegen die Deutschen regiert und die das Deutschtum bedrängenden Elemente großgezogen werden. **34**, 20.

Digitized by Google

Äußere Politik.

I. Allgemeines.

— Kaftan rechnet es dem Minister Golnchowski hoch an, daß während seines Regimes die glänzende Entrevue zwischen dem Kaiser von Österreich und dem Zaren zu stande kam, und begrüßt es, daß die Beziehungen Österreichs zu den Nachbarstaaten wie auch zu Rußland die allerbesten sind. Dagegen bedauert er, daß Österreich in der Frage der Bestellung des griechischen Prinzen Georg zum Gouverneur von Kreta sich von Rußland trennte. **34**, 29.

— Azmann findet einen Widerspruch zwischen der äußeren Politik und der inneren Politik, die die systematische Unterdrückung der Rechte des deutschen Volkes in Österreich repräsentiere. **34**, 37.

— Hochenburger bezweifelt, daß die Monarchie ein verläßlicher Bundesgenosse für das Deutsche Reich bleiben könne, wenn das Deutschtum in Österreich unterdrückt und das der Entwicklung des deutschen Volkes übelgesinnte Slawentum als ausschlaggebender Faktor an dessen Stelle gesetzt werde. Der Dreibund bedeute in erster Linie einen Friedensbund, der die französischen Kriegsgelüste im Zaume halte und dem Ausbruche größerer Brände am Balkan vorbeuge. Aber auch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen mit Rußland sei nur zu begrüßen. **34**, 42.

— Barwiński begrüßt die unerschütterliche Festigkeit des Dreibundes und das freundschaftliche Verhältnis zu Rußland. Es sei aber nicht klug von Seite der Deutschen in Österreich, den Dreibund als Herzenssache, als Sache des Gefühls der Stammesverwandtschaft hinzustellen, also vom Standpunkte der nationalen Interessen eines einzigen Volksstammes zu behandeln. **34**, 49.

— Den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten bemühten sich der Papst und die Großmächte vergebens hintanzuhalten. Österreich-Ungarn wird die strengste Neutralität einhalten. **34**, 56. (A. B.)

— Stürgkh betont, daß die Sanierung der inneren Krise, die Flottmachung der Staatsmaschine ein Postulat auch der äußeren Politik sein müsse. Durch den inneren Kampf sei die Zukunft der Gesamtmonarchie auf das allernächste tangiert, denn nicht in der mechanischen Aneinanderreihung beider Reichshälften, sondern nur in ihrer organischen Verbindung fuße die Großmachtstellung Österreich-Ungarns. **34**, 69.

— Haase begrüßt es mit Freude, daß die Regierung an dem Dreibunde festhalte, daß auch die Beziehungen zu den übrigen Mächten die allerbesten seien und daß insbesondere das Einverständnis mit Rußland hinsichtlich der Grundprinzipien der Orientpolitik keine Alteration erfahren habe. **34**, 71.

— Das enge Allianzverhältnis zu Deutschland und Italien findet eine schätzenswerte Ergänzung in der Übereinstimmung, die zwischen uns und dem Petersburger Kabinett in der Behandlung der den nächsten Orient und speziell die Balkanhalbinsel berührenden Fragen besteht, sowie in unseren vortrefflichen Beziehungen zu allen übrigen Mächten. — Exposé des M. Ae. Golnchowski im Budgetausschusse, **14**. Mai 1900.

— Kramář bedauert, daß Österreich in dem gegenwärtigen großen Weltprozesse der Weltpolitik nichts anderes sei als ein Appendix des Deutschen Reiches, dessen Rückendeckung es besorge. Eine Macht im Innern Europas mit einem kriegstüchtigen Heere von zwei Millionen Soldaten könne nicht zur Rolle einer Quantité négligeable verurteilt sein. Er wünsche für Österreich eine selbstbewußte und unabhängige Politik, bei der man nicht immer fragt, wo Deutschland sein wird, um zu wissen, wo Österreich sein werde. **33**, 424.

— Winnicki gibt seiner Übereinstimmung mit der auf die Erhaltung des Friedens in Europa, der Allianzverhältnisse und des guten Einvernehmens mit Rußland gerichteten Politik des Grafen Golnchowski Ausdruck. **35**, 385.

— Die These, daß ein förmlicher Kampf auf ökonomischem Gebiete sich ganz gut mit engen politischen Beziehungen vertragen könne, ist heute kaum mehr verfechtbar. Es hieße aber weit übers Ziel schießen und einer bedenklichen Theorie Vorschub leisten, wollte man die politischen Bündnisse, die doch viel höhere Ziele verfolgen, von der unbedingt zufriedenstellenden Gestaltung der handelspolitischen Fragen geradezu abhängig machen und damit die Erfordernisse der Staatsraison Rücksichten materieller Natur unterordnen. — Exposé des M. Ae. Golnchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 22. Mai 1901.

— Sláma besorgt von der absichtlichen Deutung der Reise Kaiser Franz Josephs nach Berlin eine störende Einwirkung auf das Einvernehmen mit Rußland. **36**, 29.

— Mit Befriedigung vernahm der Ausschuß die Erklärung des Ministers, daß im Verhältnisse zu Italien keinerlei Änderung eingetreten sei. **37**, 265. (A. B.)

— Wolf kennzeichnet die Auffassung der Alldeutschen dahin, daß sie die untrennbare Zusammengehörigkeit aller Deutschen in Mitteleuropa festgehalten wissen wollen. Sie verlangen die Interessensolidarität der Deutschen in den Südsten und Alpenländern und eine mitteleuropäische, spezifisch deutsche Friedenspolitik, aber nicht eine panslawische Kriegspolitik. **37**, 228.

— Schönborn bezeichnet es als ein großes Verdienst des Ministers des Äußern, daß getrachtet werde, mit Rußland in Frieden und womöglich in Freundschaft zu leben. Ebenso sei es möglich und auch wünschenswert, friedliche und freundschaftliche Beziehungen mit Frankreich zu pflegen. **37**, 283.

— Wassiltò Nikolaj erblickt in dem Verhältnisse Österreichs zu Deutschland, wenn dazu noch die Ausgestaltung der zwischen Rußland und Österreich bestehenden Entente auf aufrichtige Basis erfolgen würde, die Gewähr für eine ruhige Entwicklung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel. **37**, 308.

Digitized by Google

Äußere Politik.

I. Allgemeines.

— Herold hält die Frage der Allianzen an und für sich nicht für so wichtig. Er frage nicht: Gegen wen soll der Staat Krieg führen, sondern Österreich habe vor allem die Pflicht, Krieg gegen den Krieg zu führen. Unser auswärtiges Amt sollte die Haager Friedensbestrebungen weiter verfolgen und sich an die Spitze der Friedensbewegung stellen. Kein Staat sei hiezu so geeignet wie Österreich, dessen Kaiser fast der einzige wahre Friedensmonarch auf dem Kontinente ist. Die Erneuerung der Dreibundpolitik erscheine bereits beplaciert. **38**, 33.

— Dobernig erblickt in dem derzeit obwaltenden Verhältnisse zwischen Dreibund und Zweibund eine verstärkte Bürgschaft des europäischen Friedens. **38**, 48.

— Barwiński kann denjenigen nicht zustimmen, welche immer nationale Sympathien als Leitmotiv für den Dreibund hervorkehren. Die Petersburger Abmachungen von 1897 bezeichnet er als einen großen Erfolg der Politik unseres auswärtigen Amtes und wünscht, daß die angebahnte Annäherung immer stärkere Wurzeln fasse. **38**, 56.

— Wassilko Georg hebt das internationale Lob hervor, welches das Exposé des Ministers Gokuchowski in der auswärtigen Presse gefunden habe. Er begrüßt die Erneuerung des Dreibundes und das gute Verhältnis zu Rußland, durch welches der Wühlarbeit gewisser Elemente auf der Balkanhalbinsel ein Riegel vorgeschoben wurde. **38**, 57.

— Stein erklärt, gegen das Budget des Äußern zu stimmen, weil unserer inneren wie äußeren Politik der von den Alldeutschen geforderte deutsche Charakter fehle. **38**, 111.

— Schönborn Friedrich legt dar, daß Österreich die Vorbedingungen für eine Politik der freien Hand fehlen, und entwickelt den Gedanken einer Erweiterung unserer Allianzen, indem er darauf hinweist, daß man die Sympathien, die wir in Frankreich leicht finden können und noch immer finden, nutzbar machen soll. **38**, 154.

— Berichterstatter Bacquehem führt aus, der Zweibund werde heute gewiß nicht mehr als Bedrohung des Friedens empfunden und es ergänzen sich Dreibund und Zweibund zu einer Friedensbürgschaft. **38**, 163.

— Berichterstatter Bacquehem konstatiert den unstreitigen Erfolg, den die Politik unseres auswärtigen Amtes in einer Reihe von Fällen am Goldenen Horn erzielt habe. Dies bedeutet eine erfreuliche Stärkung unseres moralischen Ansehens im Orient. Es zeigt, daß man unsere Interessensphäre kennt und Wert darauf legt, mit uns in ungetrübten Beziehungen zu leben. **38**, 164.

— Die sozusagen parallel laufenden Aktionen des Dreibundes und Zweibundes haben bereits ihre segensreichen Früchte in ausgiebigem Maße getragen und werden sich gewiß auch in der Zukunft gleich gut bewähren. — Hinweis auf den englisch-japanischen Vertrag bezüglich Chinas und Koreas, dem die russisch-französische Vereinbarung auf dem Fuße gefolgt ist. — Abmachungen, die von demselben konservativen Geiste beherrscht werden, welcher der Begründung unserer eigenen Allianzverhältnisse vorgestanden ist. — Exposé des M. Ac. Gokuchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Berzegnassi glaubt, daß durch die Errichtung einer italienischen Universität in Triest das freundschaftliche Bundesverhältnis zu Italien gefestigt werden würde **39**, 102.

— Der Ausschußbericht verweist auf die im Laufe des Jahres erfolgten Besuche der Beherrscher der mächtigsten Reiche (England, Deutschland, Rußland) am Kaiserhofe. **39**, 126. (K. B.)

— Berichterstatter Bacquehem betont, für die Richtung der äußeren Politik dürfen nicht nationale Interessen, sondern nur die Interessen des Gesamtreiches maßgebend sein. **39**, 203.

— Wenn ich die Beziehungen, die uns sowohl mit unseren Verbündeten als auch mit allen übrigen Mächten, insbesondere mit Rußland verbinden, als ganz vortreffliche bezeichne, so glaube ich, damit am getreuesten den erfreulichen Zustand illustriert zu haben, in dem sich die Monarchie nach außen hin befindet. — Exposé des M. Ac. Gokuchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Kramář führt aus, daß die Grundbedingung einer guten auswärtigen Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie sei, den Frieden nicht nur nach außen zu tragen, sondern ihn auch im Innern zu schaffen. **40**, 49.

— Stránský betont, es drohe weder von russischer noch von deutscher noch von italienischer Seite irgend eine kriegerische Verwicklung, so daß die großen Militärforderungen nicht am Platze seien. **40**, 291.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis: Dreibund.

Berichterstatter Plener Ernst führt aus, daß das Verhältnis zu Deutschland einerseits einen sicheren Halt für die friedlichen Bestrebungen in Mitteleuropa gebe, andererseits aber auch die Monarchie in jene Komplikationen führen könne, in welche das Deutsche Reich durch seine veränderte Auffassung von seiner Bedeutung in Europa verwickelt werden kann. Es sei nicht bloß ein österreichisches Interesse, sondern in vielen Beziehungen ein noch größeres deutsches Interesse, die deutsch-österreichische Allianz dauernd zu erhalten. **12**, 36.

— Hübner Alexander erörtert das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen und betont, daß das Bündnis mit Deutschland alle Bedingungen der Innigkeit, Aufrichtigkeit und Dauer enthalte und keine Gefahr nach irgend einer Seite hin bedeute. **12**, 25.

— M. Ac. Haumerle erklärt, daß das Verhältnis zu Deutschland das Resultat einer historischen Entwicklung sei. **12**, 33.

Digitized by Google

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

— Der Ausschußbericht (Berichterstatter Plener Ernst) betont, daß in der neuerlichen Bekräftigung des innigen Verhältnisses der Monarchie zum Deutschen Reiche ein fester Halt in Mitteleuropa geboten sei; das feste Zusammenhalten dieser beiden Reiche fördere nicht nur die allgemeinen Interessen des Friedens, sondern erleichtere auch die Lösung einzelner schwebender Fragen. **12**, 58. (A. B.)

— Hübner Alexander erklärt, daß das Bündnis mit Deutschland die Grundlage unserer auswärtigen Politik bleiben muß. **13**, 13.

— Demel Johann bezeichnet eine dauerhafte Allianz mit Deutschland als das Axiom jeder künftigen Politik Österreich-Ungarns. **13**, 22.

— Das Bündnis mit Deutschland ist und bleibt die unverrückbare Basis unserer ganzen auswärtigen Politik. — Drei-Kaiser-Begegnung zu Skiernie-wice. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 4. November 1884.

— Sueß Eduard sieht in dem deutsch-österreichischen Bündnisse eine Bürgschaft der Friedensbestrebungen; es sei für seine Partei nicht nur eine Sache der Politik, sondern eine Sache des Herzens. **18**, 14.

— Das Bündnis mit Deutschland ist ganz unverändert und die Beziehungen sind die besten. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 7. November 1885.

— Es ist nicht denkbar, daß ein Großstaat, ohne jede Selbständigkeit seiner Aktion aufzugeben, sich verpflichten könnte, für jedwedes Interesse eines Bundesgenossen einzustehen. — Ein Verhältnis, wie es zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland besteht, ist nur dann praktisch in volle Kraft zu treten berufen, wenn es sich um vollkommen solidarische gemeinsame Interessen beider handelt. — In der jetzigen Konstellation Europas läßt sich Deutschlands Stellung kaum denken, wenn ein mächtiges Österreich-Ungarn an seiner Seite fehlen würde, ebenso wie wir das größte Interesse daran haben, daß Deutschland als starke Großmacht neben uns fortbestehe. In diesem Sinne ist denn auch die Gemeinsamkeit der Stellung Deutschlands und Österreich-Ungarns stärker und unerschütterlicher, als wenn man sich dieselbe als lediglich auf Paragraphe gegründet vorstellen wollte. — Exposé des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Die Grundlagen des Bündnisses mit Deutschland haben seit 1879 niemals in irgend einer Weise eine Änderung erfahren. Der Minister glaube, daß dieses Verhältnis in seiner Hand nicht nur nicht geschädigt wurde, sondern bei der besonderen Pflege, die er ihm angedeihen ließ, sich wesentlich entwickelt und gekräftigt hat. Das Vertrauen und die Zuversicht der beiden Regierungen in dasselbe ist vollkommen und beiderseitig. — Eine volle Auseinandersetzung und Klarstellung dieses Verhältnisses sei vor der Öffentlichkeit nicht möglich. — Durch die Annäherung Rußlands ist unser Verhältnis zu Deutschland nicht geschädigt worden. — M. Ae. Kálnoky im B. A., 18. November 1886.

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

— Berichterstatter Hübner Alexander betont, daß der M. Ae. das Bündnis mit Deutschland als die feste Grundlage unserer Politik, einer Politik des Friedens bezeichnet habe. **19**, 34. (A. B.)

— Anschluß Italiens an das Bündnis Österreich-Ungarns mit Deutschland. — M. Ae. Kálnoky im B. A., 8. November 1887.

— Reicher wünscht, daß der M. Ae. den selten günstigen Moment der Eintracht aller Parteien gegenüber dem deutsch-österreichischen Bündnisse benütze und zu einer pragmatischen Festigung desselben die Initiative ergreife. **21**, 86.

— Zehnjähriger Bestand des Bundesverhältnisses. — Ankündigung einer Monarchenbegegnung. — M. A. Kálnoky im B. A., 25. Juni 1889.

— Richter verlangt, daß das Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland unzerreißbar gemacht werde, dann werden sich an diese Friedensliga auch andere Mächte anschließen und es könne an eine ausgiebige Abrüstung geschritten werden. Wünschenswert sei auch in wirtschaftlicher Beziehung eine Verständigung mit Deutschland. **24**, 100.

— Matlná wünscht die Aufrechterhaltung des deutsch-österreichischen Bündnisses, aber unter Wahrung der Selbständigkeit und Unantastbarkeit der Monarchie. **24**, 103.

— Mocon betrachtet das deutsch-österreichische Bündnis als die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens. Der deutsche Kaiser nannte dieses Bündnis ein historisches Vermächtnis. **24**, 105.

— In dem Bündnis der Zentralmächte ist nicht nur keine Lockerung eingetreten, sondern dasselbe hat sich nur noch mehr geklärt, vertieft und gefestigt. — M. Ae. Kálnoky im B. A., 9. Juni 1890.

— Der Dreibund ist zu einem Pivot der europäischen Situation geworden. — M. Ae. Kálnoky im B. A., 19. November 1891.

— Das Bündnis mit Italien ist auf eine Reihe von Jahren verlängert worden. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 14. November 1891.

— Erneuerung des Dreibundes. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 14. November 1891.

— Plener Ernst konstatiert mit Befriedigung, daß selbst nach dem Rücktritt Bismarcks das deutsch-österreichische Bündnis von der gesamten deutschen Regierung mit allem Nachdruck aufrechterhalten wird und die machtvolle Persönlichkeit des deutschen Kaisers für den Fortbestand des Bündnisses eintritt. Dieses sei zur Richtschnur für alle leitenden Staatsmänner in den drei Reichen geworden. **26**, 164.

— Rieger spricht seine volle Zustimmung und Befriedigung darüber aus, daß der Minister des Äußern auf

Digitized by Google

die Aufrechterhaltung des Dreibundes großes Gewicht lege; Österreich werde daran festhalten, denn es sei durch seine Interessen und die Zustimmung seiner Völker darauf angewiesen. In Italien sei das freundschaftliche Verhältnis zu Österreich nicht populär und mache sich eine gewisse Annäherung an Frankreich bemerkbar. Was Deutschland betreffe, müsse auch in ökonomischen Fragen eine größere Harmonie erzielt werden **26**, 176.

— Der Vertrag mit Deutschland ist ein so offenes und ehrliches Defensivbündnis, daß er anstandslos in seiner Totalität publiziert werden könnte. Er enthält keinerlei geheime Klauseln und hat nach seinem Charakter solche auch nicht nötig. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

— Der Vertrag mit Italien hat einen gleichen, durchaus defensiven Charakter wie der deutsch-österreichisch-ungarische Vertrag. Die Tatsache, daß er nicht publiziert worden sei, beweise eben, daß seine Geheimhaltung vereinbart und daher die einseitige Publizierung desselben, von Seite eines der Teile nämlich, ausgeschlossen sei. Seine Publikation sei auch von keiner Seite in Aussicht genommen worden. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

— Demel Johann betont, daß die Monarchie im Dreibund stehe und ihn hüte; es gebe keine Erinnerung, die so heilig wäre, daß ihr die wahren Interessen des Staates und des europäischen Friedens geopfert werden könnten. **27**, 14.

— Durch die einmütig erfolgte Erneuerung des Dreibundes ist eine dem Friedensgedanken förderliche Kontinuität in der Politik Österreich-Ungarns, Deutschlands und Italiens zu Tage getreten, in welcher der Angelpunkt der europäischen Situation gelegen ist. **27**, 22. (A. B.)

— Es ist selbstverständlich, daß die politische Gruppierung, auf welcher unsere Politik beruht — nämlich unsere Bündnisse — keiner Veränderung unterliegt. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 3. Juni 1893.

— Es sei nun endlich doch die Zeit gekommen, um nicht alle Jahre die Betonung der Festigkeit und Dauerhaftigkeit des Dreibundes wiederholen zu müssen. Es sei im Gegenteil erstaunlich, daß das Wegbleiben dieser ausdrücklichen Betonung in der Allerhöchsten Ansprache eine Deutung im entgegengesetzten Sinne erhalten konnte. Der Minister könne zu allem Überflusse mit größter Bestimmtheit bestätigen, daß sich an den zwischen unserer Monarchie, Deutschland und Italien bestehenden Beziehungen in keiner Richtung etwas geändert habe. Das Bündnis sei ebenso intim und fest, wie es jemals gewesen, und werde dies auch bleiben. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 3. Juni 1893.

— Unsere Bündnisse bestehen fest und unverändert fort und auch in der Fortdauer der innigen Beziehungen ist keine Änderung vor sich gegangen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. Juni 1893.

Äußere Politik.
II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

— Eim verurteilt den Dreibund vom Standpunkte der historischen Entwicklung und der Gefühle und Existenzinteressen der Völker, vom militärischen Standpunkte und vom Standpunkte der Handelsinteressen; er erklärt, der natürliche Verbündete Österreichs wäre heute Frankreich, der historische Rußland. **28**, 11.

— Buquoy und Mezník wenden sich gegen die Behauptung Eims, daß das gesamte böhmische Volk dem Dreibunde mit Mißtrauen gegenüberstehe. **28**, 26, 30.

— Gregorčič erklärt, er erhebe gegen den Dreibund, insofern er bestimmt sei, den Frieden zu fördern und im Kriegsfalle der Monarchie zu nützen, keine Einwendung. **28**, 35.

— M. Ae. Kálnoky betont, der Dreibund habe keine Spitze gegen irgend jemand; er hindere nicht, daß sich auch andere Staaten ihm anschließen. **28**, 45.

— Berichterstatter Dumba führt aus, daß die Politik des Dreibundes nicht nur von dem Vertrauen der Delegation, sondern von dem Vertrauen der gesamten Bevölkerung getragen und unterstützt werde. **28**, 47.

— Der Dreibund ist kein aggressives, sondern ein auf Erhaltung des Friedens und für die Sicherheit der Monarchie berechnetes Bündnis. Diese feste Basis, die wir unserer Politik gegeben haben, ist nun bereits in das Bewußtsein und die Erkenntnis der Bevölkerung der Monarchie hineingewachsen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Die Tschechen partizipieren ebenso an den Vorteilen und Segnungen des Friedens, die ja doch — die Jungtschechen mögen sagen, was sie wollen — auf die von ihnen befehdete Bundespolitik zurückzuführen sind, wie die anderen Völker der Monarchie. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Masaryk betont, daß es gewisse Erscheinungen in Deutschland gebe, die das Vertrauen in den Dreibund überall, speziell im böhmischen Volke untergraben müssen. **29**, 16.

— Herold legt dar, daß der Dreibund und insbesondere das deutsch-österreichische Bündnis hauptsächlich zum Schutze des deutschen Reiches dient. Gerade im Dreibunde liege die Ursache der allgemeinen Rüstung der europäischen Mächte. Österreich möge zum Zwecke der freundlichen Auseinandersetzung mit allen Mächten, also auch mit Rußland und Frankreich das beängstigende Band einer so intimen Allianz, wie sie mit Deutschland und Italien besteht, lösen. **29**, 51.

— Pacák wünscht, daß Österreich aus dem Dreibunde austrete und ein freundschaftliches Verhältnis zu Rußland anbahne. **29**, 30.

— Kaston erklärt, die slawischen Völker Österreichs mit Ausnahme der Polen können sich für den Dreibund nicht erwärmen; weder Deutschland noch Italien haben sich durch ihre traditionelle Politik ein Anrecht auf die Sympathien der Slawen erworben. Österreich habe bisher nur ein Anlehnen an Rußland Nutzen gebracht. Der Dreibund bietet den Deutschen und den

Digitized by Google

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

Magyaren den festen Stützpunkt, um die Slawen fester an die Wand drücken zu können, und deshalb müßten sich die Slawen mit aller Entschiedenheit gegen das Fortbestehen, am entschiedensten aber gegen jede Erneuerung des Dreibunds verwahren. **30**, 14.

— Pacák bekämpft den Dreibund, welcher nicht als Friedensbund, sondern als Defensivvertrag auf der einen Seite gegen Frankreich, auf der anderen Seite gegen Rußland im reinsten Interesse Deutschlands inauguriert worden sei. **30**, 30.

— Berichterstatter Dumba konstatiert im Ausschußberichte, daß die Zielpunkte der auswärtigen Politik sowie die erprobte Grundlage derselben, als welche die Erhaltung und Pflege des Dreibundes anerkannt ist, in unveränderter Festigkeit fortbestehen. **30**, 52. (A. B.)

— Pacák bezeichnet den Dreibund als den Urgrund aller Rüstungen und würde dessen Auflösung als den wirklichen Abrüstungsanfang ansehen. **30**, 196.

— Das Bündnis mit Deutschland ist in den weitesten Volksschichten beider Länder so tief eingewurzelt, daß es beinahe zur zweiten Natur geworden ist und sein Bestand auch in die weite Zukunft gesichert erscheint. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Eine Feststellung über eine positive Orientpolitik, welche sich auf Wahrung der Interessen der eingelnen Teilnehmer am Dreibund bezöge, würde dem defensiven Charakter des Bündnisses zuwiderlaufen, wenn auch jeder Teilnehmer nicht nur betreffs der Erhaltung des Friedens, sondern überhaupt in Bezug auf seine Politik auf die Freundschaft und Unterstützung seiner Bundesgenossen zu zählen berechtigt ist. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Die Notwendigkeit einer Erneuerung des Bündnisvertrages, dessen Text im Jahre 1888 publiziert wurde, sei bisher nicht vorgelegen, da derselbe von selbst fortläuft. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Bianlini wendet sich gegen den Dreibund, der gegen die Interessen der Slawen in Österreich gerichtet sei. **31**, 25.

— Unser Bundesverhältnis zu Deutschland und Italien bildet heute wie zuvor und hoffentlich auf eine lange Reihe von Jahren hinaus den Grundpfeiler unserer Politik. — Der Dreibund hat sich das Bürgerrecht in Europa erworben. — Exposé des M. A. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Der Dreibund ist ein Grundpfeiler unserer Politik und ein eminentes Bollwerk des Friedens. Sein Zweck wäre aber nur unvollständig erreicht worden, wenn wir nicht auch getrachtet hätten, mit den außerhalb des Bündnisses stehenden Mächten vertrauensvolle Beziehungen zu pflegen. Der Dreibund ist ein Friedensbund, seine einzige Aufgabe, den Frieden zu erhalten.

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

Die Garantien für die Erhaltung des Friedens können aber durch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Mächten nur erhöht werden. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 23. November 1897.

— Kramář betont, der Dreibund werde in der Thronrede und im Exposé als der Grundpfeiler unserer Politik hingestellt. Dieser Bund habe aber trotz aller Versicherungen eine Wandlung durchgemacht und sei mit der ganzen europäischen Politik in die Weltpolitik hinausgerückt. **32**, 12.

— Baeuther wendet als Volksvertreter seine Sympathie dem Dreibundezu und wünscht, daß er der Friedenserhalter bleibe, wie er es bisher gewesen. Deutschland habe sich stets als treuer und verläßlicher Freund Österreichs erwiesen. Er bedauert, daß das Bündnis mit Deutschland nicht pragmatisch und gesetzlich festgestellt sei. Dann wäre es nicht möglich, daß die Deutschen in Österreich so unterdrückt würden, wie es während der letzten Jahre geschehen sei. **32**, 28.

— Schwarz konstatiert, daß die Dreibundpolitik eine Umwandlung erfahren habe, insofern als der Dreibund, ursprünglich gegen Frankreich zielend, jetzt sein hauptsächlichstes Augenmerk dem Oriente zuwende. Der Dreibund habe die gegenwärtige Situation geschaffen und die allgemeinen Rüstungen hervorgerufen. **32**, 32.

— Zaleski stimmt der von Gołuchowski in erfolgreicher Weise gepflegten Dreibundspolitik zu, in der Zuversicht, daß es der Monarchie beschieden sein werde, gestützt auf dieses mächtige Bündnis, sich der Segnungen des Friedens zum Wohle der Völker dauernd zu erfreuen. **32**, 33.

— Kramář ist gegen die pragmatische Befestigung des Bündnisses mit Deutschland: denn wenn ein übermächtiger Staat mit einem weniger mächtigen ein pragmatisches Bündnis schließe, ende dies nie zum Vorteile des Schwachen. **32**, 35.

— Es wäre ganz falsch, aus dem Umstande, daß die Thronrede keinen Passus über den Dreibund enthalten habe, irgend eine Folgerung rücksichtlich des Fortbestandes dieses Verhältnisses zu ziehen. Es fände sich keineswegs jedesmal in der Thronrede eine ausdrückliche Berufung auf den Dreibund, und das sei auch sehr begreiflich, denn das Bündnis sei nicht auf kurze Zeit geschlossen, sondern es sei ein festes Werk, welches die Basis unserer Politik bilde. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Der Dreibund besteht in unerschütterlicher Festigkeit fort und ist beständig bemüht, seiner Aufgabe gerecht zu werden. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Groß Gustav gibt der Freude Ausdruck, daß der Grundpfeiler unserer Friedenspolitik, der Dreibund, feststeht und daß jene Velleitäten, die schon von einem Panslawismus in Europa träumten, der inneren Berechtigung entbehren. Diese Ansichten, daß der Dreibund eine abgetane Sache sei, gründeten sich auf die Annäherung zwischen Österreich und Rußland, welche

Digitized by Google

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

Redner begrüßt; diese müsse aber in einem gewissen Maße beschränkt sein durch das Verhältnis Rußlands zu Frankreich. **33**, 21.

— Falsche Ausstreuungen und grundlose Kombinationen über einen Wandel in unserer auswärtigen Politik. Die seit bald zwei Dezennien glänzend bewährte Basis des Dreibundes verlassen zu wollen, wäre geradezu ein Verstoß gegen die Vernunft, der keinem der Kompagnonten zugemutet werden kann, dies um so weniger, als die durch das enge Zusammengehen der drei europäischen Zentralmächte geschaffene Konstellation die Pflege nicht nur freundschaftlicher Beziehungen, sondern vielmehr auch einer intimeren Fühlung mit anderen Mächten nicht nur nicht ausschließt, sondern sogar bedingt. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Goraysti erblickt im Dreibunde die sicherste Garantie gegen unerwartete Konflikte, aber auch für Deutschland sei das Bündnis unumgänglich notwendig. **34**, 25.

— Barwiński bezeichnet es als unklug von Seite der Deutschen in Österreich, das Bündnis mit Deutschland als Herzenssache, als Sache des Gefühles der Stammesverwandtschaft hinzustellen. Vom Standpunkte der Stammesverwandtschaft ausgehend, müßten die Slawen, die Majorität der Bevölkerung, gegen das Bündnis und für Rußland sich erklären. Es sei also nicht politisch, die Rassenidee als Parole der österreichisch-ungarischen Politik zu proklamieren und das Streben nach freier Entwicklung der slawischen Individualitäten als Panslawismus zu bezeichnen. Es liege im Interesse Deutschlands und Europas, den slawischen Nationalitäten zur Selbstentwicklung zu verhelfen. Es sei auch zu bedauern, daß man den friedliebenden ruthenischen Volksstamm in Ungarn national verkümmern lasse und sogar die slawische Liturgie in der griechisch-katholischen Kirche durch eine ungarische zu ersetzen bestrebt sei. **34**, 49.

— Kramář meint, daß der Dreibund in allen großen Fragen der letzten Zeit keine Rolle gespielt habe, nachdem sich die einzelnen Dreibundmächte vollständig anders gruppiert haben. Gerade in dem wichtigsten Punkte unserer auswärtigen Politik, in der Balkanpolitik, war das Verhalten der Dreibundmächte ein ganz verschiedenes. Redner anerkennt, daß der Dreibund ein Friedenselement mehr sei, aber er biete nicht mehr die sichere Basis für die Friedenserhaltung in Europa. Österreich mit seiner konservativen Friedenspolitik bilde in der neuen Weltpolitik einen Faktor, über den niemand hinweggehen könne, und brauche niemandem nachzulaufen. Der Dreibund sei ein Friedenselement von großer Bedeutung, dürfe aber nicht vom Standpunkte einer einseitigen nationalen Politik beurteilt werden. **34**, 73.

— Pergelt bezeichnet den Dreibund als politische Notwendigkeit, er sei durch mehr als 20 Jahre die Grundlage des europäischen Friedens gewesen. Es sei richtig, daß in der Orientfrage die einzelnen Staaten, die dem

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

Dreibunde angehören, nicht in einer gleichen Linie stehen, dies ändere aber nichts an seiner außerordentlichen Bedeutung für den europäischen Frieden. Hätte er nicht bestanden, so wäre die Gefahr einer europäischen Konflagration viel eminenter geworden als beim Bestande des Dreibundes. **34**, 80.

— Lemisch erklärt, der Dreibund sei ein Herzensbedürfnis des deutschen Volkes im Deutschen Reiche wie in der Ostmark, die Wiedergeburt eines geschichtlichen Verhältnisses zwischen dem jetzigen Österreich und dem jetzigen Deutschen Reiche. **35**, 34.

— Funke führt aus, der Dreibund dürfe nicht vom kleinlichen Standpunkt des nationalen Hasses der Tschechen gegen die Deutschen beurteilt werden. **35**, 38.

— Kaftan bemerkt, der Dreibund scheine für Europa von keinem Segen begleitet zu sein, denn mit seinem Abschlusse falle der Beginn der furchtbaren Rüstungsperiode auf dem Kontinent zusammen. **35**, 373.

— Dzieduszycki erklärt, der Dreibund habe für den Polenklub nur den Wert — aber er habe den Wert — daß er als eine bedeutende Friedensgewähr den Frieden Europas und auch die Machtstellung der Monarchie seit Jahrzehnten garantiert. **35**, 401.

— Wolfhardt führt aus, der Dreibund sei für die Deutschen ein Herzensbedürfnis; sie erwarten von ihm auch eine gesunde Einwirkung auf unsere inneren Verhältnisse. Die Befürchtungen der Slawen, daß er eine scharfe Spitze gegen Rußland haben könnte, haben sich als unrichtig erwiesen. Ohne den Dreibund wären die Rüstungslasten für Österreich viel größere. **35**, 409.

— Hofmann Franz erblickt in der Sicherung des Dreibundes die Sicherung des Friedens für die Monarchie. Dieser Bund habe durch ein Vierteljahrhundert für Österreich immer nur sehr viel Gutes gebracht. **35**, 411.

— Kramář wendet sich gegen den Fetischismus, der bei uns mit dem Dreibund getrieben werde. Er sei nicht gegen den Dreibund als eine Friedensgarantie mehr, sondern gegen unsere Stellung in demselben, welche eine schmerzliche Selbsterniedrigung bedeute. Deutschland ist infolge seiner Weltpolitik, zu der es eine Rückendeckung in Europa braucht, viel mehr auf Österreich angewiesen als Österreich auf Deutschland. **35**, 425.

— Pergelt führt aus, der Dreibund sei keine societas leonina, sondern ein sehr offenes, gegenseitiges, der vollkommenen Reziprozität entsprechendes Verhältnis. Österreich gewährt Deutschland nicht mehr, als es von Deutschland zu beanspruchen hat. **35**, 440.

— M. Ae. Goluchowski bemerkt, der Dreibund sei für Verhältnisse verantwortlich gemacht worden, für die er wirklich nichts könne. Der Dreibund hat gar keine anderen Ziele als die Sicherung des Friedens, der Stabilität in den internationalen europäischen Verhältnissen. Die Behauptung, daß der Dreibund uns zu übermäßigen Rüstungen verleite, könne er nicht ernst nehmen. Im Gegenteil, wenn es uns möglich war, etappenweise die Ausgestaltung unserer Armee zu

Digitized by Google

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

besorgen, ist es gerade diesem Friedensbunde zuzuschreiben, daß wir Rücksicht auf unsere Finanzen nehmen konnten. **35**, 452.

— Kramář habe die Dienste anerkannt, die der Dreibund bisher geleistet, er habe aber die Regierung an ihre Pflicht erinnert, ihre Selbständigkeit und ihr Selbstbewußtsein zu wahren. Dieser Mahnung bedürfe es wohl nicht. Der Minister habe die Selbständigkeit der Monarchie nie preisgegeben; es sei ihm dies aber auch nie schwer gefallen, denn die Haltung der deutschen Regierung sei stets eine äußerst korrekte. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 24. Mai 1901.

— Präsident Jaworski bezeichnet in der Eröffnungsansprache den Besuch Kaiser Franz Josephs in Berlin als Bekräftigung des Dreibundes. **36**, 3.

— Kaftan erklärt, das böhmische Volk sehe im Dreibund nicht die volle Gewähr des Völkerfriedens und in der Reise des Kaisers Franz Joseph nach Berlin nicht die Stärkung der Großmachtstellung der Monarchie. **36**, 14.

— Stránský erklärt, in dem Augenblicke, da dem Dreibund keine offensive Pointe gegeben, neben ihm ein gutes Verhältnis zu Rußland gepflegt werde, habe — vorausgesetzt auch, daß er keine großen Opfer erheische — niemand von den böhmischen Vertretern ein besonderes Bedenken gegen denselben. Der seiner antirussischen und antifranzösischen Pointe entkleidete Dreibund habe mit dem früheren aber vielleicht nur noch den Namen gemein. **36**, 23.

— Demel Leonhard betont, das Festhalten an dem Dreibunde und die Befestigung desselben durch die intimen Beziehungen der Monarchen erfülle seine Partei mit der lebhaftesten Befriedigung. Er wünscht, daß sich ein freundschaftliches Verhältnis zwischen dem Dreibund und dem Zweibunde entwicke. **36**, 27.

— Pacák bespricht die Berliner Kaiserreise und bemerkt, dem Dreibund schade bei allen Völkern nichts so sehr, als wenn er fortwährend als der Hort der deutschen Bestrebungen im Innern des Reiches hingestellt werde. **36**, 56.

— Stürgkh würdigt die Kaiserbegegnung in Berlin als eine exklatante Manifestation unerschütterter Bundestreue von unschätzbarer Bedeutung. Das gute Verhältnis zu Rußland als Korollar des Dreibundes werde von den deutschen Delegierten mit Befriedigung begrüßt. **36**, 66.

— Parish dankt Deutschland und der Stadt Berlin für den glänzenden Empfang des Kaisers und wünscht, daß die Beurteilung des Dreibundes nicht mit Fragen der inneren Politik verquickt werde. **36**, 72.

— M. Ae. Gołuchowski erklärt, der Dreibund sei noch dasjenige, was er vor 20 Jahren war: ein Defensivbund, ein Friedensbund par excellence. Die Verständigung mit Rußland ist erfreulich, aber an dem Wesen des Dreibundes hat sie nichts geändert **36**, 82.

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

— Berichterstatter Bacquehem bekämpft die Bedenken wegen ungenügender Selbständigkeit Österreich-Ungarns im Rahmen des Dreibundverhältnisses. **36**, 87.

— Di Pauli weist den Vorwurf zurück, daß die konservative Partei eine Gegnerin des engen Anschlusses an Deutschland sei. **36**, 100.

— Erneuerung des Dreibundes. Auf der Basis sich gegenseitig deckender Interessen aufgebaut, jeder aggressiven Tendenz nach was immer für einer Seite bar, wird der eminent konservative Bund der europäischen Zentralmächte auch weiter die hehren Friedensziele, denen er sein Entstehen verdankt, mit um so größerer Zuversicht verfolgen, als er nach den von berufener Seite wiederholt abgegebenen Erklärungen über die nicht minder friedfertigen Zwecke des ihm gegenüberstehenden Zweibundes in dieser Gruppierung eine höchst wertvolle Ergänzung und Förderung seiner eigenen Aufgaben wohl erblicken darf. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Bemerkungen zu der Rede des deutschen Reichskanzlers Grafen Bülow und zu einer Rede des deutschen Botschafters in Wien Fürsten Eulenburg über den Dreibund. — Frage der Publizierung des Dreibundvertrages. Politische Verträge pflegen in den seltensten Fällen publiziert zu werden. Zwischen den Teilnehmern am Dreibundvertrage sei die Beabredung getroffen worden, denselben nicht zu publizieren. — Die Erneuerung des Dreibundvertrages ist mit wirtschaftlichen Fragen nicht verquickt worden. — Doch müssen die Bemühungen aller Regierungen darauf gerichtet sein, die Gegensätze, die sich ergeben können, womöglich auszugleichen, um eine Konkordanz zwischen den politischen und den handelspolitischen Beziehungen herzustellen. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Kaftan erklärt, daß die Tschechen keine prinzipiellen Gegner des Dreibundes seien, sondern im Gegenteile wünschen, daß Österreich stets im besten, freundschaftlichsten Nachbarverhältnisse zu Deutschland und Italien stehe. Hiezu sei aber ein formelles politisches Bündnis nicht notwendig, welches nur binde und keinen Nutzen bringe. Redner vermag bisher keine wesentlichen Vorteile für Österreich aus dem Dreibunde zu erblicken. Er findet es im Interesse der Dreibundstaaten gelegen, weiterhin den Dreibund nicht zu erneuern, sondern die Einigung auf Grund der gegenseitigen politischen Sympathien anzustreben. **37**, 219.

— Wolf macht darauf aufmerksam, daß der Präsident in seiner Ansprache den Dreibund vollständig vergessen habe und daß derselbe auch in der Expoziderung des Kaisers keine Erwähnung fand. Kramář habe den Dreibund ein überspieltes Luxusklavier genannt und in Deutschland herrsche umgekehrte Bestimmung in den seitenden Kreisen darüber, daß in der Delegation ohne Korrektur seitens der Regierung gegen den Dreibund gehetzt wurde. **37**, 231.

— Der Dreibund bildet nach wie vor die unverrückbare Grundlage der auswärtigen Politik und findet dieses über alle Anfechtungen erhabene Bundesverhältnis eine wertvolle Ergänzung in der Pflege ver-

Digitized by Google

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

trauensvoller Beziehungen zu den übrigen Mächten. **37**, 265. (A. B.)

— Schönborn Friedrich findet bei aller Wertschätzung des so hochbegabten italienischen Volkes das Schwergewicht unserer Situation doch nicht in der Allianz mit Italien, sondern in jener mit Deutschland, die ja auch genetisch jener vorgegangen sei. Niemand, auch ein prinzipieller Gegner des Dreibundes nicht, werde bestreiten, daß die Allianz mit einem kulturell so hochstehenden Volke, mit einem so mächtigen Reiche, das über eine solche Militär- und Marinemacht verfüge, vom höchsten Werte sei. **37**, 282.

— Kramář ist für ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland, aber er verlangt, daß auch ein freundschaftliches Verhältnis zu anderen Staaten bestehe, insbesondere zu Rußland. **37**, 304.

— Barwitski bezeichnet den Dreibund als eine wirksame Defensivorganisation in der Mitte von Europa, als einen Friedensbund ohne aggressiven Inhalt, der gegen keine Macht gerichtet sei und nicht die mindeste Gefahr in sich schließe. **37**, 306.

— Kramář und Barwitski wenden sich dagegen, daß von deutscher Seite das Bündnis mit Deutschland als Herzenssache, als Sache des Gefühles der Stammesverwandtschaft eines einzigen, und zwar in der Minderheit befindlichen Volksstammes behandelt werde. Eine Rücksichtung der Dreibundpolitik auf die innerpolitischen Verhältnisse unserer Monarchie sei sowohl im Interesse der Selbständigkeit und des Ansehens Österreich-Ungarns als auch im Interesse der Erhaltung und Entwicklung der nationalen Individualitäten unseres States ganz entschieden zurückzuweisen. **37**, 297, 306.

— Berichterstatter Bacquehem erklärt, daß der Dreibund auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Verteilung der Rechte und Pflichten gegründet worden sei und auf dieser Grundlage für absehbare Zeiten seine Mission weiter erfüllen werde, den europäischen Frieden zu wahren und den Völkern die Kontinuität der wirtschaftlichen Arbeit zu sichern. **37**, 314.

— Erneuerung des Dreibundes. Der Minister konstatiert die Genugtuung, mit der die Kunde von der Fortdauer unserer Allianzverhältnisse ziemlich allgemein entgegengenommen wurde, und das Verständnis, welches man dieser Tatsache selbst in jenen Kreisen entgegenbrachte, die noch in der jüngsten Vergangenheit, wenn auch vornehmlich vom engeren Parteistandpunkte beeinflußt, unserer politischen Orientierung ganz entschieden abhold waren. — Exposé des M. Re. Gołuchowski im Ausschusse der ung. Delegation, 16. Dezember 1903

— Kaftan betont, man könne bei der größten Anstrengung einen Nutzen aus dem Dreibund für uns nicht erkennen. Die Gefahr des Dreibundes für Österreich liegt darin, für fremde Interessen gegen das eigene ins Feld ziehen zu müssen. Unsere Interessen liegen auf dem Balkan und gerade dort hat Deutschland gar kein Interesse, d. h. keines, und dort freundnachbarlich zu unterstützen. Die Erneuerung des Dreibundes vor Abschluß der Handelsverträge mit Deutschland und Italien

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

ist nicht gutzuheißen; durch dieses Bündnis würde Österreich bei der Erneuerung der Handelsverträge wehrlos sein. Sollte der Dreibund trotzdem erneuert werden, so haben die Völker Österreichs das Recht, die Veröffentlichung des Vertragsinstrumentes zu verlangen. **38**, 19.

— Herold bemerkt, daß Deutschland, durch Österreich gedeckt, die Hegemonie in Mitteleuropa erreicht habe und darin liege eine Gefahr für Österreich. Das böhmische Volk habe weder nationale Sympathien für einen Bund mit Deutschland, noch solche für einen Bund mit Rußland. Die bewährte Grundlage unserer Politik sei die Freundschaft Österreichs zu allen Staaten, insbesondere zu Rußland und Frankreich, die, wie Österreich, ein Interesse daran haben, nicht von der pangermanischen Gefahr bedroht zu sein, und der Schutz Österreichs gegen jede alldeutsche Bewegung. **38**, 33.

— Pariss legt Wert darauf, daß die Erneuerung des Dreibundes von keiner Seite mit wirtschaftlichen Konzessionen erkauft werden soll. Wenn er sich auch der Ansicht anschließe, daß dem Dreibund nicht mehr jener große Wert und jene Notwendigkeit innewohne, die er in früheren Zeiten gehabt hat, so begräße er seine Erneuerung nichtsdestoweniger in der Überzeugung, daß er auch noch in der nächsten Zeit geeignet ist, unsere Interessen in richtiger Weise zu wahren. So verstehe er auch die vielfach kommentierten Worte des deutschen Reichskanzlers Grafen Bülow, daß der Dreibund für Deutschland keine Notwendigkeit mehr sei. Die Unterstützung, die uns von Deutschland auf der Brüsseler Konferenz geboten wurde, war sehr gering und hat das Gefühl über den Wert dieses Bündnisses in den Kreisen unserer Bevölkerung außerordentlich erschüttert. **38**, 37.

— Groß Gustav betont, daß die Deutschen in dem Dreibund keine Gefahr für Österreich sehen, vielmehr die einzige Möglichkeit der Erhaltung unserer Stellung in Europa. Das Band zwischen Deutschland und Österreich ist fester gebunden und fester geschlungen, als es durch Staatsverträge, durch Kaiserworte, durch verfassungsmäßige Bestimmungen geschehen kann, dieses Band ist gebunden und geschlungen durch das einheitliche Stammesbewußtsein des Deutschen Volkes. **38**, 41.

— Dobernig stimmt der Erneuerung des Dreibundes um so freudiger zu, als er darin ein Gegengewicht gegen die Bestrebungen aller Deutschfeinde und insbesondere auch gegen alle jene Bemühungen erblickt, welche auf die Gründung eines großen südslawischen Staatengebildes gerichtet sind, das von den untersteirischen Bergen bis zum Balkan reichen soll. **38**, 49.

— Kramář bemerkt, der Dreibund verdiene kein so großes Schaufinement mehr. Er habe keine scharfen Kanten mehr und sei sozusagen auf allen Seiten auswattiert mit der Möglichkeit der daneben laufenden Bündnisse. Dadurch habe er eigentlich seine Schrecken verloren. **38**, 98.

— Stein erklärt, die Vorbedingung für das von den Alldeutschen angestrebte bundesrechtliche Verhältnis der ehemaligen deutschen Bundesländer Öster-

Digitized by Google

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

reichs mit dem Deutschen Reiche sei durch das deutsch-österreichische Bündnis geschaffen. Aber ein Bündnis mit Österreich hat für Deutschland nur dann Wert, wenn Österreich deutsch ist. **38**, 112.

— Bukovič führt aus, der Dreibund habe dies- und jenseits der Leitha jene Popularität verloren, welche man ihm stets zu vindizieren bestrebt war. Italien wäre es am liebsten, uns einige Provinzen abwendig und unseren Einfluß im Adriatischen Meere streitig zu machen. Er plädiert für die Aufhebung des Dreibundes und für ein intimeres Freundschaftsverhältnis mit Rußland. **38**, 128, 134.

— Oppenheimer erklärt, die relative Zurückhaltung, welche slawischerseits gegenüber dem Dreibunde beobachtet werde, erscheine ihm von hohem Werte. Es scheine darin das Gefühl zum Ausdruck zu kommen, daß der Dreibund nicht nur den Deutschen, sondern auch den anderen Nationalitäten volle Sicherheit gewährt, auf die auch sie Wert zu legen berechtigt sind. **38**, 140.

— Kramář konstatiert, seine Partei habe sich nicht dagegen gewendet, daß der Dreibund da ist, wenn er als Friedensgarantie dasteht, sondern gegen den Götzendienst, den man mit dem Dreibund getrieben habe. **38**, 142.

— Schönborn Friedrich bemerkt zur Rede des Grafen Bülow: Feuergefährlich war die Wärme dieser Freundschaftsversicherung gerade nicht. Er hat wohl eigentlich mehr an Italien als an Österreich gedacht. Vielleicht wollte er übrigens nichts andres sagen, als daß man derartige Allianzverhältnisse nüchtern auffassen muß, was auch die Ansicht des Redners sei. **38**, 153.

— M. Ac. Goluchowski konstatiert, daß die Ausfälle gegen den Dreibund viel sanfter ausklangen, als in früheren Jahren. Es sei sogar eine eigene Theorie konstruiert worden zu dem Zwecke, um vielleicht gewissen Herren die Umkehr zu erleichtern und zu ermöglichen, nämlich daß der Dreibund heute etwas ganz andres ist als das, was er im Jahre 1882 war. Dies stimmt aber mit den Tatsachen nicht überein; der Dreibund war von seinem Anbeginn an ein Friedens-, ein Defensivbündnis, er ist heute dasselbe und hatte im Jahre 1882 ebensowenig eine Spitze gegen jemanden, wie er heute eine solche hat; es hat sich somit in seinem Charakter, in seinem Werte gar nichts geändert. **38**, 158.

— Berichterstatter Bacquehem betont, daß für die Mächte die Überzeugung maßgebend war, daß der Dreibund zu einer Zeit, wo der Friede noch nicht so verbürgt war wie heute, diesen Frieden zu erhalten wußte und daß die Bündnispolitik auch in Hinkunft für absehbare Zeiten als die mächtigste Bürgschaft des Friedens und das sicherste Element des Gleichgewichtes sich bewähren wird. **38**, 162.

— Barwiński führt aus, die Bevölkerung, die sich in einer so kritischen wirtschaftlichen Lage befinde, könne es sehr schwer einsehen, weshalb bei einer andauernd friedlichen ausnötigen Situation gerade die Mächte des Dreibundes, die bei jeder Gelegenheit die friedlichen Absichten betonen, zu so großen Rüstungen

Äußere Politik.

II. Deutsch-österreichisches Bündnis; Dreibund.

verpflichtet werden sollen, als ob wir vor einer großen Kriegsgefahr stehen würden. **38**, 290.

— Bukovič bemerkt, man müsse sich, wenn nach den Mitteilungen des Ministers des Äußern der Dreibund erneuert werden soll und wie mit Rußland auf freundschaftlichem Fuße stehen, fragen, wozu so große Opfer für Kriegszwecke gefordert werden. **38**, 312.

— Biankini bezeichnet den Dreibund als den unnatürlichsten und unaufrichtigsten Bund der Welt. **39**, 38.

— Kaftan erklärt, er sei kein Freund des Dreibundes, welcher überhaupt mit dem Rücktritt Bismarcks an politischer Bedeutung sehr verloren habe. **39**, 95.

— Kramář betont, daß der Dreibund nicht die einzige Lösung des europäischen Friedensproblems sei. **39**, 175.

— Bergelt führt aus, daß der Dreibund nur einen defensiven Charakter habe und durch die Bewahrung des europäischen Friedens sein Ziel vollkommen erreicht habe. **39**, 189.

— Schönburg Alois billigt die Erneuerung des Bündnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland. **39**, 192.

— Berger Wilhelm erklärt sich mit dem deutsch-österreichischen Bündnisse einverstanden, da dasselbe seit seinem Bestande seinen wichtigsten Zweck, die Aufrechterhaltung des Friedens, in glänzender Weise erfüllt habe. **40**, 23.

— Ebenhoch erklärt, daß er an dem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche, das sich außerordentlich gut bewähre, festhalte. **40**, 284.

Äußeres, Ministerium des Äußern.

(1. Voranschläge. — 2. Organisation. — 3. Palais.)

1. Voranschläge:

— für das Jahr 1868. **1**, 11.

Bericht (Berichterstatter Eichhoff) und Verhandlung. **1**, 26—53.

Redner:*) Greuter, Schindler, Schmerling Anton, Berger, Hock, Reichskanzler Beust, Rechbauer, Jablonowski, Groß Franz, Skene sen., Wickenburg, Wolfrum.

— für das Jahr 1869 (mit Denkschrift). **1**, 244.

Bericht (Berichterstatter Eichhoff — Minoritätsberichterstatter Rechbauer) und Verhandlung. **1**, 249—275.

Redner: Schwarzenberg, Reichskanzler Beust, Rechbauer, Pratobevera, Demel Johann, Hock, Zignly, Kuranda, Groß Franz, Greuter, Schindler.

— für das Jahr 1870. **2**, 3.

Bericht (Berichterstatter van der Straß) und Verhandlung. **2**, 13—87.

*) Die Berichterstatter werden als Redner nicht mehr besonders angeführt.

Digitized by Google

Äußeres, Ministerium des Äußern.

1. Voranschläge:

Redner: Spiegel, Wickenburg, Weichs, Rechbauer, Ziemialkowski, Arneth, Rechberg, Sturm, Kaiser Ignaz, Figuly, Neumann, Helfersdorfer, Reichskanzler Beust, Leonardi, Sueter, Klirr, Jablonowski, Winterstein, Wüllerstorf.

— für das Jahr 1871 (mit Denkschrift). **3**, 3.

Bericht (Berichterstatter van der Straß; Berichterstatter über die Post „Dispositionsfonds" Schaup, über das Konsularwesen Wickenburg) und Verhandlung. **3**, 215—290.

Redner: Plener Ignaz, Kuranda, Greuter, Herbst, Pascolini, Rechberg, Sturm, Rechbauer, Reichskanzler Beust, Carneri, Oelz, Grocholski, Brestel, Thurn Georg, Jablonowski, van der Straß, Fürth, Regierungsvertreter Sektionsrat Barb.

— für das Jahr 1872 (mit Denkschrift). **4**, 3.

Zuschrift des Reichskanzlers Beust mit einem Ausweise jener Beträge des Voranschlages, die in klingender Münze zu votieren sind. **4**, 12.

Bericht (Berichterstatter van der Straß) und Verhandlung. **4**, 14—30.

Redner: Oelz, Reichskanzler Beust, Hortig, Wickenburg, Winterstein, Giovanelli, Herbst.

— für das Jahr 1873. **5**, 5.

Nachtragskredit behufs Bestreitung der anläßlich der Kriegsereignisse in Frankreich bei der Botschaft in Paris vorgekommenen Auslagen. **5**, 6.

Bericht (Berichterstatter van der Straß) und Verhandlung. **5**, 15—33.

Redner: Carneri, Oelz, Rechbauer, Giskra, Wickenburg, Poklukar, Demel Johann.

— für das Jahr 1874 (mit Denkschrift). **6**, 6.

Bericht (Berichterstatter Schaup) und Verhandlung. **6**, 91—96.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1875. **7**, 4.

Bericht (Berichterstatter Schaup) und Verhandlung. **7**, 11—13.

Redner: Seringl.

— für das Jahr 1876. **8**, 4.

Bericht (Berichterstatter Schaup) und Verhandlung. **8**, 20—31.

Redner: Teuschl, M. Ae. Andrássy, Orlz, Rb. Sektionschef Hofmann, Winterstein, Wolfrum.

— für das Jahr 1877. **9**, 4.

Bericht (Berichterstatter Schaup) und Verhandlung. **9**, 38—53.

Redner: Kuranda, Demel Johann, Sturm, Ljubiša (in italienischer Sprache), Lienbacher, Oppenheimer, Giskra, Herbst, M. Ae. Andrássy, Stendel.

Äußeres, Ministerium des Äußern.

1. Voranschläge:

Nachtragskredite für die Jahre 1875 und 1876.

Bericht (Berichterstatter Schaup) und Verhandlung. **9**, 53—56.

Redner: Frhr. Holzgethan, Herbst, Widmann.

— für das Jahr 1878 (samt Denkschrift). **10**, 3.

Bericht (Berichterstatter Schaup) und Verhandlung. **10**, 259—266.

Redner: Dunajewski.

Nachtragskredit für das Jahr 1877. **10**, 35.

Bericht (Berichterstatter Sturm) und Verhandlung. **10**, 181.

Nachtragskredite für das Jahr 1878. **11**, 4.

Bericht (Berichterstatter Schaup) und Verhandlung. **11**, 169—170.

— für das Jahr 1879 (mit Denkschrift). **11**, 4.

Bericht (Berichterstatter Schaup) und Verhandlung. **11**, 177—231; 245—291.

Redner: Oppenheimer, Giskra, Dunajewski, Kuranda, Klaić, Demel Johann, Lienbacher, Sturm, Pirquet, Blaas, Oelz, Foregger, Terlago, Auß, Latour, Herbst, Czartoryski Konst., Scharschmid, Rfm. Hofmann, Km. Byland-Rheidt, M. Ae. Andrássy.

Nachtragskredit zum außerordentlichen Erfordernisse des Titels 2 pro 1879. **11**, 349.

Bericht (Berichterstatter Auß) und Verhandlung. **11**, 351—355.

Redner: Neuwirth, M. Ae. Andrássy.

— für das Jahr 1880. **12**, 6.

Bericht (Berichterstatter Plener Ernst) und Verhandlung. **12**, 17—40.

Redner: Barenther, Fux, Clam-Martinic, Hübner Alexander, Demel Johann, M. Ae. Haymerle.

— für das Jahr 1881. **13**, 3.

Bericht (Berichterstatter Plener Ernst) und Verhandlung. **13**, 11—41.

Redner: Hübner Alexander, Demel Johann, Sueß Eduard, Grocholski, M. Ae. Haymerle, Rosenberg.

— für das Jahr 1882 (mit Nachtragskredit pro 1881). **14**, 4.

Bericht (Berichterstatter Plener Ernst) und Verhandlung. **14**, 11—21.

Redner: Hübner Alexander, Magg. Leiter des Ministeriums des Äußern Sektionschef Kállay, Wiesenburg.

— für das Jahr 1883. **17**, 3.

Bericht (Berichterstatter Hübner Alexander) und Verhandlung. **17**, 72—75.

Redner: Plener Ernst.

Digitized by Google

Äußeres, Ministerium des Äußern.

1. Voranschläge:

— für das Jahr 1884 (mit Nachtragskrediten für 1883). **18**, 3.

Bericht (Berichterstatter Clam-Martinic) und Verhandlung. **18**, 11—22.

Redner: Coudenhove, Sueß Eduard, Demel Johann.

— für das Jahr 1885 (mit Nachtragskrediten für 1884). **19**, 3.

Bericht (Berichterstatter Hübner Alexander) und Verhandlung. **19**, 12—14.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1886 (mit Nachtragskredit) **20**, 3.

Bericht (Berichterstatter Windisch-Graetz) und Verhandlung. **20**, 78—80.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1887 (mit Nachtragskredit pro 1886). **21**, 3.

Bericht (Berichterstatter Thun Franz) und Verhandlung. **21**, 85—93.

Redner: Reicher, Exner, M. Ac. Kálnoky.

— für das Jahr 1888. **23**, 3.

Bericht (Berichterstatter Thun Franz) und Verhandlung. **23**, 9—18.

Redner: Sueß Eduard, Hauswirth, Demel Johann.

— für das Jahr 1889. **24**, 3.

Bericht (Berichterstatter Thun Franz) und Verhandlung. **24**, 12—14.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1890. **25**, 3.

Bericht (Berichterstatter Thun Franz) und Verhandlung. **25**, 8—10.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1891. **26**, 3.

Bericht (Berichterstatter Walterskirchen Franz) und Verhandlung. **26**, 164—184.

Redner: Plener Ernst, Baernreither, Windisch-Graetz, Ro. Sektionschef Szögyény, Demel Johann, Rieger, Zedtwitz Kurt, Ruß, Stalitz.

— für das Jahr 1892 (mit Nachtragskrediten für 1891). **27**, 3.

Bericht (Berichterstatter Windisch-Graetz) und Verhandlung. **27**, 11—18.

Redner: Zallinger, Sueß Eduard, Demel Johann-Falkenhayn, M. Ac. Kálnoky.

— für das Jahr 1893 (mit Nachtragskredit für 1892). **28**, 5.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **28**, 11—51.

Redner: Eim, Buquoy, Spinčić, Jaworski, Mezuit, Gregorčič, Richter Franz, Luzzatto, Plener Ernst, M. Ac. Kálnoky, Sueß Eduard.

Äußeres, Ministerium des Äußern.

1. Voranschläge:

— für das Jahr 1894. **29**, 3.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **29**, 15—64, 74—78.

Redner: Majaryk, Badeni, Pacák, Wenger, Adamek, Pfeifer, Herold, Lebebur, M. Ac. Kálnoky, Stalitz, Königswarter.

— für das Jahr 1895. **30**, 4.

Bericht (Berichterstatter [an Stelle des verhinderten Dumba] Sueß) und Verhandlung. **30**, 12—51.

Redner: Kaftan, Baernreither, Pacák, Barwiński, Belcredi, Fournier, M. Ac. Kálnoky, Ludwig Ferdinand, Brzorád.

— für das Jahr 1896. **31**, 4.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **31**, 11—44.

Redner: Kaftan, Stalitz, Biankini, Ruß, Pacák, Sueß Eduard, Herold.

— für das Jahr 1897 (samt Nachtragskrediten). **32**, 3.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **32**, 11—43.

Redner: Kramář, Wurmbrand, Geßmann, Baereuther, Schwarz, Zaleski, Zedtwitz Kurt, Barwiński, Steinwender.

— für das Jahr 1898 (mit Nachtragskrediten pro 1897). **33**, 5.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **33**, 14—47.

Redner: Kaftan, Groß Gustav, Zedtwitz Karl Max, Herold, Gomperz, Axmann, Oppenheimer, Dzieduszycki, Barwiński, Starhemberg Camillo, Gniewosz, Dobernig, Kramář, Stránský.

— für das Jahr 1899 (mit Nachtragskrediten). **34**, 7.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **34**, 15—52, 67—96.

Redner: Bielohlawek, Gomperz, Schücker, Gorayski, Chiari, Kaftan, Axmann, Panizza, Hochenburger, Oppenheimer, Waffilko Georg, Barwiński, Mettal, Stürgkh, Haase, Kramář, Pergelt, Pacák.

— für das Jahr 1900 (mit Nachtragskredit für 1899). **35**, 7.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **35**, 369—466.

Redner: Kaftan, Ferjančič, Winnicki, Dzieduszycki, Wolfhardt, Hofmann Franz, Schneider, Mettal, Cambon, Geßmann, Kramář, Pacák, Conci, Pergelt, Stránský, M. Ac. Goluchowski.

— für das Jahr 1901 (mit Nachtragskredit für 1900). **36**, 7.

Bericht (Berichterstatter Bacquehem) und Verhandlung. **36**, 13—108.

Digitized by Google

Äußeres, Ministerium des Äußern.

1. Voranschläge:

Redner: Kaftan, Bencaiz, Stransky, Demel Leonhard, Sláma, Wanthner, Pacák, Kozlowski, Stürgkh, Popoviči, Parish, Wachtianyn, Gambini, Di Pauli, Gessmann, M. Ae. Gokuchowski.

— für das Jahr 1902 (samt Nachtragskrediten pro 1897, 1900 und 1901). **37**, 7.

Bericht (Berichterstatter Bacquehem) und Verhandlung. **37**, 215—244, 280—320.

Redner: Kaftan, Kozkowski, Wolf, Lobkowitz Ferdinand, Jvčović, Schönborn, Lecher, Kramář, Barwiński, Wassilko Nikolaj, M. Ae. Gokuchowski.

— für das Jahr 1903 (samt Nachtragskredit). **38**, 11.

Bericht (Berichterstatter Bacquehem) und Verhandlung. **38**, 18—58, 83—93, 97—142, 151—174.

Redner: Kaftan, Dzieduszycki, Herold, Parish, Groß Gustav, Dobernig, Madeyski, Barwiński, Wassilko Georg, Kramář, Conci, Stein, Pergelt, Bukovič, Oppenheimer, Schönborn, M. Ae. Gołuchowski, Ely, Kindermann, Sylvester.

— für das Jahr 1904. **39**. 21.

Bericht (Berichterstatter Bacquehem) und Verhandlung. **39**, 87—213.

Redner: Kaftan, Baernreither, Berzeznassi, Oppenheimer, Biankini, Marchet, Delugan, Dobernig, Zedtwitz Karl Max, Dzieduszycki, Glöckner, Schneider, Sustersič, Schönborn, Kramář, Pergelt, Schönburg Alois, Mazorana, Byk.

Budget für das Jahr 1905 (mit Nachtragskrediten pro 1904). **40**, 9.

Bericht (Berichterstatter Bacquehem) und Verhandlung. **40**, 15—69.

Redner: Fort, Berger Wilhelm, Jaffron, Baernreither, Dzieduszycki, Licht, Kramář, Pergelt, Zichokke, M. Ae. Gołuchowski, Schneider.

2. Organisation des Ministeriums des Äußern.

Berichterstatter Eichhoff macht Mitteilungen hierüber. **1**, 27.

Berichterstatter Eichhoff teilt mit, daß eine Reorganisierung der Geschäftseinteilung erfolgt sei. **1**, 249.

Kreierung einer handelspolitischen Abteilung: Denkschrift zum Budget 1878.

— Wiesenburg befürwortet die Errichtung eines kommerziellen Informationsbureaus. **14**, 15.

— Umwandlung der mit den Gebühren der VII. Rangsklasse dotierten Stelle des Chefs der Expedition für politische Korrespondenzen in eine Stelle der VI. Rangsklasse. Denkschrift zum Budget 1890.

— Pattai wünscht eine Erhöhung der Anzahl der systemisierten Stellen und Verringerung des Aspirantenwesens. **31**, 84.

Äußeres, Ministerium des Äußern.

2. Organisation des Ministeriums des Äußern:

— Kreirung der Stelle eines Sektionschefs als Leiters der zu errichtenden handelspolitischen Sektion. **36**, 37. (A. B.)

3. Palais des Ministeriums des Äußern.

— Nachtragskredit für die Renovierung und Adaptierung der inneren Räume des Palais des Ministeriums des Äußern. **5**, **33**.

— Nachtragskredit pro 1881, sowie außerordentlicher Kredit pro 1882 zur Durchführung von Adaptierungen in dem sogenannten Landesgerichtsgebäude und für den Ausbau des Palais des Ministeriums des Äußern. **14**, 4, 21, 27, 30.

— Nachtragskredit für Herrichtungen und Neuherstellungen im Ministerpalais. Budget 1892.

— Nachtragskredit für dringende bauliche Reparaturen und Herstellungen im Ministerialpalais in Wien. Denkschrift zum Budget 1893 und **28**, 51, 59.

— Adaptierung und Einrichtung der Ministerwohnung, sowie Einführung der elektrischen Beleuchtung im Ministerpalais. Budget 1897.

— Nachtragskredit pro 1899 für die Miete von Bureaulokalitäten im Modeneser Palais, Adaptierung derselben, ferner für die Kosten der Übersiedlung, Bewachung des Zahlamtes u. s. w. **35**, 7, 396, 465. (A. B.)

— Nachtragskredit pro 1901 für die Herstellung der Fassade des Ministerialpalais. **38**, **11**.

Agliardi, s. Schönborn.

Agram, s. Militärbildungswesen.

Akademie.

Militärtechnische in Mödling, s. Militärbauwesen.

— Orientalische. (Später **Konsularakademie.**)

Berichterstatter Pipitz beantragt eine Resolution bezüglich Gleichberechtigung der Konfessionen bei Aufnahme der Zöglinge. 1, 207.

(In der Denkschrift zum Budget 1869 wird mitgeteilt, daß eine entsprechende Abänderung der Statuten bereits erfolgt sei.)

— Reorganisation derselben. Denkschrift zum Budget 1871 über die Konsularorganisation.

— Resolution des Berichterstatters Schaup, betreffend die Art der Budgetierung für die Akademie. (Angenommen.) **7**, 208.

(Mitteilung, daß der Resolution entsprochen wurde. Denkschrift zum Budget 1876.)

— Reorganisation der orientalischen Akademie. Dieselbe wurde in administrativ-ökonomische Verbindung mit der Theresianischen Akademie gebracht. Denkschrift zum Budget 1884 und **18**, 37. (A. B.)

— Im Hinblick auf die große Wichtigkeit der slawischen Sprachen für den auswärtigen Dienst wurde neben der bereits bestehenden Lehrkanzel der serbischen Sprache noch eine solche für die russische Sprache errichtet. Denkschrift zum Budget 1885.

Digitized by Google

Akademie.

— Pflege der böhmischen Sprache an der orientalischen Akademie. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

— Erweiterung des ungarischen Sprachunterrichtes und Errichtung einer Lehrkanzel für das ungarische Staatsrecht an derselben. Denkschrift zum Budget 1893.

— Brzorád beklagt die Vernachlässigung der slawischen Sprachen in der orientalischen Akademie. **30**, 47.

— Ausbildung für den Dienst im äußersten Osten, Unterricht in der chinesischen und japanischen Sprache. — Notwendigkeit der juristischen sowie der volkswirtschaftlichen Bildung der Konsuln. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Lehrkurs für die Einführung in das System der chinesischen Sprache. **33**, 51 (A. B.).

— Umwandlung der orientalischen Akademie in eine Konsularakademie. — Denkschrift zum Budget 1898 und Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Nachtragskredit pro 1899 für die Reorganisierung des Lehrplanes der Konsularakademie, **35**, 7, 396, 465 (A. B.).

— M. Ae. Goluchowski bespricht die Umwandlung der orientalischen Akademie in eine allgemeine Konsularakademie. **36**, 84.

— Der Kaiser widmet das Erträgnis der deutschen Ausgabe des Werkes „Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild“ als Beitrag zur Schaffung eines eigenen Gebäudes für die Konsularakademie. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Die Schaffung eines eigenen Gebäudes für die Konsularakademie ist auf den Umstand zurückzuführen, daß Seine Majestät dem Ministerium des Äußern für diesen Zweck einen namhaften Betrag zugewendet hat, um die Konsularakademie auf eigene Füße stellen zu können. Der Grund dieser Maßnahmen sei also nicht etwa die Unzufriedenheit mit der Leitung der Anstalt durch das Theresianum gewesen. Man könne vielmehr dem Theresianum nur volles Lob spenden und wärmsten Dank für die Fürsorge aussprechen, welche die Leitung der Akademie, beziehungsweise der Kurator Baron Gautsch ihr angedeihen ließ. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

— Biankini klagt, daß die Kroaten aus Kroatien und Slawonien von der Konsularakademie ausgeschlossen sind. **39**, 109.

— Übersiedlung der Konsularakademie in ein eigenes Gebäude im Jahre 1904. Budget 1905.

— Ungarische, der Wissenschaften.

Beileidskundgebung des Präsidenten der Delegation anläßlich des Ablebens des Präsidenten der ungarischen Akademie der Wissenschaften. **3**, 511.

Aktiven gemeinsame, s. Zentralaktiven.

Albanien.

Kulturstreitigkeiten in Durazzo. Notbuch vom Jahre 1874.

— Widerstand der Albanesen gegen Gebietsabtretungen der Türkei an Griechenland und Montenegro. Rotbücher der Jahre 1878—1881.

Albanien.

— Die albanische Bewegung muß in ihrem Rahmen erhalten werden, damit nicht ein einzelner europäischer Staat darauf ausschließlichen Einfluß gewinne, das griechische Element muß tunlichst befriedigt werden. **12**, 59 (A. B.).

— Berichterstatter Pleuer Ernst warnt davor, die albanesische Bewegung zu unterschätzen und tritt für die Vorbereitung einer staatlichen Ordnung des albanesischen Stammes ein; er bezeichnet die Rolle der Monarchie in der griechischen Frage als bedenklich, weil sie auf der Berliner Konferenz die neue Grenzlinie wenigstens moralisch unterstützte. **13**, 33.

— M. Ae. Haymerle betont, die Stärkung des griechischen Elementes am Balkan liege mit Rücksicht auf seine kulturelle Bedeutung im Interesse der Monarchie. Der Begriff „albanesische Nation“ sei erst auf dem Punkte, sich zu formieren; bis vor wenigen Jahren wußten die Albanesen von einem albanesischen Gemeingefühle außerordentlich wenig. **13**, 37.

— Der Delegierte Dr. Kramář habe von den Fortschritten Italiens in Albanien gesprochen. In Italien werde dasselbe von unserer Monarchie behauptet. Wir seien in dieser Beziehung mit Italien vollkommen im Reinen. Wir haben keine Expansivgelüste, Italien auch nicht, und wir würden nichts wünschen, als die Erhaltung des Status quo. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 24. Mai 1901.

— Vukovič wünscht, daß die Regulierung des Drin und der Bojana in Albanien in die Hände österreichischer Unternehmer gebracht werde. **38**, 133.

— s. auch Griechenland.

Alexandrien, s. Ägypten, Handelskammern, Konsulate.

Algier, s. Konsulate.

Alldeutscher Verband.

Verbot einer Versammlung des Alldeutschen Verbandes in Berlin. Die deutsche Regierung sei durchaus korrekt und loyal vorgegangen. Sie habe das Prinzip gewahrt, an dem auch wir festhalten, daß sich kein Staat in die Verhältnisse eines anderen Staates einmischen dürfe. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 23. November 1897.

Allerhöchster Hof, Hofstaat, s. Hof, Hofstaat.

Allianzen, s. Äußere Politik.

Alpenländer, s. Schweiz.

Amerika.

Adámek betont, daß das Primat der Vereinigten Staaten von Nordamerika in der Weltwirtschaft durch den bewaffneten Frieden befestigt werde. **29**, 42.

— Spanisch-amerikanischer Krieg. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— s. auch Diplomatische Auslagen, Konsulate.

Amnestie, s. Auswanderung.

Amsterdam, s. Konsulate.

Analphabeten.

Petition der Gesellschaft der Volksschule in Krakau wegen Gewährung einer Subvention behufs Sicherstellung des Fortbestandes der Analphabetenschule der Gesellschaft. **39**, 718.

Digitized by Google

Ancona, s. Konsulate.

Andrássy, s. Minister.

Anhalischer Hof, s. Diplomatische Auslagen.

Ansprache an den Kaiser.

Wolf fragt, wer den Präsidenten der Delegation bevollmächtigt habe, im Namen der Delegation eine Ansprache an den Kaiser zu richten. **37**, 230.

Präsident Lobkowitz Ferdinand beruft sich auf den diesfalls bestehenden Usus. **37**, 240.

Antiduell-Liga, s. Duellwesen.

Antivari, s. Konsulate.

Antofagasta, s. Konsulate.

Anträge.

In der Delegation überreichte meritorische Initiativanträge:

1. Lasser: Wahl einer Kommission zur Entwerfung einer Geschäftsordnung. **1**, 2.

Sofortige Wahl der Kommission. **1**, 3.

Beratung der Geschäftsordnung. **1**, 6.

2. Gablenz: Vorlage eines Pferdekonskriptionsgesetzes. **3**, 87, 115.

Zuweisung an den B. A.

Aufforderung an den Kriegsminister, betreffend die Vorlage eines solchen Gesetzes. **3**, 349.

3. Gablenz: Bestrafung der Mannschaften, sowie der Amtsrepräsentanten, welche bei den vorgeschriebenen Einberufungen zur Erfüllung der Wehrpflicht sich säumig oder unlütig zeigen. **3**, 87, 116.

Zuweisung an den B. A.

Übergang zur Tagesordnung. **3**, 345.

4. Gablenz: Vorlage eines Gesetzes zur Versorgung freiwillig fortdienender brauchbarer Unteroffiziere der gemeinsamen Armee. **3**, 87, 117.

Zuweisung an den B. A.

Übergang zur Tagesordnung. **3**, 344.

5. Kellner: Wirksamkeit des Militärpensionsgesetzes. **8**, 10.

Zuweisung an den B. A.

Übergang zur Tagesordnung. **8**, 92.

6. Kellner: Aufbesserung der Mannschaftskost. **9**, 137.

Zuweisung an den B. A.

Bei der Beratung des Heeresordinariums abgelehnt. **9**, 154.

7. Engerth: Zuerkennung einer Dotation für die Witwe des verstorbenen Feldmarschall-Leutnants Freiherrn von Uchatius. **14**, 212.

Dringliche Behandlung und Annahme des Antrages. **14**, 214.

8. Bielohlawek: Regelung des Dienstverhältnisses der Amtsdiener beim Ministerium des Äußern. **34**, 15, 242.

Erste Lesung und sofortige meritorische Verhandlung, ohne Ausschußberatung. — Abtretung an die Regierung. **34**, 186.

9. Iro: Verleihung des Eintrittsrechtes in die Kadettenschulen an die Absolventen der Bürgerschulen. **37**, 17.

Nicht in Verhandlung genommen.

Anträge.

10. Iro, Sylvester: Ergänzung des Wehrgesetzes in Richtung der Zuerkennung des Einjährig-Freiwilligenrechtes an die im letzten Jahrgange befindlichen Realschüler. **37**, 18.

Nicht in Verhandlung genommen.

11. Iro: Vergütung der Reisekosten an die zur Waffenübung einrückenden Reservisten und Landwehrmänner. **37**, 20.

Nicht in Verhandlung genommen.

12. Iro, Sylvester: Erhöhung der Militärpensionen unter 1200 K. **37**, 21.

Nicht in Verhandlung genommen.

13. Iro: Einführung nur 13tägiger Waffenübungen bei der Landwehr und Auflassung der Waffenübungen im 11. und 12. Dienstjahre. **37**, 22.

Nicht in Verhandlung genommen.

14. Iro: Abänderung des Wehrgesetzes in der Richtung von Erleichterungen für Söhne kleiner Landwirte. **37**, 23.

Nicht in Verhandlung genommen.

15. Iro: Abänderung des Wehrgesetzes in der Richtung der möglichsten Einreihung von dem mittleren Bauernstande angehörigen Rekruten in die Ersatzreserve. **37**, 25.

Nicht in Verhandlung genommen.

16. Pommer: Erhöhung der Militärpensionen. **37**, 167.

Nicht in Verhandlung genommen.

17. Kleewein, Sylvester: Erhöhung der Pensionen für die vor dem Jahre 1900 pensionierten Offiziere und Militärbeamten, sowie für deren Witwen und Waisen. **38**, 142, 147.

Zuweisung an den B. A. **38**, 200.

Annahme des Antrages in Form einer Resolution. **38**, 342.

18. Kleewein: Verbesserung der Stellung der Feldapotheker im k. u. k. Heere. **38**, 328.

Über Antrag Sylvester sofortige Verhandlung in erster Lesung und Zuweisung an den B. A. **38**, 323.

Der Antrag des Referenten auf Übergang zur Tagesordnung abgelehnt. **38**, 343.

19. Delugan: Verabreichung eines entsprechenden täglichen Weinquantums an die Mannschaft des ständigen Heeres, sowie an die Ersatzreserve für die ganze Dauer der großen Manöver. **39**, 28, 68.

Zuweisung an den B. A. **39**, 684.

Übergang zur Tagesordnung. **39**, 711.

20. Kliemann: Vergütung der Reisekosten seitens des Militärärars an die zur Waffenübung einrückenden Reservisten und Landwehrmänner. **39**, 29, 68.

Zuweisung an den B. A. **39**, 683.

Annahme des Antrages in Form einer Resolution. **39**, 710.

21. Derschatta: Erhöhung der Pensionen für die vor dem Jahre 1890 pensionierten Offiziere und Militärbeamten sowie für deren Witwen und Waisen. **39**, 29, 69.

Zuweisung an den B. A. **39**, 436.

Annahme einer Resolution mit der Aufforderung an die Regierung, noch im Laufe des Jahres 1904 die erforderlichen Vorlagen wegen Aufbesserung der Versorgungsgenüsse der Militärwitwen und -Waisen einzubringen und in das Budget des Jahres 1905 einen ausreichenden Betrag einzustellen, um die Bezüge der vor dem Jahre 1900 pensionierten Offiziere und Militärbeamten durch Subsistenzzulagen aufzubessern. **39**, 684, 705.

Antwort des Kriegsministeriums. **40**, 152.

Digitized by Google

Anträge.

22. Tollinger: Verantwortlichkeit des gemeinsamen Ministeriums. **39**, 121.

Tollinger beantragt, diesen Antrag direkt dem B. A. zuzuweisen.

Präsident erwidert, er wird den Antrag zur ersten Lesung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen. **39**, 687.

Bei der ersten Lesung des Antrages verzichtet der Antragsteller auf dessen weitere formelle Behandlung. **39**, 717.

Antwerpen, s. Konsulate.

Apotheken.

Resolution Roser auf Einberufung einer Enquete über die Frage, ob nicht die Verabreichung von Arzneien für das Militär an Zivilapotheken übertragen werden könne. (Nicht unterstützt.) **5**, 171.

— Antrag Kleewein, betreffend Verbesserung der Stellung der Feldapotheker im k. und k. Heere. **38**, 323. (S. Anträge 18.)

— Petition der „Österreichischen pharmazeutischen Gesellschaft" in Wien wegen Regelung der Stellung der Pharmazeuten in der Armee. **39**, 718.

Appalachicola (Florida), s. Konsulate.

Arad, s. Kommanden.

Arbeiter-Altersversorgung, — Krankenkasse, — Wohnungen, s. Arsenal, Pola (Arsenal).

Arbeiterschutz, s. Sozialpolitik.

Arbeitszeit, s. Militärverpflegswesen.

Archiv; Haus-, Hof- und Staatsarchiv.

— Regelung in der Leitung desselben; Denkschrift zum Budget 1869.

— Auflösung des Kabinettsarchivs und Einverleibung der daselbst aufbewahrten Staatsratsakten in das Staatsarchiv. Denkschrift zum Budget 1887.

— Übersiedlung in das neue Archivsgebäude. **36**, 37, 39 (A. B.).

— Errichtung eines photographischen Ateliers. Denkschrift zum Budget 1902.

— Nachtragskredit von 60.000 K pro 1902 für Möblierung des Haus-, Hof- und Staatsarchivs. **38**, 11, 92 (A. B.), 172.

— Nachtragskredit von 20.000 K für die Möblierung des Haus-, Hof- und Staatsarchivs. Budget 1904 und **39**, 134 (A. B.), 212.

Argentinien, s. Diplomatische Auslagen, handelspolitische Fragen, Schiffsverbindung.

Arktische Expedition, s. Expeditionen.

Armee.

Bei Post 4 des Kriegsbudgets beschließt die österreichische Delegation, als Reservekriegsvorrat an Kanonen „für die gemeinsame Armee" 2 Millionen Gulden einzustellen, während die ungarische Delegation bei der Benennung der betreffenden Post die Worte „für die gemeinsame Armee" wegläßt. **3**, 515.

Armee.

— Km. Krieghammer bemerkt, keine Armee in Europa sei so wenig exklusiv wie die österreichisch-ungarische, in keiner ereignen sich so wenig Reibungen, ihre Hilfsbereitschaft bei Elementarereignissen werde allgemein anerkannt; gerade beim Militär kommen sehr viele, spontan mit eigener Lebensgefahr bewirkte Rettungen vor. Das geringste Vorkommnis in der Armee aber werde aufgebauscht und zu Angriffen auf sie verwendet. Er lasse in die Armee keine Nationalitäten- und politischen Streitigkeiten hineintragen. **35**, 200.

— Berichterstatter Waltersкirchen protestiert auf das allerentschiedenste gegen jene unerhörten Beleidigungen und Beschimpfungen, denen in den jüngsten Tagen unsere Armee ausgesetzt war, eine Armee, die sich immer heldenmütig benommen, ob glücklich oder unglücklich immer ihre Pflicht im vollen Maße erfüllt hat. **38**, 204.

— Einheit derselben, s. Einheit.

— Ersparungskommission, s. Ersparungen.

— Ökonomische Verwaltung, s. Militärverwaltung.

— Reformen in derselben, Reorganisation, s. Organisation.

— Sterblichkeit in der Armee, s. Sterblichkeitsverhältnis.

— Supernumeräre, s. Supernumeräre.

Armeediener, s. Bamte und Diener.

Armeedienstsprache, s. Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse 1.

Armeeinspektor.

Weichs beantragt die Auflassung dieser Stelle, eventuell das Erfordernis für dieselbe in das Extraordinarium zu übertragen. **2**, 142, 145. (Abgelehnt.)

Armeesparkasse.

Elaborat des Militärrechnungsoffizials Franz Theiner, betreffend die Gründung einer Armeesparkasse zur Aufbesserung der Bezüge und Pensionen. **27**, 69.

Armenische Frage, s. Türkei 4.

Arsenal (Artillerie —).

Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Reform der Bewirtschaftung desselben. (Angenommen.) **2**, 181.

— Rechbauer befürwortet die Verpachtung desselben an die Privatindustrie. **2**, 181.

— Verhandlungen wegen Übergabe an die Privatindustrie. Exposé zum Budget 1869.

— Reform des Arsenals unter Belassung in ärarischer Regie Exposé zum Budget 1871.

— Ausführung einer Eisenbahn im Artillerieарsenal. Begründung zum Budget 1877 und **9**, 193 (A. B.).

— Kronawetter wünscht die Beibehaltung der Arbeiterkrankenkasse, die Einführung der Altersversorgung für die Arsenalarbeiter und die Verlängerung der Mittagspause. **31**, 265.

— Kaftan fragt über die Art der Beleuchtung im Wiener Artilleriearsenal und ob die Kriegsverwaltung hiebei von der Gemeinde oder einer Privatgesellschaft abhängig sei. **37**, 50.

Km. Krieghammer erklärt, daß seit Errichtung des Arsenals dort eine Leuchtgasfabrik bestehe, welche in eigener Regie betrieben werde. **37**, 201.

Digitized by Google

Arsenal.

— Baernreither fragt, ob das Gerücht von der geplanten Errichtung eines Arsenals in Ungarn wahr sei. **39**, 659.
Rv. Sektionschef Röckenzaun verneint diese Frage. **39**, 667.

— ſ. auch Pola.

Artillerie.

1. Allgemeines.

Erhöhung des Präsenzstandes. **3**, 466.

— Begründung der Überschreitung des Erfordernisses für das Artilleriewesen pro 1871. Exposé zum Budget 1872.

— Aufstellung eines 13. Artillerieregiments. **4**, 51, 52, 63.

— Systemisierung eines dritten Majors bei jedem Artillerieregiment. **7**, 88.

— Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf Herabminderung des für die Adjutanten und die Trompeter bei den dritten Majoren zur Anschaffung von Reitpferden beanspruchten Betrages. **7**, 128.

— Standeserhöhungen. Denkschrift zum Budget 1878.

— Interpellation Dobernig, betreffend die ungünstigen Avancementverhältnisse und die Einschübe von Offizieren anderer Truppen bei der Artillerie. **38**, 276.
Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 394.

2. Feldartillerie.

Antrag Hartung auf Einstellung eines Betrages für die reitenden Batterien bei der Kavallerie. **10**, 294, 305, 322; auch Denkschrift des Kriegsministeriums zum Budget 1878.

— Kosten für die Reorganisierung der Feldartillerie. (Vermehrung der reitenden Batterien und Steigerung der Mobilisierungsfähigkeit.) **19**, 42, 99 (A. B.).

— Aufstellung von 14 schweren Batterien. Die Kriegsverwaltung beantragt die Errichtung einer 6. (9 *cm*) Batterie bei jedem Korpsartillerieregimente. Begründung zum Heeresordinarium 1890.

— Komplettierung der auf vermindertem Friedensstande befindlichen 14 Batteriedivisionen auf den normalen Friedensstand. **27**, 74 (A. B.).

— Ausgestaltung der Feldartillerie durch neue Aufstellung von 14 fahrenden Batterien und Einteilung der gesamten Feldartillerie in 14 Artilleriebrigaden zu je 4 Regimentern à 4 Batterien. Begründung zum Budget 1894 und **29**, 123 (A. B.).

— Erfordernis aus Anlaß der Aufstellung von 14 neuen Batterien und der damit in Verbindung stehenden Neugliederung der Feldartillerie. **30**, 231.

— Schachinger findet das Bestreben nach Ausgestaltung der Feldartillerie berechtigt. **35**, 215.

— Reorganisation der Feld- und Gebirgsartillerie (Aufstellung von 14 Feldhaubitz-Batteriedivisionen, Reorganisation der Gebirgsartillerie in Tirol und Errichtung einer zweiten Artillerie-Kadettenschule). **38**, 237 (A. B.).

— Da das erhöhte Rekrutenkontingent noch nicht bewilligt wurde, mußte die geplante Aufstellung von 14 Feldhaubitz-Batteriedivisionen und die Reorganisation der Gebirgsbatteriedivision in Tirol entfallen. **39**, 475 (A. B.).

Artillerie.

3. Festungsartillerie.

Reorganisation der Festungsartillerie. **26**, 77.

— Die Kommandanten der in Cattaro und Trient befindlichen Festungsartillerie-Truppenkörper können als Truppenkommandanten mit den Obliegenheiten von Festungsartilleriedirektoren nicht weiter belastet werden und erscheint es notwendig, für diesen Dienst eigene Funktionäre zu bestellen. Budget 1897.

4. Technische Artillerie.

Standeserhöhung bei der technischen Artillerie. **4**, 51.

— Reorganisation der technischen Artillerie. Künftig wird der Dienst durch Militärbeamte besorgt werden. **31**, 201 (A. B.).

— ſ. auch Arsenal, Gagen, Präsenzstand, Pulverwesen, Schießplätze, Schießübungen, Waffenwesen.

Arzila, ſ. Konsulate.

Arzneien, ſ. Militärsanitätswesen.

Asbest.

Kastan fragt nach der Verwendung von Asbest zu Isolierzwecken bei der Kriegsmarine, indem er auf die Nachricht von der Verbrennung des Asbesthauses des Generals Waldersee in Tientsin hinweist. **37**, 327.

Mk. Spaun teilt mit, daß die Versuche der Marine mit dem Asbest ein sehr günstiges Resultat ergeben haben. **37**, 335.

Assentierung.

Interpellation Roser wegen Bestechlichkeit von Assentkommissionen und wegen des durch einen Strafprozeß in Stanislau bekannt gewordenen Verhaltens des Lemberger Generalkommandos. **5**, 15.
Beantwortet vom Km. Kuhn. **5**, 255.

— Interpellation Janda, betreffend die ungerechtfertigte Assentierung des Anton Pahl zur Ersatzreserve. **32**, 169.

— Klemann verlangt die Abschaffung der Losnummern bei Assentierungen. **39**, 608.

Asuncion (Paraguay), ſ. Konsulate.

Attachés.

Adjuten für unbesoldete Attachés. Denkschrift zum Budget 1881.

Kommerzielle Attachés.

— Kastan wünscht, daß künftighin den Missionsschiffen kommerziell gebildete Kräfte beigegeben werden.
Mk. Sterneck spricht sich gegen diesen Vorschlag aus, weil die Kriegsschiffe sich längstens acht Tage an einem Orte aufhalten, so daß der Handelsagent sich über die Handelsverhältnisse nicht genügend orientieren kann. **31**, 63, 69.

— Geßmann beantragt eine Resolution, betreffend die Beistellung kommerzieller Attachés bei den wichtigsten Konsulaten. **32**, 24.

Digitized by Google

Attachés.

Kommerzielle Attachés.

— Berichterstatter **Dumba** ist gegen die Resolution wegen Bestellung von kommerziellen Attachés, weil solche dem Ministerium nicht zur Verfügung stehen; die Erfüllung solcher Wünsche gehöre in die Kompetenz des österreichischen Handelsamtes. Nur im Vereine mit den Handelskammern und Vereinen müssen die passenden Leute entsendet werden, der Konsul selbst könne nicht zum Kaufmanne werden. **32**, 39.

— **Azmann** findet, daß die Konsulate eines wichtigen Faktors entbehren, das ist eines gediegenen kommerziellen Beirates, es hafte ihnen zu sehr der bureaukratische Charakter an. **33**, 32.

— Berichterstatter **Dumba** findet die Kreierung von kommerziellen Beiräten bei den Konsulaten sehr schwierig, da bloß theoretisch gebildete Leute in das praktische Verkehrsleben nicht eingeweiht seien, ältere Kaufleute sich aber zu Beiräten nicht hergeben werden. Erst müsse der Handel die Wege eröffnen, dann müsse die Regierung nachkommen, um diesen etablierten Handel zu schützen. Unsere Konsuln leisten auch in kommerzieller Beziehung das Möglichste. **33**, 45.

— **Kaftan** bedauert, daß über die Erfolge der in transozeanischer Mission verwendeten fünf österreichischen Schiffe nur äußerst spärliche Daten veröffentlicht wurden und die Anregung wegen Mitnahme von Handelsattachés, welche in Verbindung mit den Konsulaten recht Ersprießliches für unseren Seehandel leisten könnten, keine Berücksichtigung gefunden habe. **33**, 244.

Mr. **Spaun** erklärt, daß die Einschiffung von Handelsattachés auf den Missionsschiffen Schwierigkeiten biete, da diese nur zur Instruktion von Stab und Mannschaft bestimmt seien, viel Zeit auf der See und sehr enge im Hafen wedeingen. Bis die neuen Kreuzer, die größere Räume haben, fertig seien, dürfte dem Wunsche bezüglich der Handelsattachés entsprochen werden. **33**, 247.

— **Kaftan** betont die Notwendigkeit der Kreierung von Handelsattachés. **34**, 30.

— **Azmann** freut sich, daß die in früheren Jahren gemachten Anregungen bezüglich Reform der Konsulatämter von der Regierung insofern aufgegriffen wurden, als sie zur Erkenntnis gelangte, daß bei aller Anerkennung der Konsulatsbeamten diesen ein zu bureaukratischer Charakter anhafte. Die Verwendung von kommerziellen Beiräten bei den Konsulatsämtern sei für den Wirkungskreis derselben auf das wirtschaftliche Leben die einzig richtige Reform. **34**, 38.

— **Azmann** begrüßt die Reform des Konsularwesens und wünscht die Kreierung von kommerziellen Beiräten. **34**, 39.

— Berichterstatter **Bacquehem** macht Mitteilung über die erfolgte Zuteilung von Handelsattachés an mehrere Missionen. **39**, 205.

— **Licht** regt an, den Konsulaten fachmännische Beiräte zur Verfügung zu stellen. **40**, 41.

Landwirtschaftliche Attachés.

Döry vertangt die Kreierung landwirtschaftlicher Beiräte bei den Konsulaten und Gesandtschaften. **32**, 80.

Attachés.

Militärattachés.

Kaftan fragt, ob die Regierung die Institution der Militärattachés auch fernerhin (nach dem Dreyfußprozeß) aufrecht zu erhalten gedenke. **36**, 93.

M. Ac. **Goluchowski** bejaht diese Frage. **36**, 96.

— **Kaftan** bringt den Umstand zur Sprache, daß dem österreichischen Militärattaché Oberst **Giesl** von der Türkei die Erlaubnis zu einer Studienreise nach Kleinasien verweigert worden sei. **36**, 93.

M. Ac. **Goluchowski** erklärt, es sei keine Rede davon, daß dem Obersten **Giesl** Schwierigkeiten gemacht worden wären, und gibt nähere Aufklärungen. **36**, 96.

— Systemisierung des Postens eines Militärattachés in Sofia. Budget 1901. **39**, 481 (A. B.).

— Kreierung des Postens eines Marineattachés bei der Gesandtschaft in Tokio. **40**, 369, 411 (A. B.).

Technische Attachés.

Petition des Ingenieur- und Architektenvereines zu Wien um Kreierung von Ingenieurattachéposten in Berlin, London, Paris, Petersburg, Rom, Washington. **27**, 67.

— Petition der ständigen Delegation des **III.** und des **IV.** österreichischen Ingenieur- und Architektentages, betreffend die Bestellung technischer Attachés bei einigen **k.** und **k.** Missionen. **28**, 238, **37**, 492.

— **Dobernig** wünscht, daß bei einzelnen Vertretungen der Monarchie technische Attachés bestellt werden. **39**, 147.

Aucland, ſ. Konsulate.

Auditoriat, ſ. Militärjustiz.

Ausgleich, österreichisch-ungarischer, ſ. Ungarn 9.

Auslagen, Diplomatische, ſ. Diplomatische Auslagen.

— Geheime, ſ. Dispositionsfonds.

Ausrüstung.

Die Bewaffnung der Infanterie- und Jägertruppe mit Repetiergewehren erheischt auch eine entsprechende Änderung der Ausrüstung dieser Truppen ohne Vermehrung der Belastung des Mannes. Begründung zum Heeresgetraordinarium 1889. **24**, 91.

Ausschüsse, ſ. Geschäftsordnung 4.

Außerordentliche Delegationssessionen, ſ. Delegationssessionen.

Außerordentliches Erfordernis.

Außerordentliche Ausgaben können durch ein Budgetprovisorium nicht bewilligt werden. **10**, 30 (A. B.).

Außerordentliche Kredite.

1. Außerordentliches Erfordernis für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft, ſ. Kriegsministerium, Budget pro 1871.

2. von 60 Millionen, 41,720.000 und 5 Millionen Gulden für unvorhergesehene Auslagen (Okkupationsgebiet), ſ. Bosnien 3 a.

Digitized by Google

Außerordentliche Kredite.

3. von 8 Millionen Gulden und

4. von 23,733.000 fl. behufs Unterdrückung der im Süden der Monarchie und im Okkupationsgebiete ausgebrochenen Bewegung, s. Kriegsministerium, Budget pro 1882.

5. von 52½ Millionen Gulden für militärische Vorsichtsmaßregeln, s. Kriegsministerium, Budget pro 1887.

6. von 47·3 Millionen Gulden für die Fortsetzung dieser militärischen Vorsichtsmaßregeln, s. Kriegsministerium, Budget pro 1889.

7. von 30,100.000 fl. zur Beschaffung von Waffen- und Kriegsmaterial, dann für fortifikatorische Maßnahmen, s. Kriegsministerium, Budget pro 1899.

8. von 38 Millionen Kronen auf Anlaß der Schaffung eines Feldhaubitz- und eines neuen Gebirgsgeschützmaterials, s. Kriegsministerium, Budget pro 1903.

9. von 15 Millionen Kronen für neue Feldgeschütze, s. Kriegsministerium, Budget pro 1904.

10. von 88 Millionen Kronen zur Fortsetzung der Beschaffung des neuen Feldartilleriematerials und von Ausrüstungsgegenständen, s. Kriegsministerium, Budget pro 1905.

11. von 75,176.000 K für Schiffsbauten, s. Marine-Budget pro 1905.

Austria (katholische Verbindung), s. Duellwesen.

Auswanderung.

Salvadori ersucht um Amnestie für die nach Amerika ausgewanderten Stellungspflichtigen. **29**, 81.

— Bazzanella ersucht den Kriegsminister um Amnestie für jene Soldaten des italienischen Tirol, welche infolge Auswanderung bei den Kotrollversammlungen nicht erschienen. **30**, 208.

— Petition der polnischen handelsgeographischen Gesellschaft in Lemberg um diplomatischen Schutz der österreichisch-ungarischen Auswanderer in Brasilien und Errichtung eines k. u. k. österreichisch-ungarischen Generalkonsulates in Curityba in Brasilien. **30**, 304.

— Salvadori klagt, daß 50.000 Trientiner, d. i. 12 Prozent der Bevölkerung, genötigt sind, in anderen Ländern ihr Brot zu suchen. **31**, 280.

— Wassilko Georg bezeichnet die Erwerbung von Kolonien als das einzige Mittel, der immer mehr zunehmenden Auswanderung von Bauern aus Galizien und der Bukowina eine Wendung zum Besseren zu geben. **34**, 48.

— Regelung des Auswanderungswesens. Exposé des M. Ac. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Conci äußert Wünsche bezüglich der Regelung des Auswanderungswesens. **35**, 437.

— Dzieduszycki erörtert die im Interesse des Auswandererschutzes zu ergreifenden Maßregeln, wobei er unter anderem namentlich auf die Ausgestaltung des Konsularwesens Gewicht legt. **35**, 404.

— Wolffhardt erörtert die Notwendigkeit der im Exposé angeregten Regelung des Auswanderungswesens. **35**, 406.

Auswanderung.

— Schneider führt aus, die Auswanderung der Bauern aus Galizien sei auf die schlechte Behandlung durch die jüdischen Bodenpächter zurückzuführen. **35**, 416.

— Ferjančič und Winnicki geben ihrer Zustimmung zu der im Exposé angeregten Regelung des Auswanderungswesens Ausdruck. **35**, 379, 387.

— Kozłowski verlangt eine Reihe von Maßregeln zur Verminderung der Schäden der Auswanderung. **36**, 60.

— Wachianyn begehrt Maßregeln zum Schutze der ruthenischen Auswanderer in Amerika. **36**, 75.

— M. Ac. Gołuchowski teilt mit, in Angelegenheit der Seelsorge der ruthenischen Auswanderer in Amerika habe eine rege Korrespondenz mit dem Vatikan stattgefunden. **36**, 86.

— Delugan bespricht die Armut im Trentino, welche viele junge Männer zwinge, auszuwandern, bevor sie ihr dienstpflichtiges Alter erreicht haben oder aus dem Militärdienste vollständig entlassen wurden. Diese werden, wenn sie zurückkehren, als Deserteure behandelt. Redner empfiehlt, in solchen Fällen nicht die Strenge des Gesetzes anzuwenden, sondern Rücksicht walten zu lassen. **37**, 73.

— Conci wünscht eine Regelung des Auswanderungswesens, unter anderem auch die Errichtung eines ständigen staatlichen Auswanderer-Informationsbureaus im Trentino. **38**, 109.

— Bukovič urgiert die Regelung des Auswanderungswesens und schlägt namentlich Erleichterungen bezüglich Erfüllung der militärischen Pflichten seitens der im Ausland dauernd Ansässigen vor. **38**, 138.

— Interpellation Bukovič, betreffend die Verhinderung der Auswanderung von Dalmatinern nach Neuseeland. **38**, 276.

Beantwortet vom M. Ac. Gołuchowski. **38**, 553.

— Šusteršič verweist auf die immer steigende Zahl von Auswanderern. **39**, 583.

— Delugan verlangt Vorkehrungen zum Schutze der Auswanderer aus Südtirol und wünscht, daß die Auswanderer bei ihrer Rückkehr nicht als Deserteure behandelt werden. **39**, 49, 119, 602.

— Biankini wünscht, daß in New-York ein Auswanderungsamt geschaffen werde. **39**, 108.

— Zaffron lenkt die Aufmerksamkeit auf die Auswanderung aus Dalmatien und wünscht Maßregeln zum Schutze der Auswanderer. **40**, 27.

— Interpellation Schneider, betreffend die Errichtung einer in staatlicher Verwaltung stehenden Herberge und eines Informationsbureaus für Auswanderer in New-York. **40**, 275.

Beantwortet vom M. Ac. Gołuchowski. **40**, 534.

Ausweichgeleise, s. Eisenbahnen.

Ausweisungen.

Ausweisungen österreichisch-ungarischer Staatsbürger polnischer Nationalität aus Preußen. **20**, 115 (A. B.).

— Ausweisungen von Österreichern aus Preußisch-Schlesien. Es sei nicht Sache des Ministers, sich über die Opportunität oder Nichtopportunität einer solchen Maßregel

Digitized by Google

Ausweisungen.

auszusprechen. Es sei ein diskretionäres Recht jeder Regierung, Fremde auszuweisen. Ein solches Recht bestehe auch in Österreich und in Ungarn. Es seien vielleicht gewisse Schärfen vorgekommen und die k. u. k. Regierung habe sich in derartigen Fällen auch in freundschaftlicher Weise verwendet, damit solche Schärfen gemildert werden, was ihr auch wiederholt gelang; aber prinzipiell gegen solche Maßregeln Stellung zu nehmen, dazu stehe keinem Staate das Recht zu, weil das eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Nachbarstaates wäre, die sich weder Preußen gefallen ließe, noch im gleichen Falle Österreich. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Ausweisungen tschechischer und galizischer Arbeiter aus Preußen. Diese Ausweisungen seien ganz vereinzelt geblieben. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 14. Mai 1900.

— Die Ausweisungen aus Preußen haben sich in der Zahl sehr vermindert. Diese Ausweisungen seien durchaus nicht immer auf nationale Gründe zurückzuführen, sondern weil öfter auf Konkurrenzrücksichten. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 24. Mai 1901.

— Interpellationen Pacák, betreffend die Ausweisung österreichischer Staatsbürger böhmischer und polnischer Nationalität aus dem Deutschen Reiche. **35**, 19, 57.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **35**, 370.

— Dzieduszycki bespricht die Ausweisungen aus Deutschland und hofft, daß in jedem Falle einer nicht begründeten Ausweisung unser auswärtiges Amt in freundschaftlicher, aber entschiedener Weise die Interessen österreichischer Staatsangehöriger wahren werde. **35**, 404.

— Kramář erörtert die Ausweisungen aus Deutschland. Es handle sich nicht um Saison-, sondern um stabile Arbeiter. Man habe bei uns nicht die Courage, zu sagen, daß wir entschlossen sind, Reziprozität zu üben. Die Interpellationsbeantwortung des Ministers des Äußern klinge wie eine Aufmunterung für Deutschland. **35**, 426.

— Pacák bespricht ausführlich die Ausweisungen slawischer Arbeiter aus Deutschland, indem er gegen die Interpellationsbeantwortung des Ministers des Äußern Stellung nimmt, die mit der Antwort des Ministerpräsidenten Grafen Thun vom Jahre 1898 in Widerspruch stehe. Es handle sich nicht um Saisonarbeiter, es seien Massenausweisungen erfolgt, die Ursache liege in der Nationalität. Er begehrt Erhebung der von ihm angeführten Fälle. **35**, 434.

M. Ae. Gołuchowski erwidert, die in der Interpellation enthaltenen Behauptungen hätten sich als völlig grundlos erwiesen. **35**, 455.

— Kaftan führt über die Ausweisungen slawischer Arbeiter aus Deutschland Beschwerde. **36**, 15.

— Sláma kritisiert die Ausweisungen österreichischer Slawen aus Deutschland und verlangt energisches Einschreiten bei den auswärtigen Ämtes. **36**, 30.

— Pacák bespricht die Ausweisung österreichischer Slawen aus Deutschland. **36**, 54.

— Kozłowski führt aus, daß die Ausweisungen aus Deutschland zum Teil auch gegen Artikel 19 des Handelsvertrages verstoßen. **36**, 59.

— M. Ae. Gołuchowski bespricht die Ausweisungen aus Deutschland. Er stellt in Abrede, daß Massenausweisungen vorgekommen sind. In Landeshut wurden nicht 360, sondern 3 Personen ausgewiesen. **36**, 84.

Ausweisungen.

— Kozłowski erklärt, daß die von dem Einflusse der preußischen Regierung und des Ostmarkvereines bestimmten Ausweisungen aus Deutschland sowohl vom Standpunkte der christlichen Ethik, der Kultur, des Völkerrechtes und der Handelsverträge als auch ganz besonders vom Standpunkte der Bundesgenossenschaft zu verwerfen seien. **37**, 222.

— Schönborn teilt die Ansicht, daß die Ausweisungen aus Deutschland, die sich gegen Mitglieder einer Nationalität, eines bestimmten Volksstammes als solchen richten, kaum mit dem wahren Geiste eines Bündnisses vereinbar seien, findet aber Beruhigung darin, daß die Ausweisungen sich sehr verringert haben, daß das auswärtige Amt stets bemüht sei, so viel zu retten, als es gehe, und daß diese Bemühungen freundschaftliches Entgegenkommen seitens der deutschen Regierung finden. **37**, 282.

— Berichterstatter Bacquehem bemerkt, es werde bei Vereinbarung der neuen Handelsverträge Gelegenheit sein, in der Frage der Ausweisungen darauf hinzuweisen, daß, wenn der Wert einer Vertragsbestimmung darin bestehe, daß sie den Angehörigen des anderen Staates die gleiche wirtschaftliche Behandlung zusichere, die die Angehörigen des eigenen Staates genießen, der Wert dieser Vertragsbestimmung in eben dem Umfange sinken müsse, in welchem die Besorgnis entstehe, daß die Angehörigen des anderen Staates nicht immer in der Lage seien, von den Vorteilen des Vertrages Gebrauch zu machen. **37**, 316.

— Interpellation Stránský, betreffend die Ausweisung böhmischer Arbeiter aus dem deutschen Reichsgebiete. **37**, 461.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **37**, 514.

— Frage der Ausweisungen. — So oft unseren Vertretungsbehörden Beschwerden ihrer Nationalen über Ausweisungsmaßregeln zukamen, wurden bei der deutschen Regierung nachdrücklich Schritte unternommen, die auch in sehr vielen Fällen von Erfolg begleitet waren. Von Massenausweisungen könne nicht gesprochen werden. Diesbezügliche Zeitungsmeldungen haben sich wiederholt als Erfindungen herausgestellt. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Ausweisung des Professors Gubernatis aus Innsbruck. — Diese Angelegenheit gehe zunächst die österreichische Regierung an, wobei der Minister aber zugeben müsse, daß er die Maßregel nicht ganz unberechtigt finde. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

Avancementverhältnisse — der Beamten und Diener.

— Ludwig Ferdinand bringt den Wunsch der Beamten des Ministeriums des Äußern nach Verbesserung der Avancementverhältnisse und der Gehalte zur Sprache. **30**, 45.

— Bielohlawek bespricht die schlechten Avancementverhältnisse der Beamten des Ministeriums des Äußern und ersucht den Minister, Wandel zu schaffen und die Beamten in die allgemeine Beamtengehaltsregulierung einzubeziehen. **34**, 16.

— der Offiziere.

Pacák wendet sich gegen das außertourliche Avancement von Offizieren, welches das Prinzip der Anciennität ganz verdränge. **31**, 244.

— Schücker bezeichnet die Avancementverhältnisse der Armee als ungünstig und hält eine Aufbesserung der Gagen der Offiziere für angezeigt. **34**, 202.

Digitized by Google

Avancementverhältnisse — der Offiziere.

Pacák bringt Beschwerden über die große Zahl außerordentlicher Beförderungen von Offizieren vor. **36**, 117.
Km. Kriegbaumer macht darauf aufmerksam, daß über die Eignung zur außerordentlichen Beförderung nur Kommissionen entscheiden. **36**, 197.

— Polzhofer tadelt die Übergehung von Offizieren der Armeestandsgruppe II bei den Beförderungen. **36**, 182.

— Dlujasski bemängelt es, daß die zur Dienstleistung ins Ministerium berufenen Offiziere im Avancement hinter den Offizieren der Truppe zurückbleiben. **40**, 106.

Avlona, s. Konsulat.

B.

Baden, s. Diplomatische Auslagen, Postwesen Schiffahrts- und Hafenordnung.

Bagdad, s. Konsulate.

Balkan, s. Orientalische Frage.

Banjaluka, s. Kommanden, Konsulate.

Bank, Bankforderung, s. Saluta.

Barcelona, s. Konsulate.

Bari, s. Konsulate.

Bataillon, Fünftes, Sechstes, s. Organisation.

Batum, s. Konsulate.

Baudirektionen, Bauwesen, s. Militärbauwesen.

Bauernbund, Kärntnerischer.

Petitionen des kärntnerischen Bauernbundes in handelspolitischen Angelegenheiten. **39**, 718.

Baumwollberichte.

Kramář ersucht das Ministerium des Äußern, Einrichtungen zu treffen, damit die österreichische Textilindustrie über den Stand der amerikanischen Baumwollernte rechtzeitige authentische Berichte erhalte. **40**, 66.

Bauverse, Bauverbote, s. Festungswerke 2.

Bayern, s. Eisenbahnen, Konsulate, Postwesen, Salinen- und Saalforstkonvention, Schiffahrts- und Hafenordnung.

Beamte und Diener, gemeinsame.

Mitteilung über die Neuorganisierung des Standes der Armeediener. Exposé zum Budget 1872.

— Erhöhung der Gebühren derselben. **5**, 137.

— Petition der Diener des Obersten Rechnungshofes um Gleichstellung ihrer Bezüge mit denen der Diener des Ministeriums des Äußern. **4**, 50.

— Nachtragskredit pro 1872 behufs Beteilung der in Wien domizilierenden Beamten und Diener des Ministeriums des Äußern, des Gemeinsamen Finanzministeriums und des Obersten Rechnungshofes mit Teuerungsbeiträgen. **5**, 6, 41.

— Nachtragskredite für das Jahr 1873 behufs Beteilung der in Wien domizilierenden Beamten und Diener des Kriegsministeriums, des Reichsfinanzministeriums und des Obersten Rechnungshofes, ferner der Gagisten und der Mannschaft der Garnison Wien und endlich der im Gagebezug stehenden Personen der Kriegsmarine der Station Wien mit Subsistenzbeiträgen anläßlich der durch die Weltausstellung bedingten Teuerung. **6**, 6, 10, 14.

— Vorlage, betreffs Regulierung der Bezüge der gemeinsamen Beamten und Diener. **6**, 6, 11.

— Resolution des Berichterstatters Winterstein, betreffend die im Gebührenschema angeführte Naturalwohnung des Reichsfinanzministers und betreffend die Grundzüge für die Regelung der Bezüge. (Angenommen.) **6**, 12.

— Resolution des Berichterstatters Ritter Valerius, betreffend die Reduktion des Status der Beamten und Diener des gemeinsamen Finanzministeriums. (Angenommen.) **7**, 18.
(Das Finanzministerium hat eine Reduktion des Status, soweit dieselbe zulässig erschien, durchgeführt. Budget des Finanzministeriums 1876).

— Petitionen von Beamten des Ministeriums des Äußern wegen Gehaltserhöhung. **8**, 186.

— Resolution des Berichterstatters Ritter Valerius auf Herabminderung des Status der Beamten der Zentralkasse und des Rechnungsdepartements. (Angenommen.) **11**, 14.
(Beantwortung im Ausschußberichte). **12**, 69 (A. B.).

— Subsistenzzulagen an die Beamten der Zentralleitung des Ministeriums des Äußern (VIII. Rangsklasse). Budget pro 1897.

— Der Budgetausschuß spricht die Erwartung aus, daß sich die gemeinsame Regierung der Erwägung nicht verschließen werde, daß die Gehalte der gemeinsamen Beamten einer Regulierung, richtiger: einer Erhöhung bedürfen, die österreichische Delegation werde die hiezu nötigen Mittel bewilligen. **32**, 50 (A. B.).

— Bielohlawek bespricht die Dienstverhältnisse der Amtsdiener des Ministeriums des Äußern und bittet den M. Ae. Goluchowski um Abhilfe. **34**, 16.
Antrag Bielohlawek über denselben Gegenstand. **34**, 15. (S. Anträge 8.)

— Kaftan macht darauf aufmerksam, daß in den letzten fünf Vierteljahren die gemeinsamen Beamten von der VIII. Rangsklasse abwärts weniger Gehalt bezogen als die Zivilstaatsbeamten, und wünscht diesbezügliche Remedur. **35**, 457.
M. Ae. Goluchowski sagt das Studium der Frage zu. **35**, 459.

— Durchführung und Kosten der Gehaltsregulierung der gemeinsamen Beamten und Diener. Gleichstellung der Gehalte der diplomatischen und Konsulardienern mit jenen der übrigen gemeinsamen Beamten. **35**, 392 (A. B.).

— Interpellation Gessmann, betreffend die Einteilung der Amtsdiener beim Ministerium des Aeußern in Diensteskategorien. **35**, 23.
Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **35**, 371.

— Denkschrift, betreffend die im Budget pro 1900 durchgeführte Regulierung der Bezüge der aktiven gemeinsamen Beamten und Diener. Budget 1900.

Digitized by Google

Beamte und Diener, gemeinsame.

— Kern gibt der Klage der Bevölkerung Ausdruck, daß ihre Söhne als Offiziersdiener Kindsmädchen und Küchenmädchen abgeben müssen; daß ein Mann in Uniform einen Kinderwagen schiebe oder einen Marktkorb trage, sei eine Entwürdigung der Armee. **37**, 94.

— s. auch Avancementsverhältnisse, Religionsfragen (Sonntagsruhe).

Beamtenverein, s. Epidemien.

Befreiungen vom Militärdienst und von Militärübungen.

Pacák wünscht, daß bei solchen Befreiungen in voller Berücksichtigung der betreffenden Umstände vorgegangen werde. **28**, 70.

Beiräte, s. Attachés, Export, Lieferungswesen.

Belgien.

Differenz zwischen Belgien und Frankreich. Rothuch Nr. 3.

— Neutralität Belgiens im deutsch-französischen Kriege. Rothuch Nr. 4.

— s. auch Diplomatische Auslagen, handelspolitische Fragen.

Belgrad, s. Diplomatische Auslagen, Konsulate.

Benatek.

Kaftan ersucht um Aufklärung wegen der angeblichen Enteignung eines ganzen Dorfes zum Zwecke eines Militärlagers bei Benatek. **39**, 440.

Berittenmachung.

Berittenmachung der Kompagniekommandanten der Fußtruppen. Begründung dafür im Exposé zum Budget 1872 und **4**, 51, 79. (Abgelehnt.)

— Debatte über die Berittenmachung eines vierten Hauptmannes und eines Reserve-Kommandoadjutanten bei jedem Infanterieregimente. **7**, 88, 106. (2. Punkt abgelehnt.)

— Berittenmachung der Hauptleute bei den Fußtruppen **8**, 50; **9**, 146. (Teilweise angenommen).

— Berittenmachung von 535 Unterabteilungs-Kompagniekommandanten der Fußtruppen mit eigenen Pferden. Oekonomisches Heereserfordernis 1879 und **11**, 54. (Abgelehnt.)

— Berittenmachung von 545 Unterabteilungskommandanten der Fußtruppen mit eigenen Pferden. Heeresordinarium 1881 und **13**, 66, 89 (A. B.). (Abgelehnt.)

— dtto. Heereserfordernis 1882 und **14**, 33, 59 (A. B.).

Die Delegation bewilligt den geforderten Kredit nach der Erklärung des Kriegsministers, eine weitere Anforderung aus diesem Titel nicht stellen zu wollen.

— Durchführung der Berittenmachung aller Hauptleute der Infanterie. Begründung zum Budget 1894 und **29**, 124 (A. B.).

— Sämtliche Hauptleute des Eisenbahn- und Telegraphenregimentes sollen beritten gemacht werden. **31**, 199 (A. B.).

— Berittenmachung der Hauptleute der Feld- und Festungsartillerie und des Geniestabes. Budget 1897 und **32**, 89 (A. B.)

Berittenmachung.

— Berittenmachung der Hauptleute der Feld- und Festungsartillerie, des Geniestabes, der Pionierstruppe und des Eisenbahn- und Telegraphenregimentes. Budget 1898 und **33**, 108 (A. B.).

— Resolution Demel Leonhard in Betreff der Berittenmachung der Hauptleute der Infanterie. (Angenommen.) **36**, 208.

(Die neuernannten Hauptleute der Fußtruppen werden mit für ihren Dienst noch vollkommen brauchbaren Ausmusterpferden der Kavallerie unentgeltlich beteilt. Budget 1902 und **37**, 127 (A. B.).)

— s. auch Artillerie.

Berlad, s. Konsulate.

Berlin, s. Attachés (technische), Deutschland, diplomatische Auslagen (Deutschland), handelspolitische Fragen, Konsulate.

Berliner Kongreß, Berliner Vertrag.

Berliner Entrevue und Memorandum Österreich-Ungarns, Deutschlands und Rußlands in der orientalischen Frage. Bedenken Englands gegen das Memorandum. Rothuch vom Jahre 1876.

— Mitteilung des M. Re. Grafen Andrássy, daß der Kongreß in kurzer Zeit in Berlin zusammentreten werde. **10**, 221.

— Frankreich erklärt, an dem Berliner Kongreß nur unter der Voraussetzung teilzunehmen, daß auf demselben bloß solche Fragen behandelt werden, die eine direkte Folge des russisch-türkischen Krieges sind. Rothuch vom Jahre 1878.

— Nach Abschluß des Präliminarfriedens von San Stefano lädt Österreich-Ungarn die Signatarmächte behufs definitiver Ordnung der orientalischen Angelegenheiten zu einer Konferenz nach Wien ein. Die Einladung wird von sämtlichen Mächten angenommen. Rußland wünscht jedoch einen Kongreß der leitenden Minister statt einer Konferenz von Bevollmächtigten und einen anderen Beratungsort als Wien. Einigung auf Abhaltung des Kongresses zu Berlin. Rothuch vom Jahre 1878.

— England macht seine Beteiligung an dem Berliner Kongreß von der Bedingung abhängig, daß alle Präliminarstipulationen zwischen Rußland und der Türkei in solcher Weise dem Kongreß vorgelegt werden, daß ihm die Entscheidung über deren Gültigkeit zustehe. Es erklärt ferner, daß es durch keine Entscheidung per majora sich gebunden erachten werde. Rothuch vom Jahre 1878.

— Protokolle des Berliner Kongresses und Berliner Vertrag. Rothuch vom Jahre 1878.

— Interpellation Grocholski, betreffend Gerüchte über einen russisch-türkischen Spezialvertrag und Einreihung russischer Offiziere und Soldaten in die bulgarische Miliz sowie über die Durchführung der Kongreßbeschlüsse überhaupt. **11**, 12.

Beantwortet vom M. Re. Andrássy. **11**, 51.

— Debatte über den Inhalt und die Wirkungen des Berliner Vertrages. **11**, 179—197, 222—258, 269—279.

— Frage der Kompetenz des Reichsrates zur Genehmigung des Berliner Vertrages. **11**, 145 (A. B.), 296, 306.

— M. Re. Andrássy betont, daß Deutschland am Berliner Kongresse sich als treuer Freund der Monarchie bewährt habe. **11**, 282.

— Fürst Johann fragt, ob die Monarchie an die Justimmung aller Mächte gebunden sei, wenn sie ihre Position im Okkupationsgebiete aufgeben wollte. **12**, 20.

Digitized by Google

Berliner Kongreß, Berliner Vertrag.

— Der Ausschußbericht (Berichterstatter Plener Ernst) betont, daß Österreich-Ungarn die Stellung in Bosnien und der Herzegowina nur im gemeinsamen Einverständnisse mit allen Mächten eingenommen habe, ein Aufgeben der gegenwärtigen Position könne daher auch nur mit Zustimmung aller Mächte, also auch nur mit Zustimmung der Monarchie erfolgen. **12**, 60.

— M. Ae. Haymerle erklärt, daß der Zweck des Vertrages nicht eine vollkommene Lösung der Verhältnisse im Orient, sondern die Abwehr einer drohenden Kriegsgefahr war. **12**, 34.

— Arbeiten der auf Grund des Berliner Vertrages eingesetzten internationalen Delimitationskommissionen für die einzelnen Balkanländer. Notbuch vom Jahre 1878.

— Hübner Alexander empfiehlt die Anwendung der mildesten Mittel und Aufschub der Durchführung des Berliner Vertrages, wenn dadurch ein neuer Brand im Orient und Komplikationen in Europa erregt werden könnten. **13**, 13.

— Magg spricht sich gegen eine Erweiterung der der Monarchie durch den Berliner Vertrag überantworteten Aktionen aus. **14**, 13.

Beschlüsse, s. Differenzen zwischen den Beschlüssen der beiden Delegationen.

Bessarabien, s. Rußland.

Bettenmagazine.

Pascotini regt die Auflassung derselben an. **2**, 178.

Beurlaubungen.

Km. Bylandt wendet sich mit Rücksicht auf die militärische Ausbildung gegen die Beurlaubungen beim Beginne oder am Schlusse der Präsenzzeit. **12**, 97.

— Berichterstatter Sturm spricht sich mit Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung gegen das System der Winterurlaube aus. **13**, 63.

— Km. Bylandt gibt die Erklärung ab, daß er aus militärischen Gründen die Winterbeurlaubungen im Herbste 1880 beschränken und den hiedurch entstehenden Mehraufwand durch spätere Einberufung der Rekruten hereinbringen mußte. **13**, 85 (A. B.).

— Tauschc verlangt Beurlaubung der Mannschaft zur Erntezeit. **27**, 46.

— Adámek wünscht die regelmäßige Beurlaubung von Bauernsöhnen zur Erntezeit. **29**, 47.

— Barwiński wünscht, daß zur Erntezeit eine allgemeine Beurlaubung der Bauernsöhne eingeführt werde. **31**, 259.

— Steinwender regiert die Beurlaubung eines Teiles der Mannschaft zur Erntezeit. **32**, 67.

— Barwiński verlangt Erntcurlaube für die im Wehrdienste befindlichen Söhne der Landwirte sowie für die Dienstpersonen und landwirtschaftlichen Arbeiter. **32**, 75.

— Km. Krieghammer ist vom militärischen Standpunkte gegen die Erntcurlaube. Der Rekrut trete im Oktober ein, sei im Mai in der Kompagnie fertig und müsse dann die größeren Übungen mitmachen. Diese wären bei größeren Beurlaubungen ganz unmöglich. **32**, 84.

Beurlaubungen.

— Ochrymowicz erkennt mit Befriedigung das Entgegenkommen der Kriegsverwaltung in der Frage der Erntcurlaube an, wünscht aber noch eine weitere Ausdehnung dieser Begünstigung. **35**, 177.

— Polzhofer wünscht die Beurlaubung der Bauern, Bauernsöhne und landwirtschaftlichen Arbeiter während der Erntezeit. **36**, 181.

— Km. Krieghammer bemerkt, daß bei den Erntcurlauben auf einen Ort kaum mehr als ein bis zwei Ackerbauer kämen. **36**, 199.

— Berichterstatter Kottulinsky betont die Notwendigkeit der Erntcurlaube. **36**, 202.

— Peschka hebt die Notwendigkeit der Erntcurlaube hervor. **36**, 204.

— Interpellation Iro, Herzmansky, betreffend die Beurlaubung von Bauernsöhnen und landwirtschaftlichen Arbeitern zur Erntezeit. **37**, 12.

— Kern wünscht die Beurlaubung der Soldaten aus der bäuerlichen Bevölkerung während der Ernte auf einige Wochen. Der Ausbildung der Mannschaft würde dadurch kein Schade erwachsen, der Bauer, der an der Dienstbotennot leidet, hätte aber außerordentlichen Vorteil. **37**, 92.

— Km. Krieghammer führt aus, daß auf die Landwirtschaft bei den Beurlaubungen die möglichste Rücksicht genommen werde. **37**, 197.

— Resolution Iro, betreffend die Gewährung von Urlauben an die im Heeresdienste befindlichen Bauernsöhne während der Erntezeit. (Angenommen.) **37**, 172, 523.

— Lukſch erklärt, es wäre tief zu beklagen, wenn die Heeresverwaltung wegen der angeblich mißglückten Versuche in Zukunft keine Erntcurlaube bewilligen würde. Diese Versuche hätten ganz andere Resultate ergeben, wenn nicht alle entbehrlichen Leute, sondern in erster Linie die Söhne von Landwirten sowie die landwirtschaftlichen Dienstboten und Arbeiter beurlaubt worden wären. **38**, 211.

— Km. Krieghammer teilt in einer Resolutionsbeantwortung die Gründe mit, aus denen die Gewährung von Erntcurlauben auch für die Folge nicht in Aussicht gestellt werden könne, und verweist hiebei unter anderem auf die ungünstigen Ergebnisse eines in zwei Territorialbereichen gemachten Versuches. **38**, 247 (A. B.).

— Posch wendet sich dagegen, daß die im Wehrgesetze vorgesehenen Fälle der dauernden Beurlaubung aus Familienrücksichten im Wege der Durchführungsverordnung eingeschränkt worden seien. **38**, 279.

— Km. Krieghammer erwidert, daß § 60 der Wehrvorschriften die Fälle, in welchen vorzeitige dauernde Beurlaubungen aus Familienrücksichten eintreten können, nicht taxativ, sondern nur beispielsweise anführe. Ein unbedingter Anspruch auf solche Beurlaubungen besteht nicht. Die Wehrvorschriften entsprechen demnach vollständig dem Gesetze. **38**, 375.

— Tollinger findet den Versuch mit den Erntcurlauben mit Rücksicht auf die Art seiner Veranstaltung keineswegs gänzlich mißlungen und bittet, diese Versuche fortzusetzen. **38**, 282.

— Barwiński wünscht eine Revision und Änderung der Vorschriften über die Beurlaubung der Offiziere und der Mannschaft. Dabei wäre unter anderem der Anspruch auf

Digitized by Google

Beurlaubungen.

einen gewissen Urlaub während jedes Jahres festzusetzen. Er betont weiters, verringerte Mißbräuche bei der Gewährung von Erntеurlauben wären kein genügender Grund, von Erntеurlauben gänzlich Umgang zu nehmen. **38**, 292.

— Conci führt darüber Beschwerde, daß in der Frage der Beurlaubungen aus Familienrücksichten mit Härte vorgegangen werde. **38**, 319.

— Km. Krieghammer konstatiert, daß die Erntеurlaube bei der Bevölkerung nicht jene Befriedigung hervorgerufen haben, die von ihnen erwartet wurde. Es liegen Eingaben von Gemeinden aus Böhmen vor, welche sich gegen die Erneuerung solcher Urlaube aussprechen. 70 Prozent der Beurlaubten waren Feldarbeiter und von diesen haben nur jene wirklich gearbeitet, die in der eigenen Wirtschaft verwendet wurden. Einen Zwang auf die Beurlaubten auszuüben, um sie zur Arbeit zu verhalten, sogar unter Androhung von Strafen, halte er sich nicht für berechtigt. **38**, 330.

— Interpellation Lufch, betreffend die Erntеurlaube. **38**, 70.

Beantwortet durch Km. Krieghammer. **38**, 390.

— Berichterstatter Walterskirchen meint, daß die Kriegsverwaltung, wenn sie auch mit ihrem vorjährigen Versuche betreffs der Erntеurlaube keine günstigen Erfahrungen gemacht habe, es bei diesem einzigen Versuche nicht bewenden lassen sollte. Eine Illusion sei es allerdings, wenn man glaube, daß durch die Erntеurlaube der Leutenot wesentlich abgeholfen wird. **38**, 335.

— Peschka tritt dafür ein, daß die Absolventen landwirtschaftlicher Schulen schon nach zweijähriger Dienstzeit entlassen werden. **40**, 109.

— s. auch Ersparungen.

Bewaffnung, s. Waffenwesen.

Bier, s. Handelsverträge (Deutschland).

Bierſteuer, s. Steuerfragen.

Bilek.

Interpellation Dobernig, betreffend die Untersuchung wegen der auf dem Marsche von Trebinje nach Bilek infolge Sonnenstiches vorgekommenen Todesfälle. **39**, 20.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 643.

— Kaftan bespricht dieselbe Angelegenheit. **39**, 440.

Bisceglie (Italien), s. Konsulate.

Bischofteinitz, s. Militärgrenztarife.

Bleiwerke, s. Lieferungswesen 1.

Blumau, s. Pulverwesen.

Bodensee, s. Schiffahrts- und Hafenordnung.

Börsenpanik.

Mißbrauch von Worten aus der Ansprache des Kaisers an die Delegationen zur Hervorrufung einer Börsenpanik. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

Bolivia.

Der Minister des Äußern läßt eine Übersicht über die kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Republiken Chile, Bolivia und Peru sowie über die dortigen Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie unter die Delegierten verteilen. **38**, 7.

— s. auch Diplomatische Auslagen.

Bombay, s. Konsulate.

Bosnien und Herzegovina.

(1. Historisches. — 2. Agrarische Fragen. — 3. Budgetäre Fragen. (a) Kosten der Okkupation. b) Heeresерfordernis (Budget). c) Schlußrechnung. d) Verschiedenes.] — 4. Eisenbahnen. — 5. Flüchtlinge. — 6. Flußregulierungen. — 7. Handels- und Industrieverhältnisse. — 8. Justizwesen. — 9. Kolonisation. — 10. Konfessionelle und religiöse Fragen. — 11. Konsularwesen. — 12. Militärisches. — 13. Nationale und Sprachenfragen. — 14. San Stefano-Friedensvertrag. — 15. Staats- und verfassungsrechtliche Fragen. — 16. Steuerfragen. — 17. Unterrichtswesen. — 18. Verwaltung. — 19. Verschiedenes.)

1. Historisches:

Beschwerden der Christen in Bosnien gegen die türkischen Behörden. Vorgänge in Banjaluka und Türkisch-Gradiska (Berbir). Bosnische Christen flüchten auf österreichisches Gebiet. Memorandum derselben an die Mächte. Denkschrift der Pforte, welche die Flüchtlinge für politische Agitatoren erklärt und Beschuldigungen gegen österreichisch-ungarische Konsulatsfunktionäre erhebt. Anläßlich mehrerer Stellen dieser Denkschrift verlangt und erhält Österreich-Ungarn von der Pforte Genugtuung. Rothuch vom Jahre 1873.

— **Verhalten Montenegros anläßlich der Unruhen im Kreise Cattaro. Konflikt zwischen Montenegro und der Türkei. Rothuch Nr. 4.**

— **Auswanderung aus der Hercegovina nach Montenegro. Die Zurückkehrenden verweigern den türkischen Behörden die Steuern. Überfall einer Karawane bei Mostar. Nordstaten, Beginn des Aufstandes. Österreich-Ungarn, Deutschland und Rußland beschließen, durch ihre Konsuln zwischen den christlichen Insurgenten und der osmanischen Regierung vermittelnd einzugreifen. Italien, Frankreich, England schließen sich dieser Aktion an. Rothuch vom Jahre 1875.**

— **Mitteilung der Wünsche der katholischen Insurgenten an die österreichisch-ungarischen Delegierten. Die Pforte verkündet Reformen. Rothuch vom Jahre 1875.**

— **Der Fürst von Montenegro versichert, anläßlich des Aufstandes in der Hercegovina an der Neutralität festhalten zu wollen. Rothuch vom Jahre 1875.**

— **Memorandum des Fürsten von Montenegro an den Grafen Andrássy über die Verhältnisse in der Hercegovina und die Notwendigkeit des Eingreifens Europas zum Schutze der Christen in den Balkanländern gegen die Türken. Rothuch vom Jahre 1876.**

— **Reformvorschläge des Grafen Andrássy, betreffend die Verwaltung Bosniens und der Hercegovina. Unterstützung derselben durch die Signatarmächte. Rothuch vom Jahre 1875/76.**

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

1. Historisches.

Annahme dieser Vorschläge durch die Pforte. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Feldzeugmeister Rodich vermittelt zwischen den Insurgenten und der türkischen Regierung. Rotbuch vom Jahre 1876.

— General Ignatiew legt der europäischen Konferenz in Konstantinopel den Entwurf eines Statuts für Bosnien und die Herzegovina vor. Rotbuch vom Jahre 1876, Anhang.

— Englands Sonderstellung zur Aktion der Mächte wegen Vermittlung zwischen der osmanischen Regierung und den Insurgenten in Bosnien und der Herzegovina. England ist für die Gewährung der Autonomie an diese beiden Länder. Rotbuch vom Jahre 1876.

— England erklärtet die von ihm vorgeschlagene Autonomie für Bosnien und die Herzegovina im Sinne einer bloß lokalen Autonomie, nicht aber der Schaffung eines Vasallenstaates, worauf die Mächte sich den englischen Friedenspropositionen zur Beendigung des serbisch-türkischen Krieges anschließen. Rotbuch vom J. 1876.

— Revolution in Mostar. Ermordung des Gouverneurs. Der österreichisch-ungarische Generalkonsul verläßt über Aufforderung der Pöbelregierung mit den österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen Sarajevo. Beschießung und Besetzung von Sarajevo durch die österreichisch-ungarischen Truppen. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Die Türkei führt in einer Zirkularnote Beschwerde über angebliche Grausamkeiten österreichischer Truppen gegen Muselmanen. Österreich weist diese Beschwerde als gänzlich unbegründet mit Entrüstung zurück. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Desgleichen erklären die übrigen Mächte der Pforte, auf diese Beschwerden als auf unrichtigen Informationen beruhend nicht einzugehen, indem sie zugleich die Pforte auf die Unbedachtheit ihres Schrittes aufmerksam machen. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Vorführung und Entwaffnung der herzegovinischen Bojsko vor Feldmarschalleutnant Jovanovich zu Trebinje. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Muselmännische Notable wünschen die Besitzergreifung der Länder durch Österreich-Ungarn. Die auf österreichischem Gebiete weilenden Flüchtlinge aus Bosnien und der Herzegovina weigern sich, in ihre Heimat zurückzukehren, solange dieselbe unter türkischer Herrschaft stehe. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Einmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen. Aufstand und Pöbelherrschaft in Sarajevo unter Anführung Hadji Lojas. Verschwörung der Begs in Banjaluka: es droht eine Niedermetzelung der Christen, vor allem der Österreicher. Verhängung des Belagerungszustandes über Sarajevo seitens des türkischen Militärs. Österreichisch-ungarische Proklamation an die Bewohner Bosniens und der Herzegovina. Die bosnischen Bataillone meutern gegen ihre türkischen Kommandanten und schließen sich dem Pöbel an. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Drei Viertel der Bevölkerung von Trebinje erklären sich zur Unterwerfung unter die österreichisch-ungarischen Waffen bereit. Rotbuch vom Jahre 1878.

Bosnien und Herzegovina.

1. Historisches.

— Serbien tritt den Gerüchten entgegen, als ob es den Widerstand in Bosnien und der Herzegovina gegen die Okkupation unterstütze. Entwaffnung der auf serbisches Gebiet übertretenden bosnischen Flüchtlinge. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Klaić bezeichnet als die Ursache des Aufstandes im Jahre 1882 die verlorene Freiheit und den Wunsch nach Wiederaufrichtung des Vaterlandes. **15**, 7.

— Sturm hält die Okkupationspolitik für ein unglückliches Unternehmen und meint, daß der bosnische Aufstand im Jahre 1882 großenteils auch durch Fehler der österreichischen Regierung bei ihrer dalmatinischen Verwaltung zum mindesten befördert wurde, indem sich die Regierungspolitik in Dalmatien von dem verfassungstreuen italienischen Volksstamme abgewendet und zu ihrer Stütze die dortigen slawischen Stämme erkoren habe. **15**, 10.

— Heilsberg kritisiert das Verhalten des Statthalters von Dalmatien gegenüber den Horden in der Crivoscie, welches der Ausgangspunkt für die ganze Aufstandsbewegung im Jahre 1882 gewesen sei. **15**, 25.

— Pleuer Ernst sieht in der Halbheit, im Mangel bestimmter, klarer Prinzipien, in der inneren Unaufrichtigkeit, mit welcher das bosnische Unternehmen von Anfang an geführt wurde, einen grundsätzlichen Fehler. **15**, 18.

— Durchführung der Rekrutierung als Ursache der Insurrektion im Jahre 1882. Denkschrift zum außerordentlichen Heereserfordernisse 1882. **15**, 40 (A. B.).

— Der Ausschußbericht betont, daß sich die militärische Aktion anläßlich der Insurrektion im Jahre 1882 völkerrechtlich nicht als Krieg darstelle. **15**, 42 (A. B.).

— Pleuer Ernst meint, daß die Mißerfolge der militärischen Aktionen anläßlich des Aufstandes im ganzen Lande einen tiefen Grad der Verstimmung und Resignation herbeigeführt haben; aus dem Sumpfe, in dem wir uns heute befinden, erscheint fast kein Ausweg mehr. **16**, 13.

2. Agrarische Fragen.

Klaić klagt, daß die Lösung der Agrarfrage noch nicht angebahnt wurde. **11**, 382.

— Klaić bespricht die Maßnahmen der Regierung zur Regelung der Agrarverhältnisse (Seferverordnung). **13**, 68, 78.

— Frh. Szlávy erklärt, es sei von einer Kommission ein Elaborat zur Regelung der Agrarverhältnisse ausgearbeitet worden, auf Grund dessen der gemeinsame Ministerrat diese Frage lösen werde. **13**, 77.

— Pleuer Ernst weist auf den ungelösten Stand der agrarischen Verhältnisse hin. **15**, 19.

— Frh. Szlávy berichtet die auf dem Gebiete der Agrarfrage getroffenen Maßnahmen. **15**, 31.

Digitized by Google

Bosnien und Herregovina.

2. Agrarische Fragen:

— Der Ausschußbericht verweist auf die Notwendigkeit einer schleunigen Reform der agrarischen Verhältnisse. **15**, 40 (A. B.).

— Plener Ernst bezeichnet die Regelung der agrarischen Verhältnisse als ein dringendes Bedürfnis und macht bezügliche Vorschläge. **16**, 14.

— Klaić verlangt eine rasche Lösung der Agrarfrage. **17**, 121.

— Klaić begrüßt die rasch vollzogene Vermessung und Katastrierung des Landes, welche die Anlegung von Grundbüchern ermöglicht. **19**, 70.

— Brenner wünscht, daß auf die Hebung der Viehzucht ein größeres Gewicht gelegt werde und regt die Verbesserung der Schweinerasse an. **27**, 132.

— Majaryk kritisiert die agrarischen Verhältnisse (Zehent, Robot) und klagt über die Art der Steuereintreibung. **28**, 103, 152.

— Baernreither spricht sich für eine allmähliche Umwandlung des Zehents in eine Grundsteuer aus. **28**, 160.

— Klaić klagt über die Einschränkung des Weiderechtes einiger Grenzbewohner Dalmatiens. **29**, 189.

— Sláma wünscht die Regelung der Agrarverhältnisse. **30**, 70—82.

— Kaftan klagt über die schwere Bedrückung der Bauern durch die Robot. **33**, 195.

— Bulat wünscht die baldigste Finalisierung der betreffs Ausübung von Wald- und Wiesenservituten seitens der Dalmatiner anhängigen Verhandlungen. **33**, 189.

Rfm. Kállay versichert, daß die bosnischen Behörden den dalmatinischen Viehauftreibern gegenüber das größte Wohlwollen entgegenbringen, es haben zwischen der österreichischen und der gemeinsamen Regierung mehrfache Verhandlungen stattgefunden, welche zu einem Einvernehmen geführt haben. **33**, 200.

— Interpellation Bulat, betreffend die Einschränkung der Wald- und Weideservitute zum Nachteile der dalmatinischen Grenzbewohner. **35**, 14.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **35**, 472.

— Pommer hebt hervor, daß die Agrarverhältnisse im großen und ganzen in jenem Zustande geblieben seien, in welchem sie sich vor der Okkupation befunden haben. **37**, 473.

— Berichterstatter Bukovič wünscht die Reambulierung der Streitfälle bezüglich der Wald- und Weideservitute in Dalmatien, Bosnien und der Hercegovina. **38**, 174.

— Rfm. Kállay erörtert in eingehender Weise die Wünsche der Kmeten und die in der Ablösungsfrage von der bosnischen Regierung unternommenen und weiter geplanten Maßregeln. **38**, 179.

— Interpellation Biankini, betreffend die Regulierung des Wald- und Weiderechtes der dalmatinischen Grenzbevölkerung an den bosnisch-hercegovinischen Grenzen. **39**, 18.

Beantwortet von Rfm. Burian. **39**, 218.

— Biankini verlangt die endliche Lösung der Agrarfrage. **39**, 230.

— Biankini klagt über die niedrigen Preise, welche der tabakpflanzenden Bevölkerung für den Tabak gezahlt werden. **39**, 231.

(Die Fragen der Holzgewinnung und des Holzexportes siehe unter Bosnien 7.)

3. Budgetäre Fragen. (a) Kosten der Okkupation. — b) Heereserfordernis [Budget]. — c) Schlußrechnung. — d) Verschiedenes.)

a) Kosten der Okkupation (Okkupationskredit):

Vorlage wegen Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 60 Millionen Gulden für unvorhergesehene Auslagen. **10**, 35.

Bericht (Berichterstatter Schaup) und Verhandlung nebst Minoritätsvotum (Berichterstatter Sturm). **10**, 77—173.

Redner: Schöffel, Coronini Franz, Giskra, Waltenskirchen Robert, Plener Ernst, Grocholski, Baernreither, Fluck, Tomaszczuk, Teuschl, Streerowitz, Weeber, Kuranda, Greuter, Kutschker, Herbst, Sueß Eduard, M. Ke. Andrássy, Schier.

(Annahme des Majoritätsantrages auf Ermächtigung der Regierung, einen Kredit bis 60 Millionen Gulden in Anspruch nehmen zu dürfen.)

Mitteilung des M. A. Andrássy von der Inanspruchnahme dieses Kredites. **10**, 220 und Kenntnisnahme dieser Mitteilung. **10**, 264.

Nachtragskredit zu dem für das Jahr 1878 bewilligten außerordentlichen Kredite von 60 Millionen Gulden, im Betrage von 41,720.200 Gulden. **11**, 23.

Bericht (Berichterstatter Herbst) mit dem Antrage auf Übergang zur Tagesordnung. **11**, 145. (A. B.)

Zurückziehung der Vorlage seitens der Regierung. **11**, 147.

Indemnität für die Verausgabung des von dem gemeinsamen Kriegsministerium für Zwecke des Heeres über den im Jahre 1878 bewilligten außerordentlichen Kredit von 60 Millionen Gulden in Anspruch genommenen Betrages von 41,720.000 Gulden und Ermächtigung zur weiteren Verausgabung von 5 Millionen Gulden. **11**, 349.

Bericht (Berichterstatter Sturm) und Verhandlung. **11**, 360—378.

Redner: Picquet, Engerth, Ruß, Km. Bylandt-Rheidt.

(Antrag des Budgetausschusses auf Erteilung der Indemnität und Übergang zur Tagesordnung über das Ansuchen um Bewilligung eines Nachtragskredites von fünf Millionen Gulden. Die Delegation erteilt die Indemnität und bewilligt den Nachtragskredit).

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

3. Budgetäre Fragen b.

b) Heereserfordernis (Budgets).

— für das Jahr 1879. **11**, 23. (I. Vorlage.)

Bericht (Berichterstatter Herbst) mit Minoritätsvotum (Berichterstatter Widmann-Sedlnitzky Viktor) und Verhandlung. **11**, 293—312.

Redner: Lienbacher, Kabat, Foregger, Grocholski, Kochanowski, Km. Bylandt-Rheidt.

— für das Jahr 1879. **11**, 349. (II. Vorlage.)

Bericht (Berichterstatter Sturm) und Verhandlung. **11**, 378—390.

Redner: Promber, Klaić, Km. Bylandt-Rheidt Grocholski, M. K. Andrássy, Ruß, Scharschmidt, Demel Johann, Lichtenstein Friedrich Rfm. Hofmann.

— für das Jahr 1880. **12**, 6.

Bericht (Berichterstatter Auersperg Adolf) und Verhandlung. **12**, 161—163.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1881. **13**, 3.

Bericht (Berichterstatter Grocholski) und Verhandlung. **13**, 68—81.

Redner: Klaić, M. K. Haymerle, Sturm, Rfm. Szlávy.

(Formelle Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **13**, 218).

— für das Jahr 1882. **14**, 4.

Bericht (Berichterstatter Grocholski) und Verhandlung. **14**, 81—86.

Redner Scharschmidt.

(Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. Betrieb der Bosnabahn.) **14**, 209. Außerordentliches Erfordernis von acht Millionen Gulden. **15**, 2.

Bericht (Berichterstatter Ruß) und Verhandlung. **15**, 5—37.

Redner: Klaić, Sturm, Czartorski Georg, Plener Ernst, Heilsberg, Grocholski, Rfm. Szlávy. Neuerliches außerordentliches Erfordernis von 23,733.000 fl. **16**, 3.

Bericht (Berichterstatter Ruß) und Verhandlung. **16**, 5—19.

Redner: Heilsberg, Klaić, Magg, Plener Ernst Rfm. Szlávy.

Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **16**, 25, 35, 39.

Nach dreimaligem vergeblichem Nuntienwechsel findet eine gemeinsame Abstimmung statt. **16**, 46.

— für das Jahr 1883. **17**, 4.

Bericht (Berichterstatter Grocholski) und Verhandlung. **17**, 120—129.

Redner: Klaić, Tausche, Hausner, Rfm. Kállay, Engerth, Km. Bylandt-Rheidt.

Bosnien und Herzegovina.

3. Budgetäre Fragen b.

— für das Jahr 1884. **18**, 3.

Bericht (Berichterstatter Mattuš) und Verhandlung. **18**, 68—73.

Redner: Pflügl, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1885. **19**, 3.

Bericht (Berichterstatter Mattuš) und Verhandlung. **19**, 69—74.

Redner: Klaić, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1886. **20**, 3.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **20**, 172—178.

Redner: Oelz, Klaić, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1887. **21**, 3.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **21**, 93—105.

Redner: Moscon, Rfm. Kállay, Klaić, Dubský.

— für das Jahr 1888. **23**, 3.

Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung. **23**, 31—33.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1889. **24**, 3.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **24**, 39—42.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1890. **25**, 3.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **25**, 71—74.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1891. **26**, 3.

Bericht*) (Berichterstatter Biliński) und Verhandlung. **26**, 121—134.

Redner: Klaić, Rfm. Kállay, Suess Eduard, Windischgrätz.

— für das Jahr 1892. **27**, 3.

Bericht (Berichterstatter Biliński) und Verhandlung. **27**, 132—137.

Redner: Brenner, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1893. **28**, 5.

Bericht (Berichterstatter Suess Eduard) und Verhandlung. **28**, 99—106, 151—180.

Redner: Masaryk, Baernreither, Spinčić, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1894. **29**, 3.

Bericht (Berichterstatter Suess Eduard) und Verhandlung. **29**, 180—215.

Redner Masaryk, Klaić, Plener Ernst, Windischgrätz (nach Niederlegung des Präsidiums), Herold, Rfm. Kállay.

*) In diesem Berichte ist zum ersten Male eine eingehende Schilderung des Zustandes und der Verwaltung des Okkupationsgebietes enthalten.

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

3. Budgetäre Fragen b.

— für das Jahr 1895. **30**, 4.

Bericht (Berichterstatter Sueß (Eduard)) und Verhandlung. **30**, 70—94.

Redner: Sláma, Ludwig Ernst, Hartel, Klaić, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1896. **31**, 4.

Bericht (Berichterstatter Sueß (Eduard)) und Verhandlung. **31**, 275—293.

Redner: Sláma, Salvadori, Biankini, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1897. **32**, 3.

Bericht (Berichterstatter Promber) und Verhandlung. **32**, 149—163.

Redner: Sláma, Bulat, Jagić, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1898. **33**, 5.

Bericht (Berichterstatter Barwiński) und Verhandlung. **33**, 184—205.

Redner: Kaftan, Bulat, Azmann, Schreicher, Hofmann von Wellenhof, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1899. **34**, 7.

Bericht (Berichterstatter Barwiński) und Verhandlung. **34**, 96—106.

Redner: Bulat, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1900. **35**, 7.

Bericht (Berichterstatter Ferjančić) und Verhandlung. **35**, 466—476, 481—495.

Redner: Zanetti, Bulat, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1901. **36**, 7.

Bericht (Berichterstatter Vencajz) und Verhandlung. **36**, 261—275, 363—369.

Redner: Bulat, Sláma, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1902. **37**, 7.

Bericht (Berichterstatter Barwiński) und Verhandlung. **37**, 461—488, 496—503.

Redner: Iro, Jvčević, Pommer, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1903. **38**, 11.

Bericht (Berichterstatter Vukovič) und Verhandlung. **38**, 174—194, 201—202.

Redner: Sylvester, Rfm. Kállay.

— für das Jahr 1904. **39**, 21.

Bericht (Berichterstatter Šusteršič) und Verhandlung. **39**, 222—286.

Redner: Biankini, Sylvester, Kramář, Kottulinsky, Tollinger, Rfm. Burián.

— für das Jahr 1905. **40**, 9.

Bericht (Berichterstatter Šusteršič) und Verhandlung. **40**, 357—368.

Redner: Licht, Zaffrou, Rfm. Burián.

c) Schlußrechnung.

Masaryk und Sláma verlangen die Vorlage der Schlußrechnungen für Bosnien und die Hercegovina. **29** 181; **30**, 71.

Bosnien und Herzegovina.

3. Budgetäre Fragen c.

— Rfm. Kállay erklärt, er werde die Schlußrechnungen in dem Momente vorlegen, wenn die Delegation das Budget für Bosnien votieren wird. **30**, 90.

— Sláma vermag nicht einzusehen, warum die Schlußrechnungen, die die ersten Jahre nach der Okkupation den Delegationen vorgelegt worden sind, nicht auch weiter vorgelegt werden könnten. Die Vorlage des Budgets sei ohne Vorlage der Rechnungsabschlüsse ganz und gar überflüssig. **31**, 276.

— Biankini verlangt die Vorlage der jährlichen Schlußrechnungen, damit die Delegationen Einblick in die Landesgebarung gewinnen können. Den Delegationen obliege zwar die Genehmigung des bosnischen Landesbudgets, aber die Regierung scheere sich nicht viel um die Einhaltung der Budgetposten. **31**, 285.

— Sláma bemängelt, daß den Delegationen keine Rechnungen vorgelegt werden und daß der Minister es als konstitutionelles Unikum bezeichnet habe, wenn die Delegation, die nicht das Recht habe, das Budget zu votieren, sich das Recht der Kontrolle, die Beschlußfassung über die Schlußrechnung wahren wollte. **32**, 149.

Rfm. Kállay würde in dem Momente, wo die Delegationen das bosnische Budget votieren, auch die Schlußrechnung vorlegen. Die Entscheidung dieser Frage liege aber außerhalb des Wirkungskreises der gemeinsamen Regierung und der Delegationen. **32**, 157.

— Kienmann vermißt eine Schlußrechnung über die für das Militär in Bosnien votierten Millionen. Wenn auch diesbezüglich eine gesetzliche Bestimmung nicht bestehe, so würde der konstitutionelle Geist die Vorlage der Rechnungen verlangen. **33**, 254.

Rfm. Kállay erklärt, daß die Schlußrechnungen den beiden Regierungen vorgelegt, von ihnen geprüft und vom Kaiser sanktioniert werden. Wenn es einmal dazu kommen sollte, daß die Budgets von Bosnien und der Hercegovina in parlamentarischer Form bewilligt werden, so würden auch die Schlußrechnungen vorgelegt werden. **33**, 256.

— Berichterstatter Vukovič erörtert die Wünsche bezüglich der Vorlage der Schlußrechnungen und der Budgetbegründung. **38**, 174.

— Resolutionsantrag Sylvester in der gleichen Angelegenheit. (Angenommen.) **38**, 175, 202.

— Rfm. Kállay erklärt sich bereit, die Schlußrechnungen vorzulegen, sobald die beiderseitigen Regierungen dies wünschen und die nötigen Anstalten treffen. **38**, 179.

— Sylvester verlangt die Vorlage der Schlußrechnungen. **39**, 240.

— Rfm. Burián betont, in Angelegenheit der Vorlage der Schlußrechnungen stehe eine Initiative der gemeinsamen Regierung nicht zu, sondern es sei dies Sache der beiden Regierungen, respektive der beiden Parlamente. **39**, 274.

— In der Regierungsvorlage für das Jahr 1905 wird die Schlußrechnung zum ersten Male vorgelegt. **40**, 399 (A. B.).

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

3. Budgetäre Fragen d.

d) Verschiedenes.

Die Erfordernisse der im Okkupationsgebiete befindlichen Kommanden, Truppen und Anstalten sind in das Heeresordinarium nach der Friedensorganisation eingestellt, der durch die Okkupation bedingte Mehrbedarf erscheint im Okkupationskredite besonders in Anforderung. Erläuterungen zum Heeresordinarium 1880.

— Sturm bespricht die durch das Heereserfordernis für Bosnien der Monarchie erwachsenden Auslagen. **13**, 73.

Rtm. Szivy meint, daß Bosnien ein reiches Absatzgebiet für österreichische Produkte sein werde und daß darin ein teilweiser Ersatz für die Okkupationskosten gefunden werden dürfte. **13**, 73.

— Der Ausschußbericht betont, daß die Ausgabe von 6 Millionen Gulden für das außerordentliche Heereserfordernis im Okkupationsgebiete eine für die Finanzen der Monarchie zu drückende Last ist, als daß diese Summe als ständiger, normaler Aufwand für die Truppen im Okkupationsgebiete angesehen werden könnte. **14**, 95.

— Schmerling Anton hofft, daß in den okkupierten Ländern mit der fortschreitenden Kultivierung auch der Aufwand für diese Länder sich vermindern und ganz verschwinden wird. **18**, 239.

— Berichterstatter Ruß führt aus, daß die Kredite, welche anläßlich der infolge des Aufstandes in Süddalmatien und Bosnien notwendigen militärischen Operationen angesprochen werden, sich dem Budget und der Budgetbewilligung sowie der Verantwortlichkeit der Delegationen gegenüber als Kriegsanforderungen darstellen. **16**, 6 und **16**, 22 (A. B.).

— Der Budgetausschuß hebt hervor, daß durch den verlangten Kredit von 23·733 Millionen Gulden der Voranschlag des ordentlichen Okkupationskredites zur Gänze hinfällig geworden sei und erachtet es für geboten, der Bewilligung jener Beträge dieses Kredites, welche durch die augenblicklichen Ausnahmszustände der okkupierten Länder nicht berührt werden, eine andere Form als die eines Pauschalkredites (wie ihn die Regierung angesprochen hat) zu geben, da sie nicht zu den passageren militärischen Mitteln zählen, aber andererseits eine dauernde Belastung der Staatsfinanzen nach sich ziehen. **16**, 22 (A. B.).

— Jene Einkommensteuerbeträge, welche bei den Truppen, Militärkassen und sonstigen Heeresanstalten im Okkupationsgebiete eingehoben werden, haben den gemeinsamen Finanzen, dagegen die bezüglichen Stempelgebühren den Finanzen der okkupierten Länder zuzukommen. Erläuterungen zum Budget 1886.

— Rtm. Kállay bespricht die Art der Budgetierung für Bosnien. **30**, 90.

— Sláma wünscht eine größere Spezialisierung der für landwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke präliminierten Ausgaben. **31**, 277.

Bosnien und Herzegovina.

3. Budgetäre Fragen d.

— Berichterstatter Sueß Eduard erklärt, daß die Delegation das Budget nicht zu bewilligen habe; dasselbe werde ihr mitgeteilt als ein Leitfaden zu einer Diskussion. **31**, 293.

— Berichterstatter Ferjančić macht darauf aufmerksam, daß der Okkupationskredit, der im Jahre 1893 noch nahezu 9 Millionen Gulden erforderte, sich seitdem ständig und alljährlich, wenn auch um geringere Summen vermindert habe, so daß er im Jahre 1899 nur mehr den Betrag von $3^1/_2$ Millionen ausmachte. **35**, 466.

— Der Ausschußbericht hebt hervor, daß die Regierungsvorlage für das Jahr 1905 gegen die früheren eine erfreuliche Bereicherung aufweise, indem sie außer dem Budget auch eine Begründung desselben, die Schlußrechnung und einen Ausweis über die Ausgaben und Einnahmen der Verwaltung enthalte. **40**, 399 (A. B.).

4. Eisenbahnen.

Debatte über die während der Kriegszeit hergestellten Eisenbahnen und über die Frage der Bedeckung der Kosten für dieselben. **11**, 361—376.

— Fux Johann weist auf die wirtschaftliche und militärische Bedeutung einer Transitbahn durch Bosnien hin. **12**, 20.

— Klaić wünscht eine Eisenbahnverbindung Bosniens mit dem Meere. **17**, 120.

— Berichterstatter Grocholski verweist auf die hohen Kosten für Betrieb und Amelierierungen der bosnischen Eisenbahnen. **17**, 138 (A. B.).

— Klaić plaidiert für die Herstellung einer durch Bosnien führenden Bahnverbindung Dalmatiens mit dem Reiche.

Rtm. Kállay betont, das er nur für Eisenbahnen in Bosnien zu sorgen habe. **19**, 71.

— Klaić wünscht den Anschluß der jetzigen dalmatinischen Bahnen von Knin an die ungarische Staatsbahn in Novi im wirtschaftlichen Interesse sowie im Interesse der Verteidigung der Küste. **21**, 95.

Rtm. Kállay ist für jede Bahn, die in Bosnien gebaut wird, dankbar. Die Bahn Knin—Bihać—Novi sei aber in erster Linie für Dalmatien wichtig, das bosnische Interesse trete in den Hintergrund. **21**, 99.

— Resolution des Berichterstatters Dumba, betreffend die Ersprießlichkeit der Eisenbahnverbindung Banjaluka—Sarajevo. (Angenommen.) **21**, 104.

(Die gemeinsame Regierung anerkennt die Ersprießlichkeit dieser Eisenbahnverbindung, ist jedoch dermalen nicht in der Lage, für den äußerst schwierigen, sehr kostspieligen und keinen Ertrag versprechenden Bau dieser Bahn einzutreten. Budget 1888.)

— Klaić bespricht die bosnische Eisenbahnverwaltung, in welcher nach seiner Ansicht eine gewisse Systemlosigkeit herrsche und wünscht, daß der ganze Komplex der bosnischen Bahnen in einer Verwaltung vereinigt werde. **26**, 121.

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

4. Eisenbahnen:

Rfm. Kállay legt dar, daß die Bosnabahn vom Kriegsministerium, die übrigen Bahnen aber von der Landesregierung verwaltet werden; der Betrieb einiger aus Landesmitteln erbauten Bahnen werde der Bosnobahn übergeben, die Bahnen in der Herzegovina stehen im Betriebe der Landesverwaltung und es sei hiefür eine eigene Direktion in Mostar eingesetzt worden. **26**, 125.

— Klaić wünscht Aufschluß über den Bau der Linien von Travnik nach Dolni Vakuf und von Dolni Vakuf nach Jajce und nach Bugojno sowie über die Verlängerung dieser Strecke bis Spalato. **30**, 86.

— Bulat anerkennt die guten Absichten des Ministeriums betreffs Verbindung des bosnischen Eisenbahnnetzes mit dem Hafen von Spalato und wünscht die baldige Inangriffnahme des Baues der Linie Bugojno—Arjano. **32**, 155.

Rfm. Kállay erklärt, daß die Pläne seitens der bosnischen Regierung fertiggestellt seien, er habe sich bereits an beide Regierungen behufs parlamentarischer Behandlung dieser Sache gewendet. **32**, 159.

— Für 1897 ist zum ersten Male für ein Erfordernis, beziehungsweise für eine Bedeckung bezüglich der Bosnabahn nicht vorgesorgt. Der Betrieb dieser Bahn ist inzwischen an die bosnisch-herzegovinischen Staatsbahnen übergegangen. **32**, 200. (A. B.)

— Bulat urgiert den Bau der Linie Bugojno—Arjano. **33**, 188.

— Axmann bemängelt, daß Bosnien lediglich mit Ungarn direkt verbunden sei und daß die Linie Novi—Banjaluka—Travnik—Sarajevo nicht ausgebaut werde. Infolge des Mangels der direkten Verbindung mit Österreich sei der Zuwort von Ungarn viel größer, als der österreichische, obwohl Österreich zu den gemeinsamen Auslagen mehr leistrage und daher größere Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse verlangen könne. **33**, 190.

— Hofmann verlangt die Herstellung der naturgemäßen Verbindung der österreichischen Reichshälfte über Banjaluka nach Sarajevo, dem Mittelpunkte der okkupierten Provinzen. **33**, 193.

— Rfm. Kállay ist für jede Bahn, die er in Bosnien bauen könne, dankbar, macht aber aufmerksam, daß man sich nicht der Hoffnung hingeben dürfe, daß sich durch Ausbau der Bahn Doberlin—Banjaluka—Travnik—Sarajevo ein großer Verkehr zwischen Bosnien und Dalmatien einerseits und dem übrigen Zisleithanien andererseits entwickeln werde. **33**, 201.

— Der Budgetausschuß spricht die Anschauung aus, daß das rascheste Zustandekommen einer Bahnverbindung Bugojno—Arjano nach Spalato ein vitales Interesse für das Okkupationsgebiet bilde. **33**, 234. (A. B.)

— Interpellation Tuček, betreffend die Sonderstellung und Verkürzung der alten bosnischen Staatsbahnangestellten. **34**, 53.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **34**, 54.

Bosnien und Herzegovina.

4. Eisenbahnen:

— Bulat urgiert den Ausbau der Linie Bugojno—Arjano. Die Einnahmen dieser Linie würden das Defizit der Linie Gabela—Castelnuovo paralysieren, welche nur in strategischer, keinesfalls aber in ökonomischer Hinsicht von Bedeutung sei. **34**, 97.

— Rfm. Kállay steht auf dem Standpunkte, daß für Bosnien die beste Verbindung mit dem Meere die Linie Bugojno—Arjano—Spalato wäre. Er werde trachten, die dem Bau entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Jetzt handle es sich aber um die Linie Gabela—Ragusa und dann weiter nach Castelnuovo. Die Bedeutung dieser Linie liege in ihrem militärischen Werte. Diese Bahn werde möglicherweise eine Zeitlang leidend sein, später aber hochaktiv werden, denn der Endpunkt dieser Linie sei die Stadt Ragusa, welche einen Verkehr der Bahn zuführen könne. Für den Bau beider Linien werde ein Darlehen von mindestens 25 Millionen notwendig sein. **34**, 98.

— Der Budgetausschuß betont, daß, indem Bosnien eines Débouchés an der Meeresküste bedarf, ebenso Dalmatien eine direkte Verbindung mit dem Zentrum des Hinterlandes braucht. Die bestehende Bahnverbindung über Metković genüge weder den kommerziellen Bedürfnissen Bosniens, noch jenen Dalmatiens. **34**, 123. (A. B.)

— Bulat erörtert die Notwendigkeit des Baues der Eisenbahnlinie Bugojno—Arjano. **35**, 468.

Rfm. Kállay legt die von ihm in Angelegenheit dieses Bahnbaues gemachten Schritte dar. **35**, 471.

— Bulat wünscht die Beschleunigung des Ausbaues der Linie Bugojno—Arjano. **36**, 261; **36**, 365. (A. B.)

— Rfm. Kállay erklärt, wenn jemand an der Verwirklichung der Bahnverbindung mit Spalato arbeite, sei er es. **36**, 268.

— Der Budgetausschuß konstatiert die auffallende Steigerung des Eisenbahnverkehrs. **36**, 365. (A. B.)

— Frage des Anschlusses der bosnischen an die türkischen Bahnen. — M. K. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Iro führt aus, die Ungarn hätten es verstanden, sich die Vorbedingung eines direkten Bahnweges von Ungarn bis an die Küste des Ägäischen Meeres zu schaffen. Er fordert die Verbindung Wien—Aspang—Friedberg — Hartberg — Radkersburg — Agram — Novi — Banjaluka — Travnik — Jenica — Sarajevo — Mitrowitza. Das Fehlen der kleinen Strecke Banjaluka—Travnik zeige das ganze Verbrechen an der österreichischen Reichshälfte. **37**, 467.

— Rfm. Kállay weist den Vorwurf des Delegierten Iro, daß er die ungarischen Interessen in der Bahnfrage beginstige, zurück. In Ungarn werde wieder das gerade Gegenteil behauptet. Keines von beidem sei richtig. Alles werde paritätisch im Interesse Bosniens behandelt. An die Linie Banjaluka—Travnik habe die bosnische Verwaltung bereits früher als der Delegierte Iro gedacht. Die Verbindung mit Travnik sei bereits hergestellt, die Bahn gehe sogar noch weiter, bis Bugojno um dann nach Arjano und weiters bis Jajce zu gehen

Digitized by Google

Bosnien und Hercegovina.

4. Eisenbahnen:

Es ist auch unrichtig, daß Österreich von allen Bahnen zwei Drittel der Kosten tragen müsse. Die Kosten trage Bosnien allein. **37**, 482.

— Der Budgetausschuß spricht sich für die Verbindung Inner-Bosniens mit Spalato und den ehestens Ausbau der projektierten Linien, insbesondere jener von Bugojno nach Arjano, aus. **37**, 499. (R. B.)

— Ivčević findet es unbegreiflich, warum der Bau der Linie Bugojno—Arjano einen Aufschub zu Gunsten der Linie Sarajevo—Uvac erleiden müsse. Er wünscht, daß wenigstens die finanziellen Modalitäten für beide Linien gleichzeitig sichergestellt werden. **37**, 469.

— Berichterstatter Barwiński konstatiert, daß vom Jahre 1896 bis zum Jahre 1900 die auf den bosnisch-hercegovinischen Staatsbahnen zurückgelegten Tonnenkilometer sich mehr als verdoppelt haben. Diese ungewöhnliche Steigerung sei ein offenkundiger Beweis dafür, daß die materielle Entwicklung der okkupierten Länder günstig vorwärts schreite. **37**, 498. (R. B.)

— Interpellation Vuković, betreffend den Bau der Bahn Bugojno—Arjano, **38**, 82.

Beantwortet vom Rfm. Kállay, **38**, 183.

— Berichterstatter Vuković begründet den Wunsch nach Anwendung des Adhäsionssystems beim Bau der Bahn Bugojno—Arjano. **38**, 174.

Rfm. Kállay erklärt, daß er selbstverständlich eine Adhäsionsbahn einer Zahnradbahn vorziehe, jedoch mit der Einschränkung in Rücksicht auf die Kosten. **38**, 178.

— Sylvester begehrt, daß Cisleithanien in der bosnischen Eisenbahnfrage nicht weiter gegenüber Ungarn vernachlässigt werde und betont das Interesse, welches insbesondere die Alpenländer an einer entsprechenden Lösung dieser Frage haben. **38**, 176.

— Rfm. Kállay erklärt, er würde den Ausbau der Bahn von Jajce nach Banjaluka vom bosnischen Standpunkte aus nur mit der größten Freude begrüßen. Er warne aber davor, allzu sanguinische Hoffnungen an diese Linie vom rein österreichischen Standpunkt zu knüpfen. **38**, 181.

— Berichterstatter Vuković erklärt es für vollkommen berechtigt, daß auch Österreich eine direkte Verbindung mit Bosnien und dem Orient bekomme. Dies könne nur durch die Erbauung einer normalspurigen Bahn von Banjaluka nach Sarajevo über Jajce geschehen. **38**, 183.

— Interpellation Vuković, betreffend die Vergebung der Arbeiten für den Bau der Bahn Sarajevo—Uvac, **38**, 277.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **38**, 277.

Bosnien und Hercegovina.

5. Eisenbahnen:

— Interpellation Biankini, betreffend die Mißbräuche der von der Regierung konzessionierten Konsortien für die Lebensmittellieferung an die Arbeiter beim Baue der Eisenbahnstrecke Sarajevo—Plevlje. **39**, 16.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 219.

— Interpellation Biankini, betreffend Mißbräuche bei den Eisenbahnbauten auf der Strecke Sarajevo—Plevlje. **39**, 123.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 220.

— Sylvester verlangt den Ausbau einer direkten Eisenbahnverbindung von Cisleithanien nach Bosnien. **39**, 241.

— Sylvester wünscht eine Garantietrennung bei den Bahnbauten in der Richtung, daß für Bahnen, die im Interessengebiete Cisleithaniens liegen, Cisleithanien und für die, die im Interessengebiete Ungarns liegen, Transleithanien aufkomme. **39**, 288.

Rfm. Burián betont, die bosnische Verwaltung erhebe keine prinzipiellen Schwierigkeiten gegen eine solche Trennung, aber sie sei nicht dazu berufen, sich darüber eine Meinung zu bilden, welche Bahn mehr im Interesse des einen oder des anderen Staates der Monarchie gelegen sei. **39**, 290.

Berichterstatter Abrahamowicz David erklärt sich gegen eine solche Garantietrennung. **39**, 291.

— Interpellation Biankini, betreffend den beim Bahnbau Sarajevo—Plevlje verunglückten Arbeiter Peter Pušić. **39**, 470.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 727.

— Zaffron urgiert den Bau der Linie Bugojno—Arjano. **40**, 361.

— Rfm. Burián bemerkt gegenüber den das Eisenbahnwesen betreffenden Klagen, daß die Verkehrspolitik in den okkupierten Provinzen nicht von der Verwaltung derselben abhängt. **40**, 363.

5. Flüchtlinge aus Bosnien und der Hercegovina:

Den aus Bosnien und der Hercegovina seit 1875 auf das Gebiet der Monarchie übergetretenen Flüchtlingen werden Unterstützungen, und zwar täglich 10 kr. den Erwachsenen und 5 kr. den Kindern erteilt. Die notwendigen Beträge werden den Interessen der Zentralaktiven vorschußweise entnommen. Budget 1877.

— Unterstützungen an die Flüchtlinge. **9**, 53, 210; **10**, 35, 179, 258, 317; **11**, 4, 167.

— Resolution, betreffend die Vorlage einer Nachweisung über die Verwendung der für Unterstützungen der Flüchtlinge verwendeten Summen. (Angenommen.) **11**, 169.

— Vorlage wegen Erteilung der Genehmigung bezüglich der zu außerordentlichen Ausgaben des Ministeriums des Äußern für Unterstützungen an die Flüchtlinge aus Bosnien und der Hercegovina aus den gemeinschaftlichen Aktiven nachträglich für das Jahr 1878 erfolgten

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

5. Flüchtlinge:

Beträge, dann wegen Bewilligung eines Nachtragskredites zu dem außerordentlichen Erfordernisse des Ministeriums des Äußern für das Jahr 1879 zu dem gleichen Zwecke. **12**, 15.

Bericht (Berichterstatter Plener Ernst) und Verhandlung. **12**, 163.

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **12**, 189; **12**, 195 (Beschluß der gemischten Kommission).

— Resolution, betreffend die Bestreitung der Kosten für die Unterstützung der Flüchtlinge aus Bosnien und der Herzegovina aus den Erträgnissen der Zentralaktiven. (Angenommen.) **12**, 196.

6. Flußregulierungen.

Bulat empfiehlt die Regulierung des Mladeflusses, wozu die Projekte bereits ausgearbeitet seien. **33**, 189.

Rfm. Kállay versichert, daß die bosnische Regierung die Initiative ergriffen habe und, sobald die Umstände es erlauben, an die Regulierung des Mlade und Rastok schreiten werde. **33**, 200.

— Berichterstatter Bukovič wünscht die baldigste Vollendung der Regulierungsarbeiten auf hercegovinischem Boden im Kesseltale von Imotski. **38**, 174.

Rfm. Kállay gibt Aufklärungen über diesen Gegenstand. **38**, 178.

— Interpellation Biankini, betreffend die Regulierung der Gewässer im Kesseltale von Imotski sowie des Trebizatflusses bis zur Einmündung in die Narenta. **39**, 26.

— Interpellation Zaffron, betreffend die Regulierung der Gewässer im Kesseltale von Imotski und des Trebizatflusses. **40**, 355.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **40**, 532.

7. Handels- und Industrieverhältnisse.

Klaić beklagt die Abnahme des Kleinhandels zwischen Sarajevo und dem Küstengebiete Dalmatiens. **13**, 70.

Rfm. Szlávy führt dies auf die Mißernte im Jahre 1879, die Verminderung des Armeestandes und die neu entstandenen Kommunikationen im Okkupationsgebiete zurück, durch welche der Handel sich mehr auf das ganze Land verteile. **13**, 77.

— Klaić verlangt vom Reichsfinanzminister eine Abschwächung der im Zolltarife vom Jahre 1882 enthaltenen hohen Finanzzölle, die für das Okkupationsgebiet äußerst drückend werden könnten. **16**, 9.

— Klaić bespricht die Bewirtschaftung der bosnischen Wälder und verweist auf Zeitungsnachrichten, welchen zufolge die Ausnützung der Waldungen nicht rationell geschehen soll. **26**, 123.

Rfm. Kállay erörtert ausführlich diese Angelegenheit und bespricht den mit der Firma Morpurgo und Parente in Triest abgeschlossenen Holzlieferungsvertrag. **26**, 126.

Bosnien und Herzegovina.

7. Handels- und Industrieverhältnisse:

— Masaryk wünscht, daß bessere Waren nach Bosnien eingeführt werden sollen. **28**, 105.

— Petition des österreichisch-ungarischen Vereines der Holzproduzenten, Holzhändler und Holzindustriellen in Wien um Ausschreibungen von Offertverhandlungen anläßlich der vom Ärar abzuschließenden Holzabstockungsverträge in Bosnien. **31**, 296.

— Kaftan bemängelt den mit der Trebertrocknungsgesellschaft in Kassel geschlossenen Holzabstockungsvertrag und die Statuten dieser Gesellschaft sowie die Verpachtung von Wasserfällen in Bosnien an eine Karbidgesellschaft. **33**, 186.

Rfm. Kállay verweist darauf, daß die Trebertrocknungsgesellschaft in den Waldungen zirka 20 Kilometer Waldbahnen angelegt habe, und daß der von ihr gezahlte Preis für das Holz — lediglich Buche, welche bloß zum Brennen verwendet werden könne — ein großer Gewinn für den Staat sei, da dieser, wenn er selbst die Ausbringung besorgen sollte, daraufzahlen müßte. Was die Verpachtung eines Wasserfalles betrifft, so komme derselbe von zwei Seen und treibe jetzt ein Elektrizitätswerk. **33**, 196.

— Azmann bemängelt die von der Firma Morpurgo und Parente betriebene Devastierung der Wälder und verlangt, daß der Wert des Waldbestandes zum Nutzen und Aufschwunge des Landes herangezogen werde. **33**, 190.

— Berichterstatter Barwiński verweist darauf, daß vor der Okkupation Waldverwüstungen stattgefunden haben, daß dem jetzt Einhalt getan und für die Verjüngung des Waldes vorgesorgt werde. **33**, 202.

— Interpellation Šusteršič, betreffend die Schädigung der Stammländer der Monarchie durch den billigen Holzimport aus Bosnien. **37**, 249.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **37**, 485.

— Iro bespricht die industriellen Gründungen in Bosnien, von denen er viele als faul bezeichnet. An allen Unternehmungen sei die Landesregierung finanziell beteiligt. Er fragt, unter welchem Titel des Budgets die hiefür benötigten Millionen angewiesen erschienen, und bezeichnet das Vorgehen bei den verschiedenen in Bosnien gegründeten Sparkassen als eine Lotteriewirtschaft. **37**, 462.

Rfm. Kállay bespricht in eingehender Weise die einzelnen, vom Delegierten Iro erörterten Industriegründungen und legt dar, daß es sich dabei um Industrien handle, die der Landwirtschaft zu gute kommen. Es können hiefür keinerlei Millionen im Budget eingestellt erschienen, weil diese Industrien das Land nichts gekostet haben. Desgleichen tritt er den gegen die Sparkassen erhobenen Vorwürfen entgegen und hebt die mit der Gründung derselben erzielten Erfolge, namentlich in der Richtung der Einschränkung des Wuchers, hervor. **37**, 476.

Digitized by Google

Bosnien und Hercegovina.

7. Handels- und Industrieverhältnisse:

— Interpellation Šusteršič, betreffend die Holzverkäufe der bosnischen Landesregierung. **38**, 397.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **38**, 387.

— Bianchini verlangt die Vorlage der Holzabstockungsverträge. **39**, 228.

— Berichterstatter Šusteršič bespricht die in Angelegenheit des Holzexportes aus Bosnien überreichten Petitionen. **39**, 222, 258, 286.

— Sylvester ersucht, in der Frage des Holzexportes aus Bosnien die Interessen des Reiches und der Alpenländer zu wahren. **39**, 241.

— Kottulinsky und Tollinger bitten, dafür zu sorgen, daß die volkswirtschaftlichen Interessen Österreichs durch einen forcierten und übermäßigen Export der bosnischen Forste nicht geschädigt werden. **39**, 249.

— Rfm. Burián erörtert die Frage des Holzexportes. **39**, 267.

— Berichterstatter Šusteršič betont, daß die durch den bosnischen Holzexport entstandene Konkurrenz am meisten in Krain gefühlt werde. **39**, 277.

— Interpellation Nowak, betreffend die Förderung des Absatzes österreichischer Industrieprodukte in den okkupierten Provinzen durch Subventionsgewährung. **40**, 83.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **40**, 532.

— Licht protestiert gegen die Bevorzugung Ungarns auf wirtschaftlichem Gebiete in Bosnien. **40**, 358.

8. Justizwesen.

Einführung einer neuen Strafprozeßordnung mit Anfang 1892. **27**, 165. (A. B.)

— Masaryk wünscht, daß die Richter von den politischen Behörden unabhängig seien. **28**, 106.

— Einführung einer neuen Strafprozeßordnung. **28**, 144. (A. B.)

— Interpellation Pergelt, betreffend die Vollziehung der Exekutionserkenntnisse österreichischer Gerichte in Bosnien und der Hercegovina. **34**, 119.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **34**, 358.

9. Kolonisation.

Suess Eduard bemängelt die Art der Kolonisation in Bosnien. **13**, 27.

— Klaić spricht sich gegen eine Kolonisation Bosniens, Tausche für dieselbe aus. **17**, 121, 122.

— Klaić begründet das Scheitern der bisherigen Kolonisationsversuche in Bosnien.

Rfm. Kállay widerspricht der Ansicht, daß diese Versuche gescheitert seien. **19**, 71.

— Oelz wünscht die Heranziehung von ackerbautreibenden Kolonisten aus den westlichen Ländern der Monarchie. **20**, 172.

Bosnien und Hercegovina.

9. Kolonisation:

— Klaić spricht sich gegen die Kolonisierung aus. **20**, 173.

— Rfm. Kállay führt aus, daß eine Massenkolonisation erst möglich sei, wenn die Besitzverhältnisse geregelt seien. **20**, 174.

— Klaić ist gegen die Kolonisation in Bosnien, da, wenn anderssprachige Kolonisten nach Bosnien kämen, Sprachenstreitigkeiten anstauchen könnten. **26**, 121.

— Berichterstatter Biliński erklärt, sich für die Kolonisation nicht zu echauffieren; falls aber Kolonisten herangezogen werden sollten, wäre es erwünscht, Leute zu suchen, welche mit der christlichen Bevölkerung stammverwandt sind, weil es sich nicht darum handle, Leute heranzuziehen, welche den Begs oder Agas, sondern den Kmeten nahe stehen, denen sie auch in sozialer Hinsicht gleichgestellt werden sollen. **26**, 130.

— Bianchini bemängelt die Begünstigung der Deutschen und Magyaren gegenüber den Kolonisten aus Dalmatien und Kroatien. **39**, 232.

10. Konfessionelle und religiöse Fragen.

— Klaić empfiehlt, sich auf das christliche Element (Katholiken und Orthodoxe), als das lebens- und entwicklungsfähige, zu stützen. **13**, 69.

— Im Ausschußberichte wird betont, daß sich in Kultusangelegenheiten eine tunliche Berücksichtigung gewisser religiöser Susceptibilitäten, namentlich bei den griechischen Christen, zu empfehlen scheine. **15**, 40. (A. B.)

— Pflügel klagt über zu geringe Unterstützung der katholischen Religion in Bosnien durch die Regierung. Rfm. Kállay widerspricht seinen Behauptungen. **18**, 68.

— Pommer wünscht Aufklärungen über das Verhalten der Landesregierung zu den Religionszwistigkeiten und ersucht um Auskünfte über das Vorgehen der Regierung gegenüber den zwangsweisen Konversionen jugendlicher Mohammedaner. **37**, 474.

— Bianchini betont die Notwendigkeit einer Regelung der religiös-kulturellen Verhältnisse. **39**, 236.

— Tollinger verlangt unter Anführung des Falles der Sala Sivrić, Schutz für die vom Mohammedanismus zum Katholizismus Übertretenden. **39**, 250.

— Rfm. Kállay erklärt, daß die Konversionsverordnung revisionsfähig und revisionsbedürftig sei. **39**, 275.

11. Konsularwesen.

Auflösung der Konsulate im Okkupationsgebiete und Übertragung ihrer administrativen Funktionen auf die Landesregierung. Budget pro 1881. **12**, 64. (A. B.)

— Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit sowie der Konsularjurisdiktion der fremden Staaten. **12**, 64. (A. B.)

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

12. Militärisches.

Interpellation Foregger an den Reichskriegsminister, betreffend die Demobilisierung der in den okkupierten Ländern in Verwendung stehenden Reserveverpflegsbeamten **11**, 170.

Beantwortet vom Km. Bylandt-Rheidt. **11**, 312.

— Resolution des Berichterstatters Sturm, betreffend die Verminderung der Okkupationstruppen und die Zurückführung derselben auf den Friedensstand. (Angenommen.) **11**, 385.

(Dieser Aufforderung wurde von der Heeresverwaltung auf das Weitgehendste entsprochen. Budget pro 1880.)

— Ausübung des Garnisonsrechtes im Einvernehmen mit der Türkei. **11**, 397. (A. B.)

— Besetzung des Sandschaks. **12**, 60. (A. B.)

— Für Johann hält die Einberufung der Reservisten anläßlich der Okkupation für dem Wehrgesetze widersprechend, da kein Kriegszustand herrschte. **12**, 77.

Km. Bylandt-Rheidt bezeichnet diese Einberufung als im Sinne des § 10 des Wehrgesetzes gelegen. **12**, 79.

— Resolution, betreffend die tunliche Verminderung der Okkupationstruppen und die Rückberufung der Reservisten. (Angenommen.) **12**, 163.

(Mitteilung über die stattgefundene Reduzierung der Truppen. Budget pro 1881.)

— Höhe des Mobilisierungsstandes im Verhältnisse zum streitbaren Stande auf dem Kriegsschauplatze. **11**, 372, 393. (A. B.)

— Sturm hält die Einführung des Wehrgesetzes, als verfrüht, für eine verfehlte Maßregel. **14**, 11.

— Klaić spricht sich gegen die Verwendung des dalmatinischen Linieninfanterieregimentes Nr. 22 bei Bewältigung des Aufstandes in Bosnien aus, da es bereits bei der Okkupation beteiligt war und aus Konnationalen der dalmatinischen Insurgenten bestehe. **15**, 9.

— Truppenverstärkungen im Okkupationsgebiete anläßlich des Aufstandes im Jahre 1882. Denkschrift zum außerordentlichen Heereserfordernisse 1882.

— Darlegung der militärischen Situation im Okkupationsgebiete. **15**, 42. (A. B.)

— Plener Ernst meint, daß auch in den nicht insurgierten Distrikten die Durchführung des Wehrgesetzes mit bedeutenden Schwierigkeiten verbunden sein werde. Man könne mit Rücksicht auf die schwerwiegenden finanziellen Folgen so bedeutende Truppenbestände im Okkupationsgebiete nicht liegen lassen. **16**, 14.

— Präsident Schmerling Anton weist darauf hin, daß die Mannschaft des dalmatinischen Regimentes bei den militärischen Operationen zur Unterdrückung des Aufstandes in Dalmatien bewiesen habe, daß sie dort keine Brüder mehr kennen, wo es sich um die Bekämpfung von Hochverrätern handle. **16**, 1.

— Berichterstatter Grocholski betont, daß die Pazifikation im Okkupationsgebiete noch nicht vollendet sei und daher ein höherer Truppenstand als bisher in Aussicht genommen werden müsse. **17**, 134. (A. B.)

Bosnien und Herzegovina.

12. Militärisches:

— Berichterstatter Grocholski verweist auf die abnorm hohen Verpflegspreise in Bosnien, trotzdem infolge des Ausbaues der Bosna-Eisenbahn die Frachtauslagen für Verpflegsartikel bedeutend gesunken seien. **17**, 135. (A. B.)

— Über Antrag des Budgetausschusses werden bei dem Titel „Verpflegswesen" von der Regierungsvorlage 100.000 fl. abgestrichen.

Die ungarische Delegation bewilligt den vollen Betrag, die österreichische beharrt bei ihrem Beschlusse. Auch die ungarische Delegation beharrt in ihrem zweiten Antium bei ihrem Beschlusse, worauf die österreichische demselben beitritt. **17**, 126, 129, 132, 178.

— Interpellation und Resolution Iro, betreffend die Zurückziehung der bosnisch-herzegovinischen Truppen aus den Garnisonen in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern. **37**, 173, 530. (Abgelehnt.)

13. Nationale und Sprachenfragen.

Klaić begrüßt die Okkupation im Interesse der Südslawen und Dalmatiens und warnt vor Entnationalisierung der Bevölkerung. **11**, 198.

— Hübner hält die Verteidigung der Monarchie gegen äußere Gefahren für die Ursache der Okkupation: er warnt vor nationaler Präokkupation bei der Verwaltung der Provinzen. **12**, 29.

— M. A. Haymerle betont, daß von Seite der gemeinsamen Regierung nationale Zwecke weder beabsichtigt noch verfolgt werden. **12**, 34.

— Berichterstatter Plener Ernst glaubt nicht, daß dadurch, daß die Bewohnerschaft dieser Länder slawischer Nationalität ist, die inneren Verhältnisse der Monarchie beeinflußt werden können. **12**, 39.

— Klaić beschwert sich über die Errichtung deutscher Volksschulen, den Gebrauch der deutschen Sprache als schriftlicher Amtssprache und die Germanisierungsbestrebungen. Alle höheren Stellen seien Männern anvertraut, welche der Landessprache nicht mächtig seien, auch die slowenische oder böhmische Sprache sei den Bosniaken unverständlich. **13**, 69.

— Sturm befürwortet die Errichtung deutscher Volksschulen behufs Propagierung der deutschen Sprache in den okkupierten Ländern. **13**, 72.

— Rim. Szlávy tritt dem Vorwurfe der Germanisierung unter Hinweis auf den Sprachengebrauch in den Volksschulen und die Amtssprache bei den Behörden und Gerichten entgegen; die erste Bedingung für alle Beamten sei die Kenntnis einer slawischen (südslawischen oder böhmischen) Sprache; der Berliner Vertrag habe die Administration Bosniens und der Herzegovina der Monarchie und nicht Kroatien anvertraut, so daß man nicht verlangen dürfe, daß alle Beamten der kroatischen Sprache mächtig sein müssen. **13**, 76.

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

13. Nationale und Sprachenfragen:

— Klaić meint, daß man auch unter den Serben, deren Sprache mit der kroatischen identisch sei, Beamte gefunden hätte. **13**, 78.

— Klaić verlangt, daß die Verwaltung alle Bedingungen nationaler Entwicklung biete. **15**, 8.

— Czartoryski Georg tritt für eine slawisch-nationale Richtung der Verwaltung ein. **15**, 16.

— Plener Ernst betont die Unmöglichkeit einer nationalen Verwaltung unter Hinweis auf die großen sozialen Gegensätze, die eine Unterdrückung der Kmeten zur Folge hätten. **15**, 22.

— Rfm. Szlávy erörtert die Unmöglichkeit, Beamte aus den Eingeborenen heranzuziehen; Slawen werden ohnehin angestellt, die Amtsverkehrssprache sei auch slawisch; die innere Amtssprache sei deutsch, was notwendig sei, sowie auch im Reiche der Verkehr der Behörden unter sich und mit der obersten Behörde in einer allen verständlichen Sprache geführt werde. Von einer Magyarisierung und Germanisierung könne nicht die Rede sein. **15**, 27.

— Klaić beanständet, daß die innere Amtssprache in Bosnien die deutsche sei. In Bosnien bestehen keine verschiedenen Nationalitäten, es gebe nur eine einzige Sprache; die Verwaltung müsse diese verstehen und sprechen. **21**, 95.

— Dubský weist darauf hin, daß an der Spitze der bosnischen Verwaltung ein Ungar (Kállay) stehe, der aber das slawische Idiom vollkommen beherrsche. Die Beamten verstehen die Landessprache und können sogar mit den Türken in ihrer Sprache verkehren. **21**, 98.

— Rfm. Kállay führt aus, daß von jedem Beamten die Kenntnis der Landessprache verlangt werde; die innere Sprache der Behörden sei die deutsche, mit der Bevölkerung werde in der Landessprache verkehrt. **21**, 99.

— Berichterstatter Dumba wünscht, daß Bosnien von dem Übel der Sprachenfrage verschont bleibe. Übrigens würden, selbst wenn lauter Südslawen in Bosnien angestellt wären, die also der Landessprache vollkommen mächtig wären, diese als „Schwaben" bezeichnet werden. **21**, 101.

— Klaić führt aus, daß in Bosnien nur eine Landessprache bestehe, die hercegovinische, und daß die mohammedanische Bevölkerung Bosniens demselben Stamme angehöre, wie die dortige christliche Bevölkerung. Er ist gegen die Kolonisation in Bosnien; wenn andersprachige Kolonisten nach Bosnien kämen, könnten in dem national reinen Bosnien Sprachenstreitigkeiten auftauchen. **26**, 121.

— Berichterstatter Biliński bemerkt, daß die Nationalität nicht nur von der Abstammung, sondern auch von dem Nationalgefühle des Betreffenden abhänge. Es gebe Begs und Agas, welche sich trotz der slawischen Abstammung als Türken fühlen. Dies beweisen die türkischen Eingaben an die Landesregierung. **26**, 130.

Bosnien und Herzegovina.

13. Nationale und Sprachenfragen:

— Der Ausschußbericht konstatiert, daß die Beamten in Bosnien größtenteils dem Status der beiden Reichshälften entnommen werden, wobei auf die Kenntnis der Landessprachen Rücksicht genommen werde. **26**, 141. (A. B.)

— Rfm. Kállay erklärt, er kenne keinen serbokroatischen Stamm; die Bewohner von Bosnien seien Bosnjaken und seien bosnisch. **28**, 173.

— Majaryk und Herold bemängeln es, daß man sich in Bosnien bemühe, eine neue Sprache und Nationalität, die „bosnische", zu züchten. **29**, 186, 195.

— Rfm. Kállay gibt Aufklärungen bezüglich der Bezeichnungen „Bosnien", „Bosnisch". **29**, 199.

— Herold fragt nach den Sprachkenntnissen der Beamtenschaft in Bosnien. **29**, 194.

Rfm. Kállay betont, daß es höchstens fünf Beamte in Bosnien gibt, welche die Landessprache nicht kennen. **29**, 198.

— Biankini weist darauf hin, daß in Bosnien diejenige Sprache gesprochen werde, wie in Istrien, Dalmatien, in Kroatien und Slawonien; das Volk in allen diesen Ländern habe nie aufgehört, sich kroatisch zu fühlen. **31**, 283.

— Biankini klagt über die Unterdrückung des kroatischen Elementes in Bosnien. **31**, 287.

— Rfm. Kállay bedauert, daß von kroatischer Seite Bosnien und die Hercegovina als kroatische Länder, von serbischer Seite als serbische Länder nicht nur genannt, sondern auch dahin buchiziert werden, und daß infolgedessen der eine Stamm den andern als Feind betrachte. Der Minister wünscht, daß sich beide Stämme verständigen. Er selbst verfolge keine kroatische, keine serbische Politik, er verwalte Bosnien und die Hercegovina unter der Ägide der österreichisch-ungarischen Monarchie. **31**, 292.

— Sláma bemängelt den Ausdruck „bosnische Sprache", welcher sowohl die Kroaten als die Serben verletze. Alle südslawischen Blätter protestieren gegen diese Reform. **32**, 150.

— Jagić weist darauf hin, daß in Bosnien in allen Publikationen die musterhafteste Literatursprache herrsche, diejenige Sprache, welche die Serben serbisch, die Kroaten kroatisch nennen; so lange die Leute unter sich über die Sprache nicht einig sind, sei der Minister berechtigt, um Streitigkeiten fern zu halten, sich des Ausdruckes „bosnische Sprache" zu bedienen. **32**, 157.

— Kaftan wünscht Aufklärung darüber, ob die bosnische Regierung die Einführung des obligatorischen Unterrichtes in der magyarischen Sprache an den höheren Schulen in Bosnien beabsichtige. **33**, 186.

Rfm. Kállay erklärt, daß alle Schulen in dem der Regierung zu übergebenden Ausweise sich der bosnischen Sprache bedienen müssen, der ganze übrige Verkehr, die Verordnungen, das offizielle Blatt, die Korrespondenz mit den kirchlichen und nicht kirchlichen Behörden erfolgt cyrillisch und

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

13. Nationale und Sprachenfragen:

serbisch. Redner versteht nicht, wie man behaupten kann, daß man in Bosnien die ungarische Sprache als obligaten Gegenstand in den Schulen einführen wolle, oder daß die Verwaltung eine ungarische sei. In Bosnien werde keine tschechische, polnische, deutsche, auch keine ungarische Politik gemacht, sondern die Politik für die gesamte Monarchie. **33**, 198.

— Wolf weist auf die groß-kroatische Propaganda hin, bei der es sich nicht um die nationale Zusammenfassung der Kroaten handle, sondern nur darum, daß das katholische Element der Kroaten den empfänglichen Boden für die jesuitische Propaganda biete. Die großkroatische Propaganda entfremde uns die Serben und treibe sie geradezu Rußland in die Arme. **37**, 238.

— Biankini klagt darüber, daß der neue Verwalter Bosniens Freiherr v. Burián der Sprache der dortigen Bevölkerung nicht mächtig sei. **39**, 42.

— Zaffron klagt über die Germanisierungsbestrebungen in Bosnien. **40**, 362.

— Rfm. Burián betont, daß alle Landesbeamten die Landessprache erlernen müssen und dem Publikum gegenüber ausschließlich in der Landessprache amtieren. **40**, 365.

14. San Stefano — Friedensvertrag.

Interpellation Sturm über den Inhalt des Friedensvertrages, **10**, 227.

Beantwortet vom M. A. Andrássy. **10**, 227.

— Präliminarfriede von San Stefano. Notbuch vom Jahre 1878.

— England äußert in einem Rundschreiben seine Bedenken über verschiedene Punkte des Präliminarfriedens von San Stefano. Rußland erwidert darauf in einem Promemoria. Notbuch vom Jahre 1878.

15. Staats- und verfassungsrechtliche Fragen.

Coronini Franz glaubt, daß sich die beiden Länder homogen in den Staatsorganismus einfügen ließen, doch soll die Besitzergreifung mit Zustimmung der Mehrheit der dortigen Bevölkerung und auf Grund eines genügenden Rechtstitels geschehen. **10**, 89.

— Plener Ernst hält die Okkupation im Interesse der Machtstellung der Monarchie im Orient für notwendig. **10**, 112.

— Tomaszczuk erblickt in einer Annexion dieser Länder Gefahren für die staatliche Gesamtbildung der Monarchie. **10**, 126.

— Dumba bezeichnet das Österreich-Ungarn übertragene Mandat der Okkupation für verhängnisvoll. **11**, 62, 73.

— Oppenheimer erklärt sich mit der Art der Okkupation und der Basis, auf welcher sie durchgeführt wurde, nicht einverstanden. Ein Fehler des Berliner Mandates sei es, daß es zeitlich nicht umgrenzt sei und ihm der Titel der bleibenden Besitzergreifung mangle. Es sei nicht wünschenswert, die Okkupation in eine Annexion

Bosnien und Herzegovina.

15. Staats- und verfassungsrechtliche Fragen.

umzuwandeln, die Sicherung des Landes soll durch Ausübung des Besetzungsrechtes unter Einbeziehung in den Zollverband erfolgen. **11**, 178.

— Kuranda weist auf die Gefahr hin, die eine Zersplitterung der Armee durch Aufstellung von Truppen in Bosnien mit sich bringen kann, und erörtert die staatsrechtliche Stellung der okkupierten Länder in ihrem Verhältnisse zur dualistischen Verfassungsform. **11**, 196.

— Demel Johann bezeichnet das Hinausgehen nach Bosnien als eine Verrückung des stabilen politischen Gleichgewichtes in Österreich, welche die Schaffung eines labilen Schwerpunktes zur Folge haben wird. **11**, 206.

— Lienbacher wornt davor, den okkupierten Provinzen die Hegemonie einer anderen Nation aufzubürden. **11**, 214.

— Herbst erörtert die Schwierigkeiten der Pazifikation unter Hinweis auf die agrarischen und konfessionellen Verhältnisse, bespricht die finanziellen und volkswirtschaftlichen Wirkungen der Okkupation und besäße sich mit der staatsrechtlichen Stellung der Provinzen. **11**, 259.

— Die Souveränität des türkischen Großherrn ist auch nach durchgeführter Okkupation unanfechtbar. In der Besetzung kann unmöglich ein Akt der Wahrung der eigenen Interessen der Monarchie erblickt werden. **11**, 238. (A. B.)

— Herbst erörtert die verfassungsrechtlichen Grundlagen einer Verwaltung Bosniens und der Hercegovina durch das gemeinsame Ministerium. **11**, 242.

— Scharschmid bemerkt, daß, so schwerwiegend die Lasten der Okkupation sind, es doch noch ein größeres Übel wäre, wenn das Adriatische Meer zu einem russisch-italienischen See geworden wäre. **11**, 269.

— Rfm. Hofmann erklärt, daß den okkupierten Provinzen ein großer Dienst erwiesen sei, wenn man ihnen die Möglichkeit eröffnet, zu einer höheren Kultur sie angelangen; die hiezu notwendigen Mittel aber müssen sie selbst zur Verfügung stellen. **11**, 272.

— Rm. Bylandt erörtert die strategische Bedeutung des Okkupationsgebietes für die Monarchie. **11**, 272.

— M. Ac. Andrássy erklärt, daß die Okkupation nie das Ziel der Regierung war, daß sie aber die Möglichkeit einer solchen Notwendigkeit im Auge behalten mußte. Er widerspricht der Behauptung Herbsts, daß die Türkei in die Okkupation nicht eingewilligt habe, und hebt hervor, daß die Anregung der Okkupation von England ausgegangen sei. **11**, 278, 284.

— Kompetenz des Reichsrates zur Bewilligung eines Erfordernisses für die administrative Organisation (Zivilverwaltung) des Okkupationsgebietes und für Investitionen. **11**, 145, (A. B.) 361—400.

— Sturm befürchtet, daß aus der Okkupation eine Annexion werden könnte, und bedauert, daß die Monarchie als Statthalterschaft des Sultans fungiere. **13**, 73.

— Rfm. Szlávy betont, daß die Annexion in der nächsten Zukunft nicht bevorstehe. **13**, 73.

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

15. Staats- und verfassungsrechtliche Fragen:

— Berichterstatter Grocholski glaubt im Sinne der Völker Österreichs die Erklärung abgeben zu dürfen, daß der österreichische Adler die Berge Bosniens und der Herzegovina nicht verlassen dürfe. **13,** 79.

— Scharschmid spricht sich gegen eine Expansivpolitik nach Osten aus; die Okkupation sei eine durch den historischen Entwicklungsgang der Ereignisse allerdings unvermeidlich gewordene Last. **14,** 82.

— Sturm weist auf die verschiedenen Möglichkeiten einer Beendigung der Okkupation (Schaffung eines Fürstentums unter österreichischem Protektorate) hin. **15,** 14.

— Heilsberg beklagt die ungeregelten staatsrechtlichen Verhältnisse und gibt der Befürchtung Ausdruck, daß diese Regelung ähnlich der in der schleswig-holsteinischen Frage erfolgen könnte. **16,** 7.

— Magg meint, die ohnehin verwickelte staatsrechtliche Frage sei dadurch noch weiter verwirrt worden, daß man eine bestehende fremde Souveränität ohne Not ausdrücklich anerkannt hat, nachdem man selbst schon daran war, die Souveränitätsrechte in weitestgehendem Umfange auszuüben. Die Regelung der staatsrechtlichen Stellung des Okkupationsgebietes könne nur durch Abänderung der Bestimmungen des Berliner Vertrages erfolgen. **16,** 11.

— Hausner will an Stelle der Okkupation Bosniens eine mit Serbien und dem damit vereinigten Bosnien abzuschließende Militär-, Handels-, Zoll-, Eisenbahn-, Post- und Telegraphenkonvention. **17,** 124.

— Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses der okkupierten Länder zur österreichisch-ungarischen Monarchie anläßlich der Petition des ungarischen Staatsbürgers Nikolaus Hajdić wegen seiner Ausweisung aus Banjaluka. **25,** 143—148.

Redner: Berichterstatter Mauthner, Klaić, Rim. Kállay, Chlumecký.

— Spinčić erklärt, daß Bosnien und die Herzegovina staatsrechtlich zum Königreich Kroatien und durch dasselbe zur habsburgischen Monarchie gehören. **28,** 165.

— Frage der Annexion Bosniens. Von einer Änderung des staatsrechtlichen Verhältnisses Bosniens zur Monarchie wurde in maßgebenden Kreisen nicht gesprochen, und die Regierung hatte keinen Anlaß, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. M. A. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Biankini bezeichnet es als einen Fehler der österreichischen Diplomatie, daß sie auf dem Berliner Kongresse nicht die sofortige unbedingte Einverleibung Bosniens in das kroatische Reich auf Grund dessen historischer und nationaler Rechte gefordert habe, sondern sich begnügte, Bosnien zu übernehmen, um dort die beschränkte Rolle der europäischen Gendarmerie zu spielen.

Er glaubt nicht, daß der Minister im Zeitalter der Nationalitäten Bosnien magyarisieren oder germanisieren wolle, um auf diesem Wege die Monarchie zu

Bosnien und Herzegovina.

15. Staats- und verfassungsrechtliche Fragen:

festigen. Bosnien müsse sobald als möglich in Verbindung mit Kroatien treten und sich mit ihm assimilieren.

Werde die bosnische Frage nicht auf diese Weise gelöst, so werde aus Bosnien eine neue Lombardei werden, die dann Serbien oder Montenegro in den Schoß fallen würde. **31,** 283.

— Bareuther findet es ungerecht, daß Millionen für diese Länder ausgegeben werden, ohne daß der Delegation eine Kontrolle zustehe. Es sei gesetzlich zu bestimmen, daß die Verwaltung dieser beiden Länder eine gemeinsame Angelegenheit sei, daß sie der Kontrolle der Delegation unterliegen und wenigstens allmählich zu den Beitragsleistungen für die gemeinsamen Ausgaben herangezogen seien. **32,** 27.

— Scheicher hofft, daß bald in Bosnien geordnete Verhältnisse eintreten werden, denn das Provisorium müsse einmal saniert werden. Österreich gehe Geld für Bosnien aus, schicke seine Soldaten hin und habe dabei nichts anderes als eine von Ungarn verwaltete Provinz. **33,** 192.

— Hofmann-Wellenhof rügt die Verwendung von bosnischem Militär bei den Demonstrationen in Graz. **33,** 67.

— Hofmann-Wellenhof fragt, wie es der Reichsfinanzminister als Chef der bosnischen Verwaltung mit der derzeitigen staatsrechtlichen Stellung der okkupierten Länder zur Gesamtmonarchie vereinbar finde, daß bosnisch-hercegovinische Truppen bei Straßenkundgebungen gegen österreichische Staatsbürger aufgeboten werden. **33,** 194.

Rim. Kállay verweist auf das Wehrgesetz, wonach alle Wehrfähigen Bosniens und der Hercegovina verpflichtet seien, an der Verteidigung des Landes und der Monarchie teilzunehmen, und auf das Gesetz, betreffend die Einquartierung bosnisch-hercegovinischer Truppen in Cisleithanien. **33,** 201.

— Berichterstatter Czedik erklärt, daß Bosnien und die Herzegovina in einem solchen Verhältnisse zur Monarchie stehen, daß ein rechnungsmäßig zu prüfendes Budget gar nicht vorgelegt werden könne. **33,** 255.

— Kienmann verweist darauf, daß die deutsche Bevölkerung in Graz die Verwendung bosnischen Militärs bei den Vorfällen in Graz auf das Verletzendste empfunden habe. **33,** 254.

Rim. Kállay erklärt, daß die Verwendung bosnischer Truppen auf Grund des bosnischen Wehrgesetzes und eines Spezialgesetzes erfolge. Diese Truppen tun, wie alle Truppen der Monarchie, ihre Pflicht, welche ihnen von militärischer Seite zukommt. **33,** 256.

— Ferjančić tritt für die Inkorporierung Bosniens und der Hercegovina in das Königreich Kroatien auf Grund der historischen Zugehörigkeit ein und wendet sich gegen eine Behauptung des ungarischen Delegierten Ugron, wonach diese Länder ehemals eine ungarische Provinz gewesen seien. **35,** 381.

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

15. Staats- und verfassungsrechtliche Fragen:

— M. K. Gołuchowski erklärt die Behauptung für unrichtig, daß er nach dem türkisch-griechischen Kriege gleichlautende Noten nach Berlin und Rom gerichtet habe, um die Frage der Annexion der okkupierten Provinzen anzuregen, und daß er sich dabei ein Refus geholt habe. **36,** 81.

— Interpellation Iro, betreffend die Zurückziehung der in festen Garnisonen befindlichen bosnisch-herzegovinischen Truppen aus den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und Einverleibung Bosniens in Ungarn. **37,** 10.

Beantwortet vom M. K. Gołuchowski und Km. Krieghammer. **37,** 312, 313.

— Resolution Iro, betreffend die Einverleibung Bosniens und der Herzegovina in Ungarn. (Abgelehnt.) **37,** 173, 530.

— Iro fordert im Sinne des Linzer Programmes die Einverleibung Bosniens und der Herzegovina in Ungarn. Er könne es nicht billigen, daß man in diesen Ländern Soldaten aushebt, diese türkischen Soldaten in österreichische Garnisonsorte legt, diese Untertanen des Sultans, wie in Graz, auf österreichische deutsche Staatsbürger schießen und dann in einem Allerhöchsten Armeebefehl für diese barbarische Tat öffentlich belohnen läßt. **37,** 462, 468.

Rfm. Kállay bemerkt, die bosnischen Truppen seien nicht dauernd in Österreich dislociert, weil sie nach einer gewissen Zeit in ihr Land zurückkehren; dies entspreche vollkommen den gesetzlichen Bestimmungen. **37,** 476.

— Pommer erinnert gegenüber Iro daran, daß zu einer Einverleibung Bosniens und der Herzegovina in Ungarn einerseits die Zustimmung der Ungarn kaum zu erreichen wäre, anderseits aber die davon zu gewärtigende Verslawisierung Ungarns auch im nationalen Interesse der Deutschen nicht liege, weil eine Rückwirkung auf die westliche Reichshälfte befürchtet werden müßte. Die okkupierten Provinzen sollten vielmehr Reichsländer werden, in denen der Einfluß der Westhälfte der Monarchie mindestens ebenso groß sein müßte, wie jener der Osthälfte, eigentlich aber im Verhältnis zur Quote stehen müßte. **37,** 472.

— Sylvester wünscht die endliche gesetzliche Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses und die Angliederung Bosniens an Österreich in irgendeiner Weise. **38,** 175.

— Rfm. Kállay erklärt, bezüglich der staatsrechtlichen Regelung der bosnischen Fragen im Gesetzgebungswege sei nicht er allein, auch die gemeinsame Regierung nicht kompetent; an diese Frage können nur die beiderseitigen Regierungen herantreten. Wird sie einmal gelöst, so werde er dies mit großer Freude begrüßen. **38,** 179.

— Biankini betont, das Programm des kroatischen Volkes gehe dahin, daß Bosnien und Herzegovina den vereinigten kroatischen Ländern angegliedert werden. **39,** 223.

Bosnien und Herzegovina.

15. Staats- und verfassungsrechtliche Fragen:

— Zaffron plaidiert für die Gewährung einer Verfassung an Bosnien und die Herzegovina. **40,** 361.
(— s. auch Berliner Vertrag.)

16. Steuerfragen.

Moscon vermißt einen Ausweis über die Staatslatifundien. **21,** 94.

Rfm. Kállay bemerkt, daß der Kataster erst vor zwei Jahren fertig geworden sei, daher erst jetzt mit der Einführung der Grundbücher begonnen werden könne. **21,** 95.

— Klaić klagt über die große Belastung der Bevölkerung mit Steuern. **21,** 95.

— Rfm. Kállay betont, die Steuern seien nicht drückend, denn der Wohlstand der Bevölkerung nehme zu. **21,** 99.

— Berichterstatter Dumba möchte die Zehentsteuer nicht für die Dauer empfehlen. **21,** 101.

— Berichterstatter Sueß Eduard verweist auf die gänzliche Aufhebung der Tierrobot und auf die geschaffenen Erleichterungen in der Ableistung der persönlichen Robot. **28,** 143. (K. B.)

— Herold bemängelt die Art und Weise der Steuerbemessung. **29,** 193.

— Sláma wünscht die Regelung der Steuerverhältnisse. **30,** 70.

— Klaić wünscht Auskunft über den Fortgang der Katastralarbeiten behufs Einführung einer geregelten Grundsteuer. **30,** 86.

Rfm. Kállay erwidert, daß der Katastee seit mehreren Jahren fertig sei, daß er allein aber nicht genüge, um die große Reform der Steuern durchzuführen. **30,** 90.

— Sláma bezeichnet die Reform der Zehentsteuer für dringender als andere Reformen und ersucht den Minister, etwas rascher mit dieser Reform vorzugehen. **31,** 277.

— Biankini fragt, worum die drückende Frage des Zehents in Bosnien nicht geregelt wurde. Entweder müsse man auf die Einhebung des Zehents in natura zurückkommen oder an Stelle des Zehents die Grundsteuer einführen. **31,** 285.

— Sláma tadelt die Härte der Steuereintreibung gegenüber den einheimischen armen Leuten, während den zugewanderten Fabrikanten Hunderttausende gestundet werden. **32,** 152.

— Im Jahre 1895 wurde mit der Grundbuchsanlegung angefangen. **32,** 193. (K. B.)

— Azmann findet die Form der Einschätzung ungerecht, was wohl natürlich sei, da die Einschätzer nicht mit einem fixen Gehalt besoldet werden, sondern eine Provision vom Einschätzungswerte erhalten. Er tadelt die unmenschliche Eintreibung der Abgaben. **33,** 191.

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

16. Steuerfragen:

— Rfm. Kállay führt aus, daß die Abschätzung der Tretina von dem Bezirksmedschlß, in dem Einheimische sitzen, bestimmt und von der Landesregierung sehr oft eher abwärts als aufwärts rektifiziert werde. Die Tretina werde in natura, der Zehent in Geld eingehoben. **33**, 195.

— Rfm. Burián stellt eine Reform der Grundsteuer, und zwar mit einer Pauschalierung derselben, in Aussicht. **39**, 271.

17. Unterrichtswesen.

Orlz spricht sich gegen die etwaige Errichtung von konfessionslosen Schulen aus. **20**, 172.

— Moscon wünscht die Errichtung von Land- und Forstwirtschaftsschulen. **21**, 94.

Rfm. Kállay betont, daß eine Forstwartschule erst errichtet werden könne, bis die allgemeine Bildung auf eine höhere Stufe gehoben sein werde. **21**, 95.

— Majaruk meint, das Schulwesen in Bosnien hätte nicht so europäisch eingerichtet werden sollen. **28**, 106.

— Baernreither spricht sich für die Einführung des Schulzwanges aus. **28**, 160.

— Spinčić bemängelt die Verteilung der Stipendien. **28**, 164.

— Biankini bezeichnet die Scheriatschule in Sarajevo — die einzige, über welche die Mohammedaner in Bosnien zur Ausbildung ihrer Hodschahs verfügen — als unzureichend und verlangt die Hebung der mohammedanischen Geistlichkeit in Bosnien auf das Niveau des katholischen und griechisch-orientalischen Klerus. **31**, 284.

— Petition der muselmanischen und katholischen Hochschüler aus Bosnien und der Hercegovina in verschiedenen Unterrichts- und anderen Angelegenheiten. **38**, 329, 386.

— Interpellation Biankini, betreffend die Erhöhung der Gehalte der Volks- und Handelsschullehrer in Bosnien und der Hercegovina. **39**, 17.
Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 217.

— Biankini klagt über die Art und Weise der Verleihung der Studienstipendien. **39**, 235.

— Biankini wünscht eine Vermehrung der Schulen und Einführung des Schulzwanges, wenigstens für die Städte. **39**, 235.

— Interpellation Biankini, betreffend die Verweigerung von Regierungsstipendien für mohammedanische Studierende zum Besuche der theologischen Fakultät in Kairo. **39**, 573.
Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 726.

— Interpellation Zaffron, betreffend die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen in Bosnien und der Hercegovina. **40**, 356.
Beantwortet vom Rfm. Burián. **40**, 533.

Bosnien und Herzegovina.

18. Verwaltung.

Resolution des Berichterstatters Sturm, betreffend die Nichtverwendung des Okkupationskredites zur Bestreitung von Administrations- und Investitionsauslagen. (Angenommen.) **11**, 387, 401 (A. B.).
Beantwortung durch das Kriegsministerium. Budget pro 1880.

— Erklärung der Regierung, die Kosten der Verwaltung Bosniens und der Hercegovina nicht über die eigenen Einnahmen dieser Länder zu erhöhen. **11**, 399 (A. B.).

— Resolution der ungarischen Delegation, daß die Instandhaltung der Straßen nicht zu Lasten des Kriegsbudgets erfolgen dürfe. **11**, 415.

— Bericht des gemeinsamen Finanzministers „Zur Orientierung über den gegenwärtigen Stand der bosnischen Verwaltung". Rotbuch vom Jahre 1881.

— Klaić bezeichnet es als einen Übelstand, daß die Kompetenzgrenzen zwischen Zivil- und Militärverwaltung nicht recht definiert seien, und daß die Verwaltung in Wien zentralisiert werde. **13**, 70.

— M. A. Haymerle bezeichnet es als die Aufgabe der Monarchie und das Bestreben der Regierung, die okkupierten Länder glücklich zu machen und ihre Mission im Osten dadurch zu dokumentieren, daß sie die Wohlfahrt der unter ihre Verwaltung gelangten Volksstämme mit voller Kraft anstrebt. **13**, 71.

— Rfm. Szlávy erklärt es als notwendig, daß von der Zentralstelle aus die prinzipiellen Gesichtspunkte, nach welchen regiert werden soll, festgestellt werden und weist darauf hin, daß die Grenzen der Befugnisse der Zivil- und Militärverwaltung in jüngster Zeit genau präzisiert wurden. **13**, 76.

— Klaić befürwortet die Heranziehung des nationalen Elementes zur Verwaltung. **15**, 8.

— Sturm bezeichnet den beständigen Wechsel der Prinzipien der Verwaltung als einen wesentlichen Nachteil und glaubt, daß die Bevölkerung der bestehenden, ziemlich komplizierten Verwaltung wenig Sympathien entgegenbringen könne. **15**, 10.

— Plener Ernst erklärt, daß eine gute Verwaltung in diesen sozial zerrütteten, unzivilisierten Ländern absolutistisch sein müsse. **15**, 22.
Klaić tritt dem gegenüber für die Selbstverwaltung ein. **15**, 26.

— Rfm. Szlávy erklärt, daß er mehr einer autonomen Verwaltungsform zuneige. **15**, 31.

— Berichterstatter Rnis meint, es sei nicht der Wunsch der Majorität des Ausschusses, eine slawisch-politische Gesinnung in die Organe der Verwaltung Bosniens und der Hercegovina einziehen zu sehen; eine nationalslawische Verwaltung darf in den okkupierten Ländern niemals eingeführt werden. **15**, 34.

— Darlegung der Schwierigkeiten, die sich einer geregelten Verwaltung entgegenstellen, durch den Rfm. Szlávy und den Km. Bylandt-Rheidt. **15**, 40 (A. B.).

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

18. Verwaltung:

— Der Ausschuß spricht trotz der von der Regierung über die Schwierigkeiten in der Verwaltung gegebenen Aufschlüsse die Überzeugung aus, daß die Regierung sich über die Erfolge der Verwaltung in Rücksicht auf die Stimmung des Landes im Irrtum befunden habe. **15**, 40. (A. B.)

— Präsident Schmerling Anton erinnert die Regierung daran, daß gerechte Wünsche der Volksstämme in diesen Gebieten der Erfüllung harren, und daß es Aufgabe der Regierung sein wird, der Bevölkerung den Unterschied zwischen der türkischen und der österreichischen Regierung klar zu machen. **16**, 2.

— Heilsberg unterzieht die Methode der Verwaltung einer Kritik. **16**, 8.

— Plener Ernst meint, es ruhe wie ein Fluch auf der bosnischen Sache, daß nichts Namhaftes für die gedeihliche Hebung der Zustände geschaffen werden könne. **16**, 14.

— Rfm. Szlávy bemerkt, daß die Administration auf Basis des Berliner Vertrages, der mit der Türkei geschlossenen Konvention, des bosnischen Verwaltungsgesetzes und des Gesetzes, das Bosnien und die Hercegovina in den österreichisch-ungarischen Zollverband einbezieht, eingerichtet wurde. **16**, 16.

— Klaić findet die Kosten der Verwaltung zu hoch. **17**, 120.

— Klaić wendet sich gegen die Anregung, die Überschüsse der bosnischen Verwaltung zur Rückerstattung der aufgewendeten Kosten an den Staat zu verwenden. **21**, 95.

Berichterstatter Dumba verlangt die Festhaltung des Prinzipes, daß Bosnien die Okkupationskosten der Monarchie schulde, wenn auch derzeit an eine Rückzahlung nicht zu denken sei. **21**, 100.

— Klaić wünscht die Verwendung von Landeskindern als Beamte. **26**, 121.

Rfm. Kállay erklärt, daß die Einheimischen im Beamtenkorps und in der Verwaltung Verwendung finden und daß eine technische Mittelschule gegründet wurde, um die Leute heranzubilden. **26**, 125.

— Berichterstatter Bilinski findet eine ausgedehntere Mitwirkung von Selbstverwaltungskörpern nicht zulässig. **26**, 141.

— Auflassung eines militärischen Vertreters des Landeschefs. **27**, 164. (A. B.)

— Erhöhung der Zahl der Distriktsärzte. **27**, 166. (A. B.)

— Majaryk bemängelt das Vorgehen bei Vergebung von Schanklizenzen. **28**, 153.

— Majaryk tritt für die Schaffung einer Autonomie und einer Landesvertretung für Bosnien ein. **28**, 157.

— Majaryk verlangt eine Regelung der Gehaltsverhältnisse der Beamten in Bosnien. **28**, 158.

Bosnien und Herzegovina.

18. Verwaltung:

— Rfm. Kállay betont, daß, wenn in Bosnien vielleicht hie und da Mißgriffe, auch vielleicht Ungerechtigkeiten vorkommen, dies nicht öfter und nicht in größerem Maßstabe vorkomme als in irgend einer sehr guten europäischen Administration. **28**, 171.

— Petition der Savo und Nikola Pistelić in Banjaluka, enthaltend Beschwerden gegen die bosnisch-hercegovinische Landesregierung. **28**, 241.

— Majaryk führt aus, daß Bosnien durch die Verwaltung sozial gehoben werden müsse. Er bemängelt es, daß die Verwaltung einseitig, im Geiste der ungarischen Regierung geführt und daß das ganze Land quasi als Adnex von Ungarn und nicht von Österreich-Ungarn behandelt werde. **29**, 181, 187.

— Herold, Rfm. Kállay und Majaryk erörtern die Stellung der mohammedanischen Begs und Agas im Lande. **29**, 194, 199, 205.

— Sláma kritisiert unter Anführung zahlreicher Detailbeschwerden die Verwaltung Bosniens. **30**, 70.

— Sláma bemängelt die Aufwendung der großen Kosten für das Bad Ilidže. **30**, 81.

— Ludwig Ernst spricht der Beamtenschaft Bosniens das größte Lob und die volle Anerkennung aus. **30**, 84.

— Eröffnung des neuen Landesspitales in Sarajevo. **30**, 106. (A. B.)

— Sláma weist darauf hin, daß autonome Beratungskörper bereits zur Zeit der türkischen Herrschaft als Landes-, Kreis- und Bezirksvertretungen bestanden und bedauert, daß die Errichtung solcher Organisationen noch auf einige Jahre hinausgeschoben werde. **31**, 275.

— Sláma weist auf die Ungeschicklichkeiten und Ausschreitungen der Polizei, sowie auf die Verfolgung und Schikanierung der Zeitungskorrespondenten hin. **31**, 278.

— Sláma führt aus, daß aus den Kreisen der unteren Kategorien der Beamten über das ungünstige Avancement, über die mit Rücksicht auf die bosnischen Teuerungsverhältnisse ungureichende Honorierung und über ungebührliche Protektion geklagt werde. **31**, 279.

— Sláma fragt, ob die Beschwerden der aus Bosnien an den Sultan abgesandten mohammedischen Deputation gegen die bosnische Verwaltung begründet waren, und welchen Bescheid der Sultan gegeben hat. **31**, 280.

— Biankini klagt, daß während der Minister bemüht sei, den Fremdenverkehr zu heben, andererseits Bosnien durch eine chinesische Mauer von der Monarchie und von der Welt überhaupt getrennt sei, und daß man nach Bosnien nicht ohne Paß gelangen könne. **31**, 285.

— Biankini bedauert, daß, einige Städte ausgenommen, die Gemeindeverwaltung keine wirkliche Autonomie habe, und daß die Bürgermeister und Gemeinderäte von der politischen Behörde ernannt werden. **31**, 285.

— Biankini wünscht, daß möglichst Landeskinder in den Landesdienst treten. **31**, 285.

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

18. Verwaltung:

— Biankini verlangt die Trennung der Justizverwaltung von der politischen Verwaltung. **31**, 286.

— Infolge Allerhöchster Entschließung vom 27. Jänner 1896 wurde ein Landessanitätsrat für Bosnien und die Herzegovina errichtet. **32**, 189. (A. B.)

— Kaftan klagt darüber, daß die allen Religionsbekenntnissen in Bosnien verbürgte Kirchen- und Schulautonomie seitens der Behörden in vielen Fällen verletzt werde. **33**, 186.

— Schleicher ist gegen die Einwanderung der Juden nach Bosnien. **33**, 192.

— Zwei Interpellationen Dobernig, betreffend das Vorgehen der bosnischen Regierung gegen den ehemaligen Ökonomiebeamten Wolf. **33**, 261, 383.

Beantwortet vom Rsm. Kállay. **33**, 262, 383.

— Interpellation Azmann, betreffend Angriffe gegen die Landesregierung. **34**, 14.

Beantwortet vom Rsm. Kállay. **34**, 98.

— Interpellation Kienmann, betreffend die Angelegenheit des gewesenen Ökonomiebeamten Wolf in Bosnien. **34**, 119.

Beantwortet vom Rsm. Kállay. **34**, 185.

— Interpellation Tusek, betreffend die Gehaltsverhältnisse der bosnischen Beamten. **35**, 22.

Beantwortet vom Rsm. Kállay. **35**, 474.

— Zanetti zollt der Verwaltung Kállays die Anerkennung, daß er in den okkupierten Provinzen in zwei Dezennien mehr zu stande gebracht habe, als in manch anderer österreichischer Provinz in einem Jahrhundert geschehen sei. Er wünscht die Schaffung definitiver Verhältnisse, größere Strenge gegenüber den orthodoxen Laien und bessere Förderung der katholischen Kirche, deren Klerus im Okkupationsgebiete besonders ungünstig gestellt sei. **35**, 466.

— Sláma erkennt an, daß in manchee Beziehung in den okkupierten Provinzen ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen ist, bezeichnet aber die Lobeshymnen auf die Verwaltung als übertrieben und bringt eine Reihe von Wünschen vor. Weiteres teilt er die Beschwerdeschrift einer in Budapest weilenden bosnischen mohammedanischen Deputation der Delegation mit. **36**, 262.

— Regulierung der Beamtengehalte **36**, 364. (A. B.)

— Berichterstatter Venezaj führt aus, die Parteigruppierung erfolge im Okkupationsgebiete nach Konfessionen, die Verwaltung erweise sich aber als über den Parteien stehend, wofür dem Minister Kállay Dank und Anerkennung gebühren. **36**, 273.

— Iro bemängelt die zu große Anzahl der in Bosnien und der Herzegovina angestellten, zumeist polnischen und ungarischen Adeligen. **37**, 466.

Rsm. Kállay erwidert, Listen über Adelige führe er nicht, er beurteile die Menschen nue nach ihrer Tüchtigkeit und würde nue wünschen, daß überall solche Beamte sein sollen, wie es diese polnischen und ungaeischen Adeligen — er wisse nicht, ob es Adelige seien — in Bosnien sind. 37, 481.

Bosnien und Herzegovina.

18. Verwaltung:

— Iro erörtert die Verhältnisse von Ilidže und erklärt, in dieses Bad seien Millionen hineingesteckt worden, die nirgends ausgewiesen erscheinen, und die in gar keinem Verhältnis zu dem hygienischen Wert dieses Sonntagsausflugsortes der Sarajevoer Bevölkerung stehen. **37**, 467.

Rsm. Kállay lädt zue Besichtigung der Baulichkeiten in Ilidže ein, um zu beurteilen, ob dieselben auch nur eine Million kosten können. Im Jahre 1900 wurden 35.588 Bäder genommen, zwischen Sarajevo und Ilidže allein 340.000 Fahrkarten ausgegeben. Es handelt sich also nicht um eine bloße Liebhaberei. Das Bad hat auch in der Türkenzeit und unter den Römern schon bestanden. Die Pferderennen entsprechen der großen Passion der Bevölkerung für das Reiten. **37**, 480.

— Pommer begehet Aufklärungen über die in der Denkschrift der serbischen Studenten aus Bosnien gegen die Verwaltung erhobenen Vorwürfe und auch darüber, daß angesehene Männer, die in loyaler Weise auf Mißstände aufmerksam machten, schwer beitraft oder wenigstens hart behandelt worden seien. **37**, 474.

— Berichterstatter Barwiński konstatiert, auch die Opposition habe bei jeder Gelegenheit zugegeben, daß die okkupierten Länder, welche in ganz zerrüttetem Zustand unter österreichisch-ungarische Verwaltung gekommen sind, in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung im Laufe der zwei letzten Dezennien einen riesigen Fortschritt gemacht haben. **37**, 486.

— Berichterstatter Bukovič wünscht die baldige Einführung der Kreisvertretungen und die Aufhebung der Präventivzensur sowie die baldigste Lösung der serbischen Kirchenfrage. **38**, 174.

— Sylvester konstatiert, daß die Voranschläge allerdings eine wachsende Entwicklung Bosniens zeigen. Selbstverständlich ist dies, nachdem die Gebarungsabschlüsse nicht vorliegen, nur eine Vermutung. Er ersucht aber die bosnische Regierung, den öffentlich vorgebrachten zahllosen Beschwerden von Agrariern wie von Industriellen auch öffentlich zu begegnen, weil sonst dadurch die Kreditverhältnisse Bosniens immerhin Schaden leiden können. **38**, 175.

Rsm. Kállay repliziert hierauf und bezeichnet hiebei die von Sylvester erwähnte Broschüre: „35 Millionen Mark deutsches Kapital in Bosnien“ als ein Sammelsurium von Übertreibungen und Lügen. **38**, 181.

— Interpellation Bukovič, betreffend die gegen die in Triest erscheinende Zeitung „La Pensée Slave“ verfügte Entziehung des Postdebits für Bosnien und die Herzegovina. **38**, 9.

Beantwortet vom Rsm. Kállay. **38**, 182.

— Interpellation Sylvester, betreffend verschiedene Verwaltungsmaßnahmen der bosnischen Landesregierung. **38**, 200.

Beantwortet vom Rsm. Kállay. **38**, 202.

Digitized by Google

Bosnien und Herzegovina.

18. Verwaltung:

— Interpellation Biankini, betreffend die Mineralquelle Sičara. **39**, 124.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 221.

— Biankini führt aus, der verstorbene Minister Kállay sei an der Spitze der Propaganda für den magyarischen Imperialismus in Bosnien und der Herzegovina gestanden. **39**, 225.

— Biankini klagt über den Absolutismus und die Übermacht der Bezirksvorsteher sowie über das Bestehen der Präventivzensur. **39**, 226.

— Biankini verlangt die Trennung der administrativen Verwaltung von jener für das Gerichtswesen und die Entlassung aller Beamten, die die kroatische Sprache nicht kennen. **39**, 238.

— Kramář verlangt eine stärkere Heranziehung der einheimischen Elemente zur Beamtenkarriere, die Einschränkung des Gebrauches der deutschen Sprache in den Ämtern, ein freieres Preßgesetz und Versammlungsrecht, die Trennung der Justiz von der Verwaltung sowie eine Reform der Gemeindeverwaltung. **39**, 245.

Im Ausschusse wurde allseits mit Worten hoher Anerkennung der Verdienste gedacht, welche sich der verewigte Rfm. Kállay um die Verwaltung der Okkupationsländer erworben hat. **39**, 257. (A. B.)

— Rfm. Burián betont, daß bezüglich des Preßgesetzes und im Vereinswesen einige Erleichterungen eingetreten seien, daß 27 Prozent der Angestellten der Landesverwaltung Bosnier und 80 Prozent Slowen seien; jeder Angestellte kenne die Landessprache oder er müsse sie binnen Jahresfrist erlernen. **39**, 272.

— Rfm. Burián erklärt, es werde in Zukunft angestrebt werden, die Justiz und die Administration vollkommen zu trennen. **39**, 273.

— Berichterstatter Šusteršič meint, daß durch die Gewährung der Gemeindeautonomie ein Anfang zur Heranziehung des Volkes an der Verwaltung gemacht werden sollte. **39**, 280.

— Interpellation Biankini, betreffend einen Erlaß der bosnischen Landesregierung in Bezug auf die publizistische Tätigkeit der bosnisch-hercegovinischen Beamten. **39**, 469.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 727.

— Interpellation Biankini, betreffend die infolge der Präventivzensur in den bosnischen Blättern fehlende Stelle aus der Antrittsrede des neuen Landeschefs Freiherrn v. Albori. **39**, 471.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 727.

— Interpellation Biankini, betreffend die Nichtveröffentlichung der Delegationssitzungsberichte in den kroatischen Zeitungen Bosniens und der Herzegovina. **39**, 573.

Beantwortet vom Rfm. Burian. **39**, 728.

— Rfm. Burián betont, daß die bosnische Verwaltung den österreichischen Interessen gegenüber ihre volle Neutralität wahren werde. **40**, 364.

Bosnien und Herzegovina.

19. Verschiedenes.

Interpellation Klaić an den Minister des Äußern, betreffend den Raub einer Viehherde der Insassen der dalmatinischen Gemeinde Stagno durch türkisches Militär in der Hercegovina. **11**, 359.

Beantwortet vom Av. Sektionschef Calice **11**, 403.

— Interpellation Winkler an den Reichskriegsminister, betreffend das Vorgehen des mit der Verfrachtung ärarischer Güter anläßlich der Okkupation betrauten Unternehmers gegen die von ihm beschäftigten Fuhrleute. **12**, 16.

Beantwortet vom Km. Bylandt-Rheidt. **12**, 88.

— Sláma bespricht die Beteiligung der bosnischen Regierung an der Milleniumsausstellung; es werde behauptet, daß es sich darum gehandelt habe, die Zugehörigkeit der okkupierten Provinzen zu Ungarn zu demonstrieren, wogegen Redner protestieren müßte. **32**, 153.

Rfm. Kállay erklärt, er habe nur die Absicht gehabt, Bosnien in weiteren Kreisen durch die Ausstellung bekannt zu machen und ihm neue Absatzgebiete zu verschaffen. **32**, 158.

— Es haben bisher drei Volkszählungen stattgefunden, die letzte im Jahre 1895. Resultat derselben. **32**, 195. (A. B.)

— Interpellation Vencajz, betreffend die Verweigerung der Konzession zum Verkaufe des Wassers der Sinčera-Heilquelle in Bosnien. **36**, 12.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **36**, 272.

— Beteiligung Bosniens an der Pariser Weltausstellung. **35**, 484. (A. B.)

— Interpellation Vuković, betreffend die den Bewohnern des Kreises Bihać seitens der bosnischen Behörden auferlegten Beschränkungen hinsichtlich der Beschaffung von Seesalz aus den ärarischen Magazinen in Dalmatien. **38**, 81.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **38**, 183.

— Interpellation Vuković, betreffend den Besuch bosnischer Kaufleute in Budapest. **38**, 10.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **38**, 182.

Brasilien.

Petition der polnischen handelsgeographischen Gesellschaft in Lemberg um diplomatischen Schutz der österreichisch-ungarischen Auswanderer in Brasilien und Errichtung eines k.u.k. österreichisch-ungarischen Generalkonsulates in Curityba. **30**, 304.

— Gesmann bringt die Meldung zur Sprache, daß in Brasilien speziell für österreichische Waren ein zehnprozentiger Zuschlagszoll bei der Einfuhr erhoben werde. **35**, 422.

M. Ac. Gołuchowski bemerkt, von Zollzuschlägen in Brasilien werde allerdings gesprochen, bis jetzt sei aber noch gar nichts bestimmt worden. Man sei in Verhandlung darüber. **35**, 454.

Braunbuch, s. Rotbuch.

Botschaft, Botschafter, s. Diplomatische Auslagen.

Digitized by Google

Botschafter, Gesandte, Ministerresidenten.
Behandlung derselben bei ihrer Versetzung in den Ruhestand, s. Pensionen.

Braunschweig, s. Diplomatische Auslagen.

Bremen, s. Diplomatische Auslagen.

Breslau, s. Konsulate.

Bridgetown, s. Konsulate.

Brindisi, s. Konsulate.

Brioninseln.
Kaftan fragt, ob die Kriegsverwaltung geneigt ist, ohne Verzug zur Enteignung des ganzen Brioninkomplexes zu schreiten. **33,** 245.
— Kaftan urgiert bei der Marineverwaltung den Ankauf der Brioninseln. **34,** 224.
Mk. Spaun erklärt, daß diese Angelegenheit nicht in sein Ressort falle. **34,** 227.
— Kaftan bedauert, daß der rechtzeitige billige Ankauf der Brioninseln unterlassen worden sei. **37,** 326.
Mk. Spaun gibt hierüber Auskünfte. **37,** 334.

Brotpreise.
Resolution des Berichterstatters Mattuš, betreffend die Berechnung der Brotpreise im Staatsvoranschlage nach dem Durchschnitte der letzten fünf Jahre. **20,** 30.

Brückenbau.
Petition des politischen Vereines in Horodenka wegen Erbauung einer Brücke über den Dniestr zwischen Luka und Niezwiska, auf Staatskosten. **35,** 479.
— Interpellation Pommer, betreffend die Gewährung eines Zuschusses seitens des Militärärars zum Bau einer Brücke bei Rann an der Save. **37,** 460.

Brünn, s. Kommanden, Militärzinstarife, Monturwesen, Pulverwesen.

Bruck an der Leitha, s. Straßenbau.

Brüssel, s. Diplomatische Auslagen, Zuckerkonferenz.

Brussa, s. Konsulate.

Büchsenmacher.
Interpellation Iro, betreffend Reorganisation der Truppenbüchsenmachersbranche. **37,** 110.
Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37,** 490.
— Interpellation Klicmann, betreffend die Erhöhung der Pension der im Ruhestande lebenden Büchsenmacher. **39,** 624.
Beantwortet vom Km. Pitreich. **39,** 726.

Budapest, s. Delegation, Militärsanitätswesen 2.

Budget.
Skene Alfred bem. bemängelt die Teilung des Budgets in Ordinarium und Extraordinarium. **1, 79.**
— Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Form des Voranschlages des Kriegsministeriums. (Angenommen.) **3,** 561; **4,** 215.
(Mitteilung, daß den in dieser Resolution ausgesprochenen Wünschen vollständig entsprochen wurde; Exposé zum Budget 1872.)

Budget.
— Resolution des Berichterstatters Demel, betreffend die Verteilung der im Titel 1 des ordentlichen Erfordernisses des Kriegsministeriums enthaltenen Ausgabsposten auf mehrere nach den Gegenständen abgesonderte Titel. (Angenommen.) **6,** 87.
— Resolutionen beider Delegationen, betreffend die Behandlung der innerhalb der Gebarungsperiode nicht verwendeten Kredite. (Angenommen.) **7,** 248.
(Das Kriegsministerium wird solche Kredite entweder durch Einstellung in das Extraordinarium oder im Wege eines Nachtragskredites ansuchen, behält sich aber in Ausnahmsfällen vor, wie bisher eine Terminserstreckung anzusprechen. Budget 1876.)
— Der Budgetausschuß (Berichterstatter Bezecný) tadelt anläßlich der Schlußrechnung pro 1885 den Vorgang der Marineverwaltung, welche verfügbare Mittel des Seeoffensivs heranzog, um gleichzeitig mit den im Extraordinarium bewilligten acht Torpedobooten noch zwei andere derselben Type, die im Voranschlage nicht vorgesehen waren, zu erbauen. Der Ausschuß beantständet, daß erstens eine Ersparung im Ordinarium zur Bestreitung einer nicht bewilligten Ausgabe im Extraordinarium benützt wurde, zweitens überhaupt eine solche Ausgabe erfolgt sei, ohne daß ein Nachtragskredit begehrt wurde, und beharrt darauf, daß in der budgetären Verwaltung Ordnung herrsche und die Delegationsbeschlüsse Beachtung finden. **23,** 34.
— Berichterstatter Bezecný erkennt an, daß das Kriegsministerium sich strenge an die Anregung des Budgetausschusses hält, die Erstreckung von Krediten nicht erst bei der Schlußrechnung, sondern bereits bei der Feststellung des nächsten Voranschlages zu begehren. **24,** 86.
— Resolution des Berichterstatters Jaworski, betreffend die Einstellung des Erfordernisses für den Ersatz abkommandierter Offiziere und Mannschaft in das Heeresordinarium. (Angenommen.) **27,** 132.
(Obschon diese Resolution mit den bezüglichen Intentionen der Heeresverwaltung vollkommen übereinstimmt, war es vorläufig doch nicht möglich, dem zum Ausdrucke gebrachten Wunsche zu entsprechen, da eine gleiche Resolution seitens der Delegation des ungarischen Reichstages nicht gefaßt wurde. Budget 1893.)
— Resolution des Berichterstatters Popowski mit der Aufforderung an die Kriegsverwaltung, künftighin im Voranschlage das Erfordernis für den Ersatz für die dauernd abkommandierten, zum Truppendienste nicht verfügbaren Offiziere, dann für den Ersatz für dauernd abkommandierte Mannschaft in das ordentliche Heereserfordernis einzustellen. (Angenommen.) **28,** 98.
(Dieser Resolution wurde bei Zusammenstellung des Voranschlages für das Jahr 1894 entsprochen. Budget 1894 und **29,** 78.)
— Resolution des Berichterstatters Bezecný, durch welche die Kriegsverwaltung aufgefordert wird, künftig für den Fall, als sich dies als notwendig erweisen sollte, eine Ermächtigung dafür anzusprechen, daß die Betriebsüberschüsse der in der Militärverwaltung stehenden Bosnabahn, der Broder Verbindungsbahn und der Militärbahn Banjaluka-Dobrlin noch durch sechs Monate über die 18monatliche Periode hinaus verwendet werden dürfen. (Angenommen.) **28,** 191.
— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Anweisung der gemeinsamen Minister, in Hinkunft eine vom Voranschlage abweichende Ausgabe in der Regel nur mit vorheriger Zustimmung des ungarischen Finanzministeriums anzuweisen, in Fällen aber, welche eine Verzögerung

Digitized by Google

Budget.

nicht dulden, die getroffene Verfügung gleichzeitig zur Kenntnis des gemeinsamen Ministeriums und der ungarischen Regierung zu bringen. Budget 1896.

— Der größte Wert muß auf genaue Präliminierung der Ausgaben und gewissenhafte Einhaltung derselben sowie darauf gelegt werden, daß, wenn vor Ablauf einer Kreditperiode unvermeidliche Auslagen zu machen sind, bei dem nächsten Delegationstermine der volle voraussichtliche Nachtragskredit in Anspruch genommen werde. **31**, 126 (A. B.).

— Der Ausschuß konstatiert mit Befriedigung, daß die Heeresverwaltung, der vorjährigen Anregung teilweise nachkommend, bestrebt war, den Voranschlag soweit möglich der Wirklichkeit näher zu bringen, bemerkt aber, daß auch im Budget pro 1896 noch nicht alle Posten nach dem faktischen Gebarungsergebnisse der letzten Jahre richtiggestellt worden sind. Er erwartet zuversichtlich, daß im Voranschlage pro 1897 sämtliche Posten ohne Ausnahme richtiggestellt sein werden, da eine richtige Präliminierung die erste Bedingung für eine geordnete Finanzgebarung bilde. **31**, 195 (A. B.).

— Berichterstatter Dumba erklärt, daß der Ausschuß bei der Bedeckungspost „Zollgefälle" gezwungen war, von der seit 30 Jahren beobachteten Übung in der Berechnung abzugehen. Infolge der parlamentarischen Verhältnisse könne über die Überschüsse des Zollgefälles nicht wie gewöhnlich verfügt werden, weil ein Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn bis zur Stunde nicht zu stande gekommen sei. Betreffs der Quote sei eine Einigung nicht zu stande gekommen und werde zum erstenmale der Fall eintreten, daß die Krone das Ausmaß der Quote zu bestimmen haben werde. Mit Rücksicht auf diese Umstände mußten die Anträge des Ausschusses bezüglich des Finanzgesetzes abgeändert werden. **33**, 364.

— Groß Gustav billigt die vom Ausschusse beantragte Änderung des Finanzgesetzes, jedoch nur in der Voraussetzung, daß der Ausgleich nicht mittels § 14 zu stande kommen werde. **33**, 365.

— Jaworski stimmt der vom Ausschusse beantragten Änderung des Finanzgesetzes zu, da eine Einigung über das Verhältnis zu Ungarn nicht erzielt wurde. In der Anwendung des § 14 liege keine Gesetzesverletzung. **33**, 367.

— Kaiser beantragt, die Beschlußfassung über das Finanzgesetz und das Zollgefälle bis zur verfassungsmäßigen Feststellung der Quote und der Verwendung der Zolleinnahmen zu vertagen. (Abgelehnt) **33**, 371.

— Der Budgetausschuß findet es bezüglich des Nachtragskredites von 30,100.000 fl. auffallend, daß von Seite der Regierungen gegen die Regel des verfassungsmäßigen Budgetrechtes über einen so hohen Betrag einseitig verfügt wurde; es sei bedauerlich, daß der Delegation auch in der nächsten Session nicht die verfassungsmäßige Möglichkeit geboten wurde, die Bedürfnisfrage zu prüfen. **34**, 378 (A. B.).

— Der Budgetausschuß erachtet es für seine Pflicht, zur Wahrung des der Delegation zukommenden Budgetrechtes die Bewilligung des Nachtragskredites für einen ganz besonderen Ausnahmsfall zu erklären, aus welchem für die Zukunft ein Präjudiz in budgetärer Beziehung nicht abgeleitet werden dürfe. Aber auch derartige ganz besondere Ausnahmsfälle wären der Delegation gleich in der nächsten ordentlichen Session mitzuteilen. **34**, 378 (A. B.).

Budget.

— Kaftan wünscht eine übersichtlichere Zusammenstellung des Heeresbudgets. **36**, 110.

Ltm. Krieghammer bemerkt, die Form der Budgetierung sei von den Delegationen selbst bestimmt worden; er wolle jedoch abermals versuchen, eine Vereinfachung herbeizuführen. **36**, 194.

— Kaftan weist auf das veraltete, nicht übersichtliche System der Budgetierung des Heeres hin und empfiehlt dem Kriegsminister eine Umarbeitung des Heeresbudgets, insbesondere für Bosnien. **37**, 49.

Ltm. Krieghammer bemerkt, daß die Art der Budgetierung seit 30 Jahren eingeführt sei und nur durch einen Beschluß der Delegation geändert werden könne. **37**, 200.

Berichterstatter Walterskirchen gibt zu, daß neu eintretende Delegierte in dem Wuste von Ziffern sich nicht auskennen, aber wenn man einmal in das Budget eingedrungen sei, so sei die Sache klar. Die Art der Zusammenstellung beruhe auf einer mehr als 30jährigen Erfahrung und sei von den Delegationen nie beanständet worden. **37**, 203.

— für den gemeinsamen Staatshaushalt der österreichisch-ungarischen Monarchie, s. Äußeres, Bosnien, Finanzministerium, Kriegsministerium, Marine, Rechnungshof.

— s. auch Abstriche.

Budgetausschuß, s. Delegation, Geschäftsordnungsfragen (Ausschüsse).

Budgetprovisorium.

1. Vom 1. Jänner bis letzten Februar 1871. **3**, 34.
   Bericht (Berichterstatter Bretfel) und Verhandlung. **3**, 39.
   Antrag des Berichterstatters Bretfel, den Vorschuß für die ersten zwei Monate aus den Erträgnissen des Zollgefälles in den Monaten Jänner und Februar und 70 Prozent des Restes von den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern zu bestreiten. (Angenommen.) **3**, 39.

2. für das I. Quartal 1878. **10**, 7.
   Bericht (Berichterstatter Sturm) und Verhandlung. **10**, 9—25.
   Redner: Grocholski, Frhr. Hofmann, Fluck, Demel Johann, Sueß Eduard, M. Ré. Andrássy, Coronini Franz.

3. für das II. Quartal 1878. **10**, 35.
   Bericht (Berichterstatter Sturm) und Verhandlung. **10**, 43.

4. für die Monate Jänner und Februar 1880. **12**, 11.
   Mündlicher Bericht (Berichterstatter Sturm) und Verhandlung. **12**, 11.

5. für die ersten vier Monate des Jahres 1900. **35**, 13.
   Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **35**, 23—47, 50—51.
   Redner: Grégr, Nuß, Lemisch, Funke, Kramář, Pacák.

Digitized by Google

Budgetprovisorium.

6. für Jänner und Februar 1904. **39**, 21.
Bericht (Berichterstatter Bacquehem) und Verhandlung. **39**, 29.
Redner: Kramář, Biantini, Kaftan, Delugan, Wassiltò Nikolaj, Kliemann, Stránský, Schönborn.

Im allgemeinen:

— Außerordentliche Ausgaben können durch ein Budgetprovisorium nicht bewilligt werden. **10**, 30 (A. B.).

Budgetrecht der Delegation.

Sturm bespricht die Frage der Kompetenz der Delegationen und meint, die Delegationen sollten die Bewilligung von außerordentlichen Krediten, somit die indirekte Entscheidung über Krieg und Frieden, den beiden Reichsvertretungen übertassen. **10**, 83.
Schaup tritt dieser Anschauung entgegen. **10**, 167.

— Resolution des Berichterstatters Sturm über die Wahrung des Rechtes der Reichsvertretung, die Kriegsstärke und das Rekrutenkontingent für das Jahr 1879 trotz der vorherigen Bewilligung des Heereserfordernisses durch die Delegation festzustellen. (Angenommen.) **11**, 53.

— Resolution der ungarischen Delegation in demselben Sinne **11**, 236.

— Der Ausschußbericht (Berichterstatter Plener Ernst) bezeichnet es als konstitutionell nicht üblich, daß ein Regierungsanspruch seitens der Volksvertretung erhöht wird. **12**, 61 (A. B.).

— Bewilligung des Heereserfordernisses vor Verlängerung der Bestimmungen des Wehrgesetzes über die Kriegsstärke und das Rekrutenkontingent durch die Reichsvertretungen. **12**, 12.

— Im Ausschußberichte (Berichterstatter Plener Ernst) wird bemerkt, die Delegation hätte es aus konstitutionellen Gründen gerne vermieden gesehen, daß das Ministerium des Äußern auf eigene Verantwortung Bauarbeiten in Anspruch nachträglicher Indemnisierung durch die Delegation vornehmen ließ. **14**, 27.

— Eine Resolution, nach welcher die Delegation gewärtigt, daß im Falle eines Mehrbedarfes über den Kredit von acht Millionen Gulden (für die Unterdrückung des Aufstandes in Südalmatien und im Okkupationsgebiete) die erforderlichen Kredite angesäumt von der Delegation angesprochen werden, wurde von der Mehrheit des Ausschusses nicht angenommen, weil die Regierung erklärte, sie werde, sollte sich die Notwendigkeit einer bedeutenden Überschreitung zeigen, neuerlich an die Delegation herantreten. **15**, 43 (A. B.).

Bürgerschulen, s. Anträge 9.

Buenos-Ayres, s. Diplomatische Auslagen (Argentinien), Konsulate.

Bukarest.

Interpellation Sylvester, betreffend die Subventionierung der deutschen Schule in Bukarest. **38**, 68.
Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 552.

— s. auch Konsulate.

Bukowina, s. Czernowitz, Delegation, Dislokationen.

Bulgarien.*)

Aufstand gegen die türkische Herrschaft in Bulgarien. Unterdrückung des Aufstandes, Greueltaten der Baschibozuks und Tscherkessen. Rotbuch vom Jahre 1876.

— General Ignatiew legt der europäischen Konferenz in Konstantinopel einen Organisationsentwurf für Bulgarien vor. Rotbuch vom Jahre 1876, Anhang.

— Die griechische Bevölkerung des Sandjak von Philippopel protestiert gegen die Einbeziehung dieses Bezirkes in den politischen Begriff „Bulgarien". Rotbuch vom Jahre 1876.

— Rußland schlägt im serbisch-türkischen Kriege die Besetzung Bulgariens durch russische Truppen vor. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Kaiser Alexander erklärt dem englischen Botschafter, er verpfände sein Ehrenwort, daß er nicht die Absicht habe, den Besitz von Konstantinopel zu erwerben, und daß, wenn die Notwendigkeit ihn zwingen würde, einen Teil von Bulgarien zu besetzen, dies nur provisorisch geschehe, bis der Friede und die Sicherheit der christlichen Bevölkerung gewährleistet sind. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Proklamation des Kaisers Alexander an die Bewohner Bulgariens im russisch-türkischen Kriege. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Statistik des Notstandes in mehreren Bezirken Bulgariens, anläßlich der Insurrektion. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Plener Ernst, Tomaszczuk, Schaup und M. Ae. Andrássy besprechen die Frage der Neukonstituierung Bulgariens. **10**, 105—108, 127—128, 166, 228.

— Interpellation Grocholski, betreffend die Einreihung von russischen Offizieren und Soldaten in die bulgarische Miliz. **11**, 12.
Beantwortet vom M. Ae. Andrássy. **11**, 51.

— Arbeiten der Delimitationskommission für Bulgarien. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Protokolle der europäischen Kommission für die Organisation Ostrumeliens. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Verhandlungen bezüglich der bulgarisch-rumänischen Grenze an der Donau (Artikel XLVI des Berliner Vertrages). Rotbuch vom Jahre 1879/1880.

— Repatriierung der mohammedanischen Flüchtlinge nach Bulgarien. Rotbuch vom Jahre 1879/1880.

— Demel Johann hält dafür, daß die bulgarische Frage nicht im Sinne der Vergrößerung gelöst werden dürfe, daß sie aber gelöst werden müsse. **13**, 25.

— Berichterstatter Plener Ernst meint, daß der Schwerpunkt der orientalischen Entwicklung in Bulgarien liege, und skizziert die Bedingungen, unter denen eine Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien zugestanden werden könnte. **13**, 34.

— Schleifung der bulgarischen Donaufestungen und Arbeiten am Eisernen Tore. **13**, 49, 14, 26.

*) Die sogenannte „makedonische Frage" ist in der Rubrik „Türkei 6" besonders behandelt.

Digitized by Google

Bulgarien.

— Konferenz in der bulgarisch-rumelischen Frage. Stellungnahme sämtlicher Balkanstaaten zu dieser Frage. Unser Ziel bleibt die Beilegung der entstandenen Schwierigkeiten auf legaler Basis und friedlichem Wege. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse. 7. November 1885.

— Stellungnahme Österreich-Ungarns zur revolutionären Unionbewegung in Philippopel. Die gewaltsame Vereinigung von Bulgarien und Rumelien würde den Kampf aller gegen alle zur Folge haben. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 7. November 1885.

— Die Bewegung nach gewaltsamer Vereinigung mit Rumelien. — Man hat im Laufe der letzten sechs Jahre große Nachsicht mit Bulgarien geübt, das unter allen Balkanstaaten am allerwenigsten den ihm im Berliner Vertrag auferlegten Verpflichtungen nachgekommen war. — Der auf unrechtmäßige Weise Ausgehende Gewaltakt Bulgariens, der ein so verwerfliches Beispiel gibt, kann von Seite der Mächte unmöglich gebilligt werden. — Die Frage, ob eine Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien an und für sich den Interessen Österreich-Ungarns geradezu widerstreitet, wäre nicht zu bejahen. Diesen Interessen könne es allerdings nicht viel verschlagen, ob Bulgarien etwas größer oder kleiner sei, wenn diese Vergrößerung mit den nötigen legalen Kautelen umgeben wäre. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 7. November 1885.

— Was die österreichisch-ungarischen Interessen verlangen und was die gemeinsame Regierung anzustreben hat, ist, daß keine den Verträgen widersprechende Schädigung der von Europa den Bulgaren gewährleisteten Selbständigkeit Platz greife. Rußland versichert, daß es nicht an eine Einschränkung der Autonomie Bulgariens denke. — Expose des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Die Bedeutung der Mission des Generals Kaulbars wird weit überschätzt. Die vorliegenden Resultate sind eigentlich nur die, daß es ihm erstlich gelang, den Bulgaren die Einmischung Rußlands in der denkbar unangenehmsten Weise fühlbar zu machen, und daß er die öffentliche Meinung Europas für das bulgarische Volk in bisher nicht gekannter Weise sympathisch gestimmt hat. — Expose des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886 und im Budgetausschusse, 18. November 1886.

— Eine Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien würde, wenn sie mit Einverständnis der Mächte geschähe und mit den nötigen Kautelen umgeben wird, unseren Interessen nicht zuwiderlaufen. — Expose des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Die k. und k. Regierung wird dahin wirken, daß die zulässigen Wünsche der Bulgaren, für welche die Zustimmung der Pforte und der Mächte zu erreichen ist, berücksichtigt werden. — Expose des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Die Einsetzung eines Fürsten in Bulgarien wird von den Mächten erwogen und ist außerordentlich wünschenswert, ein geeigneter Kandidat aber sehr schwer zu finden. — Berichtigung der Gerüchte über eine angebliche Démarche Österreich-Ungarns zu Gunsten bulgarischer Verschwörer. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. November 1886.

Bulgarien.

— Der Minister befinde sich in der bulgarischen Frage in der ungünstigen Lage, seine besten Argumente nicht vorbringen zu können. Was die Regierung seit dem Ausbruche der bulgarischen Krise getan habe, gehöre in die Kategorie jener vertraulichen Verhandlungen, deren Darlegung mit Rücksicht auf das Interesse des Staates und die Beziehung zu den anderen Mächten ausgeschlossen ist. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. November 1886.

— Es ist nicht zu leugnen, daß die erste Durchbrechung des Prinzipes der Erhaltung des Status quo auf dem Balkan — nach dem Berliner Vertrag — bulgarischerseits erfolgt ist. — Festhalten Österreich-Ungarns an dem Berliner Vertrag als Basis der Lösung der bulgarischen Frage. — Einfluß Österreich-Ungarns und Rußlands in Bulgarien. Bedeutung ökonomischer Beziehungen für den politischen Einfluß. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. November 1886.

— Es sei zu natürlich, daß die tägliche Verletzung des Rechtsgefühls, wie sie in den Nachrichten über das Auftreten des Generals Kaulbars und die Freilassung der meuterischen Offiziere gegeben war, in der öffentlichen Meinung eine gewisse Irritation und Ungeduld erzeugt habe, welche eine Sühne irgend welcher Art herbeiwünschte. Diese Erregung und Ungeduld mochte die Meinung, die namentlich in Deutschland verbreitet war, erzeugt haben, daß man hier nach einem Kriege verlange, eine Meinung, die durchaus irrtümlich sei. — Expose des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Eine friedliche Beilegung, ohne daß unsere oder europäische Interessen verletzt werden, ist nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. Es wird gewiß sehr gut sein, wenn aus dem Schoße der Delegationen Äußerungen darüber hervorgehen, daß es in beiden Teilen der Monarchie niemanden gibt, der den Krieg wünscht. Wir alle wollen den Frieden, gewiß aber nicht den Frieden um jeden Preis. — Expose des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Was die Aufgabe der k. und k. Regierung zunächst sein mußte, war, gegen solche Akte und Vorfälle vorzusorgen, welche den gegenwärtig überwiegend bulgarischen Charakter der Krise zu einem europäischen hätten stempeln können. Wenn zum Beispiel Rußland beabsichtigt oder versucht hätte, einen Kommissär nach Bulgarien zu entsenden, welcher mehr oder weniger die Regierung des Landes an sich genommen hätte, oder wenn es zu einer militärischen Okkupation, sei es der Küstenplätze oder des Landes selbst geschritten wäre, so wären dies gewiß Akte gewesen, welche uns unter jeder Bedingung zu einer entschiedenen Stellungnahme gezwungen hätten. Daß solche Akte nicht eingetreten sind und dahin zu wirken, daß sie vermieden werden, habe die Regierung für viel wichtiger erachten müssen, als sich damit zu befassen, ob die Bulgaren vom General Kaulbars mehr oder weniger gereizt werden, ob die Sobranje früher oder später einberufen wird. — Expose des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Alle Kabinette und den erhaltenen Versicherungen nach auch das russische, sind in dem Punkte einig, daß die bulgarische Frage nicht der Anlaß zu einem europäischen Konflikte werde. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 8. November 1887.

Digitized by Google

Bulgarien.

— Sueß Eduard dankt den Staatsmännern Bulgariens und dem bulgarischen Volke für die Mäßigung, welche die Erhaltung des Friedens ermöglichte, und wünscht die Anerkennung der letzten Fürstenwahl durch den Sultan. **23,** 9.

— Befriedigung über die Konsolidierung und fortschreitende Entwicklung Bulgariens. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. Juni 1890.

— Die Verschwörung Panizza's. — Anerkennung des Fürsten von Bulgarien. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. Juni 1890.

— Nicht gewöhnlicher Fortschritt der inneren Verhältnisse. — Es wäre sehr wünschenswert, daß die staatsrechtliche Stellung des Landes und des Fürsten in einer Weise geregelt werden könnte, die den Verträgen entspricht; es wäre aber vorerst hoffnungslos, diese Frage anzuregen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

— Pleuer Ernst stimmt der Haltung der Regierung gegenüber Bulgarien zu, dessen Konsolidierung die Monarchie wünsche. Es war klug, die Anerkennung des Fürsten nicht zu forcieren, eine Frage, die nur mit Zustimmung aller Mächte geregelt werden kann. **26,** 164.

— Der Minister des Äußern hält, was Bulgarien betrifft, die Anerkennung des Fürsten für wünschenswert, wenn auch eine Aktion zu Gunsten derselben gegenwärtig nicht ratsam sei. **27,** 22 (A. B.).

— Das Wohlwollen, das wir für Bulgarien und alle Balkanvölker hegen, wird durch dergleichen innere Krisen, wie den Sturz Stambulows, wenn sie nicht einen Umschlag der Politik bedeuten, gewiß nicht tangiert. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Kaftan befragt den Minister des Äußern über die Lösung der Regentenfrage in Bulgarien. **30,** 21.

— M. Ae. Kálnoky betont, wir werden Bulgarien, wenn wir ihm nützlich sein können, gewiß gerne nützlich sein, aber wie werden uns in seine inneren Verhältnisse jetzt ebensowenig einmischen, wie wir es früher getan haben und wie wir wünschen, daß es auch keine andere Macht tue. **30,** 42.

— Bulgarien hat durch die mit Zustimmung der Mächte erfolgte Anerkennung seines Fürsten seitens der Pforte normale Bahnen betreten. Die inneren Verhältnisse lassen manches zu wünschen übrig; wie sind indessen überzeugt, daß das Fürstentum, welches sich bisher als Element der Ordnung auf der Balkanhalbinsel bewährt hat, in erster Linie bemüht sein wird, die Sympathien, die wir ihm seit seinem Entstehen bekundet haben, auch in der Zukunft zu rechtfertigen. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Es ist unserseits nie gewünscht worden, daß Bulgarien sich feindlich gegen Rußland stelle. Ich sehe also absolut nicht ein, wie unsere Interessen dadurch gefährdet werden sollten, daß ein korrektes und freundschaftliches Verhältnis zwischen Bulgarien und Rußland herrscht. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Der Ausschußbericht betont, daß der Minister des Äußern Goluchowski der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß

Bulgarien.

auch weiterhin Bulgarien ein Element der Ordnung auf der Balkanhalbinsel bleiben und jede Aktion vermieden werde, welche mit dem Entschlusse der Mächte, keinerlei Konflagrationen auf dem Balkan zu dulden, im Widerspruch stünde. Der Minister habe es mit Genugtuung begrüßt, daß die russische Regierung mit der Anerkennung der Wahl des Fürsten von Bulgarien vorging. **32,** 45. (A. B.).

— Zufriedenstellende Haltung Bulgariens. Man muß der fürstlichen Regierung die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie jetzt ernstlich bestrebt ist, dem seinerzeitigen Unfug, wodurch den auswärtigen Machenschaften als Ableitung für innere Komplikationen eine weitgehende Toleranz gewährt wurde, zu steuern, und dieses korrekte Vorgehen verdient jedenfalls, auf ihr Guthaben geschrieben zu werden. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Gefahren der Umtriebe der revolutionären Komitees in der makedonischen Frage. Eindringliche Ermahnungen der Mächte in Sophia. — Wenn auch der fürstlichen Regierung der Vorwurf nicht erspart bleiben kann, daß sie durch ein zu nachsichtiges Geschehenlassen manche Schuld an der Schaffung der unerquicklichen Situation trägt, so muß ihr doch anderseits zu gute geschrieben werden, daß sie in Überzeugung der ihr erteilten Ratschläge in jüngster Zeit eine Reihe von Maßregeln ergriffen hat, die auf den löblichen Vorsatz hinweisen, das Versäumte tunlichst nachzuholen und dem tollen Treiben der zur schrankenlosen Nebenregierung erwachsenen Komitees endlich einen Riegel vorzuschieben. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 22. Mai 1901.

— Abschluß einer Konsularkonvention mit Bulgarien. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusses 7. Mai 1902.

— Berichterstatter Bacquehem findet es erforderlich, daß nach der Überzeugung der maßgebenden Kreise in Bulgarien das staatliche Interesse mit den Anschauungen der Großmächte im Einklange stehe. **37,** 315.

— Reformprogramm Österreich-Ungarns und Rußlands in der makedonischen Frage. Gewalttätige Auflehnung der bulgarischen Makedonier gegen dasselbe. — Die revolutionären Komitees, deren Zentralleitung sich auf bulgarischem Boden befand, entwickelten dank der geradezu sträflichen, von einer aktiven Parteinahme sich kaum mehr unterscheidenden Toleranz der fürstlichen Regierung eine geradezu fieberhafte Tätigkeit, deren Ergebnis die Ausrüstung zahlreicher Banden und die Verübung einer Reihe von empörenden Attentaten war. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

— Man müsse anerkennen, daß die jetzige bulgarische Regierung sich Mühe gibt, einen korrekten Standpunkt (in der makedonischen Frage) einzunehmen, während die früheren Regierungen sich nicht in dieser Richtung bewegten. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

— s. auch Äußere Politik, Diplomatische Auslagen, Rotbücher.

Buren, s. Neutralität, Südafrika.

Digitized by Google

C.

Cadix, s. Konsulate.

Calcutta, s. Konsulate.

Capstadt, s. Konsulate.

Cardiff, s. Konsulate.

Carnot, s. Frankreich.

Castellamare del Golfo, s. Konsulate.

Castua, s. Straßenbau.

Cattaro, s. Dalmatien, Festungswerke, Militärsanitätswesen 2.

Cercle, s. Presse.

Cetinje, s. Diplomatische Auslagen (Montenegro).

Chartum, s. Konsulate.

Chicago, s. Konsulate.

Chile.
Der Minister des Äußern läßt eine Übersicht über die kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Republiken Chile, Bolivia und Peru sowie über die dortigen Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie unter die Delegierten verteilen. **38**, 7.

— s. auch Diplomatische Auslagen.

China.
Beteiligung Österreich-Ungarns an der Kollektivaktion der Mächte zur Sühne der von China gegen das Völkerrecht begangenen Verbrechen. Ablehnung des Gedankens einer Kolonialpolitik. Tapfere Haltung der Mitglieder der österreichisch-ungarischen Mission in Peking, ruhmvolle Leistungen unserer Marinekombattanten. Friedensbedingungen, Indemnitätsansprüche. Österreichisch-ungarisches Settlement. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 22. Mai 1901.

— Kaftan fragt, ob seitens Österreichs die Erwerbung chinesischer Seegebiete beabsichtigt werde. **36**, 93.
M. Ae. Goluchowski verneint dies. **36**, 97.

— Pekinger Friedensschluß, Kriegsindemnität, Abschluß der Aktion der Mächte, Erhaltung des Status quo, Prinzip der offenen Tür. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Präsident Lobkowitz spricht seine Befriedigung aus über das Zusammenwirken der Mächte anläßlich der blutigen Kämpfe in China und die ruhmvolle Mitwirkung unserer Marine an der chinesischen Expedition. **37**, 3.

— Kaftan verweist auf Zeitungsnotizen, wonach die Heeresverwaltung beabsichtige, Genieoffiziere und Militärbauorgane nach China zu delegieren, und fragt, ob sich dies bewahrheite, und zu welchem Zwecke diese Mission erfolge. **37**, 50.
Km. Krieghammer erklärt, daß solche Entsendungen nicht in Aussicht genommen seien. **37**, 202.

— Kozlowski drückt dem Minister des Äußern die Anerkennung aus für die Reduzierung unserer Teilnahme an der chinesischen Expedition. **37**, 226.

China.

— Der Ausschuß billigte die Beteiligung der österreichischen Monarchie an der Aktion der Mächte in China und hielt es für richtig, daß sich die Teilnahme auf jenes Maß beschränkte, welches mit dem geringen Umfange der österreichischen Interessen im Einklange stand. Der Ausschuß gedachte dabei mit warmer Anerkennung der muthigen Ausdauer unserer Mission und der Tapferkeit, militärischen Tüchtigkeit und tadellosen Manneszucht unserer Landungsdetachements. **37**, 266 (A. B.).

— Schönborn ist der Ansicht, daß angesichts der Bedrohungen der diplomatischen Missionen, worunter ja auch die österreichische war, ein gänzliches Beiseitestellen seitens Österreichs ausgeschlossen war. Es war vorsichtig, daß die Beteiligung quantitativ nicht groß war, dafür war sie der Qualität nach um so besser. Redner ist damit einverstanden, daß mit Ausnahme der Erwerbung eines kleinen Settlements an eine weitere Unternehmung nicht gedacht werde. **37**, 286.

— Berichterstatter Bacquehem glaubt, daß Österreich anläßlich der Wirren in China auf dem richtigen Mittelwege geblieben sei. Den leitenden Kreisen lag es ferne, Kolonialpolitik zu treiben oder bei diesem Anlasse zu inaugurieren. **37**, 316.

— Kaftan beglückwünscht den Marinekommandanten zu dem Verhalten unserer Marinetruppen in China, wünscht aber, daß nicht unnützerweise Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden, wie dies bei dem ungestümen Vorgehen bei einer Expedition gegen die Boxer geschehen sei. **37**, 325.
Mk. Spaun dankt für die Bemerkungen über das Detachement in China. Verluste haben auch andere Nationen erlitten. Unsere Verluste bei den Peitangforts sind darauf zurückzuführen, daß unsere Mannschaften mit großem Elan den anderen Truppen vorangeeilt sind. **37**, 333.

— Kaftan wünscht Auskunft über die Auslagen der Marine anläßlich der Chinaexpedition, sowie über die Art der Geldbeschaffung in China. **37**, 327.
Mk. Spaun macht über beide Fragen Mitteilungen. **37**, 334, 336.

— Kübeck erklärt, unter dem unmittelbaren Eindruck der todesmutigen Leistungen unserer Marinetruppen in Ostasien in besonders gehobener Stimmung für die Forderungen der Marineverwaltung zu stimmen. **37**, 330.

— Präsident Lobkowitz schlägt gemäß einer Anregung des Berichterstatters Pergelt vor, als Anerkennung für die wackere Haltung unserer Marine in China den bezüglichen Passus aus dem Bericht des Budgetausschusses als Beschlußantrag aufzufassen und zur Abstimmung zu bringen. Einstimmige Annahme. **37**, 345.

— Darstellung der Beteiligung unserer Marine an der internationalen Expedition anläßlich der chinesischen Wirren. **37**, 451 (A. B.).

— Berichterstatter Pergelt berichtet über die Versorgung der Hinterbliebenen nach den bei den chinesischen Wirren gefallenen Mitgliedern der Kriegsmarine. **37**, 494.

— Einrichtung und Ausdehnung des Settlements. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1901.

Digitized by Google

China.

— Nachtragskredite pro 1901 und 1902 zur Deckung der durch die Wirren in China dem Ministerium des Äußern und dem Kriegsministerium für die Kriegsmarine erwachsenen und aus der von der chinesischen Regierung zu leistenden Entschädigung zurückzuerstattenden Mehrauslagen. **38**, 11, 173.

— Nachtragskredit zum Ordinarium der Kriegsmarine pro 1902 zur Deckung des durch Aufstellung und Unterhaltung eines Wachdetachements in China entstandenen Mehraufwandes. **38**, 11, 551.

— Groß Gustav erkennt an, daß die Art und Weise, wie Österreich bei den chinesischen Wirren vertreten war, eine vollständig zufriedenstellende und ehrenvolle war, insbesondere dadurch, daß unsere wackere Kriegsmarine voll und ganz ihren Mann gestellt hat. **38**, 42.

— Von China zu leistende Indemnität für die Witwe des Fregattenkapitäns v. Thoman. **38**, 92 (A. B.).

— Bukovič beglückwünscht die Marine zu den ruhmvollen Taten in China und bedauert, daß unseren tapferen Soldaten in Österreich nicht derselbe festliche Empfang bereitet wurde wie in anderen Staaten und wie er den deutschen Truppen in Triest zuteil wurde. **38**, 531.

— Wassilkó Georg hebt hervor, daß die Fahrt der „Maria Theresia", welche unter dem Kommando des Konteradmirals Grafen Montecuccoli den Yangtsefiang stromaufwärts bis Hangkau gekommen ist, als ein Bravourstück ersten Ranges bezeichnet werden muß. **38**, 534.

— Kindermann schließt sich der Anerkennung für die Leistungen der Marine in China voll und ganz an. **38**, 536.

— Mk. Spaun verweist gegenüber verschiedenen Bemerkungen auf den feierlichen Empfang, welcher der aus China zurückkehrenden Eskadre in Pola bereitet worden sei. Übertreiben sollte man aber dergleichen Dinge nicht. **38**, 543.

— Aufstellung eines Marinewachdetachements in China. **38**, 568 (A. B.).

— Der Budgetausschuß spricht den Marinetruppen für ihr musterhaftes Verhalten in China neuerlich Dank und vollste Anerkennung aus. **38**, 569 (A. B.).

— Berichterstatter Pergelt führt aus, daß das Verhalten der Truppen während der ganzen Expedition ein schönes Zeichen für die musterhafte Disziplin des Matrosenkorps, aber auch für die wohlwollende Behandlung seitens unseres Marineoffizierskorps gewesen sei. **38**, 549.

— Nachtragskredit auf Rechnung der von der chinesischen Regierung zu leistenden Entschädigung zum außerordentlichen Erfordernisse des Ministeriums des Äußern und zum ordentlichen Erfordernisse der Kriegsmarine. **39**, 21, 212, 411.

— s. auch Diplomatische Auslagen, Handelspolitische Fragen, Konsulate.

Chinesische Expedition, s. Expeditionen.

Chlumetz, s. Militärgrenzsteuer.

Cholera.

Sueß Eduard bespricht die zu treffenden Maßregeln gegen die Einschleppung der asiatischen Cholera und regt unter anderem an, in Teheran ein Gesundheitsconseil ins Leben zu rufen, wie ein solches in Alexandrien und Konstantinopel besteht. **28**, 47.

— Bestellung eines ärztlichen Fachorganes in Persien zum Schutze gegen die Choleragefahr, Denkschrift zum Budget 1896 und **31**, 49 (A. B.).

Christiania, s. Konsulate.

Civezzano, s. Festungswerke 3.

Christlich-soziale Bewegung, s. Schönborn.

Cleveland, s. Konsulate.

Corrientes, s. Konsulate.

Crivoscie, Aufstand, s. Bosnien 12.

Curityba, s. Konsulate.

Curzola.

Bukovič wünscht die Zuweisung eines entsprechend großen Quantums von Arbeiten an die Werfte von Curzola. **38**, 532.

Mk. Spaun sagt die Berücksichtigung der Werfte in Curzola zu. **38**, 544.

Czernowitz.

Interpellation Wassilkó Georg, betreffend Verhandlungen zwischen der Gemeinde Czernowitz und dem Militärärar wegen Ablösung von Gründen. **34**, 239.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **34**, 374.

D.

Dalmatien.

Vorlage, betreffend die Ablösung der Truppen in Dalmatien und den ungesunden Garnisonen. **3**, 194. — Außerordentliches Erfordernis anläßlich der Unruhen in Süddalmatien in den Jahren 1869 und 1870 (mit Denkschrift). **3**, 3, 393.

— Klaić bespricht die Ursachen der Passivität Dalmatiens. **11**, 202.

— Km. Bylandt erklärt, daß die Erhaltung Dalmatiens sowohl im Interesse unserer Marine vom militärischen Standpunkte als unseres Seehandels liegt. **11**, 273.

— Restringierung des Präliminarstandes der Rekruten der dort dislozierten Truppen. Begründung zum Voranschlag des Kriegsministeriums 1880.

— Truppenverstärkungen in Süddalmatien aus Anlaß des Aufstandes im Jahre 1882. Denkschrift zum außerordentlichen Heereserfordernisse 1882.

— Sinem meint, daß der bosnische Aufstand im Jahre 1882 großenteils auch durch Fehler der österreichischen Regierung bei ihrer dalmatinischen Verwaltung zum mindesten befördert wurde, indem sich die Regierungspolitik in Dalmatien von dem verfassungstreuen italienischen Volksstamme abgewendet und zu ihrer Stütze die dortigen slawischen Stämme erkoren habe. **15**, 11.

Digitized by Google

Dalmatien.

— Heilsberg kritisiert das Verhalten des Statthalters gegenüber den Horden in der Crivoscie, welches der Ausgangspunkt für die ganze Aufstandsbewegung im Jahre 1882 gewesen sei. **15**, 25.

— Mehrerfordernis für die in Süddalmatien zur Sicherung der Grenze erforderlichen Truppen. **17**, 111 (A. B.); **18**, 117 (A. B.); **19**, 99 (A. B.); **21**, 135.

— Klaić klagt über die geringe Karriere, welche die Dalmatiner in der Kriegsmarine machen. **30**, 67.

— Zaffron lenkt die Aufmerksamkeit auf die Auswanderung aus Dalmatien und wünscht Maßregeln zum Schutze der Auswanderer. **40**, 27.

— s. auch Bosnien, Eisenbahnen, Handelspolitische Fragen, Salz, Schiffsverbindung.

Dampferverbindung, s. Schiffsverbindung.

Danzig, s. Äußere Politik, Deutschland, Konsulate.

Dardanellen.

Russisch-türkisches Abkommen bezüglich der Durchlassung der Schiffe der russischen Kreuzerflotte durch die Dardanellen. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 14. November 1891, und im Budgetausschusse, 16. November 1891.

— Dank der Klugheit des Sultans ist es gelungen, die Streitfrage über den Durchlaß von Schiffen der russischen Kreuzerflotte durch die Dardanellen zu lösen und haben die Mächte die Fortdauer der vertragsmäßigen Zustände bezüglich der Schließung der Dardanellen für Kriegsschiffe konstatiert. **27**, 22 (A. B.).

Daza (Insel bei Ragusa), s. Festungswerke 3.

Defizit aus den Jahren 1868, 1869, 1870.

Vertagung der Beschlußfassung bis zur Vorlage des Rechnungsabschlusses pro 1869. **3**, 393.

Delegation.

Zuweisung der Lokalitäten des Herrenhauses im niederösterreichischen Landhause für die Beratung der Delegation, deren erste Sitzung im Sitzungssaale der niederösterreichischen Statthalterei stattgefunden hätte. **1**, 3.

— Berichterstatter Schaup glaubt nicht, daß ein Beschluß einer früheren Delegation die nächste Delegation binde. **3**, 266.

— Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die vorläufige Zustimmung der Delegationen zur Reorganisation oder Umgestaltung von Armeebranchen, insoweit hiezu höhere, als die bewilligten Dotationen erforderlich sind. **3**, 562 (Angenommen).

— Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Einholung der vorläufigen Zustimmung der Delegationen bei größeren Bestellungen des Kriegsministeriums. **3**, 563, 568 (Angenommen).

— Der Ausschußbericht (Berichterstatter Schaup) betont, daß die Bedeckung von Ausgaben nicht in der Kompetenz der Delegation liege; sie könne daher die Bedeckung einer Auslage aus den 1867er Zentralaktiven nicht bewilligen, sondern dieselbe nur zur Kenntnis nehmen. **10**, 72 (A. B.).

Delegation.

— Sturm bespricht die Frage der Kompetenz der Delegationen und meint, dieselben sollten die Bewilligung von außerordentlichen Krediten, somit die indirekte Entscheidung über Krieg und Frieden den beiden Reichsvertretungen überlassen. **10**, 83.

Schaup tritt dieser Anschauung entgegen. **10**, 167.

— Walterskirchen Robert hält die Zusammensetzung, Aufgabe und Stellung der Delegation für keine ganz gelungene und glückliche. **10**, 99.

— Herbst bezeichnet es in seinem Berichte über den Okkupationskredit für eine Pflicht der Delegation, keine Beschlüsse zu fassen, durch die den Rechten des Reichsrates präjudiziert werden könnte. **11**, 146.

— Herbst tritt einer eventuellen Kompetenzerweiterung der Delegationen in Bezug auf die Verwaltung und Gesetzgebung Bosniens und der Hercegovina entgegen. **11**, 262.

— Faz Johann bespricht die Kompetenz der Delegation in Bezug auf das Wehrgesetz. **12**, 72.

— Coronini Franz regt die Erwerbung eines eigenen Heims für die Tagung der österreichischen Delegation in Budapest an. **26**, 13.

Rv. Sektionschef Szögyény teilt mit, daß der Minister des Äußern bereit sei, sich mit der k. k. Regierung hierüber ins Einvernehmen zu setzen. **26**, 211.

— In der 32. Session tagte die Delegation zum ersten Male im eigenen Hause in Budapest.

— Präsident Chlumecky bezeichnet die Erbauung eines eigenen Heimes für die Delegation in Budapest als Wahrzeichen und Symbol der Dauerhaftigkeit und Unerschütterlichkeit des zwischen beiden Reichshälften vereinbarten staatsrechtlichen Verhältnisses. **32**, 2.

— Gefsmann klagt, daß die österreichische Delegation seit langem gewohnt sei, auf eine wirkliche Einflußnahme auf die auswärtige Politik zu verzichten. Schon die Art und Weise ihrer Zusammensetzung lasse eine wirkliche Ingerenz der Volkskreise, beziehungsweise der Vertreter derselben von vornherein als ausgeschlossen erscheinen, und die österreichische Delegation habe dazu beigetragen, ihren Einfluß und ihre Autorität der Regierung und der Öffentlichkeit gegenüber auf ein Minimum zu reduzieren. **32**, 20.

— Anfrage Kramář an den Präsidenten, betreffend die Vornahme von Adaptierungen im Gebäude der österreichischen Delegation in Budapest. **32**, 308.

Präsident Chlumecky erwidert, daß er den diesfalls von verschiedenen Seiten ausgedrückten Wünschen bereits Rechnung getragen habe. **32**, 309.

— Erklärungen Hofmann-Wellenhof, Scheicher und Groß Gustav, an der Präsidentenwahl nicht teilzunehmen und an den Verhandlungen der Delegation nur unter Vorbehalt sich zu beteiligen. **33**, 3.

— Kienmann, Pergelt und Azmann erklären, mit Rücksicht auf die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs und die Beziehungen zwischen beiden Reichshälften, sich nur unter dem Vorbehalte an den Verhandlungen zu beteiligen, daß daraus kein Rückschluß auf ihre Stellung zu den staatsrechtlichen Fragen gezogen werde. **34**, 3.

Digitized by Google

Delegation.

— Berichterstatter Dumba wendet sich dagegen, daß Gregr von sich als „Abgeordnetem des böhmischen Volkes" gesprochen habe. Er glaube, daß es in der Delegation nicht Abgeordnete irgend einer Nationalität gibt, sondern daß hier Delegierte des österreichischen Reichsrates sitzen, daß man es hier mit der Gesamtmonarchie zu tun habe. **35**, 46.

— Wolf hält den Präsidenten nicht für berechtigt, namens der Delegation, bevor sie noch ein Wort geäußert habe, Versicherungen Seiner Majestät gegenüber abzugeben. Wenn schon eine Ansprache an den Kaiser für notwendig gehalten werde, so hätte diese erst nach durchgeführter Debatte festgestellt werden sollen. **37**, 230.

Präsident Lobkowitz bedauert, daß der Usus nicht bestehe, daß die Ansprachen an Seine Majestät vorher den Delegierten mitgeteilt werden; infolge dessen bleibe dem Präsidenten nichts anderes übrig, als für jedes von ihm gesprochene Wort die ganze Verantwortung zu tragen. Jedenfalls werde es sehr schwer sein, einen Präsidenten dafür zur Rechenschaft zu ziehen, daß er etwas nicht gesagt habe, zumal ja weder eine Vorschrift noch eine Übung darüber bestehe, was eigentlich seitens des Delegationspräsidenten gesprochen werden soll. **37**, 240.

— Dobernig betont die Bedeutungslosigkeit der österreichischen Delegation, in welcher die wirklichen Vertreter des Volkes sich in verschwindender Minderheit befunden und sich immer nur auf das Gebiet unfruchtbarer Kritik zurückgedrängt sehen. Einige Mitglieder des Herrenhauses und des Großgrundbesitzes bestimmen über alles. **38**, 47.

Schönborn erwidert: um gewissenhaft abzustimmen, um gewissenhaft zu handeln, dazu bedarf es nicht des Druckes einer Wählerschaft, sondern das wird jeder ehrenhafte Mann wohl von selbst tun. **38**, 151.

— Wassilko Georg führt darüber Beschwerde, daß im Gegensatz zu der Gepflogenheit der früheren Jahre der einzige Vertreter der Bukowina nicht in den Budgetausschuß gewählt worden sei. **38**, 57.

— Stein bezeichnet die Delegation mit Rücksicht auf die Art ihrer Zusammensetzung als eine unsittliche, ungerechte Einrichtung. Von diesem Standpunkte werde er gegen alle Forderungen stimmen, die an die Delegation gestellt werden. **38**, 111.

— Lutsch protestiert bei Besprechung der Forderungen für die neuen Geschütze dagegen, daß die Beschlüsse der Delegation, in welcher die Herrenhausmitglieder und die Großgrundbesitzer zusammen die Majorität bilden, wirklich der Ausdruck des Volkswillens seien. **38**, 243.

— Berichterstatter Walterskirchen Franz bedauert die vehementen Angriffe gegen die Institution der Delegationen, besonders weil die Delegationen noch der einzige parlamentarische Körper sind, welcher die Zusammengehörigkeit aller habsburgischen Länder dokumentiert. Die Delegationen haben sich auch gar nicht so schlecht bewährt. **38**, 334.

— Miłlanich legt entschiedene Verwahrung gegen die Verdächtigung ein, daß die Herrenhausmitglieder nicht gewissenhaft, sondern bloß aus Wohldienerei ihre Stimme abgeben **38**, 350.

Delegation.

— Graf Gustav findet, wenn die Delegationen nicht das gebührende Ansehen genießen, so seien nicht sie allein daran schuld, sondern zum großen Teile auch die Regierung und vielleicht am meisten die Kriegsverwaltung, weil sie den Delegationen nicht die gebührende Achtung entgegenbringe. Er verweist auf die ungenügende Berücksichtigung der alljährlich vorgebrachten Wünsche seitens der Kriegsverwaltung, auf die Art, wie die Erhöhung des Präsenzstandes durchgeführt worden soll, und auf die unzureichende Begründung des 38-Millionenkredits. **38**, 358.

— Stürgkh reagiert in eingehender Weise auf die Angriffe gegen die Institution der Delegationen. **38**, 366.

— Frh. Krieghammer tritt dem Vorwurfe entgegen, daß die Minister das Ansehen der Delegationen untergraben. Der Bemerkung des Delegierten Dobernig, daß die Erbitterung gegen die Geschützvorlage ihre Ursache in dem Auftreten des Militärs gegenüber der Bevölkerung habe, müsse er entschieden entgegentreten; keine Armee stehe in innigerem Kontakt mit der Bevölkerung als die österreichisch-ungarische. **38**, 376.

— s. auch Generalregister, Geschäftsordnung, Petitionen.

Delegationsgebäude, s. Delegation.

Delegationssessionen, außerordentliche, fanden statt:

1. 15. Session, vom 28. Jänner bis 5. Februar 1882; zur Bewilligung eines außerordentlichen Heereserfordernisses von 8 Millionen Gulden zur Durchführung jener militärischen Maßnahmen, welche behufs Unterdrückung der im Süden der Monarchie und im Okkupationsgebiete ausgebrochenen Bewegung notwendig wurden.
2. 16. Session, vom 15. bis 26. April 1882; zur Bewilligung eines weiteren außerordentlichen Heereserfordernisses von 23,733.000 fl. zu obigem Zwecke.
3. 22. Session, vom 1. bis 7. März 1887; zur Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 52·5 Millionen Gulden für teilweise bereits durchgeführte militärische Vorsichtsmaßregeln und weiter noch auszuführende, beziehungsweise in Aussicht genommene militärische Maßnahmen.

Delegationssitzungsberichte, s. Bosnien 18.

Deltamündungen, s. Donau.

Demolierungsreverse, s. Festungswerke 2.

Denkschriften des Ministeriums des Äußern, Kriegs- und Finanzministeriums. Vorlage derselben, s. bei den einzelnen Ministerien.

Derschatta (Resolution), s. Hoheitsrechte.

Deutschland – Preußen. *)

Allianz zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten. Rothuch Nr. 1.

— Österreich hegt friedliebende und freundschaftliche Gesinnungen zu Preußen. Rothuch Nr. 1.

*) Mit Ausschluß aller Angelegenheiten, die sich auf das deutsch-österreichische Bündnis und den Dreibund beziehen; dieselben finden sich unter „Äußere Politik, II".

Digitized by Google

— **Freundnachbarliches Verhältnis Österreichs zu Preußen. Rotbuch Nr. 2.**

— Spieget wünscht, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich Frieden zu machen mit Preußen und freundschaftliche Beziehungen anzustreben zu dem gesamten Deutschland. **2**, 14.

— Weichs betont, daß die Politik des Friedens und der aufrichtigen Versöhnung gegenüber dem Norddeutschen Bunde erfolglos geblieben sei. Es liege in unserem Interesse, die vollkommene Konsolidation Deutschlands bis an unsere Grenzen nicht zu behindern. Er empfiehlt deshalb eine nach Deutschland hin höchst verschnliche Politik. **2**, 16.

— Wickenburg meint, daß Preußen noch nicht gesonnen sei, in intimere Beziehungen zu Österreich zu treten; zur Anbahnung eines freundlichen Verhältnisses müsse Preußen ebenogut wie Österreich die Hand bieten. **2**, 16.

— Rechbauer erklärt, er müßte die Absicht, mit Hilfe des cäsarischen Frankreich den verlornen Einfluß in Deutschland für Österreich wieder zu erobern, als eine gänzlich unglückliche Politik bezeichnen. **2**, 18.

— Arneth warnt davor, das freie, nach Einheit strebende Deutschland mit dem Bismarckschen Preußen zu verwechseln. **2**, 20.

— Sturm wünscht ein freundschaftliches Verhältnis mit Deutschland, welches gerade den inneren Frieden der Monarchie herstellen würde. **2**, 23.

— Helfertorfer erklärt, daß Preußens Politik immer gegen Österreich gerichtet war. **2**, 32.

— **Ziemialkowski** spricht sich gegen eine Allianz mit Preußen aus, denn sie würde Österreich zerfetzen und auch den inneren Frieden stören, weil sie zur Suprematie der Deutschen in Österreich führen würde. **2**, 20.

— Kaiser Ignaz hält eine Allianz mit Preußen nicht unter allen Bedingungen für angezeigt, sondern nur unter der Bedingung der Aufrechterhaltung des Prager Friedens. **2**, 28.

— Konsikt mit der Türkei. Rotbuch Nr. 3.

— Kuranda meint, auf dem Wege der friedlichen Konsolidierung Deutschlands sei Österreich sein aufrichtigster Freund und Alliierter. Österreich möge in die von Deutschland gebotene Hand einschlagen. **3**, 220.

— Greuter mahnt zur Vorsicht gegenüber den Freundschaftsbezeugungen Preußens. **3**, 224.

— Herbst verweist darauf, daß zwischen den Interessen Österreichs und Preußens keine Gegnerschaft mehr bestehe, und daß die österreichischen Interessen im Orient den preußischen Interessen nicht entgegengesetzt sind. **3**, 229.

— Sturm und Rechbauer begrüßen die Anbahnung eines freundnachbarlichen Verhältnisses mit Deutschland. Letzterer betont, der Gefahr von Osten entgegenzutreten, sei das gleiche Bedürfnis Deutschlands und Österreichs. Der Prager Friede sei ein Danaergeschenk des Imperators an der Seine gewesen, um Deutschland nicht einig werden zu lassen und um Österreich die Hand zu bieten, Süddeutschland an sich zu ziehen. **3**, 240—246.

— Reichskanzler Beust betont, daß Österreich-Ungarn seine Freundschaft Deutschland nicht angetragen habe, die Freundschaft sei der Monarchie angetragen worden. **3**, 247.

— Petition des katholisch-politisch-konservativen Vereines in Marburg bezüglich der Stellung Österreichs zu Deutschland. **3**, 546.

— Frage der Neugestaltung Deutschlands. Rotbuch Nr. 4 (Nachtrag).

— Reichskanzler Beust betont das gute Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland. **4**, 18.

— Smolka erklärt, daß Preußen sich nie anders als aggressiv vergrößert habe. **4**, 121.

— Carneri betont, daß ein fort und fort sich befestigender Anschluß Deutschlands an Österreich das einzige Mittel sei, Europa zu einer Entwaffnung zu bewegen. **5**, 17.

— Bareuther tritt für die Herstellung eines bundesstaatlichen Kontaktes mit dem Deutschen Reiche ein. **10**, 118, 120.

— Ansprache des Präsidenten Trautmansdorff und Kundgebung der Delegation aus Anlaß des Attentates auf Kaiser Wilhelm I. **10**, 258.

— M. Ae. Andrássy betont, daß Deutschland auf dem Berliner Kongresse sich als treuer Freund der Monarchie bewährt habe. Deutschland habe sowohl dem europäischen Frieden gedient als auch die Monarchie ehrlich und verläßlich unterstützt. **11**, 282, 286.

— Demel Johann meint, daß für Deutschland die Notwendigkeit einer „Wacht an der Save" der Anlaß zum Abschlusse des Berliner Vertrages gewesen sei. **12**, 32.

— Enge Freundschaft mit Deutschland. M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. November 1882.

— Magg weist darauf hin, daß die Monarchie auf die Freundschaft Deutschlands von der Natur und Geschichte gewiesen sei. **14**, 14.

— Im Ausschußberichte wird auf die Zusammenkunft der Kaiser von Deutschland und Rußland in Danzig hingewiesen. **14**, 26 (A. B.).

— Das Verhältnis zu Deutschland ist ein vollkommen gesichertes, weil es sich nicht nur auf die rückhaltlose Übereinstimmung der beiderseitigen Kabinette gründet, sondern auch in das Bewußtsein der Völker selbst vollkommen eingelebt hat. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 29. Oktober 1883.

— Monarchenbegegnung zu Stiernicwice. — Vollste Einmütigkeit der drei Kaiser und ihrer Regierungen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 4. November 1884; **19**, 12, 34 (A. B.).

— Kundgebung des Präsidenten Revertera aus Anlaß der Erkrankung des deutschen Kronprinzen Friedrich. **23**, 9.

— Trauerkundgebung des Präsidenten Smolka anläßlich des Ablebens des Kaisers Wilhelm I. **24**, 2.

— Trauerkundgebung des Präsidenten Smolka anläßlich des Ablebens des Kaisers Friedrich. **24**, 7, 11.

— Der zweimalige Thronwechsel in Deutschland hat keinerlei Änderung des Bündnisverhältnisses zur Folge gehabt. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. Juni 1888.

— Unsere Beziehungen zu Deutschland waren nie vertrauensvoller, klarer und fester als jetzt. — Persönlichkeit Kaiser Wilhelm II. — Caprivi als Nachfolger Bismarcks. —

Digitized by Google

Deutschland—Preußen.

Nichts könne mehr beweisen, wie sehr sich das Bündnis bereits eingewurzelt hat, als der Umstand, daß der Wechsel dreier Kaiser und der leitenden Staatsmänner im Nachbarreiche auch nicht die geringste Änderung zur Folge gehabt hat. — M. Ke. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. Juni 1890.

— Das Verhältnis zu Deutschland ist als unverändert zu bezeichnen, soferne der Ausdruck „unverändert" auf ein Verhältnis paßt, welches sich mit der Dauer fortwährend vertieft und die zwischen den Beteiligten bestehenden Bande immer mehr festigt. — Reise Kaiser Wilhelm II. nach England. — M. Ke. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 14. November 1891.

— Besuch des Kaisers Franz Joseph am Berliner Hofe. — Expose des M. Ke. Goluchowski im Budgetausschusse, 14. Mai 1900.

— Kaftan wünscht Aufklärung über die Gerüchte von einer Allianz Deutschlands mit England und die Hetzerei für Österreich aus dem Dreibundsverhältnisse erwachsenden Gefahren, indem er auf die Expansionsbestrebungen Deutschlands, namentlich auch die Konkurrenzierung unseres Levantehandels hinweist. Er sei jedoch keineswegs gegen ein freundnachbarliches Verhältnis zum Deutschen Reiche, auf das auch seine Partei Wert lege. **35**, 373.

— M. Ke. Goluchowski repliziert auf den Hinweis, daß Deutschland unter den Fittichen der friedlichen Konstellation des Dreibundes kolossale Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiete mache, und auf den Vorwurf einer Einmischung Deutschlands in unsere innerpolitischen Verhältnisse. **35**, 452.

— Stránský verwahrt sich dagegen, daß der Besuch Kaiser Franz Josephs in Berlin für deutsch-parteiliche und deutschstaatliche Zwecke fruktifiziert werde. **36**, 24.

— Groß Gustav weist den von Kaftan gegen den „Allgemeinen deutschen Schulverein" erhobenen Vorwurf germanisatorischer Bestrebungen zurück. **38**, 41.

— Dobernig begrüßt aus politischen und wirtschaftlichen Gründen die Erneuerung des Bündnisverhältnisses mit dem Deutschen Reiche aufs wärmste. **38**, 48.

— Madeyski konstatiert die tiefgehende Erregung der Polen über die Behandlung der österreichischen Staatsbürger polnischer Nationalität im internationalen Verkehre. **38**, 53.

— Schönborn bedauert, daß Dr. Groß mit einer gewissen Ausschließlichkeit unsere Beziehungen zu Deutschland als das Um und Auf, als dasjenige, worauf wir unbedingt und unter allen Umständen angewiesen sind, hingestellt habe. Es müsse davor gewarnt werden, daß man allzuehr die nationalen Gefühle des einen oder des andern Stammes, die an sich berechtigt sind, sei es ein großer oder ein kleiner Stamm, in den Vordergrund stellt, wenn von auswärtiger Politik die Rede ist. Das gemeinsame Gefühl aber, welches uns an unser Gesamtvaterland kettet, soll gestärkt werden. **38**, 156.

— Fort führt aus, daß Deutschland einer wahrhaft österreichischen Politik in Wien die Hände binde. **40**, 21.

— s. auch Äußere Politik, Ausweisungen, Diplomatische Auslagen, Handelspolitische Fragen, Italien.

Deutsch-französischer Krieg.

Durch denselben hervorgerufene außerordentliche Auslagen. Denkschrift zum Budget 1871.

— Neutrale Haltung Österreich-Ungarns gegenüber beiden kriegführenden Staaten. Rotbuch Nr. 4.

— Neutralität Belgiens im deutsch-französischen Kriege. Rotbuch Nr. 4.

— Nachtragskredit behufs Bestreitung der anläßlich der Kriegsereignisse in Frankreich bei der Botschaft in Paris vorgekommenen noch unbedeckten Auslagen. **5**, 6, 33.

— Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Mißbilligung darüber, daß anläßlich des deutsch-französischen Konfliktes Vorsichtsmaßregeln in einem durch die Notwendigkeit nicht gebotenen Umfange ergriffen wurden. — Antrag Wickenburg, statt „Mißbilligung" das „Bedauern" auszusprechen. (In beiden Fassungen abgelehnt.) **3**, 390—393.

— s. auch Diplomatische Auslagen (Frankreich).

Deutsch-österreichisches Bündnis, s. Äußere Politik II.

Diener, s. Beamte und Diener.

Dienstinstruktion, s. Konsulatswesen 5.

Dienstesprämien fortdienenden Unteroffizieren, s. Militärversorgungswesen.

Dienstsprache, s. Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse 1.

Dienstzeit, Zweijährige Dienstzeit, s. Präsenzdauer.

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

I. Session. Budget für das Jahr 1868.

Ministerium des Äußern.

Minder wesentliche Differenzen bei mehreren Posten. **1**, 202—206.

Die ungarische Delegation beschließt, die Auslagen für die Kabinettskanzlei des Kaisers aus dem gemeinsamen Budget auszuscheiden. Die österreichische Delegation, welche früher die Einstellung votiert hatte, tritt diesem Beschlusse bei. **1**, 201—202.

Die österreichische Delegation tritt dem Beschlusse der ungarischen Delegation bei, die Posteinnahmen des Lloyd als Abzugspost bei der Subvention einzustellen. **1**, 205—207.

Kriegsministerium.

Ungarische Kronwache. Die österreichische Delegation beschließt, gewisse Posten, darunter die Kosten der ungarischen Kronwache, aus dem Ordinarium der Landarmee auszuscheiden und auf den Allerhöchsten Hoffstaat zu überweisen, während die ungarische Delegation diese Posten in das gemeinsame Budget einsetzt. Die österreichische Delegation tritt diesem Beschlusse bei. **1**, 209.

Gestüte. Beschluß der ungarischen Delegation, das Erfordernis hiefür aus dem gemeinsamen Budget auszuscheiden und auf die Etats der beiden Reichshälften zu überweisen. Antrag des Budgetausschusses der österreichischen Delegation auf Belassung im gemeinsamen Budget. Über Antrag Rechbauer wird die Ausscheidung beschlossen. **1**, 209—218.

Digitized by Google

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

Kriegsministerium.

Militär-Zentralbuchhaltung. Beschluß der ungarischen Delegation auf Übertragung des Erfordernisses hiefür aus dem Budget des Finanzministeriums in das Budget des Kriegsministeriums. Beitritt der österreichischen Delegation. I, 218.

Virement. Die ungarische Delegation bewilligt entgegen der österreichischen ein unbeschränktes Virement zwischen sämtlichen Titeln des Heresordinariums; die österreichische Delegation tritt diesem Beschlusse bei. I, 219.

Neubewaffnung der Armee. Die österreichische Delegation bewilligt hiefür 17,825.090 fl., während die ungarische nach dem Vorauschlage 21,700.000 fl. bewilligt. Die österreichische Delegation beharrt auf ihrem Beschlusse. I, 219—222.

Augmentationsvorräte, Remontenanschaffung Militärsanitätswesen. Beitritt der österreichischen Delegation zu den Beschlüssen der ungarischen, welche bei diesen Titeln Abstriche vornimmt. I, 222—223.

Festungswerke (Krakau, Pola). Die österreichische Delegation hält ihren Beschluß auf Abstriche bei diesen Titeln gegenüber der ungarischen aufrecht. I, 223.

Ojner Spital. Die österreichische Delegation tritt entgegen dem Ausschußantrage über Antrag Jablonowski dem Beschlusse der ungarischen Delegation auf Einstellung von 150.000 fl. für den Ojner Spitalsbau bei. I, 223—225.

Marine.

Die österreichische Delegation tritt dem Beschlusse der ungarischen rücksichtlich der Virements im Ordinarium bei. I, 225.

Die österreichische Delegation beharrt entgegen dem Beschlusse der ungarischen auf ihrem Beschlusse, für Materialanschaffungen und Arsenalauslagen nur einen restringierten Betrag zu bewilligen, bewilligt dagegen im Sinne der ungarischen Delegation mehrere andere früher abgelehnte Posten. I, 226.

Finanzministerium.

Staatsschuld. Die österreichische Delegation, welche die Kosten für die Verwaltung der Staatsschuld in das gemeinsame Budget eingestellt hatte, beschließt im Sinne der ungarischen Delegation die Ausscheidung dieser Posten. I, 227.

Reichspensionen. Die österreichische Delegation tritt dem Beschlusse der ungarischen bei, die Kosten der „Reichspensionen" vorläufig nicht in das gemeinsame Budget einzustellen. I, 229.

Zollgefälle.

Die österreichische Delegation beschließt die Einstellung eines Zollerträgnisses von 7·2 Millionen gegenüber 8 Millionen Gulden seitens der ungarischen Delegation. I, 231.

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

Budget für das Jahr 1869.

Kriegsministerium.

Hofstaat. Die österreichische Delegation hatte beschlossen, die Kosten der beim Allerhöchsten Hofe in Dienstleistung stehenden Offiziere, Garden und ungarischen Kronwache aus dem Militäretat auf die Zivilliste zu überweisen; sie schließt sich aber dem Beschlusse der ungarischen Delegation an, diese Kosten auf Rechnung des Militäretats zu setzen. I, 375—376.

Supernumeräre. Bei dieser Post akzeptiert die ungarische Delegation das Votum der österreichischen auf Einstellung einer um 200.000 fl. geringeren Summe. I, 380.

Sonst minderwesentliche Differenzen in den Ziffersätzen bei verschiedenen Titeln; teilweise schließt sich die ungarische Delegation den Beschlüssen der österreichischen an und teilweise die österreichische den Beschlüssen der ungarischen I, 377—378.

Marine.

Minderwesentliche Differenzen in den Ziffersätzen bei mehreren Titeln; die ungarische Delegation schließt sich den Beschlüssen der österreichischen an. I, 378 bis 379.

II. Session. Budget für das Jahr 1870.

Ministerium des Äußern.

Konsulate. Die österreichische Delegation akkommodiert sich dem Beschlusse der ungarischen, die Bewilligung der Kosten für die neu zu errichtenden Konsulatsämter in Shangai und Yokohama bis zum Zustandekommen der Handelsverträge mit China und Japan zu sistieren. 2, 332.

Flaggen, Wappen, Siegel. Die ungarische Delegation votiert zur Anschaffung von neuen Flaggen, Wappen und Siegeln den Betrag von 28.000 fl., wogegen die österreichische nur für Anschaffung von Konsulatsflaggen einen Betrag von 8000 fl. bewilligt. 2, 335.

Lloyd. Die österreichische Delegation beharrt gegenüber dem entgegengesetzten Beschlusse der ungarischen Delegation auf ihrem eigenen Beschlusse, die Einkommensteuer des Lloyd nicht als Abzugspost zur Subvention des Lloyd in das Budget einzustellen. 2, 335—336.

Nach dreimaligem erfolglosem Nuntienwechsel (2,349 bis 354) findet eine gemeinsame Abstimmung statt. 2, 361, 363.

Kriegsministerium.

Kronwache. Neben wenig wesentlichen ziffernmäßigen Differenzen bei mehreren Titeln dieses Budgets liegt eine Differenz in der Richtung vor, daß die österreichische Delegation entgegen dem Beschlusse der ungarischen die Kosten für die ungarische Kronwache ausscheidet. 2, 343.

Supernumeräre. Die ungarische Delegation schließt sich bezüglich der Gebühren der Supernumeräre dem Beschlusse der österreichischen an. 2, 356.

Digitized by Google

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

Kriegsministerium.

Festungswerke. Die ungarische Delegation bewilligt für Vollendung der Festungsbauten in Komorn 280.000 fl., die österreichische nur 180.000 fl. **2**, 355.

Im weiteren Nuntienwechsel akkommodiert sich die ungarische Delegation dem Beschlusse der österreichischen. **2**, 359, 361.

Donaukriegsdampfer. Die österreichische Delegation beharrt bei ihrem Beschlusse, die Anschaffung von zwei Donaukriegsdampfern nicht zu bewilligen, während die ungarische Delegation hiefür 400.000 fl. votiert. **2**, 355.

Nach dreimaligem vergeblichem Nuntienwechsel findet darüber eine gemeinsame Abstimmung statt. **2**, 359, 361, 363.

Marine.

Supernumeräre. Die österreichische Delegation verharrt gegenüber dem Beschlusse der ungarischen auf ihrem Beschlusse, zwischen der Post „Supernumeräre" und dem Titel „Versorgungsanslagen" das Virement zu gestatten. **2**, 338.

Bewaffnung. Die österreichische Delegation akkommodiert sich dem Beschlusse der ungarischen, für Anschaffung von Werndl-Hinterladern statt 150.000 fl. 100.000 fl. zu bewilligen. **2**, 338.

Flottenstand. Die österreichische Delegation tritt dem Beschlusse der ungarischen bei, für die Herstellung des fixen Flottenstandes statt 1,000.000 fl. 1,600.000 fl. zu bewilligen. **2**, 338.

Finanzministerium.

Bezüglich der Gültigkeit der für das Jahr 1870 bewilligten Kredite beharrt die österreichische Delegation gegenüber der ungarischen auf ihrem diesfalls gefaßten Beschlusse. **2**, 337.

III. Session. Budget für das Jahr 1871.

Kriegsministerium.

Unter den zahlreichen bei einer Reihe von Titeln vorkommenden Differenzen sind folgende hervorzuheben:

Die österreichische Delegation verharrt entgegen dem Beschlusse der ungarischen bei ihrem ablehnenden Beschlusse bezüglich der Gagenerhöhung der Oberste und Oberstlieutenante. **3**, 556.

Beim Titel „Militärgrenze" hatte die österreichische Delegation nichts eingestellt, während die ungarische 980.373 fl. bewilligt; die österreichische beschließt hierauf die Einstellung von 200.000 fl. **3**, 559.

Die ungarische Delegation bewilligt für die projektierten Zubauten für das Wiener Garnisonsspital 300.000 fl., welcher Betrag dem zum Bau des zweiten Garnisonsspitales gewidmeten Fonds entnommen werden soll. Die österreichische Delegation verweigert diese Bewilligung. **3**, 561.

Die ungarische Delegation beschließt, für die Anschaffung von neuen Werndl-Infanterie- und Jägergewehren 1,985.000 fl. einzustellen, die österreichische nur 283.000 fl. **3**, 563.

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

Kriegsministerium.

Die ungarische Delegation bewilligt die erste Rate von 100.000 fl. für den Bau eines Forts am Lysaberg bei Krakau, während die österreichische diese Post ablehnt, **3**, 564, ebenso wie die von der ungarischen Delegation bewilligte Post von 81.000 fl. für Neubauten im Militärtierarzneiinstitute. **3**, 565.

Die ungarische Delegation beschließt die Bewilligung von 2,500.000 fl. für Festungswerke in Eperies, Krakau und Komorn, dagegen die Ablehnung der für die Befestigung am Heiligen Berg zu Olmütz geforderten 300.000 fl., die österreichische Delegation beschließt die Ablehnung der ersten und die Bewilligung der letzteren Summe. **3**, 570.

Die österreichische Delegation beschließt, bei Post 4 einzustellen „als Reservekriegsvorrat an Kanonen für die gemeinsame Armee zwei Millionen Gulden", während die ungarische Delegation diese Post betitelt „zur Anschaffung von Kriegsreservevorrat an Kanonen zwei Millionen Gulden". Die österreichische Delegation tritt diesem Beschlusse bei, beschließt aber in das Protokoll aufzunehmen, daß die Regierung die Worte „für die gemeinsame Armee" bei diesem Titel als einen Pleonasmus bezeichne. **3**, 575.

Marine.

Flottenmaterial. Die österreichische Delegation bewilligt hiefür 2,450.000 fl., die ungarische 2,900.000 fl. **3**, 320.

Enquete. Die ungarische Delegation bewilligt für eine zu berufende Enquetekommission behufs Feststellung eines fixen Flottenstandes 10.000 fl., während die österreichische die Bewilligung nicht ertheilt. **3**, 324.

IV. Session. Budget für das Jahr 1872.

Ministerium des Äußern.

Lloyd. Die österreichische Delegation bewilligt als Subvention für den österreichischen Lloyd 1,700.000 fl. und knüpft die Auszahlung des Betrages an die Bedingung, daß der neue Lloydvertrag die Genehmigung der beiden Legislativen erhalte; die ungarische Delegation lehnt diese Bewilligung ab, worauf sich die österreichische diesem Beschlusse anschließt. **4**, 209.

Kriegsministerium.

Bei einer Reihe von Titeln bestehen Differenzen zwischen den Beschlüssen der beiden Delegationen; zum Theile werden die Anträge der ungarischen, zum Theile die der österreichischen Delegation endgültig zum Beschlusse erhoben. **4**, 210—216.

V. Session. Budget für das Jahr 1873.

Ministerium des Äußern.

Dispositionsfonds. Formale Differenz bezüglich der Bezeichnung des Dispositionsfonds, ferner andere unwesentliche formale Differenzen. **5**, 220.

Digitized by Google

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

Kriegsministerium.

Differenzen bei zahlreichen Titeln des Ordinariums und Extraordinariums, von denen ein Teil im Sinne der Anträge der ungarischen, ein Teil im Sinne der Anträge der österreichischen Delegation erledigt wird. 5, 241—251.

Marine.

Zahlreiche Differenzen; es werden zum Teile die Anträge der ungarischen, zum Teile die der österreichischen Delegation endgültig zum Beschlusse erhoben. 5, 221—223.

Finanzministerium.

Einige unwesentliche Differenzen. 5, 221.

Schlußrechnung 1870.

Die österreichische Delegation verweigert die Indemnität für eine Überschreitung von 311.028 fl. bei Titel „Militärgrenze", während die ungarische Delegation diese Indemnität erteilt; die österreichische Delegation beschließt hierauf die Vertagung der Erledigung dieser Frage bis zur Schlußfassung über die Schlußrechnung pro 1871. 5, 269—272.

VI. Session. Budget für das Jahr 1874.

Ministerium des Äußern.

Die ungarische Delegation lehnt die Regulierung der Beamtengehalte ab, die österreichische beharrt bei ihrem zustimmenden Beschlusse. 6, 145.

Kriegsministerium.

Ziffernmäßige Differenzen bei zahlreichen Titeln des Ordinariums und Extraordinariums in der Richtung, daß die ungarische Delegation in der Mehrzahl der Fälle geringere Summen votiert als die österreichische. Die österreichische Delegation beharrt zumeist auf ihren Beschlüssen. Hervorzuheben ist die Differenz bei Titel „Naturalienverpflegung", bei welcher sich die österreichische Delegation dem Beschlusse der ungarischen auf Einstellung einer niedrigeren Summe anschließt, ferner bei „Waffenwesen", wo die österreichische Delegation bei ihrem Beschlusse, die Anschaffung von 75.000 Werndlgewehren zu bewilligen, verbleibt, während die ungarische eine solche von nur 50.000 bewilligt. 6, 146 bis 152.

Nach vergeblichem dreimaligen Nuntienwechsel bezüglich der Post „Waffenwesen" wird hierüber eine gemeinsame Abstimmung vorgenommen. 6, 160, 165, 168—170.

Marine.

Neben einigen unwesentlichen Differenzen besteht eine Differenz in der Richtung, daß die österreichische Delegation für den Bau des Kasemattschiffes „Tegetthoff" den Betrag von 564.000 fl. einzustellen beschließt, während die ungarische Delegation diese Anforderung ablehnt; die österreichische Delegation schließt sich diesem Beschlusse an und streicht diesen Betrag ebenfalls. 6, 152—153.

Schlußrechnung pro 1871.

Gegenüber dem Beschlusse der ungarischen Delegation, für die ganze Überschreitung beim Titel „Militärgrenze" die Indemnität zu bewilligen, beharrt die österreichische Delegation bei ihrem Beschlusse, nur für einen Teil dieser Ausgaben die Indemnität zu erteilen. 6, 153—154.

Nach dreimaligem vergeblichem Nuntienwechsel wird eine gemeinsame Abstimmung vorgenommen. 6, 159 bis 160, 165, 168—170.

Finanzministerium.

Die ungarische Delegation lehnt die Regulierung der Beamtengehalte ab, die österreichische beharrt bei ihrem zustimmenden Beschlusse. 6, 146.

VII. Session. Budget für das Jahr 1875.

Kriegsministerium.

Mehrere minder wesentliche Differenzen im Ordinarium, bei welchen von Seite der österreichischen Delegation deren Beschlüsse aufrecht erhalten werden. 7, 185—189.

Waffenwesen (Extraordinarium). Die österreichische Delegation beschließt die Bewilligung zur Anschaffung von 50.000 Werndlgewehren, die ungarische eine solche von 25.000 Stück; die österreichische Delegation tritt diesem Beschlusse bei. 7, 197—198.

Festungswerke (Olmütz). Die österreichische Delegation verharrt gegenüber dem entgegengesetzten Beschlusse der ungarischen Delegation auf ihrem Beschlusse. 7, 198—199.

Die österreichische Delegation schließt sich entgegen ihrem früheren Beschlusse dem der ungarischen auf Bewilligung von 50.000 fl. für den Bau der Kavalleriekaserne in Neuhäusel an. 7, 201.

Außerdem noch minder wesentliche Differenzen bei mehreren Titeln. 7, 197—202.

Marine.

Mehrere unwesentliche Differenzen, bei denen die österreichische Delegation teilweise auf ihren Beschlüssen beharrt, teilweise sich jenen der ungarischen anschließt. 7, 158—160.

Finanzministerium.

Unwesentliche ziffermäßige Differenzen. Die österreichische Delegation verharrt auf ihren Beschlüssen. 7, 155—156.

Digitized by Google

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

Finanzministerium.

Die österreichische Delegation schließt sich beim zweiten Nuntienwechsel dem Beschlusse der ungarischen an, die Bezüge eines Sektionschefs im Betrage von 10.000 fl. aus dem Extraordinarium ins Ordinarium zu übertragen. **7**, 207.

Rechnungshof.

Unwesentliche ziffermäßige Differenz, die österreichische Delegation beharrt bei ihrem Beschlusse. **7**, 157.

Zollgefälle.

Die ungarische Delegation stellt bei diesem Kapitel um $1^1/_2$ Millionen Gulden weniger ein (14 Millionen gegen $15^1/_2$) als die österreichische, welche bei ihrem Beschlusse verharrt. **7**, 156.

Nach dem zweiten Nuntienwechsel schließt sich die österreichische Delegation dem Beschlusse der ungarischen auf Einstellung von 15 Millionen Gulden an. **7**, 207.

Schlußrechnung pro 1871.

Die ungarische Delegation erteilt für die Überschreitungen in der Schlußrechnung pro 1871 bei Titel „Militärgrenze" die Indemnität, während die österreichische beschließt, zum Zwecke weiterer durch das gemeinsame Ministerium vorzunehmender Erhebungen die Beschlußfassung darüber in suspenso zu belassen. **7**, 225 bis 226.

VIII. Session. Budget für das Jahr 1876.

Ministerium des Äußern.

Formale Differenz über die Art der Einstellung einer Bedeckungspost; die österreichische Delegation verharrt bei ihrem Beschlusse. **8**, 76 bis 77.

Beim zweiten Nuntienwechsel tritt die österreichische Delegation dem Beschlusse der ungarischen bei. **8**, 182.

Kriegsministerium.

Im Ordinarium unwesentliche Differenzen. Neben minder wesentlichen Differenzen im Extraordinarium hatte die österreichische Delegation die Anforderung für die Beschaffung von Küstengeschützen in Pola per 240.000 fl. gestrichen, während die ungarische Delegation hiefür 120.000 fl. bewilligt. Die österreichische Delegation schließt sich diesem Beschlusse an, ebenso dem Beschlusse der ungarischen Delegation auf Einstellung von 100.000 fl. für die Fortsetzung des Baues des Werkes Igmand bei Komorn, wofür die österreichische Delegation nichts eingestellt hatte. **8**, 184, 197—198.

Die ungarische Delegation stellt als „Rückerstattung des nach Auflassung des siebenbürgischen Landesbequartierungsfonds seit dem Jahre 1868 bis 1875 aus dem königlich ungarischen Ärar bestrittenen Mehraufwandes" an Zins für gemietete Militärspitäler in Siebenbürgen 83.395 fl. ein, während die österreichische Delegation diesen Betrag nicht bewilligt und bei ihrem Beschlusse verharrt. **8**, 198.

Beim zweiten Nuntienwechsel tritt die ungarische Delegation dem Beschlusse der österreichischen bei. **8**, 205.

Marine.

Unwesentliche formelle Differenzen. **8**, 185.

Finanzministerium.

Unwesentliche Differenzen; die österreichische Delegation tritt den Beschlüssen der ungarischen bei. **8**, 74 bis 75.

Schlußrechnung pro 1873.

Formelle Differenzen in den Beschlüssen, betreffend den Rechnungsabschluß und die Indemnisierung der bei dem Titel „Militärgrenze" in früheren Jahren vorgekommenen Überschreitungen. **8**, 190.

Beim zweiten Nuntienwechsel tritt die ungarische Delegation den Beschlüssen der österreichischen bei. **8**, 205.

Zollgefälle.

Die österreichische Delegation verharrt bei ihrem Beschlusse, den Betrag von 12,000.000 fl. einzustellen, während die ungarische einen Betrag von 14,251.000 fl. einstellt. **8**, 76.

Nach wiederholtem Nuntienwechsel schließt sich die ungarische Delegation dem Beschlusse der österreichischen an. **8**, 181, 201.

IX. Session. Budget für das Jahr 1877.

Kriegsministerium.

Minderwesentliche Differenzen bei vier Titeln des Ordinariums; die österreichische Delegation verharrt bei ihren Beschlüssen. **9**, 209.

Beim zweiten Nuntienwechsel akkommodiert sich die österreichische Delegation in einem Punkte dem Beschlusse der ungarischen. **9**, 218.

Im Extraordinarium tritt neben anderen Differenzen die österreichische Delegation, welche früher zur „Beschaffung eines neuen Feldartilleriematerials" $8^1/_2$ Millionen Gulden bewilligt hatte, dem Beschlusse der ungarischen Delegation auf Bewilligung von $7^1/_4$ Millionen Gulden bei, ebenso dem Beschlusse auf Nichtbewilligung von 120.000 fl. für Küstengeschütze für Pola. **9**, 219.

Für die Fortsetzung von zwei Werken bei Krakau hatte die österreichische Delegation nichts votiert, die ungarische Delegation 150.000 fl., die österreichische beschließt 100.000 fl. einzustellen. **9**, 220, ebenso als siebente Baurate zur Beendigung des Werkes Igman in Komorn 100.000 fl. **9**, 221.

Digitized by Google

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

Marine.

Unwesentliche Differenzen, bei denen teilweise die Anträge der ungarischen, teilweise die der österreichischen Delegation zum Beschlusse erhoben werden. **9**, 204—207.

X. Session. Budget für das Jahr 1878.

Budgetprovisorium für das erste Quartal 1878.

Formelle Differenzen zwischen den Beschlüssen; die ungarische Delegation akzeptiert die Beschlüsse der österreichischen. **10**, 37.

Ministerium des Äußern.

Differenzen in mehreren Punkten; die österreichische Delegation tritt den Beschlüssen der ungarischen bei. **10**, 356.

Kriegsministerium.

Im Ordinarium tritt in zwei Differenzpunkten die österreichische Delegation dem Beschlusse der ungarischen bei. **10**, 356/7.

Differenzen in mehreren Punkten des Extraordinariums, bei denen teilweise die Anträge der ungarischen, teilweise die der österreichischen Delegation zum Beschlusse erhoben werden. **10**, 203—204, 358.

Marine.

Einige unwesentliche Differenzen, bei denen teilweise die Anträge der österreichischen, teilweise die der ungarischen Delegation zum Beschlusse erhoben werden. **10**, 359.

Kredit von 60 Millionen Gulden für die Okkupation Bosniens.

Die ungarische Delegation schließt sich dem Wortlaute des diesfalls von der österreichischen gefaßten Beschlusses an. **10**, 203.

XI. Session. Budget für das Jahr 1879.

Indemnität für die Überschreitung des 60 Millionen-Kredites für die Okkupation und Ermächtigung zur weiteren Verausgabung von 5 Millionen Gulden.

Formelle Differenz zwischen den Beschlüssen; die österreichische Delegation akkommodiert sich dem Beschlusse der ungarischen. **11**, 404—406.

Kriegsministerium.

Die ungarische Delegation bewilligt im Extraordinarium das Erfordernis für die von der Kriegsverwaltung beantragten Änderungen in den organischen Ständen der Genietruppe, sowie für die Berittenmachung von 535 Unterabteilungskommandanten, während die österreichische Delegation diese Positionen ablehnt und bei ihrem ablehnenden Beschlusse verharrt. **11**, 176.

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

Kriegsministerium.

Beim zweiten Nuntienwechsel verbleibt die österreichische Delegation bezüglich der Berittenmachung der Unterabteilungskommandanten bei ihrem ablehnenden Beschlusse, nimmt dagegen den Antrag Liebbacher an, dem Beschlusse der ungarischen Delegation bezüglich der selbständigen Stellung des Geniebataillons II/5 beizutreten. **11**, 318—320.

Beim dritten Nuntienwechsel tritt die ungarische Delegation den Beschlüssen der österreichischen bei. **11**, 327.

Im Extraordinarium bestehen einige unwesentliche Differenzen, bezüglich welcher die österreichische Delegation bei ihren Beschlüssen verharrt. **11**, 177.

Beim zweiten Nuntienwechsel schließt sich die österreichische Delegation in einigen Punkten den Beschlüssen der ungarischen an, während sie in zwei Positionen ihre Beschlüsse aufrecht erhält. **11**, 322.

Marine.

Neben zahlreichen unwesentlichen Differenzen auch eine solche in der Richtung, daß die ungarische Delegation für den Bau eines Zitadellschiffes 300.000 fl. votiert, während die österreichische Delegation hiefür nichts bewilligt und an ihrem Beschlusse festhält. **10**, 153.

Beim zweiten Nuntienwechsel beharrt die österreichische Delegation bezüglich der Einstellung für den Bau des Zitadellschiffes bei ihrem ablehnenden Votum, während sie in den anderen Positionen den Beschlüssen der ungarischen Delegation beitritt. **11**, 322—323.

Beim dritten Nuntienwechsel akkommodiert sich die ungarische Delegation den Beschlüssen der österreichischen. **11**, 327.

XII. Session. Budget für das Jahr 1880.

Zentralaktiven.

Die österreichische Delegation beschließt, daß die Kosten für Unterstützungen an die bosnischen Flüchtlinge aus den Erträgnissen der Zentralaktiven bestritten werden sollen, während die ungarische Delegation sich über die Bedeckungsfrage nicht ausspricht. Die österreichische Delegation beharrt bei ihrem Beschlusse. **12**, 189.

Beim zweiten Nuntienwechsel akkommodiert sich die österreichische Delegation dem Beschlusse der ungarischen. **12**, 195—196.

Kriegsministerium.

Im Extraordinarium beschließt die ungarische Delegation für einen Kasernenbau in Szegedin 100.000 fl. zu votieren, während die österreichische Delegation bei ihrem ablehnenden Beschlusse verharrt. **12**, 190.

Nach dreimaligem vergeblichem Nuntienwechsel findet eine gemeinsame Abstimmung statt. **12**, 196, 203, 208—209.

Digitized by Google

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

Marine.

Unwesentliche Differenzen in mehreren Punkten; die österreichische Delegation verbleibt bei ihren Beschlüssen. **12**, 189.

Beim zweiten Nuntienwechsel wird durch Akkommodierung teils der österreichischen teils der ungarischen Delegation eine Übereinstimmung erzielt. **12**, 198 — 199.

Zollgefälle.

Die österreichische Delegation verbleibt gegenüber der ungarischen, welche einen Betrag von 5,942.000 fl. einstellt, bei ihrem Beschlusse auf Einstellung von 5,000.000 fl. **12**, 191.

Beim zweiten Nuntienwechsel akzeptiert die ungarische Delegation den Beschluß der österreichischen. **12**, 199.

XIII. Session. Budget für das Jahr 1881.

Kriegsministerium.

Im Extraordinarium unwesentliche Differenzen, rücksichtlich welcher sich teils die ungarische Delegation den Beschlüssen der österreichischen, teils die österreichische den Beschlüssen der ungarischen anschließt. **13**, 217.

Im Ordinarium eine Differenz bezüglich des Virements, bei welcher sich die ungarische Delegation dem Beschlusse der österreichischen anschließt. **13**, 217.

XIV. Session. Budget für das Jahr 1882.

Kriegsministerium.

Bei einer Differenz hinsichtlich des Virements tritt die österreichische Delegation dem Beschlusse der ungarischen bei. **14**, 205.

Marine.

Zahlreiche Differenzen, die teils im Sinne der Beschlüsse der ungarischen, teils der österreichischen Delegation geordnet werden. **14**, 206.

Zollgefälle.

Die österreichische Delegation hatte beim „Zollgefälle" einen Abgang von 4,689.148 fl. eingestellt, änderte aber im Sinne einer Resolution der ungarischen Delegation den Beschluß dahin, daß kein Abgang und kein Überschuß einzustellen sei. **14**, 206.

Okkupationskredit.

Die österreichische Delegation tritt einem Beschlusse der ungarischen auf Einstellung eines verminderten Betrages für die Bosnabahn bei. **14**, 209.

XV. Session (außerordentliche).

Keine Differenzen.

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

XVI. Session (außerordentliche).

Die österreichische Delegation bewilligt zum Zwecke der im Süden der Monarchie und im Okkupationsgebiet ausgebrochenen Bewegung im Sinne der Regierungsvorlage 23,733.000 fl., während die ungarische Delegation nur 21,266.000 fl. bewilligt. **16**, 20, 33.

Nach dreimaligem vergeblichem Nuntienwechsel wird eine gemeinsame Abstimmung vorgenommen, bei welcher die Bewilligung der geringeren Summe zum Beschlusse erhoben wird. **16**, 25, 35, 39, 46.

XVII. Session. Budget für das Jahr 1883.

Okkupationskredit.

Bei Titel „Naturalienverpflegung und Mannschaftskost" stellt die ungarische Delegation um 100.000 fl. mehr ein, als die österreichische. Nach dem ersten Nuntienwechsel beharrt die österreichische auf ihrem Beschlusse, schließt sich jedoch beim zweiten Nuntienwechsel dem Beschlusse der ungarischen an. **17**, 129, 132, 177.

XVIII. Session. Budget für das Jahr 1884.

Marine.

Die ungarische Delegation schließt sich den in mehreren Punkten abweichenden Beschlüssen der österreichischen Delegation an. **18**, 67, 157.

XIX.—XL. Session. Budgets für die Jahre 1885—1905.

Keine Differenzen.

Diplomatische Auslagen. (Vertretungen.)

Amerika (Vereinigte Staaten), Verleihung des Ranges eines Gesandten an den diplomatischen Vertreter in Washington. Denkschrift zum Budget pro 1872.

— Errichtung eines Gesandtschaftshotels in Washington. M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896, sowie Budget pro 1897 und 1898.

— Umwandlung der Vertretung in eine Botschaft. Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902 und **38**, 87 (A. B.).

Anhaltischer Hof, Auffassung der Vertretung. **1**, 32.

— Die diplomatische Vertretung wird dem Gesandten in Dresden zugewiesen. Denkschrift zum Budget 1886.

Argentinien, Umwandlung der Ministerresidentschaft in Buenos-Ayres in eine Gesandtschaft. Budget 1905 und **40**, 73 (A. B.).

Baden, Auffassung der diplomatischen Vertretung. Denkschrift zum Budget 1872 und **4**, 14.

Belgien, Nichtbesetzung des Gesandtschaftspostens und Ersetzung durch einen Geschäftsträger. (Antrag Rechbauer — abgelehnt.) **1**, 33.

Bolivia, Errichtung einer Gesandtschaft bei den südamerikanischen Republiken Chile, Peru und Bolivia mit dem Sitze in Santiago. **38**, 37 (A. B.).

Digitized by Google

Diplomatische Auslagen. (Vertretungen.)

Braunschweig, Auflassung der Gesandtschaft. 2, 53.

Bremen, Auflassung der Gesandtschaft. 2, 53.

Bulgarien, europäische Kommission und Delegierter zur Kontrollierung der provisorischen Verwaltung (Demarkationskommissär). Denkschrift zum Budget 1879.

Chile, Errichtung einer Gesandtschaft bei den südamerikanischen Republiken Chile, Peru und Bolivia mit dem Sitze in Santiago. 38, 87 (A. B.).

China, Neuerrichtung einer Gesandtschaft. Denkschrift zum Budget 1884 und 18, 37 (A. B.).

— Errichtung eines Gesandtschaftshotels in Peking. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse 9. Juni 1896, ferner Budgets 1897 und 1898.

— Nachtragskredit aus Anlaß der chinesischen Wirren. 38, 92 (A. B.).

Deutschland, Nachtragskredit für den Ankauf des neuen Botschaftspalais in Berlin. 25, 24.

England, Im Ausschusse wird die Erwerbung eines eigenen Hauses für die Mission in London angeregt. 27, 25. (A. B.).

— Erwerbung eines Hauses zur Unterbringung der Botschaft in London. (Erste Rückzahlungsrate des hiefür den gemeinsamen Aktiven entnommenen Betrages.) Denkschrift zum Budget 1893 und 28, 55.

— Adaptierungen im Palais der Botschaft in London. Budget 1905.

Frankfurt, Einziehung der Gesandtschaft. 1, 32.

Frankreich, Herabminderung der Zulage des Botschafters. 4, 25.

— Vorlage behufs Bestreitung der anläßlich der Kriegsereignisse in Frankreich bei der Botschaft in Paris vorgekommenen noch unbedeckten Auslagen. 5, 6, 33.

— Unterbringung der Botschaft in einem der Regierung gehörigen Gebäude in Paris. 25, 21 (A. B.).

— Außerordentliche Repräsentationskosten des Botschafters in Paris anläßlich der Weltausstellung 1900. 36, 41 (A. B.).

— Adaptierungen in dem Palais der Botschaft in Paris. Budget 1905.

Hamburg, Auflassung der Gesandtschaft und Bestellung eines Geschäftsträgers. (Antrag Rechbauer — abgelehnt.) 1, 260; 2, 53.

Hannover, Einziehung der Gesandtschaft. 1, 32.

Hessen-Darmstadt, Auflassung der Mission und Übertragung der Geschäfte an die Gesandtschaft beim Norddeutschen Bund in Berlin. (Antrag Weichs — abgelehnt.) 2, 55.

— Auflassung der diplomatischen Vertretung. Denkschrift zum Budget 1872 und 4, 14.

Holland, Nichtbesetzung des Gesandtschaftspostens und Ersetzung durch einen Geschäftsträger. (Antrag Rechbauer — abgelehnt.) 1, 33.

— Betrauung des Gesandten im Haag auch mit der Vertretung der Monarchie am großherzoglich luxemburgischen Hofe. Denkschrift zum Budget 1892.

Japan, Neuerrichtung einer Gesandtschaft. Denkschrift zum Budget 1884 und 18, 37 (A. B.).

— Errichtung eines Gesandtschaftshotels in Tokio. M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896, ferner Budget 1897 und 1898.

Italien, Gründung einer neuen Gesandtschaft. 1, 32.

— Erhebung der Vertretung zum Range einer Botschaft. Denkschrift zum Budget 1877 und 9, 52.

— Nachtragskredit für Reparaturskosten des Palazzo di Venezia in Rom. 25, 24.

— Adaptierungen im Palais der Botschaft in Rom. Budget 1905.

Lübeck, Auflassung der Gesandtschaft. 2, 53.

Luxemburg, Anläßlich des Regierungswechsels in Luxemburg wurde dem Gesandten im Haag auch die Vertretung in Luxemburg übertragen. 27, 25 (A. B.)

Mecklenburg, Auflassung der Mission und Übertragung der Geschäfte an die Gesandtschaft beim Norddeutschen Bund. (Antrag Weichs — abgelehnt.) 2, 55.

Mexiko, Einziehung der Gesandtschaft. 1, 32.

— Errichtung einer diplomatischen Vertretung in Mexiko. Denkschrift zum Budget 1902.

Montenegro, Demarkationskommission und Akkreditierung des diplomatischen Vertreters. Denkschrift zum Budget 1879.

— Akkreditierung eines Ministerresidenten. 11, 556 (A. B.).

— Errichtung eines Gesandtschaftshotels in Cetinje. M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896, ferner Budget pro 1897 und 1898.

— Bau eines Wohnhauses für die Beamten der Mission in Cetinje. Budget 1904 und 39, 135 (A. B.).

Norddeutscher Bund, Übertragung der Geschäfte der Mission in Hessen-Darmstadt, Mecklenburg und Sachsen an die Gesandtschaft beim Norddeutschen Bund in Berlin. (Antrag Weichs — abgelehnt.) 2, 55.

Oldenburg, Auflassung der Gesandtschaft. 2, 53.

Ostrumelien, Europäische Kommission und Demarkationskommissär. Denkschrift zum Budget pro 1879.

Persien, Errichtung einer Gesandtschaft in Teheran. Denkschrift zum Budget 1873 und 5, 28.

— Der Budgetausschuß regt die Auflassung der Gesandtschaft in Teheran und die Errichtung eines Konsulates daselbst an. 14, 28 (A. B.).

Peru, Errichtung einer Gesandtschaft bei den südamerikanischen Republiken Chile, Peru und Bolivia mit dem Sitze in Santiago. 38, 37 (A. B.).

Portugal, Nichtbesetzung des Gesandtschaftspostens und Ersetzung durch einen Geschäftsträger. (Antrag Rechbauer — abgelehnt.) 1, 33, 260; 2, 53.

Preußen, Umwandlung der Gesandtenstelle am preußischen Hofe in eine Botschafterstelle. Nachtragskredit hiefür. 4, 46, 49.

Digitized by Google

Diplomatische Auslagen. (Vertretungen.)

Reußischer Hof, Auflassung der Vertretung. **1**, 32.

— Die Vertretung wird dem Gesandten in Dresden zugewiesen. Denkschrift zum Budget 1886.

Rom (Kirchenstaat), Antrag des Berichterstatters Eichhoff auf Verminderung der Funktionszulage des Botschafters. **1**, 36. (Antrag Jablonowski auf Belassung derselben [abgelehnt].) **1**, 37. Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 204.

— Resolution Groß Franz auf Auflassung des Botschafterpostens (abgelehnt). **1**, 37.

— Neuerlicher Antrag Groß Franz auf Auflassung des Postens und Besorgung des diplomatischen Verkehrs mit dem Kirchenstaate durch einen Geschäftsträger (abgelehnt). **1**, 263.

— Rechbauer beantragt, den Botschafterposten aufzulassen und die Geschäfte durch einen Geschäftsträger mit dem Range eines Legationsrates besorgen zu lassen (abgelehnt). **2**, 58.

— Entsendung eines außerordentlichen Botschafters nach Rom. **1**, 261—272.

— Resolution, betreffend die Restaurierung des Botschaftshotels in Rom. **1**, 44, 272.

— Mitteilungen über die Restaurierung des Botschaftshotels. Denkschrift zum Budget 1869.

— Antrag Steudel auf Auflassung des Botschafterpostens (nicht unterstützt). **9**, 52.

Rumänien, Akkreditierung des diplomatischen Vertreters. Denkschrift zum Budget pro 1879.

— Akkreditierung eines Gesandten. **11**, 351, 356 (A. B.).

Rußland, Antrag Weichs auf Streichung des Gehaltes und der Funktionszulage des Gesandten (nicht unterstützt). **2**, 65.

— Erhebung der österreichisch-ungarischen Vertretung am russischen Hofe zur Botschaft. **7**, 12.

— Erhöhung der Bezüge des Botschafters in Petersburg. **8**, 33 (A. B.).

— Erfordernis per 80.000 fl. aus Anlaß der Entsendung des Botschafters zu den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau für die voraussichtliche Veranstaltung von Festlichkeiten seitens des Botschafters. Budget 1897.

— Errichtung eines Gesandtschaftshotels in Petersburg. — M. Ac. Gokuchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896, sowie Budget pro 1897 und 1898.

— Nachtragskredit für die Adaptierung und innere Einrichtung des Botschaftspalais in Petersburg. Budget 1904 und **39**, 135 (A. B.).

Sachsen, Nichtbesetzung des Gesandtschaftspostens und Ersetzung durch einen Geschäftsträger. (Antrag Rechbauer — abgelehnt.) **1**, 33, 260.

— Herabminderung der Funktionszulage des Gesandten. **2**, 53.

— Antrag Weichs, betreffend die Auflassung der k. u. k. Mission daselbst und Übertragung der Geschäfte derselben an die k. u. k. Gesandtschaft beim Norddeutschen Bunde in Berlin (abgelehnt). **2**, 55.

— Umgestaltung der diplomatischen Vertretung in eine solche minderer Kategorie. Denkschrift zum Budget 1872.

Diplomatische Auslagen. (Vertretungen.)

— Dem Gesandten in Dresden wird auch die Vertretung bei den Höfen in Anhalt, Schwarzburg und Reuß zugewiesen. Denkschrift zum Budget 1886.

Schwarzburgischer Hof, Auflassung der Vertretung. **1**, 32.

— Die Vertretung wird dem Gesandten in Dresden zugewiesen. Denkschrift zum Budget 1886.

Schweden, Nichtbesetzung des Gesandtschaftspostens und Ersetzung durch einen Geschäftsträger. (Antrag Rechbauer — abgelehnt.) **1**, 33.

Schweiz, Nichtbesetzung des Gesandtschaftspostens und Ersetzung durch einen Geschäftsträger. (Antrag Rechbauer — abgelehnt.) **1**, 33.

Serbien, Demarkationskommissär und Akkreditierung des diplomatischen Vertreters. Denkschrift zum Budget pro 1879.

— Akkreditierung eines Ministerresidenten (A. B.). **11**, 356.

— Ankauf und Adaptierung eines Hauses für die Gesandtschaft in Belgrad. Budget 1889.

Siam, Neuerrichtung einer Gesandtschaft. Denkschrift zum Budget 1884 und **18**, 37 (A. B.).

Spanien, Nichtbesetzung des Gesandtschaftspostens und Ersetzung durch einen Geschäftsträger. (Antrag Rechbauer — abgelehnt.) **1**, 33.

— Erhebung der Gesandtschaft in Madrid zum Range einer Botschaft. Denkschrift zum Budget 1889 und **24**, 13.

Türkei, Berufung eines Militärattachés zur Botschaft in Konstantinopel. Budget 1886.

— Herstellung des Sommerpalastes in Jenikői für den Gebrauch der Botschaft. Denkschrift zu den Budgets 1888, 1895 und **30**, 55 (A. B.); ferner **35**, 7 (A. B.), 396, 465.

— Ankauf einer Botschaftsmouche. **27**, 31 (A. B.).

— Baugutachten des Botschaftspalais in Konstantinopel. — M. K. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Nachtragskredit für Bauherstellungen im Botschaftspalais zu Konstantinopel. **30** 59 (A. B.).

— M. K. Gołuchowski gibt auf Anfragen des Delegierten Kaftan (Schiedsgericht in Konstantinopel, Fall Mehmed Pascha) Auskünfte. **38**, 159.

Württemberg, Nichtbesetzung des Gesandtschaftspostens und Ersetzung durch einen Geschäftsträger. (Antrag Rechbauer — abgelehnt.) **1**, 33.

Umgestaltung der diplomatischen Vertretung in eine solche minderer Kategorie. Denkschrift zum Budget 1872.

— s. auch Äußeres.

Diplomatisches Korps.

Umgestaltung des Personalstatus und der Besoldungsverhältnisse der Subalternbeamten (Denkschrift.) **1**, 244.

Bericht (Berichterstatter van der Straß) und Verhandlung. **1**, 308.

— Resolution des Berichterstatters van der Straß, betreffend die allmähliche Besetzung der Posten der Chefs von Missionen bei den kleineren Staaten durch Ministerresidenten oder Geschäftsträger. **5**, 29.

Digitized by Google

Diplomatisches Korps.

— Vorgehen bei Besetzung diplomatischer Posten. — M. Ac. Kálnoky im Budgetausschusse, 25. Juni 1889.

— Der Minister bestreitet, daß bloß Adelige in die Diplomatie aufgenommen werden. — M. Ac. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

— Stránský bemängelt die ausschließliche Verwendung von Aristokraten im diplomatischen Dienste. **36**, 26.

— M. Ac. Gokuchowski erklärt, daß dem diplomatischen Korps Mitglieder der verschiedensten Gesellschaftskreise angehören. **36**, 84.

— Interpellation Sylvester, betreffend die Amtsführung der österreichisch-ungarischen Vertretungen im Auslande, insbesondere gegenüber österreichischen Gelehrten, **38**, 69. — Beantwortet vom M. Ac. Gokuchowski. **38**, 553.

Dislokationen.

Resolution Rechbauer, die Regimenter nach Möglichkeit in ihre Werbebezirke zu verlegen und unnötige Dislokationen zu vermeiden. (Abgelehnt.) **1**, 130.

— Gablenz plaidiert für die Verlegung der Regimenter in ihre Werbebezirke. **3**, 58.

— Gessmann wünscht die Wiederverleihung einer Garnison an die Stadt Hainburg in Niederösterreich. **35**, 186.

— Wassilko Nikolaj beklagt die Vernachlässigung der Bukowina seitens der Kriegsverwaltung in Bezug auf Garnisonen. **37**, 76.

— Interpellation Iro, betreffend die Zurückziehung der in Österreich garnisonierenden bosnisch-herzegovinischen Truppen. **37**, 10.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 313.

— Interpellation Dobernig, betreffend die Versetzung der in Wolfsberg untergebrachten Kavallerieeskadron in einen anderen Garnisonsort. **37**, 251.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 491.

— Wassilko Georg befürwortet den Wunsch der Gemeinde Suczawa nach Wiedererlangung einer Garnison. **38**, 229.

— Interpellation Mayer, betreffend die Verlegung des aus Niederösterreich zusammengesetzten Dragonerregiments Nr. 3 aus Galizien nach Niederösterreich. **38**, 275.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 394.

— Kleewein führt darüber Beschwerde, daß nach Galizien eine Menge von Truppen unnötigerweise dislociert werden, während die anderen Kronländer verhältnismäßig zu kleine Garnisonen erhalten. **38**, 349.

— Interpellation Wassilko Nikolaj, betreffend die Verlegung von Garnisonen nach Sereth, Suczawa und in andere Städte der Bukowina. **39**, 19.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 436.

— Resolution Wassilko Georg, betreffend die Errichtung beziehungsweise Vermehrung von Garnisonen in den Städten Suczawa, Radautz, Sereth und Storozynetz in der Bukowina. (Angenommen.) **40**, 103.

Dispositionsfonds (Geheime Auslagen).

Debatte über die Budgetierung und Verwendung desselben. (Redner: Greuter, Schindler, Berger Joh. Nep., Schmerling Anton, Hock, Reichskanzler Beust.) **1**, 28—31.

Dispositionsfonds (Geheime Auslagen).

— Antrag **Rechbauer** auf Herabsetzung des für den Dispositionsfonds geforderten Betrages von 550.000 auf 350.000 fl. (Abgelehnt.) (Redner: Rechbauer, Pratobevera, Demel Joh., Hock, Zigiuly, Eichhoff, Reichskanzler Beust). **1**, 251—257.

— Antrag Leonardi auf Herabsetzung des für den Dispositionsfonds geforderten Betrages von 500.000 auf 200.000 fl. (Abgelehnt.) (Redner: Leonardi, Svetec, Reichskanzler Beust, van der Straß.) **2**, 45—55.

— **Denkschrift zum Budget 1871 über die Gebarung mit dem Dispositionsfonds. 3**, 3; Verhandlung darüber und Antrag Grocholski auf Erhöhung der vom Ausschusse beantragten Summe von 200.000 auf 350.000 fl. (Abgelehnt.) (Redner: Schaup, Carneri, Oelz, Grocholski, Brestel, Thurn Georg, Jablonowski, Reichskanzler Beust, van der Straß). **3**, 257—268.

— **An Stelle „Geheime Auslagen" wird die Benennung „Dispositionsfonds" gewählt. Denkschrift zum Budget 1872.**

— Antrag Hartig auf Erhöhung der vom Ausschusse beantragten Summe von 200.000 auf 260.000 fl. (Angenommen.) — Resolution Winterstein, daß dieser Betrag ausschließlich zu auswärtigen Zwecken verwendet werden möge. (Abgelehnt.) (Redner: Hartig, Wickenburg, Winterstein, Globanelli Ignaz, Herbst, Reichskanzler Beust, van der Straß.) **4**, 20—24.

— Bewilligung des Dispositionsfonds im Betrage von 440.000 fl. (Debatte: van der Straß, Rechbauer, Giskra, Wickenburg, Potlukar, Demel Joh.) **5**, 21—26.

— Frage der Bezeichnung des Titels 1 im Budget des Ministeriums des Äußern. **5**, 220.

— Das Erfordernis erscheint um 100.000 fl. geringer, als im vergangenen Jahre und beträgt 340.000 fl. **7**, 11.

— Es wird eine Erhöhung des Dispositionsfonds um 60.000 fl., also im ganzen 500.000 fl. beansprucht. Denkschrift zum Budget 1884 und **18**, 37 (A. B.).

— Das Ministerium des Äußern ist zur Überzeugung gelangt, daß die bisher bewilligte Summe von 500.000 fl. ungenügend ist und spricht den Betrag von 600.000 fl. an. Denkschrift zum Budget 1891.

Djakova, s. Türkei 1.

Djedda, s. Konsulate.

Dniestr, s. Brückenbau.

Donau, Donaufürstentümer.

Erhaltung der gesetzlichen Ordnung in den Donau-Fürstentümern. Eventualität einer europäischen Intervention. Rotbuch Nr. 5.

— Neutralität der Donau in dem Kriege der Türkei gegen Serbien und Montenegro. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Österreich begehrt die Wahrung der freien Schiffahrt auf der Donau während des russisch-türkischen Krieges und protestiert gegen völkerrechtswidrige Verfügungen der Türkei. Rotbuch vom J. 1877.

— Tomaszczuk und Sueß Eduard besprechen die Interessen Österreich-Ungarns an den Deltamündungen. **10**, 127, 157.

Digitized by Google

Donau, Donaufürstentümer.

— Verhandlungen bezüglich der bulgarisch-rumänischen Grenze an der Donau (Artikel LXVI des Berliner Vertrages). Rotbuch vom Jahre 1879/80.

— Strompolizei auf der Donau. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. November 1882.

— Schleifung der Donaufestungen. **17**, 96 (A. B.).

Donau-Kanäle.

Kaftan erhofft eine Hebung des Exportes durch den Ausbau des Donau-Moldau-Elbe- und Donau-Oderkanales. **34**, 30.

— Oppenheimer glaubt, daß die Donau-Moldau-Elbevereinigung dem wirtschaftlichen Verkehre einen großen Aufschwung geben würde. **34**, 46.

— Hofmann Franz wünscht die Vorlage eines ausführlichen Berichtes über den Stand der Arbeiten bezüglich des Ausbaues des Donau-Oderkanals und die Veröffentlichung der diesbezüglich zwischen Deutschland und Österreich getroffenen Vereinbarungen. **35**, 412.

Donaukommission.

Verlängerung der Befugnisse der europäischen Donau-Kommission von 1871 bis 1883 auf der Londoner Konferenz von 1871. Rotbuch Nr. 5.

— Übertragung der Vertretung bei der europäischen Donaukommission an einen ständigen Delegierten in Galatz **5**, 30.

— Schaffung eines unabhängigen Organes für die Regelung der Donauschiffahrt. **14**, 26 (A. B.).

— Widerstand Englands gegen die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Überwachung des Schiffahrtsreglements für die Donauschiffahrt. **14**, 26 (A. B.).

— Auslagen aus Anlaß der europäischen Donaukommission. **18**, 40 (A. B.); **19**, 37 (A. B.).

— Kaftan wünscht die Veröffentlichung der Protokolle und der statistischen Berichte der europäischen Donaukommission. **36**, 94.

Donaumonitor.

Notwendigkeit der Anschaffung desselben. Exposé zum Budget 1870.

Antrag des Berichterstatters Banhans auf Ablehnung des hiefür verlangten Betrages. **2**, 263.

(Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **2** 335, 356. Nach dreimaligem vergeblichem Nuntiawechsel findet eine gemeinsame Abstimmung statt, bei welcher der geforderte Betrag bewilligt wird. **2**, 359, 364.)

— Die Regierung begründet die Notwendigkeit, der Vermehrung der Donauflottille, deren Schiffe im Falle eines Krieges bestimmt wären, die Operationen des Heeres entlang der Donaufer zu unterstützen. Neubau des Donaumonitors „Szamos". Marineertraordinarium 1890 und **25**, 39 (A. B.).

— Die Regierung erachtet es für notwendig, durch Vermehrung der Donauflottille rechtzeitig für alle Eventualitäten vorzusorgen. Neubau des Donaumonitors „Maros". Budget 1891.

— Bau von zwei Donaumonitoren „Temes" und „Bodrog" und fünf Patrouillenbooten zur Ausgestaltung der Donauflottille. Budget 1902. **37**, 448 (A. B.).

Donauregulierung, s. Flußregulierungen.

Donauschiffahrt—Eisernes Tor.

Beseitigung der Schiffahrtshindernisse, der Stromschnellen und am Eisernen Tor; Schiffahrtsabgabe. Rotbuch Nr. 5.

— Reichskanzler Beust verweist auf das Entgegenkommen von Seite der Türkei bei der Regulierung des Eisernen Tores. **4**, 10.

— Schleifung der bulgarischen Donaufestungen und Arbeiten am Eisernen Tore (Übernahme derselben durch Ungarn). **13**, 49; **14**, 26 (A. B.).

— Sueß Eduard tritt für die Eröffnung der freien Schiffahrt behufs Hebung unserer Industrie ein. **13**, 27.

— M. Ae. Haymerle erklärt, daß die Arbeiten am Eisernen Tore im hervorragend national-ökonomischen Interesse der Monarchie gelegen seien. **13**, 38.

— Resolution Rosenberg, betreffend Beschleunigung der Durchführung des Artikels 57 des Berliner Vertrages rücksichtlich des Eisernen Tores. (Abgelehnt). **13**, 40.

— Verhalten der rumänischen Regierung in Bezug auf die Donauschiffahrt. **14**, 26 (A. B.).

— Resolution des Berichterstatters Hübner, betreffend die Vornahme der Vorarbeiten zur Beseitigung der Kataraкte am Eisernen Tor. **17**, 75, 96.

— Sueß Eduard bespricht die Frage der Regulierung des Eisernen Tores. **18**, 18.

— Mitteilung über die Vornahme der Arbeiten zur Beseitigung der Schiffahrtshindernisse auf der Donau. **18**, 36 (A. B.).

— Exner urgiert die Regulierung des Eisernen Tores. **21**, 89.

M. Ae. Kálnoky legt der Sache große Wichtigkeit bei und verspricht, dahin zu wirken, daß die vorliegenden Pläne möglichst bald ausgeführt werden. **21**, 92.

— Kaftan nimmt gegen das Begehren Ungarns in der Frage der Stromgebühren an den Donaukataraкten und am Eisernen Tore Stellung und befürwortet, im Sinne der Anregungen Rumäniens und Deutschlands, die Pègge daselbst aufzuheben und die Regulierungskosten auf die Donauuferstaaten aufzuteilen. **35**, 376.

— M. Ae. Goluchowski gibt Aufklärungen über die Bemessung der Stromgebühren am Eisernen Tor. **35**, 454.

Dongolaexpedition, s. England.

Dotation, s. Uchatius.

Drbal, Dr., s. Militärjustiz.

Dreibund, s. Äußere Politik II.

Dresden, s. Diplomatische Auslagen (Sachsen), Konsulate Sanitätswesen.

Dringlichkeitsanträge.

Über Antrag Raab wird der Bericht über eine Petition, obwohl sich derselbe nicht auf der Tagesordnung befindet, in Verhandlung genommen. **13**, 219.

— Über Antrag Ruß wird die dringliche Behandlung des Antrages Engerth auf Gewährung einer Dotation für die Witwe des verstorbenen Feldmarschalleutnants Uchatius beschlossen. **14**, 214.

Digitized by Google

Dringlichkeitsanträge.

— Über Antrag Falkenhayn wird die dringliche Behandlung des Ausschußberichtes über den außerordentlichen Kredit von 47·3 Millionen Gulden beschlossen. **24**, 86.

— Über Antrag des Präsidenten Chlumecky beschließt die Delegation die Verhandlung über das Budget der Kriegsmarine, obwohl dasselbe nicht auf der Tagesordnung steht. **32**, 167.

— Über Antrag Stürgkh wird die sofortige Verhandlung mehrerer Berichte des Budgetausschusses, die nicht in der Tagesordnung enthalten sind, beschlossen. **40**, 124.

— Über Antrag Druzaßki wird die dringliche Behandlung des Ausschußberichtes über das Budget der Kriegsmarine pro 1905 beschlossen. **40**, 368.

Dualismus, s. Ungarn 8.

Duellwesen.

Greuter wendet sich unter Anführung zweier in Innsbruck vorgekommener Fälle gegen den Duellzwang im Offizierskorps. **19**, 15.

— Km. Bylandt-Rheidt betont, das jeder das Duell perhorreziere, daß es aber nicht hintanzuhalten sei. **19**, 21.

— Interpellation Kathrein, betreffend die an die Einjährig-Freiwilligen gerichtete Warnung des Obersten Kurz vor dem Verkehr mit den Mitgliedern der das Duell verwerfenden katholischen Studentenverbindung „Austria“. **21**, 10.

Beantwortet vom Km. Bylandt-Rheidt. **21**, 24.

— Treuinfels und Thurnher wenden sich gegen das Duellwesen im Heere. **30**, 192, 201.

— Berichterstatter Badeni meint, daß die Duellfrage nicht von der Militärverwaltung allein, sondern von der ganzen bürgerlichen Gesellschaft gelöst werden müsse. **30**, 219.

— Salvadori verlangt, daß der Kriegsminister dahin wirken möge, daß die Manie des Zweikampfes aus dem Heere ausgemerzt werde. **31**, 238.

— Kronawetter bemängelt, daß die Militärehrenräte die Duelle fördern. In Rußland dürfe ein Duell nur stattfinden, wenn der Zar es erlaube. **31**, 89.

Km. Krieghammer verteidigt die Wirksamkeit der Ehrenräte; diese würden sich nachdrücklich gegen jene wenden, die Duelle provozieren. **31**, 259.

— Salvadori wünscht, daß in das neue Militärstrafgesetz Bestimmungen gegen das Duell aufgenommen werden. **32**, 61.

— Demel Vladimir bespricht die peinliche Situation der Reserveoffiziere in Bezug auf die Duellfrage, da sie als Offiziere zum Duell förmlich gezwungen seien, als Staatsbürger aber dafür bestraft werden. **32**, 65.

— Conci wendet sich gegen den Duellzwang in der Armee. **35**, 189.

— Keil Anton bedauert das Duellwesen in der Armee. **36**, 193.

— Km. Krieghammer erklärt, man könne nicht von der Armee verlangen, daß sie die Duellsitte aus der Welt schaffe. Wenn in weiten Gesellschaftskreisen die Überzeugung Platz greifen wird, daß das Duell eine überflüssige, schädliche Einrichtung ist, dann wird auch die Armee nachfolgen. **36**, 200.

Duellwesen.

— Thurnher Martin tritt dafür ein, daß der Duellunfug mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werde. Die Unsitte, daß Offiziere durch das Ehrengericht zum Duell gezwungen werden, sei eine Verhöhnung der staatlichen Gesetze, dadurch werde alle Autorität vor den Gesetzen untergraben. **37**, 47.

— Tollinger bespricht die Affären Taccoli und Ledochowski, welche beide wegen Duellverweigerung ihres Offizierscharakters entkleidet wurden, und beantragt eine Resolution, betreffend die Reform des ehrenrätlichen Verfahrens. **37**, 51.

— Pommer erklärt, daß, solange in Ehrenangelegenheiten kein allgemein anerkanntes, kompetentes Forum existiere, es Duelle geben werde und alle Erörterungen dagegen nichts ausrichten können. **37**, 60.

— Stránský glaubt, daß weder die Kriegsverwaltung, noch die katholische Kirche die Macht besitze, das Duell zu beseitigen, er wendet sich aber dagegen, daß die Behörden als solche das Duell, wenn es einmal als Verbrechen im Strafgesetze deklariert sei, nicht nur nicht bestrafen, sondern noch unterstützen, indem Offiziere, die sich nicht duellieren wollen, aus der Armee ausgestoßen werden. **37**, 87.

— Kern wendet sich dagegen, daß die Militärverwaltung den Duellzwang sanktioniere, indem sie dem Soldaten, der sich nicht duellieren will, die Lebensexistenz entziehe. **37**, 94.

— Schönborn erklärt, daß er aus religiösen und aus gesetzlichen Gründen gegen das Duell sei. Das Duell sei ein gesellschaftlicher Übelstand, dem in den Kreisen, in denen die Nötigung und der Anlaß dazu gegeben werde, entgegengewirkt werden sollte. Es sollen aber auch alle, besonders die, die sich nicht schlagen, es sich zur Pflicht machen, niemanden zu provozieren. **37**, 187.

— Km. Krieghammer bezeichnet es als Aufgabe des Ehrenrates, Duelle eher zu verhindern als sie zu fördern, insofern als der Ehrenrat bei einer groben Beleidigung unter Kameraden den Beleidiger zur Verantwortung ziehe und erst erwäge, ob diese Beleidigung nicht auch die allgemeine Standesehre berühre. Wurde diese verletzt, sei das Duell überhaupt ausgeschlossen. Gegen das Duell seien im allgemeinen alle Gesetze machtlos. Übrigens erfolge der Eintritt in die Armee im reifen Alter; den Betreffenden seien die Satzungen der Armee bekannt, und sie können, wenn diese ihnen nicht genehm sind, sich ja einem anderen Berufe zuwenden. **37**, 199.

— Tollinger fordert die Abschaffung des Duellzwanges Ebensowenig wie der Ehrenrat beschließen darf, ob jemand sonst irgend einen Mord, Totschlag oder Diebstahl begehen darf oder soll, hat er über Zulassung oder Nichtzulassung des Duells zu entscheiden, weil darüber das Gesetz bereits entschieden hat. **38**, 283.

— Šusteršič betont, daß durch die Verschiedenheit der Rechtsanschauung hinsichtlich des Duells zwischen der Armee und der Bevölkerung eine Verwirrung der Rechtsbegriffe eintrete. **38**, 309.

— Km. Krieghammer konstatiert, daß sowohl der Ehrenrat, als die militärischen Behörden in den Fällen Taccoli und Ledochowski nur ihre Pflicht erfüllt haben und daß sie mit ruhigem Gewissen dem Beweise eines begangenen Verbrechens entgegensehen. **38**, 333.

Digitized by Google

Duellwesen.

— Loser erklärt, wenn die Kriegsverwaltung den Duellzwang nicht endlich einmal abschaffe, werde es Sache aller jener Delegierten sein, die nicht auf dem Standpunkte des Duells stehen, die äußersten Konsequenzen zu ziehen. **38**, 317.

— Conci wendet sich gegen den Duellzwang vom religiösen und vom Rechtsstandpunkt und erklärt, daß der in einer so wichtigen prinzipiellen Angelegenheit seitens des Kriegsministers eingenommene, ganz ablehnende Standpunkt kaum geeignet sei, diejenigen, welche der religiösen Überzeugung und dem Rechtsgefühle die richtige Bedeutung beimessen, zu bestimmen, der Militärverwaltung ihr Vertrauen entgegenzubringen. **38**, 317.

— Km. Kriegshammer verliest zur Darlegung seines Bestrebens, das Duell einzuschränken und die vorkommenden Fälle zu verringern, einige Stellen aus seinem diesbezüglichen Erlasse vom 12. November 1901. **38**, 333.

— Berichterstatter Walterskirchen Franz stimmt dem Delegierten Conci in dem Behauern darüber zu, daß an dieser Stelle nie entschieden ausgesprochen wurde, daß die Kriegsverwaltung das Duell verhorresziere. Hätte sie das getan, so wäre der wirklich horrende Fall Ledochowski nicht eingetreten. Der vom Kriegsminister angekündigte Erlaß scheint eine kleine Besserung zu bedeuten. Er nehme ihn daher mit Befriedigung zur Kenntnis. **38**, 336.

— Stein wendet sich gegen eine Bemerkung des Kriegsministers, welche dahin verstanden werden könnte, als ob der Offizier eine andere Ehre hätte als der Zivilist. **38**, 357.

— Petition der allgemeinen Antiduelliga für Österreich wegen möglichster Unterstützung ihrer Bestrebungen. **39**, 717.

— Tollinger und Delugan wenden sich gegen den Erlaß des Kriegsministers, betreffend das Verbot der Teilnahme von nichtaktiven Offizieren an der Antiduelliga. **39**, 610, 605.

— Šustaršič wendet sich gegen den Duellzwang in der Armee. **39**, 586.

— Ebenhoch betont, daß in der Frage des Duellwesens in der Armee Wandel geschaffen werden müsse. **40**, 288.

— Rhomberg Adolf verlangt Abhilfe gegen das Duellwesen in der Armee und wendet sich gegen einen Erlaß des Korpskommandanten von Wien, durch welchen den Offizieren verboten wurde, im Hause des Herzogs von Parma zu verkehren, weil derselbe den gewesenen Hauptmann Grafen Ledochowski in seinen Dienst genommen hat. **40**, 308.

Km. Pitreich gibt Auskunft über diese Angelegenheit. **40**, 323.

Dumba, s. Nachrufe.

Durazzo, s. Konsulate, Albanien.

Durban, s. Konsulate.

Dynamit Nobel, s. Pulverwesen.

Dynamomaschinen, s. Flottenmateriale 3.

E.

Ehrengerichte, Ehrenräte, s. Duellwesen, Militärjustiz.

Einberufungen.

Antrag Gablenz, betreffend Bestrafung für Versäumnisse bei den Einberufungen. **3**, 55, 57, 116. (S. Anträge 3.)

— Mehrerfordernis für die Waffenübungen der Reservisten. **4**, 51.

— Heranziehung einer größeren Anzahl von Offizieren zu den Waffenübungen. **8**, 52.

— Verminderung des Präliminarstandes der einberufenen Reservisten der Infanterie und Jäger. Ordentliches Heereserfordernis 1879.

— Erhöhung des Präsenzstandes der einzuberufenden Reservisten der Infanterie und Jäger. Begründung zum Voranschlage des Kriegsministeriums 1880.

— Demel Johann glaubt, daß durch die Verschiebung der Einberufung der Rekruten vom 1. Oktober bis Ende Februar die Kosten der Verbesserung der Verpflegung gedeckt werden könnten. **8**, 87.

— Interpellation Foregger, betreffend die Demobilisierung der in den okkupierten Ländern als Reservevorspflegsbeamte (Ajeffisten) in Verwendung stehenden Reservisten. **11**, 170. Beantwortet vom Km. Byland-Rheidt. **11**, 312.

— Fux Johann hält die Einberufung der Reservisten anläßlich der Okkupation Bosniens für dem Wehrgesetze widersprechend, da kein Kriegszustand herrschte. **12**, 77.

Km. Byland bezeichnet diese Einberufung als im Sinne des § 10 des Wehrgesetzes gelegen. **12**, 79.

— Reduktion der Dauer der Waffenübungen von 28 auf 13 Tage bei gleichzeitiger Ausdehnung der Einberufung auf sämtliche gesetzlich zur Waffenübung verpflichtete Reservisten. Heeresordinarium 1881 und **13**, 85, 89 (A. B.).

— Da jeder Soldat mit der Waffe vollkommen vertraut sein muß, erklärt es die Kriegsverwaltung für unerläßlich, daß die gesamte Reserve jener Truppen, welche die neuen Repetiergewehre erhalten, unverzüglich nach der Beteilung in dem Gebrauche derselben unterrichtet werde. Zu diesem Zwecke soll die Einberufung zur siebentägigen Waffenübung im Jahre 1889 erfolgen. Begründung zum Heeresgetraordinarium 1889.

— Mehrerfordernis infolge der größeren Zahl von waffenübungspflichtigen Reserveoffizieren. Während die Zahl der waffenübungspflichtigen Unteroffiziere und Soldaten nahezu unverändert bleibt, steigert sich jene der waffenübungspflichtigen Offiziere der Reserve infolge der steten Erweiterung der Einjährig-Freiwilligen-Institution von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1889 sind 1000 Reserveoffiziere mehr als im Jahre 1881 zur Waffenübung verpflichtet. Begründung zum Heeresordinarium 1889.

— Einberufung von 170 Reserveoffizieren zu einer sechsmonatlichen Probedienstleistung in Absicht auf die Heranbildung eines genügenden Nachwuchses an Berufsoffizieren. Begründung zum Heeresgetraordinarium 1890.

— Die Kriegsverwaltung erachtet es bringend geboten, wenigstens einem Teile der Korpskommanden jährlich die Mittel für die Vereinigung der unterstehenden Truppen zu Übungen im

Digitized by Google

Einberufungen.

Korpsverbande zuzuweisen und jährlich zwei Kavallerie-Truppendivisionen zur Vornahme von Übungen zu konzentrieren. Begründung zum Heeresordinarium 1890.

— Richter bemängelt die Einberufung der Mannschaften im 11. und 12. Dienstjahre zur Waffenübung. **27**, 49.

— Pacák verlangt, daß bei den Einberufungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf die Erntezeit Rücksicht genommen werde. **28**, 70.

— Thurnher Martin wünscht, daß die vorarlbergischen Reservisten nicht nach Tirol zu den Waffenübungen einberufen werden, sondern daß die Waffenübungen im Lande selbst abgehalten werden. **28**, 89.

— Salvadori ersucht um Erleichterungen bei der Einberufung von unbemittelten Reservisten zur Ableistung der Dienstpflicht und um Rücksichtnahme auf die ackerbautreibende Bevölkerung in Bezug auf den Zeitpunkt der Einberufung zu den Waffenübungen. **29**, 81.

— Rogl ersucht, die den landwirtschaftlichen Kreisen angehörigen Reservisten nicht zur Zeit dringender Feldarbeiten einzuberufen. **29**, 83.

— Km. Bauer erklärt, daß die Einberufung zu den Waffenübungen nach bestimmten Satzungen erfolge und daß es nicht angehe, die Reservisten nur dann einzuberufen, wenn es ihnen passe. **29**, 98.

— Barwiński wünscht bei der Einberufung der Reservisten, Urlauber und Landwehrmänner die weitestgehende Rücksichtnahme auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der Bauernbevölkerung. **30**, 215.

— Petition des Landeskulturrates für Oberösterreich um Einflußnahme bei der Heeresverwaltung, daß die Einberufung der Reservisten und Landwehrmänner zu einem für den landwirtschaftlichen Betrieb geeigneteren Zeitpunkte stattfinden möge, sowie auch Beurlaubungen der Mannschaft, welche dem landwirtschaftlichen Berufstande angehört, zur Einführung gelangen. **30**, 307.

— Richter verlangt Weisungen der Kriegsverwaltung an die unterstehenden Kommanden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzuberufenden Bauern berücksichtigt und eventuell die Verschiebung der Waffenübung oder die zeitliche Beurlaubung gewährt werde. **32**, 73.

— Döy verlangt für die Reservisten, wenn sie zu Waffenübungen einrücken, freie Eisenbahnfahrt. **32**, 79.

— Hofmann v. Wellenhof verlangt, daß die Einberufenen für die Kosten der Einrückungen entschädigt und daß den armen Familien eine gewisse Unterstützung zu teil werde. **33**, 71.

— Kaiser August verlangt, daß die Einberufungen wenigstens für die landwirtschaftliche Bevölkerung so festgesetzt werden, daß sie außerhalb der Zeit des notwendigsten Bedarfes im Betriebe stattfinden. **33**, 80.

— Kienmann beklagt, daß der zur Landwehr nach dem Gesetze vom Jahre 1893 einberufenen Mannschaft, welche tatsächlich eine zweijährige Dienstzeit zu leisten hat, die Last von Waffenübungen im Ausmaße von vollen 20 Wochen auferlegt werde. **33**, 93.

— Azmann plädiert für die Auflassung der dritten Waffenübung und für die Schaffung eines Gesetzes, wonach

Einberufungen.

die Einberufung zur Waffenübung auf das Dienstverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer keinen Einfluß üben darf. **33**, 95.

Km. Kriegshammer kann ein solches Gesetz nur mit Freude begrüßen, aber das durchzuführen sei Sache der beiden Parlamente. **33**, 168.

— Petitionen von Vereinen in Vorarlberg wegen Erleichterungen für die Vorarlberger Reservisten und Landwehrmänner. **34**, 8, 12, 373.

— Bielohlawek glaubt, daß zwei Waffenübungen à 13 Tage genügend wären, daß die Landwehrwaffenübung aufgehoben und die großen Manöver bloß in jedem zweiten Jahre abgehalten werden sollten. **34**, 108.

— Tschernigg verlangt die Aufhebung der Waffenübungen in den beiden letzten Dienstjahren im stehenden Heere und in der Landwehr. **34**, 113.

— Kottulinsky wünscht die Aufhebung oder wenigstens Einschränkung der Verpflichtung zur vierten Waffenübung der Landwehr. **34**, 193.

— Azmann befürwortet die Schaffung eines Gesetzes, wonach bei einer Einberufung zu einer periodischen Waffenübung die Bezüge in der Privatdienststellung des Betreffenden nicht alteriert werden. **34**, 197.

— Thurnher Martin verlangt, daß den zu den Waffenübungen einberufenen Reservisten die Reisekosten mindestens bis zur nächsten Ergänzungsstation ersetzt und daß in die Ersatzreserve außer den Minderuntauglichen auch solche Kategorien von Stellungspflichtigen eingereiht werden, deren Verwendung in den landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben ihrer Familien notwendig ist. **34**, 187.

— Abrahamowicz Eugen wünscht die Berücksichtigung der Ernteverhältnisse in Galizien bei Anberaumung der Waffenübungen. **35**, 68.

— Loser wünscht die Aufhebung der letzten Waffenübungen. **35**, 96.

— Geßmann regt die Schadloshaltung bei Waffenübungen an. **35**, 186.

— Petition des volkswirtschaftlichen Vereines für Groß-Siegharts und Umgebung in Groß-Siegharts um Befreiung der einrückenden Reservisten von der Bezahlung der Reisespesen aus Eigenem. **36**, 125, 276.

— Zimmer wünscht die Auflassung der letzten Waffenübungen. **36**, 189.

— Km. Kriegshammer macht darauf aufmerksam, daß er als Zehrgeld für einberufene Reservisten 20.000 K in den Voranschlag eingestellt habe. **36**, 200.

— Interpellation Iro, betreffend die Einberufung von Reservisten zu Waffenübungen in die nächstgelegene Garnison ihrer Truppengattung. **37**, 11.

Beantwortet vom Km. Kriegshammer. **37**, 194.

— Interpellation Iro, Herzmansky, betreffend die Verlegung der Waffenübung in die Zeit nach der Ernte. **37**, 12.

Beantwortet vom Km. Kriegshammer. **37**, 194.

Digitized by Google

Einberufungen.

— Antrag Iro, betreffend die Vergütung der Reisekosten an die zur Waffenübung einrückenden Reservisten und Landwehrmänner. **37**, 20. (S. Anträge 11.)

— Antrag Iro, betreffend Einführung von 13tägigen Waffenübungen bei der Landwehr und Auflassung der Waffenübung im 11. und 12. Dienstjahre. **37**, 22. (S. Anträge 13.)

— Herzmansky bringt den Wunsch der bäuerlichen Bevölkerung zum Ausdrucke, daß die Waffenübungen zu einer Zeit abgehalten werden, wo nicht nur die Söhne bäuerlicher Besitzer, sondern auch die ländlichen Hilfsarbeiter entbehrt werden können, und daß sei einzig und allein der Monat Mai. **37**, 78.

— Kern spricht den Wunsch aus, daß den zu Waffenübungen einberufenen Reservisten die Reisekosten ersetzt werden. **37**, 92.

— Srbensky meint, daß der Militärtaxfonds berufen wäre, die notleidenden Familien der einberufenen Reservisten zu unterstützen. **37**, 104.

— Resolution Iro, betreffend die Abhaltung der Waffenübungen außerhalb der Erntezeit und die Gewährung von Urlauben an die im Heeresdienste befindlichen Bauernsöhne während der Erntezeit. (Angenommen.) **37**, 172, 523.

— Resolution Iro, betreffend die Vergütung der Kosten für die Reise der Reservisten und Landwehrmänner zum Orte der Waffenübung. (Angenommen.) **37**, 172, 527.

— Resolution Iro, betreffend die Einberufung der Reservisten nur in die nächstgelegene Garnison ihrer Truppengattung zur Waffenübung. (Angenommen.) **37**, 172, 526.

— Resolution Iro, betreffend die Einführung von 13tägigen Waffenübungen und die Aufhebung der Waffenübungen im 11. und 12. Dienstjahre. (Abgelehnt.) **37**, 173, 529.

— Axmann tritt für die Abschaffung der letzten Waffenübung ein, welche außerordentliche Lasten für die einzelnen Landwirtschaftsbesitzer und Gewerbsleute, sowie ihre Familien bedingt und befürwortet die Verlegung der Waffenübungen auf den Monat Mai. **37**, 176.

— Plasz klagt darüber, daß die Einreihung der Rekruten in das Heer nach der Losnummer und nicht nach dem Bedürfnisse der Bevölkerung erfolgt. **37**, 189.

— Plasz wünscht, daß wenn schon nicht in den letzten zwei Jahren die Waffenübung entfallen könne, wenigstens im vorletzten Jahre der Militärdienstpflicht die Waffenübung auf 13 Tage beschränkt werde und im letzten Jahre ganz entfalle. **37**, 191.

— Interpellation Iro, betreffend die Einberufung der den technischen Studien obliegenden Reservekadetten und Reserveoffiziere zur Zeit der Prüfungen. **37**, 360.

— Das Kriegsministerium nimmt laut einer Resolutionsbeantwortung eine weitere Ausdehnung des Zugeständnisses bezüglich der Vergütung der Reisekosten an die einberufenen mittellosen Reservisten in Aussicht. **38**, 247. (A. B.)

— Das Kriegsministerium teilt in einer Resolutionsbeantwortung mit, es treffe alljährlich die Anordnung, daß Landwirte und bei der Landwirtschaft tätige Leute zu den Waffenübungen zu einer Zeit einzuberufen sind, zu welcher sie mit Rücksicht auf den Anbau und die Ernte am leichtesten entbehrlich sind. **38**, 247. (A. B.)

— Mayer fordert die Abschaffung der letzten Waffenübung. **38**, 287.

— Kleewein fordert eine bessere Behandlung der Reservisten bei den Waffenübungen und die tunlichste Berücksichtigung der Erwerbsverhältnisse bei der Einberufung zu denselben. **38**, 348.

— Km. Krieghammer bemerkt, daß die Enthebung von der letzten Waffenübung nicht in den Wirkungskreis des Kriegsministeriums falle, da die in Betracht kommende Mannschaft bereits der Landwehr angehört. **38**, 376.

— Interpellation Stein, betreffend die Ausfolgung von Bettzeug an die Mannschaft bei Waffenübungen nach Maßgabe der Witterungsverhältnisse. **38**, 199.
Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 393.

— Interpellation Kliemann, betreffend die Verlegung der Waffenübungen in die Zeit nach der Ernte und die Beurlaubung von Bauernsöhnen und landwirtschaftlichen Arbeitern während der Erntezeit. **39**, 28.

— Antrag Kliemann, betreffend die Vergütung der Reisekosten seitens des Militärärars an die zur Waffenübung einrückenden Reservisten und Landwehrmänner. **39**, 68. (S. Anträge 20.)

— Resolution Dłuzański, betreffend Erleichterungen für die Landbevölkerung bei der Einberufung zu Waffenübungen. (Angenommen.) **39**, 542, 710, 730.
Antwort des Kriegsministeriums. **40**, 153.

— Resolution Kaiser August, betreffend die volle Entschädigung für die Kosten der Hin- und Rückreise bei allen Einberufungen der Rekruten, Reservisten und Landwehrmänner. (Angenommen.) **39**, 546, 710, 731.
Antwort des Kriegsministeriums. **40**, 154.

— Resolution Kaiser August, betreffend die Einberufung von dem landwirtschaftlichen Stande angehörigen Soldaten zu den Waffenübungen nur außerhalb der Anbau- und Erntezeit. (Angenommen.) **39**, 546, 710, 730.
Antwort des Kriegsministeriums. **40**, 153.

— Delugan ersucht um Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter bei den Einberufungen. **39**, 602.

— Kliemann wünscht die Abschaffung der Waffenübungen im letzten Jahre der Reserve und in der Landwehr sowie die Unterstützung der Familien Einberufener. **39**, 608.

— Peschka ersucht, die landwirtschaftlichen Kreisen angehörigen Reservisten und Ersatzreservisten nicht zur Zeit der landwirtschaftlichen Arbeiten zur Waffenübung einzuberufen, und wünscht, daß die bezüglichen Kundmachungen in den einzelnen Gemeinden publiziert werden. **40**, 109.

Einheit der Armee.

Schmerling Anton und Km. Kuhn betonen die Notwendigkeit der Einheit der Armee. **1**, 72; **2**, 124.

— Skene Alfred sen. erklärt, daß Österreich für eine dualistische Armee nicht 70 Prozent bezahlen werde. **1**, 79.

Digitized by Google

Einheit der Armee.

— Oppenheimer betont, daß die in Ungarn bezüglich der Armee erhobenen Forderungen das feste Gefüge der Armee bedrohen können, wodurch die Machtstellung des Reiches nach außen eine schwere Einbuße erfahren könnte. **39**, 103.

— Der Ausschußbericht weist darauf hin, daß die in dem sogenannten Reuner-Programm des ungarischen Reichstages enthaltenen Armeereformen geeignet sind, die Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit der Armeen zu gefährden. **39**, 437, 495 (A. B.).

— Stürgkh würde in der Bildung eines gesonderten Status ungarischer Offiziere innerhalb des einheitlichen Offizierskorps eine Gefährdung des Begriffes der Gemeinsamkeit der Armee erblicken. **39**, 461.

— Šusteršič betont, daß die Konzessionen, welche an Ungarn gemacht wurden, die Gemeinsamkeit des Heeres durchbrochen haben und zu einem selbständigen Heere Ungarns führen müßten. **39**, 586.

— Kliemann erklärt, die Ungarn sollen ihre selbstständige Armee haben, aber sie sollen auch die Kosten dafür tragen. **39**, 606.

Einjährig-Freiwillige.

Km. Byland-Rheidt betont, die Einjährig-Freiwilligen-Institution habe hauptsächlich den Zweck, die höhere Intelligenz der gehörig vorgebildeten Jugend für die Schaffung eines geeigneten Reserveoffizierskorps zu verwerten. **20**, 16.

— Demel Johann erklärt, die Transferierung der Reserveoffiziere von der Artillerie zum Train als gesetzwidrig, da dem Einjährig-Freiwilligen die Wahl der Waffe garantiert sei. **20**, 19.

Km. Byland-Rheidt führt aus, daß die freie Wahl der Truppengattung des Einjährig-Freiwilligen sich nur auf die Ableistung der einjährigen Präsenzdienstzeit beziehe, aber nicht auf die Reserveoffiziere. **20**, 20.

— Promber wünscht die Abschaffung des zweiten Präsenzjahres der Einjährig-Freiwilligen. **30**, 212.

— Pacák fragt, nach welchen Grundsätzen vorgegangen wird, wenn Einjährig-Freiwillige bei Nichtablegung der Offiziersprüfung bei gutem Fortgang nach einem Jahre beurlaubt werden. Es herrsche nicht bei allen Regimentern der gleiche Vorgang. **31**, 244.

— Richter verlangt, daß von der Einführung des zweiten Strafjahres abgesehen werde, da es oft von Zufälligkeiten abhängt, ob der Freiwillige die Offiziersprüfung besteht. **32**, 73.

Km. Krieghammer spricht sich gegen die Abschaffung des zweiten Jahres für die Freiwilligen aus. Nachdem viele Tausende drei Jahre dienen müssen, auch wenn sie fleißig sind, sei nicht einzusehen, warum der Freiwillige, der bei der Prüfung nicht entspricht, das Privilegium haben solle, schon nach einem Jahre wegzugehen. **32**, 84.

— Lemisch wünscht, daß nicht zu jugendliche Offiziere als Lehrer bei den Freiwilligenabteilungen bestellt werden. **35**, 174.

— Notwendigkeit einer Änderung der Bestimmungen über die Kasernierung der Einjährig-Freiwilligen bei der Kriegsmarine. **35**, 350 (A. B.).

Einjährig-Freiwillige.

— Geismann kritisiert die Bestimmungen bezüglich der Rangseinteilung jener Offiziere, die aus dem Stande der Einjährig-Freiwilligen in den Aktivdienst übersetzt wurden. **36**, 183

— Zimmer wünscht die Erweiterung des Einjährig-Freiwilligenrechtes. **36**, 189.

— Antrag Iro, Sylvester, betreffend die Zuerkennung des Einjährig-Freiwilligenrechtes an die im letzten Jahrgange befindlichen Realschüler. **37**, 18. (S. Anträge 10.)

— Interpellation Groß Gustav, betreffend die Bestimmungen über die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienste. **38**, 143.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 396.

— Hofmann Franz bemängelt die Verschiedenheit in der Behandlung von Real- und Gymnasialschülern bezüglich des Einjährig-Freiwilligenrechtes. **40**, 281.

— Interpellation Kokoschinegg, Heilsberg, betreffend das Verbot des Beitrittes von Reserveoffizieren und Einjährig-Freiwilligen zu Studentenverbindungen. **29**, 7.

Beantwortet vom Km. Bauer. **29**, 235.

— Petitionen verschiedener Studentenvereine in derselben Angelegenheit. **29**, 247—258.

(Antrag des Ausschusses, die Petitionen dem Kriegsministerium mit der Aufforderung abzutreten, eine Revision der auf die Stellung der Reserveoffiziere bezüglichen Bestimmungen in Erwägung zu ziehen. — Redner: Berichterstatter Klucki, Schorn, Kokoschinegg, Masaryk, Sueß Eduard, Hartel, Km. Bauer.)

Einkaufskommissionen, Einkaufsstationen, s. Lieferungswesen 1.

Einkommensteuer.

Berichterstatter Schaup betont, daß die Einkommensteuer aus den Bezügen der Beamten und Diener der Zentralleitung des Ministeriums des Äußern in das Budget der diesseitigen Reichshälfte fließt. **6**, 96.

— s. auch Lloyd.

Einquartierung, s. Militärunterkünfte, Militärzinstarife.

Eisenbahnen. *)

Übereinkommen mit Bayern, Italien, Preußen, Rußland und Sachsen, betreffend Eisenbahnanschlüsse. Notbuch Nr. 1.

— Herstellung von Ausweichgeleisen für militärische Zwecke. **3**, 377—384.

(Gegenüber dem ablehnenden Ausschußantrage beantragt Minoritätsberichterstatter Grocholski die Bewilligung des von der Kriegsverwaltung hiefür geforderten Betrages. — Minoritätsantrag abgelehnt.)

— Im Ausschußberichte wird die Frage des Anschlusses der türkischen Bahnen erörtert. **14**, 26.

— Errichtung eines Eisenbahn- und Telegraphenregimentes. Begründung zum Budget 1883 (s. auch Organisation).

*) Mit Ausschluß der Eisenbahnen in Bosnien und der Herzegovina. Diese siehe unter Bosnien 4.

Digitized by Google

Eisenbahnen.

— Sueß Eduard kritisiert die deutsch-österreichisch-rumänischen Transittarife auf den österreichischen Eisenbahnen. **18**, 17.

— Mitteilung über die Ausführung der Orientbahnen. **18**, 36 (A. B.).

— Berichterstatter Hübner Alexander macht Mitteilung, daß die Vollendung der Orientbahnen in Konstantinopel auf Schwierigkeiten stoße. **19**, 34 (A. B.).

— Einfluß des Ausbaues der orientalischen Eisenbahnen auf die Entwicklung unserer Handels- und Verkehrsverhältnisse. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. November 1886.

— Petition der Gemeinde Fleißen in Böhmen um Errichtung einer Bahnstation im Zuge der sächsischen Staatseisenbahn Plauen—Eger. **20**, 86.

— Eröffnung der Eisenbahn nach Saloniki. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. Juni 1888.

— Petition der Bezirksvertretung Franz in Steiermark, betreffend den Bahnbau Cilli—Schönstein—Wöllan. **23**, 39.

— Anstellung eines dritten Bataillons beim Eisenbahn- und Telegraphenregimente. Budget 1890 und **25**, 71.

— Richter regt eine direkte Bahnverbindung zwischen Stockerau und Absdorf an, wodurch die großen Garnisonsorte Krems, Korneuburg und Stockerau verbunden würden. **27**, 50.

— Biankini beklagt den Mangel einer direkten Eisenbahnverbindung Dalmatiens mit der Monarchie. **31**, 25.

— Kaftan findet es unbegreiflich, warum die Spur von 70 Zentimeter für die Militärreifenbahnen gewählt wurde, während seit langem in Bosnien und Steiermark die 76-Zentimeterspur verwendet werde, und verlangt diesfalls Aufklärungen. **31**, 255.

Km. Kriegshammer erklärt, daß die Kriegsverwaltung dahin strebe, daß nicht schmalspurige Bahnen auf jenen Strecken gebaut werden, wo militärische Rücksichten normalspurige Bahnen erfordern. Es sei immer erwünscht, daß im Kriege das rollende Material auf den normalspurigen Bahnen verwendet werden könne. **31**, 261.

— Salvadori verlangt die Hilfeleistung der Regierung, um die projektierten schmalspurigen Bahnen, welche die Täler Tirols durchkreuzen sollen, auszuführen. **31**, 281.

— Steinwender bespricht die militärischen Anforderungen an die Bahnen. Durch ihre Rigorosität gegenüber den Lokalbahnen unterbinde die Militärverwaltung die Ausbildung des aus volkswirtschaftlichen Gründen notwendigen Lokalbahnnetzes. Wenn sie streng sein wolle, so schaue sie auf die großen Privatbahnen. **32**, 68.

— Dobernig fragt, ob sich die Anschauungen der Kriegsverwaltung bezüglich der Fortsetzung der Staatsbahn von Klagenfurt über die Karawanken behufs Lösung der sogenannten Triester Eisenbahnfrage seit dem Vorjahre geändert haben.

Km. Kriegshammer steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß an der Wocheiner Bahn in erster Linie für Kriegsbedürfnisse festgehalten werde. **33**, 176.

— Banizza beklagt sich über den Mangel an Förderung des Eisenbahnbaues im Trentino und ersucht den Minister des Äußern, dahin zu wirken, daß ohne Aufschub durch den Bau der Bahnstrecke Tezze—Bassano die Valsuganabahn ergänzt und vollendet werde. **34**, 39.

— Lemisch ersucht den Kriegsminister, alle seine Kraft dafür einzusetzen, daß endlich eine zweite Bahnverbindung mit Triest in irgend einer Weise zu stande komme, die nicht direkt den Heeresinteressen widerspricht. **35**, 171.

— Ferjančić betont die Notwendigkeit der Herstellung der zweiten Eisenbahnverbindung mit Triest zur Hebung unseres Außenhandels. **35**, 379.

— Hofmann Franz wünscht den Ausbau der Anschlüsse in Schlesien an die deutschen Bahnen. **35**, 412.

— Geßmann betont die Notwendigkeit der zweiten Eisenbahnverbindung mit Triest. **35**, 421.

— Kramář tadelt das passive Verhalten Österreichs in der Frage der Bagdadbahnkonzession. Österreich habe ein mit Rußland gemeinsames Interesse daran, daß in Kleinasien nicht ein mächtiges neues Deutschland im wirtschaftlichen Sinne entsteht. **35**, 428.

— Berichterstatter Baquehem bespricht die Erteilung von Konzessionen an deutsche und russische Kapitalisten zum Bau von Bahnen in Kleinasien. **36**, 88.

— Kaftan befürwortet das Decauville-System mit 60 Zentimeter Spurweite für die transportablen Feldeisenbahnen. **36**, 111.

Km. Kriegshammer erklärt, unser Feldbahnenmaterial sei ein vollkommen entsprechendes. Auf eine neue Spurweite könne man bei Nachschaffungen nicht übergehen. **36**, 195.

— Kaftan wünscht eine rechtzeitige Auseinandersetzung mit Deutschland über die Tarife und eventuelle Begünstigungen für österreichische Provenienzen auf den kleinasiatischen Bahnen. **38**, 23.

— Abrahamowicz Eugen ersucht die Kriegsverwaltung um Ausführung der Linie Jasło—Konieczno—Dębica. **38**, 221.

— Bukovič wünscht, daß der Kriegsminister im Interesse der Verteidigung der Monarchie und Bosniens und der Herzegovina sich für die direkte Bahnverbindung Dalmatiens mit der Monarchie einsetze. **38**, 314.

— Zaffron befürwortet die Herstellung eines direkten Schienenweges aus Dalmatien über Kroatien in das Innere der Monarchie und insbesondere die Herstellung der Strecke Knin—Novi. **40**, 376.

Eisenbahnzerstörungswerkzeuge, s. Kavallerie.

Eisenkartell.

Kaftan wünscht, daß das Eisenbahn-, Kriegs- und Marineressort sich gemeinsam der Preistreiberei des Eisenkartells entgegenstellen. **38**, 524.

Mr. Spann bemerkt, die Marineverwaltung könne bezüglich des Eisenkartells gar keinen Einfluß nehmen; sie könne es nur bedauern, daß eine Preissteigerung, wie sie jetzt wieder in Aussicht sei, stattfindet, aber sie sei machtlos, etwas dagegen zu tun. **38**, 542.

Eisernes Tor, s. Donauschiffahrt.

Digitized by Google

Elbe, s. Josefstadt.

Elbeteinitz, s. Schießplätze.

Elementarereignisse.

Kaiser August wünscht, daß bei Elementarereignissen das Militär rasch und ohne Erfahrungssprüche zur Verfügung gestellt werde, dies würde ungemein dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Militär und Zivil günstig zu gestalten. **33,** 83.

Eleven, kommerzielle, Konsular-, s. Konsularwesen 3.

En bloc-Annahme.

Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf En bloc-Annahme des Budgets des Kriegsministeriums. **1,** 70. — Die En bloc-Annahme erfolgt. **1,** 112.

— Antrag Demel Johann auf En bloc-Annahme einzelner Titel des Marinebudgets. **4,** 190. — Angenommen.

England.*)

Englands Sonderstellung zur Aktion der Mächte wegen Vermittlung zwischen der osmanischen Regierung und den Insurgenten in Bosnien und der Herzegovina. England ist für die Gewährung der Autonomie an diese beiden Länder. Rothuch vom Jahre 1876.

— England erläutert die von ihm vorgeschlagene Autonomie für Bosnien und die Herzegovina im Sinne einer bloß lokalen Autonomie, nicht aber der Schaffung eines Vasallenstaates, worauf die Mächte sich den englischen Friedenspropositionen zur Beendigung des serbisch-türkischen Krieges anschließen. Rothuch vom Jahre 1876.

— Hübner Alexander tritt für die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit England ein. **12,** 25.

— Berichterstatter Plener Ernst befaßt sich mit der Orientpolitik Englands, in der die richtige politische Erkenntnis gelegen sei, daß die orientalische Frage durch den Berliner Vertrag keineswegs abgeschlossen sei. **13,** 31.

— Widerstand Englands gegen die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Überwachung des Schiffahrtsreglements für die Donauschiffahrt. **14,** 26 (A. B.).

— Die egyptischen Wirren haben Österreich Gelegenheit gegeben, die guten Beziehungen zu England noch zu kräftigen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. November 1882.

— Die Übereinstimmung der Auffassung über wichtige europäische Fragen und die Identität mancher großer Interessen, ebenso der entschiedene Wunsch, daß der Friede erhalten bleibe, lassen uns mit Zuversicht hoffen, daß wir auch England an unserer Seite sehen werden, wenn es sich darum handeln sollte, für die Erhaltung des Berliner Vertrages und der Rechtszustände, die derselbe geschaffen, einzutreten. — Exposé des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Die politischen Ziele und Interessen Englands im Osten sind mit den unseren und jenen Italiens identisch. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 8. November 1887.

— Wohltuende Kontinuität in der äußeren Politik Englands trotz des Ministerwechsels. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

*) Mit Ausschluß des Krieges in Südafrika. — Diesen siehe unter „Südafrika".

England.

— Mit England verbinden uns traditionelle Sympathien. — Standpunkt des k. und k. Kabinetts in der Frage der sogenannten Dongolaexpedition. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Vortreffliche Beziehungen zum britischen Reiche. — Wenn auch hinsichtlich der Behandlung einzelner Fragen wir uns mit England öfters in gewissen Widerspruch befunden haben, so vermochten nichtsdestoweniger diese Meinungsdifferenzen in keiner Weise eine Verstimmung zwischen uns hervorzurufen. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Kaftan wünscht Aufklärung über die Gerüchte von einer Allianz Deutschlands mit England. **35,** 373.

— Die Verständigung zwischen England und Frankreich hat die Ausgleichung einer Reihe kontroverser Fragen herbeigeführt und tritt als ein weiteres Glied in der Kette der Abmachungen hervor, die den friedlichen Zusammenschluß der europäischen Mächte fester zu schmieden berufen ist. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Der Ausschußbericht gedenkt des Übereinkommens zwischen England und Frankreich als eines Ereignisses von großer politischer Tragweite, welches die Bürgschaften des Friedens vermehrt. **40,** 71 (A. B.).

— s. auch Diplomatische Auslagen, Handelspolitische Fragen, Südafrika.

Ennslinie, s. Festungswerke 3.

Enquete, s. Ersparungen, Flottenmaterial 1., Konsularwesen, Lieferungen, Militärsanitätswesen, Militärverpflegswesen, Pferdewesen.

Entschädigungen, s. Feldschäden.

Erbgebühren, s. Italien.

Eperies, s. Festungswerke 3.

Epidemien.

Petition des ersten Beamtenvereines der österreichisch-ungarischen Monarchie und von Versicherungsgesellschaften um Vorkehrungen gegen die Verschleppung von Epidemien vom bulgarisch-rumelischen Kriegsschauplatze **10,** 205, 216.

Erbschaft.

Interpellation Kaftan, betreffend die Erbschaft des in Oueraltenango ermordeten österreichischen Staatsbürgers Marot. **37,** 251.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **37,** 514.

Ergänzungsbezirke.

Vorlage, betreffend die Verlegung der Truppen in ihre Ergänzungsbezirke. **3,** 161, 488—506.

(Redner: Berichterstatter Giskra, Grocholski, Frh. Kuhn.)

Erntenurlaub, Erntezeit, s. Beurlaubungen.

Ersatzreserve.

Heranziehung der Ersatzreserve zu einer achtwöchentlichen militärischen Ausbildung infolge der Abänderung des Wehrgesetzes vom 2. Oktober 1882. **18,** 77 (A. B.).

Digitized by Google

Ersatzreserve.

— Resolution Scheicher, betreffend das Recht jeder Bauern- und Handwerkerfamilie, die Versetzung eines Sohnes in die Ersatzreserve zu begehren. (Abgelehnt.) **33**, 87.

— Herzmansky bringt den Wunsch der bäuerlichen Bevölkerung zum Ausdruck, daß das Gesetz, betreffend die vorzeitige Übersetzung in die Ersatzreserve, nicht auf den einzigen Sohn beschränkt bleibe, sondern auch auf jene Söhne ausgedehnt werde, welche bei manchen bäuerlichen Besitzen unbedingt notwendig erscheinen. **37**, 78.

— Resolution Iro, betreffend die Einreihung von dem mittleren Bauernstande angehörenden Rekruten in die Ersatzreserve (Abgelehnt.) **37**, 175, 534.

— Km. Krieghammer weist darauf hin, daß die Zuerkennung einer Begünstigung in der Erfüllung der Dienstpflicht durch Einteilung in die Ersatzreserve nicht in den Wirkungskreis der militärischen, sondern in jenen der politischen Behörden falle. Den militärischen Behörden stehe nur die gutächtliche Äußerung, eventuell eine Einsprache gegen die Zuerkennung der Begünstigung zu. In dieser Richtung werde durchaus nicht engherzig vorgegangen. **37**, 197.

— Resolution Kaiser August, betreffend die Zuweisung jener Wehrpflichtigen in die Ersatzreserve, deren wirtschaftliche oder Familien-Verhältnisse eine Berücksichtigung erheischen. (Angenommen.) **39**, 553, 732. (A. B.)

Ersparungen.

Figuly betont die Notwendigkeit von Ersparungen bei der Armee. **1**, 73—78.

— Ersparungskommission für die Armee im Jahre 1859. **1**, 84.

— Antrag des Berichterstatters Banhans auf Abhaltung einer Enquete über Ersparungen. **1**, 350.
(Mitteilung, daß die Enquete stattgefunden hat. Exposé zum Budget 1870.)

— Berichterstatter Banhans beantragt Ersparungen bei der Zentralleitung des Kriegsministeriums. **2**, 132.

— Berichterstatter Banhans meint, daß durch eine Verbesserung der Administration der Militärverwaltung Ersparungen eintreten könnten. **4**, 134.

— Fux betont die Notwendigkeit und Möglichkeit von Ersparungen in der Armee. **12**, 73.

— Berichterstatter Sturm spricht sich gleichfalls für Ersparungen aus. **12**, 79.

— Der Armeeaufwand soll durch Verminderung des Standes verringert werden. **12**, 93 (A. B.).

— Im Ausschußberichte werden Ersparungen bei der Kriegsverwaltung angeregt. **13**, 86 (A. B.).

— Berichterstatter Sturm empfiehlt die Herabsetzung der Präsenzzeit oder des Präsenzstandes behufs Erzielung von Ersparungen in der Armee. **13**, 63.

— Der Budgetausschuß empfiehlt ausgedehntere Beurlaubungen, die Herabminderung des Präsenzstandes oder eine beträchtliche Abkürzung der Präsenzzeit behufs Erzielung von Ersparungen. **13**, 83 (A. B.).

— In der Thronrede vom 8. Oktober 1879 werden Ersparungen auch im Kriegsbudget in Aussicht gestellt, soweit dies mit der Machtstellung und Sicherheit des Reiches vereinbar erscheine. **13**, 84 (A. B.).

Ersparungen.

— Überblick über die Art und den Erfolg der Ersparungen durch administrative Maßregeln. **14**, 54 (A. B.).

— Pacák meint, daß durch allfällige Beurlaubung von je 25 Mann pro Kompagnie der Jäger- und Infanterietruppe ohne Chargengrad aus dem dritten Präsenzjahr nach vollendeter Rekrutenausbildung vom 1. Dezember bis 15. Oktober Ersparungen erzielt werden können. Die Zahl der zu Beurlaubenden würde im Winterhalbjahre gegen 45.000 Mann betragen, die Ersparung pro Mann und Monat 8 fl., also im ganzen 1,620.000 fl. **31**, 241.
Km. Krieghammer erklärt, daß die intensive Ausbildung der Mannschaft des ersten Jahrganges es bedinge, die ältere Mannschaft in gesteigertem Grade zu den übrigen Dienstleistungen heranzuziehen. Übrigens würden die während des Winters Beurlaubten ihren Familien zur Last fallen. **31**, 260.

— Bielohlawek glaubt, daß durch Reduktion der Kompagnie um 15 Mann, dadurch, daß man sich mit zwei Waffenübungen à 13 Tage begnügen würde, und durch die Aufhebung der Landwehrwaffenübung circa zehn Millionen jährlich erspart werden könnten. **34**, 108.

— Km. Krieghammer erklärt es als großen Fehler, durch Einschränkung des Präsenzstandes und Verringerung der großen Übungen Ersparungen zu versuchen. Die größeren Übungen haben den Zweck, der Generalität die Gelegenheit zu bieten, sich mit großen Truppenkörpern zu üben und anderseits die Truppen kriegsgeschult zu machen. **34**, 203.

Existenzminimum.

Geßmann bezeichnet es als abnormal, daß bei Pfändungen u. s. w. das freibleibende Existenzminimum für das Militär ein niedrigeres ist, als beim Zivil. **35**, 186.

Expeditionen.

Expedition zur Beobachtung der Venusdurchgänge. Begründung zum Budget 1871.

— Antrag des Berichterstatters Pascolini, einen von der Regierung für eine Vorexpedition zur Beobachtung der Venusdurchgänge beanspruchten Betrag auszuscheiden, da dieser Betrag für einen wissenschaftlichen Zweck bestimmt sei und daher nicht so sehr eine gemeinsame Angelegenheit bilde, als vielmehr der Bewilligung beider Reichshälften zu überlassen sei. (Angenommen.) **3**, 320.

— Interpellation Strizzi wegen Unterlassung der Einstellung der Kosten der ostasiatischen Expedition ins Budget.
Beantwortet vom Reichskanzler Beust. **1**, 233.
Mitteilung des Berichterstatters Wickenburg über die Durchführung dieser Expedition. **3**, 284.

— Beitrag zur Publikation der Ergebnisse der arktischen Expedition nach Jan Mayen. **20**, 33.

— Tagić hebt die Verdienste hervor, die sich die Kriegsmarine um die Förderung wissenschaftlicher Unternehmungen erworben habe, so bei der Novarareise, der Expedition nach Jan Mayen, der Forschungsreise des Grafen Teleki nach Ostafrika, Unterstützung der von der Akademie der Wissenschaften unternommenen Tiefseeforschung im Mittelmeere, Erforschung der Verhältnisse im Roten Meere u. s. w. Redner wünscht, daß auch fernerhin der Geist des Entgegenkommens gegenüber wissenschaftlichen Bestrebungen seitens der Marine andauere. **34**, 229.

Digitized by Google

Export.

Bedeutung der Privatinitiative für die Hebung des Exportes. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Ayrnum wünscht einen diplomatischen Einfluß auf das Rechtsleben der Völker, zu denen wir exportieren, damit unsere Produzenten bezüglich ihrer Forderungen Rechtsschutz erhalten. **34**, 39.

— Pergelt begehrt die Unterstützung der Regierung für die von den Industriellen und Kaufleuten zu schaffende Exportorganisation, die sich zunächst nach Exportgebieten zu teilen hätte. Die Unterstützung könnte darin bestehen, daß der Staat den zu gründenden Exporthandelsgesellschaften für die Einfuhr von überseeischen Waren, welche im Inlande nicht erzeugt werden, deren wir aber bedürfen, gegenüber ausländischen Unternehmungen Begünstigungen erteilt. Die naturgemäße Folge der Gründung solcher Exportassoziationen wäre die Gründung von Niederlassungen österreichischer Staatsangehöriger an besonders wichtigen überseeischen Handelsplätzen. **38**, 121.

— Kindermann regt die Schaffung eines aus Vertretern der Handelskammern bestehenden Exportbeirates im Ministerium des Äußern an. **38**, 169.

— Bukovič begehrt im Interesse der Exportförderung, daß für die in überseeischen Gebieten ihren dauernden Aufenthalt nehmenden Militärdienstpflichtigen unter Umständen eine zeitliche, gänzliche Befreiung vom Militärdienst stattfinde und solche Militärpersonen nur im Falle einer Mobilisierung einzurücken haben. **38**, 314.

Km. Krieghammer erklärt, daß den in überseeischen Ländern befindlichen Stellungspflichtigen weitere Begünstigungen, als die ihnen bereits zugestandenen nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Wehrgesetzes nicht erteilt werden können. **38**, 375.

— Kindermann verweist auf die Tätigkeit, welche die Marineoffiziere auf ihren Reisen zu Gunsten der Neuerschließung von Absatzgebieten für die Industrie zu entwickeln in der Lage sind. **38**, 537.

M. Spann bespricht die Bemühungen der Marine um die Exportförderung. **38**, 544.

— Der Minister habe als Gesandter in Bukarest ein Musterkomptoir errichtet. Bei den kleinen Leuten habe er Unterstützung gefunden, allein die Großindustriellen hätten sich für die Sache wenig interessiert. Auf großen Balkanmärkten seien unsere Industrieprodukte vielfach durch viel geringerwertige englische Artikel verdrängt worden und als Grund dieser auffallenden Erscheinung sei ihm angegeben worden, daß die ersten Lieferungen aus Österreich den Mustern in der Regel entsprochen hätten, bei späteren Sendungen seien aber wiederholt große Mängel, sowohl was Qualität als was Maß und Gewicht betrifft, zu Tage getreten. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Jänner 1904.

— Entsendung kaufmännischer Fachleute. Ausbildung von Handelsreisenden. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Jänner 1904.

— Licht führt aus, daß, anknüpfend an eine Bemerkung des Ministers des Äußern im Budgetausschusse vom 12. Jänner, nach welcher es unsere Industrie in ihren Lieferungen in die östlichen Absatzgebiete manchmal an der notwendigen Reellität fehlen lasse, die französische Handelskammer in Konstantinopel eine Expertise über diese Angelegenheit eingeleitet habe, welche ein für die österreichische Industrie überraschend günstiges Ergebnis hatte. **40**, 40.

— Gründung von Exportgesellschaften. — Nach den Erfahrungen des Ministers in Rumänien sind solche Bemühungen an der Teilnahmslosigkeit der inländischen Großindustriellen gescheitert. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

Exportmuseum.

Berichterstatter Dumba macht auf die nicht genug gewürdigte Bedeutung des Exportmuseums für die Industrie aufmerksam. **35**, 456.

Exterritorialität.

Kaftan erörtert mit Bezug auf eine Äußerung des deutschen Botschafters Fürsten Eulenburg die Frage der Exterritorialität der Gesandtschaftsgebäude. **36**, 94.

M. Ae. Goluchowski bezeichnet den vom deutschen Botschafter bei der Begrüßung des Prinzen Heinrich von Preußen gebrauchten Ausdruck vom „deutschen Boden" für das Botschaftspalais in Wien als vollkommen berechtigt. **36**, 97.

F.

Fasane, s. Seemenswesen.

Feldapotheker, s. Apotheker.

Feldschäden.

Barwinski verlangt die möglichste Schonung der Kulturen bei Marsch- und Waffenübungen auf den von der Militärverwaltung zur Benützung nicht gemieteten Grundflächen und prompte und entsprechende Vergütung der Schäden. **32**, 76.

— Kern macht darauf aufmerksam, daß die durch Manöver und Übungen auf den Feldern verursachten Schäden nicht voll ersetzt werden. Es sei für den Bauer ohnedies schmerzlich, wenn die Saaten im Frühjahre durch die Soldaten zertreten werden, aber wenigstens solle voller Schadenersatz geleistet werden. **37**, 93.

— Strbensky wünscht, daß die Direktiven über Entschädigung für Feldschäden bei Manövern einer zeitgemäßen Revision durch eine gemischte Kommission überwiesen und der heutigen Notlage der Landwirtschaft angepaßt werden. **37**, 104.

Km. Krieghammer weist darauf hin, daß die Vergütung von Feldschäden entweder gleich an Ort und Stelle oder durch eine gemischte Kommission erfolge, an der Sachverständige und Vertrauensmänner der betreffenden Gemeinde beteiligt seien. Die Entschädigungen steigen von Jahr zu Jahr und die Betreffenden machen kein schlechtes Geschäft. **37**, 201.

— Mayer begehrt, daß auch für Halmäcker und Brachfelder, die zu Manöverzwecken verwendet werden, Entschädigung geleistet werde. **38**, 289.

Km. Krieghammer führt aus, daß die Feldschädenvergütungen in vollem Maße erfolgen. Der Minister äußert sich über jene Fälle, in denen auch für Stoppel- und Brachfelder Entschädigungen eintreten. **38**, 330.

— Dinjaški empfiehlt, die Frage der Feldschadenvergütung auf eine fixere und rationellere Basis zu stellen. **40**, 106.

Digitized by Google

Felixdorf, s. Schießplätze, Schießübungen.

Felső-Örkény, s. Schießplätze.

Festungsartillerie, s. Artillerie.

Festungsgeschütze, s. Waffenwesen 2.

Festungskommanden.
Rechbauer wünscht die Aufhebung derselben. **1**, 87.

Festungswerke.
(1. Allgemeines. — 2. Bauverbote und Demolierungsreverse. — 3. Einzelne Festungswerke.)

1. Allgemeines.

Debatte über die Bedeutung der Festungswerke. **1**, 352—367.

(Redner: Berichterstatter Banhans, Ro. Oberstleutnant Ghyczy, Rechbauer, Pascotini, Km. Kuhn, Hormuzaki Eudoxius, Pratobevera, Demel Johann, Zyblikiewicz, Zigmly, Rechberg, Pipitz, Kuranda.)

— Notwendigkeit von Festungsbauten. Exposé zum Budget 1870.

— Neu- und Vollendungsbauten für Festungswerke. Begründung zum Budget 1872.

— Befestigungen zur Sicherung der Landesgrenzen in Südtirol (Trient und Riva), Siebenbürger Pässe, Przemyśl und Werk X bei Olmütz. Begründung zum außerordentlichen Heereserfordernisse 1880.

— Gesmann wünscht, daß das Fortifikationswesen, das über 3 Millionen Gulden auf Bauanslagen aufzehrt, restringiert werde, nachdem die ganze Entwicklung der modernen Strategie dem Festungswesen viel geringere Bedeutung beimesse als früher und auf diesem Gebiete viel eher als auf anderen sich Ersparungen durchführen lassen. **32**, 141.

Km. Krieghammer weist darauf hin, daß in allen Staaten der Welt auf die Fortifikationen großes Gewicht gelegt werde, und daß er die Verantwortung nicht übernehmen könnte, unter das bestehende Maß herabzugehen. **32**, 142.

— Erfordernis für fortifikatorische Maßnahmen. **30**, 229; **31**, 272; **32**, 148; **33**, 179; **34**, 213; **36**, 213; **37**, 261; **38**, 406; **39**, 701; **40**, 348.

— Nachtragskredit für fortifikatorische Maßnahmen. **33**, 222 (R. B.).

2. Bauverbote und Demolierungsreverse.

Petition der Stadtgemeinde Olmütz um Auflassung eines Teiles der inneren Festungswerke und Aufhebung der Baureverse. **2**, 301.

— Resolution des Berichterstatters Weber, betreffend die Einbringung von Gesetzesvorlagen bezüglich der Bauverbote im Rayon befestigter Plätze. (Angenommen.) **3**, 351.

(Mitteilung, daß die Heeresverwaltung dem Zustandekommen eines solchen Rayonsgesetzes nicht hindernd entgegentreten werde. Exposé zum Budget 1872.)

— Petition der Stadtgemeinde Olmütz um Aufhebung der Demolierungsreverse. **3**, 351.

Festungswerke.

2. Bauverbote und Demolierungsreverse.

— Resolution des Berichterstatters Banhans wegen Aufhebung der Demolierungsreverse. (Angenommen.) **4**, 171.

(Mitteilung, daß sich die Heeresverwaltung diesem Wunsche gegenüber ablehnend verhalte. Exposé zum Budget 1872.)

— Petition der Stadtgemeinde der Festung Josefstadt um Aufhebung der Demolierungsreverse. **6**, 137.

— Petition des Bezirksausschusses von Jaromĕř und des Stadtrates von Josefstadt um Aufhebung der Demolierungsreverse. **7**, 192.

— Petition der vorstädtischen Gemeinden der Stadt Krakau um Aufhebung der Verpflichtung zur Ausstellung von Demolierungsrevers bei neu zu erbauenden oder zum Umbau bestimmten Häusern. **27**, 66.

— Petitionen, betreffend die Aufhebung der Ausstellung von Demolierungsrevers und einstweilige Gewährung von Erleichterungen im Bauverbotrayon der Stadt Krakau. **28**, 238.

— Resolution des Berichterstatters Klucki, betreffend die möglichst schleunige Revision der Vorschriften über die Rechte der Eigentümer von im Umkreise der Festungen gelegenen Realitäten und Einführung von Erleichterungen in der Handhabung des bestehenden Direktivs über Demolierungsreverse. (Angenommen.) **29**, 246.

— Petitionen verschiedener Gemeinden in der Umgebung von Przemyśl um Aufhebung der Demolierungsreverse. **34**, 12, 67, 373.

— Zwei Petitionen des Bezirksausschusses von Krakau wegen Abänderung der Vorschriften über das Bauverbot im Rayon befestigter Plätze. **35**, 16, 478.

— Sokołowski begehrt, insbesondere unter Hinweis auf die Schädigung der Stadt Krakau, die Aufhebung, beziehungsweise Reform der Bestimmungen über die Demolierungsreverse. **35**, 186.

— Kaštan bespricht die Frage der Demolierungsreverse und des Bauverbotes im Festungsrayon. **36**, 113.

— Kozłowski urgiert die Aufhebung der Demolierungsreverse. **36**, 129.

— Weigel bringt die Beschwerden der Stadt Krakau gegen die Demolierungsreverse und die Bauverbote vor. **36**, 179.

— Km. Krieghammer bespricht die Fragen der Demolierungsreverse und der Rayonsbestimmungen und bemerkt, daß erstere hauptsächlich in das Ressort der Finanzministerien, letztere in jenes der Kriegsverwaltung gehören. **36**, 199.

— Interpellation Kozłowski, betreffend die Aufhebung der Demolierungsreverse. **37**, 30.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 195.

— Weigel findet die Interpretation der Gesetze über Bauverbote und Demolierungsreverse sehr hart und bittet die Kriegsverwaltung, alles anzuwenden, was geeignet wäre, eine zu strenge Interpretation der fortifikatorischen Vorschriften, der Bauverbote und Demolierungsreverse hintanzuhalten. **37**, 207.

Digitized by Google

— Petition der Stadt Trient wegen Nichtdurchführung eines auf die Feststellung eines Bauverbotsrayons bezüglichen Erlasses. **38**, 200, 386.

— Resolution des Berichterstatters Walterskirchen wegen Abschaffung der Demolierungsreverse und Einbringung eines neuen Rayonsgesetzes, welchem das Prinzip einer Entschädigung anläßlich der im Rayon befestigter Plätze zu erlassenden Bauverbote zu Grunde liegen würde. (Angenommen.) **38**, 245, 339.

— Barwiński bespricht den einem Vereine von Staatsbahnbeamten in Lemberg aus dem Bauverbote erwachsenen Schaden und wünscht die Verlegung des Pulvermagazines in Lemberg. **38**, 294.

— Byk führt aus, die Bestimmung der Bauverbote und Demolierungsreverse verstoße gegen den allgemeinen Rechtszustand. Hier liege eine vereinzelte Ausnahme von dem allgemeinen Grundsatz des Entschädigungsanspruches vor. Er bespricht insbesondere die bezüglichen Verhältnisse in Krakau und Przemyśl und urgiert das Gesetz über den Rayon und die Entschädigungspflicht des Staates. **38**, 302.

— Resolution Conci wegen Aufschiebung der geplanten Feststellung eines neuen Festungsrayons für das Südwerk Trient bis zum Zustandekommen des neuen Gesetzes über die Festungsrayons und über die Entschädigungspflicht seitens des Staates. (Angenommen.) **38**, 322, 340.

(Diesem Wunsche kann das Kriegsministerium zu seinem Bedauern nicht entsprechen. **39**, 494 (R. B.).

— Km. Krieghammer teilt mit, daß die Heeresverwaltung in der Frage der Bauverbote einen neuen Gesetzentwurf mit allen Details ausgearbeitet habe. **38**, 333.

— Interpellation Bukovič, betreffend die Verlegung des Pulvertermes von Clavati, eventuell Änderung der Bauverbotszone und Aufhebung des Bauverbotes für Trodo. **38**, 71.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 388.

(Es wurde bereits in den Jahren 1874 und 1897 je ein Entwurf eines neuen Bauverbotsrayonsgesetzes ausgearbeitet; nachdem die beiden Entwürfe aber nicht entsprachen, wurden die beiden Regierungen im Jahre 1901 eingeladen, vorerst kommissionell die Gesichtspunkte für einen neuerlichen Entwurf festzustellen. Nach erfolgter Einigung wird die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes erfolgen. **39**, 493; **40**, 152 (R. B.).

— Resolution des Budgetausschusses wegen Abschaffung der gegen den Artikel 5 des Staatsgrundgesetzes und den § 365 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches verstoßenden Direktiven über den Rayon befestigter Plätze und Erlassung derselben durch ein neues Gesetz. (Angenommen.) **39**, 490 (R. B.), 669.

— Dulęba ersucht um endliche Regelung der Frage der Demolierungsreverse. **39**, 565.

— Interpellation Delugan, betreffend die Aufhebung der Demolierungsreverse. **39**, 20.

— Abrahamowicz Eugen fragt um den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit der Demolierungsreverse. **40**, 100; (**40**, 152).

Böhmen.

Prag.

Bau von sturmfreien Vor- und Lagerwerken. **3**, 455. (Abgelehnt.) **3**, 461.

— Petition der Gemeinde Nusle bei Prag um Auflassung der Festung Višehrad. **34**, 185, 373.

— Kaftan befürwortet die Schleifung der Festungswerke am Hradschin und ein größeres Entgegenkommen des Militärärars gegenüber mehreren Wünschen der Stadt Prag bezüglich der Herstellung von Kommunikationen. **35**, 72.

— Km. Krieghammer teilt bezüglich der Hradschiner Schanzengründe und Pulverdepots mit, daß die Festungsmauern im Abtragen begriffen und die diesbezüglichen Arbeiten im vollen Gange sind. Er hoffe, daß die Neubauten in kürzester Zeit zu Ende kommen werden. **35**, 206.

Theresienstadt.

Petition der Gemeinden Tryhanitz, Trnovan und Padvin um Ausscheidung aus dem Festungsrayon von Theresienstadt. **21**, 138.

Dalmatien.

Cattaro.

Rekonstruktion und Neubau der Befestigungen. **17**, 109; **18**, 115; **19**, 161; **20**, 153 (R. B.).

— Daza (Insel bei Ragusa), Ankauf derselben. **3**, 455.

— Lissa. Demolierung der dortigen Befestigungen. **4**, 155, 159; **6**, 149.

— Sicherung der Landesgrenzen in Dalmatien. Außerordentliches Heereserfordernis 1882 und **14**, 49.

Trodo.

Interpellation Bulat, betreffend den Vorgang bei Ausziehung des Festungsrayons in Trodo. **35**, 15. Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 476.

Galizien.

Jaroslau.

Bau von sturmfreien Vor- und Lagerwerken. **3**, 455; **4**, 168.

— Das Kriegsministerium ersucht, die für 1871 bewilligte und für 1872 eingestellte Summe statt für die Befestigung von Jaroslau für jene von Przemyśl verwenden zu dürfen. **4**, 195, 209.

Krakau und Przemyśl.

Groß Franz spricht sich gegen den Neubau von Festungswerken in Krakau aus. **1**, 157.

— Erfordernis für Neubauten in Krakau. **1**, 182.

— Petition des Gemeinderates von Krakau gegen den Bau eines Festungswerkes am Lysaberge bei Krakau. **2**, 272.

— Bau der Festungswerke am Lysaberge und Debatten darüber. **3**, 452, 455; **4**, 163; **6**, 83; **8**, 133, 157; **9**, 182; **10**, 53.

Digitized by Google

Festungswerke.

3. Einzelne Festungswerke.

— Anforderungen für die Festungswerke in Przemysl und Debatten hierüber. **6**, 85, 95, 154; **7**, 131; **8**, 190.

— Resolution der ungarischen Delegation, 1. betreffend die Verwendung der für die Fortifikation in Przemysl votierten, jedoch noch nicht verausgabten Summen und 2., betreffend das Studium der Frage der Fortifikationen in Przemysl. **7**, 203.

— Permanenter Ausbau der Lagerfestung Krakau. **13**, 179. — Gegen den Antrag des Budgetausschusses wird über Antrag Engerth der Kredit hiefür angenommen. **13**, 183. — Ferner **17**, 109; **18**, 116; **19**, 161 (A. B.).

— Permanente Erbauung der Festung Przemysl. **13**, 200; **14**, 75; **17**, 109; **18**, 116; **19**, 161; **20**, 136; **21**, 164; **23**, 115; **24**, 125 (A. B.).

— Maßnahmen zur Hebung der Widerstandsfähigkeit der Festungen Krakau und Przemysl. **26**, 100; **27**, 154; **28**, 134 (A. B.).

Istrien.

Interpellation Polesini, betreffend das Vorgehen der Militärbehörden gegenüber der Gemeinde Valle in Istrien bei Ankauf von Befestigungsterrains. **38**, 77. Beantwortet vom Kn. Kriegshammer. **38**, 395.

Mähren.

Olmütz.

Groß Franz spricht sich gegen den Neubau von Festungswerken in Olmütz aus. **1**, 157.

— Erfordernis von Neubauten für Olmütz. **1**, 182.

— Anforderungen für die Festungswerke in Olmütz und Debatten hierüber. **1**, 352; **3**, 455; **4**, 169; **6**, 83; **7**, 126, 135, 198.

Oberösterreich.

Ennslinie.

— Bau von sturmfreien Vor- und Lagerwerken an der Ennslinie. **3**, 454. (Abgelehnt. **3**, 461.)

Pola.

Wickenburg betont die Notwendigkeit der Befestigung Polas von der Landseite. **1**, 139.

— Groß Franz spricht sich gegen den Neubau von Festungswerken in Pola aus. **1**, 157.

— Fortsetzung der Festungsbauten am Scoglio Grande. **1**, 182, 184.

— Anforderung zur Befestigung des Kriegshafens. **10**, 190.

— Ergänzung der Befestigung des Hauptkriegshafens. **12**, 83.

— Rekonstruktion und Neubau permanenter Befestigungen in Pola. **13**, 175; **14**, 50. (Über Antrag Engerth, beziehungsweise Czerkawski wird gegen den Antrag des Ausschusses die Regierungsforderung angenommen. **13**, 178; **14**, 51.) Ferner **17**, 109; **18**, 115 (A. B.).

Festungswerke.

3. Einzelne Festungswerke.

— Bau der Landbefestigungen in Pola. **21**, 163; **23**, 115; **24**, 126; **25**, 96 (A. B.).

— Kaftan wünscht, daß auch auf der östlichen Seeseite von Pola Befestigungen angelegt werden. **37**, 326.

— Mk. Spann führt aus, daß neue Annäherungshindernisse im Festungsrayon von Pola hergestellt werden müssen wofür zum ersten Male das Marinebudget aufzukommen habe. **40**, 387.

Tirol.

Civezzano, Monte Crore, S. Rocca, Romagnano. Bau von Forts. **1**, 357; **3**, 454.

— Sicherung der Landesgrenzen in Tirol. Außerordentliches Heereserfordernis 1882 und **14**, 49.

— Armierung von Sperrpunkten in Südtirol. **17**, 105, 109 (A. B.); **18**, 105, 115 (A. B.); **19**, 90, 97 (A. B.).

— Rekonstruktion und Neubau von Befestigungen in Tirol. **21**, 164; **23**, 114; **24**, 125; **25**, 96; **26**, 101; **27**, 155; **28**, 135 (A. B.).

Ungarn.

Eperies.

Bau von sturmfreien Vor- und Lagerwerken. **3**, 455. — Gegen den Antrag Grocholski abgelehnt. **3**, 461.

Komorn.

Groß Franz spricht sich gegen den Neubau von Festungswerken in Komorn aus. **1**, 157, 181.

— Komorn, Fort Igmänd. Anforderungen, für die Festungswerke und Debatten darüber. **1**, 182, 357; **2**, 267, 355, 359, 361; **3**, 442, 450, 455, 570; **4**, 168; **7**, 135; **8**, 121, 139, 154, 157; **9**, 182.

— Temesvár. Resolution des Berichterstatters Giskra, betreffend die Herstellung der Cuvetten in den Festungsgräben. (Angenommen.) **5**, 188.

Wien.

Fux Johann fragt, ob die Regierung sich wirklich mit der Frage der Befestigung der Reichshauptstadt befasse. **12**, 76.

Kn. Bylandt erwidert, es müssen für alle erdenklichen Kriegsfälle die notwendigen Vorbereitungen getroffen und wenigstens auf dem Papiere alles bereitgehalten werden. **12**, 78.

— Petition der Gemeinde Groß-Jedlersdorf um Auflassung der in ihrem Gemeindegebiete liegenden Schanzwerke. **21**, 139.

Finanzgesetz, s. Budget.

Finanzlage.

Der österreichische Finanzminister übermittelt eine Darstellung der österreichischen Finanzlage. **4**, 51, 53.

Digitized by Google

Finanzministerium, Gemeinsames.

Voranschläge.

— für das Jahr 1868. **1,** 11.

Bericht (Berichterstatter **Hock**) und Verhandlung. **1,** 58—68.

Redner: Rfm. **Becke,** Groß Franz.

— für das Jahr 1869. **1,** 244.

Bericht (Berichterstatter **Hock**). **1,** 277—290.

Redner: **Hormuzaki Eudoxius, Protobevera,** Rechbauer, **Schindler,** Reichskanzler **Beust,** Rfm. **Becke.**

— für das Jahr 1870. **2,** 3.

Bericht (Berichterstatter **Winterstein**) und Verhandlung. **2,** 87—89.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1871 (mit Erläuterungen). **3,** 3—4.

Bericht (Berichterstatter **Grocholski**) und Verhandlung. **3,** 22—27.

Redner: **Wolfrum,** Rfm. **Lónyay.**

— für das Jahr 1872 (mit Erläuterungen). **4,** 3.

Bericht (Berichterstatter **Winterstein**) und Verhandlung. **4,** 31—33.

Redner: Rfm. **Lónyay.**

Nachtragskredit zur Deckung der Kosten des im Jahre 1870 abgeschlossenen Vorschußgeschäftes. **4,** 12.

Bericht (Berichterstatter **Herbst**). **4,** 195.

— für das Jahr 1873. **5,** 6.

Bericht (Berichterstatter **Grocholski**) und Verhandlung. **5,** 36—40.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1874 (mit Erläuterungen). **6,** 6.

Bericht (Berichterstatter **Winterstein**) und Verhandlung. **6,** 38—40.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1875. **7,** 4.

Bericht (Berichterstatter **Ritter Valerius**) und Verhandlung. **7,** 13—18.

Redner: Rfm. **Holzgethan, Herbst.**

— für das Jahr 1876. **8,** 4.

Bericht (Berichterstatter **Winterstein**) und Verhandlung. **8,** 11—12.

— für das Jahr 1877. **9,** 4.

Bericht (Berichterstatter **Winterstein**) und Verhandlung. **9,** 8—13.

Redner: **Sturm, Hartung, Demel Johann,** Rfm. **Holzgethan.**

— für das Jahr 1878. **10,** 3.

Bericht (Berichterstatter **Winterstein**) und Verhandlung. **10,** 221—222.

Keine Debatte.

Finanzministerium, Gemeinsames.

Voranschläge.

— für das Jahr 1879. **11,** 4.

Bericht (Berichterstatter **Ritter Valerius**) und Verhandlung. **11,** 13—14.

Keine Debatte.

Nachtragskredit, betreffend die **Pension** des in den zeitlichen Ruhestand versetzten außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Wilhelm Freiherrn v. **Schwarz-Senborn. 11,** 4.

Bericht (Berichterstatter **Ritter Valerius**) und Verhandlung. **11,** 12—13.

— für das Jahr 1880. **12,** 6.

Bericht (Berichterstatter **Winterstein**) und Verhandlung. **12,** 40—41.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1881. **13,** 3.

Bericht (Berichterstatter **Ritter Valerius**) und Verhandlung. **13,** 10—11.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1882. **14,** 4.

Bericht (Berichterstatter **Ritter Valerius**) und Verhandlung. **14,** 10—11.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1883. **17,** 3.

Bericht (Berichterstatter **Windisch-Grätz**) und Verhandlung. **17,** 79—80.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1884. **18,** 3.

Bericht (Berichterstatter **Engerth**) und Verhandlung. **18,** 10—11.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1885. **19,** 3.

Bericht (Berichterstatter **Srom**) und Verhandlung. **19,** 10—12.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1886. **20,** 3.

Bericht (Berichterstatter **Tonkli**). **20,** 87—88.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1887. **21,** 3.

Bericht (Berichterstatter **Poklukar**) und Verhandlung. **21,** 23.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1888. **23,** 3.

Bericht (Berichterstatter **Poklukar**) und Verhandlung. **23,** 22—24.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1889. **24,** 3.

Bericht (Berichterstatter **Poklukar**) und Verhandlung. **24,** 37—39.

Keine Debatte.

Digitized by Google

Finanzministerium, Gemeinsames.
Voranschläge.
— für das Jahr 1890. **25,** 3.
Bericht (Berichterstatter Tonkli) und Verhandlung. **25,** 15—16.
Keine Debatte.
— für das Jahr 1891. **26,** 3.
Bericht (Berichterstatter Wolkenstein) und Verhandlung. **26,** 13—14.
Redner: Coronini.
— für das Jahr 1892, s. Nachtragskredit. **27,** 3.
Bericht (Berichterstatter Ebenhoch) und Verhandlung. **27,** 18—19.
Keine Debatte.
— Systemisierung eines eigenen Status für das Hofkammerarchiv. **27,** 33. (A. B.)
— für das Jahr 1893. **28,** 5.
Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung **28,** 180, 181.
Keine Debatte.
— für das Jahr 1894. **29,** 3.
Bericht (Berichterstatter Lupul) und Verhandlung. **29,** 177—179.
Keine Debatte.
— für das Jahr 1895. **30,** 4.
Bericht (Berichterstatter Burgstaller) und Verhandlung. **30,** 96.
Keine Debatte.
— für das Jahr 1896. **31,** 4.
Bericht (Berichterstatter Lupul) und Verhandlung. **31,** 294—295.
Keine Debatte.
— für das Jahr 1897 (siehe Nachtragskredite pro 1895 und 1896). **32,** 3.
Bericht (Berichterstatter Lupul) und Verhandlung. **32,** 163—164.
Keine Debatte.
— für das Jahr 1898. **33,** 5.
Bericht (Berichterstatter Lupul) und Verhandlung. **33,** 183.
Keine Debatte.
— für das Jahr 1899. **34,** 7.
Bericht (Berichterstatter Dzieduszycki). **34,** 237.
Keine Debatte.
— für das Jahr 1900. **35,** 7.
Bericht (Berichterstatter Dzieduszycki) und Verhandlung. **35,** 221.
Keine Debatte.

Finanzministerium, Gemeinsames.
Voranschläge.
— für das Jahr 1901. **36,** 7.
Bericht (Berichterstatter Kozlowski) und Verhandlung. **36,** 275.
Keine Debatte.
— für das Jahr 1902. **37,** 7.
Bericht (Berichterstatter Kozłowski) und Verhandlung. **37,** 322.
Keine Debatte.
— für das Jahr 1903. **38,** 11.
Bericht (Berichterstatter Kozlowski) und Verhandlung. **38,** 379.
Redner: Sylvester, Rfm. Kállay.
— für das Jahr 1904. **39,** 21.
Bericht (Berichterstatter Abrahamowicz David) und Verhandlung. **39,** 286.
Redner: Sylvester, Rfm. Burian.
— für das Jahr 1905. **40,** 9.
Bericht (Berichterstatter Abrahamowicz Eugen) und Verhandlung. **40,** 124.
Keine Debatte.
— s. auch Beamte, Schlußrechnung pro 1868, Stellvertreterfonds.

Finanzplan. Baernreither betont die Notwendigkeit der Aufstellung eines Finanzplanes für die nächsten Jahre. **40,** 32.

Fischerei, s. Handelsverträge (Italien).

Fiume, s. Militärzinstarife.

Flagge.
Neue Flagge für die Handelsmarine. Rotbuch Nr. 3.
— Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen wegen Anschaffung von Konsulatsflaggen. **2,** 335.
— Petition der Schiffsreeder und Merkantilkapitäne von Triest und der Bocche di Cattaro wegen Änderung der ungarischen Handelsflagge. **2,** 305.
— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend den Austausch der alten Reichsflagge gegen die gesetzlich festgestellte neue Flagge. **3,** 525.

Fleisch, s. Lieferungswesen 3.

Fleischpreise. Schwierigkeiten der als Maßregel gegen die Steigerung der Fleischpreise begehrten Viehein fuhr aus Rumänien. — M. K. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.
— Sueß Eduard interpelliert den Minister des Äußern im Ausschusse über die hohen Fleischpreise. **30,** 57 (A. B.).

Florenz, s. Konsulate.

Florio, s. Kaperei.

Digitized by Google

Flottenmaterial.

(1. Allgemeines. — 2. Schiffsbauten. — 3. Schiffsbauten im Inlande.)

1. Allgemeines.

— **Resolution des Berichterstatters Demel Johann wegen Vorlage eines fixen Flottenstandes.** (Angenommen.) **1**, 151.

(Derselbe wird vorgelegt. Begründung zum Budget 1869.)

— Berichterstatter Steffens beantragt, statt der von der Regierung verlangten Summe von 2,700.000 fl. für die Herstellung eines fixen Flottenstandes nur 1 Million fl. zu bewilligen. — Wrbna beantragt die Bewilligung der ganzen Summe, Wüllerstorf die Bewilligung von 2 Millionen fl. — (Annahme des Antrages Steffens.) **2**, 213—226.

(Redner: Steffens, Wrbna, Kaiser Ignaz, Wüllerstorf, Rechberg, Weichs, Pascotini, Wickenburg, Neumann Leopold, Rechbauer, Spiegel, Vizeadmiral Tegetthoff).

— Antrag Weichs auf Einsetzung einer Enquetekommission zur Prüfung der Vorlage bezüglich des fixen Flottenstandes. (Abgelehnt.) **2**, 220.

— **Mittheilung über die Einsetzung einer Enquetekommission. Begründung zum Budget 1871.**

— **Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die endgiltige gesetzliche Feststellung des Standes der Schiffe und der Mannschaft der Kriegsmarine. 10**, 318.

— Rv. Vizeadmiral Poeck, Berichterstatter Auß und Teuschl erörtern die Zweckmäßigkeit von Panzerschiffen. **11**, 24, 32.

— **Vergleich des im Jahre 1869 aufgestellten „fixen Flottenstandes" mit dem im Jahre 1879 vorhandenen Flottenmaterial. 11**, 38.

— Berichterstatter Auß hält es für unzweckmäßig, den Flottenstand auf zehn Jahre hinaus festzunehmen; auch könne diese Frage nur im Rahmen des Wehrgesetzes durch die Reichsvertretungen ihre Regelung finden. **11**, 155.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die endgiltige gesetzliche Feststellung des Standes der Schiffe und der Mannschaft der Kriegsmarine und betreffend die Einberufung einer Enquete behufs Feststellung des erforderlichen Entwurfes. **11**, 161.

— Resolution des Berichterstatters Radoherny, betreffend die Vorlage eines Prämiengesetzes behufs Aufmunterung zum Baue von Schiffen seitens der österreichischen und ungarischen Dampfschiffahrtsgesellschaften als auch einzelner Reeder. (Angenommen.) **20**, 34.

— Vukovic erörtert die Nothwendigkeit der Erbauung solcher Kreuzer, die auch für Offensivzwecke dienen können. **38**, 532.

— Kaftan betont, daß wir für den Schutz unserer Küste und unseres Seehandels vieles nachzuholen haben, damit wir nicht genöthigt sind, für unsere überseeische Interessenvertretung zum größten Theile Holzkorvetten mit Takelage zu verwenden, was selbst in den entlegensten Stationen Afrikas nicht mehr imponiere. **38**, 520.

Flottenmaterial.

1. Allgemeines.

— Kaftan wünscht, daß eines der nächsten Schlachtschiffe den Namen „Prag" oder einen historischen Namen aus der böhmischen Geschichte erhalte. **38**, 527.

Mk. Spaun erklärt, er habe durchaus nichts dagegen, daß bei der Bestimmung neuer Schiffsnamen die hauptsächlichsten Städte der Monarchie berücksichtigt werden. **38**, 543.

— Kaftan verweist auf die in mehreren Zeitungsblättern enthaltene Mittheilung, wornach in Italien ein Schiff nach den kopierten Plänen unseres Panzerkreuzers „Kaiser Karl VI." konstruiert worden sein soll. **39**, 389.

Mk. Spaun theilt mit, daß allerdings ein Zeichner Detailpläne an eine fremde Regierung — nicht an die italienische — verkauft hat, es seien aber alle Vorkehrungen getroffen worden, um eine Wiederholung eines solchen Falles auszuschließen. **39**, 399.

— Kaftan beschwert sich, daß kein Kriegsschiff einen böhmischen Namen trage. **39**, 392.

Mk. Spaun erklärt, er sei überzeugt, daß Seine Majestät gegebenen Falls gewiß einwilligen werde, daß für Kriegsschiffe auch Namen aus dem Königreiche Böhmen gewählt werden. **39**, 402.

— Kaftan fragt nach der Ursache der ablehnenden Haltung der Marineverwaltung gegen die Unterseeboote. **39**, 391.

Mk. Spaun teilt mit, daß die Anschaffung von Unterseebooten noch zu große pekuniäre Opfer beanspruchen würde. **39**, 400.

2. Schiffsbauten.

— Neubau der Korvette „Helgoland" als Ersatz für die Fregatte „Drache". **1**, 138.

— Neubau des Kasemattschiffes „Lissa" als Ersatz für die Fregatte „Salamander". **1**, 138.

— Neubau der Fregatte „Radetzky". **3**, 316.

— Fortban der Kasemattschiffe „Custozza" und „Erzherzog Albrecht". **3**, 320.

— Fortban der Fregatte „London". **4**, 184.

— Fortban der Korvette „Frundsberg". **4**, 184.

— Vollendung des Avisodampfers „Miramar" und des Werkstättenschiffes „Cyklop". **4**, 184.

— Neubau der Korvette „Donau". **5**, 49.

— Vollendung der Korvette „Aurora". **6**, 102.

— Neubau von zwei Propeller-Schonern. **5**, 49.

— Neubau eines Schleppdampfers. **6**, 102.

— Anforderung für den Bau der neuen Kasemattschiffe „Erzherzog Carl" und „Tegetthoff". Begründung zum Budget 1873.

— Antrag des Berichterstatters Weeber auf Ablehnung der Regierungsforderungen für den Bau der Kasemattschiffe „Erzherzog Carl" und „Tegetthoff". — Antrag Scrinzi auf Einstellung von 564.000 fl. für den Bau des Kasemattschiffes „Tegetthoff". — Annahme des Antrages Scrinzi. **6**, 106—120.

Digitized by Google

Flottenmaterial.

2. Schiffsbauten.

(Redner: Berichterstatter Weeber, Scrinzi, Kübeck, Herbst, Pascotini, Rechbauer, Rechberg, Mk. Poeck, Frm. Kuhn.)

(Die ungarische Delegation lehnt die Einstellung für den Bau des „Tegetthoff" ab, worauf sich die österreichische diesem Votum anschließt. **6**, 152.)

— Antrag des Berichterstatters Weeber auf Ablehnung des Regierungsanspruches per 15.000 fl. zur Beschaffung einer Dampfbarkasse für die Armee zur Kommunikation mit den einzelnen Objekten des Festungsrayons in Pola. **6**, 120.

— Die Summen für den Bau der Kasemattschiffe „Erzherzog Carl" und „Tegetthoff" werden im Budget 1875 zum dritten Male in herabgeminbertem Betrage in Anforderung gebracht. Eine fortgesetzte Verweigerung der zu Schiffsbauten angesprochenen Mitteln würde entweder eine unverhältnismäßige Belastung späterer Jahresbudgets notwendig machen oder der Kriegsmarine in nicht ferner Zeit die Möglichkeit entziehen, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Budget 1875.

— Antrag des Berichterstatters Weeber auf Ablehnung der Regierungsforderung für den Bau der Kasemattschiffe „Erzherzog Albrecht" und „Tegetthoff". **7**, 59 (A. B.). — Antrag Teuschl auf Bewilligung von 282.000 fl. als erste Rate für den Bau des Kasemattschiffes „Tegetthoff" und Debatte hierüber. Annahme des Antrages. **7**, 35—47.

(Redner: Teuschl, Kübeck, Schaup, Scrinzi, Herbst, Hartung, Brestel, Mk. Poeck, Berichterstatter Weeber.)

— Eingehende Beratungen der technischen Kommissionen in Pola und Triest sowie der Marinesektion des Kriegsministeriums führten zu dem Beschlusse, daß für das Kasemattschiff „Tegetthoff" ein viel ausgiebigerer Schutz notwendig sei, als nach dem älteren Plane beabsichtigt war. Begründung zum Extraordinarium der Marine 1876.

— Ablehnung der Regierungsforderung für den Bau eines Kasemattschiffes als Ersatz für die Panzerfregatte „Drache". **8**, 95, 111 (A. B.); **9**, 20, 30 (A. B.).

— Neubau der Korvette „Saida". **8**, 112 (A. B.).

— Neubau des Dampfers „Taurus". **8**, 112 (A. B.).

— Antrag des Berichterstatters Weeber auf Ablehnung der Forderung von 847.200 fl. zur Fortsetzung des Baues des Kasemattschiffes „Tegetthoff" **8**, 114 (A. B.). — Antrag Teuschl auf Bewilligung eines Betrages von 687.200 fl. — Annahme des Antrages Teuschl. **8**, 96.

(Redner: Teuschl, Engerth, Schaup, Herbst, Winterstein, Mk. Poeck, Berichterstatter Weeber.) — Vollendung des Schiffes. **14**, 104.

— Resolution Schaup, betreffend die ernste Mißbilligung darüber, daß von Seite der Marineverwaltung bezüglich der Herstellung eines neuen Kasemattschiffes „Tegetthoff" nicht die neuerliche Beschlußfassung der Delegationen eingeholt wurde. **8**, 101.

Flottenmaterial.

2. Schiffsbauten.

— Resolution der ungarischen Delegation mit der Aufforderung an die Marineverwaltung, bei dem auf die Beendigung der Schiffsbauten Bezug habenden, nicht voraus gesehenen Bedarfe einen Nachtragskredit zu begehren. **8**, 191.

— Neubau eines Kanonenbootes. **9**, 30 (A. B.).

— Antrag Schaup auf Ablehnung der Regierungsforderung für den Bau eines Zitadellschiffes. (Angenommen.) **10**, 271—277.

(Redner: Schaup, Scrinzi, Herbst, Teuschl, Mk. Poeck, Berichterstatter Weeber.)

— Neubau des Kanonenbootes „Spalato". **10**, 288 (A. B.).

— Antrag des Berichterstatters Ruß auf neuerliche Ablehnung der Regierungsforderung für den Bau eines Zitadellschiffes. — Antrag Teuschl auf Bewilligung der Anforderung. — Ablehnung des letzteren Antrages. **11**, 31—39.

(Redner: Teuschl, Herbst, Mk. Poeck, Demel Johann, Berichterstatter Ruß.)

— Neubau von zwei Torpedobooten. **11**, 40, 47 (A. B.).

— Neubau von zwei Kanonenbooten. **12**, 111 (A. B.).

— Neubau eines Kanonenbootes. **13**, 187 (A. B.).

— Neubau von zwei Torpedobooten. **13**, 190 (A. B.).

(Gegen den Antrag des Budgetausschusses, der die Bewilligung nur eines Torpedobootes beantragt, bewilligt die Delegation über Antrag Klaić die Anschaffung von zwei Torpedobooten. **18**, 165.)

— Neubau des Schlachtschiffes „Kronprinz Erzherzog Rudolf" als Ersatz für die Panzerfregatte „Salamander". **14**, 104 (A. B.).

— Antrag des Berichterstatters Ruß auf Ablehnung der Regierungsforderung für den Bau eines neuen Kreuzers als Ersatz für das Kanonenboot „Kerka" und zweier neuen Torpedoboote. — Angenommen. **14**, 105, 109 (A. B.).

— Neubau des Kreuzers „Panther" als Ersatz für das Kanonenboot „Kerka". **17**, 62 (A. B.).

— Neubau der Panzerfregatte „Erzherzog Ferdinand Max" (Turmschiff „Kronprinzessin Erzherzogin Stephanie"). **17**, 62 (A. B.).

— Statt des im Budget pro 1883 geforderten Kreuzers von 880 Tonnen Deplacement wird ein solcher von 2000 Tonnen Deplacement gefordert. Begründung zum Budget 1884; **18**, 26, 46 (A. B.).

— Neubau des Kreuzers „Leopard" (Torpedoschiff). **19**, 117 (A. B.).

— Neubau von zehn Torpedobooten. **19**, 117 (A. B.).

— Neubau des Kreuzers „Tiger" (Torpedoschiff) als Ersatz für das Kanonenboot „Seehund". 20, 64 (A. B.).

— Neubau von zehn Torpedobooten. **20**, 68 (A. B.).

— Neubau von Torpedofahrzeugen und Torpedobooten. **21**, 74 (A. B.).

Digitized by Google

Flottenmaterial.

2. Schiffsbauten.

— Neubau des Rammkreuzers „Kaiserin Elisabeth" als Ersatz für das Schiff „Lissa". **21**, 74 (A. B.).

— Neubau eines Torpedo-Bedettschiffes als Ersatz für den Raddampfer „Curtatone". **23**, 58 (A. B.).

— Neubau des Torpedoschiffes „Pelikan" als Ersatz für das Schiff „Kaiser". **23**, 58 (A. B.).

— Neubau von Torpedofahrzeugen und Torpedobooten. **23**, 63 (A. B.).

— Neubau eines Torpedodepotschiffes als Ersatz für das Schiff „Elisabeth". **24**, 70 (A. B.).

— Neubau eines Schiffes mit bedeutenden Pumpenanlagen. **24**, 70 (A. B.).

— Neubau von Torpedobooten. **24**, 75 (A. B.).

— Berichterstatter Nadherny konstatiert den bedeutenden Fortschritt in der Reorganisation der Kriegsmarine durch Fertigstellung der zwei Schlachtschiffe „Kronprinz Erzherzog Rudolf" und „Kronprinzessin Stephanie". **24**, 43.

— Neubau des Wasseristernenschiffes „Najade". **25**, 33 (A. B.).

— Neubau des Rammkreuzers „Kaiserin und Königin Maria Theresia". **25**, 39 (A. B.).

— Neubau von Torpedobooten. **25**, 39 (A. B.).

— Neubau des Minenlegungsschiffes „Salamander" und Neubau des Donaumonitors „Szamos". **25**, 39 (A. B.).

— Neubau des Donaumonitors „Maros" und des Torpedofahrzeuges „Sattelit". **26**, 26 (A. B.).

— Neubau eines Küstenverteidigungsschiffes „Wien" als Ersatz für das Schiff „Habsburg". **28**, 209 (A. B.).

— Neubau des Küstenverteidigungsschiffes „Budapest". **28**, 211 (A. B.).

— Neubau eines Patrouillenbootes für die Donau. **28**, 211 (A. B.).

— Neubau des Küstenverteidigungsschiffes „Monarch". **29**, 168 (A. B.).

— Neubau von sechs Hochseetorpedobooten. **30**, 103 (A. B.).

— Biankini wünscht die Erbauung von Torpedoboot-Jagdschiffen mit einer größeren Geschwindigkeit als 24 Meilen per Stunde, sowie daß die für den Bau von neuen Schiffen geforderten Raten nicht zu klein bemessen werden. **31**, 55.

— Neubau des Torpedokreuzers „Zenta" als Ersatz für das Schiff „Greif" und eines Torpedofahrzeuges. **31**, 111 (A. B.).

— Neubau des Rammkreuzers „Kaiser Karl VI" (derselbe soll eine neue Type darstellen, durch welche eine gewisse Dezentralisierung der Gefechtstätigkeit angestrebt wird). **31**, 111 (A. B.).

— Neubau des Torpedokreuzers „Alpern" als Ersatz für das Schiff „Helgoland". **32**, 299 (A. B.).

Flottenmaterial.

2. Schiffsbauten.

— Neubau eines Küstenverteidigungsschiffes „Habsburg" als Ersatz für ein Schiff der „Prinz Eugen"-Klasse. **33**, 278 (A. B.).

— Neubau des Torpedokreuzers „Szigetvar" als Ersatz für das Schiff „Fasana". **34**, 265 (A. B.).

— Neubau des Schlachtschiffes „Arpád". **34**, 265 (A. B.).

— Kaftan fragt nach dem Preise der im Stabilimento tecnico Triestino neugebauten Schiffe und berührt das Eisenkartell, welchem gegenüber der Staat eine feste Position einzunehmen hätte. **34**, 224.

Mk. Spaun erklärt, daß zwischen den Kosten des in Pola erbauten „Monarch" und der in Triest erbauten Schiffe „Wien" und „Budapest" eine bedeutende Preisdifferenz bestehe; die Mehrkosten der letzteren zwei Schiffe seien bedingt durch die Einführung eines neuen Kesselsystems. Das Konstruktionsmaterial wäre im Auslande billiger zu beschaffen, sei aber aus nationalökonomischen Gründen im Inlande bezogen. Gegen die durch das Eisenkartell verursachte Preissteigerung könne die Marine keinen Einfluß nehmen. **34**, 227.

— Neubau des Rammkreuzers „St. Georg" als Ersatz für das Schiff „Radetzky". **35**, 363 (A. B.).

— Neubau des Schlachtschiffes „Babenberg" als Ersatz des Schiffes „Erzherzog Albrecht". **35**, 362 (A. B.).

— Neubau des Panzerschiffes „Erzherzog Karl" als Ersatz für das Schiff „Laudon". **36**, 254 (A. B.).

— Neubau des Panzerschiffes „Erzherzog Friedrich" als Ersatz für das Schiff „Drache". **37**, 445. (A. B.).

— Neubau von zwei Donaumonitoren „Temes" und „Bodrog" und fünf Patrouillenbooten. **37**, 453 (A. B.).

— Neubau eines Panzerschiffes als Ersatz für das Schiff „Novara". **39**, 415 (A. B.).

— Neubau von fünf Torpedobooten. **40**, 417 (A. B.).

— Außerordentliches Erfordernis für Schiffsbauten, für die Erneuerung der Torpedoflotille und für Unterseeboote samt Stationen. **40**, 413 (A. B.).

3. Schiffsbauten im Inlande.

— Luzzatto konstatiert, daß der Marineekommandant dem Stabilimento tecnico Triestino seine Aufmerksamkeit geschenkt hat und wünscht, daß auch der Ersatz für das Schiff „Lissa" bei dieser vaterländischen Anstalt bestellt werde. **21**, 4.

— Heilsberg erkennt das Entgegenkommen der Marineverwaltung gegenüber der inländischen Industrie an und wünscht, daß die Marine endlich soweit als möglich ihre gesamten Bedürfnisse im Inlande decke. **27**, 137.

— Spinčić wünscht, daß bei den Schiffsbauten die inländische Industrie eine größere Berücksichtigung erfahre. **28**, 183.

Digitized by Google

Flottenmaterial.

3. Schiffsbauten im Inlande.

Mk. Sterneck erklärt, es sei das Streben der Marineleitung, sich vom Auslande so viel als möglich zu emanzipieren und die inländische Industrie zu heben und zu fördern. **28,** 186.

— Kaftan fragt, warum das Schiff „Miramar" nicht im Inlande rekonstruiert wurde. **30,** 64.

— Biankini meint, daß die Marineleitung der Evidenzhaltung der im Auslande gemachten Fortschritte und der dort vorgekommenen Ereignisse ein viel zu geringes Augenmerk schenkt. **31,** 56.

— Kaftan wünscht, daß das Schiffsmaterial soweit als möglich im Inlande beschafft werde. **31,** 63.

— Kaftan beklagt, daß die dalmatinische Bootsbauindustrie für die Erbauung und Lieferung von Booten und kleineren Fahrzeugen nicht genügend berücksichtigt werde. **34,** 224.

— Zaffron wünscht, daß bei Bestellungen von Booten und anderen Arbeiten für die Kriegsmarine die Schiffswerfte von Curzola mehr berücksichtigt werde. **40,** 376.

— Interpellation Foŕt, betreffend die Vergebung der Dampfdynamomaschinen für die im Bau befindlichen Kriegsschiffe. **40,** 331. (Auch **40,** 374.) Beantwortet vom Mk. Spaun. **40,** 387.

Flußregulierungen.

Petition der landesfürstlichen Stadt Klosterneuburg, betreffend die Regulierung des toten Donauarmes. **21,** 139.

— Berzegnassi bespricht den Zustand der Küste zwischen Porto Rosegga und Porto Busso und die Versumpfung der Lagunen Grado und Barbana, sowie der in diese Lagunen sich ergießenden Flüsse. Dadurch entwickelt sich Malaria und Fieber. Er verlangt die Reinigung der Lagunen und Schiffbarmachung der Flüsse. **34,** 216.

Mk. Spaun anerkennt die Dringlichkeit der Schiffbarmachung dieser Kanäle und Flüsse, dies sei aber nicht Aufgabe der Kriegsmarine, sondern der österreichischen Seebehörde. **34,** 217.

— Interpellation Antonelli, betreffend Verhandlungen mit Italien behufs Regulierung von Gewässern an der Grenze der Provinz Görz. **38,** 143.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski, **38,** 552.

— Berzegnassi fragt, ob der Tagliofluß ein internationaler Fluß sei und wünscht die Ausbaggerung desselben. **39,** 102.

— s. auch Bosnien 6, Donauschiffahrt.

Flüchtlinge, s. Bosnien und Herzegovina 5, Montenegro.

Frankfurt, s. Diplomatische Auslagen.

Frankreich.

Konsularkonvention mit Österreich-Ungarn. Rotbuch Nr. 1.

Frankreich.

— Konvention mit Österreich-Ungarn, betreffend den Schutz des literarischen Eigentums, betreffend die Behandlung von Verlassenschaften und Übereinkommen bezüglich des Telegraphenwesens. Rotbuch Nr. 1.

— Schiffahrtsvertrag mit Österreich-Ungarn. Rotbuch Nr. 1.

— Vereinigung des Großherzogtums Luxemburg mit Frankreich; neutrale Haltung Österreichs. Rotbuch Nr. 1.

— Differenz zwischen Frankreich und Belgien. Rotbuch Nr. 3.

— Reichskanzler Beust betont das gute Verhältnis Frankreichs zu Österreich. **2,** 36.

— Reichskanzler Beust betont, Frankreich werde in Österreich einen aufrichtigen Freund erkennen. **4,** 19.

— Anerkennung der Republik in Frankreich. Rotbuch Nr. 5.

— Verhandlungen über die Modifikation des österreichisch-französischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 11. Dezember 1866. Rotbuch Nr. 6.

— Zulassung der österreichischen 4- und 8 fl.-Goldmünzen als Zahlungsmittel bei den öffentlichen Kassen in Frankreich, beziehungsweise allen Staaten der lateinischen Münzunion. Rotbuch Nr. 8.

— Frankreich erklärt, an dem Berliner Kongreß nur unter der Voraussetzung teilzunehmen, daß auf demselben bloß solche Fragen behandelt werden, die eine direkte Folge des russisch-türkischen Krieges sind. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Hübner Alex. erörtert die Folgen, welche die Einführung der Kommune in Frankreich für den Bestand des Friedens haben könnte. **12,** 24.

M. Ae. Haymerle meint dem gegenüber, daß der Wert des deutsch-österreichischen Einvernehmens auch in Bezug auf Frankreich sich manifestieren müsse. **12,** 33.

— Hübner Alex. weist neuerlich auf die durch die innerpolitischen Zustände Frankreichs drohenden Gefahren hin; wenn die Republik anführe, konservativ und vernünftig zu sein, wäre der Umsturz aller Throne, Vernichtung der persönlichen, bürgerlichen, politischen und religiösen Freiheit, des christlichen Staates und der christlichen Gesellschaft zu befürchten. In einem Revanchekriege Frankreichs gegen Deutschland müsse Österreich-Ungarn an der Seite Deutschlands stehen; alle Wahrscheinlichkeit des Sieges sei auf deutscher Seite. **13,** 20.

— Deuel Johann meint, daß sich Frankreich mit Rücksicht auf seine Interessen in Syrien und im Mittelländischen Meere an Deutschland und Österreich-Ungarn anschließen dürfte. **13,** 23.

— Berichterstatter Pleyer Ernst gibt der Überzeugung Ausdruck, daß im republikanischen Frankreich die prinzipielle Gegnerschaft gegen andere Staatssysteme Europas zurückgedrängt werden wird, um für das republikanische Frankreich dieselbe Machtstellung als gleichberechtigtes Glied zu erringen, welche das monarchische Frankreich besaß. **13,** 32

— Das Verhältnis zu Frankreich ist vollkommen ungetrübt. — **M. Ae. Kálnoky** im Budgetausschusse, 9. November 1882.

— Besuch der französischen Flotte in Kronstadt. M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 14. November 1891.

Digitized by Google

Frankreich.

— Unsere Beziehungen zur französischen Republik haben sich sehr freundlich gestaltet. — Empfang des österreichischen Herrscherpaares bei seinem Aufenthalt an der französischen Küste. — Teilnahme Österreichs an der tiefen Trauer, in welche Frankreich durch die entsetzliche und verabscheuenswürdige Katastrophe — Ermordung Carnots — gestürzt wurde. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Mit Frankreich fahren wir fort, auf dem freundschaftlichsten Fuße zu stehen. — Unsere Interessen kollidieren nirgends. Außerdem zeigt sich Frankreich so aufrichtig und loyal für den Frieden eingenommen, daß wir auf ein Zusammengehen mit demselben in der Förderung der friedlichen Lösung europäischer Fragen stets zählen können. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Zusammenwirken mit dem Pariser Kabinett während der orientalischen Krise. Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation. 20. November 1897.

— Der Ausschußbericht verweist darauf, daß der M. A. Goluchowski die freundschaftlichen Beziehungen Österreichs zu Frankreich berühet habe, dessen auswärtige Politik von aufrichtiger Friedensliebe zeuge. **32**, 45 (A. B.).

— Beteiligung Österreich-Ungarns an der Pariser Weltausstellung. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Schönborn entwickelt den Gedanken einer Erweiterung unserer Allianzen, indem er daraus hinweist, daß man die Sympathien, die wir in Frankreich leicht finden können und noch immer finden, nutzbar machen sollte. **38**, 155.

— Verständigung zwischen England und Frankreich. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Der Ausschußbericht gedenkt des Übereinkommens zwischen England und Frankreich als eines Ereignisses von großer politischer Tragweite, welches die Bürgschaften des Friedens vermehrt. **40**, 71 (A. B.).

— s. auch Diplomatische Auslagen, Handelspolitische Fragen.

Französisch-deutscher Krieg, s. Deutsch-französischer Krieg.

„Fremdenblatt", s. Presse.

Friedensbewegung.

(1. Abrüstung. — 2. Schiedsgerichte und Friedenskongresse. — 3. Haager Konferenz.)

1. Abrüstung.

Kriegsminister Kuhn betont, es sei unmöglich, daß Österreich mit der Abrüstung den Anfang mache. **2**, 124.

— Fürst Johann foedert den Minister des Äußern auf, die Initiative zu einer Verständigung der Militärstaaten über die gleichzeitige proportionale Reduktion der Heere zu ergreifen. **12**, 21.

— Coudenhove Franz plaidiert für die allgemeine Abrüstung. **18**, 13.

Friedensbewegung.

1. Abrüstung.

— Starhemberg Camille regt den Gedanken der allgemeinen Abrüstung an. Selbst ein Anleihen von 100 oder 120 Millionen wäre kein zu großes Opfer, wenn das Heer damit auf jene Stufe gebracht würde, daß Österreich mit Nachdruck die Abrüstung fordern könnte. **26**, 42.

— Die Verbesserung unserer Beziehungen zu Rußland, die auch früher schon gute waren, wird mit der Zeit eines der gewichtigsten Motive werden, damit auch die in Europa herrschende militärische Spannung aufhöre, das Anspannen der Wehrmacht in allen Staaten ein Ende erreiche und solche normale Zustände eintreten, welche wie, die wir nur eine Friedenspolitik ins Auge fassen, als unser Ziel betrachten. Bis dahin gehen wir allerdings mit pflichtgemäßer Vorsicht für die Wehrfähigkeit unserer Monarchie, aber auch mit Rücksicht auf deren Finanzen vor, und namentlich ist unser Kriegsministerium bestrebt, für die ihm bewilligten Summen Bleibendes zu schaffen, was sich unter allen Umständen für unsere Armee als nützlich erweisen wrde. M. — M. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 3. Juni 1893.

— Es wäre eine Illusion, zu glauben, daß eine sogenannte allgemeine Abrüstung nahe bevorstehe oder unter den jetzigen Verhältnissen überhaupt ausführbar wäre. Bei einer militärischen Organisation, wie sie jetzt in fast allen Staaten vorhanden ist, welche auf der allgemeinen Wehrpflicht und auf der allgemeinen Mobilisierung beruht, sei eine Abrüstung überhaupt nicht mehr zu denkbar, wie in früheren Zeiten. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse der Delegation, 5. Juni 1893.

— Der Ausschußbericht konstatiert, daß eine allgemeine Abrüstung keine Aussicht habe, in nächster Zeit verwirklicht zu werden. **29**, 65 (A. B.).

— Brzorád plaidiert für die allgemeine Abrüstung und internationale Vereinbarungen zur friedlichen Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den Staaten. **30**, 190.

— Thuenher Martin ist der Anschauung, daß bei Aufrechthaltung des Dreibundes, beziehungsweise wenigstens des intimen Bündnisses mit Deutschland und bei gleichzeitiger Anstrebung besserer Beziehungen zu Rußland mindestens eine teilweise Abrüstung möglich wäre. **32**, 59.

— Kienmann glaubt, daß, wenn eine große europäische handelspolitische Vereinigung zu stande kommt, sie auch die wichtige Aufgabe vorfindet, eine allgemeine Abrüstung in Europa herbeizuführen. **33**, 92.

— Dobernig würde die höchste Feier des Regierungsjubiläums darin erblicken, daß unser Monarch als erster Friedensfürst Europas die allgemeine Abrüstung als das einzige Mittel verkünde, um die europäischen Staaten für den wirtschaftlichen Existenzkampf mit Amerika zu stärken. **33**, 175.

— Dziedusycki betont, daß trotz der allseitigen Friedensversicherungen das Vertrauen in den Frieden nicht da sei; dies beweise die Tatsache, daß diejenigen, welche wie die Polen für das Wohl dieser Monarchie ihre Stimme in der Delegation abgeben wollen, ungeachtet der

Digitized by Google

Friedensbewegung.

1. Abrüstung.

ungeheuer schweren Lasten der Kriegsbereitschaft dafür stimmen werden, daß die Armee in ihrer vollen Wehrmacht erhalten werde. **38**, 28.

— Herold bemerkt, ein Friede, der alle Staaten zu so kolossalen Rüstungen nötige, daß dadurch geradezu ihr wirtschaftlicher Ruin herbeigeführt werden muß, sei eigentlich viel schlimmer als ein fröhlicher Krieg, wobei er allerdings nicht an den Krieg denke, wie er sein wird, sondern an den Krieg, wie er war. **38**, 31.

— Oppenheimer tritt dem Ausspruche Herolds entgegen, ein frischer, fröhlicher Krieg wäre vielleicht besser als die großen Opfer, die der Treibund unausgesetzt erfordere. Die gegenwärtige Generation hat die Sorge vor dem Kriege verlernt und das ist in erster Linie das Verdienst der Monarchen und vor allem des Kaisers Franz Joseph, aber auch die Folge der Sicherheit, welche durch den Bestand des Treibundes sich nach und nach eingebürgert hat. **38**, 140.

— Byk führt aus, Österreich-Ungarn müsse in der Lage sein, als gleichwertiger Faktor mitzusprechen. Von diesem Standpunkte sei es nur zu bedauern, daß das Rüstungsfieber in Europa wütet, aber wir können es leider nicht ändern. Die Initiative zur Abrüstung sollten national mehr einheitliche und nach ihren Machtverhältnissen und nach ihrer Grenzlage glücklichere Staaten ergreifen. **38**, 301.

2. Schiedsgerichte und Friedenskongresse.

Vorschlag Österreichs auf Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichtes in der Lauriumfrage, s. auch Griechenland.

— Figuly betont, es sei besser, Konflikte durch Friedensrichter oder Schiedsrichter zu lösen als zu den Waffen zu greifen. **4**, 60.

— Petition der Società umanitaria in Triest, betreffend die ausgedehnte Anwendung des Schiedsgerichtes zur Austragung von internationalen Streitigkeiten. **7**, 191.

— Berichterstatter Klier erblickt ein Mittel, große Auslagen zu vermeiden, darin, daß man im Völkerrechte und unter den Völkern und Regierungen endlich einmal zur Anschauung kommen möge, daß die Streitigkeiten zwischen denselben durch einen Areopag, ein Schiedsgericht, zum Austrag kommen könnten. **8**, 40.

— Verhandlungen über den Vorschlag Frankreichs, den griechisch-türkischen Grenzstreit durch ein Schiedsgericht der Großmächte entscheiden zu lassen. Rotbuch vom Jahre 1880.

— Die Friedenskongresse mögen der oft auf ganz unbedeutende Vorfälle begründeten sensationellen Alarmierung der öffentlichen Meinung durch die Tagespresse und deren Nachrichtendienst, durch die oft heftige Strömungen erzeugt werden, welche die Regierungen zu beruhigen alle Mühe haben, ihr Augenmerk zuwenden. — M. A. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Kaftan erörtert die Bestrebungen zur Einsetzung von Schiedsgerichten. **31**, 13.

Friedensbewegung.

2. Schiedsgerichte und Friedenskongresse.

— Kronawetter erinnert an die Bestrebungen, internationale Streitigkeiten im Wege von völkerrechtlichen Schiedsgerichten zu regeln, weist auf die bereits erzielten Erfolge hin und wünscht, daß auch bei uns die Sache der internationalen Schiedsgerichte gefördert werde. **31**, 87.

— Pattai hält die Entscheidung aller Streitigkeiten durch Schiedsgerichte für undurchführbar, weil die Staaten nicht natürliche Individuen sind wie die Menschen. **31**, 250.

— Den Bestrebungen nach schiedsrichterlicher Austragung internationaler Differenzen steht der Minister durchaus sympathisch gegenüber, die bons offices pflegen tatsächlich regelmäßig einzutreten, die Zeit scheint aber nicht gekommen, ihre Einführung obligatorisch zu machen, da eine solche Aktion gegenwärtig keinen Erfolg versprechen würde. — M. A. Gołuchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Schwarz betont, die Völker verlangen allgemeine Abrüstung und internationale Schiedsgerichte. **32**, 30.

— Gniewosz empfiehlt den Beitritt zur Conference interparlementaire für Schiedsgerichte. **33**, 40.

— Scheicher sieht das beste Mittel, den Militarismus unmöglich zu machen, in der Schaffung eines Völkerschiedsgerichtes. **33**, 86.

— Kaftan bespricht die Entwicklung der interparlamentarischen Union für internationale Schiedsgerichte. **35**, 372.

— Schönborn bedauert, daß eine Art von Gleichgültigkeit, um nicht zu sagen: Feindseligkeit im Wege eines gewissen Teiles der Presse gegen das neue Institut des Haager Schiedsgerichtes verbreitet worden sei, und dankt dem Minister Gołuchowski dafür, daß er in die Konsularkonvention mit Bulgarien die Schiedsgerichtsklausel, und zwar mit Bezug auf das Haager Tribunal aufgenommen habe. **38**, 171.

3. Haager Konferenz.

Würdigung der Verdienste des Kaisers von Rußland und der Ergebnisse der Haager Beratungen. — Expose des M. A. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Kaftan würdigt die Verdienste Zar Nikolaus II. um die Einberufung der Haager Friedenskonferenz und die Ergebnisse derselben. **35**, 372.

— Der Budgetausschuß gibt seinen Sympathien für die Ziele der Haager Friedenskonferenz Ausdruck. **35**, 390 (A. B.).

— Nachtragskredit pro 1899 behufs Deckung der Auslagen für die zur Haager Friedenskonferenz entsendeten Delegierten. **35**, 7 (A. B.), 396, 405.

— Pacák fragt, warum die Beschlüsse der Haager Friedenskonferenz im südafrikanischen Kriege nicht zur Geltung kommen. **36**, 57.

Digitized by Google

Friedensbewegung.

3. Haager Konferenz.

— Kaftan wünscht die Veröffentlichung des authentischen Textes der Haager Beschlüsse. **36**, 93.

M. Ae. Gokuchowski erwidert, die Veröffentlichung werde nach der Ratifikation erfolgen. **36**, 97.

— Schönborn erblickt darin einen Fortschritt, daß eine richtige Wertschätzung der Idee eines internationalen Schiedsgerichtes Platz zu greifen anfange, bedauert aber, daß der Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche nicht auf der letzten Konferenz vertreten war. **37**, 284.

— Interpellation Iro, betreffend die Andietung der Vermittlung zwischen England und den südafrikanischen Freistaaten auf Grund der Haager Friedenskonvention. **37**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Gokuchowski. **37**, 312.

— Djebuszyeli meint, die Friedensliga sollte, statt mit Spielereien sich zu beschäftigen, vor allem die Moralität der Völker zu heben suchen und das in Österreich geltende Prinzip der Anrechtes jeder Nation auf ihr Volkstum in alle Staaten hineintragen. **38**, 29.

— Herold verweist darauf, daß trotz des Bestandes der interparlamentarischen Union seit 1885 erst im Jahre 1898, und zwar seitens eines Staates, dessen Angehörige an derartigen Friedenskongressen sich niemals beteiligt haben, nämlich Rußlands, der erste Impuls zu einer positiven Friedensaktion gegeben wurde. Unser auswärtiges Amt sollte die Haager Friedensbestrebungen weiter verfolgen und sich an die Spitze der Friedensbewegung stellen. Kein Staat sei hiezu so geeignet wie Österreich, dessen Kaiser fast der einzige wahre Friedensmonarch auf dem Kontinente ist. **38**, 31.

— Graf Gustav findet die Verherrlichung des Zaren als Friedensfürsten seitens des Delegierten Herold nicht sehr überzeugend, da derselbe Zar, der die Haager Friedenskonferenz eingeladen hat, in seinem weiten Reiche nicht die Spur von Freiheit aufkommen lasse. **38**, 41.

— Petition der österreichischen Friedensgesellschaft in Angelegenheit des Rüstungsstillstandes. **39**, 717.

Friedensbudget.

Berichterstatter Banhans beantragt eine Resolution, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Aufstellung eines Normalfriedensbudgets nach Schluß der Delegationssitzungen. (Angenommen.) **3**, 48, 208.

(Die Heeresverwaltung glaubt, auf die Einsetzung einer solchen Kommission nicht eingehen zu sollen. Exposé zum Budget pro 1872.)

— Neuerliche Resolution des Berichterstatters Banhans auf Einsetzung einer solchen Komuission. (Angenommen.) **4**, 52.

— Resolution des Berichterstatters Giskra auf Einsetzung einer Kommission behufs Erhebungen zur Aufstellung eines Normalfriedensbudgets. (Angenommen.) **5**, 195.

— Resolution der ungarischen Delegation, in welcher diese erklärt, daß sie infolge der Erhöhung des Friedenspräsenzstandes der Infanterie und der Jägertruppe die Reorganisierung des gemeinsamen Heeres für beendigt und diesbezüglich das definitive Friedensbudget als erreicht ansieht. **5**, 236.

— s. auch Hoheitsrechte.

Friedensstand.

Reorganisation der Truppenstände. Exposé zum Budget 1870.

— Sturm betont, daß der Friedensstand des Heeres und der Marine durch das Wehrgesetz nicht festgestellt sei. **11**, 28.

— Die Kriegsverwaltung begründet den Mehranspruch für das Jahr 1874 aus der Konsequenz des erhöhten Bedarfes für die bereits für 1873 bewilligte Erhöhung des Friedenspräsenzstandes. **6**, 43.

— s. auch Kavallerie.

Friedensgesellschaft, s. Friedensbewegung.

Friedenskonvention, s. Friedensbewegung.

Friedensliga, s. Friedensbewegung.

Friedensrichter, s. Friedensbewegung.

Friedensvereine, s. Friedensbewegung.

Frundsberg, s. Handelspolitische Fragen.

Friedrich II., Deutscher Kaiser, s. Deutschland.

Fuhrwesen.

Bedeutung desselben und Notwendigkeit einer Generalinspektion. **1**, 82; **2**, 167, 171.

— Begründung der Erhöhung des Kriegsstandes des Militär-Fuhrwesenkorps. Exposé zum Budget 1872.

— Erhöhung des Präsenzstandes. **3**, 466.

— Standeserhöhung beim Fuhrwesenmaterialdepot. **4**, 51.

— Nachtragskredit pro 1872 für den Bau eines Fuhrwesen-Materialdepots. **5**, 183.

Fußtruppen, Berittenmachung derselben, s. Berittenmachung.

G.

Gagen.

Revision der Gagen.

Antrag des Berichterstatters Banhans, die Gagen, Nebengebühren und Genüsse der Armee einer Revision zu unterziehen und hiefür eine unüberschreitbare Normalziffer festzusetzen. (Angenommen.) **2**, 131.

— Exposé, betreffend die Revision der Gagen und Gebühren. Budget 1871.

Erhöhung der Gagen.

Begründung derselben. Exposé zum Budget 1870.

— Resolution Streerwitz auf Erhöhung der Offiziersgagen vom Hauptmanne und Rittmeister abwärts. (Angenommen.) **1**, 335.

— Antrag Wächter auf Erhöhung der Gebühren der Supernumerären in der Landarmee. (Angenommen.) **2**, 104, 283.

— Antrag Mertens auf Erhöhung der Gagen der Supernumerären bei der Marine. (Abgelehnt.) **2**, 211.

Digitized by Google

Gagen.

Erhöhung der Gagen.

— Antrag Dietrichstein-Mensdorff auf Erhöhung der Gagen der Oberste und Oberstleutnants. **2**, 131. (Aus formellen Gründen vom Präsidenten zur Abstimmung nicht zugelassen.)

— Erhöhung der Gagen der Offiziere bis einschließlich der Majore. **2**, 129.

— Erhöhung der Gagen der Militärbeamten. **2**, 129.

— Antrag Daubek auf Erhöhung der Nebengebühren der Subalternoffiziere der Artillerie vom Hauptmann abwärts, **2**, 152, und Resolution Mertens auf Regulierung der Gagen der Leutnants der Kavallerie. (Beide Anträge abgelehnt.) **2**, 159.

— Erhöhung der Gagen für Marineoffiziere und Marinebeamte. **2**, 202; **3**, 307.

— Erhöhung der Gagen für Oberste und Oberstleutnants, Auditore und Militärärzte gleicher Diätenklasse. — Der Ausschuß beantragt die Ablehnung. **3**, 48. — Antrag Wickenburg auf Bewilligung der betreffenden Posten. **3**, 88. — Ablehnung dieses Antrages und Annahme des Ausschußantrages. **3**, 91.

— Erhöhung der Gagen für Oberste, Oberstleutnants, Auditore und Militärärzte der gleichen Diätenklasse. **4**, 52, 81.

— Erhöhung der Gagen der Linienschiffskapitäne, Fregattenkapitäne und äquiparierenden Chargen. **4**, 181.

— Antrag Greuter auf Erhöhung der Gagen der Marinegeistlichen. (Angenommen.) **5**, 45, 144.

— Antrag Wickenburg auf Erhöhung der Gagen der Militärgeistlichen. (Abgelehnt.) **5**, 138, 143.

— Erhöhung der Gagen für Militärverwaltungsbeamte. **5**, 137. — (Antrag Figuly auf Gewährung eines Teuerungszuschusses für dieselben. **5**, 200. — Angenommen.)

— Den verdienstvollen Konteradmiralen und Linienschiffskapitänen werden Personalzulagen gewährt, weil die Beförderungsverhältnisse ungünstige sind. — Marinebudget 1892.

— Kottulinsky hält das Bedürfnis einer Gagenerhöhung für die Offiziere vom Hauptmanne aufwärts etwa bis zum Obersten für unabweisbar. **34**, 193.

— Kn. Krieghammer wendet der Frage der Gagenerhöhung die volle Aufmerksamkeit zu und gibt die Beruhigung, daß die Kosten im Verhältnisse zur Gagenerhöhung der Zivilstaatsbeamten eine geringe Summe darstellen. **34**, 206.

— Mehrerfordernis von 9,432.342 K im Heeresordinarium pro 1900 zur Erhöhung der Militärgagen. **35**, 111 (A. B.).

— Berichterstatter Walterskirchen verweist darauf, daß die Hauptmanns- und die Majorscharge bei der Gagenerhöhung nicht genügend bedacht worden seien. **35**, 59.

— Götz stimmt der Erhöhung der Offiziersgagen bezüglich der XI. bis VIII. Rangklasse im allgemeinen zu, erklärt aber, jede Bestrebung, mit einer weiteren Erhöhung in den nächsten Jahren vorzugehen, würde auf den entschiedenen Widerstand der Volksvertreter stoßen. Bei der Erhöhung der Gagen in den höheren Rangsklassen hätte mehr Maß gehalten werden sollen. **35**, 78.

— Oppenheimer konstatiert, daß die Gagen in Österreich-Ungarn in allen Chargen weit hinter denjenigen zurückbleiben, welche die Offiziere der anderen Armeen beziehen. Durch die Gagenerhöhung sei einer Pflicht gegen die Armee entsprochen worden. Er hätte aber gewünscht, daß für die Chargen bis zum Hauptmann aufwärts die Subsistenzzulage mindestens für das erste Jahr, in dem die Dienstzar in Abzug kommt, aufrecht geblieben wäre. **35**, 104.

— Lemisch meint, daß die Gagenregulierung nicht im gebührenden Verhältnisse vorgenommen wurde. Insbesondere ist die Regulierung in den Oberstufen etwas auffallend. Wenn schon reguliert werden mußte, hätten namentlich die Mittelstufen eine entsprechendere Berücksichtigung finden sollen; der verhältnismäßig Offizier sollte eine Begünstigung erfahren. Nicht wahr sei es, daß die jetzt gültigen Bezüge der Offiziere niedriger seien als die der Zivilbeamten. Für die mit Wartegebühr Beurlaubten wurde keine Vorsorge getroffen. **35**, 171.

— Gesmann stimmt prinzipiell der Erhöhung der Offiziersgagen zu. Doch hätte bei den drei untersten Rangklassen wenigstens eine Gleichstellung mit den Zivilbeamten Platz greifen sollen. Bei der X. und IX. Rangklasse sollte ähnlich wie bei der XI. die Dienstzare im Wege einer Subsistenzzulage entfallen. Er bespricht die prekäre Lage der Offiziersstellvertreter. **35**, 179.

— Conci nimmt gegen die Erhöhung der Offiziersgagen, insbesondere bezüglich der höheren Rangsklassen, Stellung. **35**, 190.

— Kn. Krieghammer legt die Grundsätze dar, nach denen bei der Erhöhung der Offiziersgagen vorgegangen wurde; er bezeichnet es als selbstverständlich, daß die Gagenerhöhung auch auf die beurlaubten Offiziere Anwendung finde. **35**, 200.

— Notwendigkeit einer Gebührenregulierung für die Marineärzte. **35**, 351 (A. B.).

— Resolution des Berichterstatters Nuß wegen Erhöhung der Bezüge des marine-ärztlichen Korps. (Angenommen. **35**, 366) (A. B.), 242.

— Zimmer bemängelt, daß bei der Gehaltsaufbesserung die Subaltern offiziere unverhältnismäßig wenig bedacht wurden. **36**, 191.

— Erhöhung der Gagen der Marineärzte. **36**, 246 (A. B.).

Galerie.

Der Präsident ermahnt die Galerie, auf welcher Händeklatschen ertönt, sich ruhig zu verhalten, da er sonst genötigt wäre, sie räumen zu lassen. **29**, 56.

— Der Präsident ermahnt die Galerie zur Ruhe, da er sonst genötigt wäre, die Ruhestörer zu entfernen. **29**, 91.

Digitized by Google

Galerie.

— Infolge der Beifallsbezeugungen auf der Galerie ersucht der Präsident, sich jedes Zeichens von Beifall oder Missfallen zu enthalten, da er sonst genöthigt wäre, die Ruhestörer entfernen zu lassen. **29**, 187.

Garden, s. Hofstaat.

Garnisonen, s. Dislokationen.

Garnisonsspitäler, s. Militärsanitätswesen 2.

Geheime Auslagen, s. Dispositionsfonds.

Gebühren (Konsulargebühren), s. Konsularwesen.

Geistliche.

Oelz wünscht die Befreiung geistlicher Personen von der allgemeinen Wehrpflicht. **8**, 37.

Gemeinsame Abstimmung, s. Abstimmung.

Gemeinsame Aktiven, s. Zentralaktiven.

Generale, s. Stabsoffiziere.

Generalarmeeinspektor.

Rechbauer findet die Stelle eines solchen inkonstitutionell. **3**, 112.

— Kreierung von zwei Generaltruppeninspektoren an Stelle des Generalinspektors des Heeres und eines Generalinfanterieinspektors. Budget 1896 u. **31**, 201 (A. B.).

Generalkommanden, s. Kommanden.

Generalregister der Delegation.

Anfrage Sylvester an den Präsidenten, betreffend die Anfertigung eines Generalregisters über sämtliche Verhandlungsprotokolle der Delegation.

Präsident Baernreither erwidert, er werde sich die Sache angelegen sein lassen. Die Herstellung eines solchen Registers sei Sache der diesseitigen Regierung und er werde sich bei derselben im Sinne des Anfragestellers verwenden. **38**, 519.

— Mittheilung des M. Ac. Gokuchowski, betreffend die Herstellung eines Generalregisters für die stenographischen Protokolle der Delegation. **39**, 10.

— Sylvester fragt, ob das Präsidium dem Gedanken der Abfassung eines Generalregisters näherzutreten geneigt wäre.

Präsident Gautsch erklärt, daß er die Anregung des Delegierten Sylvester für eine durchaus nützliche und den Arbeiten der Delegation förderſame erachte und gibt seine Geneigtheit kund, die erforderlichen Schritte hiefür einzuleiten. **39**, 82.

— Präsident Gautsch teilt mit, daß die Frage der Herstellung eines Generalregisters für sämtliche stenographische Protokolle der Delegation erledigt sei, und daß die Herstellung eines solchen Generalregisters nunmehr unverzüglich in Angriff genommen werden wird. **39**, 431.

Generalremontierungsinspektor, s. Pferdewesen.

Generalstab.

Debatte über die Reorganisierung desselben. **8**, 44—50.

— Mehrerfordernis für die Teilnahme militärischer Missionen an den großen Waffenübungen fremdländischer Armeen. Budget 1888.

— s. auch Stabsoffiziere.

Generalstabskarten, s. Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse 6.

Genfer Konvention.

Stellungnahme der Türkei zur Genfer Konvention im Kriege gegen Serbien. Notbuch vom Jahre 1876.

— Verhandlungen zwischen der Türkei und dem Schweizer Bundesrate in Betreff der Ersetzung des roten Kreuzes durch den roten Halbmond für die türkischen Ambulanzen im russisch-türkischen Kriege. Notbuch vom Jahre 1877.

Genniewesen.

Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Vermehrung der ungarischen Geniesskadronen. **3**, 558.

(Mittheilung, daß bei der bevorstehenden Revision der Ergänzungsbezirkseinteilung dieser Wunsch der sorgfältigen Erwägung unterzogen werden wird. Exposé zum Budget 1872.)

— Erbauung von Dynamitdepots in größeren Festungen und Garnisonsorten der Genietruppe. **6**, 150.

— Selbständige Stellung des 5. Feldbataillons des Genieregiments Nr. 2 (Ergänzung aus den Ländern der ungarischen Krone) und Aenderungen im organischen Stande der Genietruppe. Ordentliches Heereserfordernis pro 1879, ferner **11**, 53, 55, 87 (A. B.); **11**, 176, 318.

— Reduktion der Feldkompagnien um je fünf Sappeure 1. Klasse. Ordentliches Heereserfordernis pro 1879, ferner **11**, 88 (A. B.); **11**, 176.

— Reorganisation der Genie- und Pioniertruppe durch Vereinigung der bestehenden Pionier- und Genie-körper zu einer einheitlichen Truppe. **28**, 113 (A. B.).

— Umwandlung der Genie- und Pionierbataillone. Budget 1893.

— Pacák spricht sich gegen diese Umwandlung aus. **28**, 72.

— Hofmann v. Wellenhof kritisiert die beabsichtigte Umwandlung der Genie- und Pionierbataillone. **28**, 75.

Gesandte. Pensionsbehandlung derselben, s. Pensionen.

Gesandte, Gesandtschaften, Gesandtschaftsposten, s. Diplomatische Auslagen.

Geschäftsordnung.

Antrag Lasser auf Beschließung einer Geschäftsordnung. **1**, 2. und Verhandlung über dieselbe. **1**, 6—11. (S. Anträge 1.)

— Masaryk ersucht den Präsidenten, der nächsten Delegation den Wunsch nach Abänderung der Geschäftsordnung zu übermitteln.

Plener Ernst und Präsident Windisch-Graetz erklären, daß es nicht angehe, an die nächste, erst zu wählende Delegation einen Wunsch oder Antrag zu übermitteln. **29**, 215.

— Hessert regt an, für die Behandlung des Voranschlages drei Ausschüsse einzusetzen, und zwar: 1. für die auswärtigen Angelegenheiten, 2. für die Angelegenheiten des Heeres und der Marine, 3. für die Angelegenheiten des Reichsfinanzministeriums und den Okkupationskredit, des Obersten Rechnungshofes, des Zollgefälles und die Schlußrechnung. **30**, 4.

Digitized by Google

Geschäftsordnungsfragen.

(1. Abstimmungen. — 2. Anfragen an den Präsidenten. — 3. Anträge und deren Behandlung. — 4. Ausschüsse, Ausschußsitzungen. — 5. Außerordentliche Session. — 6. Berichterstatter. — 7. Beschlußfähigkeit. — 8. Debatte. — 9. Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. — 10. Dringliche Behandlung. — 11. Dritte Lesung. — 12. Einberufung der Delegationen. — 13. Ersatzmänner der Delegierten. — 14. Interpellationen. — 15. Mandatsverlust. — 16. Nichtdeutsche Reden. — 17. Petitionen. — 18. Resolutionen. — 19. Schriftführer. — 20. Sitzungen der Delegation. — 21. Stenographische und amtliche Protokolle. — 22. Tagesordnung. — 23. Tatsächliche Berichtigungen. — 24. Unterbrechung einer Rede. — 25. Urlaube. — 26. Verlesung von Reden. — 27. Worterteilung, Wortmeldung. — 28. Zensurrecht des Präsidenten. ‚a. Im allgemeinen. b. Ordnungsrufe. c. Rufe zur Sache. d. Wortentziehung.‘] — 29. Zuweisung des Einlaufes.)

1. Abstimmungen.

Präsident Auersperg Anton läßt über die Reihenfolge abstimmen, in welcher mehrere Anträge zur Abstimmung gelangen sollen. **1**, 194.

— Präsident Auersperg Anton und Schmerling Anton geben Anträgen auf namentliche Abstimmung ohne Befragen des Hauses Folge, da das Abstimmungsresultat bei den vorgenommenen Abstimmungen zweifelhaft war. **1**, 194; **4**, 92.

— Präsident Auersperg Carlos erklärt, daß eine Abstimmung nur erfolgen könne über Anträge des Ausschusses und einzelner Antragsteller, wenn deren Anträge in Verbindung mit dem Ausschußantrage gestellt werden. Nur bei Ablehnung dieser Anträge könne über die Regierungsvorlage abgestimmt werden. **2**, 131.

— Präsident Auersperg Carlos läßt darüber abstimmen, ob eine Abstimmung über mehrere Posten zusammen zulässig sei. **2**, 229.

— Präsident Hopfen läßt, da der Ausschuß die Ablehnung einer von der Regierung geforderten Post beantragt, über die betreffende Post der Regierungsvorlage abstimmen. **3**, 181.

— Präsident Schmerling Anton entscheidet, daß, falls der Ausschuß die Ablehnung einer in einer Regierungsvorlage geforderten Post beantragt, nicht der negative Ausschußantrag, sondern die Ziffer der Regierungsvorlage zur Abstimmung gebracht wird. **4**, 75.

— Präsident Schmerling Anton läßt nach Verkündigung eines Abstimmungsresultates einen Antrag auf namentliche Abstimmung über den Gegenstand nicht mehr zu. **4**, 77.

— Präsident Hopfen ordnet namentliche Abstimmungen an, da das Abstimmungsresultat bei der Abstimmung durch Erheben von den Sitzen zweifelhaft war. **5**, 96, 144.

— Präsident Rechbauer läßt bei einem Ausschußantrage auf Ablehnung einer Regierungsforderung nicht abstimmen, da kein positiver Antrag zur Abstimmung vorliege. **7**, 126.

Geschäftsordnungsfragen.

1. Abstimmungen.

— Prinzipieller Beschluß der Delegation, daß stets die beantragte höhere Ziffer und nicht ein Abänderungsantrag, der eine niedrigere Ziffer beinhaltet, zuerst zur Abstimmung zu bringen sei. **11**, 30.

— Präsident Coronini Franz erklärt, daß zwar abändernde Anträge zuerst zur Abstimmung zu bringen sind, daß aber die Delegation berechtigt sei, jede andere Art der Abstimmung zu beschließen. **11**, 389.

— Präsident Schmerling Anton macht aufmerksam, daß bei der Abstimmung über eine bestimmte Post auf die Regierungsvorlage zurückzugreifen ist, wenn diese Post vom Ausschusse zur Ablehnung beantragt wird. **12**, 82.

— Nach Abgabe der Stimmzettel für die Wahl eines Petitionsausschusses wird die Wahl wiederholt, weil sich ein Druckfehler in die Stimmzettel eingeschlichen hatte. **18**, 8.

— Präsident Lobkowitz Ferdinand schlägt vor, als Anerkennung für die wackere Haltung unserer Marine in China den bezüglichen Passus aus dem Berichte des Budgetausschusses als Beschlußantrag aufzufassen und zur Abstimmung zu bringen. (Einstimmige Annahme.) **37**, 345. (S. auch China.)

— Sylvester ersucht um namentliche Abstimmung über eine Resolutionsantrag.

Präsident Baernreither erklärt auf Grund des § 53 G. O. über diese Anregung abstimmen lassen zu müssen. **38**, 340.

— s. auch Abstimmungen.

2. Anfragen an den Präsidenten.

Präsident Chlumecky erklärt, daß über eine Anfrage nicht debattiert werden könne. **32**, 309.

— Präsident Gautsch beantwortet eine an ihn im Verlaufe einer tatsächlichen Berichtigung gerichtete Anfrage. **39**, 199.

3. Anträge und deren Behandlung.

Präsident Auersperg Carlos richtet an die Delegation die Frage, ob ein eingebrachter Antrag als ein Zusatzantrag oder als ein selbständiger zu betrachten sei. **2**, 96.

— Präsident Coronini Franz läßt über die Frage abstimmen, ob ein Antrag getrennt zur Abstimmung kommen soll. **11**, 311.

— Präsident Jaworski befragt die Delegation, ob ein eingebrachter Antrag als formaler anzusehen sei. **34**, 364.

— Präsident Gautsch erwidert einem Redner, der die direkte Zuweisung seines Antrages an den Budgetausschuß verlangt, daß er diesen Antrag zur ersten Lesung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen werde. **39**, 687.

Digitized by Google

Geschäftsordnungsfragen.

4. Ausschüsse, Ausschußsitzungen.

Präsident Trauttmansdorff Ferdinand bemerkt über eine Anfrage, daß auch denjenigen Mitgliedern der Delegation, die nicht Mitglieder der Budgetausschüsse sind, die Einladungen zu den Sitzungen des Budgetausschusses zugestellt werden, damit sie im Sinne des § 17 der G. O. in der Lage sind, an diesen Sitzungen teilzunehmen. **10**, 27.

— Die mittels Stimmzettel vorgenommene Wahl eines Ausschusses wird wiederholt, weil sich in den vorgelegten Stimmzetteln ein Druckfehler ergab. **18**, 8.

— Herold protestiert dagegen, daß kein tschechischer Delegierter in den Budgetausschuß gewählt wurde. Debatte darüber. **29**, 8.

Präsident Windisch-Graetz ersucht, die Frage der Wahlen in den Budgetausschuß nicht in die Debatte zu ziehen, da die Delegierten wegen der in Ausübung ihres Berufes geschehenen Abstimmungen niemals zur Verantwortung gezogen werden können. **29**, 17, 24, 25, 31, 32, 35.

— Baden erklärt, seine Partei habe bei der Wahl in den Budgetausschuß nach dem bisherigen Herkommen gehandelt, wonach es der Majorität der Delegierten aus jedem Lande anheimgestellt wurde, diejenigen aus ihrer Mitte zu nominieren, welche in den Budgetausschuß gewählt werden sollen. **29**, 26.

— Vertrauliche Ausschußsitzung. Debatte über die Frage, ob die in einer vertraulichen Ausschußsitzung von der Regierung gemachten Mitteilungen dem Plenum bekannt zu geben sind. — Die Delegation beschließt, eine Abstimmung über einen diesfalls gestellten Antrag nicht zuzulassen. **34**, 360—364.

5. Außerordentliche Session.

Bei einer außerordentlichen Delegationssession treten die Funktionäre des Präsidiums, sowie die Ausschüsse der vorhergegangenen ordentlichen Session ohne eine Neuwahl wieder in Funktion. **15**, 1; **16**, 2; **22**, 1.

— s. auch Delegationssessionen, außerordentliche.

6. Berichterstatter.

Der Budgetausschuß bestellt für einzelne Abteilungen des Heeresbudgets spezielle Referenten. **2**, 96.

— Bei der Beratung über das Budget des Ministeriums des Äußern für das Jahr 1871 werden für das Plenum für einzelne Titel und Posten Spezialberichterstatter bestellt.

7. Beschlußfähigkeit.

Über Verlangen des Delegierten Klenmann wird die Beschlußfähigkeit der Delegation konstatiert. **34**, 214.

— Über Verlangen des Delegierten Sylvester erfolgt vor Einleitung einer Abstimmung die Auszählung des Hauses, welche die Beschlußunfähigkeit ergibt, weshalb die Sitzung geschlossen wird. **38**, 184.

Geschäftsordnungsfragen.

7. Beschlußfähigkeit.

— Auf Wunsch des Delegierten Mayer erfolgt bei der Abstimmung über mehrere Posten des Kriegsbudgets pro 1903 die Konstatierung des Stimmenverhältnisses. **38**, 339.

— Über Ersuchen des Delegierten Conci erfolgt die Konstatierung des Stimmenverhältnisses bei der Abstimmung über seinen Resolutionsantrag wegen Abschaffung der Strafen des Eisens und des Anbindens an die Säule. **38**, 340.

8. Debatte.

a) Generaldebatte.

Präsident Rechbauer eröffnet über die Bedeckungsposten des Heeresbudgets eine besondere Generaldebatte. **9**, 161.

— Präsident Windisch-Graetz erklärt, in der Spezialdebatte ein Zurückgreifen auf die Generaldebatte nicht zulassen zu können. **29**, 75.

— M. Ac. Goluchowski erklärt, gegen den Unfug protestieren zu müssen, fremde Souveräne, deren Angehörige oder Vertreter in die Debatte hineinzuziehen. **36**, 81.

— M. Ac. Goluchowski bemerkt, ein Delegierter habe sich in einer nach seiner Ansicht in dieser parlamentarischen Versammlung nicht zulässigen Weise über eine uns befreundete und alliierte Macht ausgesprochen, der er sogar sehr illoyale Absichten in die Schuhe geschoben habe. Das könne er absolut nicht gelten lassen; er müsse seine Anschuldigungen in der entschiedensten Weise zurückweisen. **38**, 160.

b) Schluß der Debatte.

Präsident Auersperg Carlos erklärt, daß nach Schluß der Debatte nur dem Berichterstatter oder einem Antragsteller das Wort erteilt werden könne. **2**, 177.

— Präsident Schmerling Anton erklärt, daß nach geschlossener Debatte die Stellung von Anträgen nicht mehr zulässig sei. **4**, 77.

— Präsident Hopfen erklärt, er könne nach geschlossener Debatte das Wort nur mit ausdrücklicher Ermächtigung der Delegation erteilen. **5**, 166.

— Präsident Rechbauer befragt das Haus nach geschlossener Debatte, ob die Debatte wieder aufgenommen werden soll. **7**, 169.

— Präsident Chlumecký erteilt einem Delegierten nach Schluß der Generaldebatte nicht mehr das Wort, gibt aber seiner Ausführung in der Spezialdebatte Raum, weil es sich um die Aufklärung eines Mißverständnisses seitens des Berichterstatters handelte. **32**, 41, 43.

— Präsident Thun Franz erklärt, nach geschlossener Debatte nicht das Wort erteilen zu können. Durch die Rede eines Ministers werde die Debatte nicht wieder eröffnet. **33**, 256.

— Präsident Jaworski fordert nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte nach § 41, Absatz 2

Digitized by Google

Geschäftsordnungsfragen.

b) Schluß der Debatte.

der Geschäftsordnung die noch eingetragenen Redner auf, sich auf einen Generalredner zu einigen. Da eine solche Einigung nicht zu stande kommt, gelangen alle noch vorgemerkten Redner zum Worte. **36**, 64.

— Herold bezeichnet es als ein Negativum in den Delegationen sowohl als im Budgetausschusse, daß die Minister über ihre Angelegenheiten das Schlußwort haben, und daß dann weiter keine Gelegenheit mehr ist, die Antworten der Minister einer Kritik zu unterziehen. **37**, 39.

— Pommer findet es unklug, daß den Ministern im Ausschusse und im Plenum das letzte Wort eingeräumt sei; es wäre im Interesse der Plenarsitzungen gelegen, wenn in der Delegation dieselbe Geschäftsordnung bestände wie im Abgeordnetenhause. **37**, 58.

9. Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen.

Präsident Rechbauer meint, daß bei einer Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen über den Antrag des Ausschusses, bei dem früheren Beschlusse zu beharren, eine neuerliche Abstimmung nicht stattzufinden habe, sondern die Delegation das Verharren bei diesem Beschlusse zur Kenntnis nehmen möge, ist aber bereit, sich einem anderen Wunsche der Delegation zu fügen. **7**, 157.

10. Dringliche Behandlung.

Berichterstatter Baernreither beantragt, den Bericht des Budgetausschusses über Resolutionsanträge nach § 35 G. O. in dringlicher Weise auf die Tagesordnung zu setzen, wozu die Zweidrittel-Majorität notwendig sei.

Präsident Lobkowitz Ferdinand erklärt, es handle sich um die Abkürzung nach § 35 b), indem sogleich nach Verteilung des gedruckten Ausschußberichtes zur Verhandlung geschritten werden soll, wofür die Zweidrittel-Majorität nicht erforderlich sei, die von der Geschäftsordnung nur für die Punkte 35 c und 35 f gefordert werde. **37**, 512.

— Gemäß § 35, lit. d der Geschäftsordnung wird von der Drucklegung eines Ausschußberichtes über zwei Resolutionsanträge Umgang genommen und die sofortige mündliche Berichterstattung zugelassen. **38**, 341.

11. Dritte Lesung.

Präsident Trauttmansdorff Ferdinand erklärt, daß die dritte Lesung einzelner Budgets auch vor der letzten Zusammenstellung aller Delegationsbeschlüsse stattfinden könne. **10**, 318.

12. Einberufung der Delegationen.

Die Delegationen, die im Jänner 1868 behufs Erledigung des Budgets pro 1868 in Wien getagt hatten, werden in Fortsetzung der Session ohne Vornahme von Neuwahlen zur Beratung des Budgets pro 1869 nach Budapest einberufen. **1**, 243.

Geschäftsordnungsfragen.

12. Einberufung der Delegationen.

— Resolution des Budgetausschusses wegen künftiger rechtzeitiger Einberufung der Delegationen. **1**, 348.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die rechtzeitige Einberufung der Delegationen. **10**, 9, 32. (Vergleiche hiezu auch Bericht des Budgetausschusses. **10**, 29.)

— Stránský führt aus, daß im Falle der Obstruierung der Delegationswahl nach § 10 des Staatsgrundgesetzes über die Wirksamkeit der Delegationswahlen die vorjährige Delegation einzuberufen gewesen wäre. **35**, 446.

13. Ersatzmänner von Delegierten.

Für die Zeit der Erkrankung eines Delegierten wird dessen Ersatzmann einberufen; der Delegierte nimmt nach seiner Genesung seinen Platz in der Delegation wieder ein. **1**, 5, 26.

— Das Abgeordnetenhaus entscheidet in der 131. Sitzung der 4. Session vom 19. Juni 1868 (stenographisches Protokoll Seite 4069) daß, wenn einmal an Stelle des Delegierten ein Ersatzmann in die Delegation eingetreten ist, dieser seitens gesetzlich als Delegierter zu betrachten und nunmehr nur ein Ersatzmann für denselben zu wählen ist.

— Präsident Rechbauer erklärt, für einen ausgetretenen Delegierten keinen Ersatzmann einberufen zu können, weil ein solcher nicht mehr erübrigt. **7**, 85.

— Präsident Smolka erklärt, er habe an Stelle eines im Verlaufe der Session ausgeschiedenen Delegierten den Ersatzmann nicht mehr einberufen, weil es zweifelhaft sei, ob derselbe noch rechtzeitig eintreffen könne. **19**, 10.

14. Interpellationen.

Präsident Lobkowitz Ferdinand teilt mit, daß er im stenographischen Protokolle in einer Interpellation den Ausdruck „Gewissenlosigkeit" gefunden habe, den er hätte rügen müssen, wenn nicht ein Übersetzungsfehler seitens des Interpellanten vorliegen würde. Es sei dem stenographischen Protokolle ein Nachtrag hinzugefügt worden, in welchem dieser Ausdruck richtiggestellt sei. **31**, 275.

— Pacák betont das Interpellationsrecht der Delegation und führt über den schroffen Ton mancher Interpellationsbeantwortungen Beschwerde. **35**, 434.

M. Ke. Goluchowski erwidert, er sei sich eines scharfen Tones nicht bewußt. **35**, 455.

Gessmann erklärt, gegen eine geringschätzige Behandlung der Reden von Delegierten seitens der Regierung — so wenig er sich mit der betreffenden Partei oder Person identifiziere — sich auch verwahren zu müssen. **35**, 459.

— Bukovič ersucht den Präsidenten, auf die Minister in dem Sinne einzuwirken, daß unter allen Umständen alle Interpellationen vor Schluß der Delegation beantwortet werden.

Präsident Baernreither verweist auf § 58, Absatz 2, der Geschäftsordnung. Eine Ingerenz auf die Mit-

Digitized by Google

Geschäftsordnungsfragen.

14. Interpellationen.

glieder der gemeinsamen Regierung, auf welche der dort angegebenen Arten sie vorgehen wollen, stehe ihm nicht zu. Er sei aber gerne bereit, im Sinne der gemachten Anregung mit den gemeinsamen Ministern Rücksprache zu pflegen. **38**, 16.

15. Mandatsverlust.

Eine Zuschrift des Präsidiums des Abgeordnetenhauses gibt bekannt, daß mehrere Delegierte und Ersatzmänner aus Galizien auf Grund des § 4 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates (sie waren der Aufforderung des Präsidiums nicht nachgekommen, binnen 14 Tagen im Hause zu erscheinen oder ihre Abwesenheit zu entschuldigen) ihrer Mandate als Reichsratsabgeordnete verlustig erklärt wurden und daß daher Neuwahlen für die Delegation notwendig wurden. **6**, 10.

16. Nichtdeutsche Reden.

Präsident Rechbauer erklärt, daß das stenographische Bureau nicht in der Lage ist, eine italienisch gesprochene Rede zu stenographieren, weshalb er dieselbe auch nicht in das Protokoll aufnehmen lassen könne. **9**, 43. (S. auch Verhandlungssprache.)

17. Petitionen.

Dem Verlangen nach wörtlicher Verlesung von Petitionen wird nicht stattgegeben. **2**, 12.

— Helfert beantragt, von der Drucklegung des Berichtes des Petitionsausschusses nach Zulaß des § 35 c G. O. abzusehen. **31**, 93.

— Eine Petition (der Secarsenalarbeiter in Pola wegen Erhöhung der Löhne) wird vom Überreicher Delegierten Zanetti zurückgezogen, nachdem die Wünsche der Petenten bereits durch die Regierungsvorlage Berücksichtigung gefunden haben. **35**, 401.

— Antrag des Berichterstatters Barwiński auf mündliche Berichterstattung des Petitionsausschusses über sämtliche Petitionen. **38**, 322. S. auch Petitionen.

18. Resolutionen.

Präsident Lobkowitz Ferdinand erklärt die Resolution eines Delegierten für gegenstandslos, da der Budgetausschuß dieselbe unter seine Anträge aufgenommen habe. **37**, 67.

19. Schriftführer.

Mit Zustimmung des Hauses unterbleibt trotz mehr als vierwöchentlicher Amtsführung die Neuwahl der Schriftführer. **10**, 35.

— Da die Mandate der gewählten Schriftführer abgelaufen sind, ersucht der Präsident das jüngste Mitglied der Delegation, die Funktion eines Schriftführers zu übernehmen. **11**, 347.

Geschäftsordnungsfragen.

20. Sitzungen der Delegation.

Der Minister des Äußern teilt mit, daß er infolge eines Ministerrates verhindert ist, an einer Delegationssitzung teilzunehmen; infolge dessen wird diese Sitzung vertagt. **3**, 213.

— Antrag Meran auf Abhaltung einer Plenarsitzung am Sonntag nachmittag. (Angenommen.) **3**, 363.

— Die Schlußsitzung einer Delegation, die in Budapest getagt hatte, wird zur Richtigstellung mehrerer Abdierungsfehler in der Schlußformulierung des gemeinsamen Voranschlages pro 1871 mit Allerhöchster Bewilligung ausnahmsweise in Wien abgehalten. **3**, 599.

— Da die gemeinsamen Minister infolge eines Ministerrates verhindert sind, in der Delegationssitzung zu erscheinen, wird diese Sitzung vertagt. **5**, 61.

— Wegen Verhinderung der gemeinsamen Minister, an der Delegationssitzung teilzunehmen, wird die Sitzung geschlossen. **5**, 61.

— Abhaltung einer Sitzung der Delegation gleichzeitig mit einer Sitzung des Abgeordnetenhauses. **10**, 114.

— Infolge des Todes des deutschen Kaisers Friedrich wird eine Delegationssitzung aufgehoben. **24**, 8.

— Präsident Lobkowitz Ferdinand konstatiert den seltenen Fall, daß die Delegation zu gleicher Zeit mit beiden Häusern des Reichsrats getagt hat, dadurch sei an einzelne Delegierte eine doppelte Arbeit herangetreten. **31**, 340.

— Stránský ersucht den Präsidenten, dafür Sorge zu tragen, daß an den Tagen, an welchen das Abgeordnetenhaus Sitzung hält, weder eine Plenar-, noch eine Ausschußsitzung der Delegation stattfinde.

Präsident Vetter erklärt, hierauf Rücksicht nehmen zu wollen, doch stehe die Bestimmung der Sitzungen des Budgetausschusses dem Obmanne desselben zu. **35**, 9.

— Ochrymowicz ersucht, eine auf den 13. Jänner anberaumte Delegationssitzung mit Rücksicht auf den griechisch-katholischen Neujahrsgottesdienst erst für 12, statt für 11 Uhr anzusetzen.

Diesem Wunsche wird vom Präsidenten Rechnung getragen. **35**, 242.

— Kaftan ist überrascht, daß die Delegationssitzungen für das Frühjahr angeordnet wurden, wo sich der Reichsrat mit wichtigen wirtschaftlichen Fragen (Zuweistionen, Wasserstraßen, Lokalbahnen und Budget) zu befassen habe. **37**, 49.

— Präsident Lobkowitz Ferdinand richtet in seinem Schlußwort an alle maßgebenden Faktoren die inständigste Bitte, es möge in Zukunft der möglichste Weg gesucht werden, daß es sich nicht wiederhole, daß die Delegationen zugleich mit beiden Häusern tagen, nachdem die Anspriche an die Mitglieder dadurch bedeutend gesteigert werden und vielleicht auch die Erledigung der Arbeiten nicht in jener ruhigen Art erfolgte, wie es gewiß allseits wünschenswert war. **37**, 520.

Digitized by Google

Geschäftsordnungsfragen.

20. Sitzungen der Delegation.

— Präsident Baernreither macht auf die Schwierigkeit der Situation aufmerksam, die sich daraus ergebe, daß die Verhandlungen der Delegation in Budapest wiederholt durch jene des Reichsrats in Wien unterbrochen werden. Sein Bestreben sei es, zwei Dinge zu vereinigen: erstens die Verhandlungen der Delegation ohne jede Überhastung durchzuführen, andererseits aber die Zeit, die in Budapest zugebracht werde, möglichst auszunützen. **38**, 146.

— Präsident Baernreither bemerkt, er könne eine Sonntagssitzung ex praesidio nicht vorschlagen, wenn gegen dieselbe von verschiedenen Seiten Widerspruch erhoben werde, wie dies tatsächlich geschehen sei. **38**, 398.

21. Stenographische und amtliche Protokolle.

Präsident Smolka ersucht um die Ermächtigung, von der Verlesung eines amtlichen Sitzungsprotokolles Umgang zu nehmen. **21**, 131.

— Kaftan bedauert, daß die Ansprache des Präsidenten an den Kaiser, die Allerhöchste Thronrede und das Exposé nicht als Beilagen zu den stenographischen Protokollen der Delegation im authentischen Text veröffentlicht werden. **38**, 19.

(Geschieht seit dem Jahre 1903.)

22. Tagesordnung.

Über Wunsch des Ministers des Äußern Andrássy wird ein Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt. **11**, 110.

— Wegen Verhinderung des Ministers des Äußern durch Krankheit wird die Tagesordnung einer Delegationssitzung abgeändert. **26**, 9.

— Mit Rücksicht auf die Trauer um den verstorbenen Admiral Sterneck wird das Budget der Kriegsmarine von der Tagesordnung abgesetzt. **33**, 184.

— Präsident Vetter Ritter setzt die dritte Lesung des Heeresordinariums von der Tagesordnung ab, da die ungarische Delegation ihre Beratungen über dieses Kapitel noch nicht beendet hat und infolgedessen die Gleichmäßigkeit der Beschlüsse nicht konstatiert werden kann. **35**, 213.

23. Tatsächliche Berichtigungen.

Vizepräsident Kaiserfeld erteilt einem Redner das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung. **1**, 338.

— Präsident Auersperg Carlos erklärt, daß nach Schluß der Debatte niemanden das Wort erteilt werden kann, außer dem Berichterstatter oder, wenn kein Bericht vorgelegen ist, dem Antragsteller. **2**, 177.

— Präsident Auersperg Carlos erteilt nach Schluß der Debatte zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. **2**, 258.

— Präsident Hopfen erteilt zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort unter der Voraussetzung, daß die Delegation nichts dagegen einwendet. **3**, 155, 386.

Geschäftsordnungsfragen.

23. Tatsächliche Berichtigungen.

— Präsident Schmerling Anton erteilt über Verlangen zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort. **6**, 56; **8**, 41; **14**, 35.

— Präsident Rechbauer erteilt einem Redner das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung unter der Voraussetzung, daß dagegen keine Einwendung erfolgt. **9**, 121.

— Präsident Coronini Franz erklärt, zu einer tatsächlichen Berichtigung oder einer persönlichen Bemerkung das Wort nicht erteilen zu können. **11**, 386.

— Präsident Lobkowitz Ferdinand ermahnt einen Redner, der zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort erhielt, sich in eine Polemik nicht einzulassen. **31**, 73.

— Präsident Chlumecky erklärt, daß die Geschäftsordnung eine tatsächliche Berichtigung nicht kenne. **32**, 38.

— Präsident Thun Franz konstatiert, daß er in der Handhabung der Geschäftsordnung einen Fehler begangen habe, indem die Geschäftsordnung tatsächliche Berichtigungen nicht kenne und ersucht um Nachsicht, daß er, nachdem er schon zweimal das Wort zu tatsächlichen Berichtigungen erteilt habe, dies auch einem dritten Delegierten gegenüber tue. **33**, 166.

— Präsident Jaworski erteilt einem Delegierten das Wort zur tatsächlichen Berichtigung. **34**, 92.

— Kramář bemerkt, er habe sich eigentlich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet; nachdem ihm jedoch seitens des Präsidiums klargelegt worden sei, daß es in der Delegation nicht üblich ist, tatsächliche Berichtigungen vorzubringen, so wolle er dies in der Form tun, daß er noch einmal als Redner das Wort ergreife. **38**, 141.

— Präsident Gautsch ermahnt einen Redner, der zur tatsächlichen Berichtigung das Wort erhielt, nicht über den Rahmen einer solchen Berichtigung hinauszugehen. **39**, 198.

— Präsident Gautsch unterbricht einen Redner, der zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort erhielt, mit der Bemerkung, daß seiner Ansicht nach in der Angelegenheit, um die es sich handle, nichts mehr tatsächlich zu berichtigen sei und ersucht ihn, seine Ausführungen zu beenden. **39**, 199.

— Präsident Gautsch unterbricht einen Redner bei einer tatsächlichen Berichtigung mit der Aufforderung, nicht zu polemisieren. **39**, 200.

— Präsident Gautsch erteilt einem Redner zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort. **39**, 624.

— Präsident Jaworski erteilt zu tatsächlichen Berichtigungen das Wort. **40**, 317.

24. Unterbrechung einer Rede.

Präsident Chlumecky gestattet einem Redner, seine Rede zu unterbrechen und dieselbe in der nächsten Sitzung fortzusetzen. **28**, 106.

Digitized by Google

Geschäftsordnungsfragen.

25. Urlaube.

Präsident Czartorski Konstantin erklärt, einem Ansuchen um Gewährung eines Urlaubes für die ganze Delegationssession nicht entsprechen zu können, sondern dieses Ansuchen als eine Niederlegung des Delegiertenmandates betrachten zu müssen. **18**, 6.

— Die Delegation bewilligt einem Delegierten einen Urlaub für die Dauer der Session. **28**, 7.

26. Verlesungen von Reden.

Präsident Trautmannsdorff Ferdinand macht einen Redner darauf aufmerksam, daß das Verlesen von Reden nicht gestattet ist. **10**, 122.

— Präsident Gautsch erklärt, daß nach der Geschäftsordnung den Ministern das Recht zustehe, ihre Reden zu verlesen. **39**, 630.

— Präsident Gautsch ersucht einen Redner wiederholt, nicht ganze Exposés zu verlesen. **39**, 232, 233, 234, 236.

27. Vorterteilung, Wortmeldung.

Präsident Auersperg Carlos erteilt einem Redner zu demselben Titel zum dritten Male das Wort. **2**, 65.

— Präsident Auersperg Carlos erklärt, daß nach Schluß der Debatte nur dem Berichterstatter oder, wenn kein Bericht vorliege, dem Antragsteller das Wort erteilt werden könne. **2**, 177.

— Präsident Hopfen erteilt einem Delegierten, der als Minoritätsberichterstatter fungiert, das Wort in dessen Eigenschaft als Delegierter. **3**, 75.

— Präsident Coronini Franz konstatiert, daß die Redner die zu einem Gegenstande sprechen wollen, sich erst am Tage der Beratung des betreffenden Gegenstandes zum Worte melden können und erklärt die vor dem Tage der Beratung des betreffenden Gegenstandes vorgenommenen Eintragungen in die Rednerliste für ungültig. **11**, 171.

28. Zensurrecht des Präsidenten.

a) Im allgemeinen.

Präsident Hopfen ersucht einen Redner, sich unparlamentarischer Ausdrücke zu enthalten. **3**, 259.

— Präsident Windisch-Graetz betont, daß politische Verhältnisse, welche eines der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder betreffen, von der Wirksamkeit der Delegation ausgeschlossen sind und ersucht, auf innerpolitische Verhältnisse nicht reflektieren zu wollen. **29**, 23, **31**.

— Präsident Windisch-Graetz ersucht, die Krone nicht in die Debatte zu ziehen. **29**, 27.

— Präsident Windisch-Graetz ersucht, bei der Debatte auf die innerpolitischen Verhältnisse nicht einzugehen. **29**, 58.

— Präsident Windisch-Graetz erklärt, es könne eine Polemik mit Äußerungen, welche in der Delegation des ungarischen Reichstages gefallen sind, nicht zugeben. **29**, 189.

Geschäftsordnungsfragen (Zensurrecht.)

a) Im allgemeinen.

— Präsident Windisch-Graetz erklärt, er könne nicht zugeben, daß in der Delegation über das kroatische Staatsrecht gesprochen werde, da dies eine Angelegenheit sei, welche sich auf die einzelnen im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder beziehe. **29**, 191.

— Präsident Chlumecký ersucht einen Redner, die inneren Verhältnisse Ungarns nicht zum Gegenstande seiner Diskussion zu machen. **30**, 22.

— Präsident Chlumecký ersucht einen Redner, Angriffe gegen einen Staatsfunktionär, der sich in der Delegation nicht verteidigen kann, zu unterlassen. **30**, 23.

— Präsident Chlumecký erklärt, das Zurückgreifen auf eine frühere Debatte unter keinen Umständen zulassen zu können. **30**, 64.

— Präsident Chlumecký erklärt, er könne eine politische Erörterung über das Staatsrecht beim Kriegsbudget nicht zulassen. **30**, 188.

— Präsident Chlumecký unterbricht einen Redner mit der Bemerkung, daß er beim Budget des Ministeriums des Äußern eine eingehende Besprechung des Ausgleichsverhältnisses nicht zugeben könne. **32**, 27.

— Präsident Chlumecký macht einen Redner darauf aufmerksam, daß weitgehende Ausführungen über die deutschböhmischen Zustände nicht Gegenstand der Delegationsverhandlung sind. **32**, 36.

— Präsident Chlumecký ersucht einen Delegierten, die Würde der Delegation zu wahren und zum Gegenstande zu kommen. **32**, 62.

— Präsident Thun Franz bemerkt, daß der Ausdruck „Boshaftigkeit seitens des Militärs“ über die Grenze hinausgehe, bis zu welcher ein Redner der Delegation zu gehen das Recht habe. **33**, 67.

— Präsident Thun Franz ersucht, beim Heeresbudget die Verhältnisse der anderen Reichshälfte nicht einer eingehenden Kritik zu unterziehen. **33**, 72.

— Präsident Vetter Felix erklärt, einige Äußerungen eines Delegierten auf das entschiedenste mißbilligen zu müssen. **35**, 57.

— Präsident Vetter Felix richtet einen dringenden Appell an die Delegation, sich der Hereinziehung innerpolitischer und nationaler Angelegenheiten in die Diskussion zu enthalten. **35**, 401.

— Präsident Vetter Felix gestattet nicht, in der Debatte über den Titel „Dispositionsfonds“ auf eine Rede des Ministers des Äußern aus der Generaldebatte zurückzukommen. **35**, 461.

— Präsident Lobkowitz Ferdinand macht darauf aufmerksam, daß der Ausdruck „Räubervolk“ mit Bezug auf eine befreundete Nation doch nicht ganz parlamentarisch sei. **37**, 230.

— Präsident Baernreither kommt auf Äußerungen vom vorhergehenden Tage zurück. Ein Delegierter habe die Person eines fremden Souverains in einer Weise in die Debatte gezogen, die er entschieden mißbilligen müsse. Da er, als die betreffende Äußerung fiel, nicht

Digitized by Google

Geschäftsordnungsfragen (Zensurrecht.)

a) Im allgemeinen.

im Saale anwesend war und der Vizepräsident sie überhört habe, sehe er sich zu dieser nachträglichen Bemerkung veranlaßt. Er richte an die Delegierten die dringende Bitte, bei den Verhandlungen die Regeln der internationalen Courtoisie immer strenge zu wahren. **38**, 97.

— Präsident Baernreither ersucht den Redner, das Wort an das Präsidium und nicht an einen einzelnen Delegierten zu richten. **38**, 106.

— Präsident Gautsch ersucht einen Redner, sich bei Besprechung unserer politischen Entente in seinen Ausdrücken zu mäßigen. **39**, 106.

— Präsident Gautsch ersucht einen Redner, innere Angelegenheiten der Länder der ungarischen Krone nicht in die Debatte zu ziehen. **39**, 159.

— Präsident Gautsch ersucht einen Redner, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen. **39**, 224.

— Präsident Gautsch ermahnt einen Redner, sich bei der Besprechung innerer Angelegenheiten der Länder der ungarischen Krone die größte Mäßigung aufzuerlegen. **39**, 457.

— Präsident Gautsch rügt die Ausdrucksweise eines Redners als unparlamentarisch. **39**, 458.

— Präsident Gautsch fordert einen Redner auf, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen. **39**, 599.

— Präsident Gautsch ersucht einen Redner, sich verletzender Äußerungen über das Offizierskorps zu enthalten. **39**, 616.

— Präsident Jaworski ersucht einen Redner, das Wort Blamage nicht zu gebrauchen. **40**, 292.

— Präsident Jaworski erklärt einen von einem Redner gebrauchten Ausdruck über die Regierung für unzulässig. **40**, 311.

b) Ordnungsrufe.

Präsident Thun Franz erteilt dem Delegierten Scheicher, welcher den Dispositionsfonds „Korruptionsfonds" nennt, den Ordnungsruf. **33**, 193.

— Präsident Baernreither ruft den Delegierten Stein wegen einer Bemerkung über König Eduard von England zur Ordnung. **38**, 121.

— Vizepräsident Jaworski erteilt dem Delegierten Biankini wegen abfälliger Äußerungen über einen Akt der Krone den Ordnungsruf. **39**, 56.

— Präsident Gautsch erteilt dem Delegierten Schneider wegen einer Bemerkung über die Juden den Ordnungsruf. **39**, 170.

c) Ruf zur Sache.

Präsident Windisch-Graetz ruft einen Redner wegen Besprechung von innerpolitischen Verhältnissen bei der Verhandlung über das Budget des Ministeriums des Äußern zur Sache. **29**, 32, 36.

— Präsident Chlumecký macht einen Delegierten, der beim Kriegsbudget über Konsulate sprechen will, aufmerksam, daß er dies nicht zulasse. **32**, 80.

Geschäftsordnungsfragen (Zensurrecht.)

c) Ruf zur Sache.

— Präsident Thun Franz ersucht die Redner, sich möglichst an die Sache zu halten. **33**, 29.

— Präsident Thun Franz glaubt, daß eine Kritik der Vorgänge in einem anderen Vertretungskörper über den Rahmen der Erörterung in der Delegation hinausgehe und ersucht, sich möglichst an die Sache zu halten. **33**, 31.

— Präsident Thun Franz glaubt, daß die Erörterung eines Delegierten mit dem Heereserfordernisse in einem äußerst losen Zusammenhange stehe und bittet ihn, auf den Gegenstand der Tagesordnung zurückzukommen. **33**, 176.

— Präsident Thun Franz ermahnt einen Delegierten, beim Gegenstande zu bleiben. **33**, 373.

— Präsident Jaworski ersucht einen Delegierten, etwas mehr zur Sache zu sprechen und sich etwas kürzer zu fassen. **34**, 86.

— Präsident Jaworski macht die Redner aufmerksam, daß Gegenstand der Verhandlungen das Ministerium des Äußern sei. **34**, 88.

— Präsident Jaworski ersucht, bei der Sache zu bleiben. **34**, 201.

— Vizepräsident Vetter Felix ersucht, nicht auf Verhältnisse zurückzukommen, die mit der gemeinsamen Regierung und dem Gegenstande der Verhandlung nichts zu tun haben. **34**, 368, 369.

— Vizepräsident Vetter Felix ersucht, bei der Sache zu bleiben und nicht auf die innere Politik zurückzugreifen. **34**, 368.

— Präsident Gautsch ruft einen Redner bei der Spezialdebatte über das Ministerium des Äußern zweimal zur Sache. **39**, 209.

— Präsident Gautsch macht einen Redner darauf aufmerksam, daß er ununterbrochen Angelegenheiten der Länder der ungarischen Krone bespreche und ruft ihn zur Sache. **39**, 453.

— Präsident Jaworski ersucht die Redner, nicht immer Angelegenheiten zu besprechen, die weit über den Rahmen des Gegenstandes der Verhandlung hinausgehen und bittet, beim Gegenstande der Verhandlung zu bleiben. **40**, 54, 55.

d) Wortentziehung.

Präsident Windisch-Graetz entzieht einem Redner nach wiederholtem Rufe zur Sache das Wort. Die Delegation beantwortet die Frage, ob sie den Redner weiter hören wolle, im ablehnenden Sinne. **29**, 32.

— Antrag Masaryk, die Delegation möge darüber entscheiden, ob ein Redner, dem vom Präsidenten nicht gestattet wurde, über eine bestimmte Angelegenheit zu sprechen, darüber sprechen dürfe oder nicht. (Zustimmung der Delegation und Niederlegung des Präsidiums seitens des Präsidenten.) **29**, 189. (S. auch Präsidien, 29. Session.)

Digitized by Google

Geschäftsordnungsfragen.

29. Zuweisung des Einlaufes.

Dem Präsidenten wird die Ermächtigung erteilt, einlangende Regierungsvorlagen und Nuntien, sowie überhaupt den Einlauf nach Maßgabe des Gegenstandes, den er behandelt, direkt dem betreffenden Ausschusse zuzuweisen. **1**, 54; **10**, 4; **11**, 10; **12**, 9.

— Das Präsidium wird ermächtigt, die Nuntien der ungarischen Delegation direkt dem Budgetausschusse zuzuweisen. **13**, 184.

Geschütze, s. Waffenwesen.

Gestüte und Hengstendepots, s. Pferdewesen.

Getreidepreise.

Zedtwitz interpelliert den Minister des Äußern im Ausschusse über die niedrigen Getreidepreise. **30**, 57 (A. B.).

(s. auch Rumänien.)

Gewerbeförderung, s. Lieferungswesen.

Gesundheitsverhältnisse der Armee, s. Militärstatistik.

Gewichte, s. Maße und Gewichte.

Gibraltar, s. Konsulate.

Glavati, s. Festungswerke 2.

Gnadengehalt, s. Tegetthoff.

Görz, s. Flußregulierungen.

Göfting, s. Monturwesen.

Goletta, s. Konsulate.

Goluchowski, s. Äußere Politik, Minister.

Graz.

Interpellation Hochenburger, betreffend das Verhältnis der Garnison zur Bevölkerung. **34**, 52.
Beantwortet vom Km. Kriegshammer. **34**, 375.

— s. auch Bosnien 15.

Grenzbewachung anläßlich des russisch-türkischen Krieges. **10** 182, 195.

Grenzregimenter, s. Militärgrenze.

Griechenland.*)

Postvertrag mit Griechenland. Rotbuch Nr. 1.

— Die albanische Bewegung muß in ihrem Rahmen erhalten werden, damit nicht ein einzelner europäischer Staat darauf ausschließlichen Einfluß gewinne, das griechische Element muß tunlichst befriedigt werden. **12**, 59. (A. B.)

— Verhandlungen bezüglich der Rektifikation der griechisch-türkischen Grenze (Artikel XXIV des Berliner Vertrages). Rotbücher der Jahre 1878 bis 1881.

Griechenland.

— Bemühungen Österreichs, ein besseres Verhältnis zwischen Konstantinopel und Athen herzustellen. — Postfrage. — Unsere Interessen und jene Griechenlands fallen im Großen zusammen. M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. Juni 1888.

— Ausführung des griechisch-türkischen Friedensvertrages. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Sympathisches Interesse an dem Regenerierungsprozesse Griechenlands. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Lösung der Frage der Handels- und Konsularkonvention mit der Türkei durch einen Schiedsspruch der Botschafterkonferenz in Konstantinopel. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 22. Mai 1901.

— Bedeutung des Ausbaues des nördlichen Eisenbahnnetzes Griechenlands zum Anschluß an die türkischen Bahnen. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Korrektes Verhalten Griechenlands gegenüber den Balkanwirren. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

— s. auch Albanien, Handelspolitische Fragen.

Gubernatis, s. Ausweisungen.

H.

Haag, s. Diplomatische Auslagen (Holland).

Haager Friedenskonferenz, s. Friedensbewegung 3.

Hafengebühren, s. Konsularwesen 2.

Hainburg, s. Dislokationen.

Hamburg, s. Diplomatische Auslagen, Konsulate.

Handelsflagge, s. Flagge.

Handelskammern.

Subventionen an die österreichisch-ungarischen Handelskammern in:

Alexandrien. **35**, 465; **36**, 107.

Konstantinopel. **20**, 80; **21**, 92; **23**, 18; **24**, 13; **25**, 10; **26**, 184; **27**, 17; **28**, 51; **29**, 78; **30**, 51; **31**, 43; **32**, 42; **33**, 47; **34**, 95; **35**, 465; **36**, 107.

London. **32**, 42; **33**, 47; **34**, 95; **35**, 465; **36**, 107.

Paris. **34**, 95; **35**, 465; **36**, 107.

Handelsmarine.

Statiz befürwortet eine Unterstützung der Handelsmarine. **29**, 74.

— Petition der Schiffsreeder und Merkantilkapitäne von Triest und der Bocche di Cattaro wegen Änderung der ungarischen Handelsflagge. **2**, 305.

*) Alle Angelegenheiten, die sich auf das Verhältnis Griechenlands zur Türkei beziehen, s. unter „Türkei 5".

Digitized by Google

Handelspolitische Fragen.*)

— **Berichte** verschiedener k. und k. Gesandtschaften und Konsulate über handelspolitische Fragen. Braunbücher Nr. 1 und 2.

— **Handelspolitische Abteilung** im Ministerium des Äußern, Kreierung. Denkschrift zum Budget 1878.

— **Blickenburg** wünscht, daß die Handelsbeziehungen einen kräftigen Schutz durch die Marine erhalten. **5, 45.**

— **Teuschl** fragt, in welcher Konzeption die Regierung bei Erneuerung der Handelsverträge vorzugehen gedenke. **8,** 20.

M. Ke. **Andrássy** erklärt es nicht als seine Aufgabe, die Richtung festzustellen, in der handelspolitische Verträge zu schließen sind, dies falle dem Reichsrate und dem Reichstage zu. Das Ministerium des Äußern sei nur das Mittelglied zwischen den beiden Handelsministerien. **8,** 22.

— **Wolfrum** erinnert daran, daß die Regierung die Vorlage der handelspolitischen Korrespondenzen in Aussicht gestellt habe und hält es bei der gegenwärtigen trübseligen Lage für gerechtfertigt, wenn ein Volksvertreter Aufschluß über den zukünftigen Geschäftsgang verlangt. Der internationale Verkehr soll fortdauern und wachsen, aber nicht bloß im Interesse des Auslandes, sondern auch des Inlandes. Die vaterländische Arbeit sei einigermaßen im Nachteil gegen die vom Auslande importierte Arbeit. Redner hofft aus den vorzulegenden handelspolitischen Korrespondenzen eine Beruhigung in dieser Richtung. **8,** 28.

— **Berichterstatter Ruß** erörtert das Vorgehen bezüglich der Handelspolitik gegenüber Serbien und den Donaustaaten. **11,** 354.

— **Die handelspolitische Stellung der Monarchie im Oriente wäre eine ganz andere, wenn immer ein energischer Druck auf die in unserer Wirtschaftssphäre liegenden südöstlichen Nachbarländer geübt worden wäre. 12,** 60. (A. B.)

— M. Ke. **Haymerle** erklärt, daß es sich das Ministerium des Äußern zur Aufgabe machen werde, die wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns in jeder Weise zu stützen; doch müssen auch aus der Bevölkerung Pionniere des ökonomischen Fortschrittes hervorgehen. **13,** 39.

— Resolution **Rosenberg**, betreffend die intensive Vertretung der kommerziellen Interessen durch die Organe des Ministeriums des Äußern. (Abgelehnt.) **13,** 40.

— **Plener Ernst** wünscht, daß es der Monarchie gelinge, wieder das System von Tarifverträgen zu erreichen, aber es sei nach der Lage der Dinge in Europa wenig Aussicht dazu. Die Stellung des Ministeriums des Äußern in handelspolitischen Fragen sei eine schwierige, da wir wohl ein einheitliches Zollgebiet für die internen Verhältnisse, aber keine einheitliche Handelspolitik nach außen besitzen. Das Ministerium des Äußern möge es sich angelegen sein lassen, den einseitigen Strömungen der beiden Regierungen immer den allgemeinen höheren Gesichtspunkt der Einheit der Monarchie nach außen gegenüberzustellen. **26,** 164.

— **Baernreither** findet die handelspolitische Lage äußerst unbefriedigend; viele Industrien seien zurückgegangen und viele Kreise seien notleidend. Den kommenden Ereignissen des Jahres 1892 könne Österreich nur durch erhöhte Energie gewachsen sein. Ein wichtiger Punkt sei auch die Übereinstimmung beider Reichshälften gegenüber dem Auslande und es dürfte sich die impulsive Energie Ungarns nicht gegen die Interessen Österreichs kehren. **26,** 168.

— Sektionschef **Szögyény** weist darauf hin, daß sich das Ministerium des Äußern in handelspolitischer Beziehung strenge an seinen Kompetenzkreis halten müsse, sich aber auch vollkommen bewußt sei, daß die auswärtige und die Handelspolitik in den engsten Beziehungen zu einander stehen. **26,** 178.

— **Rieger** findet die geringen Erfolge unserer Politik in den Balkanstaaten darin begründet, daß die materiellen Fragen nicht immer in einer Weise gewinnenden Weise geleitet werden. Wenn der Minister des Äußern hier mit größerer Energie eintreten sollte, würde er auf sehr heikle Kompetenzfragen stoßen. Die Zoll- und Handelspolitik werde bei uns geradezu inkonstitutionell geleitet. Was die beiden Ministerien miteinander ausmachen, müssen die beiden Parlamente akzeptieren. Außerdem trachte Ungarn selbständig zu handeln, denn es fürchte zu leiden, wenn in dieser Frage eine größere Gemeinsamkeit stattfände. **26,** 176.

— **Zedtwitz Kurt** pflichtet der Anschauung nicht bei, daß es dem Ministerium des Äußern wegen des Dualismus schwer sei, in der Handelspolitik entsprechende Maßnahmen zu treffen. Was der ungarischen Landwirtschaft zu gute komme, werde auch unserer Landwirtschaft zu gute kommen, und wenn unsere Industrie geschädigt werde, leide auch die ungarische Schaden. Die Wünsche der einen oder anderen Reichshälfte können nicht so divergieren, daß es dem Ministerium des Äußern nicht gelingen sollte, gewisse Vereinbarungen zu treffen, was es ja auch ohne Dualismus tun müßte, da es die Interessen des ganzen Reiches zu vertreten hätte. **26,** 179.

— **Suess Eduard** ist für Erweiterung des Einflusses Österreichs in den südöstlichen Nacharländern, nicht auf politischem, sondern auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete. Die Bestrebungen Amerikas machen die Einigung der europäischen Staaten zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit ersten Ranges. **27,** 12.

— **Kaftan** vermißt in dem Jahresberichte der Kriegsmarine einen Bericht über die handelspolitische Tätigkeit derselben. **30,** 63.

— Der vernichtende Konkurrenzkampf mit den überseeischen Ländern erheischt eine rasche und durchgreifende Gegenwehr, sollen die europäischen Völker nicht in ihren vitalsten Interessen aufs Empfindlichste geschädigt werden und einem Siechtum entgegengehen, das sie dem allmählichen Untergange zuführen müßte. — Das zwanzigste Jahrhundert legt sich für Europa als ein Jahrhundert des Ringens ums Dasein auf handelspolitischem Gebiete an, und vereint müssen sich die europäischen Völker zusammenfinden, um in der Verteidigung ihrer Existenzbedingungen erfolgreich wirken zu können. — Expose des M. Ke. **Goluchowski** im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Resolution **Gefsmann**, betreffend die Errichtung von Musterlagern von auf ausländischen Märkten gangbaren Artikeln an den Sitzen der wichtigsten am Exporte beteiligten Industrien und die Beschaffung der Muster durch die Konsulate. **32,** 24. (Abgelehnt.)

Berichterstatter **Dumba** verweist darauf, daß die Industriellen sich gegen die Errichtung von Musterlagern

*) Mit Ausschluß der Handelsverträge, welche eine separate Rubrik bilden.

Digitized by Google

Handelspolitische Fragen.

ausgesprochen haben. Muster können nicht besser beschafft werden, als sie im Handelsmuseum vorhanden seien. **32**, 39.

— Kaftan befürwortet zur Abwehr der überseeischen Konkurrenz die Gründung eines europäischen Staatenbundes, welcher auch in Ostasien der intensiven, durch Japan inaugurierten, gegen Europa gerichteten wirtschaftlichen Bewegung ein Ziel setzen würde. Dies könne nur im Vereine mit Rußland geschehen. **33**, 19.

— Zedlitz Karl Max wünscht das Eingreifen der Staaten zum Schutze der europäischen Produktion gegen die überseeische Konkurrenz. **33**, 23.

— Gomperz pflichtet der Ansicht Gołuchowskis bei, daß die Zustände, welche sich wirtschaftlich zwischen Europa und den überseeischen Ländern entwickeln, zu einer Aktion herausfordern. **33**, 30.

— Axmann beklagt die mangelhafte Rechtspflege in jenen Exportterritorien, die die österreichischen Industriellen und Gewerbetreibenden aufsuchen und ersucht den Minister des Äußern, zur Besserung der Verhältnisse seinen persönlichen Einfluß geltend zu machen. **33**, 32.

— Barwiński begrüßt es, daß Gołuchowski die wirtschaftliche Idee, die Beseitigung der wirtschaftlichen Krise in Europa, in den Vordergrund gestellt habe. Die traurige wirtschaftliche Lage in ganz Europa dränge zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme. **33**, 39.

— Der Ausschuß begrüßt mit voller Sympathie die Anregung Gołuchowskis in Bezug auf einen Aneinanderschluß Europas in dem immer gebieterischer an uns herantretenden Kampfe gegen die überseeische Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete. **33**, 50 (A. B.).

— Gomperz beklagt den Rückgang unseres auswärtigen Handels gegenüber der ungeahnten industriellen Entwicklung des Auslandes. Die Mittel, um unseren Kampf mit der Auslandskonkurrenz zu erleichtern, seien im Exposé des Ministers des Äußern erschöpfend dargetan: Vernünftige Tarifpolitik, Förderung des Assoziationswesens, Verhinderung der übertriebenen Anwendung der Steuerschraube. Alle diese Momente beruhen aber auf der Voraussetzung der Aufrechthaltung des gemeinsamen Zollgebietes und der Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn. **34**, 17.

— Schücker klagt, daß für die Interessen der Industrie, des Gewerbestandes und des Handels zu wenig geschehe. Der Krebsschaden liege im Mangel an Export und der dadurch entstehenden Überproduktion, aber auch im Mangel des richtigen Verständnisses seitens der Regierung und in der Abneigung der unteren Kreise gegen die Bestrebungen der Fabrikation und Großindustrie. **34**, 21.

— Chiari erörtert die Gründe des Zurückbleibens der österreichischen Industrie und verlangt Investitionen, um das Volk steuerkräftig, die Industrie lebensfähig zu machen. **34**, 27.

— Kaftan meint, eine Anlehnung an Rußland, welches unaufhaltsam seinem Ziele, der Weltherrschaft, zustrebe, würde auch unserem transozeanischen Handel große Vorteile bringen. Für den Handel in der Levante wäre auch die Errichtung einer österreichischen Handelsschule in Konstantinopel von Vorteil. Notwendig sei eine Reform der

Handelspolitische Fragen.

Konsulate und die Kreierung von Handelsattachés. Der Export sei zu heben durch Schiffbarmachung unserer Wasserstraßen und Ausbau des Donau—Moldau—Elbe- und des Donau—Oderkanales. **34**, 30.

— Axmann beklagt die in der letzten Zeit betriebene unglückliche Zoll- und Handelspolitik. **34**, 38.

— Axmann wünscht, daß die Regierung ihren diplomatischen Einfluß in den Ländern, wohin die österreichischen Produzenten exportieren, geltend mache, damit letztere bezüglich ihrer Forderungen Rechtsschutz finden. **34**, 39.

— Hochenburger weist darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik der österreichischen Reichshälfte seit Jahren schwere Begehungs- und Unterlassungssünden verbrochen und den Staat nicht nur im Verhältnisse zum Auslande, sondern auch zu Ungarn in schwere Nachteile versetzt habe. In Österreich herrsche bei Beurteilung von volkswirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Fragen ein bureaukratischer und fiskalischer Geist. **34**, 43.

— Oppenheimer lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf das wirtschaftliche Gebiet, auf welchem große Aktionen eintreten sollen, welche die ganze Tätigkeit der Bevölkerung wachrufen. Da wäre in erster Linie die Donau—Moldau—Elbevereinigung, die dem wirtschaftlichen Verkehre einen großen Aufschwung geben, aber auch ein Band zwischen beiden Reichshälften schlingen würde. **34**, 46.

— Barwiński bezeichnet die bureaukratische, die unvernünftige Tarifpolitik, den rein fiskalischen Standpunkt, die übertriebene Anwendung der Steuerschraube als die Übel, welche die trostlose Lage der Volkswirtschaft herbeigeführt haben. **34**, 51.

— Der Ausschuß begrüßt die vom M. Ae. Gołuchowski entwickelten Tendenzen bezüglich Belebung des österreichischen Handels nach Ostasien und spricht den Wunsch aus, daß die österreichische Regierung in gleicher Weise, wie die ungarische, die energische Förderung der Industrie zu ihrer wichtigsten Aufgabe mache. **34**, 60. (A. B.)

— Haase erinnert an die Versicherung des Ministers des Äußern, die Bedürfnisse der österreichischen Industrie zu fördern. Dies müsse aber bald realisiert werden, da die Erzeugnisse der heimischen Produktion im Inlande nicht aufgebraucht werden können, also immer größere Absatzgebiete im Auslande notwendig werden, wenn unsere ungünstige Handelsbilanz wieder gehoben werden soll. **34**, 71.

— Kramář verweist auf die Differenzen der Anschauungen über die Handelspolitik zwischen beiden Reichshälften, welche von Schaden seien. Es sei von Wichtigkeit, in dieser Beziehung eine gewisse gemeinsame Linie zu erreichen. Es müsse für Bahnen in Dalmatien und für eine Verbindung mit Bosnien gesorgt werden, aber es sei auch notwendig, daß ein anderer Geist in die österreichischen Konsulate komme. Sie müssen Sprachen lernen, und wenn unsolide Arbeit den Export schädige, müsse die betreffende Firma rücksichtslos genannt werden. **34**, 75.

— Bergelt richtet die Bitte an den Minister des Äußern, den Wünschen und Beschwerden der Handelskammern, der Exportenqueten und der hartbedrängten Industrie Rechnung zu tragen, damit nicht die Hilfe zu spät komme. **34**, 79.

Digitized by Google

Handelspolitische Fragen.

— Kaftan findet es notwendig, daß die Schiffe auch für den Handel Etaitreuerdienst in den freien Meeren versehen. Aber auch die Handelswelt, vor allem Triest, müsse eine größere Rührigkeit entwickeln. Der Lloyd sei in den letzten Jahren eine sehr unsichere Stütze des auswärtigen Handels gewesen. Die Kriegsmarine könnte den Handelsinteressen in der Levante große Unterstützung gewähren. **34**, 223.

— Mißstände auf handelspolitischem Gebiete. — Exposé des M. Ke. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Unser Handelsverkehr nach Rumänien, Bulgarien und Serbien ist noch ein sehr bedeutender und sogar im Aufblühen begriffen. — M. Ke. Goluchowskiim Budgetausschusse, 4. Dezember 1899.

— Kaftan erörtert die handelspolitische Bedeutung freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland und den Balkanstaaten. **35**, 377.

— Hofmann Franz betont die Wichtigkeit der Wiedergewinnung des wirtschaftlichen Einflusses auf dem Balkan als unserem Haupthandelsmarkte. **35**, 412.

— Berichterstatter Dumba bezeichnet die Behauptungen von dem Rückgange unseres Exports in die Balkanstaaten als übertrieben. Speziell nach dem konsumtionsfähigsten derselben, nach Rumänien, beträgt er über 100 Millionen Franken und war nie größer als jetzt. **35**, 455.

— Kaftan bespricht die Konkurrenzierung Österreichs durch Deutschland in der Levante, die Wirkungen des bevorstehenden deutschen Zolltarifs und empfiehlt die Anlehnung an Rußland. **36**, 16, 19.

— Demel Leonhard wünscht einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der europäischen Kontinentalstaaten gegenüber Amerika und England. **36**, 27.

— Mauthner bespricht die Notwendigkeit der Perfektionierung des Ausgleiches mit Ungarn und der Erstellung des autonomen Zolltarifs für die Handelsvertragsverhandlungen. Dem industriellen Panamerika müsse ein wirtschaftliches Paneuropa entgegengesetzt werden. **36**, 45.

— Mauthner erkennt die Industriefreundlichkeit der österreichischen Regierung an, führt aber Beschwerde über die Bureaukratie. **36**, 49.

— Kozlowski legt dar, Österreich könnte den Kern einer mittel- und westeuropäischen Zolliga bilden. Er erörtert die Fragen der Handelsverträge und der Verkehrspolitik. **36**, 61.

— Parisly vermißt einen großen Plan in unserer Handelspolitik. Kleinasien, selbst der Balkan ist uns schon weggenommen, ohne daß man den Versuch sicht, unseren Erzeugnissen den ihnen gebührenden Platz zu wahren. **36**, 73.

— Berichterstatter Bacquehem führt aus, die Erstellung eines Maximal- und Minimaltarifes würde für unsere Verhältnisse in keiner Weise passen. **36**, 89.

— Berichterstatter Bacquehem bemerkt, eine Diskussion über eine Zollunion mit dem Deutschen Reiche sei heute von keiner aktuellen Bedeutung. Dagegen könne ein engerer Zusammenschluß der kontinentalen europäischen Staaten namentlich gegenüber der amerikanischen Konkurrenz nicht warm genug empfohlen werden. Er bespricht die Wirkungen der Dezemberverträge und die bevorstehende handelspolitische Aktion. **36**, 90.

Handelspolitische Fragen.

— Kaftan weist darauf hin, daß Deutschland eine aktive, praktische, Österreich aber eine theoretische, passive Politik betreibe, welche dem auswärtigen Handel keine feste Stütze bieten könne. **37**, 219.

— Kaftan erklärt die Behauptung Goluchowskis als nicht zutreffend, daß die handelspolitischen Fragen weit hinter die politischen Bündnisse zu rangieren seien. Beide hängen im Gegenteile innig zusammen und nur dort, wo ein gutes wirtschaftliches Einvernehmen bestehe, könne sich das politische Verhältnis zwischen zwei Staaten innig gestalten, weil es nicht allein von den Sympathien der Diplomaten, sondern auch der Völker getragen werde. **37**, 220.

— Lecher erörtert die Frage, inwiefern Bündnispolitik und Wirtschaftspolitik vereinbar sei, inwiefern wirtschaftliche Rücksichten mit Rücksichten der äußeren Machtpolitik kompensiert werden können und glaubt, daß bis zu einem gewissen Grade auch in Fragen der äußeren Politik auf die Fragen der Wirtschaftspolitik Rücksicht zu nehmen sei. Er bezeichnet sich als aufrichtiger Anhänger der Vertragspolitik, einer Politik, welche dahin zielt, unsere wirtschaftliche Beziehungen und damit auch unsere politischen Beziehungen mit den anderen Staaten Europas zu stabilisieren. Dazu dränge uns die Zahlungsbilanz und die alljährlich ins Ausland fließende Zinsenrate für unsere auswärtige Verschuldung. **37**, 288.

— Lecher spricht sich für eine wirtschaftliche Vereinigung zwischen Deutschland und Österreich aus. **37**, 289.

— Lecher bespricht die Eventualität, daß bis zum Jahre 1903 ein Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn nicht zu stande komme und die Frage, ob es möglich sei, Handelsverträge mit der Geltung bis zum Jahre 1907 zu schließen. Er ist der Ansicht, daß derartige Handelsverträge für die Monarchie und die übrigen Kompaziszenten überhaupt keinen Wert besitzen. Er hegt kein Vertrauen in die Unterordnung österreichischer oder ungarischer Politiker unter den gemeinsamen Gedanken, kein Vertrauen in die Möglichkeit, auch dem Standpunkte des Gegners Rechnung zu tragen, die einzige Hoffnung sei, daß die wirtschaftliche Konzentrierung von England und Amerika, die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands auch endlich in Mitteleuropa eine gewisse Reform der Ideen, einen Zusammenschluß zeitigen werde. **37**, 296.

— Barwiński hebt dankend die Fürsorge hervor, welche das Ministerium des Äußern der Förderung unserer volkswirtschaftlichen Interessen angedeihen lasse und spricht die Hoffnung aus, daß dasselbe insbesondere beim Zustandekommen der Handelsverträge die wirtschaftlichen Interessen der Monarchie energisch vertreten werde. **37**, 307.

— M. Ke. Goluchowski weist darauf hin, daß sich der während des Zollkrieges mit Rumänien bedeutend gesunkene Import Österreichs seither stetig wieder gehoben habe. Wenn der Import nach dem Balkan und Rumänien nicht in dem Maße früherer Zeiten sich entwickle, so sei die Konkurrenz, die Beschränktheit der Kaufkähigkeit dieser Gebiete und ferner der Umstand daran schuld, daß andere vielleicht intensiver arbeiten, als unsere Handelsleute. **37**, 310.

— Berichterstatter Bacquehem ist der Ansicht, daß ein Zolltarif, der auf andere Weise zu stande käme, als nach gründlicher parlamentarischer Durchberatung, diesen Geburtsfehler, dieses Zeichen anormaler, innerer Verhältnisse immer an sich tragen würde. **37**, 318.

Digitized by Google

Handelspolitische Fragen.

— Kaftan bespricht die Ursachen der Zurückdrängung des handelspolitischen Einflusses Österreichs im Orient. **38**, 23.

— Kaftan tritt für die Anbahnung der Handelsbeziehungen mit Rußland ein und verweist auf die Notwendigkeit der Schaffung von „Vereinigten Staaten Europas" gegenüber der amerikanischen Gefahr. Nach dem Pekinger Friedensschluß wird es nun Aufgabe unseres Handelsstandes sein, unter dem ausgiebigen Schutze unserer Diplomatie und Marine unseren Güteraustausch nach China lebhafter zu gestalten als bisher. Eine entsprechende Entwicklung unseres Settlements könnte unseren Handel ersprießlich unterstützen. **38**, 25.

— Parish erörtert die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Kontinentalstaaten. **38**, 38.

— Groß Gustav legt dar, der deutsche Zolltarif sei gegen Amerika und nicht gegen Österreich gerichtet. Wirklich bedenklich sind für uns nur die Positionen für Gerste und Schlachtvieh. Die deutsche Zollpolitik verfolgt die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes, an das wir möglichst engen Anschluß suchen müssen. Der Gedanke der allmählichen Anbahnung einer deutsch-österreichischen Zollunion ist bereits aus dem Bereiche der Utopie herausgetreten. Unsere wirtschaftliche Stellung auf dem Balkan dürfte nicht wiederzugewinnen sein. Die Aufrechthaltung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn ist im Interesse des Gesamtstaates dringend zu wünschen, aber eine unbedingte Voraussetzung für die Gestaltung unserer auswärtigen handelspolitischen Beziehungen, wie M. Le. Gokuchowski meinte, ist sie, für Österreich wenigstens, nicht. **38**, 42.

— Dobernig erachtet als die wichtigste Aufgabe des Dreibundes, eine „Kontinentalpolitik" im konservativen Sinne, im Sinne des Friedens und der Erhaltung der bisherigen Staatengebilde zu betreiben; auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß, vor allem der deutschen Staaten hinzuarbeiten, denen sich alle anderen anschließen werden, gegen die asiatische und amerikanische Gefahr. Die Zolltrennung von Ungarn sei nicht unter allen Umständen zu verlangen, aber auch nicht zu fürchten. Gegenüber Ungarn ist eine gesunde egoistische Heimatspolitik zu treiben. **38**, 49.

— Kramář spricht sich gegen die Idee einer mitteleuropäischen Zolltunion aus. Die zollpolitische Trennung von Ungarn könne er eben mit Rücksicht auf die Wünsche jener, die auf diesem Wege zu einer Zollunion mit Deutschland zu gelangen hoffen, nicht so leicht nehmen. **38**, 108.

— Stein tritt für die Personalunion mit Ungarn und für ein Zollbündnis mit dem Deutschen Reiche ein, das später vielleicht zu einem mitteleuropäischen Zollvereine ausgebildet werden könnte. **38**, 115.

— Oppenheimer hofft, es werde dem Leiter unserer auswärtigen Politik und den verbündeten Staatslenkern gelingen, die schwere Aufgabe durchzuführen, welche bei den unleugbar vorhandenen Gegensätzen darin liegt, dem politischen Bündnisse des Dreibundes auch die wirtschaftliche Festigung zu geben. Das Wort Bismarcks, daß man politisch verbündet sein und wirtschaftliche Kriege führen kann, sei heute ganz gewiß nicht mehr wahr. **38**, 141.

— M. Le. Goluchowski konstatiert gegenüber dem Delegierten Parish, er habe nicht behauptet, daß ein Zollkrieg sich mit dem politischen Bündnisse vertragen kann, sondern er habe

Handelspolitische Fragen.

behauptet, daß man politische Bündnisse nicht unbedingt von Zöllätzen, von Zollerleichterungen, von wirtschaftlichen Angelegenheiten abhängig machen könne. Heute gehe er noch weiter, er glaube, daß, wenn man überhaupt Handelsverträge, eine wirtschaftliche Verständigung erreichen will, dies entschieden leichter ist, wenn man im politischen Bundesverhältnisse steht, als wenn man außerhalb desselben ist. Aber es ist ebenso unrichtig, daß man, weil man politische Bündnisse schließen will, auf wirtschaftlichem Gebiete große, den einzelnen Staat tangierende Interessen preisgibt, als es unrichtig wäre, nur deshalb wirtschaftliche Interessen zu vertreten und auf die politischen Verhältnisse gar keine Rücksicht zu nehmen. **38**, 159.

— Berichterstatter Bacquehem äußert Bedenken gegen das von Parish vorgeschlagene innigere wirtschaftliche Bündnis der politisch alliierten Mächte, das gewissermaßen eine Abschließung derselben gegen die übrigen nicht bloß übereuropäischen, sondern auch europäischen Staaten bedeuten würde. Ein engerer Zusammenschluß dagegen der europäischen Mächte gegen die zunächst landwirtschaftlich, bald aber auch industriell übermächtige Konkurrenz der Vereinigten Staaten ist ein erwägenswerter Gedanke. **38**, 164.

— Marchet bespricht die panamerikanische Gefahr für Europa und fordert, ebenso wie Dobernig, zur Rüstung gegen diese gemeinsame Gefahr auf. **39**, 115, 144.

— Zedtwitz Karl Max glaubt, daß in Zukunft das bisher eingehaltene System der allgemeinen Meistbegünstigung beim Abschlusse der Handelsverträge kaum mehr aufrecht erhalten werden dürfte. **39**, 149.

— Schneider erörtert die Notwendigkeit, daß unsere Industrie, um am Export entsprechend teilnehmen zu können, den Charakter der Reellität und Solidität bekomme. **39**, 161.

— Schneider betont, daß die Juden die Industrie in jeder Branche schädigen. **39**, 163.

— Berichterstatter Bacquehem führt aus, daß zwischen politischen Allianzen und wirtschaftlichen Vereinbarungen nicht immer ein Parallelismus besteht, daß es aber selten wäre, wenn Staaten, die sich politisch verbündet haben, nicht die Mittel und Wege finden würden, auch zu einer wirtschaftlichen Vereinbarung zu gelangen. **39**, 201.

— Glöckner würde zur Förderung der Handelsinteressen eine weitere Ausgestaltung der Kriegsmarine wünschen. **39**, 397.

— Licht wünscht, daß die mitteleuropäischen Staaten sich zu wirtschaftlichen Allianzen zusammenschließen mögen. **40**, 43.

— s. auch Export, Konsularwesen.

Handelsverträge.

(1. Allgemeines. — 2. Handelsverträge mit einzelnen Staaten.)

1. Allgemeines.

Darstellung der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Belgien, England, Frankreich, Holland, Italien, Preußen, Rußland und der Schweiz. Rotbuch Nr. 1.

— In Rumänien wurde im Frühjahre ein gleichmäßiger Generaltarif eingeführt und sei vor Erprobung der

Digitized by Google

Wirkungen desselben nicht anzunehmen, daß die rumänische Regierung Verhandlungen über neue Verträge beginnen werde. An der Absicht des Inkrafttretens der Handelsverträge am 1. Februar 1892 mit Deutschland, Italien und der Schweiz werde festgehalten. Die Verhandlungen mit der Schweiz haben noch nicht zum Abschlusse geführt. **27**, 22 (A. B.).

— Der Budgetausschuß legt dem Minister des Äußern den Wunsch nahe, dem Abschluß von Handelsverträgen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, denn mit einer Anzahl von Staaten habe Österreich überhaupt noch keine Verträge, mit anderen, wie China und Persien, bestehen ganz veraltete, während mit einer Reihe von Ländern seit langer Zeit Verhandlungen schweben, welche endlich zu günstigem Abschlusse gebracht werden sollten. **32**, 48 (A. B.).

— Gomperz ist überzeugt, daß der Minister des Äußern die Vorbereitungen für den Abschluß der neuen Handelsverträge rechtzeitig in Angriff nehmen werde und verlangt, daß mit der Umfrage bei den hiezu berufenen Körperschaften nicht zu spät begonnen werde. **34**, 17.

— Chiari macht aufmerksam, daß im Jahre 1903 die österreichischen Handelsverträge ablaufen. In Deutschland werden schon Vorbereitungen getroffen, um günstige Bedingungen zu schaffen. Möge auch die österreichische Regierung rechtzeitig die nötigen Vorkehrungen treffen. **34**, 28.

— Di Pauli führt aus, die Handelsvertragsverhandlungen müßten von dem prinzipiellen Gedanken der Gesamtmonarchie, von der festen Zusammenfassung des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes als einer Einheit aus, geleitet werden. **36**, 100.

— Erneuerung der Handelsverträge. — Eine Vereinbarung über den autonomen Zolltarif, sowie die Perfektionierung des wirtschaftlichen Ausgleiches zwischen Österreich und Ungarn sind die unausweichlichen Voraussetzungen einer diesfalls ersprießlichen Aktion. — Expose des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Kozlowski betont, daß in Bezug auf die Handelsverträge berechtigte volkswirtschaftliche Interessen nicht politischen Rücksichten untergeordnet werden sollen. **37**, 226.

— M. Ae. Goluchowski weist darauf hin, daß die gemeinsame Regierung in Bezug auf Handelsverträge nur eine Vermittlerrolle habe. Die meritorischen Vereinbarungen fallen in die Kompetenz der Regierungen beider Staatsgebiete. **37**, 310.

— Handelsvertragsverhandlungen, zunächst mit Deutschland und Italien. — Expose des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Baernreither bespricht die Anwendung des § 14 auf den Abschluß des Handelsvertragsprovisoriums mit Italien. **39**, 97.

— Baernreither betont, es sei notwendig, daß die Einheitlichkeit der Verhandlungen über die Handelsverträge aufrecht erhalten bleibe. **39**, 100.

Handelsverträge.
1. Allgemeines.

— Berichterstatter Bacquehem bespricht die Frage über die Möglichkeit der Anwendung des § 14 beim Abschlusse von Handelsverträgen. **39**, 206.

— Licht wünscht, daß künftig in den Handelsverträgen die Schiedsgerichtsklausel Eingang finde. **40**, 42.

— Berichterstatter Bacquehem erörtert die Maßnahmen behufs Vorbereitung der neuen Handelsverträge. **40**, 59.

2. Handelsverträge mit einzelnen Staaten.

Argentinien.

Verhandlungen über einen Handelsvertrag. Rotbuch Nr. 8.

Deutschland.

Die guten politischen Beziehungen der Monarchie zum Deutschen Reiche lassen die Erwartung als berechtigt erscheinen, daß auch die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten in befriedigender Weise geregelt werden; es sei ein berechtigtes Verlangen, daß Deutschland sich der Erkenntnis von der parallelen Eigenschaft der wirtschaftlichen Beziehungen nicht verschließen und in mancher Frage ein größeres Entgegenkommen zeigen möge. **12**, 59 (A. B.).

— Der Ausschußbericht hebt hervor, der Minister des Äußern habe betont, welchen hohen politischen Wert er auf das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Deutschland lege. **13**, 50 (A. B.).

— Der Ausschuß bezeichnet die wirtschaftlich sich abschließende Haltung Deutschlands als eine für unsere inländische Produktion sehr empfindliche und unseren Handel erschwerende Maßregel. **20**, 115 (A. B.).

— Deutscher Handelsvertrag. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. Juni 1890.

— Mitteilung über den Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

— Eim verweist auf die handelspolitische Schädigung, welche die Monarchie durch Deutschland erfuhr. **28**, 13.

— Kaftan klagt über die Verschlechterung der Handelsbilanz seit dem Abschlusse des deutsch-österreichischen Handelsvertrages. **30**, 16.

Baernreither und Fournier bestreiten, daß dieser Rückgang eine Folge des Handelsvertrages sei. **30**, 25, 39.

— Erhöhung des Zolles auf böhmisches Bier in Deutschland. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 14. Mai 1900.

— Mettal legt die Wünsche der böhmischen Land- und Forstwirte bezüglich der Gestaltung des neuen Handelsvertrages mit Deutschland dar. **35**, 416.

— Dzieduszycki wendet sich gegen die Auslegung des Handelsvertrages und namentlich der Veterinärkonvention seitens Deutschlands, durch welche die Ausfuhr von Borsten- wie von Hornvieh nach dem Deutschen Reiche fast unmöglich gemacht werde, ein Vorgehen, das auch auf die Sympathien für das Bündnis starken Einfluß üben müsse. **35**, 403.

Digitized by Google

Handelsverträge.

Deutschland.

— Schikanöse Handhabung der Veterinärkonvention seitens der preußischen Behörden. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 24, Mai 1901.

— Kozłowski bezeichnet die in Aussicht genommene Erhöhung der deutschen Getreidezölle als einen neuen Schlag für die österreichische Landwirtschaft und hält die Hebung der letzteren für eine Frage ersten Ranges. Eine Erhöhung der deutschen Zölle sei nur dann erträglich, wenn für Österreich eine differenzielle Behandlung gegenüber den russischen Zöllen auf den deutschen Märkten zugestichert würde. Redner bittet die Regierung, sowohl die gemeinsame, als die österreichische, nicht nur um einen wesentlich erhöhten Zollschutz für die land- und forstwirtschaftlichen Produkte, sondern um günstigere Regelung der Ausfuhrbedingungen bei den Handelsverträgen. **37**, 226.

— Lecher erinnert an die seit Mitte des vorigen Jahrhunderts bestehenden Besterungen nach einer Zolleinigung mit dem Deutschen Reiche und an die anläßlich des Bündnisses mit Deutschland getroffenen handelspolitischen Verabredungen. Es sei ein wesentliches handelspolitisches und wirtschaftliches Interesse, daß der Dezembervertrag mit Deutschland erneuert werde, denn ein Drittteil unseres gesamten Importes komme aus dem Deutschen Reiche und die Hälfte des gesamten Exportes gehe dahin. Wenn auch der Idee der Zollunion mit Deutschland große Schwierigkeiten gegenüberstehen, so könnte doch anläßlich des nächsten Handelsvertrages wenigstens die Gleichstellung der Monarchie in den handelspolitischen Verhältnissen mit Frankreich, die Übertragung des Artikels XI des Frankfurter Friedens, wonach Frankreich und Deutschland sich für ewige Zeiten die Meistbegünstigung gewährten, auf die österreichisch-ungarisch-deutschen Beziehungen gefordert werden. **37**, 290.

— Dzieduszycki führt bei Besprechung der abzuschließenden Handelsverträge darüber Beschwerde, daß Deutschland die Veterinärkonvention in einer Weise handhabe, welche die Ausfuhr von Vieh ganzen Ländergebieten unmöglich mache, daß es den Postverkehr aus Feindschaft gegen die polnische Sprache erschwere und die Freizügigkeit unserer Staatsbürger gefährde. **38**, 30.

— Marchet erörtert die handelspolitischen Verhältnisse Österreich-Ungarns mit Rücksicht auf den Handelsvertrag mit Deutschland. **39**, 113.

Interpellation Nowak, betreffend die Erhöhung der Rohzolltarife im Elbeumschlagsverkehr und mit dem Königreiche Sachsen. **40**, 83.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **40**, 535.

Frankreich.

Verhandlungen mit Frankreich über Reklamationen auf Grund des Handels- und Zollvertrages (Besteuerung ausländischer Rohprodukte, statistische Gebühren, Taxen auf indirekte Einfuhr). Rotbücher Nr. 6 und Nr. 7.

— **Erhöhung des Einfuhrzolles auf Glyzerinseife in Frankreich. Rücknahme dieser Maßregel über Reklamation Österreichs auf Grund des Handelsvertrages. Rotbuch Nr. 8.**

Handelsverträge.

Griechenland.

Berichterstatter Hübner betont das Bedürfnis eines Handelsvertrages mit Griechenland. 19, 34 (A. B.).

Italien.

Verkehr in Vieh und tierischen Produkten nach Italien. Rotbuch Nr. 8.

— **Kündigung des Handelsvertrages mit Italien (1874). Braunbuch Nr. 1.**

— Mitteilung über den Abschluß des Handelsvertrages mit Italien. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

— Biankini verweist auf die Schädigung der weinbautreibenden Länder, insbesondere Dalmatiens und Istriens durch den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Italien. (Weinklausel). **31**, 25.

— Salvadori klagt über die nachteiligen Folgen des italienischen Handelsvertrages, namentlich der Weinklausel. **31**, 281.

— Jovčić bezeichnet den bestehenden Handelsvertrag mit Italien als schädlich für Dalmatien und das Küstenland, geradezu verderblich nicht nur für Dalmatien, sondern auch für Istrien, Südtirol, Unter-Steiermark, Krain und Niederösterreich wegen der Weinzollklausel. **37**, 24.

— Conci bespricht die Schädigung des Trentino durch die Weinzollklausel und betont die Notwendigkeit, daß bei der Erneuerung der Handelsverträge nicht nur diese Klausel nicht in ihrer gegenwärtigen Form wieder eingeführt, sondern daß sie auch nicht durch andere, ihr dem Wesen nach ähnliche Bestimmungen ersetzt werde. **38**, 110.

— Bukovič wünscht die gänzliche Eliminierung der Weinzollklausel in dem neuen Handelsvertrag mit Italien. Würde man ein zweites Mal des Treibundes wegen unsere Weinproduktion opfern, so wäre das Schicksal Dalmatiens besiegelt. **38**, 137.

— Biankini bespricht die Frage der Weinzollklausel im Handelsvertrage mit Italien. **39**, 39.

— Baernreither spricht sich anerkennend über die Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Unterhändler bei Abschluß des Handelsvertragsprovisoriums mit Italien aus und hofft, daß aus dem Provisorium ein Definitivum werden wird. **39**, 96.

— Baernreither bespricht die Anwendung des § 14 auf das Handelsvertragsprovisorium mit Italien und meint, daß dieselbe überflüssig war. **39**, 97.

— Baernreither betont, daß die Weinzollklausel für Italien heute eine viel geringere Bedeutung habe als vor vier Jahren. **39**, 97.

— Biankini meint, daß unsere Handelspolitik durch das Handelsvertragsprovisorium mit Italien noch einmal ein ernstdrigendes Debacle erlebt hat. **39**, 105.

— Marchet bespricht die aus der Weinzollklausel dem österreichischen Weinbau erwachsenen Nachteile. **39**, 111.

Digitized by Google

Handelsverträge.

Italien.

— Dobernig wünscht, daß jede überflüssige Scharfmacherei gegen Italien vermieden werde, damit man beim Abschluß des Handelsvertrages zu einem gütlichen und befriedigenden Ausgleiche gelange. **39**, 146.

— Interpellation Zaffron, betreffend den Schutz der Fischereiindustrie und der kleinen Küstenschiffahrt in dem künftigen Handelsvertrage mit Italien. **40**, 81.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **40**, 533.

— Interpellation Zaffron, betreffend die Regelung der Weinzollfrage in den Handelsvertragsverhandlungen mit Italien. **40**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **40**, 534.

Mexiko.

Der Ausschuß begrüßt die Regelung des Verhältnisses zu Mexiko, wodurch einem Wunsche unserer Geschäftswelt Rechnung getragen wurde. **37**. 267 (A. B.).

Montenegro.

Kaftan wünscht den Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrages mit Montenegro auf Grund von Minimalsätzen. **36**. 93.

— Biankini betont die Notwendigkeit des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Montenegro. **39**, 110.

Ostasien.

Japan, China, Siam. Abschluß von Schiffahrts- und Handelsverträgen mit Japan, China, Siam. **3**, 284.

— Berichterstatter von der Straß beantragt, die Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Vorlage eines erschöpfenden Berichtes über den Handelsverkehr in China, Japan und Siam und den Einfluß der dort zu kreierenden Konsulate, beizutreten. **3**, 525.

— Österreichisch-ungarische Expedition nach Siam, China und Japan. Feierlicher Empfang des österreichisch-ungarischen Ministerresidenten Ritter v. Calice durch den Mikado. Beteiligung Japans an der Wiener Weltausstellung. Rotbuch Nr. 6.

— Österreichisch-ungarische Expedition nach Siam, China und Japan. Stellung der Missionäre. Rotbuch Nr. 6.

— Konferenz des M. Ae. Grafen Andrássy mit den außerordentlichen japanischen Botschaftern Idaemra und Nomaguchi über handelspolitische Fragen (1873). Rotbuch Nr. 8.

— Kaftan fragt den Minister des Äußern, was er im Interesse des österreichischen Handels in Ostasien anläßlich des Krieges zwischen China und Japan vorzukehren gedenke. **31**, 16.

— Handelsvertrag mit Japan, Frage der Erneuerung der Zusatzkonvention. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

Portugal.

Es wird der Wunsch nach dem Abschlusse eines Handelsvertrages mit Portugal ausgesprochen. **1**, 260, 269.

Handelsverträge.

Rumänien.

Der Minister des Äußern erklärt, daß die Verhandlungen bezüglich Erneuerung des am 1. Juni 1886 erlöschenden Handelsvertrages mit Rumänien im Zuge seien. **20**, 115 (A. B.).

— Rumänischer Handelsvertrag. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. Juni 1888.

— Stagnation bezüglich der Wiederanknüpfung von Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. Juni 1890.

— Bezüglich des Handelsvertrages mit Rumänien ist keine bestimmte Aussicht zu eröffnen. — Generaltarif in Rumänien. — Frage der Viehseinfuhr und einer Veterinärkonvention. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

— Handelspolitisches Verhältnis zu Rumänien. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 5. Juni 1893.

— Regelung der handelspolitischen Beziehungen zu Rumänien. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Der Ausschußbericht betont, daß wir uns bezüglich Rumäniens bis auf weiteres mit einem Meistbegünstigungsvertrage werden begnügen müssen. **29**, 66 (A. B.).

Rußland.

Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland auf 10 Jahre. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Baernreither begrüßt den Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland. **30**, 27.

Schweiz.

Mitteilung über den Abschluß des Handelsvertrages mit der Schweiz. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

Serbien.

Eisenbahn- und Handelsvertrag vom 8./20. Juli 1878 mit Serbien. **11**, 353, 358 (A. B.)

Handelsvertrag mit Serbien (Meistbegünstigung, Grenzverkehr). **13**, 49.

— Den Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien ist ein guter Erfolg zu prognostizieren. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

— Handelsvertrag mit Serbien. Ratifikationstermin. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

— Serbischer Handelsvertrag. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 5. Juni 1893.

— Verhalten der ungarischen Behörden gegenüber der Schweineeinfuhr aus Serbien. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

Spanien.

Besteuerung der Ausfuhr in Spanien. Rücknahme dieser Maßregel über Reklamation Österreichs auf Grund des Handelsvertrages. Rotbuch Nr. 8.

Digitized by Google

Handelsverträge.

Türkei.

Bezüglich eines Handelsvertrages mit der Türkei wird schon seit lange verhandelt, ohne daß es bisher zu einem definitiven Abschlusse gekommen wäre. — M. Ac. Rátnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

Handkäse, s. Lieferungswesen.

Handschuhe.

Albrecht tritt dafür ein, daß den gemeinen Soldaten außer Dienst das Tragen waschlederner Handschuhe gestattet werde. **39,** 665.

Hannover.

Interpellation van der Straß, betreffend die Erteilung von Pässen an Hannoveraner.

Beantwortet durch Reichskanzler Beust. 1, 55.

— s. auch Diplomatische Auslagen.

Haus-, Hof- und Staatsarchiv, s. Archiv.

Haymerle, s. Nachrufe.

Heeresauslagen.

Pattai hält es nicht für würdig, daß dem Heere als demjenigen Stande, der die größten Opfer dem Staate bringt, der sich im Falle des Krieges par exprès dem Kugelregen aussetzt, nur unter Jammern und Klagen die Auslagen bewilligt werden. **31,** 246.

Heeresorganisation, s. Organisation.

Heeresvermögen.

Kaftan wünscht Aufklärung über den Wert des gesamten mobilen und immobilen Vermögens der Heeresverwaltung, über die Evidenz des Zuwachses, über Abschreibungen und Amortisation desselben. **31,** 257.

Heilighaltung von Feiertagen, s. Religiöse Fragen.

Heiratskautionen.

Resolution Handel, dafür Sorge zu tragen, daß die Offizierswitwen, welche eine Heiratskaution geleistet und dieselbe nicht zurückgenommen haben, den Witwen der Staatsbeamten gleichgehalten werden. **2,** 247. (Abgelehnt.)

— Pacák bespricht einen in der Frage der Militärbeamten-Heiratskautionen hinausgegebenen Erlaß. **36,** 119.

— Wassitkó Nikolaj verlangt die Abschaffung der für den Fall der Verehelichung von Offizieren bestehenden Kautionspflicht. **37,** 76.

Helsingfors, s. Konsulate.

Hengstendepots, s. Pferdewesen.

Hermannstadt, s. Militärbildungswesen (Kadettenschulen).

Hercegovina, s. Bosnien und Hercegovina.

Hernalser Offizierstöchterinstitut.

Resolution des Berichterstatters Klier, betreffend die Reorganisation des Hernalser Offizierstöchterinstitutes in der Weise, daß bei der Aufnahme in dasselbe die Gleichberechtigung der Konfessionen gewahrt und bei der Einrichtung desselben, dem Geiste der Zeit und dem allgemeinen Bildungsbedürfnisse entsprechend, vorgegangen werde. (Angenommen.) **9,** 154.

Herrenhaus.

Sturm bespricht die Stellung der Delegierten aus dem Herrenhause zum Budgetrechte der Delegation. **10,** 83.

— Dobernig führt aus, daß in der Delegation sich die wirklichen Vertreter des Volkes in der Minderheit befinden; einige Mitglieder des Herrenhauses und des Großgrundbesitzes bestimmen über alles. **38,** 47.

— Schuhborn nimmt die aus dem Herrenhause gewählten Delegierten gegen die Angriffe, die gegen sie gerichtet wurden, in Schutz. **38,** 151.

— Lukisch betont, daß die Beschlüsse der Delegation nicht als Ausdruck des Volkswillens anzusehen seien, da die Herrenhausmitglieder und Großgrundbesitzer die Majorität bilden. **38,** 213.

— Millanich legt Verwahrung dagegen ein, daß die Herrenhausmitglieder nicht gewissenhaft ihre Stimme abgeben. **38,** 350.

— Stránský führt aus, daß die aus dem Herrenhause gewählten Mitglieder der Delegation niemals gegen die Forderungen der Regierung stimmen. **40,** 290.

— Rhomberg Adolf und Madeyski nehmen die aus dem Herrenhause gewählten Delegierten gegenüber den gegen sie gerichteten Angriffen in Schutz. **40,** 305, 317.

Herrscherrechte, s. Hoheitsrechte.

Hessen, Hessen-Darmstadt, s. Diplomatische Auslagen.

Hinterlader, Hinterladekanonen, s. Waffenwesen.

Hochquellenwasserleitung, s. Wasserleitung.

Hof, Hofstaat, Allerhöchster.

Glückwünsche.

Glückwünsche anläßlich des Namensfestes der Kaiserin. 1, 247; **11,** 11; **17,** 119; **19,** 121; **20,** 171; **21,** 9; **23,** 24; **33,** 9.

— **Glückwünsche anläßlich des Geburtsfestes des Kaisers. 2, 233.**

— **Einladung des Kardinals Rauscher zur kirchlichen Feier anläßlich des Geburtsfestes des Kaisers. 2, 277.**

— **Glückwünsche anläßlich des Namensfestes des Kaisers und Mitteilung von der Abhaltung eines feierlichen Hochamtes aus diesem Anlasse. 5, 13.**

— **Glückwünsche anläßlich des Namensfestes des Kaisers. 8, 11; 30,** 9.

— Glückwünsche anläßlich des Namensfestes des Kaisers und Mitteilung von der Abhaltung einer Festmesse aus diesem Anlasse. **28,** 8.

— Glückwünsche anläßlich der Verlobung der Prinzessin Augusta von Bayern mit dem Erzherzog Josef August. **29,** 3.

Digitized by Google

Hof, Hofstaat, Allerhöchster.

Glückwünsche.

— Mitteilung des ungarischen Ministers des Innern, daß anläßlich des Namensfestes des Kaisers in der Budapester Festungshauptpfarrkirche eine Festmesse abgehalten werden wird. **30**, 61.

— Glückwünsche zum 50jährigen Regierungsjubiläum des Kaisers. **34**, 4.

Trauerkundgebungen.

Ansprache des Präsidenten anläßlich des Ablebens des Erzherzogs Franz Karl. **10**, 33.

— anläßlich des Ablebens des Erzherzogs Heinrich. **27**, 43.

— anläßlich des Ablebens des Feldmarschalls Erzherzog Albrecht. **31**, 2.

— anläßlich des Ablebens des Erzherzogs Leopold. **34**, 185.

— anläßlich des Todes der Kaiserin Elisabeth. **35**, 4.

— anläßlich des Ablebens der Erzherzogin Klotilde. **39**, 7.

Kosten des Hofstaates.

Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen bezüglich der Budgetierung der Kosten der in Dienstleistung des Hofes stehenden Generale, Stabs- und Oberoffiziere, Garden und königlich ungarischen Kronwache. **1**, 208.

— Antrag des Berichterstatters Banhans auf Ausscheidung der betreffenden Posten aus dem Budget des Kriegsministeriums und Überweisung auf den Allerhöchsten Hofstaat. (Angenommen.) **1**, 327.

— Annahme des Beschlusses der ungarischen Delegation auf Einstellung der Kosten ins Kriegsbudget und Resolution des Berichterstatters Demel Johann, diese Kosten im nächsten Budget auf den Hofetat zu übertragen. **1**, 377.

Verschiedenes.

Änderungen in der Titulatur des Kaisers und Königs. Notbuch Nr. 3.

— Petition des Karl Breitenfelder in Graz um Erwirkung einer monatlichen Zulage für jene Unteroffiziere und Staatsdiener, welche anläßlich des 50jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät mit der goldenen Jubiläums-Erinnerungsmedaille beteilt wurden. **37**, 493.

Hofkammerarchiv.

Systemisierung eines eigenen Status für das Hofkammerarchiv im gemeinsamen Finanzministerium. **27**, 32 (A. B.).

Hoheitsrechte.

Gistra erblickt in der Entsendung einer Kommission zur Prüfung des Kriegsbudgets und zur Aufstellung eines Friedensbudgets keinen Eingriff in die Rechte des Kriegsherrn. **3**, 62.

Hoheitsrechte.

— Der Budgetausschuß drückt seine Rechtsüberzeugung dahin aus, daß die Anordnungen in Betreff der Leitung, Führung und inneren Organisation der gesamten Armee ein dem Monarchen ausschließlich zustehendes persönliches Herrscherrecht sind. **39**, 437, 495 (A. B.).

(Dieser Passus aus dem Berichte des Budgetausschusses war im Ausschusse vom Delegierten Derschatta als Resolution beantragt worden; er wird daher im Laufe der Debatte immer als „Derschatta-Resolution" bezeichnet).

— Fiedler betont, man würde durch die Derschatta-Resolution gerade das erreichen, was man verhindern will, nämlich die Auslieferung unserer Armee an Ungarn, denn nach der Resolution werde in Ungarn dem Parlamente ein gewisser Einfluß auf die Armeefragen gewährt, während in Österreich der Herrscher allein entscheiden soll. Man wolle dadurch nur den deutschen Charakter der Armee wahren. **39**, 540.

— Schönborn bestreitet, es, daß die Derschatta-Resolution irgend ein Privilegium und eine Art Vor- und Oberherrschaft der deutschen Sprache einführen wolle. Bezüglich der Hoheitsrechte führt er aus: Unbezweifelt und felsenfest steht das Kommandorecht, steht der Oberbefehl des Allerhöchsten Kriegsherrn. **39**, 570, 571.

— Kliemann verwahrt sich gegen die Derschatta-Resolution, welche in die Befugnisse des Reichsrates eingreife. **39**, 607.

— Kramář stimmt den Ausführungen Fiedlers zu. **39**, 620.

Holland, s. Diplomatische Auslagen, handelspolitische Fragen.

Honorarkonsulate, s. Konsularwesen.

Holz, bosnisches, s. Bosnien 7.

Hongkong, s. Konsulate.

Hopfen.

Interpellation Kindermann, betreffend die Benützung von Hopfenmagazinen zu Einquartierungszwecken. **38**, 79.

Beantwortet vom Km. Kriegshammer. **38**, 390.

Huaraz, s. Konsulate.

Huelva, s. Konsulate.

Hufschmiede, s. Pferdewesen.

J.

Igumán, Fort, s. Festungswerke 3.

Ilidze, s. Bosnien 18.

Impfwesen.

Ahmann verlangt, daß vom Impfzwange beim Militär Abstand genommen werde. **34**, 199.

— Km. Kriegshammer glaubt, auf die Meinung einzelner hin keine radikale Umänderung bezüglich des Impfwesens vornehmen zu dürfen. In Garnisonen, wo die Blattern ausgebrochen sind und die nötige Vorsicht beobachtet wurde, sei kein einziger Fall einer Infektion vorgekommen. **34**, 206.

Digitized by Google

Indemnität.

Beschluß der Delegation über den Vorgang bei Bewilligung derselben oder eines Nachtragskredites. **10**, 360, 369 (A. B.); **11**, 392 (A. B.).

— Der Ausschuß wird die Indemnität für die Kosten der Expedition des Schiffes „Kaiserin Elisabeth" erteilen, spricht aber in Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Delegationen die Erwartung aus, daß in ähnlichen Fällen den Delegationen rechtzeitig, und zwar im Wege der Einholung eines Nachtragskredites die Gelegenheit zur Bewilligung der betreffenden Kosten werde gegeben werden. **31**, 124 (A. B.).

— s. auch Militärgrenze.

Industrie, s. Handelspolitische Fragen.

Infanterie, s. Ausrüstung, Organisation.

Ingenieur-Attachés, s. Attachés.

Innere Politik.

Wiener Ernst betont, daß die innere Politik sich mit der auswärtigen in Harmonie und Übereinstimmung befinden müsse. **28**, 39.

— Herstellung des inneren Friedens in Österreich. — M. Ae Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— M. Ae. Kálnoky ist nicht der Ansicht, daß jede Reflexion auf die inneren Angelegenheiten von den äußeren Angelegenheiten vollkommen zu trennen sei. **29**, 60.

— Kaltan kritisiert die Tätigkeit des Statthalters in Böhmen, Grafen Thun, und betont, daß nur durch die Befriedigung der slawischen Völkerschaften der echte Friede in Österreich einziehen könne. **30**, 23.

— Baernreither wendet sich dagegen, daß die Jungtschechen immer als alleinige Vertreter Böhmens auftreten. **30**, 26.

— Ruß meint, daß durch volle Befriedigung der Wünsche der böhmischen Nation nur die Rollen der Unzufriedenen in Österreich vertauscht werden könnten. **31**, 30.

— Herold führt aus, daß eine äußere Politik der Monarchie so lange nicht gut sein könne, als die ungeheilte Wunde der böhmischen Frage weiter existiere. **31**, 41.

— Baeuther führt aus, daß die Tschechen, die in das deutsche Gebiet so weit hineingeschoben seien, sich mit dem deutschen Volke vertragen müssen. Sie seien in der Ära des Friedens, den wir dem Dreibund verdanken, gut gefahren. Von Rußland haben sie nie etwas zu erwarten. **32**, 28.

— Kramář erklärt, daß das böhmische Volk von Rußland nichts erwarte, auch nichts verlange; aber es fühle für alle Slawen gleich, für die Polen wie für die Russen, für die Serben wie für die Bulgaren und Kroaten. Die böhmische Frage ist eine der wichtigsten Fragen, welche Österreich überhaupt hat, sie ist nicht nur für den inneren Frieden, sondern auch für die äußere Politik wichtig. Es kann eine kraftvolle österreichische Politik nicht geben, solange das böhmische Volk sich in Opposition gegen alle staatlichen Einrichtungen befindet. **32**, 36.

— Die Bestimmungen unserer Verfassung räumen dem Minister des Äußern absolut kein Recht ein, sich in die inneren Angelegenheiten eines oder des anderen Teiles der Monarchie einzumischen. Es sei aber für den Minister des Äußern und für die auswärtige Politik keine Erleichterung, wenn so trostlose Zustände bestehen wie heute in Österreich. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

Innere Politik.

— Herold betont, so wie in der äußeren Politik das freundschaftliche Verhältnis zu den anderen Mächten sich nur auf Grund der gleichen Achtung entwickeln müsse, könne auch der Frieden im Innern nur erhalten bleiben, wenn seine Grundlage die gleiche Hochachtung der einzelnen Völker und Nationen bildet. **33**, 28.

— Aymann führt aus, daß es in Österreich kein Regieren ohne Deutsche gebe. Zum Völkerfrieden in Österreich sei die Respektierung der Gesetze, in erster Linie des Staatsgrundgesetzes notwendig. **33**, 31.

— Oppenheimer findet es hoch an der Zeit, daß im Innern Beruhigung eintrete, damit nicht der Glaube in Europa Platz greife, daß die inneren Verhältnisse die Machtstellung der Monarchie gefährden. **33**, 33.

— Dzieduszycki ist überzeugt, daß dem böhmischen Volke Rechte zu teil werden müssen, die es ehedem nicht besessen habe, unbeschadet der Rechte des deutschen Volkes. Wolle man nicht die Verfassung und die Einheit der Monarchie in Frage stellen, so dürfe man nicht die Erfüllung der Staatsbedürfnisse durch Obstruktion unmöglich machen. **33**, 37.

— Starhemberg Camillo Heinrich wünscht Frieden und Ausgleich im Innern; eine einige und mächtige Monarchie sei ein besserer Bundesgenosse, als eine in sich zerfahrene und dem Rassenkampfe verfallene. **33**, 40.

— Dobernig meint, daß zwischen der äußeren und inneren Politik eine ungeheure Kluft bestehe und erwartet, daß in Zukunft der grelle, nicht nur in Österreich, sondern auch vom Auslande unverstandene Widerspruch zwischen äußerer und innerer Politik zurücktrete. **33**, 41.

— Kramář betont, Österreich dürfe nicht als deutscher Staat proklamiert werden, denn ein deutscher Staat neben einem anderen mächtigeren deutschen Staate sei eine Gefahr für den schwächeren. Die Tschechen wollen aber auch keinen slawischen Staat aus Österreich machen. Das Problem Österreichs sei, den Frieden unter den verschiedenen Nationalitäten herzustellen, ein allen Völkern gleich gerechtes Österreich zu bilden. **33**, 43.

— Berichterstatter Dumba ist der Ansicht, daß, wenn man in Österreich etwas erreichen wolle, dies nur im Wege des Kompromisses geschehen könne. Die Nationen müssen sich gegenseitig Opfer bringen und nie vergessen, was sie dem Staate schuldig sind. Zur Verständigung müsse der gute Wille auf allen Seiten vorhanden sein. **33**, 45.

— Herold verwahrt sich gegen die Behauptung, daß die Tschechen ihre Stellung gegenüber dem Ausgleiche geändert haben, weil ihnen von der früheren Regierung im vorhinein eine Entlohnung gegeben worden sei. Durch die Sprachenverordnungen sei ein Recht der Deutschen verletzt worden. Der Friede im Lande könne nur eintreten auf Grund der Gleichberechtigung der deutschen und tschechischen Sprache und der vollständigen Integrität des Königreiches Böhmen. **33**, 374.

— Die Verfassung schreibt der gemeinsamen Regierung ein reserviertes Verhalten gegenüber Fragen der inneren Politik vor. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 4. Dezember 1899.

— Schücker erklärt, daß, solange eine Besserung der durch die Sprachenverordnungen herbeigeführten inneren Wirren nicht herbeigeführt werde, keine Rede davon sein könne, daß eine geregelte gesetzgebende Tätigkeit sich entwickle. Es sei eine

Digitized by Google

Innere Politik.

starke und auf die Dauer erfolgreiche Politik nach außen nicht denkbar, wenn im Innern alles zu zerfallen drohe und es sei ein unhaltbarer Zustand, wenn zwischen der äußern und innern Politik ein solcher Widerspruch bestehe, wie er tatsächlich in Österreich vorhanden sei. Die Zunahme des Einflusses des slawischen Elementes werde die Monarchie aus dem Lager Deutschlands in die Arme Rußlands und die Großmachtstellung des Reiches in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis führen. **34**, 19.

— Kaftan weist darauf hin, daß die Deutschen für ihre Bestrebungen die Intervention des Ministers Goluchowski angerufen haben, was die Tschechen nicht tun, weil sie eine gerechte Sache verfechten. **34**, 36.

— Axmann findet die äußere Politik im Widerspruche zur innern. Diese repräsentiere eine systematische Unterdrückung der historischen Rechte der Deutschen in Österreich. Die Erhaltung des Friedens nach außen enthebe die Regierung nicht davon, den Frieden im Innern zu pflegen. **34**, 37.

— Hochenburger glaubt, die Monarchie könne kein verläßlicher Bundesgenosse für das Deutsche Reich bleiben, wenn das der Entwicklung des deutschen Volkes übelgesinnte Slawentum als ausschlaggebender Faktor an dessen Stelle gesetzt werde. Der Wert einer Bundesgenossenschaft mit der Monarchie müsse überhaupt in dem Maße abnehmen, in dem die innere Kraft des Staates durch fortgesetzte Angriffe auf seinen Grundbesten und durch innere Wirren eine bedenkliche Schwächung erfahre. **34**, 4.

— Oppenheimer gibt der Überzeugung Ausdruck, daß es höchste Zeit sei, die nationalen Kämpfe dadurch, daß man den Deutschen Gerechtigkeit widerfahren lasse, wenigstens soweit abzuschließen, daß sie nicht mehr erdrückend das wirtschaftliche Leben belasten. Die alte Bravour der Armee und Marine, die beste ausmärtige Politik, die größte Opferfreudigkeit der Bevölkerung bleibe nutzlos, wenn nicht die innere Stärke des Reiches zur Entfaltung gelange. **34**, 47.

— Stürgkh betont, daß die Sanierung der inneren Krise, die Flottmachung der Staatsmaschine ein Postulat auch der äußeren Politik sein müsse. Die größte und staatlich nicht geringfügigste Nation in Österreich, die deutsche, sei in einen Verzweiflungskampf mit der Staatsgewalt getrieben worden, und die Versöhnung der Deutschen mit der staatlichen Exekutive bilde den archimedischen Punkt der inneren Lage, an dem der Hebel angesetzt werden müsse, um die Situation zu sanieren. **34**, 69.

— Stürgkh leitet den ganzen Jammer der innerösterreichischen Situation davon her, daß die deutsche Nation in einen Verzweiflungskampf mit der Staatsgewalt getrieben wurde. Die Beseitigung des Sprachenzwistes, die Versöhnung der Deutschen mit der staatlichen Exekutive bilde den archimedischen Punkt der inneren Lage, an welchem der Hebel angesetzt werden müsse, um die Situation zu sanieren. Diese berge schon jetzt die Maxime in sich, daß keine Staatskunst in Österreich verfehlter sei, als die, gegen eine bestimmte Nation im Reiche regieren zu wollen oder eine Nation jeweilig zur Todfeindin eines bestimmten Regimes zu machen. **34**, 70.

— Kramář hält es nicht für notwendig, daß man den Minister des Äußern anflehe, sich der Deutschen anzunehmen; wenn er schon auf die inneren Fragen eine Ingerenz üben sollte, so sei es seine Pflicht, dies nicht einseitig zu tun, sondern höchstens zur Ausgleichung der Gegensätze, im Sinne des gegenseitigen

Innere Politik.

Einverständnisses. Es sei nicht schwer, zum Frieden zu kommen und es mache keinen Unterschied, ob eine Aussprache bezüglich der Sprachenfrage, vor oder nach Aufhebung der Sprachenverordnung erfolge. Aber die Deutschen wollen keinen Frieden, denn sie haben jetzt, um die Verwirrung zu steigern, noch die Staatssprache verlangt, welche heute in Österreich unmöglich sei. **34**, 76.

— Pergelt erklärt, daß die deutschen Vertreter den Minister des Äußern nicht um Hilfe gebeten, sondern ihn nur aufmerksam gemacht haben, daß die innere Politik seit mehr als 20 Jahren im Gegensatze zur äußeren Politik stehe. Durch die Sprachenverordnungen werden die Deutschen aus der Heimat getrieben. Die Deutschen werden vom Kampfe nicht ablassen, solange ihnen nicht Genugtuung gegeben werde. Sie seien aber gerne bereit, wenn sie in ihre früheren Rechte eingesetzt werden, sich mit den Tschechen zusammenzufinden, um ein Einvernehmen zu erzielen. **34**, 85.

— Pacák erklärt, daß die Sprachenverordnungen von Badeni den deutschen und tschechischen Vertrauensmännern vorgelegt wurden, und daß die Deutschen die innere böhmische Amtssprache nicht gewähren wollten. Die Sprachenverordnungen seien etwas für das böhmische Volk Notwendiges. Das Vernünftigste wäre, die Sprachenfrage im Landtage auszurechten. Er wünscht, daß in Böhmen der nationale Friede hergestellt werde, aber dies sei nur möglich auf Grund der Gleichberechtigung. **34**, 89.

— Pergelt erklärt, daß den deutschen und tschechischen Vertrauensmännern nur die allgemeinen Prinzipien, aber nicht der Kontext der Sprachenverordnungen mitgeteilt wurden. **34**, 92.

— Die Behauptung von einem Eingreifen des Ministers des Äußern in die innerpolitischen österreichischen Verhältnisse ist eine Entstellung. Er habe auch nie etwas gelan, was der tschechischen Nation schaden könne. Das sei eine so tendenziöse Erfindung, daß er darauf nicht weiter einzugehen brauche. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 14. Mai 1900.

— Grégr bemerkt, er lenke die Aufmerksamkeit des Ministers des Äußern auf die Ziele der großdeutschen, antiösterreichischen und antidynastischen Bewegung. Durch die Aufhebung der Sprachenverordnungen, an welcher der Minister des Äußern und sogar der deutsche Kaiser beteiligt gewesen sein soll, habe das dynastische Gefühl des böhmischen Volkes eine tiefe Erschütterung erlitten. **35**, 24.

— Ruß nimmt dagegen Stellung, daß die Deutschen als antiösterreichisch und antidynastisch hingestellt werden. Die außerordentliche Schärfe der nationalen Kämpfe datiere nicht seit der Aufhebung, sondern seit der Erlassung der Sprachenverordnungen. Dem Minister des Äußern sei irgend eine Einmischung in die innere Politik nicht nachgewiesen worden. **35**, 32.

— Funke betont, daß auf Grund des böhmischen Staatsrechtes der Friede nie zu Stande kommen könne, sondern nur auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse. Die Tschechen vergessen, indem sie immer von den „Ländern der böhmischen Krone" sprechen, an die Bedeutung der Deutschen in den Sudetenländern. **35**, 35.

— Kramář weist den Vorwurf des Chauvinismus zurück. Chauvinismus sei es, wenn die Deutschen die führende Rolle in Böhmen, in Österreich, in der ganzen Monarchie beanspruchen. **35**, 38.

Digitized by Google

Innere Politik.

— **Pacák** bezeichnet es als allbekannt, daß bei der Aufhebung der Sprachenverordnungen der Minister des Äußern seine Hand im Spiele gehabt habe. Man möge die großen Reinspielereien, wie Staatsrecht oder Zentralismus, einen Augenblick ruhen lassen, um sich in der Sprachenfrage und bezüglich des Schutzes der Minoritäten auszugleichen. Er widerspricht entschieden der Behauptung, daß die Sprachenverordnungen ein Kaufpreis für die Abstimmung zu Gunsten des ungarischen Ausgleichs gewesen seien. **35**, 42.

— **Lemisch** bezeichnet es als antideutsche Stellungnahme des Feldzeugmeister Freiherrn v. **Beck**, daß über seine Veranlassung die anläßlich der Anwesenheit des Kaisers bei den Manövern in Kärnten von der Bevölkerung Klagenfurts ausgehängten schwarz-rot-goldenen Fahnen entfernt worden seien. **35**, 170.

— **Kn. Krieghammer** erklärt, Generalstabschef Freiherr v. **Beck** habe sich gewiß auch bezüglich der Fahnen in Klagenfurt nicht etwas angemaßt, was ihm nicht zugekommen wäre; er könne also auch nicht angeordnet haben, daß eine Fahne umgetauscht oder gar heruntergenommen werde. **35**, 204.

— **Funke** bedauert, daß in einem Zeitpunkt, wo eine Verständigung gewünscht wird, seitens der tschechischen Delegierten die Abneigung gegen alles, was deutsch sei, immer wieder hervortrete. **35**, 192.

— **Pacák** erklärt gegenüber **Funke**, auf böhmischer Seite bestehe keine Abneigung gegen das Deutsche an und für sich, sondern gegen die stete Überhebung der Deutschen und der deutschen Sprache. **35**, 196.

— **Kaftan** bedauert, daß Graf **Gołuchowski** unter Einmischung in die innere Politik zur Aufhebung der Sprachenverordnungen beigetragen habe. **35**, 378.

— Der Budgetausschuß betont die Bedeutung der Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse für die Erzielung dauernder Erfolge in der äußern, namentlich in der Wirtschaftspolitik. **35**, 390 (R. B.).

— **Hofmann Franz** führt aus, die Tschechen müßten, wenn sie nach Frieden im Innern streben, entgegenkommen und anerkennen, daß es, wie in andern Staaten, irgend eine Führung geben, daß eine Nation die führende sein müsse. **35**, 412.

— **Kramář** protestiert gegen die vom Delegierten **Hofmann** gebrauchten Wendungen von erbberechtigten Hausparteien und eingewanderten Nationen, sowie gegen die den Deutschen windizierte Führerrolle. **35**, 423. Die Signatur unserer Politik sei, daß treue Völker befreit, die offene Revolte gegen den Staat bekämpft werde. Man habe das bittere Gefühl, daß für die Gemäßigten in dem Reiche kein Platz mehr sei. Die Hand sinkt ermattet herunter, wenn sie zu lange, ohne eine Stütze und Entgegenkommen zu finden, zum Frieden ausgestreckt war. **35**, 430.

— **Conci** erklärt, daß die Italiener keiner anderen Sprache irgendwelche führende Rolle in diesem Staate zuerkennen. **35**, 438.

— **Pergelt** führt aus, der Kampf des tschechischen Volkes gegen die Verfassung sei es, der die Monarchie hindere, die ihr gebührende Stellung in Europa einzunehmen. **35**, 439.

— **Pergelt** bemerkt, gerade die Deutschen seien vorbehaltlos zu Verständigungskonferenzen bereit gewesen, die Tschechen aber, deren Friedensliebe **Kramář** so sehr betone, begehrten vor allem die Zusicherung der inneren tschechischen Amtssprache. **35**, 442.

Innere Politik.

— **Stránský** verweist gegenüber **Pergelt** darauf, daß gerade die deutschen Verfassungsrechtler es waren, die durch die Obstruktion gegen den österreichisch-ungarischen Ausgleich den Bestand der Monarchie, insoferne sie darauf beruhe, in Frage gestellt und selbst mit der Obstruktion der Delegationswahl gedroht haben. Er führt aus, Minister **Gołuchowski** habe sich in die innere Politik eingemischt, indem er unter unrichtiger Interpretation des § 10 des Staatsgrundgesetzes über die Delegationswahlen den mit der Obstruierung dieser Wahlen drohenden Deutschen zu Hilfe gekommen sei und erklärt habe, es dürfe zur Obstruierung der Delegationswahlen nicht kommen. **35**, 444.

— **Pacák** konstatiert gegenüber **Pergelt**, daß von deutscher Seite unter Badeni und Thun ebenso die Aufhebung der Sprachenverordnungen zur Vorbedingung von Verständigungsverhandlungen gemacht wurde, wie dann von böhmischer Seite die Einführung der inneren böhmischen Amtssprache. **35**, 448.

— **M. Ae. Gołuchowski** erklärt, um der Bildung einer Legende vorzubeugen, die gegen ihn gerichteten Angriffe wegen einer angeblichen Einmischung in die innere Politik auf das Entschiedenste zurückweisen zu müssen. Ein Beweis für diese Behauptungen sei nicht erbracht worden, weil er nicht erbracht werden konnte. Es handle sich um Zeitungsenten. Die innere Zerklüftung habe ihm allerdings nicht nur als Staatsbürger, sondern noch mehr als Minister des Äußern schwere Sorgen gemacht. Er habe auch eine baldigen Sanierung dieser Verhältnisse immer das Wort geredet. Aber über die Mittel und Wege hiezu sei ihm ein Urteil nicht zugestanden und er habe sich ein solches auch nicht angemaßt. Er betont die Zwecklosigkeit der ewigen Rekriminationen und Verdächtigungen. Wenn wirklich der gute Wille besteht, wenn man beiderseits etwas strenger seine eigene und nachsichtiger die Vorgangsweise der Gegner beurteilen wollte, ließe sich leicht der goldene Mittelweg finden, der zum Frieden führt. **35**, 451.

— Berichterstatter **Dumba** gibt dem Wunsche nach Bildung einer „österreichischen Partei" Ausdruck, deren Mitglieder vor allem Österreicher sind und in weiterer Linie erst den einzelnen Nationen angehören. Dann werde Friede werden in Österreich. **35**, 457.

— **Kaftan** begehrt die Gleichberechtigung der Völker im Innern als Grundlage für eine starke Politik nach außen. **36**, 19.

— **Stránský** erklärt, die böhmischen Vertreter seien gegen den Grafen **Gołuchowski** wegen seines Eingreifens in die innere Politik von Mißtrauen erfüllt. **36**, 27.

— **Demel Leonhard** müßt den inneren Streitigkeiten die Schuld an dem wirtschaftlichen Rückgange Österreichs im Orient bei. **36**, 28.

— **Sláma** weist den Vorwurf **Demels** zurück, daß die böhmische Obstruktion an dem wirtschaftlichen Rückgange schuld sei. **36**, 32.

— **Pacák** weist die Vorwürfe gegen die böhmische Obstruktion zurück; die Schuld an den inneren Wirren trage das zentralistisch-germanisatorische System. **36**, 52. Das böhmische Volk hege gegen den Grafen **Gołuchowski** Mißtrauen wegen seiner Stellungnahme gegen dasselbe. **36**, 58.

— **Kozłowski** erinnert die böhmischen Abgeordneten an die traurigen Erfahrungen der polnischen Geschichte mit dem Libernum veto, mahnt beide Teile zum inneren Frieden und vertritt die Pazifikationsbestrebungen der Polen im Parlamente. **36**, 62.

Digitized by Google

Innere Politik.

— Stürgkh führt aus, je stärker der Ansturm der Dreibundgegner auf das System unserer äußeren Politik sich geltend macht, desto nachdrücklicher werde das Bedürfnis entstehen, daß die Dreibundfreunde in Bezug auf die Gestaltung der inneren Politik Österreichs sich einigermaßen zusammenschließen. **36**, 69.

— Parish appelliert unter Hinweis auf die Bedeutung der Erneuerung der Handelsverträge an die Parteien und an die österreichische Regierung im Sinne der Beseitigung der Obstruktion. **36**, 74.

— Pacák verteidigt die böhmische Obstruktion als ein Gegengift gegen die deutsche. **36**, 77.

— M. Ritt. Goluchowski verteidigt das Preßbureau gegen die Beschuldigung der Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten. **36**, 85.

— M. Ritt. Goluchowski appelliert an die Parteien wegen Herstellung des inneren Friedens. **36**, 86.

— Schönburg Alois erklärt, die arbeitende Bevölkerung auf deutscher wie auf tschechischer Seite sei des nationalen Kampfes müde. Wenn die Verständigung nicht zu erreichen sei, dann möge von Seite des höchsten Faktors im Staate nicht länger gezögert werden, die Sprachenfrage autoritativ zu regeln, an dieser Regelung durch viele Jahre festzuhalten und der Bevölkerung dadurch jenen Frieden zu geben, dessen sie dringend bedürfe. **36**, 194.

— Kaftan weist darauf hin, daß Goluchowski niemals ein Freund der böhmischen Nation gewesen sei; über seine Intervention seien die Sprachenverordnungen inhibiert worden, er verhalte sich apathisch gegenüber den Ausweisungen der Slawen, Polen und Böhmen aus Deutschland und sei außerordentlich nachsichtig gegen die nationale „Los von Rom"-Bewegung. Der böhmischen Nation müsse in der Monarchie jene Stelle eingeräumt werden, welche sie kraft ihrer Intelligenz und wirtschaftlichen Potenz beanspruchen könne. **37**, 220.

— Kozlowski erblickt in der Geschäftsführung Goluchowskis eine Gewähr dafür, daß eine Rückwirkung des Dreibundes auf die inneren Verhältnisse des Reiches ausgeschlossen ist. **37**, 221.

— Kaftan erklärt, das Schicksal des österreichisch-ungarischen Ausgleichs, die Einheit und Macht der Monarchie nach außen hänge von der Erfüllung der gerechten Forderung der slawischen Völker des Reiches nach Gleichberechtigung ab. **38**, 25.

— Dzieduszycki konstatiert mit Befriedigung, daß in Österreich dank der Weisheit und dem Edelmute des Kaisers nicht wie anderwärts eine Politik der Persekution gegen die Polen getrieben werde. Die Frucht dieser hohen Politik ist auch herangereift. Die Welt soll sehen, wie die Untertanen Franz Joseph I. und die Bürger der österreichischen Monarchie polnischer Nation alle ihre geistigen Kräfte anstrengen, um dem Staate Nutzen zu bringen. **38**, 26.

— Herold wünscht unter Hinweis auf die pangermanische Gefahr, daß die österreichischen Staatsmänner recht bald an die Lösung der böhmischen Frage herantreten, weil er fürchte, daß diese Frage — nicht durch die Schuld des böhmischen Volkes, sondern seiner Gegner — eine intereuropäische Weltfrage werden könnte. **38**, 36.

— Groß Gustav bemerkt: Wenn der Hinweis eines tschechischen Redners, daß es in Österreich zu einem Ausgleiche nur kommen werde, wenn die tschechischen Wünsche erfüllt werden,

Innere Politik.

ernst gemeint sei, dann sei die Gefahr des Pangermanismus, welche an die Wand gemalt wurde, viel näher gerückt als die Herren glauben. **38**, 46.

— Madeyski bemerkt, nicht aus dem Mißtrauen gegen die notionale Idee haben unsere Regierungen die Nationalitätenpolitik zu schöpfen, sondern aus der dem Wesen eines Rechtsstaates immanenten Pflicht des Staates, allen seinen Staatsbürgern die freie Entfaltung der Kräfte zu gewähren und jene staatlichen Schutz- und Förderungsmittel, welche die einzelnen Volksstämme für ihre kulturellen Zwecke benötigen, derart einzurichten, daß sie keinem derselben vorenthalten bleiben. **38**, 52.

— Kramář führt aus, Österreich könne weder slavisch, noch deutsch sein, es müsse der Hort aller seiner Völker sein und die Macht und den Mut haben, diejenigen, welche nicht gleichberechtigt, sondern ein Herrenvolk sein wollen, in die Schranken des gleichen Rechtes zu weisen. **38**, 107.

— Stein bespricht die Äußerungen, welche von tschechischen Delegierten dem Kaiser gegenüber gemacht worden seien. Würde seitens der Krone vielleicht einmal eine Antwort erfolgen, wie sie zum Beispiel Napoleon erteilt wurde: „Ich bin ein deutscher Fürst und bin stolz darauf, es zu sein", so dürfte die Raunzerei der Tschechen ein Ende finden. **38**, 112.

— Pergelt erklärt, weil die Deutschen wirklich der Schirm und Schutz dieses Staates sein wollen, müssen sie entschiedene Gegner der staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen sein. **38**, 126.

— Schönborn beklagt es schmerzlich, daß gar so leichthin von der Trennung in zwei Zollgebiete und von der Trennung der Armee gesprochen, alle gemeinsamen Angelegenheiten mit einer Art von staatsrechtlichem Scheidewasser begossen werden, statt daß alle die Gemeinsamkeit, die im Interesse aller, des Ganzen und der Teile ist, wie ein kostbares Palladium wahren und wohl darauf achten, daß auch nicht ein Bruchteil dieser Gemeinsamkeit verloren gehe, damit nicht die Kraft, die wir nach außen auszuüben haben, sich schwäche und schließlich verloren gehe. **38**, 155.

— Kindermann erklärt, daß die nationalen Deutschen alle, sei es von tschechischer, sei es von ungarischer Seite erhobenen unberechtigten Forderungen auf das entschiedenste zurückweisen werden. **38**, 170.

— Barwiński hebt hervor, daß durch ein gerechtes und vernünftiges Vorgehen den nicht-deutschen und nicht-magyarischen Nationalitäten gegenüber die Monarchie nicht nur im Innern gestärkt, sondern auch ihr Einfluß in der auswärtigen Politik gehoben wird. **38**, 295.

— Pergelt widerspricht der Behauptung Kramář, daß die innere Amtssprache ein Gegenstand sei, der die Deutschen gar nichts angehe und den die Regierung auf Grund ihrer Regierungs- und Verwaltungstätigkeit konzedieren könne und müsse. **39**, 196.

— Kramář erklärt, ihn schrecke das Wort „Staatsstreich" nicht, denn schlechter als jetzt könne es nicht werden und eine oktroyierte Verfassung müßte freiheitlicher und gewiß nicht schlechter sein, als die jetzige. **40**, 314.

— Baernreither betont, daß vor allem die Finanzlage es ist, welche eine Wiederherstellung parlamentarischer Zustände dringend verlangt. Es müsse endlich eine Form gefunden werden, wie die verschiedenen Nationalitäten in Österreich schließlich mit einander leben können. **40**, 32.

Digitized by Google

Innsbruck, s. Duellwesen, Kommanden.

Inspektion der Marinetruppen und Flotte, s. Marine.

Interkalarien.

Antrag Schaup auf Einstellung größerer Interkalarien beim Titel „Löhnungen und Bekleidungsmassagelder" des Marinevoranschlages. (Angenommen.) **11**, 27.

— Der Ausschuß spricht den Wunsch aus, daß auch im Budget des Ministeriums des Äußern Interkalarien präliminiert werden. **12**, 60 (A. B.).

— Erste Einstellung eines Interkalares in die Bedeckung des Ministeriums des Äußern. Voranschlag des Ministeriums des Äußern. 1881.

— Der Budgetausschuß verlangt, daß das Interkalare als Abzugspost beim Erfordernisse behandelt werde. **13**, 50 (A. B.).

Interpellationen, welche in der Delegation überreicht wurden:

1. Schindler, betreffend die Ausstellung von österreichischen Pässen an Hannoveraner. **1**, 55.

Beantwortet vom Reichskanzler Beust. **1**. 55.

2. Scrinzi, betreffend die Durchführung einer ostasiatischen Expedition. **1**, 233.

Beantwortet vom Reichskanzler Beust. **1**, 233.

3. Rechbauer, betreffend die das Vereins- und Versammlungsrecht, dann die Preßfreiheit beim Militär beschränkenden Verordnungen. **1**, 313.

Beantwortet vom Km. Kuhn. **1**, 389.

4. Wolfrum, betreffend die Erhaltung des Friedens. **3**, 4.

Beantwortet vom Reichskanzler Beust. **3**, 8.

5. Gabelenz, betreffend den russisch-türkischen Konflikt. **3**, 8.

Beantwortet vom Reichskanzler Beust. **3**, 8.

6. Herbst, betreffend die Kompetenz der Ehrengerichte über Offiziere des Ruhestandes und außer Dienst. **3**, 555.

Beantwortet vom Km. Kuhn. **3**, 573.

7. Roser, betreffend den Strafprozeß Karmelin in Stanislau wegen Assentierungsschwindel. **5**, 255.

Beantwortet vom Km. Kuhn. **5**, 255.

8. Stöhr, betreffend den Ankauf der Rosenthalschen Gründe in Wien zu Spitalszwecken. **8**, 19.

Beantwortet vom Km. Koller. **8**, 71.

9. Steudel, Neumann, betreffend die Verwundung eines Knaben durch einen Militärwachposten in Reichenberg. **9**, 38.

Beantwortet vom FML. Benedek. **9**, 215.

10. Thurnher Johann, betreffend die Abhaltung von Kontrollversammlungen an Sonntagen. **10**, 42.

Beantwortet vom Km. Bylandt-Rheidt. **10**, 43.

11. Sturm, betreffend den Inhalt des Präliminarfriedensvertrages von San Stefano. **10**, 227.

Beantwortet vom M. A. Andrássy. **10**, 227.

12. Kuranda, betreffend die ungünstige Lage der Israeliten in Rumänien. **10**, 258.

Beantwortet vom M. A. Andrássy. **10**, 259.

Interpellationen.

13. Grocholski, betreffend den Separatvertrag zwischen Rußland und der Türkei und die Einreihung russischer Offiziere und Soldaten in die bulgarische Miliz. **11**, 12.

Beantwortet vom M. A. Andrássy. **11**, 51.

14. Foregger, betreffend die Ausdehnung der Demobilisierung auf die als Reserveverpflegsbeamte in Bosnien in Verwendung stehenden Reservisten. **11**, 170.

Beantwortet vom Km. Bylandt-Rheidt.

15. Klaić, betreffend Verhandlungen mit der türkischen Regierung wegen einer Entschädigung für im Jahre 1875 vom türkischen Militär geraubtes, Bauern in Dalmatien gehöriges Vieh. **11**, 359.

Beantwortet vom Sektionschef Calice. **11**, 403.

16. Winkler, betreffend die Verfrachtung ärarischer Güter durch den Unternehmer Abendroth. **12**, 16.

Beantwortet vom Km. Bylandt-Rheidt. **12**, 88.

17. Kathrein, betreffend die von dem Kommandanten des Tiroler Kaiserjägerregiments in Innsbruck an die Einjährig-Freiwilligen mit dem Hinweise auf die prinzipielle Verwerfung des Duells seitens der katholischen Studentenverbindung „Austria" ergangene Warnung vor dem Verkehre mit den Mitgliedern dieser Verbindung. **21**, 10.

Beantwortet vom Km. Bylandt-Rheidt. **21**, 24.

18. Kokoschineg, Heilsberg, betreffend das Verbot des Beitrittes von Reserveoffizieren und Einjährig-Freiwilligen zu Studentenverbindungen. **29**, 7.

Beantwortet vom Km. Bauer. **29**, 234.

19. Sláma, betreffend die Militärschießstätte bei Pehlin. **30**, 11.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **30**, 300.

20. Pacák, betreffend eine Konvention mit Serbien. **30**, 62.

Beantwortet vom M. A. Kálnoky. **30**, 94.

21. Biankini, betreffend den mit der Firma Eisler & Co. in Wien abgeschlossenen Vertrag hinsichtlich der Proviantlieferungen für die Marine. **31**, 94.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **31**, 274.

22. Janda, betreffend die ungerechtfertigte Assentierung des Anton Papl zur Ersatzreserve. **32**, 169.

23. Scheicher, betreffend die Erzeugung und Lieferung der für den Bergbau unentbehrlichen Sprengstoffe. **33**, 56.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **33**, 261.

24. Kienmann, betreffend Militärlieferungen von Mehl. **33**, 59.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **33**, 260.

25. Azmann, betreffend das Vorgehen bei Lokalanstellungen. **33**, 60.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **33**, 260.

26. Dobernig, betreffend Einwirkung auf die italienische Regierung wegen Anstellung von der deutschen Sprache mächtigen Beamten in Pontebba und in den anderen gegen die österreichische Grenze gelegenen italienischen Zollämtern. **33**, 162.

Digitized by Google

Interpellationen.

27. Dobernig, betreffend das Vorgehen der bosnischen Regierung gegen den ehemaligen Ökonomiebeamten Wolf. **33**, 261, 383.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **33**, 262, 383.

28. Hofmann-Wellenhof, betreffend die gegen Reserveoffiziere in Graz, welche sich an einer politischen Kundgebung beteiligten, eingeleiteten Schritte. **33**, 382.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **33**, 382.

29. Scheicher, betreffend die Handhabung der Sprengmittelverordnung vom Jahre 1877. **33**, 382.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **33**, 383.

30. Schücker, betreffend das Verfahren hinsichtlich der Bewilligung zur Erzeugung von Sprengmitteln. **34**, 12.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **34**, 374.

31. Aymann, betreffend Angriffe gegen die bosnische Landesregierung. **34**, 14.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **34**, 98.

32. Hochenburger, betreffend das Verhältnis zwischen der Garnison in Graz und der dortigen Bevölkerung. **34**, 52.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **34**, 375.

33. Tusel, betreffend die Sonderstellung und Verkürzung der alten bosnischen Staatsbahnangestellten. **34**, 53.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **34**, 54.

34. Pergelt, betreffend die Vollziehung der Exekutionserkenntnisse österreichischer Gerichte in Bosnien und der Hercegovina. **34**, 119.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **34**, 358.

35. Kienmann, betreffend die Angelegenheit des gewesenen Ökonomiebeamten Wolf in Bosnien. **34**, 119.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **34**, 185.

36. Wassilko Georg, betreffend Verhandlungen zwischen der Gemeinde Czernowitz und dem Militärärar wegen Ablösung von Gründen. **34**, 239.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **34**, 374.

37. Tschernigg, Hochenburger, betreffend die Belastung von Tarvis durch Einquartierungen und Vorspannsanforderungen. **34**, 240.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **34**, 374.

38. Hochenburger, betreffend die Qualität des Militärbrotes. **34**, 240.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **34**, 374.

39. Aymann, betreffend die Dienstverhältnisse des technischen Hilfspersonales im Militärbaudienste. **34**, 357.

40. Stránský, betreffend die Verhaftung des Dr. Drbal anläßlich seiner Einrückung zur Waffenübung in Przemyśl. **34**, 373.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **34**, 374.

41. Pacák, betreffend die Beschleunigung der Amnestie für die in Serbien verurteilten Politiker. **35**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **35**, 8.

Interpellationen.

42. Bulat, betreffend die Einschränkung der Wald- und Weideservitute in Bosnien und der Hercegovina zum Nachteile der dalmatinischen Grenzbewohner. **35**, 14.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **35**, 472.

43. Bulat, betreffend die Lieferung von dalmatinischem Wein an die Kriegsmarine. **35**, 15.

Beantwortet vom Mk. Admiral Spaun. **35**, 433.

44. Bulat, betreffend den Vorgang bei Ausstreckung des Festungsrayons in Teodo. **35**, 15.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 476.

45. Stránský, betreffend die Information der österreichischen Öffentlichkeit über Beschlüsse der gemeinsamen Regierung. **35**, 19.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **35**, 371.

46. Pacák, betreffend die Ausweisung österreichischer Arbeiter aus Preußen. **35**, 19.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **35**, 370.

47. Stránský, betreffend die Verurteilung von sieben Dragonern aus Prerau vor dem Kriegsgerichte in Olmütz. **35**, 21.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 476.

48. Tusel, betreffend Mißhandlung der Mannschaft des Infanterieregimentes Erzherzog Rainer Nr. 59. **35**, 21.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 476.

49. Tusel, betreffend die Lohnverhältnisse der Arbeiter des Seearsenales in Pola. **35**, 22.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **35**, 433.

50. Tusel, betreffend die Gehaltsregulierung der Beamten der bosnisch-hercegovinischen Landesregierung sowie der dem gemeinsamen Ministerium in Wien zugeteilten Beamten. **35**, 22.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **35**, 474.

51. Gesmann, betreffend die Einteilung der Amtsdiener beim Ministerium des Äußern in Dienstesklassen. **35**, 23.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **35**, 371.

52. Conci, betreffend Offizierssezesse in Trient. **35**, 48.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 477.

53. Pacák, betreffend die Ausweisung österreichischer Staatsbürger böhmischer und polnischer Nationalität aus dem Deutschen Reiche. **35**, 57.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **35**, 370.

54. Gesmann, betreffend die Standesverhältnisse der Militärbauwerkmeister. **35**, 58.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 477.

55. Gesmann, betreffend die Errichtung eines Schießplatzes in Altliebe, Bezirk Sternberg in Mähren. **35**, 213.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 477.

56. Gesmann, betreffend eine Mitteilung der „Österreichisch-ungarischen Heereszeitung" bezüglich der Präterierung, Pensionierung und ehrenrätlichen Behandlung eines Militärarztes. **35**, 369.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 477.

Digitized by Google

Interpellationen.

57. Ferjančič, betreffend die Unterstützung der Marktgemeinde Adelsberg zum Behufe der Herstellung einer Wasserleitung. **35**, 433.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 477.

58. Geßmann, betreffend den österreichisch-ungarischen Offiziers- und Militärbeamtenverein. **36**, 12.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **36**, 277.

59. Wachnianyń, betreffend die Vornahme von Märschen und Waffenübungen durch das k. u. k. Infanterieregiment Nr. 80 in der Umgebung von Böbrka am Ostermontag und Osterdienstag griechisch-katholischen Ritus 1900. **36**, 12.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **36**, 277.

60. Vencajz, betreffend die Verweigerung der Konzession zum Verkaufe des Wassers der Sinčera-Heilquelle in Bosnien. **36**, 12.

Beantwortet vom Rsm. Kállay. **36**, 272.

61. Sláma, betreffend die Behandlung des österreichischen Staatsangehörigen Nikolaus Prossen durch die türkischen Behörden in Smyrna. **36**, 33.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **36**, 387.

62. Iro, betreffend die Vermittlung zwischen England und den südafrikanischen Freistaaten. **37**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **37**, 312.

63. Iro, betreffend den Bruch der Neutralität der österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber den Buren. **37**, 9.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **37**, 311.

64. Iro, betreffend die Zurückziehung der bosnisch-herzegovinischen Truppen aus den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und Einverleibung Bosniens und der Hercegovina in Ungarn. **37**, 10.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski und Km. Krieghammer. **37**, 312, 313.

65. Iro, betreffend die Einberufung von Reservisten zu Waffenübungen in die nächstgelegene Garnison ihrer Truppengattung. **37**, 11.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 193.

66. Iro, betreffend die Heranziehung eines absolvierten Oberfeuerschützlers zur dreijährigen aktiven Dienstleistung. **37**, 12.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 193.

67. Iro, Herzmansky, betreffend die Verlegung der Waffenübungen in die Zeit nach der Ernte und Beurlaubung von Bauernsöhnen und landwirtschaftlichen Arbeitern zur Erntezeit. **37**, 12.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 194.

68. Vogler, betreffend das Militärstrafverfahren. **37**, 13.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 193.

69. Axmann, Pommer, betreffend die Bereithaltung von Sprengpulver im ärarischen Magazine zur Abgabe an die Wetterstationen. **37**, 14.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 194.

Interpellationen.

70. Sylvester, betreffend den Erlaß des Reichskriegsministers in Angelegenheit des Vereines pensionierter Offiziere und Militärbeamten. **37**, 14.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 192.

71. Iro, betreffend die Besetzung von Bezirksfeldwebelsstellen bei den deutschen Bezirkshauptmannschaften. **37**, 15.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 195.

72. Kozłowski, betreffend die Aufhebung der Demolierungsrevers. **37**, 30.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 195.

73. Vogler, betreffend den Fleischbedarf der Hainburger Pionnierkadettenschule. **37**, 36.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 195.

74. Barwiński wegen Versorgung eines 65jährigen Militärinvaliden. **37**, 105.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 488.

75. Barwiński, betreffend die Mißachtung der griechisch-katholischen Feiertage beim Militär. **37**, 105.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 488.

76. Pommer, betreffend den Militärtarifonds. **37**, 106.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 489.

77. Pommer, betreffend den Verein der pensionierten Offiziere und Militärbeamten. **37**, 106.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 192.

78. Wolf, betreffend das Vorgehen der Militärbehörden gegen den Verein „Südmark“. **37**, 107.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 489.

79. Wolf, betreffend die Verlegung der technischen Militärakademie nach Mödling. **37**, 108.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 489.

80. Iro, betreffend die Stellung der Marineingenieure. **37**, 108.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **37**, 338.

81. Iro, betreffend die Reorganisation der Truppenbüchsenmacherbranche. **37**, 110.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 490.

82. Iro, betreffend die direkte Lieferung landwirtschaftlicher Produkte an die Heeresverwaltung. **37**, 111.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 490.

83. Iro, betreffend die Adjustierung und das Bedienungspauschale der Marinekommissäre. **37**, 112.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **37**, 338.

84. Iro, betreffend Soldatenmißhandlungen. **37**, 244.

85. Iro, betreffend die Handelsbeziehungen zu Persien. **37**, 245.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **37**, 513.

86. Sylvester, betreffend das ehrenrätliche Verfahren. **37**, 246.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 490.

Digitized by Google

Interpellationen.

87. Iro, betreffend größere Berücksichtigung des Kleingewerbes bei Lieferungen. **37**, 247.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 490.

88. Šusteršič, betreffend die Konkurrenz Bosniens und der Hercegovina gegenüber den Stammländern der Monarchie. **37**, 249.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **37**, 485.

89. Šusteršič, betreffend den Bleibedarf der Kriegsverwaltung. **37**, 250.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 492.

90. Dobernig, betreffend die Versetzung der in Wolfsberg stationierten Kavallerieeskadron in einen anderen Garnisonsort. **37**, 251.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 491.

91. Kaftan, betreffend die Erbschaft eines in Quezaltenango (Guatemala) ermordeten österreichischen Staatsbürgers. **37**, 251.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **37**, 514.

92. Šusteršič, betreffend Entschädigung der durch Schießübungen geschädigten Bewohner des Dorfes Dobec. **37**, 320.

93. Pommer, betreffend die Härten beim Wachdienste. **37**, 321.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 491.

94. Aymann, betreffend die „Politische Korrespondenz." **37**, 346.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **37**, 513.

95. Iro, betreffend die Einberufung der Technik studierenden Reservekadetten und Reserveoffiziere zur Waffenübung zur Zeit der Prüfungen. **37**, 460.

96. Pommer, betreffend Gewährung eines Zuschusses seitens des Militärärars zum Baue einer Brücke. **37**, 460.

97. Stránský, betreffend die Ausweisung böhmischer Arbeiter aus Deutschland. **37**, 461.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **37**, 514.

98. Vassilko Nikolaj, betreffend eine Mitteilung der „Bukowinaer Rundschau". **37**, 511.

99. Dobernig, betreffend den Zustand des Bahnhofes in Pontebba. **38**, 7.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 18.

100. Sylvester, betreffend Einflußnahme des österreichisch-ungarischen Konsulates in Konstantinopel auf den Austritt einiger Deutschösterreicher aus einem dortigen reichsdeutschen Vereine. **38**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 17.

101. Kleemeier, betreffend die Pferdeankäufe Englands in Österreich-Ungarn, eventuell Erlassung eines Pferdeausfuhrverbotes. **38**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 17.

102. Bukovič, betreffend die Entschädigung der im Juli 1900 aus Transvaal ausgewiesenen österreichischen Staatsangehörigen. **38**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 16.

Interpellationen.

103. Bukovič, betreffend die Erteilung von Informationen seitens des österreichisch-ungarischen Konsuls in Buenos-Ayres über eine dortige Firma. **38**, 9.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 17.

104. Bukovič, betreffend die gegen die in Triest erscheinende Zeitung „La Pensée Slave" verfügte Entziehung des Postdebits für Bosnien und die Hercegovina. **38**, 9.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **38**, 182.

105. Bukovič, betreffend den Besuch bosnischer Kaufleute in Budapest. **38**, 10.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **38**, 182.

106. Bukovič, betreffend die Behandlung der sogenannten Affäre San Girolamo seitens der österreichisch-ungarischen Diplomatie in Rom. **38**, 58.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 553.

107. Sylvester, betreffend die Subventionierung der deutschen Schulen in Bukarest und Konstantinopel. **38**, 68.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 552.

108. Stein, betreffend die fortgesetzten Pferdetransporte nach Südafrika. **38**, 69.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 552.

109. Sylvester, betreffend die Amtsführung der österreichisch-ungarischen Vertretungen im Auslande, insbesondere gegenüber österreichischen Gelehrten. **38**, 69.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 553.

110. Conci, betreffend die Entschädigung der Hinterbliebenen einiger bei dem Eisenbahnunglück von Seneca (Michigan) Verunglückten. **38**, 69.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 553.

111. Dobernig, Sylvester, betreffend die in der Schweiz erfolgende Verbreitung ungünstiger Nachrichten über den Gesundheitszustand in den österreichischen Alpenländern. **38**, 70.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 552.

112. Lufsch, betreffend die Erntelaube. **38**, 70.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 390.

113. Bukovič, betreffend die Verlegung des Pulverturms von Glavati, eventuell Änderung der Bauverbotszone und Aufhebung des Bauverbotes für Teodo. **38**, 71.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 388.

114. Sylvester, Lufsch, betreffend die Ausschreibung des Mehlbedarfes der in Siebenbürgen dislozierten Korps nach der ungarischen Type. **38**, 73.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 391.

115. Sylvester, Posch, betreffend die durch die Militär-Hufbeschlagschule in Graz den dortigen Schmieden bereitete Konkurrenz. **38**, 73.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 391.

116. Bukovič, betreffend das Vorgehen gegen den Verein der pensionierten Offiziere und Militärbeamten und dessen Präsidenten Feldzeugmeister Kober. **38**, 73.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 388.

Digitized by Google

Interpellationen.

117. Bukovič, betreffend die Verbesserung der Lage der Militärpensionisten. **38**, 74.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 389.

118. Bukovič, betreffend die Reform des militärehrenrätlichen Verfahrens. **38**, 76.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 388.

119. Polesini, betreffend das Vorgehen der Militärbehörden gegenüber der Gemeinde Valle in Istrien bei Ankauf von Befestigungsterrains. **38**, 77.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 395.

120. Kindermann, betreffend die Benützung von Hopfenmagazinen zu Einquartierungszwecken. **38**, 79.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 390.

121. Kleewein, betreffend die ehrenrätliche Untersuchung gegen den FZM. Kober. **38**, 80.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 388.

122. Kindermann, betreffend weitergehende Berücksichtigung des Kleingewerbes bei den Heereslieferungen. **38**, 81.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 392.

123. Dobernig, betreffend die Schädigung der heimischen Landwirtschaft durch den Bezug von Molkereierzeugnissen für die Marine aus Italien. **38**, 81.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **38**, 545.

124. Bukovič, betreffend die den Bewohnern des Kreises Bihać seitens der bosnischen Behörden auferlegten Beschränkungen hinsichtlich der Beschaffung von Seesalz aus den ärarischen Magazinen in Dalmatien. **38**, 81.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **38**, 183.

125. Bukovič, betreffend den Bahnbau Bugojno—Arjano. **38**, 82.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **38**, 183.

126. Kozłowski, betreffend eine Revision der Bestimmungen über die Vergütung der durch die Schießübungen hervorgerufenen Schäden. **38**, 142.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 395.

127. Antonelli, betreffend Verhandlungen mit Italien behufs Regulierung von Gewässern an der Grenze der Provinz Görz. **38**, 143.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **38**, 552.

128. Groß Gustav, betreffend die Bestimmungen über die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienste. **38**, 143.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 396.

129. Groß Gustav, betreffend die Verhältnisse der Militärkonservenfabrik in Bruck an der Leitha. **38**, 144

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 397.

130. Kleewein, betreffend die Fleischlieferung für die 4. Infanterie-Truppendivision bei den Manövern im Waldviertel im Jahre 1901. **38**, 144.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 392.

Interpellationen.

131. Kindermann, Dobernig, Kleewein, Lukšch, Posch, Sylvester, betreffend die Affäre Mattachich. **38**, 198.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 394.

132. Bukovič, betreffend die Nichtbeachtung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Kroatien und Ungarn und die Schreibung kroatischer Ortsnamen in Verfügungen des Kriegsministeriums. **38**, 198.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 388.

133. Stein, betreffend die Ausfolgung von Bettzeug an die Mannschaft bei Waffenübungen nach Maßgabe der Witterungsverhältnisse. **38**, 199.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 393.

134. Sylvester, betreffend verschiedene Maßnahmen der bosnischen Landesregierung. **38**, 200.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **38**, 202.

135. Mayer, betreffend die Verlegung des aus Niederösterreichern zusammengesetzten Dragonerregiments Nr. 3 aus Galizien nach Niederösterreich. **38**, 275.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 394.

136. Sylvester, Kleewein, betreffend eine das Offizierskorps schädigende Verlautbarung der Wiener „Reichspost" vom 5. April 1902. **38**, 275.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 393.

137. Bukovič, betreffend die Einteilung dalmatinischer, nur der kroatischen Sprache mächtiger Reservisten zum Infanterieregiment Nr. 27 in Graz. **38**, 276.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 390.

138. Bukovič, betreffend die Verhinderung der Auswanderung von Dalmatinern nach Neuseeland. **38**, 276.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **38**, 553.

139. Dobernig, betreffend die ungünstigen Avancementverhältnisse und die Einschübe von Offizieren anderer Truppen bei der Artillerie. **38**, 276.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 394.

140. Bukovič, betreffend die Vergebung der Arbeiten für den Bau der Bahn Sarajevo-Ilidze. **38**, 277.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **38**, 277.

141. Bukovič, betreffend die Einführung von Fleischkonserven bei der Marine. **38**, 277.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **38**, 542.

142. Šusteršič, betreffend die Holzverkäufe der bosnischen Landesregierung. **38**, 397.

Beantwortet vom Rfm. Kállay. **38**, 387.

143. Stein, betreffend die Militärschießstätte in Egelsee bei Krems. **38**, 398.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 519.

144. Kliemann, betreffend die übermäßig ausgedehnte Arbeitszeit der Militärverpflegsmannschaft. **39**, 10.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 434.

Digitized by Google

Interpellationen.

145. Kliemann, betreffend die Behebung der zur Ausschließung des Bauernstandes führenden Übelstände bei Handkäufen und die notwendige Einführung von „Fliegenden Einkaufskommissionen". **39**, 11.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 435.

146. Kliemann, betreffend die Verbesserung der Stellung der Militärverpflegsbeamten. **39**, 12.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 435.

147. Biankini, betreffend Schaffung einer Dampferlinie von Triest, Split und Dubrovnik nach Südamerika, speziell nach Argentinien. **39**, 14.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **39**, 85.

148. Biankini, betreffend das Vorgehen des österreichisch-ungarischen Vertreters in Santiago, Grafen Starzeński, gegen den Verein „Slavjanska pripomoćno družtvo" in Autofagasta anläßlich der Protestkundgebungen der kroatischen Emigranten wegen der magyarischen Tyrannei in Kroatien. **39**, 14.

Beantwortet vom M. Ä. Goluchowski. **39**, 86.

149. Biankini, betreffend die den kroatischen Emigranten in Transvaal seitens der englischen Behörden verweigerte Entschädigung. **39**, 15.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **39**, 82.

150. Biankini, betreffend die Mißbräuche der von der Regierung konzessionierten Konsortien für die Lebensmittellieferung an die Arbeiter beim Baue der Eisenbahnstrecke Sarajevo—Plevlje. **39**, 16.

Beantwortet vom Rsm. Burián. **39**, 219.

151. Biankini, betreffend die Erhöhung der Gehalte der Volks- und Handelsschullehrer in Bosnien und der Hercegovina. **39**, 17.

Beantwortet vom Rsm. Burián. **39**, 217.

152. Biankini, betreffend die Regulierung des Wald- und Weiderechtes der dalmatinischen Grenzbevölkerung an den bosnisch-hercegovinischen Grenzen. **39**, 18.

Beantwortet vom Rsm. Burián. **39**, 218.

153. Biankini, betreffend die Verbesserung der Ruhegehalte der Offiziere alten Stiles und ihrer Witwen und Waisen. **39**, 18.

154. Biankini, betreffend die Verlegung des Pulvermagazins von Glavati in Boka Kotorska in Dalmatien auf einen nicht gefährlichen Punkt. **39**, 19.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 436.

155. Wassilko Nikolaj, betreffend die Verlegung von Garnisonen nach Sereth und Suczawa und anderen Städten der Bukowina. **39**, 19.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 436.

156. Dobernig, Albrecht, betreffend einen Reservaterlaß des Reichskriegsministeriums, nach welchem den Offizieren der deutschen Regimenter die Erlernung der tschechischen Sprache anbefohlen wird. **39**, 20.

157. Dobernig, betreffend die Untersuchung wegen der auf dem Marsche von Trebinje nach Bilek infolge Sonnenstiches erfolgten Todesfälle. **39**, 20.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 643.

Interpellationen.

158. Delugan, betreffend die Aufhebung der Demolierungsreverse. **39**, 20.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 579.

159. Kliemann, betreffend die Vorlage eines Militärwitwen- und Waisenversorgungsgesetzes. **39**, 26.

160. Biankini, betreffend die Regulierung der Gewässer im Kesselstale von Imotski, sowie des Trebizatflusses bis zur Einmündung in die Narenta. **39**, 26.

161. Biankini, betreffend die Anstellung von der kroatischen Sprache mächtigen Beamten bei den größeren Konsulaten in Nordamerika. **39**, 26.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **39**, 87.

162. Jaworski, betreffend die Disziplinarbehandlung des Militärbaubeamten Robert Stiller. **39**, 27.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 432.

163. Kliemann, betreffend die Verlegung der Waffenübungen in die Zeit nach der Ernte und die Beurlaubung der Bauernsöhne und landwirtschaftlichen Arbeiter während der Erntezeit. **39**, 28.

164. Skene, betreffend die Herstellung der neuen Feldgeschütze (Bronze- oder Stahlrohr). **39**, 64.

165. Biankini, betreffend den der Familie Florio aus Dalmatien von den Türken durch die Plünderung der Barke „Ovidio" zugefügten und nicht vergüteten Schaden. **39**, 121.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **39**, 722.

166. Biankini, betreffend die Schaffung neuer Konsulate in Südamerika. **39**, 122.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **39**, 208.

167. Biankini, betreffend die Entschädigung des Nujer Bučenović seitens der Kompagnie von Mozambique. **39**, 122.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **39**, 724.

168. Biankini, betreffend die den Bewohnern Bosniens auferlegten Beschränkungen beim Bezuge von Seesalz aus den ärarischen Salinen in Dalmatien. **39**, 123.

Beantwortet vom Rsm. Burián. **39**, 221.

169. Biankini, betreffend Mißbräuche bei den Eisenbahnarbeiten auf der Strecke Sarajevo—Plevlje. **39**, 123.

Beantwortet vom Rsm. Burián. **39**, 220.

170. Ehrenfels, betreffend die vom niederösterreichischen Landesausschusse eingeleitete Aktion zur Vermittlung von landwirtschaftlichen Dienstesposten an die Militärurlauber und Reservisten. **39**, 124.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 434.

171. Biankini, betreffend die Mineralquelle Sičara. **39**, 124.

Beantwortet vom Rsm. Burián. **39**, 221.

172. Biankini, betreffend den provisorischen Zustand des Institutes San Girolamo in Rom. **39**, 467.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **39**, 724.

173. Biankini, betreffend die Verwendung von Öl-Farbinen für die Verpflegung des Heeres und der Kriegsmarine. **39**, 468.

Beantwortet vom Km. Pitreich, **39**, 579 und vom Mk. Spaun. **39**, 580.

Digitized by Google

Interpellationen.

174. Biankini, betreffend einen Erlaß der bosnischen Landesregierung in Bezug auf die publizistische Tätigkeit der bosnisch-hercegovinischen Beamten. **39**, 469.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 727.

175. Biankini, betreffend die Prätierung von Militärgeistlichen. **39**, 469.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 583.

176. Biankini, betreffend den beim Bahnbau Sarajewo—Plevlje verunglückten Arbeiter Petar Pušić. **39**, 470.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 727.

177. Biankini, betreffend die in Folge der Präventivzensur in den bosnischen Blättern fehlende Stelle der Antrittsrede des neuen Landeschefs Freiherrn v. Albori. **39**, 471.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 727.

178. Sylvester, betreffend die Lage der Arbeiter des Scearfenals in Pola. **39**, 471.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **39**, 580.

179. Biankini, betreffend die Nichtveröffentlichung der Delegationssitzungsberichte in den kroatischen Zeitungen Bosniens und der Hercegovina. **39**, 573.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 728.

180. Biankini, betreffend die Verweigerung von Regierungsstipendien für mohammedanische Studierende zum Besuche der theologischen Fakultät in Kairo. **39**, 573.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **39**, 726.

181. Šusteršič, betreffend die Regelung der Stellung der Rechnungsunteroffiziere. **39**, 574.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 726.

182. Kliemann, betreffend die Erhöhung der Pension der im Ruhestande lebenden Büchsenmacher. **39**, 624.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 726.

183. Marchet, betreffend Mißbräuche bei Militärlieferungen. **39**, 629.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 686.

184. Zaffron, betreffend die Regelung der Weinzollfrage in den Handelsvertragsverhandlungen mit Italien. **40**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **40**, 534.

185. Zaffron, betreffend die endgültige Regelung der Angelegenheit des Institutes San Girolamo in Rom. **40**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **40**, 534.

186. Zaffron, betreffend den Schutz der einheimischen Olivenölproduktion gegen fremdländische Konkurrenz bei Abschluß der neuen Handelsverträge. **40**, 14.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **40**, 534.

187. Zaffron, betreffend die Verwendung der Zinsen von den in der ehemaligen Republik Ragusa zum Loskaufe der Sklaven gestifteten Legaten. **40**, 14.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **40**, 534.

188. Zaffron, betreffend den Schutz der Fischereiindustrie und der kleinen Küstenschiffahrt in dem künftigen Handelsvertrage mit Italien. **40**, 81.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **40**, 533.

189. Zaffron, betreffend die Aufbesserung des Ruhegehaltes der pensionierten Offiziere und Witwen alten Stils. **40**, 82.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **40**, 536.

190. Nowak, betreffend die Erhöhung der Rohholztarife im Elbeumschlagverkehre und im Verbandsverkehre mit dem Königreiche Sachsen. **40**, 83.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **40**, 535.

191. Wassilko Georg, in derselben Angelegenheit. **40**, 84.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **40**, 535.

192. Nowak, betreffend die Förderung des Absatzes österreichischer Industrieprodukte in den okkupierten Provinzen durch Subventionsgewährung. **40**, 83.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **40**, 532.

193. Nowak, betreffend die Übelstände bei der Schießstätte in Stankowitz bei Leitmeritz in Böhmen. **40**, 83.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **40**, 536.

194. Walz, betreffend die direkte Vergebung der Bauleistungen für den projektierten Neubau eines Monturdepots in Gösting bei Graz an die einzelnen Offerenten. **40**, 85.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **40**, 535.

195. Schneider, betreffend die Errichtung einer in staatlicher Verwaltung stehenden Herberge und eines Informationsbureaus für Auswanderer in New-York. **40**, 275.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **40**, 534.

196. Zaffron, betreffend die Einführung und staatliche Subventionierung einer Dampferverbindung zwischen Triest—Spalato—Ragusa und der Republik Argentinien. **40**, 330.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **40**, 533.

197. Dobernig, betreffend die Verleihung militärischer Rangsabzeichen an die Beamten der Militärverpflegsbranche. **40**, 331.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **40**, 536.

198. Fort, betreffend die Vergebung der Dampfdynamomaschinen für die im Bau befindlichen Kriegsschiffe. **40**, 331.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **40**, 387.

199. Zaffron, betreffend die Regulierung der Gewässer im Kesseltale von Imoschi und des Trebižatflusses. **40**, 355.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **40**, 532.

200. Wassilko Georg, betreffend die der Quote entsprechende Berücksichtigung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft bei Lieferung land- und forstwirtschaftlicher Bedarfsartikel für die gemeinsamen Institutionen. **40**, 355.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **40**, 535.

201. Zaffron, betreffend die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen in Bosnien und der Herzegovina. **40**, 356.

Beantwortet vom Rfm. Burián. **40**, 533.

Digitized by Google

Interpellationen.

202. Bartoli, betreffend die Erhöhung der Bezüge und Pensionen und die Vorrückung der Arbeiter des Seearsenals in Pola. **40**, 527.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **40**, 536.

Invaliden, s. Militärversorgungswesen.

Invaliden-Fonds.

Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Feststellung des Vermögens des Invalidenfonds und verfassungsmäßige Behandlung über dessen Verwendung. **1**, 348.

Inventar.

Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf Vorlage eines Inventars der Materialien und der Militärgebäude bei jedem Budget. (Angenommen.) **1**, 135. Vorlage desselben **1**, 248.

— Resolution des Berichterstatters Banhans wegen Vorlage eines Inventars. (Angenommen.) **2**, 190.

— Resolution des Berichterstatters Figuly, betreffend den ehesten Abschluß der wegen Vorlage eines Inventars über das sämtliche unter der Gebarung des Kriegsministeriums befindliche bewegliche Vermögen schwebenden Verhandlungen. (Angenommen.) **4**, 207.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Vorlage eines Inventars über das Monturwesen.
(Mitteilung, daß diesem Wunsche entsprochen werden wird. Exposé zum Budget 1872.)

— Resolution des Berichterstatters Brestel, betreffend die Vorlage eines Inventars der am Jahresschlusse vorhandenen Verpflegsartikel und Monturforten, ferner eine Resolution, worin das Kriegsministerium aufgefordert wird, sich strenge innerhalb der Grenzen der bewilligten Kredite zu halten und worin das Finanzministerium erinnert wird, daß ihm die Mitverantwortlichkeit für die bei den anderen Ministerien vorgekommenen Überschreitungen obliege. (Abgelehnt.) **3**, 343.

— Resolution des Berichterstatters Brestel, betreffend die Aufnahme der Vorräte bei den Truppen und Unterabteilungen, der Augmentationsvorräte der Spitäler und des Standes an ärarischen Pferden in das Inventar des beweglichen Vermögens des Heeres. (Angenommen.) **5**, 219.

Irredenta.

Fux Johann weist auf die wenig entschiedene Haltung des italienischen Kabinetts gegenüber der Irredenta hin. **12**, 19

— Ferjančić macht der Regierung zum Vorwurf, daß sie den Irredentismus nicht bekämpfe. **35**, 383.

— Irredentistische Manifestationen in Italien, s. Italien. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation. 16. Dezember 1903.

— Schneider erörtert die Bestrebungen der Irredenta in Italien und führt aus, daß wir durchaus nicht so friedensfischer sind, als manche glauben wollen. **40**, 377.

Ismaila, s. Konsulate.

Italien.

Österreich hegt friedliebende und freundschaftliche Gesinnungen gegenüber Italien. Rotbuch Nr. 1.

Italien.

— Verhältnis Italiens zur Kurie und zu Frankreich. Rotbuch Nr. 1.

— Postvertrag und Übereinkommen Österreich-Ungarns mit Italien bezüglich des Telegraphenwesens. Rotbuch Nr. 1.

— Annäherung zwischen Italien und Österreich. Rotbuch Nr. 3.

— Reichskanzler Beust betont, daß Österreich Italien ein befreundeter Nachbar sein und bleiben werde. **4**, 19.

— Der Kommandant eines italienischen Kriegsschiffes nimmt sich anläßlich der revolutionären Wirren in Spanien (1873) auch österreichischer Interessen an. Rotbuch Nr. 8. — Siehe auch Spanien.

— Fux weist auf die wenig entschiedene Haltung des italienischen Kabinetts gegenüber der Irredenta hin. **12**, 19.

— Italien hat den Wunsch, sich den Anschauungen Österreich-Ungarns und Deutschlands enger anzuschließen, unzweideutig manifestiert. — Besuch des Königs von Italien in Wien; Frage des Gegenbesuchs. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. November 1882.

— Magg meint, daß, von Deutschland abgesehen, keine Großmacht der Monarchie näher zu stehen berufen sei als Italien. **14**, 14.

— Berichterstatter Plener Ernst erklärt, daß der im Interesse des Friedens erfreuliche Besuch des Königs von Italien am Wiener Hofe das zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bestehende Verhältnis nur verstärken kann. **14**, 26.

— Das mit Italien zu Stande gebrachte Freundschaftsverhältnis besteht ungeschwächt fort und hat keinerlei Unterbrechung erlitten. — M. Ae. Kálnoky im Budget-Ausschusse, 4. November 1884.

— Sueß Eduard begrüßt die freundschaftlichen Beziehungen zu Italien. **18**, 14.

— Die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien sind sehr freundschaftliche. — Italien befindet sich mit uns in vollem Einklang bezüglich der letzten Ereignisse auf der Balkan-Halbinsel (Ost-Rumelien). M. Ae. Kálnoky im B. A., 7. November 1885.

— Politisches Einverständnis mit Italien, Bedeutung desselben für die Verhältnisse im Orient. — Exposé des M. Ae Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Anschluß Italiens an das Bündnis Österreich-Ungarns mit Deutschland. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 8. November 1887.

— Unsere Beziehungen zu dem eng verbündeten Italien sind unverändert herzliche. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. Juni 1888.

— Der Linzer Katholikentag hatte keinerlei Trübung der Beziehungen zu Italien zur Folge. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 25. Juni 1889.

— Das Verhältnis zu Italien reiht sich vollkommen an das Bundesverhältnis mit Deutschland an. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 25. Juni 1889.

— Rieger bemerkt, in Italien sei das freundschaftliche Verhältnis zu Österreich nicht populär und mache sich eine gewisse Annäherung zu Frankreich bemerkbar. **26**, 176.

Digitized by Google

Italien.

— Das Bündnis mit Italien ist auf eine Reihe von Jahren verlängert worden. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 14. November 1891.

— Der Vertrag mit Italien hat einen gleichen, durchaus defensiven Charakter wie der deutsch-österreichisch-ungarische Vertrag. Die Tatsache, daß er nicht publiziert worden sei, beweise eben, daß seine Geheimhaltung vereinbart und daher die einseitige Publizierung desselben, von Seite eines der Teile nämlich, ausgeschlossen sei. Seine Publikation sei auch von keiner Seite in Aussicht genommen worden. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

— Überall gibt es eine Minorität, welche ihre besonderen Wünsche hat. Die Hauptsache ist, daß die weitaus überwiegende Majorität der italienischen Nation sich bei jeder Gelegenheit für die Friedenspolitik ausspreche. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 3. Juni 1893.

— Unsere aufrichtigsten Sympathien begleiten Italien bei seinem Unternehmen auf dem afrikanischen Kriegsschauplatze. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Besuch des Grafen Goluchowski am königlichen Hoflager zu Monza. Volle Übereinstimmung Österreich-Ungarns und Italiens in der Auffassung und Behandlung der politischen Fragen. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

Der Ausschußbericht konstatiert, daß der M. Ae. Goluchowski unsere Beziehungen zu Italien intim und vertrauensvoll nennt. Diese Äußerung, sowie die Anerkennung der Tapferkeit der italienischen Truppen in Afrika fanden den lautesten Widerhall im Schoße des Ausschusses. **32**, 44 (A. B.).

— Kaftan erklärt, der Volkswille kehre sich in Italien gegen den Dreibund; dort werde die lateinische Union immer mehr propagiert. **36**, 14.

— Venczaj wendet sich vom Standpunkt der Südslawen gegen die Allianz mit Italien. **36**, 21.

— M. Ae. Goluchowski betont das hohe Ansehen, in welchem Italien nicht nur in Berlin, sondern auch in Wien steht, und wie tief man davon überzeugt ist, daß es im gegebenen Augenblicke seinen Verpflichtungen nicht nur nachkommen kann, sondern auch nachkommen wird. **36**, 82.

— Die irredentistischen Manifestationen, die in Italien seit einigen Monaten im verstärkten Maße zum Vorschein kommen, sind gewiß höchst bedauernswerte Erscheinungen, die nicht entschieden genug verurteilt und zurückgewiesen werden können; doch wäre es verfehlt, ihnen ein größeres Gewicht beizulegen als jenes hohler Demonstrationen, die vor allem heraus sind, der eigenen Regierung arge Verlegenheiten zu bereiten. Der Minister hebt mit besonderer Befriedigung und Anerkennung die vornehme Ruhe und Gelassenheit hervor, die man bei uns, sowohl in den meisten ernsten Preßorganen, als auch in den objektiv denkenden politischen Kreisen diesen Treibereien gegenüber zu beobachten pflegt, und die im Verein mit den von der italienischen Regierung an den Tag gelegten korrekten Bemühungen, den fraglichen Verirrungen Einhalt zu gebieten, wohl am ehesten beitragen werden, die erwünschte Ernüchterung bald herbeizuführen und die guten Beziehungen, die uns ebenso wie dem Nachbarkönigreiche am Herzen liegen müssen, vor ernsteren Trübungen zu bewahren. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

— Dobernig bespricht die Erklärung Italiens, der Erneuerung des Dreibundes zuzustimmen. Man dürfe sich trotzdem nicht verhehlen, daß der Dreibund in Italien durchaus nicht populär ist, und daß insbesondere antiösterreichische Stimmen nur zu häufig laut werden. Und in Österreich werden immer neue Befestigungen aufgeführt, welche beweisen, daß man dem Landfrieden nicht recht traut. **33**, 48.

— Conci wünscht die Beseitigung der zwischen Österreich und Italien bestehenden Ausnahmsbestimmung, daß das bewegliche Nachlaßvermögen österreichischer Untertanen in Italien, sowie dasjenige italienischer Untertanen in Österreich von beiden Staaten je einer eigenen Erbgebühr unterworfen wird. **38**, 111.

— Berichterstatter Bacquehem führt aus, es hieße doch den Wert der Bündnispolitik auch für Italien sehr unterschätzen, wenn man es glaubhaft fände, daß wirtschaftliche Besorgnisse für sich allein bestimmend sein könnten, ein Bündnis zu opfern, welches Italiens Großmachtstellung verbürgt. Die maßgebenden Faktoren in Italien haben die Ansicht, daß wichtige und große Interessen Italiens durch den Dreibund gewährleistet worden sind, und daß der Dreibund um so wertvoller für Italien sei, als er in keiner Weise ein Hindernis für die Entwicklung herzlicher Beziehungen zu Frankreich bildet. **38**, 162.

— Kaftan vermißt auf die auffallenden Besuche der italienischen Flotte im dalmatinischen Archipel. **38**, 524.

Mk. Spaun bemerkt, es stehe jedem fremden Kriegsschiffe frei, in Küstengewässern eines anderen Landes, natürlich mit den international vereinbarten Beschränkungen, zu fahren. Unsere Kriegsschiffe besuchten kürzlich die italienischen Häfen, wurden in der allerfreundlichsten Weise aufgenommen, und man hat ihnen mit dem größten Entgegenkommen sehr vieles Interessante gezeigt. **38**, 542.

— Berzenassi glaubt, daß durch die Errichtung einer italienischen Universität in Triest das freundschaftliche Bundesverhältnis zu Italien gefestigt werden würde. **39**, 102.

— Behauptung von der angeblichen Vermittlung des deutschen Kaisers zur Herbeiführung der Begegnung mit dem italienischen Minister des Äußern. Diese Begegnung ist vollkommen spontan erfolgt, nachdem man hier und in Rom sie als etwas Nützliches erkannt hatte — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Jene bedauerlichen Erscheinungen in Italien, die ihren Ursprung im wüsten Treiben gewisser Gegenheitspolitiker und fanatischer Agitatoren hatten, dürften wohl heute bei der besonnenen, energischen und streng bundesfreundlichen Haltung der gegenwärtigen königlichen Regierung als der Vergangenheit angehörend betrachtet werden. Aussprache mit dem italienischen Minister des Äußern Tittoni zu Abbazia. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

Digitized by Google

Italien.

— Baernreither bemerkt, daß in der letzten Zeit gewisse Zweifel an den aufrichtigen und innigen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien vorgeherrscht haben, er konstatiert aber mit Befriedigung, daß diese Beziehungen aufrichtige und innige sind. **40**, 29.

— Der Ausschußbericht konstatiert die innigen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen der Monarchie und Italien. **40**, 72 (A. B.).

— Schneider erörtert die Bestrebungen der Irredenta in Italien und führt aus, daß wir durchaus nicht so friedenssicher sind, als manche glauben wollen. **40**, 377.

— ſ. auch Äußere Politik II. diplomatische Auslagen, handelspolitische Fragen.

J (j).

Jan Mayen, ſ. Expeditionen (arktische).

Jägertruppe, ſ. Organisation.

Japan.

Kaftan verweist auf die Bestrebungen Japans, den Einfluß Europas aus Ostasien zu verdrängen, **39**, 93.

— Handelsvertrag mit Japan, Frage der Erneuerung der Zusatzkonvention. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Kramář führt aus, daß die Fremden mit der Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit in Japan nicht einverstanden sind. **40**, 45.

— ſ. auch diplomatische Auslagen, Expeditionen, handelspolitische Fragen, Konsulate.

Japanisch-russischer Krieg, ſ. Ostasiatischer Krieg.

Jaroslau.

Petition des Bürgermeisters von Jaroslau wegen Wiederverwendung der ehemaligen Annenkirche in Jaroslau zu gottesdienstlichen Zwecken. **38**, 384.

— ſ. auch Festungswerke, Militärbildungswesen.

Jenikői, ſ. diplomatische Auslagen (Türkei).

Jersey (Großbritannien), ſ. Konsulate.

Jerusalem.

Resolution Zschokke, betreffend die Gewährung eines Unterstützungsbeitrages zur Erhaltung des österreichisch-ungarischen Pilgerhauses in Jerusalem. **40**, 65, 68.

Johannesburg, ſ. Konsulate.

Josephinum.

Resolutionen Rechbauer und Figuly wegen Auflassung desselben. (Abgelehnt). **1**, 130, 339.

— Widenburg und Generalstabsarzt Hassinger sprechen ihr Bedauern über die beabsichtigte Auflassung des Josephinums aus. **2**, 279.

Josephinum.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Überweisung des Erlöses aus dem Verkaufe der infolge der Auflassung des Josephinums entbehrlich gewordenen Vermögensobjekte als gemeinsames Eigentum an die gemeinsamen Aktiven.

(Mitteilung von der Absicht, nach Auflassung des Josephinums einen praktischen militär-ärztlichen Lehrkurs ins Leben zu rufen. Exposé zum Budget 1872.)

— Kraus befürwortet die Wiedererrichtung der Josephs-Akademie. **20**, 21.

— Billroth bezeichnet die Auflösung des Josephinums als großen Fehler und verlangt die Wiederschaffung desselben. **27**, 64.

— Resolution des Berichterstatters Badeni, betreffend die Wiedererrichtung der Josephinischen Akademie. (Angenommen). **30**, 227.

Die Kriegsverwaltung erachtet es mit Rücksicht darauf, daß sie eine Reihe von Maßregeln zur Förderung einer befriedigenden Ergänzung des militärärztlichen Offizierskorps getroffen habe, nicht für geboten, dermalen die Wiedererrichtung einer medizinisch-chirurgischen Militärakademie in Aussicht zu nehmen. **32**, 90 (A. B.).

Josefstadt.

Kaftan befürwortet die Beseitigung der Staubrücke in Josefstadt. **35**, 73.

Km. Krieghammer erklärt, er lege vom militärischen Standpunkte aus gar keinen Wert auf das Wasserwerk bei Josefstadt. Gegen die Entfernung der Brücke habe er nichts einzuwenden, ihm fänden jedoch die Mittel dafür nicht zu Gebote. **35**, 204.

— Kaftan wünscht, daß die Kriegsverwaltung ihrer Verpflichtung zur Erhaltung der Verbindungsstraße von Jaromer nach Josefstadt sich nicht entziehe, und bespricht die Angelegenheit der Josefstädter Wehrbrücke. **38**, 227.

— Kaftan urgiert die Erledigung der Frage der Josefstädter Wehr- oder Schleusenbrücke über die Elbe. **39**, 439.

Juden.

Vorgehen Rumäniens gegen die dortigen Juden. Rotbuch Nr. 1 und 2.

— Schritte der Mächte zur Hintanhaltung der Judenverfolgungen in Rumänien. Rotbuch Nr. 6.

— Interpellation Kuranda, betreffend die Lage der Juden in Rumänien. **10**, 258.

Beantwortet vom M. Ae. Andrássy. **10**, 259.

— Berichterstatter Ruß bespricht die Judenfrage in Rumänien. **11**, 352.

— Der Ausschußbericht bespricht die Aufhebung der Beschränkungen der bürgerlichen und politischen Rechte der Juden in Serbien. **11**, 357 (A. B.).

— Lage der Juden in Rußland. **11**, 357 (A. B.).

— Scheicher ersucht die Kriegsverwaltung, dafür zu sorgen, daß nicht das ganze militärärztliche Wesen in jüdische Hände komme. **33**, 91.

— Scheicher spricht sich gegen die Einwanderung der Juden nach Bosnien aus. **33**, 192.

— Schneider bespricht das Vorgehen jüdischer Lieferanten und führt aus, daß die Juden es künstlich zu stande zu

Digitized by Google

Juden.

bringen verstehen, daß zwischen der Bevölkerung und dem Militär zeitweilig an manchen Orten eine Art Kluft geschaffen wird. Die Juden seien es auch, welche die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen verhindern. **35**, 100.

— Lemisch tritt für eine Wehrsteuer der Heeresdienstuntauglichen bei einem Einkommen von 1000 fl. aufwärts ein, zu welcher die Nation der Juden, die für den Heeresdienst sehr wenig beitrage, vorzüglich herangezogen werden könnte. **35**, 175.

— Schneider wendet sich gegen die Bezeichnung von Juden als Deutsche oder Tschechen. **35**, 198.

— Schneider wünscht eine derartige Regulierung des Paßwesens, daß keine Juden mehr nach Österreich kommen können. **35**, 416.

— Schneider führt aus, die Auswanderung der Bauern aus Galizien sei auf die schlechte Behandlung durch die jüdischen Bodenpächter zurückzuführen. **35**, 416.

— Schneider wünscht, daß die Polizeibehörden den Anzeigen der Konsulate gegen die jüdischen Mädchenhändler mehr Aufmerksamkeit schenken. **35**, 464.

— Stein wünscht die Zurückdämmung des jüdischen Elements bei den Konsulaten. **38**, 114.

— Schneider wünscht, daß alle nichtösterreichischen Juden von dem Besuche der von der österreichisch-ungarischen Regierung subventionierten Schule in Konstantinopel ausgeschlossen werden. **39**, 160.

— Schneider betont, daß die Juden die Industrie in jeder Branche schädigen. **39**, 163. Er wünscht, daß bei zukünftigen Besetzungen von Konsulatstellen kein Jude angestellt werde. **39**, 165.

— Schneider führt aus, daß durch die Ausübung des Botorechtes bei der Papstwahl nur den Juden genützt wurde. **39**, 199.

— Schneider betont, daß man in Ungarn nur von höchstens 6 Millionen Magyaren sprechen kann, während die anderen, die sich als Magyaren bezeichnen, Juden sind. **39**, 624.

Junin, s. Konsulate.

K.

Kabinettskanzlei des Kaisers.

Budgetierung der Kosten derselben. **1**, 26.

Kadetten, Kadettenschulen, s. Militärbildungsanstalten.

Kairo, s. Ägypten, Bosnien 17.

Kaiserhaus, s. Hof.

Kállay, s. Minister, Nachrufe.

Kálnoky, s. Minister.

Kaperei.

Petition um Bewilligung einer Entschädigung für den durch Kaperung der Handelsbrigg „Maria Baccarčich" erlittenen Schaden **5**, 206; **6**, 137.

Kaperei.

— Petition der Familie Florio um Erwirkung einer Entschädigung von Seite der türkischen Regierung für die Kaperung eines Handelsschiffes. **18**, 136.

— Interpellation Blankini, betreffend den der Familie Florio aus Dalmatien von den Türken durch die Plünderung der Barke „Ovidio" zugefügten und nicht vergüteten Schaden. **39**, 121.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **39**, 722.

— Zaffron ersucht den Minister des Äußern, sich der Familie Florio bei ihrer Forderung gegen die türkische Regierung anzunehmen. **40**, 62, 67.

Karlsruhe, s. Konsulate.

Karolinenthal, s. Schießplätze.

Karten, s. Militärgeographisches Institut.

Kaschau, s. Militärbildungsanstalten (Kadettenschulen).

Kasernen, s. Militärunterkünfte.

Kassaresk, s. Zentralaktiven.

Katholiken, s. Bosnien 10, religiöse Fragen.

Katholikentag (in Linz), s. Italien. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 25. Juni 1889.

Katholische Kirche.

Dolz klagt über den zu geringen Schutz derselben in Österreich. **4**, 16.

— Dziedusycki klagt über die gegen die katholische Kirche gerichtete Einschränkung der Gewissensfreiheit in manchen Staaten Europas. **38**, 29.

Kaulbars, s. Bulgarien.

Kautionen, s. Heiratskautionen.

Kavallerie.

Herabminderung des Präsenzstandes. **1**, 82, 89, 333; **2**, 153, 158, 163.

— Herabminderung des Standes der Stabsoffiziere bei der Kavallerie. **2**, 160.

— Notwendigkeit der Erhöhung des Friedensstandes der Kavallerie. — Exposé zum Budget 1871.

— Permanente Erhöhung des Friedensstandes der Kavallerie. Vorlage. **3**, 3, 466.

— Kriegsminister Kuhn begründet die Notwendigkeit eines erhöhten Kavalleriestandes **4**, 129.

— Czerkawski Eusebius spricht sich gegen eine Herabsetzung des Standes der Kavallerie aus, da dieselbe eine höhere Bedeutung gewonnen habe. **4**, 119.

— Rechbauer findet die Erhöhung des Friedensstandes der Kavallerie in keiner Weise gerechtfertigt und hält die Heranziehung der Reservisten zum permanenten Kavalleriedienst für ungesetzlich. **4**, 113, 126.

— Aufstellung eines 42. Kavallerieregiments. Budget 1891 und 28, 79,

Digitized by Google

Kavallerie.

— Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf Ablehnung des von der Regierung für Ausrüstung der Kavallerie mit Eisenbahnzerstörungswerkzeugen beanspruchten Betrages. **7**, 127, 145.

— Ausrüstung der Kavallerie mit Eisenbahnzerstörungswerkzeugen und Sprengmitteln. Begründung zum Budget 1877 und **10**, 45.

— Kreierung von Rittmeistern II. Klasse bei der Kavallerie. Budget 1882.

— Wassilko Georg empfiehlt zur Abhilfe gegen den Mangel an Kavallerieoffizieren, die in Galizien garnisonierenden Regimenter öfter ihre Garnisonen wechseln zu lassen. **38**, 229.

— s. auch Gagen, Militärbildungswesen, Militärunterkünfte, Organisation.

Kavallerieausbildungssystem.

Sturm tadelt das gegenwärtige System. **4**, 128.

Kiew, s. Konsulate.

Kiliaarm.

Rückgabe desselben unter die russische Territorialsouveränität. **18**, 15.

Kimberley, s. Konsulate.

Kirche, katholische, s. katholische Kirche.

Kirchenstaat, s. diplomatische Auslagen (Rom), Papst.

Kirkkliffe, s. Konsulate.

Kleinasien, s. Eisenbahnen.

Klek, s. Türkei 2.

Klosterneuburg, s. Donauregulierung, Wasserleitung.

Kober, F. X. M., s. Militärjustiz.

Köln, s. Konsulate.

Königsfeld, s. Militärzinstarife.

Kohle.

Resolution des Berichterstatters Weeber, enthaltend die dringende Aufforderung an die Marineverwaltung, bei Beschaffung der Kohle auf die inländische Produktion vorzugsweise Bedacht zu nehmen. (Angenommen.) **8**, 95, 116.

(Mitteilung bezüglich der Versügung der Marineverwaltung, daß in Zukunft sämtliche marine-ärarischen Kohlenbedarfs in ausgedehntem Maße mit inländischer Kohle versehen werden. Budget 1877.)

— Bedachtnahme auf die inländische Produktion und Herabsetzung der Tarifsätze für Kohlenfrachten. **9**, 20.

— Petition des Gemeinderates von Albona (Istrien) um stärkere Abnahme der auf den Steeden Carpano—Vines erzeugten Kohle von Seite der Kriegsmarine. **21**, 138.

— Bartoli wünscht eine stärkere Abnahme der auf den Werken von Carpano—Vines bei Albona erzeugten Kohle seitens der Kriegsmarine. **27**, 139.

Berichterstatter Rufs bemerkt, daß für den Schiffsbedarf nur englische Kohle tauglich sei. **27**, 140.

Kohlenkriegsvorrat.

Kaftan wünscht Aufklärung darüber, weshalb der Kohlenkriegsvorrat statt des Sollbestandes von 100.000 bloß 75.000 Tonnen betrage, **38**, 522.

Mk. Spaun klärt dies mit der in der letzten Zeit eingetretenen außerordentlichen Preissteigerung der Kohle auf. **38**, 540.

Kohlenmagazine für die Marine.

Vergrößerung der Kohlenmagazine in Pola. **9**, 25.

— Erbauung von Kohlenmagazinen in Pola und Sebenico. **35**, 363 (A. B.).

Kohn, Erzbischof.

Es werde eventuell nicht Sache des Ministeriums des Äußern, sondern der diesseitigen Regierung sein, bezüglich der Behandlung des Erzbischofs Kohn mit der Kurie in Verhandlung zu treten. — Das Ministerium des Äußern fungiere nur als Vermittlungsorgan. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

Kolischer, s. Persien.

Kolonialfrage.

Kaftan wünscht, daß der Kolonialfrage mehr Aufmerksamkeit zugewendet werde. **30**, 64.

— s. auch Bosnien 9.

Kommanden, Höhere und Stäbe.

Rechbauer wünscht die Auflassung der Generalkommanden. **1**, 85.

— Kriegsminister Kuhn wendet sich gegen die Reduzierung der Platzkommanden. **2**, 139.

— Errichtung von Generalkommanden und Militärkommanden. — Exposé zum Budget 1869.

— Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Stellvertreter der kommandierenden Generale. **5**, 145.

— Umwandlung der Militärterritorialbehörden in Korpskommanden. Begründung zum Budget 1883. (s. auch Organisation.)

— Versetzung des 13. Infanterietruppendivisions- und des 25. Infanteriebrigadekommandos von Banjaluka nach Wien. Begründung zum Heeresordinarium 1890 und **25**, 80.

— Die Kriegsverwaltung beantragt unter Auflassung des Brünner Territorialbezirkes die Übertragung des 10. Korpskommandos von Brünn nach Przemysl und die Aufstellung eines Kavallerie-Truppendivisionskommandos für die in dem neuen Korpsbezirke befindlichen Kavallerieregimenter. Begründung zum Heeresordinarium pro 1890. **25**, 79.

— Promber bedauert, daß das 10. Armeekorps geteilt und das Korpskommando von Brünn nach Przemysl verlegt werden soll; er wünscht, daß den Mähren ein einheitliches Korps und ein Korpskommando mit dem Sitze in Brünn wiedergegeben werde. **25**, 54.

— Aktivierung eines Kavalleriedivisionskommandos im Bereiche des 10. Korps. **25**, 79.

— Aktivierung des 8. Infanterie-Truppendivisionskommandos für Tirol. **25**, 79.

Digitized by Google

Kommanden.

— Verlegung des 13. Infanterie-Truppendivisions- und des 25. Infanterie-Brigadekommandos nach Banjaluka. **25**, 80.

— Promber wünscht die Errichtung eines Korpskommandos in Mähren. **26**, 62.

— Standeserhöhung der Militärterritorialkommanden Innsbruck und Zara. **26**, 76.

— Promber bedauert die Verlegung des Korpskommandos von Brünn nach Przemysl und bittet um Wiederherstellung eines einheitlichen Korps und eines Korpskommandos mit dem Sitze in Brünn. **27**, 55.

— Pacák bemängelt die militärische Teilung Mährens und die Verlegung des Korpskommandos von Brünn nach Przemysl. **28**, 71.

— Einteilung eines Feldmarschalleutnants bei jedem Territorialkommando. **36**, 130 (R. B.).

— Auflassung des Platzkommandos in Arad. Budget 1902.

— Kaftan fragt, warum die Posten für Festungs- und Platzkommanden jetzt mit aktiven Offizieren besetzt werden und den Pensionisten oder Offizieren in Lokalanstellung die Aussicht auf diese Benefizien entzogen werde, und was mit jenen Stabsoffizieren geschehe, die jetzt diese Posten bekleiden. **37**, 49.

Kommando- und Dienstsprache, s. Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse 1.

Kommerzielle Beiräte, s. Attachés.

Kommerzielle Eleven, s. Konsularwesen.

Kommission.

Ruutium der ungarischen Delegation, betreffend die Entsendung einer Kommission zur Prüfung der Ausrüstungs- und Bewaffnungsvorräte der Armee und Berichterstattung darüber. **3**, 40, 211.

— Berichterstatter Banhans beantragt eine Resolution, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Aufstellung eines Normalfriedensbudgets nach Schluß der Delegationssitzungen. (Angenommen.) **3**, 48, 208.

(Die Heeresverwaltung glaubt auf die Einsetzung einer solchen Kommission nicht eingehen zu sollen. Exposé zum Budget pro 1872.)

— Renerliche Resolution des Berichterstatters Banhans auf Einsetzung einer solchen Kommission. **4**, 52. (Angenommen.)

— Resolution des Berichterstatters Giskra auf Einsetzung einer Kommission behufs Erhebungen zur Aufstellung eines Normalfriedensbudgets. (Angenommen.) **5**, 195.

— Der Budgetausschuß wählt eine Siebenerkommission zur Beratung der zwischen den beiden Delegationen entstandenen Differenzen. **3**, 556.

— Verhandlungen der Enquetekommission zur Prüfung des Heeresaufbringungswesens, samt Originalakten. **6**, 37, 38.

— gemischte. Zur Begleichung der Differenz in Bezug auf den Beschluß über die Unterstützung der bosnischen Flüchtlinge. **12**, 195.

Komorn, s. Festungswerke 3, Militärunterkünfte.

Kompetenz der Delegationen, s. Delegation.

Konkordat, s. Papst.

Konserven, Konservenfabrik, s. Militärverpflegswesen.

Konstantinopel.

Kaftan befürwortet die Errichtung einer österreichischen Handelsschule in Konstantinopel. **34**, 30.

— Schneider führt darüber Beschwerde, daß bei der Neueinrichtung des Konsulatsgebäudes in Konstantinopel sämtliche Einrichtungsgegenstände aus England bezogen worden seien. **35**, 414.

M. Ae. Goluchowski erwidert, es habe sich nicht um eine Bestellung für das Konsulat, sondern für die Sommerresidenz des Botschafters in Jenikoi gehandelt; sie sei in England erfolgt, weil bei einer Summe von 75.000 fl. die englischen Kostenvoranschläge um 21.000 fl. billiger waren als jene der österreichischen Firmen. Doch wurden auch Gegenstände im Betrage von 47.000 bis 48.000 fl. aus Österreich bezogen. **35**, 455.

— Interpellation Sylvester, betreffend die Subventionierung der deutschen Schule in Konstantinopel. **38**, 68.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **38**, 552.

— Angebliche Übelstände an der österreichisch-ungarischen Schule in Konstantinopel. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

— Schneider wünscht, daß alle nichtösterreichischen Juden von dem Besuche der von der österreichisch-ungarischen Regierung subventionierten Schule in Konstantinopel ausgeschlossen werden. **39**, 160.

— s. auch diplomatische Auslagen (Türkei), Handelskammer, Konsulate, Türkei.

Konsularakademie, s. Akademie orientalische.

Konsularkonvention, s. Frankreich.

Konsularkorrespondenz, s. Konsularwesen 1.

Konsularwesen.

(1. Berichte [Konsularkorrespondenz]. — 2. Einkünfte und Gebühren. — 3. Eleven. — 4. Honorarkonsulate. — 5. Instruktionen. — 6. Jurisdiktion. — 7. Kommerzkanzleien. — 8. Organisation. — 9. Sprachen- und Nationalitätenfrage.)

1. Berichte (Konsularkorrespondenz.)

Resolution des Berichterstatters Schaup, betreffend die Veröffentlichung einer Zusammenstellung der jährlich einlaufenden Konsularberichte. (Angenommen.) **7**, 209.

— Wiesenburg regt eine raschere und einheitlichere Publikation der Konsularberichte an. **14**, 16.

— Berichterstatter Plener Ernst gibt Anregungen in dem gleichen Sinne unter Hinweis auf die ähnlichen Publikationen fremder Staaten. **14**, 19.

— Im allgemeinen genießen unsere Konsulate den besten Ruf, ihre Berichte seien musterhaft, aber man schenke ihnen anderwärts mehr Aufmerksamkeit als in Österreich. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 23. November 1897.

Digitized by Google

Konsularwesen.

1. Berichte (Konsularkorrespondenz.)

— Resolution Gefsmann, betreffend die Publizierung der für die Geschäftswelt wissenswertesten Abschnitte der Berichte der österreichischen und auch der fremdländischen Konsuln. **32**, 24.

— Auszugsweise Veröffentlichung der Konsularberichte durch die „Konsularkorrespondenz". — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 14. Mai 1900.

— Djeduszycki wünscht möglichst gemeinverständlich gehaltene Veröffentlichungen von Konsularausweisen — namentlich über den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse — in den Amtsblättern der Kronländer. **35**, 405.

— M. Ae. Goluchowski macht auf die Veröffentlichung der Konsularberichte in der „Konsularkorrespondenz" aufmerksam, die ihre meisten Abonnenten allerdings in Deutschland habe. **35**, 454.

— Stránský meint, daß die Konsularberichte überhaupt nicht zu abonnieren, sondern den industriellen Organisationen, namentlich aber den Gewerbegenossenschaften unentgeltlich zuzuschicken seien. **35**, 463.

— M. Ae. Goluchowski hebt die Vorzüglichkeit unserer Konsularberichte hervor. **36**, 86.

— Verbreitung der Konsularberichte. — Auszüge aus denselben im „Handelsmuseum" und in der „Konsular-Korrespondenz". — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

— Berichterstattung der Konsulate über die Produktion der Handelsgewächse und die Milchproduktion. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Jänner 1904.

— Konsularberichte über landwirtschaftliche Verhältnisse. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Petition der Gemeinde Wien wegen Berichterstattung der Konsulatämter über die veterinärpolizeilichen Verhältnisse im Ausland. **39**, 722.

— Licht regt Reformen auf dem Gebiete der Konsularberichterstattung an. **40**, 41.

2. Einkünfte und Gebühren.

Abschluß der Verhandlungen über einen neuen Konsulargebührentarif. Denkschrift zum Budget 1869.

— Revision des Konsulargebührentarifes. Denkschrift zum Budget 1871 über die Konsularorganisation.

— Resolution des Berichterstatters van der Straß, betreffend Regelung der Einkünfte der Konsulatämter. (Angenommen.) **2**, 82.

— Resolution des Berichterstatters Wickenburg, betreffend die Regulierung der Einkünfte der Konsulatämter und die Reform der Konsulargebühren. (Angenommen.) **3**, 281.

— Mitteilung über Verhandlungen bezüglich Vorlage eines Gesetzes, betreffend die Reform des Konsulargebührentarifes. Denkschrift zum Budget 1873.

Konsularwesen.

2. Einkünfte und Gebühren.

— Vorlage des Entwurfes eines neuen Reglements der Konsulargebühren. Denkschrift zum Budget 1874.

— Resolution des Berichterstatters van der Straß, betreffend die Regulierung der Einkünfte der Konsulatämter. (Angenommen.) **4**, 30, **5**, 32.

— Regulierung der Gehalte der Generalkonsuln und Vizekonsuln. **5**, 30.

— Ein befriedigender Abschluß der von den Delegationen wiederholt gewünschten Regelung der Konsulartaxperzenten kann noch nicht gemeldet werden. Denkschrift zum Budget 1875.

— Resolution des Berichterstatters Schaup, betreffend den Stand der Angelegenheit der Konsulartaxperzenten und die beschleunigte Durchführung des neuen Gebührentarifs. (Angenommen.) **7**, 13.

— Pauschalierung der Dienstesauslagen. **8**, 30.

— Reorganisation des Besoldungssystemes der effektiven Konsularbeamten. Denkschrift zum Budget 1885 und **19**, 37. (A. B.)

— Aufbesserung der Bezüge der Konsuln. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 8. November 1887.

— Reform des Konsulargebührentarifs. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 5. Juni 1893.

— Einführung eines neuen Besoldungssystems für die effektiven Konsular-Kanzleibeamten. Denkschrift zum Budget 1893 und **28**, 56 (A. B.).

— Revision des Konsulargebührentarifes. — M. A. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Im Ausschußberichte wird auf die Erklärung der Regierung hingewiesen, daß die Gesetzesvorlagen in Angelegenheit des Konsulargebührentarifes fertiggestellt seien und in der nächsten Session der beiden Legislativen eingebracht werden können. **29**, 66 (A. B.).

— Stalitz ersucht um eine zeitgemäße Reform der Konsular- und Hafengebühren. **29**, 74.

— M. Ae. Kálnoky bemerkt auf eine Anfrage, daß die Verhandlungen wegen Ermäßigung des Konsulargebührentarifes so weit gediehen seien, daß er hoffe, den nächsten Delegationen schon ein definitives Resultat mitteilen zu können. **30**, 57 (A. B.).

— Stalitz verweist auf die Notwendigkeit einer Reform der Konsulartarife und Hafengebühren zum Behufe der Hebung der Handelsmarine. **31**, 23.

— Der Budgetausschuß spricht den Wunsch aus, daß die infolge des am 1. Juli 1902 ins Leben tretenden neuen Konsulargebührentarifes sich ergebenden Mehreinnahmen vorzugsweise zur Errichtung neuer Konsulate und allmählichen Ersetzung der Honorarkonsulate durch Berufskonsulate verwendet werden. **38**, 85. (A. B.)

3. Eleven.

Denkschrift zum Budget 1871 über die Durchführung der Konsularorganisation.

— Wüllerstorf regt an, den Konsuln in Bombay und Ceylon kommerzielle Eleven beizugeben. **2**, 79.

Digitized by Google

Konsularwesen.

3. Eleven.

— Berichterstatter **Wickenburg** macht Mitteilung über die Vermehrung der Zahl derselben. **3**, 283.

— Erhöhung des Kontingentes der Konsulareleven von 15 auf 20. — Denkschrift zum Budget 1886.

— Vermehrung der Konsulareleven von 20 auf 25. — Denkschrift zum Budget 1894 und **29**, 69.

— Licht ersucht, die frühere Übung wieder einzuführen, daß man Konsulareleven den **Handelskammern** zuweist und sie dort eine Zeit lang sich praktisch betätigen läßt. **40**, 41. — M. Ae. **Goluchowski** sagt dies zu. **40**, 68.

4. Honorarkonsulate.

Resolution des Berichterstatters **Eichhoff**, betreffend die Umwandlung von **Honorarkonsulaten** in Staatsämter. **1**, 49.

— **Neumann Leopold** spricht sich für das System der **besoldeten Konsuln** und gegen Honorarkonsuln aus. **2**, 80.

— **Königswarter** verlangt eine teilweise **Umwandlung** der **Honorarkonsulate** auf den großen Seeplätzen und in den großen und bedeutenderen Handelsemporien in effektive Konsulate und regt zugleich eine Vermehrung der Konsulate an. **29**, 76.

— Umgestaltung der wichtigeren Honorarkonsulate in **Berufskonsulate**. — Exposé des M. Ae. **Goluchowski** im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— **Wolffhardt** begrüßt die fortschreitende **Umgestaltung** der Honorar- in wirkliche Konsulate. Er empfiehlt eine bessere Dotierung der Konsuln, insbesondere im Orient. **35**, 407.

— **Gessmann** führt darüber Klage, daß bei einem Stande von 480 Konsulaten 400 nur mit **Honorarkonsuln** besetzt sind, die in vielen Fällen nicht einmal Angehörige des österreichischen Staates sind. Ausbildung und Tätigkeit der Berufskonsuln seien vorwiegend **juristisch-bureaukratisch**. Der merkantilen Schulung ist auch der häufige Wechsel des Dienstortes abträglich. Auch die Wichtigkeit des kaufmännischen Informationsdienstes ist in unserem Konsularwesen bisher nicht voll erkannt worden. **35**, 419.

— Fortschritte in der **Umwandlung** der Honorarkonsulate in Berufskonsulate. **36**, 36 (A. B.).

— **Mauthner** wünscht, daß die **Umwandlung** der Honorar- in effektive Konsulatsämter rascher vor sich gehe. **36**, 49.

5. Instruktionen.

Fürth verlangt zeitgemäße Instruktionen für die Konsulate und Veröffentlichung derselben, soweit sie kommerzielle Verhältnisse betreffen. **3**, 285.

— Berichterstatter **Wickenburg** glaubt, daß neue Instruktionen weder von der Delegation, noch vom Ministerium allein ausgehen können, sondern den gesetzgebenden Körpern vorgelegt werden müssen. **3**, 287.

— Vorlage der Zusammenstellung der bestehenden **Dienstinstruktionen**. **4**, 13.

Konsularwesen.

6. Jurisdiktion.

Büllersdorf und **Neumann Leopold** sprechen sich für die Festhaltung an der Konsularjurisdiktion aus. **2**, 79.

— Regelung der Konsularjurisdiktion in **Rumänien**. Rothuch Nr. 2.

— Gesetzgebungsrecht über das Konsularwesen. Denkschrift zum Budget 1871 über die Konsularorganisation.

7. Kommerzkanzleien.

Berichterstatter **Wickenburg** macht Mitteilung über die Errichtung von Kommerzkanzleien bei den Gesandtschaften in Washington und Rio de Janeiro. **3**, 282.

8. Organisation.

Neueinteilung des Personal- und Salariatstatus und der Besoldungsverhältnisse (Denkschrift). **1**, 248, 309.

— Resolution des Berichterstatters **van der Straß**, betreffend Reformen im Konsulardienste und Vorlage eines revidierten und motivierten **Konsularstatus**. **2**, 74.

— Mitteilung über die Durchführung einer **Konsularenquete** nebst Protokoll derselben. Denkschrift zum Budget 1871.

— **Winterstein** wünscht bei Besetzung der Konsulatsämter eine Berücksichtigung kommerziell und industriell gebildeter Individualitäten. **2**, 75.

— Denkschrift zum Budget 1871 über die Durchführung der **Konsularorganisation**.

— Vorlage über die Auslagen für die Konsularorganisation. **3**, 22.

— Mitteilung über die in Angelegenheit der Konsularverhältnisse abgehaltenen Enquete. **18**, 36 (A. B.).

— Die Regierung hat in Würdigung der fortschreitenden Bedeutung des Konsulatswesens die Errichtung einiger neuer effektiver Konsulate in Aussicht genommen. Denkschrift zum Budget 1885.

— Stellung und Aufgabe der Konsuln. — M. Ae. **Goluchowski** im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Ausbildung der Konsularfunktionäre, auch mit Rücksicht auf die Exportinteressen der **Landwirtschaft**. — M. Ae. **Goluchowski** im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Mehrerfordernis von über 200.000 Gulden für **Gehaltsregulierungen** und **Ausgestaltung** des Konsularwesens. — Exposé des M. Ae. **Goluchowski** im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— **Chiari** findet, daß Österreich zu wenig Vertretungen im Auslande habe, und daß auch das Tempo, welches bei Ausgestaltung des Konsularwesens eingehalten werde, viel zu langsam sei. **34**, 28.

— **Mettal** wünscht, daß bei Besetzung der Konsulate in erster Reihe die **österreichisch-ungarische Staatsbürgerschaft** als Bedingung gestellt werde und dort, wo dies nicht durchführbar sei, Persönlichkeiten zu Konsuln berufen werden, welche mit den österreichischen Verhältnissen vollkommen vertraut seien. **34**, 52.

Digitized by Google

Konsularwesen.

8. Organisation.

— Haase findet, daß die industriellen Interessen Österreichs im Auslande nicht genügend vertreten werden, weil unsere Konsuln ihre Aufgabe weniger vom kommerziellen, als vom bureaukratischen Standpunkte auffaßen. An Plätzen, wo die deutsche Industrie mit der österreichischen konkurriere, sei erstere infolge der Wirksamkeit der deutschen Konsuln im Vorteile. **34**, 72.

— Fortsetzung der systematischen Ausgestaltung unseres Konsularwesens. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 14. Mai 1900.

— Pacák bringt Beschwerden von Handelskammern über Mängel der Konsularorganisation vor. **36**, 56.

— Geßmann erörtert Mängel der Konsularorganisation, wendet sich gegen die Bevorzugung des Adels im Berufskonsulatsdienste und gegen die Bestellung von Juden zu Konsuln, speziell in den orientalischen Staaten. **36**, 104.

— Abschluß einer Konsularkonvention mit Bulgarien. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Stein wünscht, daß bei den Konsulaten das jüdische Element zurückgedämmt und das arische bevorzugt werde. Er beklagt es, daß den Konsulaten sortan verboten sein soll, über die Kreditfähigkeit von Firmen Auskünfte zu erteilen. **38**, 114.

— Glöckner ersucht den Minister des Äußern, für eine richtige Ausgestaltung des Konsulatswesens alle seine Kraft einzusetzen. **39**, 158.

— Dzieduszycki wünscht die Vermehrung der Konsulate im Deutschen Reiche. **39**, 152.

— Schneider wünscht, daß bei zukünftigen Besetzungen der Konsularstellen kein Jude angestellt werde. **39**, 165.

— Licht betont, daß das Urteil, welches im Auslande über unsere Berufskonsuln gefällt werde, ein ganz außerordentlich günstiges sei. **40**, 41.

9. Sprachen- und Nationalitätenfrage.

Resolutionen der ungarischen Delegation, betreffend die Anstellung von Ungarn bei den in den Donaufürstentümern neu zu etablierenden Konsulatsämtern und betreffend die Kenntnis der ungarischen Sprache bei den Konsulatsämtern in einigen Teilen der Türkei. **3**, 524.

— Brzorád klagt über die geringe Anzahl von Tschechen unter den Konsulatsfunktionären und bringt eine Reihe von Übelständen im Konsularwesen zur Sprache. **30**, 47.

— Anstellung der tschechischen Sprache mächtiger Beamter bei den Konsulaten. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Interpellation Biankini, betreffend die Anstellung von der kroatischen Sprache mächtigen Beamten bei den größeren Konsulaten in Nordamerika. **39**, 26. Beantwortet vom M. A. Goluchowski. **39**, 87.

— s. auch Attachés, Auswanderung, Bosnien.

Konsulate.

Aalborg (Dänemark). Neuerrichtung eines Honorarkonsulats. Budget 1898.

Adelaide (Australien). Neuerrichtung eines Honorarkonsulates. Denkschrift zum Budget 1885.

Adrianopel (Türkei). Umwandlung des Honorarkonsulats in einen Staatsdienstposten. **3**, 283.

Alexandrien (Ägypten). Nachtragsforderung für das Generalkonsulat. **2**, 10, 74.

— Trennung der diplomatischen Agenden in Kairo von den Konsulargeschäften in Alexandrien und Bestellung eines Vizekonsuls in Alexandrien. Denkschrift zum Budget 1891 und **26**, 192 (A. B.).

Algier (Algerien). Systemisierung eines effektiven Konsulates. Denkschrift zum Budget 1897.

Amerika. Neuerrichtung von Honorarkonsulatsämtern in verschiedenen Orten Amerikas. **3**, 285.

— Interpellation Biankini, betr. die Schaffung neuer Konsulate in Südamerika. **39**, 122.
Beantwortet von M. Ae. Goluchowski. **39**, 208.

— Vutović urgiert unter Hinweis auf die Erfahrungen in Transvaal die Errichtung von Konsulaten in Zentral- und Südamerika. **38**, 139.

Amsterdam (Holland). Neuerrichtung eines Konsulats. **1**, 49.

— Systemisierung eines Vizekonsuls. **7**, 12. (Auch Denkschrift zum Budget 1875.)

Ancona (Italien). Umwandlung des Honorarkonsulates in ein effektives Konsulat. **36**, 38 (A. B.).

Antivari (Montenegro). Errichtung eines effektiven Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1881.

Antofagasta (Chile). Errichtung eines Honorarkonsulats. Budget 1904.

Antwerpen (Belgien). Effektuierung des Konsulates. Budget 1898.

Appalachicola (Florida). Auflassung des Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1890.

Arzila (Marokko). Errichtung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1890.

Asuncion (Paraguay). Errichtung eines Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1890.

— Neuerrichtung eines Konsulates. Denkschrift zum Budget 1891.

Auckland (Neuseeland). Neuerrichtung eines Honorarkonsulats. Budget 1898.

Avlona (Türkei). Umwandlung des Honorar-Vizekonsulates in ein effektives Konsulat. Budget 1898.

Bagdad (Türkei). Der Ausschuß lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf Bagdad, wo Österreich noch nicht konsularisch vertreten ist. **34**, 59 (A. B.).

— Umwandlung der Honorarkonsularagentie in ein effektives Konsulat. **35**, 394 (A. B.).

Baiern. Konsularvertretung in Baiern. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 5. Juni 1893.

— Der Minister des Äußern erklärt sich bereit, an einem entsprechenden Punkte Baierns ein Konsulatamt zu errichten. **29**, 66 (A. B.).

Digitized by Google

Konsulate.

Balkanländer. Revision der Konsulatseinteilung in den Balkanländern. — M. Ke. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

Banjalka (Bosnien). Errichtung eines wirklichen Konsulates. Denkschrift zum Voranschlage des Ministeriums des Äußern pro 1878.

Barcelona (Spanien). Umwandlung des Honorar-Generalkonsulats in einen wirklichen Staatsdienstposten. **3**, 283.

— Ernennung eines Vizekonsuls beim Generalkonsulate. Denkschrift zum Budget 1894. **29**, 69.

Bari (Italien). Umwandlung des Honorarkonsulates in ein effektives Konsulat. **36**, 38 (A. B.).

Batum (Rußland). Umwandlung der Konsularagentie in ein Vizekonsulat. Denkschrift zum Budget 1885.

— Umwandlung des Honorarvizekonsulates in ein effektives Vizekonsulat. Denkschrift zum Budget 1891.

Belgrad (Serbien). Nachtragsforderung für das Generalkonsulat. **2**, 10, 74.

— Kaftan führt über das Verhalten des Konsuls in Belgrad gegen böhmische Arbeiter Beschwerde. **36**, 95.

— M. K. Gołuchowski gibt hierüber Aufklärungen, nach denen die gegen den Konsul erhobenen Anschuldigungen ungerechtfertigt seien. **36**, 97.

Berlad (Rumänien). Errichtung eines Vizekonsulats. Denkschrift zum Budget 1876.

Berlin (Preußen). Bestellung eines Vizekonsules zur Unterstützung und Vertretung des Konsuls. Denkschrift zum Budget 1886.

— Umwandlung des Honorargeneralkonsulates in ein effektives Generalkonsulat. **36**, 38 (A. B.).

Bisceglie (Italien). Errichtung eines Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1897.

— Verlegung des Vizekonsulates nach Molfetta. Denkschrift zum Budget 1902.

Bombay (Ostindien). Errichtung eines effektiven Konsulates. **17**, 97 (A. B.).

— Erhebung des Konsulates zum Generalkonsulat. Denkschrift zum Budget 1887.

Breslau (Preußen). Umwandlung des Honorargeneralkonsulates in ein effektives Konsulat. **18**, 38 (A. B.).

Bridgetown (Insel Barbados, britische Besitzung). Neuerrichtung eines Konsulats. Denkschrift zum Budget 1890.

Brindisi (Italien). Neuerrichtung eines Konsulats. **1**, 49.

Brussa (Türkei, Kleinasien). Umwandlung der Honorarkonsularagentie in ein effektives Amt. Denkschrift zum Budget 1902.

Buenos-Ayres (Argentinien). Neuerrichtung eines Generalkonsulats und Übertragung der diplomatischen Vertretung bei der argentinischen Republik und für Uruguay und Paraguay an dasselbe. **5**, 29.

— Mitteilung, daß der Generalkonsul auch Geschäftsträger bei der Republik Paraguay geworden ist. **7**, 12.

— Systemisierung einer effektiven Vizekonsulstelle. Denkschrift zum Budget 1890.

Konsulate.

— Interpellation Bukovič, betreffend die Erteilung von Informationen seitens des österreichisch-ungarischen Konsuls in Buenos-Ayres über eine dortige Firma. **38**, 9. — Beantwortet vom M. Ke. Gołuchowski, **38**, 17.

Bukarest (Rumänien). Nachtragsforderung für das Generalkonsulat. **2**, 10, 74.

Cadix (Spanien). Umwandlung des Generalkonsulats in ein Honorarvizekonsulat. Denkschrift zum Budget 1893.

— Erhebung des Vizekonsulates zum Konsulate. Denkschrift zum Budget 1897.

Calcutta (Ostindien). Umwandlung des Honorarkonsulates in ein effektives Amt. **35**, 394. (A. B.)

Capstadt (Cap). Kreierung eines Generalkonsulates. Budget 1898.

Cardiff (Großbritannien). Umwandlung des effektiven Konsulates in ein Honorarkonsulat. Denkschrift zum Budget 1894 und **29**, 71.

Castellamare del Golfo (Italien). Neuerrichtung einer Honorarkonsularagentie. Budget 1898.

Chartum (Sudan). Auflassung des Konsulates. **1**, 274.

— Errichtung eines nicht systemisierten Konsulats. **9**, 59.

Chefoo (China). Neuerrichtung eines Honorarvizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1903.

Chicago (Amerika). Errichtung eines Berufskonsulates. Denkschrift zum Budget 1894 und **29**, 69.

Christiana (Norwegen). Umwandlung des Konsulates in ein Honorargeneralkonsulat. Denkschrift zum Budget 1884.

Cleveland (Ohio). Errichtung eines Vizekonsulates. **38**, 89 (A. B.).

Corrientes (Argentinien). Errichtung einer Honoraragentie. Denkschrift zum Budget 1902.

Curityba (Brasilien). Petition der polnischen handelsgeographischen Gesellschaft um Errichtung eines Generalkonsulates in Curityba. — Errichtung eines effektiven Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1897.

— Erhebung des Vizekonsulates zu einem Konsulate. **35**, 394 (A. B.).

Danzig (Preußen). Umwandlung des effektiven in ein Honorarkonsulat. **18**, 38 (A. B.).

Djedda (Arabien). Errichtung eines Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1881.

Dresden (Sachsen). Umwandlung des Honorarvizekonsulates in ein Honorarkonsulat. Budget 1904.

Durazzo (Türkei). Verwendung eines Vizekonsuls statt des Konsuls. Denkschrift zum Budget 1887.

Durban (Natal). Errichtung eines Honorarvizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1883.

Florenz (Italien). Errichtung eines Honorarkonsulats. Denkschrift zum Budget 1876.

Frankreich. Konsularkonvention mit Frankreich. Rotbuch Nr. 1.

Goletta (Tunis). Umwandlung des Honorarvizekonsulats in eine Honorarkonsularagentie. Denkschrift zum Budget 1903.

Digitized by Google

Konsulate.

Hamburg (Deutschland). Umwandlung des Honorargeneralkonsulates in ein effektives Generalkonsulat. Denkschrift zum Budget 1894 und **29**, 69.

Helsingfors (Rußland). Errichtung eines Honorarvizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1883.

— Umwandlung des Honorarvizekonsulates in ein Honorarkonsulat. Budget 1904.

Hongkong (China, großbritannischer Besitz). Umwandlung des Generalkonsulates in ein Konsulat. Denkschrift zum Budget 1890.

— Errichtung eines effektiven Konsulats. Denkschrift zum Budget 1897.

Huaraz (Chile). Errichtung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1886.

Huelva (Spanien). Errichtung einer Honorarkonsularagentie. Denkschrift zum Budget 1902.

Japan. Denkschriften zu den Budgets 1870 und 1871.

Jersey (Großbritannien). Neuerrichtung eines Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1890.

Johannesburg (Kapland). Errichtung eines Konsulates. Budget 1904 und **39**, 131 (A. B.).

Ismaila (Rußland). Errichtung einer Konsularagentie. 1, 274.

Junin (Peru). Errichtung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1881.

Karlsruhe (Baden). Errichtung eines Honorarkonsulats. Denkschrift zum Budget 1876.

Kiew (Rußland). Errichtung eines effektiven Konsulates. Denkschrift zum Budget 1881.

Kimberley (Südafrika). Neuerrichtung eines Konsulats. Druckschrift zum Budget. 1890.

Kirk Kilisse (Türkei). Neuerrichtung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1888.

Köln (Preußen). Umwandlung des Honorargeneralkonsulates in ein effektives Generalkonsulat. **36**, 38 (A. B.).

Konstantinopel (Türkei). Interpellation Sylvester, betreffend Einflußnahme des österreichisch-ungarischen Konsulates in Konstantinopel auf den Austritt einiger Deutsch-Österreicher aus einem dortigen reichsdeutschen Vereine, **38**, 8. — Beantwortet vom M. Re. Golu chowski, **38**, 17.

Kronstadt (Rußland). Errichtung eines Honorarvizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1883.

Küstendsche (Rumänien). Erhebung der Konsularagentie zum effektiven Konsulate. **3**, 283.

— Neuerrichtung eines Konsulats. **4**, 26.

— Reaktivierung des 1877 aufgelassenen effektiven Konsulates. Denkschrift zum Budget 1881.

Leipzig (Sachsen). Umwandlung des effektiven Generalkonsulats in ein Honorarkonsulat. Denkschrift zum Budget 1886.

Leon (Nicaragua). Auflassung des Konsulates. Denkschrift zum Budget 1890.

Konsulate.

Liverpool (Großbritannien). Umwandlung des effektiven Generalkonsulates in ein Honorargeneralkonsulat. Denkschrift zum Budget 1896 und **31**, 51 (A. B.).

— Wiedererrichtung eines effektiven Generalkonsulates. Budget 1898.

Livno (Bosnien). **Neuerrichtung eines Konsulats. 1, 49.**

Lourenço-Marques (Ostafrika, portugiesischer Besitz). Errichtung eines Honorarkonsulates. Budget 1904.

Madrid (Spanien). Neuerrichtung eines Honorarkonsulates. Denkschrift zum Budget 1887.

Malaga (Spanien). Umwandlung des Vizekonsulates in ein Konsulat. Denkschrift zum Budget 1884.

Managua (Nicaragua, Zentralamerika). Neuerrichtung eines Konsulates. Denkschrift zum Budget 1890.

Manaos (Brasilien) Neuerrichtung eines Honorarkonsulates. Budget 1905.

Melbourne (Australien). Resolution Demel bezüglich Errichtung eines effektiven Konsulates. **36**, 29, 108.

Mexiko. Der Ausschuß lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf das für unsern Export wichtige Land Mexiko. **34**, 59 (A. B.).

— Errichtung von Konsulaten in Mexiko. **36**, 36 (A. B.).

Mitrovica (Türkei). Errichtung eines Konsulates. Budget 1904 und **39**, 131 (A. B.).

Molfetta (Italien). Auflassung des Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1897.

— Verlegung des Vizekonsulats von Bisceglie nach Molfetta. Denkschrift zum Budget 1902.

Monastir (Türkei). **Erhöhung der Dotation des Konsulates. Denkschrift zum Budget 1876.**

Monterey (Mexiko). Errichtung eines Honorarkonsulates. Budget 1904.

Montevideo (Uruguay). Bestellung eines effektiven Vizekonsuls. Denkschrift zum Budget 1886.

Montreal (Canada). Effektuierung des Honoraramtes mit dem Range eines Generalkonsulates. Denkschrift zum Budget 1902.

Moskau (Rußland). Erhebung des Honorarkonsulates zu einem effektiven Generalkonsulate. 3, 283.

— Neuerrichtung eines Konsulates. **4**, 26.

Mytilene (Türkei). Neuerrichtung eines Konsulates. 1, 49.

St. Nazaire (Frankreich). Errichtung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1886.

New-York (Amerika). Umwandlung des Generalkonsulates in ein Honoraramt und Beigabe eines salarierten effektiven Konsuls. Denkschrift zum Budget 1888.

— Umwandlung des Honorarkonsulates in ein effektives Konsulat. Denkschrift zum Budget 1896. **31**, 49 (A. B.).

Nisch (Serbien). Errichtung eines effektiven Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1881.

Nizza (Frankreich.) Umwandlung des Honorarkonsulates in ein effektives Konsulat. **36**, 38 (A. B.).

Nowoselitza (Rußland). Umwandlung der Honorarkonsularagentie in ein effektives Amt. Budget 1898.

Digitized by Google

Konsulate.

Oporto (Portugal). Erhebung des Honorarvizekonsulates zu einem Konsulate. Denkschrift zum Budget 1902.

Orient. Bedeutung der orientalischen Konsulate. **2**, 76.

Palermo (Italien). Bestellung eines Generalkonsuls statt eines Generalkonsulatsverwesers. Denkschrift zum Budget 1869.

Paraña (Argentina). Errichtung eines Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1897.

Pensacola (Florida). Errichtung eines Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1890.

St. Petersburg (Rußland). Umwandlung des Honorargeneralkonsulates in ein effektives. **18**, 38 (A. B.).

Philadelphia (Amerika). Zuweisung eines effektiven Vizekonsuls zum dortigen Konsulate. Denkschrift zum Budget 1897.

Philippopel (Bulgarien). Errichtung eines wirklichen Konsulates. Denkschrift zum Budget 1878.

— Erhebung des Konsulates zu einem Generalkonsulate. Denkschrift zum Budget 1881.

— Umwandlung des Generalkonsulates in ein Konsulat. Denkschrift zum Budget 1892.

Pittsburg (Amerika.) Ernennung eines effektiven Vizekonsuls beim Honorarkonsulate. Denkschrift zum Budget 1894 und **29**, 69.

— Umwandlung des Honorarkonsulates in ein Berufskonsulat. **30**, 56.

Ploješt (Rumänien). Bestellung eines effektiven Vizekonsuls. **17**, 97 (A. B.).

— Wiedererrichtung des effektiven Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1896.

Point a Pitre (Guadeloupe). Neuerrichtung eines Honorarkonsulates. Denkschrift zum Budget 1903.

Porto Allegre (Brasilien). Umwandlung der Konsularagentie in ein Konsulat. Denkschrift zum Budget 1881.

Port of Picton (Nowa Scotia). Errichtung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1883.

Port of Spain (Insel Trinidad, britische Besitzung). Neuerrichtung eines Konsulates. Denkschrift zum Budget 1890.

Port Said (Ägypten). Errichtung eines Vizekonsulates infolge der bevorstehenden Eröffnung des Suezkanals. Denkschrift zum Budget 1869. **1**, 274.

Port-Vendres (Südfrankreich). Neuerrichtung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1885.

Posadas (Argentina). Errichtung einer Honorarkonsularagentie. Denkschrift zum Budget 1902.

Prag. Errichtung fremder Konsulate in Prag. M. Ae. Goluchowski im Budgetausschuß, 9. Juni 1896, 23. November 1897.

— Kajan führt darüber Beschwerde, daß die Ernennung des Direktors der Prager Industrialbank, Schleifer, zum holländischen Konsul in Prag deshalb nicht bestätigt wurde, weil er nicht holländischer Staatsangehöriger sei. **35**, 458.

Konsulate.

M. Ae. Goluchowski erklärt, mit Rücksicht auf den bedauerlichen Nationalitätenkampf in Prag von diesem Standpunkt nicht abgehen zu können. **35**, 459.

Prisren (Türkei). Umwandlung des Konsulates in ein von dem Konsulate in Uesküb dependierendes Vizekonsulat. Denkschrift zum Budget 1890 und **25**, 23 (A. B.).

Priserendi. Errichtung einer Konsularagentie. **1**, 274.

Punta Arenas (Costa Rica). Neuerrichtung eines Honorarkonsulates. Budget 1905.

Pyrgos (Griechenland). Erhebung der Konsularagentie zum Vizekonsulate. Denkschrift zum Budget 1888.

Radujewac (Serbien). Neukreierung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1891.

Reggio di Calabria (Italien). Neuerrichtung eines Honorarvizekonsulates. Budget 1898.

Rhodos (Türkei). Umwandlung des Honorarvizekonsulates in ein effektives Amt. Budget 1898.

Rio de Janeiro (Brasilien). Umwandlung des Honorar- in ein effektives Generalkonsulat und Bestellung eines Konsuls für dieses Amt. Denkschrift zum Budget 1887.

Rosario de Santa Fé (Argentinien). Errichtung eines Honorarvizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1893.

Rostow am Don (Rußland.) Kreierung eines Vizekonsulates. Budget 1898.

Rustschuk (Bulgarien). Umwandlung des Generalkonsulates in ein einfaches Konsulat. Denkschrift zum Budget 1881.

San Remo (Italien). Neuerrichtung eines Honorarvizekonsulates. Budget 1898.

San Sebastian (Spanien). Errichtung einer Honorarkonsularagentie. Denkschrift zum Budget 1902.

Sao Paulo (Brasilien). Neuerrichtung eines Honorarkonsulates. Budget 1898.

Schabatz (Serbien). Errichtung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1891.

Scutari (Türkei). Umwandlung des effektiven Konsulats in ein Generalkonsulat. **3**, 283.

Semendria (Serbien). Errichtung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1891.

Sevilla (Spanien). Errichtung eines Honorarkonsulates. Denkschrift zum Budget 1881.

Shanghai (China) Neuerrichtung eines Konsulats. **1**, 49; **2**, 9, 73. Denkschriften zu den Budgets 1870 und 1871.

— Kramář bespricht die Affäre des österreichischen Kaufmannes Soyka. **40**, 66.

Siam. Denkschrift zum Budget 1871 über die Konsularorganisation.

Singapore (Hinterindien). Umwandlung des Honorarkonsulates in ein Berufskonsulat. Denkschrift zum Budget 1897.

Sophia (Bulgarien). Neuerrichtung eines Konsulats. **1**, 49.

— Errichtung eines wirklichen Konsulates. Denkschrift zum Voranschlage des Ministeriums des Äußern pro 1878.

Digitized by Google

Konsulate.

Suez (Ägypten). Neuerrichtung eines Konsulats. **1**, 49.

— Umwandlung des Vizekonsulates in ein Konsulat. **2**, 74.

Surabaya (Java). Umwandlung der Konsularagentie in ein Vizekonsulat. Denkschrift zum Budget 1884.

Sydney (Australien). Errichtung eines Generalkonsulates. Denkschrift zum Budget 1902.

Symi (Sporaden). Neuerrichtung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1884.

Taebris (Persien). Neuerrichtung eines Konsulates. **1**, 49.

— Neuerrichtung eines Honorarkonsulates. Budget 1898.

Tampico (Mexiko). Neuerrichtung eines Honorarkonsulates. Budget 1905.

Tanger (Marokko). Bestellung eines Generalagenten an Stelle der bisherigen Vertretung durch den britischen Ministerresidenten. Denkschrift zum Budget 1886.

Teheran (Persien). Neuerrichtung eines Konsulates. **1**, 49.

— Auffassung der Konsularvertretung. Denkschrift zum Budget 1873.

— Der Budgetausschuß regt die Auflassung der Gesandtschaft in Teheran und die Errichtung eines Konsulates daselbst an. **14**, 28. (A. B.)

Tientsin (China). Errichtung einer Konsularvertretung. Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 22. Mai 1901.

— Errichtung eines Konsulates. Denkschrift zum Budget 1902.

Tiflis (Rußland). Errichtung eines effektiven Konsulates. Denkschrift zum Budget 1897.

Tutschka (Rumänien). Umwandlung des effektiven Konsulates in ein Honorarkonsulat. Denkschrift zum Budget 1894 und **29**, 71.

Uesküb (Türkei). Errichtung eines effektiven Konsulates. Denkschrift zum Budget 1890 und **25**, 22.

Varna (Bulgarien). Bestellung eines effektiven Vizekonsuls. **17**, 97. (A. B.)

Venedig (Italien). Neuerrichtung eines Konsulates. **1**, 49.

Veracruz (Mexiko). Neuerrichtung eines Honorarkonsulates. Budget 1905.

Vurla (Türkei, Kleinasien). Errichtung einer Konsularagentie. Denkschrift zum Budget 1881.

Waterford (Großbritannien). Umwandlung der Konsularagentie in ein Vizekonsulat. Denkschrift zum Budget 1881.

Weymouth-Portland (Großbritannien). Errichtung eines Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1875.

Xeres (Spanien). Errichtung eines Vizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1881.

— Auflassung des Honorarvizekonsulates. Denkschrift zum Budget 1894.

Yebdo (Japan). Neuerrichtung eines Konsulates. **1**, 49,

Yokohama (Japan). Neuerrichtung eines Konsulates **1**, 49; **2**, 9, 73; **3**, 284. Denkschriften zu den Budgets 1870 und 1871.

Konsulate.

— Errichtung eines Konsulats infolge Umwandlung des Postens eines diplomatischen Agenten und Generalkonsuls in einen Gesandtschaftsposten für Japan, China und Siam. **18**, 38 (A. B.).

Zanzibar. Inaussichtnahme der Errichtung eines Honorarkonsulats. Denkschrift zum Budget 1875.

— Wiedererrichtung des Honorarkonsulates. Denkschrift zum Budget 1896 und **31**, 51 (A. B.).

Zürich (Schweiz). Umwandlung des Honorar- in ein effektives Konsulat. Denkschrift zum Budget 1886.

— Erhebung des Konsulats zum Generalkonsulate. Denkschrift zum Budget 1892.

Konsulatsflagge, s. Flagge.

Kontrollversammlungen.

Kliemann verlangt die Abschaffung der Kontrollversammlungen. **39**, 608.

— s. auch Auswanderung, religiöse Fragen, Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse 1.

Konzil, ökumenisches, vatikanisches, s. Papst.

Korrespondenzen des Ministeriums des Äußern, s. Rotbuch.

Krakau, s. Analphabeten, Festungswerke 3., Lieferungswesen, Militärseelsorge, Militärunterkünfte, Militärzinstarife.

Krankenpflege, s. Militärsanitätswesen.

Kredite.

Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Erlöschung von votierten, aber nicht verausgabten Krediten und Resolution des Berichterstatters Demel Johann, betreffend die Aufforderung an das Kriegsministerium, falls im Extraordinarium bewilligte Kredite nicht vollständig zur Verwendung gelangen, nicht mehr eine Verlängerung des Termines anzusuchen, sondern eventuell die Eröffnung eines neuen Kredites durch Einstellung in das Extraordinarium oder im Wege eines Nachtragskredites anzusprechen. (Angenommen.) **7**, 204.

— Berichterstatter Bezecny gibt die Anregung, daß Ansuchen um Erstreckung der Verwendungs- und Verrechnungsdauer von Krediten schon früher, als erst bei der Übergabe der Schlußrechnung für das betreffende Jahr gestellt werden. **19**, 122.

Kreditbriefe.

Berichterstatter Wüllerstorf wünscht, daß man sich bei Missionen von Schiffen bei der Aufnahme von Geldern mehr der Kreditbriefe bediene.

Mk. Pöck betont, daß die Schiffe immer Kreditbriefe von der Anglo-Austria-Bank haben. **4**, 190.

Kreditforderung.

Bacák bringt eine Kreditforderung des Reichskriegsministeriums an das Reichsfinanzministerium zur Sprache, welche sich in den Jahren 1869 bis 1899 angesammelt habe. **36**, 116.

Km. Kriegshammer erwidert, die bezüglichen Angaben könnten nicht zutreffen, da nach 18 Monaten jede bewilligte Summe, wenn sie nicht verrechnet ist, verfällt. **36**, 197.

Digitized by Google

Kreta, s. Rußland, Türkei 5.

Kriegsentschädigung.

Petition der Stadt Neumarkt in Galizien um eine Kriegsentschädigung aus dem Jahre 1849. **9**, 187.

Kriegsgefahr, s. Äußere Politik. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 2. März 1887.

Kriegskommissariate.

Resolution des Berichterstatters Demel Johann wegen Reform derselben. **1**, 126. (Angenommen.)

(Wurde durch die Errichtung einer aus Beamten bestehenden Militärintendanz entsprochen. Exposé zum Budget 1869.)

Kriegskonterbande.

Privateigentum in Kriegszeiten; Begriff der Kriegskonterbande. Notbuch Nr. 5 und 6.

— M. Ae. Goluchowski erklärt, eine Regierung könne nicht für Geschäfte verantwortlich gemacht werden, die sich zwischen Privaten abspielen, selbst wenn sich diese Geschäfte auf Artikel beziehen, die zur Kriegskonterbande gehören. **36**, 97.

— M. Ae. Goluchowski erklärt mit Bezug auf die während des Burenkrieges für England erfolgten Pferdeankäufe, es sei gar nicht erwiesen, ob Pferde Kriegskonterbande seien. **37**, 311.

— Begriff der Kriegskonterbande. Erörterung desselben anläßlich des russisch-japanischen Krieges. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Der Ausschußbericht betont die Notwendigkeit, den Begriff der Kriegskonterbande im gegenseitigen Einvernehmen der Mächte für die Zukunft im einschränkenden Sinne festzustellen. **40**, 71 (A. B.).

Kriegsmarine, s. Marine.

Kriegsministerium.

Voranschläge.

— **für das Jahr 1868. 1**, 11.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung. **1**, 69—135.

(Redner: Schmerling Anton, Figuly, Skene sen., Rechbauer, Groß Franz, Schindler, Pratobevera, Km. Kuhn, Alm. Beck, Rv. Generalkriegskommissär Früh, Colloredo-Mannsfeld, Hock, Schwarzenberg Joh. Ad., Wolfrum, Dietrichstein-Mensdorff, Ziemialkowski.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung. **1**, 153—199.

(Redner: Groß Franz, Wickenburg, Zyblikiewicz, Rechbauer, Demel Johann, Km. Kuhn, Skene sen., Ziemialkowski, Wolfrum, Hock, Jablonowski, Pratobevera, Schindler, Schmerling Anton, Rv. Generalkriegskommissär Früh, Eichhoff, Rv. Oberst Tunkler.)

Kriegsministerium.

Voranschläge:

— **für das Jahr 1869** (mit Denkschrift). **1**, 244, 248.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Banhans — Minoritätsberichterstatter Rechbauer) und Verhandlung. **1**, 314—349.

(Redner: Figuly, Czartoryski Konstantin, Km. Kuhn, Rechbauer, Grocholski, Eichhoff, Schindler, Hock, Pratobevera, Gablenz, Streerawitz, Rv. Oberstleutnant Ghyczy, Jablonowski, Pascotini.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Banhans) und Verhandlung. **1**, 351—372.

(Redner: Rv. Oberstleutnant Ghyczy, Rechbauer, Pascotini, Km. Kuhn, Hormuzaki, Pratobevera, Demel Johann, Zyblikiewicz, Figuly, Rechberg, Pipitz, Kuranda, Gablenz, Eichhoff.)

— Regierungsvorlage, betreffend die Gebarungsresultate des Ordinariums der Landarmee pro 1868. **1**, 373, 372.

— **Mehrforderung für das Jahr 1868. 1**, 373.

— **für das Jahr 1870. 2**, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Banhans — Minoritätsberichterstatter Rechbauer) und Verhandlung. **2**, 95—165, 167—190, 235—261.

(Redner: Dietrichstein-Mensdorff, Waechter, Figuly, Mertens, Spiegel, Neumann Leopold, Handel, Leonardi, Sturm, Müllerstorf, Kaiser Ignaz, Reichskanzler Beust, Km. Kuhn, Demel Johann, Rv. Sektionschef Früh, Weichs, Daubek, Rv. Oberst Köveß, Rv. Oberst Pechmann, Pascotini, Müllerstorf, Steffens, Rv. Major Müller, Rv. Oberst Tunkler, Rv. Generalstabsarzt Hasfinger, Wickenburg, Bibus, Roßbacher, Rv. Oberst König, Rfm. Becke, Jablonowski.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Banhans) und Verhandlung. **2**, 263—300.

(Redner: Km. Kuhn, Demel Johann, Müllerstorf, Weichs, Rv. Major Müller, Sturm, Dietrichstein-Mensdorff, Rv. Oberst Tunkler, Rechbauer, Handel, Jablonowski, Wickenburg, Rv. Generalstabsarzt Hasfinger, Waechter, Mertens, Winterstein, Steffens, Klier, Bibus.)

— Regierungsvorlage, betreffend die Indemnität für das Jahr 1868 und einen Nachtragskredit für das Jahr 1869 zum Ordinarium. **2**, 11.

— Berichterstatter Banhans beantragt die Vertagung der Verhandlungen bis zur Vorlage eines Rechnungsabschlusses für das Jahr 1868, respektive 1869. **2**, 307, 315.

Klier beantragt die Bewilligung eines verminderten Kredits und den Nachweis, daß der Mehraufwand nur durch eine eingetretene Preissteigerung der Naturalverpflegung und der Mannschaftskost notwendig wurde. (Angenommen.) **2**, 317.

Berichterstatter Banhans beantragt, die von der ungarischen Delegation diesfalls beschlossene Resolution ebenfalls anzunehmen. (Angenommen.) **2**, 343.

Digitized by Google

Kriegsministerium.

Voranschläge:

— für das Jahr 1871 (mit Exposé.) 3, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Banhans — Minoritätsberichterstatter Rechbauer und Grocholski) und Verhandlung. 3, 46—190.

(Redner: Gablenz, Giskra, Jablonowski, Gichnitzer, Figuly, Schaup, Greuter, Rechbauer, Wolfrum, Reichskanzler Beust, Km. Kuhn, Wickenburg, Falkenhayn, Demel Johann, Grocholski, Rv. Sektionschef Früh, Bretfel, Sturm, Pascotini, Kuranda, Herbst, Rv. Oberstleutnant Horst, Weeber, Rv. Oberst Tunkler, Rv. Oberst König.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Banhans) und Verhandlung 3, 193—212.

(Redner: Demel Johann, Rv. Oberst Tunkler, Rv. Sektionschef Früh, Sturm, Herbst, Rechbauer, Gschnitzer, Giskra.)

— Außerordentliches Erfordernis für einmalige Ausgaben zur Steigerung der Wehrkraft. 3, 34.

Bericht (Berichterstatter Banhans) und Verhandlung. 3, 399—488.

(Redner: Klaczko, Kovács, Giskra, Demel Johann, Sturm, Oetz, Kuranda, Reichskanzler Beust, Km. Kuhn, Grocholski, Bretfel, Rv. Major Müller, Schaumburg-Lippe, Weeber, Rechbauer, Herbst, Giovanelli Ignaz, Rv. Oberstleutnant Horst, Wickenburg, Rv. Oberst Tunkler, Schaup, Greuter, Zyblikiewicz, Figuly, Rv. Sektionschef Früh, Falkenhayn, Rv. Oberst Köveß, Jablonowski, Gablenz.)

— Nachtragskredit für die Jahre 1868, 1869, 1870.

Bericht (Berichterstatter Sturm) und Verhandlung. 3, 13—19.

(Redner: van der Straß, Rechbauer, Wolfrum.)

— für das Jahr 1872. 4, 3, 7.

Nachtragsvorlagen. 4, 13, 14.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Banhans) und Verhandlung. 4, 50—147.

(Redner: Petrinó, Falkenhayn, Demel Johann, Figuly, Km. Kuhn, Reichskanzler Beust, Czerkawski, Sturm, Smolka, Oetz, Herbst, Mertens, Zyblikiewicz, Rechbauer, Giskra.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Banhans) und Verhandlung. 4, 147—174.

(Redner: Falkenhayn, Demel Johann, Km. Kuhn, Haerdtl, Giovanelli, Zyblikiewicz, Klaczko, Smolka, Sturm, Mertens, Wüllerstorf, Herbst, Jablonowski, Rechbauer.)

Kriegsministerium.

Voranschläge:

— für das Jahr 1873. 5, 5 und Vorlage eines Nachtragskredites pro 1872. 5, 6.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Giskra) und Verhandlung. 5, 63—143, 145—182.

(Redner: Cerne, Bretfel, Figuly, Greuter, Oetz, Gablenz, Rechbauer, Hartung, Herbst, Auersperg Karl, Demel Johann, Km. Kuhn, M. K. Andrassy, Wickenburg, Mayer, Figuly, Scrinzi, Jablonowski, Pascotini, Rv. Oberst Köveß, Rv. Oberst Tunkler, Rv. Sektionschef Früh, Roser, Burg, Grocholski, Fedrigotti.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Giskra) und Verhandlung. 5, 183—197.

(Redner: Hartung.)

— für das Jahr 1874. (samt Exposé.) 6, 6.

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung.

Ordinarium. 6, 42—72.

(Redner: Rechbauer, Gablenz, Herbst, Km. Kuhn, Zaillner, Hartung, Liechtenstein Friedrich, Tinti, Klier, Burg, Mertens.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung. 6, 72—87.

(Redner: d'Elvert, Rv. Generalstabsarzt Hassinger, Scharschmid, Rv. Oberst Becher, Km. Kuhn, Zaillner, Burg.)

— für das Jahr 1875. 7, 4.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Groß Franz) und Verhandlung. 7, 85—100.

(Redner: Czartoryski Konstantin, Hartung, Herbst, Km. Kuhn, Oetz, Rv. Sektionschef Früh.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung. 7, 125—139.

(Redner: Smolka, Herbst, Rv. Oberst Becher, Dumbo, Groß Franz.)

— für das Jahr 1876. 8, 4.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Klier) und Verhandlung. 8, 35—56, 77—95.

(Redner: Walterskirchen Robert, Oetz, Herbst, Km. Koller, Sturm, Hartung, Winterstein, Roßbacher, Engerth, Rv. Generalstabschef John, Ruß, Burg, Smolka, Rv. Major Stupka, Beer, Rv. Oberstleutnant Wurmb, Rv. Oberst Müller, Demel Johann, Oppenheimer, Kellner.)

Digitized by Google

Kriegsministerium.

Voranschläge:

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung. 8, 117—142.

(Redner: Rv. Oberst Müller, Liechtenstein Friedrich, Km. Koller, Engerth, Rv. Oberstleutnant Merkl, Herbst, Rv. Sektionschef Früh, Smolka, Dunajewski, Roßbacher, Rv. Oberst Becher, Groß Franz, Oppenheimer.)

— für das Jahr 1877. 9, 4.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Klier) und Verhandlung. 9, 91—178.

(Redner: Engerth, Sturm, Grocholski, Groß Franz-Oppenheimer, Walterskirchen Robert, Oelz, Demel Johann, Lienbacher, Scharschmid, M. Ae. Andrássy, Feldmarschalleutnant Benedek, Liechtenstein Friedrich, Burg, Scrinzi, Herbst, Hartung, Steudel, Kellner, Rv. Oberst Müller, Rv. Generalmajor Becher, Winterstein, Giskra, Ruß, Coronini Franz.)

Extraordinarium. (2. Rate für das neue Feldartilleriematerial).

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung. 9, 178—187.

(Redner: Rv. Oberst Merkel, Russ, Feldmarschalleutnant Benedek, Roßbacher, Liechtenstein Friedrich, Herbst.)

— für das Jahr 1878 samt Denkschrift, betreffend die in der k. k. Artillerie nötigen Standes- und sonstigen Änderungen, sowie die damit verbundenen Auslagen, und Nachtrag. 10, 3, 258.

Ordinarium.

Bericht (Generalberichterstatter Sturm — Spezialberichterstatter Groß Franz) und Verhandlung. 10, 294—311.

(Redner: Hartung, Belrupt, Falkenhayn, Km. Bylandt-Rheidt, Schier, Engerth, Koller.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung 10, 311—317.

Keine Debatte.

— Anforderung um die Bewilligung von 3 Millionen Gulden auf Rechnung des Extraordinariums pro 1878. (Ursprünglich Punkt 3 der Regierungsvorlage, betreffend das Budgetprovisorium für das II. Quartal 1878).

Bericht (Berichterstatter Demel Johann — Minoritätsberichterstatter Coronini) und Verhandlung. 10, 43—61.

(Redner: Koller, Streeruwitz, Weeber, Km. Bylandt-Rheidt, Koller, Thurnher Johann, Sturm.)

Kriegsministerium.

Voranschläge:

Nachtragskredit für das Jahr 1877.

Bericht (Berichterstatter Sturm) und Verhandlung. 10, 181—191.

(Redner: Coronini Franz, Scrinzi, Teuschl, Liechtenstein Friedrich, Demel Johann, Herbst, Weeber.)

— s. auch Bosnien 3 a.

— für das Jahr 1879. 11, 4.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Sturm) und Verhandlung. 11, 52—58.

(Redner: Liechtenstein Friedrich, Latour, Km. Bylandt-Rheidt.)

Extraordinarium (mit Nachtrag. 11, 12).

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung. 11, 58—81.

(Redner: Widmann Viktor, Latour, Dumba, Pirquet, Sturm, Dunajewski, Schaup, Khevenhüller Johann Karl, Km. Bylandt-Rheidt, Foregger, M. Ä. Andrássy)

— Einschränkung des Erfordernisses der Zentralleitung. 11, 85 (Ausschußbericht).

— für das Jahr 1880. 12, 6.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Sturm) und Verhandlung. 12, 71—81.

(Redner: Fux, Km. Bylandt-Rheidt.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung. 12, 81—83.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1881. 13, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Sturm) und Verhandlung. 13, 55—68.

(Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen hinsichtlich der Formulierung des Virements. 13, 219.)

(Redner: Hübner, Schmerling Josef, Km. Bylandt-Rheidt.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Johann Demel) und Verhandlung. 13, 170—184.

(Redner: Engerth, Minister des Äußern Haymerle, Km. Bylandt-Rheidt.)

(Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. 13, 217.)

Digitized by Google

Kriegsministerium.

Voranschläge:

— für das Jahr 1882. **14**, 4.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Auß) und Verhandlung. **14**, 32—36.

(Redner: Heilsberg, Km. Bylandt-Rheidt.)

(Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen bezüglich des Virements. **14**, 204.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung. **14**, 37—52.

(Redner: Czerkawski, Engerth, Roßbacher, Hübner Alexander, Km. Bylandt-Rheidt.)

Nachtragskredite zum außerordentlichen Heereserfordernisse pro 1881.

Bericht (Berichterstatter Demel) und Verhandlung. **14**, 52—53.

— Außerordentliches Heereserfordernis von acht Millionen Gulden zur Durchführung jener militärischen Maßnahmen, welche behufs Unterdrückung der im Süden der Monarchie und im Okkupationsgebiete ausgebrochenen Bewegung notwendig geworden sind (samt Denkschrift). **15**, 2.

Bericht (Berichterstatter Auß) und Verhandlung. **15**, 5—37. (Redner: Klaić, Sturm, Czartoryski Georg, Plener Ernst, Heilsberg, Grocholski, Rfm. Szlávy.)

— Außerordentliches Heereserfordernis eines weiteren Betrages von 23,733.000 fl. zum Zwecke der Unterdrückung der im Süden der Monarchie und im Okkupationsgebiete ausgebrochenen Bewegung. **16**, 2.

Bericht (Berichterstatter Auß) und Verhandlung. **16**, 5—19, 25—32, 35—40. (Redner: Heilsberg, Klaić, Magg, Plener Ernst, Rfm. Szlávy.)

Differenzen zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. (Berichterstatter Auß). **16**, 25—27, 31, 35, 38, 41 (Gemeinschaftliche Abstimmung). (Redner: Klier, Km. Bylandt-Rheidt, Wiesenburg.)

— für das Jahr 1883. **17**, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Fanderlik) und Verhandlung. **17**, 10—24.

(Redner: Km. Bylandt-Rheidt, Sturm.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Czerkawski) und Verhandlung. **17**, 76—79.

(Redner: Greuter.)

— für das Jahr 1884. **18**, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung. **18**, 55—61.

Keine Debatte.

Kriegsministerium.

Voranschläge:

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Czerkawski) und Verhandlung. **18**, 61—66.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1885.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung. **19**, 14—26.

(Redner: Greuter, Km. Bylandt-Rheidt, Latour.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Czerkawski) und Verhandlung. **19**, 74—77.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1886. **20**, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Mattuš) und Verhandlung. **20**, 10—30.

(Redner: Jaworski, Demel Johann, Km. Bylandt-Rheidt, Oelz, Kraus, Heilsberg.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Czerkawski) und Verhandlung. **20**, 80—83.

Keine Debatte.

Nachtragskredite pro 1885. **20**, 4.

Bericht (Berichterstatter Czerkawski) und Verhandlung. **20**, 83—84.

— für das Jahr 1887. Nachtragskredite und Kreditreste. **21**, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Mattuš) und Verhandlung. **21**, 11—23.

(Redner: Dumreicher, Furtmüller, Czerkawski, Sturm, Luzzatto, Km. Bylandt-Rheidt.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Czerkawski) und Verhandlung. **21**, 132—136.

Keine Debatte.

Außerordentlicher Kredit von 52½ Millionen Gulden für militärische Vorsichtsmaßregeln. **22** (außerordentliche Session), 1.

Bericht (Berichterstatter Mattuš) und Verhandlung. **22**, 5.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1888. **23**, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Mattuš) und Verhandlung **23**, 25.

Keine Debatte.

Digitized by Google

Kriegsministerium.

Voranschläge:

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Czerkawski) und Verhandlung. **23**, 28.
Keine Debatte.

— für das Jahr 1889. **24**, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Mattuš) und Verhandlung. **24**, 14—16.
Keine Debatte.

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Bobrzyński) und Verhandlung. **24**, 87—92.
(Redner: Promber, Revertera, Demel Johann.)

Außerordentlicher Kredit von 47·3 Millionen Gulden für die teilweise bereits verfügte und noch in Aussicht genommene Fortsetzung der im Jahre 1887 begonnenen militärischen Vorsichtsmaßregeln. **24**, 3.
Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung. **24**, 97—106.
(Redner: Chlumecký, Richter, Zedtwitz Kurt, Mattuš, Moscon.)

— für das Jahr 1890. **25**, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Mattuš) und Verhandlung. **25**, 54—68.
(Spezialkredit aus dem Jahre 1888 und Erstreckung desselben.)
(Redner: Promber, Falkenhayn, Kraus, Heilsberg.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Biliński) und Verhandlung. **25**, 68—71.
Keine Debatte.

— für das Jahr 1891. **26**, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Kathrein) und Verhandlung. **26**, 41—69.
(Redner: Starhemberg Camillo Heinrich, Chlumecký, Sommaruga, Thurnher Johann, Biliński, Falkenhayn, Km. Bauer, Plener Ernst, Promber, Pleva, Wrabetz.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **26**, 69—72.

Kriegsministerium.

Voranschläge:

— für das Jahr 1892 (s. Nachtragskredit). **27**, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung. **27**, 44—65, 121—129.
(Redner: Heilsberg, Km. Bauer, Tausche, Richter, Rv. Sektionschef Röckenzaun, Promber, Brenner, Billroth, Oppenheimer.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Jaworski) und Verhandlung. **27**, 129—132.
Keine Debatte.

— für das Jahr 1893 (s. Nachtragskredit pro 1892). **28**, 5.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Badeni) und Verhandlung. **28**, 65—96.
(Redner: Pacák, Hofmann v. Wellenhof, Kuśar, Ruß, Km. Bauer, Rv. Sektionschef Röckenzaun, Plener Ernst, Thurnher, Eim.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **28**, 96—98.
Keine Debatte.

— für das Jahr 1894.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung. **29**, 78—112.
(Redner: Salvadori, Rogl, Pacák, Pfeifer, Adámek, Masaryk, Km. Bauer, Gomperz.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **29**, 112—115.
Keine Debatte.

— für das Jahr 1895. **30**, 4.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Badeni) und Verhandlung. **30**, 188—227.
(Redner: Brzorád, Treuinfels, Pacák, Thurnher, Kaftan, Tausche, Bazzanella, Promber, Borwiński, Km. Krieghammer, Ludwig, Rigler.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **30**, 227—232.
(Redner: Klun.)

Digitized by Google

Kriegsministerium.

Voranschläge:

— für das Jahr 1896. **31**, 4.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Badeni) und Verhandlung. **31**, 86—93, 238—268.

(Redner: Kronawetter, Salvadori, Pacák, Pattai, Kaftan, Barwiński, Km. Krieghammer, Menger.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **31**, 268—275.

(Redner: Peschka, Pacák.)

— für das Jahr 1897. **32**, 3.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Walterskirchen Franz) und Verhandlung. **32**, 53—85, 140—145.

(Redner: Janda, Thurnher Martin, Salvadori, Demel Wladimir, Steinwender, Swoboda, Richter, Barwiński, Dipp, Forcher, Zedlitz Kurt, Baeuerther, Km. Krieghammer, Gefsmann, Vošnjak, Schwarz.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **32**, 146—149.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1898. **33**, 5.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Walterskirchen Franz) und Verhandlung. **33**, 65—100, 166—174.

(Redner: Hofmann v. Wellenhof, Kaftan, Kaiser August, Scheicher, Kienmann, Azmann, Gniewosz, Km. Krieghammer.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **33**, 174—182.

(Redner: Dobernig, Km. Krieghammer.)

— für das Jahr 1899. **34**, 7.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Walterskirchen Franz) und Verhandlung. **34**, 106—118, 187—211.

(Redner: Bielohlawek, Kaftan, Tschernigg, Thurnher Martin, Kienmann, Kottulinsky, Azmann, Schücker, Gomperz, Km. Krieghammer, Nitsche.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Madeyski). **34**, 211—215.

— Nachtragskredit von 30,100.000 fl. pro 1898 zum Extraordinarium zur Beschaffung von Waffen- und Kriegsmaterial, dann für fortifikatorische Maßnahmen.

Kriegsministerium.

Voranschläge:

Extraordinarium.

(Zur teilweisen Bedeckung dieses Erfordernisses haben die Regierungen beider Staaten der Monarchie die Verwendung eines Betrages von 15 Millionen Gulden aus den gemeinsamen Aktiven in Aussicht genommen. Budget 1899.)

Bericht (Berichterstatter Madeyski) und Verhandlung. **34**, 360—373.

(Redner: Hochenburger, Pergelt, Stránská, Dumba, Schücker, Nitsche, Zaunegger, Dziedusycki.)

— für das Jahr 1900. **35**, 7.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Walterskirchen Franz) und Verhandlung. **35**, 59—210.

(Redner: Abrahamowicz Eugen, Kaftan, Götz, Stránský, Loser, Schneider, Oppenheimer, Lemisch, Ochrymowicz, Gefsmann, Sokołowski, Conci, Funke, Pacák, Pergelt, Rizzi, Km. Krieghammer.)

Extraordinarium und Vorlage, betreffend die Erstreckung der Verwendungs- und Verrechnungsdauer eines für das Jahr 1897 bewilligten außerordentlichen Kredites, dann einiger bei dem außerordentlichen Heereserfordernisse für das Jahr 1898 bewilligter Kredite.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **35**, 214—221, 243—253.

(Redner: Schachinger.)

— für das Jahr 1901. **36**, 7.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Kottulinsky) und Verhandlung. **36**, 108—211.

(Redner: Kaftan, Wenger, Pacák, Kozlowski, Weigel, Walterskirchen Franz, Polzhofer, Gefsmann, Zimmer, Hinterhuber, Keil, Schönburg Alois, Peschka, Wachnianyn, Km. Krieghammer.)

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **36**, 211—215, 233—244.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1902. **37**, 7.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Walterskirchen Franz) und Verhandlung. **37**, 37—105, 175—211.

(Redner: Herold, Thurnher Martin, Kaftan, Tollinger, Pommer, Abrahamowicz Eugen, Delugan, Wassilko Nikolaj, Herzmansky, Vogler, Stránský, Kern, Iro, Skedenský, Azmann, Schönborn, Plaß, Chlumecky, Km. Krieghammer, Weigel.)

Digitized by Google

Kriegsministerium.

Voranschläge:

Extraordinarium.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **37**, 211.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1903. **38**, 11.

Ordinarium.

Nachtragskredit zum Ordinarium für das Jahr 1902 aus Anlaß der Einführung eines neuen Feld- und Gebirgsgeschützmateriales sowie der mit 1. Oktober 1902 aufzustellenden Feldhaubitz-Batteriedivisionen und der Reorganisation der Gebirgsartillerie. **38**, 11.

Bericht (Berichterstatter Waltersкirchen Franz) und Verhandlung. **38**, 203—231, 233—272, 278—322, 329—341.

(Redner: Km. Krieghammer, Lukich, Abrahamowicz Eugen, Kaftan, Wassilko Georg, Posch, Tollinger, Mayer, Barwinski, Herold, Byk, Sustersič, Bukovič, Loser, Conci, Sylvester.)

Extraordinarium.

Ansuchen um die Bewilligung des Betrages von 38,000.000 K als einmaliges außerordentliches Erfordernis für das Jahr 1902 aus Anlaß der Schaffung eines Feldhaubitz- und eines neuen Gebirgsgeschützmateriales sowie der damit verbundenen Aufstellung von Feldhaubitz-Batteriedivisionen und der Reorganisation der Gebirgsartillerie. **38**, 11.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **38**, 343—378.

(Redner: Klecwein, Millanich, Stein, Groß Gustav, Mayer, Schönborn, Conci, Stürgkh, Dobernig, Czedik, Pergelt, Jaworski, Lukich.)

— für das Jahr 1904. **39**, 21.*)

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Waltersкirchen Franz) und Verhandlung. **39**, 437—467, 527—573, 579—624, 629—669.

(Redner: Kaftan, Steue, Biankini, Stürgkh, Ryba, Lobkowitz Ferdinand, Fiedler, Dzuanski, Kaiser August, Dzieduszycki, Glöckner, Schönburg Alois, Dulęba, Schönborn, Sustersič, Marchet, Wassilko Nikolaj, Delugan, Kliemann, Tollinger, Kramář, Schneider, Km. Pitreich, Ey, Baernreither, Pergelt, Albrecht Rd. Sektionschef Röckenzaun.)

Extraordinarium und außerordentlicher Kredit von 15,000.000 K für die neuen Feldgeschütze.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **39**, 669—683.

(Redner: Sylvester, Baillet de Latour, Schönborn, Blöchl, Schneider.)

*) In dieser Session wählte der Budgetausschuß ein eigenes Subkomitee zur Beratung der Titel „Naturalienverpflegung", „Mannschaftskost" und „Montur- und Bettenwesen".

Kriegsministerium.

Voranschläge:

— für das Jahr 1905.

Ordinarium.

Bericht (Berichterstatter Waltersкirchen Franz) und Verhandlung. **40**, 85—124.

(Redner: Pantůček, Hardegg Dominik, Nowak, Abrahamowicz Eugen, Jaffron, Wassilko Georg, Hueber, Dzuanski, Schneider, Posch, Fort, Km. Pitreich.)

Extraordinarium und außerordentliches Erfordernis von 88,000.000 K zur Fortsetzung der Beschaffung des neuen Feldartilleriematerials und von Ausrüstungsgegenständen.

Bericht (Berichterstatter Popowski) und Verhandlung. **40**, 277—330.

(Redner: Hofmann Franz, Ebenhoch, Stránský, Dulęba, Sustersič, Parish, Rhomberg Adolf, Kramář, Madeyski, Oppenheimer, Km. Pitreich.)

— s. auch Geschäftsordnung 6.

Kroatien.

Interpellation Biankini, betreffend das Vorgehen des österreichisch-ungarischen Vertreters in Suttiago, Grafen Starzenski, gegen den Verein „Slavjansko pripomoćno društvo" in Autofagasta anläßlich der Protestkundgebungen der kroatischen Emigranten wegen der magyarischen Tyrannei in Kroatien. **39**, 14.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **39**, 86.

— Biankini hält seine in der Interpellation vorgebrachten Behauptungen aufrecht. **39**, 209.

— Interpellation Biankini, betreffend die den kroatischen Emigranten in Transvaal seitens der englischen Behörden verweigerte Entschädigung. **39**, 15.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **39**, 82.

— s. auch Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse, Bosnien 15.

Krönungsfeierlichkeiten.

Auslagen aus Anlaß derselben in Moskau. **18**, 22.

Kronenwährung, s. Währung.

Kronrechte, s. Hoheitsrechte.

Kronstadt.

Besuch der französischen Flotte in Kronstadt. M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 14. November 1891.

— s. auch Konsulate.

Kronwache, königlich ungarische, s. Hofstaat.

Kuči, s. Montenegro.

Küstenbatterien, Küstengeschütze, s. Pola, Waffenwesen.

Küstendsche, s. Konsulate.

Digitized by Google

Küstenschiffahrt, s. Handelsverträge (Italien).

Kupferbergbau.
Petition um Subventionierung eines solchen in Tischnowitz. **2,** 305.

Kuttenberg, s. Militärzinstarife.

L.

Lagerzelte, s. Leinenstoffe.

Laibach, s. Militärsanitätswesen, Militärverpflegswesen.

Landwehr.
Debatte über die Frage der Bestreitung des Aufwandes für die Landwehr. **3,** 370—375.
(Redner: Berichterstatter Banhans, Km. Kuhn, Rechbauer, Rv. Oberstleutnant Horst, Sturm, Grocholski, Herbst, Demel Johann, Giovanelli.)
— Anforderung für Gewehrmunition und zugehörige Fuhrwerke für die Landwehren per 2,000.000 fl. (Gegen den Antrag Grocholski mit der Motivierung abgelehnt, weil die Landwehrausrüstung nicht in die Kompetenz der Delegation gehöre). **3,** 426—436.
(Redner: Berichterstatter Banhans, Grocholski, Demel Johann, Weeber, Rechbauer, Brestel, Herbst, Giovanelli, Km. Kuhn, Rv. Oberstleutnant Horst.)
— s. auch Anträge 11, 13, 20, Einberufungen, Ersparungen, Waffenwesen 2.

Landwirtschaft.
Wenger ersucht den Minister des Äußern um Fürsorge für den Bauernstand. **29,** 33.
— Sueß Eduard lenkt die Aufmerksamkeit auf die landwirtschaftliche Krise in Europa und auf den Aufschwung, der sich in den Vereinigten Staaten Amerikas und in Ostasien bemerkbar mache. **31,** 35.
— Geßmann begehrt eine entgegenkommendere Handhabung der Bestimmungen über die Befreiung vom Militärdienst, beziehungsweise Gewährung von Erleichterungen für bäuerliche Familienerhalter. **35,** 178.
— Conci wünscht, daß nicht gleichzeitig zwei Söhne einer Bauernfamilie zur Dienstleistung verhalten werden. Jene dauernd beurlaubten Soldaten aus dem Trentino, die, zur zeitweiligen Auswanderung genötigt, nach der Rückkehr sich zur Erfüllung der Militärpflicht stellen, mögen straffrei bleiben. **35,** 190.
— Petition des landwirtschaftlichen Vereines in Časlau wegen Erleichterungen im Militärdienste. **35,** 478.
— Petition des Zentralausschusses der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft in Krakau wegen Verwendung von Soldaten zu Feldarbeiten gegen Vergütung. **35,** 478.
— Kozłowski wünscht die Berücksichtigung der Landwirtschaft bei den Waffenübungen und Manövern sowie die Ausdehnung der Erntebeurlaube. **36,** 123.

Landwirtschaft.
— Antrag Iro, betreffend Abänderungen des Wehrgesetzes in der Richtung von Erleichterungen für Söhne kleiner Landwirte. **37,** 23. (Anträge 14.)
— Antrag Iro, betreffend Abänderungen des Wehrgesetzes in der Richtung der möglichsten Einreihung von dem mittleren Bauernstande angehörigen Rekruten in die Ersatzreserve. **37,** 25. (Anträge 15.)
— Stránský tritt für Erleichterungen wenigstens bei denjenigen Soldaten aus der bäuerlichen Bevölkerung ein, welche landwirtschaftliche Schulen besucht haben. **37,** 90.
— Resolution Iro, betreffend Erleichterungen im Militärdienste für den bei der Ökonomie unentbehrlichen Sohn einer Witwe und für jene Assentpflichtigen, die zur Zeit der Assentierung bei der Landwirtschaft in Verwendung stehen. (Abgelehnt.) **37,** 174, 531.
— Neun Petitionen landwirtschaftlicher Vereine wegen Herabsetzung der Präsenzdienstpflicht für jene Söhne von Landwirten, welche eine Ackerbauschule mit gutem Erfolge absolviert haben. **37,** 493.
— Petition des land- und forstwirtschaftlichen Bezirksverbandes in Aich, betreffend die Gewährung von Erleichterungen im Militärdienste an die Angehörigen des Bauernstandes. **37,** 492.
— Petition des oberösterreichischen Landeskulturrates um tunlichste Berücksichtigung der Angehörigen des landwirtschaftlichen Standes hinsichtlich ihrer militärischen Verpflichtungen. **37,** 494.
— Km. Kriegshammer erklärt, daß, wenn die Erleichterungen in Bezug auf die Wehrpflicht nicht in dem gewünschten ausgedehnteren Maße gewährt werden, die Schuld in dem gegenüber dem Präsenzstande zu geringen Rekrutenkontingent liegt. Wenn ein erhöhtes Rekrutenkontingent bewilligt sein wird, wird die Heeresleitung gewiß im zulässigen Maße diese Erleichterungen gewähren, sei es durch Verkürzung der Präsenzdienstpflicht, sei es durch Beurlaubungen auf die Dauer des Friedens. Die Heeresleitung muß den budgetmäßig bewilligten Stand einhalten und wird schon hiedurch bei einem entsprechend erhöhten Rekrutenkontingent genötigt werden, vorzeitige Beurlaubungen eintreten zu lassen. **38,** 375.
— Interpellation Ehrenfels, betreffend die vom niederösterreichischen Landesausschusse eingeleitete Aktion zur Vermittlung von landwirtschaftlichen Dienstesposten an die Militärurlauber und Reservisten. **39,** 124.
Beantwortet vom Km. Pietreich. **39,** 434.
— s. auch Konskriptionswesen 1., Beurlaubungen, Einberufungen, Feldschäden, Handelspolitische Fragen, Schießübungen.

Landwirtschaftliche Beiräte, s. Attachés.

Laurium, s. Griechenland.

Ledochowski, s. Duellwesen.

Digitized by Google

Leinenstoffe.
Petitionen der Leinenwarenfabrikanten Mährens und Schlesiens und des Riesengebirges wegen ausgedehnterer Wiedereinführung der Verwendung von Leinenstoffen für den Bedarf des Heeres. **7**, 162.

— Pleva gibt der Kriegsverwaltung zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, statt Baumwollwäsche, für die das Geld nach Amerika geschickt werden müsse, Leinenwäsche einheimischer Provenienz zu beschaffen. **26**, 65.

— Petitionen von Gemeinden, Vereinen, Industriellen in Böhmen und Mähren um Einführung von Leinen als Bett- und Leibwäsche. **27**, 67.

— Adámek plaidiert für eine größere Berücksichtigung der Leinenstoffe in der Armee. **29**, 108.

— Km. Bauer betont, daß die Leinenwäsche weniger zuträglich und teurer sei als die Baumwollwäsche. **29**, 111.

— Petition des Verbandes der Leinenindustriellen in Böhmen um Berücksichtigung der Leinenindustrie für die Bedürfnisse des Heeres.
Berichterstatter Oppenheimer betont, daß nach den Erklärungen des Kriegsministers die Beschaffung von Leinenwäsche in der Armee ausgeschlossen scheine, dagegen sei die Kriegsverwaltung bereit, Versuche mit Leinenzelten zu machen. **29**, 259.

— Brzorád wünscht die Einführung der Leinenwäsche im Heere. **30**, 225.

— Petition des Verbandes der österreichischen Flachs- und Leineninteressenten um Einführung des Kriegsleinenzeltes für Armeezwecke. **30**, 306.

— Peschka plaidiert dafür, daß die Heeresverwaltung eine größere Partie von Leinenzelten bestelle, um mit denselben genaue Untersuchungen anzustellen. Die Leinenzelte können in Österreich erzeugt werden, während Baumwolle ein fremdländisches Produkt sei. Bei Einführung der Leinenzelte könnten auch die Handweber der Sudetenländer Brot und Arbeit finden. **31**, 270.

— Kaiser August empfiehlt die Einführung der Leinenwäsche beim Militär. Sie ist einerseits dauerhaft und andrerseits würden dadurch weite Kreise der Bevölkerung, besonders im Gebirge, wo der Flachsbau manchmal die einzige einträgliche Seite des landwirtschaftlichen Betriebes darstellt, Unterstützung erfahren. **32**, 80.

— Petition der österreichischen Flachs- und Leineninteressenten in Trautenau wegen wenigstens teilweiser Einführung der Leinenwäsche im Heere. **34**, 373.

— Peschka empfiehlt die Verwendung von Leinenwäsche und Leinenzelten beim Militär. **36**, 206.

— Kaftan empfiehlt die Berücksichtigung der Leinenindustrie seitens der Marineverwaltung und wünscht Auskünfte über die Einhaltung der Parität für die österreichische Industrie mit der ungarischen bei den Marinelieferungen. **38**, 523.

— Kaiser August empfiehlt die Verwendung von Leinen für die tragbaren Zelte. **39**, 653.

— Peschka wünscht, daß die Lieferung von Leinenartikeln beim Militär eine Ausdehnung erfahre, oder daß wenigstens die bisherigen Leinenartikel beibehalten werden. **40**, 111.

Leipzig, s. Konsulate.

Lemberg, s. Festungswerke, Militärbildungsanstalten (Kadettenschulen), Tierärzte.

Leon (Nicaragua), s. Konsulate.

Lesevereine, s. Vereine.

Libanon, s. Türkei 1.

Liboteinitz, s. Schießplätze.

Lieferungswesen.
(1. Allgemeines. — 2. Gewerbliche und industrielle Lieferungen. — 3. Landwirtschaftliche Lieferungen.)

1. Allgemeines.

Antrag des Berichterstatters Banhans auf Einberufung einer Enquete durch beide legislative Körper, um eine richtige Grundlage zur Berechnung des Gebäudewandes, der Preise der Naturalien, der Mannschaftskost, des Montur- und Bettenwesens für die Truppen festzustellen. (Angenommen.) **4**, 138.

— Petitionen:
1. um Wiedereinführung der allgemeinen Konkurrenz für Armeelieferungen;
2. um Wiedereinführung der Verwendung von Leinenstoffen für den Bedarf des Heeres;
3. um Veranlassung einer geänderten Offertausschreibung, eventuell Berücksichtigung von Offerten auf einen Teil der Materialgruppen, ferner

Antrag Giskra auf Ausschreibung einer neuen Offertverhandlung mit einem Termin von vier Wochen und mit Unterteilung der Gruppen und Lieferungsquantitäten und

Antrag des Berichterstatters Scharschmid wegen Bedachtnahme auf Trennung der einzelnen Gruppen in Unterabteilungen und auf Festsetzung von geringeren Lieferungsquantitäten bei künftigen Offertausschreibungen. **7**, 160—177. (Annahme des letzteren Antrages.) (Redner: Berichterstatter Scharschmid, Schaffer, Giskra, Km. Kuh, Heidler, Hartung, Hausch.)

— Resolution des Berichterstatters Mattuš, betreffend die Beistellung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Gewerbs- und Verpflegsartikel durch die Produzenten. (Angenommen.) **25**, 65. (Beantwortung der Resolution. **26**, 76 [A. B.].)

— Richter konstatiert, daß die Heeresverwaltung sich Mühe gebe, die Kleingewerbetreibenden zu den Armeelieferungen heranzuziehen, wünscht aber, daß auch stabile Einrichtungen schon im Frieden getroffen werden, daß die Armee direkt von dem Landwirte billige und gute Ware bekomme. **27**, 51.

— Rv. Sektionschef Rockenzaun verschert, daß sowohl die Urproduzenten in Bezug auf die Verpflegslieferungen als auch die Kleingewerbetreibenden in Bezug auf die Textilindustrie werden berücksichtigt werden. **28**, 86.

— Adámek wendet sich gegen das System der Großkonsortien bei Armeelieferungen und tritt für eine Dezentralisation der Heereslieferungen unter Be-

Digitized by Google

rücksichtigung der Urproduzenten und Kleingewerbetreibenden ein. **29**, 94, 105, 109.

— Promber begrüßt das Entgegenkommen, welches die Heeresverwaltung dem Kleingewerbe und den Urproduzenten im Lieferungswesen entgegenbringe. **30**, 213.

— Barwiński wünscht die Berücksichtigung der kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden und Hintanhaltung der Zwischenhändler bei den Armeelieferungen. **30**, 216.

— Der Ausschuß spricht die Erwartung aus, daß die Kriegsverwaltung sich bei Erneuerung der Lieferungsverträge entschließen werde, dem Kleingewerbe einen größeren Prozentsatz an Lieferungen als bisher zuzuwenden. **31**, 204 (A. B.).

— Pattai regt an, daß den bäuerlichen Genossenschaften und den Berufsgenossenschaften die Übernahme von Armeelieferungen erleichtert werde. Diese werden verläßlichere Kontrahenten sein als selbst die größten Lieferanten. **31**, 248.

— Barwiński wünscht eine Abänderung des Prozentanteiles zu Gunsten des Kleingewerbes und besonders Rücksichtnahme auf die Kleinproduzenten bei Lieferungen von Rohprodukten und Leinenwaren. **31**, 258.

— Petition der österreichischen Aktiengesellschaft für Erzeugung von Portlandzement in Szczakowa und der Portlandzementfabrik Bernhard Liebau & Co. in Podgórze um Berücksichtigung bei den Zementlieferungen für das Heer in Galizien. **31**, 296.

— Janda verlangt eine ausgiebigere Rücksichtnahme auf die Urproduzenten und Kleingewerbetreibenden. **32**, 58.

— Richter ist für die stärkere Heranziehung der Urproduzenten und des Kleingewerbes, da noch immer zwei Drittel der Lieferungen von Händlern besorgt werden. **32**, 74.

— Der Ausschuß hebt das Bestreben der Kriegsverwaltung hervor, dem Begehren der Produzenten auf vorzugsweise Berücksichtigung bei den Naturallieferungen vollauf Rechnung zu tragen und ihnen sowohl als auch den Gemeinden und landwirtschaftlichen Korporationen Erleichterungen zu gewähren. Auch den Kleingewerbetreibenden beweise die Kriegsverwaltung ihr Entgegenkommen. **32**, 95 (A. B.).

— Kaiser August wünscht, daß die Beteiligung des kleinen Grundbesitzes dadurch ermöglicht werde, daß man Vorschüsse gibt und die Rohmaterialien zur Verfügung stellt, ferner mögen die Ausschreibungen einzelner Artikel, zum Beispiel Mehl, so erfolgen, daß nicht bloß die ungarischen Mühlen im stande seien, dieselben zu bekommen. **33**, 82.

— Azmann erklärt, daß die Frage der Teilnahme der Kleingewerbetreibenden an den Lieferungen nur nach dem System der Zwangsgenossenschaften, nicht der fakultativen, momentan zu diesem Zwecke gebildeten Genossenschaften gelöst werden könne. Was die Beteiligung der landwirtschaftlichen Kreise an den Lieferungen anlange, so müsse der Zwischenhandel beseitigt und

das Gesetz, betreffend die landwirtschaftlichen Genossenschaften, zu stande gebracht werden. **34**, 196.

— Gomperz weist darauf hin, daß die Feststellung der Preise, welche die Handelskammern der Kriegsverwaltung vorlegen, nicht durch Beschluß der Kammern, denen nicht nur die Großindustriellen, sondern auch Kleingewerbetreibende angehören, erfolge, sondern nach gewissen von der Kriegsverwaltung angegebenen Grundsätzen. **34**, 203.

— Km. Krieghammer begrüßt alle in Niederösterreich durch den Landtag angebahnten Institutionen mit Freude. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Lagerhäuser liegen im Interesse der Armee ebenso wie der Produzenten. Es sei dadurch ein direkter Verkehr mit den Produzenten hergestellt und eine Stabilisierung der Preise bewirkt. **34**, 205.

— Göß wünscht, daß den Kleingewerbetreibenden bis zu 50 Prozent der Heereslieferungen zugewiesen und daß kautionsfähigen Produktivgenossenschaften gestattet werde, auch bei den übrigen, bisher der Großindustrie vorbehaltenen Lieferungen zu offerieren. Die landwirtschaftlichen Urproduzenten wären zu den Heereslieferungen förmlich aufzufordern. **35**, 81.

— Loser begehrt eine stärkere Heranziehung der Gewerbetreibenden als zu einem Viertel der Lieferungen und legt dar, daß bei der Übernahme vom fachmännischen Standpunkte nicht begründete Beanständungen gemacht werden. **35**, 94.

— Ochrymowicz wünscht größere Berücksichtigung des Kleingewerbes und der Landwirte bei den Heereslieferungen. **35**, 176.

— Gesmann vertritt die Wünsche der Kleingewerbetreibenden bezüglich der Preisbestimmung der Rohstoffe, der Schaffung von Ablieferungsstellen und verweist auf das Vorgehen des Landes Niederösterreich zur Förderung der Organisation. Er dankt für das Entgegenkommen gegenüber den Lagerhäusern und dringt eine Reihe von Wünschen vor. **35**, 184.

— Km. Krieghammer führt aus, die Heeresverwaltung sei den Genossenschaften stets tunlichst entgegengekommen. Wenn kräftige Konsortien sich bilden, werden sie nach jeder Richtung mit Freude unterstützt werden. **35**, 202.

— Berichterstatter Kottulinsky vertritt den Wunsch des Budgetausschusses wegen stärkerer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Urproduzenten und der Kleingewerbetreibenden. **36**, 109.

— Resolution des Berichterstatters Kottulinsky wegen Heranziehung der heimischen Erzeugung und ausgiebigerer Berücksichtigung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Genossenschaften (Genossenschaftsverbände). **36**, 142 (A. B.).

— Weigel wünscht die Aufstellung der Lieferungen unter Berücksichtigung des von dem betreffenden Kronlande gestellten Rekrutenkontingents. **36**, 179.

— Gesmann befürwortet die Schaffung von Landeszentralstellen zur Vermittlung von Lieferungen an die Gewerbetreibenden, die Vergebung der landwirt-

Digitized by Google

Lieferungswesen.

1. Allgemeines.

schaftlichen Lieferungen im Wege der Lagerhausgenossenschaften, in welcher Beziehung das Entgegenkommen der Heeresverwaltung anzuerkennen sei, und konstatiert die Bevorzugung Ungarns bei der Lieferung von Naturalien. **36**, 187.

— Zimmer bringt Beschwerden über die Behandlung von Kleingewerbetreibenden in Lieferungsfragen vor. **36**, 190.

— Hinterhuber wünscht die Heranziehung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Genossenschaften zu den Lieferungen, wobei solche Branchen, die noch nicht leistungsfähig genug sind, um den Anforderungen der Kriegsverwaltung nachkommen zu können, nach dem Beispiel Ungarns aus Staatsmitteln zu unterstützen wären. Er erkennt das bisherige Entgegenkommen der Heeresverwaltung gegenüber dem Kleingewerbe an. **36**, 191.

— Berichterstatter Pergelt fordert, daß die Marinelieferungen nicht ausschließlich nach dem Quotenschlüssel auf die beiden Reichshälften aufgeteilt, sondern daß hiebei auch Qualität und Preiswürdigkeit der einzelnen Artikel entsprechend berücksichtigt werden. **36**, 226.

— Die Festsetzung der Bedingungen, unter welchen die Kleingewerbetreibenden zu den Lieferungen zugelassen werden, dann die Art ihrer Aufteilung ist nach einer Vereinbarung der Kriegsverwaltung mit dem Handelsministerium vollständig dem Ermessen des letzteren überlassen. Budget 1902.

— Exposé des Kriegsministeriums, betreffend die Beschaffung der Bekleidungsgegenstände und der Naturalien für das Heer. **37**, 153, 159 (A. B.).

— Resolution Iro, betreffend die größere Berücksichtigung des Kleingewerbes bei Militärlieferungen. (Angenommen.) **37**, 173, 528.

— Azmann gibt der Freude Ausdruck, daß die Teilnahme des Kleingewerbes und der Urproduzenten an den Heereslieferungen gesteigert sei, und dankt im Namen des Landes Niederösterreich, daß die Heeresverwaltung die Landwirte und die Organisation der genossenschaftlichen Lagerhäuser außerordentlich unterstützt habe. Er bringt eine Reihe von Wünschen der Kleingewerbetreibenden vor. **37**, 176.

— Km. Krieghammer verweist auf das dem Budget beigefügte Exposé, welches das Resultat der nach Bayern und Sachsen von Intendanturbeamten unternommenen Studienreisen enthalte. Er gibt sodann Auskünfte über die Einkäufe von Naturalien und über die Verteilung der Lieferungen an die Kleingewerbetreibenden. **37**, 196.

— Berichterstatter Walterskirchen Franz richtet die Bitte an die Kriegsverwaltung, wenn es unbeschadet der Schlagfertigkeit der Armee möglich wäre, einen höheren Prozentsatz als 25 Prozent der Ausrüstungsorten vom Kleingewerbe zu beziehen. Was den Bezug der Naturalien betreffe, so werde durch Ausbildung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens die Beteiligung der Urproduzenten rapid zunehmen. **37**, 204.

Lieferungswesen.

1. Allgemeines.

— Interpellation Šusteršič, betreffend die Deckung des Bleibedarfes bei einheimischen Bleiwerken. **37**, 250. Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 492.

— Kaftan wünscht die probeweise Übertragung der im Scearsenale besorgten Kesselbauten an Ziviletablissements. **37**, 327. Er fragt, ob die Institution des Marinebekleidungsamtes besondere Vorteile biete und ob ein Teil des Monturbedarfes noch von Privaten geliefert werde. **37**, 329.

Mk. Spaun bemerkt, daß der Bau der neuen Kessel ohnedies größtenteils der privaten Industrie übergeben werde. Er legt die großen Vorteile des Marinebekleidungsamtes dar. **37**, 336.

— Interpellation Iro, betreffend Berücksichtigung des Kleingewerbes bei Vergebung von militärischen Lieferungen. **37**, 247.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 490.

— Interpellation Sylovestr, Lukšch, betreffend die Ausschreibung des Mehlbedarfes der in Zisleithanien dislozierten Korps nach der ungarischen Type. **38**, 73. Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 391.

— Interpellation Kindermann, betreffend weitergehende Berücksichtigung des Kleingewerbes bei den Heereslieferungen. **38**, 81.

Beantwortet vom Km. Krieghammer, **38**, 392.

— Interpellation Dobernig, betreffend die Schädigung der heimischen Landwirtschaft durch den Bezug von Molkereierzeugnissen für die Marine aus Italien. **38**, 81.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **38**, 545.

— Interpellation Kleewein, betreffend die Fleischlieferung für die 4. Infanterie-Truppendivision bei den Manövern im Waldviertel im Jahre 1901. **38**, 144. Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 392.

— Der Budgetausschuß hebt hervor, daß die Kriegsverwaltung fortgesetzt bestrebt ist, den Urproduzenten die Beteiligung an der Lieferung von Verpflegsartikeln zu erleichtern, und erörtert die zu Gunsten der Beteiligung des Kleingewerbes an Lieferungen getroffenen Maßregeln. **38**, 241 (A. B.).

— Das Kriegsministerium macht in einer Resolutionsbeantwortung Mitteilung über die direkten Handkäufe von Landwirten. **38**, 247 (A. B.).

— Der Kriegsminister teilt in einer Resolutionsbeantwortung mit, daß den Kleingewerbetreibenden mehr als die bisherigen 25 Prozent des jährlichen Bedarfes an Fußbekleidungen und Rüstungsorten aus Leder mit Rücksicht auf die besonders in den Kriegsjahren 1859 und 1866 gemachten Erfahrungen nicht vorbehalten werden können. **38**, 248 (A. B.).

— Resolutionsantrag Doberuig—Kleewein, betreffend die weitergehende Heranziehung des Kleingewerbes zu den Heereslieferungen und ein größeres Entgegenkommen gegen dasselbe bei der Verteilung. **38**, 337.

Berichterstatter Walterskirchen Franz erklärt, diesen Resolutionsantrag wegen der gewählten Form der

Digitized by Google

Lieferungswesen.

1. Allgemeines.

Textierung nicht befürworten zu können. — Ein Antrag Sylvester auf namentliche Abstimmung über diesen Resolutionsantrag wird abgelehnt, der Resolutionsantrag selbst angenommen. **38**, 340.

(Antwort des Kriegsministeriums: Die Beteiligung des Kleingewerbes kann nur in jenem Umfange stattfinden, als es die unerläßliche Rücksicht auf die für die Schlagfertigkeit des Heeres wichtige Erhaltung großer leistungsfähiger Etablissements zuläßt. **39**, 494 [A. B.]).

— Stein bringt Beschwerden von landwirtschaftlichen Genossenschaften und Kleingewerbetreibenden in Bezug auf das Lieferungswesen zur Sprache. **38**, 356.

— Resolution Kindermann, mit welcher die Marineverwaltung gleich der Heeresverwaltung aufgefordert wird, bei allen Lieferungen und Anschaffungen sich die hohe österreichische Quotenleistung stets vor Augen zu halten. (Angenommen.) **38**, 537, 552.

— Dobernig ersucht um Heranziehung der alpenländischen Maschinenindustrie für die Zwecke der Kriegsmarine, sowie um Bezug der Molkereierzeugnisse für die Marine aus den Alpenländern. **38**, 539.

— Berichterstatter Pergelt bemerkt, daß, wenn die Produktion in Ungarn für die Marine unzureichend, für gewisse Artikel gar nicht lieferungsfähig sei, die österreichische Reichshälfte dafür nichts könne. Er möchte davor warnen, Ungarn deshalb bezüglich jener Lieferungen für die Marine, hinsichtlich welcher die Produktion in Ungarn vorhanden ist, mehr zu bedenken, als Österreich. **38**, 547.

— Interpellation Kliemann, betreffend die Behebung der zur Ausschließung des Bauernstandes führenden Übelstände bei Handkäufen und die notwendige Einführung von „fliegenden Einkaufskommissionen". **39**, 11.

— Der Ausschußbericht betont, daß für die Marine die Lieferungen aus dem Auslande von Jahr zu Jahr einen erheblichen und sehr erfreulichen Rückgang aufweisen. **39**, 419. (A. B.)

— Skene jun. erklärt die Forderungen Ungarns in Bezug auf das Lieferungswesen als nicht bescheiden. **39**, 450.

— Interpellation Marchet, betreffend Mißbräuche bei Militärlieferungen. **39**, 629.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 686.

— Schneider und Baernreither besprechen die Frage der Provenienz bei den Lieferungen. **39**, 655, 659.

— Schneider wünscht eine größere Zuwendung von Armeelieferungen an die Genossenschaften. **39**, 656.

— Baernreither wendet sich gegen das Verlangen Ungarns, die Erzeugungen der militärischen Werkstätten in das Gesamterfordernis der betreffenden Reichshälfte bei den Lieferungen einzurechnen. **39**, 659.

— Pergelt meint, man dürfe sich bei der Aufteilung der Lieferungen nicht an den quotenmäßigen Schlüssel allein halten, sondern müsse auch die Zolleinnahmen berücksichtigen. **39**, 663.

Lieferungswesen.

1. Allgemeines.

— Petitionen von industriellen Verbänden und Handelskammern wegen Aufteilung der Heereslieferungen nach dem Quotenverhältnisse. **39**, 719.

Hiezu Resolution Marchet, betreffend die Aufteilung der Lieferungen nach dem Quotenverhältnisse und betreffend die Nichteinrechnung der in einem Staatsgebiete seitens des Militärärars hergestellten Produkte in die Quote des betreffenden Staatsgebietes. (Angenommen.) **39**, 721.

(Antwort des Kriegsministeriums. **40**, 154 [A. B.]).

— Nowak wünscht, daß die Lieferungen aller Heeresbedürfnisse, sowohl der industriellen wie der landwirtschaftlichen, nach der Quote aufgeteilt werden. **40**, 96.

— Abrahamowicz Eugen bringt eine Reihe von Wünschen der galizischen Landwirtschaft in Bezug auf das Lieferungswesen von Naturalien vor. **40**, 97.

— Km. Pitreich bespricht das Lieferungswesen und betont, daß die Lieferungen der Industrie nach der Quote auf die beiden Staaten verteilt werden sollen. **40**, 114.

— Dulęba ersucht die Kriegsverwaltung, anläßlich der Kreditforderung für die Beschaffung des neuen Feldartilleriematerials auch die galizische Industrie zu den betreffenden Lieferungen heranzuziehen. **40**, 297.

— Fort verlangt, daß bei den Lieferungen von der bisherigen Formel der sogenannten Kompensation Ungarns Umgang genommen und daß die Ungarn dort, wo sie nicht konkurrenzfähig seien, überhaupt nicht berücksichtigt werden. **40**, 375.

— Licht wendet sich gegen die in der ungarischen Delegation aufgestellte Kompensationstheorie bei den Heereslieferungen. **40**, 382.

— Petitionen von industriellen, landwirtschaftlichen Körperschaften und Mühlenverbänden, betreffend die Aufteilung der Heereslieferungen.

Antrag des Berichterstatters Kienmann, bei der Aufteilung der Lieferungen strenge nach den Grundsätzen vorzugehen, welche in der in der 14. Sitzung der 39. Session gefaßten Resolution festgelegt sind. (Angenommen.) **40**, 528, 548 (A. B.).

— s. auch Subkomitee.

2. Gewerbliche und industrielle Lieferungen.

Resolution des Berichterstatters Demel Johann wegen Änderung des Systems der Anschaffung von Montureigenständen. (Angenommen.) **1**, 126, 174.

— Petitionen gegen einen mit einem Konsortium abgeschlossenen Lieferungsvertrag mit dem Verlangen, daß ein Teil des Bedarfes im Wege der freien Konkurrenz unter Berücksichtigung des kleinen Gewerbes zu beschaffen sei. **2**, 288.

— Petition der Genossenschaft der Kleidermacher um Teilung der Arbeit und freie Konkurrenz bei den ärarischen Lieferungen. **2**, 331.

— Petitionen, betreffend die Auflösung, respektive die Revision des mit dem Konsortium Stenz geschlossenen Vertrages und die Zulassung der freien Konkurrenz

Digitized by Google

und Petition des Konsortiums Stene, betreffend die Auflösung des Vertrages. **3**, 513.

— Resolution des Berichterstatters **Banhans**, betreffend die Zustimmung der Delegationen zur Bestellung solcher neuer Monturs- und Ausrüstungsgegenstände, welche über den Rahmen der bestehenden Ausrüstungsvorschriften hinausgehen. (Angenommen.) **3**, 568.

(Die Zustimmung wird unter gewöhnlichen Verhältnissen immer eingeholt. Exposé zum Budget pro 1872.)

— Resolutionen der ungarischen Delegation, betreffend die Bewerkstelligung außerordentlicher Anschaffungen mit Umgehung des mit dem Konsortium Stene geschlossenen Vertrages und betreffend die Vorlage eines ausführlichen Inventars über die anzuschaffenden Monturstücke. **3**, 570.

(Dem ersteren Wunsche kann gegenwärtig nicht entsprochen werden. Exposé zum Budget pro 1872.)

— Petition von Fabriksbesitzern in Böhmen und Mähren um Kündigung des mit dem Konsortium Stene geschlossenen Lieferungsvertrages. **4**, 179.

— Petiton der Schuhmachergenossenschaft zu Skutsch um Wiederherstellung der allgemeinen Konkurrenz für die Lieferung der Fußbekleidungen. **5**, 202.

— Petition der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer, betreffend die Kündigung des Steneschen Konsortialvertrages und Einführung eines neuen Armeelieferungssystems. **5**, 202.

— Antrag des Berichterstatters Schaup auf Revision des mit dem Konsortium Stene bestehenden Heeresausrüstungsvertrages durch eine Enquetekommission. (Angenommen.) **5**, 203.

— Antrag des Berichterstatters Schaup auf Vorlage eines vergleichenden Nachweises bezüglich der Preise und der Qualität der von anderen Unternehmern gelieferten Monturs- und Ausrüstungsstoffen mit den vom Konsortium Stene gelieferten Sorten. (Angenommen.) **5**, 204.

— Mitteilung über die Ergebnisse der zur Prüfung der Kriegsausrüstung und Verpflegsangelegenheiten entsendeten Enquetekommission und Antrag des Berichterstatters Schaup: Die Delegation nimmt die Mitteilung über die Ergebnisse der über das Heeresausrüstungswesen stattgehabten Enquete und der von derselben eingeleiteten Expertise zur Kenntnis, schließt sich den Ansichten der österreichischen Mitglieder der Enquete an, empfiehlt selbe dem Herrn Reichskriegsminister zur eingehendsten Würdigung und findet sich nicht veranlaßt, dem Antrage der ungarischen Mitglieder der Enquete auf Kündigung des gegenwärtigen mit der Heeresausrüstungsgesellschaft bestehenden Vertrages beizutreten. **6**, 37, 133.

— Der Kriegsminister hat den Lieferungsvertrag mit der Heeresausrüstungsgesellschaft im September 1873 gekündigt. Es wurde ein neuer Vertrag entworfen und die Konkurrenzausschreibung auf Gegenstände von Schafwolle, Leinen, Zwilich, Kattikot und Leder am 19. Dezember 1873 bekannt gegeben. Budget 1875.

Lieferungswesen.
2. Gewerbliche und industrielle Lieferungen.

— Resolution der ungarischen Delegation, bei der Abschließung von Verträgen bezüglich der Heeresausrüstung das Prinzip der Dezentralisation zur Geltung zu bringen und die Beseitigung des Monopolsystems womöglich durchzuführen. **7**, 209.

— Petition der Gemeindevertretung Hlinsko um Abänderung des bisher bei Militärlieferungen bestehenden Modus. **19**, 125, 145.

— Petitionen von Gewerbegenossenschaften, Vereinen und Gewerbetreibenden Galiziens, sowie der Stadt Krakau um Berücksichtigung bei Vergebung der Lieferungen für das Heer. **20**, 86, 179.

— Petition mehrerer Gewerbegenossenschaften in Lemberg, betreffend die Abänderung des Systems der Lieferungen für die Armee. (Annahme einer diesfälligen Resolution.) **23**, 40.

(Die Lieferung der nicht kontraktmäßig gebundenen Artikel ist grundsätzlich dem Kleingewerbe vorbehalten. Die Ausschreibung erfolgt alljährlich und wird bei der Vergebung auf die Konkurrenten beider Staatsgebiete entsprechend Rücksicht genommen. Bezüglich der Dezentralisation der Lieferungen konnten sie mit größeren Bravourein verbundenen Studien noch nicht abgeschlossen werden. Budget 1889.)

— Resolution des Berichterstatters Richter, betreffend Maßnahmen behufs größerer Beteiligung des Kleingewerbes durch entsprechende Feststellung und rechtzeitige Veröffentlichung der Konkurrenzbedingungen. (Angenommen.) **24**, 93.

(Die Lieferung der v. m 1. Jänner 1891 an erforderlichen Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen aus Leder wurde schon im Dezember 1888 ausgeschrieben, der vierte Teil der Lieferung dem Kleingewerbe vorbehalten, die bezügliche Kundmachung veröffentlicht. Das Resultat ist kein befriedigendes und dürfte eventuell eine neue Ausschreibung notwendig werden. Budget 1890.)

— Petition der Handels- und Gewerbekammer in Krakau betreffend die Anschaffung von militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen. **25**, 139.

Dazu Resolution des Berichterstatters Popowski, betreffend die Ermöglichung der Übernahme des Viertels der Lieferungen seitens der Gewerbetreibenden. (Angenommen.) **25**, 140.

— Petition einiger böhmisch-mährischer Lederindustriellen und der österreichischen Lederwaren-Produktivgenossenschaft für Heeresausrüstung in Angelegenheit der Armeelieferungen. **25**, 141, 142.

— Resolution des Berichterstatters Mauthner, betreffend eine neue Ausschreibung für die Lieferung der vom 1. Jänner 1891 an erforderlichen Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände aus Leder und Gewährung von Erleichterungen an das Kleingewerbe. (Angenommen.) **25**, 143.

— Resolution des Berichterstatters Kathrein, betreffend die tunlichste Beteiligung des Kleingewerbes an Armeelieferungen, insbesondere bei jenen Artikeln, welche ihrer Natur nach vom Kleingewerbe leichter als von der Großindustrie beigestellt werden können. (Angenommen.) **26**, 65.

(Eine weitergehende Beteiligung, als jene im Jahre 1891, ist nicht tunlich, weil der Bedarf im Mobilisierungsfalle nur durch große Konfektionsanstalten bewältigt werden kann. Vergleich

Digitized by Google

Lieferungswesen.

2. Gewerbliche und industrielle Lieferungen.

das Ergebnis des im Jahre 1891 durchgeführten Versuches der Beteiligung des Kleingewerbes an der Lieferung von Lederſorten nicht befriedigend war, ſo wird dennoch die Kriegsverwaltung den Kleingewerbetreibenden auch für 1892 das gleiche Lieferungsquantum zukommen laſſen. Budget 1892.)

— Reſolution des Berichterſtatters Falkenhayn, betreffend die Förderung der Beſtrebungen des Kleingewerbes bei Übernahme der Lieferungen. (Angenommen.) **27**, 129.

(Mitteilungen über die Berückſichtigung des Kleingewerbes bei den Lieferungen von Lederſorten, Tuch- und Leinenwaren. Budget 1893).

— Petition mehrerer Lederinduſtrieller und Reſolution des Berichterſtatters Stöhr, betreffend die Dezentraliſation der Lieferungen. **26**, 134.

— Petition der erſten galiziſchen Genoſſenſchaft für Armeelieferungen um Erleichterung der Bedingungen für die Lieferung pro 1892. **27**, 69.

— Hofmann v. Wellenhof wünſcht, daß die Beteiligung des Kleingewerbes bei den Lieferungen auch auf Erzeugniſſe der Textilinduſtrie und anderes ausgedehnt werde und verlangt die Abſtellung des Unfuges, daß Militärperſonen auch für Privatperſonen arbeiten. **28**, 79.

— Pácak wünſcht ein ſtärkeres Heranziehen der heimiſchen Arbeit und des Kleingewerbes zu den Lieferungen. **28**, 70.

— Eim bringt eine Reihe von Wünſchen vor, welche Erleichterungen bei den Armeelieferungen ſeitens der Kleingewerbetreibenden bezwecken. **28**, 91.

— Petition der III. Gewerbegenoſſenſchaft zu Stuhl um größere Berückſichtigung bei den Armeelieferungen. **28**, 239.

— Bezorád verlangt eine größere Berückſichtigung des Kleingewerbes bei Tuch- und Lederlieferungen, Erleichterungen bei Schuhlieferungen und das Fallenlaſſen des Verlangens nach dem Erlage einer Kaution bei Tuchlieferungen. **30**, 226.

— Biankini wünſcht, daß die Kriegsmarine ihren Bedarf an Montieren nicht durch Lieferungen ſeitens kleinerer Fabrikanten, ſondern durch Konſortien decke. **31**, 61.

— Mk. Sternec bemerkt, daß die Monturbeſchaffung der Marine nicht durch Konſortien, ſondern durch die Frauen und Töchter der Arbeiter und Unteroffiziere erfolgt. **31**, 68.

— Demel Wladimir erſucht, die Kriegsverwaltung möge das Gewerbe auch durch Förderung der Aktion unterſtützen, durch welche Motoren und Maſchinen den Gewerbetreibenden übergeben werden. **32**, 65.

— Steinwender rügt, daß die Offizierstücher für die Marine vom Auslande bezogen werden. **32**, 67.

— Schwarz bezeichnet als eines der wichtigſten Mittel, bei den Militärlieferungen den kleinen Produzenten und Gewerbetreibenden aufzuhelfen, daß die Orte, an denen die Ablieferung der Waren zu geſchehen habe, vermehrt und im ganzen Staate gleichmäßig verteilt werden. **32**, 144.

Lieferungswesen.

2. Gewerbliche und industrielle Lieferungen.

— Hofmann v. Wellenhof beſpricht die noch immer ungenügende Berückſichtigung des Gewerbes bei den Heereslieferungen. Die Wiener Handelskammer habe beſtimmte Vorſchläge gemacht, dahingehend, daß das Kriegsminiſterium dem Kleingewerbe einen 15prozentigen Zuſchlag auf die für die Heeresausrüſtungsgeſellſchaften geltenden Preiſe einräume oder 25 Prozent des für den Heeresbedarf erforderlichen Lederquantums im Wege öffentlicher Konkurrenz ſelbſt beſchaffe und dem Kleingewerbe zum Einkaufspreiſe überlaſſe. **33**, 69.

— Azmann verweiſt auf das Protokoll der n. ö. Handelskammer vom 18. Juni 1897 über eine Enquete, deren Hauptaufgabe die Feſtſtellung eines Vorganges bei der Preisbeſtimmung war, wonach es auch dem Kleingewerbe ermöglicht werden ſoll, aus den militäriſchen Lieferungen Nutzen zu ziehen. **33**, 96.

— Km. Kriegshammer kann den Vorſchlag, Rohmaterial zu kaufen und den Kleingewerbetreibenden zu überweiſen, nicht akzeptieren, weil die Erfahrungen dagegen ſprechen. Dagegen werde er es mit Freude begrüßen, wenn ſich Genoſſenſchaften bilden, weil durch dieſe mit den Produzenten in direkte Verbindung getreten werden könnte. **33**, 168.

— Petition mehrerer Schuhmachergenoſſenſchaften wegen größerer Beteiligung an den Lieferungen und Gewährung gewiſſer Erleichterungen. **33**, 258.

— Die Konfektion faſt aller Sorten wird in der Marinebekleidungswerkſtätte in Pola in eigener Regie durchgeführt und dadurch der Beſtöſſigungspreis der einzelnen Monturſtücke, welche Eigentum des Mannes bilden, bedeutend reduziert. Das Rohmaterial wird vollſtändig durch das Inland gedeckt. **34**, 257 (R. B.).

— Schneider betrachtet die Zuweiſung der Armeelieferungen nur als einen Anfang zur Ermöglichung der Organiſation der genoſſenſchaftlichen Produktion. Namens der Schuhmachergenoſſenſchaft und mehrerer anderer Genoſſenſchaften ſei er beauftragt, den Dank für den guten Willen auszuſprechen, der bisher an den Tag gelegt worden ſei, und um Unterſtützung der Aktion einer Organiſation der Genoſſenſchaften zu bitten. **35**, 96.

— Pommer findet es nicht angängig, daß das Kriegsminiſterium ſich dem Verlangen der Kleingewerbetreibenden nach größerer Beteiligung an den Heereslieferungen ablehnend gegenüberſtelle und auch in Zukunft nur 25 Prozent von ihnen und das übrige von den Zwiſchenhändlern beziehen wolle. **37**, 60.

— Stránský beanſtändet das Vorgehen der Kriegsverwaltung bei der Vergebung der Armeelieferungen. Den Kleingewerbetreibenden ſeien 25 Prozent ſämtlicher Lederlieferungen zugewieſen worden, aber von dieſen 25 Prozent werde ein großer Teil den betreffenden Schuhmachern durch einfachen Machtſpruch der Hauptleute im Naturalverpflegsmagazine zurückgewieſen und dadurch den Gewerbetreibenden großer Schaden zugefügt. In Bayern beſorge jedes Regiment ſeine Lederbedürfniſſe ſelbſt und es fahre nicht bloß das Kraut, ſondern auch die Bevölkerung dabei beſſer. **37**, 85.

Digitized by Google

Lieferungswesen.

2. Gewerbliche und industrielle Lieferungen.

— Byk fordert die Kriegsverwaltung auf, von der Formel der Reservierung von 75 Prozent der Lieferungen für den Großbetrieb abzustehen und an eine Erweiterung der Zuweisung der Lieferungen an die Kleingewerbetreibenden ernstlich zu denken. **38**, 302.

— Km. Krieghammer macht Mitteilungen über die Vergebung der Lederlieferungen. **38**, 334.

— Huber ersucht, den Kleingewerbetreibenden eine höhere Quote der Lieferungen zuzuweisen. **40**, 105.

3. Landwirtschaftliche Lieferungen.

Resolution des Berichterstatters Demel Johann auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Frage der Verpflegung des gemeinsamen Heeres. (Angenommen.) **5**, 249.

— Petitionen des Zentralausschusses der steiermärkischen Landwirtschaftsgesellschaft ꝛc., betreffend die Beschaffung der Naturalienerfordernisse für das k. k. Heer durch die Gemeinden, eventuell durch die Bezirke. **19**, 123, 144.

— Petition der Landwirtschaftsgesellschaft in Steiermark, betreffend die Bestellung von Naturalien für das Heer durch die landwirtschaftlichen Produzenten. **20**, 85.

— Petition des Landeskulturrates für Böhmen, betreffend die direkte Lieferung von Verpflegsartikeln für die Armee durch die Produzenten oder landwirtschaftlichen Genossenschaften. **24**, 92.

— Tausche empfiehlt statt des Lieferungsverfahrens das Kaufverfahren auf Basis von Maximalpreisen einzuführen, wie es in Sachsen oder Bayern besteht. **27**, 47.

Rv. Sektionschef Röckenzaun verweist darauf, daß zwei Enqueten sich mit der Frage beschäftigten, wie der Landwirtschaft entgegengekommen werden könnte und daß deren Hauptforderung in der Beanspruchung einer Vorausbestimmung des Preises seitens der Kriegsverwaltung gipfelte. Diese haben aber bisher keinen Modus gefunden, ohne Mehrkosten ein neues Verfahren statt des bisherigen in Anwendung zu bringen. **27**, 52.

— Adámek tritt für die Aktivierung von landwirtschaftlichen Beiräten bei den Naturalienlieferungen für die Armee ein. **29**, 107.

— Bezorád wünscht das Einkaufssystem bei landwirtschaftlichen Produkten statt mittels Offerten nach maximalen Preisen und minimalen Gewichten, die Einkäufe gegen Barzahlung und Einführung anderer Erleichterungen bei den Lieferungen. **30**, 224.

— Berichterstatter Badeni betont, daß die Produzenten schon mit ungefähr 50 Prozent an den Lieferungen beteiligt seien und daß eine größere Berücksichtigung derselben gegenwärtig nicht möglich sei. **30**, 227.

— Interpellation Biankini, betreffend den mit der Firma Eisler & Co. in Wien abgeschlossenen Vertrag, hinsichtlich der Proviantlieferungen für die Marine. **31**, 94.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **31**, 274.

Lieferungswesen.

3. Landwirtschaftliche Lieferungen.

— Pacák ersucht die Armeeverwaltung, sich hinsichtlich der Bodenprodukte unmittelbar mit Produzenten, respektive mit den landwirtschaftlichen Vereinen in Böhmen ins Einvernehmen zu setzen und bringt eine Resolution der Müller Cisleithaniens zur Kenntnis, es mögen die notwendigen Emolumente für die Armee in dieser Reichshälfte aus den cisleithanischen Mühlen benützt werden. **31**, 271.

— Petition des Dr. Johann Drucker und des Heinrich Blumenfeld, Besitzer von Konservenfabriken in Lemberg um größere Berücksichtigung der galizischen Konservenfabriken bei den Armeelieferungen. **31**, 298.

— Düx regt die Errichtung von Militäreinkaufsstationen an den verschiedenen Eisenbahnstationen an. **32**, 78.

— Interpellation Kienmann, betreffend Militärlieferungen in Mehl. **33**, 59.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **33**, 260.

— Scheicher wünscht die gänzliche Abschaffung des Lieferantenwesens bei Militärlieferungen. **33**, 91.

— Kienmann wünscht, daß alle Mehllieferungen für die in der österreichischen Reichshälfte garnisonierenden Truppen nach österreichischer Type ausgeschrieben, daß diese Lieferungen ausschließlich österreichischen Mühlen überwiesen und die Mühlenverbände der einzelnen Kronländer in erster Linie berücksichtigt werden. **33**, 94.

— Gniewosz klagt, daß in Galizien bloß 24 Prozent an Hafer, Stroh und Heu von den Produzenten beschafft werden. Es würde der Landwirtschaft eine große Wohltat erwiesen werden, wenn der Staat die Produkte nicht durch Zwischenhändler an das Militär abliefern ließe. **33**, 98.

— Um die Beteiligung der Produzenten an den Heereslieferungen rege zu erhalten und weiter zu fördern, hat die Kriegsverwaltung erst kürzlich angeordnet, daß die besonderen Begünstigungen und Vorteile, welche den Urproduzenten bei Naturalienlieferungen eingeräumt werden, auch heuer zur Verlautbarung zu gelangen haben. **33**, 112 (R. B.).

— Der Budgetausschuß hebt hervor, daß die Kriegsverwaltung seit Jahren bestrebt ist, dem Begehren der Produzenten nach Berücksichtigung bei den Naturalienlieferungen Rechnung zu tragen und besondere Erleichterungen zu gewähren. **33**, 112 (R. B.).

— Kaftan regt an, daß nach Ablauf des mit der Firma Eisler geschlossenen Vertrages die Marineleitung die Provianibeschaffung in eigene Regie übernehme, wodurch große Ersparnisse erzielt und sämtliche Backartikel von einheimischer Provenienz mit Berücksichtigung der Kleinproduzenten bezogen werden könnten. Jedenfalls sollte aber der Wein nur inländischer Provenienz sein. **33**, 245.

Mk. Spann führt aus, daß der Lieferant Eisler verpflichtet sei, außer dem Kaffee, dem Pöckelfleisch und dem Weine alles vom Intande zu beziehen. Bezüglich des Weines wurde nachträglich vereinbart, daß für alle Schiffe, die ins Ausland

Digitized by Google

geben, Wein aus Dalmatien geliefert werde. Die Frage der Übernahme der Verwaltung in eigene Regie sei noch nicht in Betracht gezogen worden. **33**, 248.

— Petition der Landwirtschaftsgesellschaft in Krakau wegen direkten Einkaufes der Bedarfsartikel von den Produzenten. **33**, 257.

— Der Ausschuß nimmt Veranlassung hervorzuheben, daß die Kriegsverwaltung auch weiter bestrebt ist, den Produzenten die Beteiligung an der Lieferung von Verpflegsartikeln zu erleichtern. **34**, 137 (A. B.).

— Kiennann wünscht, daß der Produzent unter Umgehung des Zwischenhändlers in einen unmittelbaren Verkehr mit der Heeresverwaltung trete. **34**, 192.

— Kaftan fragt, ob der Marinekommandant geneigt sei, nach Ablauf des Vertrages mit Eisler denselben nicht weiter zu verlängern, sondern die Verpflegung in eigene Regie zu nehmen oder eine Offertausschreibung zu verfügen. **34**, 224.

Mk. Spaun erklärt, daß die Marineverwaltung angewiesen sei, mit irgend einer größeren Firma Kontrakte zu machen. Eisler habe nie zu Klagen Anlaß gegeben und auch dem im Vorjahre gestellten Ansinnen bezüglich des Weines sei entsprochen worden, indem der Wein künftig aus Dalmatien werde geliefert werden. **34**, 227.

— Die Marineleitung hat den seitens der Delegation wiederholt zur Sprache gebrachten Wünschen wegen Berücksichtigung der inländischen und speziell der dalmatinischen Produzenten insoferne Rechnung getragen, als der Privatkontrahent vom Jahre 1899 an verpflichtet ist, den gesamten, für die Bemannung der in Dienst gestellten Schiffe erforderlichen Wein aus Dalmatien und alle übrigen Proviantartikel, deren Bezug aus dem Inlande überhaupt möglich ist, daselbst zu beschaffen. **34**, 258 (A. B.).

— Abrahamowicz Eugen wünscht die möglichste Förderung des direkten Bezuges der landwirtschaftlichen Artikel von den Urproduzenten, besonders leichtverständliche Fassung der Bedingungen. **35**, 67.

— Lemisch wünscht, daß bei den landwirtschaftlichen Lieferungen auf die Urproduzenten mehr Rücksicht genommen werde. **35**, 169.

— Schachinger wünscht die Berücksichtigung der einheimischen Produzenten bei Beschaffung der Militärverpflegsartikel. **35**, 216.

— Pacák macht darauf aufmerksam, daß Großlieferanten als Vertreter von Urproduzenten Offerte einreichen und daß den Genossenschaften Schwierigkeiten gemacht werden. **36**, 118.

Km. Krieghammer bemerkt, der Urproduzent werde in dem Momente, wo nachgewiesen wird, daß er nicht der Lieferant ist, kontraktbrüchig erklärt. **36**, 198.

— Rozkowski formuliert eine Reihe von Erleichterungen, die den Urproduzenten einzuräumen wären. **36**, 122.

Lieferungswesen.
3. Landwirtschaftliche Lieferungen.

— Polzhofer empfiehlt die Heranziehung der Lagerhäuser zu den Lieferungen. **36**, 181.

— Km. Krieghammer erklärt, die Kriegsverwaltung wünsche in engen Kontakt mit den Urproduzenten zu treten, namentlich wenn sie durch Lagerhäuser u. s. w. unterstützt werden. Er könne nur wünschen, daß diese Einrichtungen in allen Kronländern so getroffen werden, wie sie schon in Niederösterreich bestehen, denn damit fahren beide Teile gut. **36**, 198.

— Peschke bemängelt das Vorgehen der Heeresverwaltung bei Vergebung landwirtschaftlicher Lieferungen. **36**, 205.

— Das Kriegsministerium hat veranlaßt, daß die Anbote der Produzenten auf Lieferung von Brotfrüchten und Hafer aus freier Hand vom 15. August bis 15. September, auch Heu und Stroh teils in der ersten Hälfte Juni, teils in der ersten Hälfte Juli von den Intendanzen entgegengenommen, und daß hievon die landwirtschaftlichen Vereine und Genossenschaften sowie die größeren Produzenten mit dem Beifügen in Kenntnis gesetzt worden, daß es ihnen freistehe, Anbote bei den Intendanzen einzubringen oder sich an den seinerzeitigen Sicherstellungsverhandlungen zu beteiligen. Budget 1902.

— Interpellation Vogler, betreffend den Fleischbedarf der Hainburger Pionier-Kadettenschule. **37**, 36.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 195.

— Abrahamowicz Eugen wünscht, daß nach den Offertverhandlungen noch Nachoffertverhandlungen stattfinden, wo die Offerte der landwirtschaftlichen Produzenten, wenn sie die Parität haben, zu berücksichtigen wären. Ferner wünscht er die Ausdehnung eines gewissen Kontingentes des Bedarfes ausschließlich für die landwirtschaftliche Bevölkerung und Verlautbarung der Preise, zu denen die Heeresverwaltung zu kaufen in der Lage sei, im vorhinein auf einen begrenzten Zeitraum, ferner die Übernahme der Lieferung am Bahnhofe, endlich den Ankauf auf Probe. **37**, 71.

— Iro wünscht eine vollständige Änderung der Organisation der Lieferungen, und zwar in der Weise, wie dies bereits in Bayern zur Zufriedenheit der dortigen Landwirte und mustergültig für alle europäischen Staaten durchgeführt sei. **37**, 102.

— Skrbensky wünscht, daß nicht, wie bisher, die auf einer minimal schlechten Ernte beruhenden Qualitätsgewichte, sondern eine jährliche territoriale Fixierung der speziellen Qualitätsgewichte, je nach der Ernte, als Grundlage für die Militärlieferungen zu nehmen sei. **37**, 104.

— Resolution Iro, betreffend die Lieferung landwirtschaftlicher Produkte an die Heeresverwaltung. (Angenommen.) **37**, 173, 528.

— Interpellation Iro, betreffend die direkte Lieferung von Produkten der Landwirtschaft an die Heeresverwaltung. **37**, 111.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 190.

Digitized by Google

Lieferungswesen.

3. Landwirtschaftliche Lieferungen.

— Lukſch führt aus, es müſſe mit dem System gebrochen werden, daß die Versorgung des Heeresbedarfes durch ein Termingeschäft erfolgt. **38**, 205.

— Abrahamowicz Eugen konstatiert, daß in der Frage der landwirtschaftlichen Lieferungen ein ermutigender Anfang gemacht worden sei und spricht hiefür der Militärverwaltung, speziell dem Sektionschef Röckenzun den Dank aus. Für Galizien sei speziell der Handeinkauf von Wichtigkeit. **38**, 218.

— Barwiński legt dar, daß die Kriegsverwaltung Ersparnisse erzielen könnte, wenn sie die Produzenten mehr berücksichtigen würde, statt sich auf Lieferungsspekulanten zu verlassen. **38**, 294.

— Dulyba wünscht, daß das Militär seinen Bedarf an Getreide und anderen Bodenprodukten direkt bei den Urproduzenten mit Ausscheidung des Zwischenhandels beziehe. **39**, 564.

— Schneider verweist darauf, daß Ungarn infolge des großen Kulturbetriebes von Vieh sowie der großen Sendungen von Getreide und Mehl mit einem sehr hohen Prozentsatze an den Lieferungen für das Militär partizipiere. **40**, 107.

— Peschta wünscht, daß Händler, die sich als Landwirte bezeichnen, zu Lieferungen als Landwirte nicht zugelassen werden. **40**, 110.

— Resolution Fort, betreffend die Lieferung von Mehl und Mahlprodukten und die Revision des Militärfrachttarifes für Mehl und Getreidesendungen. (Angenommen.) **40**, 113.

— Interpellation Wassilko Georg, betreffend die der Quote entsprechende Berücksichtigung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft bei Lieferung land- und forstwirtschaftlicher Bedarfsartikel für die gemeinsamen Institutionen. **40**, 355.
Beantwortet vom Km. Pitreich. **40**, 535.

— ſ. auch Militärverpflegswesen.

Linz, ſ. Militärsanitätswesen 2., Militärunterkünfte (Kasernen).

Linzer Katholikentag, ſ. Italien.

Liquidation des Kassarestes vom 31. Dezember 1867, ſ. Zentralaktiven.

Lissa, ſ. Festungswerke 3.

Literarisches Eigentum, Schutz desselben. Konvention mit Frankreich. Rotbuch Nr. 1.

Liverpool, ſ. Konsulate.

Livno, ſ. Konsulate.

Lloyd, österreichischer (früher österreichisch-ungarischer).

Resolution Wolfrum, daß durch die Einstellung der Subvention für den Lloyd in das gemeinsame Budget der Beschlußfassung der über die Beitragspflicht zur bisherigen Staatsschuld niedergesetzten Liquidationskommission nicht vorgegriffen werde. (Abgelehnt.) **1**, 50, 275.

Lloyd, österreichischer.

— Mitteilung des österreichischen Finanzministers, daß die Einkommensteuer des Lloyd nicht mehr in den gemeinsamen Voranschlag aufzunehmen sei. **2**, 10.

— Berichterstatter van der Straß beantragt, die Einkommensteuer des Lloyd nicht als Bedeckungspost in das gemeinsame Budget einzustellen. — Jablonowski stellt den Gegenantrag auf Einstellung der Post. — Annahme des Antrages des Berichterstatters. **2**, 83, 86.
Differenz hierüber zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. Nach dreimaligem vergeblichem Nuntienwechsel findet über die Frage der Einstellung dieser Post eine gemeinschaftliche Abstimmung statt, in welcher die Einstellung beschlossen wird. **2**, 335, 349, 354, 363.

— Berichterstatter van der Straß erklärt, daß die Einkommensteuer nunmehr, nachdem der Vertrag mit dem Lloyd Ende 1871 zu Ende geht, insolange nicht als Bedeckungspost in das gemeinsame Budget eingestellen sei, als der neue Vertrag nicht etwa eine Bestimmung darüber enthält. **4**, 29.

— Einstellung der Einkommensteuer in den gemeinsamen Staatsvoranschlag. **5**, 31.

— Resolution des Berichterstatters van der Straß, daß die Auszahlung der Subvention erst dann zu erfolgen hat, wenn der neue Lloydvertrag die Genehmigung der beiden Legislativen erhalten wird. (Angenommen.) **4**, 28.

— Einstellung der durch den neuen Lloydvertrag bestimmten jährlichen Subvention. **5**, 31.

— Nachtragskredit pro 1872 zur Bestreitung der Subvention des Lloyd. **5**, 137, 205.

— Die Einkommensteuer des Lloyd weist einen bedeutenden Rückgang auf. Denkschrift zum Budget 1884.

— Außerordentlicher Kredit behufs Rückzahlung der von 1871 bis inklusive 1884 zu viel an das gemeinsame Finanzministerium überrechneten Einkommensteuerbeträge des Lloyd. Budget 1888.

— Der mit dem Lloyd abgeschlossene Schiffahrts- und Postvertrag vom 26. Juni 1878 endet mit Ende Juni 1888; es könnte, da die Verhandlungen wegen Erneuerung noch nicht abgeschlossen sind, nur die für das Halbjahr vom 1. Jänner bis Ende Juni 1888 entfallende Subventionsquote in den Voranschlag aufgenommen werden. Denkschrift zum Budget 1888.

— Infolge des am 19. März 1888 mit dem Lloyd abgeschlossenen Schiffahrts- und Postvertrages stellt das Ministerium des Äußern wieder die ganzjährige Subvention ein und erbittet gleichzeitig die pro Juli bis Dezember 1888 entfallende Quote im Wege eines Nachtragskredites. Denkschrift zum Budget 1889.

— Ruß verlangt eine bessere Verwaltung des Lloyd sowie eine Reorganisation des Verwaltungsrates. An einer Erhöhung der Unterstützung werde es nicht mangeln dürfen, dieselbe müsse aber zur Rekonstruktion der Flotte verwendet werden. Wir stehen vor dem Lloyd als einem gemeinsamen Unternehmen. Diese Gemeinsamkeit sei aber nicht haltbar, weil Ungarn ein ganz anderes Exportinteresse habe. Eine radikale Reform des Lloyd sei notwendig, um schwere Nachteile von unserer Marine, von unserem Exporte und vom Prestige unserer Flagge abzuwenden. **26**, 180.
Sektionschef Szápáry bemerkt, daß alle kompetenten Faktoren der Monarchie darüber einig seien, daß in der Lloyd-

Digitized by Google

Lloyd, österreichischer.

frage etwas geschehen müsse und daß bereits Verhandlungen zwischen den Regierungen beider Reichshälften eingeleitet wurden. **26**, 183.

— Der Ausschußbericht führt aus, daß im Ausschusse die großen Mängel in der Administration des Lloyd, die vielen Unzukömmlichkeiten, welche ziffermäßig dargelegt wurden, besprochen und die dringende Notwendigkeit einer radikalen Reform unter Einführung einer strengeren staatlichen Kontrole betont wurde. **26**, 187 (A. B.).

— Der mit dem österreichisch-ungarischen Lloyd abgeschlossene Schiffahrtsvertrag tritt mit Ende des Jahres 1891 außer Wirksamkeit und es entfällt daher die bisherige Subvention. **28**, 60 (A. B.).

— Gomperz wünscht, daß der österreichische Lloyd den Klagen der Handelswelt gerecht zu werden ernstlich bestrebt sei. **34**, 17.

— Kaftan erörtert die Notwendigkeit von Reformen beim Lloyd. **35**, 226.

— Geßmann bespricht verschiedene Mängel des Lloyddienstes. **35**, 421.

— Stein bringt den Umstand zur Sprache, daß anläßlich des Heizerstreiks beim Lloyd in Triest Marinesoldaten abkommandiert wurden, auf den Schiffen Maschinendienst zu verrichten, um angeblich die notwendige Postverbindung aufrecht zu erhalten. **38**, 357.

Mk. Spaun erklärt, er übernehme für diesen Schritt die volle Verantwortung. Es habe sich um ein öffentliches Interesse, um die Aufrechterhaltung des Postdienstes gehandelt. **38**, 539.

Löhnung.

Iro findet die Löhnung der Mannschaft viel zu gering, zumal diese sich davon das Putzzeug kaufen und die Wäsche selbst waschen lassen müsse. **37**, 99.

— Km. Kriegshammer begrüßt die geäußerten Wünsche auf Erhöhung der Löhnungen. Der Soldat bekomme zwar die erste Anschaffung der Putzrequisiten vom Ärar, müsse aber von der Löhnung die Erhaltung derselben und leider auch die Reinigung der Wäsche bestreiten. Die Versuche, durch Anlage eigener Waschanstalten diese Auslagen zu verbilligen, seien bisher nicht von Erfolg gewesen. Brennmaterial habe der Soldat nicht zu bestreiten. **37**, 199.

Lokalanstellungen.

Interpellation Azmann, betreffend das Vorgehen bei Lokalanstellungen. **33**, 60.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **33**, 260.

London.

— Spezialprotokoll der Londoner Konferenz von 1871, wonach eine Macht von den in einem Vertrage übernommenen Verpflichtungen nicht ohne Zustimmung der übrigen Signatarmächte zurücktreten kann. Rotbuch Nr. 5.

— Verlängerung der Befugnisse der europäischen Donaukommission von 1871 bis 1883 auf der Londoner Konferenz von 1871. Rotbuch Nr. 5.

— Londoner Konferenz über die Fortdauer der europäischen Sulinakommission. **18**, 15.

London.

— s. auch Attachés (technische), Diplomatische Auslagen (England), Handelskammern.

„Los von Rom"-Bewegung.

Dzieduszycki betont, daß sich unter dem religiösen Deckmantel der „Los von Rom"-Bewegung eine zugestandenermaßen gegen die Grundvesten der Monarchie gerichtete politische Bewegung berge. **38**, 28.

— Kramář führt aus, die „Los von Rom"-Bewegung sei nichts anderes, als eine unter dem Mantel der Religiösität geführte chauvinistisch-nationale, gegen die Selbständigkeit Österreichs gerichtete Agitation. **38**, 99.

— Stein bezeichnet die Ausführungen Dr. Kramář über die „Los von Rom"-Bewegung als Denunzierung der alldeutschen Partei. **38**, 119.

— Pergelt bemerkt, die Expektorationen Kramář über die „Los von Rom"-Bewegung seien um so weniger notwendig gewesen, als ja die Alldeutschen selbst erklären, daß nicht rein religiöse, sondern auch national-politische Motive sie bei ihrem Vorgehen bewegen. **38**, 125.

— Schönborn erklärt, auch er halte die „Los von Rom"-Bewegung für eine höchst bedenkliche und gefährliche, in religiöser wie in politischer Beziehung. **38**, 152.

— Stein bemerkt, wenn die „Los von Rom"-Bewegung eine gefährliche sei, so sei sie es nur für Rom. **38**, 157.

— M. Ritter Goluchowski bemerkt, er wisse nicht, in welcher Form er der Aufforderung Kramář nachkommen könne, bei der Bekämpfung der „Los von Rom"-Bewegung mitzuwirken. Soweit es sich um die deutschen Regierungen handle, könne er nur konstatieren, daß sie außerordentlich korrekt vorgegangen sind und ihm keinen Anlaß gegeben haben, in dieser Hinsicht aufzutreten. Es kann ja vorkommen, daß die Agitation, die Vorstöße der evangelischen Vereine in Österreich nicht immer mit den hiesigen Gesetzen übereinstimmen. Dann ist es Aufgabe der österreichischen Regierung, dagegen aufzutreten und solche Übelstände abzuschaffen. Es ist allerdings wahr und bedauerlich, daß man zum Beispiel, was die Mitare anbelangt, in Österreich auf den Zuzug aus der Fremde angewiesen ist. Der Minister verweist diesbezüglich auf die Verfügung des Protestanten-Patentes von 1864 und bemerkt dann: Selbstverständlich haben diese Seelsorger sich hier korrekt zu benehmen; tun sie dies nicht, so ist es Sache der österreichischen Regierung, dagegen aufzutreten und die notwendigen Maßregeln zu treffen. **38**, 160.

— Kindermann bezeichnet die von klerikaler Seite aus Widerwillen gegen die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde gegen den letzteren betriebene Agitation mit als einen Grund der „Los von Rom"-Bewegung. **38**, 170.

Lourenço-Marques, s. Konsulate.

Lübeck, s. Diplomatische Auslagen.

Luxemburg.

Vereinigung des Großherzogtums Luxemburg mit Frankreich, neutrale Haltung Österreichs. Rotbuch Nr. 1.

— Neutralität des Großherzogtums. Rotbuch Nr. 4 (Nachtrag).

— s. auch Diplomatische Auslagen.

Lyssaberg, s. Festungswerke 3.

Digitized by Google

M.

Macedonien, s. Türkei 6.

Madrid, s. Diplomatische Auslagen (Spanien), Konsulate.

Mädchenhandel.

Schneider wünscht, daß die Polizeibehörden den Anzeigen der Konsulate gegen die jüdischen Mädchenhändler mehr Aufmerksamkeit schenken. **35**, 464.

Malaga, s. Konsulate.

Managua, s. Konsulate.

Manaos, s. Konsulate.

Mandatsverlust, s. Geschäftsordnung 15.

Mannschaftsbehandlung.

Demel und Heilsberg verlangen eine humane Behandlung der Mannschaft. **20**, 15, 28.

— Richter verlangt eine Remedur in der Behandlung der Mannschaft nach der Richtung, daß die Offiziere die Eingelheiten des Dienstes mehr überwachen und die Unteroffiziere nicht allmächtig schalten und walten lassen. **27**, 50.

— Pacák klagt über das unhumane Benehmen vieler Offiziere und Unteroffiziere auf den Exerzierplätzen. **28**, 70.

— Km. Bauer erklärt, es werde jedesmal eingegriffen, wenn ein Fall der Ausschreitung zur amtlichen Kenntnis kommt. **28**, 84.

— Rogl und Pacák klagen über Mißhandlungen von Soldaten. **29**, 82, 86.

— Km. Bauer erklärt, daß in jedem Falle einer Mißhandlung Erhebungen gepflogen werden; es kämen aber in dieser Beziehung sehr viele Übertreibungen vor. **29**, 99.

— Pacák und Thurnher Martin verlangen Maßregeln gegen die Mißhandlung von Soldaten. **30**, 198, 202.

— Kronawetter rügt, daß trotz aller Verordnungen noch immer Soldatenmißhandlungen vorkommen, welche wieder Ausschreitungen der Mannschaft provozieren, die strenge Ahndung nach sich ziehen. **31**, 92.

— Pacák führt eine Reihe von Fällen an, in denen durch Soldatenmißhandlungen der Tod erfolgte und fordert die Armeeverwaltung auf, in schärfster Weise gegen die Schuldigen vorzugehen. **31**, 245.

— Jandа fragt mit Rücksicht auf einen in Nimburg stattgehabten Fall den Minister, ob die Kriegsverwaltung es durch deplazierte Nachsicht gegen die Offiziere dahinbringen will, daß sich die Mannschaft selbst Satisfaktion verschafft. **32**, 57.

— Km. Krieghammer erklärt, daß aus der Beschwerdeführung dem Beschwerdeführer keine Gefahr erwachse. Ausschreitungen fallen übrigens zum kleinsten Teil den Offizieren, der größte Teil den Unteroffizieren zur Last. **32**, 83.

— Interpellation Tuisl, betreffend die Mißhandlung der Mannschaft des Infanterieregimentes Erzherzog Rainer Nr. 59. **35**, 21.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 476.

— Pacák bespricht die Frage der Soldatenmißhandlungen. **35**, 65.

Mannschaftsbehandlung.

— Conci bringt Fälle von Soldatenmißhandlungen aus Trient zur Sprache. **35**, 191.

— Kaftan bespricht die Frage der Soldatenmißhandlungen. **36**, 114.

— Km. Krieghammer konstatiert, daß unter allen vorgekommenen Selbstmorden nur sieben auf schlechte Behandlung zurückzuführen waren. **36**, 196.

— Vogler verurteilt auf das entschiedenste alle Soldatenmißhandlungen und verlangt die strengste Bestrafung der Schuldtragenden. Solche Fälle sollen aber nur dann öffentlich besprochen werden, wenn die Kriegsverwaltung sich weigern sollte, die ihr privatim mitgeteilten Fälle zu untersuchen und Abhilfe zu treffen. **37**, 84.

— Stránský verlangt, strenge Bestrafungen der Offiziere, die die Soldaten mißhandeln. Ein großer Teil der Selbstmorde sei auf die Behandlung der Mannschaft zurückzuführen. Wenn ein Offizier oder ein Mann sein Dienstpferd beschädige, werde er empfindlich bestraft. Warum solle der Soldat nicht eben so geschützt werden wie das Dienstpferd? **37**, 91.

— Kern findet es nicht genügend, daß die Mißhandlungen im allgemeinen verurteilt werden, auch nicht, wenn in der Delegation erklärt werde, daß die betreffenden Offiziere bestraft werden, es solle auch die Strafe des Schuldigen öffentlich bekannt werden. **37**, 93.

— Interpellation Iro, betreffend das Benehmen von Unteroffizieren gegenüber der Mannschaft und Mißhandlung einzelner Soldaten seitens ihrer Vorgesetzten. **37**, 244.

— Šusteršič richtet an den Kriegsminister die Frage, warum sich die Klagen über Soldatenmißhandlungen beim Landheere so sehr häufen, während sie bei der Marine nie vorkommen. Es sei möglich, daß mit ein Grund auch in den sprachlichen Verhältnissen liege, indem die Marineoffiziere die kroatische Sprache vollständig beherrschen und sich daher mit der Mannschaft sehr leicht verständigen können. **38**, 310.

— Bukovič verweist darauf, daß bei der Marine sehr selten Klagen über Mißhandlungen und Selbstmorde vorkommen, was darauf hinweise, daß der Mannschaft bei der Marine, bei welcher der Dienst vielleicht härter ist als beim stehenden Heere, jedenfalls eine andere Behandlung als bei diesem zu teil wird. **38**, 314.

— Km. Krieghammer führt aus, daß jeder Mißbrauch der Dienstgewalt bei Behandlung der Untergebenen unnachsichtlich bestraft werde, oft sogar zu streng, wenn man bedenkt, daß man es nicht immer mit unbedeutenden, sondern oft auch mit widerspenstigen Elementen zu tun hat, und daß auch Offiziere und Unteroffiziere nur Menschen sind, deren Geduld bei aller Selbstbeherrschung doch einmal reißen kann. Er versichere jedoch, daß dies nur ausnahmsweise vorkommt und daß die Behandlung unserer Mannschaft keine weniger humane als in jeder anderen Armee sei. Daß unser Offizierskorps für die Soldaten sorge, wie es in keiner anderen Armee der Fall sein kann, das könne er garantieren. Das beweise auch die besondere Fürsorge bezüglich der Verpflegung. **38**, 334.

— Kleewein fordert eine bessere Behandlung der Reservisten bei den Waffenübungen. **38**, 348.

— Stein bespricht Fälle von Soldatenmißhandlungen **38**, 356.

Digitized by Google

Mannschaftsbehandlung.

— Km. Kriegshammer erklärt, er werde alle vorgebrachten Fälle untersuchen lassen und hoffe nur, daß sich die Stichhältigkeit derselben ebensowenig bewähren wird, wie in jenem Falle, wo sechs Soldaten vom dritten Stock einer Kaserne herunter gesprungen sein sollen, was er schon heute als nicht zutreffend bezeichnen könne. **38**, 376.

— Kaiser August meint, daß alle Ausschreitungen in Rücksicht auf die Mannschaftsbehandlung vermieden werden könnten, wenn jedem Soldaten der Beschwerdeweg möglichst offen gehalten würde. **39**, 547.

— Ey wünscht eine humane Behandlung der erkrankten Mannschaft. **39**, 647.

— Ebenhoch wünscht, daß die Mißhandlung oder schlechte Behandlung der Soldaten, welche bei uns zu den seltenen Ausnahmen gehören, auch ausnahmsweise nicht mehr erfolge. **40**, 287.

— Rhomberg Adolf betont, daß in den letzten Jahren in Tirol und Vorarlberg keine Klagen über eine unwürdige Behandlung mehr laut wurden. **40**, 307.

Mannschaftskost.

Oppenheimer wünscht die Verbesserung derselben und regt die Abgabe der Mannschaften an die Landwirte zu Erntearbeiten an. Dadurch würde die Mortalität der Armee herabgemindert werden. **8**, 84.

— Walterskirchen Robert macht auf eine Erfindung aufmerksam, zur Erhöhung des Nahrungsgehaltes und der Schmackhaftigkeit des Brotes das Korn vor dem Vermahlen auf trockenem Wege zu schälen. **8**, 86.

— Demel Johann findet die Mittel zur Verbesserung der Verpflegung in der Verschiebung der Einberufung der Rekruten vom 1. Oktober auf Ende Februar. **8**, 88.

— Km. Koller findet die intensive Ausbildung des Heeres notwendiger als eine etwas bessere Mannschaftskost. **8**, 91.

— Subsistenzzulage für Frequentanten der Kadetten- und Vorbereitungsschulen per 5 kr. Budget 1877.

— Sturm tritt auf Grund der Erspaenngen infolge der beantragten Herabsetzung der Präsenzdauer für eine Verbesserung der Mannschaftskost ein. **9**, 98.

— Demel Johann plaidiert für die Verabreichung einer warmen Morgensuppe an die Mannschaft. **9**, 111.

— Resolution Grocholski, betreffend die Verbesserung der Mannschaftskost. **9**, 151. (Angenommen.)

— Antrag Kellner von Köllenstein auf Bewilligung eines Betrages von 1·6 Millionen Gulden zur Aufbesserung der Mannschaftskost. **9**, 137. (Abgelehnt. S. Anträge 6.)

— Eine Erhöhung des ordentlichen Erfordernisses für die Mannschaftskost ist durch Einführung der metrischen Maße und Gewichte eingetreten. Erläuterungen zum Heeresordinarium 1876.

— Fux erklärt, unser Soldat sei der am schlechtesten genährte unter allen Soldaten Europas und tritt für eine Aufbesserung der Mannschaftskost ein. **12**, 76.

— Km. Bylandt erklärt sich bereit, Anträge bezüglich der Aufbesserung der Mannschaftskost einzubringen. **12**, 78.

Mannschaftskost.

— Berichterstatter Sturm wünscht, daß die durch Verbesserung der Mannschaftskost entstehenden Mehrkosten durch Ersparungen im Heereserfordernisse gedeckt werden. **12**, 80.

— Verbesserung der Mannschaftsbubsistenz durch Beschaffung einer Frühsuppe. Denkschrift zum Budget 1881. **13**, 96 (A. B.).

— Heilsberg macht auf ein neues Verfahren der Mehlgewinnung aufmerksam, durch welches der gesamte Nährwert der Frucht beibehalten und deshalb die Ernährung der Mannschaft rationeller durchgeführt werden kann. **14**, 33.

— Resolution des Berichterstatters Matuš, betreffend die Aufbesserung der Mannschaftskost. (Angenommen.) **20**, 30.

(Das Kriegsministerium hat mit dem Budget pro 1887 für die Mannschaft die Bewilligung eines Abendmahles beantragt und hiefür 5 kr. pro Mann und Tag, in Summe 3,949.103 fl. angesprochen. Die beiden Regierungen haben anerkannt, daß die Durchführung dieser Maßregel wünschenswert wäre, sahen sich aber angesichts der Finanzlage genötigt, die geplante Aufbesserung der Zukunft vorzubehalten. Budget 1887.)

— Resolution des Berichterstatters Matuš, betreffend die Aufbesserung der Mannschaftskost. (Angenommen.) **21**, **22**,

(Wie im Vorjahre, hat das Kriegsministerium auch heuer die Bewilligung eines Abendmahles für die Mannschaft des Heeres beantragt. Die beiderseitigen Regierungen haben die Durchführung dieser Maßregel für wünschenswert erkannt, sahen sich aber angesichts der Finanzlage und der für das Heerwesen unabweisbaren anderweitigen Mehrforderungen auch diesmal der Zwangslage gegenüber, die geplante Aufbesserung der Zukunft vorzubehalten. Budget 1888.)

— Resolution des Berichterstatters Matuš, betreffend die Aufbesserung der Mannschaftskost. (Angenommen.) **23**, 28.

(Die beiderseitigen Regierungen haben die Bewilligung eines Nachtmahls für die Mannschaft als wünschenswert anerkannt, sahen sich aber angesichts der Finanzlage und der für das Heerwesen unabweisbar gewordenen anderweitigen Mehrforderungen auch diesmal der Zwangslage gegenüber, die geplante Aufbesserung der Zukunft vorzubehalten. Budget 1889.)

— Resolution des Berichterstatters Kathrein, betreffend die Aufbesserung der Mannschaftskost durch Verabreichung eines Nachtmahles. (Angenommen.) **26**, 66.

(Die Kriegsverwaltung war angesichts der sonstigen unabweisbaren und unaufschiebbaren Mehrerfordernngen zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, die zur Aufbesserung der Mannschaftskost durch Verabreichung eines Nachtmahles erforderliche Summe in den Voranschlag pro 1892 einzustellen. **27**, 146 (K. B.).

— Resolution des Berichterstatters Falkenhayn, betreffend die endliche Verwirklichung der wiederholt ausgesprochenen Wünsche nach Verbesserung der Mannschaftskost. (Angenommen.) **27**, 129.

(Angesichts der sonstigen unabweisbaren Mehrforderungen für das Heerwesen war das Kriegsministerium zu seinem lebhaften Bedauern nicht in der Lage, in das Budget pro 1893 einen Betrag für die Verbesserung der Mannschaftskost einzustellen. Das Kriegsministerium wird aber diese Frage sowie bisher auch fernerhin im Auge behalten und seinerzeit den geeigneten Zeitpunkt wahrnehmen, um die erwähnte, allseits als wünschenswert erkannte Maßregel der Verwirklichung zuzuführen. Budget 1893.)

— Tausche wünscht eine Zulage für Frühstück und Abendmahl und Verbesserung des Kommißbrotes (Kaprivibrot). **27**, 47

— Richter wünscht die Verbesserung der Mannschaftskost. **27**, **48**.

— Km. Bauer betont, daß das Nachtmahl für die Soldaten aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden könne, da hiefür ein Aufwand von 4·3 Millionen Gulden erforderlich wäre. **28**, 85.

Digitized by Google

Mannschaftskost.

— Resolution des Berichterstatters **Badeni** mit der Aufforderung an die Kriegsverwaltung, das entsprechende Erfordernis für die Aufbesserung der Mannschaftskost, wenn anderes möglich, in das nächste Budget einzustellen. (Angenommen.) **28**, 96.

(Angesichts der Finanzlage und der für das Heerwesen unabweisbar gewordenen anderweitigen Mehrforderungen muß die geplante Aufbesserung der Mannschaftskost der Zukunft vorbehalten werden. Budget 1894.)

— Resolution des Berichterstatters **Falkenhayn**, das entsprechende Erfordernis für die Aufbesserung der Mannschaftskost, wenn möglich, in das nächste Budget einzustellen. (Angenommen.) **29**, 112.

(Die unvermeidlichen und unaufschiebbaren budgetären Mehrforderungen legen das Kriegsministerium auch diesmal nicht in die Lage, das Erfordernis für die als wünschenswert anerkannte Aufbesserung der Mannschaftskost in den Voranschlag einzustellen. Es werde aber der geeignete Zeitpunkt wahrgenommen werden, diese Frage der erwünschten Lösung zuzuführen. **30**, 250 (R. B.).

— **Thurnher** Martin verlangt eine gehörige Verpflegung der Soldaten. **30**, 203.

— **Tausche** plaidiert für eine Verbesserung der Mannschaftskost in der Richtung, daß zum Frühstück Milchkaffee und zum Nachtmahl warme Nahrung, wenigstens Kartoffeln, verabfolgt werden. **30**, 207.

— Eine Aufbesserung der Mannschaftskost konnte die Heeresverwaltung zu ihrem Bedauern auch in diesem Jahre noch nicht in Antrag bringen. Budget 1896 und **31**, 204 (R. B.).

— **Pattai** schildert die nachteiligen Folgen der Goldwährung, welche uns große Opfer an Zinsen und Provision bei Aufnahme von Darlehen verursachte, während für das Nachtmahl der Soldaten kein Geld da sei. **31**, 252.

— Verbesserung der Mannschaftsnahrung durch Verabreichung von zwei Gemüseportionen, respektive Einführung eines warmen Nachtmahles an zwei Tagen in jeder Woche. Budget pro 1897.

— Der Ausschuß gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Kriegsverwaltung diese Maßregel auch auf die übrigen Wochentage ausdehnen werde. **32**, 88 (R. B.).

— **Thurnher** Martin begrüßt die Vorsorge für Beschaffung eines Nachtmahles für die Soldaten an zwei Tagen jeder Woche, erwartet jedoch, daß schon im nächsten Voranschlag für Verabreichung des Nachtmahls an jedem Tage vorgesorgt werde. **32**, 59.

— **Hofmann v. Wellenhof** findet die Ernährung der Soldaten mangelhaft und unzulänglich. Die Fleischration sei noch immer geringer als in den meisten europäischen Heeren. **33**, 69.

— **Kaiser** August verlangt eine ausgiebigere Verpflegung, insbesonders auch ein Nachtmahl für die Mannschaft. **33**, 78.

— **Scheicher** fragt, warum im Budget nicht die Kosten für das warme Nachtmahl aufgenommen worden, was nach der Stimmung unter den Abgeordneten leicht zu erreichen wäre. Er wünscht auch eine Verbesserung der Verpflegung und verweist auf den Vorschlag Tills in Brud a. M., welcher eine Art Monopol der Regierung, nicht bloß zur Herstellung guten und billigen Brotes, sondern auch in Bezug auf Getreideankauf schaffen wolle. **33**, 90.

— Km. **Krieghammer** erklärt, für das Nachtmahl nichts eingestellt zu haben, einesteils wegen der differierenden Ansichten

Mannschaftskost.

und Wünsche der Truppen, anderseits um keinen Nachtragskredit ansprechen zu müssen. **33**, 167.

— Der Budgetausschuß nimmt mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis, daß von der diesjährigen Mehrforderung der Betrag von 853.909 fl. dazu aufgewendet werden soll, die im Jahre 1897 durch Einführung eines warmen Nachtmahles an zwei Tagen der Woche eingeleitete Aufbesserung der Mannschaftskost nunmehr auf die übrigen fünf Tage auszudehnen. **34**, 132 (R. B.).

— **Thurnher** Martin erklärt die geplante Erhöhung der Gebühr für zwei Nachtmahle von 2·75 auf 3 Kreuzer und für die übrigen fünf Wochentage einen Zuschuß von je einen Kreuzer für vollständig unzureichend und fordert, daß den Soldaten täglich ein warmes Nachtmahl in genügendem Ausmaße verabfolgt werde. **34**, 187.

— Interpellation **Hochenburger**, betreffend die Qualität des Militärbrotes. **34**, 240.

Beantwortet vom Km. **Krieghammer**. **34**, 374.

— **Götz** wünscht eine weitere Aufbesserung des Nachtmahles für die Mannschaft und macht auf die ungenügende Beschaffenheit der Gemüsekonserven aufmerksam. **35**. 75.

— Der Ausschuß konstatiert mit Befriedigung die Einstellung des namhaften Betrages von 1,477.788 K zur weiteren Aufbesserung des Nachtmahls für die Mannschaft. **35**, 111 (R. B.).

— **Conci** wünscht weitere Schritte zur Beschaffung eines warmen Nachtmahls für die Mannschaft. **35**, 190.

— Km. **Krieghammer** bezeichnet die Qualität des Kommißbrotes als eine gute, ebenso die Qualität der Gemüsekonserven als eine vorzügliche und legt die Notwendigkeit ihrer Verwendung dar. **35**, 203.

— Berichterstatter **Kottulinsky** konstatiert die in der Frage des warmen Nachtmahls für die Mannschaft seitens des Kriegsministeriums getroffenen Anordnungen. **36**, 108.

— Resolution **Potzhofer** wegen Einstellung von sechs Heller pro Mann in das Budget zur Beschaffung eines warmen Nachtmahls für den Mannschaftsstand. **36**, 183. (Gemäß einer Anregung des Berichterstatters **Kottulinsky** [**36**, 201] in allgemeiner Fassung [**36**, 210] angenommen.)

(Für zwei Tage in der Woche wird je eine Gemüsekonserve zur Bereitung eines warmen Nachmahles verabfolgt und für die übrigen fünf Tage der Woche je vier Heller pro Mann den Menageverrichtungen der Soldaten als fixer Zuschuß zum Menageagelde mit der ausschließlichen Widmung für das Nachtmahl zugewendet. **37**, 127 (R. B.).

— Km. **Krieghammer** erklärt, er wende der Frage des Nachtmahls der Mannschaft fortgesetzt sein Augenmerk zu. Wenn eine Pause in der Fortsetzung dieser Maßregel eingetreten ist, so ist das auf die finanzielle Lage zurückzuführen. **36**, 199.

— **Peschka** wünscht, daß der Mannschaft die Wahl zwischen dem Nachtmahl und dem Retutum freigestellt werde. **36**, 207.

— **Thurnher** Martin tritt für die Verbesserung der Mannschaftskost ein, in welcher Beziehung wohl durch Verabfolgung des Nachtmahls etwas geschehen sei, aber in sehr unzureichender Weise. Die Verpflegung müsse eine derartige sein, daß auch jene Soldaten, die von der Familie keine Zuschüsse erhalten, nicht Mangel und Hunger leiden. **37**, 46.

— Km. **Krieghammer** macht aufmerksam, daß jetzt eine befriedigende Nahrung der Mannschaft erreicht sei und daß

Digitized by Google

Mannschaftskost.

man es in den nächsten Jahren auf sechs Heller für das Nachtmahl hinaus werde. Daß die bessere Nahrung auf den sanitären Zustand der Mannschaft von Einfluß sei, erhelle daraus, daß seit 1897 bis 1901 die Sterblichkeitsziffer von 12 auf 2 Promille gesunken sei. **37**, 198.

— Mehrerfordernis von 1,510.000 K infolge Erweiterung der Nachtmahlgebühr für die Mannschaft. Budget pro 1903.

— Der Budgetausschuß spricht seine Befriedigung über die Erhöhung der Nachtmahlgebühr aus. **38**, 244 (A. B.).

— Šusteršič gibt seiner Befriedigung über die Erhöhung der Gebühr für das Nachtmahl der Mannschaft Ausdruck, kann sich aber durchaus nicht mit der Konstatierung im Berichte des Budgetausschusses einverstanden erklären, daß damit diese Angelegenheit vorläufig zum Abschluß gelangt sei. Es müsse vielmehr auf diesem Wege fortgeschritten werden. **38**, 306.

— Berichterstatter Waltersкirchen Franz erklärt, die früheren Delegationen seien immer der Ansicht gewesen, daß mit der nunmehr erfolgten Erhöhung des Nachtmahlgeldes die Angelegenheit zum Abschluß gebracht sein werde. Nach seinen persönlichen Informationen sei die Qualität und Quantität der Kost sehr befriedigend. **38**, 336.

— Glöckner tritt für die Aufbesserung der Mannschaftskost durch Gewährung von Frühstück- oder Nachtmahlgeldern ein. **39**, 558.

— Delugan hält die gegenwärtige Verköstigung der Mannschaft für unzulänglich und tritt insbesondere für die Verabreichung von Wein an die Reservisten ein. **39**, 604.

— Frh. Pitreich betont, daß in keiner anderen Armee für den Mann so gesorgt wird, wie bei uns. **39**, 640.

— s. auch Subkomitee.

Manöver, s. Einberufungen.

Marine.*)

(1. Allgemeines. — 2. Voranschläge.)

1. Allgemeines.

Auflassung der Marine-Hofbuchhaltung und Ersetzung derselben durch das Rechnungsdepartement. **1**, 65.

— Resolution des Berichterstatters Demel Joh. auf Auflassung der Marinetruppen- und Flotteninspektion. (Abgelehnt.) **1**, 151.

— Resolution des Berichterstatters Demel Joh., daß die ökonomische Verwaltung der Marine in die Hände von Nichtmilitärs gelegt werde. (Angenommen.) **1**, 151.

— Resolution des Berichterstatters Demel Joh., betreffend eine Revision der Organisation der Zentralleitung, der Behörden und Ämter der Kriegsmarine. (Angenommen.) **1**, 151.

— Erbauung eines Gebäudes für die Marinesektion. Begründung zum Budget 1872.

Marine.

1. Allgemeines.

— Antrag des Berichterstatters Brestel, es möge dem Kriegsminister seine Verantwortlichkeit für die Verwaltung der Marinesektion in Erinnerung gebracht und derselbe aufgefordert werden, die Gebarung der Marine streng zu kontrollieren und zu sorgen, daß keine ungerechtfertigten Überschreitungen mehr vorkommen. **5**, 215.

— Die Marineverwaltung empfiehlt eine Aufbesserung des Bedienungspauschales für Marineoffiziere. Budget 1877.

— Antrag Teuschl auf Bewilligung des von der Marineverwaltung geforderten Betrages für die Standesvermehrung der Offiziere der Marine. (Abgelehnt.) **10**, 266.

— Teuschl wünscht eine größere Berücksichtigung der Marine in budgetärer Beziehung aus militärischen und handelspolitischen Gründen. **14**, 89.

— Ruß meint, daß es keiner Vermehrung des Flottenmateriales, sondern nur einer Mehrindienststellung von Schiffen bedürfe, um unsere maritimen Interessen im Auslande zu vertreten. **14**, 91.

— Kreierung einer Operationskanzlei im Organismus der Marinesektion. Begründung zum Budget 1886.

— Berichterstatter Radhern begründet die Notwendigkeit der Vergrößerung des Seeoffizierskorps. **24**, 43.

— Biankini wünscht die jährliche Vorlage eines eingehenden Exposés über alle Zweige des Marinedienstes. **31**, 56.

— Kaftan bemängelt, daß die Maschineningenieure der Marine zum Stande der Militärbeamten und nicht der Marineoffiziere gehören. **31**, 66.

— Erhöhung des Marinebudgets. Bedeutung der Kriegsmarine für handelspolitische Aktionen. — Exposé des M. Ke. Gołuchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Kaftan regt an, das nach abgeleisteter aktiver Dienstpflicht bei der Kriegsmarine von jedem Mann zurückzulassende Montursgeld, aus welchem der Matrose bekleidet wird, wenn er als Reservist wieder einrückt, fruchtbringend anzulegen, um den nach Ableitung der ganzen Dienstpflicht entlassenen Leuten ihr kleines Vermögen fruktifizieren ansolgen zu können. **33**, 246.

Mk. Spaun erklärt sich dagegen, da das Montur-magazin für seinen Betrieb einen Teil dieses Fonds benötige und ferner die Marine keine Kassebestände habe. **33**, 249.

— Notwendigkeit der Ausgestaltung unserer Kriegsmarine mit Rücksicht auf die Handelspolitik. — Exposé des M. Ke. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Kübeck bespricht die handelspolitische Mission der Kriegsmarine und tritt für die Sanierung der quantitativen und bezüglich des Flottenstandes auch qualitativen Schwäche der Marine ein. Diese habe für ausreichenden Schutz der Küste zu sorgen. **34**, 220.

Mk. Spaun erklärt, daß die Kriegsmarine handelspolitische und wirtschaftliche Bestrebungen wohl unterstützen müsse, daß die bezüglichen Aufgaben

*) Mit Ausschluß der Schiffsbauten; diese siehe unter: „Flottenmaterial."

Digitized by Google

Marine.

1. Allgemeines.

aber anderen Zentralstellen zugehören. Die Hauptsache für die Kriegsmarine sei, die Küste zu schützen. **34**, 220.

— Schneider bedauert, daß der Marine, speziell auch in Ungarn, nicht im Interesse des Außenhandels mehr Entgegenkommen bewiesen werde. **35**, 103.

— Berichterstatter Ruß gibt den Sympathien für die Marine Ausdruck. Jeder Österreicher gedenke mit Stolz, daß unsere Kriegsmarine, so lange sie besteht, immer den Sieg an ihre Flagge zu fesseln verstanden hat. **35**, 225.

— Kaftan betont entgegen der in der ungarischen Delegation zu Tage getretenen Auffassung, wonach die Aufgabe unserer Kriegsmarine sich auf die Küstenverteidigung zu beschränken hätte, ihre Rolle als die eines Pioniers für unseren Handel und unsere Industrie, namentlich an der ostasiatischen und afrikanischen Küste. **35**, 225.

— Gesmann protestiert gegen die in der ungarischen Delegation geäußerten Anschauungen, wonach Ungarn an der österreichischen Industrie und infolgedessen vom Gesichtspunkt der Exportförderung an der Marine wenig interessiert sei. Er fordert, daß auf den handelspolitischen Pflichtenkreis der Kriegsmarine der nötige Nachdruck gelegt werde. **35**, 232.

— Gesmann bespricht die Zurücksetzung der Marinebeamten gegenüber den Offizieren. **35**, 233.

Mk. Spaun bespricht die Stellung und die Frage der Uniformierung sowie der Beeidigung der Marinebeamten. **35**, 239.

— Gesmann wünscht die Fixierung der Stellung der Marineakademie in Fiume und eine Herabsetzung des Schulgeldes an derselben. **35**, 234.

Mk. Spaun bezeichnet eine Herabsetzung des Verköstigungspauschales als nicht angezeigt. **35**, 239.

— Mk. Spaun teilt die Maßregeln mit, welche im Dienste der Handelsinteressen bei der Kriegsmarine getroffen wurden und erörtert die Schwierigkeiten, mit denen die Einschiffung von Handelsagenten auf den Kriegsschiffen verbunden ist. **35**, 235.

— Berichterstatter Ruß erörtert die Bedeutung der Kriegsmarine für die Exportförderung und betont die Notwendigkeit, daß wenigstens ein Stationsschiff nach Ostasien entsendet werde. **35**, 239.

— Ruhbarmachung der überseeischen Missionen der Kriegsschiffe für handelspolitische Zwecke. **35**, 348 (A. B.).

— Notwendigkeit einer Änderung der Bestimmungen über die Kasernierung der Einjährig-Freiwilligen bei der Kriegsmarine. **35**, 350 (A. B.).

— Notwendigkeit einer Gebührenregulierung für die Marineärzte. **35**, 351 (A. B.).

— Maßregeln zur Erhaltung altgedienter Unteroffiziere im Dienste der Kriegsmarine, Ernennung von Stabsunteroffizieren. **35**, 352 (A. B.).

— Resolution des Berichterstatters Ruß wegen Erhöhung der Bezüge des marineärztlichen Korps. (Angenommen.) **35**, 366 (A. B.).

Marine.

1. Allgemeines.

— Kramář führt aus, auch vom rein ungarischen Standpunkt sei die vollständig ablehnende Stellung Ungarns gegen eine Vermehrung der Flotte nicht gerechtfertigt, da auch Ungarn nicht ewig ein Agrarstaat bleiben werde. **35**, 425.

— Mauthner bezeichnet es als eine wesentliche Unterstützung des Exports, wenn die Kriegsmarine in gutem Zustand ist; er werde mit Vergnügen den übrigens nicht übermäßigen Forderungen der Kriegsmarine zustimmen. **36**, 50.

— Vencajz spricht seine Anerkennung für die Übersichtlichkeit des Marinebudgets aus. **36**, 219.

— Kaftan und Berichterstatter Pergelt heben die Bedeutung der Kriegsmarine für die Machtstellung der Monarchie und für die Hebung des überseeischen Handels hervor. **36**, 216, 226.

— Berichterstatter Pergelt rühmt die außerordentliche Sparsamkeit in der Gebarung der Marineverwaltung. **36**, 215. Er spricht dem Marinekommandanten Admiral Spaun sowie der gesamten Marine, der Verwaltung und dem Offizierkorps die Anerkennung der Delegation aus. **36**, 227.

— Berichterstatter Pergelt legt die Verbesserung der Lage der Diurnisten bei der Marine dar. **36**, 225.

— Interpellation Iro, betreffend die Stellung der Ingenieure bei der Kriegsmarine. **37**, 108.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **37**, 338.

— Interpellation Iro, betreffend die Adjustierung und das Bedienungspauschale der Kommissäre der Kriegsmarine. **37**, 112.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **37**, 338.

— Kaftan erklärt, der Behauptung des Ministers des Äußern, der Zweck unserer Kriegsflotte bestehe ausschließlich in der Verteidigung unserer Küste, nur teilweise beipflichten zu können. Unsere Kriegsmarine muß auch unseren Handelsschiffen Schutz gewähren, welche eine Verlängerung der heimischen Küste bedeuten. Zu diesem Zwecke, welcher nicht nur in der Defensive, sondern auch in der Offensive besteht, würde er sich einer entsprechenden Vermehrung der Kriegsflotte nicht widersetzen. **37**, 325.

— Kaftan befürwortet die Wünsche der Marinebeamten in der Adjustierungsfrage und die Verbesserung der Lage der Maschinenleiter. **37**, 326, 328.

— Azmann vertritt die Wünsche der Marinebeamten, sowie der Marinediurnisten. **37**, 331.

— Rizzi befürwortet gleichfalls die Wünsche der Marinediurnisten. **37**, 333.

— Berichterstatter Pergelt spricht der Marineleitung für die zu Gunsten der niedrigst gestellten Beamten und Diener im Budget pro 1902 vorgesehenen Maßnahmen den Dank aus. **37**, 341.

— Rizzi erklärt, für das Marinebudget zu stimmen, weil er zum Admiral Spaun das größte Vertrauen habe, der auch die Interessen Polas zu fördern bereit sei. **37**, 333.

Digitized by Google

Marine.

1. Allgemeines.

— **Bukovič** wünscht die Einführung eines Vorbereitungskurses für die nichtdeutschen Aspiranten an der Marineakademie in Fiume; bis dahin müßte ihnen gestattet werden, die Prüfung in der Muttersprache abzulegen und nur nachzuweisen, daß sie des Deutschen soweit mächtig sind, um dem Unterrichte folgen zu können. Weiters befürwortet er die Errichtung einer größeren Anzahl von Freiplätzen für Dalmatiner. **38**, 531.

Mt. **Spaun** teilt mit, daß eine allmähliche Vermehrung der Zöglinge an der Marineakademie von 130 auf 170 geplant ist, wonach dann auch ein Vorbereitungskurs für Zöglinge, die der deutschen Sprache nur in geringem Maße mächtig sind, eingeführt werden kann. **38**, 540.

— **Bukovič** wünscht, daß in einigen Gewässern, beispielsweise an der westlichen Küste Südamerikas und in Südafrika unsere Kriegsflagge ständig vertreten sei und tritt für die einer Weltnotwendigkeit entsprechende Verstärkung der Marine, wenn auch in bescheidenen Proportionen ein. Die Marinelleitung sollte an die Verfassung eines für mehrere Jahre berechneten Flottenplanes schreiten. Er wünscht auch eine Reorganisation des Institutes der Einjährig-Freiwilligen bei der Marine hinsichtlich der Berufsseelente und beschwert sich über die Assentierung dalmatinischer Matrosen zur Infanterie. **38**, 527.

— **Wasilko** Georg konstatiert mit Befriedigung das allseitige Lob, welches der Marine nicht nur im österreichischen, sondern auch im ungarischen Ausschusse zu teil wurde. Er betont, daß für die Ausgestaltung unserer Marine viel zu wenig geschehe und tritt für die Schaffung eines Marineministeriums ein. Dem Marinekommandanten spricht er für die befriedigende Beantwortung aller im Ausschuß an ihn gestellten Anfragen Dank und Vertrauen aus. **38**, 534.

— **Kindermann** macht auf die Beschwerden der Marine-Einjährig-Freiwilligen des Jahrganges 1900/01 aufmerksam. Man möge entweder den Beschwerden, wenn sie gerechtfertigt sind, stattgeben oder die Frage erwägen, den Eintritt der Einjährig-Freiwilligen zur Marine, wenn sie dort bloß deshalb einer gewissen Berücksichtigung sich nicht erfreuen können, weil sie nicht zu Offizieren befördert werden, überhaupt zu sistieren. **38**, 537.

Mt. **Spaun** bespricht die Verhältnisse der Einjährig-Freiwilligen bei der Marine, bemerkt, ihm sei von einer Klageschrift der Einjährig-Freiwilligen nichts bekannt. **38**, 544.

— **Conci** hebt unter Gegenüberstellung zu dem Vorgehen der Heeresverwaltung hervor, daß die Leitung der Kriegsmarine weder in ihren Beziehungen zur Zivilbevölkerung noch in ihrem sonstigen Auftreten zu Beschwerden Anlaß gebe und erklärt, daß die Italiener deshalb für die Forderungen der Kriegsmarine stimmen werden. **38**, 538.

Mt. **Spaun** teilt auf die Anfragen des Delegierten **Bukovič** mit, daß in den Fällen, wo wirklich Seeleute zur Infanterie assentiert wurden, von der Heeresverwaltung Remedur getroffen und die Betreffenden zur Marine transferiert wurden. Daß unsere Flagge im Auslande gezeigt werde, sei auch ein Wunsch der Konsulate. Nach Möglichkeit geschehe es, aber die Aufsendung ständiger Stationsschiffe ist bei dem gegenwärtigen Mangel an Geld und Schiffen nicht möglich. Die Veröffentlichung eines Flottenplanes wäre nicht angezeigt, nachdem beide Delegationen im Jahre 1898 sich dagegen ausgesprochen haben, weil dadurch eine gewisse Pression auf künftige Delegationen ausgeübt würde. **38**, 543.

— Mt. **Spaun** erklärt sich bereit, die Stiftung von Freiplätzen für Dalmatiner an der Marineakademie bei den beiden Regierungen anzuregen. Bei den Aufnahmsprüfungen obwalte betreffs der mangelnden Kenntnis der deutschen Sprache die größte Rücksicht. **38**, 544.

— Berichterstatter **Pergelt** vertritt die Wünsche der Maschinentechniker und der Marinekommissariatsbeamten. Er empfiehlt ferner dringend die häufige Entsendung österreichischer Kriegsschiffe in fremde Gewässer im Interesse der Industrie und des Handels. Er faßt die übereinstimmende Willensmeinung der Delegation in Worte des Dankes und der Anerkennung für Admiral **Spaun** zusammen, Worte, die nicht bloß seiner Person und den ihm beigegebenen Offizieren, sondern der ganzen Marine gelten. **38**, 546.

— Vermehrung des Präsenzstandes des Matrosenkorps um 750 Mann, ferner des Standes an Schiffs- und Maschinenjungen um 100, beziehungsweise 20 Jungen **38**, 564 (R. B.). S. auch Präsenzstand.

— **Kaftan** hält unsere Flotte für unzureichend und betont die Notwendigkeit, für die Ausgestaltung der Flotte einen nationellen Plan aufzustellen. **39**, 388.

— **Biankini** betont die Notwendigkeit einer Verstärkung der Kriegsmarine. **39**, 393.

— Berichterstatter **Pergelt** führt aus, man dürfe nicht glauben, daß mit der außerordentlichen Kreditvorlage auf einmal ein Stillstand in unserem Marinebudget eintreten werde. **40**, 372.

— s. auch Attachés, Gagen, handelspolitische Fragen, Kohle, Pola, Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

2. Voranschläge:

— **für das Jahr 1868. I**, 11, 25.

Bericht (Berichterstatter **Demel** Johann) und Verhandlung. **I**, 137—152.

(Redner: **Widenburg**, Ab. Oberst **Türkheim**, **Zyblikiewicz**, Groß Franz, **Schindler**, **Skene** sen., Groß Robert, **Rechbauer**, **Pratobevera**, Km. **Kuhn**.)

— **für das Jahr 1869 mit Denkschrift. I**, 244, 248.

Bericht (Berichterstatter **Vidulich**) und Verhandlung. **I**, 294—308.

(Redner: Vizeadmiral **Tegetthoff**, **Kübeck**, **Dietrichstein-Mensdorff**, **Demel** Johann, **Hock**, **Rechbauer**, **Paskotini**, **Schindler**, **Pratobevera**.)

Digitized by Google

Marine.

2. Voranschläge:

— für das Jahr 1870. **2**, 3.

Bericht (Berichterstatter Steffens) und Verhandlung. **2**, 201—233.

(Redner: Wüllersdorf, Pascotini, Rechbauer, Vizeadmiral Tegetthoff, Sturm, Frh. Becke, Mertens, Wrbna Rud. jun., Kaiser Ignaz, Rechberg, Weichs, Pascotini, Wickenburg, Neumann Leopold, Spiegel, Rd. Schiffskapitän Eberan, Dietrichstein-Mensdorff.)

— für das Jahr 1871. **3**, 3.

Bericht (Berichterstatter Pascotini) und Verhandlung. **3**, 299—325.

(Redner: Kovács, Demel Johann, Černe, Sturm, Ocly, Wickenburg, Giovanelli Ignaz, Grocholski, Rechberg, Gablenz, Vizeadmiral Tegetthoff.)

— für das Jahr 1872. **4**, 7.

Bericht (Berichterstatter Müllerstorf) und Verhandlung. **4**, 180—193.

(Redner: Pascotini, Vizeadmiral Pöck, Unger, Černe, Sturm, Demel Johann, Banhans.)

— für das Jahr 1873 (mit Nachtragskredit für die Marineschule in Fiume). **5**, 5, 14.

Bericht (Berichterstatter Weeber (und Verhandlung. **5**, 42—59, 143—145.

(Redner: Pratobevera, M. Ae. Andrássy, Wickenburg, Vizeadmiral Pöck, Greuter, Herbst, Pascotini, Scrinzi, Demel Johann.)

— für das Jahr 1874 (samt Begründung). **6**, 6.

Bericht (Berichterstatter Weeber) und Verhandlung. **6**, 99—122.

(Redner: Scrinzi, Lübeck, Herbst, Pascotini, Rechbauer, Rechberg, Vizeadmiral Pöck, Km. Kuhn.)

— für das Jahr 1875.

Bericht (Berichterstatter Weeber) und Verhandlung. **7**, 32—48.

(Redner: Teuschl, Hanisch, Vizeadmiral Pöck, Lübeck, Schaup, Scrinzi, Herbst, Hartung, Brestel.)

— für das Jahr 1876.

Bericht (Berichterstatter Weeber) und Verhandlung. **8**, 95—104.

(Redner: Teuschl, Eugerth, Schaup, Herbst, Winterstein, Vizeadmiral Pöck.)

— für das Jahr 1877. **9**, 4.

Bericht (Berichterstatter Weeber) und Verhandlung. **9**, 19—26.

(Redner: Steudel, Vizeadmiral Pöck.)

— für das Jahr 1878. **10**, 3.

Bericht (Berichterstatter Weeber) und Verhandlung. **10**, 266—279.

(Redner: Teuschl, Sturm, Hartung, Vizeadmiral Pöck, Schaup, Scrinzi, Herbst.)

Marine.

2. Voranschläge:

— für das Jahr 1879. **11**, 4.

Bericht (Berichterstatter Nuß) und Verhandlung. **11**, 24—41.

(Redner: Klaić [in italienischer Sprache], Vizeadmiral Pöck, Schaup, Sturm, Herbst, Teuschl, Demel Johann.)

— für das Jahr 1880 (siehe Nachtragskredite pro 1876 bis 1879). **12**, 6.

Bericht (Berichterstatter Nuß) und Verhandlung. **12**, 83—85, 164.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1881 (siehe Nachtragskredit für 1879). **13**, 3.

Bericht (Berichterstatter Nuß) und Verhandlung. **13**, 163—170.

(Redner: Wittmann, Klaić, Vizeadmiral Pöck.)

— für das Jahr 1882 (siehe Nachtragskredit für 1880). **14**, 4.

Bericht (Berichterstatter Barenther) und Verhandlung. **14**, 86—93.

(Redner: Teuschl, Falkenhayn, Nuß.)

— für das Jahr 1883 (samt Nachtragskrediten). **17**, 3.

Bericht (Berichterstatter Tonkli) und Verhandlung. **17**, 24—26.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1884. **18**, 3.

Bericht (Berichterstatter Coronini) und Verhandlung. **18**, 22—26.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1885. **19**, 3.

Bericht (Berichterstatter Fluck) und Verhandlung. **19**, 78—80.

(Redner: Klaić, Mk. Sterneck.)

— für das Jahr 1886. **20**, 3.

Bericht (Berichterstatter Radherny) und Verhandlung. **20**, 30—34.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1887 (siehe Nachtragskredite). **21**, 3.

Bericht (Berichterstatter Radherny) und Verhandlung. **21**, 55—61.

(Redner: Luzzatto.)

— für das Jahr 1888. **23**, 3.

Bericht (Berichterstatter Tonkli) und Verhandlung. **23**, 18—22.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1889. **24**, 3.

Bericht (Berichterstatter Radherny) und Verhandlung. **24**, 43—48.

Keine Debatte.

Digitized by Google

Marine.

2. Voranschläge:

— für das Jahr 1890. **25,** 3.

Bericht (Berichterstatter Nadherny) und Verhandlung. **25,** 10—14.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1891. **26,** 3.

Bericht (Berichterstatter Reinelt) und Verhandlung. **26,** 9—13.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1892 (siehe Nachtragskredite). **27,** 3.

Bericht (Berichterstatter Ruß) und Verhandlung. **27,** 137—144.

(Redner: Heilsberg, Mk. Sterneck, Bartoli.)

— für das Jahr 1893 (siehe Nachtragskredite pro 1892). **28,** 5.

Bericht (Berichterstatter Ruß) und Verhandlung. **28,** 181—190.

(Redner: Spinčić, Luzzatto, Mk. Sterneck.)

— für das Jahr 1894. **29,** 3.

Bericht (Berichterstatter Ruß) und Verhandlung. **29,** 115—117.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1895. **30,** 4.

Bericht (Berichterstatter Ruß) und Verhandlung. **30,** 62—70.

(Redner: Kaftan, Burgstaller, Mk. Sterneck, Klaić.)

— für das Jahr 1896 (samt Nachtragskrediten für 1894 und 1895). **31,** 4.

Bericht (Berichterstatter Ruß) und Verhandlung. **31,** 54—76.

(Redner: Biankini, Stalitz, Kaftan, Mk. Sterneck, Vetter Felix.)

— für das Jahr 1897 (siehe Nachtragskredite für 1896). **32,** 3.

Bericht (Berichterstatter Ruß) und Verhandlung. **32,** 167—169.

Keine Debatte.

— für das Jahr 1898 (siehe Nachtragkredite pro 1897) **33,** 5.

Bericht (Berichterstatter Stránský) und Verhandlung. **33,** 243—253.

(Redner: Kaftan, Mk. Spaun.)

— für das Jahr 1899 (siehe Nachtragskredite pro 1897 und 1898). **34,** 7.

Bericht (Berichterstatter Jedlitz Karl Max) und Verhandlung. **34,** 215—237.

(Redner: Berzeczynski, Rübeck, Bartoli, Kaftan, Jagić, Mk. Spaun.)

Marine.

2. Voranschläge:

— für das Jahr 1900 (siehe Nachtragskredite pro 1898 und 1899). **35,** 7.

Bericht (Berichterstatter Ruß) und Verhandlung. **35,** 224—242, 347—366.

(Redner: Berichterstatter Ruß, Kaftan, Gefsmann, Rizzi, Mk. Spaun.)

— für das Jahr 1901. **36,** 7.

(Nebst Nachtragskrediten für das Jahr 1899 zur Deckung des Mehraufwandes anläßlich der Entsendung des Schiffes „Kaiserin Elisabeth" nach Ostasien und zur Deckung der Kosten aus Anlaß der gegen die Pestgefahr getroffenen Vorkehrungen.)

Bericht (Berichterstatter Pergelt) und Verhandlung. **36,** 215—231, 245—256.

(Redner: Kaftan, Vencajz, Mk. Spaun.)

— für das Jahr 1902. **37,** 7.

Bericht (Berichterstatter Pergelt) und Verhandlung. **37,** 325—346, 440—455.

(Redner: Kaftan, Rübeck, Axmann, Rizzi, Mk. Spaun.)

— für das Jahr 1903 (s. Nachtragskredite pro 1902). **38,** 11.

Bericht (Berichterstatter Pergelt) und Verhandlung. **38,** 519—552, 563—574.

(Redner: Kaftan, Vukovič, Wassitkó Georg, Kindermann, Conci, Dobernig, Mk. Spaun, Ro. Sektionschef Szent-Györgyi.)

— für das Jahr 1904. **39,** 21.

Bericht (Berichterstatter Pergelt) und Verhandlung. **39,** 387—412.

(Redner: Kaftan, Biankini, Bennatti, Glöckner, Mk. Spaun, Dobernig.)

— für das Jahr 1905 (nebst dem außerordentlichen Erfordernisse von 75,176.000 K für Schiffsbauten rc.). **40,** 9.

Bericht (Berichterstatter Pergelt) und Verhandlung. **40,** 368—398.

(Redner: Fort, Jaffron, Schneider, Tollinger, Licht, Kramář, Mk. Spaun, Km. Pitreich, Ro. Generalmajor Krobatin.)

Marokko, s. Konsulate.

Maße und Gewichte.

Einrichtung eines internationalen Bureaus für Maße und Gewichte in Paris. Rothbuch Nr. 8.

— Anschaffung von neuen Maßen und Gewichten nach dem metrischen Systeme. **7,** 128.

— Infolge Anschaffung der metrischen Maße und Gewichte ist eine Erhöhung des ordentlichen Erfordernisses bei der Naturalverpflegung eingetreten. Budget 1876.

Mattachich, s. Militärjustiz.

Mecklenburg, s. Diplomatische Auslagen.

Mehl, s. Lieferungswesen 3.

Digitized by Google

Wehrbewilligung, s. Abstriche.

Melbourne, s. Konsulate.

Meteorologie, Gesellschaft für —.
Petition derselben um eine Subvention. **2**, 233.

Mexiko.
Regelung des Verhältnisses zur mexikanischen Republik.
Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen. — Exposé des M. Ke. Gotuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 22. Mai 1901.
— s. auch Diplomatische Auslagen, Konsulate.

Milch, s. Militärverpflegswesen, Lieferungswesen 3.

Militärärzte, s. Militärsanitätswesen.

Militärakademie, s. Militärbildungswesen 3.

Militärattachés, s. Attachés.

Militärbauwesen, Militärgebäude. *)
Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf Vorlage eines Inventars der Materialien und der Militärgebäude bei jedem Budget. (Angenommen.) **1**, 135. Vorlage desselben. **1**, 248.
— Antrag des Berichterstatters Banhans, den Voranschlag für Instandhaltung und Herstellung der Gebäude getrennt von jenem für die Elementarschäden zu behandeln. (Angenommen.) **1**, 342.
— Resolution des Berichterstatters Banhans behufs Vorlage eines Inventars. (Angenommen.) **2**, 190.
— Reform des Militärbauwesens. Exposé zum Budget 1869 und 1870.
— Resolution des Berichterstatters Giskra auf Ausscheidung aller Gebäude aus der Militärverwaltung, welche für die Heeresverwaltung nicht absolut notwendig oder von besonderem Werte sind, sowie auf Vereinfachung des Administrationsapparates für militärische Bauten. (Angenommen.) **5**, 165.
— Resolution des Berichterstatters Demel Johann, betreffend die Kenntnisnahme, daß seit 1868 eine Anzahl von Militärgebäuden der Zivilverwaltung übergeben wurde, ferner betreffend Erhebungen, inwiefern sich noch Gebäude in die Militärverwaltung befinden, welche für die Heeresverwaltung nicht notwendig oder von besonderem Werte sind und betreffend Bekanntgabe dieser Erhebungen. (Angenommen.) **6**, 90.
— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Übergabe von der Kriegsverwaltung entbehrlichen Gebäuden an die Zivilverwaltung. **7**, 188.
— Resolution des Berichterstatters Groß Franz, betreffend die Einleitung von Erhebungen, inwieferne sich noch Gebäude in der Militärverwaltung befinden, welche für die Heeresverwaltung nicht notwendig oder von besonderem Werte sind. (Angenommen.) **7**, 188.
(Das Kriegsministerium ist darauf bedacht, solche Gebäude auszuscheiden und haben schon mehrfache Abtretungen stattgefunden. Exposé zum Budget pro 1874.

Militärbauwesen, Militärgebäude.
Es wurde neuerlich wieder eine allgemeine Untersuchung angeordnet, die derzeit noch nicht abgeschlossen ist. Exposé zum Budget 1875.)
— Einführung der Hochquellenwasserleitung in den Militärgebäuden Wiens. **8**, 19.
— Resolution des Berichterstatters Klier, betreffend eine Reform und Reduktion der Genie- und Militärbaudirektionen. (Angenommen.) **9**, 158.
— Mitteilungen über in Aussicht genommene Reformen im Militärbauwesen. Budget 1877.
— Amelierierung des Bauzustandes sämtlicher Militärgebäude und Etablissements der Monarchie. **10**, 53.
— Interpellation Azmann, betreffend die Dienstverhältnisse des technischen Hilfspersonales im Militärbaudienste. **34**, 357.
— Interpellation Geßmann, betreffend die Standesverhältnisse der Militärbauwerkmeister. **35**, 58. — Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 477.
— Geßmann macht auf die ungünstige Lage der Militärbauwerkmeister aufmerksam. **36**, 186.
Km. Krieghammer verweist darauf, daß die Militärbauwerkmeister bereits bis in die IX. Diätenklasse vorrücken können. **36**, 200.
— Kaftan wünscht Aufklärungen bezüglich der Vergebung der Bauarbeiten an der militärtechnischen Akademie in Mödling. **38**, 223.

Militärbeamte.
Resolution des Berichterstatters Mattuš, betreffend die Bewilligung einer Subsistenzzulage für die Militärbeamten. (Angenommen.) **23**, 28.
— Hofmann v. Wellenhof befürwortet eine Besserung der materiellen Lage der Militärbeamten. **28**, 80.
— Azmann lenkt die Aufmerksamkeit auf die ungünstige Lage der Intendanturs-, Rechnungs- und tierärztlichen Beamten und verlangt bessere Avancementsverhältnisse und Vermehrung der betreffenden Stellen. **33**, 97.
— Azmann bespricht die Avancementsverhältnisse in der Militärbeamtenbranche und wünscht eine Vermehrung bei den Militärintendanturs-, Rechnungszentral-, Verpflegs-, Meditamenten-, Baurechnungs- und tierärztlichen Beamten. **34**, 198.
— Lemisch bringt die Klagen der Militärbeamten über die Einschübe von Offizieren vor. **35**, 172.
— Geßmann vertritt die Wünsche der Militärbeamten in den Fragen der Uniformierung, der Vorrückung, der Heiratskautionen, der Titel, des Urlaubs, der Statusverhältnisse bei der Intendantur, in der Verpflegsbranche, bei den Militärkassen, Rechnungskontrole, Registratur, Baurechnungs-, Meditamentenbranche, der Veterinärbeamten und des technischen Hilfspersonals. **35**, 181.
— Geßmann befürwortet die Gleichstellung der Militärbeamten mit den Offizieren sowohl bezüglich der Gebühren als der Distinktion. **36**, 184.
Km. Krieghammer bemerkt, daß gewisse Militärbeamte wegen ihres engeren Kontaktes mit der Armee das Portepee tragen; für andere Beamtengruppen wäre dies eher nachteilig. **36**, 200.

*) Mit Ausschluß der „Kasernbauten" und „Festungsbauten"; diese siehe unter „Militärunterkünfte" und „Festungswerke".

Digitized by Google

Militärbeamte.

— Geßmann wünscht eine Verbesserung der Statusverhältnisse der Militärkassenbeamten. **36**, 185.

— Interpellation Kliemann, betreffend die Stellung der Militärverpflegsbeamten. **39**, 12.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 435.

— Kliemann tritt für eine Besserung der Stellung der Verpflegsbeamten und eine Verminderung der Arbeitszeit der Verpflegssoldaten ein. **39**, 609.

— Kaiser August tritt für ein besseres Avancement der Militärverpflegsbeamten ein. **39**, 659.

— Interpellation Dobernig, betreffend die Verleihung militärischer Rangabzeichen an die Beamten der Militärverpflegsbranche. **40**, 331.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **40**, 536.

— S. auch Subsistenzzulagen.

Militärbildungswesen.

Reform der Militärbildungsanstalten. Exposé zum Budget 1869 und 1870.

— Resolution des Berichterstatters Demel Johann wegen Auflassung der unteren Militärbildungsanstalten. (Angenommen.) **1**, 136.

(Die Reform der Militärbildungsanstalten wird systematisch zur Durchführung gelangen. Exposé zum Budget 1869.)

— Beer bringt eine Reihe von Wünschen rücksichtlich der Militärbildungsanstalten zur Sprache. **8**, 78.

— Veränderungen bei den Militärbildungsanstalten. Exposé zum Budget 1871.

— Resolution der ungarischen Delegation auf Auflassung der Militärbildungsanstalten, Errichtung von Militärlehrcursen und Umarbeitung der Lehrpläne und Vorschriften. **3**, 385.

(Mittheilung, daß diesen Wünschen theilweise entsprochen wurde. Exposé zum Budget 1872.)

— Resolution des Berichterstatters Klier, betreffend eine Reorganisation der Militärbildungsanstalten, insbesondere des Hernalser Offizierstöchterinstitutes. (Angenommen.) **9**, 154.

— Die Heeresverwaltung projectiert die Auflassung von drei neuen Kadettenschulen (Krakau, Trieft, Weißkirchen). Begründung des Heeresordinariums pro 1876.

— Errichtung einer neuen Militärunterrealschule in Eisenstadt. **11**, 89 (A. B.).

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Errichtung einer der Wiener-Neustädter Akademie ähnlichen höheren Militärlehranstalt in Ungarn und Feststellung des Ortes, wo eine solche Anstalt zu errichten wäre.

Berichterstatter Ruß empfiehlt namens des Budgetausschusses, dieser Resolution nicht beizutreten. **14**, 204.

— Petition des katholisch-patriotischen Kasinos von Linz, betreffend den Religionsunterricht in den Militärrealschulen. **21**, 138.

— Petition der Stadtgemeinde Lemberg um Wiedererrichtung der Infanteriekadettenschule. **25**, 140.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Errichtung einer neuen Akademie auf dem Gebiete Ungarns für den Fall der Notwendigkeit neuer Institutionen bei Vermehrung der Zöglinge in der bestehenden Akademie. Budget 1891.

Militärbildungswesen.

— Errichtung einer neuen Infanteriekadettenschule in Marburg. Begründung zum Budget 1894. **29**, 123 (A. B.).

— Pacak bespricht die Frage der Ablegung der Kadettenprüfung durch Soldaten. **30**, 221.

— Erfordernis für die Herstellung der Detailpläne und Kostenvoranschläge für die zu errichtende dritte Militärakademie. **30**, 229.

(Die Bewilligung dieser Post darf nicht als prinzipielle Zustimmung zur Errichtung einer dritten Militärakademie betrachtet werden. **30**, 289 (A. B.).

— Resolution Kaftan, daß den Reserveoffizieren, welche als k. k. Staatsbeamte dem Vaterlande ihre Dienste widmen, bezüglich der Aufnahme ihrer Kinder in die Militäranstalten dieselben Begünstigungen gewährt werden, wie den aktiven Offizieren. (Abgelehnt.) **31**, 257.

— Km. Krieghammer erklärt, daran festhalten zu müssen, daß vor allem Söhne aktiver Offiziere den Anspruch auf die Stiftungsplätze in den Militäranstalten behalten, denn sie werden häufig versetzt und finden in Zivilschulen bald diese, bald jene Unterrichtssprache vor, die rasch zu erlernen oft unmöglich ist. **31**, 261.

— Errichtung einer Militärvorbereitungsschule für Kadettenschulen in Spätler Gebietsteile für 200 Zöglinge und zweier neuer Kadettenschulen. Budget 1897.

— Thurnher Martin wünscht eine Reform der Heranbildung der Offiziere in den Akademien in Bezug auf die Behandlung der Mannschaft und andererseits nach der Richtung der besseren Pflege des religiösen Geistes, der Erziehung der Zöglinge nach christlichen Grundsätzen, damit den Soldaten nicht verwehrt werde, an Sonntagen den Gottesdienst zu besuchen. **32**, 61.

— Thurnher Martin begrüßt es, daß Ende März 1898 in Wien unter dem Vorsitze des Generalinspektors der Militärbildungsanstalten eine Kommission zusammengetreten sei, um eine Reform des militärischen Erziehungswesens zu beraten. Er wünscht, daß auch jene Grundsätze Würdigung finden, die sich zusammenfassen lassen in der Forderung der Erziehung der Zöglinge auf christlicher Grundlage. **34**, 188.

— Reorganisation des Erziehungsinstitutes für verwaiste Offizierssöhne in Fischau. An Stelle der bisherigen Unterstufe soll in Hirtenberg eine selbständige Anstalt errichtet und die vier höheren Jahrgänge des Institutes in Fischau in eine Militärunterrealschule umgewandelt werden. Budget pro 1899 und **34**, 260 (A. B.).

— Jagić richtet angesichts des Umstandes, daß von der Marinemannschaft und zwar von der kroatischen 60 Prozent und von der italienischen 35 Prozent Analphabeten seien, die Bitte an die Marineverwaltung, dahin zu wirken, daß wenigstens ein gewisser Teil der Mannschaft nach vierjährigem Dienste geschult aus demselben scheide. **34**, 230.

— Geßmann warnt vor übertrieben strengen Strafen in den Militärerziehungsanstalten und wünscht eine wissenschaftliche Vorbildung der als Lehrer fungierenden Offiziere, ferner eine Herabsetzung des Schulgeldes an der Wiener technischen und an der Wiener-Neustädter Militärakademie. **35**, 180.

Digitized by Google

Militärbildungswesen.

— Schachinger wünscht, daß in den Militärschulen dem erziehlichen, dem österreichisch-patriotischen und dem religiösen Momente die gebührende Beachtung zuteil werde. **35**, 214.

— Systemisierung je eines geistlichen Professors I. Klasse bei der Militärunterrealschule in Fischau und bei jeder Kadettenschule. Budget 1902.

— Antrag Iro, betreffend die Verleihung des Eintrittsrechtes in die Kadettenschulen an die Absolventen der Bürgerschulen. **37**, 17. (S. Anträge 9.)

— Pommer konstatiert einen relativen Tiefstand der Unterrichtspraxis in den militärischen Instituten und im allgemeinen. Die Lehrer müssen auch Erzieher sein und den nötigen Takt sowie die pädagogische Begabung besitzen. **37**, 62.

— Kern legt großen Wert darauf, daß die Religiosität in den Militärschulen gepflegt werde. **37**, 94.

— Interpellation Wolf, betreffend die Verlegung der technischen Militärakademie nach Mödling. **37**, 108.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 489.

— Resolution Iro, betreffend den Eintritt der Absolventen österreichischen Bürgerschulen in die Kadettenschulen. (Abgelehnt.) **37**, 174, 532.

— Km. Krieghammer weist darauf hin, daß der Lehrplan an den Militäranstalten derselbe sei wie in den Realschulen. Allerdings stehe der Offizier gegen einen Pädagogen zurück. Die Offiziere, die sich dem Lehrfache widmen, besuchen zum Teile Hochschulen und pädagogische Anstalten. Außerdem seien viele externe Zivillehrer für bestimmte Fächer mit bestem Erfolge akquiriert worden. **37**, 201.

— Stürgkh verlangt bei der von Ungarn gewünschten Reform der Militärbildungsanstalten die Zentralisierung der Schulerhaltung und der obersten Schulaufsicht im Schoße des gemeinsamen Kriegsministeriums. **39**, 461.

— Kaiser August hält die von Ungarn verlangte Neuerrichtung von Militärbildungsanstalten für nicht gerechtfertigt. **39**, 548.

— Km. Pitreich gibt Auskünfte über die geplanten Reformen der militärischen Unterrichtsanstalten. **39**, 638.

— Teilung der Oberrealschule in Mährisch-Weißkirchen und Verlegung eines Teiles derselben nach Eisenstadt oder Güns, sowie sonstige Veränderungen im Stande der Unterrichtsanstalten. Extraordinarium 1904 und **39**, 690 (A. B.).

— Petition der Stadtgemeinde Jaroslau um Errichtung einer Militärunterrealschule in Jaroslau, beziehungsweise um Verlegung der Militärunterrealschule in Kaschau nach Jaroslau. **39**, 718.

— Zaffron betont, daß zur Heranbildung von Offizieren der kroatischen Länder keine Kadettenschulen bestehen und wünscht die Errichtung einer kroatischen Landwehrkadettenschule in Agram. **40**, 101.

— Km. Pitreich erklärt, daß eine weitere Vermehrung der Kadetten- oder Realschulen nicht in Aussicht stehe, da die vorhandenen die genügende Zahl von Offizieren liefern. **40**, 117.

— Petition der Stadt Jaroslau um Errichtung einer Militärrealschule in Jaroslau. **40**, 531.

Militärbildungswesen.

— Zaffron wünscht die Schaffung von Stipendien oder Freiplätzen in der Marineakademie in Fiume für die Bevölkerung aus Istrien und Dalmatien. **40**, 376.

Militärdepositenamt.

— Auslassung desselben infolge Rückstellung der Militärheiratskautionen. Begründung zum Heeresordinarium 1887.

Militärdiensterleichterungen, s. Landwirtschaft.

Militärehrenräte, s. Militärjustiz.

Militäreinquartierung, s. Militärunterkünfte.

Militärexzesse.

Heilsberg befragt den Kriegsminister über die Bestrafung der Schuldtragenden an einem in Bruck vorgekommenen militärischen Exzesse. **27**, 44.

— Kaftan rügt die Ausschreitungen der nach Prag berufenen Regimenter gegen die Zivilbevölkerung und verlangt die Einleitung einer Untersuchung. **33**, 73.

— Interpellation Conci, betreffend die Offiziersexzesse in Trient. **35**, 48.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 477.

— Delugan erwähnt mehrere in Trient stattgehabte Exzesse und wünscht, daß die öffentliche Meinung wenigstens teilweise durch die Veröffentlichung der über die Exzedenten verhängten Strafen beruhigt werde. **37**, 73.

Militärfonds.

Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Gebarung mit den öffentlichen Militärfonds. (Angenommen.) **2**, 288.

— Mitteilung über die Bestimmung und die Gebarungsverhältnisse der unter der Verwaltung des Kriegsministeriums stehenden Fonds. Exposé zum Budget 1870.

— Rechnungslegung über dieselben. Exposé zum Budget 1871.

— Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Übertragung aller Fonds, die nicht privater Natur sind, an den gemeinsamen Finanzminister. (Angenommen.) **4**, 175.

(Mitteilung, daß diesem Wunsche entsprochen wurde. Exposé zum Budget pro 1873.)

— Mitteilung des Berichterstatters Grocholski, daß diese Fonds in die Verwaltung des Finanzministeriums übergingen. **5**, 39.

Militär-geographisches Institut.

Resolution der ungarischen Delegation, nach welcher dieselbe die Einnahmen des geographischen Institutes zu gering findet und den Kriegsminister einlädt, in dieser Beziehung das Entsprechende vorzukehren. **3**, 561.

(Mitteilung, daß eine Erhöhung erst dann möglich sein wird, wenn alle zum ungehinderten Betriebe erforderlichen Einrichtungen geschaffen sein werden. Exposé zum Budget 1872.)

— Besprechung der Tätigkeit und Leistungen des Institutes. **8**, 139.

Digitized by Google

Militärgrenze.

Antrag des Berichterstatters **Banhans** auf Streichung des für die Aufstellung einer Grenzwache in der Militärgrenze beanspruchten Betrages. **2**, 250. — Antrag des Minoritätsberichterstatters **Rechbauer** auf Streichung des ganzen für die Militärgrenze beanspruchten Betrages. **2**, 251. — Annahme des Minoritätsantrages. (Redner: **Banhans**, Rechbauer, Sturm, Reichskanzler **Beust**, Rv. Oberst **König**, **Demel Johann**, Min. Beck.)

— Neuerliche Ablehnung der Regierungsforderung für die Militärgrenze. **3**, 176; **4**, 143.

— Debatte über das staatsrechtliche Verhältnis der Militärgrenze zu den beiden Reichshälften. **2**, 250—258; **3**, 176—181. (Ablehnung der von der Regierung für die Militärgrenze geforderten Post.)

— Berichterstatter **Banhans** teilt mit, daß das Erfordernis für die Militärgrenze aus dem Heeresordinarium ausgeschieden wurde. **4**, 50.

— Resolution des Berichterstatters **Banhans**, betreffend die Deckung des Erfordernisses der Grenztruppen durch die eigenen Einnahmen der Militärgrenze. (Angenommen.) **4**, 212.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Budgetierung des Kostenerfordernisses für die Militärgrenztruppen, **4**, 216.

— Das Erfordernis wird unter der Bedingung bewilligt, daß der ungarische Staatsschatz das ganze, erst nach gänzlicher Provinzialisierung der Militärgrenze zu zahlende Präzipuum von 2 Prozent schon vom 1. Jänner 1873 übernimmt **5**, 195.

— Resolution des Berichterstatters **Giskra**, betreffend die Beschleunigung der Auflösung der noch bestehenden Grenzregimenter. (Angenommen) **5**, 195.

— Antrag des Berichterstatters **Brestel**, die Überschreitung beim Titel „Militärgrenze" pro 1870 nicht zu genehmigen und den Ersatz von der ungarischen Regierung in Anspruch zu nehmen. (Angenommen.) **5**, 214, 217.

Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **5**, 269.

Vertagung der Beschlußfassung bis zur Erledigung der Schlußrechnung pro 1871. **5**, 270.

— Das Erfordernis für die Grenztruppen im Betrage von 1,195.057 fl. wird nur unter der Bedingung bewilligt, wenn das Quotenverhältnis von 2 Prozent, wie es im Gesetze normiert ist, bei der Provinzialisierung der Militärgrenze vom 1. Jänner 1873 bereits in gesetzliche Kraft tritt. **5**, 248.

— Übereinkommen zwischen den beiden Staatsgebieten bezüglich der Kosten für die Militärgrenze. Begründung zum Budget 1873.

— Resolution des Berichterstatters **Demel Johann**, betreffend die Auflösung der noch bestehenden Grenzregimenter. (Angenommen.) **6**, 87.

— Antrag des Berichterstatters **Coronini**, für den Mehraufwand von 388.445 fl. 6½ kr. für die Militärgrenze sowie für die bei Beschlußfassung über die Schlußrechnung des Jahres 1870 unerledigt gebliebene und der Erledigung mit der Schlußrechnung des Jahres 1871 vorbehaltene Überschreitung von 311.028 fl. 40½ kr. für die Militärgrenze die

Militärgrenze.

Indemnität zu verweigern und das Kriegsministerium aufzufordern, den Ersatz dafür in dem Gesamtbetrage von 699.473 fl. 47 kr. von der königlich ungarischen Regierung in Anspruch zu nehmen. (Angenommen.) **6**, 132.

Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **6**, 153.

— Neuerlicher Beschluß auf Verweigerung der Indemnität für obige Beträge und Resolution mit der Aufforderung an die gemeinsame Regierung, die Überschreitungen von der ungarischen Regierung in Anspruch zu nehmen. **6**, 153.

Nach dreimaligem erfolglosem Nuntiawechsel erfolgt eine gemeinsame (namentliche) Abstimmung. In derselben wird die Indemnität verweigert. **6**, 159, 165, 167, 177.

— Neuerliche Vorlage der Schlußrechnung pro 1871 behufs Erteilung der Indemnität für die Überschreitung von 147.632 fl. 89 kr. beim Titel „Militärgrenze" im Heeresordinarium. **7**, 4.

Erteilung der Indemnität. **7**, 48.

Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **7**, 225.

— Antrag des Berichterstatters **Coronini** auf Suspendierung der Beschlußfassung über die restlichen Überschreitungen und Einleitung neuer Erhebungen. **7**, 226.

— Vorlage und Bericht (Berichterstatter **Coronini**), betreffend die definitive Begleichung der in den Schlußrechnungen pro 1870 und 1871 nachgewiesenen Überschreitungen bei Titel „Militärgrenze". **8**, 71, 143, 177.

Militärheiratskautionen, s. Heiratskautionen.

Militärintendanz.

Errichtung einer solchen. Exposé zum Budget 1869 und 1870.

— Standesvermehrung der Beamten der Militärintendanz. **10**, 300.

— Gefsmann ist gegen das Anwachsen der Zahl der Offiziere, welche den Intendanzkurs absolvieren und dann ihre Verwendung bei den verschiedenen Intendanzen finden, und wünscht, daß entweder der Intendanzkurs so lange geschlossen werde, bis ein Abgang im Beamtenstande der Intendanzen sich zeige, oder daß die Zahl der in den Kurs aufzunehmenden Offiziere restringiert werde. **32**, 141.

Km. Krieghammer rechtfertigt dieses Anwachsen damit, daß noch immer nicht der Stand der Intendanturbeamten, der für das Heer im Kriege notwendig sei, erreicht wurde. **32**, 141.

Militärjustiz.

Reform derselben. Exposé zum Budget 1869, 1870 und 1871.

— Resolution Rechbauer, daß die Jurisdiktion für die bürgerlichen Angelegenheiten der Armeeangehörigen den Zivilgerichten überwiesen werde. (Angenommen.) **1**, 130.

— Resolution van der Straß, daß die Reform des Militärgerichtswesens mit dem Wehrgesetze zugleich ins Leben trete. (Angenommen.) **1**, 380.

(Die Änderung der Militärjurisdiktionsnorm steht bevor. Exposé zum Budget 1869.)

Digitized by Google

Militärjustiz.

— **Resolution des Berichterstatters Banhans**, eine Reform des Militärgerichtswesens im Gesetzgebungswege vorzunehmen. (Angenommen.) **2**, 133.

— **Figuly** bemängelt es, daß Reformen in der Militärjustizverwaltung im Wege der Administration und nicht im Wege der gesetzgebenden Körper eingeführt wurden. **2**, 138.

— **Figuly** betont, daß die Armee noch immer nicht jene Rechte habe, welche allen Staatsbürgern gundgesetzlich zugesichert sind, und daß für sie Ausnahmsgerichte bestehen, welche die Verfassung nicht kennt. **3**, 98.

— **Resolution des Berichterstatters Banhans**, betreffend die Durchführung der Reform des Militärgerichtswesens im Geiste der Staatsgrundgesetze. (Angenommen.) **3**, 111.

— **Interpellation Herbst**, betreffend die Kompetenz der Ehrengerichte über Offiziere des Ruhestandes und außer Dienst. **3**, 555.

— **Resolution der ungarischen Delegation**, betreffend die Reform des Militärgerichtswesens. **3**, 562.
(Mitteilung, daß der Reform noch immer Hindernisse entgegenstehen. Exposé zum Budget 1872.)

— **Resolution des Berichterstatters Banhans**, betreffend die Reform des Militärgerichtswesens. (Angenommen.) **4**, 87.
(Mitteilung, daß eine Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen noch nicht zu stande gekommen, daß aber Verhandlungen darüber im Zuge seien. Exposé zum Budget 1873.)

— **Regelung des Standes des Auditoriats.** Begründung zum Voranschlage des Kriegsministeriums pro 1880 und **18**, 77 (A. B.).

— **Fux** tritt für eine Reform der Strafprozeßordnung auf Grundlage moderner Prinzipien, sowie der Ehrenräte ein. **12**, 76.

— Im Ausschußberichte wird bemerkt, daß die Aktivierung der Strafprozeßordnung mangels der Zustimmung der ungarischen Regierung zum Entwurfe im Jahre 1880 nicht in Aussicht stehe. **12**, 96.

— **Chlumecký** und **Sommaruga** erörtern die Notwendigkeit der Reform der Militärstrafprozeßordnung. **26**, 47, 52.

— **Richter** ist nicht der Ansicht, daß das ganze Militärstrafrecht zuerst reformiert werden müsse, das dringendste sei die Reform der Militärstrafprozeßordnung. **27**, 50.

— **Pacák** verlangt die Reform des Militärstrafgesetzes und der Militärstrafprozeßordnung. **28**, 71.

— **Pacák** urgiert die Reform des Militärstrafverfahrens. **29**, 87.

— **Promber** verweist auf die Notwendigkeit der Reform des Militärstrafverfahrens. **30**, 212.
Km. **Krieghammer** erklärt, die Strafprozeßordnung befinde sich in einem Stadium, in welchem sie nach dem Urteile von Fachmännern ihrer Vollendung, Publizierung und Einführung entgegengehe. **30**, 217.

— **Kronawetter** bespricht die Mängel der Militärehrenräte und verlangt, daß dieses Institut durch die Gesetzgebung und nicht im Verordnungswege geregelt werde. **31**, 87.

— **Kronawetter** rügt, daß noch der im Jahre 1884 in der Staatsdruckerei in zweiter Auflage erschienenen „Militärstrafprozeßordnung" amtiert werde. Dieselbe sei nicht Gegenstand der Beschlußfassung der legislativen Körperschaften gewesen und stehe mit dem geltenden bürgerlichen Rechte und der bürgerlichen Prozeßordnung im Widerspruche. Er verlangt eine Reform auf diesem Gebiete und Ausscheidung der gemeinen Delikte aus der militärgerichtlichen Behandlung in Friedenszeiten. **31**, 90.

— **Pacák** fragt nach dem Stand der Verhandlungen über die Militärstrafprozeßordnung. **31**, 244.

Km. **Krieghammer** teilt mit, daß die Hauptgrundzüge der Militärstrafprozeßordnung bereits den Landesverteidigungsministerien mitgeteilt wurden. Bezüglich des Militärstrafgesetzes müsse die Finalisierung des österreichischen Strafgesetzes abgewartet werden, um auf feststehender Grundlage arbeiten zu können. **31**, 259.

— **Menger** urgiert die Reform des Militärstrafverfahrens, welches aus dem Jahre 1754 stamme und für Söldnerheere bestimmt war. Dasselbe involviere im Falle eines Krieges große Gefahren auch für die Zivilbevölkerung. **31**, 264.

— **Steinwender** verlangt die Reform des Militärstrafprozesses, damit die Soldatenmißhandlungen und die Exzesse der Offiziere gegen Zivilisten eingeschränkt werden. **32**, 66.

— **Demel Wladimir** wünscht den Abschluß der Aktion für eine Reform des Militärstrafprozesses, wie sie bereits in Frankreich, Bayern und Italien, ja selbst in Rußland bestehe. **32**, 66.

— **Kaftan** macht auf die traurigen Zustände in den Militärgefängnissen in den Festungen, insbesondere in Theresienstadt aufmerksam, wo 98 Prozent der Sträflinge an Tuberkulose sterben. **33**, 76.
Km. **Krieghammer** bemerkt, daß vor vier Jahren Verbesserungen vorgenommen wurden und die Zahl der Kranken abgenommen habe. Im Jahre 1896 seien nur drei Todesfälle vorgekommen. **33**, 169.

— **Kaiser August** urgiert die Reform des Militärstrafrechtes und Milderung der Strafen, namentlich die Abschaffung des Anbindens. **33**, 81.
Km. **Krieghammer** erklärt, daß die Strafe des Anbindens nur in Fällen der Renitenz und nur auf zwei Stunden Anwendung finde; dieselbe dürfte in der neuen Strafprozeßordnung entfallen. **33**, 169.

— **Kienmann** verlangt die Reform des Militärstrafverfahrens, speziell auch im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Militär und Zivil, da bei Ausschreitungen gegenüber wehrlosen Zivilisten nichts so sehr verbittere, als daß in solchen Fällen das Strafverfahren der Öffentlichkeit entzogen sei. **33**, 93.

— **Kaftan** urgiert die Reform des Militärstrafgesetzes. **34**, 110.

— **Tschernigg** verlangt die Reform des Militärstrafgesetzes und führt eine Reihe von Soldatenmißhandlungen an. Er empfiehlt die Einführung, den Soldaten statt der Beschwerde das Rekursrecht einzuräumen. **34**, 116.

— **Thurnher Martin** urgiert die Reform des Militärstrafgesetzes **34**, 188.

— **Kienmann** verweist darauf, daß das heutige Militärstrafverfahren aus dem vorigen Jahrhundert stamme und

Digitized by Google

daß sich bereits in vielen anderen Staaten eine Änderung des Militärstrafprozesses vollzogen habe. Auch bei uns sei eine Änderung notwendig im Interesse des Heeres selbst und des guten Einvernehmens zwischen dem Heere und der steuerzahlenden Bevölkerung. **34**, 191.

— Km. Krieghammer erklärt, daß die Strafprozeßordnung samt der Einführungsverordnung bei den betreffenden Ressortministerien, deren Zustimmung notwendig sei, erliege und dann den Gesetzgebungen beider Reichshälften werde vorgelegt werden. **34**, 204.

— Interpellation Stránský, betreffend die Beehaftung des Dr. Drbal anläßlich seiner Einrückung zur Waffenübung in Přezmysl. **34**, 373.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **34**, 374.

— Abrahamowicz Eugen urgiert die Militärstrafprozeßreform. **35**, 66.

— Kaiser urgiert die Militärstrafprozeßreform und empfiehlt, sich bei derselben bezüglich des Prinzipes der Öffentlichkeit mehr an das französische als an das deutsche Muster anzulehnen. **35**, 72.

— Gefsmann verlangt die endliche Reform des Militärstrafrechtes. **35**, 186.

— Conci wünscht die Abschaffung der Strafen des Anbindens und des Schließens in Eisen. **35**, 191.

— Km. Krieghammer erklärt, die neue Strafprozeßordnung könne als fast fertiggestellt bezeichnet werden. Die endgültige Verabschiedung habe nur durch das Ableben, beziehungsweise die schwere Erkrankung zweier hervorragender Mitarbeiter eine Verzögerung erfahren. Er skizziert die Grundprinzipien der Reform. **35**, 202.

— Interpellation Gefsmann, betreffend die ehrenrätliche Behandlung eines Militärarztes. **35**, 369.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **35**, 477.

— Berichterstatter Kottulinsky gibt dem einstimmigen Wunsche des Budgetausschusses nach Vorlage eines neuen Militärstrafprozesses Ausdruck. **36**, 109.

— Kaftan urgiert die Militärstrafprozeßreform. **36**, 111.

— Kozlowski erwartet die baldige Einbringung des Militärstrafrechts- und Strafprozeß-Reformentwurfes. **36**, 124.

— Km. Krieghammer erklärt, der neueste, fertige, den Wünschen Rechnung tragende Militärstrafprozeßentwurf werde bis zum Herbste 1900 an die beteiligten Ministerien vorgelegt werden können. **36**, 195.

— Interpellation Vogler, betreffend die Reform des Militärstrafverfahrens. **37**, 13.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 193.

— Herold bespricht das ehrenrätliche Verfahren, welches zwischen der Ehre des Soldaten und dem Begriffe der Ehre anderer Stände sowie den geltenden Gesetzen und Rechtsanschauungen geradezu einen Kontrast konstruiert habe. Dadurch sei die Stellung der Reserveoffiziere sehr prekär geworden und sei es fraglich, ob die allgemeinen Staatsgrundgesetze, zum Beispiel über das Vereins- und Versammlungsrecht, über das Recht zu schreiben, zu denken, zu sprechen, noch gelten, wenn diese Rechte ihnen eingeschränkt werden können. **37**, 39.

Militärjustiz.

— Thurnher Martin verlangt im Wege der Reform der Militärstrafgesetzgebung die Abschaffung der aus alter Zeit stammenden, drakonischen Strafen und Ausrottung der Soldatenmißhandlungen. **37**, 46.

— Herold zweifelt, daß in der Militärstrafprozeßordnung ein Fortschritt erfolgen werde, nachdem seit 13 Jahren die Sache ohne Erfolg urgiert wird. Wenn es zur Reform komme, müßte im Interesse der Formen die moderne Form des Militärstrafgesetzes darauf basieren, daß der Militärstrafgesetzgebung nur diejenigen Delikte unterstehen, welche aus dem Dienstverhältnisse des Soldaten resultieren, diejenigen aber, welche außerhalb des Dienstes begangen werden, dem ordentlichen Richter. **37**, 41.

— Vogler bezeichnet die Reform des Strafprozesses als sehr dringend. **37**, 83.

— Resolution Pommer mit der Erwartung, daß der Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung binnen Jahresfrist hergestellt sein werde. (Angenommen.) **37**, 62.

— Abrahamowicz Eugen empfiehlt zur raschen Umarbeitung der Militärstrafprozeßordnung aus der Zivilwelt juridische Kräfte heranzuziehen. **37**, 68.

— Stránský verlangt die Finalisierung der Militärstrafprozeßreform, die bereits im Jahre 1848 auf die Tagesordnung gebracht wurde und wünscht die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit. **37**, 91.

— Kern findet die oft ohne gerichtliches Urteil verhängten Strafen, wie Krummschließen, Anbinden oder „Aufhängen" viel zu hart und verlangt eine Reform. Das Recht, sich dieserfalls zum Rapport zu melden, werde durch die darauffolgenden Sekkaturen einfach verleidet. **37**, 93.

— Berichterstatter Walterskirchen Franz gibt zu, daß die Begutachtung durch so viele Ministerien das Zustandekommen einer neuen Militärstrafprozeßordnung sehr erschwere, glaubt aber doch, daß es jetzt endlich dazu kommen könnte, diese zu stande zu bringen. **37**, 203.

— Interpellation Sylvester, betreffend eine Reform des ehrenrätlichen Verfahrens. **37**, 246.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 490.

— Interpellation Bukovič, betreffend die Reform des militärehrenrätlichen Verfahrens, **38**, 76.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 388.

— Interpellation Kleewein, betreffend die ehrenrätliche Untersuchung gegen den Feldzeugmeister Kober. **38**, 80.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 388.

— Interpellation Kindermann, Dobernig, Kleewein, Luschi, Posch, Sylvester, betreffend die Affaire Mattachich. **38**, 198.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 394.

— Abrahamowicz Eugen gibt der Freude darüber Ausdruck, daß der neue Militärstrafprozeß festiggestellt und den einzelnen Ministerien bereits zugeteilt worden sei. Er erinnert aber daran, daß schon im Jahre 1878 ein Entwurf das gleiche Stadium erreicht hatte, und empfiehlt die Einsetzung einer gemeinsamen Immediatkommission der beiden Justizministerien zur beschleunigten Behandlung des Gegenstandes. **38**, 215.

Digitized by Google

— Kaftan bringt einen Fall zur Sprache, in welchem ein Reserveoffizier nach dem Tode degradiert worden sei, weil er einen andern Reserveoffizier wegen Ehebruch verklagt aber nicht gesordert hatte. Er wünscht die Fertigstellung der Militärstrafprozeßreform und zwar eher nach dem Muster des französischen als des deutschen Militärstrafprozesses. Vor Perfektionierung mögen auch bürgerliche Fachverständige zur Beratung herangezogen werden. **38**, 244.

Km. Krieghammer erklärt, ihm sei von der Degradierung eines Offiziers nach dessen Tode nichts bekannt; er könne daher darüber keine Auskunft geben. Bei uns ist das gewiß nicht geschehen. **38**, 332.

— Der Kriegsminister teilt in einer Resolutionsbeantwortung mit, daß der Entwurf einer neuen Militärstrafprozeßordnung bereits im vorigen Jahre fertiggestellt und hierüber zwischen den drei militärischen Ministerien eine vollständige Einigung erzielt wurde. Gegenwärtig werde an der Herstellung des Motivenberichtes gearbeitet, und sodann das ganze Operat den beiden Justizministerien zur Erlangung der Zustimmung derselben übermittelt werden. Die weitere Behandlung des Gegenstandes werde Sache der beiden Regierungen und der Parlamente sein. **38**, 246 (K. B.).

— Der Kriegsminister teilt in einer Resolutionsbeantwortung mit, daß auch bei einer Neuauflage der Vorschriften über das militärehrenrätliche Verfahren Änderungen nur in formaler Richtung ins Auge gefaßt werden können, weil die meritorische Beurteilung der einzelnen Fälle auch weiterhin jenen Faktoren überlassen bleiben muß, welche die Träger der Standesehre sind. **38**, 248. (K. B.).

— Mayer verlangt die Abschaffung der Strafe des Anbindens. Weiters begehrt er volle Aufklärung über den Fall Mattachich. **38**, 289.

— Barwinski wünscht die Abschaffung barbarischer Strafen, wie das Anbinden und dergleichen. **38**, 292.

— Herold fordert von der Militärstrafprozeßreform, daß der Militärgerichtsbarkeit nur diejenigen Delikte unterworfen werden, welche im Dienste begangen werden. Er wünscht, daß der Entwurf, bevor er in den beiden Justizministerien behandelt wird, vor die Öffentlichkeit gebracht werde. Die Resolutionsbeantwortung über das ehrenrätliche Verfahren sei durchaus keine befriedigende. **38**, 297.

— Byk wünscht, daß bei der Militärstrafprozeßreform das deutsche Gesetz insbesonders bezüglich der Vermischung der Verwaltung mit der Justiz durch die Institution der Gerichtsherren und bezüglich der Ausschließung und Beschränkung der Verteidigung nicht nachgeahmt werde. Er begreife nicht, warum der Entwurf nicht in das volle Licht der öffentlichen Diskussion gestellt werde, und wünscht vor allem seine endliche Einbringung in den Parlamenten. **38**, 304.

— Resolution Conci wegen Abschaffung der Strafe der Spangen und des Anbindens an die Säule. (Angenommen.) **38**, 319.

Berichterstatter Walterskirchen bemerkt, die Resolution sei ihm sehr sympathisch; aber man habe es nicht mit lauter vorzüglichen Leuten zu tun. Es kommen auch Fälle von Renitenz vor, und man dürfe der Exekutive nicht das Mittel einer strengen Strafe entziehen. **38**, 340.

(Die Strafen der Eisen und des Anbindens an die Säule wurden für normale Friedensverhältnisse abgeschafft. **39**, 494 [R. B.].)

— Km. Krieghammer bespricht die Bestimmungen über das Schließen in Spangen und das Anbinden. Kommen ausnahmsweise Übergriffe bei Vollzug dieser Strafen vor, so würden dieselben als Mißbrauch der Dienstgewalt auf das schärfste bestraft. Ganz entbehrlich sind diese Strafen nicht in Fällen, wo längere Arreststrafen wegen Mangels an Lokalitäten nicht vollstreckbar sind, oder wenn störrische, widerspenstige Elemente zur Ordnung gewiesen werden müssen. **38**, 330.

— Millanich wünscht die Veröffentlichung des Militärstrafprozeßentwurfes und unterstützt die Anregung des Delegierten Abrahamowicz wegen eines abgekürzten Verfahrens für die Vorberatung des Entwurfes in den Ministerien nach dem Muster der Beratung der Seemannsordnung. **38**, 351.

— Stein bespricht die Verweigerung der Aktemeinsicht im Falle Mattachich. **38**, 354.

— Mayer urgiert dringend die Erteilung von Aufklärungen über den Fall Mattachich. **38**, 361.

— Schönborn betont, daß zum Zustandekommen der Militärstrafprozeßreform beiderseitige Opferwilligkeit nötig sei. Die Heeresleitung werde auf manches verzichten müssen, was sie in berechtigter Wahrung des militärischen Standpunktes gerne sehen möchte, und die Justizministerien, beziehungsweise die Vertretungskörper werden nicht alles das durchsetzen können, was den ganz modernen Prinzipien des Strafrechtes entspricht. **38**, 362.

— Kleewein wünscht eine befriedigende Aufklärung über den Fall Mattachich und klagt über die absolute Geheimhaltung der Vorgänge in den militärischen Strafanstalten. **38**, 346.

— Km. Krieghammer erklärt, die Gefangenhausvorschrift beruhe auf den analogen Vorschriften für die Zivilstrafanstalten; die Schauermärchen, die in den Zeitungen über die Militärstrafanstalten erzählt werden, seien tendenziöse Erzeugnisse. Es könne ihm nur willkommen sein, wenn die Delegierten sich persönlich von der Richtigkeit seiner Ausführungen überzeugen wollten. **38**, 376.

— Km. Krieghammer hofft, daß die Justizministerien an dem Militärstrafprozeßentwurfe seine erheblichen Anstände nehmen werden, und daß der Gesetzentwurf den Parlamenten bald werde vorgelegt werden können. Über die Angelegenheit Mattachich werde er in der Beantwortung der hierüber vorliegenden Interpellationen sprechen. Die Vorlage von Gerichtsakten an einen Vertretungskörper sei in den Gesetzen nicht vorgesehen. Im allgemeinen sei es ihm unverständlich, daß dieser Prozeß, welcher in drei Instanzen von ehrenwerten Richtern durchgeführt wurde, einem solchen Mißtrauen begegnen konnte. **38**, 376.

— Kaftan urgiert die Reform der Militärstrafprozeßordnung. **39**, 441.

— Resolution Kaiser August, betreffend die baldigste zeitgemäße Reform des Militärstrafverfahrens und des Militärstrafprozesses. (Angenommen.) **39**, 553.

(Der zwischen den Fachreferenten der fünf Zentralstellen vereinbarte Entwurf einer Militärstrafprozeßordnung wurde schon im Juli 1903 den beiden Regierungen übermittelt, eine Stellungnahme der ungarischen Regierung ist zwar noch nicht erfolgt, es kann jedoch eine Einigung über die bestehenden Differenzpunkte erwartet werden. **40**, 154. (K. B.)

Digitized by Google

Militärjustiz.

— Pantůček urgiert die Reform der Militärstrafprozeßordnung unter Berücksichtigung auch der nichtdeutschen Sprachen. **40**, 90.

— Km. Pitreich erklärt, daß die Bemerkungen der beiderseitigen Ministerien über den Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung bereits eingelangt seien und daß nunmehr die Verhandlungen zwischen den Justizministerien und den militärischen Zentralstellen wieder werden aufgenommen werden. **40**, 114.

— Resolution des Berichterstatters Walterskirchen, betreffend die endliche Reform des Militärstrafgesetzes und Militärstrafprozesses. (Angenommen.) **40**, 124.

Militärkassenwesen.

— Reform desselben. Exposé zum Budget 1869 und 1870.

— Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Übernahme der Militärkassengeschäfte durch die bestehenden Zivilkassen auch in Ungarn. (Angenommen.) **3**, 111.
(Die Entschließungen des ungarischen Finanzministeriums hierüber sind noch ausständig. Exposé zum Budget pro 1872.)

— Neuerliche Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Übernahme der Militärkassengeschäfte in Ungarn durch die Zivilkassen. (Angenommen.) **4**, 87.

Militärkomitee, technisches und administratives.
— Errichtung desselben. Exposé zum Budget 1871.

Militärkredit außerordentlicher, s. Außerordentliche Kredite.

Militärlager, s. Benatek.

Militärmedikamentenbeamte, s. Apotheker.

Militärmusik.

Auffassung der Musikbanden bei den Jägerbataillons und bei der Kavallerie. **1** 82 95.

— Petition der Stadtgemeinde Petschau in Böhmen um Subventionierung der Musikschule in Petschau zur Heranbildung von Militärmusikern. **25**, 137.

— Bacák beklagt die Haltung der Militärmusikkapellen gegenüber böhmischen Veranstaltungen und gegenüber der böhmischen Bevölkerung. **29**, 90.

— Petition des Vereines „Wiener Musikbund" um Beschränkung der gewerblichen Tätigkeit der Militärkapellen. **31**, 299.

— Petition des österreichisch-ungarischen Musikerverbandes wegen Beseitigung der Konkurrenz der Militärkapellen als Streichorchester. **35**, 479.

— Götz wünscht eine Verminderung der Verwendung von Militärkapellen in öffentlichen Lokalen. **35**, 81.

— Lemiš wendet sich gegen ein Verbot der Verwendung von Militärmusik bei Veranstaltungen der „Südmark" und des Deutschen Schulvereines in Kärnten. **35**, 171.

— Petition des österreichisch-ungarischen Musikerverbandes, betreffend die geschäftliche Konkurrenz der Militärkapellen. **37**, 492.

— Petition der k. u. k. Militärkapellmeister wegen Regelung ihrer Stellung. **38**, 386.

Militärmusik.

— Mayer bespricht die Schädigung der Zivilmusiker durch die Konkurrenz der Militärkapellen und verlangt insbesondere, daß die letzteren immer nur mit der ganzen Mannschaftszahl, nicht aber geteilt sollen konzertieren dürfen. **38**, 287—289.

— Byk befürwortet die Petition der Militärkapellmeister wegen Zuerkennung des Militärbeamtencharakters und der Pensionsberechtigung. **38**, 306.

— Km. Krieghammer führt aus, es sei im Interesse der Güte der Militärmusik nicht angezeigt, eine Änderung der bisherigen Stellung der Kapellmeister eintreten zu lassen. Er macht weiters Mitteilungen über die Frage der Versorgung der Kapellmeister. **38**, 332.

— Resolution Wassilko Georg, wegen Verstaatlichung der Militärkapellmeister. (Abgelehnt.) **38**, 229.

Berichterstatter Walterskirchen spricht sich unter Hinweis auf die zu befürchtende Schädigung der künstlerischen Leistungen der Militärkapellen gegen diese Resolution aus. **38**, 339.

— Ryba klagt darüber, daß den Militärkapellen das Spielen nationaler Lieder verboten sei. **39**, 466.

— Petition des österreichisch-ungarischen Musikerverbandes in Wien, betreffend die Konkurrenz der Militärmusikkapellen. **40**, 532, 549 (A. B.)

Militärrechnungswesen.

Šusteršič befürwortet die Gleichstellung der Rechnungsunteroffiziere bezüglich der Dienstprämien mit den übrigen weiter dienenden Unteroffizieren sowie die Wünsche der Rechnungsunteroffiziere in der Uniformierungsfrage. **38**, 306.

— Berichterstatter Walterskirchen Franz erinnert daran, daß der Mangel an Frontunteroffizieren es gewesen sei, der dazu führte, die Dienstprämien für diese etwas höher zu halten, als für die Rechnungsunteroffiziere. **38**, 336.

Militärreglement.

Interpellation Steudel, betreffend eine Reform des Militärreglements anläßlich der durch einen Wachposten bei der Schießstätte in Reichenberg erfolgten Erschießung eines Knaben. **9**, 38.

Beantwortet vom Feldmarschalleutnant Benedek. **9**, 215.

— Byk bespricht die Vorgänge anläßlich des Einschreitens des Militärs bei den Ausschreitungen in Triest und in Lemberg. Er hebt hiebei insbesonders hervor, daß in beiden Städten sich ergeben habe, daß infolge der verheerenden Wirkungen des Mannlichergewehres Unschuldige und ganz abseits Stehende zum Opfer fielen. Er richtet an die Kriegsverwaltung die dringende Bitte, Aufträge zu geben, daß von der ultima ratio der Mannlichergewehre gegen die Zivilbevölkerung nur in den äußersten Fällen Gebrauch gemacht werde. **38**, 305.

Militärsanitätswesen.

(1. Allgemeines. — 2. Spitalsbauten.)

1. Allgemeines.

Reorganisation des Dienstes der Militärärzte. — Exposé zum Budget 1869.

— Reformen im Militärsanitätswesen. **2**, 195—200.

Digitized by Google

Militärsanitätswesen.

1. Allgemeines.

— Neue Organisation desselben. — Exposé zum Budget 1871.

— Antrag des Berichterstatters Banhans, dem Sanitätspersonal bei der Truppe und bei den Generalkommanden eine möglichst selbständige Stellung, wie solche die Intendanten haben, zu verschaffen. (Angenommen.) **3**, 175.

(Mittheilung, daß diese Frage theils bereits geregelt sei, theils bei Hinausgabe eines neuen Sanitätsreglements die Regelung erfolgen werde. Exposé zum Budget pro 1872.)

— Petition der Militärärzte wegen Gehaltserhöhung. **3**, 524.

— Resolution Roser auf Einberufung einer Enquete über die Frage, ob nicht die Verabreichung von Arzneien für das Militär an Zivilapotheken übertragen werden könne. (Nicht unterstützt.) **5**, 171.

— Besprechung des Verhältnisses des Marinesanitätskorps zu dem ärztlichen Offizierskorps in der Landarmee. **7**, 32.

— Militärärztlicher Kurs. Aufnahme von militärärztlichen Aspiranten. Begründung zum Voranschlage des Kriegsministeriums pro 1880.

— Kreierung von 15 Stipendien für militärärztliche Aspiranten. **14**, 33.

— Verbesserung der Avancementsverhältnisse der Militärärzte. **19**, 43 (A. B.).

— Auflassung des militärärztlichen Kurses bei Vermehrung der Stipendien für militärärztliche Aspiranten. Begründung zum Kriegsbudget 1886.

— Kraus bespricht die Auflassung des militärärztlichen Kurses sowie die Stipendienfrage und befürwortet die Wiedererrichtung der Josephsakademie. **20**, 21.

— Billroth führt aus, daß infolge der Einführung der Mannlichergewehre die Hilfe für die Verwundeten eine der Vermehrung und großen Entwicklung der Geschosse entsprechende sein müsse. **27**, 64.

— Berichterstatter Falkenhayn betont die Wichtigkeit der Organisation des roten Kreuzes. **27**, 126.

— Berichterstatter Falkenhayn bezeichnet die Aufhebung der Josephsakademie als Fehler und die Wiedererrichtung einer militär-medizinischen Akademie für chirurgische Zwecke als Notwendigkeit. **27**, 126.

— Masaryk befürwortet eine Verbesserung der Lage der Militärärzte. **29**, 98.

— Km. Bauer hofft, im nächsten Jahre ein Projekt zur Verbesserung der Lage der Militärärzte vorlegen zu können, für heuer sei eine Erhöhung der Charge beantragt. **29**, 102.

— Erhöhung des Friedensstandes der Militärärzte um 238 Personen. Denkschrift zum Budget 1894 und **29**, 123 (A. B.).

— Tausche ersucht die Heeresverwaltung, dahin zu wirken, daß die Badeanstalten von Teplitz-Schönau von Militärpersonen mehr ausgenützt werden. **30**, 222.

Militärsanitätswesen.

1. Allgemeines.

— Kronawetter bemängelt es, daß in einem Feldspital für ein Armeekorps die Unterbringung von nur 1800 Verwundeten vorgesehen ist, was absolut unzureichend sei. **31**, 92.

— Km. Krieghammer führt aus, daß die Feldsanitätsanstalten minder reichlich ausgestattet sind, als in Deutschland, wo beim Armeekorps um 600 Betten mehr mitgeführt werden. Eine durchgreifende Besserung sei mit großen Kosten verbunden. Übrigens sei Unterstützung seitens des Deutschen Ritterordens und des Roten Kreuzes zugesagt. **31**, 260.

— Erhöhung des Friedensstandes des militär-ärztlichen Offizierskorps um 31 Ärzte. Budget 1897.

— Schreiber legt dem Kriegsminister nahe, daß nicht das ganze militär-ärztliche Wesen in jüdische Hände komme. Man möge die Juden höchstens in einem bestimmten Prozentsatze zur Bevölkerung eines Landes oder zum Stande eines Regimentes zulassen. Durch Stiftung medizinischer Stipendien für christliche Abiturienten werde man genug christliche Ärzte ins Militär bekommen. **33**, 91.

— Schücker findet die Einrichtung der Feldspitäler in Bezug auf die Größe der Armee unzureichend und mangelhaft und empfiehlt, die Einrichtungen in Deutschland als Muster zu nehmen. Er wünscht die Isolierung der an infektiösen Krankheiten Leidenden und die besondere Behandlung von Irrsinnsfällen und Geisteskrankheiten. **34**, 201.

— Kern weist darauf hin, daß die Bevölkerung kein allzu großes Vertrauen in die Militärspitäler setze. Wenn ein Soldat krank sei, wünschen die Eltern, ihn selbst zu pflegen. Es komme auch vor, daß, wenn Soldaten sterben, die Eltern so spät benachrichtigt werden, daß sie nicht mehr zum Leichenbegängnisse kommen können. Redner verlangt Abhilfe dagegen. **37**, 94.

Km. Krieghammer bemerkt, daß die Übergabe von kranken Soldaten in Privatpflege zulässig sei, die Kranken, die den Transport vertragen, werden auch den Angehörigen übergeben, ausgenommen Verhältnisse, wo die Soldaten keine ärztliche Pflege finden können. Todesfälle der Soldaten müssen den Angehörigen unverweilt — wo nötig telegraphisch — mitgeteilt werden. **37**, 199.

— Byk tritt für die Verbesserung der Avancementsverhältnisse der Militärärzte ein. **38**, 306.

— Kaiser August wünscht eine gewissenhafte ärztliche Behandlung der Soldaten. **39**, 548.

— Delugan wünscht eine besondere Berücksichtigung der an der Pellagra leidenden Bevölkerung rücksichtlich des Militärdienstes. **39**, 603.

— s. auch Gagen.

2. Spitalsbauten.

Der Budgetausschuß lehnt das Erfordernis für einen Spitalsneubau in Ofen ab. **1**, 195.

— Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Feststellung des Vermögens des Spitalsfonds. (Angenommen.) **1**, 348.

Digitized by Google

Militärsanitätswesen.

2. Spitalsbauten.

— Bau des Spitales in Ofen. **2**, 255.

— Erbauung eines Barackenspitals in Pest an Stelle des Ludovicenms, das dem ungarischen Landesverteidigungsministerium zurückgegeben wird. Nachtrag zum Extraordinarium pro 1871.

— Antrag des Berichterstatters Banhans auf Ablehnung der Forderung der Regierung, für den Zubau im Garnisonspital Nr. 1 in Wien aus dem Militärspitalsfonds 300.000 fl. zu verwenden. (Angenommen.) **3**, 206, 561.

— Nachtragsvorlage, betreffend die Herstellung eines Barackenspitales in Pest. **4**, 14, 178.

— Antrag des Berichterstatters Banhans, das Erfordernis für den Spitalsbau in Pest nicht zu bewilligen. (Angenommen.) **4**, 167.

— Zubauten im Garnisonspital Nr. 1 in Wien. **4**, 167.

— Bau von Militärspitälern in Budua und Cattaro. **4**, 161; **8**, 157 (A. B.).

— Interpellation Stöhr an den Kriegsminister, betreffend den Ankauf der Rosenthalschen Gründe in Wien zur Erbauung eines Militärspitals. **8**, 19.

Beantwortet durch den Km. Koller. **8**, 71.

— Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf Ablehnung der Regierungsforderung per 83.395 fl. als Rückerstattung des nach Auflassung des siebenbürgischen Landesbequartierungsfonds seit 1866 bis 1875 aus den ungarischen Finanzen bestrittenen Mehraufwandes an Zins für gemietete Militärspitäler in Siebenbürgen. (Angenommen.) **8**, 129.

— Verwendung von Kapitalien des Militärspitalsfonds zu Spitalsbauten. **9**, 174, 180.

— Entnahme eines Betrages aus dem allgemeinen Spitalsfonds für Um- und Zubauten im Garnisonspital Nr. 1 zu Wien. **10**, 52.

— Kuśar befürwortet die Verlegung des Militärspitals in Laibach aus dem Zentrum der Stadt an die Peripherie. **28**, 80.

— Pfeifer wünscht die Verlegung des Militärspitals in Laibach aus dem Zentrum der Stadt. **29**, 93.

— Klun plaidiert für die Verlegung des Garnisonspitals in Laibach an einen an der Peripherie der Stadt in der Nähe der Militärkaserne gelegenen Punkt. **30**, 229.

— Neubau des Garnisonspitales Nr. 16 in Budapest. Budget 1897.

— Neubau des Garnisonspitales Nr. 8 in Laibach. Budget 1897.

— Višnikar urgiert die Verlegung des Laibacher Militärspitales. **32**, 142.

— Neubau eines Garnisonspitals in Linz. **34**, 247 (A. B.).

Militärschießstätten, s. Schießplätze.

Militärseelsorge.

Reform derselben. — Exposé zum Budget 1869.

— Minoritätsberichterstatter Rechbauer findet die Dotierung des Hilfspersonales zu hoch. **3**, 92.

— Greuter bespricht die Stellung der Militärgeistlichkeit. **3**, 99.

— Herabminderung der Zahl der Militärseelsorger. **5**, 145—152.

— Resolution des Berichterstatters Giskra, im nächsten Budget den Etat für die „Militärgeistlichkeit“ mit Berücksichtigung der geänderten Verhältnisse der Militärjurisdiktionen einzurichten. (Angenommen.) **5**, 152.

— Petition um Verbesserung der Lage der Militärgeistlichkeit. **5**, 197.

— Beschluß der ungarischen Delegation auf Bestellung von Seelsorgern für die Protestanten bei der Marine. **5**, 227.

— Barwiński regt eine Änderung der organischen Bestimmungen für die Militärseelsorger behufs Gleichstellung des griechisch-katholischen Ritus an. **30**, 215.

— Barwiński wünscht eine Abänderung der organischen Bestimmungen für die Seelsorge in der Beziehung, daß den griechisch-katholischen Militärkaplänen die vollen Rechte bezüglich der Militärpersonen ihres Ritus in Ehesangelegenheiten und Matrikelführung eingeräumt werden, wie dies bei den übrigen Militärseelsorgern der Fall ist. **31**, 258.

— Barwiński beklagt die Zurücksetzung der griechisch-katholischen Militärkapläne gegenüber den römisch-katholischen, griechisch-orientalischen und evangelischen Militärgeistlichkeit. **32**, 75.

— Ochrymowicz wünscht eine Verbesserung der Stellung des griechisch-katholischen Militärklerus. **35**, 175.

— Resolution Wachianyn, betreffend die Stellung der griechisch-katholischen Militärseelsorger. (Angenommen.) **36**, 209.

(Das Kriegsministerium teilt mit, daß die Beförderungen der Militärgeistlichen in durchaus gerechter Weise geregelt sind und daß gegenwärtig zu einer Neuregelung derselben kein Grund vorliegt. **37**, 128.)

— Resolution Vencajz, betreffend die Besserstellung der Marinekapläne. (Angenommen.) **36**, 221.

— Kaftan tritt für die Zuwendung einer Alterszulage an die Marinegeistlichen ein. **37**, 328.

Mk. Spaun bemerkt, daß eine solche Maßregel nur gerecht wäre. **37**, 337.

— Petition des Kirchenbaukomitees der Garnisonskirche zu St. Peter in Krakau um Bewilligung einer Subvention zur Deckung der baulichen Reparatur- und der jährlichen Unterhaltungskosten. **37**, 493.

— Barwiński befürwortet die Systemisierung von zwei griechisch-katholischen Militärpfarrern, sowie die Zuweisung der Ehesangelegenheiten der griechisch-katholischen Militärpersonen an die hiezu befugten griechisch-katholischen Militärgeistlichen oder an das zu systemisierende griechisch-katholische Militärpfarramt. **38**, 293.

— Resolution Barwiński, betreffend Zuerkennung von Alterszulagen an jene Militärgeistlichen, welche unverschuldet in die VIII. Rangsklasse nicht vorrücken können. (Angenommen.) **38**, 294.

Digitized by Google

Militärseelsorge.

(Es ist die Gewährung von Alterszulagen für alle Standesgruppen des Heeres in Aussicht genommen, im Hinblick auf den begrenzten Rahmen des Budgets und auf andere unaufschiebbare militärische Zwecke muß aber damit noch zugewartet werden. **39**, 404 [A. B.).

— Kaftan befürwortet den Wunsch der Marinekapläne nach Quinquennalzulagen. **38**, 525.

— Interpellation Blankini, betreffend die Präterierung von Militärgeistlichen. **39**, 469.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 583.

— Dluzański wünscht die Systemisierung eines griechisch-katholischen Militärpfarrers. **39**, 542.

— Resolution Dluzański, betreffend die Gewährung von Alterszulagen an jene Militärgeistlichen, welche nicht in die VIII. Rangsklasse vorrücken können. (Angenommen.) **39**, 548, 710, 731.

(Die katholischen Militärgeistlichen, für welche diese Bedingungen zutreffen, werden Personalzulagen aus dem Feldmissionsfonds erhalten. **40**, 153.)

— Standesvermehrung und Regelung des Chargenverhältnisses der Militärgeistlichkeit. **40**, 132 (A. B.).

— s. auch Gagen, religiöse Fragen.

Militärstatistik.

Statistische Publikationen des Kriegsministeriums. **8**, 77, 80.

— Vogler wünscht, daß den Delegierten alljährlich, oder wenigstens in jedem zweiten Jahre statistische Daten über das gesamte Heereswesen, insbesondere aber über die Nationalität der Heerespersonen, über die Gesundheitsverhältnisse in der Armee, über die Selbstmorde u. s. w. vorgelegt werden. **37**, 80.

— Šusteršič fragt, warum seit dem Jahre 1894 die Statistik der Stellungsergebnisse, sowie die Krankenstatistik des Heeres nicht mehr veröffentlicht werde. **38**, 307.

Km. Krieghammer teilt mit, daß das Stellungsergebnis nicht verlautbart werde, weil hieraus die Stärke des Heeres ohne Schwierigkeit abgeleitet werden könnte. Die Statistik über die Sanitätsverhältnisse ist dagegen in dem statistischen Jahrbuch enthalten. **38**, 376.

Militär-Stellbertreterfonds, s. Stellvertreterfonds.

Militärstipendien.

Einführung derselben. Exposé zum Budget 1872.

Militärstiftungen.

Geßmann wendet sich gegen die Einziehung der für Kadetten bestehenden Stiftungen zu Gunsten des Kadettenschulfonds und bespricht die Kompetenz der Zivilstaatsbehörden zur Überwachung der Persolvierung von Militärstiftungen. **35**, 180.

Militärstrafprozeßordnung, s. Militärjustiz.

Militärtaxe.

Kaftan vermißt im Voranschlage die Einstellung der Zinsen des Militärtaxfonds, welcher 35 Millionen Gulden repräsentiere und zweifelt, daß diese Zinsen für Bestreitung der sogenannten Gnadengaben, die vielleicht aus diesem Fonds gegeben werden, erschöpft werden. **33**, 76.

Militärtaxe.

— Kaiser August findet es nicht mit dem Gesetze vereinbar, daß Militärpersonen, die durch Krankheit untauglich geworden nach Hause geschickt werden, Militärtaxe zahlen müssen. Diese sollen doch nur die Erwerbsfähigen zahlen, die nicht tauglich fürs Militär befunden wurden und Strapazen und Kosten, die andere übernehmen müssen, ersparen. **33**, 79.

— Pommer wünscht Auskunft über die Gebarung mit dem Militärtaxfonds. Was immer damit geschehe oder beabsichtigt sei, habe die Delegation das Recht zu erfahren. **37**, 63.

— Vogler wünscht die Vorlage von Daten über den Militärtaxfonds, da erst auf Grund derselben beurteilt werden könne, ob die Wünsche betreffs Versorgung der Witwen und Waisen der Unteroffiziere erfüllt werden können. **37**, 80.

— Skrbensky meint, daß der Militärtaxfonds berufen wäre, die notleidenden Familien der einberufenen Reservisten zu unterstützen. **37**, 104.

— Interpellation Pommer, betreffend die Verwendung des Militärtaxfonds zur Erhöhung der Pensionsbezüge von invaliden Offizieren und Militärbeamten. **37**, 106.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 489.

— Km. Krieghammer weist darauf hin, daß die Abrechnung über den Taxfonds bei den Schlußrechnungen den Vertretungskörpern vorgelegt werde. Ein Teil der Interessen werde zur Bestreitung des Versorgungsaufwandes für Invalidenwitwen und Waisen, dann zur Aufbesserung der Militärpersonen verwendet. **37**, 200.

— Glöckner wünscht, daß der Militärtaxfonds seinem ursprünglichen Zwecke wieder zugeführt werde, nämlich der Unterstützung der Hinterbliebenen nach armen Soldaten im Falle eines Krieges. **39**, 558.

Militärtierärzte.

Petition um Gleichstellung der Gebühren mit jenen der Offiziere. **3**, 12.

— Petition wegen Gehaltserhöhung. **3**, 524.

— Promber empfiehlt die ungünstigen Verhältnisse der Militärtierärzte der Aufmerksamkeit des Kriegsministers. **27**, 56.

— Petition der Veterinärmediziner in Lemberg und Wien um Änderung des Wehrgesetzes, Artikel II, § 28, 29 und Punkt 15, I. Teil, § 76. **30**, 301.

— Kaiser August wünscht Reformen bezüglich des Tierarzneiwesens. **39**, 650.

Militär-Tierarzneiinstitut.

Neue Organisation desselben und Notwendigkeit von Neubauten. Exposé und Begründung zum Budget 1871.

— Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf Ablehnung des für Um- und Neubauten beanspruchten Betrages. (Angenommen.) **7**, 131.

— Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf Bewilligung von 15.000 fl. statt der Regierungsforderung per 81.000 fl. für Um- und Neubauten. **8**, 133. (Angenommen.)

— Bremer verlangt die Reorganisierung des Militär-Tierarzneiinstitutes. **27**, 57.

— Kliemann tritt für die Unterstellung des Militär-Tierarzneiinstitutes unter die Aufsicht des Unterrichtsministeriums ein. **39**, 609.

Digitized by Google

Militärunterkünfte.

1. Einquartierungen. — 2. Kasernbauten.

1. Einquartierungen und Einquartierungsgesetz.

Petition der Gemeinden des Bezirkes Schwanenstadt in Oberösterreich gegen die Einquartierung der Kavallerie in Privathäusern. **3**, 547.

— Ein neues Einquartierungsgesetz wird vorgelegt werden. Exposé zum Budget pro 1872.

— Resolution des Berichterstatters Demel Johann, betreffend das Zustandekommen eines neuen Militäreinquartierungsgesetzes durch die Regierungen der beiden Reichshälften. **7**, 136. (Angenommen.)

(Der neue Gesetzentwurf wird nach den abgeschlossenen Verhandlungen schleunigst ausgearbeitet werden. Exposé zum Budget 1873.)

— Petition der Stadt Krakau um Erlassung eines neuen Militäreinquartierungsgesetzes. **7**, 140.

— Mehrerfordernis infolge des Einquartierungsgesetzes vom Jahre 1879. Begründung zum Voranschlage des Kriegsministeriums pro 1880.

— Grocholski bemerkt, daß auch nach dem Bequartierungsgesetze das Militärärar das Recht habe, Kasernen zu bauen, wenn ihm die Gelder hiezu bewilligt werden. Sturm gibt dies zu, urgiert jedoch die Pflicht der Monarchie, Kasernen zu bauen, da das Einquartierungsgesetz diese Pflicht den Ländern und Gemeinden auferlegt. **12**, 196.

— Furtmüller bespricht die Mängel des neuen Einquartierungsgesetzes, welches große Ansprüche an den Staatssäckel stelle und auch den Gemeinden schwere Opfer auferlege. **21**, 14.

— Tschernigg verlangt die Entschädigung der Gemeinden für Einquartierungen und Vorspannsleistungen **34**, 118.

— Interpellation Tschernigg, Hochenburger, betreffend die Entschädigung von Tarvis für die Belastung durch Einquartierungen und Vorspannsanforderungen der Offiziere und Zöglinge militärischer Erziehungsanstalten. **34**, 240.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **34**, 374.

— Interpellation Kindermann, betreffend die Benützung von Hopfenmagazinen zu Einquartierungszwecken. **38**, 79.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 390.

— Delugan klagt über die zu geringe Entschädigung bei Einquartierungen. **39**, 603.

2. Kasernbauten.

Bau einer Infanteriekaserne in Krakau. **3**, 196; **4**, 170.

— Bau einer Infanteriekaserne in Pola. **3**, 196; **4**, 170.

— Herrichtung des aufgelassenen Erziehungshauses in Prerau zu einer Kavalleriekaserne. **3**, 197.

— Petition der Gemeinde Budweis wegen Ankaufes der dortigen Kaserne. **6**, 11.

— Neubau einer Kavallerieregimentskaserne zu Komorn. **10**, 52; **12**, 156 (A. B.).

Militärunterkünfte.

2. Kasernbauten.

— Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf Ablehnung der Regierungsforderung per 200.000 fl. für den Neubau einer Kavallerieregimentskaserne in Neuhäusel. (Angenommen.) **6**, 81.

Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen **6**, 151.

— Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf Ablehnung des für den Bau der Kavalleriekaserne in Neuhäusel beanspruchten Betrages. (Angenommen.) **7**, 131.

Beitritt der österreichischen Delegation zum bewilligenden Beschlusse der ungarischen Delegation. **7**, 201.

— Dumba regt die Errichtung von Gemeinde- oder Bezirkskasernen und namhafte Subventionierung der betreffenden Gemeinden oder Bezirke an. Groß Franz findet in der Subventionierung einzelner Bezirke eine Ungerechtigkeit gegenüber anderen Ländern, welche bereits Kasernen gebaut haben. — Km. Kuhn ist bereit zu Subventionen, wenn die Delegation die Mittel dazu bewilligt. **7**, 136—139.

— Ausbau der Kaserne in Wels. **7**, 137.

– Petition um Bewilligung des Ausbaues der Franz-Joseph-Kaserne in Salzburg. **7**, 140.

— Neubau einer Kaserne in Szegedin. Begründung zum außerordentlichen Heereserfordernisse pro 1880.

— Berichterstatter Demel Johann beantragt die Ablehnung des Kredites für den Bau einer Kaserne in Szegedin aus konstitutionellen Gründen, sowie mit Rücksicht darauf, daß nach § 23 des Bequartierungsgesetzes dieser Kasernenbau nur Ungarn zur Last falle. (Angenommen.) **12**, 81.

Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **12**, 190; 196.

Nach dreimaligem vergeblichem Nuntienwechsel findet eine gemeinschaftliche Abstimmung hierüber statt, bei welcher die Post mit Stimmengleichheit abgelehnt wird. **12**, 208.

— Sueß Friedrich erinnert an die Verhandlungen zwischen der Stadt Wien und dem österreichischen Finanzministerium bezüglich der Einlösung der Kasernen in Wien und ersucht um Abschluß dieser Frage im Interesse der Entwicklung der Stadt Wien. **24**, 96.

— Petition des Gemeinderates Wien, betreffend die Verlegung der Kasernen aus Wien. **25**, 141.

— Wrabetz urgiert die Verlegung der Wiener Kasernen. **26**, 67.

— Kern gibt dem Wunsche der Stadt Linz Ausdruck, daß die Militärverwaltung die an einem herrlichen Platze gelegene Kaserne der Gemeinde verkaufe, da dieser Platz für die Geschäftswelt großen Wert besitze. Für den Erlös könne eine bessere Kaserne hergestellt werden. **37**, 94.

— Iro wünscht, da jetzt viele Kasernenbauten vorgenommen werden, daß die Anlagen so eingerichtet werden, daß im Winter die Dampf- und Luftheizung in An-

Digitized by Google

Militärunterkünfte.

2. Kasernbauten.

wendung komme, damit die Mannschaft nicht von ihrer mageren Löhnung sich das Brennmaterial selbst verschaffen müsse. **37**, 99.

— Neubau einer Infanteriekaserne in Cattaro. **38**, 407 (A. B.).

— s. auch Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

Militärurlauber, s. Landwirtschaft.

Militärverpflegswesen.

Reform desselben. Exposé zum Budget 1869 und 1870.

— Antrag des Berichterstatters Demel Johann, daß ein Virement aus den Ersparnissen bei der Naturalverpflegung nicht gestattet sei. (Angenommen.) **1**, 113.

— Resolution des Berichterstatters Banhans auf Berufung einer Enquete behufs Erzielung von Ersparnissen bei der Naturalverpflegung. (Angenommen.) **1**, 330, 339.

— Enquete über das Militärverpflegswesen. Exposé zum Budget 1871.

— Resolution der ungarischen Delegation auf Einsetzung einer vom Ministerium ganz unabhängigen Kommission bezüglich der Frage der Verpflegung.
(Diesem Wunsche wird entsprochen werden. Exposé zum Budget 1872.)

— Absendung eines Beamten zur Sammlung von Erfahrungen nach Deutschland und auf den Kriegsschauplatz. Exposé zum Budget pro 1872.

— Begründung der Notwendigkeit der Vermehrung von Magazinen und Verpflegspersonal. Exposé zum Budget 1872.

— Einsetzung einer Enquête. Eine neuerliche Enquete könnte mit ihren Vorschlägen in die bereits begonnene Reform nur störend eingreifen. Sie könnte nur dann als ersprießlich angesehen werden, wenn die in Angriff genommenen Änderungen und Verbesserungen vollständig durchgeführt und deren Erfolge bekannt sein werden. Exposé zum Budget 1873.

— Standeserhöhung bei den Verpflegsmagazinen. **4**, 51.

— Resolution des Berichterstatters Coronini Franz: Die Delegation erkennt in der im Gebarungsjahre 1871 erfolgten Beiziehung eines Teiles der aus dem Vorjahre übernommenen Naturalvorräte zur Deckung des laufenden Bedarfes einen Mehraufwand, für welchen das Kriegsministerium die nachträgliche Genehmigung einzuholen hat. (Angenommen.) **6**, 133.

— Antrag des Berichterstatters Coronini auf Erteilung der Indemnität rücksichtlich einer Erhöhung des bereits mit Schlußrechnung für das Jahr 1871 genehmigten Mehraufwandes. (Angenommen.) **7**, 51.

— Berichterstatter Groß Franz wünscht, daß durch Benützungen Ersparungen bei der Naturalverpflegung erzielt werden. **7**, 97.

— Eine Erhöhung des ordentlichen Erfordernisses ist infolge Einführung der metrischen Maße und Gewichte eingetreten. Erläuterungen zum Heeresordinarium pro 1876.

— Kušar befürwortet die Verlegung des Militärverpflegsmagazins in Laibach aus dem Zentrum der Stadt an die Peripherie. **28**, 80.

Militärverpflegswesen.

— Pfeifer wünscht die Verlegung des Verpflegsmagazins in Laibach aus dem Zentrum der Stadt. **29**, 93.

— Coronini Franz ersucht die Kriegsverwaltung, mit der Schlußrechnung zugleich Tabellen vorzulegen, in welchen nach Territorialbezirken die Einheitspreise der Naturalien vorgezeichnet sind. **29**, 235.

— Petition der Landwirtschaftsgesellschaft für Kärnten gegen die Verwendung von Schaffleisch im Heere. **29**, 246, s. auch Lieferungswesen.

— Neubau eines Militärverpflegsetablissements in Kaschau. **30**, 229.

— Klun plaidiert für die Verlegung des Militärverpflegsmagazins in Laibach an einen an der Peripherie der Stadt in der Nähe der Militärkasernen gelegenen Punkt. **30**, 229.

— Die Kriegsverwaltung verlangt den Neubau von Militärverpflegsetablissements in Pola, Prag, Most u wielkie und Monasterzyska. Budget 1899 u. **34**, 247 (A. B.).

— Lemisch bringt Mängel in der Verpflegung anläßlich der Manöver in Kärnten zur Sprache. **35**, 170.

— Gesmann empfiehlt Erleichterungen des Dienstes in der Verpflegsbranche, namentlich in den Militärbäckereien. **36**, 185.

— Kaftan regt die Einführung von Fleischkonserven statt des Pökelfleisches bei der Marine an. **37**, 327.

— Interpellation Groß Gustav, betreffend die Verhältnisse der Militärkonservenfabrik in Bruck an der Leitha. **38**, 144. Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 397.

— Kaftan fragt, ob es richtig sei, daß eine Konservenfabrik von der Kriegsverwaltung ohne Genehmigung seitens der Delegation angekauft wurde. **38**, 223.

— Km. Krieghammer teilt mit, daß eine Anzahl von Konservenfabriken mit 1. Jänner 1902 in den Besitz der Heeresverwaltung übergegangen sind, ohne daß es notwendig war, hiefür budgetäre Mittel in Anspruch zu nehmen. Die Heeresverwaltung halte die bezüglichen Verträge für sehr vorteilhaft. Für den Kriegsfall sei es sehr erwünscht, zu notwendig, die Fabriken im eigenen Besitze zu haben. **38**, 331.

— Interpellation Bukovič, betreffend die Einführung von Fleischkonserven bei der Marine. **38**, 277.
Beantwortet vom Mk. Spaun. **38**, 542.

— Tollinger wünscht die Vorlage des Vertrages mit dem Konservenfabrikanten Manfred Weiß und Mitteilungen in Betreff der Überwachung der Konservenindustrie. Er fordert die Ausnützung aller Mittel der modernen Technik im Interesse der guten Verpflegung der Mannschaft. **38**, 282.

— Kaftan stellt eine Anfrage bezüglich der definitiven Einführung der Konserven in der Marine als Ersatz von Salzfleisch. **38**, 524.

— Mk. Spaun teilt mit, daß die bezüglichen Konserven sich sehr gut bewährt haben und ihre Einführung so weit in Aussicht genommen ist, als zuerst das alte Pökelfleisch aufgebraucht werden muß. **38**, 542.

— Interpellation Kliemann, betreffend die übermäßig ausgedehnte Arbeitszeit der Militärverpflegsmannschaft **39**, 10.
Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 134.

Digitized by Google

Militärverpflegswesen.

— Interpellation Kliemann, betreffend die Stellung der Militärverpflegsbeamten. **39**, 12.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 435.

— Antrag Delugan auf Verabreichung eines entsprechenden täglichen Weinquantums an die Mannschaft des ständigen Heeres, sowie an die Ersatzreserve für die ganze Dauer der großen Manöver. **39**, 29, 66,

(S. Anträge 19.)

— Interpellation Biankini, betreffend die Verwendung von Ölsardinen für die Verpflegung des Heeres und der Kriegsmarine. **39**, 468.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 579 und vom Mk. Spaun. **39**, 580.

— Kliemann tritt für eine Besserung der Stellung der Verpflegsbeamten und eine Verminderung der Arbeitszeit der Verpflegssoldaten ein. **39**, 609.

— Kaiser August tritt für ein besseres Avancement der Militärverpflegsbeamten ein. **39**, 659.

— Peschka wünscht, daß man Milch und deren Nebenprodukte heimischer Provenienz zur Verpflegung der Truppen verwenden möge. **40**, 110.

— Interpellation Dobernig, betreffend die Verleihung militärischer Rangabzeichen an die Beamten der Militärverpflegsbranche. **40**, 331.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **40**, 536.

— s. auch Lieferungswesen 3, Mannschaftskost, Militärbeamte.

Militärversorgungswesen.

Verminderung der Kosten desselben. Exposé zum Budget 1870.

— Resolutionen des Berichterstatters Banhans wegen Vorlage eines Gesetzentwurfes behufs vollständiger Regelung des Militärversorgungswesens und der Pensionsbezüge, sowie Änderung des ganzen Systems der Pensionierung und Herabsetzung des außerordentlich großen Erfordernisses für die Militärversorgung. (Angenommen.) **2**, 247.

— Resolution des Berichterstatters Banhans mit der Aufforderung an die Regierung, zu erwägen, ob ein Pensionsfonds aus Gehaltsrückhalten und Staatsbeiträgen zu gründen und die Staatspensionszuschüsse auf die durch Unglücksfälle im Dienste unmittelbar gewordenen Militärpersonen zu beschränken seien. (Angenommen.) **2**, 248.

— Antrag Handel auf Gleichstellung der Offizierswitwen, im Falle sie eine Heiratskaution geleistet und dieselbe nicht zurückgezogen haben, mit den Witwen aller anderen Staatsbeamten. (Abgelehnt.) **2**, 238.

— Antrag Weichs auf alljährliche Vorlage der Detailausweise über die pensionierten Offiziere und Militärparteien. (Abgelehnt.) **2**, 243.

— Mitteilung, daß die zur Regelung des Militärversorgungswesens eingesetzte Kommission ihre Arbeiten beendet hat. Exposé zum Budget 1871.

— Antrag Gabelz auf Vorlage eines Gesetzes zur Versorgung von freiwillig fortdienenden Unteroffizieren. (Abgelehnt.) **3**, 55, 344. (S. Anträge 4.)

Militärversorgungswesen.

— Resolution des Berichterstatters Banhans auf Vorlage eines Gesetzes, betreffend die Regelung des Militärversorgungswesens und der Pensionsbezüge und strenges Vorgehen bei Pensionierung von Offizieren, welche beim Avancement übergangen worden sind. (Angenommen.) **3**, 176.

(Die Entwürfe über die Regelung des Militärversorgungswesens sind bereits fertiggestellt. Exposé zum Budget pro 1872. Der Entwurf eines neuen Pensionsgesetzes wurde bereits den Ministerien der beiden Staatsgebiete übergeben. Exposé zum Budget 1873.)

— Petitionen von Stabs- und Oberoffizieren um Erhöhung ihrer Ruhegehalte in der Richtung, daß das neue Pensionsnormale auch auf die vor dem Jahre 1871 pensionierten Stabs- und Oberoffiziere rückwirken möge. **5**, 207.

— Resolution des Berichterstatters Ritter Valerius, betreffend den Vorgang bei Anweisung von Pensionen und Gnadengaben beim Heer und bei der Marine (Angenommen.) **7**, 18.

— Antrag Kellner, betreffend das Inkrafttreten und die Wirksamkeit des neuen Militärpensionsgesetzes. **8**, 10.

Berichterstatter Klier beantragt, da der Wirksamkeit dieses Gesetzes mit 1. Jänner 1876 nichts im Wege steht, wenn die Beschlüsse der ungarischen Vertretungskörper noch im Laufe des Jahres 1875 in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Reichsrates ausfallen, Übergang zur Tagesordnung über diesen Antrag. (Angenommen.) **8**, 93. (S. Anträge 5.)

— Resolution des Berichterstatters Winterstein, betreffend die Verwendung der entbehrlichen Kapitalien des Militärstellvertretersfonds und Debatte darüber, ob der Stellvertretersfonds zur Bestreitung von Militärauslagen und namentlich zur Bestreitung von bleibenden außerordentlichen Anschaffungen im Kriegswesen herauszuziehen oder aber für Dienstesprämien an Unteroffiziere zu verwenden sei. **9**, 9. (Angenommen. — Redner: Berichterstatter Winterstein, Sturm, Hartung, Demel Johann, Rtm. Holzgethan.)

— Abänderung des Militärpensionsgesetzes vom Jahre 1875 mit Rücksicht auf die nach dem Normale von 1856 pensionierten Offiziere. **10**, 364.

— Verlangen des Budgetausschusses, daß die Kriegsverwaltung bei der Pensionierung von Militärpersonen mit der größten Rigorosität vorgehe. **11**, 92, 108 (R. B.).

— Zug verlangt rigoroseres Vorgehen bei Anordnung von Pensionierungen der Offiziere und die Einführung einer Probepensionierung. **12**, 74.

— Der Budgetausschuß spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Kriegsverwaltung bei der Pensionierung von Militärpersonen mit der größten Rigorosität vorgehe und auf eine Abänderung des Pensionsgesetzes im Sinne einer möglichsten Entlastung des Versorgungsetats bedacht sein möge. **13**, 93 (R. B.).

— Petition des Patentaktivaliden Franz Hermann im Namen des gesamten niederen Invalidenstandes, im Verordnungswege eine Reform der Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1875 über das Militärversorgungswesen zu veranlassen. (Übergang zur Tagesordnung.) **18**, 135.

— Heilsberg ersucht, auf Verminderung der fortwährend steigenden Post „Versorgungswesen", welche bereits den achten Teil des ganzen Heeresaufwandes in Anspruch nehme, hinzuwirken. **20**, 28.

Digitized by Google

Militärversorgungswesen.

— Chlumecký und Promber urgieren die Berücksichtigung der Witwen und Waisen jener Offiziere, die vor Erlassung des letzten Pensionsgesetzes bereits pensioniert waren. **26**, 46, 64.

— Erhöhung der Anforderung für Unteroffiziers-Dienstprämien um 100.000 fl. Begründung zum Budget 1894 und **29**, 124 (A. B.).

— Hofmann v. Wellenhof urgiert die Reform der Witwen- und Waisenversorgung nach Militärpersonen, welche im großen Mißverhältnisse stehe zu der Versorgung der Hinterlassenen von Zivilstaatsbeamten. **33**, 71.

— Der Ausschuß nimmt die von der Heeresleitung beanspruchte Erhöhung der Dotation für Unteroffiziersdienstprämien mit Befriedigung zur Kenntnis, da die in Aussicht genommenen Maßnahmen geeignet sind, dem Mangel an länger dienenden Unteroffizieren abzuhelfen. **33**, 106 (A. B.).

— Kienmann findet in der Schlußrechnung die Zahl der Pensionierten aus der Generalität und dem Stande der Stabsoffiziere auffällig, es sei vielfach die Meinung vorhanden, daß die Offiziere viel schneller pensioniert werden, als die Staatsbeamten, häufig nur wegen eines Versehens oder wenn sie anderen im Wege stehen. **33**, 254.

— Azmann bedauert den Ausschluß der Witwen der Militärbeamten von der Wohltat des neuen Pensionsgesetzes und legt der Regierung nahe, diese Frage einer Regelung zuzuführen. **34**, 197.

— Schücker bespricht die vielfachen Pensionierungen und Versetzungen von Offizieren auf Wartegebühr, die noch dienstfähig und dienstbereit wären. Dies erregte große Unzufriedenheit, da oft nur eine persönliche Mißstimmung des Vorgesetzten den Anlaß bilde, einen verdienstvollen Offizier, der irgendeinen kleinen Verstoß sich zu Schulden kommen ließ, in Disponibilität zu versetzen. **34**, 202.

— Km. Krieghammer bestreitet, daß in der Frage der Pensionierungen Ungerechtigkeiten vorkommen. Wenn jemand 40 Jahre gedient habe oder bei der Superarbitrierung sich als nicht diensttauglich erweise, dann sei es sein Recht und keine Gnade seitens des Staates, eine Pension zu beziehen. **34**, 206.

— Km. Krieghammer versichert, daß er der Versorgung der Witwen und Waisen nach Offizieren und Beamten die volle Aufmerksamkeit zuwende und bestrebt sei, eine Gleichstellung mit den Hinterbliebenen der Zivilbeamten zu erzielen. **34**, 206.

— Nitsche regt an, daß Verfügungen getroffen werden, daß ein Offizier, wenn er volle zehn Jahre gedient habe, im Falle der Invalidität keine geringere Pension als 600 fl. bekomme, da bei der Beratung der Personaleinkommensteuer ein Existenzminimum von 600 fl. bestimmt wurde. **34**, 209.

— Petition des k. u. k. Leutnants des Ruhestandes Josef Korda wegen Erhöhung des Existenzminimums für definitiv pensionierte Offiziere. **35**, 16, 479.

— Lemisch wünscht die Erhöhung verschiedener Militärversorgungsgenüsse anläßlich der Gagenregulierung. **35**, 173.

— Geßmann wünscht eine Regulierung der Offiziers- und Militärbeamten-Witwen- und -Waisenpensionen. **35**, 183.

— Pacák befürwortet eine Erhöhung der Büchsenmacherpensionen. **36**, 117.

Militärversorgungswesen.

— Km. Krieghammer verweist hiebei auf die regelmäßig gewährten Personalzutagen zu den Büchsenmacherpensionen und auf die Verleihung von Stiftungen. **36**, 197.

— Geßmann befürwortet die Regulierung der Militärpensionen. **36**, 186.

— Km. Krieghammer verweist auf die in der Frage des Militärpensionsgesetzes von ihm unternommenen Schritte. **36**, 197.

— Interpellation Sylvester, betreffend den Erlaß des Reichskriegsministeriums in Angelegenheit des Vereines pensionierter Offiziere und Militärbeamten. **37**, 14.

— Interpellation Pommer, in derselben Angelegenheit. **37**, 106. Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 192.

— Antrag Iro, Sylvester, betreffend Erhöhung der Militärpensionen unter 1200 K. **37**, 21. (S. Anträge 12.)

— Kaftan bespricht die Maßnahmen der Heeresleitung gegen den Verein der pensionierten Offiziere und Militärbeamten und verlangt, daß in kürzester Zeit etwas zur Sanierung der trostlosen Lage der Militärwitwen und -Waisen geschehe. **37**, 50.

— Pommer bespricht den Erlaß des Kriegsministers in Angelegenheit des Vereines der pensionierten Offiziere und Militärbeamten und begeichnet denselben als Verletzung der Staatsgrundgesetze, da diese Pensionisten sowie andere zivile Staatsbürger dem Kriegsminister nicht mehr unterstehen. **37**, 63.

— Wassilko Nikolaj bespricht den Erlaß des Kriegsministers in Angelegenheit des Vereines der pensionierten Offiziere und Militärbeamten. **37**, 77.

— Vogler wünscht Aufklärung über das Vorgehen der Kriegsverwaltung in dieser Angelegenheit. **37**, 81.

— Iro bezeichnet es als eine große Belastung des Militärbudgets, daß viele Generäle, die gerne noch dienen möchten, pensioniert werden, weil sie bei Inspizierungen einem Vorgesetzten nicht zu Gesicht stehen. Man solle bei Pensionierung von Generälen und Stabsoffizieren vorsichtiger sein und dieselben lieber für einen anderen Zweig der Militärverwaltung verwenden, wenn sie schon auf dem Manöverfelde nicht mehr das leisten, was nach Ansicht ihres höheren Vorgesetzten verlangt werden kann. **37**, 100.

— Interpellation Barwiński, betreffend Versorgung des Militärinvaliden Mach. **37**, 105.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 488.

— Um einem Teile der Hauptleute eine auf 600 K erhöhte Alterszutage zuwenden zu können und diesen Offizieren die Möglichkeit einer Maximalversorgungsgebühr von 3600 K gleich den Zivilstaatsbeamten derselben Rangklasse zu bieten, fordert die Kriegsverwaltung 44.400 K mit dem Vorbehalte der sukzessiven Ausdehnung dieser Maßnahme auf die Standesgruppen des Heeres. Budget 1902.

— Der Ausschuß erkennt in dieser mit Befriedigung zu begrüßenden Anforderung die stete Fürsorge der Kriegsverwaltung für das Wohl der Heerespersonen und sieht der seinerzeitigen Ausgestaltung dieser Maßnahmen mit Sympathie entgegen. **37**, 119 (A. B.).

— Antrag Pommer, betreffend Erhöhung der Pensionen der Offizierswitwen und -Waisen. **37**, 167. (S. Anträge 16.)

Digitized by Google

Militärverforgungswesen.

— Resolution Iro, betreffend die Erhöhung der Militärpensionen auf mindestens 1200 K. (Abgelehnt.) **37**, 172, 524.

— Axmann bespricht den Erlaß des Kriegsministers gegen den Verein pensionierter Offiziere und Militärbeamten und verlangt, daß auch den Militärpensionisten die volle politische Freiheit gewahrt bleibe. **37**, 178.

— Resolution Axmann, betreffend die Neuregelung der Ruhegehalte der Militärpensionisten und der Witwen- und Waisenpensionen, die Schaffung eines Pensionsfonds und einer eigenen Verwaltungs- und Wirtschaftsgruppe für die Militärpensionen und die Art der Übersetzung in den Ruhestand. (Abgelehnt.) **37**, 185, 535.

— Km. Krieghammer weist auf die Schwierigkeiten hin, mit denen die Kriegsverwaltung bezüglich Erhöhung der Pensionen der Militärwitwen und -Waisen zu kämpfen hat, da sie nicht selbst entscheiden kann, sondern sich immer an zwei andere Ministerien wenden müsse, wodurch Verzögerungen entstehen, an denen die Kriegsverwaltung nicht Schuld trage. **37**, 200.

— Berichterstatter Walterskirchen Franz reflektiert auf die Angelegenheit des Pensionsvereines und bedauert, nach der jüngsten an eine Zeitung gerichteten Erklärung des Vereinspräsidenten nicht mehr als Anwalt des Vereines auftreten zu können. **37**, 204.

— Pommer bedauert, daß der Kriegsminister in der Angelegenheit des Vereines der Militärpensionisten nicht ein verföhnendes Wort gegen seine schwer gekränkten Kameraden gefunden habe und findet es merkwürdig, auf welche Art die Kriegsverwaltung in die Kenntnis der Namen sämtlicher Mitglieder des Vereines gekommen sei. Dies sei in ungesetzlicher Weise durch das Wiener II. Korpskommando geschehen, welches nicht die Behörde sei, die sich mit einem Vereine zu beschäftigen das Recht gehabt hätte. Der Minister hätte offen erklären sollen, er sei zu weit gegangen. In den Resolutionen und Petitionen des Vereines liege absolut kein Übergriff auf das politische Gebiet und keinerlei agitatorische Tätigkeit. **37**, 205.

— Kaftan fragt, welche Vorsorgen für die Familien der in China gefallenen Marinesoldaten und Seeleute getroffen worden seien. **37**, 328.

— Mk. Spaun erklärt, er werde sich diesbezüglich an das gemeinsame Finanzministerium wenden, ob vielleicht ausnahmsweise in dieser Hinsicht etwas geschehen könnte; er müsse aber zu seinem Bedauern erwähnen, daß ein rechtlicher Anspruch auf Versorgung nicht bestehe, nachdem eine Kriegserklärung nicht erfolgt ist. **37**, 337.

— Berichterstatter Pergelt erwartet, daß die künftige Delegation für die Hinterbliebenen der in China Gefallenen über das Maß der rechtlichen Verpflichtung hinaus Vorsorge treffen und daß die Marineverwaltung mit diesbezüglichen präzisen Forderungen herantreten werde. **37**, 343. Er macht über die Resultate der hierüber vorgenommenen Erhebungen nähere Mitteilungen. **37**, 494.

— Interpellation Bukovič, betreffend die Verbesserung der Lage der Militärpensionisten. **38**, 74.
Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 389.

— Antrag Kleewein, Sylvester, betreffend Erhöhung der Pensionen der vor dem Jahre 1900 pensionierten Offiziere und Militärbeamten, sowie deren Witwen und Waisen. **38**, 142, 147, 200, 341. (S. Anträge 17.)

Militärverforgungswesen.

— Kaftan urgiert die Reform der Militärpensionsgesetze. **38**, 225.

— Der Kriegsminister teilt in einer Resolutionsbeantwortung betreffs der Verwundungszulage für die Verwundeten der Feldzüge vor 1878 mit, daß entsprechende Abänderungen der Militärversorgungsgesetze geplant sind. **38**, 248 (A. B.).

— Bukovič tritt für die Aufbesserung der Bezüge der Militärpensionisten, insbesondere der älteren ein, welche Feldzüge mitgemacht haben und gerade die relativ kleinsten Pensionen beziehen. **38**, 315.

— Interpellation Biankini, betreffend die Verbesserung der Ruhegehalte der Offiziere alten Stiles und ihrer Witwen und Waisen. **39**, 18.

— Interpellation Kliemann, betreffend die Vorlage eines Militärwitwen- und Waisenversorgungsgesetzes. **39**, 26.

— Antrag Derschatta, betreffend die Erhöhung der Pensionen der vor dem Jahre 1900 pensionierten Offiziere und Militärbeamten, sowie deren Witwen und Waisen. **39**, 29, 69. (S. Anträge 21.)

— Dzunański tritt für eine Erhöhung der Pensionsbezüge der vor dem Jahre 1900 pensionierten Offiziere, sowie deren Witwen und Waisen ein. **39**, 543.

— Resolution Kaiser August, betreffend die Entschädigung für wirtschaftliche Nachteile jener Personen, welche im Dienste des Heeres oder der Landwehr sich Krankheiten oder Verletzungen ohne ihr eigenes Verschulden zuziehen. **39**, 547.
Antwort des Kriegsministeriums. **40**, 154.

— Kliemann tritt für eine bessere Versorgung der durch den Militärdienst invalid gewordenen Soldaten ein. **39**, 609.

— Interpellation Kliemann, betreffend die Erhöhung der Pension der im Ruhestande lebenden Büchsenmacher. **39**, 624.
Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 726.

— Interpellation Zaffron, betreffend die Erhöhung der Versorgungsgenüsse der Militärwitwen und -Waisen und die Aufbesserung der Pensionen der vor dem Jahre 1900 pensionierten Offiziere und Militärbeamten. **40**, 82.
Beantwortet vom Km. Pitreich. **40**, 536.

— Km. Pitreich bemerkt in Angelegenheit der Militärwitwen- und -Waisenversorgung und der Pensionisten älteren Stiles, daß er bezüglich der ersteren hoffe, noch heuer eine Vorlage einbringen zu können, bezüglich der letzteren stehe die Sache jedoch nicht günstig. **40**, 118.

— Resolution des Berichterstatters Walterskirchen, betreffend die Aufbesserung der Versorgungsgenüsse der Militärwitwen- und -Waisen und der Bezüge der vor dem Jahre 1900 pensionierten Offiziere und Militärbeamten. (Angenommen.) **40**, 123.

— s. auch Militärlage, Pensionen.

Militärverwaltung.

Rechbauer wünscht Ersparungen in der Administration derselben. **1**, 87.

— Schindler betont, daß die Administration im Jahre 1866 mangelhaft war. **1**, 91.

Digitized by Google

Militärverwaltung.

— Resolution des Berichterstatters Demel Johann, die ökonomische Verwaltung der Armee in die Hände von Nichtmilitärs zu legen. (Angenommen.) **1**, 115.

(Wurde durch die Errichtung einer aus Beamten bestehenden Militärintendanz entsprochen. Erpoše zum Budget 1869.)

— Minoritätsberichterstatter Rechbauer findet die Dotierung des Hilfspersonales zu hoch. **3**, 91.

— Berichterstatter Banhans beantragt den Anschluß an die Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Feststellung der Größe und Rangstufe des Personals jeder einzelnen Verwaltungsbranche. (Angenommen.) **3**, 557.

— Berichterstatter Banhans beantragt den Beitritt zu der Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Übertragung der Leitung jener Departements, die sich anschließlich mit administrativen Gegenständen befassen, an Personen des Zivilstandes. (Angenommen.) **3**, 557.

(Die Heeresverwaltung hält diesen Vorgang nicht für ersprießlich. Erpoše zum Budget pro 1872.)

Militärwissenschaftliche Vereine, ſ. Vereine.

Militärzentralbuchhaltung.

Auslassung derselben beim Obersten Rechnungshofe und Ersetzung durch Militärrechnungsdepartements als integrierende Bestandteile der Militärbehörde. **1**, 65.

Militärzinstarife.

Petition der Gemeinde Neuhaus in Böhmen um Einreihung in eine entsprechende Klasse des Militärzinstarifes. **3**, 523.

— Petition der Stadt Rzeszów um Versetzung aus der vierten in die dritte Militär-Zinstarifklasse und Anbauung einer Militärzinskaserne. **3**, 487.

— Versetzung der Stadt Salzburg in eine höhere Zinsklasse. **3**, 205.

— Petition der Stadt Stanislau um Einreihung aus der 5. in die 4. Entschädigungsklasse; **4**, 179.

— Petition der Stadt Olmütz um Versetzung aus der 4. in die 2. Entschädigungsklasse bezüglich der Offiziersbequartierungen **4**, 179.

— Petition der Stadt Teschen um Versetzung aus der vierten in die dritte Militärzinsklasse. **5**, 197.

— Petition der Gemeinde Königsfeld bei Brünn um Versetzung in eine höhere Klasse des Militärbequartierungstarifes. **6**, 155.

— Die Einreihung der Städte Triest, Pola und Fiume in die höhere Zinsklasse ist definitiv erfolgt. **7**, 54 (A. B.).

— Petition der Stadt Krakau um Versetzung in eine höhere Zinsklasse. **7**, 140.

— Versetzung der Gemeinden Preßburg, Temesvár, Bischofteinitz, Brünn, Chlumetz, Knittenberg und Pilsen in höhere Zinsklassen. Begründung zum Extraordinarium des Heeres pro 1875.

— Petition der Gemeinde Königgrätz um Versetzung in eine höhere Zinsklasse. **10**, 62.

— Petition der Gemeinde Jičin um Versetzung in eine höhere Zinsklasse. **10**, 62.

Militärzinstarife.

— Mit 1. Jänner 1886 ist der neue Militärzinstarif in Kraft getreten.

— Luzzatto wünscht die Rückversetzung der Stadt Triest aus der dritten in die zweite Zinstarifklasse. **21**, 21.

— Frh. Bylandt-Rheidt erklärt, daß die Aufstellung des Zinstarifes durch eine gemischte Kommission der Militär- und Zivilzentralstellen erfolge. **21**, 22.

— Steigerung des Bedarfes um 19 Prozent infolge der neugeregelten Einreihung der Gemeinden in die Zinsklassen. **27**, 79 (R. B.).

— Erhöhung der Unterkunftsauslagen infolge der Einführung eines neuen Zinstarifes mit 1. Jänner 1901. Budget 1902.

— Kaftan bespricht die Erhöhung der Quartiergelder und fragt, wie hoch sich die Mehrkosten pro 1901 belaufen und wo dieselben präliminiert erscheinen. Er gibt dem Befremden Ausdruck, daß diesfalls kein Nachtragskredit angefordert wurde und vermutet, daß die Deckung aus anderen Mitteln erfolgte. **37**, 49.

Khn. Krieghammer macht aufmerksam, daß die im Jahre 1901 entstandenen höheren Quartiergebühren im Präliminare pro 1900 nicht vorgesehen werden konnten. Ein Nachtragskredit wurde nicht eingestellt, weil zu hoffen sei, daß die Abrechnung für das Jahr 1901 wieder so günstig sein werde, daß wenn im Bagatisierungstitel eine Überschreitung stattfinde, diese durch Ersparung bei anderen Titeln werde gedeckt werden können. **37**, 200.

— Kaftan verweist darauf, daß mit dem 1. Jänner 1901 der neue Militärzinstarif ins Leben getreten sei. Er fragt, woher die Mehranslagen pro 1901 genommen werden und warum kein Nachtragskredit verlangt wurde. **38**, 223.

— Khn. Krieghammer teilt mit, daß die Abrechnung über die infolge der Erhöhung des Militärzinstarifs entstandenen Mehrauslagen in der Schlußrechnung pro 1901 werde durchgeführt werden. **38**, 331.

— Vukovič wünscht eine Remedur gegen den Umstand, daß Agram in die dritte Zinsklasse eingereiht worden sei. **38**, 315.

Khn. Krieghammer erwidert, daß die Zinsklassen durch gemischte Kommissionen nach den Faßionsbögen ohne Ingerenz der Kriegsverwaltung ermittelt werden. **38**, 331.

Militärische Maßnahmen, ſ. Vorsichtsmaßregeln.

Militärische Missionen, ſ. Generalstab.

Millenniumsausstellung, ſ. Bosnien 19.

Minister, Ministerium.

Ernennung des Grafen Andrássy zum Minister des Äußern. Rothuch Nr. 6.

— Vorstellung des Vk. Vizeadmirals Freiherrn v. Pöck. **4**, 3.

— Vorstellung des Khn. Freiherrn v. Hofmann. **10**, 4.

— Vorstellung des Khn. Grafen Bylandt-Rheidt. **10**, 4.

— Teilnahme des Ministers des Äußern an den Verhandlungen des Reichsrates und des ungarischen Reichstages. **10**, 22.

Digitized by Google

Minister, Ministerium.

— Fux bespricht die Frage der Kompetenz und Verantwortlichkeit des Reichskriegsministers bezüglich des Wehrgesetzes. **12,** 72.

— Vorstellung des Mk. Freiherrn v. Sterneck. **19,** 3.

— Anerkennung der zehnjährigen Wirksamkeit des M. Ae. Grafen Kálnoky durch den Obmann des Budgetausschusses Dr. v. Plener in der Ausschußsitzung vom 16. November 1891.

— Vorstellung des Km. FZM. Freiherr v. Bauer. **24,** 3.

— Vorstellung des Km. G. d. K. Edlen v. Krieghammer. **30,** 4.

— Kundgebung des Präsidenten anläßlich des Rücktrittes des M. Ae. Grafen Kálnoky. **31,** 3.

— Begrüßung des M. Ae. Grafen Goluchowski durch den Präsidenten. **31,** 3.

— Kaftan bespricht die Einflußnahme des ungarischen Ministerpräsidenten auf die Enthebung des Grafen Kálnoky und die Ernennung des Grafen Goluchowski. **31,** 19.

— Sueß Eduard gedenkt der außerordentlichen Verdienste des früheren M. Ae. Grafen Kálnoky. **31,** 35.

— Der Budgetausschuß betrachtet es als Pflicht der Dankbarkeit, dem Grafen Kálnoky für seine erfolgreiche Friedenspolitik seine Anerkennung auszusprechen. **31,** 46 (A. B.).

— Begrüßung des M. Ae. Grafen Goluchowski durch den Budgetausschuß. **31,** 46 (A. B.).

— Ernennung des Vizeadmirals Freiherrn v. Spaun zum Marinekommandanten. **33,** 363.

— Vacat protestiert gegen den Ton, in welchem verschiedene Äußerungen des M. Ae. Goluchowski gehalten gewesen seien. **36,** 102.

— Bukovič verwahrt sich gegen den Ton, in welchem ihm seitens des M. Ae. Goluchowski und des Sektionschefs v. Mérey im Budgetausschuß geantwortet worden sei. **38,** 126.

— Antrag Tollinger, betreffend die Verantwortlichkeit des gemeinsamen Ministeriums. **39,** 121. (S. Anträge 22.)

— Biankini führt aus, der verstorbene Minister Kállay sei an der Spitze der Propoganda für den magyarischen Imperialismus in Bosnien und der Hercegovina gestanden. **39,** 225.

— Im Ausschußberichte wird betont, daß im Ausschuß allseits mit Worten hoher Anerkennung der Verdienste gedacht wurde, welche sich der verewigte Abm. Kállay um die Verwaltung der Okkupationsländer erworben hat. **39,** 257 (A. B.).

— Baernreither bezeichnet das Erscheinen des österreichischen Finanzministers in einem Ausschusse der Delegation als eine ganz ungewöhnliche Tatsache. **40,** 28.

— s. auch Nachrufe.

Ministerium des Äußern, s. Äußeres.

Ministerium des Krieges, s. Kriegsministerium, Marine.

Ministerresidenten, Pensionsbehandlung derselben, s. Pensionen.

Minoritätsvoten.

Beim Budget des Ministeriums des Äußern (geheime Auslagen) für das Jahr 1869. (Minoritätsberichterstatter Rechbauer.) **1,** 251.

— Beim Budget des Kriegsministeriums (Extraordinarium) für das Jahr 1869. (Minoritätsberichterstatter Rechbauer.) **1,** 330.

— Beim Budget des Kriegsministeriums (Ordinarium) für das Jahr 1870. (Minoritätsberichterstatter Rechbauer.) **2,** 99.

— Beim Budget des Kriegsministeriums (Ordinarium) für das Jahr 1871 zwei Minoritätsvoten. (Minoritätsberichterstatter Rechbauer und Grocholski.) **3,** 50, 54, 182.

— Beim Budget des Kriegsministeriums (Extraordinarium) für das Jahr 1871. (Minoritätsberichterstatter Grocholski.) **3,** 377.

— Beim Budget des Kriegsministeriums (Ordinarium) für das Jahr 1877. (Minoritätsberichterstatter Sturm.) **9,** 136, 161.

— Beim Budget des Kriegsministeriums (Extraordinarium) für das Jahr 1878, Titel 15 „Verpflegsvorsorgen". (Minoritätsberichterstatter Coronini Franz.) **10,** 55.

— Bei der Vorlage zur Bewilligung eines außerordentlichen Kredites von 60 Millionen Gulden für unvorhergesehene Auslagen für das Jahr 1878. (Minoritätsberichterstatter Sturm.) **10,** 78.

— Beim Okkupationskredite für das Jahr 1879. (Minoritätsberichterstatter Widmann-Sedlnitzky Viktor.) **11,** 249.

Mißhandlungen, s. Mannschaftsbehandlung.

Missionsschiffe.

Kaftan wünscht, daß künftig den Missionsschiffen kommerziell gebildete Kräfte beigegeben werden.

Mk. Sterneck spricht sich gegen diesen Vorschlag aus, weil die Kriegsschiffe sich längstens acht Tage an einem Orte aufhalten, so daß der Handelsagent sich über die Handelsverhältnisse nicht genügend orientieren kann. **31,** 63, 69.

— Kaftan bedauert, daß über die Erfolge der Missionsschiffe nur äußerst spärliche Daten veröffentlicht werden. **33,** 244.

— Kübeck rühmt die Berichte der Missionsschiffe, die auch für die Konsulatsberichte eine wertvolle Grundlage liefern. **37,** 330.

— Vermehrung der in transozeanischer Mission zu entsendenden Schiffe. Marinebudget pro 1902. **37,** 444 (A. B.).

Mitrailleusen, s. Waffenwesen 2.

Mitrovica, s. Konsulate.

Mobilisierungskredite, s. Bosnien 3.

Molfetta, s. Konsulate.

Monarchie, s. Staatsrechtliche Fragen.

Monastir, s. Konsulate.

Monitor, s. Donaumonitor.

Digitized by Google

Monte Croce, ſ. Feſtungswerke 3.

Montenegro.

Vermittlung Öſterreichs zwiſchen Fürſt Nikolaus und der Pforte. Rotbuch Nr. 1.

— Konflikt zwiſchen der Türkei und Montenegro. Rotbuch Nr. 4.

— Unterſtützungskoſten für Flüchtlinge aus Montenegro. **1,** 50; **2,** 82; **3,** 288; **4,** 27; **5,** 30.

— Gemetzel in Podgoriza und hieran ſich knüpfende Verhandlungen mit der Türkei und Montenegro. Rotbuch vom Jahre 1874/75.

— Der Fürſt von Montenegro verſichert, anläßlich des Aufſtandes in der Herzegowina an der Neutralität feſthalten zu wollen. Rotbuch vom Jahre 1875.

— Memorandum des Fürſten von Montenegro an den Grafen Andraſſy über die Verhältniſſe in der Herzegowina und die Notwendigkeit des Eingreifens Europas zum Schutze der Chriſten in den Balkanländern gegen die Türken. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Kriegserklärung Montenegros an die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Der Stamm Kuči macht gemeinſame Sache mit Montenegro gegen die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Serbien und Montenegro eröffnen den Krieg gegen die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Bei der Reichſtädter Begegnung wird die Nichtintervention Öſterreichs und Rußlands in dem Kriege Serbiens und Montenegros gegen die Türkei beſchloſſen. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Fürſt Nikolaus ſchließt ſich dem Erſuchen des Fürſten Milan um Vermittlung der Signatarmächte zur Herſtellung des Friedens mit der Türkei an. Rotbuch vom Jahre 1876.

Verhandlungen mit den Mächten, die auf einen Waffenſtillſtand mit Serbien und Montenegro drängen. Auf ein Ultimatum Rußlands hin willigt die Türkei in einen zweimonatlichen Waffenſtillſtand, der ſpäter verlängert wird. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Vorſchläge auf Gebietserweiterung für Montenegro auf der europäiſchen Konferenz zu Konſtantinopel. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Fürſt Nikolaus wünſcht, die Friedensverhandlungen mit der Türkei in Wien zu führen. Die Pforte beſteht auf Konſtantinopel als Verhandlungsort. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Die Pforte lädt die Fürſten von Serbien und Montenegro ein, mit ihr direkt in Friedensverhandlungen einzutreten. Friedensſchluß mit Serbien. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Öſterreich erklärt, es würde in der Abtretung der Žubci oder der Snitorina ſeitens der Türkei an Montenegro eine Provokation Öſterreich-Ungarns erblicken. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Scheitern der Friedensunterhandlungen mit der Türkei. Ablauf des Waffenſtillſtandes. Rotbuch vom Jahre 1877.

— M. Ae. Andraſſy erklärt, vom Standpunkte der öſterreichiſch-ungariſchen Intereſſen könne gegen eine Gebietserweiterung Montenegros ein Bedenken nicht erhoben werden. **10,** 228.

Montenegro.

— Der Ausſchußbericht (Berichterſtatter Ruß) verweiſt auf die durch den Berliner Vertrag geſchaffene Unabhängigkeit Montenegros. **11,** 356 (A. B.).

— Verhandlungen über die Abtretung von Dulcigno ſeitens der Türkei an Montenegro. Rotbuch vom Jahre 1880.

— Verhandlungen über eine Flottendemonſtration der Großmächte in Dulcigno gegen die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1880.

— Verhandlungen bezüglich der türkiſch-montenegriniſchen Grenze (Artikel XXVIII des Berliner Vertrags). Rotbücher der Jahre 1879 bis 1881; ferner **13,** 48; **14,** 25 (A. B.).

— Die Konnivenz der Bewohner Montenegros hat Öſterreich-Ungarn große Schwierigkeiten bei der Niederwerfung des Aufſtandes im Okkupationsgebiete bereitet; es haben tatſächlich Ermunterungen des Aufſtandes und hinterliſtige Einwirkungen von Seite einzelner Bewohner ſtattgefunden, aber dieſelben können in keiner Weiſe auf die Regierung zurückgeführt werden. Die allgemeinen Beziehungen mit dem Fürſten ſind gut. In ſeiner Reiſe nach Petersburg iſt keinerlei feindſeliger Akt gegen Öſterreich zu erblicken. Rückkehr von Flüchtlingen aus Montenegro in das Okkupationsgebiet. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausſchuſſe, 9. November 1882.

— Die Regierung hebt die vollkommen loyale und korrekte Haltung des Fürſten und der Regierung hervor. **15,** 40 (A. B.).

— Beſchwerde gegen Montenegro wegen Unterſtützung der Inſurgenten während des bosniſchen Aufſtandes. **17,** 95 (A. B.).

— Preßkonflikt mit Montenegro. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausſchuſſe, 4. Dezember 1899.

— ſ. auch Diplomatiſche Auslagen, Handelsverträge Rotbücher.

Monterey, ſ. Konſulate.

Montevideo, ſ. Konſulate.

Montreal, ſ. Konſulate.

Monturšgeld, ſ. Marine.

Monturwesen.

Fertigſtellung des Monturkommiſſionsgebäudes in Brünn **1,** 195.

— Reform der Monturskommiſſionen. Expoſé zum Budget 1869 und 1870.

— Minoritätsberichterſtatter Rechbauer hält eine Monturkommiſſionsinſpektion für überflüſſig. **3,** 92.

— Kan. Kuhn weiſt auf die Notwendigkeit hin, daß ein Monturskommiſſär den größten Teil des Jahres auf Reiſen zubringe, um die Inſpizierung zu beſorgen. **3,** 103.

— Aufbeſſerung des Bekleidungsſtandes der präſenten Mannſchaft. **6,** 149.

— Standesregelung der Monturverwaltungsanſtalten. Budget 1881 u. **13,** 90 (A. B.).

Digitized by Google

Monturwesen.

— Interpellation Walz, betreffend die direkte Vergebung der Bauleistungen für den projektierten Neubau eines Monturdepots in Göfting bei Graz an die einzelnen Offerenten. **40**, 85.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **80**, 535.

— ſ. auch Lieferungswesen 3.

Moskau, ſ. Konſulate, Krönungsfeierlichkeiten.

Münze, klingende, ſ. Äußeres (Budget pro 1872).

Münzbewertungsdifferenz, ſ. Währung.

Münzwesen, ſ. Währung.

Mürzſteg, ſ. Türkei 6.

Munition, ſ. Waffenwesen 4.

Muſterlager, ſ. Handelspolitiſche Fragen.

Mytilene, ſ. Konſulate.

N.

Nachlaßvermögen, ſ. Italien.

Nachrufe:

Des Berichterſtatters Büllerſtorf und des Präſidenten Schmerling Anton für den verſtorbenen Vizeadmiral Tegetthoff. **4**, 180.

— Des Präſidenten Schmerling Anton, ſowie des Berichterſtatters Plener Ernſt und der Delegierten Häbner Alex. und Magg für den verſtorbenen M. Ae. Freiherrn v. Haymerle. **14**, 2, 11, 12, 15.

— Des Präſidenten Chlumecký für den verſtorbenen Delegierten Dr. Johann v. Demel. **28**, 4.

— Des Präſidenten Windiſch-Graetz anläßlich des Ablebens Anton Ritter v. Schmerlings. **29**, 3.

— Des Präſidenten Chlumecký für den verſtorbenen Km. Freiherrn v. Bauer. **30**, 3.

— Des Präſidenten Chlumecký aus Anlaß des Ablebens des Delegierten Klun. **32**, 9.

— Des Präſidenten Thun aus Anlaß des Ablebens des Mk. Sterneck. **33**, 163.

(Danksagung des Vizeadmirals Spaun und der Witwe des Admirals Sterneck für die Teilnahmskundgebung der Delegation. **33**, 243.)

— Des Präſidenten Jaworski anläßlich des Ablebens Dumbas. **36**, 7.

— Des Präſidenten Gautſch anläßlich des Ablebens des gemeinſamen Finanzminiſters v. Kállay. **39**, 7.

— Des Präſidenten Gautſch anläßlich des Ablebens der Gemalin des Mk. Spaun. **39**, 181.

Nachtmahl, ſ. Mannſchaftskoſt.

Nachtragskredite.

Der Budgetausſchuß hebt hervor, daß es nicht angehe, einen Nachtragskredit für ein Jahr in Anſpruch zu nehmen und zu bewilligen, bezüglich deſſen ſogar die geſetzliche Gebarungsperiode ſchon abgelaufen iſt. **10**, 72.

— Reſolution, betreffend die Zuläſſigkeit von Nachtragskrediten und Kreditüberſchreitungen. (Angenommen.) **10**, 360, 369.

— Vorbehalte von Nachtragskrediten ſind bei jedem richtigen Voranſchlage unzuläſſig, unvermeidliche Überſchreitungen ſind durch Erſparniſſe aus den bewilligten Bireménts zu bedecken. **11**, 93. (A. B.)

— Beſchluß der Delegationen über den Vorgang bei Bewilligung eines Nachtragskredites oder der Indemnität. **11**, 392. (A. B.)

Nagy-Dád, ſ. Pferdewesen.

Namentliche Abſtimmung, ſ. Abſtimmung, namentliche.

Nationalbank, ſ. Valuta.

Nationalitätenverhältniſſe, ſ. Sprachen- und Nationalitätenverhältniſſe.

Naturalverpflegung, ſ. Lieferungswesen 3, Mannſchaftskoſt, Militärverpflegswesen, Subkomitee.

St. Nazaire, ſ. Konſulate.

Neue Freie Preſſe, ſ. Preſſe.

Neugebäude, ſ. Wien.

Neuhäuſel, ſ. Militärunterkünfte 2.

Neutralität.

Neutrale Haltung Öſterreichs anläßlich der Vereinigung Luxemburgs mit Frankreich. Rotbuch Nr. 1.

— Interpellationen Wolfrum und Gableuz, betreffend die Neutraliſierung des Schwarzen Meeres. **3**, 4.

Beantwortet vom Reichskanzler Beuſt. **3**, 8.

— Erklärung Rußlands bezüglich der Neutraliſierung des Schwarzen Meeres Rotbuch Nr. 4.

— Neutralität Belgiens im deutſch-franzöſiſchen Kriege. Rotbuch Nr. 4.

— Neutrale Haltung Öſterreichs im deutſch-franzöſiſchen Kriege. Rotbuch Nr. 4.

— Neutralität der Donau im Kriege der Türkei gegen Serbien und Montenegro. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Neutralität Öſterreich-Ungarns im ruſſiſch-türkiſchen Kriege. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Im Kriege zwiſchen Spanien und den Vereinigten Staaten wird Öſterreich-Ungarn die ſtrengſte Neutralität einhalten. **34**, 56 (A. B.).

— Strengſte Neutralität Öſterreich-Ungarns anläßlich des Krieges zwiſchen England und den ſüdafrikaniſchen Republiken. — Expoſé des M. Ae. Goluchowski im Ausſchuſſe der ungariſchen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Zurückweiſung der Behauptungen von angeblichen Neutralitätsverletzungen ſeitens Öſterreich-Ungarns in dieſem Kriege. — Expoſé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausſchuſſe, 14. Mai 1900.

Digitized by Google

Neutralität.

— Kaftan bezeichnet die Lieferung von Geschützen seitens einer österreichischen Firma für die englische Armee in Südafrika als Verletzung der Neutralität. **36**, 94.

M. Ae. Goluchowski erklärt, eine Regierung könne nicht für Geschäfte verantwortlich gemacht werden, die sich zwischen Privaten abspielen, selbst wenn sich diese Geschäfte auf Artikel beziehen, die zur Kriegskonterbande gehören. **36**, 97.

— Interpellation Iro, betreffend den Bruch der Neutralität Österreichs gegenüber den Buren durch Lieferung von Waffen und sonstiger Konterbande an England. **37**, 9.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **37**, 311.

— Wolf bemängelt es, daß, trotzdem Österreich die Neutralität im Kampfe zwischen Buren und England einzuhalten hatte, Tausende von Pferden aus Ungarn und Kanonen von Skoda in Pilsen an England geliefert wurden. **37**, 229.

— M. Ae. Goluchowski verwahrt sich dagegen, daß durch die während des Burenkrieges erfolgten Pferdeeinkäufe in Ungarn die Neutralität irgendwie verletzt worden sei. Die Käufe erfolgten nicht durch eine englische Kommission, sondern durch einfache Pferdehändler, übrigens sei gar nicht erwiesen, ob Pferde Kriegskonterbande seien und habe auch die Regierung gar kein Recht, sich da einzumischen. **37**, 311.

— M. Ae. Goluchowski erklärt es als nicht zutreffend, daß während des Burenkrieges die Fabrik Skoda Waffen an England geliefert habe. **37**, 311.

— Neutralität der österreichisch-ungarischen Monarchie im Kriege zwischen Japan und Rußland. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Berger Wilhelm ist sehr befriedigt darüber, daß die strikte Neutralität der Mächte im Kriege zwischen Rußland und Japan den Krieg bisher lokalisiert habe. **40**, 25.

— s. auch Kriegskonterbande.

New-York, s. Auswanderungswesen, Konsulate.

Nisch, s. Konsulate.

Nizza, s. Konsulate.

Norddeutscher Bund.

Postvertrag Österreichs mit dem Norddeutschen Bunde. Rotbuch Nr. 1.

— Freundnachbarliches Verhältnis Österreichs zum Norddeutschen Bunde. Rotbuch Nr. 2.

— s. auch Diplomatische Auslagen.

Nordschleswig.

Versöhnlicher Geist Österreichs in der nordschleswigschen Frage gegenüber Preußen. Rotbuch Nr. 1.

— Ausführung des Artikels V des Prager Friedens. Rotbuch Nr. 2.

Normalfriedensbudget, s. Friedensbudget.

Nowoselitza, s. Konsulate.

O.

Oberndorf.

Petition der Stadtgemeindevorstehung Oberndorf (Salzburg) um Abhilfe gegen fortwährende Überschwemmungsgefahr. **29**, 243.

Oberste, s. Gagen.

Oberster Rechnungshof, s. Rechnungshof.

Öl.

Interpellation Zaffron, betreffend den Schutz der einheimischen Olivenölproduktion gegen fremdländische Konkurrenz bei Abschluß der neuen Handelsverträge. **40**, 14.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **40**, 534.

Ofen, Spital, s. Militärsanitätswesen 2.

Offiziere.

Demel Johann wünscht, daß bei Offiziersernennungen mit vollster Parität für alle Konfessionen vorgegangen werde. **20**, 15.

— Pacák wendet sich gegen die Aufnahme von Ausländern in das Offizierskorps. **31**, 244.

— Interpellation Wassilko Nikolaj, betreffend Übergriffe von Husarenoffizieren in der Bukowina. **37**, 511.

— Interpellation Sylvester, Kleewein, betreffend eine das Ansehen des Offizierskorps schädigende Verlautbarung der Wiener „Reichspost" vom 5. April 1902. **38**, 275.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 393.

— Kaiser August betont, die von Ungarn verlangte soweit gehende Scheidung des Offizierskorps in ein österreichisches und ein ungarisches sei der erste Schritt, der dazu führen müsse, daß unsere heutige gemeinsame Armee verschwinde. **39**, 549.

— s. auch Präsenzstand, Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse 1.

Offiziersdiener, s. Beamte und Diener.

Offiziers- und Militärbeamtenverein, s. Vereine.

Offizierstöchterinstitut, Hernalser, s. Militärbildungswesen.

Okkupation, Okkupationskredit, s. Bosnien und Hercegovina. 1. 3.

Oldenburg, s. Diplomatische Auslagen.

Olmütz, s. Festungswerke. 3.

Oporto, s. Konsulate.

Ordnungsrufe, s. Geschäftsordnung 27/b.

Organisation.*)

— des Landheeres. Resolution des Berichterstatters Demel, betreffend die Notwendigkeit einer entsprechenden Reorganisation. (Angenommen.) **1**, 113.

*) Diese Rubrik hängt mit der Rubrik „Präsenzstand" zusammen siehe daher auch dort.

Digitized by Google

Organisation.

— Reformen in der Armee im allgemeinen. **1**, 71, 113, 115.

— Reformen in der Organisation der höheren Militärbehörden. — Exposé zum Budget 1869 und 1870.

— Kmn. Kuhn macht Mitteilung über die Errichtung von 5. und 6. Bataillons. **1**, 322, 368.

— Vorlage, betreffend die Verlegung der Truppen in ihre Ergänzungsbezirke. **3**, 161, 488—508.

— Berichterstatter Banhans beantragt die Annahme der Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die vorherige Einholung der Genehmigung der Delegationen zu eventuellen Reorganisationen einer oder mehrerer Armeebranchen, insoweit hiezu höhere Dotationen erforderlich sind. (Angenommen.) **3**, 562.

— Berichterstatter Banhans beantragt die Annahme der Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Vorlage der zur endgiltigen Durchführung der Truppendislozierung erforderlichen Verfügungen und Kosten. (Angenommen.) **3**, 566 (Dieselbe erfolgt nach Maßgabe der verfügbaren Geldmittel Exposé zum Budget pro 1872.)

— Sturm bedauert, daß die Delegation nur einen geringen Einblick in die Organisation der Armee habe. **4**, 64.

— Km. Kuhn betont, die Organisation der Armee sei ein Recht der Krone, die Delegation könne nur das Geld dafür bewilligen oder verweigern. **4**, 146.

— Reorganisation der Jägertruppe, s. Heeresordinarium 1881 u. **13**, 88. (A. B.).

— Sturm tritt für eine Reorganisation des Heeres ein. **15**, 13.

— Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, im Okkupationsgebiete höhere Stände zu garnisonieren, erklärt die Regierung, daß eine andere Organisation der österreichisch-ungarischen Wehrkraft werde Platz greifen müssen, insbesondere auch, weil die Aktionsfähigkeit der Armee kraft ihrer bisherigen wehrgesetzlichen Organisation von der Kompletierung der schwachen Friedensstände durch die Reservisten abhänge. **15**, 42 (A. B.)

— Heilsberg hebt die finanziellen Folgen hervor, die eine durch die Okkupation veranlaßte Änderung der Heeresorganisation mit sich bringen müßte. **16**, 8.

— Umwandlung der Militärterritorialbehörden in Korpskommanden und Vermehrung der Traintruppe um 2 Traincskadronen und 2 Parkkadres für das 14. und 15. Korps. Reorganisation der Infanterie in 102 Infanterieregimenter zu je 4 Bataillons, 1 Ersatzbataillonskader und 1 Ergänzungsbezirkskommando. Errichtung eines Eisenbahn- und Telegraphenregiments. Begründung zum Budget 1883 u. **17**, 10, 27. (A. B.)

— Der Budgetausschuß spricht anläßlich der Reorganisation der Genietruppe die Erwartung aus, daß das Kriegsministerium künftig bei größeren Organisationen und Verwaltungsreformen eine ausführliche Begründung sowie eine übersichtliche Darstellung des Gesamterfordernisses den Delegationen vorlegen werde. **28**, 114 (A. B.).

— Maßnahmen zum weiteren Ausbaue der Heeresorganisation durch Vermehrung des Offizierstandes (um 2 Generale, 33 Stabsoffiziere, 46 Hauptleute, 353 Subalternoffiziere), Stärkung des Mannschafts- und Pferdestandes, neue Formationen und Umgestaltung bestehender Formationen

Organisation.

sowie endlich durch Verbesserungen in der Organisation, Ausbildung und Ausrüstung. Begründung zum Budget 1894, dann **29**, 121 (A. B.).

— Maßnahmen zur weiteren Ausgestaltung der Wehrmacht. Begründung zum Budget 1895 u. **30**, 243 (A. B.)

— Herold betont die Notwendigkeit einer Reform des inneren Dienstes in der Armee, welche den modernen Anschauungen über die Armee entspricht und die Armee selbst zu einer volkstümlicheren Institution machen soll. Er verweist unter anderem auf die Militärstrafprozeßordnung, durch welche die Armee ihres volkstümlichen bürgerlichen Charakters beraubt wird. **38**, 296.

— s. auch Marine.

Orientalische Akademie, s. Akademie, orientalische.

Orientalische Frage.*)

Die von England vorgeschlagene europäische Konferenz zur Festsetzung der Friedensbedingungen und Pazifizierung des Orients tritt in Konstantinopel zusammen. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Präsident Rechbauer spricht den Wunsch aus, daß von Österreich jede problematische Aktion in der Balkanfrage hintangehalten werden möge. **9**. 2.

— Debatte über die Frage, wie sich Österreich gegenüber den Ereignissen auf dem Balkan zu verhalten habe. **9**, 39—51.

— Europäische Konferenz zu Konstantinopel zur Pazifizierung des Orients. Protokolle der Vorkonferenz. Rotbuch vom Jahre 1876, Anhang zum Protokolle der Konferenz. Rotbuch vom Jahre 1877, Anhang.

— Grenzen der Balkanländer nach dem Präliminarakte von San Stefano und dem Berliner Vertrage. Rotbuch vom Jahre 1878, Beilage.

— Dunajewski verlangt, daß unter dem Schutze der Monarchie am Balkan das individuelle Recht der einzelnen Völkerschaften, die Freiheit und Gleichheit aller Religionen sichergestellt werden. **11**, 193.

— M. Ae. Haymerle erklärt, daß die Monarchie im Orient durchaus nicht die Alleinherrschaft oder einen überwältigenden Einfluß suche, sondern nur das gemeinsame Wirken der europäischen Mächte, unter denen wir unsere berechtigte Stellung als die dem Oriente nächstgelegene und am meisten interessierte Macht einnehmen wollen. **12**, 34.

— Berichterstatter Plener Ernst bezeichnet es als das große Prinzip Österreichs, daß kein Staat im Orient einen größeren Einfluß haben dürfe als die andere Macht. **12**, 39.

— Hübner Alexander empfiehlt den Mächten, sich möglichst wenig in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen; wenn die Mächte nicht wollen, gebe es keine orientalische Frage; Interventionen aus Philantropie haben in der Türkei immer mehr Unheil als Gutes angestiftet. Er verlangt schleunige Vertagung der orientalischen Frage auf unbestimmte Zeit und bezeichnet diese Vertagung als ein europäisches Bedürfnis. Er plaidiert für ein einmütiges Zusammenwirken der österreichisch-unga-

*) In dieser Rubrik ist nur ganz Allgemeines enthalten; Ergänzungen dazu s. bei „Äußere Politik", „Albanien", „Berliner Kongreß", „Bosnien", „Bulgarien", „England", „Frankreich", „Griechenland", „Montenegro", „Rotbuch", „Rumänien", „Rußland", „Serbien", „Türkei".

Digitized by Google

Orientalische Frage.

rischen und der russischen Regierung zur Vertagung der orientalischen Frage und zur Abwehr der von Frankreich drohenden Gefahr. **13**, 12; **14**, 12.

— Demel Johann hält eine Vertagung der orientalischen Frage für unmöglich. **13**, 24.

— Berichterstatter Plener Ernst erklärt, daß es nicht mehr im Belieben eines einzelnen oder mehrerer Kabinette gelegen sei, die orientalische Frage dauernd aus der Welt zu schaffen; im Oriente liege trotz des Berliners Vertrages noch eine Reihe ungelöster Schwierigkeiten, in denen die Quelle aller weiteren europäischen politischen und selbst kriegerischen Kombinationen enthalten sei. In der Orientpolitik Englands sei die richtige politische Erkenntnis gelegen. **13**, 31.

— Berichterstatter Plener Ernst bezeichnet es als die Aufgabe der Orientpolitik, die absichtlich unrichtig verbreitete Interpretation unserer Absichten, als ob wir im Oriente immer nur auf weitere Gebietserweiterungen sinnen und ein geschworener Feind der Unabhängigkeit der Balkanvölker seien, zu widerlegen. Die Regierung möge die feste Stellung, die sie durch ihr Verhältnis zum Deutschen Reiche besitzt, ausnützen und im Oriente das Mißtrauen durch eine loyale und energische Politik zu zerstreuen versuchen. **13**, 34.

— M. Ae. Haymerle gibt der Überzeugung Ausdruck, daß es im europäischen Interesse und im Interesse der Völkerschaften der Balkanhalbinsel liege, Komplikationen zu vermeiden und in der orientalischen Frage jede Überstürzung hintanzuhalten. **13**, 35.

— M. Ae. Haymerle bezeichnet es als das Ziel der Orientpolitik, das Gleichgewicht zwischen den Bevölkerungen auf der Balkanhalbinsel sowie das Gleichgewicht des Einflusses der europäischen Mächte dortselbst zu erhalten. Die Regierung wünsche, mit den Nachbarstaaten auf dem Balkan die freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen; die Monarchie könne dies um so mehr, als es sich zunächst um Nationalitäten handle, die in ihr bereits vertreten sind; es sei die beste Politik, in Freundschaft mit den Nachbarstaaten an der Entwicklung der gemeinsamen Wohlfahrt zu arbeiten. **13**, 37.

— Übereinstimmung der österreichisch-ungarischen und deutschen Regierung in Bezug auf die orientalische Politik (Äußerung des Ministers des Äußern). **13**, 50 (A. B.).

— Klaić tritt dafür ein, daß der Balkan den unabhängigen Balkanvölkern bleibe und daß diese die einstmaligen Erben der Türkei seien. **13**, 70.

— Berichterstatter Plener Ernst hebt hervor, daß M. Ae. Haymerle der einzige unter der Leitern der europäischen Kabinette war, der dem ungeklärten Vorbringen der englischen Regierung auf weitere Ausdehnung der Flottendemonstration Halt gebot; er betont die Wichtigkeit eines vertrauensvollen Hinneigens der zu einem selbständigen Staatsleben noch nicht fähigen Volkerschaften zu Österreich. **14**, 15.

— Berichterstatter Plener Ernst konstatiert, daß der Ausschuß den Eindruck gewonnen habe, daß die Regierung bestrebt sei, die weitere Entwicklung der orientalischen Dinge möglichst auf friedlichen Bahnen zu erhalten und unsere handelspolitische Stellung im Orient zu befestigen und zu erweitern. **14**, 26 (A. B.).

— Scharschmid begrüßt den konservativen Zug der Orientpolitik der Regierung, als seinen Anschauungen entsprechend; von dem friedfertigen Charakter unserer Orientpolitik sei auch

Orientalische Frage.

eine dauernd günstige Gestaltung unserer Beziehungen zu allen Mächten zu erwarten. **14**, 82.

— Klaić verlangt, daß Österreich den aufstrebenden und wirklich lebensfähigen christlichen Staaten auf der Balkanhalbinsel ein Freund und Beschützer, nicht ein Nebenbuhler sein möge. **16**, 12.

— Wahrung des durch den Berliner Vertrag im östlichen Teile Europas geschaffenen Rechtszustandes. — Das durch die Drei-Kaiser-Begegnung zu Skiernievice neugekräftigte Freundschaftsverhältnis bewahrt eine der wichtigsten Grenzen des Reiches vor Beunruhigung und Störungen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 4. November 1884.

— Eine ethnographische Grenze zwischen den Balkanstaaten ist nicht herzustellen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 7. November 1885.

— Die passive Haltung der Pforte gegenüber den Ereignissen auf dem Balkan dürfte den Mächten noch manche Sorge bereiten. — Exposé des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Die österreichisch-ungarische Politik strebt keine Expansion und überhaupt nichts an, was sich nicht vollkommen mit den europäischen Verträgen deckt. Wir haben den Vorteil, mit Partikularinteressen nicht hervortreten zu müssen, denn, solange der Berliner Vertrag besteht, finden wir unsere Interessen in demselben vollkommen gewahrt. Und es ist und demgemäß, wenn wir in die Lage kämen, zum Schutze des Berliner Vertrages einzutreten, die Sympathie und Mitwirkung aller jener Mächte gesichert, welche die europäischen Verträge zu schützen gewillt sind. — Exposé des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Unserer konservierenden Politik entspricht es, wenn wir anstreben, daß die Staaten und Staatsgebilde am Balkan, welche die Berliner Vertragsmächte geschaffen oder deren Stellung sie geregelt haben, sich auf den ihnen gegebenen Grundlagen immer mehr zu selbständigen, aufblühenden und wohlhabenden Individualitäten herausbilden. Nicht an uns war es gelegen, daß diese friedliche Entwicklung unterbrochen wurde. — Exposé des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Der Minister ist überzeugt, daß sein Programm, wenn es dazu käme, daß wir für dasselbe im Orient entschieden eintreten müßten, Freunde und Unterstützer finden würde, denn es ist ein Programm, welches jede Vertragsmacht mit unterschreiben kann. — Exposé des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1885.

— Gegenüber den tendenziösen Unterstellungen von dem sogenannten „Vormarsch auf Salonichi" erklärt der Minister, daß weder er noch die k. und k. Regierung zu irgend einer Zeit daran gedacht habe, unser Machtgebiet auf der Balkanhalbinsel zu erweitern. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

— Demel Johann betont, das auswärtige Amt verfolge die sorgfältige Ausnützung der Verhältnisse am Balkan, entsprechend dem Bündnisse mit Deutschland und Italien, und verdiene die Anerkennung der Delegation, die auch seitens der früheren Opposition zum Ausdrucke gebracht wurde. **26**, 174.

— Rieger bezeichnet als besonders wichtig für Österreich das Verhältnis zu den Balkanstaaten. Unsere Erfolge in den Balkanstaaten seien keineswegs sehr befriedigend. In Rumänien

Digitized by Google

Orientalische Frage.

haben wir den ganzen Markt verloren und haben auch in politischer Beziehung keinen Einfluß. In Serbien sei die Sache noch schlimmer und, was Bulgarien betreffe, seien die Zustände dort sehr gespannt. Unsere geringen Erfolge am Balkan seien wesentlich der Behandlung der handelspolitischen Fragen zuzuschreiben. In dieser Beziehung bestehen aber für das auswärtige Amt sehr heikle Kompetenzschwierigkeiten. **26**, 176.

— Fortschritt in der Konsolidierung der Balkanstaaten. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

— Eim meint, nur durch eine Neutralisierung der Balkanhalbinsel würde die Monarchie von dem Alp der Orientfrage befreit werden. **28**, 24.

— In den orientalischen Fragen hat sich eine gewisse Beruhigung eingestellt. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 3. Juni 1893.

— Die Lage ist beruhigt, daher war zu einer besonderen Erwähnung der Balkanstaaten in der allerhöchsten Ansprache kein Anlaß. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 3. Juni 1893.

— M. Ae. Kálnoky erklärt, seine Orientpolitik sei eine bis zur äußersten Möglichkeit versöhnliche und passive. Die Balkanstaaten müssen ihre Selbständigkeit bewahren und dürfen nicht unter die Abhängigkeit irgend einer Großmacht kommen. **28**, 46.

— Masaryk fragt den Minister des Äußern, ob in Bezug auf die Balkanländer mit Rußland bestimmte Abmachungen stattgefunden haben. **29**, 21.

— Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse der Balkanstaaten. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Wir sind mit unserem Besitzstand vollkommen zufrieden und aspirieren gewiß nicht eine Erweiterung desselben. Wir erwarten aber von unseren Nachbarn jenes Maß von Achtung und von freundschaftlichem Entgegenkommen, welches gegenseitiges Vertrauen erweckt und welches wir als die älteren in der Völkerfamilie von den jüngeren Sprossen zu beanspruchen berechtigt sind. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Bei einer Teilung der Interessensphären müßte man zugeben, daß in einem Teile der Balkanländer die eine Macht nach Willkür schalte und walte, wogegen man sich gleiche Freiheit in dem anderen Teile vorbehielte. Das aber ist es eben, was wir nicht wollen. Wir wollen die Selbständigkeit und die friedliche, freie Entwicklung dieser Länder, ohne daß irgend ein Einfluß, wäre es auch der unsere, sich an Stelle ihrer Selbstbestimmung setze. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Kaftan wünscht auf der Balkanhalbinsel eine volkstümliche, den südslawischen Völkern wohlwollende österreichische Politik im Einvernehmen mit Rußland. **31**, 17.

— Frage der türkischen Reformen. Vorschläge der Botschafter in Konstantinopel. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Zusammenwirken mit dem Pariser Kabinett während der orientalischen Krise. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

Orientalische Frage.

— Es ist den Balkanstaaten nachzurühmen, daß sie während der jüngsten Krise die Mahnungen und Ratschläge der Mächte entsprechend beherzigt haben, und dieses Verdienst muß ihnen zu gute geschrieben werden. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Die Auffassung wäre irrig, als ob Österreich-Ungarn in den Balkanstaaten überhaupt auf jeden Einfluß verzichtet hätte. Einen natürlichen Einfluß werde die Monarchie vermöge ihrer wirtschaftlichen Beziehungen und ihrer geographischen Lage dort stets ausüben, aber sie wolle sich nicht in die inneren politischen Verhältnisse mischen und dasselbe gelte von Rußland. Das Bestreben, die Großmächte für Parteiinteressen zu gewinnen und zum eigenen Vorteile gegeneinander auszuspielen, besteht viel eher in den Balkanländern selbst, als eine Geneigtheit bei den Großmächten, darauf einzugehen. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 23. November 1897.

— Kramář betont, daß durch die neue Weltpolitik die Orientpolitik viel unbedeutender geworden sei, weil der Interessengegensatz der Mächte auf dem Balkan geringer wurde. — Er konstatiert einen Mißerfolg der österreichischen Politik auf dem Balkan. **32**, 12.

— Wurmbrand glaubt, daß die Interessen Österreichs und Rußlands am Balkan kollidieren könnten, während die Interessen des Dreibundes, also auch Deutschlands, mit unseren Interessen im Oriente nicht kollidieren. Die größte Garantie des Friedens sei eine vollständige Übereinstimmung der Mächte über die Zukunft des Balkans. **32**, 18.

— Gessmann spricht den Effekt der auswärtigen Politik Österreichs dahin, daß unsere Einflußsphäre in den Balkanstaaten immer mehr eingeengt wird, daß wir politisch und wirtschaftlich in diesen Ländern immer mehr zurückgedrängt werden. **32**, 20.

— Baeuerther glaubt, daß nebst anderen Ursachen auch die wirtschaftlichen Sünden, die von außen in den Balkan hineingetragen wurden, in der Türkei, Bulgarien und Serbien die Situation für Österreich ungünstig gestaltet haben. **32**, 28.

— Schwarz bezeichnet die strengen Worte, welche Minister Goluchowski an die Türkei gerichtet habe, als Zeichen, daß von dorther noch immer Gefahr drohe. Die Dreibundpolitik, ursprünglich gegen Frankreich zielend, habe inzwischen eine Wandlung erfahren, als sie heute dem Oriente zugewendet sei. **32**, 31.

— Jaleski ist wegen der unsicheren Zustände in der Türkei nicht unbesorgt und wünscht lebhaftest, daß es den einmütigen Bemühungen der Mächte gelingen möge, der christlichen Bevölkerung in der Türkei dauernden Schutz zu Teil werden zu lassen. Mit Befriedigung erfüllt ihn die Versicherung Goluchowskis, daß die Unabhängigkeit der Balkanländer auch weiterhin ein Hauptprogrammpunkt unserer Orientpolitik bleiben werde. **32**, 33.

— Bazyński findet eine Bürgschaft des Friedens in dem Festhalten der österreichisch-ungarischen Politik an dem Grundsatze: „Der Balkan den Balkanstaaten“. **32**, 37.

— Die österreichische Delegation gibt der patriotischen Befriedigung darüber Ausdruck, daß es gerade die Initiative Österreich-Ungarns war, durch welche vielleicht schwere Verwicklungen im türkischen Reiche hintangehalten wurden. **32**, 45 (A. B.).

Digitized by Google

Orientalische Frage.

— Berichterstatter Dumba anerkennt das bleibende Verdienst Goluchowskis, die Verständigung mit Rußland zu Stande gebracht und dadurch friedliche Zustände am Balkan gesichert zu haben. **33**, 15.

— Kaftan hält es für zu vertrauensselig, auf den langen Bestand des europäischen Konzertes im Orient zu feste Hoffnungen zu setzen und würde das längere Verweilen Österreichs in den kretensischen Gewässern für gefährlich halten, wenn sich nicht in diesem Jahre die Annäherung an Rußland vollzogen hätte. Der Dreibund habe durch diese entente cordiale seine gefährliche Spitze gegen die Slawen verloren. **33**, 17.

— Dzieduszycki leitet aus den Traditionen der Monarchie den Charakter ihrer orientalischen Politik ab, die immer den Frieden auf der Balkanhalbinsel bezweckte. **33**, 35.

— Der Ausschuß begrüßt die Aufgehaltung unseres freundschaftlichen Verhältnisses zu Rußland. Beide Reiche wünschen die Aufrechterhaltung des status quo in der Türkei, weisen jeden Eroberungsgedanken am Balkan zurück. Nur die ernste Warnung Österreich-Ungarns und Rußlands an die Balkanstaaten habe ein Umsichgreifen des von Griechenland heraufbeschworenen Konfliktes mit der Türkei verhindert. **33**, 49 (A. B.).

— In Serbien, in Bulgarien kommen ab und zu noch manche Unruhen, manche Ausbrüche chauvinistischer Anwandlungen zum Vorschein, welche unserer Aufmerksamkeit nicht entgehen dürfen. Dieselben haben aber mehr den Charakter interner Krankheitserscheinungen und, so bedauerlich sie auch sein mögen, muß man sie als das fast unvermeidliche Erbteil aller jüngeren Staatswesen betrachten, demgegenüber ein gewisses Maß von Nachsicht insolange obwalten kann, als sich daraus keinerlei Übergriffe und Störungen auf internationalem Boden ergeben. Diese Grenze aber darf nicht überschritten werden. Dafür sorgt die Verständigung, zu der Rußland in so entgegenkommender Weise uns die Hand geboten hat. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Kaftan führt aus, daß bezüglich Kretas die Interessen Österreichs und Rußlands als Balkan- und Mittelmeermächte parallel gingen und daß Österreich durch Ausharren in Kreta sein Ansehen gehoben und seinem Handel in der Levante genützt hätte. Das Interesse Österreichs und Rußlands erheische die kräftigste Förderung der Entwicklung Serbiens und Bulgariens. **34**, 29.

— Hochenburger betont, es existieren, während es bis vor kurzem nur eine einzige orientalische Frage gab, heute gleich drei solche Fragen, zu denen sich vielleicht in nächster Zukunft noch eine vierte gesellen könne: Die türkische, die indische und chinesische Frage. Es bereite sich da ein Ringen zweier Weltmächte, Rußlands und Englands, vor. Falls es zu diesem Kampfe komme, werde dem Dreibunde eine wichtige, bis zu einem gewissen Punkte die entscheidende Aufgabe zufallen. **34**, 42.

— Kramář weist darauf hin, daß in der Balkanpolitik die Interessen der Dreibundmächte nicht dieselben seien, den besten Beweis gebe die Kretafrage. Unrichtig sei, was bisher als Axiom galt, daß Deutschland an der Orientpolitik kein Interesse habe. **34**, 73.

— Berichterstatter Dumba erklärt als den Beruf der Politik Österreich-Ungarns, die Balkanstaaten sich in ihrer Autonomie

Orientalische Frage.

und in volkswirtschaftlicher Beziehung frei entwickeln zu lassen. Es dürfe aber in die inneren Verhältnisse dieser Länder nicht eingegriffen werden. **34**, 93.

— Die unfreundlichen Symptome, die seit einiger Zeit auf dem Balkan zahlreicher zum Vorschein kommen, mahnen zu erhöhter Wachsamkeit. So wenig wir zu Abenteuern Lust verspüren oder an eine Erweiterung unseres Besitzstandes denken, so wenig könnten wir solche Aussichtslage gegen die bestehende politische Ordnung oder solche Verschiebungen zugeben, die eine Schädigung unserer vitalen Interessen oder gar eine Bedrohung unserer Machtstellung für die Zukunft involvieren würden. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation. 22. Mai 1901.

— Pacák tadelt die österreichische Orientpolitik, welche Milan protegiere und die Sympathien der slawischen Völker auf dem Balkan sich entfremde. **36**, 55.

— Es käme einer willkürlichen Selbsttäuschung gleich, wollte man sich der Erkenntnis verschließen, daß die Zustände im klassischen Wetterwinkel unaufhörlich viel zu wünschen übrig lassen. Auch im letztverflossenen Jahre hat sich da nichts zum Besseren gewendet und stehen der stete zunehmenden Wühlarbeit der revolutionären Komitees noch immer höchst unerquickliche Verwaltungsverhältnisse auf türkischer Seite gegenüber — zwei Tatsachen, die jeden Augenblick die ungemütlichsten Erscheinungen zeitigen können. — Die Verhältnisse auf dem Balkan erheischen eine besonders konsequente und übereinstimmende Behandlung seitens der beiden an den dortigen Vorgängen zunächst interessierten Kabinette von Wien und Petersburg, um nicht eines schönen Tages zu einer förmlichen Katastrophe zu führen. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Unruhen in den makedonischen Vilajets, Verhalten der Nachbarstaaten. — Serbien und Bulgarien müssen vor allem bemüht sein, ihre turbulenten Elemente im Zaume zu halten, um ja nicht durch lässige Handhabung der gebotenen Kontrolle in den Verdacht strafbarer Komplizität zu geraten. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Allerdings könne der status quo nicht das Ziel einer Politik auf unbestimmte Zeit sein. Man erhält die bestehenden Zustände so lange es geht. Sollten aber — unabhängig von unserem Willen — Ereignisse eintreten, die eine andere Politik notwendig machen, so werde gerade das intime Verhältnis mit Rußland es ermöglichen, eine beiden Teilen möglichst günstige Lösung zu finden. Heute schon vorauszusehen, was geschehen werde und zu welchen Mitteln man werde greifen müssen, sei allerdings nicht möglich. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Kaftan betont, die österreichische Balkanpolitik bewege sich nicht im richtigen Geleise, weil sie ihre Sympathien nur den Dynastien und nicht den Völkern auf der Balkanhalbinsel zuwende. **37**, 218.

— Kozlowski konstatiert mit Genugtuung die gesunde Richtung der österreichischen Orientpolitik im Exposé des Ministers und bezeichnet als unveränderliche Ziele dieser Politik die Ausschließung jedes einseitigen Protektorates am Balkan, die Zerstreuung jeden Verdachtes einer Eroberungspolitik von Seite Österreichs und die Erhaltung des Prestiges der Monarchie unter Wahrung der Selbständigkeit der Balkanstaaten. **37**, 227.

Digitized by Google

Orientalische Frage.

— Schönborn ist der Ansicht, daß ein großserbisches Reich eine unangenehme Attraktionskraft auf alles, was in der Monarchie serbisch, ausüben müßte, nicht nur in den Okkupationsländern, sondern auch in Ungarn und Dalmatien. Das könne keine österreichische Politik sein. **37**, 285.

— Kramář wendet sich gegen die Idee einer großserbischen Politik, welche mit der Okkupation Bosniens und der Hercegovina unvereinbar sei und bezeichnet als Programm unserer Orientpolitik die loyale freundschaftliche Politik zu allen Balkanländern, die Wahrung ihrer Individualität und die Unterstützung der Reformen in den Ländern, wo Christen unter türkischer Herrschaft wohnen. **37**, 301.

— Barwiński anerkennt den Ernst und Nachdruck, womit der Minister des Äußern vor Illusionen in der Richtung warnte, daß das österreichisch-russische Abkommen in den Balkanfragen eine absolute Garantie für die friedliche Lösung derselben bilde. **37**, 307.

— Wassilko Nikolaj ist der Ansicht, daß wenn die zwischen Rußland und Österreich bestehende Entente auf ausreichender Basis ausgestattet würde, die Gewähr geboten wäre für eine ruhige Entwicklung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel, für eine Entwicklung, welche den Einfluß Deutschlands in Konstantinopel paralysieren würde. **37**, 308.

— Kaftan empfiehlt eine volkstümliche, den südslawischen Völkern wohlwollende österreichische Politik im illyrischen Dreieck. Eine solche Politik auf dem Balkan würde uns auch Rußland näher bringen. **38**, 24.

— Dzieduszycki bemerkt, es erscheine geboten, vielleicht besonders in Pest, sich daran zu erinnern, daß auch unsere innere Nationalitätenpolitik dahin gerichtet sein soll, Sympathien bei den Balkanvölkern wachzurufen. **38**, 28.

— Parish will die Erhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel nicht so aufgefaßt wissen, daß die dortige Bevölkerung eventuell in überlebte, unhaltbare Verhältnisse hineingezwängt werden soll. **38**, 37.

— Groß Gustav führt aus, eigentlich sei es nichts anderes als das Anstreben unserer Stellung auf dem Balkan gewesen, was uns dort Frieden geschaffen hat. Der Liquidationsprozeß der Türkei berge auch für uns die verschiedensten Gefahren in sich, indem die Staaten, die sich dort auf den Trümmern der Türkei bilden, durch ihre Stammesverwandschaft mit manchen unserer Völkerschaften uns nicht nur von außen, sondern auch im Innern gefährlich werden können. **38**, 42.

— Bulović erklärt, unsere Balkanpolitik sei, soweit sie überhaupt positive Regungen enthält, eigentlich eine antislawische und dürfte sich sehr bald als selbstmörderisch, jedenfalls aber als resultatlos erweisen. Unsere Balkanpolitik muß aber eine slawische sein, eine solche Politik, welche dem Interesse der österreichischen Monarchie und ihrer slawischen Völker entspricht. **38**, 131.

— Berichterstatter Bacquehem bemerkt: Wenn die Versuche seitens gewisser unruhiger Elemente am Balkan nicht aufgegeben werden, die Aufmerksamkeit Europas auf sich zu lenken, wenn vergebliche Versuche unternommen werden, Mißtrauen zwischen den beiden Mächten, welche sich zu einem einvernehmlichen Vorgang im Jahre 1897 geeinigt haben, zu erzeugen, so liegt der Grund in der Begehrlichkeit gewisser Elemente auf dem Balkan, welche gern im Trüben fischen, welche sich noch nicht daran gewöhnen können, daß Österreich-Ungarn und Rußland einvernehmlich vorgehen. **38**, 163.

Orientalische Frage.

— Verdienstliches Verhalten Rumäniens gegenüber den Balkanwirren. — Exposé des M. A. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

— Deutschland unterstützt die Reformaktion der Ententemächte, Österreich-Ungarn und Rußland, auf dem Balkan. — M. A. Gołuchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Kramář erklärt, er sei ein Gegner einer Eroberungspolitik auf dem Balkan. **39**, 242.

— Fort betont, die Rüstungen Österreichs lassen keine andere Deutung zu, als die, daß die Aktion, an der Österreich auf der Balkanhalbinsel teilnimmt, sich in einen blutigen Waffengang umzuwandeln drohe. **40**, 17.

— Berichterstatter Bacquehem tritt der in der Debatte geäußerten Ansicht entgegen, daß eine Intervention der Monarchie auf dem Balkan kaum mehr zu vermeiden sein wird. **40**, 56.

Ostasien.

Beteiligung Österreichs am ostasiatischen Verkehre. Rotbuch Nr. 6.

— Kaftan fragt den Minister des Äußern über die Stellung der Monarchie in der ostasiatischen Frage (Krieg zwischen China und Japan). **31**, 16.

— Anläßlich der Entsendung des Schiffes „Kaiser Franz Joseph I." nach Ostasien zur Installierung des neuernannten Gesandten und bevollmächtigten Ministers für China im Jahre 1897 wird ein Nachtragskredit zum Marinebudget angesprochen. Budget 1898.

— s. auch China, Handelspolitische Fragen, Japan, Siam.

Ostasiatische Expedition, s. Expeditionen.

Ostasiatischer Krieg (zwischen Japan und Rußland).

Ausbruch des Krieges mit Japan. — Neutralität der österreichisch-ungarischen Monarchie. — Begriff der Kriegskonterbande. — Exposé des M. A. Gołuchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Wassilko Nikolaj erklärt, die Sympathien der Ruthenen stehen in dem Kriege zwischen Rußland und Japan auf Seite Rußlands. **39**, 600.

— Kramář erklärt, die ganze böhmische Nation stehe mit ihren Sympathien auf Seite Rußlands und ersehe den Segen für die Waffen Rußlands. Er erblickt in dem nächtlichen Überfalle vor Port Arthur und in dem Überfalle der russischen Schiffe in dem neutralen Hafen von Chemulpo eine Verletzung des Völkerrechtes seitens der Japaner. **39**, 618.

— Berger Wilhelm ist sehr befriedigt darüber, daß die strikte Neutralität der Mächte den Krieg bisher lokalisiert habe. Er hofft, daß für Europa und seine wirtschaftlichen Verhältnisse besondere Nachteile nicht eintreten werden, wenn Japan siegen sollte, was er nicht wünsche. **40**, 25.

— Dzieduszycki betont, die Polen müssen diesen Krieg umsomehr bedauern, als auch viele Polen ihr Blut dabei vergießen müssen und als die Industrie und der Wohlstand der an Österreich grenzenden polnischen Landesteile Rußlands einer sehr schweren Probe ausgesetzt sind. **40**, 36.

Digitized by Google

Ostasiatischer Krieg (zwischen Japan und Rußland).

— Kramář macht auf die „gelbe Gefahr" aufmerksam, die im Falle eines Sieges Japans über Rußland für Europa entstehen könnte. **40**, 46.

— Berichterstatter Bacquehem betont, die von japanischer Seite angeführten Argumente dafür, daß die Haltung Japans bei Ausbruch des Krieges eine streng korrekte gewesen sei, haben auf ihn keineu vollkommen überzeugenden Eindruck gemacht. **40**, 59.

— Frh. Pitreich führt aus, der ostasiatische Krieg habe gezeigt, wie es aussehune, wenn einem Staate plötzlich ein Krieg aufgedrungen wird und dieser Staat nicht vollkommen gerüstet und bereit sei; schon deshalb sei die Notwendigkeit der für die Rüstungen verlangten Kredite begründet. **40**, 320.

Ostrumelien, s. Bulgarien, Diplomatische Auslagen.

P.

Palazzo di Venezia in Rom, s. Diplomatische Auslagen (Italien).

Palermo, s. Konsulate.

Panslawismus.

Klaić bezeichnet den politischen Panslawismus als eine Chimäre, besonders unter den Südslawen, welche sich ihrer nationalen Individualität vollkommen bewußt sind. **15**, 8.

— Pacák bezeichnet den Panslavismus und Pantuismus als ein Phantom, das in den Köpfen einiger Politiker Österreichs spukt. **29**, 28.

— Borwiński betont, der selbstbewußte Slawe sei auch ein vollbewußter Österreicher und der Panslawismus werde unter freien slawischen Nationalitäten eine Utopie bleiben. **33**, 38.

— s. auch Rußland.

Panzerschiffe, s. Flottenmaterial.

Papst.

Debatte über das Konkordat anläßlich eines Antrages Groß Franz auf Auffassung des Botschafterpostens in Rom. **1**, 262—272.

Redner: Groß Franz, Greuter, Schindler, Figuly, Berichterstatter Eichhoff, Reichskanzler Beust.)

— Verhandlungen mit der Kurie über die Revision des Konkordats. Päpstliche Allokution. Rotbuch Nr. 2.

— Ökumenisches Konzil; Vatikanisches Konzil. Verhalten Österreich-Ungarns zu denselben. Rotbuch Nr. 3 und 4.

— Weichs kritisiert das entgegenkommende Verhalten Österreichs gegenüber Rom. **2**, 17.

— Figuly, Neumann Leopold, Helferstorfer besprechen den Standpunkt der Kurie gegenüber den konfessionellen Gesetzen. **2**, 29, 30, 32.

— Greuter bespricht die Aufstrebung des Konkordates und kommt zu dem Schlusse, daß ihm die Leitung des auswärtigen Amtes, besonders in kirchlicher Beziehung, durchaus keine Garantie biete. **3**, 222.

Papst.

— Herbst beanständet die Behandlung der Konkordatsfrage im Rothuche, da das Konkordat eine innere Angelegenheit Österreichs sei. **3**, 228.

— Reichskanzler Beust bekennt, daß er, als er an der Spitze der inneren Angelegenheiten stand, die Notwendigkeit einer durchgreifenden Änderung auf dem Gebiete des Konkordates erkannt und sogar einen gewissen Impuls dazu gegeben habe. **3**, 246.

— Oelz wünscht die Wiederanbahnung eines freundschaftlichen und friedlichen Verhältnisses mit dem Papste. **3**, 261.

— Greuter tadelt die Haltung der Regierung gegenüber der Okkupation Roms durch die italienischen Truppen.

Reichskanzler Beust verteidigt dieselbe und betont, daß sich die Regierung bei ihrem Vorgehen die Möglichkeit gesichert habe, stets für die Sache und die Person des Papstes einzutreten. **3**, 276.

— Petitionen, betreffend die Lage des heiligen Stuhles und die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes.

Berichterstatter Weeber beantragt, da durch die Einverleibung des Kirchenstaates ins Königreich Italien die staatlichen Interessen Österreich-Ungarns nicht berührt werden und die Selbständigkeit des katholischen Kirchenoberhauptes in Religionsangelegenheiten nicht gefährdet erscheine, den Übergang zur Tagesordnung.

Giovanelli Ignaz verlangt die Wiederherstellung des Kirchenstaates und beantragt die Abtretung der Petitionen an das Ministerium des Äußern zur Würdigung.

Czerkawski beantragt, die Petitionen dem Ministerium des Äußern zur Kenntnisnahme abzutreten. — Annahme des Antrages des Berichterstatters. **3**, 352—362.

(Redner: Berichterstatter Weeber, Giovanelli, Oelz, Czerkawski, Halter, Herbst.)

— Hauswirth erblickt die Sicherung des Friedens in dem Anschlusse Italiens an die zwei bereits verbündeten Mächte, in der Entwicklung der Wehrkraft des Reiches und in dem Einflusse des Oberhauptes der Christenheit, wünscht aber, daß die Verhältnisse sich so gestalten mögen, daß dem Oberhaupte der katholischen Kirche eine gesicherte Heimstätte, eine selbständige, unanfechtbare Stellung geschaffen werde. **23**, 12.

Demel Joh. führt aus, die geistige Macht und Hoheit des Papstes finde ihre unerschöpfliche Kraft in den großen zivilisatorischen Ideen des 19. Jahrhunderts und wenn der Papst in diesem Sinne seine Wege wandelt, bedürfe er gewiß keiner weltlichen Herrschaft; deren Wiederherstellung ins Auge zu fassen, hieße den Dreibund erschüttern. **23**, 14.

— Zallinger fordert die Freiheit und Unabhängigkeit des heiligen Stuhles. Die römische Frage sei eine internationale, eine katholische; es sei die höchste Zeit, dem ältesten und legitimsten Throne zu seinem Rechte zu verhelfen. **27**, 11.

— Demel Johann führt aus, daß es keine Erinnerung gebe, die so heilig wäre, daß ihr die wahren Interessen des Staates und des europäischen Friedens geopfert werden könnten. **27**, 13.

— Berichterstatter Windisch-Graetz konstatiert, daß die nationale Idee die gegenwärtigen Verhältnisse des heiligen Vaters herbeigeführt und daß die Ereignisse in Rom sich vollzogen haben, ohne daß um erworbene Rechte gefragt

Digitized by Google

Papst.

wurde, Hand in Hand mit der Schaffung des Königreiches Italien, zu dem wir im Verhältnisse eines treuen Bundesgenossen stehen. Dem Einzelnen müsse es gestattet sein, die Hoffnung auszusprechen, daß die Frage des Besitztumes des heiligen Vaters in einer diesen befriedigenden Weise auf friedlichem Wege gelöst werden möge. **27**, 15.

— M. Ae. Kálnoky bezeichnet die römische Frage als ein Problem, das eine praktische Lösung noch nicht gefunden habe. Die Regierung wünsche, die Stellung des heiligen Vaters möge eine solche sein, welche völlige Unabhängigkeit in sich schließe und das Papsttum und den Papst selbst befriedige; Österreich könne aber nicht mit Rücksicht Hand in dieses Problem hineingreifen, ohne die Gefühle der italienischen Nation zu verletzen, mit der in Frieden und Freundschaft zu leben der allgemeine Wunsch der Bevölkerung sei. **27**, 15.

— Tod Papst Leo XIII. — Ausübung des Vetorechtes bei der Papstwahl. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

— Ausübung des Vetorechtes. Begründung dieses Rechtes. Das Jus exclusivae ein Reservatrecht des jeweiligen Trägers der habsburgischen Krone. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

— Biankini bespricht das durch Österreich-Ungarn bei der letzten Papstwahl ausgeübte Vetorecht. **39**, 38.

— Kaftan bemängelt die Ausübung des Vetorechtes durch Österreich-Ungarn bei der letzten Papstwahl. **39**, 94.

— Der Ausschußbericht bespricht die Frage des sogenannten Veto. **39**, 128 (A. B.).

— Schneider erklärt, daß man durch das Veto bei der Papstwahl dem österreichischen Staate als katholischem Staate keinen Nutzen zugefügt hat. **39**, 165.

— Šusteršič betont, er müsse im Namen des von ihm vertretenen katholischen Landes gegen das ausgeübte Veto entschiedensten Protest einlegen. **39**, 168.

— Pergelt bemerkt, daß die Behauptung, die katholische Bevölkerung Österreichs sei durch die Ausübung des Jus exclusivae verletzt worden, den Tatsachen nicht entspreche. **39**, 186.

— Schneider führt aus, daß durch die Ausübung des Vetorechtes bei der Papstwahl nur den Juden genützt wurde. **39**, 199.

— Delugan hält die Ausübung des Vetorechtes unter den heutigen staatlichen Verhältnissen für absolut unzulässig. **39**, 201.

— s. auch Diplomatische Auslagen (Rom).

Parana, s. Konsulate.

Paris, Pariser Vertrag.

Revision des Pariser Vertrages von 1856 in Betreff der Bestimmungen über das Schwarze Meer und die Meerengen auf der Londoner Konferenz von 1871. Rotbuch Nr. 5.

— Nachtragskredit von 25.000 K pro 1900 zur Deckung der außerordentlichen Repräsentationskosten des k. u. k. Botschafters in Paris anläßlich der Weltausstellung 1900. **36**, 7, 13.

Paris.

— Beteiligung Österreich-Ungarns an der Pariser Weltausstellung. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— s. auch Attachés (technische), Diplomatische Auslagen (Frankreich), Handelskammern, Handelspolitische Fragen.

Parma, Herzog von, s. Duellwesen.

Paßwesen.

Interpellation van der Straß, betreffend die Erteilung von Pässen an Hannoveraner. **1**, 55.

Beantwortet vom Reichskanzler Beust. **1**, 55.

— Biankini klagt darüber, daß man nach Bosnien nicht ohne Paß gelangen könne. **31**, 285.

— Hofmann Franz wünscht Abhilfe gegen die Paßschwierigkeiten in Rußland. **35**, 413.

M. Ae. Gołuchowski erklärt, er werde sich in der Frage des Paßwesens mit der russischen Regierung ins Einvernehmen setzen. **35**, 454.

— Schneider wünscht eine derartige Regulierung des Paßwesens, daß keine Juden mehr nach Österreich kommen können. **35**, 416.

— Herabsetzung der russischen Paßgebühren. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 12. Jänner 1904.

— Russische Paßschwierigkeiten. — M Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

Peking, s. Diplomatische Auslagen (China).

Pellagra.

Conci ersucht die Kriegsverwaltung, der Bekämpfung der Pellagra die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden und speziell die in der Broschüre des Dr. v. Prodziger gemachten Anregungen entsprechend zu berücksichtigen. **38**, 320.

— s. auch Militärsanitätswesen.

Pensacola (Florida), s. Konsulate.

Pensionen.

Resolution des Berichterstatters Eichhoff, betreffend die Vorlage eines Gesetzes über Wartegelder und Pensionierungen der im diplomatischen Dienste Angestellten. (Angenommen.) **1**, 48.

— Skene Alfred sen. beklagt das Anwachsen des Pensionsetats. **1**, 80.

— Resolutionen des Berichterstatters Hock, betreffend die gesetzliche Verpflichtung zur Tragung der Kosten der Pensionen der bis 1868 in den Ruhestand getretenen Staatsbeamten und betreffend eine genaue Liquidation der gemeinsam zu bezahlenden Pensionen. (Angenommen.) **1**, 63.

— Regierungsvorlage, betreffend die Behandlung der Botschafter, Gesandten und Ministerresidenten bei der Pensionierung. **1**, 248.

— Regierungsvorlage, betreffend die Aufhebung der den Subalternbeamten bei der Pensionsberechnung zukommenden Begünstigungen. **1**, 248.

Digitized by Google

Pensionen.

— Antrag Hormuzaki Eudoxius auf Festsetzung eines Maximums der Pensionen. (Abgelehnt.) **1**, 280.

— Resolution des Berichterstatters Hock wegen gesetzlicher Regelung der Beitragspflicht zu den als gemeinsam bezeichneten Pensionen. (Angenommen.) **1**, 287.

— Nachtragskredit für die gemeinsamen Pensionen für das Jahr 1868. **2**, 208.

Berichterstatter Winterstein beantragt die Vertagung bis zur Vorlage eines Rechnungsabschlusses für das Jahr 1868. **2**, 331.

— Berichterstatter Banhans beklagt das enorme Anwachsen der Pensionen. **2**, 236.

— Rechbauer verlangt eine gesetzliche Regelung des Versorgungswesens. **2**, 237.

— Wickenburg beantragt die Reaktivierung gewisser Kategorien von Pensionisten. (Abgelehnt.) **2**, 238.

— Arneth referiert über die von der Regierung vorgelegte „Darstellung der bezüglich der Versorgungsansprüche der Zivilstaatsbediensteten und ihrer Angehörigen bestehenden Grundsätze“ und beantragt die ehestr Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen Regelung der Pensionsgebühren und Ruhegenüsse der Beamten und Diener der gemeinsamen Ministerien. **2**, 307.

Im Budget 1861 wird mitgeteilt, daß ein bezüglicher Gesetzentwurf bereits ausgearbeitet wurde.)

— Vorlage, betreffend das Reglement über die einstweilige Regelung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse. **3**, 3, 27.

— Resolution des Berichterstatters Winterstein, betreffend die Vorlage eines Pensionsgesetzes für die Beamten und Diener der gemeinsamen Ministerien. (Angenommen.) **4**, 33.

— Resolution des Berichterstatters Figulu, bei Anweisung der Pensionen und Gnadengaben bei den Agenden des Kriegsministeriums die gleiche Behandlung, wie bei den anderen Ministerien zu pflegen. (Angenommen.) **4**, 207.

— Resolution des Berichterstatters Grocholski, betreffend das ehestr Zustandekommen eines Pensionsgesetzes für die gemeinsamen Beamten. (Angenommen.) **5**, 40.

— Beschluß der ungarischen Delegation auf strenge Überwachung, daß der Betrag der Ruhe- und Gnadengehalte nicht übermäßig vermehrt werde. **5**, 225.

— Beschluß der ungarischen Delegation auf beschleunigte Vorlage des Gesetzes, betreffend die gemeinsamen Pensionen. **5**, 225.

— Resolution des Berichterstatters Brestel, betreffend das Verfahren bei Pensionierungen. (Angenommen.) **5**, 219.

(Unter Zuziehung von Vertretern des Kriegs- und gemeinsamen Finanzministeriums und des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes haben kommissionelle Beratungen stattgefunden und sind die Beratungen über das Ergebnis noch im Zuge. Erläuterungen zum Budget pro 1874.)

— Resolution des Berichterstatters Ritter Balcrius, betreffend das Zustandekommen eines Pensionsgesetzes für die gemeinsamen Beamten und Diener und deren Witwen und Waisen. **7**, 18.

— Rfm. Holzgethan weist darauf hin, daß die Grundzüge des Gesetzentwurfes über die Pensionen der gemeinsamen Zivilfunktionäre den beiden Landesministerien bereits mitgeteilt werden, daß aber das Finanzministerium nicht in der Lage sei, einen weiteren Einfluß geltend zu machen. **7**, 15.

(Zufolge Mitteilung des ungarischen Ministerpräsidenten vom 11. Februar 1873 hält es der ungarische Finanzminister für wünschenswert, daß die Normen, betreffend Pensionierung der Beamten der gemeinsamen Ministerien und der ungarischen Staatsbeamten homogen formuliert seien und verschiedt seine Meinungsäußerung bis zum Abschlusse der Verhandlungen über die Pensionierung der ungarischen Staatsbeamten. Erläuterungen zum Budget pro 1874.)

— Das Finanzministerium hat das Zustandekommen eines Pensionsgesetzes bei den beiden Ministerpräsidien wiederholt angeregt. Beim k. k. Ministerpräsidium ist die Verhandlung im Zuge, beim ungarischen Ministerpräsidium wurde dieser Gegenstand bisher nicht in Verhandlung gezogen, es besteht aber der feste Entschluß, im gegenwärtigen Reichstag die Erledigung herbeizuführen. Budget des Finanzministeriums pro 1876.

— s. auch Militärversorgungswesen, Supernumeräre, Wartegelder.

Persien.

Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Persien. Rotbuch Nr. 6.

— Außerordentliche Mission des Grafen Dubsky nach Persien. Feierlicher Empfang durch den Schah. Einladung an den Schah zum Besuche der Wiener Weltausstellung. Außerordentliche persische Mission nach Österreich. Rotbuch Nr. 7.

— Interpellation Iro, betreffend die Handelsbeziehungen zwischen der Monarchie und Persien und die Person eines gewissen Kolischer. **37**, 245.

Beantwortet vom M. Ac. Gokuchowski. **37**, 513.

— s. auch Cholera, Diplomatische Auslagen, Handelspolitische Fragen.

Personalstatus.

Umgestaltung desselben und der Besoldung der Subalternbeamten im diplomatischen Korps (Denkschrift), s. Diplomatisches Korps.

— Umgestaltung desselben und der Besoldungsverhältnisse und Neuzuteilung des Sekarialstatus im Konsularwesen (Denkschrift), s. Konsularwesen.

— Debatte über die Reduktion des Personalstatus im Ministerium des Äußern. **8**, 25.

Peru.

Übersicht über die kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Republiken Chile, Bolivia und Peru sowie über die dortigen Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie. **38**, 7.

— Errichtung einer Gesandtschaft für Chile, Bolivia und Peru mit dem Sitze in Santiago. **38**, 87 (A. B.).

Pest, s. Militärsanitätswesen 2.

„Pester Lloyd“, s. Presse.

St. Petersburg, s. Attachés (technische), Diplomatische Auslagen (Rußland), Konsulate.

Digitized by Google

Petitionen, Petitionsrecht.

Ruß bemängelt einen Antrag des Petitionsausschusses, eine Petition dem Reichskriegsministerium zur Erledigung und Berichterstattung an die nächste Delegation abzutreten, da ein solcher Antrag über die gewohnheitsmäßigen Grenzen der parlamentarischen und konstitutionellen Bedürfnisse hinausgehe und stellt den Antrag, die Petition dem Reichskriegsministerium zur endlichen Erledigung abzutreten. (Angenommen.) **13**, 207.

— Geßmann führt darüber Beschwerde, daß den Militärpensionisten in Prag das Petitionsrecht entzogen werde. **36**, 188.

Petschau, s. Militärmusik.

Pferdewesen.

Resolution des Berichterstatters Demel Johann, daß die Verwaltung der ärarischen Gestüte und Hengstendepots an die Landesfforstministerien übergehe. (Abgelehnt.) **1**, 118—125.

Differenz hierüber zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **1**, 209—218.

— Mitteilung der Regierung, daß die Verwaltung an die beiden Ackerbauministerien übergehe. Exposé zum Budget 1869.

— Antrag Gablenz auf Vorlage eines Pferdekonskriptionsgesetzes. **3**, 87. (Anträge 2.)

— Resolution Falkenhayn, die Pferdestandsreduktion, wenn selbe vor Ende April möglich erscheinen sollte, sofort eintreten zu lassen. (Angenommen.) **3**, 480.

— Resolution des Berichterstatters Banhans auf Vorlage eines Pferdekonskriptionsgesetzes. (Angenommen.) **4**, 143.

(Die betreffenden Gesetzentwürfe sind bereits vorbereitet. Exposé zum Budget pro 1872. — Die betreffenden Gesetzentwürfe sind mit den beiderseitigen Ministerien bereits vereinbart. Exposé zum Budget 1873.)

— Aufstellung eines Remontendepots in Piber. Ordentliches Heeresersordernis pro 1879.

— Aufstellung eines zweiten Remontendepots. Heeresordinarium 1881 u. **13**, 89 (A. B.).

— Aufstellung eines dritten Remontendepots. **18**, 78 (A. B.).

— Verbesserung des Remontenwesens. **19**, 42 (A. B.).

— Petition der galizischen landwirtschaftlichen Vereine und Resolution des Berichterstatters Czaykowski, betreffend die Errichtung neuer Fohlenhöfe (Remontendepots). **26**, 135.

— Kreierung der Stelle des General-Remontierungsinspektors. **27**, 74 (A. B.).

— Auflassung des Remontendepots in Piber und Erweiterung des zu Nagy-Dád bestandenen. **27**, 75 (A. B.).

— Oppenheimer fragt, ob, wie in Ungarn, auch in der diesseitigen Reichshälfte der Versuch mit der Abhaltung von Remontenmärkten gemacht wurde. **27**, 127.

Km. Bauer erklärt, daß die Kriegsverwaltung den direkten Ankauf der Remonten vom Züchter fördere; es gehe aber nicht an, sich ganz vom Lieferanten zu emanzipieren, weil die notwendige Raschheit des Ankaufes bei direktem Ankauf noch nicht zu erreichen sei. In Galizien wurden erfreuliche Erfolge erzielt, außerdem liefern nur die Remontenmärkte in Mähren ein erwähnenswertes Resultat. **27**, 127.

Pferdewesen.

— Aufstellung eines neuen Remontendepots. Begründung zum Budget 1893.

— Ludwig Ferdinand klagt über die Schädigung der Grazer Hufschmiede durch die Ausdehnung des Hufbeschlages an der Militär-Hufbeschlagschule auf Zivilpferde. **30**, 221.

Km. Krieghammer betont, es sei notwendig, den Zivilbeschlag zur Belehrung der Schüler herbeizuziehen. **30**, 221.

— Rigler wünscht, daß die Militärkurschmiede, welche längere Zeit beim Militär gedient haben, die Bewilligung erhalten, auch im Zivil die pferdeärztliche Praxis auszuüben. **30**, 223.

— Gniewosz schlägt vor, daß bei Pferden, welche von den Züchtern selbst gekauft werden und von besserer Rasse sind, ein höherer Preis für die Remonten und für Fohlen festgestellt werde. Er wünscht auch, daß der im Präliminare eingestellte Fohlenhof in Ostgalizien möglichst bald in Ausführung gebracht werde. **33**, 99.

— Aufstellung eines fünften Remontendepots. **33**, 110 (A. B.).

— Im Bereiche des 6. Korps und zwar in Mistelcz soll eine Remontenassentkommission aktiviert werden, um den direkten Ankauf bei den Züchtern zu fördern. Budget pro 1899 u. **34**, 250 (A. B.).

— Abrahamowicz Eugen bespricht Remontierungs- und Aufzuchtsfragen. **35**, 69.

— Lemisch wünscht, daß die Vorführung zu den Pferdeklassifikationen zu einer für die Landwirte günstigeren Zeit erfolge. **35**, 170. — Er bringt Klagen über die Art der Pferdebeschaffung für die Hauptleute und Kompagniekommandanten vor. **35**, 173.

— Ochrymowicz wünscht unter Anerkennung des kulanten Entgegenkommens der Militärbehörden in Fragen des Pferdewesens, daß die ärarischen Pferde, wie in Ungarn, bereits nach fünf, statt nach sechs Jahren in das Eigentum der sie erhaltenden Privatbenützer übergehen. **35**, 176.

— Km. Krieghammer konstatiert, das die Qualität der Urlauberpferde von Jahr zu Jahr eine bessere werde. Die Bewerbung um solche Pferde sei eine lebhafte. Er erörtert die Unterschiede zwischen dem in Ungarn und dem in Österreich eingehaltenen Vorgang bei der Überlassung ärarischer Pferde in das Eigentum der Benützer; wenn der erstere Vorgang auch hier erwünscht sei, so habe er von seinem Standpunkte aus nichts dagegen. **35**, 203.

— Abrahamowicz Eugen betont die Wichtigkeit eines in Ostgalizien zu etablierenden Fohlenhofes, da in Ungarn sieben, in Galizien nur ein Fohlenhof existiere. **37**, 74.

— Resolution Iro, betreffend den Ankauf der Militärpferde direkt von den Landwirten. (Angenommen.) **37**, 172, 525

(Das Kriegsministerium teilt mit, daß instruktionsgemäß der Pferdeankauf bei Händlern nur dann zulässig ist, wenn der Bedarf durch den Ankauf aus erster Hand nicht gedeckt werden kann. **38**, 247 (A. B.).

— M. Ac. Goluchowski gibt zu, daß während des Burenkrieges Pferdeeinkäufe in Ungarn erfolgt sind, aber nicht durch eine englische Kommission, sondern durch einfache Pferdehändler. Die Regierung sei aber nicht berechtigt, dies zu verhindern. Auch sei gar nicht erwiesen, ob Pferde Kriegskonterbande sind. **37**, 311.

Digitized by Google

Pferdewesen.

— Petition der Landwirte aus der Kolonie Dornfeld im Lemberger Bezirke, betreffend den direkten Ankauf der Remonten von den Züchtern ohne Vermittlung der Händler. **37**, 493.

— Interpellation Kleewein, betreffend die Pferdeankäufe Englands in Österreich-Ungarn, eventuell Erlassung eines Pferdeausfuhrverbotes. **38**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **38**, 17.

— Interpellation Stein, betreffend die fortgesetzten Pferdetransporte nach Südafrika. **38**, 69.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **38**, 552.

— Interpellation Sylvester, Posch, betreffend die durch die Militär-Hufbeschlagschule in Graz den dortigen Schmieden bereitete Konkurrenz. **38**, 73.

Beantwortet vom Km. Kriegshammer. **38**, 391.

— Abrahamowicz Eugen verweist auf die Notwendigkeit einer Vermehrung der Hengstendeckstationen und wünscht, daß bei der Erhöhung des Rekrutenkontingentes auch auf den Bedarf an der bleibt nötigen Bedienungsmannschaft Rücksicht genommen werde. Er führt darüber Beschwerde, daß der Pferdeeinkauf mit Vorliebe beim Händler statt beim Züchter vorgenommen werde. **38**, 217.

— Kaftan wünscht unter Hinweis auf Vorkommnisse in Neuhybów und Schlan, daß bei der Aufforderung zu Pferdelieferungen mitgeteilt werde, für welchen Zweck die Pferde gebraucht werden. **38**, 223.

— Km. Kriegshammer führt aus, das niedrigere Rekrutenkontingent lasse es nicht zu, der Gestütbranche eine größere Anzahl von Rekruten zuzuweisen. Nach dem direkten Pferdeeinkauf wird mit allen Mitteln gestrebt. Der Minister gibt Aufklärungen über die vom Delegierten Kaftan besprochenen Pferdeeinkäufe in Böhmen. Welche Qualität von Pferden genommen werden solle sei durch den Landeskulturrat publiziert worden. Eine Erhöhung der Remontenpreise halte er nicht für notwendig. **38**, 331.

— Skene jun. ersucht um Berücksichtigung Mährens bei den Remontierungen. **39**, 449.

— Lobkowitz Ferdinand wünscht, daß bezüglich der Pferde-Assentierung in Böhmen ein anderer Modus eingeführt werde. **39**, 528.

— Dzieduszycki erfucht die Militärverwaltung, die Zucht von Pferden orientalischer Rasse in Galizien zu unterstützen. **39**, 554.

— Hardegg Dom. befürwortet die Reorganisation des Remontierungswesens. **40**, 92.

— Abrahamowicz Eugen wünscht, daß den Pferdeassentkommissionen auch Vertreter landwirtschaftlicher Vereine und zivile Tierärzte beigezogen werden. **40**, 100.

— Km. Pitreich gibt Auskünfte über das Pferde- und Remontierungswesen. **40**, 115.

— Resolution des Berichterstatters Walterskirchen Franz, betreffend die Abhaltung einer Expertise über das Remontierungswesen. (Angenommen.) **40**, 123.

Antwort des Kriegsministeriums. **40**, 152 (A. B.).

Pharmazenten, ſ. Apotheker.

Philadelphia, ſ. Konſulate.

Philippopel, ſ. Konſulate.

Piber, ſ. Pferdewesen.

Pilgerhaus, ſ. Jeruſalem.

Pilsen, ſ. Militärgrinstarife.

Pittsburg, ſ. Konſulate.

Platzkommanden, ſ. Kommanden.

Plojeſt, ſ. Konſulate.

Podgorizza, ſ. Türkei 2.

Point a Pitre, ſ. Konſulate.

Pola.

Arſenal (Marine).

— Reſolution des Berichterſtatters Demel Johann, betreffend die Vorlage eines Nachweiſes über die Koſten desſelben ſowie über die noch notwendigen Land- und Waſſerbauten. (Angenommen.) **1**, 152.

— Notwendigkeit von Arſenalneubauten. Begründung zum Budget 1869 und 1870.

— Ausbau des Arſenalkommandogebäudes. **5**, 56,

— Der Ausbau des Arſenalkommandogebäudes zum Hafenadmiralatsgebäude war ſchon im Budget 1873 enthalten, wurde aber nicht genehmigt, weshalb für 1874 neuerdings die erſte Rate eingeſtellt wird. Begründung zum Extraordinarium pro 1874.

— Berichterſtatter Weeber beantragt, die Regierungsforderung für den Ausbau des Arſenalkommandogebäudes abzulehnen. (Angenommen.) **7**, 47.

— Spinčić klagt über Arbeiterentlaſſungen im Arſenal. **28**, 183.

— Biankini wendet ſich gegen die Konzentrierung der Arſenalarbeiter der Marine in Arbeiterwohnungen und wünſcht, daß jeder Arſenalarbeiter bei der Marine nach einer gewiſſen Reihe von Jahren zu einem entſprechenden Ruhegenuß berechtigt ſein ſoll. **31**, 60.

— Reſolution Bartoli, betreffend eine Erhöhung der Löhne der Arſenalarbeiter. (Angenommen.) **34**, 222.

Mk. Spaun weiſt auf die vielen Begünſtigungen der Arbeiter hin; er hält eine Beſſerung der Lage der Arbeiter bezüglich des Lohnes für wünſchenswert, aber ſelbſt eine geringe Verbeſſerung erfordere ſolche Summen, daß er ſie in dem kurz bemeſſenen Budget nicht aufnehmen könne. **34**, 222.

— Kaftan unterſtützt die Reſolution Bartoli und findet die Avancementsverhältniſſe der kroatiſchen und ſlowenischen Arbeiter ſehr ungünſtig. Bezüglich der Werkmeiſterpoſten bleiben die Kroaten hinter den Italienern zurück. **34**, 226.

Mk. Spaun bedauert, daß die Dalmatiner in den höheren Arbeiterklaſſen ſo wenig vorkommen und zwar deshalb, weil Dalmatien nur eine geringe Induſtrie habe. Die Landleute von dort können höchſtens als Taglöhner und Maurer verwendet werden. **34**, 228.

Digitized by Google

Pola.

Arsenal (Marine-).

— Interpellation Tusek, betreffend Lohnverhältnisse der Arsenalarbeiter. **35**, 22.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **35**, 433.

— Petition der Arbeiter des Seearsenals in Pola wegen Erhöhung ihrer Löhne. **35**, 213. (Vom Überreicher Delegierten Zanetti zurückgezogen, nachdem die Wünsche der Petenten bereits durch die Regierungsvorlage Berücksichtigung gefunden haben. **35**, 401.)

— Kaftan beschwert sich über Zurücksetzung der kroatischen und slowenischen Arsenalarbeiter und empfiehlt, von der Kasernierung der Arbeiter Abstand zu nehmen. **37**, 329.

— Reorganisation der Arsenallehrlingschule. **37**, 441 (R. B.).

— Benatti wünscht eine Verbesserung der materiellen Lage der Arsenalarbeiter. **39**, 396.

— Interpellation Sylvester, betreffend die Lage der Arbeiter des Seearsenals in Pola. **39**, 471. Beantwortet vom Mk. Spaun. **39**, 580.

— Interpellation Bartoli, betreffend die Erhöhung der Bezüge und Pensionen und die Vorrückung der Arbeiter des Seearsenals in Pola. **40**, 527.

Beantwortet vom Mk. Spaun. **40**, 536.

— s. auch Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

Bahnen.

Kaftan wünscht die Erbauung einer elektrischen Tramway in Pola, durch welche der einzige Erholungsort Polas, der Kaiserwald, der Stadt nahegerückt werden würde. **33**, 245.

— Petition der Einwohner von Pola wegen Baues einer elektrischen Bahn. **33**, 258.

— Kaftan fragt, ob die Realisierung des Projektes, betreffend die Herstellung einer elektrischen Straßenbahn in Pola in nächster Zeit in Aussicht stehe. **38**, 524.

— Kaftan und Dobernig verlangen die Ausgestaltung der Bahnhofanlagen in Pola, **39**. 389, 408.

Bauten.

Behebung der Wohnungsnot durch Erbauung eines Wohnhauses. Begründung zum Budget 1872.

— Antrag des Berichterstatters Weber auf Ablehnung der Regierungsforderung für den Ausbau eines Aus- und Abrüstungsmagazins. **7**, 47.

Befestigung von Pola, s. Festungswerke 3.

Bewaffnung von Pola, s. Waffenwesen.

Gasbeleuchtung.

Rizzi empfiehlt, das Gas für das Arsenal von der Gemeinde Pola zu beziehen. **35**, 234.

— Kaftan urgiert die Erledigung der Gasfrage in Pola **37**, 328.

Pola.

Gasbeleuchtung.

— Rizzi ersucht den Marinekommandanten um Erneuerung des Gasvertrages mit der Gemeinde Pola. **37**, 332.

Gesundheitsverhältnisse.

Wickenburg Mathias Konstantin und Mk. Tegetthoff betonen die Notwendigkeit, für die Salubrität Polas zu sorgen. **1**, 139, 305.

— Klaić fragt, ob die Mitteilungen über die ungünstigen Gesundheitsverhältnisse der Matrosen in Pola richtig seien.

Mk. Sterneck bezeichnet dieselben als übertrieben. **19**, 29.

— Außerordentlicher Nachtragskredit pro 1898 aus Anlaß der Typhusepidemie. Budget 1899. **34**, 264 (R. B.).

— Kaftan bespricht die Typhusepidemie, deren Hauptursache das schlechte Wasser sei und fragt, ob in dieser Beziehung etwas veranlaßt wurde. **34**, 225.

Mk. Spaun erklärt, daß ein Bergbeamter von Idria in Pola die Arbeiten leite, welche vom Geologen Professor Höfer inspiziert werden. **34**, 228.

— Maßregeln zur Assanierung von Pola. **35**, 356 (R. B.).

Hafen.

Schindler betont, daß die Flotte nicht hätte nach Pola verlegt werden sollen und glaubt, daß sie in Muggia viel besser placiert gewesen wäre. **1**, 303.

Kohlenmagazine für Pola, s. Kohlenmagazine.

Marine-technisches Komitee.

Errichtung eines marine-technischen Komitees. Begründung zum Budget 1886.

Wasserversorgung.

Vorkehrungen zur Lösung der Trinkwasserfrage in Pola. **29**, 172.

— Kaftan bedauert, daß die Trinkwasserfrage in Pola noch nicht zur endgültigen Lösung gebracht wurde. **31**, 66.

— Berichterstatter Pergelt erörtert die Verbesserung der Wasserversorgung Polas. **37**, 342.

— Nachtragskredit zur Deckung der aus Anlaß der getroffenen Vorkehrungen für die Wasserversorgung des Kriegshafens Pola erwachsenen Kosten. Budget 1904. **39**, 418 (R. B.).

— s. auch Militärunterkünfte, Militärzinstarife, Seeminenwesen.

Politische Korrespondenz.

Interpellation Axmann, betreffend die Tätigkeit der „Politischen Korrespondenz". **37**, 346.

Beantwortet vom M. Ac. Goluchowski. **37**, 513.

Digitized by Google

Pontebba.

Interpellation Dobernig, betreffend die Bestellung eines der deutschen Sprache mächtigen Zollbeamten in Pontebba. **33**, 162.

— Interpellation Dobernig, betreffend den Zustand des Bahnhofes in Pontebba. **38**, 7.

Beantwortet vom M. Ac. Goluchowski. **38**, 18.

Porto-Allegre, ſ. Konſulate.

Portobegünſtigungen.

Tauſche empfiehlt Portobegünſtigungen für Soldatenbriefe, ſowie für Lebensmittel- und Waſchereſendungen an die Mannſchaft. **27**, 47; **30**, 208.

Port of Picton, ſ. Konſulate.

Port of Spain, ſ. Konſulate.

Port-Said, ſ. Konſulate.

Portugal, ſ. Diplomatiſche Auslagen, Handelspolitiſche Fragen.

Port-Vendres, ſ. Konſulate.

Posadas, ſ. Konſulate.

Poſtdebit, ſ Bosnien 18.

Poſteinnahmen des Lloyd, ſ. Lloyd.

Poſtſparkaſſe.

Kaftan fragt nach den Erfahrungen mit dem Poſtſparkaſſendienſt auf den Kriegsſchiffen und empfiehlt auch die Einführung des Scheckverkehrs. **37**, 328.

Mk. Spann teilt mit, daß der Poſtſparkaſſendienſt auf allen Miſſionsſchiffen eingeführt worden ſei; auch der Scheckverkehr und der Poſtanweiſungsdienſt wurden jetzt eingeführt. **37**, 336.

Poſtweſen.

Poſtverträge mit Baden, Bayern, Griechenland, Italien, dem Norddeutſchen Bunde, Württemberg, Notbuch Nr. 1.

Prämiengeſetz, ſ. Flottenmaterial.

Präſenzdauer.

Km. Kuhn betont, durch die Herabſetzung der Präſenzdauer werde die Schlagfertigkeit des Heeres geſchwächt. **3**, 80.

— Rechbauer befürwortet die Herabminderung der Präſenzdauer. **3**, 125.

— Erhöhung der Präſenzdauer. Begründung zum Budget 1873. Debatte darüber. **5**, 63—136.

— Berichterſtatter Groß Franz ſchlägt behufs Erzielung von Erſparungen die Vornahme von Beurlaubungen vor, wodurch die Präſenzzeit nicht alteriert werde. Herbſt findet den Zeitpunkt, wo man mit der Präſenzzeit herunterzugehen könne, noch nicht gekommen. Wohl aber ſei es möglich, wenn Erſparungen gemacht werden müſſen, die aus der Linie Tretenden 14 Tage früher in die Reſerve zu entlaſſen oder die Rekruten 14 Tage ſpäter einzuberufen. **7**, 97.

Präſenzdauer.

— Herabſetzung der Präſenzdauer für die Truppen der Infanterie und der Jäger um 4½ Monate. **9**, 91—144, 146—153.

— Antrag Engerth gegen die Herabſetzung der Präſenzdauer. (Angenommen.) **9**, 147, 151—153.

— Notwendigkeit der Verkürzung der Präſenzdienſtzeit. **11**, 84 (A. B.).

— Fux tritt für eine Abkürzung der Präſenzdauer für intelligente Rekruten mit Schulbildung ein. **12**, 75.

Km. Bylandt bemerkt dazu, daß die intelligenteren Elemente den Offiziers- und Unteroffiziersſtand ergänzen müſſen. **12**, 78, 94 (A. B.).

— Berichterſtatter Sturm meint, daß das Wehrgeſetz nur eine dreijährige Präſenzpflicht vorſchreibe, die Präſenzzeit richte ſich nach den von den Delegationen bewilligten Mitteln **13**, 62.

— Schmerling Joſef beantragt die Erhöhung des vom Budgetausſchuſſe verminderten Kredites (**13**, 96) auf die Ziffer der Regierungsvorlage wegen Untunlichkeit der ſpäteren Einberufung der Rekruten. (Angenommen.) **13**, 66.

— Tauſche urgiert die Herabminderung der Dienſtzeit von 3 auf 2 Jahre, namentlich für Abſolventen einer Ackerbau- oder gewerblichen Schule. **27**, 45.

— Km. Bauer macht die zweijährige Dienſtzeit von folgenden Bedingungen abhängig: 1. bedeutende Erhöhung des Präſenzſtandes; 2. Kreierung von Unteroffiziersſchulen in bedeutender Ausdehnung; 3. beſſere Stellung und ſichere Verſorgung der Unteroffiziere. **27**, 51.

— Pacák und Adámek verlangen die Einführung der zweijährigen Präſenzdienſtzeit. **28**, 72; **29**, 97.

— Tauſche fragt nach den Ausſichten der Einführung der zweijährigen Dienſtzeit. **30**, 207.

Km. Krieghammer erklärt, es könne für die zweijährige Dienſtzeit vorläufig nicht eingetreten. **30**, 218.

— Thurnher Martin bezeichnet als Weg zur Herabminderung der Militärlaſten die Einführung der zweijährigen Präſenzzeit im Vereine mit einer Herabminderung des Friedensſtandes. Für die innere Ruhe genüge ein kleines Heer und zur Ausbildung des Soldaten ſei die zweijährige Dienſtzeit ausreichend. **32**, 59.

— Döz verlangt die probeweiſe Einführung der zweijährigen aktiven Dienſtzeit. **32**, 79.

— Km. Krieghammer hält die zweijährige Dienſtzeit bei den öſterreichiſchen Verhältniſſen für unmöglich, ſie wäre auch eine große Belaſtung für das Budget. Übrigens ſei ſie in Deutſchland auch nur proviſoriſch. **32**, 83.

— Berichterſtatter Walterskirchen Franz hält die Einführung der zweijährigen Präſenzdienſtzeit für ein bedenkliches Experiment, denn dieſe Zeit dürfte im allgemeinen kaum genügen, um einen tüchtigen Soldaten zu bilden. **32**, 85.

— Scheicher will nicht ſo weit gehen, die Einführung des Miliz̆ſyſtems zu verlangen, ſondern wäre ſchon zufrieden, wenn wenigſtens die zweijährige Dienſtzeit eingeführt würde, wie in Deutſchland. Der Militarismus würde damit zwar nicht verſchwinden, aber er würde in einer geminderten Dekadenz begriffen ſein. **33**, 86.

— Kienmann weiſt auf die guten Erfahrungen hin, die man in Deutſchland mit der zweijährigen Dienſtpflicht

Digitized by Google

Präsenzdauer.

gemacht habe. Bei uns habe man an Stelle der Einjährig-Freiwilligen zum Teile unfreiwillige Zweijährige gemacht und der zur Landwehr einberufenen Mannschaft die Last von Waffenübungen von 20 Wochen auferlegt. **33**, 93.

— Azmann bezeichnet die zweijährige Präsenzpflicht als eine der elementarsten Forderungen. Wenn der Mann nur zwei Jahre präsent zu dienen habe, trete dadurch eine kolossale finanzielle Entlastung des Staates ein und auch eine große Erleichterung für das Volk. **33**, 95.

— Km. Krieghammer hält die zweijährige Dienstzeit nicht für durchführbar, die dreijährige Dienstzeit werde ohnedies nicht streng durchgeführt, auch werde durch die zweijährige Dienstzeit das Kriegsbudget bedeutend erhöht. **33**, 168.

— Thurnher Martin verlangt die Einführung der zweijährigen an Stelle der dreijährigen Dienstpflicht. Zwei Jahre genügen zur Ausbildung der Soldaten und die Folgen, daß der Betreffende bei einer dreijährigen Dienstpflicht seinem Berufe entfremdet werde, zeigen sich bei einer kürzeren Unterbrechung der Berufstätigkeit in weniger potenzierter Weise. **34**, 188.

— Azmann tritt für die zweijährige Dienstpflicht ein und vermag nicht einzusehen, warum diese mehr koste, als die dreijährige. Wenn dies aber auch der Fall wäre, so sei der Entfall des einen Jahres auf das allgemeine national-ökonomische Leben von solchem Einflusse, daß wenigstens bei einzelnen Truppenkörpern, wo innerhalb zweier Jahre eine vollständige Ausbildung möglich sei, der Versuch gemacht werden sollte, die zweijährige Dienstzeit wie in Deutschland einzuführen. **34**, 196.

— Km. Krieghammer bezeichnet eine zweijährige Dienstzeit ohne Erhöhung des Rekrutenkontingents undenkbar. Mit dem niederen Rekrutenkontingente hänge es auch zusammen, daß die Beurlaubungen im dritten Jahrgange nicht durchführbar seien. **34**, 205.

— Göß, Loser und Conci treten für die zweijährige Dienstzeit ein. **35**, 80, 95, 189.

— Polzhofer tritt für die zweijährige Dienstzeit ein; Gessmann ist für die allmähliche Einführung derselben. **36**, 180. 183.

— Km. Krieghammer bemerkt, daß die zweijährige Dienstzeit unbedingt eine Erhöhung des Präsenzstandes zur Folge haben müßte und daher auch mit wesentlichen Mehrauslagen verbunden wäre. **36**, 199.

— Berichterstatter Kottulinsky bezeichnet die Frage der zweijährigen Dienstzeit als noch sehr kontrovers. **36**, 201.

— Peschka empfiehlt die zweijährige Dienstzeit für die Rekruten mit höherer Vorbildung. **36**, 203.

— Thurnher Martin urgiert die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, welche zur militärischen Ausbildung genüge. Das Deutsche Reich sei in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangegangen und verfüge doch über die kriegstüchtigste Armee. **37**, 45.

— Delugan tritt für die zweijährige Dienstzeit ein, welche für die Ausbildung der Soldaten vollständig ausreiche. **37**, 74.

Präsenzdauer.

— Vogler tritt für die zweijährige Dienstzeit ein, die vollkommen ausreiche, um die Mannschaft auszubilden. Das beste Beispiel hiefür biete Deutschland. Zum mindesten könnte aber die Dienstzeit mit zwei Jahren für diejenigen abgeschlossen werden, die mit Ablauf des zweiten Jahres den Beweis erbringen, daß sie das Lehrziel vollständig erreicht haben. **37**, 81.

— Iro wünscht die Einführung der zweijährigen Dienstzeit; jeder, der des Lesens und Schreibens mächtig ist, sei hiezu berechtigt. Wenn ein Unteroffizier drei Jahre brauche, um sich militärisch einzuarbeiten und wenn es notwendig sei, daß ein Unteroffizier länger bei dem betreffenden Truppenkörper verbleibe, so sei er bereit, die Mittel zu bewilligen, um eigene obligate Unteroffiziersanstalten, ähnlich den Kadettenschulen, zu errichten. **37**, 98.

— Resolution Iro, betreffend die probeweise Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit. **37**, 172, 525. (Abgelehnt.)

— Resolution Iro, betreffend Gleichstellung der Oberrealschule mit den Obergymnasien rücksichtlich der Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes. **37**, 174, 533. (Abgelehnt.)

— Azmann verlangt, daß sich die Heeresverwaltung mit der Frage der Verringerung der Präsenzdienstzeit beschäftige und ein ausführliches Material vorlege, aus dem die Delegation ersehen könne, ob nicht bei uns geschehen könne, was im Deutschen Reiche bereits verfügt worden sei. **37**, 175.

— Interpellation Iro, betreffend die Heranziehung des absolvierten Oberrealschülers, jetzigen Bergakademikers Max Cibis zur dreijährigen aktiven Dienstleistung. **37**, 12.
Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 193.

— Km. Krieghammer weist darauf hin, daß bei gewissen Truppengattungen die dreijährige Dienstzeit unbedingt notwendig sei. Auch im Deutschen Reiche sei die zweijährige Dienstzeit noch nicht zum Gesetze erhoben. Abgesehen davon, daß die zweijährige Dienstzeit ein großes Hinausschnellen nicht nur des Rekrutenkontingents, sondern auch der Auslagen für die Armee herbeiführen müßte, sei eine so bedeutende Ungleichheit in der Erfüllung der Präsenzdienstpflicht auch nicht opportun. Mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches erscheine die Beibehaltung der dreijährigen Präsenzdienstpflicht mit Beurlaubungen nach zweijähriger Dienstzeit in allen, eine Berücksichtigung erheischenden Fällen angezeigt. **37**, 197.

— Posch tritt mit Rücksicht auf den Fortschritt des Volksbildung für die Herabsetzung der Präsenzdienstzeit ein. **38**, 278.

— Tollinger tritt für die zweijährige Dienstzeit ein. **38**, 282.

— Mayer tritt für die zweijährige Dienstpflicht ein, die wenigstens denjenigen zu gewähren wäre, die eine etwas höhere Schulbildung genossen haben. Mit der Herabsetzung der dreijährigen Dienstpflicht gehe es deshalb nicht vorwärts, weil die Söhne der wohlhabenden Klassen das Einjährig-Freiwilligenrecht genießen. **38**, 286.

— Conci tritt für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit unter Hinweis auf das Beispiel Deutschlands und Frankreichs ein. **38**, 319.

— Berichterstatter Walterskirchen Franz ist nicht für die zweijährige Dienstzeit, weil dadurch die Allgemeinheit mehr belastet würde. Es würden dann wie in Frankreich alle Begünstigungen in Erfüllung der Wehrpflicht entfallen. **38**, 334.

Digitized by Google

Präsenzdauer.

— Biankini wünscht eine Gleichstellung der Dienstzeit bei der Marine mit der des Landheeres. **39**, 395.

Mt. Spann erklärt, eine Herabsetzung der Dienstzeit bei der Marine wäre für den Dienst sehr abträglich. **39**, 403.

— Kaftan glaubt nicht, daß durch die zweijährige Dienstzeit eine Erleichterung der Blutsteuer zu erzielen sei und mahnt zur Vorsicht. **39**, 441.

— Glöckner meint, daß bezüglich der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit eine gerechte Vorsicht notwendig sein werde. **39**, 557.

— Kliemann tritt für die zweijährige Dienstzeit ohne Erhöhung des Rekrutenkontingents ein. **39**, 608.

— Delugan tritt für die zweijährige Dienstzeit ein. **39**, 602.

— Berichterstatter Walterskirchen Franz konstatiert, daß sich die Stimmen über die zweijährige Dienstzeit allmählig immer weniger freudig äußern und daß man zum Bewußtsein komme, daß sie die Allgemeinheit mehr belasten würde. **40**, 119.

— s. auch Ersparungen.

Präsenzstand. *)

Herabminderung des Präsenzstandes bei der Kavallerie. **1**, 82, 89, 333; **2**, 153, 158, 169.

— Herabminderung des Standes der Stabsoffiziere bei der Kavallerie. **2**, 160.

— Debatte über die Frage der Herabminderung des Präsenzstandes. **2**, 99—130, 148—164.

— Verminderung des Marinepräsenzstandes gegen das Jahr 1868 um 1054 Mann. Budget für das Jahr 1869.

— Verminderung des Heeresprässenzstandes infolge der neuen Heeresorganisation um 14.441 Personen (davon 13.665 Mann des Mannschaftsstandes) und 5189 Pferde gegen das Jahr 1868. Budget für das Jahr 1869.

— Verminderung des Heeresprässenzstandes gegen den Voranschlag für das Jahr 1869 um 3236 Köpfe. Budget für das Jahr 1870.

— Außerordentliches (Nachtrag-) Erfordernis anläßlich der im August und September 1870 mit Rücksicht auf den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges stattgefundenen Standeserhöhungen der Truppen. (Vom August bis 15. September 1870: um 21.263 Mann Kavallerie, 10.047 Mann Artillerie, 17.677 Mann Fuhrwesen, 620 Mann des Fuhrwesen-Materialdepots; vom 16. September 1870 ab: 9307 Mann Kavallerie, 7950 Mann Artillerie, 1123 Mann Fuhrwesen, 604 Mann des Fuhrwesen-Materialdepots.) Spezialvorlage zum Budget für das Jahr 1871. (Über Antrag des Budgetausschusses bewilligt. **3**, 366.)

— Erhöhung des Präsenzstandes der Artillerie, Kavallerie und des Fuhrwesens. **3**, 466.

— Permanente Standeserhöhung der Kavallerie um 31 berittene und 4 unberittene Kavalleristen pro Eskadron, zusammen um 8610 Mann und 7626 Pferde. Budget für das Jahr 1871 (Vorlage, betreffend die permanente Erhöhung des Friedensstandes der Kavallerie. Entgegen dem Antrage des Budgetausschusses auf Übergang zur Tagesordnung wird über Antrag Falkenhayn die Regierungsvorlage angenommen. **3**, 479.)

— Vermehrung der höheren Kommanden und Stäbe um 10 Truppendivisions- und 20 Brigadestäbe. Budget für das Jahr 1871, Nachtragsvorlage. (Gemäß dem Antrage des Budgetausschusses abgelehnt. **3**, 508.)

— Aufstellung eines 13. Artillerieregiments und Standeserhöhung bei der technischen Artillerie, sowie beim Fuhrwesenmaterialdepot. **4**, 51, 52, 63.

— Errichtung eines 13. Feldartillerieregiments und von 13 Kadres beiden 13. Batterien; Erhöhung des Kriegsstandes der Feldartillerie um 170 Offiziere, 7197 Mann, 5868 Pferde, des Friedensstandes um 110 Offiziere, 1723 Mann, 532 Pferde. Budget für das Jahr 1872.

(Der Budgetausschuß beantragt die Ablehnung beider Forderungen. Bei der Abstimmung am Schluß der Generaldebatte wird die Errichtung eines 13. Artillerieregiments mit 26 gegen 25 Stimmen abgelehnt, **4**, 77; die Errichtung der 13 Kadres mit 28 gegen 26 Stimmen bewilligt, **4**, 78. In der folgenden Spezialdebatte über das Heeresbudget gelangt jedoch bei Titel 3 eine von Mertens beantragte Summe zur Annahme, durch die implicite auch die Errichtung des 13. Artillerieregiments bewilligt erscheint. **4**, 137.)

— Vermehrung der höheren Kommanden und Stäbe. Budget für das Jahr 1872. (Gemäß dem Antrage des Budgetausschusses abgelehnt. **4**, 92. — Nach Einlangen des abweichenden Nuntiums der ungarischen Delegation gemäß einem Vermittlungsantrag des Budgetausschusses im wesentlichen bewilligt. **4**, 211.)

— Dauernde Erhöhung des Präsenzstandes der Infanterie um 26.880, der Jägertruppe um 1680 Mann. Budget für das Jahr 1873.

(Entgegen dem Antrage des Budgetausschusses auf Ablehnung wird diese Erhöhung des Präsenzstandes über Antrag des Delegierten Gabenz bewilligt. **5**, 65 bis 136.)

— Aufstellung von 5 Feldeisenbahn-Abteilungen im Frieden. (Standeserhöhung um 1 Hauptmann und 345 Mann.) Budget für das Jahr 1873. (Gemäß dem Antrage des Budgetausschusses bewilligt. **5**, 159.)

— Die Kriegsverwaltung macht einen Mehraufwand von prinzipieller Bedeutung nur insoweit geltend, als es sich um die Umwandlung der Kadres der Batterien Nr. 13 in achtpfündige Fußbatterien auf dem Friedensstand handelt. **6**, 43.

— Vermehrung der höheren Kommanden und Stäbe um 10 Truppendivisions- und 20 Brigadestäbe.

(Entgegen dem Antrage des Budgetausschusses auf Ablehnung über Antrag Zaillner bewilligt. **6**, 56.)

— Tinti beantragt, die vom Ausschusse gestrichenen 277.744 fl. zur Erhaltung des im Jahre 1872 bewilligten Mannschaftspräsenzstandes) zu bewilligen. **6**, 57.

— Umwandlung der Kadres der Batterien Nr. 13 in Batterien mit gewöhnlichem Friedensstand. Standeserhöhung der Feldartillerie um 13 Gagisten, 1170 Mann, 572 Pferde. Budget für das Jahr 1874. (Auf Antrag des Budgetausschusses bewilligt. **6**, 59.)

*) Diese Rubrik hängt mit der Rubrik „Organisation" zusammen; siehe daher auch dort.

Digitized by Google

Präsenzstand.

— Sturm erklärt, daß Österreich auf die Dauer nicht im stande ist, die Armee in der Kriegsstärke und Organisation, wie sie gegenwärtig nach dem Wehrgesetze sich entwickelt, aufrecht zu erhalten. Eine in der Kriegsstärke geringere, aber in der Ausrüstung und Verpflegung besser gestellte Armee habe einen größeren Wert als eine auf dem Papiere außerordentlich ausgedehnte Armee, der es an dem Notwendigsten fehlt. — Hartung führt aus, daß die gegenwärtige Armee zu klein sei und der Präsenzstand zwecks besserer Ausbildung erhöht werden müsse; übrigens würde eine kleinere, aber besser verpflegte Armee noch höher zu stehen kommen. **8**, 90.

— Standeserhöhung der Feldartillerie: Errichtung von 10 reitenden Batterien. Budget für das Jahr 1878.

(Entgegen dem Antrag des Budgetausschusses auf Ablehnung wird über Antrag der Delegierten Hartung und Koller diese Forderung bewilligt. **10**, 309.)

— Notwendigkeit der Verminderung der Kriegs- und Friedensstärke der Armee. **11**, 84 (A. B.).

— Vermehrung der reitenden Batterien bei der Feldartillerie. **14**, 42, 99 (A. B.).

— Die Truppenausbildung wird dadurch im hohen Grade geschädigt, daß die Gesamtzahl der von den Truppen abkommandierten, zu Kommandanten und Lehrern in den Kadettenschulen, zu Ökonomieoffizieren in den Truppenspitälern und zu Kommandanten der Truppentransporthäuser verwendeten Offiziere eine so große ist. Die Regierung beantragt dahet, die im Frieden Abkommandierten bei ihren Truppenkörpern überkomplett zu führen und durch Beförderungen zu ersetzen. Begründung zum Heeresextraordinarium 1889.

— Die Marineverwaltung beabsichtigt die Vermehrung des Standes um 90 Offiziere und Kadetten. Begründung zum Budget 1889.

— Matrosenkorps. Die stete Vermehrung in der Armierung der Schiffe und Torpedoboote mit Schnellfeuergeschützen, Fischtorpedos und Schutzmitteln hat die Unzulänglichkeit der Bemannungsstände für die Schiffe der Kriegsmarine, namentlich des Artillerie-, Torpedo- und Maschinendienstes zur Folge, weshalb beabsichtigt wird, den bisherigen Friedenspräsenzstand des Matrosenkorps von 6890 Mann auf 7500 Mann zu bringen. Denkschrift zum Marinebudget 1890.

— Standeserhöhung der Infanteriekompagnien um je 1 Korporal, 2 Gefreite und 6 Infanteristen vorläufig bei 28 Infanterieregimentern. Aufstellung von 5 neuen Trainesdivisionen. Begründung zum Budget 1893.

— Maßnahmen zum weiteren Ausbaue der Heeresorganisation durch Vermehrung des Offiziersstandes (um 2 Generale, 33 Stabsoffiziere, 48 Hauptleute, 353 Subalternoffiziere), Stärkung des Mannschafts- und Pferdestandes. Begründung zum Budget 1894, dann **29**, 121 (A. B.).

— Neuaufstellung von 14 fahrenden Batterien bei der Feldartillerie. **29**, 123 (A. B.).

— Vermehrung des Offiziersstandes bei den Korpsartillerieregimentern um 14, bei den Pioniertruppen um 8 Hauptleute, bei der Infanterie- und Jägertruppe um 26 Oberleutnants, bei der Kavallerie um 15 und bei der Feldartillerie um 60 Subalternoffiziere. Budget 1897.

— Vermehrung des Offiziersstandes bei der Pioniertruppe. Budget 1898.

Präsenzstand.

— Gefsmann verlangt Aufklärungen über die Meldungen von einer bevorstehenden Erhöhung des Präsenzstandes um 50, eventuell 30 Prozent. **35**, 177.

— Nachweisung der Kosten des im Jahre 1894 begonnenen Ausbaues der Wehrmacht. **36**, 145 (A. B.).

— Vermehrung des Präsenzstandes des Matrosenkorps um 750 Mann, ferner des Standes an Schiffs- und Maschinenjungen um 100, beziehungsweise 20 Jungen. Berichterstatter Pergelt hebt hervor, daß die Bewilligung der diesfälligen Posten des Marinebudgets seitens der Delegation nur mit der Maßgabe erfolgen könne, daß der betreffende Kredit seitens der Marineleitung nur dann und nur unter der Voraussetzung auch wirklich in Anspruch genommen werden könne, wenn die zu diesem Zweck notwendige Erhöhung des Präsenzstandes des Matrosenkorps im Gesetzgebungswege gesichert sein wird. **38**, 564 (A. B.). — Er erörtert die Frage der eventuellen Heranziehung von Ersatzreservisten aus diesem Anlasse und hebt hervor, daß auch hiefür ein provisorisches Gesetz notwendig wäre. **38**, 520, 565 (A. B.).

— Groß Gustav fragt, wann die Erhöhung des Präsenzstandes eintreten und aus welchen Rekrutenreserveir sie gedeckt werden soll. Die Erhöhung des Präsenzstandes vor der verfassungsmäßigen Zustimmung zur Erhöhung des Rekrutenkontingentes würde er für unbedingt gesetzwidrig halten. **38**, 359.

— Berichterstatter Walterskirchen Franz konstatiert, daß die Delegation durch Votierung der Forderungen für die Artillerieneuformationen dem Votum des Reichsrates über das Rekrutenkontingent nicht präjudiziere und daß die Kredite für die Artillerieerorganisation erst dann von der Kriegsverwaltung werden in Anspruch genommen werden können, wenn über das Rekrutenkontingent von Seite der Parlamente beider Staaten ein zustimmendes Votum abgegeben sein wird. **38**, 204.

— Tollinger betrachtet die Bewilligung der Summe, die sich auf die Erhöhung des Präsenzstandes für die Artillerietorps bezieht, als eine bedingte; sie dürfe erst ausgegeben werden, wenn die Parlamente zu dieser Vermehrung des Rekrutenkontingentes oder Heranziehung der Ersatzreserve ihre Zustimmung erteilen. **38**, 284.

— Pergelt bemerkt bei Besprechung der Vorlage über das neue Artilleriematerial, daß es verfassungsmäßig entsprechender gewesen wäre, bei den beiderseitigen Parlamenten zuerst um die Erhöhung des Rekrutenkontingentes und die für die Bemannung der Haubitzbatterien notwendige Zahl anzusuchen, ehe man die Bewilligung der Mittel hiefür anspricht. Ein Präjudiz könne aber durch den Beschluß der Delegation nicht geschaffen werden. Der Kredit könne von der Kriegsverwaltung erst in Anspruch genommen werden, wenn seitens der gesetzgebenden Körper die verfassungsmäßige Bewilligung zur Erhöhung des Rekrutenkontingents, beziehungsweise des Präsenzstandes gegeben ist. Die Anwendung der Bestimmungen des Wehrgesetzes über die ausnahmsweise Heranziehung der Ersatzreserve zu einer mehr als achtwöchentlichen Dienstleistung auf die Aufstellung der Haubitzbatterien wäre vollständig ungerechtfertigt. **38**, 372.

— Km. Kriegshammer erklärt, er hoffe, daß die Legislativen das Gesetz wegen Erhöhung des zum Präsenzdienste verfügbaren Kontingentes rechtzeitig beschließen werden. Wäre dies nicht der Fall, so könnten die mehrerforderlichen Leute auch nicht zum Präsenzdienst zurückbehalten werden. Daß das

Digitized by Google

Präsenzstand.

Gesetz vom Jahre 1888 über die Heranziehung der drei jüngsten Jahrgänge der Ersatzreserve zum Präsenzdienst in außerordentlichen Fällen hier nicht anwendbar sei, habe er von Haus aus erklärt. **38**, 376.

— s. auch Ersparungen.

Präsidien der Delegation.

1. Session 1868.
Alterspräsident Kardinal Rauscher,
Präsident Auersperg Anton,
Vizepräsident Kaiserfeld.

2. Session 1869.
Alterspräsident Pascotini,
Präsident Auersperg Carlos,
Vizepräsident Hopfen.

3. Session 1870/71.
Alterspräsident Pascotini,
Präsident Hopfen,
Vizepräsident Jablonowski.

4. Session 1871.
Alterspräsident Pascotini,
Präsident Schmerling Anton,
Vizepräsident Vidulich.

5. Session 1872.
Alterspräsident Pascotini,
Präsident Hopfen,
Vizepräsident Falkenhayn.

6. Session 1873.
Alterspräsident Pascotini,
Präsident Schmerling Anton,
Vizepräsident Vidulich.

7. Session 1874.
Alterspräsident Burg,
Präsident Rechbauer,
Vizepräsident Potocki Alfred.

8. Session 1875.
Alterspräsident Burg,
Präsident Schmerling Anton,
Vizepräsident Rechbauer.

9. Session 1876.
Alterspräsident Burg,
Präsident Rechbauer,
Vizepräsident Vrbna Rudolf Eugen.

10. Session 1877.
Alterspräsident Burg,
Präsident Trauttmansdorff Ferdinand,
Vizepräsident Vidulich.

Präsidien der Delegation.

11. Session 1878/79.
Alterspräsident Abt Helferstorfer,
Präsident Coronini Franz,
Vizepräsident Abt Helferstorfer.

12. Session 1879/80.
Alterspräsident Schmerling Anton,
Präsident Schmerling Anton,
Vizepräsident Wolfrum.

13. Session 1880.
Alterspräsident Schmerling Josef,
Präsident Coronini Franz,
Vizepräsident Czartorysti Konstantin.

14. Session 1881.
Alterspräsident Schmerling Anton,
Präsident Schmerling Anton,
Vizepräsident Hohenwart.

15. außerordentliche Session 1882.
Präsidium wie in der 14. Session.

16. außerordentliche Session 1882.
Präsidium wie in der 14. Session.

17. Session 1882.
Alterspräsident Fluck,
Präsident Smolka,
Vizepräsident Ceschi.

18. Session 1883.
Alterspräsident Fluck,
Präsident Czartorysti Konstantin,
Vizepräsident Hohenwart.

19. Session 1884.
Alterspräsident Fluck,
Präsident Smolka,
Vizepräsident Ceschi.

20. Session 1885.
Alterspräsident Smolka,
Präsident Falkenhayn,
Vizepräsident Chlumecky.

21. Session 1886.
Alterspräsident Smolka,
Präsident Smolka,
Vizepräsident Abt Hauswirth.

22. außerordentliche Session 1887.
Präsidium wie in der 21. Session.

Digitized by Google

Präsidien der Delegation.

23. Session 1887.
Alterspräsident Ölz,
Präsident Revertera,
Vizepräsident Chlumecký.

24. Session 1888.
Alterspräsident Smolka,
Präsident Smolka,
Vizepräsident Abt Hauswirth.

25. Session 1889.
Alterspräsident Ölz,
Präsident Windisch-Graetz,
Vizepräsident Chlumecký.

26. Session 1890.
Alterspräsident Czartoryski Konstantin,
Präsident Czartoryski Georg,
Vizepräsident Abt Hauswirth.

27. Session 1891.
Alterspräsident Rischelwitzer,
Präsident Schönburg Alexander,
Vizepräsident Deym.

28. Session 1892.
Alterspräsident Abt Hauswirth,
Präsident Chlumecký,
Vizepräsident Abt Hauswirth.

29. Session 1893.
Alterspräsident Rischelwitzer,
Präsident Windisch-Graetz,*)
Vizepräsident Jaworski.

30. Session 1894.
Alterspräsident Abt Hauswirth,
Präsident Chlumecký,
Vizepräsident Abt Hauswirth.

31. Session 1895.
Alterspräsident Abt Hauswirth,
Präsident Lobkowitz Ferdinand,
Vizepräsident Jalecki.

32. Session 1896.
Alterspräsident Zedtwitz Kurt,
Präsident Chlumecký,
Vizepräsident Vetter Felix.

*) Präsident Fürst Windisch-Graetz, der dem Delegierten Klain vorwarf, auf Äußerungen aus der Delegation des ungarischen Reichstages zurückzukommen, legt das Präsidium nieder, da die Delegation sich dafür ausspricht, daß der Delegierte Klaić über diesen Gegenstand sprechen dürfe. Über Antrag des Delegierten Ernst Plener spricht die Delegation dem Präsidenten ihr volles Vertrauen aus und ersucht ihn, das Präsidium weiter zu behalten, worauf der Präsident das Präsidium wieder übernimmt. **29**, 189—141.

Präsidien der Delegation.

33. Session 1897.
Alterspräsident Helfert,
Präsident Thun-Hohenstein Franz,
Vizepräsident Jaworski.

34. Session 1898.
Alterspräsident Helfert,
Präsident Jaworski,
Vizepräsident Vetter Felix.

35. Session 1899.
Alterspräsident Helfert,
Präsident Vetter Felix,
Vizepräsident Jaworski.

36. Session 1900.
Alterspräsident Helfert,
Präsident Jaworski,
Vizepräsident Vetter Felix.

37. Session 1901.
Alterspräsident Helfert,
Präsident Lobkowitz Ferdinand,
Vizepräsident Jaworski.

38. Session 1902.
Alterspräsident Helfert,
Präsident Baernreither,
Vizepräsident Vetter Felix.

39. Session 1903/4.
Alterspräsident Jaworski,
Präsident Gautsch,
Vizepräsident Jaworski.

40. Session 1904.
Alterspräsident Jaworski,
Präsident Jaworski,
Vizepräsident Gautsch.

Prag.

Kaftan bespricht die Frage der Überlassung der Hradschiner Wälle an die Prager Stadtgemeinde, die Verlegung des Pulverdepots am Laurenziberge, sowie die Verlegung der Kasernen und andere Prager Lokalangelegenheiten. **30**, 204.

— Kaftan bittet um Beschleunigung der zwischen der Kriegsverwaltung und der Gemeinde Prag schwebenden Verkaufs-Verhandlungen, betreffend die Hradschiner Wälle, den Schießplatz in Holleschowitz, das Zeughaus, die Bastion Nr. 2 und die Franzisckkaserne. **31**, 253.

— Kaftan legt dem Kriegsminister nahe, auf das seitens der Gemeinde gestellte Anbot rücksichtlich Überlassung der Stadtwälle und einiger Kasernenobjekte einzugehen. **33**, 74.

Ku. Krieghammer würde gerne diese Transaktion fördern, weil ja das Militär bessere Objekte bekäme, aber er könne nur dann darauf eingehen, wenn die Ersatzobjekte wirklich gebaut werden können. **33**, 168.

Digitized by Google

Prag.

— Kaſtan urgiert die Finaliſierung der wegen Überlaſſung der Schanzen, Kaſernen u. ſ. w. zwiſchen der Kriegsverwaltung und der Stadt Prag obſchwebenden Verhandlungen. **34**, 111.

Km. Krieghammer bezeichnet die Verhandlungen wegen der Kaſernen als ziemlich vorgeſchritten. Sobald der Erſatz an Unterkünften vorhanden ſei, werde keine Verzögerung mehr eintreten, da die alten Kaſernen gewöhnlich viel ſchlechter ſeien, als das, was die Kriegsverwaltung bekomme. **34**, 204.

— Kaſtan urgiert den Abſchluß der langjährigen, zwiſchen der Stadtgemeinde Prag und dem Militärärar obſchwebenden Verhandlungen wegen Transaktionen, betreffend mehrerer Feſtungen, Kaſernen und Brücken. **37**, 47.

Km. Krieghammer erklärt die Auflaſſung der bei Prag noch beſtehenden Befeſtigungswerke aus militäriſchen Gründen nicht für zuläſſig. Doch wurden, um Prag entgegen zu kommen, im Jahre 1900 bezüglich der Häuſer bei der Zitadelle Vyšehrad Begünſtigungen gewährt. Weiters ſei auch die Reſtringierung des Bauverbotszones der Baſtion XIX in Ausſicht genommen. Bezüglich einer Reihe von Transaktionen ſeien die Verhandlungen teils im Gange, teils abgeſchloſſen. **37**, 201.

— Kaſtan wünſcht eine beſchleunigte günſtige Erledigung der Verhandlungen des Kriegsminiſteriums mit der Stadtgemeinde Prag in obiger Angelegenheit. **38**, 226.

Km. Krieghammer gibt Aufklärungen über die diesſälligen Verhandlungen. **38**, 332.

— Kaſtan urgiert die Erledigung der Frage, betreffend die Überlaſſung der Prager Schanzen an die Stadtgemeinde. **39**, 439.

— ſ. auch Feſtungswerke 3, Konſulate, Sprachen- und Nationalitätenverhältniſſe.

Preßburg, ſ. Militärzinstarife.

Preſſe.

Svetec beklagt die Haltung der offiziöſen Preſſe gegenüber der nationalen und religiöſen Bewegung. **2**, **49**.

— Der Miniſter erklärt, daß er gar keine Zeitungen ſubventioniere. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausſchuſſe, 3. Oktober 1892.

— Alarmierung der öffentlichen Meinung durch die Tagespreſſe. (S. auch Friedensbewegung 2.) — M. Ae. Kálnoky im Budgetausſchuſſe, 17. September 1894.

— Die „Neue Freie Preſſe“ und das „Fremden-Blatt“ ſind nicht Organe des Auswärtigen Amtes; daſſelbe ſubventioniere überhaupt keine Zeitung. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausſchuſſe, 4. Dezember 1899.

— Der Miniſter weiſt die Behauptung zurück, als ob der „Peſter Lloyd“ ein Organ des Auswärtigen Amtes ſei. — Aufgaben des Preßbureaus des Miniſteriums des Äußern. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausſchuſſe, 6. Dezember 1899.

— Interpellation Stránský, betreffend die Veröffentlichung von Beſchlüſſen der gemeinſamen Regierung in ungariſchen Blättern. **35**, 19.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **35**, 371.

Preſſe.

— M. Ae. Gołuchowski bemerkt in Zurückweiſung des Vorwurfs einer Einmiſchung Deutſchlands in unſere innerpolitiſchen Verhältniſſe: Selbſt Dr. Kramář hat konſtatiert, daß allerdings das offizielle Deutſchland, die maßgebenden Perſönlichkeiten ein ſolcher Vorwurf nicht treffen kann, aber die Preſſe habe dieſes und jenes geſagt. Wo ſollen wir bei der in Deutſchland beſtehenden Preßfreiheit eine Zenſur üben? Wir müßten doch mit unſeren freien Blättern zuerſt anfangen. Es iſt mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich nicht gleich die grobe Artillerie meines Preßdepartements mobiliſiert habe, um mit allen Geſchützen gegen dieſe ſogenannten Anmaßungen aufzutreten. Ja, da müßte ich zuweilen auch gegen unſere eigene Preſſe auftreten, ſogar gegen diejenige, die nicht in deutſcher Sprache redigiert iſt. Meine Zeit iſt mir viel zu koſtbar und ich habe mich mit ernſtlicheren und beſſeren Dingen zu befaſſen, als gegen Eskulpationen aufzutreten, die das geduldige Papier und die billige Druckerſchwärze zu vereinigen berufen ſind. **35**, 452.

— Enunziation der „Wiener Abendpoſt“ gegen die franzöſiſche Preſſe. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausſchuſſe, 24. Mai 1901.

— Der Miniſter könne nur wiederholen, daß das Auswärtige Amt kein eigenes Organ habe, und daß es nur die und da für gewiſſe Kommuniqués ein Blatt benütze. Im übrigen ſehe das Auswärtige Amt jedem Blatte für Informationen offen. Eine Bevorzugung der „Neuen Freien Preſſe“ ſei nicht vorhanden. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausſchuſſe, 11. Jänner 1904.

— Kramář betont, daß Blätter, welche die Regierung bedingungslos unterſtützen, falſche und entſtellte Berichte über die Geſpräche beim Delegationscercle gebracht haben. **40**, 315.

Preßbureau.

Geſsmann tadelt das Verhalten des Preßbureaus des Miniſteriums des Äußern und insbeſondere des Chefs desſelben, Sektionschef Dezzi, in innerpolitiſchen Angelegenheiten. **35**, 460—461.

M. Ae. Gołuchowski erwidert, Dr. Geſsmann ſei in Bezug auf die Organiſation des Preßbureaus ganz falſch informiert; die gegen einen ſeiner Beamten gerichteten Angriffe müſſe er auf das entſchiedenſte zurückweiſen. **35**, 461.

— Stránský meint, es ſei Pflicht des Auswärtigen Amtes, beziehungsweiſe des Preßbureaus, alle auf Öſterreich bezüglichen Enunziationen der ausländiſchen Preſſe ſehr fleißig zu kontrollieren und beantworten zu laſſen. **35**, 462.

— Pariſh wünſcht, daß das Preßdepartement des Miniſteriums des Äußern ſich jeder Beeinflußung der inneren Situation enthalte. **36**, 73.

— M. Ae. Gołuchowski verteidigt das Preßbureau des Miniſteriums des Äußern gegen die Beſchuldigung der Einmiſchung in innerpolitiſche Angelegenheiten. **36**, 85.

Preßfreiheit.

Interpellation Rechbauer, betreffend die Einſchränkung der Preßfreiheit für Militärperſonen. **1**, 313.

Beantwortet von Km. Kuhn. **1**, 389.

Preußen, ſ. Deutſchland, Diplomatiſche Auslagen.

Digitized by Google

Prisren.

Berichte über die Unruhen in Prisren. Rothbuch vom Jahre 1878.

— ſ. auch Konſulate.

Priſerendi, ſ. Konſulate.

Privatdiener.

Reſolution des Berichterſtatters Demel Johann wegen Umgeſtaltung des Inſtitutes der Privatdiener. (Angenommen.) **I,** 126.

(Mittheilung, daß die Auflaſſung des Inſtitutes nicht erfolgen kann Expoſé zum Budget 1869.)

— Rechbauer wünſcht eine Reduktion der Privatdiener. **3,** 120.

— Rechbauer regt neuerlich Erſparniſſe durch Reduktion der Privatdiener an. 4, 116.

Protokoll, ſtenographiſches.

Kaſtan bedauert, daß die Anſprache des Präſidenten an den Kaiſer, die Allerhöchſte Thronrede und das Expoſé nicht als Beilagen zu den ſtenographiſchen Protokollen der Delegation im authentiſchen Text veröffentlicht werden, **38,** 19.

(Geſchieht ſeit dem Jahre 1903.)

— Präſident Gautſch teilt mit, er habe verfügt, daß das ſtenographiſche Protokoll einer jeden Sitzung unmittelbar nach dem Erſcheinen ſämtlichen Delegierten zugemittelt werde. **39,** 82.

Przemyśl.

Petition der Stadt Przemyśl um eine Subvention zur Ausführung der aus militäriſchen Rückſichten geforderten Inveſtitionen und Maßnahmen. **28,** 238.

— ſ. auch Feſtungswerke, Kommanden.

Pulverweſen.

Reſolution der ungariſchen Delegation, betreffend die geringen Einnahmen des Pulvergefälles. **3,** 561.

(Erörterung dieſer Frage und Mitteilung, daß wegen Auflaſſung des Pulvermonopols mit den ungariſchen Finanzminiſter Verhandlungen gepflogen werden. Expoſé zum Budget 1872.)

— Pulverfabrik in Stein; Rechbauer befürwortet die Verpachtung derſelben an die Privatinduſtrie. **2,** 281.

— Errichtung einer vom Militärärar zu betreibenden Pulverfabrik in Blumau. Begründung zum Heeresordinarium 1892.

— Petition der Stadt Brünn um Verlegung der ärariſchen Pulvermagazine. **27,** 67.

— Einführung eines rauchloſen Pulvers. Begründung zum Heeresextraordinarium 1891 und **27,** 77. (A. B.).

— Dankſchreiben des Bürgermeiſters von Brünn im Namen des Gemeinderates für die Behandlung der Petition um Verlegung der Pulvertürme aus der Nähe von Brünn. **27,** 187.

— Petition der Stadt Brünn um Verlegung der ärariſchen Pulvermagazine in Brünn. **28,** 240.

— Gomperz erſucht um die Beſeitigung der in unmittelbarer Nähe der Stadt Brünn befindlichen ſogenannten Pulvertürme. **29,** 104.

— Nachdem die Anwendbarkeit des rauchloſen Pulvers bei mehreren Belagerungs- und Feſtungsgeſchützen außer Zweifel ſteht, erachtet das Kriegsminiſterium den Zeitpunkt für gekommen, das rauchloſe Pulver bei dieſen Geſchützen einzuführen. Budget 1897.

— Hofmann v. Wellenhof gibt der Verwunderung Ausdruck, daß das Kriegsminiſterium es durch eine Reihe von Jahren unmöglich gemacht habe, daß das Monopol der Geſellſchaft Dynamit Nobel gebrochen werde und daß das Geſuch einer großen Reihe von Bergbaubetrieben um Errichtung einer Fabrik zum Zwecke, das Dynamit zum Selbſtkoſtenpreiſe zu erhalten, abſchlägig beſchieden wurde. **33,** 70.

— Interpellation Scheicher, betreffend die Erzeugung und Lieferung der für den Bergbau unentbehrlichen Sprengſtoffe. **33,** 56.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **33,** 261.

— Interpellation Scheicher, betreffend die Handhabung der Sprengmittelverordnung vom Jahre 1877. **33,** 382.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **33,** 383.

— Interpellation Schücker, betreffend das Verfahren hinſichtlich der Bewilligung zur Erzeugung von Sprengmitteln. **34,** 12.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **34,** 374.

— Kaſtan fragt, zu welcher Pulvergattung ſich die Marineverwaltung entſchloſſen habe und ob dieſes Pulver im Inlande beſtellt wurde. **34,** 225.

Mk. Spaun erklärt, daß aus dem Auslande überhaupt kein Pulver bezogen wurde. Das Amonpulver habe ſich nicht bewährt. Gegenwärtig erfolge die Beſchaffung des Schießpulvers im Wege der Heeresverwaltung. **34,** 227.

— Lemiſch beſpricht die Frage der Verlegung des Pulverwerkes in St. Veit an der Glan in Kärnten aus dem Stadtgebiete. **35,** 169.

Km. Krieghammer erklärt ſich zur Verlegung des Pulvermagazins in St. Veit bereit, wenn ihm ein gleiches Objekt anderwärts aufgebaut werde. **35,** 204.

— Reſolution Rizzi, betreffend die Erzeugung eines billigen Schießpulvers für Zwecke des Wetterſchießens und Abgabe zum Höchſtpreiſe von 40 h pro Kilo. (Angenommen.) **35,** 208.

Beantwortung dieſer Reſolution. **36,** 142 (A. B.).

— Interpellation Azmann, Pommer, betreffend Bereithaltung von Sprengpulver im ärariſchen Magazine zur Abgabe an die Wetterſtationen. **37,** 14.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37,** 194.

— Interpellation Biankini, betreffend die Verlegung des Pulvermagazins von Gſavoti in Boka Kotuska in Dalmatien auf einen nicht gefährlichen Punkt. **39,** 19.

Punta Arenas, ſ. Konſulate.

Pyrgos, ſ. Konſulate.

Digitized by Google

Q.

Qualifikationstabellen.

Kronawetter rügt, daß über die Rekruten beim Eintritte in die Armee Qualifikationstabellen vorgelegt werden, dahingehend, ob der Betreffende der sozialdemokratischen Partei zuneigt oder nicht. Derlei geheime Auskünfte sollen auch über Reservisten und Urlauber eingeholt werden, was ungesetzlich sei. **31**, 92.

— Pacák beklagt die geheimen Qualifikationstabellen beim Militär, wie beim Zivil und hält eine Kollegialberatung zur Ordnung dieser Angelegenheit für angezeigt. **31**, 244.

— Frh. Krieghammer teilt mit, daß über die Sozialdemokraten ebenso wie über die anderen Soldaten Informationen bezüglich ihres Verhaltens eingeholt werden. Agitationen gesellschaftsbedrohlicher Art innerhalb der Armee müsse mit unbeugsamen Nachdrucke entgegengewirkt werden. Selbstverständlich werden solche Agitatoren nicht zu Unteroffizieren befördert. **31**, 260.

Quarantaineanstalten, s. Ägypten.

Quartieräquivalent, Quartierzins, s. Militärunterkünfte, Militärzinstarife.

Queraltenango, s. Erbschaft.

Quote, s. Ungarn 7.

R.

Radfahrer.

Analog wie in anderen Staaten sollen auch bei uns alle höheren Kommanden und Truppen für den Meldedienst durch Radfahrer mit drastischen Fahrrädern dotiert werden. Budget pro 1899. **34**, 244. (A. B.)

Radujewac, s. Konsulate.

Ragusa.

Interpellation Zaffron, betreffend die Verwendung der Zinsen von den in der ehemaligen Republik Ragusa zum Loskaufe von Sklaven gestifteten Legaten. **40**, 14.

Beantwortet vom M. Ac. Gokuchowski. **40**, 534.

Rann, s. Brückenbau.

Realschüler, s. Anträge 10.

Rechnungshof, Gemeinsamer Oberster, **Rechnungswesen, Rechnungskontrolle.**

(1. Voranschläge. — 2. Organisation.)

1. Voranschläge:*)

— für das Jahr 1868. **1**, 11.

Bericht (Berichterstatter Hock) und Verhandlung. **1**, 63—65.

(Redner: Rfm. Becke.)

*) Debatte nur in der I. Session.

Rechnungshof, Gemeinsamer Oberster, **Rechnungswesen, Rechnungskontrolle.**

1. Voranschläge.

— für das Jahr 1869. **1**, 244.

Bericht (Berichterstatter Klier) und Verhandlung. **1**, 290—292.

— für das Jahr 1870. **2**, 3.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung. **2**, 89.

— für das Jahr 1871. **3**, 4.

Bericht (Berichterstatter Zyblikiewicz) und Verhandlung. **3**, 27.

— für das Jahr 1872. **4**, 3.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung. **4**, 34.

— für das Jahr 1873. **5**, 5.

Bericht (Berichterstatter Zyblikiewicz) und Verhandlung **5**, 40.

— für das Jahr 1874 (samt Bemerkungen). **6**, 6.

Bericht (Berichterstatter Pipitz) und Verhandlung. **6**, 41/42.

— für das Jahr 1875. **7**, 4.

Bericht (Berichterstatter Grebmer). **7**, 19.

— für das Jahr 1876. **8**, 4.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung. **8**, 12.

— für das Jahr 1877. **9**, 4.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung. **9**, 13.

— für das Jahr 1878. **10**, 3.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung. **10**, 222—223.

— für das Jahr 1879. **11**, 4.

Bericht (Berichterstatter Ceschi) und Verhandlung. **11**, 15.

— für das Jahr 1880. **12**, 6.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung. **12**, 41.

— für das Jahr 1881. **13**, 3.

Bericht (Berichterstatter Ritter Valerius) und Verhandlung. **13**, 10.

— für das Jahr 1882. **14**, 4.

Bericht (Berichterstatter Ritter Valerius) und Verhandlung. **14**, 10.

— für das Jahr 1883. **17**, 3.

Bericht (Berichterstatter Gudenau) und Verhandlung. **17**, 80.

Digitized by Google

Rechnungshof, Gemeinsamer Oberster, **Rechnungswesen, Rechnungskontrolle.**

1. Voranschläge.

— für das Jahr 1884. **18**, 3.

Bericht (Berichterstatter Engerth) und Verhandlung. **18**, 11.

— für das Jahr 1885. **19**, 3.

Bericht (Berichterstatter Strom) und Verhandlung. **19**, 11.

— für das Jahr 1886. **20**, 3.

Bericht (Berichterstatter Tonkli) und Verhandlung. **20**, 88.

— für das Jahr 1887. **21**, 3.

Bericht (Berichterstatter Poklukar) und Verhandlung. **21**, 24.

— für das Jahr 1888. **23**, 3.

Bericht (Berichterstatter Poklukar) und Verhandlung. **23**, 22.

— für das Jahr 1889. **24**, 3.

Bericht (Berichterstatter Poklukar) und Verhandlung. **24**, 38.

— für das Jahr 1890. **25**, 3.

Bericht (Berichterstatter Tonkli) und Verhandlung. **25**, 16.

— für das Jahr 1891. **26**, 3.

Bericht (Berichterstatter Wolkenstein) und Verhandlung. **26**, 14.

— für das Jahr 1892. **27**, 3.

Bericht (Berichterstatter Ebenhoch) und Verhandlung. **27**, 19.

— für das Jahr 1893. **28**, 5.

Bericht (Berichterstatter Chrzanowski) und Verhandlung. **28**, 51.

— für das Jahr 1894.

Bericht (Berichterstatter Chrzanowski) und Verhandlung. **29**, 179.

— für das Jahr 1895. **30**, 4.

Bericht (Berichterstatter Chrzanowski) und Verhandlung. **30**, 96.

— für das Jahr 1896. **31**, 4.

Bericht (Berichterstatter Chrzanowski) und Verhandlung. **31**, 295.

— für das Jahr 1897 (s. Nachtragskredite pro 1895 und 1896). **32**, 3.

Bericht (Berichterstatter Chrzanowski) und Verhandlung. **32**, 166.

Rechnungshof, Gemeinsamer Oberster, **Rechnungswesen, Rechnungskontrolle.**

1. Voranschläge.

— für das Jahr 1898. **33**, 5.

Bericht (Berichterstatter Dzieduszycki) und Verhandlung. **33**, 184.

— für das Jahr 1899. **34**, 7.

Bericht (Berichterstatter Dzieduszycki) und Verhandlung. **34**, 238.

— für das Jahr 1900. **35**, 7.

Bericht (Berichterstatter Dzieduszycki) und Verhandlung. **35**, 222.

— für das Jahr 1901. **36**, 7.

Bericht (Berichterstatter Kozlowski) und Verhandlung. **36**, 276.

— für das Jahr 1902. **37**, 7.

Bericht (Berichterstatter Kozlowski) und Verhandlung. **37**, 323.

— für das Jahr 1903. **38**, 11.

Bericht (Berichterstatter Kozlowski) und Verhandlung. **38**, 384.

— für das Jahr 1904 (mit Nachtragskredit pro 1903). **39**, 21.

Bericht (Berichterstatter Abrahamowicz David) und Verhandlung. **39**, 292.

— für das Jahr 1905. **40**, 9.

Bericht (Berichterstatter Abrahamowicz Eugen) und Verhandlung. **40**, 126.

2. Organisation:

— Antrag des Berichterstatters Hock wegen Regelung der konstitutionellen Stellung des Obersten Rechnungshofes. (Angenommen.) **1**, 65.

— Errichtung eines vierten Departements im Obersten Rechnungshofe. **1**, 290; **3**, 27.

— Resolution des Berichterstatters Winterstein, betreffend die Einbringung von Gesetzvorlagen über die Organisation des Rechnungshofes und Regelung des Rechnungswesens (Angenommen.) **2**, 90.

— Berichterstatter Brestel bemerkt, daß die ziffermäßige Prüfung der Schlußrechnung nur durch den Obersten Rechnungshof erfolgen könne, dessen Unabhängigkeit von den Ministerien vollständig sichergestellt werden müsse. **3**, 327.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die unabhängige und den Ministerien koordinierte Stellung des Rechnungshofes. **3**, 556.

— Neuerliche Resolution des Berichterstatters Winterstein wegen Regelung der Stellung des Obersten Rechnungshofes. (Angenommen.) **4**, 34.

Digitized by Google

Rechnungshof, Gemeinsamer Oberster, **Rechnungswesen, Rechnungskontrolle.**

2. Organisation.

— Resolution des Berichterstatters **Figuly**, betreffend die Stellung und den Wirkungskreis des Obersten Rechnungshofes sowie Reformen und Vereinfachungen im Rechnungs- und Kontrollwesen der Heeres- und Marineverwaltung. (Angenommen.) **4**, 207.

— Resolution des Berichterstatters **Demel Johann**, betreffend die Stellung und Organisation des Obersten Rechnungshofes. (Angenommen.) **5**, 271.

(Der Oberste Rechnungshof gibt bekannt, daß die Verhandlungen hierüber im Zuge sind. Erläuterungen zum Budget pro 1874.

— Beschluß der ungarischen Delegation, das gemeinsame Finanzministerium anzuweisen, den Gesetzentwurf über die Koordinierung des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes mit den Ministern und die entsprechende Organisation des Obersten Rechnungshofes baldigst vorzulegen. **5**, 225.

(Die Verhandlungen, betreffend die Stellung und den Wirkungskreis des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes sind dem Abschlusse nahe und wird der Entwurf sofort den Ministerien beider Hälften der Monarchie zugehen. Erläuterungen zum Budget pro 1874.)

— Rfm. **Holzgethan** weist gegenüber einer Resolution der Delegation darauf hin, daß die Grundzüge des Gesetzentwurfes über die Organisation des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes den beiden Landesministerien bereits mitgeteilt wurden, weiteren Einfluß besitze das Finanzministerium nicht. **7**, 15.

— Resolution des Berichterstatters **Ritter Valerius**, betreffend die Koordinierung des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes mit den Ministern und betreffend die Organisierung des Rechnungshofes. (Angenommen.) **7**, 18.

(Der betreffende Gesetzentwurf ist bereits im April 1873 zu Stande gebracht und an die Ministerpräsidenten beider Reichshälften geleitet worden. Der Gegenstand wurde in den Jahren 1874 und 1875 mehrmals angeregt und befindet sich die Verhandlung noch im Zuge. Budget des Finanzministeriums pro 1876.)

— **Resolution des Berichterstatters Winterstein**, betreffend die ehebaldige definitive gesetzliche Organisation des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes. (Angenommen.) **9**, 204.

— Zuschrift des Reichsfinanzministers, betreffend die Betrauung des Hofrates Leopold Ritter v. **Wiesen** mit der interimistischen Leitung des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes. **10**, 6.

— Neuerliche Resolution des Berichterstatters **Winterstein**, in welcher die Erwartung ausgesprochen wird, daß der nächsten Delegation die endgültige Erledigung in Betreff der Organisation des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes unbedingt angezeigt werden wird. (Angenommen.) **10**, 356, 367.

— Die definitive gesetzliche Organisation kann erst erfolgen, wenn der Entwurf eines Organisationsstatuts für den Obersten Rechnungshof der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder zu Stande gebracht sein wird. **11**, 14.

Rechnungshof, Gemeinsamer Oberster, **Rechnungswesen, Rechnungskontrolle.**

2. Organisation.

— Erklärung des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes, daß er eine Erhöhung des Personalstatus, solange der dermalige gesetzliche Wirkungskreis des Rechnungshofes sich nicht verändert, niemals in Antrag bringen werde. **13**, 45 (A. B.).

— Das Reichsfinanzministerium hält, um die der eingetretenen Arbeitsvermehrung entsprechende Geschäftserledigung erzielen zu können, eine definitive Organisierung eines vollen fünften Departements für notwendig. **32**, 217 (A. B.).

— Resolution des Berichterstatters **Kozlowski**, betreffend die ehestе gesetzliche Regelung der Stellung und des Wirkungskreises des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes. (Angenommen.) **37**, 323.

— Resolution des Berichterstatters **Kozłowski**, in welcher die gemeinsame Regierung aufgefordert wird, ihren ganzen Einfluß dahin zu verwenden, daß die Verhandlungen wegen der Stellung und des Wirkungskreises des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes ehestens zum Abschlusse gebracht werden, damit den kompetenten Gesetzgebungskörpern ein diesbezüglicher Gesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werde. (Angenommen.) **34**, 388.

— Resolution des Berichterstatters **Abrahamowicz David**, betreffend Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Stellung und den Wirkungskreis des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes. (Angenommen.) **39**, 293.

— s. auch **Beamte** und **Diener**.

Reform des Militärgerichtswesens, s. **Militärjustiz**.

Refundierung.

Infolge der Anforderung eines außerordentlichen Heereserfordernisses von 88 Millionen Kronen ergibt sich die Möglichkeit, das normale außerordentliche Heereserfordernis in den nächsten Jahren entsprechend niedriger anzusetzen und die bezüglichen Summen alljährlich in den Voranschlag als **Refundierungspost** für die obgedachte Bewilligung einzustellen. Budget 1905.

— **Baernreither** erörtert den bei dem außerordentlichen **Militärkredite** im Budget 1905 aufgestellten Refundierungsplan. **40**, 30.

— **Hofmann Franz** meint, daß, wenn die bisherigen normalen Einstellungen zu Refundierungszwecken benützt werden, man dann nichts haben werde, um neue Anforderungen und technische Fortschritte auf dem Gebiete der Waffenverbesserung zu befriedigen. **40**, 279.

— **Šusteršič** kritisiert den Refundierungsplan und bezeichnet ihn als einen Unsinn. **40**, 300.

— **Parish** erklärt, er hätte gewünscht, daß die Refundierung in die Bedeckungsvorschläge für die Kredite nicht hineingekommen wäre. **40**, 305.

— **Kramář** bemerkt, die Refundierung sei eine **Verschleierung** des Budgets und eine Verletzung des Budgetrechtes. **40**, 311.

Digitized by Google

Refundierung.

— Km. Pitreich erklärt, daß er eine Garantie dafür nicht übernehmen könne, daß keine Nachschaffungen mehr kommen und daß eine förmliche Beerdigung des Militärbudgets eintritt. **40**, 323.

— Tollinger erklärt die Refundierung weder vom verfassungsmäßigen noch vom finanzpolitischen Standpunkt aus für gerechtfertigt. **40**, 379.

— Licht erklärt sich als Gegner der Refundierung, weil dieselbe unter Umständen den Mantel für die Regierung bilden kann, um sich der Verfassungsmäßigkeit der Kreditaufnahme zu entziehen. **40**, 383.

Reggio di Calabria, s. Konsulate.

Regierungsjubiläum, s. Hof.

Regimentssprache, s. Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

Reiskosten (an Reservisten), s. Anträge **11**, 20.

Reichskriegsministerium, s. Kriegsministerium.

Reichsfinanzministerium, s. Finanzministerium, gemeinsames.

Reichspensionen, s. Pensionen.

Reichsrat.

M. Ke. Andrássy bespricht die Frage der Teilnahme des Ministers des Äußern an den Verhandlungen des Reichsrates und des ungarischen Reichstages. **10**, 22.

— Sturm meint, die Delegationen sollten die Bewilligung von außerordentlichen Krediten, somit die indirekte Entscheidung über Krieg und Frieden den beiden Reichsvertretungen überlassen. **10**, 83.

Schaup tritt dieser Anschauung entgegen. **10**, 167.

— Resolution des Berichterstatters Sturm über die Wahrung des Rechtes der Reichsvertretung, die Kriegsstärke und das Rekrutenkontingent für das Jahr 1879 trotz der vorherigen Bewilligung des Heereserfordernisses durch die Delegation festzustellen. (Angenommen). **11**, 53.

— Kompetenz desselben bezüglich der Bewilligung eines Erfordernisses für die administrative Organisation (Zivilverwaltung) des Okkupationsgebietes. **11**, 145 (A. B.).

— Bewilligung des Heereserfordernisses vor Verlängerung der Bestimmungen des Wehrgesetzes über die Kriegsstärke und das Rekrutenkontingent durch die Reichsvertretungen. **12**, 12.

Reichstadt.

Bei der Reichstädter Begegnung wird die Nichtintervention Österreichs und Rußlands in dem Kriege Serbiens und Montenegros gegen die Türkei beschlossen. Rotbuch vom Jahre 1876.

Rekruten, s. Einberufungen.

— **ungarische,** s. Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

Rekrutenkontingent.

Resolution des Berichterstatters Sturm: Die Beratung des Voranschlages des gemeinsamen Kriegsministeriums für das Jahr 1879 erfolgt unter Wahrung des Rechtes der Reichsvertretung, die Kriegsstärke und das Rekrutenkontingent für das Jahr 1879 festzustellen und unbeschadet dieses Rechtes. (Angenommen.) **11**, 53.

Religiöse Fragen. Greuter weist auf die Notwendigkeit hin, daß es der Mannschaft ermöglicht werde, wenigstens an Sonn- und Feiertagen dem Gottesdienste beizuwohnen. **3**, 99.

— Interpellation Thurnher Johann, betreffend die Abhaltung von Kontrollversammlungen während des Hauptgottesdienstes an Sonn- und Feiertagen. **10**, 42.

Beantwortet vom Km. Bylandt-Rheidt. **10**, 43.

— Olz bedauert die Abhaltung von Kontrollversammlungen an Sonntagen während des Gottesdienstes. **20**, 17.

Km. Bylandt-Rheidt findet die Verlegung von Kontrollsversammlungen auf den Sonntag nicht im militärischen, sondern im Interesse der Bevölkerung gelegen. Während des Gottesdienstes dürfen keine stattfinden. **20**, 18.

— Petition des katholisch-patriotischen Kasinos von Linz, betreffend den Religionsunterricht in den Militärrealschulen. **21**, 138.

— Thurnher Johann wünscht, daß den Soldaten die nötige Zeit zum Besuche der heiligen Messe gewährt werde. **26**, 53.

— Thurnher Martin verlangt die Pflege des religiösen Gefühls im Heere. **28**, 88.

— Ludwig Ferdinand bringt den Wunsch der Beamten des Ministeriums des Äußern nach Sonntagsruhe zur Sprache. **30**, 45.

— Thurnher Martin und Barwiński verlangen die Pflege des religiösen Geistes in der Armee. **30**, 203, 214.

— Biankini wünscht, daß in der Zeit des Sonntagsgottesdienstes im Marinearsenal jede Arbeit ruhen möge. **31**, 59.

— Pattai verlangt die Einführung der Sonntagsruhe im Ministerium des Äußern, wie überhaupt in allen Ämtern. **31**, 83.

Berichterstatter Czedik teilt mit, daß den Departementschefs die Möglichkeit gegeben sei, Bedienstete, welche vom Dienste enthoben zu sein wünschen, ohneweiters zu beurlauben. **31**, 85.

— Durchführung der Sonntagsruhe im Ministerium des Äußern. — M. Ke. Goluchowski im Budgetausschusse, 23. November 1897.

— Gefsmann verlangt, daß den Beamten des auswärtigen Amtes wenigstens jeder zweite Sonntag freigegeben werde. **32**. 26.

— Thurnher Martin wünscht in den Militärakademien eine bessere Pflege des religiösen Geistes und die Erziehung der Zöglinge nach christlichen Grundsätzen. Er rügt es, daß die Soldaten an Sonntagen zu Arbeiten in den Kasernen verhalten und dadurch am Besuche des Gottesdienstes verhindert werden. **32**, 61; **34**, 188.

Digitized by Google

Religiöse Fragen.

— Abrahamowicz Eugen wünscht, daß Kontrollversammlungen an Sonn- und Feiertagen nicht abgehalten werden. **35**, 66.

— Ochrymowicz beschwert sich über die Abhaltung von Waffen- und Marschübungen an griechisch-katholischen Feiertagen und über die Abhaltung von Kontrollversammlungen an Sonntagen. **35**, 176.

— Concl fordert die Beachtung der Sonn- und Feiertagsheiligung beim Militär. **35**, 189.

— Km. Krieghammer bespricht die Pflege des religiösen Geistes in der Armee. **35**, 203.

— Interpellation Wachniany, betreffend die Vornahme von Märschen und Waffenübungen durch das k. u. k. Infanterieregiment Nr. 80 in der Umgebung von Bóbrka am Ostermontag und Osterdienstag griechisch-katholischen Ritus 1900. **36**, 12.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **36**, 277.

— Kozlowski wünscht die Pflege des religiösen Gefühls in der Armee. **36**, 124.

— Km. Krieghammer erklärt, die Heeresverwaltung mache sich bezüglich der Pflege der Religiosität keiner Vernachlässigung schuldig. Er habe auch die Anordnung getroffen, daß in der ersten Zeit nach dem Einrücken der Rekruten, wo diese eben unter dem Eindrucke der neuen Verhältnisse stehen, vielleicht Heimweh sie erfaßt, die Geistlichen ihrer Konfession mit ihnen in ihren Ubikationen Besprechungen halten. **36**, 197.

— Resolution Wachniany, betreffend die Beobachtung der ruthenischen Feiertage seitens der griechisch-katholischen Mannschaft beim Militär. (Angenommen.) **36**, 209.

(Das Kriegsministerium hat bereits im Jahre 1851 die nötigen Verfügungen getroffen. **37**, 128 [K. B.].)

— Bencajz wünscht die Einschiffung von Geistlichen bei den Auslandsreisen der Kriegsschiffe. **36**, 220.

— Thurnher Martin verlangt Maßnahmen, daß der religiöse Sinn und Geist während der Militärdienstzeit gepflegt und den Soldaten volle Sonntagsruhe gewährt werde, damit sie ihren religiösen Pflichten nachkommen können. **37**, 46.

— Wassilko Nikolaj beschwert sich über die Zurücksetzung der griechisch-katholischen und der griechisch-orthodoxen Kirche beim Militär. Bei dem in Zborów in Galizien stationierten 9. Dragonerregimente, das griechisch-orientalischer Religion ist, werden die verstorbenen Mannschaftsmitglieder durch den Wachtmeister begraben, weil dieses Regiment keinen griechisch-orientalischen Priester habe. **37**, 75.

— Kern verlangt, daß den Soldaten möglich gemacht werde, ihre Christenpflichten am Sonntag zu erfüllen. Wenn dem Arbeiter die Sonntagsruhe gewährt werde, müsse der Dienst beim Militär am Sonntag ebenfalls auf das Notwendigste beschränkt werden, damit auch die Soldaten ausruhen und den Sonntag heiligen können. **37**, 93.

Km. Krieghammer erklärt, daß die Sonntagsruhe strikte eingehalten werde. **37**, 201.

— Interpellation Barwiński, betreffend die Mißachtung der griechisch-katholischen Feiertage beim Militär. **37**, 105

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 488.

Religiöse Fragen.

— Km. Krieghammer betont, daß alle Rücksicht bezüglich Heiligung der Sonn- und Feiertage genommen werde; allerdings wenn mehrere Feiertage aufeinanderfolgen, müssen bei den berittenen Truppen die Pferde herauskommen, die Truppen werden aber zu keinen Exerzitien herangezogen. **37**, 201.

— Wassilko Georg verweist darauf, daß es der griechisch-orientalischen Mannschaft des 9. Dragonerregiments nicht möglich gemacht werde, ihren religiösen Pflichten nachzukommen. **38**, 230.

— Resolution Wassilko Georg, betreffend die Berücksichtigung der griechisch-orientalischen Feiertage an den Kadettenschulen. (Abgelehnt). **38**, 231.

— Km. Krieghammer bemerkt, eine Vermehrung der schulfreien Tage an den Kadettenschulen erscheine mit Rücksicht auf die Störung des Unterrichtes nicht geboten. Bezüglich der Pflege der Religiosität verweist er auf die Bestimmungen des Lehrplanes. **38**, 332.

— Barwiński hebt mit Dank hervor, daß seinen Beschwerden über die Nichteinhaltung der griechisch-katholischen Feiertage im Heere Rechnung getragen worden sei. Er wünscht weiters eine Ausdehnung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe zu Gunsten der Mannschaft, wie der Offiziere, behufs Ausübung religiöser Pflichten. **38**, 292, 293.

— Dłużański wünscht die Einhaltung der Sonntagsruhe beim Militär. **39**, 542.

— Delugan wünscht, daß den Soldaten immer Gelegenheit geboten werde, ihre Christenpflicht zu erfüllen. **39**, 605.

— Ebenhoch ersucht, in Bezug auf die Religiosität und Sittlichkeit in der Armee jenen Forderungen gerecht zu werden, welche im Dienstreglement niedergelegt sind. **40**, 287.

— Rhomberg Adolf betont, daß in den letzten Jahren den Soldaten Zeit zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten gegeben werde. **40**, 307.

— s. auch „Los von Rom“-Bewegung.

Remontierung, s. Pferdewesen.

Reorganisierung des Generalstabes, s. Generalstab.
— der Festungsartillerie, s. Artillerie.

Reservaterlaß, s. Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse. 1.

Reservebataillone.

Rechbauer findet die Art und Weise der Aufstellung derselben zu kostspielig. **4**, 116,

Reserveoffiziere.

Interpellation Hofmann v. Wellenhof, betreffend die gegen Reserveoffiziere in Graz, die sich an einer politischen Kundgebung beteiligten, eingeleiteten Schritte. **33**, 382.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **33**, 382.

Reservisten, s. Einberufungen.

Digitized by Google

Resolutionen.

Berichterstatter Sturm erklärt, daß bezüglich der beschlossenen Resolutionen keine Übereinstimmung zwischen den beiden Delegationen herrschen müsse. **10**, 9.

— Das gemeinsame Finanzministerium hält sich nach der bisherigen Übung nur dann zur Beantwortung von Resolutionen verpflichtet, wenn sie von beiden Delegationen gleichlautend beschlossen werden. **12**, 69 (A. B.).

— Berichterstatter Dumba verweist darauf, daß es in den Delegationen, wie im Herrenhause mit Resolutionen sehr ernst genommen werde, daher die Delegation keine Resolutionen beschließe, deren Durchführung nicht möglich sei. **32**, 40.

— Antrag des Berichterstatters Walterskirchen Franz, die im Laufe der Debatte über das Heeresbudget beantragten Resolutionen dem Budgetausschusse zuzuweisen. (Angenommen.) **39**, 669.

Neußscher Hof, s. Diplomatische Auslagen.

Rhodus, s. Konsulate.

Rio de Janeiro, s. Konsulate.

Rom, s. Attachés technische, diplomatische Auslagen (Italien, Rom [Kirchenstaat]), Papst.

Romagnano, s. Festungswerke 3.

Rosario de Santa Fé, s. Konsulate.

Rosenthalsche Gründe, s. Militärsanitätswesen 2.

Rostow, a. Don, s. Konsulate.

Rotbuch.

Vorlage desselben:

Nr. 1. November 1866 bis Ende 1867. **1**, 25,

Nr. 2. Jänner bis Ende November 1868. **1**, 248.

Nr. 3. November 1868 bis Juli 1869. **2**, 7.

Nr. 4. August 1869 bis Dezember 1870. **3**, 4.

Nr. 5. November 1870 bis April 1871. **4**, 3.

Nr. 6. November 1871 bis September 1872.

Nr. 7. April 1873. **6**, 10.

Nr. 8. April 1874. **7**, 4.

— Unter dem Titel Braunbuch.

Nr. 1. Oktober 1875.

Nr. 2. Mai 1876.

— Wieder unter dem Titel Rotbuch.

Aktenstücke über orientalische Angelegenheiten.

16. Mai 1873 bis 31. Mai 1877.

7. April 1877 bis 3. November 1878.

13. Juli 1878 bis 12. Oktober 1880.

— (I. Türkisch-griechische Grenzfrage. II. Bulgarisch-rumänische Grenzdifferenzen. III. Türkisch-montenegrinische Grenzangelegenheiten. IV. Repatrierung der bulgarisch-mohammedanischen Flüchtlinge.)

2. Oktober 1880 bis 30. August 1881.

Rotbuch.

— (I. Türkisch-montenegrinische Grenzangelegenheiten. II. Türkisch-griechische Grenzfrage.)

— Über die bosnische Verwaltung. Oktober 1881.

— Angriffe des Auslandes gegen die Veröffentlichung des Rotbuches. Rotbuch Nr. 2.

— Reichskanzler Beust bespricht den Wert der Vorlage der Rotbücher. **2**, 33.

— Teuschl weist darauf hin, daß im Ausschusse das Ausbleiben des Rotbuches (im Jahre 1875) einer Besprechung unterzogen wurde und fragt, ob die diplomatische Korrespondenz in der Zukunft wieder vorgelegt werden wird. — M. Ke. Andrássy erklärt, er wolle das Rotbuch nicht prinzipiell ausschließen, es könne Momente geben, wo es im Interesse der Regierung und des Staates liegen möge, gepflogene Verhandlungen und schwebende Fragen vor die Öffentlichkeit zu bringen. — Berichterstatter Schaup gibt zu erwägen, ob es möglich sei, diplomatische Korrespondenzen in Angelegenheiten, die sich täglich verändern, der Öffentlichkeit preiszugeben. Die Folge wäre eine Reihe von Reklamationen oder die, daß das Ministerium des Äußern selbst schlecht informiert würde. **8**, 19—24.

— Vorlage des Rotbuches über orientalische Angelegenheiten **10**, 34.

— Sammlung von Aktenstücken in orientalischen Angelegenheiten. **11**, 12, 23.

— Kaftan hält anläßlich des Krieges zwischen China und Japan die Wiedervorlage der Rotbücher für angezeigt. **31**, 17.

— Stránský, Parish und Kaftan treten für die Wiedereinführung des Rotbuches ein. **36**, 25.

— Kaftan wünscht die jährliche Vorlage eines diplomatischen Urkundenbuches. **38**, 19.

— Stein führt darüber Beschwerde, daß die Vorlage von Rotbüchern eingestellt wurde. **38**, 112.

— Bukovič wünscht die Wiedereinführung der Vorlage von Rotbüchern. **38**, 127.

— Kaftan verlangt, daß das auswärtige Amt den Delegationen alljährlich eine Sammlung von authentischen Dokumenten vorlege, welche über wichtige auswärtige Fragen im Interesse der Monarchie gewechselt wurden. **39**, 91.

Rotes Kreuz.

Verhandlungen zwischen der Türkei und dem Schweizer Bundesrat in Betreff der Ersetzung des roten Kreuzes durch den roten Halbmond für die türkischen Ambulanzen im russisch-türkischen Kriege. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Falkenhayn und Kraus besprechen die Wirksamkeit und die Organisation des Roten Kreuzes **25**, 57.

Rüstungen, s. Friedensbewegung, 1.

Ruhe- und Versorgungsgenüsse, s. Militärversorgungswesen, Pensionen.

Rumänien.

Gutes Einvernehmen Österreichs mit Rumänien. Vorgehen gegen die dortigen Israeliten. Rotbuch Nr. 1.

Digitized by Google

Rumänien.

— Freundschaftlicher Verkehr. Regelung der Konsularjurisdiktion. Verhalten gegen die dortigen Israeliten. Rotbuch Nr. 2.

— Verhalten Österreichs anläßlich der Ruhestörungen in Rumänien und der dadurch hervorgerufenen bedrohlichen Lage. Rotbuch Nr. 4.

— Regelung des Starostiewesens. Denkschrift zum Budget 1871 über die Konsularorganisation.

— Stellungnahme Österreichs und Deutschlands zur revolutionären Bewegung in Rumänien. Eventualität einer europäischen Intervention. Rotbuch Nr. 5.

— Schritte der Mächte zur Hintanhaltung der Judenverfolgungen in Rumänien. Rotbuch Nr. 6.

— Rumänien erklärt sich unabhängig. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Rumänien protestiert gegen mehrere Artikel der türkischen Verfassung, in denen von Rumänien als einer türkischen Provinz gehandelt werde. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Österreich verwendet sich bei der Pforte dahin, daß eine Beschießung offener Städte in Rumänien unterbleibe. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Die russischen Truppen rücken in Rumänien ein. Manifest des Großfürsten Nikolaus an die Bewohner Rumäniens. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Retrozession der bessarabischen Distrikte von Rumänien an Rußland auf Grund des Berliner Vertrages. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Verhandlungen bezüglich der bulgarisch-rumänischen Grenze an der Donau (Art. XLVI des Berliner Vertrages). Rotbuch vom Jahre 1879/80.

— Interpellation Kuranda, betreffend die Lage der Juden in Rumänien. **10**, 258.

(Beantwortet vom M. Ae. Andrássy. **10**. 259.

— Berichterstatter Ruß bespricht die Judenfrage in Rumänien **11**, 352.

— Verhalten der rumänischen Regierung in Bezug auf die Donauschiffahrt. **14**, 26 (A. B.).

— Es wäre vorschnell, wenn man heute sagen wollte, daß der Ministerwechsel in Rumänien — Cabinet Catargin — einen Umschwung zu einer uns feindseligen Politik bedeutet. Ich habe volles Vertrauen, daß die Rumänen zu stolz auf ihre Nationalität und ihre neuerworbene und erkämpfte Unabhängigkeit sind, um sie so leicht und noch dazu ohne irgend einen Grund aufzugeben. M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 25. Juni 1889.

— Unsere Beziehungen zu Rumänien und seiner Regierung sind sehr freundliche. Dagegen ist leider bezüglich der Wiederanknüpfung von Handelsvertragsverhandlungen eine Stagnation eingetreten. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. Juni 1890.

— Die Beziehungen zu Rumänien sind trotz des Wechsels in der Regierung immer freundliche geblieben. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

— Rumänien war von den außerhalb des Dreibundes stehenden Ländern eines der ersten, welches dessen wirklich friedliche Ziele erkannt und sich entschlossen hat, sich zu denselben zu bekennen und eine Anlehnung an die westeuropäischen Zentralmächte zu suchen. Die sehr freundschaftlichen Beziehungen, die wir dementsprechend mit Rumänien seit Jahren unterhalten, haben sich als haltbar bewährt. Dies berechtigt zu der Übergezugung, daß die rumänische Regierung agitatorische Strömungen, die in ihren Auswüchsen und ihren Wirkungen gegen die Ruhe und Ordnung im Nachbarlande gerichtet sind, in den nötigen Grenzen wird zu halten wissen und dasjenige vorkehren wird, was tunlich ist, um ihren freundnachbarlichen Pflichten gerecht zu bleiben. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Schwierigkeiten der als Maßregel gegen die Steigerung der Fleischpreise begehrten Viehseinfuhr aus Rumänien. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894.

— Der Minister des Äußern bezeichnet unsere Beziehungen zu Rumänien als ganz befriedigend. **27**. 22 (A. B.).

— Kaftan erörtert die Lage der Rumänen in Ungarn. **30**, 21.

— Der Ausschußbericht verweist auf die gegen Ungarn gerichteten agitatorischen Strömungen. **30**, 52.

— M. Ae. Kálnoky bemerkt gegenüber einer Anfrage, daß man in Rumänien vielfach von der Viehzucht zum Getreidebau übergegangen sei. **30**, 58 (A. B.).

— Äußerst korrekte Haltung Rumäniens, hoher Grad politischer Reife, ausgesprochene Neigung für abendländische Bildung und Gesinnung. Es hat sich damit auf eine Höhe emporgeschwungen, um die es manch anderes Land beneiden könnte. Unsere Beziehungen sind die allerbesten und erfreulichsten. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— M. Ae. Gołuchowski anerkennt den hohen Grad politischer Reife, den Rumänien dank der staatsmännischen Einsicht seines Herrschers und der Begabung seiner leitenden Kreise erreicht habe. **32**, 45 (A. B.).

— Gegenseitige Besuche des Kaisers Franz Joseph und des Königs von Rumänien. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Eine kluge, geschickte und erfahrene Leitung der Staatsgeschäfte hat Rumänien schon seit geraumer Zeit zu einem Elemente der Ordnung und Stabilität gemacht und sein Verhältnis zu uns auf einen erfreulichen Grad der Intimität gebracht, der beiderseits mit besonderer Sorgfalt gepflegt wird. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Schneider bespricht unter Hinweis auf die Wichtigkeit guter Beziehung zu Rumänien die schlechte Behandlung, welche den Rumänen in Ungarn zu teil werde. **35**, 415.

— Popovici tritt für den Anschluß Rumäniens an Österreich und seine Alliierten ein und erklärt: wenn Österreich die Wahrung der nationalen Existenz und die kulturelle und politische Entfaltung seiner Rumänen zu seinem eifrigen Glaubensdogma machen wollte, könnte es in der Orientpolitik auf die schlagfertigen Bataillone Rumäniens ebenso zählen, wie auf die seinen. **36**, 71.

— Das Beispiel Rumäniens könnte manchem jungen Staate als Vorbild einer gesunden Politik dienen, für die bei uns das richtige Verständnis und das weitergehende Entgegenkommen immer zu finden sein werden. — Exposé des M. A. Gołuchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

Digitized by Google

Rumänien.

Wassilko Georg erklärt, es habe von der großen Umsicht des Ministers Goluchowski gezeugt, daß die Beziehungen zu Rumänien sich in der letzten Zeit äußerst günstig gestaltet haben. Man wünsche in Rumänien einen engeren Anschluß an Österreich. Ohne den Schutz Österreichs kann ein Staat wie Rumänien, mitten zwischen slawische Staaten eingekeilt, nicht existieren und es wird wohl einmal die Zeit kommen, wo Rumänien sich unter die mächtigen Fittige des österreichischen Doppeladlers wird flüchten müssen. **38**, 57.

— Verdienstliches Verhalten Rumäniens gegenüber den Balkanwirren. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

— s. auch Diplomatische Auslagen, handelspolitische Fragen, Rotbücher.

Russisch-japanischer Krieg, s. Ostasiatischer Krieg.

Russisch-türkischer Krieg, s. Grenzbewachung, Rußland.

Rußland.

Reichskanzler Beust bemerkt, daß sich die Beziehungen zu Rußland mit der Zeit zu entschieden guten gestalten werden. **4**, 19.

— Smolka betont, daß Rußland nur in aggressiver Weise groß geworden sei. **4**, 121.

— Erklärung Rußlands bezüglich der Neutralisierung des Schwarzen Meeres. Rotbuch Nr. 4.

— Beteiligung russischer Offiziere und Freiwilliger an dem Kriege Serbiens gegen die Türkei. England macht hierüber der russischen Regierung Vorstellungen. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Bei der Reichstädter Begegnung wird die Nichtintervention Österreichs und Rußlands in dem Kriege Serbiens und Montenegros gegen die Türkei beschlossen. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Rußland schlägt die Besetzung Bulgariens durch russische, Bosniens durch österreichische Truppen unter gleichzeitigem Erscheinen der Flotten der Großmächte im Bosporus vor, um die Pforte zur Annahme der von den Mächten empfohlenen Friedensbedingungen im serbisch-türkischen Kriege zu zwingen und Massakers vorzubeugen. Dieser Vorschlag wird von Österreich abgelehnt. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Kaiser Alexander erklärt dem englischen Botschafter, er verpfände sein Ehrenwort, daß er nicht die Absicht habe, den Besitz von Konstantinopel zu erwerben und daß, wenn die Notwendigkeit ihn zwingen würde, einen Teil von Bulgarien zu besetzen, dies nur provisorisch geschähe, bis der Friede und die Sicherheit der christlichen Bevölkerung gewährleistet sind. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Londoner Protokoll vom 31. März 1877, in welchem über Vorschlag Rußlands die in der Konstantinopeler Konferenz vertretenen Mächte, mit Ausschluß der Türkei, ihre Stellungnahme gegenüber der letzteren für den Fall präzisieren, als das Los der christlichen Völker des osmanischen Reiches nicht gebessert werden sollte. Zusatzerklärung des Grafen Schuwalow über die Bedingungen, unter denen Rußland zu Abrüstungsverhandlungen mit der Türkei bereit wäre. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Türkei. Kriegserklärung. Rotbuch vom Jahre 1877.

Rußland.

— Blokade der russischen Häfen im Schwarzen Meere durch die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Das Seekriegsrecht im russisch-türkischen Kriege. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Proklamation des Kaisers Alexander an die Bewohner Bulgariens im russisch-türkischen Kriege. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Die russischen Truppen rücken in Rumänien ein. Manifest des Großfürsten Nikolaus an die Bewohner Rumäniens. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Enzyklika des griechischen Patriarchen, welche die Gläubigen seiner Konfession zur treuen Unterstützung der Regierung des Sultans in dem Verteidigungskampfe gegen Rußland auffordert und insbesondere das von Rußland proklamierte Kriegemotiv des Christenschutzes zurückweist. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Die Türkei protestiert gegen Verletzungen des Völkerrechts, welche Rußland begangen habe, indem es türkische Handelsschiffe, die keinen Widerstand leisteten, samt der Bemannung habe in die Luft sprengen lassen. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Die Pforte erklärt sich bereit, die Vermittlung der Mächte zur Beendigung des Krieges mit Rußland anzurufen. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Die Pforte wendet sich mit der Bitte um Frieden an Rußland. Abschluß des Waffenstillstandes zu Adrianopel. Präliminarfriede von San Stefano. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Retrozession der bessarabischen Distrikte von Rumänien an Rußland auf Grund des Berliner Vertrages. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Debatte über die Absichten Rußlands (Panslavismus) und das Verhalten Österreich-Ungarns anläßlich des russisch-türkischen Krieges. **10**, 9—23, 259—264.

— Grocholski bespricht die Stellung Rußlands zu der Balkanfrage und tritt für die Befreiung der Polen von der russischen Herrschaft ein. **10**, 117.

— Teuschl hält es für eine Verletzung der Interessen der Monarchie, wenn auf der Balkanhalbinsel der russische Einfluß dominiert. **10**, 130.

— Weeber erblickt in einem etwaigen Festsetzen Rußlands am rechten Donauufer eine Gefahr für Österreich. **10**, 137.

— Grenter erörtert die Politik Rußlands im Orient und befaßt sich mit der Frage des Panslavismus. **10**, 143.

— Interpellation Grocholski, betreffend den Abschluß eines russisch-türkischen Spezialvertrages. **11**, 12.
Beantwortet vom M. Ae. Andrássy **11**, 51.

— Klaić erörtert die Politik Rußlands im Orient. **11**, 201—202.

— Czartorynski Konstantin meint, daß der Besitz der polnischen Länder Rußland die vermeintliche Berechtigung und materielle Kraft gebe, sich als Beschützer und Anwalt aller slavischen Stämme zu gerieren. Er bezeichnet es als unerläßlich, daß die Regierung allen Bestrebungen nach Erweiterung der russischen Macht und des russischen Einflusses entschieden entgegentrete, da jede Nachgiebigkeit und jedes Kompromiß in dieser Richtung die Interessen und die Machtstellung der Monarchie aufs entschiedenste schädigen würde. **11**, 265.

— Lage der Juden in Rußland. **11**, 357. (A. B.)

Digitized by Google

Rußland.

— Hübner Alexander tritt für friedliche Beziehungen zu Rußland ein. **12**, 27.

— M. Ae. Haymerle glaubt, daß die Unfertigkeit der Zustände im Orient keinen Grund zu Verwürfnissen mit Rußland geben werde, wenn der durch den Berliner Vertrag gewonnene gemeinsame Boden erhalten wird. **12**, 34.

— Berichterstatter Plener Ernst hält es für schwer, in dem Momente, wo eine gewisse Spannung zwischen Deutschland und Rußland besteht, ein intensives Verhältnis mit Rußland herzustellen, ohne das Verhältnis zu Deutschland zu erschüttern. **12**, 38.

— Hübner Alexander tritt für ein einmüthiges Zusammenwirken Österreich-Ungarns mit Rußland zur Vertagung der orientalischen Frage und zur Abwehr der von Frankreich drohenden Gefahr ein. **13**, 13.

Demel Johann bezeichnet als den Beruf Rußlands, die einheitliche nationale Konstituierung der Slawen unter der Fahne der orthodoxen griechischen Kirche; dieser Beruf berühre aber Österreich in so gefahrdrohender Weise, daß ein intimes Verhältnis oder eine Allianz mit Rußland nicht zu denken sei. **13**, 21.

Grocholski erklärt, daß man in Galizien gegen eine Verständigung mit Rußland sei; Rußland sei ein eminent revolutionärer Staat; die Polen empfinden die Verletzungen, denen ihre Brüder in Rußland ausgesetzt seien, schmerzlich; der Stützpunkt der konservativen Grundsätze könne nicht in Rußland gesucht werden. **13**, 30.

— Ro. Sektionschef Ritter v. Kállay bezeichnet die Zusammenkunft der Kaiser von Deutschland und Rußland in Danzig als ein Symptom der gegenwärtigen friedlichen Stimmung Rußlands. **14**, 26 (A. B.).

— Berichterstatter Plener Ernst gibt dem Wunsche Ausdruck, daß diese im Interesse des europäischen Friedens enger geknüpften Beziehungen sich in den Rahmen des zwischen der Monarchie und Deutschland bestehenden Verhältnisses einfügen. **14**, 26 (A. B.).

— Seitens Rußlands droht keine Gefahr für den Frieden. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. November 1882.

— Die Beziehungen zu Rußland sind vollkommen normale, das heißt freundschaftliche. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 29. Oktober 1883.

— Wenn Österreich-Ungarn und Rußland unter Achtung ihrer Interessen sich auf der bestehenden Rechtsbasis (Berliner Vertrag) ehrlich und loyal finden konnten und etwaige gegen diese gerichtete Bestrebungen gemeinsam und friedlich beilegen zu wollen erklären, so sind hiedurch ernstere Gefahren für die friedlichen Zustände auf der Balkan-Halbinsel beseitigt. Allgemeines Einverständnis mit Rußland im Einvernehmen mit Deutschland. — Drei-Kaiserbegegnung zu Skiernewice. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 4. November 1884.

— Viele von den auf die Uneinigkeit zwischen den Großmächten, insbesondere zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, basierten Aspirationen sind schon im Schwinden begriffen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 4. November 1884.

— Rückgabe des Kilia-Armes unter die russische Territorialsouveränität. **18**, 15.

Rußland.

— Das Verhältnis Österreich-Ungarns und Deutschlands zu Rußland ist ein freundschaftliches und vertrauensvolles. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 7. November 1885.

— Haltung Österreichs im Falle eines tatsächlichen Einschreitens Rußlands in Bulgarien. (Näheres s. Bulgarien.) — Exposé des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Es ist mit Befriedigung hervorzuheben, daß das Einvernehmen und der freundschaftliche Verkehr mit dem russischen Kabinet fortbesteht, so daß die beiden Regierungen in der Lage sind, auch über Dinge, in Betreff deren sie nicht derselben Meinung sind, sich mit freundschaftlicher Offenheit auszusprechen. Mit vielem Vertrauen und trotz aller benennbigenden Zwischenfälle zählt der Minister auch heute auf die Vertragstreue und Friedensliebe des Kaisers Alexander, welche für die friedliche Lösung der bulgarischen Krise von entscheidendem Einfluß sein wird. — Exposé des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Der gemeinsamen Regierung liegen von Seite Rußlands keine anderen Äußerungen vor als solche, die die Versicherung enthalten, daß es an den Verträgen festhält und weder an eine Einschränkung der Autonomie Bulgariens, noch an eine Änderung seines internationalen Verhältnisses denke, endlich daß überhaupt nichts ohne Mitwirkung der Mächte unternommen werden soll. — Exposé des M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 13. November 1886.

— Als der Minister die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, befanden sich die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rußland gerade in einem wenig behaglichen Zustand, indem sie weder gut noch auch ganz schlecht, sondern schwankend waren. Aus diesem Zustand herauszukommen, war selbstverständlich für uns wünschenswert, und da uns Rußland hiezu entgegen kam, konnten wir diese neue Friedensbürgschaft nur mit Genugtuung begrüßen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. November 1886.

— Betonung der Friedensliebe Österreich-Ungarns gegenüber den Verdächtigungen in russischen Blättern. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. Juni 1888.

— Freundliche Beziehungen Österreichs zu Rußland. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 25. Juni 1889.

— Besuch der französischen Flotte in Kronstadt. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 14. November 1891.

— Russisch-türkisches Abkommen bezüglich der Durchlassung der Schiffe der russischen Kreuzerflotte durch die Dardanellen. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 14. November 1891 und im Budgetausschusse, 16. November 1891.

— Die Beziehungen zwischen den Höfen von Österreich-Ungarn und Rußland haben nie aufgehört, vortrefflich zu sein, die Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen sind freundliche und normale und haben in neuerer Zeit keine wie immer geartete Änderung erfahren. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

— M. Ae. Kálnoky erklärt, daß niemand den Krieg mit Rußland wolle und niemand da sei, der nicht die besten Beziehungen zu Rußland wünsche. **24**, 44.

Digitized by Google

Rußland.

— Der Minister glaubt versichern zu können, daß sowohl beim Kaiser Alexander III, wie auch bei dessen Regierung unserer Monarchie gegenüber nur günstige Dispositionen vorherrschen. Es kann nur erfreulich sein, wenn unsere Beziehungen zu Rußland, die auch früher schon gute waren, sich **verbessern**. — M. Re. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 3. Juni 1893.

— Unser Verhältnis zu Rußland, respektive zu dem Monarchen und der Regierung ist ein sehr **freundliches**. Das Vertrauen, daß die allein maßgebenden Faktoren in Rußland den Frieden wollen, hat sich allgemein gefestigt. — Auf die oft leidenschaftliche Sprache der russischen Presse möchte der Minister nicht zu viel hören; so bedauerlich ein solch gereizter Ton betreffe der Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist, sei doch die Haltung der Presse in Rußland durchaus nicht entscheidend. — M. Re. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 3. Juni 1893.

— Masaryk fragt den Minister des Äußern, ob in Bezug auf die Balkanländer mit Rußland bestimmte **Abmachungen** stattgefunden haben. **29**, 21.

— Badeni nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß unsere **Beziehungen** zu Rußland die **besten** sind, bedauert aber, daß — wohl natürlich hinter dem Rücken der russischen Regierung — die **panslawistischen** oder **panrussischen** Bühlereien und Umtriebe, die in der letzten Zeit ihren Herd in Wien gefunden zu haben scheinen, fortdauern. **29**, 26.

— Der Ausschußbericht konstatiert die Erklärung des Ministers des Äußern, daß das Verhältnis zu Rußland ein sehr freundliches sei. **29**, 66 (A. B.).

— Unsere Beziehungen zu Rußland sind durchaus **freundschaftliche**. — Förderung der guten Beziehungen durch den Abschluß des **Handelsvertrages** auf 10 Jahre. — M. Re. Kálnoky im Budgetausschusse, 17. September 1894 u. **30**, 52 (A. B.).

— Unsere Beziehungen zu Rußland gestalten sich in **erfreulicher** Weise. — Kategorisches Eintreten Rußlands für die Erhaltung des status quo und das unverbrüchliche Festhalten an den bestehenden Verträgen. — So lange die russische Regierung auf dem eingeschlagenen Wege verharrt, kann sie auf unsere unbedingte und loyale Unterstützung zählen. — Exposé des M. Re. Gołuchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Aus den intimen Beziehungen unter den drei Bundesmächten dürfe nicht der Schluß gezogen werden, daß unser Verhältnis zu Rußland gelitten habe. — M. Re. Gołuchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Der Ausschußbericht betont, der M. Re. Gołuchowski habe die auf die Erhaltung des Status quo und das Festhalten an den bestehenden Verträgen gerichtete Politik Rußlands hervorgehoben. In dieser Richtung befinde sich die russische Regierung im Einklange mit der Politik Österreichs, die stets nur die Erhaltung der Türkei sowie die Unabhängigkeit und freie Entwicklung der einzelnen Balkanstaaten angestrebt habe. Es konnte deshalb nur mit Genugtuung begrüßt werden, als die russische Regierung mit der Anerkennung der Wahl des Fürsten von Bulgarien vorging. In der Herstellung normaler und freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Bulgarien könne keine Gefährdung österreichischer Interessen erblickt werden. **32**, 45 (A. B.).

Rußland.

— Gute Resultate des einvernehmlichen Vorgehens Österreich-Ungarns und Rußlands auläßlich des griechisch-türkischen Krieges. — Exposé des M. Re. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897. (S. Türkei 5.)

— Erfreuliche Ausgestaltung unseres Verhältnisses zum russischen Reiche. — Unser von Erfolg begleitetes Zusammenwirken beim Ausbruche des griechisch-türkischen Konfliktes machte den Anfang dazu und führte uns sehr bald zu einer offenen, loyalen Aussprache, aus der man beiderseits die Überzeugung zu schöpfen vermochte, daß der eigentlich keine derartigen Differenzen zwischen uns bestehen, die sich nicht bei einigem guten Willen ausgleichen ließen. Sobald konstatiert werden konnte, daß wir beide die Aufrechterhaltung des Status quo anstreben, daß Rußland ebenso wie wir jeden Eroberungsgedanken auf der Balkanhalbinsel mit Entschiedenheit zurückweist und daß auf beiden Seiten der feste Entschluß besteht, die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Balkanstaaten mit Ausschluß jeder präponderanten Einflußnahme auf deren innere Geschicke zu respektieren, war mit einem Male das Terrain zu einer Verständigung zwischen uns geschaffen. — Wir erblicken in dem jüngsthin so glücklich angebahnten Verhältnisse zu Rußland mit Zuversicht eine neue mächtige Bürgschaft für den europäischen Frieden. — — Exposé des M. Re. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Es ist eine ganz irrige Auffassung der **freundschaftlichen** Ausgestaltung unseres Verhältnisses zu Rußland, als ob wir uns bisher mit Rußland in offenem Widerspruche befunden hätten. Es konnten Mißverständnisse über die Behandlung einzelner Fragen bestehen, aber es war stets das Bestreben der österreichisch-ungarischen Regierung, solche Mißverständnisse zu beseitigen, und das gleiche Bestreben bestand auch auf der anderen Seite. Es müsse aber immerhin als ein glücklicher Umstand bezeichnet werden, daß man beiderseits zu der Überzeugung gelangte, daß keine solchen Differenzen bestehen, die nicht ausgeglichen werden könnten. — M. Re. Gołuchowski im Budgetausschusse, 23. November 1897.

— Barwiński erblickt in der Ausgestaltung des freundschaftlichen Verhältnisses zu Rußland eine sichere Gewähr des allgemeinen Friedens. Aus dem Einvernehmen mit Rußland sei keine Schwächung des Dreibundes zu befürchten, sondern dadurch würde es möglich sein, eine Gefährdung des Friedens durch Erschütterungen auf dem Balkan hintanzuhalten. **33**, 38.

— Wir verbleiben mit Rußland in **enger Fühlung** bezüglich der Aufrechthaltung jener gemeinsam aufgestellten Grundprinzipien, die unsere Orientpolitik beherrschen. Die einigermaßen divergierende Auffassung hinsichtlich der Behandlung des kretensischen Problems vermochte daran nichts zu ändern. — Exposé des M. Re. Gołuchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Kaftan bedauert, daß Österreich in der Frage der Bestellung des griechischen Prinzen Georg zum Gouverneur von Kreta sich von Rußland trennte. **34**, 29.

— Dem Fortbestande der vertrauensvollen Verhältnisse zu Rußland, wenngleich bezüglich der Frage des künftigen Gouverneurs von Kreta sich Meinungsverschiedenheiten ergeben haben, ist nicht zum geringsten Teile die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung am Balkan zu verdanken. **34**, 56 (A. B.).

Digitized by Google

— Segensreiche Wirkungen des engeren Einvernehmens mit Rußland auf die Verhältnisse im nächsten Orient. Die Gefahren tiefeingreifender Komplikationen auf diesem Gebiete sind durch den offen kundgegebenen Willen zweier an den dortigen Vorkommnissen zunächst interessierter Großmächte, wie es wir und Rußland sind, interseits keine egoistischen Zwecke zu verfolgen, aber auch anderweitigen selbstsüchtigen Aspirationen keinerlei Spielraum zu gewähren, auf ein Minimum herabgesetzt werden. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Kaftan begrüßt das gute Einvernehmen mit Rußland und wünscht die Beibehaltung desselben durch eine loyale Politik in den Donaufürstentümern. **35**, 375.

— Wolffhardt spricht seine Befriedigung über das Einvernehmen mit Rußland bezüglich der Balkanfragen aus. **35**, 408.

— Hofmann Franz wünscht Abhilfe gegen die Paßschwierigkeiten in Rußland sowie eine Erleichterung und Verbilligung des Postverkehrs mit Rußland. **35**, 413.

— M. Ae. Gołuchowski erklärt, er werde sich in der Frage des Paßwesens mit der russischen Regierung ins Einvernehmen setzen. **35**, 454.

— Kaftan bemerkt, den Grund der Verstimmung Rußlands bilde das Verhalten unseres auswärtigen Amtes gegenüber Serbien, Bulgarien und Montenegro, vor allem der besondere Schutz der Dynastie Obrenović. **36**, 18.

— Demel Leonhard begrüßt freudig das Einverständnis mit Rußland bezüglich der orientalischen Frage. **36**, 27.

— Im Jahre 1897 habe eine offene, loyale Aussprache mit Rußland stattgefunden, also kein Vertrag, keine Konvention kam zu stande und wir gelangten zu der Überzeugung, daß die Probleme, welche auf dem Balkan auftauchen können, nicht von der Natur sind, um nicht eine Lösung im beiderseitigen Einvernehmen zuzulassen. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 24. Mai 1901.

— Kaftan bedauert, daß die Entente zwischen Österreich und Rußland nicht mehr vertieft wurde, so daß man nicht weiß, ob die im Jahre 1897 geschlossene Konvention noch in voller Ausdehnung bestehe. **37**, 218.

— Wolf erklärt, daß die Lebensinteressen Österreichs es verbieten, daß die russische Hand in der Balkanpolitik geduldet werde. Für die Orientfrage gebe es keine andere Lösung als die Teilung der Interessensphären zwischen Österreich und Rußland. **37**, 232.

— Erklärung des Ministers, daß das vertrauensvolle Einvernehmen mit Rußland fortbestehe und daß in den Grundzügen der österreichischen Orientpolitik — Aufrechthaltung der Selbständigkeit der Balkanstaaten und Förderung ihrer geistigen und wirtschaftlichen Interessen — eine Änderung nicht eingetreten sei. **37**, 266 (A. B.).

— Berichterstatter Bacquehem erklärt es als zweifelhaft, ob die Teilung der Interessensphären zwischen Österreich und Rußland der Weg sei, das erwünschte Ziel, die Wahrung der Selbständigkeit der Balkanstaaten, zu erreichen. Dagegen dürfte dieser Weg Keime zu fortwährenden Konflikten in sich bergen. Es sei daher gewagt, die sicheren und ruhigen Bahnen zu verlassen, auf welchen sich unsere Orientpolitik bewege

dank der Entente cordiale mit Rußland, die geschaffen zu haben ein unbestreitbares Verdienst des Ministers des Äußern sei. **37**, 315.

— Die Petersburger Verständigung vom Jahre 1897 kann als eine der erfreulichsten Erscheinungen betrachtet werden, die in jüngster Zeit auf dem politischen Gebiete wahrzunehmen waren, weil damit vielfache Gefahren eingedämmt zu werden vermögen, die zu dem ständigen Inventar der Beunruhigung auf dem europäischen Kontinente gehören. — Wohltätige Wirkungen des Einvernehmens mit Rußland auf die Verhältnisse am Balkan. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Kaftan ist von der Versicherung im Exposé über die überaus günstige Ausgestaltung unserer Beziehungen zum russischen Reiche außerordentlich angenehm berührt. Er hofft, daß die Demarkationslinie der Interessensphären auch bei Erneuerung des Übereinkommens vom Jahre 1897 genau umschrieben wurde. **38**, 23.

— Parish gibt seiner Freude über die Worte des Ministers Gołuchowski bezüglich unseres Verhältnisses zu Rußland Ausdruck, deren Richtigkeit durch die Ereignisse auf dem Balkan vollauf bekräftigt wurde. **38**, 37.

— Doberning bemerkt in Besprechung der Notwendigkeit des Bündnisses mit Deutschland: Was sollen wir in Rußland, in dessen Arme uns die Tschechen so gerne führen möchten? Ist Rußland nicht durch innere Unruhen der geschichtlichen Art so gerwühlt, daß seine Freundschaft unter Umständen auch für Österreich verhängnisvoll werden könnte? Wir können dort auch keinen entsprechenden Ersatz für den etwaigen Verlust unseres deutschen Absatzgebietes erblicken. Es ist jedoch selbstverständlich, daß wir trotzdem die Erhaltung friedlicher Beziehungen zum russischen Kolosse lebhaft wünschen. **38**, 48.

— Vassilko Georg macht darauf aufmerksam, daß infolge gewisser Vorgänge unter den russischen Kaufleuten gerade heute eine Strömung herrsche, ihren Bedarf aus Österreich viel lieber als aus einem anderen benachbarten Staate zu beziehen, und empfiehlt die Förderung unserer Handelsbeziehungen zu Rußland. **38**, 57.

— Stein führt aus, infolge der polnisch-nationalen Eigenschaften des Grafen Gołuchowski werde Rußland mitunter gegen unsere äußere Politik etwas mißtrauisch. **38**, 113.

— Bukovič bemerkt, von uns werde mit peinlicher Sorgfalt jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Balkanstaaten vermieden, Rußland aber halte die paritätische Stellung nicht ein. Daraus zeige sich die labile Natur mündlicher Abmachungen. Es wäre eine große Beruhigung, wenn statt unverbindlicher Phrasen der Delegation schriftliche Abmachungen, sei es auch nur in der vertraulichsten Weise vorgelegt würden. Rußland erlaubt uns vorläufig, daß wir Gendarmeriedienste auf dem Balkan leisten und uns dort noch mißliebiger machen, als wir schon sind. Sobald es aber in Asien und im Innern frei sein wird, wird es an die Realisierung der Pläne Peters des Großen, die es nie aufgegeben hat, schreiten. Es ist zu fürchten, daß wir Rußland in dem Momente, wo wir es vielleicht auf dem Balkan brauchen werden, nicht auf unserer Seite finden und ganz isoliert stehen werden. **38**, 130. — Er plaidiert für die Aufhebung des Dreibundes und für ein intimeres Freundschaftsverhältnis mit Rußland. **38**, 134.

Digitized by Google

Rußland.

— Oppenheimer begrüßt mit Befriedigung die Unterstützung, welche die Sicherung des Dreibundes durch die freundschaftliche Auseinandersetzung mit Rußland erfahren habe, und erinnert an die Beruhigung, welche seither in der Beurteilung der Vorgänge auf dem Balkan eingetreten sei. **38**, 140.

— Schönborn sieht in der wesentlichen Besserung der Beziehungen zu Rußland das wichtigste Moment im Exposé des Ministers. Das Entscheidende und Hocherfreuliche ist, daß gerade auf dem Balkan, wo seit Dezennien die furchtbarste Gefahr großer Komplikationen bestanden hat, in glücklicher Weise ein Moment des Zusammengehens und der Freundschaft gefunden worden ist. Redner beglückwünscht aus diesem Anlasse sowie überhaupt den Grafen Gołuchowski zur Führung der auswärtigen Politik. **38**, 153.

— Beratungen zwischen dem österreichisch-ungarischen und dem russischen Minister des Äußern im Dezember 1902 zu Wien über ein gemeinsames Vorgehen in der mazedonischen Frage, Vereinbarung eines Reformprogramms für die mazedonischen Vilajete, Ergänzung dieses Programms in den Beratungen zu Mürzsteg, Charakterisierung und Begründung der Mürzsteger Beschlüsse. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

(Näheres über die „macedonische Frage" s. Türkei 6.)

— Kramář meint, daß die Monarchie den Schutz in ihrer Balkanpolitik nicht in dem Bundesverhältnisse mit Deutschland gegen Rußland suchen, sondern im Gegenteile eine Politik des Einvernehmens mit Rußland treiben müsse. **39**, 177.

— Herabsetzung der russischen Paßgebühren. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 12. Jänner 1904.

— Russische Paßschwierigkeiten. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— s. auch Berliner Vertrag, Diplomatische Auslagen, Handelspolitische Fragen.

Rustschuk, s. Konsulate.

S.

Sachsen, s. Diplomatische Auslagen.

Safed Tiberias, s. Konsulate.

Sala Sivrič, s. Bosnien 10.

Salinen- und Saalforstkonvention.

Petition des Landesausschusses von Salzburg in Angelegenheit der zwischen Österreich und Bayern im Jahre 1829 abgeschlossenen Konvention, betreffend die Saalforste. **19**, 26, 63—68 (A. B.).

— Resolution Sylvester, betreffend die Abänderung der Salinen- und Saalforstkonvention mit Bayern vom 28. März 1829. (Angenommen.) **38**, 31, 171.

Salonichi, s. Eisenbahnen, Konsulate, Orientalische Frage, Türkei 1.

Salz.

Petition des Letar Gadakovic und Genossen wegen Bewilligung zur Anschaffung von Meersalz bei den dalmatinischen Verschleißstellen in Obrovac für Viehnahrungszwecke. **35**, 16, 479.

— Interpellation Biankini, betreffend die den Bewohnern Bosniens auferlegten Beschränkungen beim Bezuge von Seesalz aus den ärarischen Salinen in Dalmatien. **39**, 123.

Beantwortet vom Finz. Burián. **39**, 221.

Salzburg, s. Militärzinstarife.

Saubers bei Komorn, s. Festungswerke 3.

San Girolamo.

Verhalten Österreich-Ungarns in der San Girolamo-Frage. Die Behauptung, die Namensänderung des Institutes sei nur deshalb erfolgt, weil die ungarische Regierung, die gemeinsame Regierung, die österreichisch-ungarische Diplomatie von feindseligen Gefühlen gegen die kroatische Nation erfüllt seien, sei eine willkürliche Verleumdung. — M. Ae. Gołuchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Bukovič fordert Satisfaktion für die dem kroatischen Volke in der San Girolamo-Angelegenheit zugefügte Demütigung und hofft, daß Minister Gołuchowski eine passende Gelegenheit finden werde, den dem Erzbischof Stadler gemachten Vorwurf der Verleumdung zurückzuziehen. **38**, 134.

M. Ae. Gołuchowski bemerkt, er habe seinen Erklärungen im Ausschusse über die San Girolamo-Affaire nichts hinzuzufügen und davon auch nichts wegzunehmen. Bezüglich des Umstandes, daß der heilige Vater aus eigener Initiative den Namen des Institutes geändert habe, verweist er auf den „Osservatore Romano", wo der heilige Vater dies selbst erkläre, und darauf, daß Erzbischof Stadler ausdrücklich bestätigte, was er (Gołuchowski) gesagt habe. **38**, 160.

— Interpellation Bukovič, betreffend die Behandlung der sogenannten Affaire San Girolamo seitens der österreichisch-ungarischen Diplomatie in Rom. **38**, 58.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **38**, 553.

— Biankini verlangt Aufklärung über das Schicksal des Institutes. **39**, 40.

— Interpellation Biankini, betreffend den provisorischen Zustand des Institutes San Girolamo in Rom. **39**, 467.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **39**, 724.

— Interpellation Zaffron, betreffend die endgiltige Regelung der Angelegenheit dieses Institutes. **40**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **40**, 534.

Sanitätswesen.

Internationale Sanitätskonferenz in Wien (1874). Braunbuch Nr. 1.

— Resolution des Abgeordnetenhauses, betreffend Verbesserung der Sanitätsverhältnisse in der Armee und Erwägung der Frage, ob nicht die mangelhafte Ernährung der Soldaten und die schlechte Beheizung der Kasernen mit die Ursache der abnormen Zahl der Superarbitrierungen sei. Der Budgetausschuß gewann die Überzeugung, daß vor allem die Unterkünfte den Gesundheitszustand beeinflussen, daß die Heeresverwaltung für die Assanierung ein sorgsames Auge hat, und daß eine Besserung der sanitären Verhältnisse der Armee statistisch nachweisbar sei. **20**, 48 (A. B.).

Digitized by Google

Sanitätswesen.

— Bestellung eines Arztes zum österreichisch-ungarischen Vertreter im Sanitätskonseil zu Konstantinopel. Denkschrift zum Budget 1891.

— Entsendung des Delegierten beim Sanitätskonseil in Alexandrien nach Suez infolge der Choleraepidemie. Denkschrift zum Budget 1892.

— Sanitätskonferenz in Dresden und verschiedene internationale Sanitätsfragen. — M. Ke. Kálnoky im Budgetausschusse, 5. Juni 1893.

— Der Ausschuß gedenkt mit Anerkennung der Initiative, welche unsere Regierung im Interesse Europos zum sanitären Kongresse in Dresden ergriffen hat. 29, 66 (A. B.).

— Kaftan fragt nach den Vorkehrungen bei der Marine gegen die Pestgefahr im Kriegsfalle. 37, 327.

Mk. Spaun teilt die getroffenen Maßregeln mit. 37, 335.

St. Nazaire, ſ. Konſulate.

San Remo, ſ. Konſulate.

S. Rocco, ſ. Feſtungswerke.

San Sebastian, ſ. Konſulate.

San Stefano, ſ. Bosnien und Hercegovina. 14.

Santiago, ſ. Kroatien, diplomatiſche Anſagen (Bolivia).

San Paulo, ſ. Konſulate

Schabatz, ſ. Konſulate.

Schaffleisch, ſ. Lieferungswesen. 3.

Schalttag.

Mehrerfordernis der Heeresverwaltung für den Schalttag. 4, 51, 53, 81.

Schiedsgerichte, ſ. Friedensbewegung.

Schießplätze.

Bau einer Militär-Schießhalle in Wien. 3, 199.

— Herſtellung von Schießhallen zu Krakau, Thereſienſtadt, Kolin, Jungbunzlau, Reichenberg und Kuttenberg. 7, 130.

— Ankauf und Herrichtung eines Artillerieſchießplatzes bei Felſö-Örkény. 8, 128.

— Ankauf des Artillerieſchießplatzes auf dem Steinfelde bei Felixdorf. 5, 190.

— Petition der Handels- und Gewerbekammer in Wien, betreffend den Ankauf des Artillerieſchießplatzes auf dem Wiener-Neuſtädter Steinfelde. 5, 208.

— Interpellation Sláma, betreffend die Militärſchießſtätte bei Pehlin in Iſtrien. 30, 11.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. 30, 300.

— Petition der Gemeinden Liboteinitz und Bolecko (Böhmen) um Sicherungen an der neuen Schießſtätte bei Bolecko. 30, 303.

Schießplätze.

— Kaftan urgiert die Verlegung des Schießplatzes in Karolinenthal und verlangt Schutzmaßnahmen betreffs des Liboteinitzer Artillerieſchießplatzes. 31, 254.

— Petition des Landesausſchuſſes Salzburg wegen Entfernung der Militärſchießſtätte aus der Ihlinger Au bei Salzburg. 32, 307.

— Kaftan urgiert den Abſchluß eines Vertrages mit der Stadtgemeinde Elbeteinitz und die Auffaſſung der Schießſtätte in Liboteinitz-Bolecko. 33, 77.

Km. Krieghammer glaubt, daß dieſe Tranſaktionen bald werden zu Ende geführt ſein. 33, 169.

— Petitionen der Gemeinden Liboteinitz und Lounek (Böhmen) um Aufhebung der Militärſchießſtätte in Bolecko. 34, 12, 373.

— Interpellation Geſsmann, betreffend die Errichtung eines Schießplatzes in Altliebe, Bezirk Sternberg in Mähren. 35, 213.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. 35, 477.

— Petition von Grundbeſitzern in der Gemeinde Berezniča, Bezirk Strij, wegen des durch den Beſtand des Schießplatzes in Berezniča den Gemeindeangehörigen erwachſenden Schadens. 35, 213, 478.

— Kaftan beſpricht verſchiedene Wünſche nach Verlegung von Schießplätzen in Böhmen. 36, 112.

Km. Krieghammer macht Mitteilungen über die Frage der Schießplätze. 36, 196.

— Interpellation Stein, betreffend die Militärſchießſtätte in Egelſee bei Krems. 38, 398.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. 38, 519

— Interpellation Nowak, betreffend die Übelſtände bei der Schießſtätte in Stankowitz bei Leitmeritz in Böhmen. 40, 83.

Beantwortet vom Km. Pitreich. 40, 536.

Schießübungen.

Gabelenz betont die Notwendigkeit derſelben. 1, 341.

— Präſident Schmerling Anton teilt mit, daß die Delegierten zu einem Probeſchießen mit den neuen Stahlbronzegeſchützen auf dem Steinfelde eingeladen wurden. 8, 9.

— Da ein großer Teil des Heeres Gelegenheit hatte, auf einem ernſten Kampfplatze in der Handhabung der Waffen Erfahrungen zu ſammeln, ſo können die Schießübungen auf ein geringeres Maß beſchränkt werden. 11, 92 (A. B.).

— Berichterſtatter Popowski gedenkt der Schießversuche in Felixdorf, welche gezeigt haben, daß durch eine Reihe von genialen Einführungen die Feuerſchnelligkeit unſerer Geſchütze bedeutend gehoben wurde. 33, 177.

— Bacák beſpricht die Schädigung von Landwirten durch Schießübungen. 35, 64.

— Abrahamowicz Eugen wünſcht, daß der Modus der fallweiſen Abſchätzung des verurſachten Schadens bei Schießübungen möglichſt zu Gunſten der im vorhinein mit den Gemeinden vereinbarten Pauſchalentſchädigungen eingeſchränkt werde. 35, 70.

— Km. Krieghammer bemerkt, man könne betreffs der Plätze für das feldmäßige Schießen keine Kontrakte abſchließen, weil

Digitized by Google

Schießübungen.

das Terrain gewechselt werden müsse. Die Anforderungen seien auch immer so exorbitante, daß die Kriegsverwaltung viel besser fahre, wenn sie den jeweils gemachten Schaden ausnehme. Bestände das deutsche Feldschädengesetz bei uns, so hätte die Kriegsverwaltung viel weniger Geld auszugeben. **35**, 204.

— Polzhofer konstatiert mit Befriedigung, daß in Niederösterreich bei den Schießübungen auf die Ernteverhältnisse Rücksicht genommen werde. **36**, 181.

— Schönburg Alois wünscht eine Erhöhung der Dotation an Scheibenschießmunition behufs erhöhter Ausbildung, speziell der Infanterie, im Schießen. **36**, 194.

Km. Krieghammer schließt sich der Anregung an **36**, 201.

— Interpellation Šusteršič, betreffend eine Entschädigung für die durch Schießübungen geschädigten Bewohner des Dorfes Dobec. **37**, 320.

— Interpellation Kozlowski, betreffend eine Revision der Bestimmungen über die Vergütung der durch die Schießübungen hervorgerufenen Schäden. **38**, 142.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 395.

— Schießübungen mit den neuen Geschützen in Örköny. **38**, 344, 364.

— Präsident Gautsch teilt mit, daß für den 17. Februar 1904 eine Exkursion nach dem Steinfelde zu Schießversuchen mit den neuen Geschützen in Aussicht genommen sei. **39**, 412.

— Dulęba ersucht, die Schießübungen mit scharfen Patronen nicht zur Zeit wichtiger Feldarbeiten vorzunehmen. **39**, 565.

— s. auch Feldschäden.

Schießwolle.

Wickenburg beantragt die Umarbeitung der vorhandenen Schießwolle in Sprengwolle. (Abgelehnt.) **3**, 440.

Schiffahrtsabgaben, Schiffahrtsgebühren, s. Donauschiffahrt, Suez.

Schiffahrtsverträge.

Mit Frankreich. Rotbuch Nr. 1.

— Verhandlungen über die Modifikation des österreichisch-französischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 11. Dezember 1866. Rotbuch Nr. 6.

Schiffbarmachung, s. Flußregulierungen.

Schiffahrts- und Hafenordnung, internationale.

Für den Bodensee mit Baden, Bayern, Württemberg und der Schweiz. Rotbuch Nr. 1.

Schiffsbauten, s. Flottenmaterial.

Schiffszeichnung, s. Schiffsvermessung.

Schiffsverbindung.

Interpellation Biankini, betreffend die Schaffung einer Dampferlinie von Triest, Split und Dubravnik nach Südamerika, speziell nach Argentinien. **39**, 14.

Beantwortet vom M. Ac. Goluchowski. **39**, 85.

Schiffsverbindung.

— Biankini wünscht, daß zwischen den dalmatinischen und den südamerikanischen Häfen, insbesondere Argentinien, direkte Dampferverbindungen hergestellt werden. **39**, 109.

— Interpellation Zaffron, betreffend die Einführung und staatliche Subventionierung einer Dampferverbindung zwischen Triest—Spalato—Ragusa und der Republik Argentinien. **40**, 330.

Beantwortet vom M. Ac. Goluchowski. **40**, 533.

Schiffsvermessung.

Einführung des einheitlichen Schiffsvermessungssystems Moorsom in Deutschland, Italien, Frankreich. Vereinbarungen über die Behandlung der nach diesem System vermessenen Seehandelsschiffe. Rotbuch Nr. 8.

— s. auch Suez.

Schlachtvieh.

Petition des Severin Freiherrn v. Brunicki und Genossen um Erwirkung der Bewilligung zur Ausfuhr galizischen Schlachtviehes nach Deutschland via Mysłowice. **37**, 493.

Schlußrechnungen. *)

pro 1868. **3**, 3.

Bericht (Berichterstatter Brestel) und Verhandlung. **3**, 327—343.

(Redner: Demel Johann, Km. Kuhn, Zyblikiewicz, Rechbauer, Herbst, Grocholski, Wolfrum, Sturm, Figuly.)

— pro 1869. **4**, 7.

Bericht (Berichterstatter Figuly) und Verhandlung **4**, 196—207.

— pro 1870. **5**, 6.

Bericht (Berichterstatter Brestel) und Verhandlung **5**, 212—219.

— pro 1871 **6**, 6.

Bericht (Berichterstatter Coronini) und Verhandlung. **6**, 123—133.

(Für eine Überschreitung beim Titel „Militärgrenze" wird von der österreichischen Delegation die Indemnität verweigert, während sie von der ungarischen Delegation bewilligt wird. Nach dreimaligem Kuntienwechsel wird in einer gemeinschaftlichen Sitzung die Indemnität nicht bewilligt; — s. auch Militärgrenze.)

— pro 1871 und 1872. **7**, 4.

Bericht (Berichterstatter Coronini) und Verhandlung. **7**, 48—52.

(Redner: Kim. Holzgethan, Hanisch.)

(Antrag auf Übergang zur Tagesordnung über die Schlußrechnung pro 1871, nachdem dieselbe im vorigen Jahre bereits endgültig erledigt wurde — für die Überschreitungen aus dem Jahre 1870 und 1871 bei den Titeln „Militärgrenze" und „Naturalienverpflegung" wird die Indemnität erteilt; — s. auch Militärgrenze, Lieferungswesen 3.)

*) Behandelt nur in der 3., 7., 29. und 33. Session.

Digitized by Google

Schlußrechnungen.

— pro 1873. **8**, 4.

Bericht (Berichterstatter Coronini) und Verhandlung. **8**, 142—144.

— pro 1874. **9**, 4.

Bericht (Berichterstatter Coronini) und Verhandlung. **9**, 67—69.

— pro 1875. 10, 3.

Bericht (Berichterstatter Coronini) und Verhandlung. **10**, 228—229.

— pro 1876. **11**, 4.

Bericht (Berichterstatter Neuwirth) und Verhandlung. **11**, 107—110.

— pro 1877. **12**, 7.

Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung. **12**, 85—86.

— pro 1878. **13**, 3.

(Nebst Erstreckung des Verrechnungstermines für das außerordentliche Heeresserfordernis aus Anlaß der infolge der weiteren Entwicklung der orientalischen Ereignisse stattgefundenen größeren Entfaltung der Wehrkraft und der Okkupation im Jahre 1878.)

Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung. **13**, 81.

Formelle Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **13**, 204.

— pro 1879. **14**, 4.

Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung. **14**, 93—94.

— pro 1880. **17**, 3.

Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung. **17**, 129—132.

— pro 1881. **18**, 3.

Bericht (Berichterstatter Bezecný) und Verhandlung. **18**, 131—135.

— pro 1882. **19**, 3.

Bericht (Berichterstatter Bezecný) und Verhandlung. **19**, 122—123.

(Der Berichterstatter bezeichnet das Gebarungsresultat dieses Jahres als das günstigste seit 1868.)

— pro 1883. **20**, 3.

Bericht (Berichterstatter Bezecný) und Verhandlung. **20**, 178—179.

(Der Ausschuß konstatiert, daß im allgemeinen Vorsicht und gewissenhaftes Bemühen, sich möglichst an die Sätze des Voranschlages zu halten, das leitende Prinzip der Regierung bildeten. **20**, 191.)

— pro 1884. **21**, 3.

Bericht (Berichterstatter Bezecný) und Verhandlung. **21**, 136—137.

Schlußrechnungen.

(Berichterstatter Bezecný lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß die Ergebnisse der Schlußrechnung beiden Regierungen früher mitgeteilt werden mögen, als es jetzt der Fall sei, nämlich bevor die beiderseitigen Finanzminister den Voranschlag vorlegen, damit sie bei Zusammenstellung des Budgets darauf Rücksicht nehmen können. **21**, 136.)

— pro 1885. **23**, 3.

Bericht (Berichterstatter Bezecný) und Verhandlung. **23**, 34—37.

— pro 1886. **24**, 3.

Bericht (Berichterstatter Bezecný) und Verhandlung. **24** 86—87.

— pro 1887. **25**, 3.

Bericht (Berichterstatter Bezecný) und Verhandlung. **25**, 74—76.

(Berichterstatter Bezecný konstatiert, daß seit Bestehen der Delegationen gegenüber dem Präliminare eine jährliche Ersparnis von beiläufig 217.000 fl. erzielt wurde, meist im Extraordinarium, während im Ordinarium Überschreitungen sich ergaben, welche im 20jährigen Durchschnitte 1,254.000 fl. jährlich ausmachen. Der Ausschuß empfiehlt, so richtig als möglich zu präliminieren. **25**, 74.)

— pro 1888. **26**, 3.

Bericht (Berichterstatter Bezecný) und Verhandlung. **26**, 184—185.

— pro 1889. **27**, 3.

Bericht (Berichterstatter Bezecný) und Verhandlung. **27**, 66.

— pro 1890. **28**, 5.

Bericht (Berichterstatter Bezecný) und Verhandlung. **28**, 190—192.

— pro 1891. **29**, 3.

Bericht (Berichterstatter Czedik) und Verhandlung. **29**, 235—241.

(Redner: Coronini, Plener Ernst.)

— pro 1892. **30**, 4.

Bericht (Berichterstatter Czedik) und Verhandlung. **30**, 94—95.

— pro 1893. **31**, 4.

Bericht (Berichterstatter Czedik) und Verhandlung. **31**, 76—82.

— pro 1894. **32**, 3.

Bericht (Berichterstatter Czedik) und Verhandlung. **32**, 166—167.

— pro 1895. **33**, 5.

Bericht (Berichterstatter Czedik) und Verhandlung. **33**, 253—257.

(Redner: Kienmann, Kfm. Kállay.)

Digitized by Google

Schlußrechnungen.

— pro 1896. **34**, 7.

Bericht (Berichterstatter Czedik) **34**, 239.

— pro 1897. **35**, 7.

Bericht (Berichterstatter Czedik) und Verhandlung. **35**, 222—224, 263—345.

(Berichterstatter Czedik macht auf eine Summe von 745.892 fl. 56½ kr. aus dem Heeresersordernis pro 1897 aufmerksam. Es sei dies ein Übertrag aus dem Jahre 1896 und hätte nach den bestehenden Vorschriften im Jahre 1897 ein Nachtragskredit hiefür in Anspruch genommen werden sollen. Das sei nicht geschehen. Dagegen wurde jetzt bei der vorgelegten Schlußrechnung für 1897 um die Gestattung gebeten, diesen Betrag ausnahmsweise als eine gerechtfertigte Mehrausgabe einzustellen. Ein sachliches Hindernis gegen diesen Vorgang bestehe nicht und, nachdem die Kriegsverwaltung anerkannt habe, daß dies nur ein ganz exzeptioneller Vorgang sein kann, so sei auch nicht zu besorgen, daß sich derselbe wiederholen werde. **35**, 223.)

— pro 1898. **36**, 7.

Bericht (Berichterstatter Czedik) und Verhandlung. **36**, 259—260, 279—300.

— pro 1899. **37**, 7.

Bericht (Berichterstatter Czedik) und Verhandlung. **37**, 323—325, 358—439.

(Berichterstatter Czedik hebt hervor, daß bei der Beratung im Ausschusse dem Kriegsministerium die ganz besondere Anerkennung dafür ausgesprochen worden sei, daß die Einhaltung des Präliminares bei der Gebarung sich von Jahr zu Jahr immer günstiger gestaltet. **37**, 323.)

— pro 1900. **38**, 11.

Bericht (Berichterstatter Czedik) und Verhandlung. **38**, 378—379, 417—505.

— pro 1901. **39**, 21.

Bericht (Berichterstatter Kottulinsky) und Verhandlung. **39**, 293.

— pro 1902. **40**, 9.

Bericht (Berichterstatter Oppenheimer) und Verhandlung. **40**, 127.

— s. auch Bosnien 3c, Budget.

Schmerling, s. Nachrufe.

Schönborn.

Kaftan bespricht die Reise des Kardinals Schönborn nach Rom in Angelegenheit der christlich-sozialen Bewegung in Österreich und die Affäre Agliardi. **31**, 18.

Schriftführer, s. Geschäftsordnung 19.

Schützenfest, Deutsches, in Wien. Rothuch Nr. 2.

Schwarzburg'scher Hof, s. Diplomatische Auslagen.

Schwarzes Meer.

Interpellationen Wolfrum und Gablenz, betreffend die Neutralisation des Schwarzen Meeres. **3**, 4.
Beantwortet durch den Reichskanzler Beust. **3**, 8.

Schwarzes Meer.

— Erklärung Rußlands bezüglich der Neutralisierung des Schwarzen Meeres. Rothuch Nr. 4.

— Stellungnahme Österreichs zur Erklärung Rußlands bezüglich des Schwarzen Meeres: Österreich wird weder die Türkei noch England zu äußersten Schritten drängen, wenn aber England Energie zeigen will, es unter allen Umständen unterstützen. Rothuch Nr. 5.

— Revision des Pariser Vertrages von 1856 in Betreff der Bestimmungen über das Schwarze Meer und die Meerengen auf der Londoner Konferenz von 1871. Rothuch Nr. 5.

— Blockade der russischen Häfen im Schwarzen Meere durch die Türkei. Rothuch vom Jahre 1877.

Schwarz-Senborn, Freiherr v., s. Finanzministerium. Budget pro 1879.

Schweden, s. Diplomatische Auslagen.

Schweineeinfuhr aus Serbien, s. Handelspolitische Fragen (Serbien).

Schweiz.

Interpellation Dobernig, Sylvester, betreffend die in der Schweiz erfolgende Verbreitung ungünstiger Nachrichten über den Gesundheitszustand in den österreichischen Alpenländern. **38**, 70.
Beantwortet vom M. Fe. Gołuchowski. **38**, 552.

— s. auch diplomatische Auslagen, Handelsverträge, Rotes Kreuz, Schiffahrts- und Hafenordnung, Telegraphenwesen.

Scoglio Grande bei Pola, s. Festungswerke 3.

Sentari, s. Konsulate.

Sebenico, s. Kohlenmagazine.

Seefischerei.

Jagić beklagt, daß die österreichische Seefischerei in der Adria im Verhältnisse zu den Erträgen, die andere Staaten gewinnen, noch sehr wenig entwickelt sei und empfiehlt die Förderung und Vervollkommnung dieses entwicklungsfähigen Erwerbszweiges. **34**, 231.

— Aufstehung der Subvention für den Verein für Seefischerei und Fischzucht in Triest. Marinebudget 1902 u. **37**, 446 (A. B.).

Kaftan bedauert die Streichung dieser Post. **37**, 327.

Mk. Spaun erklärt, die Verwaltung der Kriegsmarine vermöge einen Verein, dessen Tätigkeit sich nur auf eines der Reichsgebiete erstreckt, nicht aus den gemeinsamen Mitteln zu fördern. **37**, 336.

Vuković ersucht die Marineleitung, die bisher der Seefischerei zugewendete Unterstützung, die seit dem Vorjahre aufgehört habe, ihr auch weiterhin zu gewähren. Er empfiehlt die Verwendung der Marine bei der Überwachung des Seefischereibetriebes. **38**, 530.

Mk. Spaun betont das seitens der Marineverwaltung dem Verein zur Hebung der Seefischerei bekundete große Interesse; bezüglich der Einstellung der Unterstützung verweist er auf die vor zwei Jahren im Ausschuß der

Digitized by Google

Seefischerei.

ungarischen Delegation beschlossene Resolution. Die Überwachung der Seefischerei durch Kriegsfahrzeuge wäre eine militärische Assistenz zu einem Polizeidienste, die nur über Anforderung der politischen Behörden erfolgen könnte. **38**, 543.

Seemannsordnung.

Stalitz befürwortet die Einführung einer neuen Seemannsordnung und eines neuen Seefodex. **29**, 74.

Seeminenwesen.

Übergabe des Seeminenwesens von der Geniewaffe an die Kriegsmarine. Begründung zum Ordinarium der Kriegsmarine pro 1874.

— Der Hafen Pola und die Rhede von Fasana erscheinen als diejenigen Punkte, deren eventuelle Absperrung durch Seeminen in Betracht gezogen werden muß. Begründung zum Extraordinarium der Kriegsmarine pro 1874.

— Studien über die Verteidigung der heimischen Küste haben die Ausdehnung der Verteidigung mit Seeminen auf weitere, bisher nicht in Betracht gezogene Punkte als notwendig dargestellt. Begründung des Marineextraordinariums 1888.

— Zur Erhöhung der Defensiv- und Offensivkraft der Flotte ist es notwendig, außer den vorhandenen Seeminen noch über eine Anzahl Minen zu verfügen, welche bei der Schlachtflotte mitgeführt werden. Begründung zum Marineextraordinarium 1889.

Seekriegsrecht.

Das Seekriegsrecht im russisch-türkischen Kriege. Rotbuch vom Jahre 1877.

Seeoffizierskorps, s. Marine.

Seerecht.

Privateigentum in Kriegszeiten, Begriff der Kriegskonterbande. Rotbuch Nr. 5 und Nr. 6.

Seife, s. handelspolitische Fragen (Frankreich).

Seitengewehr.

Pacák verlangt die Abstellung des Tragens des Seitengewehres außer Dienst. **29**, 88.

Selbstmorde.

Oppenheimer bespricht die Zahl der Selbstmorde in der Armee. **27**, 123.

— Abrahamowicz Eugen macht auf die Massenselbstmorde unter den Soldaten in Galizien, speziell in Przemysl, aufmerksam. **35**, 67.

— Kozlowski führt aus, daß die vergleichende Statistik der Soldatenselbstmorde eine für Österreich ungünstige sei und bittet die Kriegsverwaltung, den Bericht über die Selbstmordfälle der Delegation im Drucke vorzulegen. **36**, 123.

— Km. Kriegshammer konstatiert, daß unter allen vorgekommenen Selbstmorden nur sieben auf schlechte Behandlung zurückzuführen waren. **36**, 196.

Selbstmorde.

— Herold weist darauf hin, daß die Soldatenselbstmorde in Österreich fast den höchsten Prozentsatz erreichen und glaubt, daß bei Öffentlichkeit des Militärverfahrens die Soldatenmißhandlungen und Soldatenselbstmorde aufhören würden. **37**, 4.

— Vogler wünscht die Vorlage von Daten über die Selbstmorde in der Armee. **37**, 80.

— Stránský betont, ein großer Teil der Soldatenselbstmorde sei auf die Behandlung der Mannschaft zurückzuführen. **37**, 91.

Semendria, s. Konsulate.

Seneca (Michigan).

Interpellation Conci, betreffend die Entschädigung der Hinterbliebenen einiger bei dem Eisenbahnunglück von Seneca (Michigan) Verunglückten. **38**, 69.

Beantwortet vom M. Ae. Gokuchowski. **38**, 553.

Serbien.

— **Mahnung der Mächte in Bezug auf das Verhalten Serbiens gegen die Türkei. Rotbuch Nr. 1.**

— **Zurückziehung der türkischen Garnisonen aus den Festungen Serbiens. Rotbuch Nr. 1.**

— **Ermordung des Fürsten Michael. Rotbuch Nr. 2.**

— **Beschließung einer neuen Landesverfassung. Rotbuch Nr. 4.**

— Kriegsgelüste in Serbien anläßlich des Aufstandes in der Hercegovina. Graf Andrássy richtet an den Fürsten Milan eindringliche Mahnungen im Sinne der Friedenserhaltung. Serbische Truppenkonzentrationen an der türkischen Grenze. Die Mächte erklären sich der Garantie gegen eine Okkupation Serbiens durch die Türkei enthoben, wenn ersteres sich Feindseligkeiten gegen die Türkei zu schulden kommen ließe. Rotbuch vom Jahre 1875.

— Fürst Milan wird von der Armee bei Deligrad zum König proklamiert. Er lehnt diese Proklamation ab. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Beschwerden Österreichs über Völkerrechtsverletzungen seitens Serbiens, speziell gegenüber dem österreichisch-ungarischen Dampfer „Radetzky". Serbien gibt die begehrte Satisfaktion. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Gegen den österreichisch-ungarischen Monitor „Maros" werden Gewehrschüsse abgefeuert. Serbien gibt die verlangte Satisfaktion. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Friedenserklärungen, aber fortgesetzte Kriegsrüstungen. Ultimatum an die Türkei. Fürst Milan verlangt Unterstellung Bosniens unter serbische, der Hercegovina unter montenegrinische Administration. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Beginn der Feindseligkeiten gegen die Türkei. Zwei Donaumonitore erhalten Befehl, zum Schutze der Österreicher in Serbien sich gegenüber Belgrad auf österreichischem Gebiete aufzustellen. Bei Sabac wird eine Division auf Friedensstand als Beobachtungskorps aufgestellt. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Serbien und Montenegro eröffnen den Krieg gegen die Türkei. Die Mächte beschließen Nichtintervention. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Beteiligung russischer Offiziere und Freiwilliger an dem Kriege Serbiens gegen die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1876.

Digitized by Google

Serbien.

— Bei der Reichsstädter Begegnung wird die Nichtintervention Österreichs und Rußlands in dem Kriege Serbiens und Montenegros gegen die Türkei beschlossen. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Österreich sperrt als Neutraler im serbisch-türkischen Kriege den Hafen von Klek gegen Kriegskontrebande. Die Türkei protestiert mit dem Hinweis, daß der Hafen türkischer Besitz sei. Österreich weist den Protest zurück, da es sich um österreichische Gewässer handle. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Fürst Milan ersucht die Signatarmächte um ihre Vermittlung zur Herstellung des Friedens mit der Türkei. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Verhandlungen mit den Mächten, die auf einen Waffenstillstand mit Serbien und Montenegro drängen. Auf ein Ultimatum Rußlands hin willigt die Türkei in einen zweimonatlichen Waffenstillstand, der später verlängert wird. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Österreich remonstriert bei der Pforte gegen eine Invasion serbischen Gebietes durch türkische Truppen. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Die Pforte lädt die Fürsten von Serbien und Montenegro ein, mit ihr direkt in Friedensunterhandlungen zu treten. Friedensschluß mit der Türkei. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Neuerliche Kriegserklärung an die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Proklamation der Türkei an die Bewohner Serbiens, worin denselben die Absetzung des Fürsten Milan angekündigt wird. Rotbuch vom Jahre 1877.

— M. Ae. Andrássy bespricht die Gebietserweiterung Serbiens **10**, 228.

— Serbien tritt den Gerüchten entgegen, als ob es den Widerstand in Bosnien und der Hercegovina gegen die Okkupation unterstütze. Entwaffnung der auf serbisches Gebiet übertretenden bosnischen Flüchtlinge. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Eisenbahn- und Handelsvertrag vom 8./20. Juli 1878, zwischen Serbien und Österreich-Ungarn. **11**, 353, 358 (A. B.).

— Unabhängigkeit Serbiens. **11**, 357 (A. B.).

— Der Ausschußbericht bespricht die Aufhebung der Beschränkungen der bürgerlichen und politischen Rechte der Juden in Serbien. **11**, 357 (A. B.).

— Handels- und Eisenbahnpolitik Serbiens. **12**, 20, 59 (A. B.).

— Demel Johann wünscht eine Vereinigung der österreichisch-ungarischen mit den serbischen Interessen. **13**, 25.

— In Serbien herrscht der Wunsch nach einem Anschluß an Österreich-Ungarn vor. — Verzögerung des Eisenbahnbaues; unbegründete Vorwürfe der Opposition in Serbien gegen Österreich. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. November 1882.

— Die Regierung hebt die vollkommen loyale und korrekte Haltung des Fürsten und der Regierung hervor. **15**, 40 (A. B.).

— Unruhen in Serbien. — Es kann den Interessen Österreich-Ungarns nur vollkommen entsprechen, wenn die befreundete serbische Regierung die auf Umsturz der bestehenden Ruhe und Ordnung gerichteten und, wie es scheint, organisierten Gewalttätigkeiten mit Energie und Raschheit bewältigt. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. November 1883.

Serbien.

— Der König von Serbien und seine Regierung betrachten die Freundschaft Österreich-Ungarns als die beste Bürgschaft für die Sicherheit und materielle Entwicklung des Landes. **17**, 95 (A. B.).

— Mobilisierung aus Anlaß der Vorgänge in Philippopel. In Serbien, für das unsere Sympathien bekanntermaßen sehr warme sind, war der Eindruck der Ereignisse in Philippopel ein ungeheuer starker. — Der Standpunkt, den die serbische Regierung einnimmt, ist bis heute ein ganz korrekter. — Noch steht der König auf dem Standpunkt, daß ihn die Wiederherstellung des Berliner Vertrages sofort veranlassen würde, zu demobilisieren. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 7. November 1885.

— Österreichs Stellung gegenüber Serbien bezeichnet der Minister des Äußern als die eines wohlwollenden Freundes, der dem Nachbar mit warmer Sympathie zur Seite steht, ihn aber von überstürzten Unternehmungen zurückhält. Die serbische Regierung steht auf dem Boden des Berliner Vertrages. **20**, 115 (A. B.).

— Der Minister hofft auf den Fortbestand unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Serbien, um so mehr als die Klugheit und Erfahrung des Königs Milan und dessen Sympathien für unsere Monarchie uns hiefür eine wertvolle Bürgschaft bieten. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 8. November 1887.

— Zuspitzungen der Regenten. — Rückberufung des Metropoliten Michael. — Großserbisches Programm. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 25. Juni 1889.

— Abdankung des Königs Milan und Parteiwechsel im Lande. — Wir müssen mit jener Ruhe des Starken, die einem Großstaate zukommt, getreu dem Prinzipe der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, unsere bisher eingenommene Stellung gegenüber den Balkanländern festhalten. — Erst wenn uns trotz unseres Wohlwollens nicht mehr die Garantien geboten werden, die wir verlangen müssen, werden wir müssen, was zu tun ist, um unsere Interessen, wie es immer sei, wahrzunehmen und zu schützen. — Es empfiehlt sich vorerst eine ruhige und nachsichtige Beurteilung der Vorgänge. Serbien gebiete nicht über hinreichende Machtmittel zu agressiven Zwecken. — Sollte aber derselbe wollen, dort den Herd von subversiven Umtrieben gegen uns einzurichten, so wäre es unsere Pflicht, uns hiegegen zu wehren. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 25. Juni 1889.

— Von der Regentschaft und der Regierung kommen stets freundschaftliche Zusicherungen. Aber die Strömung in Serbien, welche infolge des vorjährigen Thron-, Regierungs- und Parteiwechsels zur Geltung gekommen ist, und welche jedenfalls als eine der österreichisch-ungarischen Monarchie unfreundliche, wenn nicht feindliche bezeichnet werden muß, mag stärker sein als die Autorität der Regentschaft und der Regierung, welche gegenüber dem namenlosen Treiben der gesamten Presse hilflos ist. — Als ganz ausgeschlossen müsse der Minister es betrachten, daß ein besseres Verhältnis Serbiens zu Rußland ein feindseliges Verhältnis zu Österreich-Ungarn notwendig mache. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 9. Juni 1890.

— Der Budgetausschuß gibt dem Wunsche Ausdruck, daß Serbien die innere Krise überwinde und an Kraft und Wohlstand zunehme. **25**, 18 (A. B.).

Digitized by Google

— Besserung der Beziehungen zu Serbien. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 14. November 1891.

— Plener Ernst bezeichnet die Beziehungen zu Serbien als unbefriedigend, aber doch nicht als beunruhigend. Es seien in diesem Lande antiösterreichische und ziemlich parallel laufende russenfreundliche Stimmungen vorhanden. Durch eine feste, aber nicht provokatorische Haltung unserer Politik können wir mit Serbien wieder zu einem modus vivendi kommen. **26**, 164.

— Der Umstand, daß König Alexander vor Erlangung der Großjährigkeit die Regierung selbst in die Hand nahm, hat im ganzen Lande Befriedigung hervorgerufen. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 3. Juni 1893.

— Die jüngsten Ereignisse in Serbien sind so ruhig verlaufen und vom Lande so rückhaltlos akzeptiert worden, daß von einer Revolution eigentlich gar nicht die Rede sein kann. Es sei nur einfach die Großjährigkeit des Königs um eine Frage Zeit vorwärts gerückt worden. Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß sich die Dinge in Serbien auch in Zukunft ruhig fortentwickeln und die Regierung des jungen Königs eine glückliche sein werde. Wir machen übrigens in Serbien keine Politik; es ist uns vor allem darum zu tun, daß die Beziehungen der serbischen Regierungsorgane zu den unsrigen entgegenkommend und freundschaftlich seien, so daß der Verkehr zwischen der Bevölkerung unserer Monarchie und der des benachbarten Königreiches ein freundnachbarlicher werde. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 3. Juni 1893.

— Der Minister des Äußern bezeichnet unsere Beziehungen zu Serbien als gebessert. **27**, 22 (A. B.).

— Die in Serbien vorgekommenen Krisen geben zwar neuerdings von einem bedauerlichen Mangel an Stabilität Zeugnis, berühren uns aber nur insoferne, als unsere Beziehungen dadurch tangiert werden. Der Minister erklärt wiederholt, daß wir in Serbien keine Politik machen, sondern dort unsere Interessen auf die nachbarlichen Beziehungen beschränken. — Unser Verhältnis zu Serbien ist ein befriedigenderes, als es vor anderthalb Jahren war. Dieser Fortschritt ist erfreulich. — Mit Serbien eine Militärkonvention einzugehen — dergleichen ist allerdings in den Zeitungen gestanden — ist uns nie eingefallen. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse 17. September 1894.

— Serbien ist bestrebt, der wohlwollenden Haltung der Monarchie durch vertrauensvolle, korrekte Beziehungen zu entsprechen. **30**, 53. (A. B.).

— Kaftan besagt den Minister des Äußern über die Rückwirkungen der Rückkehr des Königs Milan nach Serbien auf die Monarchie. **30**, 20.

— M. Ae. Kálnoky erklärt, er werde sich in die inneren Angelegenheiten Serbiens nicht einmischen. **30**, 41.

— Interpellation Pacát, betreffend den Abschluß einer Konvention zwischen Österreich-Ungarn und Serbien. **30**, 62. Beantwortet vom M. Ae. Kálnoky. **30**, 94.

— Kaftan meint, daß die Monarchie nicht mehr lange dem Treiben des in Serbien immer wieder erscheinenden Exkönigs Milan werde zusehen können. **31**, 17.

— Serbien, welches in den 60er Jahren als ein kleiner Musterstaat gelten konnte, ist heute infolge der politischen Parteikämpfe innerlich so zerrüttet und wandelt so unsichere Wege, daß seine Freunde die Entwicklung der letzten Jahre nur mit Bedauern verfolgen können. Man hat dabei in Belgrad die Neigung, andere für das eigene Verschulden verantwortlich zu machen, scheint aber die Gefahren zu verkennen, die ein solches Betragen für die Interessen des Königreiches zur Folge haben kann. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— M. Ae. Goluchowski bezeichnet die Situation Serbiens als schwierig. Das Land sei von politischen Parteikämpfen zerrüttet und man könne nur wünschen, daß die Verhältnisse sich dort bald konsolidieren. **32**, 45 (A. B.).

— Die Reibungen mit Serbien, die eine Zeit lang zu den gewöhnlichen Erscheinungen zählten, haben aufgehört und sind einem gutnachbarlichen Verhältnisse gewichen, dessen Einkehr wohl der allmählich in den dortigen maßgebenden Kreisen zum Durchbruche gekommenen besseren Erkenntnis zuzuschreiben ist, daß in dem System der beständigen Nörgeleien, wie es uns gegenüber öfters geübt wurde, doch nur vor allem eine Schädigung der eigenen Interessen liege. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Der Legende, als ob der Exkönig Milan unter dem besonderen Schutze Österreich-Ungarns stehe, müsse endlich einmal der Garaus gemacht werden. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 4. Dezember 1899.

— Interpellation Pacák, betreffend die Beschleunigung der Amnestie für die in Serbien verurteilten Politiker. **35**, 8. Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **35**, 8.

— Kaftan verurteilt das Vorgehen des Exkönigs Milan gegen die radikale Partei in Serbien. Der Belgrader Hochverratsprozeß sei ein Affront, welcher der ganzen Welt angetan ward. In der Amnestiefrage hätte es nicht einer Einmischung bedurft; es hätte genügt, wenn Graf Goluchowski einen diesbezüglichen Wunsch geäußert hätte. **35**, 375.

— Kramář bezeichnet es als beschämend für einen Österreicher, daß es überhaupt für möglich gehalten wird, daß Österreich den Protektor Milans abgeben könnte. Das Gefühl der moralischen Entrüstung über die Schreckensherrschaft in Serbien sei ein allgemeines. Es ist keine vorsichtende Politik, welche auf ein Individuum baliert ist und nicht auf das Volk. **35**, 428.

— Pergelt findet einen Widerspruch zwischen den Forderungen des Delegierten Kramář nach Nichtintervention gegenüber den inneren Verhältnissen der Balkanstaaten einerseits, nach Intervention bezüglich des Staatsprozesses und der Stellung Milans in Serbien andererseits. Er vertritt die Politik der wohlwollenden Gewährung der selbständigen Entwicklung der Balkanstaaten im Einvernehmen mit Rußland. **35**, 442.

— Berichterstatter Dumba bezeichnet den Ton, in welchem von dem Vater des Königs von Serbien gesprochen worden sei, als der Delegation nicht würdig. König Alexander werde in ernster Pflichterfüllung und mit seinem wirklich humanen Herzen gewiß den richtigen Zeitpunkt finden, in dem er die Amnestie gewähren werde. **35**, 456.

— Kaftan tadelt die Unterstützung des Regimes des Exkönig Milan durch das auswärtige Amt. **36**, 18.

— M. Ae. Goluchowski lehnt die Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse anderer Staaten, demnach auch Serbiens ab. **36**, 83.

Digitized by Google

Serbien.

— Oktroi einer neuen Verfassung. — Wir wollen hoffen, daß die Sorglatt für das Wohlergehen im Innern sich bei den serbischen Machthabern mit dem steten Bestreben paaren wird, alles zu vermeiden, was im Stande wäre, der Pflege guter Beziehungen mit uns Abbruch zu tun und folglich auch im Wohlwollen der Monarchie für dieses Nachbarland eine Erkaltung eintreten zu lassen. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 22. Mai 1901.

— Kaftan weist auf das Schwinden des österreichischen Einflusses in Serbien hin. Wenn es auch wahr wäre, daß Serbien zu seiner Sicherung im Süden eine Militärkonvention mit Rußland abgeschlossen oder angebahnt habe, so sei dies kein Grund, ihm das Wohlwollen Österreichs zu entziehen. Das gute Verhältnis zu Rußland sei die beste Garantie, daß eine solche Konvention die Spitze nicht gegen Österreich kehren werde. **37**, 29.

— Königsmord in Belgrad. Regierungsantritt König Peters. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

— Bukovič fragt, welche Stellung die österreichische Politik gegenüber der serbisch-bulgarischen Streitfrage einnehme und bittet den Minister Goluchowski, der Entwicklung des serbischen Volksstammes in Nord-Makedonien keine Schwierigkeiten entgegenzusetzen. **38**, 132.

— Noch Verübung des Verbrechens vom Juni 1903 war der Eintritt anarchischer Zustände zu befürchten. Als die Stupschina den Chef der zweiten Dynastie Serbiens auf den Thron berief, hatten wir deshalb allen Grund, uns damit einverstanden zu erklären. Immerhin unterließen wir aber nicht, dem neuen König einen zarten Wink in der Richtung zu erteilen, daß man hoffe, es werde ihm gelingen in absehbarer Zeit die Ordnung wieder herzustellen. In dieser Beziehung möchte der Minister an das Telegramm Seiner Majestät an den König Peter und an eine ähnliche Ennziation des Kaisers von Rußland erinnern. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß König Peter diesen Wink nicht genügend beherzigte und sich mit Persönlichkeiten umgab, mit welchen in Verkehr zu treten unseren Vertretern kaum zugemutet werden konnte. Im übrigen haben wir aber keinen Grund, uns Serbien gegenüber antipathisch zu zeigen, und wir wünschen, die besten Beziehungen mit diesem Lande zu unterhalten. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

— Kaftan bemängelt die Beurlaubung des österreichischen Gesandten in Belgrad nach dem Königsmord. **39**, 88.

— Der blutige Fürstenmord in Belgrad hat die ganze gesittete Welt mit Grauen erfüllt. **39**, 128 (A. B.).

— Korrekte Haltung der serbischen Regierung gegenüber dem Bandenwesen. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Biankini betont, die österreichisch-ungarische Politik müsse die Verantwortung für einen Teil der Ereignisse in Belgrad übernehmen. **39**, 108.

— s. auch Diplomatische Auslagen, Handelspolitische Fragen, Telegraphenwesen.

Settlement, s. China.

Sevilla, s. Konsulate.

Shang-hai, s. Konsulate, Soyka.

Siam.

Handelsbeziehungen und -Vertrag mit Siam. Österreichisch-ungarische Expedition nach Siam, China und Japan. Feierlicher Empfang des österreichisch ungarischen Ministerresidenten Ritter v. Calice durch den König von Siam. Beteiligung Siams an der Wiener Weltausstellung. Rotbuch Nr. 6.

— s. auch Diplomatische Auslagen, Expeditionen (ostasiatische), Handelspolitische Fragen, Konsulate.

Siebenbürgischer Landesbequartierungsfonds, s. Militärsanitätswesen.

Singapore, s. Konsulate.

Sitzungen, gemeinschaftliche, s. Abstimmungen, gemeinschaftliche.

Skiernievice.

Drei-Kaiser-Zusammenkunft. **19**, 12, 34 (A. B.).

Smyrna.

Interpellation Stáma, betreffend die Behandlung des österreichischen Staatsangehörigen Nikolaus Prossen durch die türkischen Behörden in Smyrna. **36**, 33.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **36**, 387.

Sofia, s. Attachés (Militärattachés), Konsulate.

Sonntagsheiligung, Sonntagsruhe, s. Religiöse Fragen.

Soyka.

Kramář ersucht den Minister des Äußern um Intervention in einer Affaire des Shanghaier Kaufmannes Soyka mit einem Konsulatsbeamten. **40**, 66, 67.

Sozialdemokratie.

Pfeifer betont, daß der Militarismus der Sozialdemokratie die Wege ebne. **29**, 45.

— s. auch Qualifikationstabellen.

Sozialpolitik.

Kozłowski wünscht ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen Kulturnationen auf dem Gebiete der Sozialpolitik. **36**, 59.

— Gessmann befürwortet die internationale Regelung des Arbeiterschutzes. **36**, 103.

— Stein erklärt, für die Militärforderungen nicht stimmen zu können, so lange die Mittel für wichtige kulturelle Bedürfnisse fehlen, so lange man namentlich nicht daran denke, die Arbeiterschutzgesetzgebung auszugestalten. Er verweist auf die Verdienste der Hohenzollern um die soziale Reformgesetzgebung in Deutschland. **38**, 118.

Schönborn konstatiert dem gegenüber, daß in den ersten Jahren der Arbeiterschutzgesetzgebung Österreich nicht nur Deutschland, sondern allen anderen europäischen Staaten vorangegangen sei. **38**, 153.

Stein erwidert, das erste österreichische Schutzgesetz, der Normalarbeitstag, sei 1892 durchgeführt worden, während die betreffende deutsche kaiserliche Botschaft aus dem Jahre 1881 stamme. **38**, 158.

Digitized by Google

Spahić.

Petition des Mehmed Effendi Spahić um Gestattung der Rückkehr in die Heimat. **30**, 303.

Spanien.

Möglichst freundschaftliche Beziehungen. Rotbuch Nr. 2.

— Spanische Kandidatur Hohenzollern. Rotbuch Nr. 4.

— Entsendung von Kriegsschiffen in die spanischen Gewässer zum Schutze österreichisch-ungarischer Interessen anläßlich der revolutionären Wirren in Spanien (1873). Der Kommandant eines italienischen Kriegsschiffes nimmt sich auch österreichischer Interessen gegenüber den Aufständischen an. Rotbuch Nr. 8.

— Spanisch-amerikanischer Krieg. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschuß, 12. Mai 1898.

— ſ. auch Diplomatische Auslagen, Handelspolitische Fragen.

Spital, Spitalfonds, ſ. Militärsanitätswesen.

Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

(1. In der Armee. — 2. In Bosnien und der Herzegovina. — 3. Im Konsulatswesen. — 4. Bei der Marine. — 5. Im Unterrichtswesen. — 6. Verschiedenes.)

1. In der Armee.

Berücksichtigung der Nationalität und der Muttersprache der Soldaten im Heere. **1**, 72, 133.

— Schmerling Anton betont die Pflicht der Offiziere, die Sprache des Regiments zu kennen. **1**, 72.

— Gablenz bespricht die Notwendigkeit, daß Offiziere und Unteroffiziere die Sprache des Mannes, die sogenannte Regimentssprache, ſich zu eigen machen. **3**, 55.

— Fm. Kuhn weist auf die großen Schwierigkeiten unserer Sprachenverhältnisse hin; der Sohn eines Offiziers, der nach Galizien, nach Ungarn oder Böhmen komme, werde dort in der Landessprache unterrichtet, müsse aber die deutsche Sprache als Armeedienstsprache ebensalls gründlich lernen. **3**, 169.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Einreihung von nur ungarischen Rekruten in die drei ungarischen Artillerieregimenter. **3**, 558.

(Mitteilung, daß diesen Regimentern von der Stellung des Jahres 1879 an ausschließlich Rekruten aus den Ländern der ungarischen Krone zugewiesen werden. Exposé zum Budget 1872.)

— Die Unteroffiziere der nichtdeutschen Regimenter erhalten einerseits zum Selbststudium, anderseits zum Unterricht der Mannschaft Auszüge aus den Reglements in verschiedenen Nationalsprachen. Begründung des Heeresordinariums pro 1876.

— Sturm äußert Besorgnisse bezüglich der Aufrechterhaltung der deutschen Kommando- und Dienstsprache. **17**, 18.

— Fanderlik bemerkt, die deutsche Sprache müsse die verbindende Kommandosprache der Armee sein. **17**, 21.

— Jaworski findet die Besorgnis des Fm. Bylandt-Rheidt nicht gerechtfertigt, daß ein Mangel an deutschsprechenden Unteroffizieren künftig angesichts der nationalen Strömungen bei Errichtung der Volks- und Mittelschulen eintreten werde. Durch Erziehung auf nationaler Basis äußere sich gerade in Galizien eine fortwährende Strömung zur Aneignung der deutschen Sprache. **20**, 11, 16.

Demel Johann betont die Notwendigkeit der deutschen Armeesprache. Die Kenntnis derselben sei bereits an der Grenzlinie des österreichischen Bedürfnisses angelangt. Diese Grenze dürfte bald überschritten sein zum Nachteile der einheitlichen Entwicklung der Armee und ihres einheitlichen Bandes, welches in einer gemeinsamen Sprache gesucht werden müsse. **20**, 13.

Fm. Bylandt-Rheidt findet das Verständigungsmittel der deutschen Sprache weit notwendiger bei den Offizieren, als bei den Unteroffizieren. **20**, 16.

Berichterstatter Mattuš führt aus, daß die Kenntnis der deutschen Sprache nach oben, die Kenntnis der Landessprachen nach unten notwendig sei. Gegen das Bedürfnis, daß die Armee eine einzige gemeinsame Kommando- und Armeesprache habe, werde von keiner Partei angekämpft. **20**, 17.

— Dumreicher schöpft aus der Nationalisierung des Unterrichtswesens Besorgnisse für die Einheit der Armee und wünscht die Errichtung deutscher Schulen in den Garnisonsorten. **21**, 11.

Czerkawski hält den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet, Diskussionen über die öffentliche Erziehung zu eröffnen. Die Einrichtung der Schulen mit der deutschen Unterrichtssprache widerspreche den pädagogischen Grundsätzen, denn die wahre Bildung könne nur auf Grundlage der Muttersprache vermittelt werden. Die Armee dürfe nicht dem Zwecke der Germanisierung dienen. **21**, 16.

Sturm findet die Pflege der Armee- und Staatssprache für die Einheit und Schlagfertigkeit der Armee notwendig. **21**, 18.

Berichterstatter Mattuš führt aus, daß die Einheit der Armee nicht bloß in einer einheitlichen Dienst- und Kommandosprache zu suchen sei, sondern auf der gemeinsamen Überzeugung beruhe. Es sei notwendig, daß Offiziere und Unteroffiziere auch der Regimentssprache mächtig seien. Wenn es zum Ernste komme, trete die Volkssprache in ihr Recht. **21**, 19.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend Schaffung einer entsprechenden und zweckmäßigen Gegenheit zur Aneignung der ungarischen Sprache in den Militär-Bildungsanstalten und betreffend die Revision der Lehrbücher zu dem Zwecke, um dieselben mit den geschichtlichen Tatsachen und mit den bestehenden staatsrechtlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen.

(Die Anzahl der Lehrstunden für die ungarische Sprache wurde im I. und II. Jahrgange der Militär-Unterrealschule von ein auf zwei Stunden wöchentlich vermehrt. Die Hinausgabe der Lehrbücher ist bereits erfolgt oder wird vor Beginn des neuen Schuljahres erfolgen.) Budget pro 1889.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend den Unterricht in der ungarischen Sprache.

Digitized by Google

Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

1. In der Armee.

(Außer Vermehrung der Stunden für den theoretischen Unterricht wurden 1 bis 2 Tage wöchentlich als ungarische Konversationstage bestimmt und dazu nicht nur die Lehrer der ungarischen Sprache, sondern alle der ungarischen Sprache mächtigen Offiziere herangezogen.

(In einigen Anstalten, in denen die Zöglinge ungarischer Nationalität überwiegen, haben diese Kurse erst im III. Jahrgange zu beginnen, damit sich die Zöglinge in ihrem eigenen Interesse auch in der deutschen Sprache mehr festigen können.) Budget pro 1890.

— Pacák klagt über die Zurücksetzung der böhmischen Nation in der Armee, über die Maßregelung von Offizieren wegen des Gebrauches der böhmischen Sprache, sowie darüber, daß nicht jeder Offizier die Sprache seines Regimentes kenne. **28**, 67, 72.

— Km. Bauer erklärt, der nationale Geist in der Armee sei etwas außerordentlich wertvolles, es müsse aber jedes separatistische Gelüste bei Seite gelassen werden, sonst sei an eine Einheitlichkeit der Armee, die Grundbedingung ihres Erfolges, nicht zu denken. **28**, 83.

— Spinčić bemängelt die geringe Berücksichtigung der slawischen Nationalität bei der Marine, sowie daß alle Kundmachungen im Arsenal nur in deutscher und italienischer, aber nicht in einer slawischen Sprache abgefaßt sind. **28**, 182.

Mk. Sternegk betont, es gehe nicht an, die Befehle vielleicht in allen Sprachen der Monarchie abzufassen; es werde die deutsche Sprache als Dienstsprache und die italienische Sprache, welche die Bevölkerung der ganzen Umgebung von Pola spricht, verwendet. **28**, 185.

— Pacák klagt über die Mißachtung der böhmischen Nation im Heere. **29**, 90.

— Pfeifer bemängelt die Beseitigung der slovenischen Sprache als Regimentssprache im 7. Infanterieregimente. **29**, 92.

Km. Bauer betont, daß diese Beseitigung deshalb erfolgt sei, weil nur 10 Prozent der Soldaten Slovenen sind. **29**, 101.

— Brzorád und Pacák klagen über die Zurücksetzung der böhmischen Sprache im Heere. **30**, 189, 196.

Km. Krieghammer betont, daß die Armee seit ihrem Bestande in der Behandlung ihrer Angehörigen ganz und gar keinen Unterschied der Nationalität kenne. **30**, 217.

— Promber gibt zu, daß die Offiziere sich die Regimentssprache zu eigen machen, es müsse aber dabei an der Einheit der Armee und an der Einheitlichkeit der Armeesprache festgehalten werden. **30**, 210.

— Pacák klagt, daß in Böhmen sowohl in der Armee als im Offizierskorps die böhmische Sprache und die böhmische Nationalität durchwegs zurückgestellt werde. In Brünn werde vom Militärstationskommandanten Suckowaty den Offizieren das Betreten des „Besedni dům“ verboten, während sie das Deutsche Haus“ besuchen dürfen. **31**, 243.

Km. Krieghammer erklärt, daß, wenn im „Besedni dům“ in Brünn keine politischen Demonstrationen

Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

1. In der Armee.

stattfinden, der Aufhebung des Verbotes nichts entgegenstehe, aber bei allen Vereinen, welche politische Ennzigationen vornehmen, werden die gleichen Maßnahmen verfügt werden. **31**, 260.

— Janda rügt, daß den böhmischen Offizieren und Kadetten die Privatkonversation in ihrer Muttersprache untersagt, der böhmische Rekrut zum Gegenstande des Spottes gemacht oder wegen seiner Nationalität schikaniert und den böhmischen Soldaten verboten wird, sich in ihrer Muttersprache als präsent zu melden. **32**, 56.

Km. Krieghammer führt aus, daß kurze Meldungen in der ganzen Armee in deutscher Sprache erstattet werden müssen; dies beziehe sich nicht auf böhmische Truppenkörper allein. Einen Beweis der Nichtverfolgung der böhmischen Soldaten biete der Umstand, daß für einen kleinen Teil der Garnison von Brüx die Kriegsverwaltung einen der böhmischen Sprache mächtigen Seelsorger entsendet habe. **32**, 82.

— Janda beklagt den Geist des Offizierskorps gegenüber der böhmischen Nation, welcher es dahin bringe, daß bei den Offiziersprüfungen der Einjährigen sehr viele Angehörige der böhmischen Nation wegen mangelhafter Kenntnis der deutschen Sprache, wenn sie auch sehr tüchtig in allen anderen Fächern des Kriegswesens sind, nicht zu Offizieren ernannt werden. **32**, 140.

— Hofmann von Wellenhof fragt, ob die fortschreitende Föderalisierung und Slawisierung nicht auf die Armee eine gewisse Rückwirkung ausüben müsse; die Notwendigkeit des Aufrechtbestehens der Dienstsprache sei klar und es sei fraglich, wie die Kriegsverwaltung auf die Dauer die Unterofiziere auch nur mit den notwendigsten Kenntnissen der deutschen Dienstsprache hernehmen wolle. **33**, 72.

— Kaftan macht einen Unterschied zwischen der Kommando- und Regimentssprache. Letztere lasse sich im polyglotten Österreich nicht dekretieren, sondern richte sich nach der Nationalität der Soldaten. Der Offizier müsse der Regimentssprache mächtig sein, welcher Umstand im Ernstfall eine große Rolle spiele. Die für jede Charge bestehende Verpflichtung, der deutschen Sprache mächtig zu sein, sei ein Hindernis für die gute Rekrutierung der unteren Kader. **33**, 75.

— Km. Krieghammer hält es für seine Pflicht, jeden Versuch, Politik oder Nationalitätenrivalität in die Armee hineinzutragen, fern zu halten. **33**, 166.

— Dobernig wünscht, daß es möglichst vermieden werde, slawische Regimenter in deutsche Städte und umgekehrt zu versetzen. **33**, 176.

— Kaftan verlangt, daß die Kriegsverwaltung der Bevölkerung rücksichtlich der nationalen Empfindungen entgegenkomme und wendet sich dagegen, daß bei Kontrollversammlungen den Landwehrmännern, die sich beim Aufruf böhmisch meldeten, strenge Strafen auferlegt werden. **34**, 110.

— Schücker begrüßt es, daß die Notwendigkeit der deutschen Armeesprache von der Kriegsverwaltung auf das energischeste vertreten wurde. **34**, 200.

Digitized by Google

Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

1. In der Armee.

— Km. Krieghammer erklärt es als eine natürliche Sache, daß die Dienstsprache in der Armee aufrecht erhalten und gerade in bewegten Zeiten auf dieses Bindemittel das größte Gewicht gelegt werde. **34**, 204.

— Zaunegger erklärt, daß die einzelnen Nationen im Völkerstaate Österreich zu ihrem Rechte gelangen sollen, aber nicht auf Kosten der Deutschen; die deutsche Sprache müsse die leitende sein und bleiben, nicht nur in der Armee, sondern auch im Gesamtstaate Österreich. Innerhalb der deutschen Armee- und der deutschen Verkehrssprache könne es ja eine Landes-, eine Volks-, eine Schul und Amtssprache geben, aber ein gemeinschaftliches Verständigungsmittel müsse es geben und das sei die deutsche Sprache. **34**, 370.

— 19 Petitionen von politischen Vereinen und Gemeinden im Königreiche Böhmen wegen Meldung der Reservisten in ihrer Muttersprache. **35**, 16, 59, 478.

— Interpellation Stránský, betreffend die Verurteilung von sieben Dragonern aus Pecran vor dem Kriegsgerichte in Olmütz wegen Singens nationaler Lieder **35**, 21.

Beantwortet vom Km. Krieghammer, **35**, 476.

— Pacák empfiehlt, sich der Nationalitätenidee im Interesse der Armee zu bedienen, statt sie zu unterdrücken. Er beschwert sich über Zurücksetzung der böhmischen Sprache im Offizierskorps und erörtert die „Zde"-Frage. Es sei richtig, daß ein Befehl beim Militär befolgt werden müsse. Ein solcher Befehl, der das Nationalgefühl des Mannes tief verletzt, indem man ihm verbietet, in seiner Muttersprache sich zu melden, sollte aber nicht gegeben werden. **35**, 60. Die Behauptung deutscher Blätter, die böhmische Bevölkerung hätte sich bei den Böhmisch-Leipaer Manövern den Soldaten gegenüber nicht human benommen, sei eine Tendenzlüge. **35**, 65.

— Kaftan bespricht die „Zde"-Frage und die Zurücksetzung der böhmischen Sprache im Offizierskorps. **35**, 70.

— Göth bemerkt anläßlich der „Zde"-Frage, die Heeresverwaltung solle nicht dulden, daß das berechtigte Nationalgefühl durch Agitationen auf bedenkliche Irrwege geleitet werde. **35**, 74.

— Stránský erklärt, die Art der Behandlung der „Zde"-Frage habe die Animosität der höheren Militärkreise gegen das böhmische Volk in ein scharfes Licht gestellt. Er bespricht die Vorgänge in den Kontrollversammlungen, besonders in Gaya und Policka und die hieran sich knüpfenden kriegsgerichtlichen Urteile. Es werde hier nicht bloß für die Einheitlichkeit der Armeesprache gearbeitet, sondern für den nationalen Besitzstand einer politischen Partei. Die deutsche Armeesprache sei für die zentrale Leitung zuzugestehen, aber sie soll nicht über die Grenze hinübergreifen, die ihr im Interesse der Armee gezogen werden muß. **35**, 82.

— Lemisch erklärt, die Verteidigung der deutschen Dienstsprache und der Aufrechthaltung des bisherigen Charakters der Armee sei nicht Sache der Deutschen, sondern der Hüter des Staates und der Leiter der Armee. Vom Standpunkte der deutschen Dienstsprache müsse man gegen die zu häufigen Transferierungen von deutschen Regimentern in slawische und umgekehrt Stellung nehmen. **35**, 168.

— Ochrymowicz ersucht um Nachsicht für ruthenische Soldaten, die bei Kontrolversammlungen sich aus Versehen in ihrer Muttersprache melden. **35**, 176.

— Funke führt aus, die „Zde"-Bewegung sei nicht aus der Volksseele hervorgegangen, sondern durch Agitation geschaffen worden. Er betont die Notwendigkeit der deutschen Dienstsprache und des österreichischen Geistes in der Armee. Die schwarz-rot-goldene Fahne ist mit der schwarz-gelben vereinbar. Er wendet sich gegen die Behauptung, daß die Heeresverwaltung deutsch-nationale Politik treibe. **35**, 191.

— Km. Krieghammer begründet sein Vorgehen in der „Zde"-Frage. Wo nur ein Versehen vorlag, wurde mit Milde oder überhaupt gar nicht gestraft; wo aber nach militärischen Begriffen Meuterei vorlag, mußte strenge vorgegangen werden. **35**, 201.

— Km. Krieghammer weist zurück, daß Feldzeugmeister Freiherr v. Beck mit der „Zde"-Frage in Verbindung gebracht werde. Er hielt sich nicht für berufen und hat es auch gar nicht versucht, auf diese Frage Einfluß zu nehmen, die durchaus nicht in das Ressort des Generalstabs gehört. Für die innere Disziplin ist nur der Kriegsminister verantwortlich. **35**, 204.

— Schachinger gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß von tschechischer Seite die deutsche Armeesprache unumwunden zugestanden werde und appelliert an die streitenden Nationen, einen billigen Frieden zu schließen. **35**, 216.

— M. Ritter Gokuchowski bemerkt gegenüber dem Hinweise auf den kolossalen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands u. a.: Während überall anderwärts Weltpolitik und Welthandel getrieben wird, während die besten Kräfte angespannt werden, um gerade diesen Aufschwung zu fördern — was geschieht bei uns? Es steht noch immer die unglückselige Sprachenfrage im Vordergrunde, und es wird tagelang darüber debattiert, mit welchem einsilbigen Worte sich die Reservisten in den Kontrollversammlungen zu melden haben. Wenn Sie glauben, daß das förderlich ist für den expansiven Handel, für den Aufschwung, so bin ich dieser Ansicht gewiß nicht. **35**, 452.

Stránský erwidert, es handle sich nicht um das Wort „Zde", sondern darum, daß unbescholtene Angehörige der böhmischen Nationalität wegen eines Wortes zu schweren Kerkerstrafen verurteilt werden. **35**, 462.

— Pacák bezeichnet die Kenntnis der Regimentssprache seitens der Offiziere als eine ungenügende und beschwert sich über die Zurücksetzung der böhmischen Sprache bei der Armee. **36**, 116.

— Kaftan bespricht die Zurücksetzung der böhmischen Sprache in der Kadettenschule zu Karlstadt. **36**, 113.

Km. Krieghammer gibt hierüber Aufklärungen und teilt mit, er habe die Einrichtung getroffen, daß in jeder Kadettenschule nur eine Nationalsprache

Digitized by Google

1. In der Armee.

gelehrt werde, um die Jugend zu verhalten, in der Sprache, welche an der Schule gelehrt wird, auch ihre Konversation zu führen. **36**, 196.

— Systemisierung eines Hauptmannes des Armeestandes als Translator der ungarischen Sprache beim Einreichungsprotokolle des Kriegsministeriums. Budget 1902.

— Herold beschwert sich, daß die Regimentssprache nicht gepflegt werde und daß die Offiziere den Regimentern so zugeteilt werden, daß sie nicht der Nationalität der Soldaten angehören. Zu bemängeln sei auch, daß sich die Militärbehörden an Kommunen und Anstalten nur in der deutschen Sprache wenden, wenn auch diese in einer anderen Sprache amtieren, während die ungarischen Militärbehörden bei der Korrespondenz mit den autonomen Behörden sich nur der ungarischen Sprache bedienen. **37**, 42.

— Pommer bespricht die „Zdo"-Frage und erklärt, daß die Armeesprache eine einheitliche sein müsse. Wenn die kroatische Landwehr kroatisch und die magyarische Honvéd magyarisch kommandiert werde, so sei diese Konzession ein großer Fehler gewesen, dessen üble Folgen sich schon bei den Wandern gezeigt haben. In der ungarischen Amtierung der Militärbehörden in Ungarn liege keine Rücksichtnahme auf die Bevölkerung, sonst müßte mit den Slowaken slowakisch, mit den Ruthenen ruthenisch u. s. w. verkehrt werden, sondern die Konstatierung der ungarischen Staatssprache. **37**, 58.

— Bogler hält die Aufrechthaltung der deutschen Sprache als Armeesprache für ein dringendes Bedürfnis. Falle die einheitliche Armeesprache, sei es auch mit der einheitlichen Armee und dann auch mit dem Einheitsstaate aus. **37**, 84.

— Wassilko Nikolaj klagt, daß nur sehr wenige Offiziere der aus Ruthenen bestehenden Regimenter die ruthenische Sprache beherrschen. **37**, 76.

— Iro verlangt, daß die deutsche Sprache nicht bloß als Armeesprache, sondern auch als Staatssprache zu gelten habe. Wenn die deutsche Armeesprache für den Zusammenhalt und für die einheitliche Leitung der Armee notwendig sei, so müsse dies auch bezüglich der Sprache der Zivilbehörden im Staate der Fall sein, die der Staat zur Führung seiner Geschäfte brauche. **37**, 102.

— Kaftan führt darüber Beschwerde, daß den eingeladenen böhmischen Offizieren der Besuch des Balles der Beseda in Budweis verboten worden sei, und daß bei der Einquartierung eines Infanterieregimentes in Leitomischl die Landesfarben seitens des Oberst geringschätzig behandelt worden seien. **38**, 223.

Km. Krieghammer erwidert, wenn ein ausgesprochen nationaler Verein nur die Offiziere der einen Nationalität zu einer Veranstaltung einlade, so sei es selbstverständlich, daß diese Offiziere im richtigen Gefühl ihrer Zusammengehörigkeit mit allen anderen Offizieren die Einladung nicht annehmen werden. **38**, 377.

— Barwiński wünscht, daß den Rekruten ruthenischer Nationalität die Möglichkeit geboten werde, den Diensteid in ruthenischer Sprache zu leisten. **38**, 294.

Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

1. In der Armee.

— Herold führt aus, daß die Bestimmungen über die Regimentssprache nicht eingehalten werden. Zu ihrer Einhaltung sei notwendig, daß die Offiziere und höheren Angestellten die Regimentssprache nicht nur verstehen, sondern beherrschen. Der Erlernung der nationalen Sprachen in den Kadettenschulen und Akademien müsse größere Aufmerksamkeit gewidmet werden als bisher. Man dürfe nicht absichtlich böhmische Offiziere, statt sie böhmischen Regimentern zuzuteilen, nach Tirol und Galizien versetzen, um sie und ihre Familien zu nationalisieren. Wenn ein nichtdeutscher Offizier sich gerne seiner Muttersprache bedient, so darf das nicht als Schande gelten. **38**, 298.

— Berichterstatter Walterskirchen bezeichnet es als wünschenswert, daß die Offiziere die Regimentssprache möglichst vollkommen beherrschen. **38**, 336.

— Bukovič wünscht, daß den in Dalmatien rekrutierten Truppenkörpern Offiziere beigegeben werden, die der kroatischen Sprache mächtig sind. **38**, 315.

— Km. Krieghammer teilt mit Bezug auf die Forderung des Delegierten Herold, betreffend die Erlernung der nationalen Sprachen in den Kadettenschulen mit, daß unter 1719 Zöglingen des dritten und vierten Jahrganges der Kadettenschulen 480 böhmisch lernen. Bezüglich der Resultate verweist er auf die günstigen Berichte anläßlich der Maturitätsprüfungen. Die Pflege der Regimentssprache werde mit aller Energie betrieben. **38**, 334.

— Stein führt aus, die Schlagfertigkeit der Armee hänge im wesentlichen von der einheitlichen Leitung ab und diese setze die deutsche Sprache als Armeesprache voraus. **38**, 354.

— Schönborn wünscht, daß die Nationalitätenfrage aus den Kreisen unseres tapferen Heeres möglichst fern bleibe. Aber soweit kann sie nicht fernbleiben, daß nicht die berechtigte Sorge für die Erlernung der Regimentssprache, und daß nicht die Schonung der nationalen Gefühle nach Möglichkeit berücksichtigt werde. **38**, 362.

— Interpellation Bukovič, betreffend die Einteilung dalmatinischer, nur der kroatischen Sprache mächtiger Reservisten zum Infanterieregiment Nr. 27 in Graz. **38**, 276.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 390.

— Interpellation Dobernig, Albrecht, betreffend einen Reserveerlaß des Reichskriegsministeriums, nach welchem den Offizieren der deutschen Regimenter die Erlernung der tschechischen Sprache anbefohlen wird. **39**, 20.

— Skene jun. führt aus, daß kein Grund vorliege, gegen den Erlaß des Km. Pitreich, betreffend die Erlernung der Regimentssprache Opposition zu machen. **39**, 447.

— Biankini klagt über die Vernachlässigung der Kroaten in Bezug auf die Militärbildungsanstalten, welche dahin führe, daß es im Offizierskorps fast keinen kroatischen Nachwuchs mehr gebe. **39**, 454.

— Ryba klagt über die Zurücksetzung der böhmischen Sprache im Offizierskorps, besonders in Prag und beschwert sich, daß auf den Kasernen in böhmischen Orten

Digitized by Google

Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

1. In der Armee.

neben den deutschen nicht auch böhmische Aufschriften angebracht werden. **39**, 465.

— Lobkowitz Ferdinand findet das Aufheben, daß mit dem Erlasse des Kriegsministers, betreffend Erlernung der Regimentssprache gemacht wurde, ungerechtfertigt, da die Pflege der nichtdeutschen Sprachen heute beim Volksheere mit kurzer Dienstzeit eine viel intensivere sein müsse als früher. Er betont, daß ein notwendiges Korrelat einer einheitlichen Armee in der einheitlichen Kommando- und Dienstsprache gelegen sei, und daß eine solche nur die deutsche sein könne. **39**, 531.

— Marchet erörtert den Inhalt des Reservaterlasses des Kriegsministers. **39**, 590.

— Wassilko Nikolaj findet in dem Reservaterlasse des Kriegsministeriums nichts anderes als die Verbriefung dessen, was bis heute schon in der Armee bestand. **39**, 599.

— Kliemann wendet sich gegen die Notwendigkeit des Reserveerlasses des Kriegsministers. **39**, 607.

— Kramář betont die Notwendigkeit der in dem Reservaterlasse des Kriegsministers enthaltenen Maßnahmen. **39**, 620.

— Frh. Pitreich betont die Notwendigkeit einer einheitlichen Kommando- und Dienstsprache für die Armee und erörtert den Inhalt seines die Sprachenfrage behandelnden Erlasses. **39**, 631.

— Berichterstatter Walterskirchen Franz betont, daß der Reserveerlaß des Kriegsministers nur vom praktischen Bedürfnisse diktiert und durch sachliche Motive veranlaßt worden sei. **39**, 646.

— Pantůček beklagt sich über die Vernachlässigung der nichtdeutschen Sprachen und Nationen in der Armee. **40**, 87.

— Zaffron beklagt die mindere Berücksichtigung des Kroatischen in der Armee. **40**, 101.

— Hofmann Franz erklärt, daß durch den sogenannten Reserveerlaß des Kriegsministeriums die Stellung der deutschen Offiziere sehr geschädigt werde. **40**, 282

2. In Bosnien und der Herzegowina.

Klaić begrüßt die Okkupation Bosniens im Interesse der Südslawen und Dalmatiens und warnt vor Entnationalisierung der Bevölkerung. **11**, 198.

— Hübner Alexander hält die Verteidigung der Monarchie gegen äußere Gefahren für die Ursache der Okkupation; er warnt vor nationaler Präokkupation bei der Verwaltung der Provinzen. **12**, 29.

— Hübner Alexander hält ein Transigieren über Nationalitätsfragen für ausgeschlossen; in Streitfällen müsse die Krone als unparteiischer Schiedsrichter entscheiden. Demel Johann bezeichnet ein solches Vorgehen als der Verfassung widersprechend. Berichterstatter Plener Ernst spricht die Erwartung aus, daß bei einem solchen Schiedsspruche nicht das Bestreben der übermäßigen Berücksichtigung kleiner nationaler Wünsche, der Unterwerfung des einen unter den anderen walten, sondern das Interesse, das Wohl und die Einheit des Staates maßgebend sein werde. **12**, 30—39.

— M. Ac. Haymerle betont, daß von Seite der gemeinsamen Regierung nationale Zwecke weder beabsichtigt noch verfolgt werden. **12**, 34.

— Berichterstatter Plener Ernst glaubt nicht, daß dadurch, daß die Bewohnerschaft Bosniens und der Herzegovina slawischer Nationalität ist, die inneren Verhältnisse der Monarchie beeinflußt werden können. **12**, 39.

— Klaić beschwert sich über die Errichtung deutscher Volksschulen, den Gebrauch der deutschen Sprache als schriftlicher Amtssprache und die Germanisierungsbestrebungen in Bosnien und der Herzegovina. Alle höheren Stellen seien Männern anvertraut, welche der Landessprache nicht mächtig seien, auch die slowenische oder böhmische Sprache sei den Bosniaken unverständlich. **13**, 69.

— Sturm befürwortet die Errichtung deutscher Volksschulen behufs Propagierung der deutschen Sprache in den okkupierten Ländern. **13**, 72.

— Frh. Sládý tritt dem Vorwurfe der Germanisierung in den okkupierten Ländern unter Hinweis auf den Sprachengebrauch in den Volksschulen und die Amtssprache bei den Behörden und Gerichten entgegen; die erste Bedingung für alle Beamten sei die Kenntnis einer slawischen (südslawischen oder böhmischen) Sprache; der Berliner Vertrag habe die Administration Bosniens und der Herzegovina der Monarchie und nicht Kroatien anvertraut, so daß man nicht verlangen dürfe, daß alle Beamten der kroatischen Sprache mächtig sein müssen. **13**, 76.

— Klaić meint, daß man auch unter den Serben, deren Sprache mit der kroatischen identisch sei, Beamte gefunden hätte. **13**, 78.

— Klaić verlangt, daß die Verwaltung in den okkupierten Ländern alle Bedingungen nationaler Entwicklung biete. **15**, 8.

— Czartoryski Georg tritt für eine slawisch nationale Richtung der Verwaltung in den okkupierten Ländern ein. **15**, 16.

— Plener Ernst betont die Unmöglichkeit einer nationalen Verwaltung in den okkupierten Ländern unter Hinweis auf die großen sozialen Gegensätze, die eine Unterdrückung der Kneten zur Folge hätten. **15**, 22.

— Frh. Sládý erörtert die Unmöglichkeit, Beamte aus den Eingeborenen heranzuziehen; Slawen werden ohnehin angestellt, die Amtsverkehrssprache sei auch slawisch; die innere Amtssprache sei deutsch, was notwendig sei, sowie auch im Reiche der Verkehr der Behörden unter einander und mit der obersten Behörde in einer allen verständlichen Sprache geführt werde. Von einer Magyarisierung und Germanisierung könne nicht die Rede sein. **15**, 27.

— Klaić beanständet, daß die innere Amtssprache in Bosnien die deutsche sei; in Bosnien bestehen keine verschiedenen Nationalitäten, es gebe nur eine einzige Sprache, die Verwaltung müsse diese verstehen und sprechen. **21**, 95.

Digitized by Google

Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

2. In Bosnien und der Herzegowina.

— Dubsky weist darauf hin, daß an der Spitze der bosnischen Verwaltung ein Ungar (Kállay) stehe, der aber das slawische Idiom vollkommen beherrsche. Die Beamten verstehen die Landessprache und können sogar mit den Türken in ihrer Sprache verkehren. **21**, 98.

— Rfm. Kállay führt aus, daß von jedem Beamten in Bosnien die Kenntnis der Landessprache verlangt werde, die innere Sprache der Behörden sei die deutsche, mit der Bevölkerung werde in der Landessprache verkehrt. **21**, 99.

— Berichterstatter Dumba wünscht, daß Bosnien von dem Übel der Sprachenfrage verschont bleibe. Übrigens würden, selbst wenn lauter Südslawen in Bosnien angestellt wären, die also der Landessprache vollkommen mächtig wären, diese als „Schwaben" bezeichnet werden. **21**, 101.

— Klaić führt aus, daß in Bosnien nur eine Landessprache bestehe, die herzegowinische und daß die mohammedanische Bevölkerung Bosniens demselben Stamme angehöre, wie die dortige christliche Bevölkerung. Er ist gegen die Kolonisation in Bosnien; wenn andersprachige Kolonisten nach Bosnien kämen, könnten in dem national reinen Bosnien Sprachenstreitigkeiten auftauchen. **26**, 121.

— Berichterstatter Biliński bemerkt, daß die Nationalität nicht nur von der Abstammung, sondern auch von dem Nationalgefühle des Betreffenden abhänge. Es gebe Begs und Agas, welche sich trotz der slawischen Abstammung als Türken fühlen. Dies bewiesen die türkischen Eingaben an die Landesregierung. **26**, 130.

— Der Ausschußbericht konstatiert, daß die Beamten in Bosnien größtenteils dem Status der beiden Reichshälften entnommen werden, wobei auf die Kenntnis der Landessprachen Rücksicht genommen werde. **26**, 141 (A. B.).

— Rfm. Kállay erklärt, er kenne keinen serbokroatischen Stamm; die Bewohner von Bosnien seien Bošnjaken und seien bosnisch. **28**, 173.

— Masaryk und Herold bemängeln es, daß man sich in Bosnien bemühe, eine neue Sprache und Nationalität, die „bosnische", zu züchten. **29**, 186, 195.

— Rfm. Kállay gibt Aufklärungen bezüglich der Bezeichnungen „Bosnien", „Bosnisch". **29**, 199.

— Herold fragt nach den Sprachkenntnissen der Beamtenschaft in Bosnien. **29**, 194.

Rfm. Kállay betont, daß es höchstens fünf Beamte in Bosnien gibt, welche die Landessprache nicht kennen. **29**, 198.

— Biankini weist darauf hin, daß in Bosnien dieselbe Sprache gesprochen werde, wie in Istrien, Dalmatien, in Kroatien und Slawonien; das Volk in allen diesen Ländern habe nie aufgehört, sich kroatisch zu fühlen. **31**, 283.

— Biankini klagt über die Unterdrückung des kroatischen Elementes in Bosnien. **31**, 287.

Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

2. In Bosnien und der Herzegowina.

— Rfm. Kállay bedauert, daß von kroatischer Seite Bosnien und die Herzegowina als kroatische Länder, von serbischer Seite als serbische Länder nicht nur genannt, sondern auch vindiziert werden und daß infolgedessen der eine Stamm den andern als Feind betrachte. Der Minister wünscht, daß sich beide Stämme verständigen. Er selbst verfolge keine kroatische, keine serbische Politik, er verwalte Bosnien und die Herzegowina unter der Ägide der österreichisch-ungarischen Monarchie. **31**, 292.

— Sláma bemängelt den Ausdruck „bosnische Sprache", welcher sowohl die Kroaten als die Serben verletze. Alle südslawischen Blätter protestieren gegen diese Reform. **32**, 150.

— Jagić weist darauf hin, daß in Bosnien in allen Publikationen die musterhafteste Literatursprache herrsche, dieselbe Sprache, welche die Serben serbisch, die Kroaten kroatisch nennen; so lange die Leute unter sich über die Sprache nicht einig sind, sei der Minister berechtigt, um Streitigkeiten fern zu halten, sich des Ausdruckes „bosnische Sprache" zu bedienen. **32**, 157.

— Kaftan wünscht Aufklärung darüber, ob die bosnische Regierung die Einführung des obligatorischen Unterrichtes in der magyarischen Sprache an den höheren Schulen in Bosnien beabsichtige. **33**, 186.

Rfm. Kállay erklärt, daß alle Schulen in dem der Regierung zu übergebenden Ausweise sich der bosnischen Sprache bedienen müssen, der ganze übrige Verkehr, die Verordnungen, das offizielle Blatt, die Korrespondenz mit den kirchlichen und nicht kirchlichen Behörden erfolgt cyrillisch und serbisch. Er versteht nicht wie man behaupten kann, daß man in Bosnien die ungarische Sprache als obligaten Gegenstand in den Schulen einführen wolle oder daß die Verwaltung eine ungarische sei. In Bosnien werde keine tschechische, polnische, deutsche, auch keine ungarische Politik gemacht, sondern die Politik für die gesamte Monarchie. **33**, 198.

— Biankini klagt darüber, daß der Verwalter Bosniens, Freiherr v. Burián, der Sprache der dortigen Bevölkerung nicht mächtig sei. **39**, 42.

— Zaffron klagt über die Germanisierungsbestrebungen in Bosnien. **40**, 262.

— Rfm. Burián betont, daß alle Landesbeamten die Landessprache erlernen müssen und dem Publikum gegenüber ausschließlich in der Landessprache amtieren. **40**, 365.

3. Im Konsularwesen.

Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Kenntnis der ungarischen Sprache bei den Konsularämtern in einigen Teilen der Türkei. **3**, 524.

— Brzorád klagt über die geringe Anzahl von Tschechen unter den Konsulatsfunktionären und über die Vernachlässigung der slawischen Sprachen an der Orientalischen Akademie. **30**, 47.

Digitized by Google

Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

3. Im Konsularwesen.

— Anstellung der tschechischen Sprache mächtiger Beamter bei den Konsulaten. — M. Ae. Gokuchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Interpellation Biankini, betreffend die Anstellung von der kroatischen Sprache mächtigen Beamten bei den größeren Konsulaten in Nordamerika. **39**, 26.

Beantwortet vom M. Ae. Gokuchowski. **39**, 87.

— Biankini verlangt, daß bei jedem Konsulate in Amerika mindestens ein kroatischer Beamter angestellt werde und klagt darüber, daß die Kroaten aus Kroatien und Slawonien von der Konsularakademie ausgeschlossen sind. **39**, 109.

4. Bei der Marine.

Biankini klagt über die Zurücksetzung der aus den südlichen kroatischen Ländern stammenden Offiziere der Marine, sowie überhaupt des slawischen Elementes in der Marine. **31**, 57.

— Kaftan klagt über die Zurücksetzung des kroatischen und slowenischen Elementes gegen das italienische bei der Flotte und verlangt, daß in Pola eine kroatische Volksschule auf gemeinsame Kosten errichtet und in der bestehenden Marineschule die kroatische Sprache als obligater Lehrgegenstand eingeführt werde. **33**, 244.

Mk. Spaun weist darauf hin, daß für die Pflege der slawischen Sprache in Pola Kurse errichtet seien, damit diese Sprache auch bei jenen Mitgliedern des Stabes, welche nicht der slawischen Nationalität angehören, wenigstens soweit gekannt sei, daß sie sich ihren Untergebenen vollkommen verständlich machen können. **33**, 247.

— Kaftan bezeichnet die Avancementsverhältnisse der kroatischen und slowenischen Seearsenalsarbeiter als sehr ungünstig. Die Kroaten bleiben bei Besetzung der Werkmeisterposten hinter den Italienern bedeutend zurück. **34**, 226.

Mk. Spaun erklärt, daß, da Dalmatien nur eine geringe Industrie habe, die von dort kommenden Landleute nur als Taglöhner und Maurer verwendet werden können. **34**, 228.

— Kaftan beklagt die ungenügende Berücksichtigung der kroatischen Sprache an den Marinelehranstalten. **37**, 325.

Mk. Spaun bespricht die Vorkehrungen zur Pflege des kroatischen Sprachunterrichtes an diesen Anstalten. **37**, 333.

— Bukovič wünscht eine intensivere Pflege der kroatischen Sprache an der Marineakademie, wie bei der Marine überhaupt und Berücksichtigung der Kenntnis der kroatischen Sprache bei gewissen Stellenausschreibungen seitens des Seearsenalkommandos in Pola. **38**, 533.

— Kaftan klagt darüber, daß die Kenntnis der kroatischen Sprache in den Offizierskreisen der Kriegsmarine eine sehr geringe sei, und daß der Kurs in der kroatischen Sprache für Offiziere in Pola vernachlässigt werde, weiters über die Bevorzugung italienischer und deutscher Staatsbürger gegenüber österreichischen Kroaten bei einer

Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

4. In der Marine.

Konkursausschreibung für Vorarbeiterposten in der Marine und den unzureichenden Unterricht in der kroatischen Sprache an der Marineakademie in Fiume. **38**, 525.

Mk. Spaun macht Mitteilungen über den Unterricht in der kroatischen Sprache an der Marineakademie und über die Kurse im Kroatischen in Pola. **38**, 542.

— Biankini verlangt eine größere Berücksichtigung der kroatischen Sprache bei der Marine. **39**, 394.

— Mk. Spaun betont, er habe es eingeführt, daß in der Marineakademie in Fiume die serbokroatische Sprache gelehrt und daß in Pola ein Kurs für ausgeschiffte Offiziere zur Erlernung dieser Sprache errichtet werde. **40**, 388.

5. Im Unterrichtswesen.

Im Hinblick auf die große Wichtigkeit der slawischen Sprachen für den auswärtigen Dienst wurde an der orientalischen Akademie neben der bereits bestehenden Lehrkanzel der serbischen Sprache noch eine solche für die russische Sprache errichtet. Denkschrift zum Budget 1885.

— Pflege der böhmischen Sprache an der Orientalischen Akademie. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 3. Oktober 1892.

— Erweiterung des ungarischen Sprachunterrichtes an der Orientalischen Akademie. Denkschrift zum Budget 1893.

— Unterricht in der chinesischen und japanischen Sprache an der Orientalischen Akademie. — M. Ae. Gokuchowski im Budgetausschusse, 9. Juli 1896.

— Lehrkurs für die Einführung in das System der chinesischen Sprache an der orientalischen Akademie. **33**, 51 (A. B.).

— Lobkowitz Ferdinand fragt, ob es wahr sei, daß es einem ungarischen Staatsangehörigen in den Militärakademien nicht gestattet ist, eine slawische Sprache zu erlernen. **39**, 532.

6. Verschiedenes.

Kaftan führt mit Bezug auf die Sprachenverordnungen aus, es sei gewiß kein Unrecht, wenn 5½ Millionen Böhmen in ihrem Lande die Rechtsprechung in ihrer Sprache verlangen und von den 1000 oder 2000 Staatsbeamten der 3,100.000 Deutschen auch die Kenntnis der anderen Landessprache, ebenso wie bei den übrigen 5000 böhmischen Beamten gefordert werde. **34**, 36.

— Resolution Funke, betreffend die Beseitigung des Mißbrauches, daß in den Generalstabskarten deutschen Ortsnamen unbekannte slawische Übersetzungen beigesetzt werden. (Angenommen.) **35**, 196.

(Die Ortsnamen werden in die militärischen Karten so aufgenommen, wie sie in den von der k. k. statistischen Zentralkommission herausgegebenen offiziellen Ortsrepertorien enthalten sind. **36**, 142. [A. B.].)

Digitized by Google

Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse.

6. Verschiedenes.

— Pačak erklärt gegenüber dem Resolutionsantrag Funke bezüglich der Generalstabskarten, es handle sich nicht um Tschechisierung, sondern um Germanisierung von Ortsnamen. **35**, 198.

— Pergelt bespricht die Tschechisierung deutscher Ortsnamen in den Generalstabskarten. **35**, 198.

— Kaftan bespricht die Germanisierung böhmischer Ortsnamen in den Generalstabskarten. **35**, 199.

— Ferjančič wendet sich gegen die Magyarisierungstendenzen in Kroatien und schildert die Zurücksetzung der Slowenen und Kroaten im Küstenlande. **35**, 381.

— Winnicki foedert die Durchführung der Gleichberechtigung für die Ruthenen. Er bringt den Umstand zur Sprache, daß bei einem Archäologenkongreß in Kiew den ruthenischen Gelehrten aus Galizien und der Bukowina offiziell verboten worden sei, Vorträge in ruthenischer Sprache zu halten. **35**, 386.

— Cambon tritt der Darstellung des Delegierten Ferjančič über die Zurücksetzung der Slawen im Küstenland zu Gunsten der Italiener entgegen. **35**, 418.

— Vencajz wendet sich gegen die Bevorzugung des italienischen Elementes im Küstenlande. **36**, 22.

— Popovici vertritt die Beschwerden der Rumänen in Ungarn und in der Bukowina. **36**, 71.

— Gambini bezeichnet die nationalen Forderungen der Südslawen im Küstenlande als exzessiv. **36**, 78.

— Resolution Iro, betreffend die Beförderungsverhältnisse der deutschen Bezirksfeldwebel. (Abgelehnt.) **37**, 171.

— Interpellation Iro, betreffend Besetzung von Bezirksfeldwebelstellen bei den deutschen Bezirkshauptmannschaften mit Anwärtern, die nur der deutschen Sprache mächtig sind. **37**, 15.

Beantwortet vom Km. Kriegshammer. **37**, 195.

— Wolf weist auf die großkroatische Propaganda hin, bei der es sich nicht um die nationale Zusammenfassung der Kroaten handle, sondern nur darum, daß das katholische Element der Kroaten den empfänglichen Boden für die jesuitische Propaganda biete. Die großkroatische Propaganda entfremde uns die Serben und treibe sie geradezu Rußland in die Arme. **37**, 238.

— Wassilko Nikolaj beklagt die Bedrückung der Ruthenen in Galizien und wünscht, daß der Minister des Äußern ohne Einmischung in die inneren Verhältnisse, nur mit dem Schwergewichte seiner staatsmännischen Persönlichkeit wirkend, diese Verhältnisse bessere. **37**, 308.

Sprengmittel, Sprengstoffe, s. Pulverwesen.

Staatshaushalt, gemeinsamer, s. Äußeres, Finanzministerium, Kriegsministerium, Marine, Rechnungshof.

Staats- und verfassungsrechtliche Fragen. *)

Greuter bespricht die Frage der besten Staatsform, die aber nicht darin bestehen könne, den Staat auf die Basis der Konfessionslosigkeit zu stellen. **3**, 73.

— Rechbauer weist darauf hin, daß seit dem Jahre 1848 auch in der Schweiz eine neue Verfassung bestehe, die ein zentralistisches Band geschaffen habe. Dort bestehe eine Vertretung der Kantone. **3**, 75.

— Plener Ignaz bedauert, daß, während die Regierungen anderer Staaten beim Beginn der europäischen Verwicklungen sich rechtzeitig mit ihren Kammern ins Einvernehmen setzten, gerade bei uns eine vollständige Lahmlegung der Repräsentativkörper stattfinde. **3**, 217.

— Resolution der ungarischen Delegation:

Der gemeinsame Finanzminister wird angewiesen, in Zukunft bei Nennung der beiden Teile der Monarchie bloß die gesetzliche Benennung zu gebrauchen. **8**, 191.

— Fluck empfiehlt die Schaffung eines Konvokates für innere staatsrechtliche Fragen. **10**, 122.

— Greuter sieht in den Verfassungszuständen nicht die Kraft Österreichs, sondern eine große Gefahr für die Existenz der Monarchie. **10**, 145.

— Herbst erörtert den Umfang der gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere mit Beziehung auf die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina durch die gemeinsame Regierung. **11**, 262, 306.

— Magg hebt hervor, daß Minister Haymerle eine Flottenaktion mit Rücksicht auf die griechischen Grenzstreitigkeiten insbesondere auch deshalb ablehnte, weil der unzweideutig ausgesprochene Wille der Vertretungskörper, den die Regierung als konstitutionelle Regierung respektiere, sich dagegen ausgesprochen habe. **14**, 13.

— Biankini erklärt, daß er unpräjudizierlich in der Delegation eingetreten sei, da Dalmatien und Istrien dem kroatischen Staate zugehören. **31**, 24.

— Pačak ersucht um Aufklärung, warum die Ernennung des Ministers des Äußern nur im ungarischen Reichstage, aber nicht im österreichischen Reichsrate notifiziert wurde. **31**, 35.

— Präsident Chlumecky bezeichnet die Erbauung eines eigenen Heimes für die Delegation in Budapest als Wahrzeichen und Symbol der Dauerhaftigkeit und Unerschütterlichkeit des zwischen den beiden Reichshälften vereinbarten staatsrechtlichen Verhältnisses. **32**, 2.

— Erklärungen Hofmann-Wellenhof, Scheicher, Groß Gustav, Kienmann, Pergelt, Azmann wegen Beteiligung an den Delegationsverhandlungen. **33**, 3; **34**, 3.

— Hofmann-Wellenhof rügt die Verwendung bosnischen Militärs bei den Demonstrationen in Graz. **33**, 67.

— Azmann, Bielohlawek, Chlari, Hochenburger, Kienmann, Ritsche, Pergelt, Schücker und Tschernigg erklären, gegen den Nachtragskredit per 30,100.000 fl. zu stimmen. Der gemeinsamen Regierung seien die Ursachen,

*) Mit Ausschluß aller Fragen, welche sich auf den österreichisch-ungarischen Ausgleich (Zoll- und Handelsbündnis), sowie auf die Quote beziehen. Diese s. unter „Ungarn". Ebenso mit Ausschluß jener Fragen, welche sich auf das Verhältnis zu Bosnien und der Herzegowina beziehen; dieselben s. unter „Bosnien 15".

Digitized by Google

Staats- und verfassungsrechtliche Fragen.

aus denen sie diese außerordentlichen Ausgaben machen zu müssen glaubte, schon vor der Tagung der vorjährigen Delegation bekannt gewesen und sie wäre verpflichtet gewesen, mit dieser Forderung an die vorjährige Delegation heranzutreten. Diese Unterlassung sei als Verletzung der verfassungsmäßigen Verpflichtung der Regierung aufs entschiedenste zu mißbilligen und es wird zugleich als dringend notwendig bezeichnet, daß das im § 18 des Delegationsgesetzes in Aussicht gestellte Durchführungsgesetz über die Verantwortlichkeit des gemeinsamen Ministeriums unverweilt geschaffen werde. **34**, 365.

— Stránský erblickt in dem Vorgange der Regierung anläßlich des Nachtragskredites von 30,100.000 fl. eine krasse Verletzung des Staatsgrundgesetzes, findet aber die Gründe hiefür in der Obstruktion im Reichsrate. **34**, 369.

— Berichterstatter Madeyski führt aus, daß Fälle denkbar seien, in denen die Regierung sich sofort entschließen müsse, Maßnahmen im Interesse des Staates zu treffen, mit denen Auslagen verbunden seien, Fälle, ohne vorherige Mitteilung an die parlamentarischen Körperschaften. Derartige Ausnahmsfälle müssen mit dem Geiste des Budgetrechtes dadurch in Einklang gebracht werden, daß die Regierung bei der nächstmöglichen Gelegenheit die nachträgliche Genehmigung von den parlamentarischen Körperschaften verlangt. **34**, 372.

— Grégr vertritt den Standpunkt des böhmischen Staatsrechtes. Die erste Staatsnotwendigkeit sei die Revision der Verfassung. **35**, 31.

— Venezij bezeichnet als Ideal und Programm der Slowenen und Kroaten die Vereinigung aller dem einstigen kroatischen Staate angehörenden Länder im Rahmen der habsburgischen Monarchie, die alte illyrische Idee. **36**, 21.

— Herold beanständet, daß in militärischen Amtsschriften nicht der Titel „Königreich Böhmen" oder „Kronland Böhmen" gebraucht, sondern nur von der „Provinz" Böhmen gesprochen werde. **37**, 45.

— Vuković klagt, daß das Kriegsministerium die staatsrechtliche Stellung Kroatiens gegenüber Ungarn verkenne und bei gewissen Verfügungen keine Rücksicht auf die kroatische Sprache, auf das kroatische Staatsrecht und das kroatische Nationalgefühl nehme. **38**, 313.

— Interpellation Vuković, betreffend die Nichtbeachtung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Kroatien und Ungarn und die Schreibung kroatischer Ortsnamen in Verfügungen des Kriegsministeriums. **38**, 198.
Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 388.

— Baernreither meint, daß die Anwendung des § 14 beim Abschlusse des Handelsvertragsprovisoriums mit Italien überflüssig war. **39**, 97.

— Antrag Tollinger, betreffend die Verantwortlichkeit des gemeinsamen Ministeriums. **39**, 121. (S. Anträge 22.)

— Zaffron erklärt, durch seine Anwesenheit in der Delegation den staatsrechtlichen Verhältnissen Dalmatiens nicht präjudizieren zu wollen und dadurch nicht von jener staatsrechtlichen Deklaration abzuweichen, welche die kroatischen Abgeordneten aus Dalmatien bei ihrem Eintritte in den Reichsrat abgeben. **40**, 26.

Staats- und verfassungsrechtliche Fragen.

— Djedujczycki erklärt, daß seine Partei die Durchführung einer Anleihe für die Militärkredite auf einem andern Wege, als durch den Beschluß des Parlaments für etwas absolut Unstatthaftes ansehe. **40**, 37.

— s. auch Delegation.

Staatsschuld.

Antrag des Berichterstatters Hock auf Aufhebung der Direktion derselben. (Angenommen.) **1**, 62.

— Kosten der Verwaltung und Kontrolle. **1**, 58—68.

— Antrag des Berichterstatters Hock bezüglich Reformen bei der Verwaltung. (Angenommen.) **1**, 64.

— Berichterstatter Hock erklärt, daß die Kosten der Verwaltung und Kontrolle nicht mehr im gemeinsamen Budget erscheinen. **1**, 277.

— Proteste auswärtiger Interessenten gegen die in Bezug auf die Verzinsung und Umsiftation der Staatsschuld ergriffenen Finanzmaßregeln. Rotbuch Nr. **2**.

Staatsverträge. Kompetenz des Reichsrates bezüglich derselben, s. Berliner Vertrag.

Stabilimento tecnico.

Schneider bemängelt es, daß im stabilimento tecnico viele Ausländer beschäftigt sind. **39**, 657.

— s. auch Flottenmaterial.

Stabsoffiziere.

Resolution des Berichterstatters Demel Johann, betreffend die Feststellung eines Status der Generale und Stabsoffiziere in Friedenszeiten. (Angenommen.) **1**, 115.
(Dem Verlangen wurde durch die Feststellung des Friedenstandes der Generalität entsprochen. Expose zum Budget 1869.)

— Begründung der Erhöhung des Friedenstandes der Generalität und Mitteilung über die neuen organischen Bestimmungen rücksichtlich des Generalstabes. — Expoze zum Budget 1872.

— Vermehrung der Generale um fünf Feldmarschallleutnante; diese werden den Korpskommanden zugeteilt, damit sie sich mit Rücksicht auf ihre Dienstesbestimmung im Kriege schon im Frieden mit den lokalen Verhältnissen der Korpsbereiche vertraut machen. Budget 1897.

— Kaftan wünscht, daß die Generalstabsoffiziere nach einer gewissen Zeit wieder auf einige Jahre zur Truppe zurückversetzt werden. **35**, 74.

— Lemisch wünscht die Vermeidung von Protektion bei den Zuweisungen zum Generalstab. Von Einschäden aus der Honved befürchtet er eine Benachteiligung der österreichischen Landwehr. **35**, 173.

— Km. Krieghammer verweist gegenüber dem Vorwurf, daß man in den Generalstab nur durch Protektion gelangen könne, auf die für die Zuteilung zum Generalstab bestehenden genauen Bestimmungen. **35**, 205.

— Systemisierung von 13 Stabsoffizieren des Armeestandes bei den Festungs- und Platzkommanden anstatt ebensovieler Stabsoffiziere des Ruhestandes. **36**, 131 (A. B.).

— s. auch Kavallerie.

Digitized by Google

Stahlbronze, s. Waffenwesen 2.

Stambulov, s. Bulgarien.

Stanislau, s. Militärunterkünfte.

Stankowitz, s. Schießstätten.

Statistik, s. Militärstatistik.

Steinfeld.

Präsident Gautsch teilt mit, daß für den 17. Februar 1904 eine Exkursion nach dem Steinfelde zu Schießversuchen mit den neuen Geschützen in Aussicht genommen sei. **39,** 412.

Stellungspflicht.

Salvadori wünscht eine Ergänzung des Wehrgesetzes in der Richtung, daß das Ministerium ermächtigt werden soll, in besonderen Fällen die Stellungspflicht auf ein oder zwei Jahre hinauszuschieben. **31,** 240.

Stellvertreterfonds.

Resolution des Berichterstatters Banhans betreffend die Feststellung des Vermögens des Stellvertreterfonds. (Angenommen.) **1,** 348.

— Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die unverzügliche Übergabe des Stellvertreterfonds in die Verwaltung des gemeinsamen Finanzministeriums. (Angenommen.) **3,** 182.

— Berichterstatter Banhans beantragt, die Kosten des außerordentlichen Erfordernisses für die Steigerung der Wehrkraft durch den Stellvertreterfonds zu decken. (Angenommen.) **3,** 399.

— Sturm wünscht, daß Überschreitungen beim Kriegsbudget durch Verpfändung von Effekten des Stellvertreterfonds und durch Erhöhung der Zölle zu decken seien. **3,** 18.

— Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die teilweise Deckung des Extraordinariums des Kriegsbudgets aus den frei verfügbaren Kapitalien des Stellvertreterfonds (Angenommen.) **3,** 571.

(Über die Art der Bedeckung des gemeinsamen Erfordernisses haben nur die beiderseitigen Legislativen zu entscheiden. Exposé zum Budget pro 1872.)

— Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die teilweise Deckung des Kriegsbudgets aus den frei verfügbaren Kapitalien des Stellvertreterfonds. (Angenommen.) **4,** 175.

— Nachdem mit Ende Juni 1874 sämtliche Stellvertreter des letzten Reengagierungsjahres (1866) in Abgang kommen sind im Jahre 1875 keine Gebühren mehr für Stellvertreter zu zahlen. Voranschlag über den Stellvertreterfonds pro 1875.

— Resolution des Berichterstatters Winterstein, betreffend die Verwendung der entbehrlichen Kapitalien des Militärstellvertreterfonds (angenommen) und Debatte darüber, ob der Stellvertreterfonds zur Bestreitung von Militärauslagen und namentlich zur Bestreitung von bleibenden außerordentlichen Anschaffungen im Kriegswesen herangezogen oder aber für Dienstesprämien an Unteroffiziere zu verwenden sei. **9,** 9—13.

(Redner: Berichterstatter Winterstein, Sturm, Hartung, Demel Johann, Frhr. Holzgethan.)

Stellvertreterfonds.

— Minoritätsantrag, betreffend die Heranziehung von Kapitalien des Militärstellvertreterfonds zur Bestreitung von Auslagen der Kriegsverwaltung. (Abgelehnt.) **9,** 161—178.

(Redner: Minoritätsberichterstatter Sturm, Winterstein, Herbst, Berichterstatter Klier, Giskra, Ruß, Frhr. Benedek, Coronini Franz.)

Stempel- und Taxgebühren.

Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Einstellung der Stempel- und Taxgebühren von in Betreff der Armeeausrüstung zu stande gekommenen Verträgen und Quittungen als Bedeckung in den gemeinsamen Voranschlag.

(Auf diese nicht gemeinsamen Angelegenheit kann das Kriegsministerium keinen Einfluß nehmen. Exposé zum Budget 1872.)

Sterblichkeit.

Oppenheimer führt die Zunahme der Sterblichkeit in der österreichischen Armee auf die mangelhafte Mannschaftskost zurück. **8,** 84.

— Demel Joh. findet die Gründe der so überaus ungünstigen Mortalitätsverhältnisse der Armee in der enormen Anstrengung der Mannschaft, in der mangelhaften Ernährung derselben, in dem mißlichen Stande der Kasernen und Unterkünfte in sanitärer Beziehung, in der schlechten Einrichtung unserer Spitäler und Marodenhäuser und in der sanitätswidrigen Bekleidung der Mannschaft. **11,** 87.

— Promber verweist darauf, daß das Sterblichkeitsverhältnis im Heere nicht ungünstig sei. **30,** 213.

— Km. Kriegshammer führt aus, daß die Sterblichkeitsziffer der österreichischen Armee von Jahr zu Jahr sich vermindere, sie betrage 3 Promille, während sie in Frankreich 5·5 Promille, in Bayern 4·3 Promille und in Italien 4·4 Promille ausmache. **33,** 167.

— Km. Kriegshammer führt aus, daß seit der Verbesserung der Mannschaftskost die Sterblichkeitsziffer von 12 auf 2 Promille gesunken sei. **37,** 198.

Steuerfragen.

Oppenheimer bespricht die Biersteuer, die nach Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn stipuliert werden soll. Diese würde, wenn sie je zur Wahrheit werden sollte, die Bevölkerung geradezu den Sozialisten in die Arme treiben und Zustände schaffen, wie sie heute in Italien vorhanden seien. Es werde für den Bürgerstand und die Arbeiter immer schwieriger, mit ihren Erwerbe und ihren Löhnen zu leben, wenn alle indirekten Steuern steigen. **34,** 46.

— Resolution Iro, betreffend die Abschreibung von 50 Prozent aller Staatssteuern der kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden während der Militärdienstzeit ihrer Söhne. (Abgelehnt.) **37,** 172.

Stiller Robert.

Interpellation Jaworski, betreffend die Disziplinarbehandlung des Militärbeamten Robert Stiller. **39,** 27.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39,** 432.

Stipendien, s. Militärbildungswesen, Sanitätswesen.

Stockholm, s. Diplomatische Auslagen. (Schweden.)

Digitized by Google

Straßenbau.

Petitionen des Straßenausschusses des Bezirkes Bruck an der Leitha um Entschädigung für die durch die Übungslagertruppen verursachte außerordentliche Straßenabnützung und Beschädigung. **5**, 209, **13**, 205, **14**, 210.

— Petition der Gemeindevorstehung Castua (Istrien) um Beitragsleistung des Militärärars zum Ausbaue der Straße Kiana – Buka **37**, 493.

Stromgebühren, Stromschnellen, s. Donauschiffahrt — Eisernes Tor.

Stubenrauch.

Petition des Reichsritter v. Stubenrauch, das Ministerium des Äußern wegen gesetzwidriger Verweigerung des Staatsschutzes zu belangen. **18**, 137.

Studentenverbindungen, s. Vereine.

Stuttgart, s. Diplomatische Auslagen. (Württemberg.)

Subkomitee.

Der Budgetausschuß wählt ein eigenes Subkomitee zur Beratung der Erfordernisse in den Titeln „Naturalienverpflegung", „Mannschaftskost" und „Monture und Bettenwesen". **39**, 437 und 481 (A. B.).

— Resolution des Berichterstatters Pergelt, betreffend die Einsetzung eines Subkomitees bei künftigen Tagungen der Delegationen zur nachdrücklichen Wahrung der Interessen der österreichischen Gesamtproduktion bei den Lieferungen für das Heer und die Kriegsmarine. (Angenommen.) **40**, 369.

Subsistenzzulagen für Offiziere und Beamte.

Die Kriegsverwaltung beantragt Subsistenzzulagen für die Leutnante, Oberleutnante und Hauptleute (Rittmeister) per 10 fl. monatlich und die Systemisierung eines Pferdeausschaffungs- und Ausrüstungsbeitrages von 600 fl. für neuernannte Majore. Begründung zum Budget 1886.

— Subsistenzbeitrag für Offiziere vom Hauptmann II. Klasse abwärts. **20**, 36.

— Resolution des Berichterstatters Mattuš, betreffend die Gewährung einer Subsistenzzulage an die Militärbeamten. (Angenommen.) **23**, 28.

(Bezüglich der jeweilig an Bord befindlichen Marinebeamten haben die beiderseitigen Regierungen der Einstellung der Subsistenzbeiträge in den Voranschlag pro 1889 zugestimmt. Budget pro 1889.)

— Subsistenzzulagen für die in Wien domizilierenden Beamten der IX. und X. Rangsklasse im Ministerium des Äußern, im gemeinsamen Finanzministerium und beim gemeinsamen Obersten Rechnungshofe.

Bericht (Berichterstatter Czedik) und Verhandlung. **31**, 82—85.

(Der Berichterstatter legt der gemeinsamen Regierung nahe, konform mit dem Vorgehen der österreichischen Regierung auch die Beamten der VIII. Rangsklasse einzubeziehen.)

— Pattai weist auf die Difformität hin, daß den Zivilbeamten Teuerungszulagen in der XI., X. und IX. Rangsklasse, den Militärbeamten und Offizieren aber bloß in der XI. und X. und in der IX. nur der unteren Gehaltsstufe bewilligt wurden. Er verlangt, daß im nächstjährigen Budget die Subsistenzzulage auch für die Hauptleute I. Klasse und die gleichgestellten Militärbeamten eingestellt werde. **31**, 269.

Subsistenzzulagen für Offiziere und Beamte.

— Lemisch fragt, ob nach der Gageregulierung seitens der Heeresverwaltung die Absicht bestehe, die Subsistenzbeiträge wieder einzuführen. **35**, 172.

Km. Krieghammer erklärt, daß vorläufig nach der Erhöhung der Gagen an eine Wiedereinführung eines Subsistenzbeitrages nicht gedacht sei. Doch können Teuerungsverhältnisse eintreten, welche dies unbedingt erfordern. **35**, 205.

— s. auch Teuerungszulagen.

Suezawa.

Wassilko Georg befürwortet den Wunsch der Gemeinde Suezawa nach Wiedererlangung einer Garnison. **38**, 229.

Südafrika.

Wolffhardt bezeichnet die Nichteinmischung der Monarchie in die Kapwirren als selbstverständlich, wünscht jedoch einen energischen Schutz österreichischer Staatsbürger gegen Übergriffe Englands. **35**, 409.

— Ausbruch der Feindseligkeiten in Südafrika. Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Mit England stehen wir auf dem Fuße alter, ungetrübter Freundschaft, an deren Fortbestand beiderseits mit gleicher Sorgfalt festgehalten wird. Strengste Neutralität anläßlich des Krieges zwischen England und den südafrikanischen Republiken. Deutschland übernimmt den Schutz der österreichischen Staatsangehörigen in Südafrika. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Es ist mit Zuversicht zu erwarten, daß die Konflagration in Südafrika keine gefährliche Rückwirkung auf die Beziehungen der Großmächte untereinander herbeiführen werde. — Sehnlicher Wunsch nach dem baldigen Abschlusse des Kriegszustandes. — Zurückweisung der Behauptungen von angeblichen Neutralitätsverletzungen seitens Österreich-Ungarns. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 14. Mai 1900.

— Hofmann Franz verlangt Maßregeln gegen die Anwerbung von Leuten in Galizien und Ungarn für englische Kriegsdienste in Südafrika. **35**, 413.

— Kaftan bezeichnet die Lieferung von Geschützen seitens einer österreichischen Firma für die englische Armee in Südafrika als Verletzung der Neutralität. **36**, 94.

— M. Ae. Goluchowski erklärt, eine Regierung könne nicht für Geschäfte verantwortlich gemacht werden, die sich zwischen Privaten abspielen, selbst wenn sich diese Geschäfte auf Artikel beziehen, die zur Kriegskonterbande gehören. **36**, 97.

— Frage der Vermittlung im südafrikanischen Kriege. — Die englische Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie eine Intervention nicht zulassen könne, und eine aufgezwungene Intervention hätte leicht zu weitgehenden Komplikationen zwischen europäischen Mächten führen können. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse 7. Mai 1902.

— Interpellation Iro, betreffend den Bruch der Neutralität Österreichs gegenüber den Buren durch Lieferung von Waffen und sonstiger Konterbande an England. **37**, 9.

Beantwortet vom M. Ae. Goluchowski. **37**, 311.

Digitized by Google

Südafrika.

— M. Ae. Gołuchowski gibt zu, daß während des Burenkrieges Pferdeeinkäufe in Ungarn erfolgt sind, aber nicht durch eine englische Kommission, sondern durch einfache Pferdehändler. Die Regierung sei aber nicht berechtigt, dies zu verhindern. Auch sei gar nicht erwiesen, ob Pferde Kriegskontrebande sind. Er erklärt es auch als nicht zutreffend, daß während des Burenkrieges die Fabrik Skoda Waffen an England geliefert habe. **37**, 311.

— Wolf bemängelt es, daß, trotzdem Österreich die Neutralität im Kampfe zwischen Buren und England einzuhalten hatte, Tausende von Pferden aus Ungarn und Kanonen von Skoda in Pilsen an England geliefert wurden. **37**, 229.

— Interpellation Kleewein, betreffend die Pferdeankäufe Englands in Österreich-Ungarn, eventuell Erlassung eines Pferdeausfuhrverbotes. **38**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **38**, 17.

— Interpellation Bukovič, betreffend die Entschädigung der im Juli 1900 aus Transvaal ausgewiesenen österreichischen Staatsangehörigen. **38**, 8.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **38**, 16.

— Stein hätte gewünscht, daß Graf Gołuchowski es versucht hätte, im südafrikanischen Kriege zu vermitteln. Er sei überzeugt, daß eine solche Intervention erfolgt wäre, wenn der Burenfreistaat keine Republik wäre. Die Art der Kriegführung der Engländer sei nicht nur eine inhumane, sondern müsse als verbrecherisch bezeichnet werden. **38**, 114.

— Berichterstatter Bacquehem verweist demgegenüber darauf, daß zum Beispiel auch im Deutschen Reiche die öffentliche Meinung sich in mächtiger Weise zu Gunsten der heldenmütig für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Buren gestaltet und die deutsche Regierung beinahe zu einer Intervention gedrängt habe. Allein die deutsche Regierung widerstand diesem Drängen. Deutschland hatte seine großen internationalen Interessen im Auge, die ihm eine Nichteinmischung zur Pflicht machten. **38**, 163.

— Bukovič führt über das Vorgehen der Engländer gegen die österreichischen Staatsangehörigen in Transvaal Beschwerde. **38**, 138.

— Kleewein wünscht, daß die englische Regierung beim Wiederaufbau der Farmen und der Rückberufung der verbannten Buren das wieder gut mache, was sie durch die harte Kriegführung an dem edlen Burenvolke verbrochen habe. **38**, 350.

— Stein klagt darüber, daß durch einen Reservatbefehl den Einjährig-Freiwilligen verboten worden sei, einem Vortrage des Burenarztes Dr. Albrecht über seine Erfahrungen im Burenkriege beizuwohnen. **38**, 357.

— Interpellation Stein, betreffend die fortgesetzten Pferdetransporte nach Südafrika. **38**, 69.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **38**, 552.

— Präsident Baernreither gibt in seiner Schlußrede der Befriedigung darüber Ausdruck, daß gerade während der Tagung der Delegation ein aus Rücksichten der Menschlichkeit allgemein ersehnter Friedensschluß im Burenkriege zu stande gekommen ist, welcher den allgemeinen Friedenszustand der Welt wesentlich befestigt und manche fühlbare Hindernisse der wirtschaftlichen Entfaltung beseitigt hat. **38**, 559.

Südafrika.

— Interpellation Biankini, betreffend die den kroatischen Emigranten in Transvaal seitens der englischen Behörden verweigerte Entschädigung. **39**, 15.

Beantwortet vom M. Ae. Gołuchowski. **39**, 82.

Südamerika, s. Schiffsverbindung.

Süddeutscher Bund.

Rechbauer erblickt in der Gründung eines Süddeutschen Bundes eine Schädigung und Gefahr für Österreich. **2**, 18.

— Sturm wünscht die Errichtung des Süddeutschen Bundes. **2**, 27.

— Österreich nimmt demselben gegenüber eine neutrale Haltung ein. Rotbuch Nr. 3.

— Freundnachbarliches Verhältnis Österreichs zu den Süddeutschen Staaten. Rotbuch Nr. 2.

Südmark.

Hinterhuber stellt an den Kriegsminister eine Anfrage mit Bezug auf die Nachricht, daß der Besuch einer Festvorstellung zu Gunsten des Vereines „Südmark" allen Militärpersonen in Klagenfurt bei Strafe von 30 Tagen Arrest verboten worden sei. **36**, 193.

— Km. Krieghammer gibt Auskunft darüber. **36**, 200.

— Interpellation Wolf, betreffend das Vorgehen der Militärbehörde gegen den Verein „Südmark". **37**, 107.

— Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 489.

Suez.

Berichterstatter Steffens beantragt anläßlich der Eröffnung des Suezkanales die Entsendung eines Kriegsschiffes in das Rote Meer. (Angenommen.) **2**, 233.

— Erhöhung der Schiffahrtsgebühren durch die Suezkanalgesellschaft (1872). Zusammentritt einer internationalen Kommission in Konstantinopel zur Festsetzung eines einheitlichen Systems der Schiffszeichnung und der Tonnengehaltsbestimmung und zur Lösung der Suezkanal-Gebührenfrage. Gerichtsstand der Suezkanalgesellschaft. Rotbuch Nr. 8.

— s. auch Konsulate.

Sukzessionsfähigkeit der österreichisch-ungarischen Untertanen, s. Türkei.

Sulinakommission, s. London.

Superarbitrierung.

Petition des pensionierten Oberleutnants Wuch um Untersuchung wegen gegen ihn gesetzwidrig verfügter Superarbitrierung. **4**, 241.

Supernumeräre.

Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Einbringung der Supernumeräre in den organisierten Stand der Armee. (Angenommen.) **3**, 205.

(Die Heeresverwaltung ist stets bemüht, den Stand der Supernumeräre zu verringern. Exposé zum Budget 1872.)

— Verminderung derselben. Exposé zum Budget 1870.

— beim Landheere. Verringerung der Zahl und der Kosten derselben. **1**, 196.

Digitized by Google

Supernumeräre.

— bei der Marine. Resolution des Berichterstatters Vidulich, betreffend die Neuuystemisierung oder eventuelle Pensionierung derselben. (Angenommen.) **1**, 307.

— Gebühren der Supernumeräten aus den Kriegsjahren und infolge der durchgeführten Heeresorganisation. **4**, 172.

— Gebührenerhöhung infolge der durchgeführten Heeresorganisation und der Grenzreformen. **10**, 54.

— Gebühren der Überzähligen infolge der durchgeführten Heeresorganisation und der Grenzreformen. Außerordentliches Heeresersorderuis 1880 und 1881.

— ſ. auch Gagen, Virement.

Surabaya, ſ. Konſulate.

Sydney, ſ. Konſulate.

Syria, ſ. Konſulate.

Syrien, ſ. Türkei 3.

T.

Tacoli, ſ. Duellweſen.

Tábris, ſ. Konſulate.

Tagliofluß, ſ. Flußregulierungen.

Tampico, ſ. Konſulate.

Tanger, ſ. Konſulate.

Tarife, ſ. Eiſenbahnen.

Tarvis, ſ. Militärunterkünfte 1.

Technische Beiräte, ſ. Attachés.

Tegetthoff.

Gnadengehalt für die Mutter des verſtorbenen Vizeadmirals Tegetthoff. **4**, 47, 49.

— Berichterſtatter Wallerſtorf und Präſident Schmerling widmen dem verſtorbenen Vizeadmiral Tegetthoff Worte der Anerkennung. **4**, 180.

— Beileidskundgebung der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika anläßlich des Ablebens Tegetthoffs. Notbuch Nr. 5.

— ſ. auch Nachrufe.

Teheran, ſ. Cholera, diplomatiſche Auslagen (Perſien), Konſulate.

Telegraphenweſen.

Übereinkommen bezüglich des Telegraphenweſens mit Frankreich, Italien, Schweiz, Serbien, Türkei. Notbuch Nr. 1.

— Organiſation des Feldtelegraphen. Es wird die Errichtung eines eigenen Telegraphenbureau beabſichtigt und wurde als Chef ein Fachmann in Ausſicht genommen, für welchen die Gebühr der V. Diätenklaſſe eingeſtellt wird. Begründung des Heeresordinariums pro 1876.

Temesvar, ſ. Feſtungswerke 3., Militärzinstarif.

Teodo.

Kaftan meint, daß Teodo vermöge der ungünſtigen, ſanitären Verhältniſſe nicht geeignet ſei zur Anlage einer Marineſtation. **31**, 65.

— ſ. auch Feſtungswerke 2.

Teplitz-Schönau, ſ. Militärſanitätsweſen 2.

Territorialbezirke, ſ. Kommanden.

Territorialdivisionen.

Reſolution der ungariſchen Delegation, betreffend die Grundſätze über die Errichtung von auf die Ergänzungsbezirke baſierten Territorialdivisionen. **3**, 562.

— Vermehrung derſelben anläßlich der Durchführung der Territorialbezirke. **4**, 51, 87—92.

Teſchen, ſ. Militärzinstarif.

Teuerungszulagen.

Nachtragskredit pro 1873 behufs Beteilung der in Wien domizilierenden Beamten und Diener des Miniſteriums des Äußern, des gemeinſamen Finanzminiſteriums und des Oberſten Rechnungshofes mit Teuerungsbeiträgen. **5**, 6, 41.

— Petition der penſionierten Stabs- und Oberoffiziere in Troppau um Bewilligung eines Teuerungsbeitrages. **5**, 197.

— Gewährung von Teuerungszulagen an Militärbeamte. **5**, 248.

— Nachtragskredite für das Jahr 1873 behufs Beteilung der in Wien domizilierenden Beamten und Diener des Kriegsminiſteriums, des Reichsfinanzminiſteriums und des Oberſten Rechnungshofes, ferner der Gagiſten und der Mannſchaft der Garniſon Wien und endlich der im Gagebezug ſtehenden Perſonen der Kriegsmarine der Station Wien mit Subſiſtenzbeiträgen, anläßlich der durch die Weltausſtellung bedingten Teuerung. **6**, 6, 10, 14.

— Nachtragskredit aus Anlaß der den Gagiſten und der Mannſchaft der Garniſon Budapeſt für die Dauer der Landesausſtellung (1. Mai bis 31. Oktober 1885) bewilligten Teuerungszulagen. Begründung des Budget 1886.

— ſ. auch Subſiſtenzzulagen.

Thereſienſtadt, ſ. Feſtungswerke 3, Militärjuſtiz.

Thoman.

Von China zu leiſtende Indemnität für die Witwe des Fregattenkapitäns v. Thoman. **38**, 92 (A. B.).

Tientſin, ſ. Konſulate.

Tierarzneiweſen, ſ. Veterinärweſen.

Tiflis, ſ. Konſulate.

Digitized by Google

Tirol.

Grenter spricht der Heeresverwaltung für die dem Lande Tirol anläßlich der Elementarereignisse erwiesene Hilfe den Dank aus. **17**, 76.

— Aktivierung des 8. Infanterietruppen-Divisionskommandos für Tirol. **25**, 79 (A. B.).

— s. auch Auswanderungswesen.

Tiroler Kaiserjäger.

Km. Krieghammer tritt der Forderung entgegen, daß bei den Tiroler Kaiserjägern nur Tiroler als Offiziere dienen dürften und daß kein Tiroler von dort wegtransferiert werde. Hinsichtlich der Mannschaft bestehe allerdings die gesetzliche Bestimmung, daß kein Tiroler außerhalb der Tiroler Kaiserjäger eingereiht werden darf. Bezüglich der Offiziere aber hat die Kriegsverwaltung freie Verfügung. **35**, 204.

Tokio, s. Attachés (Militärattachés), Diplomatische Auslagen (Japan).

Tonnengehaltsbestimmung, s. Suez.

Torpedo, s. Flottenmaterial, Waffenwesen 3.

Trainwesen,

Reformen im Trainwesen. Begründung zum Voranschlage des Kriegsministeriums pro 1880 und **13**, 89 (A. B.), 174.

— Neuorganisation des Militärfuhrwesens. Heeresordinarium 1881 und **13**, 91 (A. B.).

— Vermehrung der Trainetruppe um 2 Traineskadronen und zwei Parkkadres für das 14. und 15. Korps. Begründung zum Budget 1883 und **17**, 10, 27 (A. B.).

— Bedeutende Vermehrung der Traintruppe und Bewaffnung mit Karabinern. **27**, 75 (A. B.).

— Aufstellung von drei neuen Traineskadronen. Budget 1902.

Transvaal, s. Südafrika.

Trentino, s. Auswanderungswesen.

Trient.

Conci ersucht die Kriegsverwaltung, von der Verwendung des Castello del buon consiglio als Kaserne mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Erhaltung dieses historischen Denkmales abzusehen. **38**, 321.

— s. auch Festungswerke 3, Militärexzesse.

Triest.

Gesmann betont die Notwendigkeit der zweiten Eisenbahnverbindung mit Triest und der Ausgestaltung des Triester Hafens. **35**, 421.

— s. auch Militärsanitätswesen, -unterkünfte, -zinstarife.

Truppenunterkünfte, s. Militärunterkünfte.

Türkei.*)

(1. Historisches und Allgemeines. — 2. Krieg mit Serbien und Montenegro. — 3. Krieg mit Rußland. — 4. Armenische Frage. — 5. Krieg mit Griechenland [Kretensische Frage]. — 6. Macedonische Frage.)

1. Historisches und Allgemeines.

Aufstand der Kandioten. Verbesserung des Loses der christlichen Bevölkerung. Rotbuch Nr. 1.

— Möglichst freundschaftliche Beziehungen zwischen Österreich und der Türkei. Rotbuch Nr. 2.

— Konflikt mit Deutschland. Rotbuch Nr. 3.

— Konflikt zwischen der Türkei und Ägypten und zwischen der Türkei und Montenegro. Rotbuch Nr. 4.

— Reichskanzler Beust betont, daß die guten Beziehungen der Türkei zu Österreich-Ungarn zu den Traditionen der Monarchie gehören. **4**, 19.

— Resolution des Berichterstatters Schaup, betreffend die Aufhebung der Beschränkungen, denen die Sukzessionsfähigkeit der österreichisch-ungarischen Untertanen in der Türkei unterworfen ist. **7**, 13.

— Österreich und die übrigen Signatarmächte geben ihre Zustimmung zur Ernennung Rustem Paschas zum Generalgouverneur des Libanon mit zehnjähriger Funktionsdauer (1873). Rotbuch Nr. 8.

— Ferman, betreffend die Reform der Justiz und Verwaltung im ganzen osmanischen Reiche. Rotbuch vom Jahre 1875.

— Ministerverschwörung. Entthronung und Verhaftung des Sultans Abdul-Aziz. Prinz Murad wird zum Sultan ausgerufen. Seine Anerkennung durch die Mächte. Tod Abdul-Aziz. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Unruhen in der Türkei. Über Begehren der bewaffneten Softas werden der Schéich-ul-Islam und der Großwesir vom Sultan abgesetzt. Entsendung österreichisch-ungarischer Kriegsschiffe nach Salonichi, Konstantinopel, Smyrna. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Sultan Murad wird wegen Geistesstörung regierungsunfähig erklärt. Thronbesteigung Abdul-Hamid II. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Beratungen wegen Einführung einer Konstitution. Verschwörung hoher geistlicher Würdenträger zur Verhinderung dieser Absicht. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Verfassungsentwurf für das osmanische Reich. Rotbuch vom Jahre 1876, Anhang.

— Promulgation der Verfassung. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Unruhen in Salonichi. Ermordung des französischen und des deutschen Konsuls. Entsendung eines österreichisch-ungarischen Kriegsschiffes nach Salonichi. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Österreich lenkt die Aufmerksamkeit der Pforte auf die Vegationen der Miriditenstämme durch die türkischen Behörden. Rotbuch vom Jahre 1876/77.

*) Diese Rubrik bildet eine Ergänzung der Rubrik „Orientalische Frage".

Digitized by Google

Türkei.

1. Historisches und Allgemeines.

— Parlamentseröffnung in Konstantinopel. Rotbuch vom Jahre 1877.

Das türkische Parlament spricht sich gegen jede territoriale Konzession an Montenegro aus. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Rumänien protestiert gegen mehrere Artikel der türkischen Verfassung, in denen von Rumänien als einer türkischen Provinz gehandelt werde. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Österreich verwendet sich bei der Pforte dahin, daß eine Beschießung offener Städte in Rumänien unterbleibe. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Verhandlungen zwischen der Türkei und dem Schweizer Bundesrat in Betreff der Ersetzung des roten Kreuzes durch den roten Halbmond für die türkischen Ambulanzen im russisch-türkischen Kriege. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Debatte über die Lage der Türkei und die Politik Österreich-Ungarns und Rußlands in der Türkei anläßlich der Verhandlung über den 60 Millionen-Kredit und einer Interpellationsbeantwortung des M. Ae. Andrássy über den Friedensvertrag von San Stefano. **10**, 77—173, 227.

— Hübner Alexander bezeichnet es als fraglich, ob die Pforte im stande sein werde, die durch den Berliner Vertrag übernommenen Reformen zu verwirklichen. **12**, 28.

— Übereinkommen wegen provisorischer Besetzung von Ada-Kalé durch österreichisch-ungarische Truppen. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Aufstand in Djakova, Meuterei der türkischen Truppen, Ermordung des Marschalls Mehemed Ali Pascha und seines Gefolges. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Europäische Kommission zur Erhebung und Linderung des Notstandes im Rhodopegebiete. Der österreichische Kommissär Oberst v. Raab wird zum Vorsitzenden gewählt. Die muselmanischen Flüchtlinge klagen über Grausamkeiten der russischen Soldaten. Differenzen mit dem russischen Kommissionsmitglied. Ergebnisse der Kommission. Rotbuch vom Jahre 1878.

— M. Ae. Andrássy erklärt, daß das Verhältnis zur Türkei seit der letzten Delegationssession ein noch besseres geworden sei, was sich durch die korrekte Haltung der osmanischen Truppen im Sandschak und durch das prinzipielle Zugeständnis der Eisenbahnanschlüsse seitens der Pforte erhärten lasse. **15**, 39 (A. B.).

— Verhandlungen über den Vorschlag Englands wegen Besetzung Smyrnas durch die vereinigte Flotte der Großmächte, um die Türkei zur beschleunigten Durchführung mehrerer Bestimmungen des Berliner Vertrages zu zwingen. Österreich lehnt die Beteiligung ab. Rotbuch vom Jahre 1880.

— Russisch-türkisches Abkommen bezüglich der Durchlassung der Schiffe der russischen Kreuzerflotte durch die Dardanellen. — M. Ae. Kálnoky im Ausschusse der ungarischen Delegation, 14. November 1891 und im Budgetausschusse, 16. November 1891.

Türkei.

1. Historisches und Allgemeines.

— Bezüglich eines Handelsvertrages mit der Türkei wird schon sehr lange verhandelt, ohne daß es bisher zu einem definitiven Abschlusse gekommen wäre. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 16. November 1891.

— Dank der Klugheit des Sultans ist es gelungen, die Streitfrage über den Durchlaß von Schiffen der russischen Kreuzerflotte durch die Dardanellen zu lösen und haben die Mächte die Fortdauer der vertragsmäßigen Zustände bezüglich der Schließung der Dardanellen für Kriegsschiffe konstatiert. **27**, 22 (A. B.).

— Konflikt zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn. Gewährung voller Genugtuung seitens der Pforte. Die grobe Verletzung unserer Konsularrechte, die Beschimpfung unserer Flagge und die systematische Ignorierung sehr gerechter Reklamationen, welche die unter unserem Schutze stehende Orient-Gesellschaft seit Jahr und Tag verfolgt, zwangen uns, mit rücksichtsloser Energie aufzutreten, um eine eklatante Satisfaktion zu erlangen. Es mußte der in der Türkei so beliebten Verschleppungstaktik einmal ein Ende gemacht und ihr die Erkenntnis beigebracht werden, daß unsere Geduld und unsere Langmut gewisse Grenzen haben, über die hinaus nicht gestindigt werden darf. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— In der Türkei ist in letzter Zeit ein sichtliches Bestreben wahrnehmbar, die Gegensätze, die das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten in diesem Reiche oft zu stören drohen, nach Tunlichkeit auszugleichen. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 2. Dezember 1899.

— Wolfskardt wünscht, daß das österreichische Postwesen in der Türkei in freigebiger Weise ausgestaltet werde. **35**, 408.

— Lösung der Frage der Handels- und Konsularkonvention der Türkei mit Griechenland durch einen Schiedsspruch der Botschafterkonferenz in Konstantinopel. — Exposé des M. Ae. Gołuchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 22. Mai 1901.

2. Krieg mit Serbien und Montenegro.

Vermittlung Österreichs zwischen Fürst Nikolaus von Montenegro und der Pforte. Rotbuch Nr. 1.

— Mahnung der Mächte in Bezug auf das Verhalten Serbiens gegen die Türkei. Rotbuch Nr. 1.

— Zurückziehung der türkischen Garnisonen aus den Festungen Serbiens. Rotbuch Nr. 1.

— Konflikt zwischen der Türkei und Montenegro. Rotbuch Nr. 4.

— Gemetzel in Podgorizza und hieran sich knüpfende Verhandlungen mit der Türkei und Montenegro. Rotbuch vom Jahre 1874/75.

— Kriegsgelüste in Serbien anläßlich des Aufstandes in der Hercegovina. Graf Andrássy richtet an den Fürsten Milan eindringliche Mahnungen im Sinne der Friedenserhaltung. Serbische Truppenkonzentrationen an der

Digitized by Google

Türkei.

2. Krieg mit Serbien und Montenegro.

türkischen Grenze. Die Mächte erklären sich der Garantie gegen eine Okkupation Serbiens durch die Türkei enthoben, wenn ersteres sich Feindseligkeiten gegen die Türkei zu schulden kommen ließe. Rotbuch vom Jahre 1875.

— Friedenserklärungen, aber fortgesetzte Kriegsrüstungen Serbiens. Ultimatum an die Türkei. Fürst Milan verlangt Unterstellung Bosniens unter serbische, der Hercegovina unter montenegrinische Administration. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Der Stamm Kuči macht gemeinsame Sache mit Montenegro gegen die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Memorandum des Fürsten von Montenegro an den Grafen Andrássy über die Notwendigkeit des Eingreifens Europas zum Schutze der Christen in den Balkanländern gegen die Türken. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Beginn der Feindseligkeiten Serbiens gegen die Türkei. Zwei Donaumonitore erhalten Befehl, zum Schutze der Österreicher in Serbien sich gegenüber Belgrad auf österreichischem Gebiete aufzustellen. Bei Šabac wird eine Division auf Friedensfuß als Beobachtungskorps aufgestellt. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Fürst Milan ersucht die Signatarmächte um ihre Vermittlung zur Herstellung des Friedens mit der Türkei. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Kriegserklärung Montenegros an die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Serbien und Montenegro eröffnen den Krieg gegen die Türkei. Die Mächte beschließen Nichtintervention. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Bei der Reichstädter Begegnung wird die Nichtintervention Österreichs und Rußlands in dem Kriege Serbiens und Montenegros gegen die Türkei beschlossen. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Neutralität der Donau in dem Kriege der Türkei gegen Serbien und Montenegro. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Beteiligung russischer Offiziere und Freiwilliger an dem Kriege Serbiens gegen die Türkei. England macht hierüber der russischen Regierung Vorstellungen. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Rußland schlägt die Besetzung Bulgariens durch russische, Bosniens durch österreichische Truppen unter gleichzeitigem Erscheinen der Flotten der Großmächte im Bosporus vor, um die Pforte zur Annahme der von den Mächten empfohlenen Friedensbedingungen im serbisch-türkischen Kriege zu zwingen und Massakres vorzubeugen. Dieser Vorschlag wird von Österreich abgelehnt. Rotbuch vom Jahre 1876.

— England warnt die Türkei vor Fortsetzung der Grausamkeiten gegen Bulgaren und Serben und mahnt zur Kriegführung nach europäischer Art. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Kaiser Alexander erklärt dem englischen Botschafter, er verpfände sein Ehrenwort, daß er nicht die Absicht habe, den Besitz von Konstantinopel zu erwerben und daß,

Türkei.

2. Krieg mit Serbien und Montenegro.

wenn die Notwendigkeit ihn zwingen würde, einen Teil von Bulgarien zu besetzen, dies nur provisorisch geschehe, bis der Friede und die Sicherheit der christlichen Bevölkerung gewährleistet sind. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Österreich sperrt als Neutraler im serbisch-türkischen Kriege den Hafen von Kiel gegen Kriegskonterbande. Die Türkei protestiert mit dem Hinweis, daß der Hafen türkischer Besitz sei. Österreich weist den Protest zurück, da es sich um österreichische Gewässer handle. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Fürst Nikolaus schließt sich dem Ersuchen des Fürsten Milan um Vermittlung der Signatarmächte zur Herstellung des Friedens mit der Türkei an. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Verhandlungen mit den Mächten, die auf einen Waffenstillstand mit Serbien und Montenegro drängen. Auf ein Ultimatum Rußlands hin willigt die Türkei in einen zweimonatlichen Waffenstillstand, der später verlängert wird. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Vorschläge auf Gebietserweiterung für Montenegro auf der europäischen Konferenz zu Konstantinopel. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Fürst Nikolaus wünscht, die Friedensverhandlungen mit der Türkei in Wien zu führen. Die Pforte besteht auf Konstantinopel als Verhandlungsort. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Österreich remonstriert bei der Pforte gegen eine Invasion serbischen Gebietes durch türkische Truppen. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Das türkische Parlament spricht sich gegen jede territoriale Konzession an Montenegro aus. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Die Pforte lädt die Fürsten von Serbien und Montenegro ein, mit ihr direkt in Friedensverhandlungen einzutreten. Friedensschluß mit Serbien. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Österreich erklärt, es würde in der Abtretung der Žubci oder der Sutorina seitens der Türkei an Montenegro eine Provokation Österreich-Ungarns erblicken. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Scheitern der Friedensunterhandlungen mit Montenegro. Ablauf des Waffenstillstandes. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Neuerliche Kriegserklärung Serbiens an die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Proklamation der Türkei an die Bewohner Serbiens, worin denselben die Absetzung des Fürsten Milan angekündigt wird. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Verhandlungen über die Abtretung von Dulcigno seitens der Türkei an Montenegro. Rotbuch vom Jahre 1880.

— Verhandlungen über eine Flottendemonstration der Großmächte in Dulcigno gegen die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1880.

Digitized by Google

Türkei.

2. Krieg mit Serbien und Montenegro.

— Verhandlungen bezüglich der türkisch-montenegrinischen Grenze (Artikel XXVIII des Berliner Vertrages). Rotbücher der Jahre 1879—1881; **13**, 48; **14**, 25 (A. B.).

3. Krieg mit Rußland.

Aufstand in Bulgarien gegen die türkische Herrschaft. Unterdrückung des Aufstandes, Greueltaten der Baschibozuks und Tscherkessen. Rotbuch vom Jahre 1876.

— General Ignatiew legt der europäischen Konferenz in Konstantinopel einen Organisationsentwurf für Bulgarien vor. Rotbuch vom Jahre 1876, Anhang.

— Die griechische Bevölkerung des Sandjak von Philippopel protestiert gegen die Einbeziehung dieses Bezirkes in den politischen Begriff „Bulgarien". Rotbuch vom Jahre 1876.

— Die von England vorgeschlagene europäische Konferenz zur Festsetzung der Friedensbedingungen und Pazifizierung des Orients tritt in Konstantinopel zusammen. Rotbuch vom Jahre 1876.

— Blockade der russischen Häfen im Schwarzen Meere durch die Türkei. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Das Seekriegsrecht im russisch-türkischen Kriege. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Österreich begehrt die Wahrung der freien Schiffahrt auf der Donau während des russisch-türkischen Krieges und protestiert gegen völkerrechtswidrige Verfügungen der Türkei. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Europäische Konferenz zu Konstantinopel zur Pazifizierung des Orients. Protokolle der Vorkonferenz. Rotbuch vom Jahre 1876, Anhang und Protokolle der Konferenz. Rotbuch vom Jahre 1877, Anhang.

— Verhängung des Belagerungszustandes über Konstantinopel. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Da Syrien infolge des russisch-türkischen Krieges von türkischen Truppen entblößt ist, wenden sich die Christen in Syrien an die Konsuln der Mächte um Schutz gegen die Räuberbanden der Nasairier. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Londoner Protokoll vom 31. März 1877, in welchem über Vorschlag Rußlands die in der Konstantinopeler Konferenz vertretenen Mächte, mit Ausschluß der Türkei, ihre Stellungnahme gegenüber der letzteren für den Fall präzisieren, als das Los der christlichen Völker des osmanischen Reiches nicht gebessert werden sollte. Zusatzerklärung des Grafen Schuwalow über die Bedingungen, unter denen Rußland zu Abrüstungsverhandlungen mit der Türkei bereit wäre. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Protokolle der europäischen Konferenz zu Konstantinopel: Vorkonferenz. Rotbuch vom Jahre 1876, Anhang; Konferenz. Rotbuch vom Jahre 1877, Anhang.

— Die Türkei verwirft von den Vorschlägen der Konferenz die Einsetzung einer internationalen Überwachungskommission und den Grundsatz, daß die Ernennung der Balis nur mit Zustimmung der Mächte zu erfolgen hätte. Die Konferenz wird daraufhin als resultatlos geschlossen. Rotbuch vom Jahre 1877.

Türkei.

3. Krieg mit Rußland.

— Die Türkei verwahrt sich gegen ihren Ausschluß von den Londoner Beratungen und weist das Londoner Protokoll sowie die russische Zusatzerklärung als demütigend zurück. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Rußland bricht die diplomatischen Beziehungen mit der Türkei ab und erklärt den Krieg. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Proklamation des Kaisers Alexander an die Bewohner Bulgariens im russisch-türkischen Kriege. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Enzyklika des griechischen Patriarchen, welche die Gläubigen seiner Konfession zur treuen Unterstützung der Regierung des Sultans in dem Verteidigungskampfe gegen Rußland auffordert und insbesondere das von Rußland proklamierte Kriegsmotiv des Christenschutzes zurückweist. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Die Türkei protestiert gegen Verletzungen des Völkerrechts, welche Rußland begangen habe, indem es türkische Handelsschiffe, die keinen Widerstand leisteten, samt der Bemannung habe in die Luft sprengen lassen. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Die Pforte erklärt sich bereit, die Vermittlung der Mächte zur Beendigung des Krieges mit Rußland anzurufen. Rotbuch vom Jahre 1877.

— Die Pforte wendet sich mit der Bitte um Frieden an Rußland. Abschluß des Waffenstillstandes zu Adrianopel. Präliminarfriede von San Stefano. Rotbuch vom Jahre 1878.

— Debatte über die Absichten Rußlands und das Verhalten Österreich-Ungarns anläßlich des russisch-türkischen Krieges. **10**, 9—23.

— Interpellation Grocholski, betreffend den Abschluß eines russisch-türkischen Spezialvertrages. **11**, 12. Beantwortet vom M. Re. Andrássy. **11**, 51.

4. Armenische Frage.

Reformaktion Englands, Frankreichs und Rußlands. Gründe der Nichtbeteiligung Österreich-Ungarns. — Die Reformen wurden bewilligt, sie blieben aber ein toter Buchstabe; dagegen entfesselte schon ihre Ankündigung den muselmanischen Fanatismus und dies führte in letzter Analyse jene Greueltaten und Schreckensszenen herbei, die einen Schandfleck in der Geschichte des 19. Jahrhunderts bilden werden. Die Fürsorge des Sultans für seine Völker vermochte nichts dagegen; die besten Absichten des Großherrn scheiterten an dem unbesiegbaren Widerstand der vielfach korrupten türkischen Verwaltung. — Der Erkenntnis der Gefahr einer allgemeinen Konflagration konnte sich das k. und k. Kabinet, welches bis dahin die strengste Zurückhaltung beobachtet hatte, nicht mehr verschließen und seiner Initiative, sowie der Friedensliebe der anderen Mächte ist es zuzuschreiben, daß die Frage ihren akuten Charakter sehr bald verloren hat. — Die Türkei möge ihre Erkenntlichkeit dadurch betätigen, daß sie sich, soweit es in ihren Kräften liegt, um die Herbeiführung erträglicher Zustände in ihren Provinzen loyal und aufrichtig bemüht. — Besonders muß sie den Metzeleien,

Digitized by Google

Türkei.

4. Armenische Frage.

gewaltsamen Bekehrungen und Christenverfolgungen Einhalt tun und sowohl in den asiatischen als auch in den europäischen Gebietsteilen alle jene Vorkehrungen treffen, die das Vertrauen Europas in ihre Lebensfähigkeit rechtfertigen können. Sonst wird sie sich dem Niedergange immer mehr nähern, vor dem schließlich ihre besten Freunde — und zu diesen gehören gewiß auch wir — nicht mehr im stande sein werden, sie zu schützen. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

5. Krieg mit Griechenland (Kretensische Frage.)

Aufstand der Kandioten. Verbesserung des Loses der christlichen Bevölkerung. Rotbuch Nr. 1.

— Konflikt mit der Türkei. Rotbuch Nr. 3.

— Reformwünsche der christlichen Kretenser. Rotbuch vom Jahre 1876, Anhang.

— Verhandlungen bezüglich der Rektifikation der griechisch-türkischen Grenze (Artikel XXIV des Berliner Vertrages). Rotbücher der Jahre 1878 bis 1881.

— Protokolle der europäischen Botschafterkonferenz zu Berlin in Angelegenheit der griechisch-türkischen Grenzrektifikation. Rotbuch vom Jahre 1880.

— Grenzregulierung (türkisch-griechische Grenzfrage). **13**, 48; **14**, 25 (R. B.).

— Berichterstatter Plener Ernst und Hübner heben die Verdienste Haymerles um die Lösung der türkisch-griechischen Grenzfrage hervor. **14**, 11—15.

— Bemühungen Österreichs, ein besseres Verhältnis zwischen Konstantinopel und Athen herzustellen. — Postfrage. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. Juni 1888.

— Kretensische Frage. Die kretensischen Komites; korrektes Verhalten der griechischen Regierung; Anwendung der Haleppakonvention. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Kretensische Frage. Vorschlag Österreich-Ungarns auf Blockade der Insel. Widerspruch Englands. Vorschlag Deutschlands auf Blockade der griechischen Häfen. Abermalige Bedenken Englands. Ausschiffung griechischer Truppen auf Kreta. Griechisch-türkischer Krieg. (S. auch Griechenland.) — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Kretensische Frage. — Blockade und Beschlagnahme Kretas durch gemischte Truppenkontingente der europäischen Mächte. Proklamation der Admirale. Regelung der Verwaltung auf Kreta. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Ausbruch des griechisch-türkischen Krieges anläßlich der kretensischen Frage. — Niederlage Griechenlands. Friedensschluß unter Intervention der Mächte. Friedensbedingungen. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

Türkei.

5. Krieg mit Griechenland (Kretensische Frage.)

— Einsetzung einer internationalen Finanzkontrolle der für den Schuldendienst bestimmten Staatseinkünfte. — Die Beschwerden Griechenlands erscheinen nicht gerechtfertigt. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Kretensische Frage. Aufgaben der österreichisch-ungarischen Truppen auf Kreta. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 23. November 1897.

— Verdienste Österreich-Ungarns und Rußlands um die Begrenzung des Brandes auf der Balkanhalbinsel anläßlich des Ausbruches des griechisch-türkischen Krieges. — Das einvernehmliche Zusammenwirken der beiden Kabinette zeitigte die besten Früchte. — Es wurde damit auch ein Mittel für die Zukunft erprobt, das wohl geeignet ist, bedenkliche Überraschungen einen Riegel vorzuschieben und damit manches große Unheil zu verhüten. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Verdienste des europäischen Konzertes in der kretensischen Frage und bei der Lokalisierung des griechisch-türkischen Konfliktes. — Was diesmal erreicht wurde, hat vollen Anspruch, den besten Leistungen der diplomatischen Kunst angereiht zu werden. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 20. November 1897.

— Ausführung des griechisch-türkischen Friedensvertrages. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Kretensische Frage. Bedenken Österreichs gegen die Kandidatur eines griechischen Prinzen für den Gouverneurposten auf Kreta. Österreich zieht sich von der materiellen Mitwirkung bei der Lösung der kretensischen Frage zurück. Begründung dieses Verhaltens. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Kretensische Aktion. Die Kosten derselben belaufen sich auf ungefähr 450.000 fl. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Präsident Thun gibt der Freude Ausdruck, daß die Einmütigkeit der Großmächte zwischen der Türkei und Griechenland Frieden gestiftet und wünscht, daß die auf Wiederherstellung der Ordnung auf Kreta gerichtete Tätigkeit der Mächte bald von Erfolg gekrönt werde. Die Übereinstimmung mit Rußland in Bezug auf die orientalische Frage sei eine Bürgschaft des Friedens. **33**, 4.

— Nachtragskredite zum Ordinarium der Marine pro 1897 zur Deckung des Mehraufwandes aus Anlaß der politischen Wirren in der Levante (Kreta). Budget 1899. **34**, 263 (R. B.).

— Kramář bezeichnet die Politik, die Österreich in der Kretafrage beobachtet habe, als eine freiwillige capitis deminutio. **35**, 426.

Digitized by Google

Türkei.

5. Krieg mit Griechenland (Kretensische Frage).

— M. Ae. Goluchowski erörtert die Gründe für die Abberufung des österreichischen Truppenkontingents von Kreta, die Wahl des Zeitpunktes hiefür und bemerkt hiebei: Wenn wir damals nicht gegangen wären, wären wir heute noch auf Kreta, ebenso wie die vier Mächte, die als die Garantiemächte von Kreta gelten. Wir wären dort geblieben, unser Kontingent, unsere Schiffe hätten verbleiben müssen, und was mehr ist, wir hätten an der Garantie Anteil nehmen, somit auch die Garantie für jene Anleihe übernehmen müssen, die von den vier kretensischen Mächten garantiert wurde. Ich glaube, daß wir vorsichtig und weise gehandelt haben, indem wir, nachdem die Gefahr einer allgemeinen Konflagration beseitigt war, die Regelung der Angelegenheit und die Lösung der Frage, ob dieser oder jener Kommissär auf Kreta Ordnung schaffen soll, anderen überließen. **35**, 453.

— Stránský tadelt die österreichische Politik in der Kretafrage: man habe den Haß der Griechen auf sich geladen und werde von den Türken geringschätzig behandelt. **36**, 24.

— Besserung der Zustände auf Kreta. — Anerkennung des Verhaltens des Prinzen Georg. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

6. Makedonische Fragen.

— Möglichkeit des Hinüberschlagens der revolutionären Bewegung aus Bulgarien und Rumelien nach Makedonien. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 7. November 1885.

— Verhalten der österreichisch-ungarischen Konsularvertreter in Makedonien. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. Juni 1888.

— Wenn sich auch manches über die türkische Administration sagen läßt, so sei doch gerade in Makedonien der Fortbestand des türkischen Regimes eine Notwendigkeit, und zwar im Interesse der dort lebenden verschiedenen Nationalitäten selbst. Man könnte sich leicht denken, was geschehen würde, wenn unter den bestehenden Verhältnissen dieses herrschende und im ganzen tolerante türkische Regime fehlen würde. — M. Ae. Kálnoky im Budgetausschusse, 18. Juni 1888.

— Wirren in Makedonien und Bulgarien. — Erst die über hierseitige Initiative erfolgte Kundgebung sämtlicher Signatarmächte des Berliner Vertrages, die in kategorischer Weise zu erkennen gaben, daß sie gegen jedes dem status quo zuwiderlaufende und den Frieden gefährdende Unternehmen auftreten würden und fest entschlossen seien, keine wie immer geartete Konflagration aufkommen zu lassen, machte dem Treiben ein Ende. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— In Konstantinopel schöpfte man aus der dezidierten Sprache der Kabinette — anläßlich der Wirren in Makedonien und Bulgarien — Energie und Mut, um die Autorität der Staatsgewalt in den aufgewühlten Gebietsteilen wiederherzustellen, und schon nach wenigen Wochen konnte man die ersprießliche Wirkung der zur

Türkei.

6. Makedonische Fragen.

Herbeiführung normaler Verhältnisse eingeleiteten Aktion mit Befriedigung konstatieren. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— Der Minister des Äußern hob, von den vorjährigen Vorfällen in Makedonien und einigen Vilajeten Kleinasiens ausgehend, hervor, daß es dank der Initiative des österreichisch-ungarischen Kabinetts gelungen sei, die volle Einmütigkeit unter den Mächten herzustellen und eine Bürgschaft für die Aufrechthaltung des Friedens zu gewinnen. **32**, 44 (A. B.).

— Die speziell in den makedonischen Vilajets zu Anfang des Jahres 1898 zum Vorschein gekommene Gährung hat sich allmählich gelegt. Der Minister gibt der Befriedigung über die korrekte Haltung Bulgariens und Serbiens und das energische Vorgehen des Sultans Ausdruck, der eine strenge Untersuchung der den türkischen Funktionären bei den letzten Ausschreitungen zur Last gelegten Mißbräuche sofort angeordnet und dadurch den Willen bekundet habe, seine ernste Aufmerksamkeit der Sanierung der für sein Reich so gefahrvollen Zustände angedeihen zu lassen. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 12. Mai 1898.

— Gefahren der Umtriebe der revolutionären Komitees in der makedonischen Frage. Eindringliche Ermahnungen der Mächte in Sophia. — Wenn auch der fürstlichen Regierung der Vorwurf nicht erspart bleiben kann, daß sie durch ein zu nachsichtiges Geschehenlassen manche Schuld an der Schaffung der unerquicklichen Situation trägt, so muß ihr doch anderseits zu gute geschrieben werden, daß sie in Beherzigung der ihr erteilten Ratschläge in jüngster Zeit eine Reihe von Maßregeln ergriffen hat, die auf den üblichen Vorsatz hinweisen, das Bestehende tunlichst nachzuholen und dem tollen Treiben der zur förmlichen Nebenregierung erwachsenen Komitees endlich einen Riegel vorzuschieben. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 22. Mai 1901.

— Notwendigkeit einer Besserung der Verwaltungsverhältnisse der makedonischen Vilajets. — Die umfangreichen Repressivmaßregeln, welche die türkische Regierung dort ergriffen hat, dürften allein nicht genügen, das Übel mit den Wurzeln auszurotten. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 22. Mai 1901.

— Kastan tadelt es, daß die Türken seit zwei Dezennien nicht zur strikten Durchführung der im Berliner Vertrage stipulierten Reformen in Makedonien verhalten würden. **37**, 218.

— Notwendigkeit einer Änderung der fehlerhaften Verwaltungsmaximen zur Beruhigung der durchwühlten Vilajete. Grausamkeiten und Gewaltakte, die ohne Unterschied die Schuldigen ebenso wie die Unschuldigen treffen würden, könnten die Lage nur verschärfen und gerade das Spiel jener versteckten Unruhestifter besorgen, die, selbst fern vom Schusse, alles aufzubieten trachten, um die Türkei ins Unrecht zu versetzen, und dabei das bestimmte Ziel verfolgen, durch die Provozierung von blutigen

Digitized by Google

Ausschreitungen und Metzeleien die Bevölkerung der Nachbarländer zu unbesonnenen Schritten zu verleiten. In diesem Geiste bewegten sich die Vorstellungen, die wir schon wiederholt und kürzlich noch im Einvernehmen mit dem russischen Kabinett an die Pforte gerichtet haben. Es wäre höchst erwünscht, daß sie dieselben beherzige, bevor es zu spät wird. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Kaftan führt aus, allgemein werde die Wurzel des Übels in der revolutionären Propaganda des makedonischen Komitees, in der Rivalität Bulgariens und Serbiens, in der Agitation der Albanesen und dergleichen gesucht. Das sei ein Irrtum. Die Wurzel des Übels liegt im verrotteten türkischen Regime, in seiner teils wirklichen, teils erkünstelten Ohnmacht. Die eigentliche Schuld an diesen Zuständen trägt der erzwungene Friede von San Stefano und der Berliner Vertrag. Mit dem Einrücken der Russen in Konstantinopel wären die Einflußsphären Rußlands und Österreichs gegeben gewesen; das Marmarameere und die Dardanellen einerseits und Salonichi anderseits. Vergebens macht Graf Goluchowski die Türkei für entsprechende Sanierungsmaßregeln verantwortlich, die Türkei will nicht und kann nicht, hier gibt es nur ein Mittel: Einschreiten der Signatarmächte und zweckentsprechende Revision des Berliner Vertrages; die einzelnen Balkanstaaten sind zu schwach, um aus eigener Initiative Remedur zu schaffen. **38**, 24.

— Beratungen zwischen dem österreichisch-ungarischen und dem russischen Minister des Äußern im Dezember 1902 zu Wien über ein gemeinsames Vorgehen in der makedonischen Frage, Vereinbarung eines Reformprogrammes für die makedonischen Vilajete, Ergänzung dieses Programmes in den Beratungen zu Mürzsteg. Charakterisierung und Begründung der Mürzsteger Beschlüsse. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

— Reformprogramm Österreich-Ungarns und Rußlands in der makedonischen Frage. Gewalttätige Auflehnung der bulgarischen Makedonier gegen dasselbe. — Die revolutionären Komitees, deren Zentralleitung sich auf bulgarischem Boden befand, entwickelten dank der geradezu sträflichen, von einer aktiven Parteinahme sich kaum mehr unterscheidenden Toleranz der fürstlichen Regierung eine geradezu fieberhafte Tätigkeit, deren Ergebnis die Ausrüstung zahlreicher Banden und die Verübung einer Reihe von empörenden Attentaten war. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

— Zusammenkunft zu Mürzsteg. Österreich-ungarisch-russisches Reformprogramm in der makedonischen Frage. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

— Verhalten der Türkei in der makedonischen Frage. Greueltaten in Makedonien. — Österreich-ungarisch-russisches Reformprogramm, Mürzsteger Beschlüsse. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Ausschusse der ungarischen Delegation, 16. Dezember 1903.

— Abgrenzung der Verwaltungsbezirke in den makedonischen Vilajets mit Rücksicht auf die verschiedenen Nationalitäten daselbst. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

— Nachdem wir — Österreich-Ungarn und Rußland — erkannt haben, daß Gefahr im Verzuge ist, und daß die Türkei allein sich als unfähig erwiesen hat, etwas Ernstliches zu unternehmen, haben wir uns entschlossen, selbst Maßregeln zu treffen und eine aktivere Kontrolle eintreten zu lassen. Wir haben für die Durchführung dieser Kontrollmaßregeln einen Termin von zwei Jahren in Aussicht genommen, damit es nicht den Anschein habe, als ob wir Makedonien mit Beschlag belegen wollten. Diese Zeit werde ausreichen, damit sich die neuen Verhältnisse einleben können. — Eine der wichtigsten Maßregeln sei die Reorganisierung der Gendarmerie. Sie habe eine viel größere Tragweite, als man sich darunter gewöhnlich vorstelle. Man möge sich nur an die Erfolge erinnern, welche die Gendarmerie auf Kreta zu Tage gefördert habe. Das sei zunächst ein Verdienst der Italiener gewesen, weshalb man auch jetzt einen italienischen General mit der Reorganisierung der Gendarmerie betraut habe. — Der Gendarmerie werde zugleich die Überwachung der türkischen Behörden und Verwaltung und der Schutz der christlichen Bevölkerung gegen Ausschreitungen zukommen. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

— Man müsse anerkennen, daß die jetzige bulgarische Regierung sich Mühe gibt, einen korrekten Standpunkt (in der makedonischen Frage) einzunehmen, während die früheren Regierungen sich nicht in dieser Richtung bewegten. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

— Kramář betont, es sei der Wunsch der ganzen Delegation, daß endlich tatkräftige Reformen in Makedonien eingeführt werden und der christlichen Bevölkerung Makedoniens endlich ein menschenwürdiges Dasein zu teil werde. **39**, 30.

— Kaftan bespricht die Aufstandsbewegung in Makedonien, sowie die Mürzsteger Entrevue. **39**, 91.

— Biankini meint, die Drohungen des Ministers des Äußern gegen Bulgarien wegen der makedonischen Aufstände seien nicht am Platze. **39**, 107.

— Biankini verlangt, daß das mit Rußland getroffene Abkommen bezüglich der Herstellung der Ordnung in Makedonien der Delegation vorgelegt werde. **39**, 107.

— Der Ausschußbericht erörtert die Bewegung in Makedonien und die Mürzsteger Besprechungen **39**, 127 (A. B.).

— Entsendung eines österreichisch-ungarischen Zivilagenten nach Makedonien zur Überwachung der Durchführung der im Jahre 1903 in Mürzsteg getroffenen Vereinbarungen. Budget 1905.

Digitized by Google

Türkei.

6. Makedonische Fragen.

— Erfreuliche Fortschritte der Reformaktion. Durchführung des Mürzsteger Programmes. Gendarmerieorganisation. — Exposé des M. Ae. Gokuchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Wir betrachten es ebenso wie Rußland als eine Ehrenpflicht, der uns von den europäischen Großmächten anvertrauten Mission im vollsten Maße gerecht zu werden, und dürfen wohl hoffen, daß die Türkei uns diese Aufgabe nicht weiterhin erschweren wird, wie sie es leider bisher unter Verkennung ihres eigensten Interesses nur zu oft getan hat. Denn darüber kann man sich wohl in Konstantinopel keiner Täuschung mehr hingeben, daß durch die gewohnten Winkelzüge eine Einschränkung unserer Postulate nicht zu erzielen sei. Unsere Tätigkeit wird gewiß nicht erlahmen und gewiß werden wir nicht ruhen, insolange nicht das Programm in allen seinen Details ins Leben gerufen und das regelmäßige Funktionieren der geschaffenen Institutionen gewährleistet sein wird. Liegt der Pforte daran, sich von diesem Drucke baldigst zu befreien, so muß sie uns aufrichtig und loyal an die Hand gehen und ihrerseits ehrlich dazu beitragen, daß die Sanierung der Verhältnisse im Reformgebiete ehestens eintrete. Tut sie es nicht, dann wird sie sich selbst die Fortdauer unserer direkten Intervention so wie die ernsten Gefahren zuzuschreiben haben, denen sie sich unausweichlich aussetzen müßte, wenn sie durch Befolgung einer geradezu selbstmörderischen Taktik jenen recht geben würde, die sie für unverbesserlich halten und eine viel tiefer eingreifende Operation an ihr vornehmen möchten, als es die ihre Integrität vollauf schonenden Maßregeln sind, die den Kern des Mürzsteger Programmes bilden. — Exposé des M. Ae. Gokuchowski im Budgetausschusse, 16. Mai 1904.

— Dieduszycki führt aus, daß die Mürzsteger Entente nichts anderes verfolge, als in der Türkei Verhältnisse zu schaffen, welche mit der Zivilisation übereinstimmen. **40**, 35.

— Der Ausschußbericht betont, daß die Türkei im Verlaufe der letzten Monate den Eifer in der Durchführung der Reformen vermissen ließ, daß aber nach den Erklärungen des Ministers des Äußern die beiden Ententemächte fest entschlossen und stark genug seien, um ihren Willen für die schließliche Gestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan im Rahmen der Mürzsteger Abmachungen zur Geltung zu bringen. **40**, 71 (A. B.).

— ſ. auch Diplomatische Auslagen, Eisenbahnen, Donauschiffahrt-Eisernes Tor.

Tultſche, ſ. Konſulate.

U.

Uchatius, Freiherr v., F.M.L.

Resolution Eugerth mit der Aufforderung an die Regierung, in Anerkennung der außerordentlichen Verdienste des verstorbenen Feldmarschalleutnants um die Armee und das Vaterland für die Witwe des Verstorbenen eine Donation in Antrag zu bringen. (Angenommen.) **14**, 212. (S. Anträge 7.)

— ſ. auch Waffenwesen 2.

Überschreitungen.

Resolution des Berichterstatters Figuly, betreffend die genaue Einhaltung der Grenzen von bewilligten Krediten. (Angenommen.) **4**, 207.

— Berichterstatter Bretſel verweist bei der Berichterstattung über die Schlußrechnung pro 1870 auf die zahlreichen ungerechtfertigten Überschreitungen und klagt darüber, daß von Seite des Kriegsministeriums die Einhaltung der Voranschläge nicht mit der nötigen Strenge überwacht wird. **5**, 213.

— Antrag des Berichterstatters Bretſel, eine beim Ordinarium des Kriegsministeriums, Titel „Militärgrenze" vorgekommene Überschreitung als nicht gerechtfertigt zu erklären und das Kriegsministerium anzuweisen, den Ersatz dieser Summe von der ungarischen Regierung anzusprechen. (Angenommen.) **5**, 217.

— Resolution der ungarischen Delegation dahingehend, daß in Zukunft zur Deckung der voraussichtlichen Überschreitungen ein Nachtragskredit zu begehren sei. **8**, 191.

— Im Ausschußberichte wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die in den letzten Jahren ausgewiesenen namhaften Überschreitungen des Heeresbudgets fernerhin vermieden werden. **30**, 243.

— ſ. auch Militärgrenze.

Überzählige, ſ. Supernumeräre.

Ueskueb, ſ. Konſulate.

Ungarn.

(1. Budgetäres. — 2. Eisenbahnen. — 3. Handelspolitische Fragen. — 4. Lieferungswesen. — 5. Militärbildungswesen. — 6. Nationale und Sprachenfragen. 7. Quote. — 8. Staatsrechtliche Fragen. — 9. Zoll- und Handelsbündnis (Ausgleich). — 10. Verschiedenes.)

1. Budgetäres.

Annahme des Beschlusses der ungarischen Delegation auf Einstellung der Kosten des Hofstaates im Kriegsbudget und Resolution des Berichterstatters Demel Johann, diese Kosten im nächsten Budget auf den Hofetat zu übertragen. **1**, 377.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Überweisung des Erlöses aus dem Verkaufe der infolge der Auflassung des Josephinums entbehrlich gewordenen Vermögensobjekte als gemeinsames Eigentum an die gemeinsamen Aktiven.

(Mitteilung von der Absicht, nach Auflassung des Josephinums einen praktischen militär-ärztlichen Lehrkurs ins Leben zu rufen. Exposé zum Budget 1872.)

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Budgetierung des Kostenerfordernisses für die Militärgrenztruppen. **4**, 216.

— Das Erfordernis für die Grenztruppen wird von der österreichischen Delegation unter der Bedingung bewilligt, daß der ungarische Staatsschatz das ganze, erst nach gänzlicher Provinzialisierung der Militärgrenze zu zahlende Präzipuum von zwei Prozent schon vom 1. Jänner 1873 übernimmt. **5**, 195.

— Antrag des Berichterstatters Bretſel, die Überschreitung beim Titel „Militärgrenze" pro 1870 nicht zu genehmigen

Digitized by Google

Ungarn.

1. Budgetäres.

und den Ersatz von der ungarischen Regierung in Anspruch zu nehmen. (Angenommen.) **5**, 214, 217.

Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **5**, 269.

Vertagung der Beschlußfassung bis zur Erledigung der Schlußrechnung pro 1871. **5**, 270.

— Antrag des Berichterstatters Coronini, für den Mehraufwand von 388.445 fl. 6¼ kr. für die Militärgrenze sowie für die bei Beschlußfassung über die Schlußrechnung des Jahres 1870 unerledigt gebliebene und der Erledigung mit der Schlußrechnung des Jahres 1871 vorbehaltene Überschreitung von 311.028 fl. 40¼ kr. für die Militärgrenze die Indemnität zu verweigern und das Kriegsministerium aufzufordern, den Ersatz dafür in dem Gesammtbetrage von 699.473 fl. 47 kr. von der königlich ungarischen Regierung in Anspruch zu nehmen. (Angenommen.) **6**, 132.

Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **6**, 153.

— Neuerlicher Beschluß auf Verweigerung der Indemnität für obige Beträge und Resolution mit der Aufforderung an die gemeinsame Regierung, die Überschreitungen von der ungarischen Regierung in Anspruch zu nehmen. **6**, 153.

Nach dreimaligem erfolglosem Nantenswechsel erfolgt eine gemeinsame (namentliche) Abstimmung. In derselben wird die Indemnität verweigert. **6**, 159, 165, 167, 177.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Wahrung des Rechtes der Reichsvertretung, die Kriegsstärke und das Rekrutenkontingent für das Jahr 1879 trotz der vorherigen Bewilligung des Heereserforderniſſes durch die Delegation festzustellen. **11** 236.

— Resolution der ungarischen Delegation, daß die Instandhaltung der Straßen in Bosnien und der Herzegovina nicht zu Lasten des Kriegsbudgets erfolgen dürfe. **11**, 415.

— Resolution der ungarischen Delegation, daß die gemeinsamen Minister in Hinkunft eine vom Voranschlage abweichende Ausgabe in der Regel nur mit vorheriger Zustimmung des ungarischen Finanzministeriums anzuweisen, in Fällen aber, welche eine Verzögerung nicht dulden, die getroffene Verfügung gleichzeitig zur Kenntnis des gemeinsamen Ministeriums und der ungarischen Regierung zu bringen haben. Budget 1896.

2. Eisenbahnen.

Klaić wünscht den Anschluß der jetzigen dalmatinischen Bahnen von Knin an die ungarische Staatsbahn in Novi im wirtschaftlichen Interesse sowie im Interesse der Vertheidigung der Küste. **21**, 95.

— Aymann bemängelt, daß Bosnien lediglich mit Ungarn direkt verbunden sei und daß die Linie Novi—Banjaluka—Travnik—Sarajevo nicht ausgebaut werde. Infolge des Mangels der direkten Verbindung mit Österreich sei der Import von Ungarn viel größer als der österreichische, obwohl Österreich zu den gemeinsamen

Ungarn.

2. Eisenbahnen.

Auslagen mehr beitrage und daher größere Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse verlangen könne. **33**, 190.

— Iro führt aus, die Ungarn hätten es verstanden, sich die Vorbedingung eines direkten Bahnweges von Ungarn bis an die Küste des Ägäischen Meeres zu schaffen. Er fordert die Verbindung Wien—Alpang—Friedberg—Hartberg—Radkersburg—Agram—Novi—Banjaluka—Travnik—Zenica—Sarajevo—Mitrowitza. Das Fehlen der kleinen Strecke Banjaluka—Travnik zeige das ganze Verbrechen an der österreichischen Reichshälfte. **37**, 467.

— Finz. Kállay weist den Vorwurf des Delegierten Iro, daß er die ungarischen Interessen in der Bahnfrage begünstige, zurück. In Ungarn werde wieder das gerade Gegenteil behauptet. Keines von beidem sei richtig. Alles werde paritätisch im Interesse Bosniens behandelt. An die Linie Banjaluka—Travnik habe die bosnische Verwaltung bereits früher als der Delegierte Iro gedacht. Die Verbindung mit Travnik ist bereits hergestellt, die Bahn geht sogar noch weiter, bis Bugojno, um dann nach Arjano und weiters bis Jajce zu gehen. Es ist auch unrichtig, daß Österreich von allen Bahnen zwei Drittel der Kosten tragen müsse. Die Kosten trage Bosnien allein. **37**, 482.

— Sylvester begehrt, daß Cisleithanien in der bosnischen Eisenbahnfrage nicht weiter gegenüber Ungarn vernachlässigt werde und betont das Interesse, welches insbesondere die Alpenländer an einer entsprechenden Lösung dieser Frage haben. **38**, 176.

— Sylvester wünscht eine Garantieteernung bei den Bahnbauten in der Richtung, daß für Bahnen, die im Interessengebiete Cisleithaniens liegen, Cisleithanien und für die, die im Interessengebiete Ungarns liegen, Transleithanien aufkomme. **39**, 288.

Finz. Burián betont, die bosnische Verwaltung erhebe keine prinzipiellen Schwierigkeiten gegen eine solche Trennung, aber sie sei nicht dazu berufen, sich darüber eine Meinung zu bilden, welche Bahn mehr im Interesse des einen oder des anderen Staates der Monarchie gelegen sei. **39**, 290.

3. Handelspolitische Fragen.

Wiener Ernst wünscht, daß es der Monarchie gelinge, wieder das System von Tarifverträgen zu erreichen, aber es sei nach der Lage der Dinge in Europa wenig Aussicht dazu. Die Stellung des Ministeriums des Äußern in handelspolitischen Fragen sei eine schwierige, da wir wohl ein einheitliches Zollgebiet für die internen Verhältnisse, aber keine einheitliche Handelspolitik nach außen besitzen. Das Ministerium des Äußern möge es sich angelegen sein lassen, den einseitigen Strömungen der beiden Regierungen immer den allgemeinen höheren Gesichtspunkt der Einheit der Monarchie nach außen gegenüberzustellen. **26**, 164.

— Baernreither findet die handelspolitische Lage äußerst unbefriedigend; viele Industrien seien zurückgegangen und viele Kreise seien notleidend. Den kommenden Ereignissen des Jahres 1892 könne Österreich nur durch erhöhte

Digitized by Google

Ungarn.

3. Handelspolitische Fragen.

Energie gewachsen sein. Ein wichtiger Punkt sei auch die Übereinstimmung beider Reichshälften gegenüber dem Auslande und es dürfte sich die impulsive Energie Ungarns nicht gegen die Interessen Österreichs kehren. **26**, 168.

— **Rieger** findet die geringen Erfolge unserer Politik in den Balkanstaaten darin begründet, daß die materiellen Fragen nicht immer in einer Vertrauen gewinnenden Weise geleitet werden. Wenn der Minister des Äußern hier mit größerer Energie eintreten sollte, würde er auf sehr heikle Kompetenzfragen stoßen. Die Zoll- und Handelspolitik werde bei uns geradezu inkonstitutionell geleitet. Was die beiden Ministerien miteinander ausmachen, müssen die beiden Parlamente akzeptieren. Außerdem trachte Ungarn selbständig zu handeln, denn es fürchte zu leiden, wenn in dieser Frage eine größere Gemeinsamkeit stattfände. **26**, 176.

— **Zedtwitz** knüpft der Anschauung nicht bei, daß es dem Ministerium des Äußern wegen des Dualismus schwer sei, in der Handelspolitik entsprechende Maßnahmen zu treffen. Was der ungarischen Landwirtschaft zu gute komme, werde auch unserer Landwirtschaft zu gute kommen und wenn unsere Industrie geschädigt werde, leide auch die ungarische Schaden. Die Wünsche der einen oder anderen Reichshälfte können nicht so divergieren, daß es dem Ministerium des Äußern nicht gelingen sollte, gewisse Vereinbarungen zu treffen, was es ja auch ohne Dualismus tun müßte, da es die Interessen des ganzen Reiches zu vertreten hätte. **26**, 179.

— Verhalten der ungarischen Behörden gegenüber der Schweineeinfuhr aus Serbien. — M. Ae. **Gołuchowski** im Budgetausschusse, 9. Juni 1896.

— **Gomperz** beklagt den Rückgang unseres auswärtigen Handels gegenüber der ungeahnten industriellen Entwicklung des Auslandes. Die Mittel, um unseren Kampf mit der Auslandskonkurrenz zu erleichtern, seien im Exposé des Ministers des Äußern erschöpfend dargetan: Vernünftige Tarifpolitik, Förderung des Assoziationswesens, Verhinderung der übertriebenen Anwendung der Steuerschraube. Alle diese Momente beruhen aber auf der Voraussetzung der Aufrechthaltung des gemeinsamen Zollgebietes und der Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn. **34**, 17.

— Der Ausschuß begrüßt die vom M. Ae. **Gołuchowski** entwickelten Tendenzen bezüglich Belebung des österreichischen Handels nach Ostasien und spricht den Wunsch aus, daß die österreichische Regierung in gleicher Weise wie die ungarische die energische Förderung der Industrie zu ihrer wichtigsten Aufgabe mache. **34**, 60. (A. B.)

— **Kramář** verweist auf die Differenzen der Anschauungen über die Handelspolitik zwischen beiden Reichshälften, welche von Schaden seien. Es sei von Wichtigkeit, in dieser Beziehung eine gewisse gemeinsame Linie zu erreichen. **34**. 75.

— **Schneider** bedauert, daß der Marine, speziell auch in Ungarn, nicht im Interesse des Außenhandels mehr Entgegenkommen bewiesen werde. **35**, 103.

Ungarn.

3. Handelspolitische Fragen.

— **Kaftan** betont entgegen der in der ungarischen Delegation zu Tage getretenen Auffassung, wonach die Aufgabe unserer Kriegsmarine sich auf die Küstenverteidigung zu beschränken hätte, ihre Rolle als die eines Pioniers für unseren Handel und unsere Industrie, namentlich an der ostasiatischen und afrikanischen Küste. **35**, 225.

— **Gefsmann** protestiert gegen die in der ungarischen Delegation geäußerten Anschauungen, wonach Ungarn an der österreichischen Industrie und insolgedessen vom Gesichtspunkt der Exportförderung an der Marine wenig interessiert sei. Er fordert, daß auf den handelspolitischen Pflichtenkreis der Kriegsmarine der nötige Nachdruck gelegt werde. **35**, 232.

— **Gefsmann** ersucht das Ministerium des Äußern, im Interesse des österreichisch-landwirtschaftlichen Exports seinen Einfluß in Ungarn geltend zu machen, damit dort auf dem Gebiete der Veterinärpolizei endlich Ordnung geschaffen werde. **35**, 422.

— **Kramář** führt aus, auch vom rein ungarischen Standpunkt sei die vollständig ablehnende Stellung Ungarns gegen eine Vermehrung der Flotte nicht gerechtfertigt, da auch Ungarn nicht ewig ein Agrarstaat bleiben werde. **35**, 425.

— **Kramář** spricht sich gegen die Idee einer mitteleuropäischen Zollunion aus. Die zollpolitische Trennung von Ungarn könne er eben mit Rücksicht auf die Wünsche jener, die auf diesem Wege zu einer Zollunion mit Deutschland zu gelangen hoffen, nicht so leicht nehmen. **38**, 108.

— **Stein** tritt für die Personalunion mit Ungarn und für ein Zollbündnis mit dem Deutschen Reiche ein, das später vielleicht zu einem mitteleuropäischen Zollvereine ausgebildet werden könnte. **38**, 115.

4. Lieferungswesen.

Resolutionen der ungarischen Delegation, betreffend die Bewerkstelligung außerordentlicher Anschaffungen mit Umgehung des mit dem Konsortium Stene geschlossenen Vertrages und betreffend die Vorlage eines ausführlichen Inventars über die anzuschaffenden Monturstücke. **3**, 570.

(Dem ersteren Wunsche kann gegenwärtig nicht entsprochen werden. Exposé zum Budget pro 1872.)

— Resolution der ungarischen Delegation, bei der Abschließung von Verträgen bezüglich der Heeresaufbringung das Prinzip der Dezentralisation zur Geltung zu bringen und die Beseitigung des Monopolsystems womöglich durchzuführen. **7**, 209.

— Kaiser Angst wünscht, daß die Ausschreibung von Mehllieferungen so erfolge, daß nicht bloß die ungarischen Mühlen im Stande seien, dieselben zu bekommen. **33**, 82.

— **Kaftan** bespricht die Zementlieferung für die Festungsbauten in Galizien, welche an ausländische und deutsche Werke vergeben wurde, trotzdem das Kriegsministerium die Leistungsfähigkeit der österreichischen Werke anerkannt habe. Ungarn habe für sich 30 Prozent der Lieferungen

Digitized by Google

Ungarn.

4. Lieferungswesen.

verlangt und erhalten, das betreffende ungarische Zementwerk borge sich, wenn es den Zement nicht liefern könne, denselben von österreichischen Unternehmungen aus. Redner bittet um Berücksichtigung der heimischen Industrie. **34**, 111.

— Gesmann konstatiert die Bevorzugung Ungarns bei der Lieferung von Naturalien. **36**, 187.

— Berichterstatter Pergelt fordert, daß die Marinelieferungen nicht ausschließlich nach dem Quotenschlüssel auf die beiden Reichshälften aufgeteilt, sondern daß hiebei auch Qualität und Preiswürdigkeit der einzelnen Artikel entsprechend berücksichtigt werden. **36**, 226.

— Interpellation Sylvester, Lukſch, betreffend die Ausschreibung des Mehlbedarfes der in Cisleithanien dislozierten Korps nach der ungarischen Type. **38**, 73.

— Kaſtan wünscht Auskünfte über die Einhaltung der Parität für die österreichische Industrie mit der ungarischen bei den Marinelieferungen. **38**, 523.

— Skene jun. erklärt die Forderungen Ungarns in Bezug auf das Lieferungswesen als nicht bescheiden. **39**, 450.

— Berichterstatter Pergelt bemerkt, daß, wenn die Produktion in Ungarn für die Marine unzureichend, für gewisse Artikel gar nicht lieferungsfähig sei, die österreichische Reichshälfte dafür nichts könne. Er möchte davor warnen, Ungarn deshalb bezüglich jener Lieferungen für die Marine, hinsichtlich welcher die Produktion in Ungarn vorhanden ist, mehr zu bedenken, als Österreich. **38**, 547.

— Baernreither wendet sich gegen das Verlangen Ungarns, die Exzengungen der militärischen Werkstätten in das Gesamterfordernis der betreffenden Reichshälfte bei den Lieferungen einzurechnen. **39**, 659.

— Petitionen von industriellen Verbänden und Handelskammern wegen Aufteilung der Heereslieferungen nach dem Quotenverhältnisse. **39**, 719.

Hiezu Resolution Marchet, betreffend die Aufteilung der Lieferungen nach dem Quotenverhältnisse und betreffend die Nichteinrechnung der in einem Staatsgebiete seitens des Militärärars hergestellten Produkte in die Quote des betreffenden Staatsgebietes. **39**, 721.

(Antwort des Kriegsministeriums. **40**, 154 [A. B.]).

— Pergelt meint, man dürfe sich bei der Aufteilung der Lieferungen nicht an den quotenmäßigen Schlüssel allein halten, sondern müsse auch die Zolleinnahmen berücksichtigen. **39**, 663.

— Nowak wünscht, daß die Lieferungen aller Heeresbedürfnisse, sowohl der industriellen wie der landwirtschaftlichen, nach der Quote aufgeteilt werden. **40**, 96.

— Schneider verweist darauf, daß Ungarn infolge des großen Auftriebes von Vieh sowie der großen Sendungen von Getreide und Mehl mit einem sehr hohen Prozentsatze an den Lieferungen für das Militär partizipiere. **40**, 107.

— Frh. Pitreich bespricht das Lieferungswesen und betont, daß die Lieferungen der Industrie nach der Quote auf die beiden Staaten verteilt werden sollen. **40**, 114.

Ungarn.

4. Lieferungswesen.

— Interpellation Waſilko Georg, betreffend die der Quote entsprechende Berücksichtigung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft bei Lieferung land- und forstwirtschaftlicher Bedarfsartikel für die gemeinsamen Institutionen. **40**, 355.

— Licht protestiert gegen die Bevorzugung Ungarns auf wirtschaftlichem Gebiete in Bosnien. **40**, 358.

— Fort verlangt, daß bei den Lieferungen von der bisherigen Formel der sogenannten Kompensation Ungarns Umgang genommen und daß die Ungarn dort, wo sie nicht konkurrenzfähig seien, überhaupt nicht berücksichtigt werden. **40**, 375.

— Licht wendet sich gegen die in der ungarischen Delegation aufgestellte Kompensationstheorie bei den Heereslieferungen. **40**, 382.

5. Militärbildungswesen.

Resolution der ungarischen Delegation auf Auflassung der Militärbildungsanstalten, Errichtung von Militärlehrkursen und Umarbeitung der Lehrpläne und Vorschriften. **3**, 385.

(Mitteilung, daß diesen Wünschen teilweise entsprochen wurde. Exposé zum Budget 1872.)

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Errichtung einer der Wiener-Neustädter Akademie ähnlichen höheren Militärlehranstalt in Ungarn und Feststellung des Ortes, wo eine solche Anstalt zu errichten wäre. **14**, 204.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Errichtung einer neuen Akademie auf dem Gebiete Ungarns für den Fall der Notwendigkeit neuer Institutionen bei Vermehrung der Zöglinge in der bestehenden Akademie. Budget 1891.

— Errichtung einer Militärvorbereitungsschule für Kadettenschulen im Szekler Gebietsteile für 200 Zöglinge und zweier neuer Kadettenschulen. Budget 1897.

— Teilung der Oberrealschule in Mährisch-Weißkirchen und Verlegung eines Teiles derselben nach Eisenstadt oder Güns sowie sonstige Veränderungen im Stande der Unterrichtsanstalten. Extraordinarium 1904. **39**, 690 (A. B.).

— Petition der Stadtgemeinde Jaroslau um Errichtung einer Militärunterrealschule in Jaroslau, beziehungsweise um Verlegung der Militärunterrealschule in Kaschau nach Jaroslau. **39**, 718.

— Stürgkh verlangt bei der von Ungarn gewünschten Reform der Militärbildungsanstalten die Zentralisierung der Schulerhaltung und der obersten Schulaufsicht im Schoße des gemeinsamen Kriegsministeriums. **39**, 461.

— Kaiser August hält die von Ungarn verlangte Neuerrichtung von Militärbildungsanstalten für nicht gerechtfertigt. **39**, 548.

Digitized by Google

Ungarn.

6. Nationale und Sprachenfragen.

Resolutionen der ungarischen Delegation, betreffend die Anstellung von Ungarn bei den in den Donaufürstentümern neu zu etablierenden Konsulatsämtern und betreffend die Kenntnis der ungarischen Sprache bei den Konsulatsämtern in einigen Teilen der Türkei. **3**, 524.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Einreihung von nur ungarischen Rekruten in die drei ungarischen Artillerieregimenter. **3**, 558.

(Mitteilung, daß diesen Regimentern von der Stellung des Jahres 1872 an ausschließlich Rekruten aus den Ländern der ungarischen Krone zugewiesen werden. Exposé zum Budget 1872.)

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend Schaffung einer entsprechenden und zweckmäßigen Gelegenheit zur Aneignung der ungarischen Sprache in den Militärbildungsanstalten und betreffend die Revision der Lehrbücher zu dem Zwecke, um dieselben mit den geschichtlichen Tatsachen und mit den bestehenden staatsrechtlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen. Budget 1889.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend den Unterricht in der ungarischen Sprache. Budget 1890.

— Erweiterung des ungarischen Sprachunterrichtes und Errichtung einer Lehrkanzel für das ungarische Staatsrecht an der orientalischen Akademie. Denkschrift zum Budget 1893.

— Kaftan erörtert die Lage der Rumänen in Ungarn. **30**, 212.

— Der Ausschußbericht verweist auf die gegen Ungarn gerichteten agitatorischen Strömungen in Rumänien. **30**, 52.

— Pacák verlangt, daß auch die slawischen Völker in Ungarn in gehöriger Form behandelt und geschont werden. **31**, 34.

— Barenther nimmt Stellung dagegen, daß die liberale Partei in Ungarn alles Nichtmagyarische magyarisieren will; es könne den Deutschen nicht verargt werden, wenn sie an dem Kampfe, den die Siebenbürger Sachsen um ihre Nationalität führen, den wärmsten Anteil nehmen. **32**, 27.

— Kaftan wünscht Aufklärung darüber, ob die bosnische Regierung die Einführung des obligatorischen Unterrichtes in der magyarischen Sprache an den höheren Schulen in Bosnien beabsichtige. **33**, 186.

— Rfm. Kállay erklärt, daß alle Schulen in dem der Regierung zu übergebenen Ausweise sich der bosnischen Sprache bedienen müssen, der ganze übrige Verkehr, die Verordnungen, das offizielle Blatt, die Korrespondenz mit den kirchlichen und nicht kirchlichen Behörden erfolgt cyrillisch und serbisch. Redner versteht nicht, wie man behaupten kann, daß man in Bosnien die ungarische Sprache als obligaten Gegenstand in den Schulen einführen wolle oder daß die Verwaltung eine ungarische sei. In Bosnien werde keine tschechische, polnische, deutsche, auch keine ungarische Politik gemacht, sondern die Politik für die gesamte Monarchie. **33**, 198.

Ungarn.

6. Nationale und Sprachenfragen.

— Wassilko Georg wünscht, daß die innere ungarische Politik gegenüber den Siebenbürger Rumänen mit der äußeren in Einklang gebracht werde. Rumänien nehme heute eine achtenswerte Stellung ein und werde bei einer definitiven Lösung der Orientfrage eine bedeutende Rolle spielen. Es wäre daher bedauerlich, wenn unsere guten Beziehungen zu Rumänien Abbruch erleiden würden. **34**, 47.

— Barwiński betont, es sei zu bedauern, daß man den friedliebenden ruthenischen Volksstamm in Ungarn national verkümmern lasse und sogar die slawische Liturgie in der griechisch-katholischen Kirche durch eine ungarische zu ersetzen bestrebt sei. **34**, 49.

— Ferjančič wendet sich gegen die Magyarisierungstendenzen in Kroatien und schildert die Zurücksetzung der Slowenen und Kroaten im Küstenlande. **35**, 381.

— Schneider bespricht unter Hinweis auf die Wichtigkeit guter Beziehungen zu Rumänien die schlechte Behandlung, welche den Rumänen in Ungarn zu teil werde. **35**, 415.

— Popovici vertritt die Beschwerden der Rumänen in Ungarn und in der Bukowina. **36**, 71.

— Iro bemängelt die zu große Anzahl der in Bosnien und der Hercegovina angestellten, zumeist polnischen und ungarischen Adeligen. **37**, 466.

Rfm. Kállay erwidert, Listen über Adelige führe er nicht, er beurteile die Menschen nur nach ihrer Tüchtigkeit und würde nur wünschen, daß überall solche Beamte sein sollen, wie es diese polnischen und ungarischen Adeligen — er wisse nicht, ob es Adelige seien — in Bosnien sind. **37**, 481.

— Dzieduszycki bemerkt, es erscheine geboten, vielleicht besonders in Pest, sich daran zu erinnern, daß auch unsere innere Nationalitätenpolitik dahin gerichtet sein soll, Sympathien bei den Balkanvölkern wachzurufen. **38**, 28.

Biankini führt aus, der verstorbene Minister Kállay sei an der Spitze der Propaganda für den magyarischen Imperialismus in Bosnien und der Hercegovina gestanden. **39**, 225.

— Biankini bemängelt die Begünstigung der Deutschen und Magyaren gegenüber den Kolonisten aus Dalmatien und Kroatien. **39**, 232.

— Lobkowitz Ferdinand fragt, ob es wahr sei, daß es einem ungarischen Staatsangehörigen in den Militärakademien nicht gestattet ist, eine slawische Sprache zu erlernen. **39**, 532.

— Schneider betont, daß man in Ungarn nur von höchstens 6 Millionen Magyaren sprechen kann, während die anderen, die sich als Magyaren bezeichnen, Juden sind. **39**, 624.

7. Quote.

Barenther findet es billig und gerecht, die Verteilung der gemeinsamen Ausgaben nach der Bevölkerungsziffer festzusetzen. Ungarn müßte als selbständiger Staat für die Verteidigung der äußeren Angelegenheit und für das Heer viel größere Summen ausgeben, als es jetzt in seiner Quote leistet. **32**, 27.

Digitized by Google

Ungarn.

7. Quote.

— Der Ausschußbericht hebt hervor, es sei unter Hinweis auf die schwere Belastung der Bevölkerung betont worden, daß die von Jahr zu Jahr steigenden Auslagen für die Wehrkraft es dringend geboten erscheinen lassen, bei Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn eine günstigere Gestaltung des Verhältnisses in der Beitragsleistung der beiden Reichshälften zu den gemeinsamen Auslagen anzustreben. **32**, 88. (A. B.)

— Berichterstatter Dumba erklärt, daß der Ausschuß bei der Bedeckungsfrage „Zollgefälle" gezwungen war, von der seit 30 Jahren beobachteten Übung in der Berechnung abzugehen. Infolge der parlamentarischen Verhältnisse könne über die Überschüsse des Zollgefälles nicht wie gewöhnlich verfügt werden, weil ein Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn bis zur Stunde nicht zu stande gekommen sei. Betreffs der Quote sei eine Einigung nicht zu stande gekommen und werde zum ersten Mal der Fall eintreten, daß die Krone das Ausmaß der Quote zu bestimmen haben werde. Mit Rücksicht auf diese Umstände mußten die Anträge des Ausschusses bezüglich des Finanzgesetzes abgeändert werden. **33**, 364.

— Graf Gustav hält die vom Ausschuß vorgeschlagene Änderung des Finanzgesetzes infolge der Nichterzielung der Einigung über die Quote für dem Gesetze entsprechend, wenn auch das bisherige Vorgehen zur Herbeiführung einer Vereinbarung nicht entsprechend sei. Dies entziehe sich aber der Kompetenz der Delegation. Redner verwahrt sich jedoch dagegen, daß der Ausgleich mittels des § 14 zu stande komme. **33**, 365.

— Jaworski stimmt der vom Ausschusse beantragten Änderung des Finanzgesetzes zu, da eine Einigung über das Verhältnis zu Ungarn nicht erzielt wurde. In der Anwendung des § 14 liege keine Gesetzesverletzung. **33**, 367.

— Kaiser beantragt, die Beschlußfassung über das Finanzgesetz und das Zollgefälle bis zur verfassungsmäßigen Feststellung der Quote und der Verwendung der Zolleinnahmen zu vertagen. **33**, 371.

— Berichterstatter Dumba beantragt, da ein Beschluß über die Quote noch nicht vorliege, in dem Budgetprovisorium pro 1900 — in Übereinstimmung mit dem Beschlusse der ungarischen Delegation — statt der Worte: „nach dem gesetzmäßig festgestellten Quotenverhältnisse" die Worte: „nach dem gesetzmäßig festzustellenden Quotenverhältnisse" zu setzen. **35**, 24.

8. Staatsrechtliche Fragen.

Schwerling und Frh. Kuhn betonen die Notwendigkeit der Einheit der Armee. **1**, 72; **2**, 124.

— Skene Alfred von. erklärt, daß Österreich für eine dualistische Armee nicht 70 Prozent bezahlen werde. **1**, 79.

— Debatte über das staatsrechtliche Verhältnis der Militärgrenze zu den beiden Reichshälften. **2**, 250—258; **3**, 176—181.

— Bei Post 4 des Kriegsbudgets beschließt die österreichische Delegation, als Reservekriegsvorrat an Kanonen „für die gemeinsame Armee" 2 Millionen Gulden einzustellen, während die ungarische Delegation bei der

Ungarn.

8. Staatsrechtliche Fragen.

Benennung der betreffenden Post die Worte „für die gemeinsame Armee" weglässt. **3**, 515.

— Neue Flagge für die Handelsmarine. Rotwuch Nr. 3.

— Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen wegen Anschaffung von Konsulatsflaggen. **2**, 335.

— Petition der Schiffsbeeder und Merkantilkapitäne von Triest und der Bocche di Cattaro wegen Änderung der ungarischen Handelsflagge. **2**, 305.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Feststellung des Wappens und Siegels der österreichisch-ungarischen Monarchie und betreffend den Austausch der alten Reichsflagge gegen die gesetzlich festgestellte neue Flagge. **3**, 525.

— Resolution der ungarischen Delegation, nach welcher der gemeinsame Finanzminister angewiesen wird, in Zukunft bei Nennung der beiden Teile der Monarchie bloß die gesetzliche Benennung zu gebrauchen. **8**, 191.

— M. Ae. Andrássy bespricht die Frage der Teilnahme des Ministers des Äußern an den Verhandlungen des Reichsrates und des ungarischen Reichstages. **10**, 22.

— Herbst hält den Dualismus für die einzig mögliche Staatsform in Österreich. **11**, 263.

— M. Ae. Andrássy tritt der Meinung entgegen, daß die dualistische Basis durch irgend etwas, am wenigsten durch die Okkupation Bosniens, in Frage gestellt werden könnte. **11**, 286.

— Fux Johann bezeichnet den Dualismus als ein System der Friktionen und der Kraftverschwendung auf politischem, spirituellem und fachwissenschaftlichem Gebiete. **12**, 76.

— Berichterstatter Ruß meint, daß der Einfluß der ungarischen Regierung in den gemeinsamen Angelegenheiten ein bei weitem größerer sei als der der österreichischen Regierung. **16**, 27.

— Masaryk bemängelt es, daß die Verwaltung Bosniens einseitig, im Geiste der ungarischen Regierung geführt und daß das ganze Land quasi als Annex von Ungarn und nicht von Österreich-Ungarn behandelt werde. **29**, 181, 187.

— Kaftan bespricht die Einflußnahme des ungarischen Ministerpräsidenten auf die Enthebung des Grafen Kálnoky und die Ernennung des Grafen Gołuchowski. **31**, 19.

— Kaftan bedauert, daß Ungarn durch den Ausgleich vom Jahre 1867 das Übergewicht erhielt und verlangt eine vollständige Parität zwischen beiden Staaten. **31**, 19.

— Präsident Chlumecký bezeichnet die Erbauung eines eigenen Heims für die Delegation in Budapest als Wahrzeichen und Symbol der Dauerhaftigkeit und Unerschütterlichkeit des zwischen den beiden Reichshälften vereinbarten staatsrechtlichen Verhältnisses. **32**, 2.

— Wurmbrand bezeichnet es als Aufgabe des ungarischen Staates, eine Brücke zu bilden zwischen dem Osten und Westen. Diese Aufgabe könne aber nicht durchgeführt werden, ohne daß Ungarn sich klar mache, daß das gemeinsam geflossene Blut eine Gemeinsamkeit

Digitized by Google

Ungarn.

8. Staatsrechtliche Fragen.

der Interessen beider Hälften der Monarchie hervorgerufen habe, welche nicht schwinden kann, ohne daß Ungarn schwer darunter leide. Ob die Ausbildung eines streng nationalen magyarischen Staates, der die deutschen nachbarlichen Einflüsse abstoße, der richtige Weg sei, sei zweifelhaft. **32**, 18.

— Zaleski betont, daß es für die Stellung der Monarchie nach außen notwendig sei, den innigen Verband der beiden Reichshälften zu pflegen und alles zu unterlassen, was den politischen und ökonomischen Frieden zwischen denselben trüben könnte. **32**, 33.

— Sláma bespricht die Beteiligung der bosnischen Regierung an der Millenniumsausstellung; es werde behauptet, daß es sich darum gehandelt habe, die Zugehörigkeit der okkupierten Provinzen zu Ungarn zu demonstrieren, wogegen Redner protestieren müßte. **32**, 153.

Rfm. Kállay erklärt, er habe nur die Absicht gehabt, Bosnien in weiteren Kreisen durch die Ausstellung bekannt zu machen und ihm neue Absatzgebiete zu verschaffen. **32**, 158.

— Scheicher hofft, daß bald in Bosnien geordnete Verhältnisse eintreten werden, denn Österreich gebe Geld für Bosnien aus, schicke seine Soldaten hin und habe dabei nichts anderes als eine von Ungarn verwaltete Provinz. **33**, 192.

— Hochenburger behauptet, daß infolge der dualistischen Staatsform, beziehungsweise der Mängel des Organismus der Monarchie die schönsten handelspolitischen Pläne des M. Ae. papierene Pläne bleiben müssen, daß die Abhängigkeit unserer Reichshälfte von Ungarn gerade im Auslandsverkehre immer stärker zu Tage trete und daß Ungarn wichtige, im Interesse der österreichischen Ausfuhr gelegene Vorkehrungen zu hintertreiben und dadurch unsere Industrien zu unterbinden suche. Wenn Ungarn, das die größten Vorteile aus dem Dualismus zog, bei Bewilligung von gesamtstaatlichen Auslagen den einseitigen ungarischen Interessenstandpunkt vertrete, so sei es begreiflich, daß die Zahl jener, die die vollständige wirtschaftliche Trennung der beiden Reichshälften oder gar die reine Personalunion anstreben, von Tag zu Tag wachse. **34**, 43.

— Stürgkh betont, daß nicht in der mechanischen Aneinandertreibung beider Reichshälften, sondern nur in ihrer organischen Verbindung die Großmachtstellung Österreich-Ungarns fuße. **34**, 69.

— Kienmann sieht nicht ein, warum, wenn die Gemeinsamkeit seitens Ungarns so aufgefaßt werde, daß unsere Reichshälfte den Löwenanteil der Lasten auf sich nehmen soll, gerade wir die pragmatischen Bande der Gemeinsamkeit hochhalten sollen, welche uns nur Lasten bringen. Jetzt sei nicht mehr von Reichshälften, sondern nur mehr von beiden „Staaten der Monarchie" die Rede. Der wirtschaftliche Kampf werde staatsrechtliche Weiterungen im Gefolge haben und das Schlußglied dieser Entwicklung werde die Personalunion sein. Dann bereite sich aber der Zeitpunkt vor, in welchem die gemeinsame Armee nur mehr der Geschichte angehören werde. **34**, 190.

Ungarn.

8. Staatsrechtliche Fragen.

— Ferjančić tritt für die Inkorporierung Bosniens und der Hercegovina in das Königreich Kroatien auf Grund der historischen Zugehörigkeit ein und wendet sich gegen eine Behauptung des ungarischen Delegierten Ugron, wonach diese Länder ehemals eine ungarische Provinz gewesen seien. **35**, 381.

— Interpellation Iro, betreffend die Zurückziehung der bosnisch-hercegovinischen Truppen aus den im Reicherate vertretenen Königreichen und Ländern und Einverleibung Bosniens und der Hercegovina in Ungarn. **37**, 10.

— Wolf erklärt, daß die Alldeutschen auf dem Standpunkte stehen, daß der Dualismus in seiner heutigen Form politisch unsinnig und für die Deutschen verderblich sei. Die Alldeutschen sind deswegen Gegner des Dualismus und wollen an dessen Stelle die Personalunion. **37**, 228.

— Schönborn weist darauf hin, daß alle leitenden Staatsmänner, die große Mehrheit aller ernsten Politiker Österreich-Ungarns mit vielen Opfern und großen Beschränkungen, die man sich auferlegen mußte, emsig daran gearbeitet haben, die Realunion zu erhalten und die Personalunion, die als ein furchterliches Unglück zu betrachten sei, hintanzuhalten. **37**, 285.

— Resolution Iro, betreffend die Einverleibung Bosniens und der Hercegovina in Ungarn. (Abgelehnt.) **37**, 173, 530.

— Iro fordert im Sinne des Linzer Programmes die Einverleibung Bosniens und der Hercegovina in Ungarn. **37**, 462.

— Pommer erinnert gegenüber Iro daran, daß zu einer Einverleibung Bosniens und der Hercegovina in Ungarn einerseits die Zustimmung der Ungarn kaum zu erreichen wäre, andrerseits aber die davon zu gewärtigende Verslawisierung Ungarns auch im nationalen Interesse der Deutschen nicht liege, weil eine Rückwirkung auf die westliche Reichshälfte befürchtet werden müßte. Die okkupierten Provinzen sollten vielmehr Reichsländer werden, in denen der Einfluß der Westhälfte der Monarchie mindestens ebenso groß sein müßte, wie jener der Osthälfte, eigentlich aber im Verhältnis zur Quote stehen müßte. **37**, 472.

— Schönborn beklagt es schmerzlich, daß gar so leichthin von der Trennung in zwei Zollgebiete und von der Trennung der Armee gesprochen, alle gemeinsamen Angelegenheiten mit einer Art von staatsrechtlichem Schiedswaffer begossen werden, statt daß alle die Gemeinsamkeit, die im Interesse aller, des Ganzen und der Teile ist, wie ein kostbares Palladium wahren und wohl darauf achten, daß auch nicht ein Bruchteil dieser Gemeinsamkeit verloren gehe, damit nicht die Kraft, die wir noch zusen auszuüben haben, sich schwäche und schließlich verloren gehe. **38**, 155.

— Kindermann erklärt, daß die nationalen Deutschen alle, sei es von tschechischer, sei es von ungarischer Seite erhobenen unberechtigten Forderungen auf das entschiedenste zurückweisen werde. **38**, 170.

Digitized by Google

Ungarn.

8. Staatsrechtliche Fragen.

— Barwinski hebt hervor, daß durch ein gerechtes und vernünftiges Vorgehen den nicht-deutschen und nicht-magyarischen Nationalitäten gegenüber die Monarchie nicht nur im Innern gestärkt, sondern auch ihr Einfluß in der auswärtigen Politik gehoben wird. **38**, 295.

— Interpellation Bukovič, betreffend die Nichtbeachtung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Kroatien und Ungarn und die Schreibung kroatischer Ortsnamen in Verfügungen des Kriegsministeriums. **38**, 198.

— Bukovič klagt, daß das Kriegsministerium die staatsrechtliche Stellung Kroatiens gegenüber Ungarn verkenne und bei gewissen Verfügungen keine Rücksicht auf die kroatische Sprache, auf das kroatische Staatsrecht und das kroatische Nationalgefühl nehme. **38**, 313.

— Kliemann steht auf dem Standpunkte der Personalunion zwischen Österreich und Ungarn. **39**, 56.

— Oppenheimer betont, daß die in Ungarn bezüglich der Armee erhobenen Forderungen das feste Gefüge der Armee bedrohen können, wodurch die Machtstellung des Reiches nach außen eine schwere Einbuße erfahren könnte. **39**, 103.

— Aus der abgesonderten Vertretung der beiden Staatsgebiete der Monarchie bei Abschluß der Brüsseler Zuckerkonvention ist kein Präjudiz für die Folge abzuleiten. **39**, 128 (A. B.).

— Der bei der Unterzeichnung der Brüsseler Zuckerkonvention beobachtete Vorgang wurde bereits bei früheren Vereinbarungen wiederholt eingehalten. — W. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

— Doberný verweist darauf, daß heute die Trennung von Ungarn schon in aller Munde sei. **39**, 147.

— Biancini führt aus, der verstorbene Minister Kállay sei an der Spitze der Propaganda für den magyarischen Imperialismus in Bosnien und der Herzegovina gestanden. **39**, 225.

— Der Budgetausschuß drückt seine Rechtsüberzeugung dahin aus, daß die Anordnungen in Betreff der Leitung, Führung und inneren Organisation der gesamten Armee ein dem Monarchen ausschließlich zustehendes persönliches Herrscherrecht sind. **39**, 437, 495 (A. B.).

— Der Ausschußbericht weist darauf hin, daß die in dem sogenannten Neuner-Programm des ungarischen Reichstages enthaltenen Armeereformen geeignet sind, die Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit der Armeen zu gefährden. **39**, 437, 495 (A. B.).

— Stürgkh würde in der Bildung eines gesonderten Status ungarischer Offiziere innerhalb des einheitlichen Offizierskorps eine Gefährdung des Begriffes der Gemeinsamkeit der Armee erblicken. **39**, 461.

— Fiedler erörtert die Verschiedenheit der Textierung der Ausgleichsgesetze, in welcher die Quelle des ganzen Streites um die sogenannten Armeeforderungen liege. **39**, 534.

Ungarn.

8. Staatsrechtliche Fragen.

— Fiedler, Glöckner, Schönborn, Kliemann und Kramář besprechen die sogenannte Derschatta-Relation über die Kronrechte. **39**, 540, 559, 570, 607, 620.

— Kaiser August betont, die von Ungarn verlangte soweit gehende Scheidung des Offizierskorps in ein österreichisches und ein ungarisches sei der erste Schritt, der dazu führen müsse, daß unsere heutige gemeinsame Armee verschwinde. **39**, 549.

— Šusteršič betont, daß die Konzessionen, welche an Ungarn gemacht wurden, die Gemeinsamkeit des Heeres durchbrochen haben und zu einem selbständigen Heere Ungarns führen müßten. **39**, 586.

— Kliemann erklärt, die Ungarn sollen ihre selbständige Armee haben, aber sie sollen auch die Kosten dafür tragen. **39**, 606.

9. Zoll- und Handelsbündnis (Ausgleich).

Fürstenberg weist auf die schädlichen Folgen des bloß auf zehn Jahre geschlossenen Zoll- und Handelsbündnisses hin und tritt für die Vereinbarung eines handelspolitischen Systems zwischen den beiden Reichshälften ein. **12**, 21.

— Die beiden Reichshälften mögen sich über eine grundsätzliche Haltung der Handelspolitik einigen und ein oft ungerechtfertigtes Mißtrauen und die Verfolgung einseitiger Interessen zurücktreten lassen (Ausschußbericht). **12**, 59.

— Kaftan betont, daß ohne dauernden Frieden in den Ländern der böhmischen Krone die Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn nicht möglich sei. **31**, 21.

— Jaworski wälzt die Schuld, daß bisher eine Einigung im Abgeordnetenhause über die Ausgleichsfragen nicht zu stande kam, von der Majorität ab und erblickt in der Anwendung des § 14 keine Gesetzesverletzung. **33**, 367.

— Scheicher glaubt, daß die Anwendung des Verordnungsrechtes auf den Ausgleich die Stimmung unter den Völkern nur noch verschlimmern werde. **33**, 373.

— Hofmann v. Wellenhof ist bereit zu einer sachlichen Prüfung des Ausgleiches, wird aber wie einem solchen Ausgleiche zustimmen, welcher das gegenwärtige Abhängigkeitsverhältnis Österreichs gegenüber Ungarn aufrecht erhalte. **33**, 376.

— Gomperz vermag es nicht zu fassen, daß es zwei getrennte Wirtschaftsgebiete in unserer Monarchie geben solle. Solange jede Unterstützung unseres Exports und unserer Industrie schon als Benachteiligung Ungarns betrachtet werde, so lange sei auch keine Hoffnung auf das Zustandekommen eines beide Teile befriedigenden Ausgleiches. Mit dem Aufhören der wirtschaftlichen Einheit müßten aber auch für die Wohlfahrt beider Staaten und die Machtstellung der Monarchie die bedenklichsten Folgen eintreten. **34**, 18.

— Chiari hält es für eine Notwendigkeit zum Gedeihen des Reiches, daß Österreich und Ungarn in möglichst innigem Kontakte mit einander stehen. Österreich müsse trachten, einen Ausgleich mit Ungarn möglichst zu

Digitized by Google

Ungarn.

9. Zoll- und Handelsbündnis (Ausgleich).

begünstigen, aber auch darnach, daß die Interessen beider Reichshälften in gleicher Weise gewahrt werden. Die Deutschen sehen im Heere eines der wenigen einigenden Bande, welche uns noch mit Ungarn verbinden und den Träger des zentralisierenden altösterreichischen Staatsgedankens, für welchen die deutsche Minorität eintreten müsse gegenüber einer föderalisierenden Majorität und gegen die österreichische Regierung. **34**, 26.

— Axmann bedauert es, daß Österreich bezüglich des Ausgleiches vor ein fait accompli gestellt werde, daß Ungarn sich auf die selbständige wirtschaftliche Basis stellen wolle. Österreich werde sich nicht einschüchtern lassen, ob die Personalunion eingeführt oder ob Zollschranken errichtet werden, man werde sehen, auf welcher Seite die wirtschaftliche Kraft stärker sein werde. **34**, 38.

— Oppenheimer führt aus, kein Staat, keine Industrie irgend eines Staates wäre in der Lage, alle zehn Jahre einen Kampf um die Erneuerung des Ausgleiches zu ertragen, der ja in der Regel schon einige Jahre vor dem endgültigen Abschlusse des Ausgleiches entbrenne. Die Art und Weise, wie die Ausgleichsaktion bisher geführt wurde, sei eigentlich dazu angetan, den Extremen in beiden Lagern das Übergewicht zu verschaffen und den Ausgleich illusorisch zu machen, denn der unter Badeni vereinbarte Ausgleich sei auch für den, der den Ausgleich wolle, unmöglich. **34**, 45.

— Mauthner bespricht die Notwendigkeit der Perfektionierung des Ausgleiches mit Ungarn und der Erstellung des autonomen Zolltarifs für die Handelsvertragsverhandlungen. Dem industriellen Panamerika müsse ein wirtschaftliches Paneuropa entgegengesetzt werden. **36**, 45.

— Lecher bespricht die Eventualität, daß bis zum Jahre 1903 ein Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn nicht zu stande komme und die Frage, ob es möglich sei, Handelsverträge mit der Geltung bis zum Jahre 1907 zu schließen. Er ist der Ansicht, daß derartige Handelsverträge für die Monarchie und die übrigen Kompaziszenten überhaupt keinen Wert besitzen. Er hegt kein Vertrauen in die Unterordnung österreichischer oder ungarischer Politiker unter den gemeinsamen Gedanken, kein Vertrauen in die Möglichkeit, auch dem Standpunkte des Gegners Rechnung zu tragen, die einzige Hoffnung sei, daß die wirtschaftliche Konzentrierung von England und Amerika, die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands auch endlich in Mitteleuropa eine gewisse Reform der Ideen, einen Zusammenschluß zeitigen werde. **37**, 296.

— Erneuerung der Handelsverträge. — Eine Vereinbarung über den autonomen Zolltarif, sowie die Perfektionierung des wirtschaftlichen Ausgleiches zwischen Österreich und Ungarn sind die unausweichlichen Voraussetzungen einer diesfalls ersprießlichen Aktion. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

— Kaftan erklärt, das Schicksal des österreichisch-ungarischen Ausgleiches hänge von der Erfüllung der gerechten Forderung der slawischen Völker des Reiches nach Gleichberechtigung ab. **38**, 25.

Ungarn.

9. Zoll- und Handelsbündnis (Ausgleich).

— Groß Gustav bemerkt, die Aufrechthaltung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn sei im Interesse des Gesamtstaates dringend zu wünschen, aber eine unbedingte Voraussetzung für die Gestaltung unserer auswärtigen handelspolitischen Beziehungen, wie M. Ae. Goluchowski meinte, sei sie, für Österreich wenigstens, nicht. **38**, 42.

— Doberenz meint, die Zolltrennung von Ungarn sei nicht unter allen Umständen zu verlangen, aber auch nicht zu fürchten. Gegenüber Ungarn sei eine gesunde egoistische Heimatspolitik zu treiben. **38**, 49.

— Kramář glaubt, die wirtschaftliche Trennung Österreichs von Ungarn würde Österreich zu einer Zollunion mit Deutschland zwingen, wodurch am allerersten die Dynastie und die slawischen Völker affiziert würden. **39**, 32.

— Kaftan bespricht die Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleichs und die Armeefrage. **39**, 43.

— Lobkowitz Ferdinand führt aus, daß die wirtschaftliche Gemeinsamkeit mit Ungarn bei einer etwaigen Zweiteilung des Heeres etwas ganz Unmögliches wäre. **39**, 531.

10. Verschiedenes.

Beileidskundgebung des Präsidenten der Delegation anläßlich des Ablebens des Präsidenten der ungarischen Akademie der Wissenschaften. **3**, 511.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Reform des Militärgerichtswesens. **3**, 562
(Mitteilung, daß der Reform nach immer Hindernisse entgegenstehen. Exposé zum Budget 1872.)

— Im Ausschußberichte wird bemerkt, daß die Aktivierung der Strafprozeßordnung mangels der Justizinnung der ungarischen Regierung zum Entwurfe im Jahre 1880 nicht in Aussicht stehe. **12**, 96.

— Übernahme der Arbeiten am Eisernen Tore durch Ungarn. **13**, 49; **14**, 26 (A. B.).

— Nachtragskredit aus Anlaß der den Gagisten und der Mannschaft der Garnison Budapest für die Dauer der Landesausstellung (1. Mai bis 31. Oktober 1895) bewilligten Teuerungszulagen. Begründung des Budgets 1886.

— Coronini regt die Erwerbung eines eigenen Heims für die Tagung der österreichischen Delegation in Budapest an. **26**, 13.
Rv. Sektionschef Szögyény teilt mit, daß der Minister des Äußern bereit sei, sich mit der k. k. Regierung hierüber ins Einvernehmen zu setzen. **26**, 211.

— Präsident Chlumecký bezeichnet den Umstand, daß die Delegation zum erstenmale in ihrem eigenen Heim tage, als Symbol der Dauerhaftigkeit und Unerschütterlichkeit des zwischen beiden Reichshälften vereinbarten staatsrechtlichen Verhältnisses. **32**, 2.

— Pattai beklagt es, daß in der anderen Reichshälfte unter der giftigen Einwirkung einer gewissen Presse eine Entfremdung zwischen dem Lande und der gemeinsamen Armee einzutreten droht. Auch wünscht er, daß

Digitized by Google

Ungarn.

10. Verschiedenes.

in Ungarn nichts geschehe, was das christliche Gefühl der Bevölkerung Österreichs zu verletzen geeignet wäre. **31**, 252.

— Kaftan nimmt gegen das Vorgehen Ungarns in der Frage der Stromgebühren an den Donaukatarakten und am Eisernen Tore Stellung und befürwortet, im Sinne der Anregungen Rumäniens und Deutschlands, die Peage daselbst aufzuheben und die Regulierungskosten auf die Donauuferstaaten aufzuteilen. **35**, 376.

— M. Ae. Gokuchowski gibt Aufklärungen über die Bemessung der Stromgebühren am Eisernen Tor. **35**, 454.

— Interpellation Vuković, betreffend den Besuch bosnischer Kaufleute in Budapest. **38**, 10.

— Kindermann bespricht die Besteuerung österreichischer Firmen in Ungarn. **38**, 169.

— Interpellation Biankini, betreffend das Vorgehen des österreichisch-ungarischen Vertreters in Santiago, Grafen Storzenski, gegen den Verein „Slavjansko pripomoćno družtvo" in Autofagasta anläßlich der Protestkundgebungen der kroatischen Emigranten wegen der magyarischen Tyrannei in Kroatien. **39**, 14.

— Baernreither fragt, ob das Gerücht von der geplanten Errichtung eines Arsenals in Ungarn wahr sei. **39**, 659.

Rv. Sektionschef Röckenzaun verneint diese Frage. **39**, 667.

Uniformierung.

Baernther fragt den Kriegsminister, in welchem Stadium sich die Frage der Anschaffung neuer Uniformen befindet. **32**, 82.

— Wassilko Georg empfiehlt die Gewährung von Epauletten an die Offiziere nach dem Muster der meisten europäischen Staaten. **38**, 230.

Universität in Triest, ſ. Äußere Politik.

Unterkünfte für das Heer, ſ. Militärunterkünfte, zinstarif.

Unteroffiziere.

Fux Johann befürwortet die Einführung von Aktivitätszulagen zur Erhaltung des Standes der Unteroffiziere. **12**, 75.

— Richter bespricht die ungenügende Versorgung ausgedienter Unteroffiziere im Zivildienste und verlangt die Schaffung eines Evidenzbureaus beim Kriegsministerium. **27**, 48.

— Nachtragskredit pro 1898 zur Deckung des Mehraufwandes für die den über die Präsenzdienstpflicht weiter dienenden Unteroffizieren der Marine zu gewährenden Begünstigungen Budget 1899.

— Kottulinsky bedauert, daß es der Kriegsverwaltung nicht möglich war, bessere Einrichtungen zur Heranziehung von geschulten und länger dienenden Unteroffizieren zu schaffen. Dem Mangel an solchen Unteroffizieren könnte nur durch Gewährung einer bescheidenen Altersversorgung oder durch Abfertigungen abgeholfen werden. **34**, 193.

Unteroffiziere.

Km. Krieghammer weist darauf hin, daß die Verbesserung der Lage der länger dienenden Unteroffiziere angebahnt und auch die Einführung von Abfertigungen im Budget bereits enthalten sei. **34**, 205.

— Behufs Erhaltung der notwendigen Anzahl tüchtiger Unteroffiziere über die gesetzliche Dienstpflicht sollen den Unteroffizieren in der Kriegsmarine materielle Begünstigungen gewährt werden. **34**, 257 (A. B.).

— Iro ist bereit, für die Einrichtung obligater Unteroffiziers-Bildungsanstalten zur Schaffung eines ständigen Unteroffizierskorps die nötigen Mittel zu bewilligen. **37**, 94.

— Der Ausschuß konstatiert mit Befriedigung, daß die Einführung von Abfertigungen und die teilweise Erhöhung des Ausmaßes an Dienstprämien von Erfolg begleitet waren, indem die Zahl der zur freiwilligen Fortsetzung des Präsenzdienstes sich meldenden Unteroffiziere im Steigen begriffen sei. **37**, 125 (A. B.).

Unteroffiziers-Dienstprämien, ſ. auch **Militärversorgungswesen.**

Unteroffiziere, Rechnungs-.

Interpellation Šusteršič, betreffend die Regelung der Stellung der Rechnungsunteroffiziere. **39**, 574.

Beantwortet vom Km. Pitreich. **39**, 726.

Urlaube, ſ. Beurlaubungen.

V.

Valle, ſ. Festungswerke 3.

Valuta.

Antrag Pippitz bezüglich gesetzlicher Maßnahmen gegen die Schwankungen der Valuta. (Angenommen.) **2**, 90, 346.

— Wolfrum bespricht die Schwankungen der Valuta und die Umschreibung der Bankforderung an den Staat per 80 Millionen auf die österreichische Reichshälfte. **3**, 26.

— Übertragung der Schuld an die Nationalbank von 80 Millionen Gulden in die Bücher der Staatsschuldenkassa.

Berichterstatter Demel Johann beantragt:

1. Die Erklärung des gemeinsamen Ministeriums, daß durch die lediglich administrative Verfügung, betreffend die Übertragung der Bankschuld in die Bücher der Staatsschuldenkassa, kein Präjudiz geschaffen werden könnte, zur Kenntnis zu nehmen und seitens der Delegation zu erklären, daß ein solcher administrativer Akt ein Präjudiz nicht schaffen kann. (Angenommen.)
2. Die Übertragung der 80 Millionen-Schuld an die Nationalbank in die Bücher der Staatsschuldenkassa ist nicht zu rechtfertigen, die Delegation findet es daher bedauernd, daß bei dem Umstande, als die österreichische Staatsschulden-Kontrollkommission sowie das österreichische Finanzministerium sich gegen die Eintragung in die Bücher der Staatsschuldenkassa ausgesprochen haben, die Eintragung dennoch verfügt, die Verfügung aufrecht erhalten und vollzogen wurde. **3**, 533—546. (1. Absatz angenommen, 2. Absatz abgelehnt.)

(Redner: Berichterstatter Demel, Wolfrum, Wickenburg, Reichskanzler Beust, Herbst.)

Digitized by Google

Parma, s. Konsulate.

St. Veit, s. Pulverwesen.

Venedig, s. Konsulate.

Venusdurchgänge, s. Expeditionen.

Verneruz, s. Konsulate.

Vereine.

Errichtung von militärwissenschaftlichen Lesevereinen in gedienten Garnisonsorten. Begründung zum Budget 1873.

— Antrag Burg auf Subventionierung von militärwissenschaftlichen Vereinen (Abgelehnt.) **5**, 172, 187.

— Debatte über die Subventionierung von militärwissenschaftlichen Vereinen. **6**, 62—69.

(Redner: Klier, Burg, Rechbauer, Mertens, Tinti, Km. Kuhn, Berichterstatter Demel Johann.)

— Interpellation Kokoschinegg, Heilsberg, betreffend das Verbot des Beitritts von Reserveoffizieren und Einjährig-Freiwilligen zu Studentenverbindungen. **29**, 7.

Beantwortet vom Km. Bauer. **29**, 235.

— Petitionen verschiedener Studentenverbindungen in derselben Angelegenheit. **29**, 247—258.

(Antrag des Ausschusses, die Petitionen dem Kriegsministerium mit der Aufforderung abzutreten, eine Revision der auf die Stellung der Reserveoffiziere bezüglichen Bestimmungen in Erwägung zu ziehen.— Redner: Berichterstatter Klucki, Schorn, Kokoschinegg, Masaryk, Zueß Eduard, Hartel, Km. Bauer.)

— Interpellation Gessmann, betreffend die Gründung des österreichisch-ungarischen Offiziers- und Militärbeamtenvereines. **36**, 12.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **36**, 277. (S. auch **36**, 188.)

— Interpellation Sylvester, betreffend den Erlaß des Reichskriegsministeriums in Angelegenheit des Vereines pensionierter Offiziere und Militärbeamten. **37**, 14.

— Interpellation Pommer, in derselben Angelegenheit. **37**, 106. Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 192.

— Kaftan bespricht die Maßnahmen der Heeresleitung gegen den Verein der pensionierten Offiziere und Militärbeamten. **37**, 50.

— Pommer bespricht den Erlaß des Kriegsministers in Angelegenheit des Vereines der pensionierten Offiziere und Militärbeamten und bezeichnet denselben als Verletzung der Staatsgrundgesetze, da diese Pensionisten sowie andere zivile Staatsbürger dem Kriegsminister nicht mehr unterstehen. **37**, 63.

— Wassilko Nikolaj bespricht den Erlaß des Kriegsministers in Angelegenheit des Vereines der pensionierten Offiziere und Militärbeamten. **37**, 77.

— Vogler wünscht Aufklärung über das Vorgehen der Kriegsverwaltung in dieser Angelegenheit. **37**, 81.

— Axmann bespricht den Erlaß des Kriegsministers gegen den Verein pensionierter Offiziere und Militärbeamten und verlangt, daß auch den Militärpensionisten die volle politische Freiheit gewahrt bleibe. **37**, 178.

— Berichterstatter Waltenskirchen Franz reflektiert auf die Angelegenheit des Pensionsvereines und bedauert, nach

Vereine.

der jüngsten an eine Zeitung gerichteten Erklärung des Vereinspräsidenten nicht mehr als Anwalt des Vereines auftreten zu können. **37**, 264.

— Pommer bedauert, daß der Kriegsminister in der Angelegenheit des Vereines der Militärpensionisten nicht ein versöhnendes Wort für seine schwer gekränkten Kameraden gefunden habe und findet es merkwürdig, auf welche Art die Kriegsverwaltung in die Kenntnis der Namen sämtlicher Mitglieder des Vereines gekommen sei. Dies sei in ungesetzlicher Weise durch das Wiener II. Korpskommando geschehen, welches nicht die Behörde sei, die sich mit einem Vereine zu beschäftigen das Recht gehabt hätte. Der Minister hätte offen erklären sollen, er sei zu weit gegangen. In den Resolutionen und Petitionen des Vereines liege absolut kein Übergriff auf das politische Gebiet und keinerlei agitatorische Tätigkeit. **37**, 205.

— Interpellation Vuković, betreffend das Vorgehen gegen den Verein der pensionierten Offiziere und Militärbeamten und dessen Präsidenten Feldzeugmeister Kober. **38**, 75.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **38**, 388.

Vereins- und Versammlungsrecht, Preßfreiheit.

Interpellation Rechbauer, betreffend die Einschränkung derselben für Militärpersonen. **1**, 313.

Beantwortet vom Km. Kuhn. **1**, 389.

Verfassungsrechtliche Fragen, s. Staats- und verfassungsrechtliche Fragen.

Verhandlungssprache.

Ljubiša hält eine Rede in italienischer Sprache. **9**, 43.

— Klaić hält eine Rede in italienischer Sprache. **11**, 24, 36.

— Sturm gibt seiner Freude Ausdruck, daß der Delegierte Klaić seit einiger Zeit seine Reden in deutscher Sprache halte. **13**, 72.

— Biankini beginnt seine Reden in kroatischer Sprache. **31**, 24; **39**, 37, 105, 209, 223, 280, 392, 451.

— Zaffron beginnt seine Reden in kroatischer Sprache. **40**, 25, 100, 360, 375.

Verlassenschaften.

Behandlung derselben. Konvention mit Frankreich. Rotbuch Nr. 1.

Verlegung der Regimenter, s. Dislokationen.

Verpflegskosten.

Resolution Elz, betreffend den aus dem gemeinsamen Budget zu bestreitenden Ersatz der Auslagen für die Verpflegung der im Inlande erkrankten Ausländer an die Landesfonde. (Angenommen.) **38**, 169.

Verpflegswesen, s. Militärverpflegswesen.

Versorgung fortdienender Unteroffiziere, s. Militärversorgungswesen.

Versorgungswesen, s. Militärversorgungswesen, Pensionen.

Digitized by Google

Verwaltung, ökonomische.

Trennung derselben vom militärischen Kommando. Exposé zum Budget 1869.

— der Armee, s. Militärverwaltung.

Verzehrungssteuer, s. Wien.

Verzehrungssteuerrestitutionen und Zollgefälle, s. Zollgefälle.

Veterinärwesen.

Vermehrung des Standes der Tierärzte. Heeresordinarium 1881 und **13**, 89 (A. B.).

— Kaiser Aug. wünscht größere Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse, welche die Landwirtschaft gegenüber einem Tierarzneiinstitute habe. **33**, 84.

— Gefsmann ersucht das Ministerium des Äußern, im Interesse des österreichisch-landwirtschaftlichen Exports seinen Einfluß in Ungarn geltend zu machen, damit dort auf dem Gebiete der Veterinärpolizei endlich Ordnung geschaffen werde. **35**, 422.

— Petition des Rektorates der tierärztlichen Hochschule in Lemberg wegen Kreierung von Stipendien. **39**, 718.

— s. auch Handelsverträge (Deutschland, Rumänien, Serbien), Konsularwesen 1.

Vetorecht, s. Papst.

Viehsalz, s. Salz.

Viehverkehr, Vieheinfuhr, s. Handelsverträge (Italien, Rumänien).

Virements.

I. Session. Budget für das Jahr 1868.

Ministerium des Äußern:

Das Virement ist bei jedem der einzelnen Titel für die darin vorkommenden Postnummern gestattet, mit Ausnahme des Titels „für geheime Dienstesauslagen" **1**, 53.

Kriegsministerium:

Das Virement zwischen sämtlichen Titeln im Ordinarium ist gestattet. **1**, 219; im Extraordinarium nicht gestattet. **1**, 240.

Marine:

Das Virement mit der Beschränkung gestattet, daß dasselbe den ersten zwei Titeln (Administration) nicht zu gute komme, hingegen die daselbst oder unter den übrigen Titeln zu machenden Ersparnisse auf die Titel „Flottenstand" und „Land- und Wasserbauten" verwendet werden können, **1**, 151, 225.

Finanzministerium:

Das Virement ist hinsichtlich der Posten desselben Titels gestattet. **1**, 67, 231.

Virements.

Budget für das Jahr 1869.

Ministerium des Äußern:

Wie oben beim Budget 1868. **1**, 275.

Kriegsministerium:

Ein Virement zwischen den einzelnen Titeln des Ordinariums ist nicht gestattet. **1**, 339.

Im Extraordinarium ist das Virement zwischen dem transitorischen außerordentlichen Erfordernis für die Supernumerären und dem ordentlichen Erfordernis „Versorgungswesen" gestattet. **1**, 372.

Marine:

Das Virement wird unter den ersten fünf Titeln gestattet, bei den übrigen innerhalb der einzelnen Titel insoweit beschränkt, daß im vierten Titel dasselbe nur zu Gunsten, nicht jedoch zur Verkürzung der Marineakademie zur Anwendung komme. **1**, 299.

Finanzministerium und Rechnungskontrolle:

Das Virement ist nur innerhalb der einzelnen Titel, keineswegs aber zwischen den einzelnen Titeln gestattet. **1**, 285, 379.

II. Session. Budget für das Jahr 1870.

Ministerium des Äußern:

Wie bei den Budgets 1868 und 1869. **2**, 87, 333.

Kriegsministerium:

Das Virement wird nur innerhalb jedes der einzelnen Titel gestattet; dagegen ist ein Virement zwischen den einzelnen Titeln nicht gestattet. **2**, 288.

Marine:

Das Virement ist innerhalb der ersten fünf Titel unbeschränkt; bezüglich der letzten fünf Titel nur innerhalb der einzelnen Titel; ferner zwischen der Post „Supernumeräre" und dem Titel „Versorgungsauslagen" gestattet. **2**, 210 bis 211.

Finanzministerium:

Das Virement ist bei den Titeln „Zentralleitung" und „Zentralkasse" zwischen einzelnen Posten gestattet **2**, 337.

III.—VI. Session. Budgets für die Jahre 1871, 1872, 1873, 1874.

Zwischen den in diesen Staatsvoranschlägen bewilligten Titeln und einzelnen Posten findet ein Virement nicht statt.

VII. Session. Budget für das Jahr 1875.

Kriegsministerium.

Zwischen den einzelnen Titeln und Posten des Ordinariums findet ein Virement nicht statt; ausnahmsweise wird jedoch gestattet, daß etwaige Ersparungen bei den Titeln „Truppenkörper und allgemeine

Digitized by Google

Virements.

Kriegsministerium.

Truppenauslagen" und „Unterkunftsauslagen" zur Bestreitung etwaiger Abgänge bei den Titeln „Naturalienverpflegung", „Mannschaftskost" und „Montur- und Bettenwesen" verwendet werden dürfen. **7**, 189, 203.

VIII. Session. Budget für das Jahr 1876.

Kriegsministerium.

Ebenso wie beim Budget 1875. **8**, 95.

IX. Session. Budget für das Jahr 1877.

Im ordentlichen Voranschlage findet kein Virement statt.

Beim Nachtragskredite zum Heeresordinarium für das Jahr 1876 wird zwischen den Titeln „Truppenkörper" und „Unterkunftsauslagen" das Virement gestattet. **9**, 219.

X Session. Budget für das Jahr 1878.

Kriegsministerium.

Ausnahmsweise wird gestattet, daß etwaige Ersparungen im Ordinarium bei den Titeln „Truppenkörper und allgemeine Truppenauslagen" und „Unterkunftsauslagen" zur Bestreitung etwaiger Abgänge bei den Titeln „Naturalienverpflegung", „Mannschaftskost", „Montur- und Bettenwesen" verwendet werden dürfen. **10**, 311.

Resolution, betreffend die Unzulässigkeit eines vorgenommenen Virements im Extraordinarium des Heeres. **10**, 357.

XI. Session. Budget für das Jahr 1879.

Kriegsministerium.

Ausnahmsweise wird gestattet, daß etwaige Ersparungen im Ordinarium beim Titel „Truppenkörper und allgemeine Truppenauslagen" zur Bestreitung etwaiger Abgänge bei den Titeln „Naturalienverpflegung" und „Mannschaftskost" verwendet werden dürfen. **11**, 337.

XII. Session. Budget für das Jahr 1880.

Kriegsministerium. Ordinarium.

Wie oben beim Budget 1879. **12**, 197—198.

Okkupationskredit.

Zwischen den Titeln und Rubriken wird dem Kriegsminister das Virement gestattet. **12**, 163.
(Die Regierung hatte einen Pauschalkredit angesprochen.)

Im Allgemeinen.

Das Virement soll die Bedeutung haben, für vorübergehende Bedürfnisse eines Teiles der Verwaltung auf die augenblicklichen Ersparungen einer anderen Rubrik greifen zu können, die Übertragung einer dauernden Ersparung eines Spezialpostens soll aber nicht zur Bedeckung einer regelmäßigen Überschreitung verwendet werden. **12**, 61. (Ausschußbericht.)

Virements.

XIV. Session. Budget für das Jahr 1881.

Kriegsministerium:

(Ordinarium) und Okkupationskredit wie oben beim Budget 1880. **13**, 243, 245.

XV. Session. Budget für das Jahr 1882.

Kriegsministerium:

(Ordinarium) wie oben beim Budget 1881. **14**, 247.

Okkupationskredit.

Zwischen den Titeln und Rubriken (ausgenommen einige ganz bestimmte Posten) ist das Virement gestattet **14**, 249.

XVI. Außerordentliche Session im Jahre 1882.

Der Budgetausschuß teilt den Pauschalkredit von 23,258.000 fl. zur Unterdrückung der Bewegung im Süden der Monarchie im Jahre 1882, mit Rücksicht auf die darin enthaltenen Beträge, die eine dauernde Belastung der Staatsfinanzen nach sich ziehen, in zwei Teile, zwischen denen ein Virement nicht zulässig ist. **16**, 22—23.

XVIII.—XXIII. Session. Budgets für die Jahre 1883—1897.

Okkupationskredit.

wie oben beim Budget 1882. **17**, 196.

XXIV. — XL. Session. Budgets für die Jahre 1898—1905.

Keine Virements.

Völkerrecht, s. Ostasiatischer Krieg.

Voranschlag, s. Budget.

Vorarlberg.

Loser wünscht eine Verstärkung der Garnison von Vorarlberg um ein Bataillon und Verlegung eines Stabes nach Bregenz. **35**, 96.

— s. auch Einberufungen.

Vorräte.

Nuntium der ungarischen Delegation, betreffend die Entsendung einer Kommission behufs Prüfung der Vorräte. **3**, 40, 211.

— Resolution des Berichterstatters Bresztel, betreffend die Aufnahme der Vorräte bei den Truppen und Unterabteilungen, der Augmentationsvorräte der Spitäler und des Standes an ärarischen Pferden in das Inventar des beweglichen Vermögens des Heeres. (Angenommen.) **5**, 219.

— Resolution des Berichterstatters Coronini, betreffend die Einrechnung der jeweiligen Ergänzung der verbrauchten Vorräte in die Belastung desjenigen Jahres, in welchem die Vorräte tatsächlich zur Verwendung gelangt sind. (Angenommen.) **6**, 160.

Digitized by Google

Vorschuß, s. Budgetprovisorium.

Vorschußgeschäft.

Antrag des Berichterstatters Herbst, die Angelegenheit wegen Deckung der Kosten des im Jahre 1870 abgeschlossenen Vorschußgeschäftes zur verfassungsmäßigen Behandlung an die Ministerien der beiden Staatsgebiete zu leiten, welche zur Ausführung dieser Finanzoperation die Ermächtigung erteilten. (Angenommen.) **4**, 194.

— s. auch Finanzministerium (Budget pro 1872).

Vorsichtsmaßregeln, militärische.

Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Mißbilligung darüber, daß anläßlich des deutsch-französischen Konfliktes Vorsichtsmaßregeln in einem durch die Notwendigkeit nicht gebotenen Umfange ergriffen wurden. — Antrag Wickenburg, statt „Mißbilligung" das „Bedauern" auszusprechen. (Ablehnung beider Anträge.) **3**, 390—393.

— Anforderung eines außerordentlichen Kredites von 52·5 Millionen für teilweise durchgeführte militärische Vorsichtsmaßregeln und weitere militärische Maßnahmen. **22**, 1.

Bericht (Berichterstatter Mattuš) und Verhandlung. **22**, 3.

— Der im März 1887 bewilligte außerordentliche Kredit per 52·5 Millionen wird rücksichtlich der noch nicht verausgabten Summen für erloschen erklärt. **23**, 30.

— Außerordentlicher Kredit von 47 Millionen Gulden für die teilweise bereits verfügte und weiter noch anzuordnende, beziehungsweise in Aussicht genommene Fortsetzung der im Jahre 1887 begonnenen militärischen Vorsichtsmaßregeln. **24**, 3.

(Obwohl alle Kabinette Europas sich in dem Wunsche, den Frieden zu erhalten, begegnen, so bestehen doch noch immer jene Umstände, welche auf Erhöhung und Vervollkommnung der Wehrkraft der Monarchie als sicherste Gewähr des Friedens hinweisen. Die gemeinsame Regierung hat daher die unaufschiebbarsten Maßnahmen mit 29·2 Millionen Gulden (wovon 16 Millionen für die Marine) in Aussicht genommen und hievon in Anbetracht der Dringlichkeit 16 Millionen bereits verwendet und verlangt hiefür die Indemnität, zugleich die Ermächtigung, 13·2 Millionen (wovon 1·6 Millionen für die Marine) für weitere dringende Maßnahmen zu verwenden und für etwaige außerordentliche Heereserfordernisse Ausgaben bis 17·6 Millionen zu bestreiten. Budget 1889.)

Bericht (Berichterstatter Falkenhayn) und Verhandlung. **24**, 97—106.

(Redner: Chlumecký, Richter, Zedtwitz Curt, Mattuš, Moscon.)

Vorspannswesen.

Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Verrechnung der Vorspannsgebühren. **3**, 558.

(Mitteilung, daß den hiebei ausgesprochenen Wünschen nicht Rechnung getragen werden kann. Exposé zum Budget 1872.)

— Lemisch fordert die endliche Regelung des Vorspannswesens. **35**, 168.

Burla, s. Konsulate.

W.

Wachdienst.

Interpellation Pommer, betreffend die Härten beim Wachdienste. **37**, 321.

Beantwortet vom Km. Krieghammer. **37**, 491.

Währung.

Notwendigkeit einer allgemeinen Münzeinigung. Notbuch Nr. 1.

— Zulassung der österreichischen 4- und 8 fl.-Goldmünzen als Zahlungsmittel bei den öffentlichen Kassen in Frankreich, beziehungsweise allen Staaten der lateinischen Münzunion. Notbuch Nr. 8.

— Aufstellung des Budgets pro 1900 in der Kronenwährung. Denkschrift zum Budget 1900 und **35**, 107 (A. B.). Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Einstellung einer Münzbewertungsdifferenz für die in effektivem Golde zu leistenden Zahlungen. **35**, 110 (A. B.).

— Bedeutung der Münzbewertungsdifferenz für den in der Kronenwährung aufgestellten Voranschlag des Ministeriums des Äußern pro 1900. **35**, 391 (A. B.).

Wänzlgewehre, s. Waffenwesen.

Wäsche, s. Leinen, Lieferungswesen 2.

Waffenübungen, s. Einberufungen.

Waffenwesen.

(1. Bewaffnung der Infanterie, Jäger, Kavallerie etc. — 2. Bewaffnung der Artillerie. — 3. Bewaffnung der Flotte. — 4. Allgemeines.)

1. Bewaffnung der Infanterie, Jäger, Kavallerie und des Trains.

a) Hinterladegewehre:

Neubewaffnung der Armee mit Hinterladegewehren. (Antrag Ziemialkowski auf eine höhere Einstellung — in namentlicher Abstimmung abgelehnt). **1**, 153—173.

— Rechbauer bemängelt den immer steigenden Preis der Hinterladegewehre. **2**, 226.

— Petition der Gewehrfabrikanten Wänzel & Sohn um Entschädigung für jedes Stück Gewehr ihres in der Armee eingeführten Hinterladesystems und um eine Prämie für die nach ihrem System umgestalteten Gewehre. **2**, 299; **3**, 487; **6**, 141.

— Notwendigkeit der Bewaffnung der Kavallerie mit Hinterladekarabinern. Begründung zum Budget 1869.

b) Wendlgewehre:

Antrag des Berichterstatters Banhans, den Erlös für die an die Landwehr überlassenen Jägerstutzen zur Anschaffung neuer Wendlinfanteriegewehre zu bestimmen. (Angenommen.) **3**, 195.

— Resolution des Berichterstatters Banhans, betreffend die Verwertung der durch Anschaffung von Wendlgewehren frei werdenden Wänzelgewehre. (Angenommen.) **3**, 426.

(Mitteilung über die erfolgte Verwertung. Exposé zum Budget 1872.)

Digitized by Google

Waffenwesen.

b) Werndlgewehre:

— Antrag des Berichterstatters Bauhaus auf Annahme der Resolution der ungarischen Delegation wegen Einholung der vorläufigen Zustimmung der Delegationen bei größeren Bestellungen. (Angenommen.) **3**, 563.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Auferstigung eines Teiles der Werndlgewehre in der Pester Waffenfabrik. **3**, 569.

(Mitteilung, daß dem Wunsche nicht mehr entsprochen werden könnte. Exposé zum Budget 1872.)

— Anschaffung von 50.000 Stück Werndlgewehren. **4**, 152.

— Anforderung für die Anschaffung von 75.000 Werndl-Infanterie- und Jägergewehren.

Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen, **6**, 149, 160, 165.

Vernahme einer gemeinsamen Abstimmung. (Ablehnung der Anforderung.) **6**, 168, 176.

— Anschaffung von 50.000 Werndl-Infanterie- und Jägergewehren. **7**, 126.

— Neuerliche Anschaffung von 50.000 Gewehren mit Werndlverschluß. **8**, 121.

— Nachdem Infanterie, Jäger und Kavallerie mit Werndlgewehren versehen sind, sollen auch die Genie- und Pionierregimenter damit ausgerüstet werden.

Begründung zum Budget 1877.

— Anschaffung von 20.000 Extraforps-Hinterladegewehren mit Werndlverschluß nebst Munition für die Genie- und Pioniertruppen. **9**, 191 (A. B.).

— Adaptierung der Werndlgewehre für verstärkte Patronen-Außerordentliches Heereserfordernis pro 1879 und **11**, 59—76.

(Der Ausschuß beantragt die Ablehnung dieser Anforderung; über Antrag Widmann-Sedlnitzky Viktor wird dieselbe jedoch in namentlicher Abstimmung von der Delegation bewilligt.)

(Redner: Berichterstatter Demel Johann, Widmann-Sedlnitzky Viktor, Latour, Dumba, Pirquet, Sturm, Dunajewski, Schaup, Rheven-Hüller-Metsch Johann Karl, Kn. Hyland-Rheidt, Foregger, M. Ae. Andrássy.

c) Wänzelgewehre:

Antrag des Berichterstatters Coronini Franz auf Annahme der Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Einstellung des Erlöses aus den Wänzelgewehren als besondere Einnahmspost in den Staatsvoranschlag. **8**, 191. (Angenommen.)

(Mitteilung, daß das Kriegsministerium den Erlös für Wänzelgewehre unter die eigenen Einnahmen eingestellt hat. Budget 1877.)

d) Repetiergewehre:

Infolge der Wahrnehmung, daß in mehreren Staaten die Einführung von Repetiergewehren aus dem bisherigen Versuchsstadium in jenes der wirklichen Durchführung getreten ist, verlangt das gemeinsame Kriegsministerium 3,500.000 fl. für Beschaffung von Repetiergewehren. Begründung des Extraordinariums 1887.

Waffenwesen.

d) Repetiergewehre:

— Berichterstatter Czerkawski erörtert die Notwendigkeit der Neubewaffnung der Armee: die Gewehre des Friedensstandes seien beinahe gänzlich abgenützt. Ob das Werndlgewehr oder das Repetiergewehr gewählt werde, sei der Kriegsverwaltung zu überlassen. **21**, 132.

— Zur Fortsetzung der Beschaffung von Repetiergewehren fordert die Kriegsverwaltung den Betrag von 13,384.700 fl. Begründung zum Extraordinarium 1889 und **24**, 91.

— Nachtragskredit für beschleunigte Bewaffnung der Infanterie- und Jägertruppe mit Repetiergewehren. Budget 1890.

— Beschaffung von Repetiergewehren für die Infanterie und von Repetierkarabinern für die Kavallerie. Begründung zum Extraordinarium 1890.

— Beschaffung von Repetiergewehren und Karabinern, dann Umgestaltung der Repetiergewehre des Kalibers 11 Millimeter in 8 Millimeter bei Verwendung des rauchlosen Pulvers. Begründung zum Heeresbudget 1891.

— Billroth erörtert die Wirkungen des Mannlicher-gewehres. **27**, 60.

2. Bewaffnung der Artillerie:

Notwendigkeit der Beschaffung von Mitrailleusen (Gallinggeschütze). Begründung zum Budget 1869.

— Antrag des Berichterstatters Bauhaus, den Celsö alter Geschützbronze zum Ankauf von Küstengeschützen zu bewilligen. **3**, 195. (Angenommen.)

— Anschaffung von Festungsgeschützen. **3**, 422, 568.

— Anforderung für Vermehrung des Feldartilleriematerials per 2,835.000 fl. (Gegen den Antrag Grocholski mit der Motivierung abgelehnt, daß diese Summe für die Totierung der Landwehrtruppen bestimmt sei). **3**, 426—437.

(Redner: Berichterstatter Banhaus, Grocholski, Demel Johann, Weeber, Rechbauer, Bresfel, Herbst, Giovanelli, Kn. Kuhn, Rv. Oberstleutnant Horst.)

— Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf Ablehnung des von der Regierung für Anschaffung von Küstengeschützen für Pola beanspruchten Betrages. (Angenommen.) **7**, 126.

— Herbst ist überzeugt, daß eine neue Ausrüstung der österreichischen Artillerie sich als eine unabweisliche Notwendigkeit darstelle, wenn die Armee nicht im Kriegsfalle geradezu wehrlos einer reformierten Artillerie des Feindes gegenüberstehen soll. **8**, 40.

— Das Militärkomitee entschied sich für die nach der Methode des Generals Uchatius erzeugten stahlbronzenen Rohre statt der beringten gußstählernen. Die Vorteile sind, daß sämtliche Teile des neuen Materials im Inlande erzeugt werden können, daß die Kosten auf ein Drittel herabgemindert werden, daß bronzene Geschütze minder empfindlich gegen atmosphärische Einflüsse sind. (Denkschrift des gemeinsamen Kriegsministeriums zum Budget 1876, betreffend die Beschaffung eines neuen Feldartilleriematerials.)

Digitized by Google

Waffenwesen.

2. Bewaffnung der Artillerie:

— Vorlage mit Denkschrift (**8**, 159), betreffend das Erfordernis (1. Rate) zur Beschaffung eines neuen Feldartilleriematerials (Uchatius-Kanonen). **8**, 4, 117.

— Berichterstatter Demel Johann beantragt, 8,500.000 fl. als erste Rate für Anschaffung von Hinterladekanonen aus Stahlbronze (Uchatius) einzustellen, für deren technische Prüfung die Kriegsverwaltung die volle Verantwortung übernimmt. (Angenommen.) **8**, 118, 154.

— Antrag des Berichterstatters Demel Johann auf Streichung der Regierungsforderung per 240.000 fl. für Küstengeschütze großen Kalibers. **8**, 122.

(Gegen den Antrag Liechtenstein Friedrich auf Bewilligung angenommen.)

— Anschaffung von 3 Küstengeschützen großen Kalibers für Pola. **10**, 312.

— Beschaffung von 25 Festungsgeschützen zur Aufbesserung und Vervollständigung der Festungsarmierungen mit Normalgeschützen. Außerordentliches Heereserfordernis 1879 und **11**, 76.

— Versuche zur Erzeugung stahlbronzener Kanonenrohre von großem für die Armierung von Küstenbatterien und Schiffen bestimmten Kaliber. Außerordentliches Heereserfordernis 1879 und **11**, 76.

— Beschaffung von normalen Festungsgeschützen (15 Zentimeter-Hinterladekanonen) zur Vervollständigung der Festungsarmierungen. Außerordentliches Heereserfordernis 1880 und **12**, 82.

— Versuchsweise Erzeugung eines 28 Zentimeter Stahlbronzegeschützes (Hinterladeküstengeschütz). Außerordentliches Heereserfordernis 1880 und **12**, 82.

— Beschaffung von Küstengeschützen großen Kalibers für Pola. (Gegenüber dem Ausschußantrage auf Bewilligung eines restringierten Betrages wird über Antrag Engerth die volle Regierungsforderung bewilligt.) **13**, 171 und **14**, 37 (Antrag Czerkawski auf Bewilligung der Regierungsforderung angenommen).

— Beschaffung von Geschützen für die Grenzbefestigungen in Südtirol und für die Pontebba- und Predilstraße **13**, 171; **14**, 47.

— Armierung der Befestigungen in Przemysl, Krakau und anderer im Kriegsfalle anzulegender Werke in Galizien. **17**, 105, 109 (A. B.); **18**, 105, 115 (A. B.); **19**, 90, 96 (A. B.).

— Beschaffung von Küstengeschützen für Pola. **17**, 104 (A. B.); **18**, 104 (A. B.); **19**, 90 (A. B.).

— Armierung der Befestigungswerke in Pola. **18**, 105, 115 (A. B.); **19**, 90, 96 (A. B.).

— Vorteile der Hinterladekanonen aus Stahlbronze. **18**, 106 (A. B.).

— Beschaffung eines Reservevorrates an stahlbronzenen Belagerungsgeschützen. **19**, 90 (A. B.).

— Aufstellung von 14 schweren Batterien. **25**, 71.

— Anschaffung von Brisanzgeschossen an Stelle der mit Pulver gefüllten Geschosse. **28**, 130 (A. B.).

Waffenwesen.

2. Bewaffnung der Artillerie:

— Schaffung eines Feldhaubitz- und eines neuen Gebirgsgeschützmaterials, Aufstellung von Feldhaubitz-Batteriedivisionen und Reorganisation der Gebirgsartillerie. **38**, 343—378.

— Frh. Krieghammer macht Mitteilungen bezüglich der Wahl des Materials für die neuen Geschütze und in Betreff der Versuche der Skodawerke über sprengsicheren Kanonenstahl. **38**, 204.

— Kaftan erkennt an, daß bei der fortschreitenden Waffentechnik unser Staat nicht zurückbleiben darf, glaubt aber daß bei einer richtigen taktischen Ausbildung auch unsere gegenwärtige Bewaffnung noch für einige Zeit vorhalten, beziehungsweise ihre Erneuerung auf eine längere Periode verteilt werden könnte. Er bespricht die Frage des Materials für die neuen Geschütze und wünscht, falls man sich für Stahl entscheide, die Berücksichtigung der inländischen Industrie. **38**, 221.

— Lusch bezeichnet die Forderung von 38 Millionen für neue Geschütze als eine unerhörte angesichts des Vorgehens gegenüber den Wünschen der Landwirtschaft. **38**, 213.

— Posch erwartet, daß das Geld für die neuen Geschütze nicht früher zur Ausgabe gelange, bevor die gesetzgebenden Körperschaften über die entsprechende Erhöhung, des Präsenzstandes Beschlüsse gefaßt haben. **38**, 280.

— Bukovič erörtert die Frage der Wahl des Materials für die neuen Geschütze und kommt zu dem Schluß, daß die neue Bewaffnung der Artillerie lieber auf ein Jahr oder länger hinausgeschoben werden sollte, als daß man eine Lösung durchführe, die in ein paar Jahren sich als unglücklich erweisen wird. **38**, 312.

— Berichterstatter Popowski bespricht die bei der Beschaffung des neuen Gebirgsgeschützes sowie der Feldhaubitze im Arsenal zu Wien [**38**, 402 (A. B.)], sowie beim Besuche der Schießübungen in Örkény [**38**, 345 (A. B.)] gemachten Wahrnehmungen über die Vervollkommnung der Geschütze. **38**, 344.

— Groß Gustav bemängelt die unzureichende Begründung des 38-Millionenkredits für die neuen Geschütze. **38**, 359.

— Stürgkh bespricht die Schießversuche bei Budapest sowie die Vorführung der neuen Geschütze im Arsenal und bemerkt, daß er speziell nach dem äußerst sichtvollen instruktiven Vortrag im Arsenal wesentlich beruhigter und entschiedener sein Votum für die Anschaffung der neuen Geschütze abgeben könne. **38**, 364.

— Czedik hebt unter Hinweis auf die vorangehenden Budgets hervor, daß die Forderung für die neuen Geschütze keineswegs mit überraschender Plötzlichkeit aufgetreten sei. **38**, 372.

— Schaffung eines neuen Feldartilleriematerials. **39**, 669.

— Interpellation Skene, betreffend die Herstellung der neuen Feldgeschütze (Bronze- oder Stahlrohre). **39**, 64.

Digitized by Google

Waffenwesen.

2. Bewaffnung der Artillerie:

— Kaftan tritt für Stahlrohre bei den neuen Geschützen ein und wünscht ein Artilleriematerial heimischen Ursprungs. **39**, 442.

— Skene jun. erklärt, er sei durch die Ausführungen der Regierung überzeugt worden, daß für unsere Feldartillerie die Bronze das richtige Material bilde. **39**, 450.

— Lobkowitz Ferdinand betont, daß in der Frage der Beschaffung der neuen Geschütze die Kriegsverwaltung so gewissenhaft vorgehe, daß sie volle Beruhigung biete. **39**, 5, 29.

— Außerordentliches Erfordernis von 88 Millionen Kronen zur Fortsetzung der Beschaffung des neuen Feldartilleriematerieles und von Ausrüstungsgegenständen. Budget 1905 und **40**, 277, 345.

— Tollinger wünscht Auskunft über die Vergebung der Lieferungen der Protzen und Munitionshinterwagen. **40**, 381.

Rv. Generalmajor Krobatin erteilt die gewünschten Auskünfte. **40**, 397.

3. Bewaffnung der Flotte.

Mitteilung des Berichterstatters Demel Johann über die Bewaffnung der Flotte mit Kruppschen Hinterlader- und Armstrong-Kanonen. **1**, 138.

— Akquirierung der Torpedoerfindung. **1**, 307.

— Beitrag für die Whitehead-Lupischen Torpedos. **1**, 357.

— Anschaffung von Mitrailleusen. Außerordentliches Erfordernis 1879.

— Versuche zur Erzeugung stahlbronzener Kanonenrohre von großem, für die Armierung von Schiffen bestimmtem Kaliber. **11**, 100.

— Die Marineleitung sieht sich gezwungen, zur Beschaffung neuer Gewehre zu schreiten. Der ganze Bedarf stellt sich auf 15.000 Stück. Begründung zum Extraordinarium 1889.

— Durch die Entwicklung der heimatlichen Stahlindustrie ist die Unabhängigkeit vom Auslande bezüglich Beschaffung von Geschützen kleineren und mittleren Kalibers angebahnt worden und konnte der Firma Skoda in Pilsen die Lieferung von Schnellfeuerkanonen anvertraut werden. **33**, 271 (A. B.).

— Kaftan findet die heimische Industrie (Skoda), die schon Großes leiste und 15 Zentimeter-Kanonenrohre mit größter Präzision herstelle, einer größeren Unterstützung würdig. **34**, 225.

Mr. Spann erklärt, daß alle Geschütze, die bei den letzten Schiffen gebraucht werden, von 24 Zentimeter abwärts im Inlande erzeugt werden und sich vollkommen mit den Erzeugnissen von Krupp messen können. **34**, 227.

— Kübeck hebt rühmend hervor, daß dank der Mühewaltung der Marineleitung die Marinegeschütze und Panzerplatten im Inlande, und zwar in unübertroffener Weise hergestellt werden. **37**, 330.

Waffenwesen.

3. Bewaffnung der Flotte:

— Kaftan wünscht nähere Daten über die Schießversuche mit den 24 Zentimeter-Marinegeschützen der Skodawerke sowie bezüglich der Maximgeschütze. **37**, 328.

Mr. Spann gibt dieselben und bemerkt, daß die bisherigen Resultate mit den ersteren außerordentlich günstige sind; auch die letzteren werden jedenfalls nicht aus dem Auslande bezogen werden. **37**, 336.

— Kaftan stellt eine Anfrage bezüglich der definitiven Einführung der 24 Zentimeter-Skodageschütze bei der Marine und betreffs der Prüfung der 15 und 19 Zentimeter-Kaliber. **38**, 524.

4. Allgemeines.

Es wurde der Wunsch geäußert, daß die Regierung ersucht werde, in Hinkunft bei Gelegenheit der Vorlage des Voranschlages auch einen Ausweis über die in dem vorangegangenen Jahre zur Veräußerung gelangten alten Gewehre sowie über den dabei erzielten Erlös vorzulegen. **31**, 308 (A. B.).

— Petition des Alfred Dzikowski in Lemberg wegen Einführung von Lizenzen für den Verkauf ausländischer Munition. **37**, 493.

— Kleewein wünscht, daß den Genossenschaften der billigere Einkauf des ausrangierten Waffenmaterials ermöglicht werde. **38**, 348.

Km. Krieghammer bemerkt, es dürfte keiner Schwierigkeit unterliegen, die Lizitationen von Altmetall zu publizieren und das Publikum dazu einzuladen. **38**, 376.

Waschanstalten. s. Löhnung.

Wappen und Siegel.

Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen wegen Umgestaltung der Wappen und Siegel. **2**, 335.

— Resolution der ungarischen Delegation, betreffend die Feststellung des Wappens und Siegels der österreichisch-ungarischen Monarchie. **3**, 525.

Wartegelder.

Resolution des Berichterstatters Eichhoff bezüglich Herabminderung der Wartegelder und Vorlage eines Gesetzes über Wartegelder und Pensionierungen der im diplomatischen Dienste Angestellten. **1**, 48 (Angenommen).

Washington, s. Attachés (technische), Diplomatische Auslagen (Amerika), Konsularwesen 7.

Wasserleitung.

Einführung der Hochquellenwasserleitung in den Militärgebäuden Wiens (Nachtragskredit). **8**, 19.

— Neubau einer Wasserleitung in Klosterneuburg zur Versorgung der neuen und alten Kaserne mit gutem Trink- und Kochwasser. Begründung zum Heeresextraordinarium 1888 und **23**, 29.

— Interpellation Ferjančič, betreffend die Herstellung einer Wasserleitung in Adelsberg. **35**, 433.

Beantwortet durch Km. Krieghammer. **35**, 477.

Digitized by Google

Waterford, ſ. Konſulate.

Wehrgeſetz.

Sturm kritiſiert die Beſtimmungen des neuen Wehrgeſetzes; Km. Kuhn verteidigt dasſelbe. **2**, 115, 123.

— Wünſche wegen Abänderung desſelben. **3**, 64, 136.

— Verantwortlichkeit des Reichskriegsminiſters in Bezug auf dasſelbe. **12**, 72.

— Antrag Iro, Sylveſter, betreffend eine Abänderung, beziehungsweiſe Ergänzung des Wehrgeſetzes in Richtung der Zuerkennung des Einjährig-Freiwilligenrechtes an die im letzten Jahrgange befindlichen Realſchüler. **37**, 18. (S. Anträge 10.)

— Antrag Iro, betreffend Abänderungen des Wehrgeſetzes in der Richtung von Erleichterungen für Söhne kleiner Landwirte. **37**, 23. (S. Anträge 14).

— Antrag Iro, betreffend Abänderungen des Wehrgeſetzes in der Richtung der möglichſten Einreihung von dem mittleren Bauernſtande angehörigen Rekruten in die Erſatzreſerve. **37**, 25. (Anträge 15.)

— ſ. auch Präſenzdauer, Präſenzſtand.

Wehrpflicht.

Delz wünſcht die Befreiung geiſtlicher Perſonen von der allgemeinen Wehrpflicht. **8**, 37.

— Berichterſtatter Sturm meint, daß das Wehrgeſetz nur eine dreijährige Präſenzpflicht vorſchreibe, die Präſenzzeit richte ſich nach den von den Delegationen bewilligten Mitteln. **13**, 62.

— Km. Kriegshammer weiſt darauf hin, daß Erleichterungen in der Erfüllung der Wehrpflicht nicht Sache des Kriegsminiſteriums, ſondern der Zivilbehörden ſeien. **33**, 168.

— ſ. auch Beurlaubungen, Einberufungen, Erſparungen.

Wehrſteuer.

Lemiſch tritt für eine Wehrſteuer der Heeresdienſtuntauglichen bei einem Einkommen von 1000 fl. aufwärts ein, die ſich nach einer Art Perſonaleinkommenſteuer zu richten hätte. Die Nation der Juden, die für den Heeresdienſt ſehr wenig beiträgt, könnte hier vorzüglich herangezogen werden. **35**, 175.

Weiderecht, ſ. Bosnien. 2.

Wein.

Interpellation Bulat, betreffend Lieferung von dalmatiniſchem Wein an die Kriegsmarine. **35**, 15.
Beantwortet vom Mſt. Spann. **35**, 433.

— Antrag Delugan, betreffend die Verabreichung eines entſprechenden täglichen Weinquantums an die Mannſchaft des ſtändigen Heeres ſowie an die Erſatzreſerve für die ganze Dauer der großen Manöver. **39**, 28, 66.

Begründung und Zuweiſung an den Budgetausſchuß. **39**, 684. (S. Anträge 19.)

Weinbau.

Conci empfiehlt Maßregeln zur Verhütung einer Einſchleppung der Phyllopera in das Trentino bei der Reben-einfuhr aus Italien. **35**, 437.

— ſ. auch Handelsverträge (Italien).

Weinzollklauſel, ſ. Handelsverträge (Italien).

Weißkirchen, ſ. Militärbildungsweſen (Kadettenſchulen).

Weltausſtellung, ſ. Teuerungsbeiträge.

Werbebezirke, ſ. Dislokationen.

Werndlgewehre, ſ. Waffenweſen 1.

Wetterſchießen (Wetterſtationen), ſ. Pulverweſen.

Weymouth-Portland, ſ. Konſulatsweſen.

Widdin.

Kaſtan wünſcht Abhilfe gegen die Verſchleppung eines von dem Prager Klempnermeiſter Rus gegen die Kirchengemeinde in Widdin geführten Prozeſſes. **35**, 438.

M. Ae. Gokuchowski ſagt zu, die Frage zu ſtudieren. **35**, 459.

Wien.

Befeſtigung. Km. Bylandt bezeichnet es als eine Pflicht der Heeresverwaltung, für alle ordentlichen Kriegsfälle die notwendigen Vorbereitungen zu treffen und wenigſtens auf dem Papiere alles bereit zu haben; deshalb ſeien ſeinerzeit auch Maßnahmen zur Befeſtigung Wiens beraten worden. **12**, 78.

— Kronawetter beanſtandet, daß ein Anteil an der Verzehrungsſteuer der Stadt Wien unter die Einnahmen des Kriegsminiſteriums eingeſtellt ſei. **31**, 267.

— Ayrmann verlangt die Beſeitigung des Neugebäudes, in dem 120.000 Kilogramm Pulver und mehrere hunderttauſend Kilogramm Schießbaumwolle aufgeſpeichert ſind und welches dadurch höchſt gefährliche Konſequenzen für Wien mit ſich bringen könne. **33**, 97.

Km. Kriegshammer bemerkt, daß Verhandlungen eingeleitet, aber in Anbetracht der hiebei aufgetauchten Schwierigkeiten noch nicht zu Ende geführt wurden. **33**, 168.

— Ayrmann verlangt die Auflaſſung des Neugebäudes in Wien. **34**, 199.

— Mayer vertritt den Wunſch der Bevölkerung des XI. Gemeindebezirkes wegen Auflaſſung des Neugebäudes. **38**, 287.

Km. Kriegshammer erwidert, er ſei mit der Kommune Wien in Verhandlungen getreten und glaube, daß dieſe zu einem befriedigenden Abſchluſſe kommen werden. **38**, 333.

— Petition der Bewohner des XI. Wiener Gemeindebezirkes Simmering wegen Beſeitigung des k. u. k. Neugebäudes. **38**, 16, 385.

— Schneider wünſcht die Beſeitigung des Neugebäudes in Wien oder wenigſtens die Aufhebung des Bauverbotes. **35**, 102.

— ſ. auch Militärunterkünfte.

Digitized by Google

Wilhelm I., Wilhelm II., ſ. Deutſchland.

Witkowitz, ſ. Flottenmaterial.

Wolfsberg, ſ. Diskokationen.

Württemberg, ſ. Diplomatiſche Auslagen, Poſtweſen, Schiffahrts- und Hafenordnung.

X.

Xeres, ſ. Konſulate.

Y.

Yeddo, ſ. Konſulate.

Yokohama, ſ. Konſulate.

Z.

Zahlamt des Miniſteriums des Äußern.

Notwendigkeit, daſſelbe in ſeinem Verbande mit dieſem Miniſterium zu erhalten. Denkſchrift zum Budget 1869.

Zanzibar, ſ. Konſulate.

Zara, ſ. Kommanden.

„Zde“-Frage, ſ. Sprachen- und Nationalitätenverhältniſſe 1.

Zeitungen, ſ. Preſſe.

Zelte.

Anſchaffung tragbarer Zelte. 28, 132 (A. B.).

Zementlieferungen.

Kaſtan beſpricht die Zementlieferung für die Feſtungsbauten in Galizien, welche an ausländiſche und deutſche Werke vergeben wurde, trotzdem das Kriegsminiſterium die Leiſtungsfähigkeit der öſterreichiſchen Werke anerkannt habe. Ungarn habe für ſich 30 Prozent der Lieferungen verlangt und erhalten, das betreffende ungariſche Zementwerk borge ſich, wenn es den Zement nicht liefern könne, denſelben von öſterreichiſchen Unternehmungen aus. Redner bittet um Berückſichtigung der heimiſchen Induſtrie. 34, 111.

Zentralaktiven.

Antrag des Berichterſtatters Hock auf Liquidation des am 31. Dezember 1867 in der Staatszentralkaſſa befindlichen, an den Reichsfinanzminiſter übergebenen Kaſſareſtes. (Angenommen.) 1, 68, 286.

— Reſolution des Berichterſtatters Winterſtein, betreffend die Ausgleichung der Summe, die ſich am 31. Dezember 1867 in der an den gemeinſamen Finanzminiſter übergangenen Staatszentralkaſſa befand. 2, 90. (Angenommen.)

(Das gemeinſame Finanzminiſterium teilt mit, daß es erſt nach erfolgter Einigung der beiden Finanzverwaltungen über dieſe Frage vorgehen könne. 3, 25.)

Zentralaktiven.

— Neuerliche Reſolution des Berichterſtatters Grocholski, die Ausgleichung noch im Jahre 1871 eintreten zu laſſen. (Angenommen.) 3, 25.

— Reſolution des Berichterſtatters Breſtel, betreffend die vor dem 1. Jänner 1868 aus Kaſſareſten des Jahres 1867 beſtrittenen Ausgaben und betreffend einen Ausweis über die aus der Periode vor 1. Jänner 1868 herrührenden, noch nicht zur Verwendung gelangten Kaſſareſte. (Angenommen.) 3, 343.

— Neuerliche Reſolution des Berichterſtatters Winterſtein, betreffend die Ausgleichung jener Summen, die ſich nach dem Liquidationsakte vom 31. Dezember 1867 in der Staatszentralkaſſa befunden haben. (Angenommen.) 4, 33.

— Im Expoſé des öſterreichiſchen Finanzminiſters wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen über die Zentralaktiven im Jahre 1872 ihren gänzlichen oder teilweiſen Abſchluß erlangen werden. 4, 53.

— Eröffnung des k. k. Finanzminiſters vom 17. Jänner 1873, daß ſobald eine Vereinbarung zwiſchen den Finanzverwaltungen beider Reichsteile in Betreff der gemeinſamen Aktiven und Paſſiven zu ſtande gekommen ſein wird, die Mitteilung dem gemeinſamen Finanzminiſterium werde gemacht werden. Erläuterungen zum Budget des gemeinſamen Finanzminiſteriums pro 1874.

— Reſolution des Berichterſtatters Grocholski, betreffend die endliche Ausgleichung des Kaſſareſtes im Jahre 1873. (Angenommen.) 5, 40.

— Schlußfaſſung über die Gebarung mit den 1867er Kaſſareſten des Miniſteriums des Äußern und des Kriegsminiſteriums. 5, 218.

— Reſolution des Berichterſtatters Ritter Valerius, betreffend die Ausgleichung bezüglich jener Summen, welche ſich nach dem Liquidationsakte vom 31. Dezember 1867 in der mit dieſem Tage an den gemeinſamen Finanzminiſter übergegangenen Staatszentralkaſſa befunden haben. (Angenommen.) 7, 18.

— Frhr. Holzgethan erklärt, daß dem Reichsfinanzminiſterium eine Verwaltung dieſer Aktiven nicht zuſtehe und daß ein Übereinkommen darüber von den beiden Landesminiſterien zu beſorgen ſei. 7, 15.

— Herbſt weiſt darauf hin, daß bereits ſeit 6 Jahren die gemeinſamen Aktiven in der Verwaltung des gemeinſamen Finanzminiſteriums ſich befinden. Niemand ſollte mehr auf die Beſeitigung dieſes Zuſtandes bringen, als der gemeinſame Finanzminiſter, weil ihm Geſchäfte dadurch auferlegt werden, die er verfaſſungsmäßig zu beſorgen gar nicht berechtigt ſei. 7, 15.

— Der k. k. Finanzminiſter hat die Verhandlung, bezüglich Teilung der gemeinſamen Aktiven wiederholt, und zwar zuletzt am 21. Mai 1875 angeregt, worüber aber eine Rückantwort bisher nicht eingelangt iſt. Budget des Finanzminiſteriums pro 1876.

— Die Erklärung des gemeinſamen Miniſteriums, daß von Seite der Miniſterien der beiden Reichshälften bei den Legislativen die Genehmigung zur Entnahme des betreffenden Quotenbetrages für Unterſtützungen an die Flüchtlinge aus Bosnien und der Hercegovina aus den 1867er Zentralaktiven eingeholt werden ſoll, wird zur Kenntnis genommen. 9, 53.

— Aufforderung an den gemeinſamen Finanzminiſter auf Vorlage eines detaillierten Ausweiſes über den Stand der 1867er Zentralaktiven. 9, 54. (Die Vorlage erfolgte teilweiſe in der IX. Seſſion. 9, 63.)

Digitized by Google

Zentralaktiven.

— Der vorgelegte Ausweis wird zur Kenntnis genommen. **9**, 187.

— Bedeckung der Unterstützungskosten an die Flüchtlinge aus Bosnien und der Hercegovina aus den Zentralaktiven. **10**, 72, 74, 181, 317.

— Resolution des Berichterstatters Schaup, betreffend die endliche Erledigung der Frage der gemeinsamen Aktiven. **10**, 215.

— Aufforderung an die Regierung, den Stand der Zentralaktiven bekanntzugeben. **11**, 172 (A. B.).

— Ausweis über die bei der Reichszentralkassa erliegenden gemeinsamen Aktiven. **12**, 15.

— Resolution, betreffend die Bestreitung der Kosten für die Unterstützung der Flüchtlinge aus Bosnien und der Hercegovina aus den Erträgnissen der Zentralaktiven. (Angenommen **12**, 196.

— Das Gros der bosnischen Bahnen wurde aus den Zinsen der Zentralaktiven gebaut. Bis 1890 wurden 13,831.000 fl. vorgeschossen, wofür aus Landesmitteln bis Ende 1890 an Gesamtzinsen 1.562.902 fl. 25 kr. und an Kapitalsrückzahlungen aus den Betriebsüberschüssen 850.571 fl. 61 kr. geleistet worden sind. **27**, 168 (A. B.).

— Zur Erwerbung eines Hauses für die Unterbringung der Botschaft in London werden den Zentralaktiven 600.000 fl. entnommen. Denkschrift im Budget 1893.

— Für den Bau eines für den Botschafter in Konstantinopel als Landaufenthalt bestimmten Hotels in Zenifoi werden aus den Erträgnissen der gemeinsamen Aktiven 300.000 fl. zur Verfügung gestellt. **30**, 55 (A. B.).

— Zur teilweisen Bedeckung des Nachtragskredites per 30,100.000 fl. haben die Regierungen beider Staaten der Monarchie die Verwendung eines Betrages von 15,000.000 fl. aus den gemeinsamen Aktiven in Aussicht genommen. Budget 1899, Nachtragskredit pro 1898.

— für die Armierung von Cattaro war nebst den Mitteln des Kredites für fortifikatorische Maßnahmen noch ein Betrag von 2 Millionen Gulden erforderlich, welcher im Einvernehmen mit den beiderseitigen Regierungen aus den gemeinsamen Aktiven gegen Rückzahlung in acht Jahresraten zur Verfügung gestellt wurde. Budget 1899 und **34**, 246 (A. B.).

— Kaftan fragt nach dem Stande der Zentralaktiven und erinnert, daß aus denselben vor zwei Jahren nachträglich zu Heereszwecken 15,000.000 fl. entnommen wurden. **37**, 49.

— Kaftan spricht die Vermutung aus, daß zur Anschaffung des neuen Artilleriematerials die Zentralaktiven herhalten müßten. **38**, 221.

Rm. Krieghammer gibt die bestimmte Erklärung ab, daß dies nicht der Fall sei. **38**, 332.

— Sylvester betont, daß die im Ausgleichsgesetz vom Jahre 1867 vorgesehene Liquidierungskommission zur Prüfung und Richtigstellung der Aktiven der Zentralfinanzen bis heute nicht eingesetzt worden sei. Er gibt einen Überblick über den ganzen Stand der Frage, bespricht die seit 1868 wiederholt vergeblich erfolgten Urgenzen in derselben und beantragt eine Resolution wegen Vorlegung eines Ausweises über den gegenwärtigen Stand der Zentralaktiven unter genauer Darstellung der Verrechnungen seit dem 31. Dezember 1867. (Angenommen.) **38**, 379.

Zentralaktiven.

Rfm. Kállay führt aus, das gemeinsame Finanzministerium sei nur der Depositeur der gemeinsamen Aktiven, ohne über dieselben ein Verfügungsrecht zu besitzen. Infolgedessen könne es auch über sie keinen Aufschluß geben oder Ausweise vorlegen. Er sei sofort bereit, diese Ausweise vorzulegen, sobald er dazu die Ermächtigung von beiden Regierungen erhalten haben werde. Man möge sich also mit diesem Begehren an die beiden Regierungen wenden. **38**, 382.

Berichterstatter Kozłowski hofft, daß im Sinne des vom Finanzminister abgegebenen Versprechens der nächsten Delegation detaillierte Rechnungen über die gemeinsamen Aktiven werden vorgelegt werden. Er bedauert gleichfalls, daß die Liquidationskommission nicht in der Weise, wie es gesetzmäßig hätte geschehen sollen, eingesetzt wurde. **38**, 383.

— Sylvester führt aus, daß die gemeinsame Regierung verpflichtet ist, den Delegationen über die Zentralaktiven Rechnung zu legen. **39**, 287.

Rfm. Burián erklärt, daß das Finanzministerium nur Depositär sei und daß nur die beiden Parlamente in dieser Richtung eine Änderung beschließen könnten. **39**, 289.

Berichterstatter Abrahamowicz David betont, daß eine gewisse Klarheit in dieser Frage endlich notwendig wäre. **39**, 291.

Zinsrückerstattung, s. Militärsanitätswesen.

Zinstarife, Zinsklassen, s. Militärzinstarife.

Zivilbeamte, s. Militärverwaltung.

Zollämter.

Interpellation Dobernig, betreffend Einwirkung auf die italienische Regierung wegen Anstellung von der deutschen Sprache mächtigen Beamten in Pontebba und in den anderen gegen die österreichische Grenze gelegenen italienischen Zollämtern. **33**, 162.

Zollgefälle.*)

Voranschläge:

— für das Jahr 1868. **1**, 11.

Bericht (Berichterstatter Hock) und Verhandlung. **1**, 59.

(Antrag des Berichterstatters, in eine Prüfung des Voranschlages des Zollgefälles nicht einzutreten. — Angenommen).

— für das Jahr 1869. **1**, 244.

Bericht (Berichterstatter Hock) und Verhandlung. **1**, 286.

— für das Jahr 1870. **2**, 3.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung. **2**, 89.

— für das Jahr 1871. **3**, 3.

Bericht (Berichterstatter Grocholski) und Verhandlung. **3**, 25.

*) Debatte nur in der 14. und 33. Session.

Digitized by Google

Zollgefälle.

Voranschläge:

— für das Jahr 1872. **4**, 3.

Bericht (Berichterstatter Banhans) und Verhandlung. **4**, 179.

— für das Jahr 1873. **5**, 5.

Bericht (Berichterstatter Demel Johann) und Verhandlung. **5**, 219—220.

— für das Jahr 1874. **6**, 6.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung. **6**, 40—41.

— für das Jahr 1875. **7**, 4.

Bericht (Berichterstatter Ritter Valerius) und Verhandlung. **7**, 32.

— für das Jahr 1876. **8**, 4.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung. **8**, 12.

— für das Jahr 1877. **9**, 4.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung. **9**, 13.

— für das Jahr 1878.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung. **10**, 317.

— für das Jahr 1879. **11**, 4.

Bericht (Berichterstatter Ritter Valerius) und Verhandlung. **11**, 149.

(Über Antrag der ungarischen Delegation wird in dem Beschlusse über das Zollgefälle ausdrücklich des auf Grund des Gesetzes vom 20. Dezember 1879 der Landesregierung von Bosnien und der Hercegovina zugesprochenen Zollpauschalrs von 600.000 fl. Erwähnung getan. **11**, 199.)

— für das Jahr 1880. **12**, 6.

Bericht (Berichterstatter Winterstein) und Verhandlung **12**, 164.

(Mangel der Detailnachweise über das Zollgefälle für Bosnien und die Hercegovina **12**, 182. (A.B.)

— für das Jahr 1881. **13**, 3.

Bericht (Berichterstatter Beer) und Verhandlung. **13**, 11.

(Die Spezialisierung des Voranschlages des Zollgefälles für Bosnien und die Hercegovina erscheint zum ersten Male im Budget 1881.)

— für das Jahr 1882. **14**, 4.

Bericht (Berichterstatter Ritter Valerius) und Verhandlung. **14**, 53.

(Differenz zwischen den Beschlüssen beider Delegationen. **14**, 206. — Die ungarische Delegation hat die Zolleinnahmen sowie die Verzehrungssteuerrestitutionen zuzüglich des Zollpauschales für Bosnien und die Hercegovina mit je 29,605.852 fl. eingestellt, so daß sich kein Abgang ergibt. Gleichzeitig wurde eine Resolution beschlossen, welche es für unzulässig erklärt, daß für das Jahr 1882 aus dem Titel der Zolleinnahmen was immer für eine Summe von den votierten gemeinsamen Auslagen abgezogen werde oder daß hinsichtlich der Votierung oder der Art der Bedeckung eines allfälligen Steuerrestitutionsabganges eine Verfügung seitens der Delegation getroffen werde. Die für 1882 votierten gemeinsamen Auslagen sind ohne jeden Abzug quotenmäßig zu decken.

Der Budgetausschuß (Berichterstatter Ritter) beantragt, den Ziffern der ungarischen Delegation beizutreten. **14**, 206.

Plener Ernst tritt diesem Antrage aus budgettechnischen Gründen sowie unter Hinweis darauf entgegen, daß ebenso für einen Zollabgang wie für einen Zollüberschuß nach den Ausgleichsgesetzen Vorsorge getroffen werden müsse. **14**, 207.)

— für das Jahr 1883. **17**, 3.

Bericht (Berichterstatter Klaic) und Verhandlung. **17**, 81.

— für das Jahr 1884. **18**, 3.

Bericht (Berichterstatter Hippoliti) und Verhandlung. **18**, 10.

— für das Jahr 1885. **19**, 3.

Bericht (Berichterstatter Hippoliti) und Verhandlung. **19**, 12.

— für das Jahr 1886. **20**, 3.

Bericht (Berichterstatter Tonkli) und Verhandlung. **20**, 89.

— für das Jahr 1887. **21**, 3.

Bericht (Berichterstatter Poklukar) und Verhandlung. **21**, 105—106.

— für das Jahr 1888. **23**, 3.

Bericht (Berichterstatter Poklukar) und Verhandlung. **23**, 23.

— für das Jahr 1889. **24**, 3.

Bericht (Berichterstatter Poklukar) und Verhandlung. **24**, 39.

— für das Jahr 1890. **25**, 3.

Bericht (Berichterstatter Tonkli) und Verhandlung. **25**, 16.

— für das Jahr 1891. **26**, 3.

Bericht (Berichterstatter Lupul) und Verhandlung. **26**, 14.

Digitized by Google

Zollgefälle.

Voranschläge:

— für das Jahr 1892. **27**, 3.

Bericht (Berichterstatter Lupul) und Verhandlung. **27**, 20.

— für das Jahr 1893. **28**, 5.

Bericht (Berichterstatter Mezník) und Verhandlung. **28**, 52.

— für das Jahr 1894. **29**, 3.

Bericht (Berichterstatter Mezník) und Verhandlung. **29**, 179.

— für das Jahr 1895. **30**, 4.

Bericht (Berichterstatter Burgstaller) und Verhandlung. **30**, 96.

— für das Jahr 1896. **31**, 4.

Bericht (Berichterstatter Lupul) und Verhandlung. **31**, 295.

— für das Jahr 1897. **32**, 3.

Bericht (Berichterstatter Lupul). **32**, 165.

— für das Jahr 1898. **33**, 5.

Bericht (Berichterstatter Dumba) und Verhandlung. **33**, 364—378.

(Redner: Groß Gustav, Jaworski, Kaiser August, Scheicher, Herold, Hofmann v. Wellenhof.)

Berichterstatter Dumba erklärt, daß der Ausschuß mit Rücksicht darauf, daß das Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn noch nicht zustande gekommen und eine Einigung bezüglich der Quote noch nicht erfolgt sei, gezwungen war, von der seit 30 Jahren beobachteten Übung bei der Berechnung des „Zollgefälles“ abzugehen. **33**, 364.

Kaiser August beantragt, die Beschlußfassung über das Finanzgesetz und das Zollgefälle bis zur verfassungsmäßigen Feststellung der Quote und der Verwendung der Zolleinnahmen zu vertagen. **33**, 371.

— für die Jahre 1899—1904

fand keine besondere Verhandlung über das Zollgefälle statt. **34**, 427 (A. B.); **35**, 548 (A. B.); **36**, 385; **37**, 516; **38**, 556; **39**, 714.

— s. auch Budget.

— für das Jahr 1905. **40**, 9.

Bericht (Berichterstatter Abrahamowicz Eugen) und Verhandlung. **40**, 127, 191 (A. B.).

Zoll- und Handelsbündnis, s. Ungarn 9.

Zölle, s. auch Handelspolitische Fragen, Handelsverträge, Lieferungswesen.

Zollrestitution.

Gomperz konstatiert, daß die Zölle auf Rohstoffe, Hilfsstoffe und Halbfabrikate unsere Finalfabrikation besonders in der Konkurrenz mit dem Auslande außerordentlich erschweren; es würde sich zur Erleichterung unseres Exportes von Erzeugnissen, die aus vom Auslande eingeführten Materialien hergestellt werden, eine angemessene Zollrestitution empfehlen. **34**, 17.

Zollunion mit Deutschland.

Baeuerther begrüßt die durch das Bündnis erfolgte Annäherung Österreich-Ungarns an Deutschland und tritt für eine Zolleinigung zwischen diesen Ländern und den südöstlichen Ländern Europas ein. **12**, 18.

— Fux tritt für eine wirtschaftliche Einigung mit dem Deutschen Reiche ein. **12**, 21.

— Berichterstatter Pleuer Ernst glaubt, daß es gelingen könnte, im Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche die Handelsbeziehungen für die Dauer durch einen Vertrag zu regeln, empfiehlt jedoch Vorsicht bezüglich des Gedankens einer Zolleinigung. **12**, 37.

— Berichterstatter Bacquehem bemerkt, eine Diskussion über eine Zollunion mit dem Deutschen Reiche sei heute von keiner aktuellen Bedeutung; dagegen könne ein engerer Zusammenschluß der kontinentalen europäischen Staaten, namentlich gegenüber der amerikanischen Konkurrenz nicht warm genug empfohlen werden. **36**, 90.

— Groß Gustav betont, der Gedanke der allmählichen Anbahnung einer deutsch-österreichischen Zollunion sei bereits aus dem Bereiche der Utopien herausgetreten. **38**, 42.

— Schönborn wendet sich gegen die Idee einer Zollunion mit Deutschland. **39**, 171.

— Berichterstatter Bacquehem hält eine Zollunion mit Deutschland schon wegen einer Bestimmung des Frankfurter Friedens nicht für durchführbar. **39**, 60.

Zollverein.

Neuorganisation und parlamentarische Vertretung desselben. Rotbuch Nr. 1.

Zuckerkonferenz, Brüsseler.

Pariß erörtert die Erfolge, welche auf der Brüsseler Zuckerkonferenz zu erreichen gewesen wären, wenn die beteiligten drei Kontinentalstaaten Deutschland, Frankreich und Österreich oder auch nur Deutschland und Österreich England gegenüber gemeinsam aufgetreten wären. **38**, 39.

— M. Ae. Goluchowski hebt gegenüber dem von Pariß unserer Diplomatie gemachten Vorwurf des Mangels an Voraussicht in der Zuckerfrage hervor, daß wir schon monatelang vor dem Zusammentritt der Brüsseler Konferenz von unseren Vertretern sowohl in Brüssel als in London darauf aufmerksam gemacht wurden, daß seitens Englands gegen die sogenannte Surtaxe ein Vorstoß geplant wurde. Unsere Diplomatie habe sich alle erdenkliche Mühe gegeben, die Gegensätze auszugleichen. A priori von der Konvention sich auszuschließen, wäre nicht richtig gewesen. **38**, 159.

— Aus der abgesonderten Vertretung der beiden Staatsgebiete der Monarchie bei Abschluß der Brüsseler Zuckerkonvention ist kein Präjudiz für die Folge abzuleiten. **39**, 128 (A. B.).

Digitized by Google

Zuckerkonferenz, Brüsseler.

— Der bei der Unterzeichnung der Brüsseler Zuckerkonvention beobachtete Vorgang wurde bereits bei früheren Vereinbarungen wiederholt eingehalten. — M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 11. Jänner 1904.

Zürich, s. Konsulate.

Zurückziehung einer Regierungsvorlage.

Eine Zuschrift des M. Ae. Andrássy gibt bekannt, daß die Regierung die Vorlage, betreffend die Bewilligung eines Nachtragskredites zu dem für das Jahr 1878 bewilligten außerordentlichen Kredite von 60 Millionen Gulden zurückzieht. **11,** 147.

Zweibund.

Zweibund und Dreibund als Garantien des Friedens. — Vorteile solcher internationaler Konstellationen. — S. Dreibund. — Exposé des M. Ae. Goluchowski im Budgetausschusse, 7. Mai 1902.

Zweijährige Dienstzeit, s. Präsenzdauer.

Digitized by Google

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 08904 0755

Digitized by Google